

Beteiligungsbericht 2023 des Kreises Düren

Inhaltsverzeichnis

A. Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kreisen	5
B. Beteiligungsbericht 2023	7
C. Kurzüberblick: Änderungen in der wirtschaftlichen Betätigung im Jahr 2023	10
D. Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Düren zum 31. Dezember 2023	11
1 Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)	16
2 Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	42
3 BRAINENERGY Park Jülich GmbH	61
4 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland A.ö.R.	80
5 Dürener Deponiegesellschaft mbH (DDG)	94
6 d-NRW AöR	109
7 Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH (EwiG)	123
8 Förderschulzweckverband im Kreis Düren (aus Eröffnungsbilanz 2015)	145
9 Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G.	173
10 Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR	195
11 Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG)	208
12 Medizincampus Düren AöR	218
13 Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD)	226
14 Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen	239
15 Technologiezentrum Jülich GmbH (TZJ)	252
16 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	274
17 Vogelsang ip gemeinnützige GmbH	291
18 ZRR - Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH	270
19 Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)	302
20 Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)	313
21 Zweckverband Region Aachen	327

E. Mittelbare Beteiligungen des Kreises Düren zum 31. Dezember 2023**342**

1	ATC - Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH	346
2	Dürener Bauverein AG	365
3	Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA)	386
4	EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH	399
5	Freizeitbad Kreuzau GmbH	429
6	Future Mobility Park	441
7	Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)	446
8	GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	458
9	HyDN GmbH	471
10	KHD Träger GmbH	479
11	Notfallbildungszentrum Eifel-Rur gGmbH (NOBIZ)	487
12	REA GmbH & Co.KG WEA 1	497
13	REA WEA Birk GmbH & Co.KG	508
14	RE Solarpark Erftstadt GmbH & Co. KG	517
15	RE Verwaltungs GmbH	518
16	RE Windenergie Heimbach GmbH & Co. KG	520
17	regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	521
18	RURENERGIE GmbH	539
19	Rurtalbahn GmbH	552
20	Rurtalbus GmbH	570
21	SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG	590
22	TPG Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH	598
23	Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH	605
24	VIAS GmbH	617
25	Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH	634
26	Windenergie Jülich GmbH & Co. KG	648
27	Windenergie Körrenzig GmbH	659
28	Windenergie Kreuzau GmbH & Co.Kg	670
29	Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH	680

F. Konzernübersichten zum 31.12.2023**690**

A. Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Betätigung von Kreisen

Die Aufgaben des Kreises Düren können sowohl durch die eigene Behörde als auch durch öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisierte Unternehmen und Einrichtungen erfüllt werden. Die kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, die Errichtung kommunaler Unternehmen und Einrichtungen, um die den Gebietskörperschaften zugewiesenen öffentlichen Aufgaben zu erfüllen.

Deshalb gestattet § 107 ff. Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die Gründung kommunaler Unternehmen und Einrichtungen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Gem. § 53 Abs. 1 Kreisordnung NRW (KrO NRW) ist dieser Teil der GO NRW ebenfalls auf Kreise anzuwenden. Deshalb gelten die folgenden Verweise auf die GO NRW immer i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW.

§ 107 Abs. 1 GO NRW regelt die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kreisen (Unternehmen). Demnach darf sich ein Kreis zur Erfüllung seiner Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Gemäß § 107 Absatz 3 GO NRW ist die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Kreisgebiets nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des § 107 Absatz 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind.

Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des § 107 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Nummer 2 GO NRW vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

Die Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung eines Kreises ist Gegenstand des § 107a GO NRW.

§ 107 Abs. 2 GO NRW stellt einen Katalog von Aufgaben auf, bei deren Wahrnehmung keine wirtschaftliche Betätigung vorliegt (Einrichtungen). Neben Einrichtungen, zu denen der Kreis verpflichtet ist, gehören dazu:

- + öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind,
- + Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- + Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
- + Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

§ 108 GO NRW gibt die Voraussetzungen vor, nach denen ein Kreis Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen bzw. sich daran beteiligen darf. Eine der Voraussetzungen ist, dass eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung des Kreises auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt des Kreises abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Darüber hinaus kann der Kreis Unternehmen und Einrichtung gem. § 114a GO NRW als Anstalten öffentlichen Rechts errichten.

B. Beteiligungsbericht 2023

Gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW ist eine Gemeinde von der Pflicht, einen Gesamtabchluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei von drei im Gesetz genannten Merkmalen zutreffen. Diese Befreiungsregelung gilt erstmalig für den Gesamtabchluss zum Stichtag 31.12.2019.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Kreistag gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Kreistag des Kreises Düren hat am 12.12.2019 entschieden, grundsätzlich von § 116a Absatz 1 GO NRW Gebrauch zu machen, wenn die Voraussetzungen vorliegen. In seiner Sitzung am 07.12.2023 hat der Kreistag das Vorliegen der Voraussetzungen für den Gesamtabchluss 2023 festgestellt.

Sofern ein Kreis von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabchlusses Gebrauch macht, ist gemäß § 117 GO NRW ein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht 2023 informiert über die unmittelbaren und mittelbaren Unternehmensbeteiligungen des Kreises Düren. Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2023. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen den Stand zum 29.01.2025 aus.

a) Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche Beteiligungen des Kreises Düren. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche des Kreises, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabchluss angehören würden.

Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit des Kreises Düren durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen es, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Düren durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation des Kreises Düren insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist der Kreis Düren.

Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen dem Kreis Düren die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann der Kreis Düren unmittelbar von dem beteiligten Unternehmen alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

b) Rechtliche Grundlagen für den Beteiligungsbericht

Rechtsgrundlage des Beteiligungsberichtes ist § 117 GO NRW. Inhaltlich gilt für die Erstellung des Beteiligungsberichtes § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW entsprechend. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Beschluss des Kreistags in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

Der Beteiligungsbericht hat Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, so

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
5. die Ziele der Beteiligung und
6. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Gem. § 53 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) sind die Angaben in Form des vom für Kommunales zuständigen Landesministeriums vorgegebenen Musters zu machen.

Bei dem verbindlichen Muster handelt es sich um eine Mindestvorgabe; der Kreis Düren geht an folgenden Stellen über den geforderten Inhalt des Musterentwurfs hinaus:

- Darstellung der Gesellschafter-, bzw. Trägerstruktur in den Steckbriefen der Beteiligungen,
- Aufnahme des Vorvorjahres in der Auswertung der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen, bzw. der Ergebnisrechnungen,
- Abdruck des vollständigen Lageberichts in den Steckbriefen der unmittelbaren Beteiligungen statt Darstellung ausgewählter Aspekte,
- namentliche Nennung der Vertreter des Kreises Düren in den Aufsichtsorganen der Beteiligungen,
- Ergänzung des Kennzahlensets um die bereits in den bisherigen Beteiligungsberichten enthaltenen graphischen Auswertungen und
- verkürzte steckbriefliche Darstellung der mittelbaren Beteiligungen bis auf Ebene der unmittelbaren Töchter der in den Gesamtabchluss einzubeziehenden Beteiligungen (der Musterentwurf sieht lediglich eine Auflistung der mittelbaren Beteiligungen und ihrer Einbeziehung in den Konzern Kreis Düren vor).

c) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Jedes Handeln der öffentlichen Hand, darunter das der Kommunen, muss sich an einem öffentlichen Zweck legitimieren, da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist.

Normiert ist dieser Grundsatz unter anderem in § 107 GO NRW. Daher ist es nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben.

Eine öffentliche Verwaltung finanziert sich grundsätzlich aus öffentlichen Abgaben und nicht durch die Teilnahme am Wettbewerb. Eine zulässige kommunalwirtschaftliche Betätigung kann daher stets nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Was ein solcher öffentlicher Zweck sein kann, ist so vielfältig wie der örtliche kommunale Zuständigkeitsbereich, den das Grundgesetz als „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ (Artikel 28 Absatz 2 GG) und die Verfassung Nordrhein-Westfalen mit der Formulierung „die alleinigen Träger öffentlicher Verwaltung“ (Artikel 78 Absatz 2 Verf NRW) umreißt.

Für die inhaltliche Bestimmung des unbestimmten Rechtsbegriffs „öffentlicher Zweck“ ist zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich.

C. Kurzüberblick: Änderungen in der wirtschaftlichen Betätigung im Jahr 2023

Nach dem Berichtsstichtag 31.12.2022 hat sich der Konzern fortentwickelt. Insbesondere die Struktur der Beteiligungen hat sich wie folgt dargestellt verändert:

- Erhöhung der Beteiligung an der HyDN GmbH auf 50% am 12.01.2023.
- Verkauf der Krankenhaus Düren gGmbH mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2023.
- Verkauf der Anteile am Ärztehaus I Pathologie GmbH & Co. KG (25%) am 16.10.2023.
- Kauf von Anteilen am Ärztehaus II Tumorzentrum GmbH & Co. KG (+ 4%) somit Erhöhung der Beteiligung auf 53,00 % am 16.10.2023.
- Gründung der RE Verwaltungs GmbH am 15.11.2023.
- Gründung der RE Solarpark Erftstadt GmbH & Co. KG am 15.11.2023.
- Gründung der RE Windenergie Heimbach GmbH & Co.KG am 21.12.2023.
- Verkauf der Anteile an der Ärztehaus Düren II Tumorzentrum GmbH & Co. KG am 19.12.2023 mit Übergang am 31.12.2023.

D. Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Düren zum 31. Dezember 2023

Der Kreis Düren war 2023 unmittelbar an 21 Unternehmen beteiligt. Im Zusammenhang mit diesem Beteiligungsbericht beschränkt sich der Kreis Düren hinsichtlich der mittelbaren Beteiligungen auf die Darstellung bis auf Ebene der unmittelbaren Töchter der in den Gesamtabchluss einzubeziehenden Beteiligungen. Eine darüber hinausgehende Darstellung ist der Konzernübersicht zum 31.12.2023 zu entnehmen.

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz des Kreises Düren unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen der Kreis Düren mehr als 50,0 % der Anteile hält und/oder einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann,
- als „Beteiligungen“

ausgewiesen:

Anteile an verbundenen Unternehmen

Unternehmen	Stimmanteile [%] ↓
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	100,00%
Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR	100,00%
Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD)	100,00%
Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG)	94,00%

Beteiligungen

Unternehmen	Stimmanteile [%] ↓
Medizincampus Düren AöR	50,00%
Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH (EwiG)	37,00%
Dürener Deponiegesellschaft mbH (DDG)	25,10%
Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)	25,00%
Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen	25,00%
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)	25,00%

Unternehmen	Stimmanteile
	[%] ↓
Zweckverband Region Aachen	20,00%
Technologiezentrum Jülich GmbH (TZJ)	10,00%
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)	9,00%
ZRR - Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH	8,00%
Förderschulzweckverband im Kreis Düren (aus Eröffnungsbilanz 2015)	6,25%
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland A.ö.R.	5,83%
Vogelsang ip gemeinnützige GmbH	2,86%
BRAINENERGY Park Jülich GmbH	1,00%
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	0,42%
Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G.	0,27%
d-NRW AöR	< 0,1%

Nachfolgend werden die unmittelbaren Beteiligungen des Kreises Düren in **alphabetischer** Reihenfolge dargestellt. Im Anschluss daran werden die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit dem Kreis Düren im Wege einer Matrix abgebildet. Hieran schließen sich Erläuterungen zu den einzelnen, unmittelbaren Unternehmensbeteiligungen mit einer jeweiligen Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und zur Entwicklung des Eigenkapitals an.

In der Darstellung der unmittelbaren Beteiligungen werden u.a. auch folgende Kennzahlen verwendet:

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100\%$$

Die Kennzahl "Eigenkapitalquote" misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Bilanz. Die Eigenkapitalquote kann ein wichtiger Bonitätsindikator sein.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \times 100\%$$

Die Kennzahl Eigenkapitalrentabilität wird auch als Unternehmerrentabilität oder Eigenkapitalrendite bezeichnet. Sie ergibt sich aus dem Verhältnis von Gewinn (Jahresüberschuss) zum Eigenkapital. Diese Kennzahl bringt die Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals zum Ausdruck.

$$\text{Anlagendeckungsgrad 2} = \frac{\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten} + \text{langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100\%$$

Die Kennzahl "Anlagendeckungsgrad 2" gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten, die Eigenkapitalanteile aufweisen, und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

$$\text{Verschuldungsgrad} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Eigenkapital}} \times 100\%$$

Der Verschuldungsgrad zeigt die Relation von Eigenkapital zu Fremdkapital an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur.

Im Runderlass des damals zuständigen Innenministeriums NRW vom 01.10.2008 "Kommunales Haushaltsrecht NKF – Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen (NKF-Kennzahlen)" wird das Fremdkapital im Zusammenhang mit dem Verschuldungsgrad definiert als Summe der Bilanzpositionen Sonderposten für den Gebührenausschlag, Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Die Beteiligungen des Kreises Düren erheben keine eigenen Gebühren, so dass sich das Fremdkapital hier auf die Rückstellungen und Verbindlichkeiten beschränkt.

$$\text{Umsatzrentabilität} = \frac{\text{ordentliches Betriebsergebnis}}{\text{Umsatz}} \times 100\%$$

Die Umsatzrentabilität, auch Umsatzrendite genannt, stellt den auf den Umsatz bezogenen Gewinnanteil dar. Um diese Kennzahl nicht durch nicht dem eigentlichen Betriebszweck dienende Einflüsse zu verfälschen, wird das ordentliche Betriebsergebnis und nicht der Gewinn herangezogen. Das ordentliche Betriebsergebnis enthält keine Zinserträge und -aufwendungen, keine außerordentlichen Erträge und Aufwendungen und auch keine Steuern.

Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Düren mit der Angabe der Beteiligungsverhältnisse und der Jahresergebnisse

Unternehmen	Nennkapital [T€]	Anteil am Nennkapital		Jahresergebnis [T€]
		[T€]	[%] ↓	
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)	3.253,0	292,8	9,00%	-416,7
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	2.160,4	2.160,4	100,00%	456,7
BRAINENERGY Park Jülich GmbH	25,0	0,3	1,00%	-2.110,0
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland A.ö.R.	300,0	17,5	5,83%	1.275,4
Dürener Deponiegesellschaft mbH (DDG)	1.000,0	251,0	25,10%	276,4
d-NRW AöR	1.368,0	1,0	< 0,1%	0,0
Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH (EwiG)	25,0	9,3	37,00%	-335,2
Förderschulzweckverband im Kreis Düren	15.860,8	991,3	6,25%	liegt noch nicht vor
Gemeinn. Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G.	770,2	2,1	0,27%	856,4
Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR	25,0	25,0	100,00%	0,0
Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG)	1.540,0	1.447,6	94,00%	-12,4
Medizincampus Düren AöR	50,0	25,0	50,00%	-114,3
Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD)	326,9	326,9	100,00%	238,1
Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen	0,0	0,0	25,00%	117,5
Technologiezentrum Jülich GmbH (TZJ)	153,4	15,3	10,00%	157,9
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	127,8	0,4	0,42%	-239,9
Vogelsang ip gemeinnützige GmbH	100,0	2,9	2,86%	367,5
ZRR - Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH	25,0	2,0	8,00%	9,9
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)	0,0	0,0	25,00%	0,0
Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)	34,0	8,5	25,00%	7,5
Zweckverband Region Aachen	0,0	0,0	20,00%	-93,1

Übersicht über die Finanz- und Leistungsbeziehungen des Kreises Düren mit den unmittelbaren Beteiligungen und der unmittelbaren Beteiligungen untereinander

In der folgenden Matrix sind ausschließlich diejenigen unmittelbaren Beteiligungen dargestellt, die wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen zum Kreis oder anderen unmittelbaren Beteiligungen hatten.

Als wesentliche Finanzbeziehungen betrachtet der Kreis Düren Einzelsachverhalte, die der Höhe nach erheblichen Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 Abs. 2 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW entsprechen.

Gem. den Haushaltssatzungen für das Jahr 2023 gelten über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen als erheblich i.S. des § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 100.000 EUR übersteigen.

Demnach sind in der folgenden Matrix diejenigen Finanz- und Leistungsbeziehungen aufaddiert, die den Betrag von 100.000 EUR übersteigen.

2023

2023

wesentliche Finanzbeziehungen [T€]		Zahlungsempfänger											
		Kreis Düren	AGIT	BTG	CVUA	FSZW Kreis DN	Kita AöR	VVG	Med. Campus	RDKD	SFKVAC	AVV	ZRAC
Zahlungsleistender	Kreis Düren		122	1.405	592		46.433	2.194		25.164	171		319
	Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)												
	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	5.569											
	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland A.ö.R.												
	Förderschulzweckverband im Kreis Düren (FSZW Kreis DN)	650											
	Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR	5.357		289									
	Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG)												
	Medizin Campus Düren AöR												
	Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD)	588		111									
	Studieninstitut f. komm. Verwaltung AC (SFKVAC)												
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)	1.085												
Zweckverband Region Aachen (ZRAC)													

1 **Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)**



Pauwelsstraße 17
52074 Aachen
Telefon: 0241/963-0
Telefax: 0241/963-1005
E-Mail: info@agit.de
Homepage: www.agit.de

a) **Gegenstand der Gesellschaft**

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalens, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

b) **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen**

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) **Gesellschafterstruktur**

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	277,867	8,54
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	380,925	12,95
Handwerkskammer Aachen	138,934	4,27
Stadt Aachen	971,450	29,86
StädteRegion Aachen	552,378	16,98
Kreis Euskirchen	138,934	4,27
Sparkasse Aachen	467,815	14,38
Sparkasse Düren	67,296	2,07
Kreissparkasse Euskirchen	36,00	1,11

Fachhochschule Aachen	3,075	0,09
Stammkapital	3,253	100

Die Gesellschafterstruktur hat sich im Jahr 2024 verändert und wird im Beteiligungsbericht 2024 angepasst dargestellt.

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Den Zuschuss zur Verlustabdeckung teilen sich die Gesellschafter Stadt Aachen, StädteRegion Aachen, Kreis Düren, Kreis Euskirchen, Kreis Heinsberg im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zueinander. Damit betrug der Gesellschafterzuschuss des Kreises Düren 66 T€ (2023).

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	14,00 €	14,00 €	6.174,00 €	6.160,00 €	44000,00%
II. Sachanlagen	12.193.489,26 €	11.961.493,16 €	11.970.095,03 €	8.601,87 €	0,07%
III. Finanzanlagen	32.289,48 €	32.289,48 €	35.205,25 €	2.915,77 €	9,03%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	192.130,34 €	267.678,38 €	464.218,65 €	196.540,27 €	73,42%
II. Kassenbestand	13.331.094,04 €	12.581.619,39 €	11.583.817,92 €	-997.801,47 €	-7,93%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	1.290,11 €	1.290,11 €	
Summe Aktiva	25.749.017,12 €	24.843.094,41 €	24.060.800,96 €	-782.293,45 €	-3,15%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	3.074.991,00 €	3.074.991,00 €	3.074.991,00 €	0,00 €	0,00%
II. Verlustvortrag	0,00 €	0,00 €	19.134.992,75 €	19.134.992,75 €	
III. Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	-416.713,01 €	-416.713,01 €	
IV. Bilanzgewinn	19.837.730,91 €	19.134.992,75 €	0,00 €	-19.134.992,75 €	-100,00%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	19,00 €	19,00 €	0,00 €	-19,00 €	-100,00%
C. Rückstellungen	289.780,50 €	82.600,00 €	67.700,00 €	-14.900,00 €	-18,04%
D. Verbindlichkeiten	165.888,98 €	297.602,47 €	242.914,81 €	-54.687,66 €	-18,38%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	11.594,73 €	8.130,19 €	49.370,41 €	41.240,22 €	507,25%
F. Passive Latente Steuern	2.369.012,00 €	2.244.759,00 €	1.907.545,00 €	-337.214,00 €	-15,02%
Summe Passiva	25.749.017,12 €	24.843.094,41 €	24.060.800,96 €	-782.293,45 €	-3,15%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.814.025,20 €	1.996.986,77 €	1.924.183,13 €	-72.803,64 €	-3,65%
2. sonstige betriebliche Erträge	577.562,54 €	547.500,42 €	723.457,49 €	175.957,07 €	32,14%
3. Materialaufwand	730.314,52 €	988.863,63 €	1.236.866,29 €	248.002,66 €	25,08%
4. Personalaufwand	1.554.241,07 €	1.619.418,97 €	1.769.955,17 €	150.536,20 €	9,30%
5. Abschreibungen	372.853,04 €	371.933,57 €	371.082,77 €	-850,80 €	-0,23%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	583.676,40 €	354.821,99 €	323.216,75 €	-31.605,24 €	-8,91%
Betriebsergebnis	-849.497,29 €	-790.550,97 €	-1.053.480,36 €	-262.929,39 €	33,26%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	1.166,67 €	286.685,44 €	285.518,77 €	24472,97%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	506,60 €	506,60 €	
Finanzergebnis	0,00 €	1.166,67 €	286.178,84 €	285.012,17 €	24429,54%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-849.497,29 €	-789.384,30 €	-767.301,52 €	22.082,78 €	-2,80%
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-118.334,26 €	-123.945,29 €	-337.214,00 €	-213.268,71 €	172,07%
10. sonstige Steuern	38.813,50 €	37.299,15 €	-13.374,51 €	-50.673,66 €	-135,86%
Jahresergebnis	-769.976,53 €	-702.738,16 €	-416.713,01 €	286.025,15 €	-40,70%
11. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	20.607.707,44 €	19.837.730,91 €	0,00 €	-19.837.730,91 €	-100,00%
Bilanzgewinn	19.837.730,91 €	19.134.992,75 €	-416.713,01 €	-19.551.705,76 €	-102,18%

g) Lagebericht

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

I. Grundlagen des Unternehmens - Geschäftsmodell

Als regionale und technologieorientierte Wirtschaftsförderung unterstützt die AGIT mbH (im folgenden AGIT) seit mehr als 40 Jahren Unternehmen unentgeltlich bei Gründung, Wachstum sowie Innovation, mit wertvollen Netzwerkkontakten, Standortinformationen und bei der Ansiedlung durch Investitionsberatung. Dabei ist die zukünftige Sicherung der TechnologieRegion Aachen, Düren und Euskirchen, als florierenden Wirtschaftsstandort mit diversifizierter, innovativer und wachsender Unternehmenslandschaft, Grundlage und konkrete Verpflichtung der AGIT. Wesentliche Ziele der verschiedenen Aktivitäten sind in diesem Kontext u.a. die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes zu fördern, Arbeitsplätze zu sichern sowie neue Arbeitsplätze zu schaffen und dabei erste Ansprechpartnerin für Unternehmen, Beschäftigte, Investor:innen, Gründungsinteressierte, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Verbände, Kammern und euregionale Partner:innen zu sein. Das Team der AGIT ist für und innerhalb der Stadt und StädteRegion Aachen, den Kreisen Düren und Euskirchen tätig, betreibt derzeit

ein Technologie-/ Innovationszentrum auf dem RWTH Aachen Campus und führt Wirtschaftsförderungsprojekte und -aufträge im gesamten Kammerbezirk Aachen, dem Rheinischen Revier sowie in der Euregio Maas-Rhein durch.

Entlang dieses Aufgabenprofils ist die Organisation in zwei wesentliche Geschäftsbereiche unterteilt:

- Der Bereich „**Technologiezentrummanagement**“ (TZM) verantwortet derzeit das sog. Zentrum für Bio-Medizintechnik (ZBMT) auf dem RWTH Aachen Campus in Melaten und vernetzt u.a. die Mieter:innen und die AGIT selbst mit dem Ökosystem der Hochschule. Zusätzlich zeichnet sich der Bereich federführend für die Umsetzung des Neubaus auf dem RWTH Campus verantwortlich und koordiniert die Entwicklung des Aviation Innovation Centers in Merzbrück (Geschäftsbereich 1).
- Der Bereich „**Wirtschaftsförderung**“ umfasst u.a. die Beratung von Existenzgründer:innen und Unternehmen (Start- & Scale-up), die Ansiedlungswerbung für die Region sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten bzw. Wirtschaftsförderungsaufträgen für Hochschulen, Kommunen und Unternehmen in und für die TechnologieRegion Aachen, Düren und Euskirchen (Geschäftsbereich 2).

II. Wirtschaftsbericht

II.1) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Geringes Wachstum, schwacher Kapitalmarkt, ungünstige Finanzierungsbedingungen und eingetrübtes außenwirtschaftliches Umfeld - der wirtschaftliche Rückblick auf das Jahr 2023 zeigt die Folgen globaler Krisen und nationaler Probleme.

Das folgenschwere Duo aus lahmender Konjunktur und lähmender Politik der letzten Jahre setzt sich auch in 2023 fort. Hohe (Energie-) Kosten, Fachkräftemangel und die schleppende Erholung der Weltwirtschaft nach der Corona-Pandemie wirken sich weiterhin dämpfend aus. Und mit Blick auf den weiter in Europa tobenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine ist aus wirtschaftlicher Sicht zu hoffen, dass die stark steigenden Verteidigungsausgaben nicht die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen verhindern. Lichtblicke für das kommende Jahr 2024 ermöglichen insbesondere die rückläufige Inflation und der gegen Ende des Jahres 2023 anziehende private Konsum. Eine leichte Erholung ist somit in Sicht, Dynamik aber nicht.

Für 2023 erwartet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unter dem Strich ein Minus des Bruttoinlandsproduktes von -0,2 %, wobei der prognostizierte konjunkturelle Rückschlag im Winterhalbjahr 2022 / 2023 glimpflicher ausgefallen ist als befürchtet, was retrospektiv auf den Rückgang von angebotsseitigen Störungen zurückzuführen ist. Laut Statistischem Bundesamt verlief das Jahr in den einzelnen Wirtschaftsbereichen durchaus unterschiedlich. Tendenziell ging die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) mit -2,0 % deutlich zurück, während die Dienstleistungsbereiche die Wirtschaft mit einem Plus von insgesamt 0,2 % stützen konnten. Auch das Baugewerbe verzeichnete trotz hoher Baukosten und zunehmend schlechteren Finanzierungsbedingungen ein (noch) positives Ergebnis in Höhe von 0,2 %.

Hauptverantwortlich für den Rückgang im Produzierenden Gewerbe sind die Bereiche Energieversorgung und Verarbeitendes Gewerbe, Chemie und Metallindustrie. Positive Impulse setzten dagegen die Automobilindustrie und der Fahrzeugbau. Zuwächse im Dienstleistungsgewerbe verzeichneten die Sektoren Information und Kommunikation, Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit sowie die Unternehmensdienstleister. Den Zuwachs im Bausektor tragen die Bereiche Tiefbau und Ausbaugewerbe, die gestiegenen Bauzinsen bremsten insbesondere den Wohnungsbau aus.

Das Dienstleistungsgewerbe ist auch das Zugpferd für den Arbeitsmarkt. Die Wirtschaftsleistung wurde von durchschnittlich 45,9 Millionen Erwerbstätigen erbracht – so vielen wie noch nie zuvor in Deutschland. Sowohl die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte als auch die Zunahme der Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung konnten den negativen demographischen Trend ausgleichen bzw. umkehren.

Das Finanzierungsdefizit des deutschen Staates betrug im Jahr 2023 genau zwei Prozent bzw. rund 82,7 Mrd. Euro und ist damit weiterhin rückläufig, was auf gesunkene Transferleistungen des Bundes an Länder und Sozialversicherungen zurückzuführen ist. Länder und Gemeinden verzeichneten demgegenüber steigende Ausgaben. Ursächlich sind u. a. die finanziellen Belastungen durch die große Zahl an Geflüchteten. Die Inflation in Deutschland ist gemessen am Verbraucherpreisindex im Laufe des Jahres 2023 deutlich auf durchschnittlich 6,1 % gefallen, wobei die Kerninflation mit 4,5 % auf einem vergleichbar hohen Niveau stagniert.

Für 2024 prognostiziert der Sachverständigenrat in tendenzieller Übereinstimmung mit den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten ein Plus beim Bruttoinlandsprodukt von 0,7 % und eine weiterhin fallende Inflationsrate in Höhe von jahresdurchschnittlich 2,6 %. Die Entwicklung der Kapitalmärkte, die zur Finanzierung der Investitionen in die digitale und grüne Transformation notwendig ist, sieht der Sachverständigenrat dagegen skeptisch. Neben der Transformation der bestehenden Wirtschaftsstruktur ist die Stärkung des Kapitalmarktes auch insbesondere für die Start-up-Szene von essentieller Be-

deutung. Bleibt die Verfügbarkeit von Wagniskapital für junge Wachstumsunternehmen aus, droht Deutschland nicht nur eine Überalterung seiner Bevölkerung, sondern auch seiner industriellen Basis.

II.2) Lage und Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

a) Hintergrund zum Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2023 ist das vierte Jahr der (finanziellen) Übergangsjahre (2020 – 2025) zur Neupositionierung der AGIT. Die Gesellschafter:innenzuschüsse wurden im Wirtschaftsjahr 2019 pauschal um 50% verkürzt, die vermietbare Fläche wurde durch den Verkauf des Technologiezentrum am Europaplatz (TZA) um 75% reduziert. Das TZA hatte in den Jahren vor dem Verkauf, mit einer Nutzfläche von 14.000 qm, Überschüsse aus Vermietungsleistung (Geschäftsbereich 1) für die Wirtschaftsförderung (Geschäftsbereich 2) generiert. Mit Ankauf des ZBMT, Januar 2020, stehen der AGIT im Geschäftsbereich 1 bis dato ca. 4.500 qm vermietbare Fläche zur Verfügung. Mit Erwerb des ZBMT konnten darüber hinaus ca. 56 % aus in 2019 gebildeten § 6b EStG Rücklage, auf diese Immobilie langfristig übertagen werden, so dass z.Zt. 44 % in der Rücklage vorhanden sind. Mit der Teilübertragung der o.g. Rücklage auf das ZBMT, bleibt die Besteuerung der stillen Reserve für den o.g. Betrag bis zu einer (evtl.) Veräußerung zunächst aufgeschoben bzw. wird p.a. ertragswirksam aufgelöst.

An dieser Stelle ist besonders zu erwähnen, dass die AGIT dank des TZA-Verkaufserlös, ohne langfristige Verbindlichkeiten bzw. Fremdkapital gegenüber aktuellen und ehemaligen Gesellschafter:innen bzw. Kreditinstituten agiert, darüber hinaus wirtschaftet die Gesellschaft seit Eigentumsübergang des ZBMT, ohne (vormals gezahlte) Sonderzuschüsse aus Verlusten des ZBMT (Geschäftsbereich 1) und verfügt gleichzeitig über ein angemessenes Eigenkapital zur Finanzierung des geplanten Neubaus.

Ferner wurden in den letzten Jahren diverse „Altvorgänge“ bereinigt, so dass die Gesellschaft im Jahr 2023 auf einer soliden finanziellen und strukturellen Basis ankert. Wenngleich sich die o.g. Reduzierungen (vermietbare Fläche und Gesellschafter:innenzuschüsse) jeweils spürbar auf die vergangenen, auf das aktuelle und perspektivisch auch auf die kommenden Gesamtergebnisse der AGIT auswirkt. Hierzu ist u.a. die Geschäftsführung aktiv geworden und hat vorgeschlagen, vor Ablauf der o.g. Übergangsjahre, eine nachhaltige Finanzarchitektur entlang der Ausrichtung der Gesellschaft und in Abstimmung mit den Gesellschafter:innen, zu entwerfen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft auf die Förderung und Stärkung der regionalen Wirtschaft fokussiert ist und in der Mehrperiodenbetrachtung nicht das Ziel der Gewinnmaximierung verfolgt, sondern mindestens eine ausgeglichene Ertragslage, bei gleichzeitig maximaler Wirtschaftsförderung, zu erreichen hat.

b) Wirtschaftsjahr 2023 – Allgemein

Das Jahr 2023 ist weiterhin von globalwirkenden Krisen geprägt, welche in der Konsequenz das BIP, nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, um 0,3 % niedriger ausfallen lässt, als im Vorjahr. Die trotz der jüngsten Rückgänge weiterhin hohen Preise hemmten die Konjunktur. Zusätzlich sind in 2023, bedingt durch steigende Zinsen, die Finanzierungsbedingungen deutlich ungünstiger geworden und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland komplettieren den Herausforderungsdreiklang. Damit setzte sich die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fort. Im Vergleich zu 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2023 um 0,7 % höher.

Diese nicht regional spezifischen Entwicklungen verstärken die allgemeinen unternehmerischen Herausforderungen (z.B. Fachkräftemangel, klimaneutrale Transformation, überbordende Bürokratie etc.) und die besonderen Herausforderungen im Rheinischen Revier, welche durch den politisch beschlossenen Strukturwandel zusätzlich auf die hiesige Wirtschaft wirken. Die wirtschaftlichen Akteure sehen sich so mit zusätzlichen Anforderungen konfrontiert, welche u.a. notwendige wirtschaftliche Investitionen hemmen. Diese anhaltenden Polykrisen erforderten auch im Wirtschaftsjahr 2023 regelmäßig neue Herangehensweisen, welche unterjährig angepasst werden mussten, denn der Einfluss der einzelnen Risiken auf die AGIT und die regionale Wirtschaft (Mieter:innen & Beratungskund:innen) unterlagen einem ständigen Wandel. Reaktionsgeschwindigkeit, Anpassungsfähigkeit und Kostendisziplin sind per se wichtig, im Wirtschaftsjahr 2023 waren diese Eigenschaften erneut entscheidende Faktoren.

Die EZB bekämpfte die Inflation mit verschiedenen Zinsschritten und hatte nach zuletzt zehn Zinserhöhungen in Folge, gemäß geldpolitischem Beschluss vom 26. Oktober 2023 den Leitzins unverändert (hoch) bei 4,5 % belassen. Diese EZB Zinsentscheidungen hatten für die AGIT auf der einen Seite zur Folge, dass das sog. Verwahrentgelt, welches noch in 2022 zu entrichten war, für das Jahr 2023 keine Bedeutung mehr hatte. Auf der anderen Seite konnten durch die Zinswende entsprechende Zinserträge erzielt werden, welche bei der Wirtschaftsplanerstellung im November 2022, durch eine moderate Schätzung der Zinsentwicklung in dieser Form nicht erwartet wurden. Im Laufe des Jahres konnten über verschiedene befristete Einlagen bei der Hausbank, im Ergebnis nennenswerte Erträge erzielt werden. Da die erzielten Einlagezinsen jedoch teilweise langsamer gestiegen sind als die Inflation in 2023, sind diese bei realer statt nominaler Betrachtung weiterhin negativ und die vorgehaltene Liquidität ist auf Dauer ein Verlustgeschäft.

Dies vorweggeschickt, wird im Folgenden insbesondere auf die wesentlichen budgetrelevanten Sachverhalte der Gesellschaft im Jahr 2023 eingegangen.

c) Gewinn- und Verlustrechnung 2023

Allgemein

Die Gesamtleistung des Wirtschaftsjahr 2023 lag bei 1.924 TEUR (VJ 1.997 TEUR) und somit 73 TEUR unter der Gesamtleistung des Vorjahrs. Der Jahresfehlbetrag in der GuV-Rechnung zum 31.12.2023 liegt bei -417 TEUR (Vorjahr: -703 TEUR / Jahr 2021: -770 TEUR). Das Defizit kann durch Ausgleich bzw. Verrechnung des vorhandenen Bilanzgewinn (lt. Jahresabschluss zum 31.12.2022 i. H. v. 19.135 TEUR) gedeckt werden.

Das Jahr 2023 wird mit einer Verringerung der liquiden Mittel um 998 TEUR auf 11.584 TEUR, erneut hohen Umsatzerlösen i.H.v. 1.924 TEUR, einer anhaltend guten Lage im Bereich des Projekt- bzw. Auftragsgeschäfts, einer guten Vermietungsquote, trotz diverser Auszüge im ZBMT und weiteren Investitionen in den Neubau abschließen.

Das o.g. GuV-Ergebnis 2023 beinhaltet ebenfalls nicht ausgabewirksame Aufwendungen in Form von Abschreibungen i.H.v. 371 TEUR (VJ: 372 TEUR) und nicht einnahmewirksame Erträge aus der Auflösung latenter Steuern i.H.v. 337 TEUR (VJ: 124 TEUR).

Konsequente Kostendisziplin auf der einen Seite und Leerstands- und Umbaukostenkosten auf der anderen Seite des Geschäftsbereichs. Sowie Mehraufwände im Projektgeschäft durch unterschiedliche Anpassungen im laufenden Betrieb, beide Punkte haben Ertrag und Aufwand im Jahr 2023 beeinflusst. Im Wirtschaftsjahr 2023 lagen darüber hinaus besondere Merkmale vor, so konnten Zinserträge i.H.v. 281 TEUR erwirtschaftet werden, nachdem im Wirtschaftsjahr 2022 noch Verwahrentgeltzahlungen notwendig waren. Darüber hinaus wurden entlang der Jahre 2015, 2016 und 2017 der Vorsteuerabzug des ZBMT korrigiert und dadurch rückwirkend die Umsatzsteuererklärungen berichtigt, was zu einer Erstattung für die AGIT i.H.v. 54 TEUR (inkl. Zinsen) führte. Besondere Aufwände im Geschäftsbereich 2 sind u.a. im Kontext der Werbungs- und Bewirtungs- bzw. Reisekosten entstanden. Dies lag u.a. am Jubiläumsjahrs „40 Jahre AGIT“ sowie an einer großen Delegationsreise nach Südkorea mit Vertreter:innen der StädteRegion Aachen.

Im Wirtschaftsjahr 2023 liegen die Rückstellungen zum Endsaldo bei 68 TEUR, (VJ: 83 TEUR) wovon mit 20 TEUR (VJ: 32 TEUR), der Großteil der Rückstellungen Urlaubsrückstellungen der Mitarbeitenden sind. Wie oben bereits erwähnt, stiegen die Investitionen in den Neubau im Jahr 2023 deutlich an und umfassten für diverse Planungsleistungen etc. insgesamt 372 TEUR (in Vorjahren insgesamt: 168 TEUR). Darüber hinaus wurden die Vorbereitungen für die europaweite Ausschreibung initiiert, welche insbesondere auch eine Rechtsberatung notwendig macht(e).

Im Folgenden wird auf die wesentlichen budgetrelevanten Sachverhalte der Geschäftsbereiche 1 und 2 eingegangen. Die inhaltlichen Aktivitäten und Maßnahmen der Gesellschaft, können dem offiziellen AGIT-Jahresrückblick 2023 unter www.agit.de entnommen werden.

Geschäftsbereich 1: Technologiezentrumsmanagement

Das Zentrum für Bio-Medizintechnik (ZBMT) ist zum Ende des Jahres 2023 wieder annähernd zu 100 % ausgelastet. Das Gebäude bietet aktuell Platz für insgesamt 11 Unternehmen, darunter fünf Unternehmen mit Gründungsstatus, sechs Campusmieter:innen bzw. Gewerbemieter:innen.

Die klassischen Mieteinnahmen im ZBMT sind auf einem konstant hohen Niveau und liegen bei 943 TEUR, wenngleich die Mieterlöse ca. 64 TEUR geringer ausfallen als im Vergleich zum Vorjahr (Mieteinnahmen i.H.v. 1.060 TEUR). Die Reduzierung liegt in der neuen Mieter:innenstruktur. Das Technologiezentrumsmanagement (TZM) war im Jahr 2023 geprägt von diversen Auszügen, Einzügen, Umzügen, Erweiterungen und zahlreichen Reparaturen sowie Wartungen. Im Jahr 2023 sind insgesamt fünf Unternehmen ausgezogen, 1.855 m² Fläche wurden so freigesetzt, dies entspricht ca. 41 % der Gesamtfläche des ZBMT und führte zu entsprechenden Mietausfällen und zu Mehraufwendungen. Alle Flächen konnten bis zum Jahresende 2023 erneut vollständig vermietet werden. Die durchschnittliche Vermietungsquote lag trotz dieser Herausforderungen bei (sehr guten) 94 %.

Wie bereits zum Ende des Jahres 2022 berichtet, war eine Mieterin in eine finanzielle Schieflage geraten, ein:e entsprechende:r Investor:in konnte nicht gefunden werden und das Unternehmen meldete Insolvenz an. Ein:e Nachmieter:in für die frei gewordenen Fläche konnte umgehend gefunden werden, wenngleich die Räumung der Flächen erst Anfang Februar 2023 durchgeführt werden konnte, da das insolvente Unternehmen sein komplettes Inventar in der Mietfläche hinterlassen hatte. Für das Inventar konnte ein Kaufinteressent gefunden werden, dieses musste jedoch bis zum tatsächlichen Übergang kostenpflichtig eingelagert werden. Hierdurch haben sich insgesamt Mietausfallkosten sowie Kosten für die Einlagerung ergeben. Im Juni 2023 wurde das Insolvenzverfahren offiziell eröffnet und beim Amtsgericht Aachen wurde eine Forderung der AGIT in Höhe von 80.409,32 EUR angemeldet und anerkannt. Durch den Verkauf des eingelagerten Inventars konnte in Abstimmung mit dem Insolvenzverwalter im August ein Erlös i. H. v. 10 TEUR generiert werden.

Anfang Mai 2023 kam es zu einem Defekt an der VE-Wassereinlage, wodurch Wasser ausgetreten und so Folgeschäden an der Anlage, im Flur sowie am Aufzug verursacht wurden. Die Kosten für die Folgeschäden wurden von der Versicherung getragen.

Durch eine Mittelspannungsstörung im Umspannwerk Seffent kam es im Juni 2023 zusätzlich zu einem Stromausfall und in Folge dessen zu Folgeschäden am Zugangssystem des ZBMT sowie dem Aufzug. Die

Kosten für die Folgeschäden wurden weder von der eigenen Versicherung, noch von der Versicherung des Verursachers getragen.

Des Weiteren waren einige Reparaturen an Türen und Schlössern sowie weitere Maßnahmen zur Sicherung des Brandschutzes notwendig. Neben turnusmäßigen ca. 20 Wartungen z. B. Lüftungsanlage, Heizungsanlage, Druckluft, Brandschutztüren, Aufzug usw. stand im Jahr 2023 die Nachprüfung der ortsfesten elektrischen Anlagen an. Die Prüfung im Jahr 2022 hat einige wesentliche Mängel hervorgebracht, so dass zahlreiche Brandschotten erneuert werden mussten. Auch die Prüfung der Brandschutzanlagen stand im Frühjahr 2023 turnusmäßig an, welche jedoch ohne Mängel abgeschlossen wurde.

Strom- und Wärmekosten waren auch im Jahr 2023, insbesondere im Vergleich zu den Vorjahren, extrem hoch und belasteten die Nebenkosten bzw. führten zu erhöhten Vorauszahlungen. Verschiedene Einsparmaßnahmen wurden bereits 2022 von Seiten der AGIT eingeleitet, welche im Jahr 2023 konsequent fortgesetzt wurden. Darüber hinaus wurden staatliche Maßnahmen zur Deckelung der Kosten (z.B. Strompreisbremse) in Anspruch genommen, welche i. H. v. 114 TEUR unter sonstige betriebliche Erträge gebucht wurden.

Alle o.g. Flächenänderungen (Auszüge, Einzüge, Umzüge etc.) im Jahr 2023 waren mit großem personellem Aufwand verbunden. Gleichzeitig wurden Kosten verursacht, u.a. durch die Notwendigkeit Flächen neu zuzuschneiden, neue Wände einzufügen, Wasser- /Abwasser- und Druckluftanschlüsse nachzurüsten, Elektroarbeiten durchzuführen und neue Laborböden zu schaffen.

Der Umzug der AGIT in neue Räumlichkeiten des ZBMT und somit der finale Auszug aus dem TZA, hat neben dem Tagesgeschäft im Geschäftsbereich 1 viele Ressourcen gebunden. Die neuen Flächen im ZBMT ermöglichen nun eine noch bessere Zusammenarbeit und haben ebenfalls zur beschleunigten Nachnutzung der freigewordenen Flächen beigetragen. Des Weiteren haben sich im Jahr 2023 vier Unternehmen entschlossen, Anschlussmietverträge mit unterschiedlichen Laufzeiten zu unterzeichnen. Die Nachfrage nach Büro-, vor allem aber Laborflächen, ist unverändert hoch. Dies gilt gleichermaßen für neue, wie auch bereits ansässige Unternehmen.

Auf Grund diverser nicht beeinflussbarer Faktoren und oben beschriebener notwendiger Instandhaltungsmaßnahmen, sind die Aufwendungen für Mieterlöse auf 568 TEUR (VJ: 307 TEUR) gestiegen. Insbesondere höhere Energiekosten (+162 TEUR) und Maßnahmen nach Auszügen (Altmietler:innen) i. H. v. +63 TEUR, haben zur Kostensteigerung im Vergleich zum Vorjahr (+ 307 TEUR) beigetragen.

Ausblick

Für das Jahr 2024 wurde aufgrund der hohen (Betreuungs-)Anforderungen bzgl. der vorhandenen Laborflächen (z.B. durch technische Anlagen) eine Mietpreisanpassung vorgenommen, welche ein Plus von 1,50 €/qm beträgt und bei einigen Mieter:innen bereits in 2024 vertrags- und somit für die AGIT ertragswirksam ankommen wird. Darüber hinaus prognostiziert die Geschäftsführung für 2024 eine sehr hohe Flächenauslastung, während die Mieteinnahmen im Vergleich zu den Vorjahren voraussichtlich geringer ausfallen wird. Durch die erhöhte Anzahl der Start-ups, werden entlang der ZBMT-Mietpreistabelle entsprechend geringere Mieten gezahlt.

Geschäftsbereich 2: Wirtschaftsförderung

Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ musste erneut auf dynamische Verschiebungen innerhalb der laufenden Projekte und Aufträge reagieren und unterjährig einzelne Budgets neu justieren. Trotz dieser und weiterer Herausforderungen konnten die überproportional hohen Erwartungen an den Bereich Wirtschaftsförderung mit Erlösen i.H.v. 961 TEUR (VJ: 989 TEUR) gehalten werden. Insbesondere das Projekt „Geschäftsstelle BioÖkonomie“, welches gemeinsam mit der RWTH Aachen durchgeführt wird und das Projekt „ET2SMEs“ (Projekt endet zum 31.12.2023) konnten sich hier besonders auszeichnen. Gleichzeitig reduzierten sich die Fremdleistungen zur Erzielung der o.g. Projekterlöse im Vergleich zum Vorjahr um 13 TEUR auf insgesamt 669 TEUR. Vor allem haben diese Projekte diverse inhaltlichen Vorteilen für die gesamte Region und leisten gleichzeitig einen finanziellen Deckungsbeitrag für die Gesellschaft.

Laufende Aktivitäten (vornehmlich ohne Fakturierung als allgemeine Wirtschaftsförderungsmaßnahme)

Durch Beratung und Coaching der AGIT, werden Unternehmen und Start-ups von der Ideenphase bis hin zur Realisierung eng begleitet. Dabei werden unterschiedliche Beratungsschwerpunkte gesetzt: Von der Marktfähigkeit neuer Ideen und Produkte, über Forschungs- und Entwicklungskooperationen, Prototypenentwicklung bis hin zum gewerblichen Schutz von neuen Ideen (Patent, Gebrauchsmuster, Marke bzw. Design).

Sowohl große Unternehmen, als auch Start-ups und Spin-offs profitierten zusätzlich vom Standortmanagement und der individuellen Betreuung der AGIT. Regional bereits ansässige Unternehmen werden zumeist bei der Suche nach Flächenvergrößerungen unterstützt, während bei nationalen und internationalen Unternehmensanfragen neben der Standortsuche besonders die Vorstellung der Region Aachen, der exzellenten Forschungslandschaft - in Zusammenarbeit mit diversen Partner:innen - im Vordergrund stehen.

Als Schnittstelle zwischen regionaler Wirtschaft und Wissenschaft fördert die AGIT darüber hinaus gezielt neue Kooperationen. Seit vier Jahren führt die Gesellschaft zu diesem Zweck proaktive Unternehmensbesuche in der Region Aachen durch. Darüber hinaus werden seit 2020 das Wissenschaftsnetzwerk und die Rolle der AGIT im Ökosystem Campus stetig erweitert und gestärkt. Die Initiierung von Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft als Service für Unternehmen und Institutionen ist von besonderer Bedeutung zur Stärkung der Innovationsfähigkeit.

Neben den klassischen Gewerbeflächen-Informationssystemen, wie gisTRA®, bietet die AGIT auch ein Gewerbeflächen-Dashboard auf ihrer Webseite an. Mit relevanten Kennzahlen und individuellen Filtermöglichkeiten bietet das Dashboard politischen Entscheider:innen, Wirtschaftsförderer:innen und Planer:innen einen Überblick über das Geschehen auf dem Gewerbeflächenmarkt. Das Dashboard stellt somit eine wertvolle Ergänzung zu den ausführlichen Analysen des „Standort im Fokus“ dar.

Über das Competence Center im Kreis Düren, mit Sitz im Technologiezentrum Jülich, pflegt die AGIT weiterhin eine enge räumliche Nähe zu den relevanten Akteur:innen aus Wirtschaft sowie Wissenschaft und unterstützt eine Integration der ansässigen Unternehmen im Kreisgebiet, insbesondere im Sinne des Technologietransfers. Gleichzeitig wird so das Service-Portfolio der AGIT bei den kommunalen Akteur:innen im Kreis Düren stärker verankert.

Mit dem Competence Center Kreis Euskirchen bietet die AGIT den Unternehmen aus dem Kreis Euskirchen ein konstant umfangreiches Beratungs- und Unterstützungsangebot vor Ort an. Das Büro des Competence Centers, in direkter Anbindung an die Stabsstelle für Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen, ermöglicht eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen der AGIT und dem Kreis Euskirchen. So konnte u.a. auch im Kontext des Förderprojekts „Ideenfabrik für nachhaltiges Wirtschaften“, welches in der Antragstellung bereits durch die AGIT unterstützt wurde, in 2023 durch ein konkretes Transfer-Angebot flankiert werden. Die Umsetzung erfolgt in den Wirtschaftsjahren 2024/2025.

Gemeinwohlbilanzierung der AGIT

In der gemeinsamen Sitzung des AGIT-Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung vom 24.06.2022, wurde die Geschäftsführung beauftragt, die Aufstellung einer Gemeinwohlbilanzierung der Gesellschaft zu veranlassen.

Der zu durchlaufende Prozess für die erste Erstellung einer Gemeinwohlbilanz umfasste die Analyse und Beschreibung des IST-Zustandes von insgesamt 60 Einzelkriterien, die fünf Kategorien bzw. Themenschwerpunkten zugeordnet sind. Anschließend wurde eine Selbsteinschätzung zum Erfüllungsgrad anhand von vorgegebenen Beurteilungsmaßstäben vorgenommen, Bereiche identifiziert, die bisher

unzulänglich berücksichtigt sind, mögliche Verbesserungsvorschläge formuliert in Berichtsform zusammengefasst. Die AGIT hat diese Schritte beginnend mit einem Auftaktworkshop im September 2022, diversen Workshops in 2023, einer intensiven Berichtserstellung sowie einem Abschluss- und Evaluierungsworkshop im Mai 2023 mit fachlicher Begleitung von geschulten GWÖ-Beratern durchgeführt.

Im Anschluss an den Bilanzierungsprozess erfolgte das offizielle Auditierungsverfahren. Dabei begutachtete die für die AGIT zuständige GWÖ-Auditorin den Berichtsinhalt, absolvierte eine Vorortprüfung (09/2023) bzw. machte sich einen persönlichen Eindruck der AGIT in Aachen und beurteilte ihrerseits den Erfüllungsgrad der Kriterien. Abschließend erstellte die Auditorin Ende September den offiziellen Auditbericht, welcher Grundlage für das erhaltende Testat wurde. Nach diesem umfangreichen Arbeitsprogramm hat die AGIT, mittlerweile offizielles Mitglied der Gemeinwohl-Ökonomie Deutschland e. V., das Audit-Zertifikat erhalten (27.10.2023) und in den finalen Bericht integriert, welcher u.a. auch auf der Webseite der AGIT veröffentlicht ist.

Die Gesellschaft konnte im Ergebnis einen guten Erstabzählungswert von 270 Punkten erreichen, die erforderliche Selbsteinschätzung lag bei 217 Punkten.

Neue Beteiligung – Forschungsflugplatz Würselen Aachen GmbH

Mit Wirkung zum 01.01.2023 ist die AGIT, im Kontext der Neuausrichtung der (damals) Forschungsflugplatz Aachen-Merzbrück GmbH (FAM), mit einem Stammkapitalanteil von 2.850 Euro (entspricht 5 %) als Gesellschafterin des Flugplatzes beigetreten. Als Keimzelle modernster Forschungsideen rund um die Themen Elektromobilität, Aviation sowie alternative und nachhaltige Ressourcenkonzepte soll sich der Standort als Leuchtturm für die gesamte Region entwickeln. Eine nachhaltige Flugmobilität soll insbesondere auch positive Effekte auf die CO₂-Emissionen haben.

Im Zuge der Einführung der Spartenrechnung für die Sparten „Geschäftsbetrieb“ mit anfänglicher Zuordnung von 90 % der Gesamtkosten und „Forschung und Entwicklung (F&E)“ mit anfänglicher Zuordnung von 10 % der Gesamtkosten ergibt sich für die AGIT nach ersten überschläglichen Ermittlungen ein jährlicher Zuschuss von rd. 8 TEUR. Dieser Ermittlung liegt die Annahme zu Grunde, dass die neuen Gesellschafter AGIT & RWTH Aachen den Zuschuss für die Sparte Forschung und Entwicklung (F&E) in Höhe von insgesamt 10 % zu jeweils einem Drittel übernehmen; da die FH Aachen nicht wie geplant Gesellschafterin wurde, wird 1/3 der Sparte F&E z.Zt. von der StädteRegion und der SEW übernommen.

Zum Ende des Jahre 2023 wurde die Umfirmierung der Gesellschaft beschlossen und beurkundet. Diese firmiert nun unter dem Namen „Forschungsflugplatz Würselen Aachen“.

II.3) Lage der Gesellschaft

Das Jahr 2023 wird mit einer Verringerung des Anlagevermögens und einer Verringerung der liquiden Mittel sowie mit Umsatzerlösen i. H. v. 1.924 TEUR (2022: 1.997 TEUR / 2021: 1.814 TEUR / 2020: 1.417 TEUR) und einem im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2022 (1.008 TEUR) verringertem Rohergebnis (687 TEUR) abschließen.

a) Ertragslage

Insgesamt wird das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von –417 TEUR ausweisen, welcher durch Verrechnung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr gedeckt werden kann. Folgende wesentliche Hinweise sind an dieser Stelle anzuführen:

Die Umsatzerlöse i.H.v. 1.924 TEUR sind im Vergleich zum Jahr 2022 um 3,65 % niedriger ausgefallen als in 2022. Ein erneut gutes Projekt- und Auftragsgeschäft (961 TEUR) und eine gute Vermietungsquote im ZBMT (943 TEUR) tragen die erzielten Umsatzerlöse. Die Zuschüsse der Gesellschafter:innen wurden im Vergleich zum Vorjahr um + 10 % (Inflationsausgleich) auf insgesamt 536 TEUR (+49 TEUR) angepasst und sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen verbucht. Weitere Umsatzsteigerungen sind in Zukunft schwerer realisierbar, da insbesondere die Skalierbarkeit der AGIT-Dienstleistungen, außerhalb des klassischen Flächenangebots, unmittelbar mit den zur Verfügung stehenden Personalressourcen abhängig ist.

b) Finanzlage

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2023 <u>T€</u>
Jahresfehlbetrag	-417
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	371
Abnahme der Rückstellungen	-15
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	18
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-217
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-34
Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	-3
Abnahme der erhaltenen Anzahlungen	-18
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-295
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>-610</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-376
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-9
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3
Investitionstätigkeit	<u>-388</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	12.582
Zahlungswirksame Veränderungen	-998
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>11.584</u>

c) Vermögenslage

Das Vermögen und das Kapital der Gesellschaft haben sich gegenüber dem Vorjahr um 782 TEUR vermindert. Im Wesentlichen resultiert der Rückgang des Vermögens aus der Abnahme der flüssigen Mittel in Höhe von 998 TEUR. Lang- bis mittelfristig gebundenes Vermögen i. H. v. 12.011 TEUR bilden 49,9 % des AGIT-Gesamtvermögens. Kurzfristig gebunden (< 1 Jahr) sind 12.049 TEUR, wovon wiederum 11.584 TEUR bzw. 48,1% den Kassenbestand bei Kreditinstituten widerspiegelt. Das Gesamtvermögen der AGIT liegt zum Ende des Wirtschaftsjahres 2023 bei 24.061 TEUR.

Langfristiges gebundenes Fremdkapital existiert im Wirtschaftsjahr 2023 nicht, der Anteil des kurzfristig gebundenen Fremdkapitals hat einen Anteil von 1,3 % darüber hinaus machen passive latente Steuern 7,9 % aus, während die Eigenkapitalquote im Wirtschaftsjahr 2023 bei einem hohen Wert (90,6 %) liegt.

Der laufende Geschäftsbetrieb wurde aus der Inanspruchnahme der liquiden Mittel finanziert.

	Bilanz zum 31.12.2023		Bilanz zum 31.12.2022		Veränderung zum Vorjahr
	T€	%	T€	%	T€
AKTIVA					
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	0,02	0	0,00	6
Sachanlagen	11.970	49,75	11.962	48,15	8
Finanzanlagen	35	0,15	32	0,13	3
<i>Lang- und mittelfristig gebundenes Vermögen</i>	<i>12.011</i>	<i>49,92</i>	<i>11.994</i>	<i>48,28</i>	<i>17</i>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	234	0,97	253	1,02	-19
sonstige Vermögensgegenstände	231	0,96	15	0,06	216
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	11.584	48,14	12.582	50,64	-998
<i>Kurzfristig gebundenes Vermögen</i>	<i>12.049</i>	<i>50,07</i>	<i>12.850</i>	<i>51,72</i>	<i>-801</i>
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,01	0	0,00	1
	24.061	100,00	24.843	100,00	-782
PASSIVA					
Gezeichnetes Kapital	3.075	12,78	3.075	12,38	0
Gewinnvortrag	19.135	79,53	0	0,00	19.135
Jahresfehlbetrag	-417	-1,73	0	0,00	-417
Bilanzgewinn	0	0,00	19.135	77,02	-19.135
<i>Eigenkapital</i>	<i>21.793</i>	<i>90,58</i>	<i>22.210</i>	<i>89,40</i>	<i>-417</i>
Rückstellungen	68	0,28	83	0,33	-15
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0,00	18	0,07	-18
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	106	0,44	140	0,56	-34
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	21	0,08	24	0,10	-4
sonstige Verbindlichkeiten	117	0,48	115	0,46	2
<i>Kurzfristiges Fremdkapital</i>	<i>312</i>	<i>1,28</i>	<i>380</i>	<i>1,52</i>	<i>-68</i>
Rechnungsabgrenzungsposten	49	0,21	8	0,03	41
Passive latente Steuern	1.908	7,93	2.245	9,04	-337
	24.061	100,00	24.843	100,00	-782

II.4) Finanzielle Leistungsindikatoren und Kennzahlen

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Anlagevermögen	12.011	11.994
Gesamtvermögen	24.061	24.843
Anlageintensität in %	49,92 %	48,3 %

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Eigenkapital	21.793	22.210
Gesamtkapital	24.061	24.843
Eigenkapitalanteil in %	90,6 %	89,4 %

Verschuldungsgrad

Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Fremdkapital	312	380
Eigenkapital	21.793	22.210
Verschuldungsgrad in %	1,28 %	1,52 %

III. Prognosebericht

Aufgrund der Ausrichtung der Gesellschaft, welche auf die Förderung und Stärkung der regionalen Wirtschaft fokussiert ist, verfolgt die AGIT in der Mehrperiodenbetrachtung nicht das Ziel der Gewinnmaximierung, sondern das Ziel, mindestens eine ausgeglichene Ertragslage bei gleichzeitig maximaler Wirtschaftsförderung zu erreichen. Die Skalierbarkeit der AGIT-Dienstleistungen, insbesondere im Kontext des Bereichs „Wirtschaftsförderung“, hängen unmittelbar mit der Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden zusammen, so dass Erlöse und inhaltliche Wirkungen nur durch eine angemessene Ressourcenerbereitstellung zu realisieren sind. Das klassische Beratungsgeschäft wirkt daher im Kontext der Personalkosten intensiver, insbesondere im Vergleich zu klassischen Technologie- und Gründerzentren (TGZs). TGZs haben in der Regel das Zentrumsmanagement im Fokus des Handelns, während dies bei der AGIT als flankierendes und unterstützendes Instrument (Geschäftsbereich 1) zur eigentlichen Kernaufgabe (Geschäftsbereich 2) dient.

Entlang der mittelfristigen Finanzplanung erwartet die Gesellschaft folgende Entwicklung:

Finanzplanung 2024 – 2028 in TEUR - operatives Betriebsergebnis -

Lfd.- Nr.	Position	Plan-Wirtschaftsjahre				
		2024	2025	2026	2027	2028
1	Gesamterlöse					
		2.315 TEUR	3.497 TEUR	4.228 TEUR	4.313 TEUR	4.352 TEUR
2	Personalkosten					
		2.123 TEUR	2.192 TEUR	2.268 TEUR	2.331 TEUR	2.350 TEUR
3	Sachkosten					
		1.210 TEUR	1.277 TEUR	1.960 TEUR	1.980 TEUR	2.001 TEUR
4	operatives Ergebnis	- 1.018 TEUR	+ 28 TEUR	0 TEUR	+ 2 TEUR	+ 1 TEUR

**Afa und Auflösung latenter Steuern sind nicht berücksichtigt, Zinserträge in 2024 sind in den Gesamterlösen integriert*

*** Ergebnis 2025 ff: unter der Annahme „Neue Finanzstruktur der AGIT“ – MiFriFi 12/2023*

Dies vorweggeschickt, zeichnet sich die mittelfristige Finanzplanung insbesondere durch folgende Kernelemente aus:

Geschäftsbereich 1 „Technologiezentrumsmanagement“

Die o.g. Prognose berücksichtigt u.a. die Fertigstellung des Campus-Neubaus zum Jahresende 2025, unter der Annahme einer Vollauslastung zum Jahresende 2026, bestehend aus 70 % Gründungsmieten (3 Staffel) und 30 % Campusmieten sowie der Errichtung eines Co-Working-Space im Erdgeschoss. Das ZBMT ist im Jahr 2024 & ff. ebenfalls voll ausgelastet und das Gebäude verfügt über 30 % Gründungs- und 70 % Campusmieter:innen. Diese Berechnungen beruhen auf der kalkulatorischen Annahme der für 2024 gelten Mietpreise im ZBMT (siehe Mietpreisspiegel auf der Webseite der AGIT) und der kalkulatorisch angesetzten Mietpreise für den Neubau.

Die Immobilieninvestition auf dem RWTH Aachen Campus bedeutet für die Gesellschaft, neben hohen Auszahlungen und der Aufnahme eines Investitionskredits im Jahr 2025, dass sich auf der einen Seite der überwiegende Teil des Vermögens in den o.g. Immobilien gebunden sein wird und dem Sachanlagevermögen (hohe Anlagenintensität) ebenfalls hohe Abschreibungen gegenüberstehen, welche das GuV Ergebnis entsprechend beeinflussen. Auf der anderen Seite wirken sich die Investitionen ebenfalls stark auf die kurzfristige Liquidität der Gesellschaft aus. Bedeutende Überschüsse, die eine rückläufige Entwicklung des Vermögens durch die Abschreibungen auf das Gebäude ausgleichen könnten, werden von der Gesellschaft voraussichtlich nicht erwirtschaftet. Die AGIT führt jedoch sog. wirtschaftsfördernde Maßnahmen durch, deren Nutzen nicht in monetären Gewinnen, sondern in einer Förderung und Stärkung der regionalen Wirtschaft besteht. Dabei ist auch die Ausrichtung des eigenen Flächenangebots, insbesondere im Kontext der Bedarfe der Zielgruppe zu bewerten (Vergünstigte Miete für Gründer:innen).

Start-ups bzw. Gründer:innen und junge technologieorientierte Unternehmen sollen für die ersten Schritte der Unternehmensentwicklung mit einer entsprechend vergünstigten Miete begleitet werden. Diese Tatsache verringert gleichzeitig das kalkulatorische Erlöspotenzial der Immobilien. Dieser Zielkonflikt ist nicht neu, muss jedoch regelmäßig und transparent kommuniziert werden, damit die Gemeinwohlausrichtung bzw. der Beitrag zur Wirtschaftsförderung der Gesellschaft für die gesamte Region, insbesondere an dieser Stelle deutlich wahrgenommen wird.

Geschäftsbereich 2 „Wirtschaftsförderung“

Der Bereich der allgemeinen Wirtschaftsförderung zeichnet sich im Gegensatz zum Geschäftsbereich 1 regelmäßig durch eine sehr hohe Dienstleistungsquote aus, welche grundsätzlich mit einem hohen Personalkostenanteil einhergeht. Start-up-, Wachstums-, Patent- und Verwertungsberatung, um nur einige Dienstleistungen zu benennen, sind im Rahmen des Gesellschaftszwecks bzw. der Gemeinwohlausrichtung bis dato ohne Fakturierung geblieben. Siehe auch Jahresbericht 2023, zu den erreichten Zielen und Wirkungen der AGIT (Webseite der AGIT).

Potenzielle Erlössteigerungen sollten sinnvoll in strategischen Wirtschaftsförderungsbereichen erzielt werden, die u.a. durch geförderte Projekte zur Querfinanzierung der laufenden Personal- und Sachkosten einen Deckungsbeitrag leisten können. Konkrete weitere (Gesellschafter:innen-) Aufträge, wie z.B. im Rahmen des erzielten Dienstleistungsauftrags „Ideenfabrik für nachhaltiges Wirtschaften“, unterstützen die Querfinanzierung ebenfalls, erfordern jedoch gleichzeitig zusätzliche Ressourcen. Dennoch: zusätzliche Aufträge zur Stärkung der AGIT in finanzieller und inhaltlicher Sicht sollten folglich und verstärkt nach dem „Besteller:innenprinzip“ erfolgen. Hierzu wurden erweiterte Wirtschaftsförderungsangebote (Dienstleistungen und Produkte) entwickelt, welche mit einem abschätzbaren zusätzlichen Aufwand grundsätzlich aus dem Bestand der AGIT geleistet werden können und einen Deckungsbeitrag im Sinne der Aufgabenerfüllung leisten.

Ohne diese Aufträge und Projekte müssten potenzielle Gesellschafter:innenzuschüsse dafür aufgewendet bzw. zusätzliche Zuschüsse bereitgestellt werden.

Strukturelle Herausforderungen

Im Tenor zeigt die mittelfristige Finanzplanung deutlich, dass insbesondere der langfristige Fortbestand der Gesellschaft von den drei folgenden wesentlichen Elementen abhängig ist:

- 1.) der ausreichenden Versorgung der Gesellschaft mit Liquidität bzw. Zuschüssen, welche vor allem durch die (zuschussgebenden) Gesellschafter:innen erfolgen sollte
- 2.) der Akquise zusätzlicher Aufträge und geförderter Projekte, welche auf die Strategie der AGIT einzahlen sowie einen finanziellen Deckungsbeitrag erreichen können und
- 3.) den Mieteinnahmen aus dem Technologiezentrummanagement, welche trotz des Zielkonflikts innerhalb der Mietpreise, aus dem ZBMT und dem Neubau erfolgen müssen.

Nur im Dreiklang dieser Mittelzuflüsse kann die AGIT langfristig ihren Gesellschaftszweck erfüllen und erfolgreich für die TechnologieRegion agieren.

Für die Punkte „Aufträge & Projekte“ (Nr. 2) und „Mieteinnahmen TZM“ (Nr. 3) sieht sich die AGIT auf einem guten Weg. So konnte z.B. der Betrieb des ZBMT aus langjährigen Verlusten (2009 bis 2019) in eine Gewinnzone geführt werden. Darüber hinaus wird der geplante Neubau ebenfalls zu Mieteinnahmen und einer voraussichtlichen Kostendeckung, nach ersten vorsichtigen Schätzungen, führen. Hohe Überschüsse werden jedoch auf Grund der zu erwartenden Zinsaufwendungen nicht erreicht. Die in den letzten Jahren eingeworbenen Aufträge und Projekte haben darüber hinaus zu Erlössteigerungen geführt, welche neben einem Beitrag zur Kostendeckung einen inhaltlichen Mehrwert und Schwerpunkt im Kerngeschäft der AGIT finden.

Demzufolge ist für die mittelfristige Finanzplanung geboten, die Zuschüsse der aktuellen und zukünftigen Gesellschafter:innen aufzugreifen. Die Zuschüsse der Gesellschafter:innen ab dem Jahr 2025, also mit Vollendung der Übergangsjahre, wurden für die mittelfristige Finanzplanung so angepasst, dass für die Jahre 2025 – 2029 voraussichtlich keine Verluste entstehen. Eine entsprechende Kürzung wäre mit entsprechenden Jahresfehlbeträgen verbunden, welche auch zu Liquiditätsproblemen der Gesellschaft führen können.

Darüber hinaus sollte angestrebt werden, die durch die AGIT in 2020 erworbenen Gesellschaftsanteile der ausgeschiedenen Gesellschafter:innen (4,27 % & 1,20 %) kurzfristig in neue Gesellschaftsbeteiligungen umzusetzen, welche laufende finanzielle Zuwendungen zum Betriebskostenbudget oder personelle Unterstützung zu den Arbeitsbereichen der Gesellschaft leisten. Die vorherige mittelfristige Finanzplanung sah dies für das Wirtschaftsjahr 2024 vor und berücksichtigte entsprechend einen Zuwachs der Gesellschafter:innenzuschüsse um diesen Anteil. Diese Anteilsübertragung wurde mit aktueller mittelfristiger Finanzplanung (12/2023) auf das Jahr 2025 verschoben und somit als sinnvoller Teil der Gesamtneustrukturierung integriert, mit dem Ziel eine insgesamt auskömmliche Zuschusshöhe und Anteilsaufteilung ab 2025 zu erreichen.

IV. Chancen- und Risikobericht

VI.1) Risiken

Gerade vor dem Hintergrund der in 2022 / 2023 eingetretenen Mietausfälle aus einer Insolvenz, des Auszugs eines Ankermieters wegen Standortschließung und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, kann trotz aller Bemühungen nicht vollends ausgeschlossen werden, dass es angesichts der sich rasch verändernden wirtschaftlichen Umstände erneut zu negativen Korrekturen im Bereich der Mieterlöse kommen muss. Die Gesellschaft verfügt derzeit über ausreichend Liquidität, so dass die AGIT bei potenziellen Mietausfällen ihren Verpflichtungen bei Fälligkeit weiterhin nachkommen kann.

Außerplanmäßige Instandhaltungsmaßnahmen für den Betrieb des ZBMT sind derzeit nicht erkennbar, können aber bei einer Immobilie (älter > 10 Jahre) nicht ausgeschlossen werden. In den letzten Jahren waren insbesondere die hochspezialisierten technischen Anlagen regelmäßig störanfällig, so z.B. die Neutralisationsanlage.

Im Rahmen des Campus-Neubaus werden Boden- und Baugrundrisiken, womit z.B. Altlasten, Denkmalfunde, mangelnde Tragfähigkeit und ungünstige hydrogeologische Verhältnisse gemeint sind, aufgrund der Erfahrungen mit dem ZBMT an gleicher Stelle als geringfügiges Risiko eingestuft. Finanzierungsrisiken sind auf Grundlage der vorhandenen sowie eingeplanten Mittel für den Neubau und der Eigenkapitalquote der Gesellschaft als kalkulierbar einzustufen, wenngleich die Zinssteigerungen für einen Investitionskredit nun zu höheren Aufwendungen führen wird. Baukostensteigerungen wurden bis dato seitens der Geschäftsführung regelmäßig berücksichtigt (letzte Kalkulation aus 12/23) und fließen in die konkrete Planung zur Vergabe an einen GU ein. Die allgemeine Kostensteigerungsrate in der Bundesrepublik scheint auf Grund der durchgeführten Geldpolitik der EZB, zum Jahresende 2024, dem mittelfristigen Zielniveau von 2 % näher zu kommen. Die vergangenen Jahre haben jedoch gezeigt, dass kurzfristige Veränderungen in der Geopolitik zu kurzfristigen Veränderungen der lokalen Rahmenbedingungen führen. Reaktions- und Anpassungsgeschwindigkeit sind weiterhin geboten.

Multiple regionale und globale Herausforderungen sowie nicht durch die Gesellschaft verursachte zeitliche Verzögerungen im Kontext der Neubauplanung bzw. Herstellung der Genehmigungsfähigkeit, ergeben im Zuge der gebildeten (Teil)Rücklage nach § 6b EStG konkrete zeitliche Risiken, welche zu einer nicht weiter verschiebbaren Versteuerung der Rücklage führen kann. Bis zur geplanten Fertigstellung des Neubaus, Ende des Jahres 2025, sind in der Vorausschau gewisse Unabwägbarkeiten erkennbar, welche eine rechtzeitige Fertigstellung gefährden könnten. Zwecks Risikominimierung für die Gesellschaft, hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat und die Gesellschafter:innen transparent über den Sachverhalt informiert. So wurde unter Abwägung der beim Campus-Neubau innewohnenden Risiken einer zeitlichen Verzögerung beschlossen, das steuerliche Risiko zu verringern, ganz auflösbar ist das Risiko jedoch nicht.

Langfristig ist die Neujustierung der Gesellschaftsanteile und die nachhaltige Finanzarchitektur der AGIT von beträchtlicher Bedeutung. Sollte keine Anpassung der Anteile nach den o.g. Übergangsjahren erfolgen, läuft die Gesellschaft mittel- bis langfristig in Liquiditäts-, Ertrags- und Eigenkapitalprobleme.

Ebenfalls mittel- bis langfristig besteht das Risiko von Mietausfällen bzw. von Leerstand in den Gebäuden. Dieses Risiko wird auf Grund des Standortes (RWTH Aachen Campus) und der Re-Vermietungserfahrung der letzten Jahre (z.B. in 2023), als gering eingestuft.

Insgesamt stellen die derzeitigen Krisen, wie eine schwache bundesweite Wirtschaftsleistung, Hemmnisse in der Investitionsumsetzung, eine überbordende Bürokratie, akuter Fachkräftemangel, die notwendige Transformation der Wirtschaft u.v.m. alle wirtschaftlichen Akteur:innen vor massive Herausforderungen, deren konkrete Auswirkungen noch nicht final einschätzbar sind bzw. viel Ungewissheit und somit Unsicherheiten im allgemeinen wirtschaftlichen Handeln bedeutet. Zielkonflikte und Risiken müssen offensiv und nach vorne gerichtet betrachtet und angegangen werden.

VI.2) Chancen

Trotz herausfordernder Zeiten und o.g. Risiken, sind für die AGIT insgesamt mehr Chancen vorhanden. Die positive Wahrnehmung der Gesellschaft führt aktuell und perspektivisch zu neuen Aufträgen. So wurden u. a. mit der RWTH Aachen die notwendigen Rahmenbedingungen erarbeitet, die die AGIT als integrierten Bestandteil des Campus Ökosystems vernetzt und so als Brücke in die Region fungiert. Mit der Gesellschafterin FH Aachen werden regelmäßig Maßnahmen des Technologietransfers, der Gründungsunterstützung und konkrete Projekte, u.a. mit Unternehmensbeteiligung, durchgeführt. Die Vernetzung mit dem Forschungszentrum Jülich hat sich intensiviert, da selbige im Rahmen des Strukturwandels aktiver werden möchte. Durch diesen Schulterschluss (RWTH Aachen, FH Aachen und Forschungszentrums Jülich) kann so ein einzigartiges Wirkungsfeld erzeugt werden, welches zusätzliche Hebelmechanismen und eine neue Dynamik in der Regionalentwicklung erzeugen kann. Genau hier setzt die Gesellschaft mit Ihrem Zweck an und verbindet Wissenschaft mit Wirtschaft, unterstützt Gründungsaktivitäten und siedelt neue Unternehmen an.

Ferner wird der anstehende Strukturwandel im Rheinischen Revier zusätzliche Aufgaben und Möglichkeiten für die AGIT eröffnen. Pars pro toto hierfür steht die Entwicklung des Standortes Merzbrück zum Themenfeld Aviation sowie die Chance auf Entwicklung oder Betrieb eines geförderten Strukturwandel-Projekts, dass sog. Aviation- Innovationcenter. Die unmittelbare Verbindung zum Future Mobility Park im Kreis Düren (Aldenhoven) bietet ebenfalls ein enormes Entwicklungspotenzial.

Die Investitionen in den Neubau auf dem RWTH Aachen Campus ermöglicht der AGIT ab dem Jahr 2025 / 2026 weitere Ertragsmöglichkeiten, die die Wirtschaftlichkeit stärken werden. Vor allem aber wird die Gesellschaft, über 40 Jahre nach ihrer Gründung, von dem Standort aus hauptverantwortlich tätig, dessen Gründungsidee und Gesellschaftszweck: Innovationen für die Region ökonomisieren, immer angedacht war.

Über die Funktionseinheiten im Kreis Düren und Euskirchen ist die Wahrnehmung der AGIT bei den dortigen Gesellschaftern aus Sicht der AGIT gestiegen, zusätzliche Aufträge und Projekte werden umgesetzt und eröffnen weitere Entwicklungschancen im gesamten Tätigkeitsgebiet.

VI.3) Zusammenfassung

Mit der Förderung von technologieorientierten Gründungen, der Unterstützung von Wachstumsunternehmen, der Förderung von Innovations- und Technologietransfer sowie der Ansiedlungswerbung in der Region Aachen, Düren und Euskirchen steht die Gesellschaft auch weiterhin vor spannenden Aufgaben. Der langfristige Fortbestand der Gesellschaft ist jedoch von der ausreichenden Versorgung der Gesellschaft mit Liquidität u. a. durch die Gesellschafter:innen, zusätzliche Aufträge, geförderte Projekte bzw. einer grundsätzlichen Stärkung der AGIT abhängig. Die o. g. Immobilienentwicklung ist darüber hinaus von elementarer Bedeutung, stärkt diese doch die inhaltliche und finanzielle Position der AGIT, genießt Priorität hinsichtlich des aktuellen Ressourceneinsatz und wird auf der anderen Seite mittelfristig mit hohen Abschreibungssummen das GuV-Ergebnis beeinflussen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Pennings, Sven	Aachen	
Aufsichtsrat:	Stadt Aachen	6 Sitze	29,86 %
	StädteRegion Aachen	3 Sitze	16,98 %
	Kreis Düren	1 Sitz	8,54 %
	IHK zu Aachen	1 Sitz	12,95 %
	Handwerkskammer Aachen	1 Sitz	4,27 %
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	4,27 %
	Sparkasse Aachen	1 Sitz	14,38 %
	Fachhochschule Aachen	1 Sitz	0,09 %
	Kreissparkasse Euskirchen	1 Sitz	1,11 %
	Sparkasse Düren	1 Sitz	2,07 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

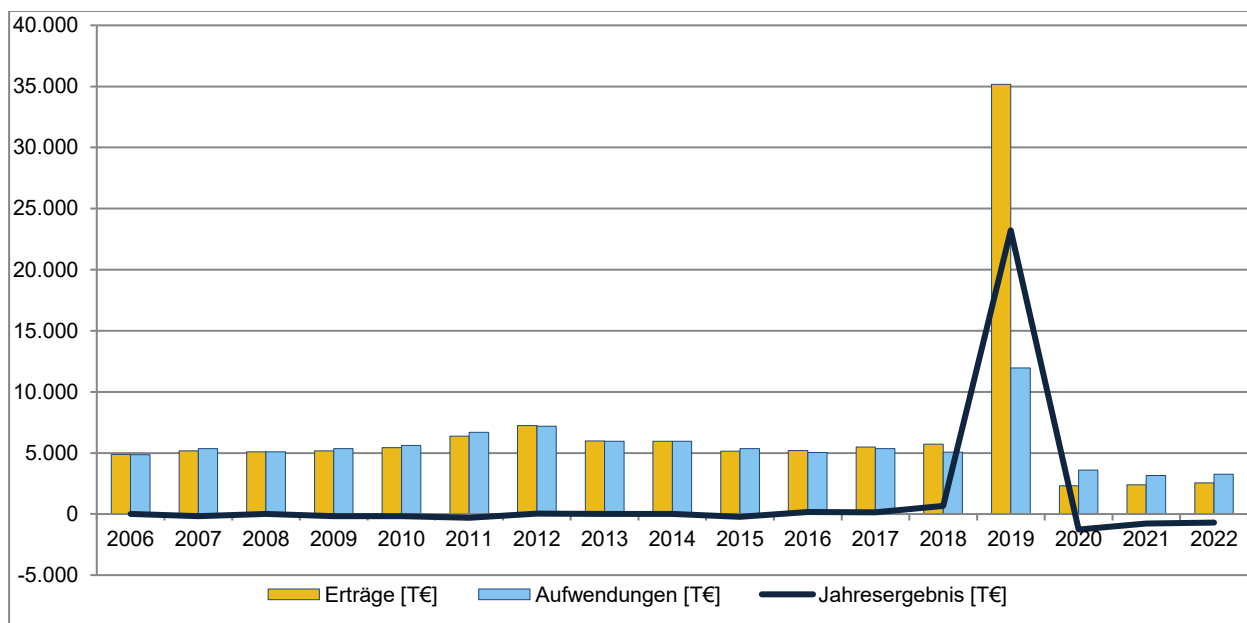
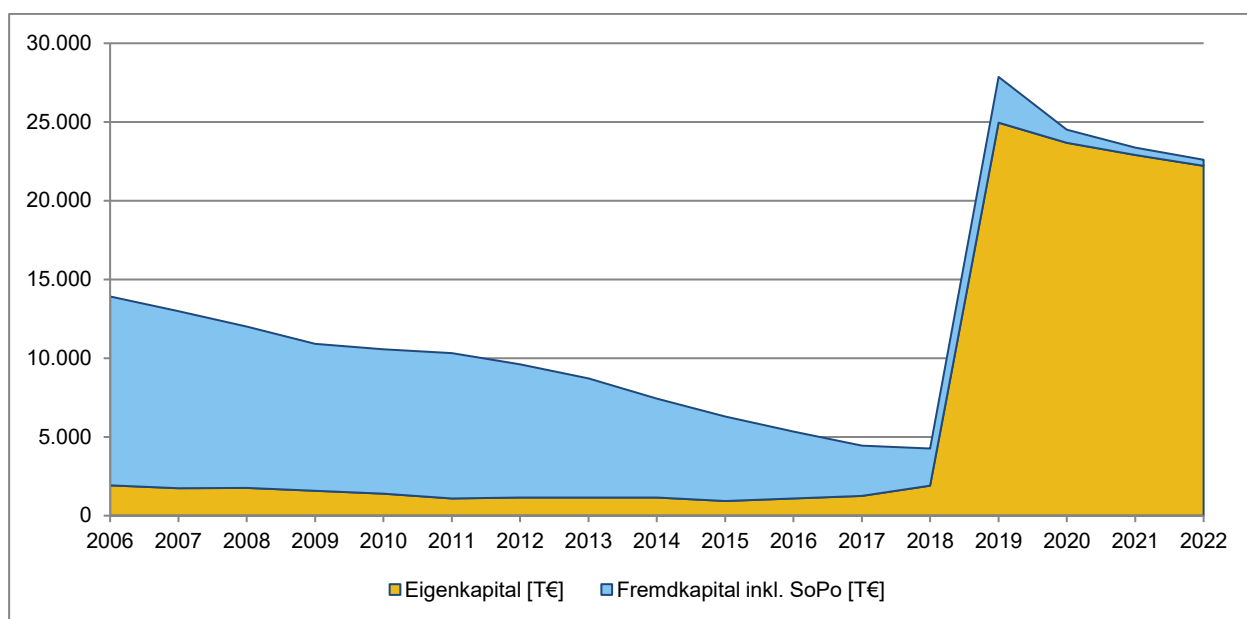
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Kaptain, Peter	Allg. Vertreter des Landrats	26.03.2020	

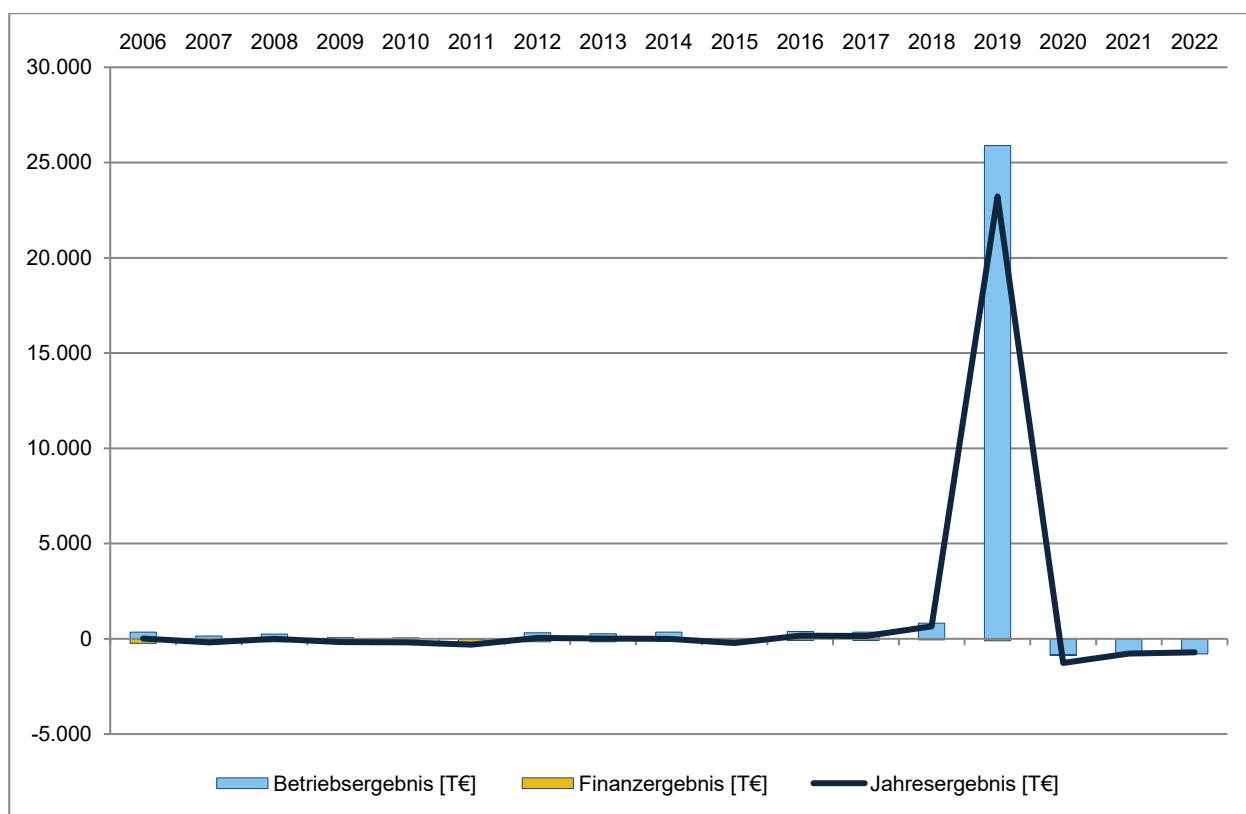
Gesellschafterversammlung:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
-------------	----------------------	----------------------	---------------------

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen



Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	88,98%	89,40%	90,58%	1,17%
Eigenkapitalrentabilität	-3,36%	-3,16%	-1,91%	1,25%
Anlagendeckungsgrad 2	187,41%	185,18%	181,44%	-3,74%
Verschuldungsgrad	1,99%	1,71%	1,43%	-0,29%
Umsatzrentabilität	-46,83%	-39,59%	-54,75%	-15,16%

2 Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)

Beteiligungsgesellschaft
Kreis Düren mbH



Bismarckstraße 16
52351 Düren

Telefon: 0 24 21.22-10 80 00 1

Telefax: 0 24 21.22-10 80 95 0

E-Mail: d.huertgen@btg-kreis-dueren.de
g.emunds@btg-kreis-dueren.de

Homepage:

www.kreisdueren.de/wirtschaft/gesellschaften/btg/index.php

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gem. Gesellschaftsvertrag vom 27. Januar 2015 ist der Gegenstand des Unternehmens der Besitz und die Verwaltung der Beteiligungen des Kreises, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge und des öffentlichen Nahverkehrs sowie das Halten von Grundvermögen und die Verwaltung von RWE- Stammaktien.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Die Gesellschaft ist als Holding für den Kreis Düren tätig. Hinsichtlich der tatsächlichen Geschäftstätigkeit wird auf den nachfolgend wiedergegebenen Lagebericht verwiesen. Der öffentliche Zweck wird damit erfüllt.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	2.160,4	100
Stammkapital	2.160,4	

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Auf Grund des DAWI-Betrauungsaktes vom 16.12.2020 gewährt der Kreis Düren der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) einen jährlichen Betriebskostenzuschuss für den Betrieb des Freizeitbades Kreuzau (Wellenbad, Kinderbereich, Außenbecken und Sportbecken). Für das Jahr 2023 betrug er 750 T€. Mit dem Rückforderungsbescheid vom 19.07.2023 wurden Mittel in Höhe von 131 T€ (inklusive Zinsen) für das Jahr 2021 zurückgefordert, da der Gesamtaufwand der BTG unter dem Betriebskostenzuschuss lag.

Der Kreis Düren hat zum Stichtag 31.12.2023 Darlehen in Höhe von 38,7 Mio.€, an die BTG ausgereicht. Im Jahr 2023 hat die BTG variable Darlehen in Höhe von 6.500 T€ in Anspruch genommen. Der Kreis Düren

hat Darlehenszinsen in Höhe von 796 T€ erhalten. Ebenso wurde ein Darlehen in Höhe von 4,6 Mio. € an den Kreis Düren zurückgezahlt.

Der Kreis Düren erhielt Personalkostenerstattungen in Höhe von 21 T€ von der BTG.

Das Straßenverkehrsamt des Kreises Düren und Teile der job-com befinden sich in einem Gebäude der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Der Kreis Düren hat dafür Mietkosten in Höhe von 257 T€ und Nebenkosten in Höhe von 146 T€ gezahlt.

Die BTG erhielt aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Kindertagesbetreuung Kreismäuse AÖR Erlöse in Höhe von 289 T€.

Die BTG erhielt aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Rettungsdienst Kreis Düren AÖR Erlöse in Höhe von 211 T€.

Der Kreis Düren zahlte Personalkostenerstattungen in Höhe von 30 T€ an die BTG.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	589.830,00 €	261.095,00 €	137.624,00 €	-123.471,00 €	-47,29%
II. Sachanlagen	47.967.492,73 €	57.891.245,81 €	56.511.264,85 €	-1.379.980,96 €	-2,38%
III. Finanzanlagen	75.178.012,95 €	81.911.104,11 €	84.184.603,70 €	2.273.499,59 €	2,78%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	138.034,76 €	138.034,76 €	138.034,76 €	0,00 €	0,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	5.785.612,45 €	8.535.765,57 €	12.075.511,53 €	3.539.745,96 €	41,47%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.515.892,01 €	2.112.267,63 €	3.031.185,75 €	918.918,12 €	43,50%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.860,51 €	4.251,03 €	287.587,18 €	283.336,15 €	6665,12%
Summe Aktiva	132.182.735,41 €	150.853.763,91 €	156.365.811,77 €	5.512.047,86 €	3,65%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	2.160.400,00 €	2.160.400,00 €	2.160.400,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	38.069.635,81 €	38.069.635,81 €	38.189.635,81 €	120.000,00 €	0,32%
III. Gewinnrücklagen	4.933.966,66 €	4.933.966,66 €	4.933.966,66 €	0,00 €	0,00%
IV. Ergebnisvortrag	-17.087.632,12 €	-15.161.841,94 €	-5.860.331,14 €	9.301.510,80 €	-61,35%
V. Jahresergebnis	1.925.790,18 €	9.301.510,80 €	456.717,89 €	-8.844.792,91 €	-95,09%
B. Sonderposten	33.859.677,63 €	40.764.283,25 €	37.147.648,54 €	-3.616.634,71 €	-8,87%
C. Rückstellungen	2.919.673,59 €	3.125.882,94 €	3.594.606,88 €	468.723,94 €	14,99%
D. Verbindlichkeiten	64.813.501,67 €	67.464.463,50 €	74.215.134,24 €	6.750.670,74 €	10,01%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	587.721,99 €	195.462,89 €	1.528.032,89 €	1.332.570,00 €	681,75%
Summe Passiva	132.182.735,41 €	150.853.763,91 €	156.365.811,77 €	5.512.047,86 €	3,65%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Umsatzerlöse	14.257.193,00 €	14.273.532,62 €	13.967.252,12 €	-306.280,50 €	-2,15%
aktivierte Eigenleistungen	57.850,40 €	56.151,08 €	86.516,28 €	30.365,20 €	54%
sonstige betriebliche Erträge	2.996.037,23 €	9.357.872,71 €	1.419.786,05 €	-7.938.086,66 €	-84,83%
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	3.935.464,99 €	3.729.852,19 €	3.826.604,72 €	96.752,53 €	2,59%
Materialaufwand	2.210.527,42 €	2.377.192,33 €	2.362.910,62 €	-14.281,71 €	-0,60%
Personalaufwand	10.379.334,79 €	10.910.856,40 €	10.336.321,00 €	-574.535,40 €	-5,27%
Abschreibungen	5.525.447,10 €	5.378.848,05 €	5.342.146,26 €	-36.701,79 €	-0,68%
sonstige betriebliche Aufwendungen	948.732,25 €	792.920,07 €	977.764,64 €	184.844,57 €	23,31%
Betriebsergebnis	2.182.504,06 €	7.957.591,75 €	281.016,65 €	-7.676.575,10 €	-96,47%
Erträge aus Beteiligungen	686.861,99 €	1.528.004,24 €	1.603.943,84 €	75.939,60 €	4,97%
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.250.856,95 €	1.292.176,14 €	1.336.057,92 €	43.881,78 €	3,40%
sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	182,09 €	5.589,53 €	44.034,95 €	38.445,42 €	687,81%
Abschreibungen auf Finanzanlagen des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	493.175,88 €	493.175,88 €	
Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.085.054,90 €	1.072.444,98 €	1.422.606,72 €	350.161,74 €	32,65%
Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.716.405,58 €	1.327.923,58 €	1.354.888,10 €	26.964,52 €	2,03%
Erträge aus Gewinnübernahme	608.565,57 €	920.200,70 €	463.652,23 €	-456.548,47 €	-50%
Finanzergebnis	-254.993,88 €	1.345.602,05 €	177.018,24 €	-1.168.583,81 €	-86,84%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	1.927.510,18 €	9.303.193,80 €	458.034,89 €	-8.845.158,91 €	-95,08%
Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
sonstige Steuern	1.720,00 €	1.683,00 €	1.317,00 €	-366,00 €	-21,75%
Jahresergebnis	1.925.790,18 €	9.301.510,80 €	456.717,89 €	-8.844.792,91 €	-95,09%

g) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde mit Verschmelzungsvertrag Nr. 2117/2008 vor dem Notar Dr. Monath durch die Verschmelzung der vorherigen Gesellschaften „Dürener Kreisbahn GmbH“ und „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH“ gebildet. Beide Gesellschaften waren zu 100 % im Besitz des Kreises Düren. Die Dürener Kreisbahn GmbH fungierte bei diesem Prozess aus gesamtwirtschaftlicher Überlegung als aufnehmender Rechtsträger. Sodann wurde die Dürener Kreisbahn GmbH umfirmiert in „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)“. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte zum 13.08.2009.

Die Gesellschaft generiert Umsatzerlöse im Wesentlichen aus Personalbeistellung (seit dem 01.04.2017 erfolgt die Personalüberlassung auf Basis eines Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes zwischen KAV und ver.di im Rahmen der Personalgestellung), Vermietungen und Verpachtungen von ÖSPV- und SPNV-Infrastruktur und -Fahrzeugen an Verkehrsunternehmen so-wie der Erbringung von Geschäftsbesorgungsleistungen im Bereich der Finanzbuchhaltung, Personalverwaltung und Personalabrechnung.

Die Gesellschaft hält folgende direkte Beteiligungen an weiteren Unternehmen und stellt einen Konzernabschluss auf:

Wirtschafts- und Strukturförderung	100,00 %	DGA Dürener Gesellschaft für Arbeits- förderung mbH
	100,00 %	Freizeitbad Kreuzau GmbH
	100,00 %	Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)
	51,00 %	ATC – Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH
	51,00 %	Future Mobility Park GmbH
	25,02 %	Dürener Bauverein AG
	0,86 %	regio iT GmbH
Verkehr	49,00 %	Rurtalbus GmbH
	25,10 %	Rurtalbahn GmbH
	0,78 %	beka GmbH
Wasserwerke	49,00 %	Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

	1,21 %	Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH
Regenerative Energien	50,10 %	RURENERGIE GmbH
	50,00 %	HyDN GmbH (37,50 % zum 31.12.2022)
	3,00 %	GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH
	0,58 %	EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH

Die produktiven Gesellschaften agieren im Wesentlichen im regionalen Bereich - überwiegend im Kreis Düren. Die Tätigkeitsfelder haben eine hohe Affinität zum kommunalen Charakter des Gesellschafters. Bis vor einigen Jahren haben internationale und nationale wirtschaftliche Rahmenbedingungen die Gesellschaft überwiegend nicht schwerwiegend betroffen. Geändert hat sich dies überproportional mit Beginn der Corona-Krise, den dadurch beeinflussten internationalen Lieferketten, insb. im Chipleiterbereich, den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und der eingesetzten plötzlichen und sehr starken Inflation, die sich erst im Laufe / zum Ende 2023 wieder abschwächte.

Der Kreis Düren verfolgt selbst und über seine Gesellschaften eine umfangreiche Wasserstoffstrategie im Rahmen der Maßnahmen zur Abmilderung des Klimawandels. Hieraus folgen auch im Jahr 2023 erhebliche Investitionen in die Produktionsgesellschaft HyDN GmbH als auch vorbereitende Maßnahmen zum Bau von Wasserstofftankstellen und weiterer Beschaffung von wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen für den ÖPNV.

Ergebnisabführungsverträge bestehen derzeit mit den 100 %igen Tochtergesellschaften Freizeitbad Kreuzau GmbH und der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen im Kreis Düren mbH (GIS).

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Wesentlich beeinflusst wurde die Gesellschaft in allen Bereichen durch die in Folge des Ukrainekrieges angestiegenen Energiekosten, die sich erst im Laufe des Jahres wieder einpendelten, sowie Lieferverzögerungen im Bereich Fahrzeugbeschaffung. Inflationsbedingt stiegen die Zinsbelastungen bei Neuaufnahme von Darlehen wesentlich.

Positiv aus der Corona-Zeit verblieben ist die Fortnutzung des ausgebauten Systems von Home-Office-Arbeitsplätzen und daraus resultierende Vorteile beim Personalmanagement und der Büroraumbelegung.

Bei der Freizeitbad Kreuzau setzte im Bereich des Liquiditätsbedarfs auf Grund des durchgehenden Entfalls der corona-bedingten Einschränkungen eine Entspannung ein.

Die Rurtalbus GmbH litt auf Grund der Bruttovertragsphase im Verkehrsvertrag nicht unter dem Einnehmerückgang aus der Einführung des Deutschland-Tickets, da der Aufgabenträger Abschlagszahlungen entsprechend angepasst hat. Im Bereich der Besetzung der Geschäftsleitung der Rurtalbus erfolgte eine Neubesetzung durch jetzt nur noch einen Geschäftsführer. Die beiden bisherigen Geschäftsführer haben das Unternehmen verlassen und der Prokurist ist in Altersteilzeit übergegangen. Zur Wahrung der Gesellschafterinteressen wurde eine Controlling Einheit im Unternehmen Rurtalbus integriert, welche die Geschäftsführung unterstützt und die Gesellschafterversammlungen vorbereitet.

Auf Grund des Austritts der Fa. Siemens als ein Konsortialpartner zur Gründung der HyDN GmbH haben die verbleibenden Partner BTG und Messer die Anteile der Siemens an der HyDN GmbH paritätisch übernommen und halten nunmehr je 50 % der Anteile. Die Herstellungskosten der Wasserstoffproduktionsanlage wurden aktualisiert. In Folge werden von jedem Gesellschafter sukzessiv 10 Mio. € als Zuführung zur Kapitalrücklage in die HyDN GmbH eingebracht. Die BTG bedient sich hierzu eines Gesellschafterdarlehens des Kreises Düren. Im Mai 2023 konnte ein Zuwendungsbescheid zum Bau der Produktionsanlage in Empfang genommen werden.

Bemerkenswert ist auch die sich zunehmend schwieriger gestaltende Akquise von Fachpersonal. Die Bewerberzahlen sind intensiv zurückgegangen. Dies ist auch in 2023 im Besonderen im Bereich des Fahrpersonals bei der Rurtalbus GmbH auffällig.

Erstmals nach Jahren mussten die von der Gesellschaft gehaltenen RWE Aktien in Folge eines abschwächenden Kurses abgeschrieben werden.

Geschäftsverlauf

Neben dem Bereich des Kerngeschäftes der BTG, die Erbringung von kaufmännischen Dienstleistungen insbesondere für Tochter- und „Schwesterunternehmen“, wurde die Gesellschaft auch in 2023 wesentlich durch die Entscheidung des Kreises, die Leistungen im ÖSPV öffentlich zu vergeben, beeinflusst. Neben der lfd. Überwachung und Begleitung der Rurtalbus GmbH durch die Beistellung von Personal, Fahrzeugen und Infrastruktur erfolgten weitere Planungen zur Stärkung der Wasserstoffinitiative des Kreises Düren im Bereich der Verkehrsunternehmen. Es wurden fünf Wasserstoffbusse eingesetzt und weitere zehn Wasserstoffbusse bestellt. Es laufen wesentliche Vorbereitungen für die Errichtung von zwei Wasserstofftankstellen sowie einer vorübergehenden Notbetankung.

Das Geschäftsergebnis ist maßgeblich beeinflusst von der Zuwendung des Kreises Düren für die Übernahme gemeinwirtschaftlicher Aufgaben, der Abschreibung des Buchwertes der RWE Aktien, Beteiligungserträgen sowie den Ergebnisabführungsverträgen mit der Freizeitbad Kreuzau GmbH sowie der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen im Kreis Düren mbH. Die umsatzstärksten Geschäfte der Gesellschaft resultieren aus den mit der Beauftragung der Rurtalbus GmbH mit ÖSPV-Leistungen für den Kreis Düren als Aufgabenträger in Verbindung stehenden Ge- und Beistellungsverträgen.

Die Gesellschaft hat ihre Investitionstätigkeit in die an die Rurtalbahn GmbH verpachteten Eisenbahnstrecken fortgeführt, dies insbesondere im Bereich der Bördebahn Düren-Zülpich-Euskirchen.

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH bildet in Anerkennung der unternehmerischen wie gesellschaftlichen Verpflichtung junge Menschen in den ihr möglichen Berufsbildern aus. Im Jahre 2023 befanden sich drei kaufmännische und fünf technische Auszubildende in einem Ausbildungsverhältnis.

Die Gesellschaft hat aus eigener Betriebstätigkeit im Bereich der Anlagenbewirtschaftung nur einen geringen Kundenstamm überwiegend im Bereich der Tochter- und Schwestergesellschaften. Eine sich aus dieser Betriebstätigkeit heraus ergebende ökologische Einflussnahme auf die Umwelt findet nahezu nicht statt. Anders verhält es sich bei der Rurtalbus GmbH und der Rurtalbahn GmbH, die durch ihre Tätigkeit im öffentlichen Personennahverkehr einen wesentlichen Beitrag zur Energieeffizienz bei der Raumüberwindung leisten. In Bezug auf den Kreistagsbeschluss, den von ihm ausgeschriebenen ÖPNV auf alternative Antriebsformen umzustellen, hat die Gesellschaft seit 2020 fünf batterieelektrisch und fünf mit Wasserstoff angetriebene Kraftomnibusse im Austausch gegen ältere Dieselfahrzeuge in Dienst gestellt. 10 weitere wasserstoffbetriebene Kraftomnibusse sind bestellt. Bereits im Laufe des Jahres 2020 erfolgte der Beschluss der zukünftigen ausschließlichen Beschaffung von wasserstoffbetriebenen Kraftomnibussen. Derzeit beschäftigt sich die Gesellschaft intensiv mit dem Aufbau eines H₂-Tankstellennetzes für die zukünftige Versorgung im Rahmen der Umstellung aus Wasserstoffantrieb.

Die Gesellschaft ist bisher an drei Gesellschaften beteiligt, die sich mit dem Ausbau der regenerativen Energieerzeugung im Bereich Solaranlagen und Windräder beschäftigen. Die Gesellschaft hat sich mit 25 % an der Gründung der HyDN GmbH beteiligt und diesen Geschäftsanteil bis heute auf 50 % erweitert. Zweck der HyDN GmbH ist die Produktion von grünem Wasserstoff durch Nutzung u.a. von der Rur-Energie produziertem Strom aus regenerativen Quellen.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit präsentiert sich die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH selbst nicht. Hier agieren die Verkehrsunternehmen, die RurEnergie sowie die Freizeitbad Kreuzau GmbH im lokalen Bereich, insbesondere auch in Begleitung öffentlicher Großveranstaltungen.

Die Tochtergesellschaft ATC GmbH, an welcher die BTG mit 51 % beteiligt ist, unterhält und betreibt ein Autotestzentrum. BTG und ATC selbst forschen nicht.

Wirtschaftliche Lage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse liegen mit 13.967 T€ unter dem Niveau des Vorjahres. Da im Bereich des Personals vorübergehend Neueinstellungen direkt bei der Rurtalbus und nicht bei der BTG erfolgten, sinken die entsprechenden Weiterbelastungen aus Personalgestellungen an die Rurtalbus in erheblichem Umfang.

Aktivierbare Eigenleistungen im Bereich der Infrastrukturprojekte wurden in 2023 in Höhe von ca. 87 T€ erbracht. Weiterhin wurden Kosten der Infrastrukturabteilung projektbezogen direkt der Rurtalbahn GmbH berechnet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Gesellschaft betragen 1.420 T€ (Vj. 9.358 T€). Dieser erhebliche Rückgang resultiert aus dem Kursverlauf der RWE Aktie. Im Vorjahr konnte auf Grund der verzeichneten Kurssteigerungen ca. 7,1 Mio. € Buchwert zugeschrieben werden. Durch den Rückgang zum Bilanzstich-

tag erfolgte in 2023 eine negative Wertberichtigung in Höhe von 493 T€. Weiterhin beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge die Daseinsvorsorgezuwendung des Kreises Düren in Höhe von 750 T€. Weitere periodenfremde Erträge sind Einnahmen/Gutschriften aus Nebenkostenabrechnungen für Vorjahre. Im Vorjahr wurde für mehrere Jahre spitz abgerechnet.

Die Gesellschaft erzielt Erträge aus der zeitanteiligen Auflösung von Zuschüssen zu Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 3.826 T€ (Vj. 3.730 T€). Ein nicht unwesentlicher Betrag an Zuwendungen wird noch unter sonstige Verbindlichkeiten aufgeführt, da eine Umgliederung in den auflösbaren Sonderposten erst nach vollständig abgeschlossener Herstellung des jeweils betreffenden Bauobjektes erfolgt.

Die Aufwendungen für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren unter dem Materialaufwand steigen um ca. 150 T€ auf 554 T€. Dies liegt zum einen an der überproportionalen Steigerung im Bereich der Energiekosten (hier Gas) aber auch im Bereich der Instandhaltung vermieteter Gebäude. So wurde u.a. in einer Liegenschaft in Kreuzau eine alte Öl-Heizung gegen eine moderne Holz Pelletheizung ausgetauscht.

Der Aufwand für bezogene Leistungen ist rückläufig, insbesondere im Bereich Werkstattkosten für bereitgestellte Kraftomnibusse.

Trotz erheblicher Tarifsteigerungen sinken die Personalkosten im Absoluten. In 2023 erfolgte eine Vielzahl von Personalabgängen zum Teil altersbedingt aber auch durch Vertragskündigungen im Bereich der Personalbeistellung an die Rurtalbus GmbH auf Grund dortiger Umstrukturierung. Neuanstellungen wurden direkt durch die Rurtalbus vorgenommen. Dies steht auch im Kontext zur Entwicklung der Erträge aus Personalbeistellungen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen, insbesondere Eisenbahninfrastruktur und Kraftomnibusse, betragen 5.342 T€ (Vj 5.379 T€). Abschreibungen auf Kraftfahrzeuge erhöhen sich und werden sich zukünftig weiterhin erheblich erhöhen, da mit der Beschaffung von Wasserstoffbussen statt Dieselnissen erheblich höhere Investitionen vorgenommen werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 978 T€ (Vj. 793 T€). Periodenfremd wurden dem Kreis Düren 125 T€ Betriebskostenzuschuss für das Freizeitbad Kreuzau zurückerstattet. Weiterhin enthalten sind im Wesentlichen Aufwendungen für Beratungs- und Prüfungsleistungen, Versicherungen, Fortbildungs- und Reisekosten und Mietleasing. In 2023 erfolgte erstmals die anteilige Auflösung des Baukostenzuschusses für eine Wasserstofftankstelle in Höhe von 70 T€, welchem entsprechende Erträge aus der Beistellung gegenüberstehen.

Die Erträge aus Beteiligungen an verbundenen Unternehmen betragen 1.604 T€ (Vj. 1.528 T€). Rückgänge bei den Erträgen aus der Rurtalbus konnten durch Steigerungen bei den Erträgen aus der Rurtalbahn, der EWW, der regioIT und der RURENERGIE kompensiert werden.

Die Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sind in Summe auf dem Niveau des Vorjahres.

Zinserträge konnten um ca. 38 T€ im Vergleich zum Vorjahr durch Ausleihungen an die RURENERGIE gesteigert werden.

Unter den Abschreibungen auf Finanzanlagen sind die erforderlichen Buchwertberichtigungen auf RWE-Aktien in Höhe von 493 T€ erfasst.

Die Zinsaufwendungen stiegen erheblich von ca. 1.072 T€ im Vorjahr um ca. 350 T€ auf nun ca. 1.423 T€. Dies liegt nicht nur an der Erhöhung der Darlehenszinsen, sondern insbesondere auch an der Aufnahme weiterer Darlehen zur Investition in Beteiligungen.

In die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH sind die Freizeitbad Kreuzau GmbH und die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen im Kreis Düren mbH mit Ergebnisabführungsverträgen eingebunden. Letztere hat in 2023 einen Überschuss von 464 T€ (Vj. 920 T€) erwirtschaftet. Die Verlustübernahme des FZB liegt mit 1.355 T€ auf dem Niveau des Vorjahres.

Insgesamt schließt die Gesellschaft mit einem positivem Jahresergebnis von 457 T€ (Vj. 9.302 T€). Das positive Ergebnis des Vorjahres wurde insbesondere bestimmt durch die Zuschreibung auf die Buchwerte der RWE-Aktien. Im Geschäftsjahr musste in Folge der Kursentwicklung eine Abwertung in Höhe von ca. 493 T€ vorgenommen werden. Weiterhin bedeutend belastet wurde das Unternehmen durch den Anstieg der Zinsaufwendungen.

Finanzlage:

Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	457
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Sachanlagevermögens und immateriellen Anlagevermögens	5.835
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Finanzanlagen	-390
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	469
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte,	0
-/+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	271
-/+ Forderungen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnissen	-287
-/+ Forderungen verbundenen Unternehmen	338
-/+ Sonstige VG; ARAP	-3.865
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus LuL	-482
+/- Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	-241
+/- sonstige Verbindlichkeiten; PRAP	5.382
+/- Verbindlichkeiten Unt. Mit Beteiligungsverhältnissen	19
+/- Zinsaufwendungen/ Zinserträge	1.423 -44
- Dividendenerträge	-1.336
- Sonstige Beteiligungserträge	-1.604
-/+ Sonstige zahlungsunwirksame Erträge/ Aufwand	-3.795
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	2.150
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-16
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen AV	
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3.862
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	9
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.153
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	776
+ Erhaltene Zinsen	44
+ Erhaltene Dividenden	1.336
Sonstige Beteiligungserträge/ Erträge aus anderen WP	1.604
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-3.262
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	120
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen	23.970
- Auszahlung aus der Tilgung von Krediten	-4.342
- Auszahlung aus der Tilgung von Darlehen	-16.504
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	210
- Gezahlte Zinsen	-1.423
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	2.031
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	919
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.112
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	3.031

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr im Wesentlichen in die Schieneninfrastruktur, welche vollständig an die Rurtalbahn GmbH verpachtet ist, und in die HyDN GmbH investiert. Der Eigenanteil wird im Schienenbereich durch die Rurtalbahn GmbH beigestellt und mit den Forderungen aus der Verpachtung verrechnet. Die Investitionen in übrige Bereiche werden aus Darlehensaufnahmen finanziert.

Die Liquiditätslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH ist durchgängig angespannt. Hauptgrund hierfür ist, dass die Gesellschaft in Folge der Ergebnisabführungsverträge die eingebundene Tochtergesellschaft Freizeitbad Kreuzau GmbH auch unterjährig mit Liquidität versorgt und aus Investitionen in Daseinsvorsorgemaßnahmen eine hohe Zins- und Tilgungslast zu tragen hat. So erhält die Freizeitbad Kreuzau GmbH noch regelmäßig Abschläge auf die Verlustabdeckung.

Zur Sicherung der Liquidität wurde die Geschäftsführung durch Aufsichtsratsbeschluss ermächtigt, einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 5 Mio. € zu vereinbaren und diesen befristet um weitere 4 Mio. € unter Verwendung der RWE-Aktien zur Besicherung aufzustocken. Die Gesellschaft verfügt zudem über einen Rahmenvertrag mit dem Kreis Düren, über welchen kurzfristig Über- und Unterliquidität im Rahmen von kurzfristigen Darlehen ausgeglichen werden kann.

Zum 31.12.2023 betrugen die liquiden Mittel im Kassenbestand und aus Guthaben bei Kreditinstituten 3.031 T€ (Vj. 2.112 T€).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöht sich abermals, in 2023 um 5.512 T€ (ca. 3,7 %) auf nunmehr 156.366 T€.

Der Zuwachs begründet sich im Anlagevermögen durch Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur und in die Wasserstoffproduktionsstätte HyDN GmbH und wird geschmälert durch lfd. Abschreibungen sowie der Wertberichtigung der RWE-Aktien. Im Umlaufvermögen verzeichnen wir Zuwächse zum Bilanzstichtag durch Ausleihungen an die RURENERGIE und an die GIS sowie einem vorübergehend höheren Guthaben auf dem Sparkassenkonto.

Die Anlagenintensität (Anlagevermögen / Gesamtvermögen) beträgt 90 % (Vj. 93 %). Aufgrund der anlagenintensiven Vermögensstruktur ist das Vermögen mit ca. 36 % (Vj. 38 %) in Sach- und mit ca. 54 % (Vj. 54 %) in Finanzanlagen gebunden.

Das Eigenkapital beträgt 39.880 T € (Vj. 39.304 T€). Der Sonderposten für erhaltene Zuschüsse wird in Bezug auf die zweckgebundene Verwendung der geförderten Investitionsgegenstände aufgelöst. Er beträgt 37.148 T€ (Vj. 40.764 T€). Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 25,6 % (Vj. 26,1 %). Unter Berücksichtigung des anteiligen Sonderpostens (70 %) ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 42,2 (Vj. 45,0 %).

Die Rückstellungen steigen um ca. 620 T€ in Folge einer Zuführung auf Grund einer ausstehenden Gutschrift an die RTBus für die Spitzabrechnung Vorjahr.

Die Verbindlichkeiten steigen per Saldo um ca. 6.751 €. Wesentlichste Position ist die Aufnahme eines neuen Darlehens beim Kreis Düren in Höhe von 6.500 T€ zur Einlage in die HyDN GmbH. Weiterhin wurden ca. 3.031 T€ erhaltene Zuwendungen den Verbindlichkeiten zugeführt, da die entsprechenden Anlagengüter (Infrastruktur Eisenbahn) noch nicht aktiviert wurden.

Kritisch betrachtet werden muss auf Grund der hohen Anlagenintensität, der Verlustübernahme für die Freizeitbad Kreuzau GmbH und der hohen Zins- und Tilgungslast die Liquiditätslage des Unternehmens. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen zur Finanzlage.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren:

Für die Unternehmenssteuerung werden die folgenden Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse und Kosten im Bereich der durch die Muttergesellschaft erbrachten direkten Geschäftsbesorgungsleistungen;
 - Kurs- und Dividendenentwicklung der RWE Aktie im Deutschen Aktien Index;
 - Investitionstätigkeit/ -bedarf der beiden über Beistellungen bedienten Tochtergesellschaften im ÖPNV;
 - Personalaufwand und Weiterbelastungen gesamt und je Beistellung/Geschäftsbesorgung;
 - Finanz- und Ertragslage der Tochtergesellschaften, insbesondere der über Ergebnisabführungsvertrag eingebundenen;
 - Fremdkapitalbedarf und Zinsentwicklung;
 - Entwicklung auf dem Energieversorgungs- und Wasserstoffmarkt in Bezug auf die Beteiligung an der RurEnergie GmbH und der HyDN GmbH.
- Strategische Planungen des Gesellschafters und der Verkehrsverbünde im Bereich der Daseinsvorsorgemaßnahmen.
Erkenntnisse aus dem Berichtswesen des Beteiligungscontrollings.

Die BTG arbeitet im Bereich der Überwachung der Leistungsindikatoren intensiv mit der Kreisverwaltung Düren, hier insbesondere in der gemeinsamen Abteilung Beteiligungscontrolling, zusammen.

Gesamtaussage

Mit einem Jahresergebnis von 457 T€ konnte das Planergebnis in Höhe von 914 T€ in Folge der Abwertung der RWE-Aktien in Höhe von 493 T€ nicht erreicht werden.

Die Auswirkungen auf die Eigenkapitalquote sind marginal.

Die Umsatzerlöse basieren zu einem sehr wesentlichen Teil auf der Weiterbelastung von beigestellten Personal und ÖPNV-Infrastruktur. Sie sind rückläufig, da der beigestellte Personalbestand rückläufig ist. Dementsprechend sinken auch dort diesem Geschäftsbereich zuzuordnende Kosten.

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2024 wird ein positives Jahresergebnis erwartet. Die Gesellschaft plant weitere Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur zu laufenden geförderten Projekten sowie in ihre Beteiligung an der HyDN GmbH zur Errichtung einer Elektrolyseanlage zur Herstellung von Wasserstoff und die Fertigstellung von zwei Betankungsanlagen für Wasserstoff sowie die Auslieferung von 10 Wasserstoffbussen.

Es wird auf Basis des positiv geplanten Jahresergebnisses und der fortgesetzten geförderten Investitionstätigkeit von einer verbesserten Eigenkapitalsituation und einer steigenden Vermögenslage mit Erhöhung der Anlagenintensität ausgegangen. Die Ertragslage soll stabil bleiben. Es ist jedoch mit rückläufigen Beteiligungserträgen bei der Rurtalbus zu rechnen, welche durch Beteiligungserträge aus Beteiligungen an Energiegesellschaften kompensiert werden können. Die Personalkosten und die Erträge aus Personalgestaltung werden auf Grund von Personalabgängen annehmend gleichhoch rückläufig sein.

Auf Grund der durch Beistellung refinanzierten Investitionen werden bei den Umsatzerlösen aus diesem Bereich Erhöhungen erwartet, die von höheren Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Infrastrukturzuwendungen begleitet werden. Dem stehen ein höherer Abschreibungsaufwand und eine höhere Zinslast gegenüber. Der derzeitige hohe Zinsstand wird sehr kritisch betrachtet. Insbesondere durch die Finanzierungstätigkeit besteht ein hoher Darlehensbestand. Für Zinsbelastungen aus verpachtetem oder beigestelltem Anlagevermögen können die Zinsen durchgeleitet werden. Für das laufende Geschäft und insbesondere die Investitionen in die HyDN GmbH, die Stadtwerke Jülich sowie die RURENERGIE ist das zurzeit noch nicht gegeben. Diese werden sich erst in Folgejahren, bei der HyDN nach Produktionsaufnahme, durch Beteiligungserträge refinanzieren.

Trotz Personalabgängen erhöhen die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst die Personalkosten erheblich. Die Gesellschaft kann ca. 84 % der Personalkosten im Rahmen der Beistellungen an Verkehrsunternehmen durchleiten. Im Übrigen sind die Geschäftsbesorgungsverträge, die Personaleinsatz bedingen, wo möglich anzupassen.

Für die Freizeitbad Kreuzau GmbH sind weitere Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen vorgesehen, die durch attraktivitätssteigernde und energetische Maßnahmen eine weitere Stabilisierung ermöglichen. Für die GIS wird ein positives Ergebnis etwa in Höhe des Ergebnisses 2023 erwartet.

Die RurEnergie sieht auf Grund ihrer wirtschaftlich verbesserten Situation weiterhin Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter vor. Für die Folgejahre wird eine kontinuierliche und steigende Ausschüttung aus der RurEnergie erwartet. Zudem ist geplant, nach Gründung einer neuen Gesellschaft für regenerative Energien sämtliche Beteiligungen im Bereich Energie- und Wasserversorgung unter dieser zu bündeln um somit ein finanzstarkes Unternehmen mit übergreifenden Kompetenzen im Bereich der Energiewirtschaft auf dem Markt etablieren zu können, um das Geschäftsfeld weiter auszubauen.

Die Gründung einer weiteren Gesellschaft ist im Bereich der Tätigkeiten der DGA geplant. Diese soll eine noch zu errichtende Großküche zur Versorgung von Kindertageseinrichtungen, Schulen und ggf. Krankenhäusern mit täglichem Essen betreiben.

Aus der angespannten Liquiditätslage der Vorjahre heraus und der noch vorliegenden Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten und neuen Investitionskrediten wird bei der Liquiditätslage der Gesellschaft in den nächsten Jahren keine Entspannung erwartet. Im Betrieb der Enkelgesellschaft Rurtalbus im ÖSPV liegt das Einnahmenrisiko beim Aufgabenträger, so dass hier nicht mit Umsatzeinbußen aus der Fortführung des Deutschlandtickets gerechnet wird.

Die Gesellschaft plant derzeit 2024 mit einem Jahresergebnis in Höhe von ca. 863 T€. Mögliche Minderungen können sich im Bereich der Beteiligungserträge, dort im Bereich der Rurtalbus ergeben, da diese in ihrem Jahresergebnis 2023 Rückstellungen für Versicherungskosten einstellen muss. Das operative Geschäft der Beteiligungsgesellschaft selbst wird kontinuierlich fortgesetzt und ausgeweitet. Es wird damit gerechnet, dass in 2024 Kontokorrentkredite in Höhe von ca. 5 Mio. € in Anspruch genommen werden müssen.

IV. Risiko- und Chancenbericht

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH refinanziert einen erheblichen Teil ihrer Personalkosten durch Gestellung des Personals an ihre Tochtergesellschaften Rurtalbus GmbH und Rurtalbahn GmbH. Ein plötzlicher Wegfall der Möglichkeiten der Personalgestellung ohne kontinuierlichen Personalabbau würde sich wesentlich auf die Ertragslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH auswirken. Die Fortsetzung der Gestellungsverhältnisse konnte bei der Rurtalbahn durch Verlängerung des Pachtvertrages gesichert werden. Bei der Rurtalbus GmbH wurde sie vom Aufgabenträger im Vergabeverfahren entsprechend für die Verkehrsvertragslaufzeit vorgegeben.

Derzeit ist die Rurtalbus GmbH durch den Auftraggeber nach dem Bruttoverfahren beauftragt, d.h. die Rurtalbus GmbH trifft insofern derzeit kein Einnahmerisiko.

Die Liquiditätslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH ist angespannt. Maßnahmen im Bereich der überbrückenden Kreditbeschaffung sind weiterhin erforderlich. Die Gesellschaft verfügt über einen angemessenen Kreditrahmen. Die RWE-Aktien stellen in den Finanzanlagen den wesentlichsten Vermögensbestandteil dar. Kursänderungen der RWE-Aktien verbunden mit der Dividendenpolitik der RWE stellen für die Gesellschaft einen wesentlichen Chancen- und Risikofaktor bei der Vermögens- und Ertragslage dar. Insofern trifft die Gesellschaft das allgemeine Kursrisiko des Aktienmarktes.

Neben den Beteiligungserträgen aus der Ergebnisausschüttung ist die Rurtalbahn GmbH als Mieter der Eisenbahnstrecken und des Werkstatt- und Betriebsgeländes einer der umsatzstärkeren Kunden der Gesellschaft. Ein Wegfall der Geschäftsbeziehungen mit der Rurtalbahn GmbH würde zumindest mittelfristig die Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen.

Im Vorgriff auf die Verschmelzung mit der ACI GmbH wurde im Jahr 2014 das Eigentum an einem Grundstück in Aldenhoven, auf dem eine Filmautobahn steht, auf die Gesellschaft übertragen. Diesbezüglich besteht ein Pachtvertrag mit der FTL GmbH. Nachdem mit der FTL GmbH die Vertrags- und Darlehensbeziehungen neu geordnet wurden, haben sich bisher keine Zahlungsverzögerungen ergeben. Ein Risiko besteht jedoch bei einer negativen Nachfrageentwicklung im Bereich der Fernseh- und Filmproduktionen. Die FTL GmbH ist in 2023 ihren Verpflichtungen vollumfänglich nachgekommen.

Für die Tochtergesellschaft ATC bestehen Risiken in der Nachfrageentwicklung nach Test- und Forschungsmöglichkeiten, insbesondere im Bereich der Automobilindustrie. Die gute wirtschaftliche Auslastung der ATC vor der Corona-Krise machte es erforderlich, Rückstellungen für den Fall zu bilden, dass sich über die gesamte Zweckbindungsdauer der öffentlichen Förderung der Testanlage diese positive Entwicklung fortsetzt, da im Falle der wirtschaftlichen Auskömmlichkeit die Zuwendung nachberechnet und ggf. rückwirkend gekürzt werden kann.

Für die Ertragslage der Tochtergesellschaft GIS ist es von Bedeutung, dass sie auf Grund ihrer besonderen Eignung und kommunalen Nähe auch in den Folgejahren mit der Begleitung von Bauprojekten und der Entwicklung der Infrastruktur beauftragt wird. Derzeit projiziert die Gesellschaft überwiegend Baulösungen für den Kreis Düren und Gemeinden im Kreis Düren im Bereich Kindertagesstätten und Feuerwehrgerätehäusern.

Im Bereich der Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung ist es von besonderer Bedeutung, dass die der Firmierung zu entnehmende soziale Aufgabenstellung auch zukünftig bundespolitisch gefördert und erhalten wird. Das insgesamt von der DGA erbrachte Leistungsspektrum im Rahmen der sozialen Arbeitsförderung und -eingliederung ist ein Betätigungsfeld, das langfristig auf Eigenwirtschaftlichkeit ausgerichtet ist. Der derzeit bundesweit feststellbare Arbeitskräftemangel kann auf Grund der besonderen Aufgabenstellung der DGA für sie eine Chance auf zukünftige bessere Auslastung sein.

Durch den geplanten Betrieb einer Großküche im Rahmen eines Integrationsbetriebes bietet sich neben der höheren Auslastung des allgemeinen Verwaltungsapparates die Chance, für ihren Gastronomiebereich im Bereich der Personalbeschaffung und -bindung Synergien zu nutzen.

Ende 2021 hat die Gesellschaft sich mit 25 % an der Gründung der HyDN beteiligt. Der Geschäftsanteil wurde in 2022 auf 37,5 % und in 2023 auf 50 % erhöht. Aufgabe der HyDN ist die Produktion von Wasserstoff sowie die damit in Zusammenhang stehenden Nebengeschäfte. Hier trifft auf Grund der vorgesehenen hohen Investition die Gesellschaft grundsätzlich das Marktrisiko der HyDN, die auf einem neuen – noch nicht ausgereiftem – Markt tätig wird. Insbesondere der Absatz zeigt hier sowohl Risiko als auch Chance und ist von dem entstehenden Marktumfeld auf Anbieter- und Abnehmerseite abhängig. Als große Chance ist jedoch zu werten, dass Wasserstoff als alternative Energiequelle derzeit politisch forciert und die Einführungen in diesem technischen Bereich gefördert werden. Eine weitere Sicherheit bietet sich dadurch, dass der Kreis Düren als Aufgabenträger durch seine Grundsatzentscheidung, seine ÖSPV-Flotte auf Wasserstoffantrieb umzustellen, einen eigenen regionalen Absatzmarkt schafft.

Eine Anzahl der von der Gesellschaft aufgenommenen Finanzierungsdarlehen läuft mittel- bis langfristig. Die Entwicklung des Zinsmarktes stellt insofern ein direktes Risiko im Bereich der Kontokorrentmittel und mittelfristig im Bereich der Investitionsdarlehen dar. Zu letzteren kann die Gesellschaft den Zinsaufwand für Darlehen im Bereich der Infrastruktur (ÖPNV) an die Infrastrukturnutzer durchleiten. Bei Darlehen zu Investitionen zum Erwerb von Gesellschaftsanteilen ist dies nicht der Fall. Hier handelt es sich jedoch überwiegend um Gesellschafterdarlehen.

Bezogen auf die RurEnergie und den in 2024 durchgeführten Erwerb von Anteilen an der Stadtwerke Jülich GmbH in Verbindung mit der geplanten Bündelung der Energiegesellschaften unter dem Dach einer noch neu zu gründenden Gesellschaft hierfür – welche sodann auch als Energieproduzent und -

lieferant auftreten soll – wird die BTG in diesem Fall auch das Risiko und die Chance der Energiepreisentwicklung auf dem Strommarkt und dem Markt für grünen Wasserstoff haben.

Die Geschäftsführung sieht folgende Chancen im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Unternehmens:

Mit der Rurtalbahn GmbH konnte in Bezug auf den Erwerb von weiterer Eisenbahninfrastruktur – der „Bördebahn“ – eine weitere Pachtvertragsverlängerung erreicht werden. Dies und auch die Reaktivierungsmöglichkeit weiterer Eisenbahninfrastrukturen im Kreis Düren garantieren eine langfristig gesicherte kostendeckende Pachteinnahme für die Gesellschaft und geben dem Tochterunternehmen entsprechende Sicherheit bei der langfristigen Planung im Investitions- und Angebotsbereich für seine Sparte Schieneninfrastrukturunternehmen. Im Ausbau und in der Erweiterung der Bedienungsfenster dieser Strecke liegen entsprechende Teilnahmechancen der Rurtalbahn sowie der BTG.

Durch die Vergabe im Bereich ÖSPV im Kreisgebiet Düren an die Rurtalbus GmbH ist die Beschäftigung des vorhandenen Personals und die entgeltliche Auslastung vorhandener Infrastruktur und des ÖSPV-Fuhrparks gesichert. Die Rurtalbus GmbH hat auf Grund ihrer regionalen marktwirtschaftlichen Stellung und in Verbindung mit der erfolgten Beauftragung die Chancen, bei zunehmender Nachfrage nach ÖPNV-Leistungen (bestellte Verkehrsverdichtung, neue Anbindungen) ihr Betätigungsfeld zu erweitern. Weiterhin sind durch die Entscheidung des Kreistages, den ÖPNV im Kreis Düren auf Wasserstoff umzustellen, auf Grund der Beistellung langfristiger Investitionsgüter i.V. mit einem Wasserstoffversorgungsnetz, auch zukünftig Beauftragungen für ÖPNV im Rahmen des jetzt bestehenden Beistellungsverfahrens zu erwarten. Dies sichert der BTG in diesem Bereich einen langfristig auskömmlichen Geschäftsbereich.

Die Gesellschaft hat eine hohe Investitionstätigkeit in ihre Tochtergesellschaft RurEnergie GmbH vorgenommen. Mittelfristig werden auf Grund der dort umgesetzten Projekte Renditen und Rückführungen erwartet.

Aus dem Besitz der RWE-Aktien heraus besteht nicht nur ein Risiko, sondern auch eine Chance in der Kurs- und Dividendenentwicklung.

Bezüglich der Chancen die Beteiligung an der HyDN und die Stadtwerke Jülich betreffend wird auf obige Ausführungen verwiesen.

Gesamtaussage

Maßgeblich für die Entwicklung der Gesellschaft ist die Refinanzierung durch den Betrieb der operativen Tochtergesellschaften, insbesondere welchen das Infrastrukturvermögen beigestellt wird oder in welche erheblichen Finanzmittel investiert wurden. Diese sind z.B. im Bereich des ÖSPV durch die Aufgabenträgerschaft des Gesellschafters nur bedingt von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst und im Bereich der regenerativen Energien abhängig von bundespolitischen Zielsetzungen, nunmehr insbesondere auch im Bereich des Einsatzes von Wasserstoff als Energieträger der Zukunft. Das Geschäftsfeld der Geschäftsbesorgungen für Tochter- und Schwesterunternehmen bietet Erweiterungspotentiale.

Die grundsätzliche Bereitschaft zur Mittelausstattung durch die öffentliche Hand für investive Maßnahmen zur Wahrnehmung, zur Verbesserung und zum Ausbau der kommunalen Infrastruktur im Bereich der Daseinsfürsorge sowie im Bereich der regenerativen Energieerzeugung muss derzeit weder beim Gesellschafter noch bei der Kompensationsförderung durch Zuwendungen des Bundes oder Landes grundsätzlich in Frage gestellt werden.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Einzelvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist Herr Dirk Hürtgen, Kämmerer des Kreises Düren. Weiterer Geschäftsführer ist Herr Guido Emunds.

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand (Vorsitzender)	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Berres-Förster, Menka	Kreistagsmitglied	31.03.2022	
Bozkir, Timur	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Braumüller, Heinz-Peter	Kreistagsmitglied	03.11.2004	
Breuer, Klaus	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	02.02.2004	
Dick, Ralf	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Esser, Klaus	Kreistagsmitglied	26.11.2020	01.01.2024
Filipovic, Sanja	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Hamacher, Rolf	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Krischer, Andreas	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Dr. Nolten, Ralf (MdL)	Kreistagsmitglied	01.04.2003	
Schmitz, Georg	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Schoeller, Maria	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.02.2004	08.11.2024
Veithen, Valentin Raimund	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Zentis, Gudrun	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

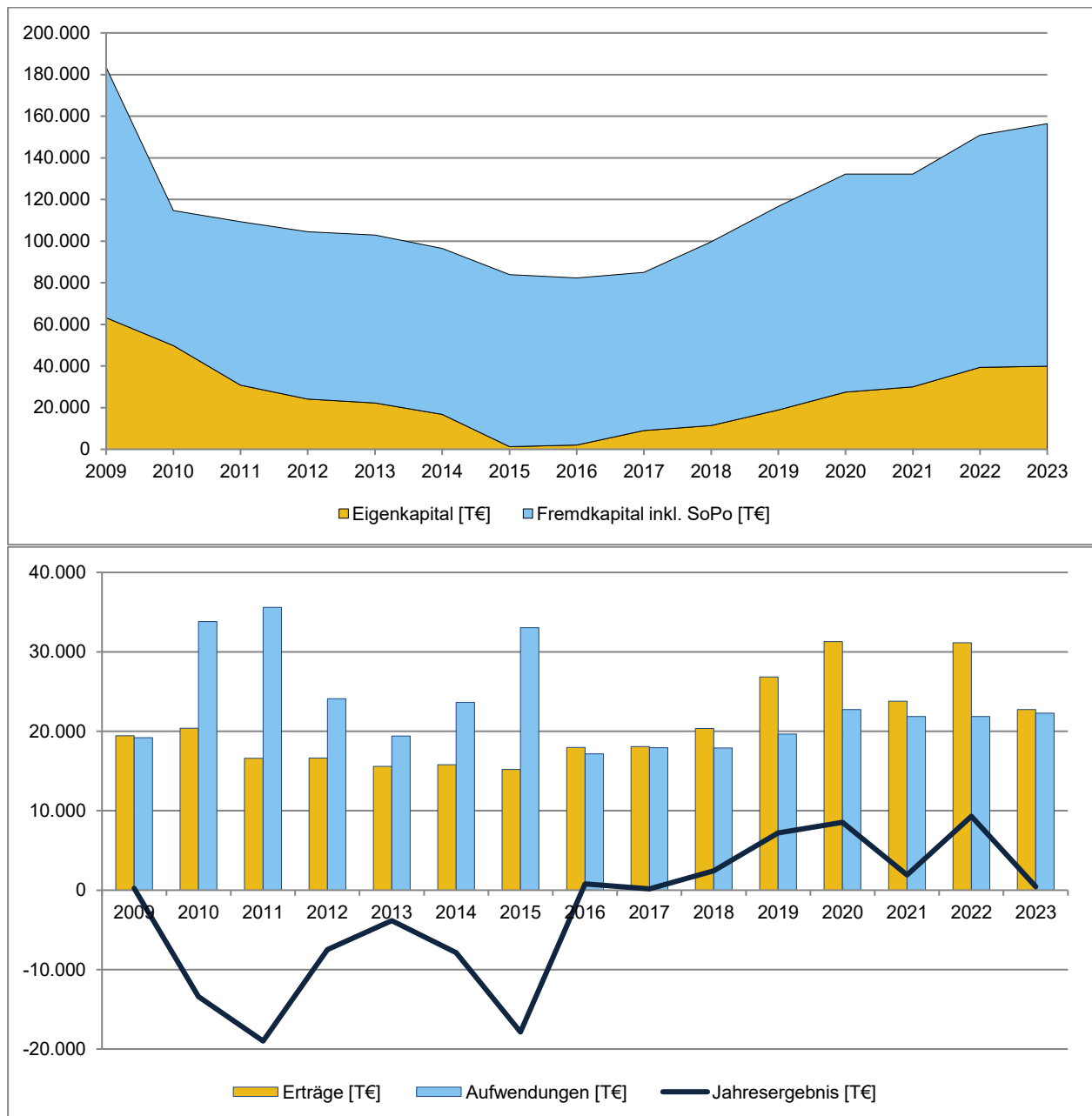
Gesellschafterversammlung:

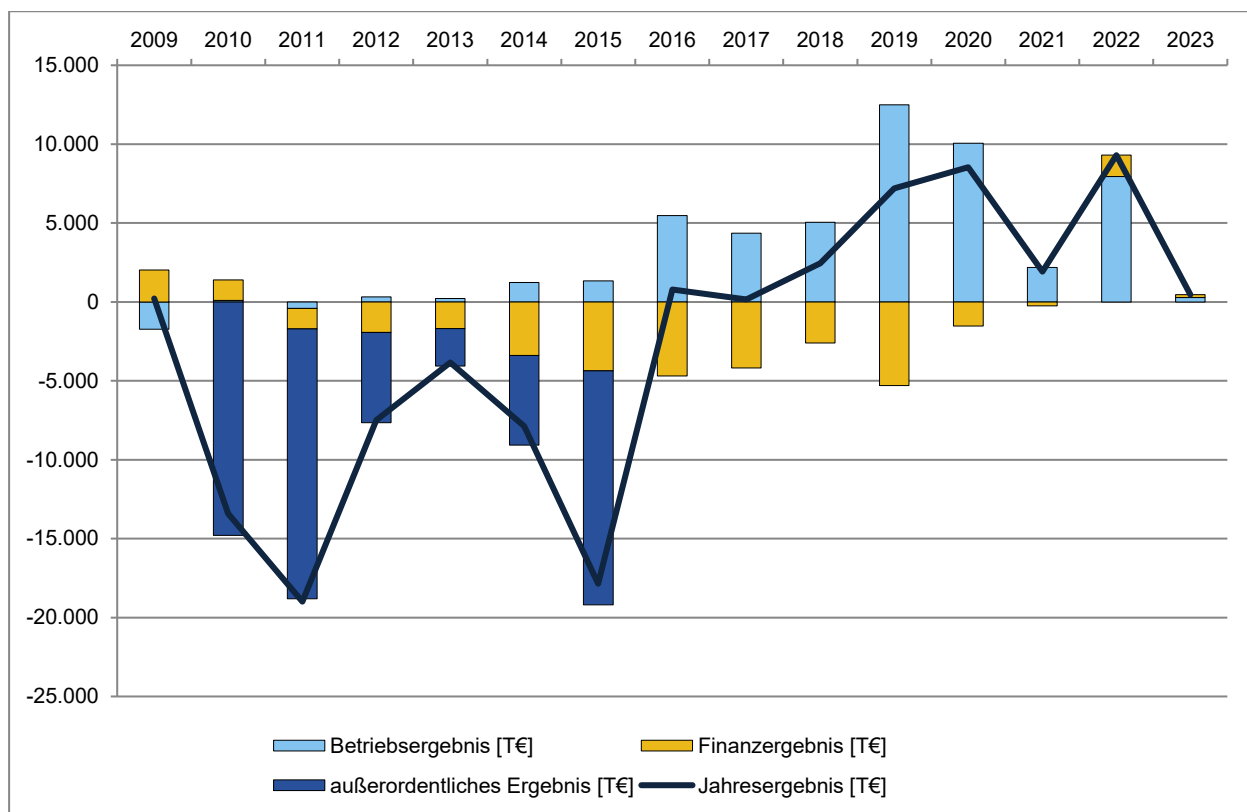
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand (Vorsitzender)	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 194 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	22,70%	26,05%	25,50%	-0,55%
Eigenkapitalrentabilität	6,42%	23,67%	1,15%	-22,52%
Anlagendeckungsgrad 2	88,17%	89,95%	86,39%	-3,56%
Verschuldungsgrad	225,76%	179,60%	195,11%	15,51%
Umsatzrentabilität	15,31%	55,75%	2,01%	-53,74%

3 BRAINENERGY Park Jülich GmbH



An der Deutschen Welle 20
52428 Jülich
Telefon 0 24 61 31 89 730
E-Mail: info@brainergy-park.de
Homepage: <https://www.brainergy-park.de/>

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Vermarktung des "Campus Merscher Höhe" in Jülich. Dazu zählen insbesondere der Ankauf, die Erschließung, Entwicklung, Verwaltung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken und Immobilien im Bereich der Merscher Höhe.

Der Kreis Düren hat sich im Jahr 2021 an der Gesellschaft beteiligt.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	0,25	1,00
Stadt Jülich	12,375	49,50
Gemeinde Niederzier	6,682	26,73
Gemeinde Titz	5,693	22,77
Stammkapital	25,00	100,00

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für das Geschäftsjahr gab es keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen.

e) **Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,00 €	3.954,00 €	2.079,00 €	-1.875,00 €	-47,42%
II. Sachanlagen	6.621.045,71 €	10.526.197,59 €	16.253.906,00 €	5.727.708,41 €	54,41%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	17.717.669,77 €	20.470.714,25 €	17.019.483,33 €	-3.451.230,92 €	-16,86%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	2.288.393,67 €	2.502.688,06 €	2.948.600,31 €	445.912,25 €	17,82%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	677.961,48 €	8.343.582,81 €	13.645.006,03 €	5.301.423,22 €	63,54%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.200,00 €	49.778,17 €	65.387,98 €	15.609,81 €	31,36%
D. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.591.903,54 €	2.518.341,20 €	4.628.364,51 €	2.110.023,31 €	83,79%
Summe Aktiva	28.902.176,17 €	44.415.256,08 €	54.562.827,16 €	10.147.571,08 €	22,85%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Verlustvortrag	-795.064,03 €	-1.616.903,54 €	-2.543.341,20 €	-926.437,66 €	57,30%
III. Jahresfehlbetrag	-821.839,51 €	-926.437,66 €	-2.110.023,31 €	-1.183.585,65 €	127,76%
IV. davon nicht durch EK gedeckt	1.591.903,54 €	2.518.341,20 €	4.628.364,51 €	2.110.023,31 €	83,79%
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	0,00 €	1.388.981,76 €	2.916.294,61 €	1.527.312,85 €	109,96%
C. Rückstellungen	105.674,00 €	69.623,00 €	58.993,00 €	-10.630,00 €	-15,27%
D. Verbindlichkeiten	28.795.057,05 €	41.463.557,03 €	49.252.922,54 €	7.789.365,51 €	18,79%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.445,12 €	1.493.094,29 €	2.334.617,01 €	841.522,72 €	56,36%
Summe Passiva	28.902.176,17 €	44.415.256,08 €	54.562.827,16 €	10.147.571,08 €	22,85%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	239.873,66 €	3.838.995,73 €	2.686.086,49 €	-1.152.909,24 €	-30,03%
2. Erhöhung des Bestands des zur Weiterveräußerung bestimmten Grundbesitzes	4.233.805,97 €	2.753.044,48 €	198.629,09 €	-2.554.415,39 €	-92,79%
3. sonstige betriebliche Erträge	1.260.571,75 €	1.266.588,82 €	1.979.253,82 €	712.665,00 €	56,27%
4. Materialaufwand	3.422.627,76 €	4.441.765,37 €	1.905.855,14 €	-2.535.910,23 €	-57,09%
5. Personalaufwand	626.016,55 €	1.277.806,83 €	1.298.600,63 €	20.793,80 €	1,63%
6. Abschreibungen	101.245,24 €	389.778,91 €	753.701,19 €	363.922,28 €	93,37%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.774.502,20 €	1.935.700,91 €	1.785.077,79 €	-150.623,12 €	-7,78%
Betriebsergebnis	-190.140,37 €	-186.422,99 €	-879.265,35 €	-692.842,36 €	371,65%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	608.710,92 €	712.105,73 €	1.201.514,52 €	489.408,79 €	68,73%
Finanzergebnis	-608.710,92 €	-712.105,73 €	-1.201.514,52 €	-489.408,79 €	68,73%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-798.851,29 €	-898.528,72 €	-2.080.779,87 €	-1.182.251,15 €	131,58%
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. sonstige Steuern	22.988,22 €	27.908,94 €	29.243,33 €	1.334,39 €	4,78%
Jahresergebnis	-821.839,51 €	-926.437,66 €	-2.110.023,20 €	-1.183.585,54 €	127,76%

g) Lagebericht

A) Öffentliche Zwecksetzung und Zweckerreichung

Der Unternehmensgegenstand der Brainergy Park Jülich GmbH ist die Entwicklung und Vermarktung des Gewerbegebietes „Brainergy Park Jülich“. Dazu zählen insbesondere der Ankauf, die Erschließung, Entwicklung, Verwaltung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken und Immobilien im Bereich der Merscher Höhe.

Die angelaufenen Projekte dienen ausschließlich dieser öffentlichen Zwecksetzung.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Dem Brainergy Park Jülich ist es gelungen, alle im Masterplan 2018 definierten Ziele zu erreichen und in tragfähige Förderprojekte zu überführen:

- Erschließung von 52 ha GE-Fläche

- Die thematische Fokussierung des Brainergy Park Jülich auf die Themen „Neue Energien“, „Wasserstoff“ und Digitalisierung
- Die erfolgreiche thematische Vermarktung der GE-Flächen und einhergehend mit der perspektivischen Schaffung von > 4.000 Arbeitsplätzen
- Die Fördermittelakquise für das Gründerzentrum Brainergy Hub und der Start der Baumaßnahme (Baubeginn Q4/2024)
- Die Fördermittelakquise für die Errichtung der nahezu CO2 neutralen Wärmeversorgung und infolgedessen die Gründung der Brainergy Park Energie GmbH, einem Joint Venture der Brainergy Park Jülich GmbH und der E.ON. AG
- Die Positionierung des Brainergy Park Jülich als das Vorzeigeprojekt des Strukturwandels
- Der Aufbau eines regional eingebunden Gründungsökosystems inklusive der Errichtung und Inbetriebnahme des Startup Village.

Mit den Ansiedlungen des Helmholtzclusters Wasserstoffwirtschaft des FZJ, der Aerogel Launch Factory des DLR sowie der Technologieunternehmen Quanta, Synhelion, Solitherm, Redur, HyDN wird nachhaltig belegt, dass das Konzept des Brainergy Park Jülich erfolgreich ist und die realistische Möglichkeit bietet, den Brainergy Park Jülich als international und national bedeutsamen Standort für Technologieunternehmen entlang der Themenfelder „Neue Energien“, Wasserstoff“ und Digitalisierung zu positionieren. In der Summe bietet sich somit im Brainergy Park Jülich die einmalige Chance, ein einzigartiges Standortmodell und -profil zu entwickeln, das auf Grund der starken endogenen Faktoren der Region nicht an anderen Standorten reproduzierbar sein wird. Aufgrund der Flächenverfügbarkeit bietet der Brainergy Park Jülich die Perspektive, das erwiesenermaßen erfolgreiche Konzept in mehreren Bauabschnitten in der Fläche auszurollen.

Die Zahl der Ansiedlungen sind seit 2023 drastisch gestiegen und derzeit sind rund 85% des Brainergy Park Jülich veräußert, reserviert oder verplant. Perspektivisch werden die bisher angesiedelten Unternehmen im Brainergy Park **2.600 Arbeitsplätze** schaffen. Bei Veräußerung bzw. gewerblicher Nutzung aller 52 ha (brutto) Gewerbeflächen des Brainergy Park Jülich ist auch die Erreichung der Zielmarke von 4.000 Arbeitsplätzen realistisch.

Darüber hinaus ist in der Brainergy Park Jülich GmbH gelungen, die in der Wirtschaftsplanung avisierten Preissteigerungen am Markt durchzusetzen und die Ertragssituation der Gesellschaft zu verbessern.

Allerdings führten die stark gestiegenen Finanzierungskosten infolge der aktuellen Zinsentwicklung auch im Jahr 2023 zu einem Jahresdefizit, dem aber in erheblichem Maße regionalökonomische und fiskalische Sekundäreffekte für den Gesellschafterkreis gegenüberstehen. Durch die Ansiedlung von Unternehmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und den dadurch induzierten Zuzug von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ergeben sich signifikante fiskalische Sekundäreffekte für die Gesellschaft.

terinnen, die ebenfalls in die Erfolgsbetrachtung der Brainergy Park Jülich GmbH einbezogen werden müssen. Diese Effekte sind gemäß einer Studie der Prognos AG so groß, dass die wirtschaftliche Zielsetzung der Gesellschaft, unter Berücksichtigung dieser fiskalischen Sekundäreffekte eine „schwarze Null“ zu schreiben, bei Fortführung und Weiterentwicklung des Brainergy Park Jülich erreicht werden wird.

Mit dem Gründer- und Innovationszentrum Brainergy HUB, dem Städtebau des Brainergy Village und dem innovativen Energiesystem wurden im Jahr 2023 die wesentlichen Säulen des Brainergy Park Jülich im Planungsprojekt MachBrain verbindlich bis zur LPH 3 geplant und festgelegt. Das Projekt wurde im Jahr 2023 finanziell aufgestockt und bis zum 31.12.2023 verlängert.

Die Ergebnisse des Planungsprojekts Machbrain mündeten in zwei Förderanträgen. Der erste Antrag bezieht sich auf das im Rahmen von Machbrain geplante Energiesystem. Dieser Antrag wurde im Herbst 2022 unter dem Förderprogramm „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze“ gestellt und im Frühjahr 2023 vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle positiv beschieden.

Der Zweite Förderantrag wurde im Dezember 2022 bei der Bezirksregierung Köln eingereicht. Er hat die Förderung des Gründerzentrums Brainergy HUB zum Gegenstand und umfasst mehrere Arbeitspakete. Das Arbeitspaket „Gründerzentrum HUB“ wurde im [Dezember] 2023 vollumfänglich genehmigt, sodass mit den Planungsarbeiten für die weiteren Leistungsphasen begonnen wurde. Die Baugenehmigung wird voraussichtlich im November vorliegen. Der Baubeginn ist für Dezember 2024 terminiert.

Des Weiteren ist es gelungen, den Brainergy Park Jülich als das Vorzeigeprojekt des Strukturwandels im Rheinischen Braunkohlerevier zu positionieren. Das Projekt erfährt eine entsprechend große überregionale Aufmerksamkeit und wird von allen relevanten Stakeholdern nachdrücklichst unterstützt.

Mit dem Projekt „Startup Village“ befindet sich ein weiteres Förderprojekt mit einem Volumen von 7,1 Mio. EUR in der Umsetzung. Das Startup Village dient als Plattform für Innovation und Gründung und bildet das Herzstück der Transferaktivitäten im Brainergy Park. Hier treffen sich Gründungsinteressierte, kreative Köpfe und andere Stakeholder der Startup Kultur. In Kooperation mit den Projektpartnern aus der Wissenschaft (DLR, FZJ, FH Aachen, RWTH und Fraunhofer Gesellschaft) bietet das Startup Village darüber hinaus Raum, Wissenstransfer neu zu denken und die Gründungskultur in der regionalen Forschungslandschaft zu fördern. Im Geschäftsjahr 2023 konnte das Projektteam vervollständigt werden und seine im Vorjahr begonnene Arbeit erfolgreich fortsetzen. Neben der architektonischen und städtebaulichen Planung konnte sich das Team mit Forschungseinrichtungen wie dem Forschungszentrum Jülich, dem DLR und der RWTH Aachen intensiv vernetzen und dort bereits erste Workshops mit Gründungsteams halten. Seit dem Mai 2024 ist das Gebäudeensemble des Startup Village fertiggestellt und die ersten Startups haben die Module bereits bezogen, während das Zentralgebäude regelmäßig für Veranstaltungen genutzt wird.

Die Idee des Dorfes ist, bereits deutlich vor der Fertigstellung des Brainergy Hubs, Gründungsinteressierten, Kreativen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft einen gemeinsamen Anlaufpunkt zu bieten. Hierdurch entstehen kreative Austauschmöglichkeiten sowie die Grundsteinlegung eines Startup-Ökosystems im Brainergy Park Jülich.

Darüber hinaus wird im Startup Village die Umsetzbarkeit eines Gründerzentrums im späteren Hub erprobt und konkretisiert. Erkenntnisse und Erfahrungen können im Nachhinein in die Gestaltung und das Managementkonzept des Hubs mit einfließen.

Mit dem Startup Village soll ein Ort mit kreativ-chaotischem Charakter entstehen, der seinen Nutzern aus Gründern, Kreativen, Schülern, Studenten und Wissenschaftlern erlaubt, den Arbeitsort zu IHREM Ort zu machen. Durch den optisch und materiell erzeugten Eindruck der Unvollkommenheit werden die Nutzer zum Arbeiten und Aneignen der jeweiligen Arbeitsumgebung eingeladen. Die Anordnung der Module fördert einen hervorgehobenen „Villagecharakter“, welcher die Startup-Community in einen informellen, spontanen und so wichtigen Austausch untereinander bringt.

Das Startup Village ermöglicht eine kurzfristige Erweiterung der Besiedelung des Parkes. Durch seinen Aufbau aus Holzmodulen, in denen sich entweder Büros oder Open Spaces (Coworking) befinden, ist das Village frei erweiterbar und folgt dabei dem Grundanspruch der Nachhaltigkeit des Brainergy Parks. Um neben einem ressourceneffizienten Materialeinsatz auch einen nachhaltigen Lebenszyklus der Holzmodule zu ermöglichen, sind diese in ein umfassendes, langfristiges Entwurfs- und Erweiterungskonzept eingebunden.

Das Projekt „Startup Village“ wird zunächst vier Jahre mit einer, im Erfolgsfalle, Verlängerungsoption von weiteren vier Jahren gefördert. Gefördert werden die Anmietung der Holzmodule, der Bau eines Zentralgebäudes sowie 12 Mitarbeiter zum Aufbau als auch Betrieb und zur Implementierung eines regionalen Transfernetzes mit den regionalen Forschungseinrichtungen.

Im Laufe des Jahre 2023 wurden bereits mehrere Accelerator-Programme für junge Gründer durchgeführt und weitere Programme für Start-Ups in verschiedenen Gründungsphasen konzipiert und erprobt. Nach vorwiegend wetterbedingten Verzögerungen konnten die Bauarbeiten im Sommer 2024 abgeschlossen werden und Teile des Startup Village bereits in einen vorläufigen Betrieb gehen. Die vollständige Inbetriebnahme, auf die binnen kurzer Zeit die vollständige Vermietung der Flächen erfolgen wird, ist für den Herbst 2024 geplant. An einer Verlängerung der Förderung für dieses überaus erfolgreiche Projekt wird aktuell gearbeitet.

Der Brainergy Park Jülich GmbH ist es gelungen, auf einem kompetitiven Personalmarkt hochqualifiziertes Fachpersonal für die weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte zu gewinnen und zu halten. Sie verfügt nunmehr über eine breite fachliche Kompetenz, die in Verbindung mit der Umsetzungsgeschwindigkeit und Hands-on-Mentalität der Gesellschaft derzeit ein hoch beachtetes Alleinstellungsmerkmal regional wie überregional darstellt.

Das Team der Brainergy Park Jülich GmbH umfasst stand 31.10.2024 insgesamt 31 Mitarbeiter, von denen 25 über Förderprogramme finanziert werden.

Die Einführung eines ERP-Systems, die Durchführung von Teamworkshops, die Entwicklung, Definition und Dokumentation von internen Prozessen sowie die Implementierung einer neuen Organisationsstruktur und eines externen Compliance Beauftragten haben die Gesellschaft weiter gefestigt und gestärkt.

Im Rahmen der Projektumsetzung werden durch die Brainergy Park Jülich GmbH die in der folgenden Abbildung dargestellten Aufgabenfelder bearbeitet:

Aufgaben Brainergy Park Jülich

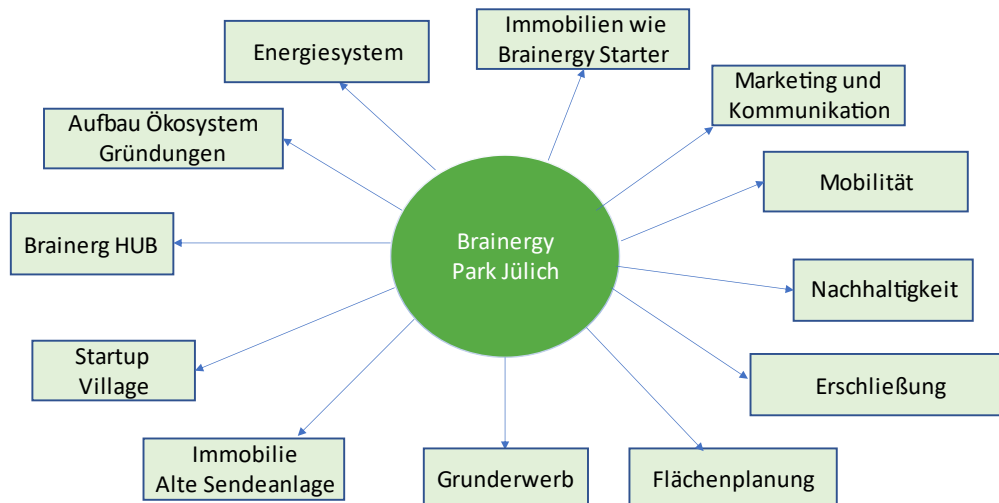


Abbildung 1 - Aufgaben des Brainergy Park Jülich

Darstellung der Lage

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 2.686 TEUR erzielt (im Vorjahr 3.839 TEUR). Diese Umsätze stammen im Wesentlichen aus Grundstücksverkäufen sowie der Vermietung und Verpachtung von Gebäuden und Grundstücken.

Durch Umgliederung von Grundstücken aus dem Umlaufvermögen ins Anlagevermögen sowie durch Grundstücksverkäufe hat sich der Wert der zur Weiterveräußerung bestimmten Flächen auf 17.019 TEUR gesenkt (Vorjahr: 20.471 TEUR).

Die Personalkosten sind mit 1.298 TEUR nahezu unverändert geblieben. (Vorjahr: 1.278 TEUR).

Die Vermögenslage der Gesellschaft weist auf der Aktivseite ein Anlagevermögen in Höhe von 16.256 TEUR sowie zur Weiterveräußerung bestimmte Grundstücke in Höhe von 17.019 TEUR aus. Unter Berücksichtigung des Jahresfehlbetrages in Höhe von 2.110 TEUR und des Verlustvortrages 2.543 TEUR ergibt sich zum Bilanzstichtag ein negatives Eigenkapital in Höhe von 4.628 TEUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Ende des Berichtsjahres 42.401 TEUR. Das Anlagevermögen sowie die zum Verkauf bestimmten Grundstücke sind in voller Höhe langfristig finanziert.

Die Gesellschaft ist derzeit bis zu einer Gesamthöhe von rund 38,32 Mio. € über einen Gesamtbürgschaftsrahmen in Höhe von 29,07 Mio. € zugunsten der Brainergy Park Jülich GmbH und Gesellschafterdarlehen finanziert. Stand Ende Oktober 2024 verfügt die Gesellschaft über eine freie Liquidität in einer Größenordnung von 5,8 Mio. €, die durch die Ausschöpfung eines Gesellschafterkreditrahmens bei der Stadt Jülich um weitere 2,25 Mio.€ aufgestockt werden können.

Das Geschäftsjahr 2023 weist für die Brainergy Park Jülich GmbH einen Verlust in Höhe von 2.110 TEUR aus, das Vorjahr schloss die Gesellschaft mit einem Verlust von 926 TEUR.

Gemäß Wirtschaftsplan wird für das laufende Geschäftsjahr 2024 ein Verlust in Höhe von 764 TEUR erwartet.

Erweiterung des Brainergy Park Jülich in der Fläche

Die Unternehmensansiedlungen der letzten Monate beweisen nachdrücklich, dass das Standortmodell Brainergy Park Jülich erfolgreich vom Markt angenommen wird. Mit der Ansiedlung des taiwanesischen Technologiekonzerns Quanta Computer wird nicht nur ein Ansiedlungshighlight gesetzt, sondern auch die größte ausländische Direktinvestition der letzten 30 Jahre in der Region Aachen vollzogen.

Damit gelingt es zunehmend, den Brainergy Park Jülich als den Ansiedlungsstandort für technologieorientierte Unternehmen in NRW zu positionieren. Es ist daher auch erklärter Wille der Landesregierung und der Landesplanung, den Brainergy Park Jülich strategisch als überregionale und landesbedeutsame Fläche weiterzuentwickeln. Entsprechende planerische Flächenausweisungen sind in den Entwürfen zum neuen Regionalplan in einer Größenordnung von ca. 170 ha hinterlegt. Diese großmaßstäbliche planerische Flächenbereitstellung ist als klares Votum des Landes NRW für den Standort Brainergy Park Jülich zu werten. In den Ansiedlungsgesprächen ist in besonderem Maße die langfristige Flächenverfügbarkeit am Standort ein sehr schlagkräftiges Marketinginstrument.

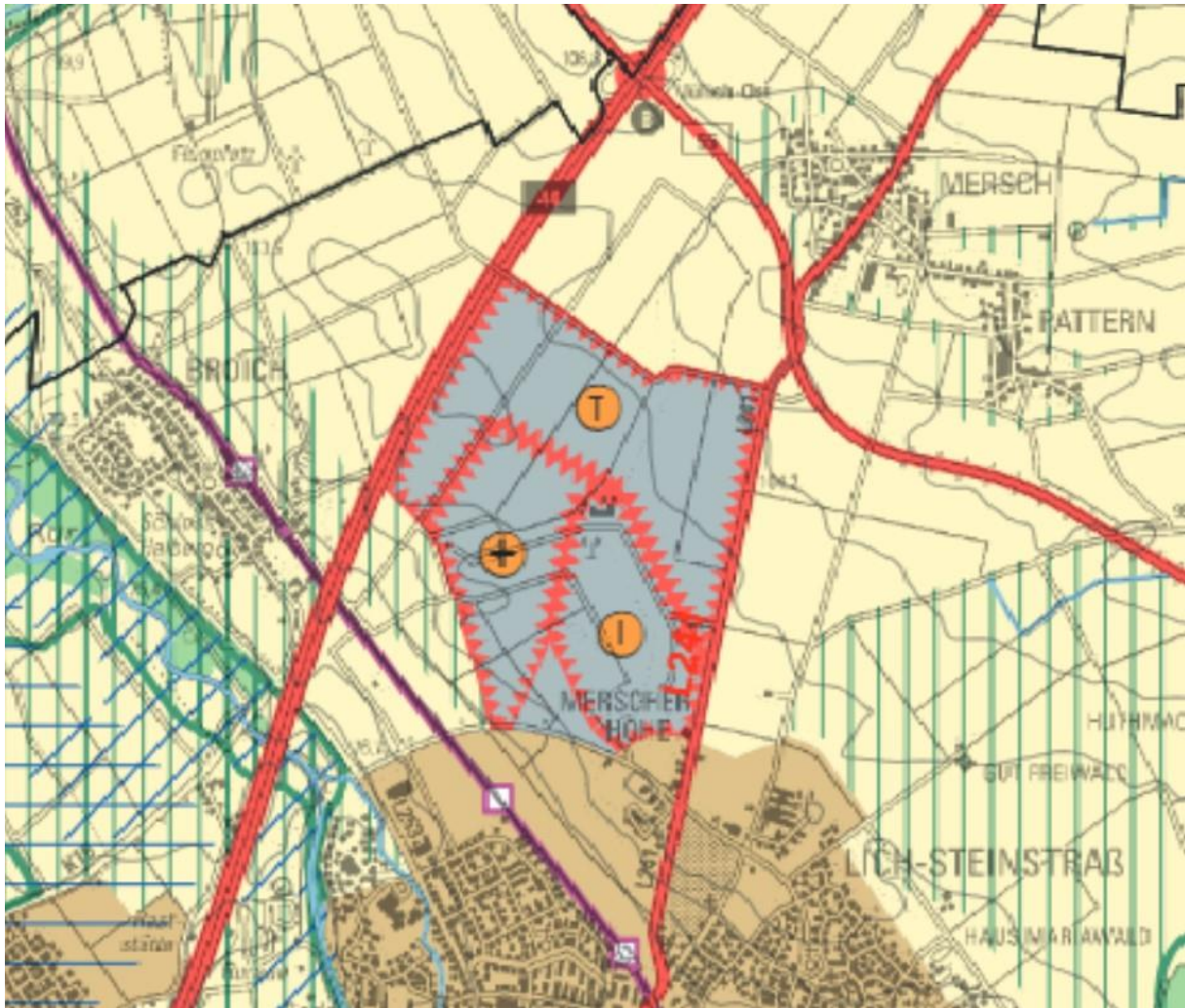


Abbildung 2 - Regionalplanentwurf

Innerhalb des Aufsichtsrates gibt es Konsens, den Brainergy Park Jülich über die bereits vorhandenen 52 ha Gewerbefläche (brutto) hinaus, in mehreren Bauabschnitten strategisch und langfristig, zu vergrößern.



Abbildung 3 - Mögliche Erweiterungsflächen

Die hierfür unabdingbaren zusätzlichen Liquiditäts- und Bürgschaftsbedarfe sind in der Wirtschaftsplanung 2024 bereits hinterlegt. Allerdings ist eine Erweiterung des Brainergy Park Jülich ohne externe Förderung in dieser Größenordnung für den aktuellen Gesellschafterkreis finanziell nicht darstellbar.

Vor diesem Hintergrund hat die Geschäftsführung im August 2024 eine Projektskizze für das neue Förderprogramm „Nachhaltige Wirtschaftsflächen im Rheinischen Revier“ eingereicht und ist seitdem mit der Zukunftsagentur Rheinisches Revier und dem Projektträger, der Bezirksregierung Köln, in einem kontinuierlichen Austausch. Anfang 2025 soll dann der finale Förderantrag zur Erweiterung des Brainergy Park Jülich eingereicht werden. Perspektivisch ist eine Erweiterung um 114 ha auf dann 166 ha Gewerbefläche geplant.

Brainergy Craft – Handwerkergerwerbegebiet im Titz

Der Aufsichtsrat der Brainergy Park Jülich GmbH hat beschlossen, die aktuell 52 ha große Fläche des Brainergy Park Jülich gemäß den Vergabekriterien der Gesellschaft und im Sinne einer thematischen sowie innovationsorientierten Spezialisierung auf die Leitthemen „Neue Energien“, Wasserstoff, Bioökonomie und Digitalisierung zu vergeben. Dieser Vergabeansatz erweist sich bisher als überaus erfolgreich und zahlt auf den Aufbau eines innovativen Unternehmensbesatz im Brainergy Park Jülich ein.

Gleichzeitig hat diese Schwerpunktsetzung zur Folge, dass bei Anfragen traditioneller Unternehmen derzeit auf zukünftige Bauabschnitte verwiesen wird und diese Anfragen abgelehnt werden müssen, wenn kein thematischer Bezug zu den Leitthemen des Brainergy Park Jülich besteht und die Arbeitsplatzdichte je m² tendenziell eher niedrig ausfällt.

Vor diesem Hintergrund ist es der klare Wille des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung, traditionellen Unternehmen so zeitnah wie möglich, Flächen anzubieten. Der im letzten Wirtschaftsplan skizzierte Ansatz, eine ca. 8 ha große Fläche in der Landgemeinde Titz als Gewerbefläche durch die Brainergy Park Jülich GmbH zu entwickeln, wurde von der Geschäftsführung weiterverfolgt und der Grunderwerb konnte im Juli 2024 vollzogen werden.

Auch die Entwicklung dieser Fläche soll über das Förderprogramm „Nachhaltige Wirtschaftsflächen im Rheinischen Revier“ interkommunal realisiert werden. Ein entsprechender Förderantrag wird Anfang 2025 gestellt werden.

Strukturwandelprojekte der regionalen Forschungseinrichtungen

Im Rahmen des Strukturwandels im rheinischen Braunkohlerevier erfahren anwendungs- und transferorientierte Projekte der regionalen Forschungseinrichtungen eine starke Förderung. Mit dem Helmholtzcluster Wasserstoffwirtschaft (HC-H2) des FZJ hat sich bereits das erste große Strukturwandelprojekte einer regionalen Forschungseinrichtungen im BPJ angesiedelt. Mit der Aerogel Launch Factory des DLR ist ein zweites vielversprechendes Projekt gefolgt. Projektziel ist der Aufbau eines technologietransfer-orientierten Kompetenzzentrums für Aerogele (Moderne Werkstoffe) mit ca. 60 Mitarbeitenden.

Mit einem Förderbudget von 860 Mio. € bis 2038 wird das HC-H2 das mit Abstand größte Strukturwandelprojekt im rheinischen Revier sein. Zielsetzung des Projektes ist die transferorientierte Entwicklung und Marktgängigmachung von verflüssigtem Wasserstoff für die Wirtschaft. Dieses Wissen soll nicht nur der Wirtschaft zugänglich gemacht werden, sondern explizit von Startups und für die Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten genutzt werden.

Nach heutigem Stand werden bis zu 800 Mitarbeiter und ca. 200 Angestellte von externen assoziierten Unternehmen am HC-H2 aktiv sein. De facto wird der Brainergy Park Jülich somit zu einem der größten Wasserstoff HUBs in Deutschland und Europa.

Beide Strukturwandelprojekte sind explizit nicht in der Grundlagenforschung positioniert, sondern klar Technologietransfer-orientiert und passen in hervorragender Weise zu den Zielen des Startup Village und des Brainergy HUB. Weitere Projekte aus dem FZJ sind derzeit in der Vorbereitung. Diese Projekte

haben durch ihre nationale wie internationale Sogwirkung das Potential, der langfristige Motor für die Ansiedlung von Unternehmen aus Zukunftstechnologien im BPJ zu sein. Gemein ist diesen Projekten auch, dass sie selber aufgrund der Förderbedingungen oder der Richtlinien des öffentlichen Bauens, nicht in der Lage sind, kurzfristige eigene Immobilienkapazitäten zu schaffen.

Im Sinn des Strukturwandels als auch der Standortentwicklung des Brainergy Park Jülich ist es jedoch existenziell, diese Projekte schnellstmöglich am Standort BPJ arbeitsfähig zu machen. Mit der beispielhaften, weil sehr schnellen Errichtung von 110 Büroarbeitsplätzen in Containerbauweise für den HC-H2, geplanter Bezug ist bereits im Mai 2022, konnte nicht nur der erste kurzfristige Bedarf des HC-H2 gedeckt werden, sondern ein Prozess initiiert werden, der geeignet ist, das HC-H2 schnellstmöglich operativ im Brainergy Park Jülich anzusiedeln und als Blaupause für weitere Ansiedlungsaktivitäten der Forschungseinrichtungen zu dienen.

Im Jahr 2024 wurde der Verkauf eines 18.930 m² großen Grundstücks an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) vollzogen. Auf diesem Grundstück wird ein Forschungsneubau für das HC-H2 entstehen, der bis zum Jahr 2032 fertiggestellt werden soll.

Die Rolle des Brainergy Park Jülich, der Kommunalpolitik und der jülicher Stadtverwaltung als innovative „Enabler“ solcher Strukturwandelprojekte wird von allen relevanten Stakeholdern des Strukturwandelprozesses überaus positiv wahrgenommen und wird zunehmend zu einem gewichtigen Ansiedlungsgrund für weitere technologie- und transferorientierte Projekte und Unternehmensansiedlungen. Die Realisierung dieser immobilienwirtschaftlichen Projekte bedarf jedoch einer Finanzierung, die über die Möglichkeiten der Brainergy Park Jülich GmbH hinaus geht. Hier bedarf es eines zusätzlichen Akteurs in Form einer im Kontext der BPJ GmbH handelnden, finanzstarken Immobiliengesellschaft. Die Gründung einer solchen Immobiliengesellschaft wird durch den Aufsichtsrat der Brainergy Park Jülich GmbH begrüßt und wird derzeit weiter forciert.

Energie- und Wärmeversorgung

Das Energiesystem des Brainergy Parks ist eine Kernkomponente der Marke „Brainergy Park“. Ziel ist es eine nahezu CO₂ freie Versorgung des Brainergy Parks umzusetzen und gleichzeitig ein dauerhaftes Reallabor realisieren zu können. Die Planungsarbeiten der letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass ein solches System, welches sich über den gesamten Brainergy Park erstreckt, etwa 3- bis 5-mal teurer ist, als ein kommerzielles auf fossilen Brennstoffen beruhendes Energiesystem, wenn man als Vergleichskosten den Stand der Brennstoffkosten von Mitte 2021 anlegt. Dieses System lässt sich nur mit einer hohen Förderung in der Form umsetzen, dass den aufsiedelnden Unternehmen, Energiekosten in einem moderaten Umfang entstehen. Im Mai 2023 erhielt die gemeinsam von BPJ mit EON betriebene Brainergy Park Energie GmbH (BPE) unter dem Projektnamen BrainPower eine 40% Förderung zur vollumfänglichen Errichtung des geplanten Energiesystems aus der BEW Förderung des Bundes (keine Strukturmittel). Nach den positiven Voten der Gesellschafterkommunen ist die BPJ seit Februar 2024 zu 50% an der BPE beteiligt. Die anderen 50% hält der EON Konzern. Mit der Übernahme des BPE Anteils wurde die BPE in die Lage versetzt, mit der Umsetzung der Errichtung des Energiesystems zu beginnen. Am 08. April 2024 wurde Prof. Hoffschmidt zum Geschäftsführer der BPE bestellt. Er übt diese Funktion zusammen mit Herrn Dr. Brauckmann vom EON Konzern aus.

Gemäß der aktuellen Planung besteht das Energiesystem aus den folgenden Kernkomponenten:

- LowEx-Netz mit einer Betriebstemperatur im Bereich von 8°C-14°C und damit geringen Wärmeverlusten im Netz
- Eisspeicher als Langzeitspeicher mit einer Beheizung durch zentrale reversible Wärmepumpen und Luftwärmetauschern
- Beheizung der Gebäude durch dezentrale Wärmepumpen aus dem LowEx-Netz
- Versorgung der zentralen und dezentralen Wärmepumpen aus einem eigenen Stromnetz mit Einspeisung aus den PV-Anlagen auf den Dachflächen der Gebäude sowie durch die Einbindung lokal entstehender Windkraftanlagen (in Planung)
- Kühlung der Gebäude durch Aufschmelzen des Eises im Sommer und Bereitstellung durch das LowEx-Netz
- Möglichkeit der Aufnahme von Abwärme auf niedrigem Temperaturniveau und Umsetzung einer lokalen Sektorkopplung (hier ggf. aus der Elektrolyse, der Abwärme aus der Klimatisierung der Fertigungsanlagen von Quanta oder anderer Ansiedler)
- Überwachung, Regelung, Steuerung und Optimierung des Gesamtsystems durch ein zentrales sehr innovatives IT-System (Digitales-Energie-Quartiers-Management-System: DEQMS)

Das Projekt BrainPower hat ein Investitionsvolumen von rund 48,18 Mio. EUR und wird aus dem BEW Programm des Bundes mit 19,27 Mio. EUR bzw. 40% des geplanten Projektvolumens gefördert.

Mit ihrem Betritt der BPJ in die BPE verpflichtet sich die BPJ zukünftige Erwerber von Grundstücken im Brainergy Park einem Anschlusszwang an das Energiesystem zu unterwerfen. Da sich das Energiesystem nur mit einer stabilen Zahl an Abnehmern technisch und wirtschaftlich sinnvoll betreiben lässt, ist der Anschlusszwang notwendige Voraussetzung für den Projekterfolg. Eine Anpassung der Grundstückskaufverträge erfolgte unmittelbar nach dem Beitritt der BPJ zur BPE.

Brainergy Park Jülich als Arealverantwortlicher

Der Brainergy Park Jülich ist als Standort konzipiert, der dauerhaft durch die Betreibergesellschaft gespielt und weiterentwickelt werden soll. Als Arealverantwortlicher kommen der Brainergy Park Jülich GmbH Aufgaben wie Community-Management (dauerhafte Vernetzung der Akteure vor Ort), parkinterne Mobilität und Parkraumbewirtschaftung sowie ggfs. Aufgaben aus dem Facility-Management zu.

Realisierung des Brainergy Hub

Als zentrales Innovations- und Gründerzentrum im Brainergy Park Jülich wird der Brainergy Hub einen Anlaufpunkt für die Brainergy Park Community, aber auch für externe Besucher darstellen. Er wird re-

präsentativer Leuchtturm sowie Informationspunkt des Parks sein und Aufenthaltsmöglichkeiten bieten, die sowohl zum Verweilen als auch zum Arbeiten, Präsentieren und Kommunizieren anregen. Die vorherrschende Atmosphäre wird sich durch ein Spannungsfeld von „kreativ-chaotischem“ Arbeiten in den Open-Space-Bereichen und fokussiert-organisierten Tätigkeiten in den Einzel- und Gruppenbüros auszeichnen.

Der Geschäftsführung ist es gelungen, statt einer 90 % Förderung (Eigenanteil 9,25 Mio.€) eine 100 % Förderung zum Bau des Brainergy Hub zu erreichen. Konkret wird im Projekt BuildBrain der Bau des Brainergy Hub mit einem bewilligten Gesamtvolumen von 67,5 Mio. € gefördert. Der Baubeginn ist für Dezember 2024 und die Fertigstellung für Q1 2027 terminiert.

In einem weiteren Projektteil mit einem Gesamtvolumen von 26,7 Mio. € sollen drei Technikumshallen, ein S1 Labor sowie ein Mobility HUB (Parkhaus) realisiert werden. Die Planunterlagen zu diesen Bauvorhaben liegen derzeit der Bezirksregierung zur Bewilligung vor. Eine Bewilligung ist für Dezember 2024 avisiert.

Die Zweckbindungsfrist des Projekts „BuildBrain“ läuft bis zum Jahr 2042. Dies bedeutet, dass der Brainergy Hub bis zum Ende der Zweckbindungsfrist im Eigentum der Brainergy Park Jülich GmbH verbleiben und als unrentierliches Gründerzentrum betrieben werden muss, da anderenfalls ein förderschädlicher Tatbestand erfüllt würde. Mit Ablauf der Zweckbindungsfrist könnten dann etwaige Immobilienbuchwerte zuzüglich möglicher stiller Reserven des Brainergy Hub zu Gunsten der Gesellschaft realisiert werden.

Unter dem Motto „Gründen. Arbeiten. Austauschen.“ entsteht im Brainergy Park neben dem Brainergy Hub auf ca. 2.000 m² das Startup Village

Brainergy Park Jülich als Vorzeigeprojekt des Strukturwandels

Dem Brainergy Park Jülich ist es gelungen, sich als das Vorzeigeprojekt des Strukturwandels im Rheinischen Revier zu profilieren. Dieser Status ist sicherlich für die Akquise zukünftiger Fördermittel, neuer Projekte und ansiedlungswilliger Unternehmen überaus förderlich. Gleichzeitig befördert dieser Status die Erwartungshaltung der relevanten Stakeholder an die Brainergy Park Jülich GmbH, die Aktivitäten der Gesellschaft in den Bereichen Kommunikation, Marketing und Events perspektivisch weiter zu forcieren.

Konkret nehmen die Anfragen nach Führungen und Präsentationen für Verbände, Besuchergruppen, Delegationsreisen etc. in den letzten Monaten rasant zu. Hier gilt es dauerhaft entsprechende personelle wie finanzielle Ressourcen bereitzustellen.

Der Brainergy Park Jülich wird zunehmend als Kooperationspartner für weitere Projekte angefragt. Der Standort Brainergy Park Jülich wird hierdurch weiter gestärkt und in relevanten Forschungs- und Wirtschaftsnetzwerken präsenter. Für diese Aktivitäten bedarf es aber der entsprechenden Ressourcen.

Risikobetrachtung der zukünftigen Entwicklung

Mit Beschluss vom 07.03.2018 hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft einstimmig beschlossen, den im Masterplan Brainergy Park Jülich aufgezeigten Entwicklungspfad, hin zu einer Flächenspezialisierung im Sinne des Brainergy Village und des Brainergy Hub, zu beschreiten. Dieser Entwicklungspfad ist gemäß letzter Schätzkostenermittlung mit Zusatzinvestitionen in einer Größenordnung von bis zu 96 Mio. € netto verbunden.

Hierauf aufbauend wurde im 2.Quartal 2023 im Aufsichtsrat der Gesellschaft eine Langfriststrategie vorgestellt, die eine langfristige Erweiterung des Brainergy Park Jülich in der Fläche als auch den dauerhaften Betrieb als innovativen Science- und Businessparks festlegt. Die hieraus resultierenden erheblichen Investitions- und Betriebskostenbedarfe sind über die Gesellschafterinnen abzubilden, wobei Höhe und Zeitpunkt der Investitions- und Betriebskostenbedarfe derzeit noch nicht final bekannt sind.

Wie dargelegt, konnten bis zum [Oktober 2024] wesentliche Umsetzungsschritte initiiert und Erfolge in der Fördermittelakquise verzeichnet werden. Mit dem im August 2020 in Kraft getretenen Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen und dem Wirtschafts- und Strukturprogramm für das Rheinische Zukunftsrevier sind erste und wesentliche Schritte erfolgt, die nunmehr durch ein Regelprogramm für das Rheinische Braunkohlerevier operationalisiert werden. Für den Brainergy HUB, das Startup Village und das Energiesystem konnten konkrete Förderprojekte gewonnen werden. Im Falle des Brainergy Hubs und der ergänzenden Projektteile Technikumshallen, S1-Labor und Mobility Hub konnte sogar eine Förderquote von 100 % erreicht werden. Im Falle des Startup Village beträgt die Förderquote 90 % und im Falle des Energiesystems beträgt die Förderquote 40 %. Neben den zu tragenden Eigenanteilen werden auf die Gesellschafterkommunen nicht förderfähige Anlauf- und Projektkosten zukommen, die der Höhe nach derzeit nicht final abschätzbar sind. Ob dieser Eigenanteil und die Projektkosten durch entsprechende Mehrerlöse aus Grundstücksverkäufen oder etwaige spätere Immobilienbuchwerte oder -erträge aufzufangen sein werden, ist derzeit nicht abschließend prognostizierbar.

Diesem Eigenanteil können aber indirekte Kompensationseffekte in Form gesicherter und neuer zukunftsfester Arbeitsplätze, direkte und indirekte Steuereinnahmen, Bevölkerungszugewinne und eine effektive und somit wirtschaftliche Infrastrukturauslastung der drei Kommunen entgegengestellt werden. Um diese Effekte zu plausibilisieren und zu quantifizieren wurde durch die Prognos AG die Studie „Regionalökonomische und fiskalische Effekte des Brainergy Park Jülich bis 2043“ erarbeitet.

Unter der Prämisse, dass der Brainergy Park Jülich gemäß dem Zielbild erweitert und betrieben wird, gehen gemäß dem Gutachten von Prognos vom Brainergy Park Jülich bis zum Jahr 2043 fiskalische Effekte (Gewerbe-/Umsatzsteuer, Einkommenssteuer, Grundsteuer B) in einer Größe von 390 Mio. € aus, von denen ca. 204 Mio. € auf die drei Gesellschafterkommunen und 97 Mio. € auf die anderen Kreiskommunen entfallen werden.

Die Studie kommt zu der Einschätzung, dass die wirtschaftliche Zielsetzung der Gesellschaft, unter Berücksichtigung der fiskalischen Sekundäreffekte eine „schwarze Null“ zu schreiben, bei Weiterentwicklung des Brainergy Park Jülich erreicht werden wird.

Des Weiteren wurden und werden mit dem Gründer- und Innovationszentrum Brainergy Hub, dem Startup Village und dem Energiesystem Strukturen gelegt, um zukünftige Gewerbeflächen hochpreisiger und somit rentierlicher veräußern zu können.

Stand [Oktober 2024] kann festgehalten werden, dass es dem Brainergy Park Jülich gelungen ist, die benötigten Fördermittel zur Erreichung der, im Masterplan von 2018 definierten Ziele, einzuwerben und in die konkrete Umsetzung der Maßnahmen zu starten. Sollte es im Projektverlauf zu Kostenüberschreitungen kommen, die nicht durch die vorhandenen Fördermittelbudgets gedeckt sind, könnten auf die Gesellschaft mitunter erhebliche Mehrausgaben zukommen.

Angesichts der in der Region Aachen am Markt durchsetzbaren Gewerbeflächenpreise kann es als sicher gelten, dass eine kostendeckende Entwicklung und Vermarktung der Gewerbeflächen nicht realisierbar sein werden.

Aus der archäologischen Begleitprospektion heraus haben sich seitens des LVR Amt für Bodendenkmalpflege Anregungen Forderungen nach weiteren großflächigen Flächenprospektionen ergeben, die es im Einzelfall abzuwägen gilt.

Die Verschneidung der Themen Gewerbeflächenentwicklung, Hochbau, Tiefbau, städtebauliche Masterplanung, Planung und Implementierung innovativer Energieversorgungs- und Speichersysteme und der Schaffung sowie Beförderung von günstigen Rahmenbedingungen für Gründungen und technologieaffine Unternehmen führt zu einer erheblichen Projektkomplexität, die, trotz der Implementierung eines detaillierten Projekts- und Schnittstellenmanagements, erhebliche Risiken für das Projekt Brainergy Park Jülich birgt.

Auch aus der aktuellen globalen Wirtschaftslage, die geprägt ist von hohen Energiepreisen, hohen Zinsen und stockenden Lieferketten ergeben sich Risiken für die Brainergy Park Jülich GmbH. Eine dauerhafte gesamtwirtschaftliche Eintrübung könnte zu einem Einbruch der Gewerbeflächennachfrage führen. Andererseits ist, trotz stagnierender Wirtschaft, derzeit weiterhin eine Nachfrage nach Flächen im Brainergy Park Jülich festzustellen, da viele Unternehmen die Krise als Chance zur Neuausrichtung und Unternehmensmodernisierung begreifen sowie entsprechende Standort- und Unternehmensverlagerungen diskutieren.

Etwaige Verluste aus der erfolgreichen Wirtschaftsförderungsmaßnahme Brainergy Park Jülich sind in den kommunalen Haushalten abzubilden oder über Betriebszuschüsse abzufangen. Diesen stehen erhebliche, durch das Gutachten von Prognos ermittelte zeitverzögerte Sekundäreffekte entgegen.

Der Brainergy Park Jülich hat mittlerweile eine erhebliche Projektkomplexität erreicht, aus der Risiken resultieren, die es zu managen gilt.

Mit steigender Anzahl an Strukturwandelprojekten in den deutschen Braunkohlerevieren wird sich der Konkurrenzkampf um Führungskräfte und Fachexperten so stark verschärfen, dass Mitarbeitersicherung und -entwicklung stark an Bedeutung gewinnen werden.

Die Wirtschaftsplanung der Gesellschaft kalkuliert für das Jahr 2024 ff. mit einem durchschnittlichen Zinsniveau von 5,5 %. Aufgrund des signifikanten Fremdkapitalbedarfs der Gesellschaft, führt das hohe Zinsniveau zu einem deutlich negativen Zinsergebnis und Betriebsergebnis. Die Kombination aus hohen Zinsbelastungen, nicht förderfähigen Projektkosten, und eines derzeit nicht förderfähigen Personalanteils der Gesellschaft bergen die Gefahr eines strukturellen Defizites der Gesellschaft. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, diskutieren Geschäftsführung und Aufsichtsratsvorsitzender in den monatlichen Jour-fixes Lösungsoptionen.

Die Gesellschaft ist derzeit bis zu einer Gesamthöhe von rund 38,32 Mio. € über einen Gesamtbürgschaftsrahmen in Höhe von 29,07 Mio. € zugunsten der Brainergy Park Jülich GmbH und Gesellschafterdarlehen finanziert. Stand Ende Oktober 2024 verfügt die Gesellschaft über eine freie Liquidität in eine Größenordnung von 5,8 Mio. €, die durch die Ausschöpfung eines Gesellschafterkreditrahmens bei der Stadt Jülich um weitere 2,25 Mio.€ aufgestockt werden können. Es ist unterjährig jedoch kritisch zu überwachen, ob dieser Liquiditätsrahmen ausreichend sein wird, um den Brainergy Park Jülich betreiben zu können, oder ob es zusätzlicher liquiditätsteigender Maßnahmen durch die Gesellschafter bedarf. Erweiterungen des Brainergy Park Jülich in der Fläche bedürfen zwingend der Liquiditätszuführung durch die Gesellschafterinnen. Mit dem Abverkauf von Gewerbeflächen wird der Gesellschaft jedoch kontinuierlich Liquidität zufließen.

Die Vermarktung von Gewerbegrundstücken unterliegt grundsätzlich zyklischen Schwankungen des Marktes, dessen Entwicklung nicht zuverlässig prognostiziert werden kann.

Mit dem neuen Förderprogramm „Nachhaltige Wirtschaftsflächen im Rheinischen Revier“ scheint ein geeignetes Förderinstrument aufgelegt worden zu sein, um das erfolgreiche Konzept des Brainergy Park Jülich weiter in die Fläche auszurollen. Sollte dieses Programm jedoch aufgrund der final noch nicht definierten Förderbedingungen nicht gangbar sein, sind alternative Förder- und Finanzierungswege für weitere Flächenentwicklungen zu eruieren.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung

Geschäftsführung:	Frank Drewes	Aachen
	Prof. Dr.-Ing. Bernhard Hoffschmidt	Bergisch Gladbach

Aufsichtsrat:	Stadt Jülich	6 Stimmen
	Gemeinde Titz	3 Stimmen
	Gemeinde Niederzier	3 Stimmen
	Kreis Düren	1 Stimme

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
	Beauftragter des Landes		
Aßhoff, Ferdinand	NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	23.03.2021	08.11.2024

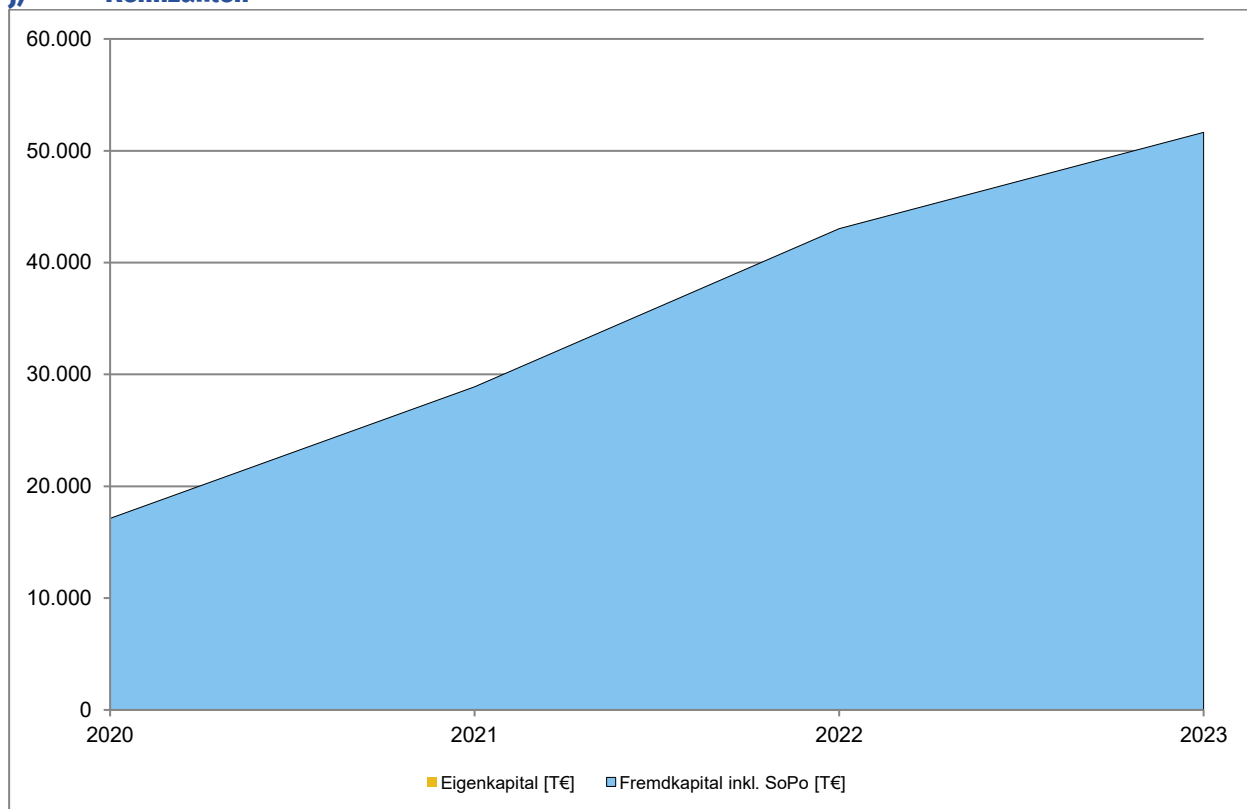
Gesellschafterversammlung:

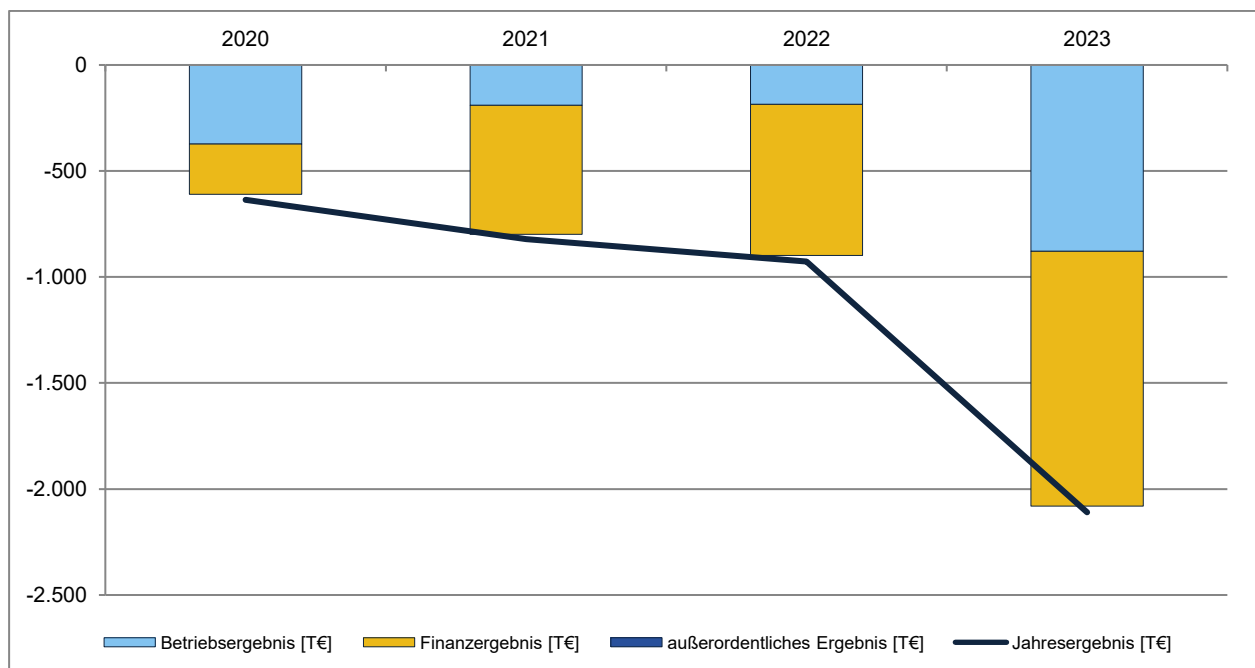
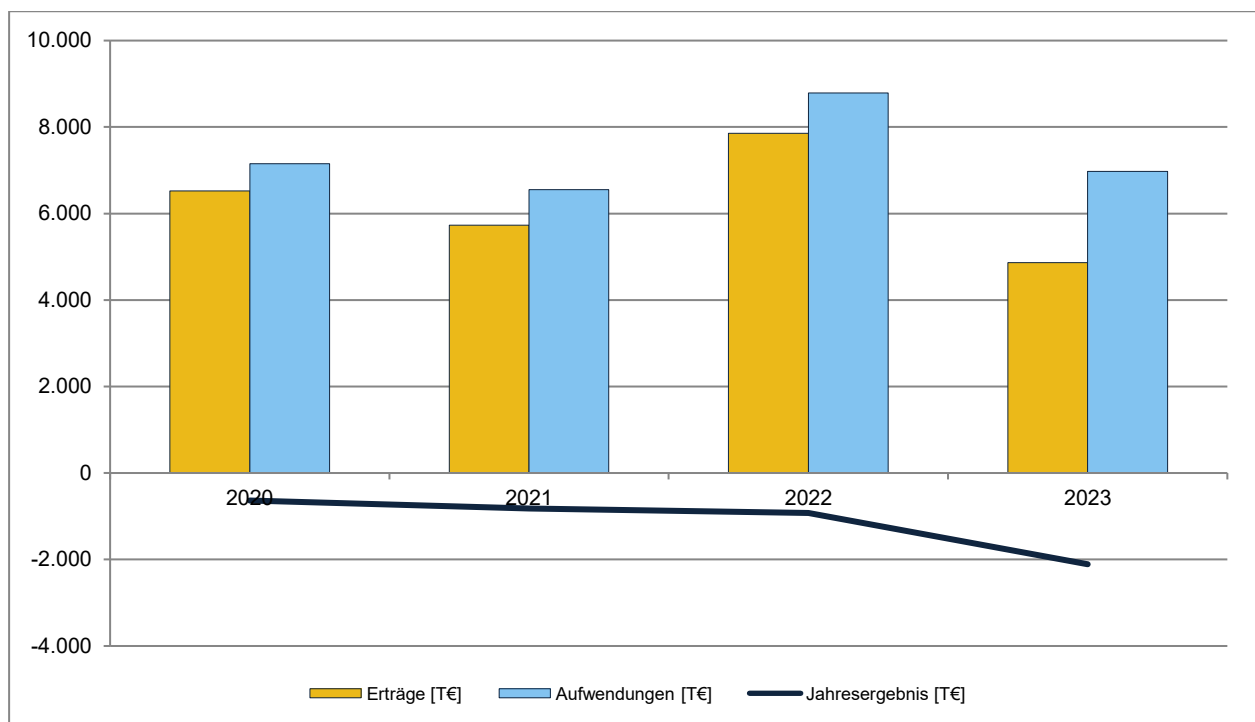
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
	Beauftragter des Landes		
Aßhoff, Ferdinand	NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	23.03.2021	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	Ek~0	Ek~0	Ek~0	
Eigenkapitalrentabilität	Ek~0	Ek~0	Ek~0	
Anlagendeckungsgrad 2	Ek~0	Ek~0	Ek~0	
Verschuldungsgrad	Ek~0	Ek~0	Ek~0	
Umsatzrentabilität	-79,27%	-4,86%	-32,73%	-60,08%

4 Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR (CVUA)



Winterstraße 19
50354 Hürth
Telefon 0241-5102120
Telefax 0241-505296
E-Mail: poststelle@cvua-rheinland.de
Homepage: www.cvua-rheinland.de

a) Gegenstand der Anstalt

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an der Anstalt

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Trägerstruktur

Träger	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	17,5	5,83
Land NRW	90,0	30,0
Stadt Aachen	17,5	5,83
Stadt Bonn	17,5	5,83
Stadt Köln	17,5	5,83
Stadt Leverkusen	17,5	5,83
StädteRegion Aachen	17,5	5,83
Kreis Heinsberg	17,5	5,83
Kreis Euskirchen	17,5	5,83
Oberbergischer Kreis	17,5	5,83
Rheinisch-Bergischer Kreis	17,5	5,83
Rhein-Erft Kreis	17,5	5,83
Rhein-Sieg Kreis	17,5	5,83
Stammkapital	300	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Das Chemische- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR erhebt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten von dem Land NRW und den kommunalen Trägern Entgelte, soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind. Im Haushaltsjahr 2023 belief sich das vom Kreis Düren aufzubringende Entgelt auf 592 T€.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	28.514,23 €	22.594,01 €	11.683,55 €	-10.910,46 €	-48,29%
II. Sachanlagen	17.835.332,45 €	17.033.837,03 €	16.288.024,32 €	-745.812,71 €	-4,38%
III. Finanzanlagen	416.053,78 €	4.200.227,78 €	5.626.283,78 €	1.426.056,00 €	33,95%
B. Umlaufvermögen				0,00 €	
I. Vorräte	73.051,00 €	56.478,93 €	57.812,75 €	1.333,82 €	2,36%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	12.656.647,13 €	11.256.682,96 €	11.205.265,90 €	-51.417,06 €	-0,46%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstitute	3.734.483,72 €	3.389.134,80 €	3.888.841,20 €	499.706,40 €	14,74%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	67.830,15 €	66.061,11 €	69.234,11 €	3.173,00 €	4,80%
Summe Aktiva	34.811.912,46 €	36.025.016,62 €	37.147.145,61 €	1.122.128,99 €	3,11%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklagen	2.444.748,76 €	3.250.749,58 €	4.098.005,80 €	847.256,22 €	26,06%
III. Jahresergebnis	0,00 €	91.451,25 €	519.547,71 €	428.096,46 €	468,11%
B. Rückstellungen	22.090.443,20 €	23.380.887,49 €	23.815.949,87 €	435.062,38 €	1,86%
C. Verbindlichkeiten	9.755.115,70 €	9.001.928,30 €	8.324.036,26 €	-677.892,04 €	-7,53%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	221.604,80 €	0,00 €	89.605,97 €	89.605,97 €	
Summe Passiva	34.811.912,46 €	36.025.016,62 €	37.147.145,61 €	1.122.128,99 €	3,11%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	10.618.134,44 €	11.210.753,16 €	11.393.065,92 €	182.312,76 €	1,63%
2. sonstige betriebliche Erträge	354.065,19 €	531.883,50 €	437.759,96 €	-94.123,54 €	-17,70%
3. Materialaufwand	1.755.953,58 €	1.848.688,67 €	1.852.752,71 €	4.064,04 €	0,22%
4. Personalaufwand	5.684.777,06 €	6.279.340,62 €	6.130.078,09 €	-149.262,53 €	-2,38%
5. Abschreibungen	1.266.426,56 €	1.251.806,34 €	1.262.499,88 €	10.693,54 €	0,85%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	996.806,50 €	1.109.399,76 €	1.092.791,12 €	-16.608,64 €	-1,50%
Betriebsergebnis	1.268.235,93 €	1.253.401,27 €	1.492.704,08 €	239.302,81 €	19,09%
8. sonstige Zinsen und u. ähnliche Erträge	909.203,00 €	469.743,00 €	348.103,13 €	-121.639,87 €	-25,89%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.979.728,33 €	824.369,67 €	564.132,00 €	-260.237,67 €	-31,57%
Finanzergebnis	-1.070.525,33 €	-354.626,67 €	-216.028,87 €	138.597,80 €	-39,08%
				0,00 €	
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	197.710,60 €	898.774,60 €	1.276.675,21 €	377.900,61 €	42,05%
10. sonstige Steuern	1.322,53 €	1.322,53 €	1.322,53 €	0,00 €	0,00%
Jahresergebnis	196.388,07 €	897.452,07 €	1.275.352,68 €	377.900,61 €	42,11%
12. Einstellung in die zweckgebundene Investitionsrücklage	196.388,07 €	806.000,82 €	755.804,97 €	-50.195,85 €	-6,23%
Bilanzergebnis	0,00 €	91.451,25 €	519.547,71 €	428.096,46 €	468,11%

g) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet. Sitz der Anstalt ist Hürth.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein-Westfalen sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

1.1 Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Gemäß der Neunten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 23. November 2021 wurde die Schwerpunktbildung aus dem Jahr 2017 mit in Kraft treten zum 1. Januar 2022 fortgeschrieben. Das CVUA Rheinland ist nunmehr Kompetenzzentrum für Erzeugnisse der Weinwirtschaft und Spirituosen, Schokolade, Kakao, Kaffee, Würzmittel, Gewürze, Getreide, Getreideprodukte, Backvormischungen, Brote, Kleingebäck und Kosmetische Mittel. Weiterhin Schwerpunktlabor für MCPD und -Ester, Glycidol und -Ester, Mykotoxine, Nitrosamine in Kosmetika und mikrobiologische Untersuchungen in Kosmetika.

1.2 Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Vorstandsvorsitz:	Dagmar Pauly-Mundegar
Vorstandsmitglied:	Rainer Lankes

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

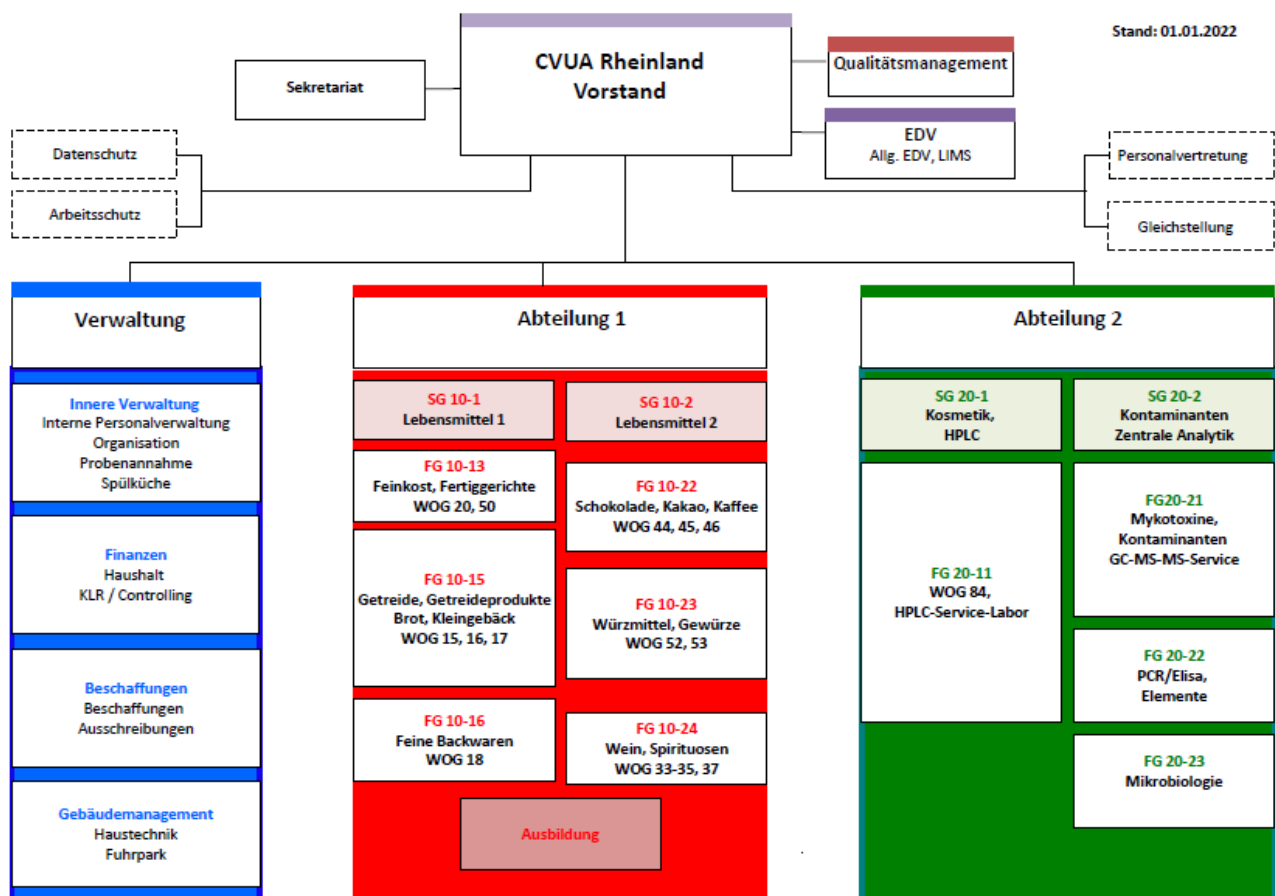
Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation am Standort Hürth ist dem nachfolgenden Organigramm zu entnehmen.



(Die Zahlen hinter „WOG“ bezeichnen die Warenobergruppen)

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- €, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- € eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- €.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VKA. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Im Berichtsjahr schieden insgesamt 6 Mitarbeitende aus. Vier Mitarbeitende durch Verrentung bzw. Pension und zwei durch Eigenkündigung. Alle Stellen wurden nachbesetzt, vier durch interne Umsetzung, eine durch Entfristung eines befristet eingestellten Mitarbeiters. Die durch interne Umsetzung freigewordenen Stellen konnten bis auf eine bereits wieder nachbesetzt werden.

2.2.2 Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Für das Berichtsjahr 2023 wird wieder ein gemeinsamer Jahresbericht der fünf CVUÄ in NRW erstellt. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2023 wurden insgesamt 14.472 (Vorjahr: 13.984) amtliche Proben zur Untersuchung und Beurteilung eingereicht. Zusätzliche 520 (Vorjahr: 2.843) Proben wurden im Rahmen der Untersuchungsschwerpunkte nur analytisch bearbeitet.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2023, der vom Verwaltungsrat am 13. Dezember 2022 beschlossen wurde, sah Einnahmen in Höhe von 1.357.536 € und Ausgaben in Höhe von 1.303.333 € im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 620 T€ für allgemeine Investitionen. Ausgewiesen war ein Jahresüberschuss von 17 T€.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss von 1.275 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betrugen gemäß der vom Verwaltungsrat am 23. Juni 2021 beschlossenen Entgeltordnung 11.367 T€ (Vj.: 11.186 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 340 T€ (Vj.: 329 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 18 T€ (Vj.: 46 T€) vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 6.130 T€ (Vj.: 6.279 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den Umsatzerlösen betrug ca. 54 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.404 T€ berücksichtigt.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 149 T€ gesunken. Dies ist auf die geringeren Zuführungen zu sonstigen Pensions- und Beihilferückstellungen (+ 204 T€) zurückzuführen. Insgesamt liegen die Personalausgaben rund 274 T€ unter dem Planansatz für 2023.

Große Aufwandsposten bleiben die Materialkosten mit 444 T€ (Vj.: 452 T€) und die Energie- und Wasserkosten mit 296 T€ (Vj.: 351 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 161 T€ (Vj.: 159 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 41 T€ (Vj.: 42 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von 323 T€ (Vj.: 315 T€), für Versicherungen in Höhe von 31 T€ (Vj.: 29 T€), für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 17 T€ (Vj.: 16 T€) und für den Proben-transport 36 T€ (Vj.: 34 T€).

Die Abschreibungen betrugen im Berichtsjahr 1.262 T€ (Vj.: 1.252 T€).

Der im Wirtschaftsplan 2023 ausgewiesene Gewinn von 17 T€ wurde mit einem Jahresüberschuss von 1.275 T€ erheblich überschritten. Dies ist auf, gegenüber der Planung, besseren Ergebnissen in vielen Bereichen, insbesondere aber auf ein besseres Finanzergebnis (- 606 T€), der Auflösung von Rückstellungen für Altersteilzeit (73 T€), geringeren Aufwendungen für Personal (- 273 T€) und insgesamt Wenigerausgaben bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (169 T€), zurückzuführen. Die Zinsbelastungen für die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen bewegen sich dennoch weiterhin auf hohem Niveau.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2022	31.12.2023
Bilanzsumme	36.025.016,62	37.147.145,61
Anlagevermögen	21.256.658,82	21.925.991,65
Vorratsvermögen	56.478,93	57.812,75
Stammkapital	300.000,00	300.000,00
Eigenkapital	3.642.200,83	4.916.238,31
Eigenkapitalquote	10,1 %	13,24 %
Rückstellungen	23.380.887,49	23.815.949,87
Liquide Mittel	3.389.134,80	3.888.841,20
Verbindlichkeiten	9.001.928,30	8.324.036,26
davon Bankschulden	8.887.499,82	8.204.166,46

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 36.025 T€ auf 37.147 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Anlage in festverzinsliche Wertpapiere. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Pensionsrückstellungen und einer Verringerung der Verbindlichkeiten.

Im Geschäftsjahr wurden 1.933 T€ investiert, davon 1.426 T€ in Finanzanlagen (KVR-Fonds) und 507 T€ in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 23.816 T€ (Vj.: 23.381 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von

23.263 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 11.183 T€ (Vj.: 11.248 T€).

3. Prognosebericht

3.1 Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt und, bedingt durch die Umstellung der Akkreditierung auf die neue DIN EN ISO/IEC 17025:2018, im Jahr 2019 vollständig überarbeitet. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

3.1.1 Schwerpunktbildung NRW

Die zum 1. Januar 2022 umgesetzte Anpassung der Schwerpunktbildung aufgrund des Beitritts der Kooperation Düsseldorf/Mettmann zum CVUA-RRW hat sich mittlerweile eingespielt. Weitere Änderungen in der Aufgabenzuordnung sind derzeit nicht zu erwarten.

3.1.2 Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkKS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Im August 2022 fand tournusmäßig eine Wiederholungsbegutachtung und Erweiterung der Akkreditierung aufgrund der durch die Schwerpunktbildung 2.0 geänderten Untersuchungsmethoden statt. Die festgestellten, nicht kritischen, Abweichungen konnten fristgerecht behoben werden. Die neue Akkreditierungsurkunde wurde uns am 03.08.2023 ausgestellt. Die nächste Überwachungsbegutachtung fand im Februar und März 2024 statt.

3.1.3 Einführung von neuen Strukturen zur Übermittlung von berichtspflichtigen Daten

Auf der Grundlage der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über den Austausch von Daten im Bereich der Lebensmittelsicherheit und des Verbraucherschutzes (AVVData) sind sowohl im

Laborinformationsmanagementsystem (LIMS) als auch in der Software zur Probenplanung (RioPPLM) umfangreiche Anpassungen aufgrund der neuen Kodierkataloge sowie zur Anpassung der Probenlenkung erforderlich. Die Einführung beider Systeme in Nordrhein-Westfalen erfolgte mit dem Jahreswechsel 2023/2024. Trotz intensiver Vorarbeiten sind im laufenden Betrieb weitere Anpassungen erforderlich, die erhebliche Ressourcen binden.

3.1.4 § 2b Umsatzsteuergesetz

Die Übergangsfrist für die weitere Anwendung des § 2 Abs. 3 UStG a.F. („Optionserklärung“) wurde bis zum 31.12.2024 verlängert. Es ist derzeit nicht ersichtlich, dass das CVUA Rheinland für seine Leistungen Umsatzsteuer erheben muss. Allerdings ist für einige derzeit steuerfrei erhaltene Leistungen (z. B. Personalbetreuungsvertrag) zukünftig Umsatzsteuer zu zahlen.

3.2 Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2024, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 6. Dezember 2023 verabschiedet wurde, weist einen Verlust von rd. 222 T€ aus. Es wurden Einnahmen in Höhe von 1.357.536 € und Ausgaben in Höhe von 1.303.333 € im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 420 T€ beschlossen.

Darüber hinaus wurde in der Verwaltungsratsitzung am 21.06.2023 die stufenweise Erhöhung der Entgelte für die Jahre 2025 und 2026 beschlossen. Diese wurden wie folgt festgesetzt:

2025: 2,27 €/Einwohner

2026: 2,31 €/Einwohner

Im Jahr 2026 soll der Entgeltbeirat erneut über die weitere Entwicklung der Entgelte beraten.

Bei den Personalkosten besteht durch den bis 31.12.2024 gültigen Tarifvertrag für die angestellten Mitarbeitenden sowie bis zum 31.12.2025 für die Beamtinnen und Beamten vorerst Planungssicherheit.

Die Stromlieferleistung wurde für den Zeitraum ab 2022 erneut europaweit ausgeschrieben. Es wurde ein Vertrag mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2024 abgeschlossen. Die Stromlieferleistung konnte im Dezember 2023 zu günstigen Konditionen bis zum 31.12.2026 erweitert werden, so dass bei einer erheblichen Kostenposition langfristig Sicherheit geschaffen werden konnte.

4. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung

Vorstand:	Pauly-Mundegar, Dagmar (Vorsitzende)		
	Lankes, Rainer		
Verwaltungsrat:	Land NRW	2 Sitze	30,00%
	Stadt Aachen	1 Sitz	5,83%
	Stadt Bonn	1 Sitz	5,83%
	Stadt Köln	1 Sitz	5,83%
	Stadt Leverkusen	1 Sitz	5,83%
	Städteregion Aachen	1 Sitz	5,83%
	Kreis Düren	1 Sitz	5,83%
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	5,83%
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	5,83%
	Oberbergischer Kreis	1 Sitz	5,83%
	Rheinisch-Bergischer Kreis	1 Sitz	5,83%
	Rhein-Erft-Kreis	1 Sitz	5,83%
	Rhein-Sieg-Kreis	1 Sitz	5,83%

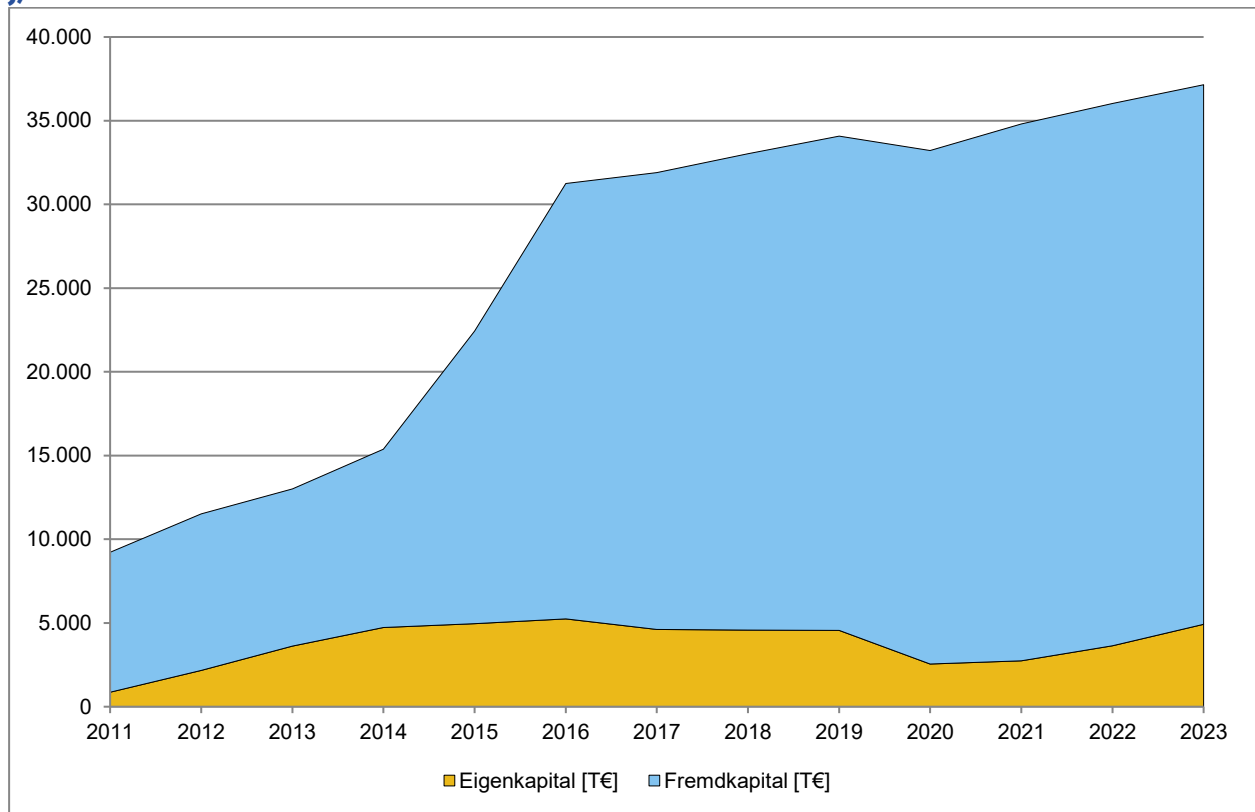
Vertretung des Kreises Düren

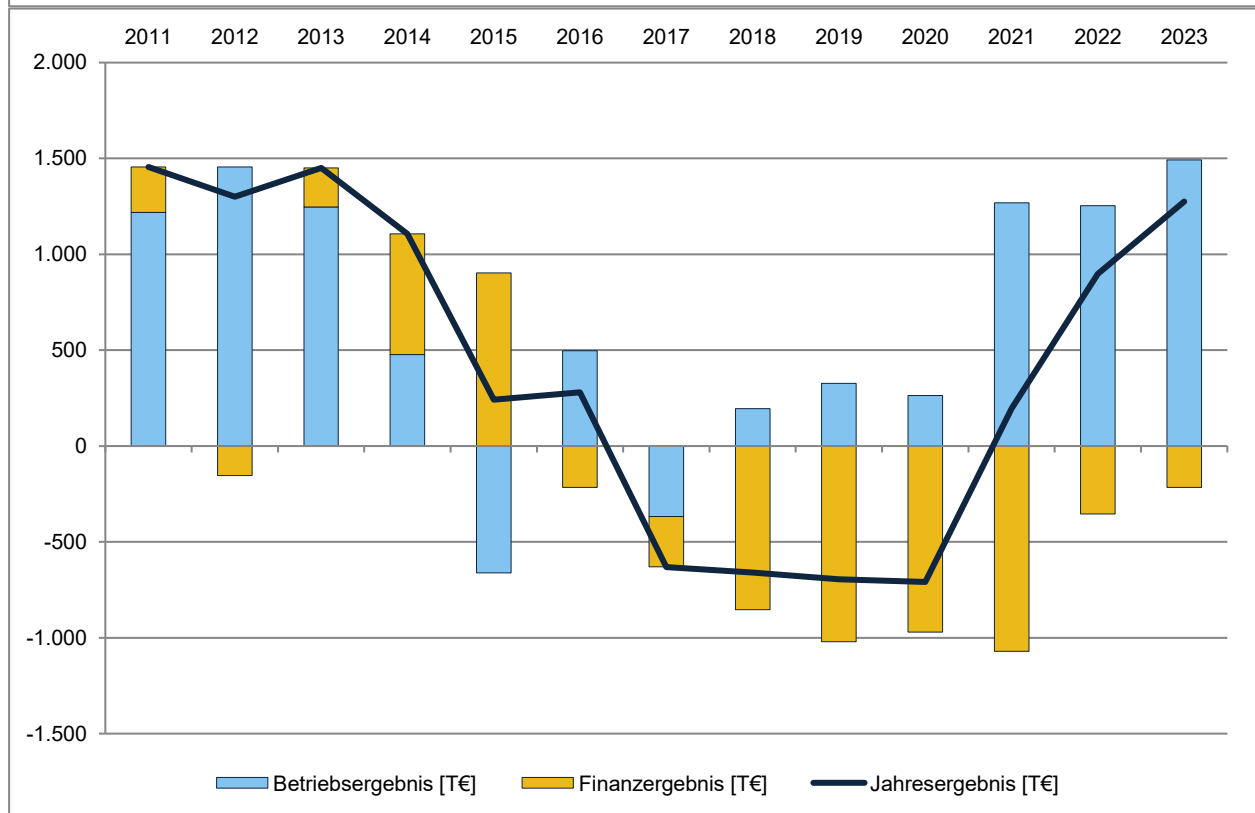
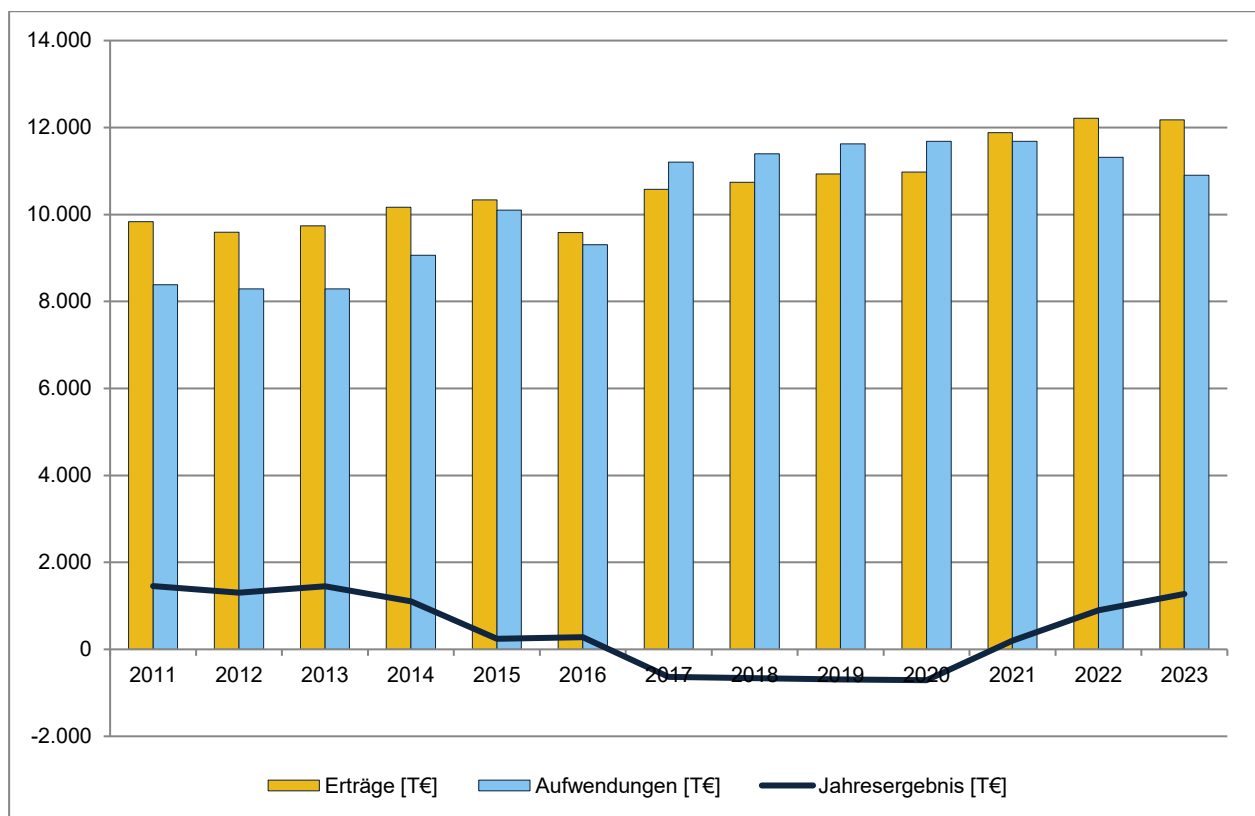
Verwaltungsrat:			
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	02.12.2014	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 84 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Anstalt tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	7,88%	10,11%	13,24%	2,23%
Eigenkapitalrentabilität	7,16%	24,64%	25,93%	17,49%
Anlagendeckungsgrad 2	63,63%	55,73%	56,73%	-7,90%
Verschuldungsgrad	1160,24%	889,10%	653,58%	-271,14%
Umsatzrentabilität	11,94%	11,18%	13,10%	-0,76%

5 Dürener Deponiegesellschaft mbH (DDG)

Pfarrer Pleus Str. 46
52393 Hürtgenwald
Telefon: 02429/9494-0
Telefax: 02429/9494-25
E-Mail: info@ddg-mbh.de
Homepage: www.ddg-mbh.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung von Aufgaben der Abfallentsorgung, die der Kreis Düren auf die Gesellschaft übertragen hat oder übertragen wird oder die mit Zustimmung des Kreises Düren von dritten Auftraggebern auf die Gesellschaft übertragen werden.

Der eingeschränkte Betrieb der Deponie seit dem 01.01.2005 führt zu einem Wegfall der wesentlichen Aufgaben der DDG. Zudem hat der Kreis Düren wesentliche Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft ab dem 01.01.2005 auf den Zweckverband Entsorgungsregion (ZEW) West übertragen. Die Gesellschaft hat seit dem 01.01.2005 ihre Schwerpunkte auf die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Horm verlagert.

Seit 2018 betreibt die Gesellschaft eine "Deponie auf Deponie" für Inertabfälle.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	251	25,1
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	749	74,9
Stammkapital	1.000	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2023 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen vorhanden.

e) **Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	8.801.857,10 €	11.144.243,25 €	9.978.058,57 €	-1.166.184,68 €	-10,46%
II. Finanzanlagen	21.692.450,47 €	26.665.165,55 €	9.844.861,07 €	-16.820.304,48 €	-63,08%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.000,00 €	1.000,00 €	0,00 €	-1.000,00 €	-100,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.584.888,12 €	2.035.209,34 €	1.982.948,59 €	-52.260,75 €	-2,57%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	8.607.007,48 €	6.032.493,92 €	27.153.982,97 €	21.121.489,05 €	350,13%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	34.930,79 €	26.575,00 €	22.350,00 €	-4.225,00 €	-15,90%
Summe Aktiva	40.722.133,96 €	45.904.687,06 €	48.982.201,20 €	3.077.514,14 €	6,70%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	1.967.989,86 €	1.967.989,86 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklage	4.471.176,33 €	4.783.586,60 €	5.103.939,76 €	320.353,16 €	6,70%
III. Jahresergebnis	397.328,89 €	446.032,18 €	276.448,04 €	-169.584,14 €	-38,02%
B. Rückstellungen	3.734.637,83 €	8.754.776,74 €	7.138.232,49 €	-1.616.544,25 €	-18,46%
C. Verbindlichkeiten	25.118.990,91 €	28.952.301,68 €	33.495.591,05 €	4.543.289,37 €	15,69%
Summe Passiva	34.722.133,96 €	45.904.687,06 €	48.982.201,20 €	3.077.514,14 €	6,70%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	5.289.962,34 €	6.227.211,45 €	6.868.360,75 €	641.149,30 €	10,30%
2. sonstige betriebliche Erträge	1.586.746,50 €	2.359.112,38 €	1.872.908,06 €	-486.204,32 €	-20,61%
3. Materialaufwand	3.245.162,77 €	4.608.569,03 €	5.055.144,75 €	446.575,72 €	9,69%
4. Personalaufwand	488.485,06 €	433.477,75 €	530.327,01 €	96.849,26 €	22,34%
5. Abschreibungen	1.152.091,33 €	1.371.124,97 €	1.535.784,46 €	164.659,49 €	12,01%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.541.562,75 €	1.465.618,20 €	1.816.007,43 €	350.389,23 €	23,91%
Betriebsergebnis	449.406,93 €	707.533,88 €	-195.994,84 €	-903.528,72 €	-127,70%
7. Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	40.000,00 €	230.000,00 €	190.000,00 €	475,00%
8. Erträge aus sonstigen Ausleihungen	308.165,34 €	330.466,97 €	156.047,63 €	-174.419,34 €	-52,78%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	8,30 €	46,87 €	342.737,68 €	342.690,81 €	731151,72%
10. Abschreibung auf Finanzanlagen	0,00 €	163.655,72 €	0,00 €	-163.655,72 €	-100,00%
11. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	127.332,08 €	217.061,73 €	156.639,97 €	-60.421,76 €	-27,84%
Finanzergebnis	180.841,56 €	-10.203,61 €	572.145,34 €	582.348,95 €	-5707,28%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	630.248,49 €	697.330,27 €	376.150,50 €	-321.179,77 €	-46,06%
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	213.169,70 €	231.548,19 €	79.952,56 €	-151.595,63 €	-65,47%
13. Sonstige Steuern	19.749,90 €	19.749,90 €	19.749,90 €	0,00 €	0,00%
Jahresergebnis	397.328,89 €	446.032,18 €	276.448,04 €	-169.584,14 €	-38,02%

g) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Dürener Deponiegesellschaft mbH führt im Kreis Düren Aufgaben der Abfallentsorgung aus. Hierzu hat der Kreis Düren als entsorgungspflichtige Körperschaft der DDG auf Basis einer Rahmenvereinbarung vom 30. September 1994 und dazugehörigen Einzelverträgen Aufgaben der Abfallentsorgung übertragen:

- Einrichtung, Betrieb, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Horm
- Rekultivierung und Nachsorge der Deponien Inden und Stetternich

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gemäß dem Statistischen Bundesamt ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 0,3 Prozent geschrumpft. Der Rückgang des Bruttoinlandproduktes ist auf die steigenden Zinsen und Energiepreise, die schwache globale Nachfrage und die hohe Inflation zurückzuführen.

ren. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung wird für das Jahr 2024 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes i. H. v. 0,6 Prozent prognostiziert.

Die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs zeigten bislang keinen durchgreifenden Effekt für die Ertragssituation der Dürener Deponiegesellschaft mbH, allerdings muss für 2024 mit einer Verschlechterung der Ertragssituation durch den zu erwartenden Einbruch in der Baukonjunktur gerechnet werden.

Die Dürener Deponiegesellschaft mbH bewegt sich als Betreiber einer DK I - Deponie im Raum Stadt und Kreis Aachen, Kreise Düren, Heinsberg, Erftkreis, Rhein-Kreis Neuss und angrenzenden Gebieten. Der Wettbewerb in dieser Region findet statt zwischen den vorhandenen bzw. in der baulichen Erweiterung befindlichen weiteren Deponien der DK I. Bezogen auf überregionale Anlieferungen sind hier vor allem die neuen Genehmigungen zur Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch der AGR (DKI, II und III um insgesamt 4,6 Mio. cbm) sowie zur Erweiterung der dreiteiligen Deponie Vereinigte Ville (DKI RWE Power, DK II AVG Köln und DK III Remondis) um insgesamt 29 Mio. cbm zu nennen.

2. Geschäftsverlauf

Im Dezember 2010 erhielt die DDG von der Bezirksregierung Köln die endgültige Genehmigung zur Durchführung von Stilllegungsmaßnahmen auf der Deponie Horm.

Das von der Bezirksregierung Köln in diesem Rahmen geforderte Grund- und Sickerwassermonitoring wurde auch in 2023 weitergeführt. Die Grundwasserstände, die Grundwasserbeschaffenheit und die Beschaffenheit der Mischwässer im zentralen Pumpenschacht und des in 2013 angelegten Förderbrunnens WS 0005 werden der Bezirksregierung in regelmäßigen Abständen gemeldet.

Der abwechselnde Betrieb der beiden Gasmotoren im BHKW wird weiterhin mit einer Mischung von Erdgas und Deponiegas fortgeführt.

Im Dezember 2014 wurde ein Genehmigungsantrag bei der Bezirksregierung Köln zur Errichtung einer „Deponie auf Deponie“ innerhalb der bestehenden Planfeststellungsgrenzen eingereicht. Dem Antrag wurde mit Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln vom 19.01.2018 zugestimmt.

Aufgrund des Verfüllfortschrittes des in 2018/2019 errichteten ersten Betriebsabschnittes wurde der Bau des zweiten Betriebsabschnittes mit einer Fläche von ca. 55.000 qm im Frühjahr 2023 abgeschlossen. Beide Abschnitte befinden sich in der Verfüllungsphase.

3. Lage

a) Ertragslage

Die DDG erzielt ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen aus dem Betrieb des mit Planfeststellungsbeschluss vom 19. Januar 2018 genehmigten Deponieabschnittes „Deponie auf Deponie“.

Mit der Inbetriebnahme des ersten Betriebsabschnittes der „Deponie auf Deponie“ im Dezember 2018 erfolgt wieder eine Entsorgung mineralischer Abfälle der Deponieklasse I (DK I). Im Herbst 2022 wurde im größtenteils fertiggestellten zweiten Betriebsabschnitt mit der Verfüllung begonnen. Die Arbeiten wurden im Frühjahr 2023 vollständig abgeschlossen. Damit verbunden ist die vom Verfüllvolumen abhängige Abschreibung der Vorlaufkosten sowie der Einrichtungskosten dieser Abschnitte einschließlich der 2018 neu errichteten Nebenanlagen, außerdem die Berücksichtigung der zugehörigen Finanzierungskosten.

Die Aufwendungen aus der Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Horm werden durch den Verbrauch der hierfür gebildeten Rückstellungen gedeckt. Gleiches galt auch für die Nachsorge der Deponie Inden, wobei die Rückstellungen hierfür im Jahr 2015 aufgebraucht waren. Die über die gebildeten Rückstellungen hinausgehenden Aufwendungen werden aufgrund der vertraglichen Regelungen durch den Kreis Düren getragen. Im Geschäftsjahr 2023 resultieren hieraus Umsatzerlöse von TEUR 20.

Die Kosten des Betriebes werden seit dem 01. Januar 2017 gemäß Dienstleistungsvertrag zwischen der DDG und der EGN vom 21./28. Dezember 2016 abgerechnet.

Die folgende Tabelle stellt die Abfallmengen und die zugehörigen Umsätze für 2023 und 2022 dar:

	2023		2022	
	Menge t	Umsatz TEUR	Menge t	Umsatz TEUR
Inertabfälle	395.455	10.203	425.917	9.166

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR 333 (Vorjahr: TEUR 275). Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von TEUR 572 (Vorjahr: TEUR -10), dem neutralen Ergebnis von TEUR -549 (Vorjahr: TEUR 413) und dem Steueraufwand in Höhe von TEUR -80 (Vorjahr: TEUR -232) erzielt die Gesellschaft in 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 276 (Vorjahr: TEUR 446).

b) Finanzlage

Die DDG ist der Verpflichtung nachgekommen, während der Verfüllungszeit der Deponie Horm Mittel für die Rekultivierung und Nachsorge anzusammeln. Die Ansammlung von Mitteln und die Bildung von Rückstellungen bis Ende 2004 erfolgte entsprechend dem Beschluss des Kreistages aus 2002 im Umfang von ursprünglich 32 Mio. EUR. Zum Bilanzstichtag werden diese Alt-Rückstellungen für den Altbereich, unter Berücksichtigung des Verbrauchs in 2023 und Vorjahren, mit TEUR 5.843 ausgewiesen. Entsprechend dem Gutachten vom 19. Juli 2011 zur Kostenermittlung für einen Nachsorgezeitraum bis zum Jahr 2041 werden diese Rückstellungen voraussichtlich nicht ausreichen, um alle künftigen Aufwendungen für Nachsorge und Rekultivierung zu decken. Die über die gebildeten Rückstellungen für den Altbereich hinausgehenden Aufwendungen sind aufgrund der vertraglichen Regelungen durch den Kreis Düren zu tragen.

Die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel zeigt folgende Übersicht:

Liquide Mittel am Jahresanfang	TEUR	6.032
Mittelzufluss/-abfluss aus		
Geschäftstätigkeit	TEUR	+ 6.286
Investitionstätigkeit	TEUR	- 7.257
Finanzierungstätigkeit	TEUR	- 1.532
Liquide Mittel am Jahresende	TEUR	3.529

In der nachfolgenden Übersicht sollen die in der Gesellschaft vorhandenen Bestände für Rekultivierung und Nachsorge noch einmal nachrichtlich zusammengefasst werden:

	<u>Stand zum 31.12.2023</u>
1. Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge Deponie Horm (Altbereich)	TEUR 5.843
2. a) Sonst. Verbindlichkeiten der DDG gegenüber dem Kreis Düren	TEUR 23.781
b) Finanzverbindlichkeiten der DDG gegenüber dem Kreis Düren	TEUR 9.275
3. Gewinnrücklagen der DDG, die zweckgebunden für Rekultivierung und Nachsorge eingesetzt werden sollen	TEUR 5.104
4. Gesellschaftereinlage des Kreis Düren in die Kapitalrücklage, die zweckgebunden für Rekultivierung und Nachsorge eingesetzt werden soll	TEUR 1.968
Altbereich der Deponie (Kreis Düren zugeordnet)	TEUR 45.971
5. Rückstellung für Nachsorge der Erweiterung „Deponie auf Deponie“ (DDG zugeordnet)	TEUR 426
GESAMT	<u>TEUR 46.397</u>

Neben der Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge des Altbereiches (Punkt 1) wird eine weitere Rückstellung für die Nachsorge der Erweiterung der „Deponie auf Deponie“ in Höhe von TEUR 426 ausgewiesen (Punkt 5). Sie wird getrennt dargestellt, da sie künftigen Verpflichtungen der DDG zuzuordnen ist und nicht dem Kreis Düren.

Für die aus der Nachsorge des neuen Deponieabschnittes entstehenden zusätzlichen Aufwendungen wurde eine Betrachtung über einen Zeitraum von 30 Jahren als Ergänzung des vorgenannten Gutachtens vom 19. Juli 2011 erstellt und bei der Rückstellungsbildung berücksichtigt. Dieser Betrag wurde in 2020 um die nach Abschluss des Betriebs erforderlichen Baukosten zur Aufstockung von vier Schächten des neuen Deponieabschnittes im Zuge der Rekultivierung ergänzt.

Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2023 jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen.

c) Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt TEUR 3.078 erhöht. Die Anlagendeckung beträgt 42,11 % (Vorjahr: 21,68 %). Die Eigenkapitalquote beträgt 17,04 % (Vorjahr: 17,86 %).

III. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Unternehmenssteuerung nutzen wir die monatlichen Controlling-Berichte, in denen die Plan-/Ist-Abweichungen der Kennzahlen Außenumsatz, Materialaufwand, Rohertrag, betrieblicher Cash-Flow und Earnings before Interest and Taxes (EBIT) betrachtet werden.

	Ist 2023	Plan 2023	Abweichung in %	Ist 2022
Außenumsatz in TEUR	10.203	5.444	+ 87,42	9.165
Materialaufwand in TEUR	4.238	1.864	+ 127,41	3.839
Rohertrag in TEUR	6.150	3.635	+ 69,17	5.581
EBIT in TEUR	4.059	1.947	+ 208,48	3.727

Das EBIT von TEUR 4.059 enthält das Ergebnis der Nachkalkulation für das Jahr 2023 in Höhe von TEUR 3.672, welches dem Kreis Düren zusteht.

Die Hauptursache für die Abweichungen liegt bei dem Vergleich zum Planansatz 2023 im erhöhten Mengenaufkommen bei gleichzeitig erzielttem höheren Durchschnittsentgelt je t und im Vergleich zum Ist 2022 im erhöhten Durchschnittsentgelt je t bei rund 30.000 t weniger Abfallmenge.

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2023 im Jahresdurchschnitt 9 Mitarbeiter.

IV. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Geschäftsmodell

Die DDG stellt für die schadlose Entsorgung belasteter Inertstoffe Deponieraum der Deponieklasse I gegen Entgelt zur Verfügung. Auf der Grundlage eines Planfeststellungsbeschlusses werden die technischen und betrieblichen Auflagen umgesetzt.

Darüber hinaus werden die notwendigen Maßnahmen, z.B. der Betrieb der Sickerwasserbehandlungsanlage, der Grundwasserhaltung und Entgasung, während der Stilllegungsphase und späteren Nachsorgephase des als Satzungsdeponie des Kreises Düren betriebenen Deponiekörpers, der mit organischen Abfällen verfüllt wurde, gegen entsprechende Vergütung aus den dafür zurück gestellten Mitteln des Kreises Düren durchgeführt.

Umwelt

Die DDG betreibt ein Entgasungssystem für den sog. Neumüllkörper, in dem zwischen 1992 und 2005 organische Abfälle deponiert wurden. Damit werden unkontrollierte Methanemissionen verhindert. Das Deponiegas wird in einem BHKW – gestützt durch die Zufuhr von Erdgas – für den Eigenbedarf verstromt, außerdem wird Wärme an ein am Standort befindliches Fremdunternehmen geliefert. Im Juli 2023 wurde eine Überprüfung der Deponieoberfläche auf Deponiegasemissionen mittels Flammenionisationsdetektor (FID) durchgeführt, die durchgängig äußerst geringe Methanemissionen über die freie Oberfläche und damit die Funktionsfähigkeit des Entgasungssystems nachwies.

Der Betrieb der dreistufigen Sickerwasseraufbereitungsanlage wird durch verfahrensbegleitende Analytik sowie mit monatlichen Analysen des gereinigten Sickerwassers durch ein Fremdlabor überwacht. Die Ergebnisse zeigen eine deutliche Unterschreitung der zulässigen Grenzwerte für die Indirekteinleitung in das Kanalnetz.

Für die Staubbekämpfung auf den unbefestigten Wegen innerhalb der Deponie wurde entlang der Hauptzufahrt eine Beregnungsanlage installiert, zusätzlich werden die jeweils befahrenen Einbauflächen bei Bedarf mit Wasserwagen feucht gehalten. Dabei wird geogen belastetes Wasser aus der Grundwasserhaltung der Deponie eingesetzt. Die Staubemissionen wurden dadurch signifikant reduziert. Die ersten Ergebnisse der seit Mitte November 2023 laufenden Dauerstaubmessung zeigen bislang eine deutliche Unterschreitung der zulässigen Staubimmissionen an drei definierten Aufpunkten.

2023 wurde ein Energieaudit durchgeführt. Es gab keine Beanstandungen oder Hinweise auf notwendige wesentliche Veränderungen des Betriebs.

Arbeitnehmer

Die EGN ist als Mitglied des BDE ein Vertragspartner der Gewerkschaften für den zugehörigen Tarifvertrag. Die DDG als Tochtergesellschaft der EGN unterliegt diesem Tarifvertrag ebenfalls. Gleiches gilt für alle Betriebsvereinbarungen, die die EGN mit dem Betriebsrat abschließt. Der Betriebsrat der EGN ist auch für die DDG zuständig. Damit sind die Rechte der Beschäftigten umfassend gewahrt.

In der über 17-jährigen Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – mit Ausnahme einer Neueinstellung – zeigt sich deren grundsätzliche Zufriedenheit, eine arbeitnehmerseitig initiierte Fluktuation existiert nicht.

V. Prognosebericht

Für 2024 wird ausweislich der Unternehmensplanung mit einem Ergebnis vor Steuern und vor Berücksichtigung der Ergebnisse aus der erforderlichen Nachkalkulation aufgrund der Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten (LSP) von TEUR 3.066 gerechnet. Einem Umsatz in Höhe von TEUR 7.468 steht ein Betriebsaufwand in Höhe von TEUR 5.563 gegenüber bei einem Finanzergebnis in Höhe von TEUR 1.161. Das geplante EBIT liegt bei TEUR 2.043.

VI. Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagement

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagementsystem der EGN eingebunden. Dieses Risikomanagementsystem besteht im Wesentlichen aus den folgenden Bausteinen: Mittelfristplanung mit fünfjährigem Planungshorizont, monatliches Berichtswesen, institutionalisierte Gesprächsrunden und Prüfung durch die interne Revision. Ergänzt werden diese Bausteine durch die quartalsweise Aktualisierung der Risikolandschaft (Risikoatlas).

2. Chancenbericht

Mit dem Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln vom 19.01.2018 wurde der Erweiterung der Deponie um einen Deponieabschnitt „Deponie auf Deponie“ der Deponieklasse I mit einem Verfüllvolumen von 3,7 Mio. cbm zugestimmt. Damit ist in Abhängigkeit von der Jahresverfüllung eine weitere Betriebszeit von 20 bis 30 Jahren als gesichert anzusehen.

3. Risikobericht

Branchenbezogene Risiken

Der Betrieb einer DK I – Deponie ist im Wesentlichen abhängig von der Entwicklung der Baukonjunktur. Bei einer Abschwächung reduziert sich die zur Deponierung gelangende Abfallmenge. Allerdings sind gut 62 % der Betriebskosten der Deponie Horm ausschließlich abhängig von dem Volumenverzehr und stehen damit unmittelbar in Zusammenhang mit der Annahmemenge. Lediglich für knapp 38 % der Betriebskosten besteht damit ein Risiko bei rückläufigen Mengen.

Mögliche wirtschaftliche Auswirkungen des im Februar 2022 begonnenen Ukraine-Kriegs und der hohen Inflationsrate sind gesondert zu betrachten. 2023 haben sich für die Deponie Horm keine negativen Einflüsse daraus ergeben. Es wurden erheblich mehr Mengen angenommen als geplant, zudem zu einem höheren Durchschnittspreis als im Wirtschaftsplan angenommen. Allerdings ist davon auszugehen, dass 2024 die Baukonjunktur insgesamt, vor allem der private Bausektor, rückläufig sein wird. Ein Schwerpunkt der Deponiemengenannahme liegt jedoch im öffentlichen Straßenbau. Ein massiver Rückgang der Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand wird nicht erwartet.

Die genehmigten Deponieerweiterungen auch der DK I im Ruhrgebiet und Kölner Raum können überregionale Anlieferungen reduzieren, nicht zuletzt wegen steigender Transportkosten durch CO₂-Abgabeanstieg und Mauterhöhung. Dies ist im weiteren Verlauf des Jahres zu beobachten.

Ertragsorientierte Risiken

Durch die Schaffung weiteren Deponievolumens DK I im Einzugsbereich der Deponie Horm kann die entstehende zusätzliche Konkurrenzsituation bei gleicher Marktmenge zu einer Preisminderung führen. Gleiches gilt bei insgesamt sinkender Deponiemenge. Dem steuert die DDG durch Festlegung einer Entgeltuntergrenze gegenüber dem verantwortlichen Vertrieb der EGN gegen, unterhalb derer kein Deponievolumen vermarktet werden darf.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der in den letzten Jahren niedrigen bis negativen Zinssätze am Kapitalmarkt konnte die DDG mittels Festgeldanlagen keine Zinserträge in ursprünglich geplanten Maße am Markt realisieren. Die Alternative der Geldanlage im Rahmen einer Vermögensverwaltung mit Investitionen in Aktien und Anleihen zwischen 2018 und 2023 brachte ebenfalls nicht den angestrebten Wertzuwachs.

Dies wird mittelfristig dazu führen, dass die für Rekultivierung und Nachsorge angesparten Gelder eher als geplant aufgezehrt sein werden. Dieses Risiko liegt aufgrund der vertraglichen Regelungen jedoch nicht bei der DDG, sondern beim Kreis Düren als Auftraggeber.

Nach Einstellung der externen Vermögensverwaltung in Form einer risikoarmen Anlage in Aktien (max. 30%) und Anleihen Mitte 2023 wurden die freigewordenen Mittel von rund TEUR 20.000 festverzinslich angelegt bis Mitte Januar 2024. Im Anschluss soll der kreiseigenen Gesellschaft für Infrastrukturvermö-

gen (GIS) ein Darlehen über TEUR 2.400 zu marktüblichen Konditionen gewährt sowie eine Einlage in zwei Fonds mit insgesamt TEUR 4.900 getätigt werden.

Darüber hinaus besteht die Einlage von TEUR 4.000 in einen geschlossenen Immobilienfonds (IMMAC Sozialimmobilien 118. Renditefonds GmbH & Co. geschlossene Investmentkommanditgesellschaft) sowie die Einlage von TEUR 3.760 in einen weiteren geschlossenen Immobilienfonds (BVT Ertragswertfonds Nr. 9 GmbH & Co. Geschlossene Investment KG) mit einer noch offenen Restverpflichtung von TEUR 240.

Außerdem wurden die der DDG zuzuordnenden Mittel für die Nachsorge der Erweiterung „Deponie auf Deponie“ in Höhe von TEUR 340 (aus dem Jahresabschluss 2022), bislang in einem Fonds des Bankhauses Hauck Aufhäuser Lampe eingebracht, nach Kündigung in einen Sparbrief bei der Sparkasse Düren mit zweijähriger Laufzeit angelegt.

Die Streuung des gesamten Anlagebetrages in diverse Anlageformen dient dem Zweck der Risikominimierung.

4. Gesamtaussage

Durch die Rechtswirksamkeit des Planfeststellungsbeschlusses der Bezirksregierung Köln kann der Deponiebetrieb noch für einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren als gesichert angesehen werden. Parallel dazu bestehen die Aufgaben der DDG weiterhin in der Nachsorge und Rekultivierung der Deponie Horm.

Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

VII. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten, Guthaben bei Kreditinstituten, Festzinsanlagen, Darlehensgewährungen gegenüber Beteiligungsunternehmen von Gesellschaftern und die Beteiligung an zwei geschlossenen Immobilienfonds.

Die Gesellschaft setzt Finanzinstrumente ein, um beim Prozess der Leistungserbringung sowie der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen finanzielle Risiken für die Gesellschaft zu vermeiden bzw. mindestens zu verringern. Bei Neukunden werden Bonitätsprüfungen durchgeführt und bei Bedarf erfolgt die Dienstleistungserbringung erst gegen Entrichtung einer Vorauszahlung. Wöchentlich wird der Forderungsbestand überwacht und im Bedarfsfall Kontakt zu den Kunden aufgenommen.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Im kurz- und langfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über das eigene Bankguthaben sowie - im investiven Bereich - durch Kreditvereinbarungen mit dem Kreis Düren in Form einer Inanspruchnahme von Finanzanlagemitteln.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung

Geschäftsführung:	Baumgardt, Rainer Steins, Hans Martin	Wassenberg Kreis Düren	Ehem. Dezernent
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	3 Sitze	25,10 %
	EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	4 Sitze	74,90 %
Gesellschafterrat:	Die Gesellschafter sind in der Gesellschafterversammlung durch einen von ihnen schriftlich benannten Vertreter vertreten.	1 Stimme	je 1.000,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
	Beauftragter des		
Aßhoff, Ferdinand	Landes NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	09.10.2014	08.11.2024
Szadkowski, Heike	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
von Laufenberg, Reiner	Kreistagsmitglied	03.11.2003	31.08.2023
Dr. Nolten, Ralf (MdL)	Kreistagsmitglied	20.02.2024	

Gesellschafterrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
	Beauftragter des		
Aßhoff, Ferdinand	Landes NRW	08.11.2024	
Berres-Förster, Menka	Kreistagsmitglied	31.03.2022	
Bozkır, Timur	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Braumüller, Heinz-Peter	Kreistagsmitglied	03.11.2004	
Breuer, Klaus	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	02.02.2004	
Dick, Ralf	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Esser, Klaus	Kreistagsmitglied	26.11.2020	01.01.2024
Filipovic, Sanja	Kreistagsmitglied	28.03.2023	

Hamacher, Rolf	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Krischer, Andreas	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Dr. Nolten, Ralf (MdL)	Kreistagsmitglied	02.02.2004	
Schmitz, Georg	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Schoeller, Maria	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.02.2004	08.11.2024
Veithen, Valentin Raimund	Kreistagsmitglied	03.11.2009	
Zentis, Gudrun	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

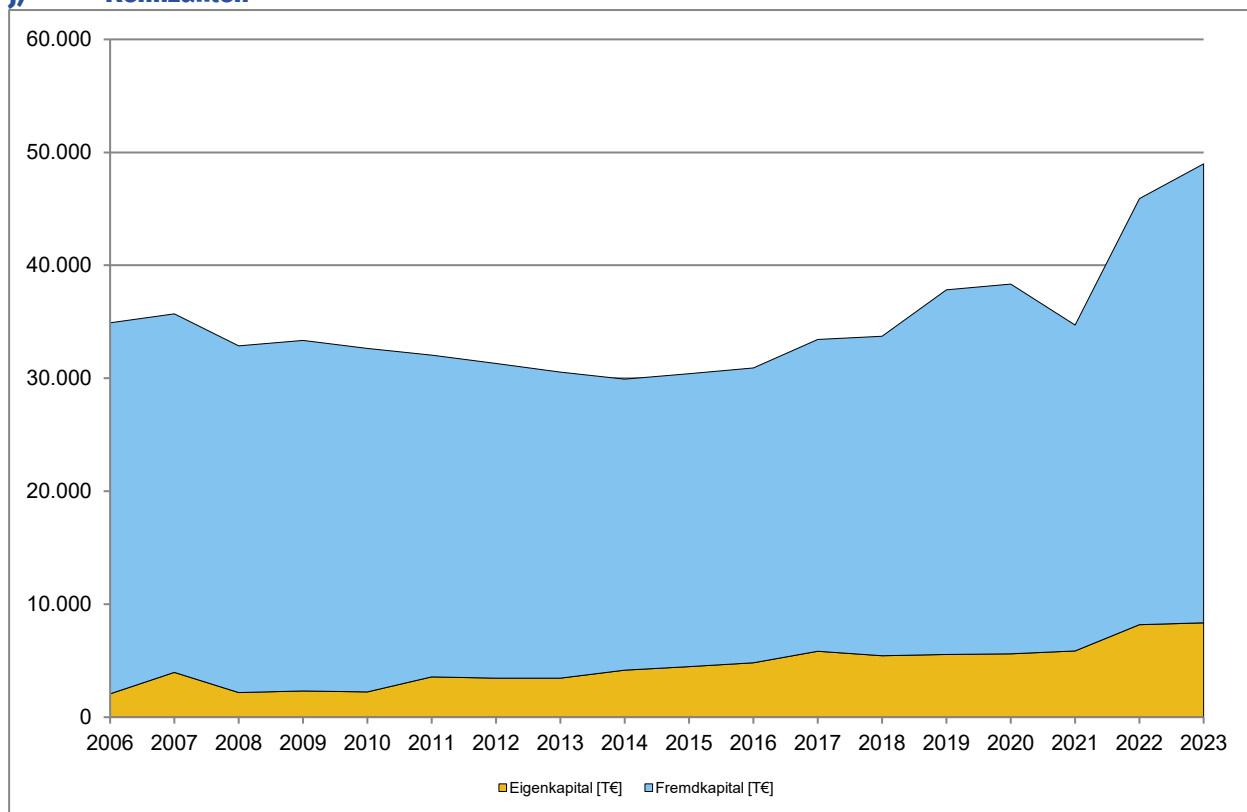
Gesellschafterversammlung:

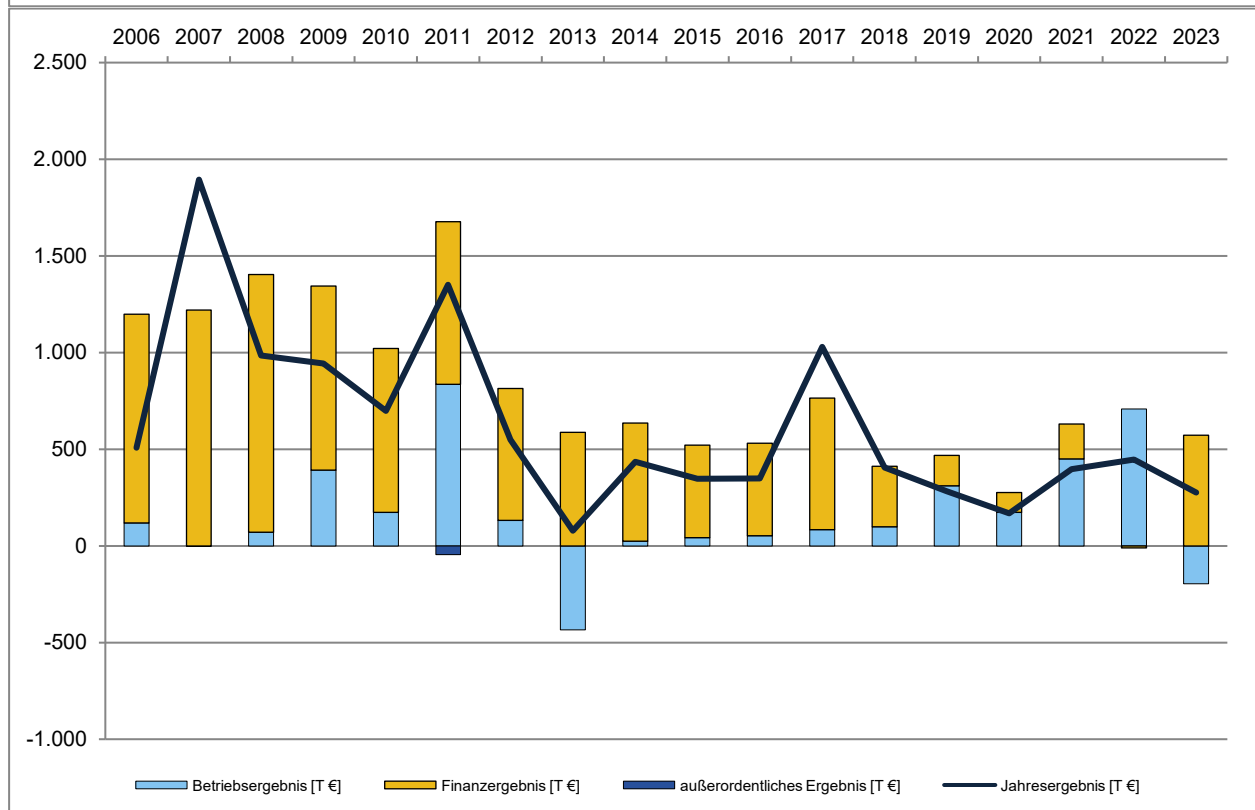
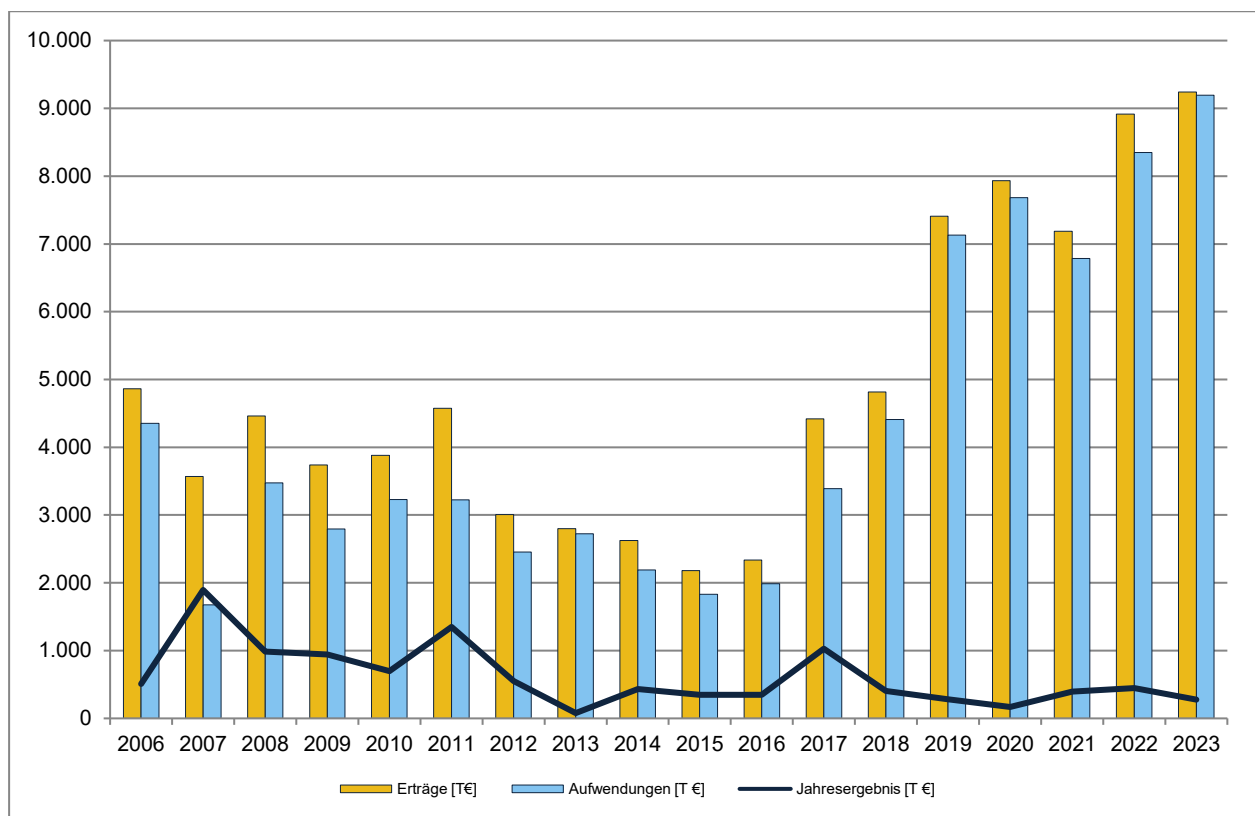
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	23.05.2006	08.11.2024

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	16,90%	17,86%	17,04%	-0,81%
Eigenkapitalrentabilität	6,77%	5,44%	3,31%	-2,13%
Anlagendeckungsgrad 2	41,95%	46,21%	82,85%	36,64%
Verschuldungsgrad	491,67%	459,98%	486,73%	26,75%
Umsatzrentabilität	8,50%	11,36%	-2,85%	-14,22%

6 d-NRW AöR



Rheinische Straße 1
44137 Dortmund
Telefon: 0231/222 438-10
Telefax: 0231/222 438-11
E-Mail: info@d-nrw.de
Homepage: www.d-nrw.de

a) Gegenstand der Anstalt

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten.

Die Anstalt unterstützt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen vom 8. Juli 2016 (GV. NRW. S. 551).

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an der Anstalt

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Trägerstruktur

Träger	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	1,00	<0,1
Land NRW	1.000,00	81,43
Weitere Städte, Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände	280,00 (je 1,00)	18,49
Stammkapital	1.368,0	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine Verbindungen zum Kreishaushalt.

e) **Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7.416,00 €	63.822,98 €	62.022,00 €	-1.800,98 €	-2,82%
II. Sachanlagen	68.434,25 €	75.880,75 €	56.588,75 €	-19.292,00 €	-25,42%
III. Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	60.000,00 €	60.000,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.392.488,83 €	2.396.237,37 €	1.056.885,49 €	-1.339.351,88 €	-55,89%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	7.780.437,14 €	4.788.233,34 €	11.949.721,13 €	7.161.487,79 €	149,56%
III. Kassenbestand	10.347.155,40 €	18.758.025,55 €	35.882.134,94 €	17.124.109,39 €	91,29%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.088,01 €	10.155,51 €	110.705,88 €	100.550,37 €	990,11%
Summe Aktiva	20.601.019,63 €	26.092.355,50 €	49.178.058,19 €	23.085.702,69 €	88,48%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.281.000,00 €	1.368.000,00 €	1.385.000,00 €	17.000,00 €	1,24%
II. Kapitalrücklage	1.528.752,40 €	1.528.752,40 €	1.528.752,40 €	0,00 €	0,00%
B. Rückstellungen	3.339.662,11 €	5.607.394,23 €	8.044.571,64 €	2.437.177,41 €	43,46%
C. Verbindlichkeiten	14.451.605,12 €	17.558.628,87 €	38.115.457,48 €	20.556.828,61 €	117,08%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	29.580,00 €	104.276,67 €	74.696,67 €	252,52%
Summe Passiva	20.601.019,63 €	26.092.355,50 €	49.178.058,19 €	23.085.702,69 €	88,48%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	51.001.544,75 €	101.209.076,39 €	129.383.244,50 €	28.174.168,11 €	27,84%
2. sonstige betriebliche Erträge	344.201,31 €	432.735,97 €	102.709,62 €	-330.026,35 €	-76,27%
3. Materialaufwand	47.342.141,81 €	96.866.327,83 €	123.389.753,88 €	26.523.426,05 €	27,38%
4. Personalaufwand	3.312.697,13 €	4.039.919,59 €	4.892.946,94 €	853.027,35 €	21,11%
5. Abschreibungen	39.777,47 €	45.626,74 €	56.172,61 €	10.545,87 €	23,11%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	636.770,92 €	676.092,82 €	1.147.070,69 €	470.977,87 €	69,66%
Betriebsergebnis	14.358,73 €	13.845,38 €	10,00 €	-13.835,38 €	-99,93%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	31.327,63 €	13.837,42 €	0,00 €	-13.837,42 €	-100,00%
Finanzergebnis	-31.327,63 €	-13.837,42 €	0,00 €	13.837,42 €	-100,00%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-16.968,90 €	7,96 €	10,00 €	2,04 €	25,63%
8. sonstige Steuern	-16.968,90 €	7,96 €	10,00 €	2,04 €	25,63%
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	547,87%

g) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AÖR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AÖR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AÖR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Mit der im Berichtsjahr erfolgten Änderung des Errichtungsgesetzes können der Anstalt gem. S 6 Absatz 2 (n. F.) nunmehr Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung mit strategischer Bedeutung durch Rechtsverordnung zugewiesen und zugleich eine Betrauung Dritter mit diesen Aufgaben ausgeschlossen werden. Die zugehörige Rechtsverordnung zur Aufgabenübertragung auf die dNRW AÖR (d-NRW VO) vom 28.03.2022, verkündet durch Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 25.04.2022 (GV. NRW. 2022 S. 493), ist am 26.04.2022 in Kraft getreten. Folgende Aufgaben sind dadurch auf die Anstalt übertragen worden:

Geschäftsstelle Onlinezugang / Koordinierung und Bereitstellung von sog. EfA-Diensten (Kommunalvertreter.NRW) / AM-Koordinierung nebst Landesredaktion NRW / Geschäftsstelle Digitales Archiv NRW und die Weiterentwicklung, Pflege und Wartung in den Aufgabenbereichen Serviceportal.NRW / Wirtschafts-Service-Portal.NRW / Vergabeportal.NRW / Meldeportal Behörden und Lichtbildportal / För-

derplan.web / Sozialplattform / KiBiz.web / Bauportal.NRW / PfAD-Familie sowie Betrieb von einzelnen XStandards mit der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT).

Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2023 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 385 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

II. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In einem nach wie vor krisengeprägten Umfeld ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Berichtsjahr ins Stocken geraten. Hohe Inflationsraten, steigende Zinsen, der Fachkräftemangel und eine schwache Weltkonjunktur haben die deutsche Gesamtwirtschaft im vergangenen Jahr schrumpfen lassen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um 0,3 Prozent und verzeichnete damit erstmals seit dem Corona-Jahr 2020 ein Minus. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Jahr 2023 sehr unterschiedlich. Insbesondere die Wirtschaftsleistung der energieintensiven Industriezweige war 2023 erneut stark belastet. Demgegenüber konnten die meisten Dienstleistungsbereiche ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im Vorjahresvergleich erneut ausweiten und dadurch die deutsche Wirtschaft stützen. Den größten Zuwachs verzeichnete 2023 der Bereich Information und Kommunikation (+2,6 %) und knüpfte damit an seine langjährige Wachstumsgeschichte an, die nur 2020 im Zusammenhang mit der Coronapandemie gebremst wurde. Durch die weiter voranschreitende Digitalisierung gewinnt die IT-Branche mehr und mehr an Bedeutung, was sich im stetigen Umsatzwachstum des IT-Bereichs, insbesondere in der IT-Dienstleistungsbranche widerspiegelt. Es gilt auch zukünftig, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft bildete im Berichtsjahr erneut die Grundlage für gute Umsätze.

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Maßnahmen zur Registermodernisierung, die Entwicklung der Sozialplattform, die Realisierung des Bauportal.NRW, die Umsetzung eines Antragservice für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKJFG-FI, diverse Entwicklungen im Bereich der PfADProjekte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die CGI Deutschland BV & Co. KG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die KPMG AG, Hamburg, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2023 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2023 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2023 im Durchschnitt 85 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung die Zuschlagserteilung an die fünf wirtschaftlichsten Bieter zur Konzeption, Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege und fachlicher Begleitung von Java-Entwicklungsprojekten mit einer Obergrenze von bis zu 18.000 TEUR und einer Laufzeit von 4 Jahren. Die Träger der d-NRW AöR dürfen den Rahmenvertrag in Anspruch nehmen und über die Durchführung von Miniwettbewerben ihre entsprechenden Bedarfe decken.

Überdies hat der Verwaltungsrat im Berichtsjahr europaweiten Ausschreibungen

- zur Gewinnung von externen Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege, Gestaltung, Redaktion und fachlicher Begleitung von Internetseiten der Landesverwaltung NRW mit einer Obergrenze von bis zu 5.000 TEUR und einer Laufzeit von 4 Jahren,
- zur Fortführung, Betreuung und Weiterentwicklung der Projekte innerhalb der PfAD-Familie mitsamt PFAU.NRW ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 26.000 TEUR,
- zur Fortführung, Betreuung und Weiterentwicklung des Projekts „Elektronisches Gesundheitsberuferegister – eGBR“ ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 2.975 TEUR sowie
- zur Fortführung des Projektes Wirtschaft-Service-Portal.NRW (WSP.NRW) mit einem Volumen im Umfang von insgesamt 174.000 TEUR bis zum Jahresende 2028 zugestimmt.

Als sog. Kommunalvertreter.NRW bildet die d-NRW AöR die Schnittstelle zwischen den ITDienstleistern und kommunalen Verwaltungen und organisiert zentral für nachnutzbare OnlineDienste die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustauschs und stellt den Kommunen diese Dienste zur Nachnutzung bereit. Damit zusammenhängend waren im Berichtsjahr 17 Beitritte von Städten und Gemeinden zu verzeichnen, die den Trägerkreis der dNRW AöR bis zum Jahresende 2023 auf insgesamt 385 Kommunen haben anwachsen lassen.

Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG wurde im Berichtsjahr die Möglichkeit eröffnet, den Bezug und die Bereitstellung von EfA-Diensten und weiteren OZG-Diensten wechselseitig im Rahmen einer Kooperation im öffentlichen Sektor auszubauen. Darüber hinaus können durch die institutionalisierte Zusammenarbeit weitere gemeinsame Handlungsfelder erschlossen werden, um die digitale Transformation im Sinne von Land und Kommunen voranzutreiben.

Mit Hinweis auf die nur zeitlich befristet zur Verfügung stehenden Konjunkturmittel des Bundes, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung bewirtschaftet werden, wurde im Lagebericht des Vorjahres perspektivisch für die kommenden Jahre eine Reduzierung der Umsatzerlöse sowie der Betriebserlöse und -aufwendungen prognostiziert. Eine entsprechende Veränderung ist im Berichtsjahr jedoch nicht eingetreten. Durch eine erhöhte Nachfrage und eine intensive Inanspruchnahme der bereitgestellten Konjunkturmittel haben sich die Umsatzerlöse ebenso wie die Betriebserlöse und -aufwendungen im Jahr 2023 vielmehr erhöht. Der weiterhin zu erwartende Rückgang wird sich aller Voraussicht nach in den Folgejahren abzeichnen.

III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 129.383 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 101.209) ergibt sich erneut eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.

a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Wesentliche Bilanzposten	31.12.2022	31.12.2023	Veränderung
Aktiva	T€	T€	T€
Anlagevermögen	140	179	+39
Umlaufvermögen	25.942	48.888	+22.946
Rechnungsabgrenzung	10	111	+101
Passiva			
Eigenkapital	2.897	2.914	+17
Fremdkapital	23.196	46.264	+23.068
Bilanzsumme	26.093	49.178	+23.085

Im Vergleich zum 31.12.2022 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 22.946 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-TEUR 1.339) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 17.124) und erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+TEUR 6.564) sowie eine Erhöhung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+TEUR 600).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+TEUR 17) und das Fremdkapital ist um +TEUR 23.068 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 18.695) und die „sonstigen Verbindlichkeiten“ (+TEUR 1.968) gewachsen. Demgegenüber haben sich die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 106) im Vergleich zum 31.12.2022 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+TEUR 2.437). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 2.106), erhöhte „sonstige Rückstellungen“ (+TEUR 326) und erhöhte Urlaubsrückstellungen (+TEUR 19). Die Rückstellungen für Gewährleistungen (-TEUR 20) haben sich demgegenüber im Vergleich zum Vorjahr verringert.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2023 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der deutlich höheren Bilanzsumme (+TEUR 23.085), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 17.124), auf 5,92 % (31.12.2022: 11,1 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 35.882 (31.12.2022: TEUR 18.758).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 103,4 % (Vorjahr: 101 %).

c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2023 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Wirtschafts-Service-Portal.NRW, Sozialplattform, Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, Onlinedienste OZG, Registermodernisierung, Online Sicherheitsprüfung, Serviceportal.NRW, PfAD, Förderprogrammcontrolling, Öffentliches Auftragswesen nebst E-Rechnung, Meldeportal Behörden, KiBiz.web, nrwGOV sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2022	2023	+/- Vj.
	TEUR	TEUR	TEUR
Betriebserträge	101.642	129.486	+27.844
Betriebsaufwendungen	-101.628	-129.486	-27.858
Finanzergebnis	-14	0	+14
Jahresergebnis	0	0	0

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach S 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus S 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2022 TEUR	2023 TEUR	+/- Vj. TEUR
Projekterlöse	16.184	18.933	2.749
Dienstleistungen	87.582	112.557	24.975
übrige Umsatzerlöse	0	0	0
	103.766	131.490	27.724
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-2.557	-2.106	451
	101.209	129.384	28.175

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 26.523 auf TEUR 123.390 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. TEUR 1.147 (Vorjahr: TEUR 676) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt - z. B. Telefonkosten TEUR 31 (Vorjahr: TEUR 24), Raummiete TEUR 201 (Vorjahr: TEUR 195), Fortbildungskosten TEUR 80 (Vorjahr: TEUR 57), Rechts- und Beratungskosten TEUR 90 (Vorjahr: TEUR 105), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 5), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 38 (Vorjahr: TEUR 14), Buchführungskosten TEUR 28 (Vorjahr: TEUR 27) sowie Mitgliedsbeiträge TEUR 15 (Vorjahr: TEUR 0), Wartungskosten für Hard- und Software TEUR 78 (Vorjahr: 6), Werbekosten TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 3), Repräsentationskosten TEUR 19 (Vorjahr: TEUR 12) und Reisekosten TEUR 21 (Vorjahr TEUR 9).

Aufgrund der Zinsentwicklung sind Aufwendungen für Verwarentgelte (TEUR 0) gegenüber den Vorjahren (zuletzt TEUR 14) entfallen.

d) Finanzielle (und nichtfinanzielle) Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren der Anstalt sind vor allem die bestehenden Rahmenverträge „nrwGOV & NRW.OS 2020-2024 (Lose 1-2)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 1.766 (von ursprünglich TEUR 10.000), 2021-2025 (Lose 1-6)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 40.529 (von ursprünglich TEUR 200.000), „nrwGOV 2023-2026“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 3.774 (von ursprünglich TEUR 4.000) und der neue „RV Java 2023-2027“ mit einem zur Verfügung stehenden Gesamtvolumen von TEUR 18.000.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind ebenfalls mit den Rahmenverträgen verbunden. Die Inanspruchnahme von Leistungen aus den Rahmenverträgen der d-NRW AÖR bedeutet für die auftraggebenden Stellen (Ministerien) eine wesentliche Vereinfachung und ist daher grundsätzlich mit einer großen Kundenzufriedenheit verbunden.

Entsprechendes gilt für die Nachnutzung von sog. EfA-Diensten durch die Kommunen, deren Arbeit damit maßgeblich erleichtert wird. Dies spiegelt sich im Hinblick auf den Trägerkreis der d-NRW AÖR auch in den 17 weiteren Beitritten im Berichtsjahr wider.

Hinsichtlich der Beschäftigten der d-NRW ist zu vermerken, dass für die Organisation seit jeher eine große Zufriedenheit der Mitarbeiter:innen kennzeichnend ist. Hinweise darauf finden sich nicht nur in den einschlägigen Bewertungsportalen, sondern sind auch in der äußerst geringen Fluktuationsrate, die wie im Vorjahr im Bereich von 4 % liegt, erkennbar. Veränderungen ergeben sich zumeist aus persönlichen Gründen (z. B. Nähe zum Wohnort, weniger aus Gründen, die mit der Tätigkeit bei d-NRW verbunden sind). Positiv hervorgehoben werden die Fortbildungsmöglichkeiten, die den Beschäftigten eine persönliche und fachliche Weiterentwicklung gestatten. Einen großen Zuspruch finden die IPMA-Schulungen mit denen eine Zertifizierung für das Projektmanagement verbunden ist. Ebenso haben sich die berufsbegleitende Fortbildungen zum Master (z. B. im Bereich IT-Management) als beliebtes Mittel zur Qualifizierung und Bindung der Beschäftigten bewährt. Entsprechendes gilt für Fortbildungsmaßnahmen, die Beschäftigten (z. B. im Verwaltungsbereich) eine Qualifikation auf Bachelor-Ebene ermöglichen. Für den Gesamtkontext wurde ein Personalentwicklungskonzept aufgestellt, dem der Verwaltungsrat in der 12. Sitzung am 17.11.2023 zugestimmt hat. Die dNRW AÖR verfügt mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von rd. 36 Jahren (Stand: 31.12.2023 – ohne studierende Aushilfen) über ein agiles und hochmotiviertes Team, das maßgeblich für den Erfolg der Anstalt ist.

e) Risikomanagement

Im Berichtsjahr wurde mit der KPMG als Partner ein Projekt zum Aufbau eines anstaltsspezifischen Risikomanagementsystems gestartet. Zentrale Herausforderungen der dNRW AÖR, die in den vergangenen Jahren sehr stark gewachsen ist, bestehen im Management und in der Steuerung von Risiken sowie in der Etablierung eines dokumentierten Risikofrüherkennungssystems. Im Rahmen der ersten Projektphase wurden die zentralen Handlungsfelder zum Aufbau des Risikomanagements und die Vorgehensweise festgelegt. Nach einer initialen Analyse wurden auf Basis anerkannter Risikomanagement-Standards Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems erarbeitet. Begleitend wurde eine Bestandsaufnahme der Risiken, des Risikoprozesses und der Risikoorganisation durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde die Organisation der d-NRW AÖR als Ganzes betrachtet und auch die Besonderheiten einzelner Aufgabenbereiche berücksichtigt. Als Hilfsmittel wurden initiale Werkzeuge in Form von Dokumenten (Risikockeckliste, Risikoregister nebst Risikoheatmap und ein Risikomanagement-Fragenkatalog) zur Risikoanalyse und zur Verwendung beim weiteren Risikomanagement erstellt. Zur operativen Umsetzung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen erfolgt in 2024 die Fortsetzung des Projektes. In einem dreiphasigen Vorgehen (Initiierung, Implementierung und Einführung) ist vorgesehen, den Risikomanagement-Prozess inklusive der Rollen und der Verantwortlichkeiten in der Aufbauorganisation der d-NRW AÖR zu verankern und zudem die Risikoanalyse weiter zu vertiefen, um damit ein anstaltsspezifisches Risikomanagementsystem zu etablieren.

IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AÖR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AÖR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AÖR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch und durch interöffentliche Kooperationen ergeben sich weitere Potentiale für die zukünftige Entwicklung der Anstalt. Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG, der Zusammenarbeit mit der FIT KO und durch eine mit der Dataport geschlossene interöffentliche Vereinbarung, der weitere öffentliche Stellen beitreten können, werden neue Handlungsfelder für die d-NRW AÖR eröffnet. Überdies könnte ein engeres Zusammenwirken mit dem KDN ein zusätzliches Wachstumspotential bieten. Neue Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, könnten sich durch die Übertragung von weiteren strategischen Digitalisierungsaufgaben zur exklusiven Wahrnehmung per d-NRW VO ergeben. Die d-NRW AÖR könnte sich dadurch noch intensiver in die digitale Transformation einbringen.

b) Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen bzw. die Fortführung von Projekten nicht sichergestellt ist. Auch im Berichtsjahr bestanden weiterhin Unwägbarkeiten, die sich im Nachgang der nordrheinwestfälischen Landtagswahl 2022 ergeben haben, weil die Ausrichtung der Digitalisierung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen noch nicht abschließend geklärt ist.

c) Prognose

Vor dem Hintergrund, dass die Konjunkturmittel des Bundes in Höhe von TEUR 200.000, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung derzeit bewirtschaftet werden, nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, ist weiterhin zu erwarten, dass sich die Umsatzerlöse und damit einhergehend auch die Betriebserlöse und –aufwendungen in den kommenden Jahren voraussichtlich reduzieren werden.

h) Organe und deren Zusammensetzung

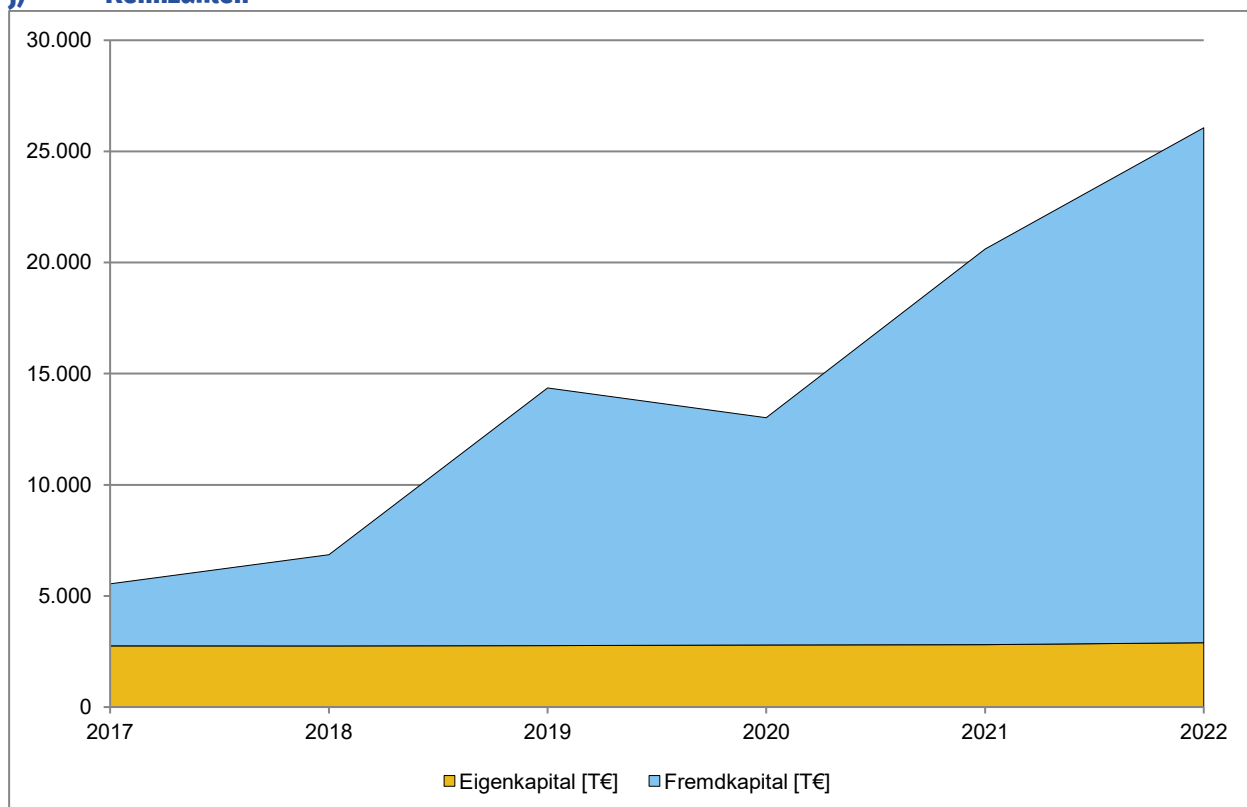
Zusammensetzung:

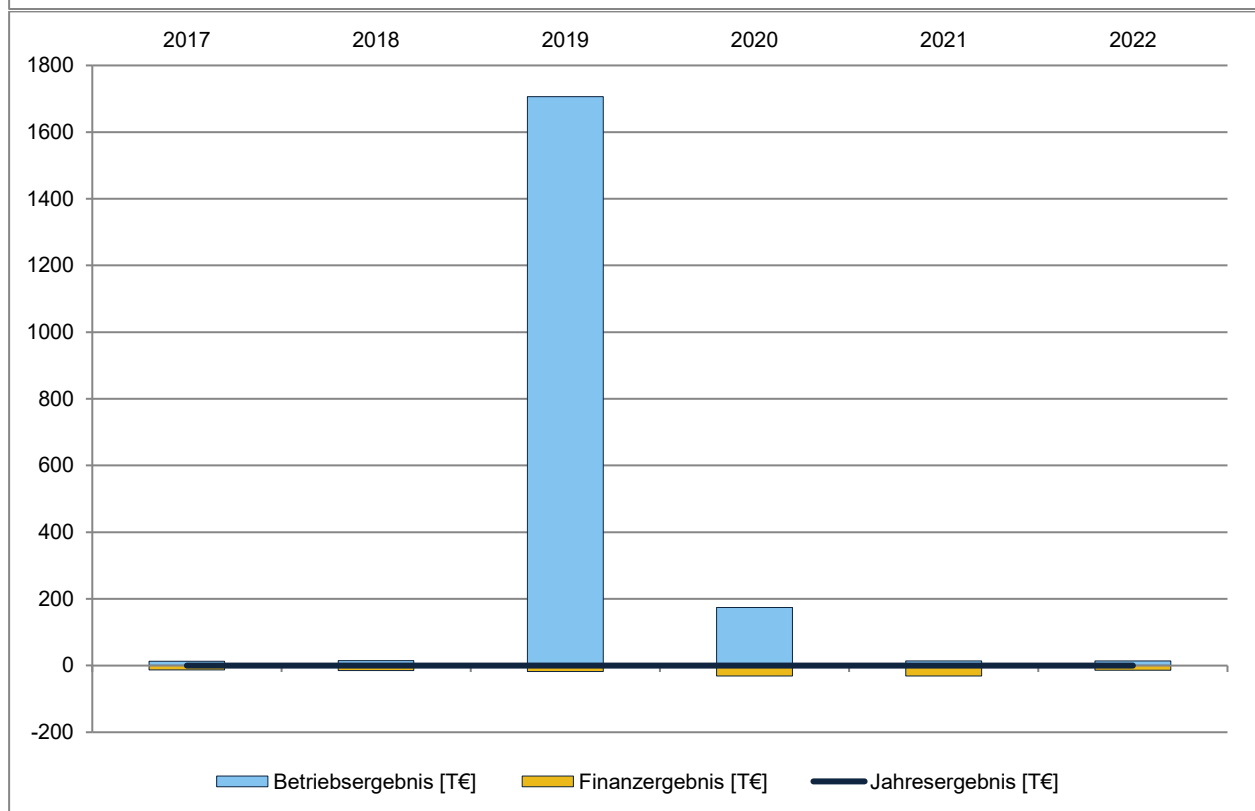
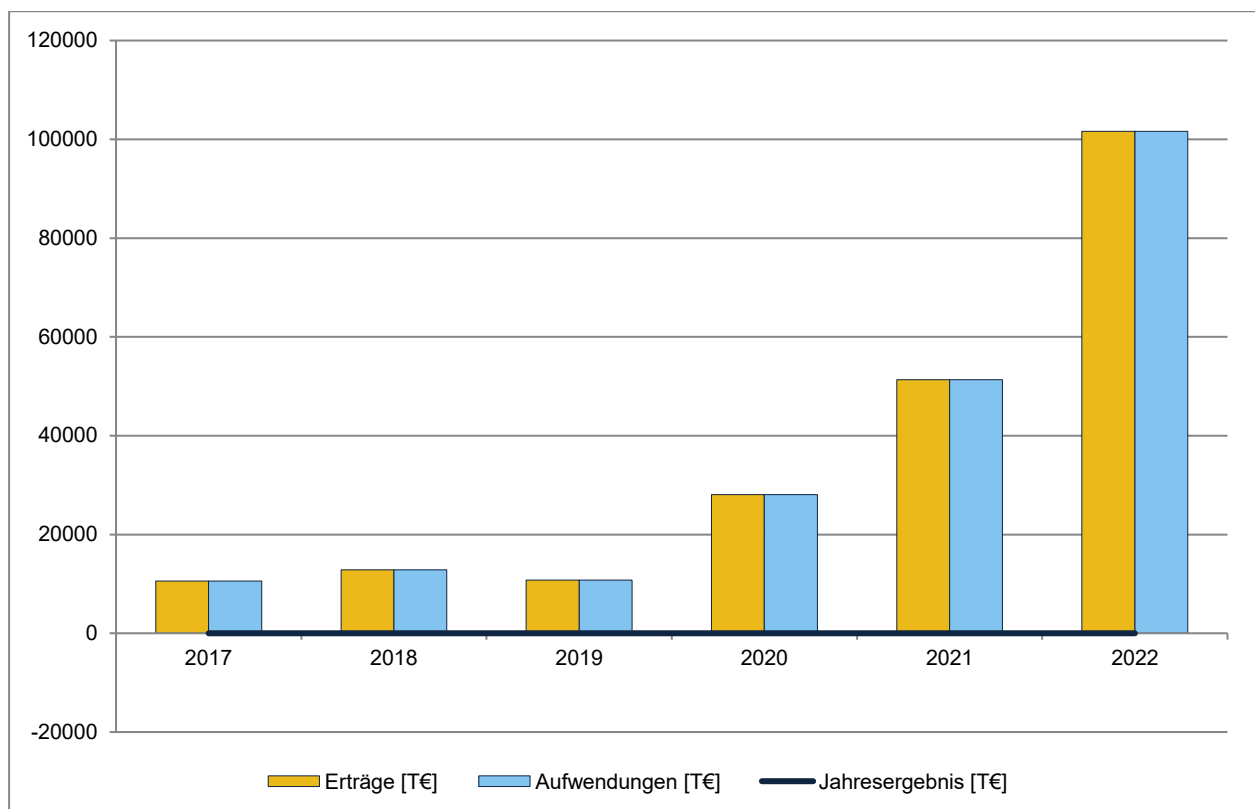
Vorstand:	Lienenkamp, Dr. Roger	
	(Vorsitzender)	
	Both, Markus	
Verwaltungsrat:	Land NRW	7 Sitze
	Städte- und Gemeindebund NRW	1 Sitz
	Stadt Jüchen	1 Sitz
	Stadt Bochum	1 Sitz
	Rhein-Kreis-Neuss	1 Sitz
	Landkreistag NRW	1 Sitz

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 85 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Anstalt tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	13,64%	11,10%	5,92%	-5,18%
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Anlagendeckungsgrad 2	3704,34%	2073,50%	1631,34%	-442,15%
Verschuldungsgrad	633,20%	799,72%	1584,21%	784,49%
Umsatzrentabilität	0,03%	0,01%	0,00%	-0,01%

7 Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH



indeland

Bismarckstr. 16
52351 Düren
Telefon: 02421/22-1084005
E-Mail: info@indeland.de
Homepage: www.indeland.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

- 1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- 2) Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Umwelt- und Landschaftsschutz sowie der Jugendhilfe und des Sports im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden.
- 3) Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Beschaffung von Mitteln für andere gemeinnützige Körperschaften, die die Förderung der in vorstehenden Abs. 2 genannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, und für die Verwirklichung steuerbegünstigten Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 58 Nr. 1 AO) im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden verwirklicht.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft auch eigene Projekte, die unmittelbar und ausschließlich den in Abs. 2 genannten steuerbegünstigten Zwecken dienen, durchführen, damit der Bereich und das Umfeld des Tagebaus Inden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies soll insbesondere durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Publikationen geschehen.

- 4) Um sicher zu stellen, dass die vorstehend beschriebenen steuerbegünstigten Zwecke auch im weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden, soll die Gesellschaft auch
 - die konzeptionellen Arbeiten i.S. des erstellten Masterplans fortsetzen und weiterentwickeln;
 - die Gesellschafter in dem beantragten Braunkohlenplanänderungsverfahren unterstützen;
 - an Maßnahmen zur Standortmarketing und zur Akquisition von Investoren sowie zur Beratung und Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen mitwirken.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	9,25	37
Stadt Eschweiler	2,25	9
Stadt Jülich	2,25	9
Gemeinde Aldenhoven	2,25	9
Gemeinde Inden	2,25	9
Stadt Linnich	2,25	9
Gemeinde Langerwehe	2,25	9
Gemeinde Niederzier	2,25	9
Stammkapital	25	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es lagen keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen vor.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	31.290,00 €	16.110,00 €	3.217,00 €	-12.893,00 €	-80,03%
II. Sachanlagen	520.979,88 €	490.783,01 €	473.602,14 €	-17.180,87 €	-3,50%
III. Finanzanlagen	678.944,00 €	633.680,00 €	588.416,00 €	-45.264,00 €	-7,14%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte (geleistete Anzahlungen)	0,00 €	34.436,63 €	95.371,91 €	60.935,28 €	176,95%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	197.288,53 €	243.200,50 €	196.361,25 €	-46.839,25 €	-19,26%
III. Kassenbestand	1.954.665,01 €	2.072.585,20 €	1.656.867,75 €	-415.717,45 €	-20,06%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	614.912,99 €	532.992,47 €	452.417,52 €	-80.574,95 €	-15,12%
Summe Aktiva	3.998.080,41 €	4.023.787,81 €	3.466.253,57 €	-557.534,24 €	-13,86%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklage	2.500.000,00 €	3.000.000,00 €	3.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnvortrag	971.780,52 €	733.444,97 €	442.639,05 €	-290.805,92 €	-39,65%
IV. Jahresergebnis	261.664,45 €	-290.805,92 €	-335.235,64 €	-44.429,72 €	15,28%
B. Sonderposten	4,67 €	4,00 €	2.405,42 €	2.401,42 €	60035,50%
C. Rückstellungen	58.808,05 €	47.453,56 €	50.695,17 €	3.241,61 €	6,83%
D. Verbindlichkeiten	172.351,05 €	225.137,03 €	280.749,57 €	55.612,54 €	24,70%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	8.471,67 €	283.554,17 €	0,00 €	-283.554,17 €	-100,00%
Summe Passiva	3.998.080,41 €	4.023.787,81 €	3.466.253,57 €	-557.534,24 €	-13,86%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.180.364,39 €	984.323,24 €	947.659,71 €	-36.663,53 €	-3,72%
2. sonstige betriebliche Erträge	390.823,94 €	859.092,74 €	922.993,28 €	63.900,54 €	7,44%
3. Materialaufwand	6.333,00 €	108.674,75 €	434.642,12 €	325.967,37 €	299,95%
4. Personalaufwand	646.036,94 €	828.447,16 €	851.320,80 €	22.873,64 €	2,76%
5. Abschreibung	49.890,66 €	55.734,55 €	37.586,92 €	-18.147,63 €	-32,56%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	602.054,42 €	1.141.380,29 €	890.492,99 €	-250.887,30 €	-21,98%
Betriebsergebnis	266.873,31 €	-290.820,77 €	-343.389,84 €	-52.569,07 €	18,08%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	185,50 €	256,55 €	8.596,04 €	8.339,49 €	3250,63%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	39,38 €	0,00 €	0,84 €	0,84 €	
Finanzergebnis	146,12 €	256,55 €	8.595,20 €	8.338,65 €	3250,30%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	267.019,43 €	-290.564,22 €	-334.794,64 €	-44.230,42 €	15,22%
9. Steuern vom Einkommen u. Ertrag	5.298,48 €	231,70 €	431,00 €	199,30 €	86,02%
10. sonstige Steuern	56,50 €	10,00 €	10,00 €	0,00 €	0,00%
Jahresergebnis	261.664,45 €	-290.805,92 €	-335.235,64 €	-44.429,72 €	15,28%

g) Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Firma, Rechtsform, Handelsregister

Die Firma der Gesellschaft lautet „Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH“. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und im Handelsregister beim Amtsgericht Düren unter der Nummer HRB 5025 eingetragen.

Gesellschaftssitz

Der Sitz der Gesellschaft ist in 52351 Düren, Bismarckstraße 16.

Gegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gegenstand des Unternehmens ist seit 2017 die Förderung von Volks- und Berufsbildung, Erziehung, Kunst und Kultur, Umwelt- und Naturschutz sowie Landschaftspflege, Jugend- und Altenhilfe,

Denkmalschutz und Denkmalpflege, des Sports, traditionellem Brauchtum, Heimatpflege und Heimatkunde, Wissenschaft und Forschung, Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens insbesondere durch das Eingehen und die Pflege von Partnerschaften sowie die Förderung des bürgerlichen Engagements im Zusammenhang mit den Unternehmensgegenständen der Entwicklungsgesellschaft indeland im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden.

Der Gesellschaftszweck wird auch durch die Beschaffung von Mitteln für andere gemeinnützige Körperschaften, die die Förderung der vorgenannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, und für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 58 Nr. 1 AO) im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden verwirklicht.

Die Gesellschaft führt auch eigene Projekte, die unmittelbar und ausschließlich den in § 2 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages genannten steuerbegünstigten Zwecke dienen, durch, damit der Bereich und das Umfeld des Tagebaus Inden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies soll insbesondere durch Veranstaltungen, Ausstellungen, Publikationen oder Investitionsmaßnahmen geschehen.

Zur Mittelbeschaffung kann die Gesellschaft auch Zweckbetriebe oder wirtschaftliche Geschäftsbetriebe unterhalten sowie alle Maßnahmen ergreifen, die die Verwirklichung der vorstehend beschriebenen Zwecke sicherstellen.

Um sicher zu stellen, dass die vorstehend beschriebenen steuerbegünstigten Zwecke auch im weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden, soll die Gesellschaft auch

- konzeptionelle Arbeiten i.S. des erstellten Masterplanes fortsetzen und weiterentwickeln;
- die Gesellschafter in künftigen Braunkohlenplanänderungsverfahren sowie bergrechtlichen Verfahren wie z.B. Rahmenbetriebsplan, Sonderbetriebspläne und Abschlussbetriebspläne unterstützen;
- an Maßnahmen zum Standortmarketing sowie zur Beratung und Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen mitwirken.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Organe

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag vom 14.08.2006 (URNr. 0280 für 2006 des Notars Dr. Hagen Monath in Düren) wurde geändert am 23.06.2010 (URNr. 1308 für 2010/M des Notars Dr. Hagen Monath in Düren), am 21.03.2013 (URNr. 915 für 2013 des Notars Dr. Hagen Monath in Düren) und erneut am 21.11.2017 (URNr. 3114 für 2017 des Notars Dr. Hagen Monath).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH ist durch ihre Gemeinnützigkeit nur beschränkt abhängig von volks- und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, da ihr Unternehmens-zweck in der Erfüllung der gemeinnützigen Ziele und nicht in der Gewinnerlangung liegt.

Die Weltwirtschaft entwickelte sich insgesamt in 2023 entgegen den ursprünglichen Annahmen nicht so positiv wie prognostiziert. „Die Weltwirtschaft verliert an Schwung...Die Inflation sinkt nur langsam von sehr hohem Niveau.....Der Welthandel wächst sehr langsam. (Die Weltwirtschaft stabilisiert sich auf niedrigem Niveau - Online Version 28.11.2023, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz).

Laut STATISTA wuchs das weltweite reale Bruttoinlandsprodukt in 2023 um 3,1 % (STATISTA) gegenüber 2022. Demgegenüber sank das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 0,3 %.

„Die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe ging zurück, die meisten Dienstleistungsbereiche stützten die Wirtschaft. Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung verlief im Jahr 2023 in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich: Die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ging insgesamt deutlich um 2,0 % zurück....Private und staatliche Konsumausgaben sanken.“ (DeStatis, Pressemitteilung Nr. 019, 15.01.2024)

Durch den Krieg in der Ukraine, den immer noch hohen Energiepreisen und der, wenn auch etwas abgeschwächten Rekordinflation des Vorjahres fand die ökonomische Regeneration im Jahr 2023 nicht statt. „Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr in eine Rezession gerutscht.“ (ZDF heute, Bericht vom 15.01.2024)

Im Vergleich gegenüber Deutschland stieg das BIP in der Eurozone in 2023 um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. (Erste Group Bank AG, Wien)

Die internationale Geldpolitik hat im Berichtsjahr zu weiteren Erhöhungen des Leitzinses geführt. Beginnend auf dem Niveau von 2,5 Prozent Ende Dezember 2022 hat er sich im Laufe des Jahres 2023 in verschiedenen Stufen auf 4,5 Prozent ab 20. September 2023 gesteigert. Für das kommende Jahr 2024 werden von verschiedenen Banken Senkungen des Leitzinses auf zwischen 3 und 4 Prozent erwartet. (www.mehrwertsteuerrechner.de)

Die Erhöhung des Leitzinses diente der Verringerung der Geldmenge, um die bereits im Jahr 2021 überproportional gestiegene Inflation einzudämmen.

„Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2023 um 5,9 % gegenüber 2022 erhöht. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, fiel die Inflationsrate für 2023 damit geringer aus als im Jahr zuvor.“ (DeStatis) Im Laufe des Jahres sank die Inflationsrate von 8,7 Prozent im Januar auf 3,7 Prozent im Dezember 2023. Der Anteil der Energiekosten an der Inflation ging zurück, während Nahrungsmittel insgesamt 12,4 Prozent teurer wurden als in 2022. „Die Jahresteuersatzrate ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln, häufig auch als Kerninflation bezeichnet, lag 2023 bei +5,1 %, nach +3,8 % im Jahr 2022 und hat sich im Vergleich zum Vorjahr damit verstärkt. Das ifo-Institut prognostiziert für 2024 eine Verringerung der Inflation auf 2,2 Prozent. (STATISTA)

Das indeland gehört zum Bereich der Arbeitsmarktagentur Aachen-Düren. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich in 2023 im gesamten Kreis Düren von 7,0 % im Januar auf 7,3% im Juli und sank wieder auf 7% im Dezember. In den beiden Mittelzentren Jülich und Eschweiler sah die Situation insgesamt günstiger aus. Jülich begann mit 5,9% im Januar, erreichte im Juli den Höhepunkt mit 6,5% und sank im Dezember auf 6,3%. Dies stellte sich auch in Eschweiler so dar: 6,4 % im Januar, 7,4% im August und 6,8 % im Dezember. (Arbeitsmarkt 2023, IHK Aachen). Insgesamt blieb der regionale Arbeitsmarkt relativ stabil, verschlechterte sich jedoch gegenüber dem Vorjahr.

Dieser Trend war auch in NRW sichtbar. So stiegen die durchschnittlichen Arbeitslosenquoten von 6,8 % in 2022 auf 7,2 % in 2023. (STATISTA)

Prognosen für die deutsche Konjunktur und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in 2024 sind nur sehr schwer zu erstellen. So rechnet die Bundesregierung lediglich von einem Wirtschaftswachstum von 0,2% in Deutschland. Für die gesamte Weltwirtschaft wird trotz Erhöhung des Leitzinses in 2024 ein Wirtschaftswachstum von 3,5 % erwartet. (Bundesministerium für Wirtschaft und Klima – Online-Version, 20.11.2023)

Die Prognose wird erschwert durch die kaum kalkulierbare Entwicklung der Zinssätze, der Inflation sowie den seit 24. Februar 2022 anhaltenden Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen der Sanktionen der westlichen Staaten auf die Weltwirtschaft. Seit dem 7. Oktober 2023 findet zusätzlich ein Krieg in Israel und Gaza statt, dessen evtl. regionale Ausweitung unabwägbare wirtschaftliche Risiken für die Weltwirtschaft in sich birgt.

Die Inflation in Deutschland wird nach allen Prognosen zwischen 2,1% und 3,5% liegen je nach Quelle. (Tagesschau 22.02.2024, 14:45 Uhr). Der verringerte Anstieg der Preise ist vor allem auf den Rückgang der Energiepreise zurückzuführen, während Preise für Nahrungsmittel weiterhin teurer werden. (DeStatis, Pressemitteilung Nr. 078, 29.02.2024).

2. Geschäftsverlauf

Wie in den Vorjahren auch, befand sich die Gesellschaft im Berichtsjahr 2023 mit Herrn Jens Bröker unter der Führung eines allein verantwortlichen Geschäftsführers.

Zum Kerngeschäft der Entwicklungsgesellschaft zählen nach wie vor die Interessensvertretung der Gesellschafterkommunen sowie die Fortschreibung und Vertiefung teilräumlicher Entwicklungskonzepte.

te und deren Abgleich mit den benachbarten Tagebau-umfeldinitiativen in Hambach und Garzweiler. Seit 2020 haben sich die Rahmenbedingungen der Entwicklung des indelands fortlaufend verändert. Zu nennen sind die neuen Leitentscheidungen des Landes NRW zur Braunkohle aus 2021 und im Berichtsjahr 2023, der Reviervvertrag 2.0 aus 2023 sowie die geänderten Förderverfahren für den Strukturwandel. So gibt es seit 2023 ein eigenes Förderangebot des Landes für die Tagebauumfelder.

Die Überarbeitung des bestehenden Rahmenplans Indesee in der Phase der vollständigen Befüllung des Sees wurde in einem Gremium aus Gemeinde Inden, Stadt Düren, RWE Power, dem Büro RMP sowie weiteren Kooperationspartnern in 2023 vollendet und im Gemeinderat Inden beschlossen. So fanden die regionalen Vorstellungen den Weg in den von RWE Power bei der Bezirksregierung Arnsberg eingereichten Abschlussbetriebsplan.

Im Jahr 2023 ist die Erarbeitung der potenziellen Nutzungen in den Zwischenphasen der Seebefüllung als zentrale Aufgabe der Entwicklungsgesellschaft erfolgt. In Zusammenarbeit mit relevanten Stakeholdern, Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern wurde eine umfassende Analyse durchgeführt und erforderliche Anpassungen vorgenommen, um die langfristige Entwicklung und Nachhaltigkeit des regionalen Strukturwandels zu gewährleisten. Der überarbeitete Masterplan, der im ersten Quartal 2024 fertiggestellt wird, bildet eine solide Grundlage für zukünftige Entwicklungsprojekte und Strategien. Der Rahmenplan Indesee 2.0 umfasst eine Vielzahl von Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur für Wohnen und Arbeiten, zum Schutz der Natur, zur Förderung des Tourismus und zur Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten für Einheimische und Besucherinnen und Besucher.

In 2022 begann die erste vierjährige Förderphase STARK. Die Förderung teilt sich auf in Personalkosten für insgesamt vier Personalstellen sowie Projektkosten. Insgesamt drei Stellen wurden bereits im Jahr 2022 besetzt: Regionalmanagement, Partizipationsmanagement und Fördermittelmanagement. Die letzte Stelle als Strukturwandelmanager konnte im Jahr 2023 vergeben werden. Es wurde ein umfangreiches Portfolio an Projekten entwickelt, externe Dienstleistungen ausgeschrieben und Aufträge vergeben.

Dies umfasste im Jahr 2023:

- externe Dienstleistung Fördermittelscouting und -beratung
- Organisation und Durchführung von regelmäßigen Austauschformaten zusammen mit den kommunalen Strukturwandelmanagements
- Beginn der Erarbeitung des Mobilitätskonzept indeland
- Weiterentwicklung des Masterplans indeland 2038
- Rahmenvertrag Kommunikation für STARK-Projekte
- Markenentwicklung
- Weiterarbeit an der Szenarienentwicklung 2060
- Auswertung der ersten großen Bevölkerungsumfrage

Die Laufzeit der Projekte reicht teilweise bis in das Jahr 2024 hinein.

Die Überarbeitung des Masterplans für die Entwicklung des indelands war eine zentrale Aufgabe der Entwicklungsgesellschaft indeland im Jahr 2023. In Zusammenarbeit mit relevanten Stakeholdern, Fach-

leuten und Bürgerinnen und Bürgern wurde eine umfassende Analyse durchgeführt und erforderliche Anpassungen vorgenommen, um die langfristige Entwicklung und Nachhaltigkeit des regionalen Strukturwandels zu gewährleisten. Als Baustein zur Erarbeitung des neuen Masterplans wurde im Mai 2023 im Kulturbahnhof Jülich erstmals eine „indeland Werkstatt“ zur Beteiligung der Öffentlichkeit an diesem für die Ausrichtung der Regionalentwicklung zentralen Prozess angeboten.

Der überarbeitete Masterplan bildet die Grundlage für zukünftige Entwicklungen und Strategien. Er wird in 2024 fertiggestellt und soll in den kommunalen Gremien beschlossen werden.

Im Zuge der Erarbeitung von Szenarien für das indeland im Jahr 2060 sollen mit Blick auf langfristige Herausforderungen und Chancen verschiedene Zukunftsszenarien entstehen, um potenzielle Entwicklungswege und ihre Auswirkungen zu veranschaulichen. Die Szenarien sollen zukünftig als Orientierungshilfe bei politischen und strukturellen Entscheidungen dienen. Sie erleichtern das vorausschauende Planen und flexible Reagieren auf Veränderungen. Der Szenarienprozess soll im Mai 2024 abgeschlossen werden.

Das Durchführen einer umfassenden Umfrage war Ende 2022 ein wichtiger Schritt, um die Bedürfnisse, Meinungen und Anliegen der Bürger im indeland besser zu verstehen. Im Jahr 2023 wurden die Antworten ausgewertet und haben Einblicke in die Wahrnehmung und Zufriedenheit der Bevölkerung offenbart. Die Umfrageergebnisse werden in die weitere Planung und Gestaltung von Projekten einfließen sowie als Grundlage für weitere Befragungen dienen.

Die Entwicklung eines umfassenden Mobilitätskonzepts war ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten im Jahr 2023. Angesichts der wachsenden Herausforderungen im Bereich der Mobilität wurden Ansätze und Lösungen erarbeitet, um die Verkehrssituation im indeland nachhaltig zu verbessern. Das Mobilitätskonzept berücksichtigt verschiedene Verkehrsträger, um eine effiziente, umweltfreundliche und barrierefreie Mobilität für alle Bewohner zu gewährleisten. Es soll Ende 2024 fertiggestellt sein.

Die Durchführung einer Studie zum Thema „Zwischenraum“ war ein weiteres Projekt, das im Jahr 2023 abgeschlossen wurde. Diese Studie untersuchte die künftigen Potenziale der Orte und Flächen zwischen den heutigen Tagebauen Inden und Hambach. Die Studie dient als erster Impuls, um bisher ungenutzte Ressourcen zu aktivieren und die Entwicklung des künftigen „Raums zwischen den Seen“ in den Blick zu nehmen.

Die Entwicklungsgesellschaft indeland hatte sich im Jahr 2021 mit der Projektskizze „indelands Regionale Nachhaltigkeitsstrategie 2030“ (inReNa 2030) um Fördermittel beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), beworben. Zum 1.4.2022 begann die Arbeit in diesem Projekt. Ziel ist die Entwicklung einer Regionalen Nachhaltigkeitsstrategie im indeland zusammen mit den Gesellschafter-kommunen, Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich Nachhaltigkeit und die Schaffung von insgesamt sieben Miniwäldern. Im Berichtsjahr wurden zusammen mit Kindern/Jugendlichen insgesamt fünf Miniwälder gepflanzt und erste Pflegemaßnahmen durchgeführt. Weiterhin erfolgte in verschiedenen, projektspezifischen Gremien die Weiterarbeit an der regionalen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Laufzeit des Projektes wurde kostenneutral bis Ende Juni 2024 verlängert.

Ende Juli 2023 endete das Förderprojekt „Faktor X Bauberatung in der LEADER-Region Rheinisches Revier an Inde und Rur“. Die im Oktober 2019 gestartete Bauberatung entstand aus den Erfahrungen heraus, die im Rahmen der ersten Faktor-X-Siedlungen in Inden und Eschweiler gesammelt wurden. Die Faktor-X-Siedlungen Inden-Lützeler Hof und Eschweiler-Vöckelsberg konnten umgesetzt werden. Insgesamt wurden in beiden Baugebieten rund 100 Bauherren beraten sowie etwa 90 eingereichte Bauvorhaben hinsichtlich ihrer Ressourceneffizienz geprüft. Zudem wurde die Faktor-X-Methode im Jülicher Baugebiet Lindenallee II bei acht Grundstücken testweise angewandt.

Das als Kooperation konzipierte Projekt „Klima- und Ressourceneffizienz in Gewerbe- und Industriegebieten“ (KREGI)“ erhielt in dem dreistufigen Qualifikationsprozess bereits Ende April 2021 den dritten Stern. Dieser ist mit der Identifikation der Förderkulisse STARK beim Bundesamt für Außenwirtschaftskontrolle (BAFA) verbunden. Der Antrag bei der BAFA wurde im Juli 2021 eingereicht. Nach einigen Verzögerungen erhielt das Projekt im Oktober 2023 den Förderbescheid und konnte mit vorläufiger Mitarbeiterin die Arbeit aufnehmen.

Im vierjährigen Projektzeitraum wird ein umfassender Maßnahmenkatalog erarbeitet, der es Städten und Gemeinden ermöglichen soll, Gewerbeflächen nach den Kriterien des klima- und ressourceneffizienten Bauens zu entwickeln. Der KREGI-Maßnahmenkatalog soll in drei Mustergewerbegebieten mit unterschiedlichen Schwerpunkten in Inden, Eschweiler und Langerwehe erstmals in der Praxis erprobt werden. Beteiligt an dem Projekt sind neben der indeland GmbH und den drei Kommunen: die ResScore GmbH, die Fachhochschule des Mittelstands in Frechen, das Institut für anthropogene Stoffkreisläufe der RWTH Aachen und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Das Projekt „Management der Ressourceneffizienz beim Weiterbauen in der LEADER-Region“ erhielt Mitte Dezember 2023 den Förderbescheid und wird nach erfolgreicher personeller Besetzung im Jahr 2024 in die Umsetzung gehen. Dieses Projekt soll dazu beitragen, den absoluten Ressourcenverbrauch beim Bauen in der LEADER-Region zu senken. Es ist ausgerichtet auf Bestandsbauten und nimmt die Weiterentwicklung von Ortschaften, aber auch von einzelnen Bauprojekten in den Blick.

Neben der projektbezogenen Tätigkeit wirkte die Faktor X Agentur an verschiedenen kommunalen und regionalen Projekten im indeland und im Rheinischen Revier mit. Sie war an der Durchführung von drei Architekturwettbewerben im indeland beteiligt: Besucherzentrum am Indemann in Inden, Sichtachse in Inden-Schophoven und Innovations- und Gewerbezentrum in Eschweiler. In Eschweiler ist die Faktor X Agentur auch an der baulichen Umsetzung des „Hauses des Strukturwandels“ in der Marktstraße 9 beteiligt. Hier werden Sanierungsvarianten hinsichtlich ihrer Klima- und Ressourceneffizienz überprüft und mit dem ResourceScore bewertet sowie die Beteiligten bei der Planung der Umbaumaßnahmen beraten.

Der Dienstsitz der Faktor X-Agentur wurde im Dezember 2023 von Inden nach Düren ins Bismarck-Quartier verlegt.

Das Land NRW hat die Fördersystematik für Strukturwandelprojekte im Rheinischen Revier umgestellt. Anstelle der Qualifizierung über das Sterneverfahren wird nun ein dialogorientierter Ansatz verfolgt. Förderbedarfe in der Region bzw. bei potenziellen Antragstellern sollen zunächst festgestellt und dann zu thematisch passenden Fördertöpfen geführt werden. Die Tagebauumfeldverbünde wie die indeland

GmbH werden dabei privilegiert behandelt. Für sie sollen eigene Förderangebote konzipiert werden, die mit dem Land weiterentwickelt und bis zur Förderung gebracht werden sollen. Seit Mai 2023 gab es in diesem Verfahren zwei Projektwerkstätten zu indeland-Projekten sowie eine Projektwerkstatt mit den anderen Tagebauumfeldverbünden.

Positive Signale des Landes für die Förderbereitschaft gab es für zwei Projekte mit direktem Bezug zur Inwertsetzung des Indesees sowie zwei weiteren Vorhaben aus den Bereichen Gewerbeflächenentwicklung und Beteiligung und Dialog:

- Unterstützung der indeland GmbH bei der Steuerung von (investiven) Projekten (Projektmanagement Inwertsetzung Indesee)
- Landschaftsplanerischer Wettbewerb Südkante Indesee-Ufer
- Future Mobility Park: Gewerbeflächenentwicklung in Aldenhoven
- Erzählsalons: Projekt im Bereich Beteiligung und Dialog

Das Dialogverfahren wird fortgeführt, so dass es in der Zukunft möglich sein wird, weitere Tranchen mit Projekten, auch zur Entwicklung des Indesees und seines Umfelds, einzureichen.

Im Rahmen des komplexen Vorhabens „Projektmanagement Inwertsetzung Indesee“ soll 2024 der Antrag auf Förderung eines Projektsteuerungsbüros gestellt werden. Dieses soll in Zusammenarbeit mit der AG Rahmenplan ein Organisationsschema und eine Roadmap für die zahlreichen Teilprojekte erarbeiten.

Neben projektbegleitenden Beteiligungsformaten initiiert die indeland GmbH auch projektunabhängige Beteiligungsformate. Die „Erzählsalons“ sind ein Format, das sich insbesondere dem (industriell-)kulturellen Erbe der Region und der Wertschätzung der individuellen Lebensleistung der hier lebenden Menschen widmet. Die Etablierung eines solchen Formats zum Erhalt der Erinnerungskultur trägt dazu bei, den Dialog in der Bevölkerung zu fördern und das bürgerliche Engagement für den Strukturwandel zu aktivieren. Das Vorhaben wurde im Jahr 2023 weiterentwickelt, und in 2024 soll der Antrag gestellt werden.

In 2020 wurde der Bereich Freizeit/Naherholung vom „indeland Tourismus e.V.“ übernommen. Auch in 2023 arbeitete die Entwicklungsgesellschaft indeland zusammen mit dem indeland Tourismusverein in verschiedenen Arbeitskreisen weiterhin an der Attraktivierung der Region für Freizeitmöglichkeiten. So fanden in Inden-Schophoven Arbeitssitzungen zur Wiederbelebung von Gut Müllenark sowie zu alternativen Nutzungsmöglichkeiten der Ortskirche statt. Gemeinsam mit einzelnen lokalen Akteurinnen und Akteuren sowie in Kooperation mit dem „indeland Tourismus e.V.“ wurde die Regionalmarketing-Kampagne „Made in indeland“ konzipiert und ein erstes Produktsortiment zusammengestellt. Auf Basis der Architektur des Indemannes wurde eine Sympathiefigur entwickelt, die vom indeland Tourismus aber auch für andere indeland-Aktionen verwendet wird, vorrangig für solche mit Bezug zu Familien- oder Kindern (z. B. indeland Miniwälder).

Die Kommunikation der Marke „indeland“ wurde im Jahr 2023 abermals intensiviert. Die vielfältigen Marketingaktivitäten und Kommunikationsleistungen haben sich etabliert und konnten, auch im Rah-

men des STARK-Projekts, deutlich ausgeweitet werden. Der Einsatz eines zentralen externen Dienstleisters, der sämtliche Kommunikationsaktivitäten koordiniert, hat sich bewährt und zu einer weiterhin verstärkten Wahrnehmbarkeit und Bekanntheit der Tätigkeiten der Gesellschaft in der Öffentlichkeit geführt. Das Interesse am indeland ist im Berichtsjahr durch zahlreiche Aktivitäten und die zunehmende Themenbreite weiterhin gestiegen.

Die Webseite der Entwicklungsgesellschaft und die Social-Media-Kanäle (Facebook und LinkedIn) werden laufend durch aktuelle Informationen z. B. über Strukturwandelprojekte und -akteure ergänzt. Ein regelmäßig erscheinender Newsletter bündelt die wesentlichen Informationen. Die Veröffentlichung von Hintergrundberichten, Pressemitteilungen und Dokumentationen verschiedener Aktivitäten und Veranstaltungen, wie z. B. Bürgerbeteiligungsformate, runden das Bild der indeland-Kommunikation ab. Der Bereich Marketing und Kommunikation begleitet, unterstützt und berät die anderen Fachbereiche der Entwicklungsgesellschaft mit Blick auf die öffentlich wirksame Kommunikation von Projekten. Im Mittelpunkt des 10. Zukunftslabors indeland am Blaustein-See in Eschweiler standen unter anderem die Themen Beteiligung und Nachhaltigkeit sowie der „Zwischenraum“ zwischen den künftigen Tagebauseen Inden und Hambach.

Erneuert wurde der Sponsoringvertrag mit dem TTC indeland Jülich. Darüber hinaus hat die Entwicklungsgesellschaft mehrere herausragende Veranstaltungen, wie die Verleihung des Ehrenamtspreises indeland, den DKB-Beach-Cup, das „Sommerleuchten“ am Indemann und den indeland-Triathlon gesponsert sowie zahlreiche gemeinnützige Vereine aus Kultur, Sport und Brauchtum im Zuge des Budgets der lokalen Kommunikation mit Spenden unterstützt. Zur Bekanntheit der Marke „indeland“ tragen zudem großflächige Werbungen auf zwei Bussen der Rurtalbus GmbH und der VIAS GmbH bei.

Die in 2016 übernommene Funktion eines Trägers und Treuhänders für die „Stiftung RWE Mitarbeiter für das indeland“ wurde in 2023 weitergeführt. Gegründet wurde die Stiftung nach dem Vorbild der vor mehr als 20 Jahren etablierten Mitarbeiterstiftung des Tagebaus Hambach.

Die Stabsstelle „Innovation und Wandel“ beim Kreis Düren wurde in das „Referat für Wandel und Entwicklung“! umgewandelt, dem die Abteilungen „Regionalstrategie und Wandel“, „Klimaschutz und Mobilität“ sowie „Wirtschaft und Tourismus“ der Kreisverwaltung Düren zugeordnet sind. Die Leitung liegt bei Herrn Bröker im Nebenamt. Das Referat hat unter anderem die Aufgabe, die Grundlagen für ein zukunftssicheres Wachstum im Kreis Düren weiterzuentwickeln. Aus dieser Funktion ergeben sich naturgemäß zahlreiche fruchtbare Schnittstellen in Bezug auf Strukturwandel und Regionalentwicklung im indeland, etwa bei Fragen zur Flächenplanung und der Schaffung eines attraktiven Umfelds für zukünftige Bewohner und Unternehmen, die in der Region investieren wollen.

3. Lage

a. Ertragslage

Das Jahresergebnis 2023 der Gesellschaft beinhaltet folgende wesentlichen Erträge (gerundet auf 1.000 €):

Eigenanteile Gesellschafter	380.000 €
Mittel der RWE AG	300.000 €
Sparkasse Düren	219.000 €
Spende RWE Power	0 €
öffentliche Fördergelder „STARK“	624.000 €
öffentliche Fördergelder „STARK – Faktor X“	7.000 €
öffentliche Fördergelder „inReNa2030“	215.000 €
öffentliche Fördergelder „LEADER“	25.000 €
öffentliche Fördergelder „ReBau“	39.000 €

Den Erträgen stehen folgende wesentlichen Aufwendungen gegenüber:
(gerundet auf 1.000 €)

Für Projekte der Gesellschafter:

Projekte Gemeinde Inden (anteilige Zuwendung Betrieb und Unterhalt Indemann)	75.000 €
---	----------

Für Projekte/Aufwendungen der Gesellschaft (ohne anteilige Personalkosten):

Allgemeine Kommunikation	151.000 €
Lokale Kommunikation	97.000 €
Rechts- und Beratungskosten	61.000 €
Abschluss- und Prüfungskosten	21.000 €
Projektvorbereitende Untersuchungen	3.000 €
Grundlagenstudien (Visualisierungen)	0 €

b. - c. Vermögens- und Finanzlage

Die Herkunft der Mittel der Gesellschaft zum 31.12. 2023 stellt sich wie folgt dar:
(gerundet auf 1.000 €)

Eigenkapital	3.132.000 €
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	2.000 €
Steuerrückstellungen	0 €
sonstige Rückstellungen	51.000 €
Verbindlichkeiten	281.000 €
- davon langfristig (Restlaufzeit 1 - 5 Jahre)	62.000 €
- davon gegenüber Gesellschaftern	0 €
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0 €

Die Mittel der Gesellschaft wurden zum Bilanzstichtag wie folgt verwendet:
(gerundet auf 1.000 €)

Anlagevermögen zum 31.12.2023	1.065.000 €
- dabei Investitionen in Anlagevermögen 2022	8.000 €
- davon immaterielle Vermögensgegenstände	0 €
- davon Sachanlagen	8.000 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	196.000 €
- davon langfristig (Restlaufzeit > 1 Jahr)	0 €
- davon gegenüber Gesellschaftern	59.000 €
Sichtguthaben bei Kreditinstituten	1.657.000 €
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	452.000 €

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Da die Gesellschaft als steuerbefreite gemeinnützige Körperschaft in erster Linie nicht nach Gewinn, sondern nach Verwirklichung ihrer gemeinnützigen Zwecke strebt, haben Eckdaten und Kennzahlen zur Ertragslage bzw. zur Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft, wenn überhaupt, nur eine eingeschränkte Aussagekraft.

Finanzielle Leistungsindikatoren der Gesellschaft in 2023 sind:
(gerundet auf 1.000 €)

Eigenkapitalrentabilität	-10,70 %
Gesamtkapitalrentabilität	-9,66 %
Personalintensität	45,51 %
Anlagenintensität	30,73 %
Anlagendeckung	294,06 %
Eigenkapital	3.132 €
Eigenkapitalquote	90,37 %
Cashflow	-296 €
Kapitaldienstfähigkeit	-296 €

Die finanziellen Leistungsindikatoren wurden dabei wie folgt definiert:

Eigenkapitalrentabilität =	Jahresüberschuss, -fehlbetrag / Eigenkapital
Gesamtkapitalrentabilität =	(Jahresüberschuss, -fehlbetrag + Ertragssteuern + Zinsaufwand) / Gesamtkapital
Personalintensität =	Personalaufwand / Gesamtleistung
Anlagenintensität =	Anlagevermögen / Gesamtvermögen
Anlagendeckung =	Eigenkapital / Anlagevermögen
Eigenkapital =	Eigenkapital lt. Bilanz
Eigenkapitalquote =	Eigenkapital / Gesamtkapital
Cashflow =	Jahresüberschuss, -fehlbetrag + Abschreibungen + Erhöhung langfristige Rückstellungen
Kapitaldienstfähigkeit =	Cashflow + Zinsaufwand

III. Prognosebericht

Mit den im Juli 2020 beschlossenen „Kohleausstiegsgesetz“ sowie dem „Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen“ wurden die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, an der sich die Strukturentwicklung des indelandes in den kommenden Jahren und Jahrzehnten orientieren muss. Die Vorzeichen für unsere Region sind dabei positiv, da das indeland gut aufgestellt ist. Für die Menschen im indeland ist es von entscheidender Bedeutung, dass konkrete Maßnahmen zur sozialen Absicherung der Beschäftigten im Revier vereinbart und zugleich die Voraussetzungen geschaffen wurden, um in der Region auch zukünftig erfolgreich wirtschaften, leben und arbeiten zu können. Sämtliche Projekte und Maßnahmen, die im Rahmen des Strukturwandels mit Fördermitteln umgesetzt werden, müssen sich an diesem Ziel orien-

tieren. Im nordrhein-westfälischen Sofortprogramm, das für die Startphase des Prozesses erarbeitet worden ist und in den Förderkulissen „SofortprogrammPLUS“ sowie „Starterpaket Kernrevier“ sind wichtige Impulsprojekte benannt und als Skizze eingereicht worden, davon aus dem indeland u. a.: Projektmanagement Inwertsetzung Indesee, Weiterentwicklung des Freizeitentrums Indemann, Faktor X Ressourcen- und Klimaeffizienz in Gewerbe- und Industriegebieten, der Aus- und Umbau Bahnquartier Langerwehe und Mobilität der Zukunft für den ländlichen Raum „Future Mobility Park“. Einige dieser Projekte laufen bereits.

Durch das Anlaufen der STARK-Förderung in 2022 und die Laufzeit der ersten Förderphase von vier Jahren sind starke Entwicklungsimpulse im indeland zu erwarten. So wird der Masterplan, der im Jahr 2024 fertiggestellt wird, vermehrt konkrete Projekte benennen, die umgesetzt werden sollen. Auch das zukünftige Mobilitätskonzept für das indeland wird wie der Masterplan Leitlinien benennen, die in regionaler Kooperation erarbeitet werden. Für eine aktive Mitwirkungsmöglichkeit der Bürgerschaft werden verschiedene Formate angeboten werden.

Nach der Fertigstellung des Faktor 4-Hauses in Inden wurde die Faktor X-Agentur im Frühjahr 2018 dort verstandortet und informiert seitdem rund um die ressourceneffiziente Bauweise mit einer Ausstellung und in Beratungen. Der Standort der Faktor X-Agentur in Inden wurde nach Düren verlagert, um Synergieeffekte mit den anderen Bereichen der Entwicklungsgesellschaft indeland besser nutzen zu können. Zudem soll das Gebäude in Inden im Jahr 2024 veräußert werden. Das inhaltliche Konzept der Faktor X-Agentur wird weiterhin als Angebot an indeland-Kommunen für die Entwicklung von Wohnbaugebieten genutzt, als Kooperationsmodell mit RWE sowie als Beratungsinstanz für Bauinteressenten. Neue Förderprojekte wie z.B. „Faktor X in Gewerbegebieten“ haben begonnen.

Auch nach Beendigung des Projektes inReNa 2030 Ende Juni 2024 wird „Nachhaltigkeit“ einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Entwicklungsgesellschaft indeland bilden. An der Formulierung eines Folgeprojektes wird bereits gearbeitet. Es ist Ziel der indeland Entwicklungsgesellschaft, das Thema der Nachhaltigkeit in den kommunalen Verwaltungsstrukturen und darüber hinaus im indeland systematisch dauerhaft zu verankern. Die in relevanten Themen der Nachhaltigkeit qualifizierten Stakeholder und Entscheidungsträger werden über die Projektdauer von inReNa 2030 hinaus in ihren Kommunen als kompetente Ansprechpersonen erhalten bleiben. Sie werden sich für die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen der während des Projekts entwickelten Nachhaltigkeitsstrategie sowie für eigene Nachhaltigkeitsprojekte einsetzen.

Im Frühjahr 2024 sollen die beiden verbleibenden indeland Miniwälder in Linnich und Niederzier gepflanzt werden. In allen Kommunen werden die Patengruppen weitere Kontrollbesuche durchführen und das Wachstum der Pflanzen protokollieren, um den Fortbestand der Miniwälder zu gewährleisten.

Mit dem nahenden Ende der Kohleförderung im Tagebau Inden und dem Beginn der Seebefüllung wird der Fokus des Arbeitsbereichs Planung und Projekte 2024 weiter auf der Entwicklung des Umfelds des Indesees liegen. Neben dem angestrebten Projektmanagement Inwertsetzung Indesee und der Anbindung der benachbarten Kommunen wird zunehmend die Umsetzung einzelner Leuchtturmprojekte, wie die Inwertsetzung der Strandlandschaft und die Seebrücke am Ende der Freizeitachse Indemann, in den Blick genommen. Das „Mobilitätskonzept indeland“, das bis Ende 2024 vorliegen soll, markiert einen weiteren Meilenstein der regionalen Entwicklung. Erstmals wird darin das Zukunftsthema Mobilität im

Umfeld des Tagebaus und künftigen Indesees betrachtet. Die Ergebnisse werden in die weiteren Planungen auf kommunaler und regionaler Ebene einfließen.

Der „Rahmenplan Indesee 2.0“ wird im Jahr 2024 fertiggestellt und in den Räten der Gemeinde Inden und der Stadt Düren beschlossen. Erste Maßnahmen aus diesem Plan wie die Gestaltung des Südufers bei Lucherberg inkl. Strand und Seezugang ab 2035 sind bereits in Vorbereitung. Gleiches gilt für die Entwicklung einer sanften freizeitwirtschaftlichen Nutzung an der Nordkante des zukünftigen Indesees.

Das Projekt eines weiteren InfoCenters, in diesem Fall auf der Sophienhöhe im Bereich der Gemeinde Niederzier, wird gemeinsam mit der Neuland Hambach GmbH weiterverfolgt. Auch in der Stadt Linnich als nördlichem Eingangstor ins indeland bleibt man diesbezüglich im Gespräch.

Im Jahr 2024 wird das Partizipationsmanagement der indeland GmbH den Schwerpunkt der Beteiligung auf niedrigschwellige Dialogformate legen, um den strukturwandelbezogenen Austausch in der Bevölkerung zu fördern und unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen. Darüber hinaus wird es eine Aufgabe sein, die projektbezogene Beteiligung in den laufenden und auslaufenden Prozessen, etwa zum Rahmenplan Indesee 2.0 und den Szenarien 2060, sowie den angestrebten Start der Erzählsalons zu begleiten.

Insgesamt gibt trotz des ausgewiesenen Jahresfehlbetrags für 2023 die positive finanzielle Gesamtlage der Gesellschaft durch die Gewinnrücklagen der vergangenen Wirtschaftsjahre für 2024 keinen Grund zur Sorge.

Wenn auch auf einem reduzierten finanziellen Niveau wurden mit den beiden Unternehmen RWE Power AG sowie der Sparkasse Düren wiederum Vereinbarungen zur Unterstützung der Entwicklungsgesellschaft indeland geschlossen. Zur Deckung der Finanzierungslücke hat die Entwicklungsgesellschaft in 2021 einen Antrag im Zuge der „Förderrichtlinie zur Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerksstandorten“ (STARK) gestellt und erhielt im Dezember 2021 den Zuwendungsbescheid für die Haushaltsjahre 2022 bis 2026. Aus diesen Mitteln wurden ab 2023 dann insgesamt vier Personalstellen sowie zahlreiche regional bedeutsame Projekte finanziert.

IV. Chancen und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Durchführbarkeit von Projekten zusammen mit Kommunen ist grundsätzlich - wenn auch nur partiell - abhängig von der Bereitstellungsmöglichkeit von personellen oder finanziellen Ressourcen in den Gesellschafterkommunen, die z.T. Haushaltssicherungskonzepten unterliegen oder Stärkungspaktkommunen sind. Eine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation ist kurzfristig nicht erwartbar. Vor allem die Verfügbarkeit von qualifiziertem und erfahrener Fachpersonal zur Projektsteuerung, Fördermittelakquise und Planung auf dem Arbeitsmarkt war und ist zunehmend zu einem limitierenden Faktor des Strukturwandels im gesamten Rheinischen Revier geworden. Dieses systemrelevante Problem ist der Landesregierung NRW bekannt. Zumindest die Finanzierung entsprechender Stellen bei den

Anrainerkommunen und Tagebauumfeldinitiativen ist seit 2021 geregelt worden. Die Besetzung dieser Stellen mit entsprechend qualifiziertem Personal wurde in 2023 weitgehend abgeschlossen.

Eine mittelfristig positive Entwicklung der Umsetzung von Maßnahmen für die Bewältigung des anstehenden Strukturwandels im indeland ist auch von politischen Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene abhängig. Diese Maßnahmen können nur greifen bei unbürokratischen und schnellen Vergabeverfahren für Fördermittel. Dies war teilweise auch in 2023 nicht der Fall. Jedoch wurde das sog. „Sterne-Verfahren“ für die Qualifizierung von Projekten aus der Förderkulisse „Starterpaket Rheinisches Revier“ abgelöst durch ein Dialogverfahren zusammen mit den beteiligten Landesministerien, der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, Projektträgern und Bezirksregierungen.

Weiterhin besteht für 2024 auf volks- und regionalwirtschaftlicher Ebene ein nicht kalkulier-bares Risiko durch den anhaltenden Krieg in der Ukraine sowie weiterer internationaler Krisenherde. Die Auswirkungen steigender Energiepreise, höherer Kreditzinsen, gestörter internationaler Wertschöpfungsketten sowie überdurchschnittlich gestiegener Lebens-haltungskosten lassen sich seriös nicht prognostizieren.

2. Chancenbericht

Seit Beginn 2022 erhält die Entwicklungsgesellschaft bis einschließlich 2026 Unterstützungs-leistungen von Seiten der RWE Power AG, für je ein Jahr Sponsoringmittel von der Sparkasse Düren sowie für vier Jahre Fördermittel aus dem Programm STARK. Eine weitere Unterstützung durch die Sparkasse Düren über 2023 hinaus ist somit unverzichtbar. Insgesamt steht die Entwicklungsgesellschaft vor der Herausforderung eines aperiodischen Mittelzuflusses vor allem von Projekten mit mehrjähriger Laufzeit. Aufgrund dieses Gesamtfinanzierungspakets können die Chancen auf eine weiterhin bestehende Handlungsfähigkeit der Gesellschaft zur Umsetzung ihrer satzungsmäßigen Zwecke insgesamt auch mittelfristig aufrechterhalten werden.

Die Etablierung des Vereins „indeland Tourismus e.V.“ und dessen Integration in die revierweite Tourismusstruktur wird freizeitwirtschaftlich orientierte Projekte umsetzen können, um das indeland im Kontext des Rheinischen Reviers mittelfristig als eine auch interregional touristisch interessante Region zu etablieren.

Das laufende Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln wird in Kombination mit den Chancen des regionalen Strukturwandels dazu führen können, dass dringend benötigte Flächen zur Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen planerisch gesichert werden können. Wesentliche Impulse zu einer nachhaltigen Entwicklung wird die Umsetzung des Projektes „Faktor X Ressourcen- und Klimaeffizienz in Gewerbe- und Industriegebieten“ setzen, das seit Ende 2023 läuft. Exemplarisch soll zusammen mit Kooperationspartnern aus der Wissenschaft an Gewerbegebieten in Inden, Eschweiler und Langerwehe untersucht werden, wie diese Flächen unter den Aspekten Ressourcen- und Klimaschutz gestaltet werden können.

Die partizipative Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie im indeland in Kombination mit Qualifizierungsmaßnahmen in den Jahren 2022 bis 2024 wird über den Förderzeitraum hinaus ein Netzwerk auch

mit gleichartigen Konzepten in der Nachbarschaft des indelandes entstehen lassen. Somit wird ein besondere Schwerpunkt im Bereich der Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens in der Zivilgesellschaft geschaffen.

Die Entwicklungsgesellschaft hat bereits in 2021 mit verschiedenen potenziellen Kooperationspartnern Gespräche begonnen, um zukünftig durch nachhaltiges Engagement im Immobiliensektor weitere Deckungsbeiträge zur Finanzierung der Umsetzung der gemeinnützigen Gesellschaftszwecke zu erzielen und damit marktgerechte Projekte der Strukturentwicklung in der Region zu positionieren. Dieser Prozess wurde in 2023 vorübergehend inaktiviert. Aufgrund der erheblichen Zinserhöhungen für Immobilienfinanzierungen und weitere geänderte Parameter war ein solches Engagement 2023 unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit seriös nicht kalkulierbar und daher nicht zweckmäßig. Bei einer positiven Veränderung der Rahmenbedingungen wird sich die Entwicklungsgesellschaft indeland wieder mit diesem Thema befassen.

3. Gesamtaussage

Nach den o. a. Darstellungen erscheinen die direkten Risiken für die Entwicklungsgesellschaft indeland in 2024 überschaubar, während die Aussichten für die künftigen Jahre durchaus positive Wirkung haben dürften, unter Einschränkung der bisher nicht kalkulierbaren Folgen des Krieges in der Ukraine sowie der weiteren volkswirtschaftlichen Entwicklung. Die finanzielle Basis ist bei weiterer aufwandsorientierter Weitsicht der Gesellschaft als gesichert anzusehen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Bröker, Jens (bis 24.04.2024)	Düren	
	Weinberger, Walter (seit 01.05.2024 bis 01.03.2025)	Düren	
	Rast, Christian (ab 04.03.2025)	Düren	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	5 Sitze	37,0 %
	Stadt Eschweiler	3 Sitze	9,0 %
	Stadt Jülich	3 Sitze	9,0 %
	Gemeinde Aldenhoven	3 Sitze	9,0 %
	Gemeinde Merzenich	3 Sitze	9,0 %
	Stadt Linnich	3 Sitze	9,0 %
	Gemeinde Langerwehe	3 Sitze	9,0 %
	Gemeinde Niederzier	3 Sitze	9,0 %
Gesellschafterversammlung:	Je 50 € Stammkapital haben die Gesellschafter einer Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.		
	1 Stimme		je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Dichant, Maximilian	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Schlächter, Herbert	Kreistagsmitglied	01.11.2021	
Schmitz-Esser, Gabriele	Sachkundige Bürgerin	03.07.2014	
Schütz, Jürgen	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	10.01.2007	08.11.2024

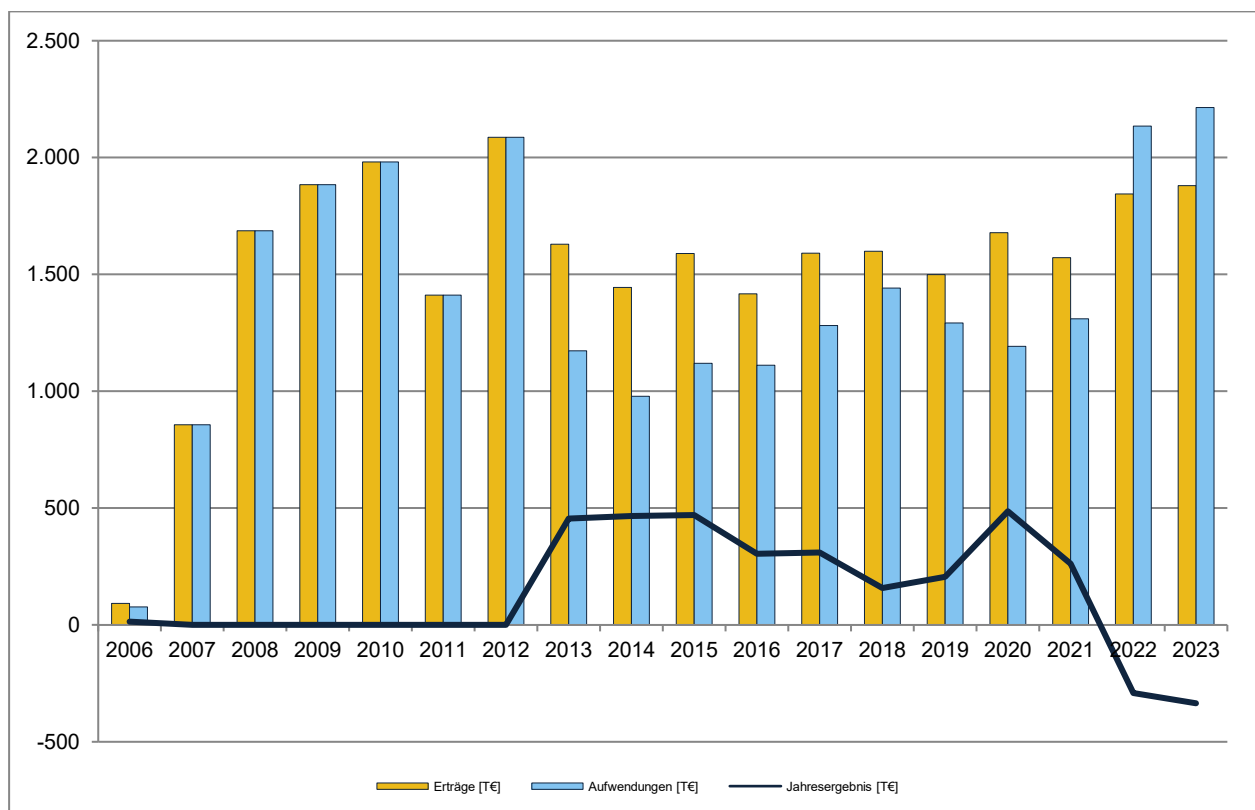
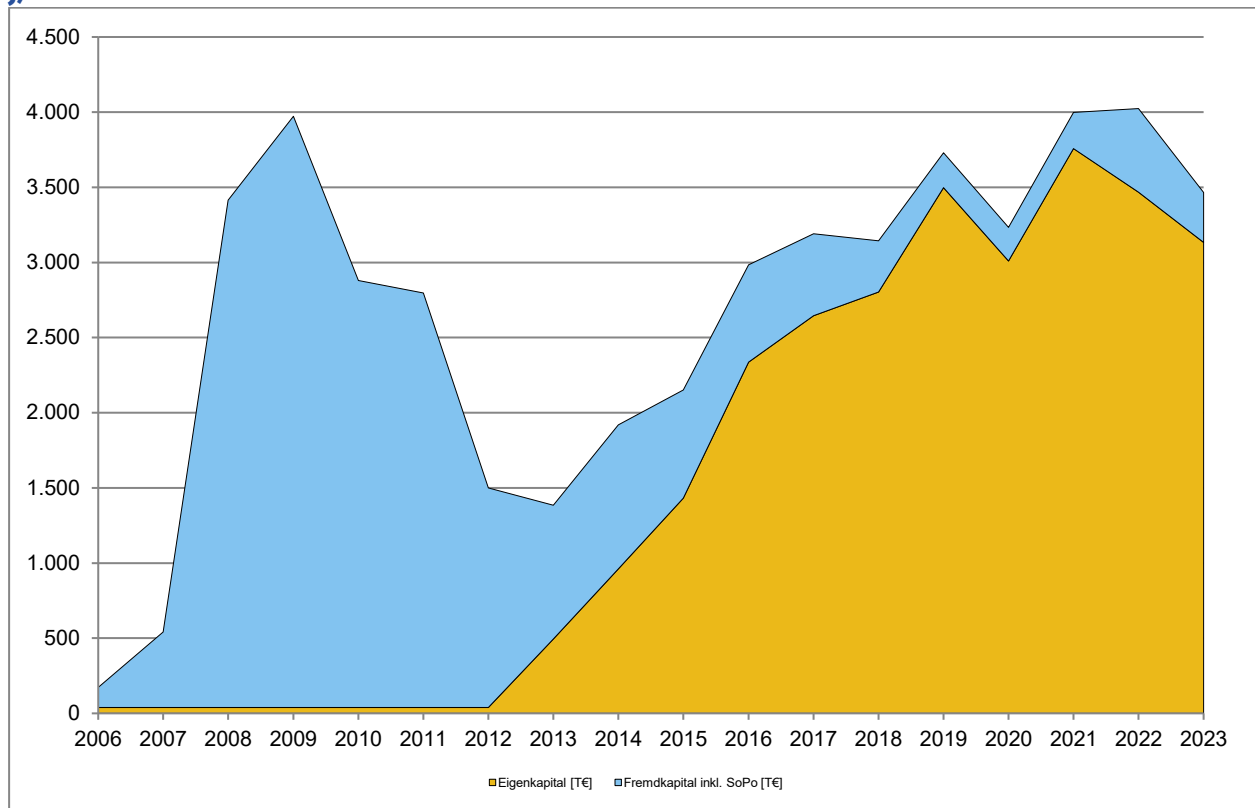
Gesellschafterversammlung:

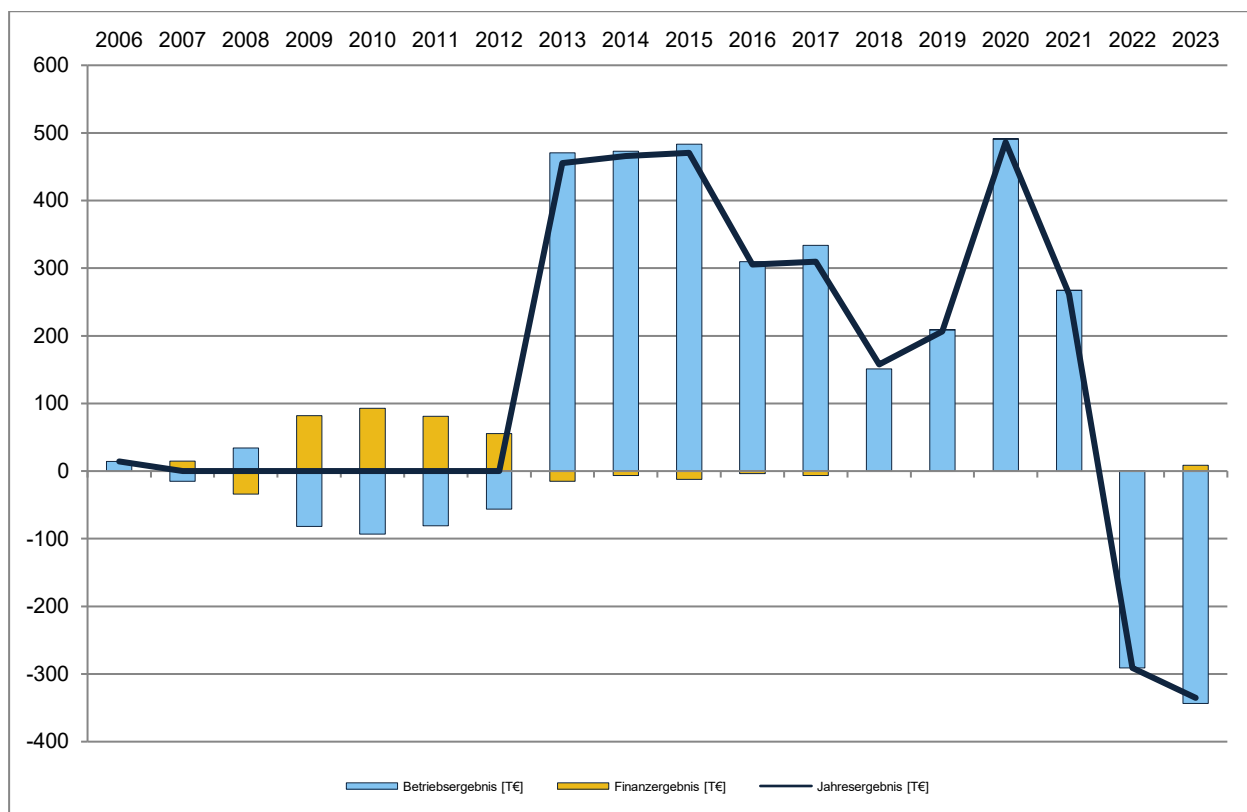
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	14.08.2006	08.11.2024

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	94,01%	86,18%	90,37%	4,19%
Eigenkapitalrentabilität	6,96%	-8,39%	-10,70%	-2,32%
Anlagendeckungsgrad 2	310,31%	309,46%	313,44%	3,98%
Verschuldungsgrad	6,15%	7,86%	10,58%	2,72%
Umsatzrentabilität	22,61%	-29,55%	-36,24%	-6,69%

8 Förderschulzweckverband im Kreis Düren

Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: 02421 / 22-0
Telefax: 02421 / 22-2023
E-Mail: -
Homepage: -

a) Gegenstand des Zweckverbands

1. Der Zweckverband ist seit dem 01.08.2015 Träger der Förderschulen
 - a) Schirmerschule mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LES) in Jülich
 - b) Bürgewaldschule mit einer Dependence Athenée Royal (ehemals Erich Kästner Schule und Schule am Silberbach) mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LES) in Düren
 - c) Stephanusschule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in Jülich-Selgersdorf
 - d) Christophorus-Schule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in Düren
2. An den Förderschulen LES werden in der Primar- und Sekundarstufe I Schüler/innen mit den Förderschwerpunkten Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung und in der Primarstufe Schüler/innen mit dem Förderschwerpunkt Sprache beschult, die ihren Wohnort im Verbandsgebiet haben.
3. An den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung werden in der Primar- und Sekundarstufe I Schüler/innen mit dem entsprechenden Förderschwerpunkt beschult, die ihren Wohnort im Verbandsgebiet haben.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Zweckverband

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2021 zu entnehmen.

c) Verbandsmitglieder

Mitglieder:	Stimmanteil am Zweckverband
Gemeinde Aldenhoven	6,25%
Stadt Düren	6,25%
Stadt Heimbach	6,25%
Gemeinde Hürtgenwald	6,25%
Gemeinde Inden	6,25%
Stadt Jülich	6,25%
Gemeinde Kreuzau	6,25%
Gemeinde Langerwehe	6,25%

Mitglieder:	Stimmanteil am Zweckverband
Stadt Linnich	6,25%
Gemeinde Merzenich	6,25%
Gemeinde Niederzier	6,25%
Gemeinde Nörvenich	6,25%
Gemeinde Titz	6,25%
Gemeinde Vettweiß	6,25%
Stadt Nideggen	6,25%
Kreis Düren	6,25%

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt von den kreisangehörigen Kommunen, die Mitglied des Zweckverbandes sind, eine Umlage. Der Kreis Düren ist umlagebefreit.

Der Kreis Düren erledigt die Geschäftsbesorgung gegen Kostenerstattung für den Zweckverband. Der Kreis Düren hat im Jahr 2023 eine Kostenerstattung in Höhe von 650 T€ erhalten.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Wiedergabe der wirtschaftlichen Verhältnisse bezieht sich auf die Jahresabschlüsse 2019 bis 2021, da der geprüfte Jahresabschluss 2021 bis zur Erstellung des vorgelegten Berichtes der letzte erstellte Jahresabschluss ist.

Bilanz	2019	2020	2021	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
Aufw. Z. Erhaltung der gem. Leistungsfähigk. Covid19-Pandemie	0,00 €	285.072,79 €	652.834,40 €	285.072,79 €	
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.756,70 €	6.475,95 €	8.684,91 €	4.719,25 €	268,64%
II. Sachanlagen	51.137.405,43 €	50.220.609,15 €	49.387.821,92 €	-916.796,28 €	-1,79%
B. Umlaufvermögen				0,00 €	
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	28.900,09 €	34.068,61 €	53.753,40 €	19.684,79 €	57,78%
II. Liquide Mittel	2.849.402,93 €	3.573.422,36 €	4.544.553,77 €	971.131,41 €	27,18%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	9.386,63 €	3.133,76 €	-6.252,87 €	-66,61%
Summe Aktiva	54.017.465,15 €	54.129.035,49 €	54.650.782,16 €	521.746,67 €	0,96%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Allgemeine Rücklage	15.833.468,18 €	15.833.468,29 €	15.833.321,94 €	-146,35 €	0,00%
II. Ausgleichsrücklage	0,00 €	0,00 €	251.675,86 €	251.675,86 €	
III. Jahresüberschuss	711.587,84 €	730.400,15 €	842.741,41 €	112.341,26 €	15,38%
IV. Ergebnisvortrag	1.774.277,97 €	2.485.865,81 €	2.964.590,10 €	478.724,29 €	19,26%

Bilanz	2019	2020	2021	Veränderung in €	Veränderung in %
B. Sonderposten	6.394.491,25 €	6.259.333,21 €	6.259.205,23 €	-127,98 €	0,00%
C. Rückstellungen	68.815,00 €	92.280,00 €	66.130,00 €	-26.150,00 €	-28,34%
D. Verbindlichkeiten	26.357.298,86 €	25.230.013,57 €	24.199.945,96 €	-1.030.067,61 €	-4,08%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.877.526,05 €	3.497.674,46 €	4.233.171,66 €	735.497,20 €	21,03%
Summe Passiva	54.017.465,15 €	54.129.035,49 €	54.650.782,16 €	521.746,67 €	0,96%

f) Entwicklung der Ergebnisrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2019	2020	2021	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.702.648,12 €	8.292.007,69 €	8.952.737,48 €	-410.640,43 €	-4,72%
2. öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	125.870,57 €	93.799,20 €	97.593,48 €	-32.071,37 €	-25,48%
3. Privatrechtliche Leistungsentgelte	203,50 €	263,98 €	0,00 €	60,48 €	29,72%
4. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	23.189,25 €	30.579,04 €	3.080,16 €	-27.498,88 €	-89,93%
5. sonstige ordentliche Erträge	10.857,75 €	14.254,96 €	7.887,45 €	-6.367,51 €	-44,67%
6. Personalaufwendungen	732.938,08 €	741.919,52 €	842.670,41 €	100.750,89 €	13,58%
7. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.369.319,60 €	3.955.021,74 €	3.876.519,49 €	-78.502,25 €	-1,98%
8. Abschreibungen	1.029.228,17 €	1.026.130,60 €	1.050.901,67 €	24.771,07 €	2,41%
9. Transferaufwendungen	202.006,16 €	206.864,95 €	213.266,10 €	6.401,15 €	3,09%
10. sonstige ordentliche Aufwendungen	1.727.916,97 €	1.959.819,23 €	2.513.502,62 €	553.683,39 €	28,25%
Betriebsergebnis	801.360,21 €	541.148,83 €	564.438,28 €	23.289,45 €	4,30%
11. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen ähnliche Erträge	89.772,37 €	95.821,47 €	89.458,48 €	-6.362,99 €	-6,64%
Finanzergebnis	-89.772,37 €	-95.821,47 €	-89.458,48 €	6.362,99 €	-6,64%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	711.587,84 €	445.327,36 €	474.979,80 €	29.652,44 €	6,66%
12. Außerordentliche Erträge	0,00 €	285.072,79 €	367.761,61 €	82.688,82 €	29,01%
Jahresergebnis	711.587,84	730.400,15	842.741,41	112.341,26 €	15,38%

g) Lagebericht

I 1. Allgemeine Vorbemerkungen

Gem. § 38 Abs. 2 KomHVO ist die Bilanz um einen Lagebericht gem. § 49 KomHVO zu erweitern.

Gemäß § 49 KomHVO ist der Lagebericht so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Verbands vermittelt wird.

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solche, die nach dem 31.12.2021 eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu enthalten. In die Analyse sollen produktorientierte Kennzahlen, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Zweckverbandes sind, einbezogen und unter Bezugnahme auf die in den vorherigen Jahresabschlüssen enthaltenen Werte erläutert werden. Auch ist auf Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Zweckverbandes einzugehen.

I 2. Allgemeine Rahmenbedingungen

Zur Umsetzung einer wohnortnahen Beschulung im Förderbereich Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung (LES) sowie geistige Entwicklung sollte als Träger der Förderschulen im Kreis Düren ein gemeinsamer Zweckverband gegründet werden, da die breite Mehrheit der Kommunen den Wunsch nach einer Möglichkeit der Mitsprache und Gestaltung der Förderschullandschaft geäußert hatte.

Seit dem 01.08.2015 bestehen von vormals sechs Förderschulen im Rahmen des Schwerpunktes LES nach der Reduzierung auf zwei inzwischen wieder drei Standorte. Für den Nordkreis ist dies die Schirmerschule und für den Südkreis bzw. die Mitte des Kreises Düren die Bürgewaldschule sowie seit dem 01.08.2020 die Förderschule Athenée Royal (Gebäude der Erich Kästner Schule und der Schule am Silberbach). Auf Basis der Entwicklung der prognostizierten Schülerzahlen schien es sinnvoll, den Förderschwerpunkt LES weiter zu teilen und Insellösungen zu finden. Eine flexible Reaktion auf das Tempo der Inklusion war somit möglich.

Die beiden Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung des Kreises Düren (Christophorus Schule und Stephanusschule) wurden ebenfalls in die Gesamtträgerschaft mit einbezogen. Die in Trägerschaft des LVR stehenden beiden Förderschulen (Louis Braille Schule und Förderschule mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung in Linnich) im Kreis Düren blieben von diesen Regelungen unberührt, ebenso verblieb die Rurkreisschule, eine Schule für Kranke, in Trägerschaft des Kreises Düren.

I 2.1 Zusammenschluss der kreisangehörigen Kommunen

Die konstituierende Sitzung der Zweckverbandsversammlung des Förderschulzweckverbandes im Kreis Düren fand auf Einladung der Bezirksregierung Köln am 03.08.2015 im Kreishaus Düren statt. Mitglieder des Förderschulzweckverbandes im Kreis Düren waren zu diesem Zeitpunkt bis auf die Stadt Nideggen alle kreisangehörigen Kommunen sowie der Kreis Düren. Alle Mitgliedskommunen sprachen sich in der konstituierenden Sitzung dafür aus, dass die Kommunen, deren Kinder Schulen des Förderschulzweckverbandes besuchen, obgleich die Kommunen selbst kein Mitglied sind, zu Kosten in der Höhe heranzuziehen sind, die sie auch hätten zahlen müssen, falls sie Mitglied geworden wären.

Der Rat der Stadt Nideggen fasste in seiner Sitzung am 25.10.2016 den Beschluss, dem Förderschulzweckverband beizutreten. In der Verbandsversammlung am 12.01.2017 wurde ein entsprechender Beschluss über den Beitritt der Stadt Nideggen gefasst. Die entsprechende Änderung der Satzung des Förderschulzweckverbandes wurde mit dem Genehmigungs- und Bekanntmachungsvermerk im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln, Nr. 7, am 20.02.2017 öffentlich bekannt gemacht.

Bezüglich der Angaben zu den Mitgliedern der Zweckverbandsversammlung nach § 95 Abs. 2 GO NRW wird auf die Anlage L 2 verwiesen.

I 2.2 Einbringung der Vermögenswerte in den Förderschulzweckverband

Gem. § 3 der Zweckverbandssatzung wurden das Vermögen, die schulbezogenen Verbindlichkeiten sowie die Sonderposten des ehemaligen Zweckverbandes "Schulverband Schirmerschule", des Schulverbandes Düren-Niederzier-Merzenich sowie der vier ehemaligen Kreisschulen auf den Zweckverband mit Ablauf des 31.07.2015 übertragen.

I 3. Kennzahlen

Das damalige Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW (MIK NRW) hat im Rahmen seiner Handreichung zum NKF ein Kennzahlenset entwickelt und zwischenzeitlich überarbeitet. Dieses soll der Beurteilung der haushaltswirtschaftlichen Lage des Zweckverbandes dienen und kann zukünftig zu Analysezielen im Zeitreihenvergleich genutzt werden. Ob eine Vergleichbarkeit mit anderen Zweckverbänden bzw. Umlageverbänden darüber möglich wird, ist eher unwahrscheinlich, da diese sich in Größe, Ausprägung und Aufgabenfeldern zum Teil deutlich unterscheiden. Es folgen die Kennzahlen gem. RdErl. d. Innenministeriums vom 01.10.2008 für das Wirtschaftsjahr 01.01.2021 – 31.12.2021, wobei hier nur die Kennzahlen, die für den Förderschulzweckverband aussagekräftig sind, ausgewiesen werden.

Es handelt sich hier um den sechsten Jahresabschluss des Förderschulzweckverbandes. Der dargestellte Vergleichswert zum Jahresabschluss 2015 bezieht sich auf das Rumpfwirtschaftsjahr vom 01.08. bis 31.12.2015, wodurch nur eine bedingte Vergleichbarkeit gegeben ist. Ab dem Jahresabschluss 2016 ist eine Vergleichbarkeit gegeben.

I 3.1. Aufwandsdeckungsgrad:

1. Erläuterung der Kennzahl:

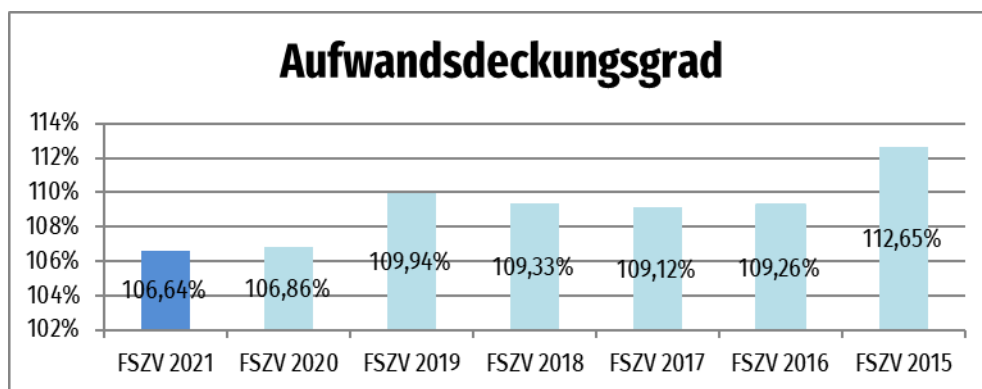
Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können. Die Kennzahl trifft eine Aussage darüber, inwieweit im operativen Kernbereich des Förderschulzweckverbandes die Erträge ausreichen. Sie lässt damit auch eine Aussage über die Wirtschaftlichkeit des Zweckverbandshandelns zu. Das finanzielle Gleichgewicht wird durch eine vollständige Deckung erreicht. Die Kennzahl zeigt an, inwieweit die satzungsgemäß erhobene Umlage gemeinsam mit den Erträgen des Zweckverbandes zur Deckung der Aufwendungen ausreicht.

Aufwandsdeckungsgrad =	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
------------------------	---

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Ordentliche Erträge" sind die Erträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter der Wertgröße "Ordentliche Aufwendungen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu berücksichtigen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Aufwandsdeckungsgrad =	9.061.298,57 € x 100	=	106,64%
	8.496.860,29 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Der Aufwandsdeckungsgrad des Förderschulzweckverbands im Kreis Düren zeigt, dass der Zielwert von 100% in 2021 übertroffen wurde.

Der Förderschulzweckverband finanziert sich im Wesentlichen über die Zweckverbandsumlage. Diese ist grds. so festzusetzen, dass das Delta zwischen Erträgen und Aufwendungen durch die Umlage geschlossen wird. Insofern ist die Kennzahl nicht aussagekräftig. Die nicht benötigten Erträge werden über den "Umweg" Ausgleichsrücklage an die Umlagezahler erstattet und in diesen Jahren zu Auf-

wandsdeckungsgraden kleiner 100% führen. Über die Gesamtlaufzeit gesehen werden sich Erträge und Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüberstehen.

I 3.2. Eigenkapitalquote 1:

1. Erläuterung der Kennzahl:

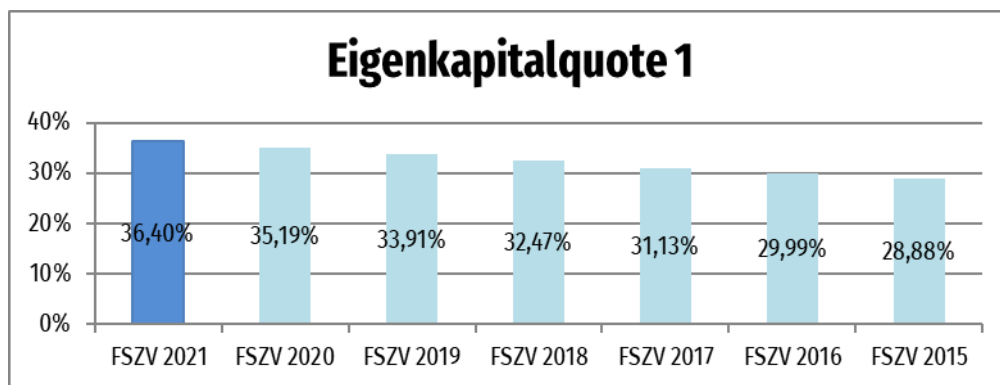
Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Bilanz des Förderschulzweckverbandes.

Eigenkapitalquote 1 =	Eigenkapital x 100
	Bilanzsumme

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Eigenkapital" sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nr. 1 KomHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße "Bilanzsumme" ist die Summe der Passiva nach § 42 Abs. 4 KomHVO zu verstehen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Eigenkapitalquote 1 =	19.892.329,31 € x 100	=	36,40%
	54.650.782,16 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Das Eigenkapital zeigt sich gegenüber der Vorjahresbilanz um den in 2021 erzielten Jahresüberschuss abzüglich der Buchungen nach § 44 (3) KomHVO erhöht.

I 3.3. Abschreibungsintensität:

1. Erläuterung der Kennzahl:

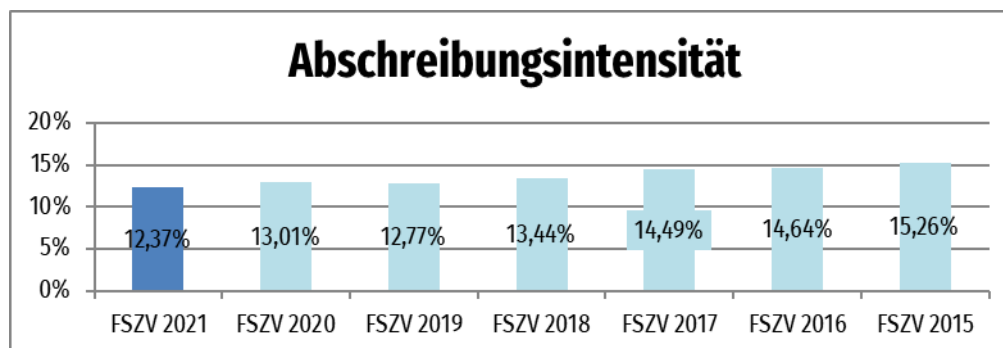
Diese Kennzahl gibt das Verhältnis der Abschreibungen auf das Anlagevermögen zu den ordentlichen Aufwendungen an. Sie zeigt damit, in welchem Umfang der Haushalt des Förderschulzweckverbandes durch den Wertverlust des Anlagevermögens belastet wird. In diese Kennzahl fließen sowohl die bilanziellen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen als auch die Abschreibungen auf Finanzanlagen ein.

Abschreibungsintensität =	$\frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
---------------------------	---

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 13 KomHVO (Ergebnisplan), die mit unmittelbarem Bezug zum Anlagevermögen der Bilanzposten nach § 42 Abs. 3 Nr. 1 KomHVO stehen, zu erfassen. Unter der Wertgröße „Ordentliche Aufwendungen“ sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. nach § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Abschreibungsintensität =	1.050.901,67 € x 100	=	12,37%
	8.496.860,29 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Diese Kennzahl deutet darauf hin, dass bilanzielle Abschreibungen den Haushalt des Förderschulzweckverbandes außergewöhnlich belasten. Dies ist u. a. dadurch begründet, dass Gebäude und Einrichtung der Förderschulen neueren Datums nicht gemietet sind. Es ist hier zu berücksichtigen, dass diesen planmäßigen Abschreibungen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten gegenüberstehen, die sich durch neu aufgelegte Investitionsprogramme wie den "Digitalpakt Schule" ab dem Jahr 2021 noch steigern werden. Daher bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten.

I 3.4. Investitionsquote:

1. Erläuterung der Kennzahl:

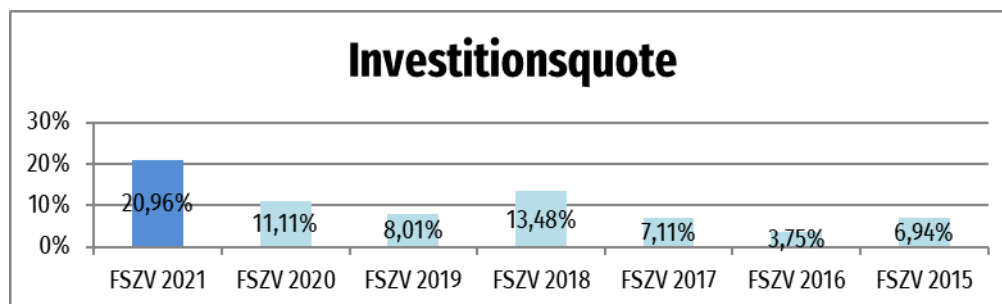
Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang der Förderschulzweckverband neu investiert, um dem Substanzverlust durch Vermögensabgänge und Abschreibungen entgegen zu wirken.

Investitionsquote =	Bruttoinvestitionen x 100
	Abgänge + Abschreibungen auf Anlagevermögen

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Bruttoinvestitionen" ist die Summe der Zugänge und Zuschreibungen des Anlagevermögens zu verstehen, die dem Anlagenspiegel nach § 46 KomHVO zu entnehmen ist. Diesem sind ebenfalls die Werte für die Abgänge und Abschreibungen auf Anlagevermögen zu entnehmen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Investitionsquote =	220.469,78 € x 100	=	20,96%
	1.052.085,00		



3. Analyse der Kennzahl:

Die Investitionsquote stellt dar, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Vermögensabgänge und Abschreibungen neue Investitionen gegenüberstehen. Somit lassen sich mit Hilfe der Entwicklung dieser Kennzahl im Zeitablauf Hinweise auf Wachstums- bzw. Schrumpfungstendenzen beim Anlagevermögen des Förderschulzweckverbandes im Kreis Düren erkennen.

Eine steigende Investitionsquote darf dabei nicht einfach als Indiz für Wachstum interpretiert werden, echtes Wachstum findet erst statt, wenn über die Abschreibungen hinaus investiert wird.

Die Situation im Förderschulzweckverband stellt sich so dar, dass die Neuinvestitionen die Abschreibungen und sonstigen Wertverluste bei weitem nicht aufwiegen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den Jahren 2007 und 2008 bis 2032 laufende PPP Projekte abgeschlossen wurden, die die Erweiterung und Modernisierung der Vertragsobjekte zum Inhalt haben.

Ab dem Wirtschaftsjahr 2021 zeigt sich, dass hier Investitionen aus dem Investitionsprogramm "Digital-pakt Schule" die Entwicklung der Neuinvestitionen positiv beeinflussen. Eine ansteigende Investitionsquote kann hier als Gradmesser für eine moderne Ausstattung mit hohen Standards und somit einer gesteigerten Attraktivität der Schulen für künftige Schüler*innen und Eltern gesehen werden.

I 3.5. Anlagendeckungsgrad 2:

1. Erläuterung der Kennzahl:

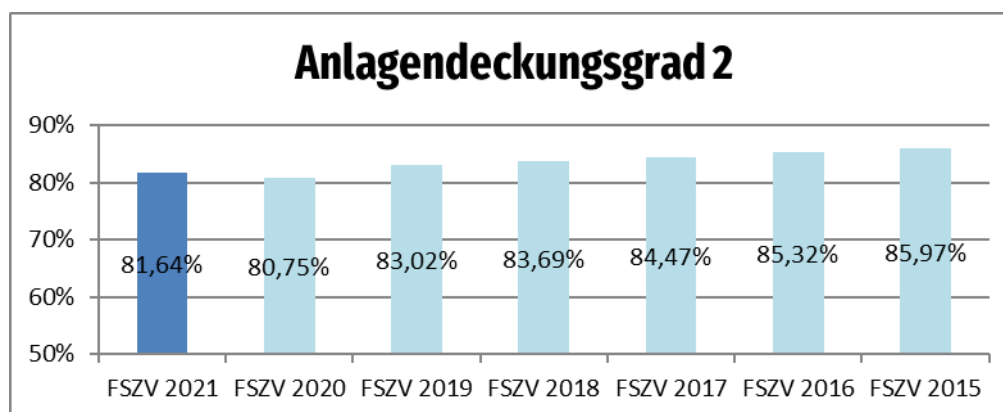
Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2 (ADG 2)“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind.

Anlagendeckungsgrad 2 =	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital} \times 100)}{\text{Anlagevermögen}}$
-------------------------	---

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Eigenkapital" sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nr. 1 KomHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße "Sonderposten Zuwendungen/Beiträge" sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nrn. 2.1 und 2.2 KomHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße "Langfristiges Fremdkapital" sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nrn. 3.1, 3.2 und 4 KomHVO zu erfassen. Die langfristigen Verbindlichkeiten nach § 42 Abs. 4 Nr. 4 KomHVO müssen eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren haben (Verbindlichkeitspiegel). Unter der Wertgröße "Anlagevermögen" sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 3 Nr. 1 KomHVO zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Anlagendeckungsgrad 2 =	$\frac{40.326.039,37 \text{ €} \times 100}{49.396.506,83 \text{ €}}$	=	81,64%
-------------------------	--	---	---------------



3. Analyse der Kennzahl:

Die Kennzahl Anlagendeckungsgrad 2 zeigt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Da das Anlagevermögen langfristig gebunden ist, sollte es i.d.R. auch langfristig finanziert werden. Im Umkehrschluss würde das Umlaufvermögen nicht ausreichen, um das gesamte kurzfristige Fremdkapital zu bedienen. Der ADG 2 sollte nach der betriebswirtschaftlichen (auf die Privatwirtschaft bezogenen) Theorie daher mindestens 100 % betragen. Die so genannte "goldene Bilanzregel" besagt in diesem Zusammenhang, dass langfristig gebundenes Vermögen (Grundstücke, Anlagen, Lizenzen, etc.) durch langfristiges Kapital (Eigenkapital, Darlehen) gedeckt werden soll, da ansonsten ein Liquiditätsengpass droht.

I 3.6. Kurzfristige Verbindlichkeitsquote:

1. Erläuterung der Kennzahl:

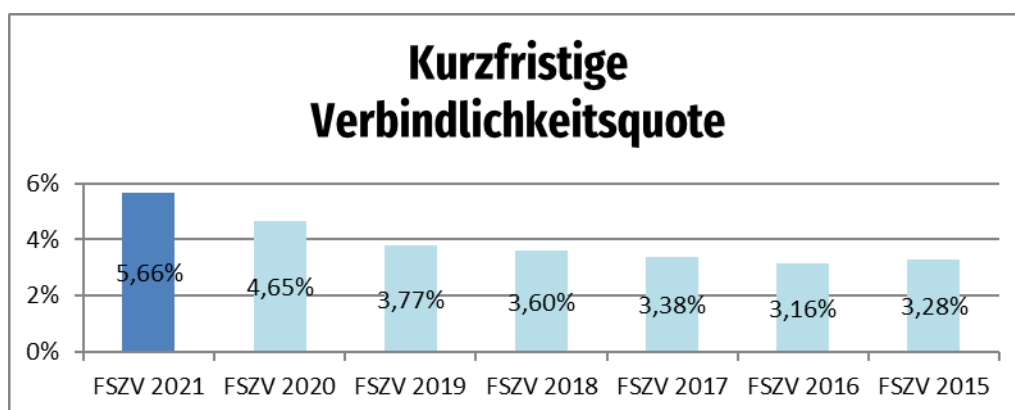
Diese Kennzahl zeigt an, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird.

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote =	Kurzfristige Verbindlichkeiten x 100
	Bilanzsumme

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Kurzfristige Verbindlichkeiten" sind die Teilansätze der Bilanzposten nach § 42 Abs. 4 Nr. 4 KomHVO zu erfassen, die eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr gemäß Verbindlichkeitspiegel nach § 48 KomHVO haben. Unter der Wertgröße "Bilanzsumme" ist die Summe der Passiva nach § 4 Abs. 4 KomHVO zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote =	3.091.967,93 € x 100	=	5,66%
	54.650.782,16 €		



3. Analyse der Kennzahl :

Auf Grund des Umstandes, dass beim Förderschulzweckverband zur Sicherung der Liquidität keine Liquiditätskredite in Anspruch genommen werden mussten, zeigt sich keine nennenswerte Belastung durch kurzfristiges Fremdkapital. Das Anlagevermögen ist langfristig finanziert, was sich anhand der Darlehen und im Verbindlichkeitspiegel ablesen lässt.

I 3.7. Zinslastquote:

1. Erläuterung der Kennzahl:

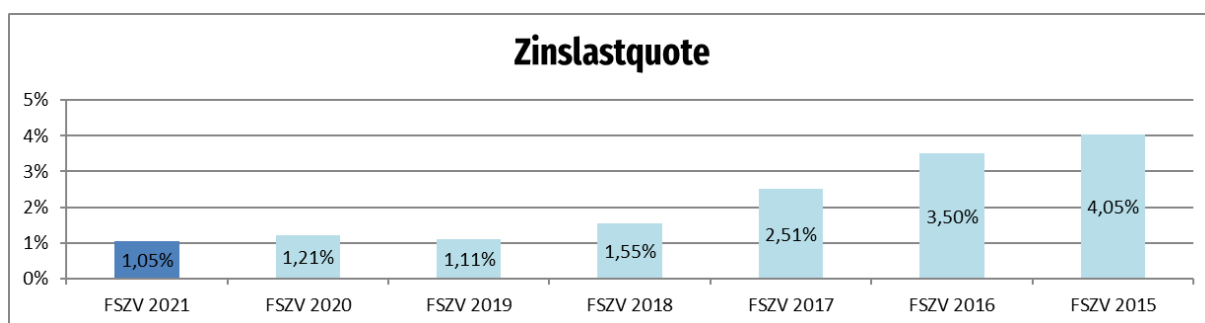
Diese Kennzahl gibt Aufschluss darüber, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Zinslastquote =	Finanzaufwendungen x 100
	Ordentliche Aufwendungen

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Finanzaufwendungen" sind die Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 17 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter der Wertgröße "Ordentliche Aufwendungen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Zinslastquote =	89.458,48 € x 100	=	1,05%
	8.496.860,29 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Die Zinslastquote zeigt die Belastung aus den Investitionskreditzinsen. Bezüglich der Zinsanteile aus PPP Verpflichtungen wird auf die Ausführungen zu Punkt III Erläuterungen zur Ergebnisrechnung (zu Zeile 16) des Anhangs verwiesen. Unter Berücksichtigung der Zinsen aus den PPP-Projekten (671.545,50 €) würde sich die Zinslastquote auf 8,96 % (Vj. 10,28 %) erhöhen.

Perspektivisch ist, auch bei ansteigendem Zinsniveau, eine weitere Reduzierung der Belastung zu erwarten. Satzungsgemäß kann ein negativer "Betrag" in der Gesamtfinanzzrechnung durch den Finanzierungszuschuss, den die Mitglieder neben der Zweckverbandsumlage leisten, ausgeglichen werden. Daher ist eine Neuverschuldung, die auch die Zinslastquote beeinflusst, nicht zu erwarten. Zudem wird auf Grund dieser Tatsache deutlich, dass sich die Belastung aus Kreditverträgen ergibt, die vor Gründung des Förderschulzweckverbandes abgeschlossen und im Rahmen der Verbandsgründung übernommen wurden.

I 3.8. Allgemeine Umlagenquote:

1. Erläuterung der Kennzahl:

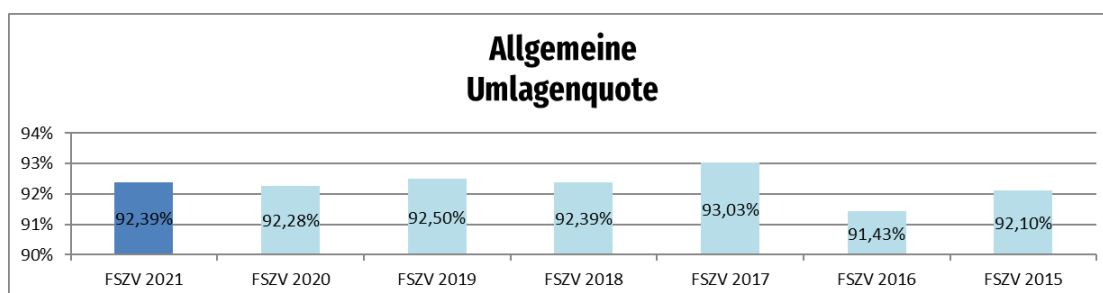
Die an dieser Stelle grundsätzlich darzustellende Netto-Steuerquote ist bei Verbänden, denen Steuern nicht wie den Gemeinden zufließen, durch eine Allgemeine Umlagenquote zu ersetzen.

Allgemeine Umlagenquote =	Allgemeine Umlage x 100
	Ordentliche Erträge

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Allgemeine Umlagen" sind die entsprechenden Teilerträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO zu erfassen. Dies sind Erträge aus der Zweckverbandsumlage. Unter der Wertgröße "Ordentliche Erträge" sind die Erträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 Satz 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Allgemeine Umlagenquote =	8.371.511,00 € x 100	=	92,39%
	9.061.298,57 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Soweit die sonstigen Erträge zur Deckung der Aufwendungen nicht ausreichen, erhebt der Förderschulzweckverband satzungsgemäß von seinen Mitgliedern die Zweckverbandsumlage. Zusätzliche Erträge werden hier nur in geringem Umfang aus Bundes- und Landeszuschüssen (vgl. I 3.9.), aus der ertrags-

wirksamen Auflösung von Sonderposten und aus Entgelten, die für die Mittagsverpflegung gezahlt werden, generiert. So erklärt sich die Tatsache, dass der Förderschulzweckverband in erheblichem Maße umlagefinanziert ist.

I 3.9. Zuwendungsquote:

1. Erläuterung der Kennzahl:

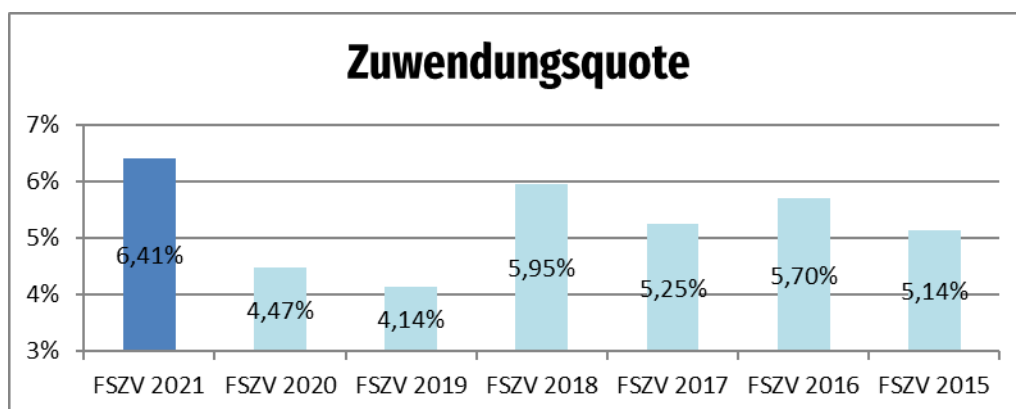
Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Förderschulzweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Zuwendungsquote =	Erträge aus Zuwendungen x 100
	Ordentliche Erträge

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Erträge aus Zuwendungen" sind die zutreffenden Teilerträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO zu erfassen. Dies sind Erträge aus den Schlüsselzuweisungen vom Land, den Bedarfszuweisungen vom Land und von Gemeinden (GV), den allgemeinen Zuweisungen vom Bund, vom Land und von Gemeinden (GV), den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke sowie den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Unter der Wertgröße "Ordentliche Erträge" sind die Erträge nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 38 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Zuwendungsquote =	581.226,48 € x 100	=	6,41%
	9.061.298,57 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Zuwendungen generieren sich beim Förderschulzweckverband aus Bundes- und Landesmitteln, die in den Bereichen Aufwendungen für den Bundesfreiwilligendienst, Personalkostenzuschüsse, laufende Zwecke, offene Ganztagschule und Fortbildung gewährt werden.

Aus der Kennzahl wird deutlich, dass die Zuwendungen im Vergleich zu den Umlagen lediglich eine untergeordnete Rolle einnehmen.

I 3.10. Personalintensität

1. Erläuterung der Kennzahl:

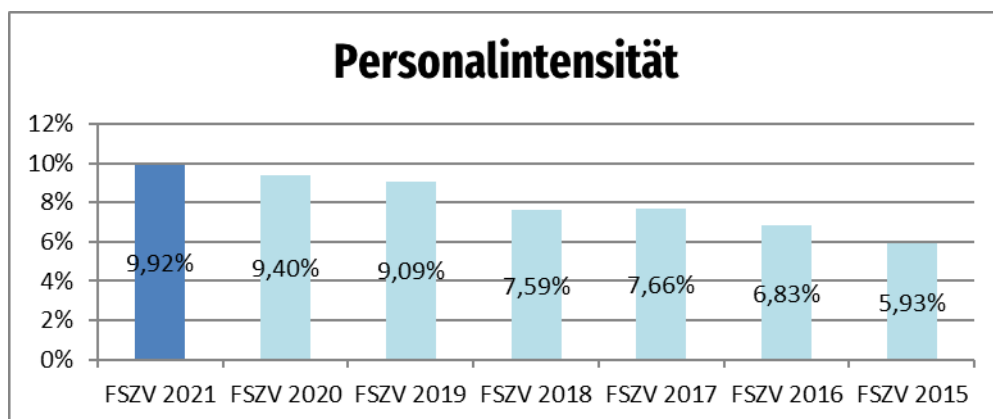
Diese Kennzahl zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Die Kennzahl trifft eine Aussage darüber, inwieweit im operativen Kernbereich des Förderschulzweckverbandes die gesamten ordentlichen Aufwendungen durch die Personalaufwendungen gebunden werden. Sie lässt damit bedingt auch eine Aussage über die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns zu.

Personalintensität =	Personalaufwendungen x 100
	Ordentliche Aufwendungen

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Personalaufwendungen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter der Wertgröße "Ordentliche Aufwendungen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Personalintensität =	842.670,41 € x 100	=	9,92%
	8.496.860,29 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Die Analyse dieser Kennzahl muss unter Berücksichtigung der Tatsache vorgenommen werden, dass hier nur Aufwendungen für die beim Förderschulzweckverband angestellten Mitarbeiter*innen dargestellt sind. Tätigkeiten, die im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages von Mitarbeiter*innen des

Kreises erledigt und vom Zweckverband vergütet werden, sind hier nicht aufgelistet, sondern werden als Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ausgewiesen.

I.3.11. Sach- und Dienstleistungsintensität:

1. Erläuterung der Kennzahl:

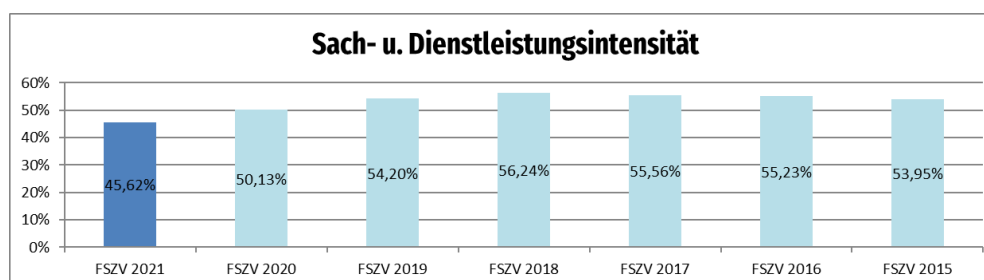
Diese Kennzahl gibt an, in welchem Verhältnis die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu den ordentlichen Aufwendungen stehen. Sie lässt darauf schließen, in welchem Umfang sich der Förderschulzweckverband für die Beanspruchung von Leistungen Dritter entschieden hat.

Sach- und Dienstleistungsintensität =	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen x 100
	Ordentliche Aufwendungen

Ermittlung der Kennzahl: Unter der Wertgröße "Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 12 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen. Unter der Wertgröße "Ordentliche Aufwendungen" sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO (Ergebnisplan) bzw. § 39 Abs. 1 S. 3 KomHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

2. Ermittlung der Kennzahl für den Förderschulzweckverband im Kreis Düren:

Sach- und Dienstleistungsintensität =	3.876.519,49 € x 100	=	45,62%
	8.496.860,29 €		



3. Analyse der Kennzahl:

Diese Kennzahl lässt sich beim Förderschulzweckverband in erheblichem Umfang auf die Aufwendungen für die Schülerbeförderung zurückführen. Sie machen mehr als 48% der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aus. Weiterhin sind hier Tätigkeiten, die im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages von Mitarbeiter*innen des Kreises erledigt und vom Zweckverband vergütet werden, aufgelistet. Es besteht jedoch für den Förderschulzweckverband nur eine geringe Möglichkeit der Einflussnahme, da diese zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs unabdingbar sind.

I 4. Haushalts- und Finanzlage des Förderschulzweckverbandes im Kreis Düren im Haushaltsjahr 2021

Geplante Entwicklung

Mit dem Haushalt 2021 wurde für das Jahr 2021 sowohl ein ausgeglichener Gesamtergebnisplan als auch ein ausgeglichener Gesamtfinanzplan durch die Zweckverbandsversammlung beschlossen. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Darstellungen im Haushalt 2021 verwiesen.

Tatsächliche Entwicklung

Seit dem 01.08.2020 wurde die Errichtung einer Förderschule mit den Förderschwerpunkten Sprache in der Primarstufe, Lernen und emotionale und soziale Entwicklung in der Primar- und Sekundarstufe I unter dem Namen "Förderschule Athenée Royal" von der Bezirksregierung genehmigt. Diese wurde bisher als Teilstandort der Bürgewaldschule geführt. Die Umsetzung in der Finanzbuchhaltung erfolgte erst ab dem 01.01.2021, da bei der Erstellung des Haushaltes 2020 der Zeitpunkt der Genehmigung noch nicht feststand.

Die Zusammensetzung des Jahresergebnisses sowie die Abweichungen zum Haushaltsansatz sind in der nachfolgenden Darstellung der Gesamtergebnisrechnung auf Zeilenebene dokumentiert:

Ergebnisrechnung 2021 Förderschulzweckverband

Pos.	Name	Ansatz Rechnungsjahr	Ergebnis Rechnungsjahr	Vergleich Ansatz/Ergebnis
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.009.755,00	8.952.737,48	-57.017,52
03	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	125.000,00	97.593,48	-27.406,52
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	3.080,16	3.080,16
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	100,00	7.887,45	7.787,45
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	9.134.855,00	9.061.298,57	-73.556,43
11	- Personalaufwendungen	-944.160,00	-842.670,41	101.489,59
12	- Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	-4.451.865,00	-3.876.519,49	575.345,51
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-1.055.520,00	-1.050.901,67	4.618,33
15	- Transferaufwendungen	-220.280,00	-213.266,10	7.013,90
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.615.530,00	-2.513.502,62	102.027,38
17	= Ordentliche Aufwendungen	-9.287.355,00	-8.496.860,29	790.494,71
18	= Ordentliches Ergebnis(10 und 17)	-152.500,00	564.438,28	716.938,28
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-105.000,00	-89.458,48	15.541,52
21	= Finanzergebnis(19 und 20)	-105.000,00	-89.458,48	15.541,52
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit(18 und 21)	-257.500,00	474.979,80	732.479,80
23	+ Außerordentliche Erträge	257.500,00	367.761,61	110.261,61
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis(23 und 24)	257.500,00	367.761,61	110.261,61
26	= Ergebnis(22 und 25)	0,00	842.741,41	842.741,41
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00
29	= Jahresergebnis(= Zeilen 26, 27, 28)	0,00	842.741,41	842.741,41
30	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage			
31	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00
32	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	146,35	146,35
34	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
35	Verrechnungssaldo (=Zeilen 30 bis 33)	0,00	-146,35	-146,35

Die wertmäßig größten Abweichungen werden im Folgenden kurz erläutert.

Zeile 02

Der Minderertrag resultiert zum größten Teil aus der Tatsache, dass Zuwendungen des Bundes (für den Bundesfreiwilligendienst) nicht im geplanten Umfang geflossen sind.

Zeile 04

Der Minderertrag ergibt sich aus nicht im geplanten Umfang geflossenen Elternbeträgen zur Mittagsverpflegung.

Zeile 06

Der Mehrertrag ergibt sich im Wesentlichen aus Beitragserstattungen der gesetzlichen Unfallversicherung.

Zeile 11

Der Minderaufwand im Bereich der Personalaufwendungen ist im Wesentlichen dadurch begründet, dass nicht alle Stellen im Bundesfreiwilligendienst besetzt werden konnten.

Zeile 13

Bei den Sach- und Dienstleistungen konnten u. a. bedingt durch die verzögerte Umsetzung des Digitalpaktes Schule Einsparungen erzielt werden.

Zeile 16

Die Minderraufwendungen resultieren überwiegend aus den Aufwendungen für Mittagsverpflegung, die nicht im geplanten Umfang geleistet werden mussten.

Zeile 23

Hier werden die außerordentlichen Erträge für den Ausgleich der Corona-Belastungen ausgewiesen. Es wird auf die Gliederungsziffer I 5. verwiesen.

Zur Begründung der Abweichungen in der nachfolgend dargestellten Finanzrechnung wird auf die v. g. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung verwiesen. Darüber hinaus sind durch Rechnungsabgrenzung bedingte Abweichungen vor allem im Bereich der sonstigen Auszahlungen (z.B. konsumtive Auszahlungen PPP) und der Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (z.B. Energiekosten, Auszahlungen für Schülerbeförderung) zu verzeichnen.

Finanzrechnung 2021 Förderschulzweckverband

Pos.	Name	Ansatz Rechnungsjahr	Ergebnis Rechnungsjahr	Vergleich Ansatz/Ergebnis
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.852.685,00	8.867.173,17	14.488,17
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	125.000,00	86.787,23	-38.212,77
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	227,36	227,36
06	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	6.159,86	6.159,86
07	+ Sonstige Einzahlungen	100,00	8.569,39	8.469,39
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00
09	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	8.977.785,00	8.968.917,01	-8.867,99
10	- Personalauszahlungen	-944.160,00	-847.352,77	96.807,23
11	- Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00
12	- Ausz. für Sach- und Dienstleistungen	-4.465.665,30	-3.788.175,84	677.489,46
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-105.000,00	-90.908,49	14.091,51
14	- Transferzahlungen	-223.900,15	-242.016,10	-18.115,95
15	- Sonstige Auszahlungen	-2.709.120,03	-2.511.681,69	197.438,34
16	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-8.447.845,48	-7.480.134,89	967.710,59
17	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9 und 16)	529.939,52	1.488.782,12	958.842,60
18	+ Zuwendungen für Invest.maßnahmen	1.523.525,00	1.302.715,27	-220.809,73
19	+ Einzahlg. a.d. Veräußerg. v. Sachanlagen	0,00	0,00	0,00
20	+ Einzahlg. a.d. Veräußerg. v. Finanzanl.	0,00	0,00	0,00
21	+ Einzahlg. a. Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.523.525,00	1.302.715,27	-220.809,73
24	- Auszahlg. f.d. Erwerb von Grdst. und Gebäuden	0,00	0,00	0,00
25	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-1.071.200,00	-1.068.775,48	2.424,52
26	- Auszahlg. f.d. Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	-668.025,59	-194.157,07	473.868,52
27	- Auszahlg. f.d. Erwerb v. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
28	- Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.739.225,59	-1.262.932,55	476.293,04
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (23 und 30)	-215.700,59	39.782,72	255.483,31
32	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (17 und 31)	314.238,93	1.528.564,84	1.214.325,91
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	2.163.400,00	2.123.344,58	-40.055,42
34	+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00
35	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	-2.681.400,00	-2.681.202,60	197,40
36	- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-518.000,00	-557.858,02	-39.858,02
38	= Änd. d. Best. an eig. Finanzmitteln (32 und 37)	-203.761,07	970.706,82	1.174.467,89
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	3.573.422,36	3.573.422,36
40	+ Bestand an fremden Mitteln	0,00	424,59	424,59
41	+ durchlfd. Gelder	0,00	0,00	0,00
42	= Liquide Mittel	-203.761,07	4.544.553,77	4.748.314,84

I 5. Covid-19-bedingte Kosten

Aus der COVID-19-Pandemie resultieren diverse Belastungen für die Haushalte der Kommunen (GV). Das Land NRW hat im Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie (in analoger Anwendung für den Förderschulzweckverband) folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-CIG) festgelegt, dass und in welcher Form mit diesen Belastungen im Jahresabschluss 2021 umgegangen werden soll. Hierzu führt das Land im Rahmen der "FAQs" folgendes aus:

"Das „Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften“ wurde vom Landtag Nordrhein-Westfalen am 17. September 2020 angenommen. Artikel 1 (NKF-CIG“) sowie Artikel 2 („Sonderhilfengesetz Stärkungspakt“) ist am 1. Oktober 2020 in Kraft getreten. Das NKF-CIG dient dazu, die in den Kommunalhaushalten entstandenen bzw. entstehenden Mindererträge bzw. Mehraufwendungen haushaltsrechtlich zu isolieren, um die kommunalen Haushalte auch in den Folgejahren tragfähig zu halten, um so die kommunale Handlungsfähigkeit abzusichern.

Hierzu enthält das NKF-CIG Regelungen zur rechnerischen Ermittlung der COVID-19-pandemiebedingten außerordentlichen Haushaltsbelastung, welche durch eine Verringerung der kommunalen Erträge und dem Anstieg von Mehraufwendungen verursacht werden. Diese pandemiebedingten Haushaltsverschlechterungen werden im Wege einer Bilanzierungshilfe in den kommunalen Haushalten in einem gesonderten Posten vor dem Anlagevermögen aktiviert. Die Aktivierung erfolgt mittels des außerordentlichen Ergebnisses und ermöglicht so eine buchhalterische Isolierung der pandemiebedingten Haushaltsverschlechterung."

Es gilt somit im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2021 die zu isolierenden Beträge zu ermitteln und entsprechende außerordentliche Erträge zu buchen. Diese Erträge sind gem. § 5 Abs. 4 NKF-CIG bilanziell gemäß § 6 NKF-CIG zu aktivieren (als sog. Bilanzierungshilfe). Darüber hinaus ist dies im Anhang des Jahresabschlusses zu erläutern (vgl. Punkt C II 0).

Zwecks Feststellung der außerordentlichen Haushaltsverschlechterungen wurden daher die spezifisch für COVID-19 eingerichteten Konten aus der Finanzsoftware Infoma ausgewertet, mit den Ermittlungen der Organisationseinheiten abgeglichen und die Vollständigkeit der Buchungen sichergestellt. Aus Genauigkeitsgründen wurde auf die Ableitung der Mehraufwendungen im Vergleich zum Haushaltsplan verzichtet. Ausgewiesen werden je Kostenträger nur die "Netto-Belastungen", was bedeutet, dass Covid 19 bedingte Erstattungen gegengerechnet werden.

Insgesamt haben sich folgende „Netto-Belastungen“ ergeben:

Produkt	Bezeichnung	2021
03.221.01	Christophorusschule	62.665,28
03.221.02	Stephanusschule	153.335,51
03.221.03	Schirmerschule	51.010,09
03.221.04	Bürgewalschule	35.075,89
03.221.05	Förderschule Athenée Royal	65.674,84

Die vorgenannten Verschlechterungen sind je Teilergebnisrechnung zu eliminieren. Dies geschieht durch Einbuchung von außerordentlichen Erträgen in Höhe der v. g. Nettobelastungen in den jeweiligen Produkten

Im Umfang der außerordentlichen Erträge wird gleichsam die Bilanzposition 0 "Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit – Covid-19-Pandemie" (Bilanzierungshilfe) auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen. Diese wird, entsprechend der Vorgaben des Landes im CIG NRW, in späteren Jahren aufwandswirksam aufgelöst, so dass die Belastung des Kreishaushalts durch die Pandemie de facto auf die kommenden Jahre / Jahrzehnte verschoben und verteilt wird.

I 6. Nachtragsbericht

Nach dem Jahresabschlussstichtag 31.12.2021 hat sich der Förderschulzweckverband fortentwickelt.

Mit Beginn des Schuljahres 2026/2027 tritt der Rechtsanspruch eines Kindes auf Förderung in einer Tageseinrichtung ab Schuleintritt bis zum Beginn der 5. Klassenstufe in Kraft, unabhängig von der besuchten Schulform. Die konkrete Umsetzung vor Ort soll wie bisher auch an offenen Ganztagschulen bzw. Ganztagsförderschulen erfolgen.

Auf die sich hieraus ergebenden Veränderungen wird in Abschnitt I 7 eingegangen.

Infolge des seit dem 24. Februar 2022 andauernden Krieges gegen die Ukraine sind ebenfalls bedeutende Veränderungen eingetreten, die in Abschnitt I 7 weiter erläutert werden.

I 7 Chancen und Risiken

Die Entwicklung der Schülerzahlen verlief seit Gründung des Förderschulzweckverbandes konstant bzw. sogar leicht ansteigend. Die Nachfrage der Erziehungsberechtigten nach Plätzen in Förderschulen ist in den letzten Jahren wieder deutlich gestiegen. Dies unterstreicht zum einen die von den Schulleitungen und Lehrerkollegien geleistete gute Arbeit an den Förderschulen zum anderen aber auch die Richtigkeit der seinerzeit von den Schulträgern und Kommunen getroffenen Entscheidungen einer möglichst wohnortnahen Beschulungsmöglichkeit an Förderschulen. So besuchten zum Schuljahr 2018/ 2019 insgesamt 926 Schüler*innen eine Förderschule (davon 609 LES), im Schuljahr 2019/2020 waren es 939 Schüler*innen (davon 601 LES), im Schuljahr 2020/2021 insgesamt 946 Schüler*innen (davon 611 LES), im Schuljahr 2021/2022 956 Schüler*innen (davon 601 LES) und im Schuljahr 2022/2023 960 Schüler*innen (davon 605 LES). Im Schuljahr 2023/2024 werden 966 Schüler*innen (davon 609 LES) beschult. Diese Entwicklung wird durch die Erstellung der Schülerstatistik durch das Amt für Schule, Bildung und Integration dokumentiert. Die jeweils aktuelle Schülerstatistik wird regelmäßig dem Ausschuss für Schule und Arbeit mitgeteilt. Weiter untermauert die Dokumentation 237 der Kultusministerkonferenz über die Vorausbildung der Schülerzahlen den zu erwartenden leichten Anstieg. Die prognostizierten Zahlen ergeben sich aus der folgenden Tabelle (auszugsweise für Deutschland und Nordrhein-Westfalen).

Jahr	NW	D
2021 (Ist)	82.529	332.485
2022	84.600	337.218
2023	87.600	345.215
2024	90.000	350.652
2025	92.400	355.700
2026	92.500	357.798
2027	93.100	360.286
2028	94.000	362.890
2029	94.600	365.021
2030	95.100	366.537
2031	95.400	367.352
2032	95.300	366.718
2033	94.800	365.024
2034	94.200	362.857
2035	93.500	360.674

Zum Stichtag 31.12.2021 konnten keine Prognosen über die Dauer der Corona-Pandemie getroffen werden. Wenngleich zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses die Pandemie überwunden scheint, sollte hier noch auf die erhöhten Belastungen in den Folgejahren vor allem im Bereich der Schülerbeförderung sowie zur Umsetzung der Hygienekonzepte, die sich infolge der Pandemie ergeben haben, hingewiesen werden.

Aus der Umsetzung des Rechtsanspruchs eines Kindes auf Förderung in einer Tageseinrichtung könnten sich für den Förderschulzweckverband deutliche Veränderungen ergeben.

Die Christophorus- und Stephanusschule werden bereits als Ganztagsförderschulen geführt. An der Schirmer- und Stephanusschule ist, anders als an der Förderschule Athenée Royal und der Bürgewaldschule, bereits eine OGS eingerichtet. Vor allem an der Förderschule Athenée Royal werden zur Realisierung des Rechtsanspruchs voraussichtlich bauliche Veränderungen vorgenommen werden müssen. Dabei muss ein Gesamtkonzept für OGS und Schule erstellt werden, Schule muss als Ganztagschule gesehen werden, so dass die Räume morgens und nachmittags genutzt werden können. Die Schirmer- und die Bürgewaldschule bieten auf Grund der Gebäudegröße genügend Möglichkeiten, veränderter Bedarfen ohne große bauliche Änderungen zu begegnen, so dass hierfür keine Schulbauberatung durchgeführt werden muss. Für die Stephanusschule wird dies ebenso gesehen.

Die Firma Hausmann-Architektur GmbH wurde nach erfolgreicher Ausschreibung mit der Erarbeitung einer Schulentwicklungsplanung sowie der Durchführung einer Schulbauberatung im Rahmen der "Phase 0" nach Abschluss des Vergabeverfahrens beauftragt.

Der Endbericht wurde fristgerecht zum 30.06.2024 vorgelegt. In enger Abstimmung mit dem Zentralen Gebäudemanagement erfolgt derzeit die Sichtung der Ergebnisse.

Eine entsprechende Ergebnispräsentation durch die Firma Hausmann-Architektur GmbH erfolgt zeitnah.

Bei der Prolongation der bestehenden Verbindlichkeiten in den Jahren 2026 und 2027 (Gesamt volumen rund 1,4 Mio €) sind mögliche Zinsrisiken zu beachten. Obwohl eine Langzeitprognose auf Grund unsicherer Rahmenbedingungen nur schwer abzugeben ist, ist derzeit durch inflationsdämmende Maßnahmen der EZB (Erhöhung des Leitzinses) eine deutliche Erhöhung der Zinslast (gegenüber den Zinsbelastungen aus den „Altverträgen < 1%“) zu verzeichnen. Dem entgegen wirkt sich die Zinsbindung sowie die geringere Restschuld, die zu finanzieren wäre, aus.

Infolge des seit dem 24. Februar 2022 andauernden Krieges in der Ukraine treten weitere Belastungen für die kommunalen Haushalte und entsprechend auch für den Förderschulzweckverband hinzu. Die Unsicherheit bei der Erdgasversorgung, die durch die konkrete Angebotsverknappung noch verstärkt wurde, hat zur Folge, dass der Preis für Erdgas am Markt stark angestiegen ist und sich derzeit auf einem hohen Niveau stabilisiert hat - bei der Preisentwicklung für Strom zeigen sich vergleichbare Effekte. Im Bereich des Förderschulzweckverbands spiegelt sich das hohe Preisniveau im Energiebereich unter anderem auch deutlich bei den Schülerfahrkosten wider.

Darüber hinaus wirken sich inflationsbedingte Preissteigerungen in allen den Förderschulzweckverband betreffenden Bereichen (z. B. Schulmöbel, Lernmittel, Mittagsverpflegung) aus.

Im Zuge der Inflation ist auch von steigenden Personalkosten auszugehen. Diese sind im Wesentlichen durch Entgelterhöhungen durch erzielte Tarifabschlüsse begründet. In Verbindung mit der allgemeinen Situation am Arbeitsmarkt, dass qualifizierte Fachkräfte z. B. im medizinischen Bereich kaum zur Verfügung stehen, könnte dies zu einer weiteren Belastung für den Förderschulzweckverband werden.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass

- die Schülerzahlen an den Förderschulen steigen tendenziell an,
- grundsätzlich auch zukünftig weiter flexibel auf Veränderungen über die Änderungen der Einzugsbereiche reagiert werden kann,
- durch die Gründung der Förderschule Athenée Royal die Individualität eines jeden Standorts weiter herausgearbeitet werden und jeder Standort sein Profil schärfen konnte und
- die Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Inflation und des Krieges in der Ukraine zu einer zusätzlichen Belastung für den Förderschulzweckverband geworden sind.
- sich Veränderungen aus der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Förderung in einer Tageseinrichtung ergeben werden.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Verbandsvorsteher:	Spelthahn, Wolfgang (bis 08.11.2024)	Kreis Düren	Landrat
Verbandsversammlung:	je Mitglied	3 Sitze	6,25 %

Vertretung des Kreises Düren

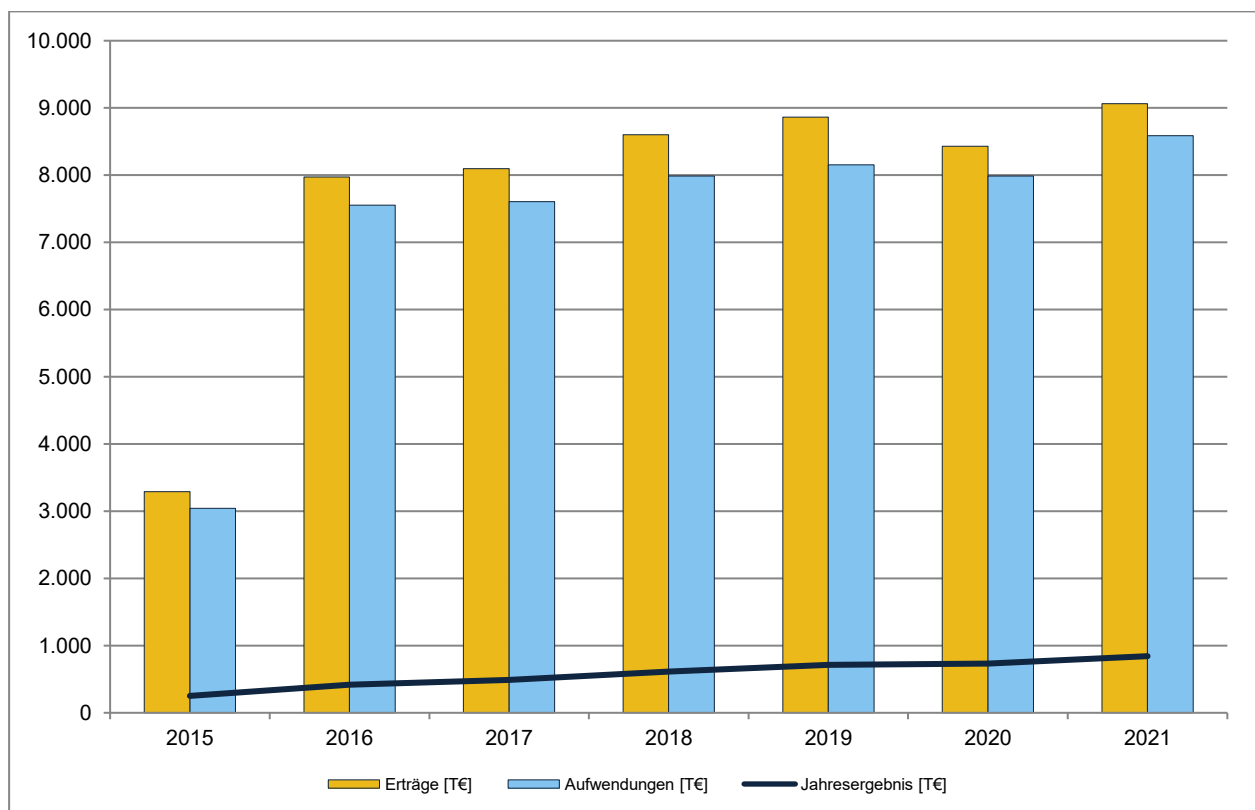
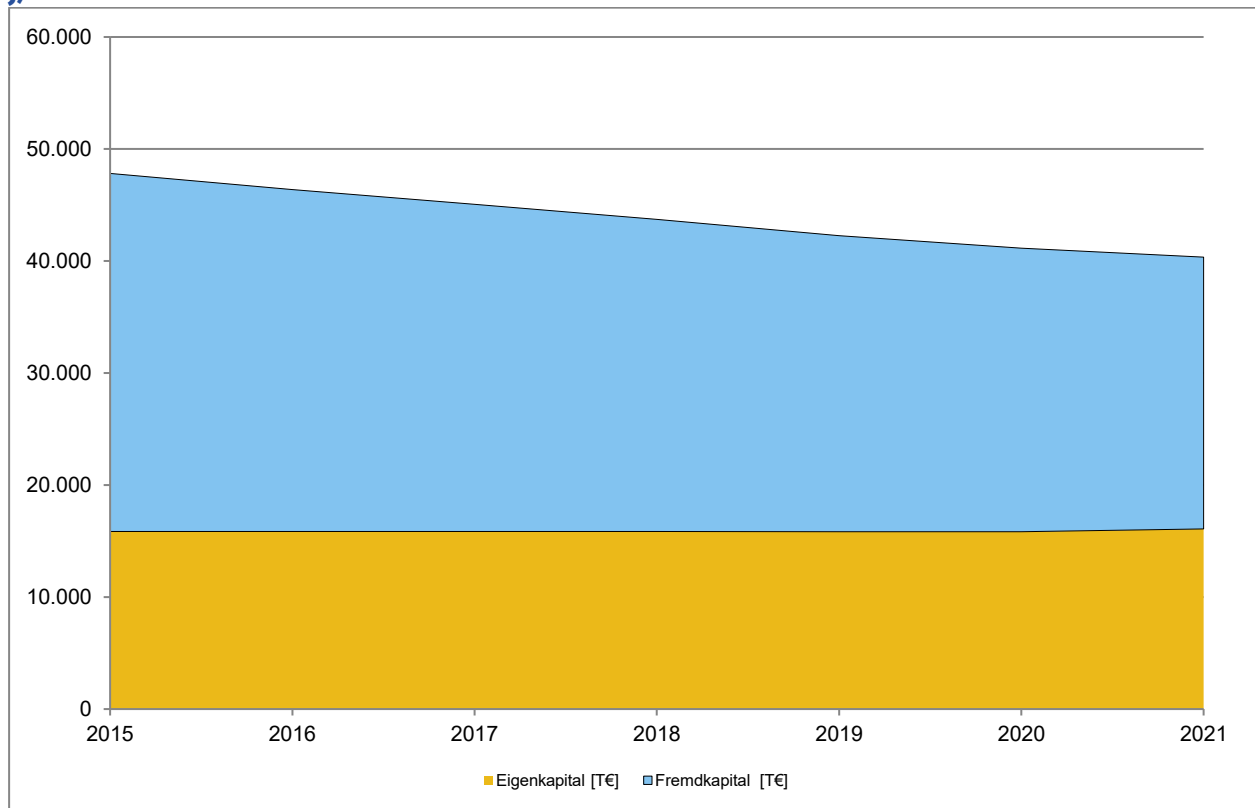
Verbandsversammlung:

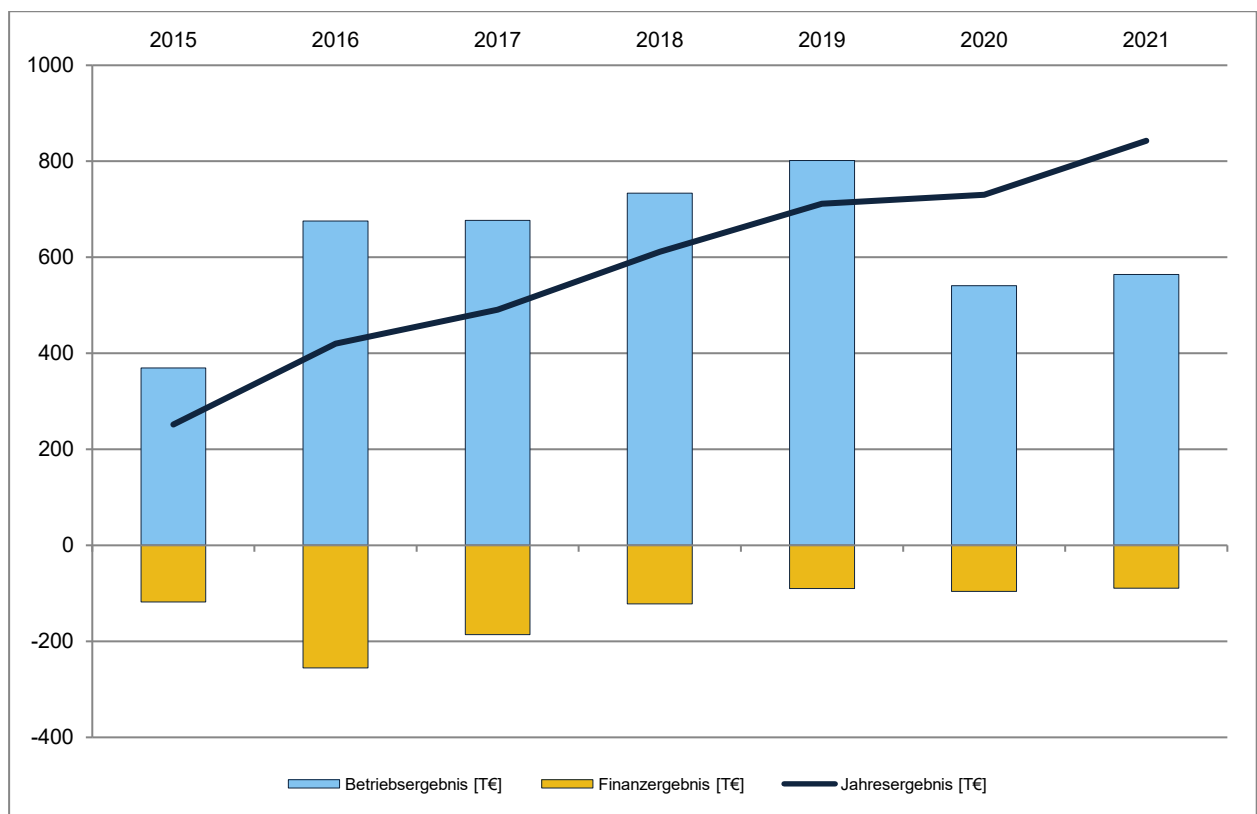
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Krapp, Georg	Kreistagsmitglied	20.06.2024	
Küpper, Anne	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	01.08.2015	08.11.2024
Zentis, Gudrun	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2020 waren 21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Zweckverband tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2019	2020	2021	Veränderung
Eigenkapitalquote	33,91%	35,19%	36,40%	1,21%
Eigenkapitalrentabilität	3,88%	3,83%	4,24%	0,40%
Anlagendeckungsgrad 2	48,33%	50,39%	52,94%	2,55%
Verschuldungsgrad	48,92%	46,78%	44,40%	-2,38%
Umsatzrentabilität	Keine Umsatzerlöse	Keine Umsatzerlöse	Keine Umsatzerlöse	0,00%

9 **Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G.**



Grüngürtel 31
Telefon: 02421/3909-0
E-Mail: info@wohnungsbaugenossenschaft-dn.de
Telefax: 02421/390970
Homepage: www.wohnungsbaugenossenschaft-dn.de

a) **Gegenstand der Gesellschaft**

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.

Mitglieder können natürliche Personen, Personenhandelsgesellschaften sowie juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts werden.

b) **Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen**

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) **Gesellschafterstruktur**

Genossen	Anteile	Anteil in %	Wert je Anteil	Wert insgesamt
Kreis Düren	10	0,27	205,00	2050,00
Mitglieder	3757			

d) **Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Im Jahr 2023 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen vorhanden.

e) **Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	41.100.711,91 €	46.209.604,24 €	47.215.768,89 €	1.006.164,65 €	2,18%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.924.460,11 €	1.886.113,58 €	2.091.421,88 €	205.308,30 €	10,89%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	47.926,38 €	128.216,08 €	54.925,14 €	-73.290,94 €	-57,16%
III. Kassenbestand	1.633.581,31 €	1.472.419,85 €	1.230.916,88 €	-241.502,97 €	-16,40%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	20.503,65 €	15.712,85 €	13.266,42 €	-2.446,43 €	-15,57%
Summe Aktiva	44.727.183,36 €	49.712.066,60 €	50.606.299,21 €	894.232,61 €	1,80%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Geschäftsguthaben der mit Ablauf des Geschäftsjahres ausgeschiedenen Mitglieder	13.530,00 €	9.020,00 €	7.585,00 €	-1.435,00 €	-15,91%
II. Der verbleibenden Mitglieder	751.735,00 €	761.780,00 €	770.185,00 €	8.405,00 €	1,10%
III. Aus gekündigten Geschäftsanteilen	0,00 €	205,00 €	0,00 €	-205,00 €	-100,00%
IV. Ergebnisrücklagen	23.317.892,70 €	24.132.988,94 €	24.958.880,87 €	825.891,93 €	3,42%
V. unverteilter Bilanzgewinn aus dem Vorjahr	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
VI. Bilanzgewinn	30.069,40 €	30.069,40 €	30.471,20 €	401,80 €	1,34%
B. Rückstellungen	320.000,00 €	321.900,00 €	328.020,00 €	6.120,00 €	1,90%
C. Verbindlichkeiten	20.293.956,26 €	24.456.103,26 €	24.511.157,14 €	55.053,88 €	0,23%
Summe Passiva	44.727.183,36 €	49.712.066,60 €	50.606.299,21 €	894.232,61 €	1,80%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	6.335.137,80 €	6.662.018,80 €	6.971.572,01 €	309.553,21 €	4,65%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	204.380,43 €	-38.346,53 €	201.674,18 €	240.020,71 €	-625,93%
3. sonstige betriebliche Erträge	96.353,43 €	120.003,15 €	103.943,06 €	-16.060,09 €	-13,38%
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	3.440.082,38 €	3.203.891,32 €	3.581.987,73 €	378.096,41 €	11,80%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	42.920,00 €	41.925,00 €	51.184,00 €	9.259,00 €	22,08%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0,00 €	658,85 €	2.114,15 €	1.455,30 €	220,88%
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	1.261.691,38 €	1.297.685,94 €	1.390.910,10 €	93.224,16 €	7,18%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.080.658,37 €	998.595,57 €	1.076.804,20 €	78.208,63 €	7,83%
Betriebsergebnis	810.519,53 €	1.200.918,74 €	1.174.189,07 €	-26.729,67 €	-2,23%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	328.281,74 €	352.008,09 €	314.172,44 €	-37.835,65 €	-10,75%
Finanzergebnis	-328.281,74 €	-352.008,09 €	-314.172,44 €	37.835,65 €	-10,75%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	482.237,79 €	848.910,65 €	860.016,63 €	11.105,98 €	1,31%
9. sonstige Steuern	5.510,14 €	3.745,01 €	3.653,50 €	-91,51 €	-2,44%
Jahresergebnis	476.727,65 €	845.165,64 €	856.363,13 €	11.197,49 €	1,32%
10. Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnisrücklagen	446.658,25 €	815.096,24 €	825.891,93 €	10.795,69 €	1,32%
Bilanzgewinn	30.069,40 €	30.069,40 €	30.471,20 €	401,80 €	1,34%

g) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

1. Angaben zum Unternehmen

Das im Jahre 1913 als Genossenschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Düren.

Die Geschäftsräume befinden sich in Düren, Grüngürtel 31.

Die Genossenschaft ist eine steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft mit partieller Besteuerung einzelner Geschäfte.

Das Unternehmen beschäftigte zum 31.12.2023 eine geringfügig Beschäftigte. Die Geschäfte werden durch das Personal der Dürener Bauverein AG besorgt. Grundlage der Geschäftsbesorgung im Jahr 2023 ist der Geschäftsbesorgungsvertrag vom 29.10.2015. Eine Kündigung des zum 31.12.2022 ausgelaufenen Vertrages wurde nicht ausgesprochen, so dass sich die Laufzeit automatisch bis zum 31.12.2024 verlängerte.

2. Immobilienmarkt Düren

Auch im Geschäftsjahr 2023 hat sich der Wohnungsmarkt in Düren gegenüber dem vorangegangenen Jahr nicht erholt. Nach wie vor bewirken die hohen Kreditzinsen, stark gestiegene Baukosten, stetig steigende Grundstückspreise und vor allen Dingen die unklare Förderkulisse eine Stagnation im Wohnungsbaumarkt. In der Folge steigen die Mieten, insbesondere in den Ballungszentren, stark an und die Wohnungen in Stadt und Kreis Düren, mit seinen relativ günstigen Mieten, geraten mehr und mehr in den Focus der Wohnungssuchenden. Insbesondere im Hinblick auf die kostenlosen Kindergartenplätze erhöht sich die Nachfrage junger Familien.

Die Wohnungsbaugenossenschaft kann, aufgrund ihrer guten Bestandswohnungen und diverser Neubauprojekte, eine große Rolle spielen, die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern und noch bezahlbaren Wohnraum in einer guten Wohnqualität anbieten.

Aus der Sicht des genossenschaftlichen Auftrages gilt es dabei auch, sich verschiedenen Herausforderungen der Zeit zu stellen: dies ist zum einen die Bezahlbarkeit und zum anderen der Klimaschutz.

Dem Klimaschutz kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. So basiert die Bekämpfung des Klimawandels in der heutigen Diskussion im Wesentlichen auf vier Hypothesen, die betonen, wie wichtig das Thema „Energieeffizienz“ ist.

1. Die Bekämpfung des Klimawandels erfordert eine Reduktion der Emissionen.
2. Eine Reduktion der Emissionen heißt, weniger Energie- und Ressourcen verbrauchen.
3. Die Reduktion des Verbrauchs bedeutet, effizienter zu werden.
4. Effizienter zu werden ist somit eine der wichtigsten Aufgaben der Genossenschaft in ihrem Bestand an Wohnimmobilien. Folglich bedeutet Energieeffizienz nicht nur, die Reduktion der Emissionen, sondern erfordert gerade im Hinblick auf den genossenschaftlichen Auftrag „bezahlbaren Wohnraum in einem marktgerechten Standard für die Genossenschaftsmitglieder zur Verfügung zu stellen“, auch im Hinblick auf die Kosteneffizienz der Maßnahmen.

Während sich die reine Energieeffizienz auf technische Investitionen und deren Einsparpotential bezieht, geht es bei der Kosteneffizienz darum, Gelder und Subventionen bestmöglich zu nutzen. Die Genossenschaft wird sich dem Ziel einer klimaneutralen Transformation bis 2045 stellen und mit entsprechenden Tools Kosten, Investitionsbedarfe und Wirkungen auf Miete und nicht zuletzt den Wert der Immobilie prüfen. Ziel ist es, eine Roadmap mit entsprechenden Maßnahmen zu entwickeln, damit ein Investition - Emissionspfad im Sinne des genossenschaftlichen Auftrages bestritten werden kann. Die Genossenschaft hat bereits hierzu 2017 eine Portfolioanalyse erster Grundlagen vorhersehend geschaffen.

Dabei geht es der Genossenschaft nicht darum Idealvorstellungen zu erreichen, sondern je nach Ort und Möglichkeiten, einzelne Zielsetzungen unterschiedlich zu gewichten und um zu setzen.

3. Geschäftsentwicklung

Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2023 einen Überschuss von 856 T€, der oberhalb des im Wirtschaftsplan vorgesehenen Ergebnisses von 311 T€ lag. Dies ist im Wesentlichen auf geringeren Zinsaufwand sowie auf geringere Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung zurückzuführen. Zur Wahrung des bisherigen Wohnungsstandards wurden Mittel in Höhe von 2.125 T€ für Instandhaltung und Modernisierung aufgewandt, die zu einer durchweg guten Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes führen.

4. Geschäftsergebnis

Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein Jahresüberschuss von 856 T€ (Vorjahr: 845 T€) erwirtschaftet.

Es ist beabsichtigt, satzungsgemäß 4% Gewinnanteile auf Geschäftsguthaben auszuschütten. Satzungsgemäß wurde ein Betrag in Höhe von 825.891,93 € in die Ergebnisrücklagen eingestellt. Zu Einzelheiten dieses Ergebnisses wird auf Ziffer B. 2. verwiesen.

5. Geschäftstätigkeit

a) Neubautätigkeit

Am 11.10.2021 wurde mit dem Neubauvorhaben in der Blücherstr. 78/80 begonnen. Dort entstanden insgesamt vier Einfamilienhäuser. Die Fertigstellung erfolgte am 24.08.2023. Das mit 1.317 T€ kalkulierte Neubauvorhaben wurde mit 1.494 T€ abgeschlossen.

Blücherstr. 78/80



Am 10.01.2022 wurde mit dem Neubauvorhaben in der Blücherstraße 79 und 94 begonnen. Dort entstanden insgesamt acht Wohnungen mit einer Gesamtwohnfläche von ca. 569 m². Die Fertigstellung erfolgte am 08.01.2024. Zum Bilanzstichtag sind Kosten in Höhe von 2.560 T€ angefallen. Die geplanten Kosten belaufen sich auf 2.209 T€.

Blücherstr. 79/94



b) Modernisierung (Um- und Ausbau) und Instandsetzung

Um- und Ausbaumaßnahme Düren, Kopernikusstr. 53

Am 29.06.2023 wurde mit der Um- und Ausbaumaßnahme Kopernikusstr. 53 begonnen. Das Haus wurde energetisch saniert und dem heutigen Standard angepasst. Die Fertigstellung erfolgte im Dezember 2024. Die mit 108 T€ kalkulierte Maßnahme wurde mit 120 T€ abgeschlossen. Die Überschreitung der Gesamtkosten beträgt 11 %.

Allgemeine Modernisierungstätigkeit

Die Modernisierungsmaßnahmen zur Bestandsverbesserung wurden weitergeführt. In 15 Wohnungen wurden umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt. Im Wesentlichen handelte es sich um Heizungseinbauten, Badsanierungen, Erneuerung der Türen, der Elektroinstallation und des Fußbodenbelages, sowie Anstrich- und Tapezierarbeiten. Die Gesamtkosten betrugen 832 T€.

Instandhaltung

Für die Bestandserhaltung des Hausbesitzes wurden im Jahr 2023 insgesamt 1.216 T€ aufgewandt. Unter Berücksichtigung von Aufwendungen für die Behebung von Versicherungsschäden sowie der Instandhaltung zuzuordnenden Verwaltungskosten entspricht dies 19,20 €/m² Wohn-/ Nutzfläche im Jahr.

c) Planung und Vorbereitung

Grunderwerb

Konkrete Planungen hierzu existieren nicht.

Neubau

Das unbebaute Grundstück in der Viandener Straße befindet sich derzeit in Planung und soll zeitnah bebaut werden.

Um- und Ausbauprogramm 2024 und folgende Jahre

Ein Schwerpunkt der Tätigkeiten wird in der Bestandspflege und Vollmodernisierung liegen. Damit kann eine Verbesserung der Vermietbarkeit durch Änderungen der Wohnungsgrundrisse bzw. Ausstattungsmerkmale sowie der energetischen Verbesserung erreicht werden. Weiterhin werden die Sanierungsarbeiten in leerstehenden Wohnungen, insbesondere im Althausbestand, fortgeführt.

6. Wohnungsbewirtschaftung

Grundbesitz, Haus- und Wohnungsbestand

Der Grundbesitz der Genossenschaft beträgt flächenmäßig am 31.12.2023:

a) bebaute Grundstücke	160.875 m ²
b) unbebaute Grundstücke	<u>25.329 m²</u>
insgesamt	<u>186.204 m²</u>

Hierin sind Erbbaugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 7.353 m² enthalten.

Am 31.12.2023 waren 251 Häuser mit insgesamt 1.190 Mietwohnungen, 4 gewerblichen Einheiten, 144 Garagen, 70 Einstellplätzen in 2 Tiefgaragen, 138 Stellplätzen und 16 Fahrrad-Boxen vorhanden. Die gesamte Wohn-/Nutzfläche beträgt 79.466 m².

Im Geschäftsjahr fanden 87 Mieterwechsel statt. Das entspricht einer Fluktuationsrate von 7,34 %. Am 31.12.2023 standen insgesamt 30 Wohnungen und 42 Garagenstellplätze leer. Darin enthalten sind 21 Wohnungen, in denen Umbauarbeiten durchgeführt werden. Diese Wohnungen sind deshalb nicht mehr belegt worden. Für 6 der verbleibenden 9 Wohnungen konnten kurzfristig wieder Anschlussmietverträge abgeschlossen werden.

Unser Wohnungsbestand:

	Häuser	Wohnungen	gewerbl. Einheiten	Garagen	Einstell- plätze in Tiefgaragen	Stell- plätze	Wohn-/ Nutzfläche
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	254	1.190	1	141	20	154	78.200
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	1	0	3	3	50	0	1.265
	<u>255</u>	<u>1.190</u>	<u>4</u>	<u>144</u>	<u>70</u>	<u>154</u>	<u>79.465</u>

Von den insgesamt 1.190 Wohnungen sind 316 öffentlich gefördert und 874 freifinanziert. Die 874 Wohnungen teilen sich auf in 237 Altbauwohnungen und 637 Neubauwohnungen.

Die Nettodurchschnittsmieten je Wirtschaftseinheit und je m² Wohnfläche und Monat betragen zum 31.12.2023:

bis	4,50 €	82 Wohnungen
	5,00 €	460 Wohnungen
	5,50 €	295 Wohnungen
	6,00 €	98 Wohnungen
	6,50 €	91 Wohnungen
	7,00 €	116 Wohnungen
	8,50 €	4 Wohnungen
	9,00 €	16 Wohnungen
	9,50 €	20 Wohnungen
	11,00 €	<u>8 Wohnungen</u>
		<u>1.190 Wohnungen</u>

Die Entwicklung in den letzten Jahren ergibt sich aus den folgenden Kennzahlen:

Kennzahlenübersicht		2023	2022	2021	2020	2019
1. Bestandszahlen						
Bewirtschafteter Bestand						
Wohneinheiten	Anzahl	1.190	1.178	1.159	1.160	1.194
Gewerbeeinheiten	Anzahl	4	4	4	4	4
Garagen	Anzahl	144	144	144	144	153
Einstellplätze	Anzahl	70	70	70	70	70
Stellplätze	Anzahl	154	138	138	138	138
Wohnfläche/Nutzfläche	m ²	79.465	78.398	76.693	76.733	78.583
Durchschnittliche Wohnungsgröße	m ²	65,71	65,48	65,08	65,06	64,75
2. Wohnungswirtschaftliche Kennzahlen						
Durchschnittliche Wohnungsmiete	€/ m ²	5,34	5,18	5,12	5,09	4,95
Durchschnittliche Betriebskosten	€/ m ²	2,72	2,68	2,33	2,28	2,15
Wohnungswechsel	Anzahl	87	93	86	106	100
Fluktuationsrate	%	7,3	8,0	7,4	9,1	8,4
Wohnungsleerstände	Anzahl	30	35	31	39	97
davon modernisierungsbedingt	Anzahl	21	24	23	27	84
sonstige	Anzahl	9	11	8	12	13
Neuvermietung						
Angeschriebene Bewerber	Anzahl	1.469	870	1.414	2.098	1.859
davon interessierte Bewerber	Anzahl	198	233	210	242	219
Absagen	Anzahl	210	130	133	201	202
nicht gemeldet	Anzahl	140	109	65	117	99
Immobilienscout Anfragen	Anzahl	921	398	1.006	1.538	1.339

7. Mitglieder

Die ordentliche Mitgliederversammlung fand am 14. Juni 2023 statt.

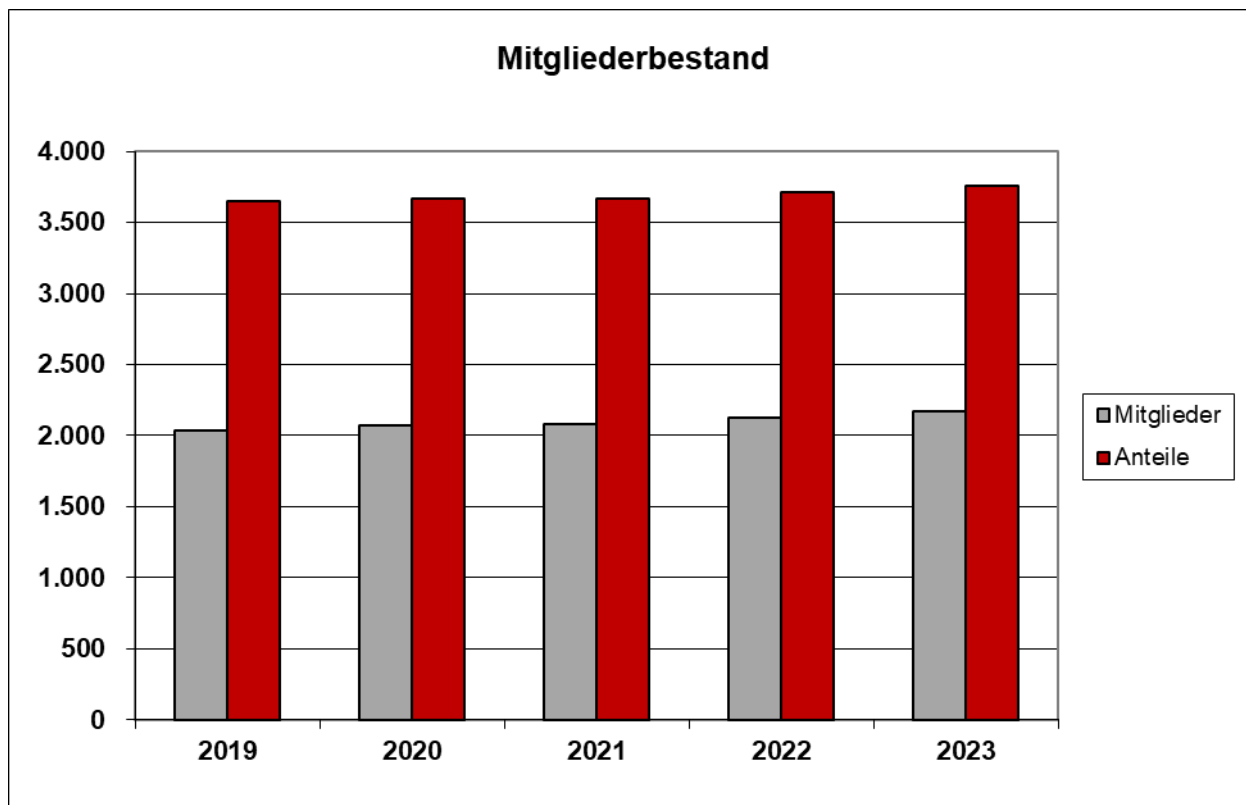
Mitgliederbewegung

Bestand am 1.1.2023	2.129 Mitglieder mit	3.716 Anteilen
Zugang durch Neuaufnahmen	<u>92 Mitglieder mit</u>	<u>92 Anteilen</u>
	2.221 Mitglieder mit	3.808 Anteilen

Abgang	Mitgl.	Anteile		
durch Todesfälle	18	18		
durch Kündigungen	20	21		
durch Ausschluss	3	3		
durch Anteilsündigung	0	0		
durch Übertragungen	9	9	50 Mitglieder mit	51 Anteilen
Bestand am 31.12.2023			<u>2.171 Mitglieder mit</u>	<u>3.757 Anteilen</u>

Mitgliederbewegung seit 2019

Jahr	Bestand am 1.1.	Zugänge	Abgänge	Bestand am 31.12.	mit Anteilen
2019	2.000	110	74	2.036	3.645
2020	2.036	107	73	2.070	3.667
2021	2.070	88	80	2.078	3.667
2022	2.078	103	52	2.129	3.716
2023	2.129	92	50	2.171	3.757



Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder betrugen zum Ende des Geschäftsjahres 770 T€ (Vorjahr 762 T€).

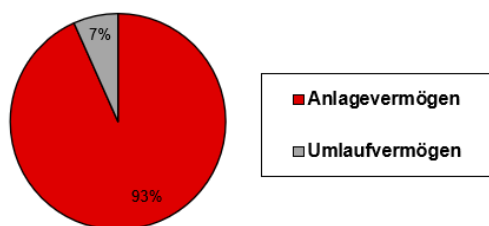
B. Darstellung der Lage (§ 289 Abs. 1 HGB)

1. Vermögens- und Finanzlage

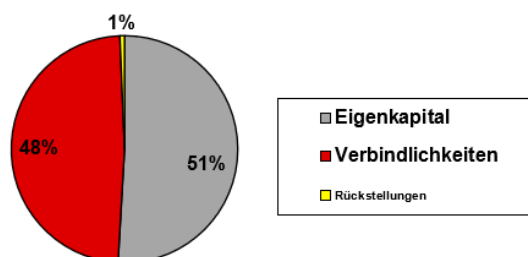
Die Strukturbilanz der Genossenschaft stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Aktiva					
Anlagevermögen	47.216	93,3	46.210	93,0	1.006
Umlaufvermögen	3.377	6,7	3.487	7,0	-110
Rechnungs- abgrenzungsposten	13	0,0	15	0,0	-2
Gesamtvermögen	50.606	100,0	49.712	100,0	894
Passiva					
Eigenkapital	25.767	50,9	24.934	50,2	833
Rückstellungen	328	0,7	322	0,6	6
Verbindlichkeiten	24.511	48,4	24.456	49,2	55
Gesamtvermögen	50.606	100,0	49.712	100,0	894

Aktiva 31.12.2023



Passiva 31.12.2023



Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 894 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen hat sich bei Zugängen von 2.542 T€, planmäßigen Abschreibungen von 1.391 T€ sowie einen Abgang von 145 T€ um 1.006 T€ erhöht. Die Zugänge sind im Wesentlichen auf die Neubauvorhaben der Häuser Scharnhorststr. 165-167, Blücherstr. 78/80, Blücherstr. 79/94 und verschiedene Einzelwohnungsmodernisierungen im Bestand zurückzuführen. Das Umlaufvermögen verringerte sich, insbesondere im Bereich der flüssigen Mittel, um 109 T€.

Auf der Passivseite stieg das bilanzielle Eigenkapital im Wesentlichen aufgrund des erzielten Jahresüberschusses um 833 T€. Durch Aufnahmen neuer Darlehen erhöhten sich die Verbindlichkeiten um 55 T€. Des Weiteren erhöhten sich die Rückstellungen um 6 T€.

Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind durch entsprechend langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt.

Die Investitionen für Modernisierung, Ausbau und Erweiterung wurden fristgerecht durch Eigenmittel aus dem geldrechnungsmäßigen Überschuss und durch Aufnahme von Darlehen finanziert. Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für 2024 gewährleistet.

2. Ertragslage

Der Jahresüberschuss im Jahr 2023 beträgt 856 T€. Er setzt sich zusammen aus dem Ergebnis der Hausbewirtschaftung in Höhe von + 883 T€, dem Ergebnis der Bautätigkeit von - 24 T€, dem Beteiligungs- und Finanzergebnis von - 1 T€, dem neutralen Bereich von - 2 T€ und Steuern von ± 0 T€.

Die Erhöhung des Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr um 11 T€ ist im Wesentlichen bedingt durch die Steigerung der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind um 310 T€ gestiegen. Ursache hierfür ist im Wesentlichen die Erhöhung der Sollmieten.

Die Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen blieben im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr, aufgrund der gesunkenen Erstattung von Versicherungsschäden, um 16 T€ gesunken.

Die Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung stiegen um 378 T€. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um gestiegene Instandhaltungs- und Betriebskosten.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 93 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 78 T€ gesunken.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird ein Überschuss gemäß Wirtschaftsplan von 1.291 T€ erwartet. Die Ertragslage ist unter Einbeziehung unserer Erfolgsplanung für die nächsten Jahre gesichert.

Insgesamt beurteilen wir die Entwicklung unseres Wohnungsunternehmens im gegebenen Marktfeld als gut.

C. Finanzielle Leistungsindikatoren

Der Vorstand hat aufgrund des **Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)** ein Risikomanagement eingerichtet. In verschiedenen Beobachtungsbereichen und Beobachtungsfeldern werden Risikoindikatoren ermittelt, die Frühwarninformationen liefern können. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig über die Entwicklungen unterrichtet. Eine Kennziffernübersicht wurde erstellt, die auszugsweise nachstehend veröffentlicht wird:

		2023	2022	2021	2020	2019
1. Jahresabschlusszahlen						
Bilanzsumme	T€	50.606	49.712	44.727	42.123	40.845
Sachanlagevermögen	T€	47.216	46.210	41.101	39.634	38.246
Sachanlagenintensität	%	93,30	92,96	91,89	94,09	93,64
Investitionen in Sachanlagen	T€	2.541	6.407	2.729	2.654	3.365
Eigenkapital (langfristig)	T€	25.729	24.895	24.070	23.623	23.345
Eigenkapitalquote	%	50,84	50,08	53,82	56,08	57,16
Fremdkapital (langfristig)	T€	20.598	20.091	16.900	15.274	14.312
Fremdmittelquote	%	40,70	40,41	37,78	36,26	35,04
Umsatzerlöse	T€	6.972	6.662	6.335	6.147	5.959
Jahresüberschuss	T€	854	845	477	297	720
Cash-flow	T€	2.247	2.143	1.738	1.512	1.904
Tilgung (planmäßig)	T€	854	612	624	566	561
Ausschüttung	T€	30	30	60	0	30

Durchschnittlicher Buchwert Hausbesitz	€/ m²	599,96	558,94	515,98	518,17	482,16
Durchschnittliche Verschuldung	€/ m²	263,40	219,10	224,05	202,39	182,13

2. Kennzahlen zur Rentabilität

Eigenkapitalrentabilität	%	3,32	3,39	1,98	1,25	3,08
--------------------------	---	-------------	------	------	------	------

3. Gewinn- und Verlustrechnung

Sollmieten	T€	5.199	4.810	4.661	4.657	4.600
Erlösschmälerungen	T€	177	128	134	202	308
In Relation zur Sollmiete	%	3,40	2,66	2,88	4,34	6,69
Instandhaltungskosten	T€	1.449	1.274	1.502	1.174	1.090
Durchschnittliche Instandhaltungskosten	€/ m²	19,20	17,51	20,57	16,65	16,96
Abschreibungen auf Mietforderungen	T€	3	12	17	23	9
Verwaltungskosten	T€	849	770	764	737	761
Abschreibungen auf Sachanlagen	T€	1.391	1.298	1.262	1.215	1.180
Zinsaufwendungen	T€	314	352	329	330	327

D. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

a) Risiken der künftigen Entwicklung

Wie bereits in den vergangenen Jahren wirkten sich die Fluktuation und die Veränderung der Bevölkerungsstruktur nicht spürbar auf den Bestand der Genossenschaft aus. Aufgrund der stabilen städtebaulichen und sozialen Entwicklung, der nachhaltig gesicherten Wettbewerbsposition und der ebenso wirtschaftlichen wie fairen Mietpreisgestaltung sind in den nächsten beiden Jahren keine erhöhten Leerstands- und Fluktuationszahlen mit korrespondierenden Mietausfällen zu erwarten. Bei Neuvermietungen von Wohnungen und Gewerbeeinheiten erfolgt eine standardisierte Bonitätsprüfung potenzieller Mieter. Zudem sichert das Forderungsmanagement die kontinuierlichen Zahlungseingänge

und kann zeitnah möglichen Versäumnisausfällen entgegenwirken. Das Risiko von Mietausfällen ist in Einzelfällen vorhanden, in seiner Gesamtheit ist es jedoch als gering zu erachten. Insgesamt zeichnen sich derzeit keine Vermietungsrisiken ab.

Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um langfristige Annuitätendarlehen, die dinglich gesichert sind. Ein Zinsänderungsrisiko besteht im Wesentlichen im Hinblick auf zukünftige Refinanzierungen auslaufender Kredite. Die Genossenschaft nutzt das derzeitige Marktumfeld, um sich durch Refinanzierungen von langfristigen Krediten zu günstigen Konditionen vor diesem Risiko abzusichern. Dies geschieht in Form langfristiger Festzinssatzkredite, um Zinsänderungsrisiken zu minimieren. Insgesamt hält sich das Zinsänderungsrisiko aufgrund steigender Tilgungsanteile in beschränktem Rahmen.

Wesentlichen Risiken aus Zahlungsstromschwankungen und Liquiditätsrisiken ist die Genossenschaft aufgrund regelmäßiger Mieteinzahlungen nicht ausgesetzt. Die Mieterträge sind durch die Nutzungs- und Mietverträge gesichert, Preisänderungsrisiken bestehen aufgrund des vielfach bestehenden Abstands zum ortsüblichen Mietpreisniveau nicht. Das aktuelle Mietniveau bietet kurz- und mittelfristig Mieterhöhungsmöglichkeiten.

Die Klimaschutzgesetzgebung und die damit einhergehenden Anforderungen und Verpflichtungen für die Wohnungswirtschaft stellen ganz erhebliche Herausforderungen auch für unsere Genossenschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. Seitens der Bundesregierung wurde im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 eine CO₂-Bepreisung beschlossen, die für das Geschäftsjahr 2024 eine Bepreisung von 45€/t CO₂ festlegt, die nach dem Stufenmodell zwischen Vermieter und Mieter aufgeteilt werden. Insgesamt beläuft sich der CO₂e-Verbrauch des Hausbesitzes auf 2.695 Tonnen. Dies entspricht ca. 32 kg CO₂e je m² Wohnfläche im Jahr.

Die Genossenschaft hat die Fa. Ampeers Energy mit einer Bestandsaufnahme der Objekte zur Ermittlung der CO₂-Emissionen beauftragt. Im Anschluss muss, basierend auf den vorliegenden Gebäude- und Energieverbrauchsdaten, eine wirtschaftlich sinnvolle Modernisierungsreihenfolge ermittelt werden, um das Gebäudeportfolio schrittweise zu dekarbonisieren. Mit dieser Aufgabe einhergehende Kosten- und Vermietungsrisiken sind zu beachten.

b) Chancen der künftigen Entwicklung

Die bundesweit zu beobachtenden Trends, dass immer mehr ältere Menschen aus den Vororten zurück in die Stadt ziehen und junge Familien Wohnraum in der Stadt suchen, sind auch in Düren festzustellen. Durch eine Verstärkung der Betreuung der Mieter rund um die alltäglichen kleineren Wohnungsprobleme sowie durch soziale Projekte kann die Genossenschaft die Chance einer starken Mieterbindung ausbauen und dadurch zu einer stabilen wirtschaftlichen Lage der Genossenschaft

beitragen. Nach wie vor bilden die in den letzten Jahren kontinuierlich durchgeführten Investitionen in den Bestand die Grundlage zukünftiger Erfolgspotentiale.

Nachdem 2022 erstmals wieder Neubauten in der Scharnhorststraße sowie in der Blücherstraße errichtet wurden, sind weitere Neubauten in der Viandener Straße geplant, die in Sachen Nachhaltigkeit und Energieeffizienz neue Maßstäbe setzen werden. Aber auch hier muss das Augenmerk auf den demografischen Wandel gelegt werden und die gestiegene Nachfrage nach seniorengerechten Wohnungen beachtet werden.

Auf der Grundlage der Wohnquartiere und der Modernisierungsbemühungen verfolgt die Genossenschaft aber auch weiterhin die Geschäftspolitik, die die derzeitige Diskussion um bezahlbaren Wohnraum und die damit verbundene Nachfrage als Chance einer stabilen und nachhaltigen Vermietung erkannt hat.

Die Genossenschaft bemüht sich auch weiterhin um die energetische Optimierung ihrer Objekte und kennzeichnet diese Entwicklung als weitere Marktchance. So wurden Photovoltaik-Anlagen im Rahmen von sogenannten Mieterstrommodellen zusammen mit den Stadtwerken Düren auf fast allen Objekten in der Blumenthalstraße installiert. Die dadurch eingesparten Stromkosten kommen unmittelbar den Mietern zugute. Das Neubauvorhaben in der Scharnhorststraße wurde ebenfalls mit einer Photovoltaik-Anlage ausgestattet.

E. Voraussichtliche Entwicklung

Geschäftspolitische Grundlage der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder, vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Zu dieser sozialen Verpflichtung hat die Genossenschaft seit der Gründung ihren Beitrag geleistet und wird diese Zielsetzung auch in Zukunft verfolgen. Unsere Mitglieder stehen im Mittelpunkt unserer Überlegungen. Das Eingehen auf die Bedürfnisse unserer Mieterschaft wird die Marktposition unseres Unternehmens weiter stärken.

Im Geschäftsjahr 2024 wird eine Umsatzsteigerung angestrebt. Im Vergleich zum Jahr 2022 soll der Umsatz um ca. 3,7 % auf 7.232 T€ steigen. Dieser Anstieg ist zum einen auf Mieterhöhungen im Rahmen der Anpassung an den Mietspiegel und zum anderen auf höhere Mieteinnahmen infolge der abgeschlossenen Neubauvorhaben zurückzuführen. Demgegenüber stehen steigende Aufwendungen für Abschreibung, Aufwendungen für Instandhaltung und Modernisierung sowie Fremdkapitalzinsen.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird gemäß dem detaillierten Wirtschaftsplan mit einem Überschuss von 1.291 T€ gerechnet.

Aufgrund des demographischen Wandels und der erhöhten Nachfrage auf dem Dürener Wohnungsmarkt gehen wir weiterhin von einer angespannten Vermietungssituation aus. Gerade für Studenten der umliegenden Studentenstädte wie Aachen oder Köln bietet Düren aufgrund der guten Lage und ausgeprägten Infrastruktur eine Alternative zu den hohen Mieten der Großstadt. Des Weiteren muss Düren auch zukünftig als Wohnstandort für einkommensschwache Haushalte angesehen werden. Diese Parameter erschweren die Wohnungsmarktsituation in Düren zusätzlich. Es gilt, geeignete Anregungen zur qualitativen Aufwertung modernisierungsbedürftiger Wohnungsbestände zu entwickeln. Insbesondere muss gewährleistet sein, dass zu tätige Aufwendungen für dringend notwendige Modernisierungsmaßnahmen zukünftig auch im Rahmen von Mieterhöhungen Berücksichtigung finden können.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit konzentriert sich die Geschäftstätigkeit auch zukünftig auf die Erhaltung und die Modernisierung des Wohnungsbestandes im Rahmen der genossenschaftlichen Möglichkeiten und weitet dies um das Geschäftsfeld Neubau aus. Ziel ist, die langfristige Vermietbarkeit unter Berücksichtigung der Mieterstrukturen und der Nachfrage am Wohnungsmarkt zu erhalten. Dieses kann dauerhaft nur über ein Wohnungsangebot mit entsprechenden Wohnungsgrößen, ansprechendem Wohnumfeld und gesteigertem Wohnungsausstattungsstandard, auch unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben, wie z. B. Energieeinsparmaßnahmen, erreicht werden. Der mittelfristige Ausbau der Modernisierungs- und Instandhaltungskontingente ist daher notwendig. Die Planung von Umbau- und Neubauvorhaben muss hierauf ausgerichtet sein.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Vorstand: Mannheims, Heinz (Vorsitzender)
Knappe, Hermann Josef (bis 31.03.2023)
Peterhoff, Andreas
Vosen, Ingo
Hourtz, Britta
Schaffert, Niels-Christian

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 3 Mitgliedern.

Mitgliederversammlung: In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine 1 Stimme.

Vertreter des Kreises Düren

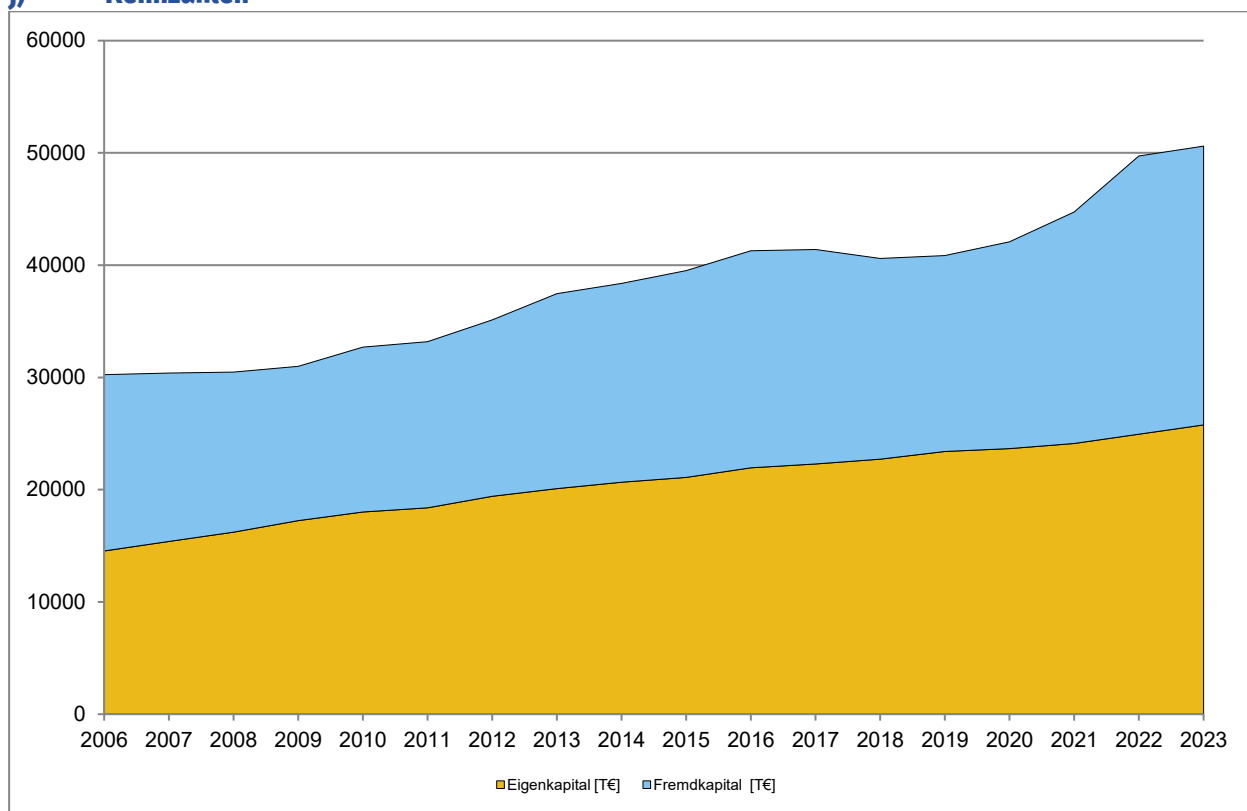
Mitgliederversammlung:

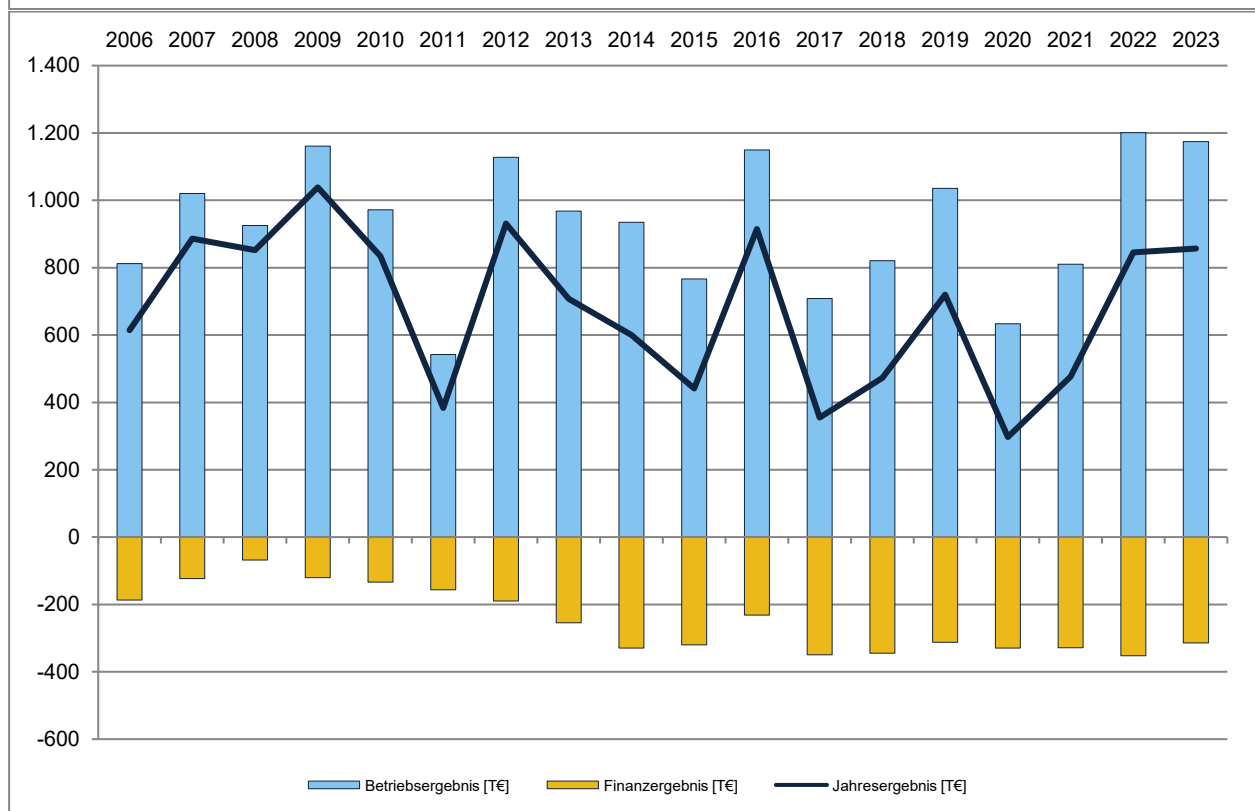
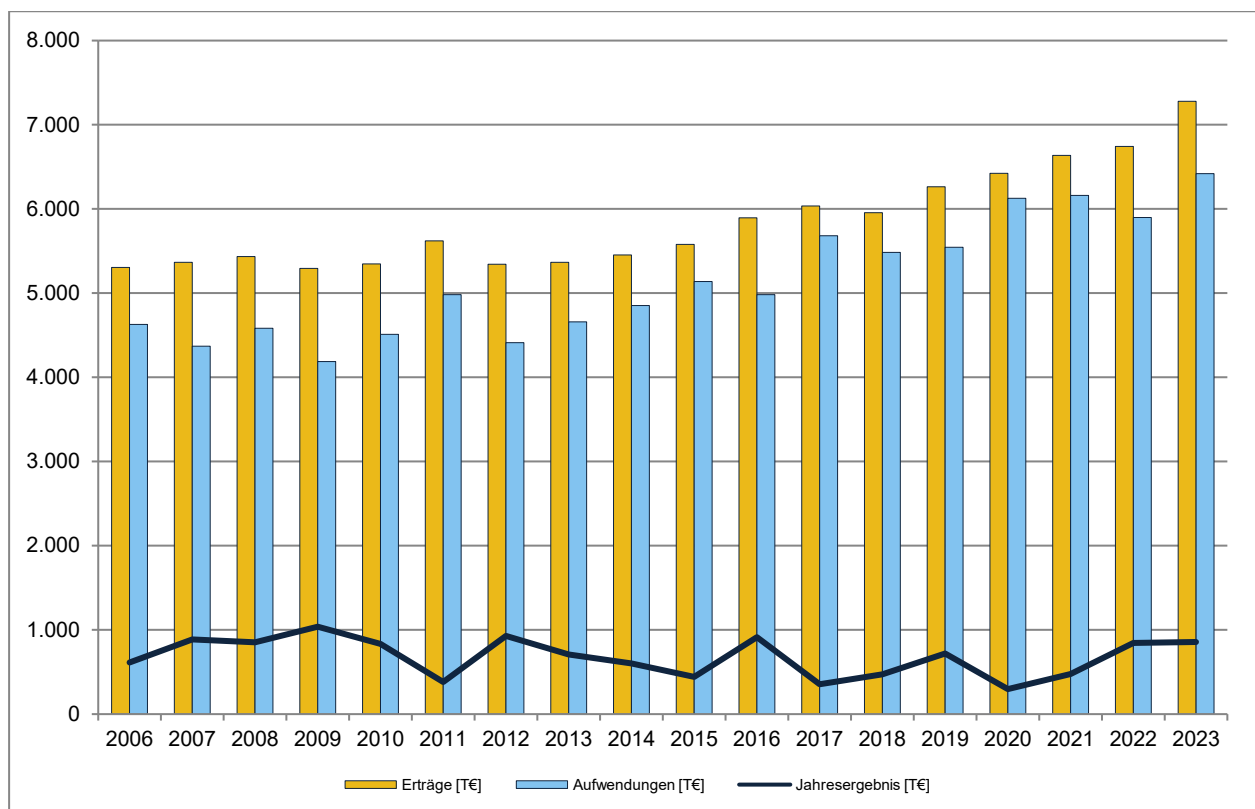
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.11.1999	08.11.2024

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Genossenschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	53,91%	50,16%	50,92%	0,76%
Eigenkapitalrentabilität	1,98%	3,39%	3,32%	-0,07%
Anlagendeckungsgrad 2	99,96%	97,59%	98,32%	0,73%
Verschuldungsgrad	85,49%	99,37%	96,40%	-2,98%
Umsatzrentabilität	12,79%	18,03%	16,84%	-1,18%

10 Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR



Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: 02421-22-1051002
Telefax: 0241-22-2027
E-Mail: kreismaeuse-aoer@kita-kreis-dueren.de
Homepage: [www. https://www.kreis-dueren.de/microsite/kreismaeuse/index.php](https://www.kreis-dueren.de/microsite/kreismaeuse/index.php)

a) Gegenstand der Anstalt

Aufgabe der Anstalt sind der Betrieb, die Unterhaltung und die Verwaltung von Kindertageseinrichtungen i. S. d. § 1 Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KiBiz NRW).

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an der Anstalt

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Trägerstruktur

Träger	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	25	100
Stammkapital	25	

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Rahmen der Personalgestaltung sind Mitarbeiterinnen des Kreises auch für die Anstalt tätig. Hierfür erhielt der Kreis Düren eine Erstattung für die Personal- und Sachkosten in Höhe von 40 T€.

Der Kreis Düren erhielt im Jahr 2023 aus Rückforderungen von bereits ausgezahlten Mitteln einen Betrag in Höhe von 424 T€. Ebenso erhielt der Kreis Düren Mietzahlungen inklusive Nebenkosten in Höhe von 380 T€.

Als Träger von Kindertageseinrichtungen im Kreis Düren erhielt die Anstalt Fördermittel (aus Landesanteil und Kreisanteil) auf Grund des KiBiZ (Kindpauschalenbudget). Im Jahr 2023 lagen die Mittel hierfür bei 31.421 T€. Der Kreis Düren zahlt als Anstaltsträger den Eigenanteil für die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR, dieser betrug im Jahr 2023 4.997 T€.

Der Kreis Düren hat als Anstaltsträger einen Abschlag für den Verlustausgleich in Höhe von 7.549 T€ gezahlt.

Der Kreis Düren hat Sonderförderungen des Landes in Höhe von 1.060 T€ erhalten und an die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR weitergeleitet.

Im Rahmen des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) hat die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR Beträge in Höhe von 289 T€ geleistet.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	706.818,00 €	1.044.557,00 €	1.006.383,00 €	-38.174,00 €	-3,65%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	1.255.059,09 €	2.956.259,49 €	5.203.614,54 €	2.247.355,05 €	179,06%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.547.861,07 €	2.872.227,74 €	1.816.691,01 €	-1.055.536,73 €	-68,19%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	916.727,22 €	740.230,46 €	1.077.557,32 €	337.326,86 €	36,80%
Summe Aktiva	4.426.465,38 €	7.613.274,69 €	9.104.245,87 €	1.490.971,18 €	33,68%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Sonderposten	526.758,95 €	790.614,90 €	661.070,85 €	-129.544,05 €	-24,59%
C. Rückstellungen	1.192.109,70 €	3.836.005,76 €	5.167.213,82 €	1.331.208,06 €	111,67%
D. Verbindlichkeiten	2.431.606,55 €	2.735.813,47 €	3.022.854,98 €	287.041,51 €	11,80%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	250.990,18 €	225.840,56 €	228.106,22 €	2.265,66 €	0,90%
Summe Passiva	4.426.465,38 €	7.613.274,69 €	9.104.245,87 €	1.490.971,18 €	33,68%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	785.458,25 €	1.033.409,75 €	1.561.265,83 €	527.856,08 €	51,08%
2. Sonstige betriebl. Erlöse	25.821.842,84 €	28.610.601,05 €	38.396.128,31 €	9.785.527,26 €	34,20%
3. Materialaufwand	720.816,77 €	999.330,07 €	1.449.539,12 €	450.209,05 €	45,05%
4. Personalaufwand	19.783.815,77 €	24.895.180,55 €	34.861.091,50 €	9.965.910,95 €	40,03%
5. Abschreibungen	233.413,45 €	308.102,66 €	371.014,56 €	62.911,90 €	20,42%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	8.171.527,65 €	8.851.393,17 €	10.561.753,27 €	1.710.360,10 €	19,32%
Betriebsergebnis	-2.302.272,55 €	-5.409.995,65 €	-7.286.004,31 €	-1.876.008,66 €	34,68%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	20,59 €	20,20 €	85,58 €	65,38 €	323,66%
Finanzergebnis	-20,59 €	-20,20 €	-85,58 €	-65,38 €	323,66%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-2.302.293,14 €	-5.410.015,85 €	-7.286.089,89 €	-1.876.074,04 €	34,68%
8. sonstige Steuern	136,00 €	20,00 €	26,00 €	6,00 €	30,00%
9. Erträge aus Verlustübernahme	2.302.429,14 €	5.410.035,85 €	7.286.115,89 €	1.876.080,04 €	34,68%
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

g) Lagebericht

1. Grundlagen der AöR

1.1 Geschäftsmodell der AöR

Der Kreistag des Kreises Düren hat in seiner Sitzung am 30.03.2017 (Drs.Nr. 68/17) die Errichtung der Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR als Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.07.2017 beschlossen.

Mit Schreiben vom 22.05.2017 hat die Bezirksregierung Köln als zuständige Aufsichtsbehörde dem Kreis Düren mitgeteilt, dass sie keine kommunalrechtlichen Bedenken gegen die geplante Gründung der Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR erhebt.

Die öffentliche Bekanntmachung der Anstaltssatzung erfolgte am 07.06.2017. Die Satzung ist zum 01.07.2017 in Kraft getreten, wurde am 17.10.2017 zuletzt geändert und am 29.11.2017 öffentlich bekanntgegeben.

Aufgabe der Anstalt ist der Betrieb, die Unterhaltung und die Verwaltung von Kindertageseinrichtungen i. S. d. § 1 Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KiBiz NRW).

Die AöR hat ihren Sitz im Kreis Düren, Stadt Düren, Bismarckstraße 16.

Zu Vorständen sind bestellt:

Frau Elke Ricken-Melchert, Kerpen, und Herr Christoph Siebertz, Merzenich.

1.2 Ziele und Strategien

Die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR ist eine kommunale Trägerin von Kindertageseinrichtungen im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes Düren. Die AöR übernimmt auf Wunsch der Städte und Gemeinden die kommunalen Kindertageseinrichtungen durch Trägerwechsel im Rahmen des § 613a BGB (Rechte und Pflichten bei Betriebsübergang). Ziel ist die flächendeckende Erhaltung der kommunalen Trägerstruktur. Bei Bedarf wird die AöR auch Trägerin von neuen Kindertageseinrichtungen. Der Ausbau erfolgt bedarfsgerecht im Rahmen der Planungs- und Steuerungsverantwortung des Kreises Düren als örtlicher Träger der Jugendhilfe.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR steht grundsätzlich im Wettbewerb mit verschiedenen anderen freien Trägern von Kindertageseinrichtungen (Arbeiterwohlfahrt, Johanniter Unfallhilfe, kirchliche Träger usw.). Dies zeigt sich insbesondere im Personalbereich. So ist der Fachkräftemangel bei den pädagogischen Fachkräften bereits akut und wird sich voraussichtlich weiter verschärfen.

Der Kreis Düren befindet sich mit seinen Kommunen in einer Wachstumsoffensive. Hieraus leitet sich ein zusätzlicher Bedarf an Betreuungsplätzen im gesamten Kreisgebiet ab. Darüber hinaus führt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr nach wie vor zu einem steigenden Bedarf an Betreuungskapazitäten.

2.2 Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2023 war die AöR Trägerin von 42 Kindertageseinrichtungen im Kreis Düren. Die Einrichtungen liegen in den Kommunen Aldenhoven, Düren, Heimbach, Hürtgenwald, Inden, Jülich, Kreuzau, Langerwehe, Linnich, Nörvenich und Vettweiß.

Zum 01.01.2023 wurden die in kommunaler Trägerschaft befindlichen Kindertageseinrichtungen der Gemeinden Kreuzau und Langerwehe in die Trägerschaft der AöR übertragen. Hierbei handelt es sich um vier Einrichtungen der Gemeinde Kreuzau mit insgesamt neun Gruppen sowie vier Einrichtungen der Gemeinde Langerwehe mit insgesamt zwölf Gruppen. Im Geschäftsjahr 2023 wurden die mobilen Vorläufereinrichtungen Indelandmäuse (4-gruppig) und Rurmäuse (5-gruppig) in Festbauten überführt. In der Gemeinde Kreuzau muss die ehemals 5-gruppige mobile Einheit auf Grund des anhaltenden Bedarfs an Betreuungsplätzen als 2-gruppige Einrichtung vorerst weiterbetrieben werden. In der Gemeinde Langerwehe wurde zudem eine 3-gruppige mobile Einheit (Kita Mäusegarten in Pier) zum 01.11.2023 neu errichtet und zunächst mit zwei Gruppen in Betrieb genommen.

Insgesamt hat sich die Anzahl der Gruppen dadurch von 116 auf 140 Gruppen erhöht. Die Errichtung der mobilen Einheit erfolgte wie in den Vorjahren durch die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) als Vermieter, die auch als Investor und Projektentwickler für die bedarfsgerecht geplanten Festbauten auftritt. Für die Betreuung der Liegenschaften und die Durchführung der Gebäudeunterhaltung ist die GIS im Rahmen der Geschäftsbesorgung zuständig.

Die Personalabrechnung und die kaufmännische Abwicklung der Geschäftsvorfälle werden durch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) abgewickelt.

Im Geschäftsjahr 2023 beschäftigt die AöR durchschnittlich etwa 800 Mitarbeitende, die an 42 Standorten rund 2.700 (Stichtag 01.08.2023) Kinder betreuen. Alle Einrichtungen sind dabei voll belegt bzw. im Wege von Gruppenüberschreitungen werden zusätzliche Plätze vergeben.

Trotz der angespannten Personalsituation auf dem Arbeitsmarkt konnten alle Stellen gemäß den Vorgaben der Betriebserlaubnis mit qualifizierten pädagogischen Fachkräften besetzt werden. Zum neuen Kindergartenjahr 2023/2024 sind 45 neue Auszubildende bei der Trägerin gestartet. Darunter 34 Auszubildende in der praxisintegrierten Ausbildung, acht Berufspraktikant:innen und drei Kinderpfleger:innen.

Im April 2023 haben die Tarifvertragsparteien eine Einigung in den Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen erzielt.

Kernelemente des Abschlusses sind eine Inflationsausgleichszahlung und eine Gehaltserhöhung. Die Beschäftigten erhielten eine Inflationsausgleichszahlung i. H. v. 3.000,00 €. Die Auszahlungen begannen mit einem einmaligen Betrag von 1.240,00 € (steuer- und abgabenfrei) im Monat Juni 2023. In den Monaten Juli 2023 bis einschließlich Februar 2024 erfolgten monatliche Sonderzahlungen i. H. v. je 220,00 € netto. Die Auszubildenden und Praktikant:innen im Anerkennungsjahr erhielten eine Inflationsausgleichszahlung in Gesamthöhe von 1.500,00 €.

2.3 Lage der AöR

2.3.1 Ertragslage

Aufgrund des beschriebenen Geschäftsverlaufs ist das Geschäftsjahr 2023 nur bedingt mit den Vorjahreszahlen vergleichbar.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1.561 T€ (Vj. 1.033 T€) betreffen im Wesentlichen Erlöse aus Essensgeldzahlungen der Eltern (1.376 T€; Vj. 924 T€) sowie im Rahmen der Zahlungen im Förderprogramm Bildung und Teilhabe (172 T€; Vj. 109 T€). Dem gegenüber stehen im Materialaufwand die wesentlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Essensverpflegung (1.450 T€; Vj. 999 T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Körperschaft betragen im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 38.396 T€ (Vj. 28.611 T€). Diese resultieren im Wesentlichen aus KiBiz-Mitteln (29.456 T€; Vj. 21.889 T€) und Trägeranteilen (4.024 T€; Vj. 2.986 T€) sowie den sonstigen Zuschüssen (4.739 T€; Vj. 3.331 T€). Die sonstigen Zuschüsse betreffen Zuschüsse für Mieten (2.831 T€), Personalkosten (1.517 T€) sowie investive Zuschüsse (391 T€). Die zusätzlichen Mietzuschüsse betreffen den Teil der Mietzahlungen, die nicht von den Mietpauschalen im KiBiz gedeckt sind.

Den Erträgen gegenüber stehen insbesondere die Personalaufwendungen inklusive sozialer Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 34.861 T€ (Vj. 24.895 T€). Die Personalaufwandsquote, als Verhältnis des Personalaufwandes zu den KiBiz-Mitteln, Trägeranteilen und sonstigen Personalkostenzuschüssen (34.998 T€; Vj. 25.386 T€), ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %-Punkte gestiegen (99,5 %; Vj. 98,1 %).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 10.562 T€ (Vj. 8.851 T€) gliedern sich in die Bereiche Mieten und Pachten (4.359 T€; Vj. 4.098 T€), sonstige Gebäudekosten (3.714 T€; Vj. 2.737 T€), Kita spezifischer Bedarf (623 T€; Vj. 505 T€) und Verwaltungs- und Gemeinkosten (1.866 T€; Vj. 1.511 T€).

Die AÖR beendet das Geschäftsjahr mit einem Ergebnis vor Verlustausgleich durch den Kreis Düren in Höhe von -7.233 T€ (Vj. -5.410 T€).

2.3.2 Finanzlage

	31.12.2022
	<u>T€</u>
Jahresüberschuss	0
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	308
Zunahme der Rückstellungen	2.644
Zunahme des Sonderpostens	264
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-1.525
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-11
Zunahme der erhaltenen Anzahlungen	29
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>261</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>1.970</u>
 Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	 <u>-646</u>
Investitionstätigkeit	<u>-646</u>
 Finanzierungstätigkeit	 <u>0</u>
 Liquide Mittel am Anfang der Periode	 1.548
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>1.324</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>2.872</u>

2.3.3 Vermögenslage

Zum 31.12.2023 beträgt die Bilanzsumme bzw. das Gesamtvermögen 9.068 T€ (Vj. 7.613 T€) und hat sich damit im Vorjahresvergleich deutlich um 1.455 T€ erhöht.

Die Aktivseite besteht aus Anlagevermögen (1.006 T€; Vj. 1.045 T€), aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (5.167 T€; Vj. 2.956 T€), aus liquiden Mitteln (1.816 T€; Vj. 2.872 T€) sowie aus aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (1.078 T€; Vj. 740 T€).

Das Anlagevermögen zum 31.12.2023 in Höhe von 1.006 T€ (Vj. 1.045 T€) betrifft im Wesentlichen die Investitionen in neue Betreuungsplätze (Erweiterungen und neue Kitas). Dem stehen Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen zum Anlagevermögen in Höhe von 661 T€ (Vj. 791 T€) gegenüber. Die Kitagebäude befinden sich nicht im Eigentum der Anstalt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Wesentlichen Forderungen für investive Zuschüsse, Forderungen aus KiBiz Zuschüssen sowie Forderungen aus der Verlustübernahme gegenüber dem Gesellschafter Kreis Düren.

Die liquiden Mittel sind im Geschäftsjahr von 2.872 T€ auf 1.817 T€ gesunken (siehe Finanzlage).

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen neben Mietzahlungen für den Januar 2023 (246 T€) insbesondere Herrichtungskosten für provisorische Containeranlagen, die über die ursprünglich vereinbarte Nutzungsdauer aufgelöst werden (831 T€).

Das Eigenkapital der Kita AöR beträgt unverändert zum Vorjahr 25 T€. Der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen zum Anlagevermögen in Höhe von 661 T€ (Vj. 791 T€) wird korrespondierend der jeweiligen Nutzungsdauern ratierlich aufgelöst.

Die sonstigen Rückstellungen betragen 5.167 T€ (Vj. 3.836 T€) und betreffen neben Personalarückstellungen im Wesentlichen Rückstellungen für mögliche Rückzahlungsverpflichtungen im Rahmen der KiBiz-Finanzierung (rd. 4.329 T€). Damit sind die Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr um 1.278 T€ gestiegen. Diese Steigerung betrifft mit 1.376 T€ die gestiegenen Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen im Rahmen der KiBiz-Finanzierung.

Auch die Verbindlichkeiten sind im Zuge des Wachstums von 2.736 T€ auf 3.023 T€ gestiegen.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 228 T€ (Vj. 226 T€) resultiert aus Zuwendungen für das Geschäftsjahr 2024, die bereits in 2023 ausgezahlt wurden.

2.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das operative Geschäft der Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR besteht in der Unterhaltung und der Verwaltung von Kindertageseinrichtungen i.S.d. § 1 Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KiBiz NRW). Die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen erfolgt auf der Grundlage des KiBiz und der hierzu ergangenen Verordnungen. Die Belegung der Kindertageseinrich-

tungen ist abhängig von der Anzahl der angemeldeten Kinder und dem Kita-Platzvergabeverfahren des Jugendamtes des Kreises Düren. Die Platzvergabe der AöR erfolgt nach einheitlichen Aufnahmekriterien, die auf der Empfehlung des Landesjugendamtes sowie der regionalen Arbeitsgemeinschaft für Kindertageseinrichtungen (AG 78) des Kreises Düren basieren.

Der Personalaufwand als größter Kostenblock hat einen wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis der AöR. Dabei steht insbesondere die Personalaufwandsquote als Verhältnis vom Personalaufwand zu den KiBiz-Mitteln inkl. der Trägeranteile im Blickfeld der Gesellschaft (siehe Ertragslage 2.3.1).

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren von Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Zweck der Anstalt nachhaltig erfüllt bzw. erreicht werden kann.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Im Jahr 2024 wurde die neue dreigruppige mobile Einheit in der Stadt Jülich (Kita Schatzmäuse) errichtet und ist zum 01.10.2024 zunächst mit zwei Gruppen gestartet. Des Weiteren wurde der Festbau der fünfgruppigen Einrichtung in Nörvenich-Rath (Kita Rather Feldmäuse) fertig gestellt und im Oktober 2024 in Betrieb genommen. Dadurch konnte die 5-gruppige mobile Einheit als Vorläufereinrichtung aufgelöst werden. Zudem wird die eingruppige Einrichtung in Nörvenich-Rath zum 01.10.2024 als eigenständige Einrichtung (Kita Mäusestube) geführt.

Für Januar 2025 ist aktuell die Eröffnung der neuen 5-gruppigen Einrichtung in der Gemeinde Nörvenich (Kita Vicusmäuse) vorgesehen. Hierdurch werden zusätzlich dringend benötigte Betreuungsplätze im Kernort der Gemeinde angeboten. Im Jahr 2025 ist der Baubeginn von vier Neubauten anvisiert, wovon zwei Projekte aus 2024 stammen und nicht wie geplant starten konnten.

Konkret handelt es sich bei den Projekten um:

- die Kita Mäusenest (vier Gruppen) als Ablösung der mobilen Einheit in Nörvenich – Eschweiler ü. Feld
- die Kita Hofmäuse (vier Gruppen) in Hürtgenwald – Gey als Ablösung der mobilen Einheit in Gey mit zusätzlicher Erweiterung um zwei Gruppen
- die Kita Mäusegarten (fünf Gruppen) als Ablösung der mobilen Einheit in Langerwehe mit zusätzlicher Erweiterung um zwei Gruppen
- die Kita Zaubermäuse (fünf Gruppen) als Ablösung der mobilen Einheit in Linnich mit zusätzlicher Erweiterung um eine Gruppe.

Die inhaltliche Entwicklung der Kindertageseinrichtungen in der Trägerschaft der Kreismäuse AöR wird auch in den Jahren 2024 und 2025 weiter fortgesetzt. Entsprechend wird es nach wie vor dringend erforderlich sein, qualifiziertes Personal zu beschäftigen und auszubilden, um eine qualitativ hochwertige Betreuung und den kontinuierlichen Ausbau von Betreuungsplätzen zu gewährleisten.

Die dynamische Fortschreibungsrate des KiBiz berücksichtigt eine tatsächliche Kostenentwicklung. Sie setzt sich zu neun Teilen aus der Kostenentwicklung für pädagogisches Personal und zu einem Teil aus der Sachkostenentwicklung zusammen. Maßgeblich für diese Zusammensetzung ist § 37 Absatz 3 Satz 1 KiBiz. Die Zuschüsse wurden für das Kindergartenjahr 2023/2024 um + 3,46 % und für das Kindergartenjahr 2024/2025 um 9,65 % erhöht.

Die Steigerung um 9,65 % setzt sich dabei aus einer Entwicklungsrate von 6,31 % für die Sachkosten und einer Steigerung von 10,02 % für die Personalkosten zusammen.

Durch die Tarifeinigung im April 2023 erhalten die Beschäftigten eine Gehaltserhöhung ab März 2024. Die Tabellenentgelte stiegen zunächst um einen Sockelbetrag von 200 €, woraus eine zusätzliche Erhöhung um 5,5% folgt. Auszubildende sowie Praktikant:innen im Anerkennungsjahr profitieren ebenfalls von der Tarifsteigerung, hier wurde die Ausbildungsvergütung um 150 € erhöht.

3.2 Risikobericht

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung im Kreisgebiet erfolgt im Rahmen der Planungsverantwortung des Kreises Düren als öffentlicher Träger der Jugendhilfe. Neue Kindertageseinrichtungen übernimmt die AöR nur bei entsprechender Beschlusslage des Jugendhilfeausschusses. Das Risiko, Überkapazitäten zu schaffen, wird hierdurch weitgehend ausgeschlossen. Aufgrund der Finanzierungssystematik der AöR muss der Kreis Düren Defizite der AöR ausgleichen und über die Jugendamtsumlage refinanzieren.

Der Tarifabschluss aus 2023 hat auch für die AöR große Auswirkungen. Unabhängig von der Bedeutung für die Beschäftigten, stellt das Ergebnis die AöR vor eine große finanzielle Belastung. Bis die Entlastung durch die Dynamisierung der KiBiz-Pauschale ab August 2024 greift, wird die AöR auf zusätzliche finanzielle Unterstützung des Jugendamtes angewiesen sein.

Die AöR hat im Bereich der Personalentwicklung einen Schwerpunkt auf die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte gelegt. Es besteht hier wie auch bei dem pädagogischem Fachpersonal das Risiko, künftig nicht die benötigte Anzahl zur Besetzung offener Stellen zu finden.

3.3 Chancenbericht

Die Nachfrage der Eltern nach Betreuungsplätzen für immer jüngere Kinder bleibt unverändert hoch. Viele Kommunen des Kreises Düren entwickeln neue Wohngebiete, die die Anzahl junger

Familien kontinuierlich steigen lassen. Diese Entwicklung führt dazu, dass die AöR auch in den nächsten Jahren einen wichtigen Beitrag zur Wachstumsoffensive des Kreises Düren leisten wird.

Die Sicherstellung und Schaffung notwendiger Betreuungsplätze im Kreisgebiet Düren ist eine zentrale Aufgabe, die in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Ämtern und Gesellschaften des Kreises Düren sowie den einzelnen Kommunen wahrgenommen wird. Die eingerichteten mobilen Einheiten als Vorläufer-Einrichtungen werden voraussichtlich alle in Neubauten überführt, um so auch langfristig den Bedarf an Betreuungsplätzen decken zu können. Daher kann die AöR von der Wachstumstendenz profitieren, wenngleich diese mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit das Jahresergebnis der AöR weiter verschlechtern wird. Durch die Verlustübernahme des Kreises Düren entsteht hier jedoch kein hohes Risiko.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Vorstand:	Ricken-Melchert, Elke	Kreis Düren	Dezernentin
	(Vorsitzende)		
	Siebertz, Christoph	Merzenich	
Verwaltungsrat:	Kreis Düren	7 Sitze	100%

Vertretung des Kreises Düren

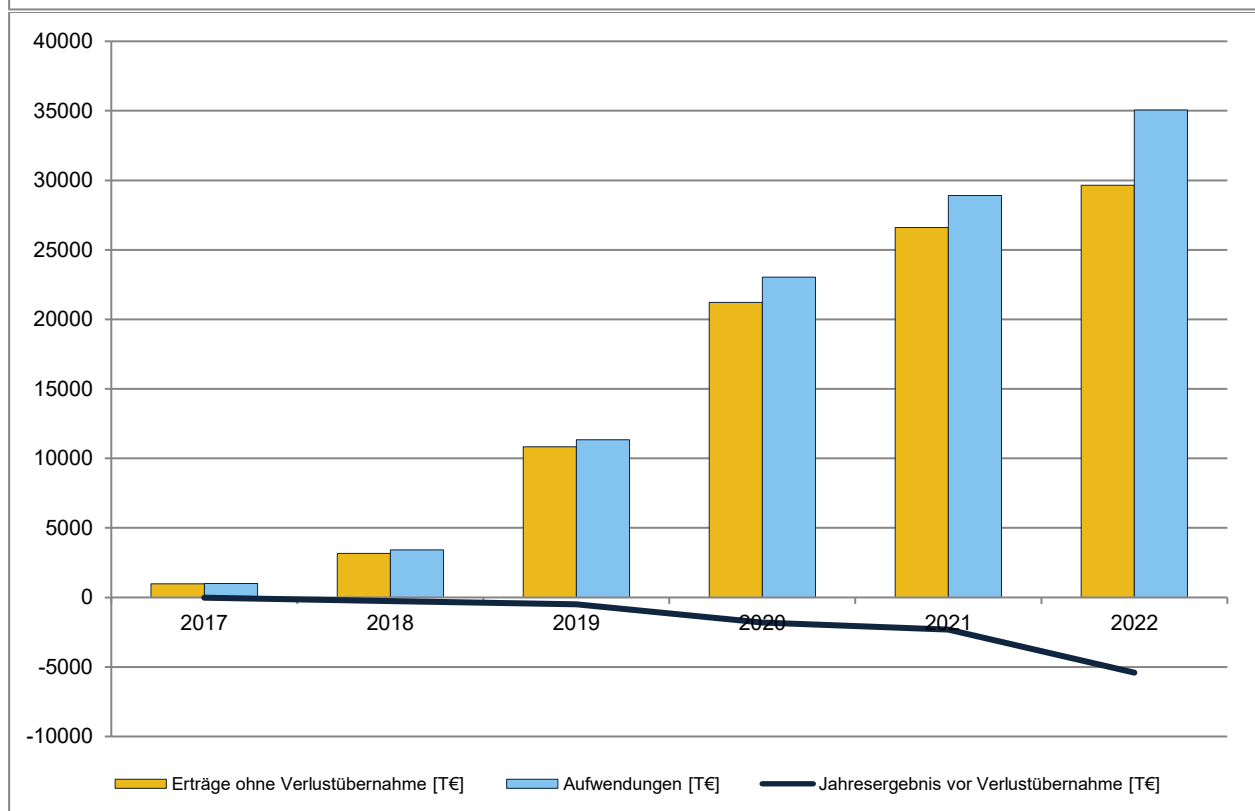
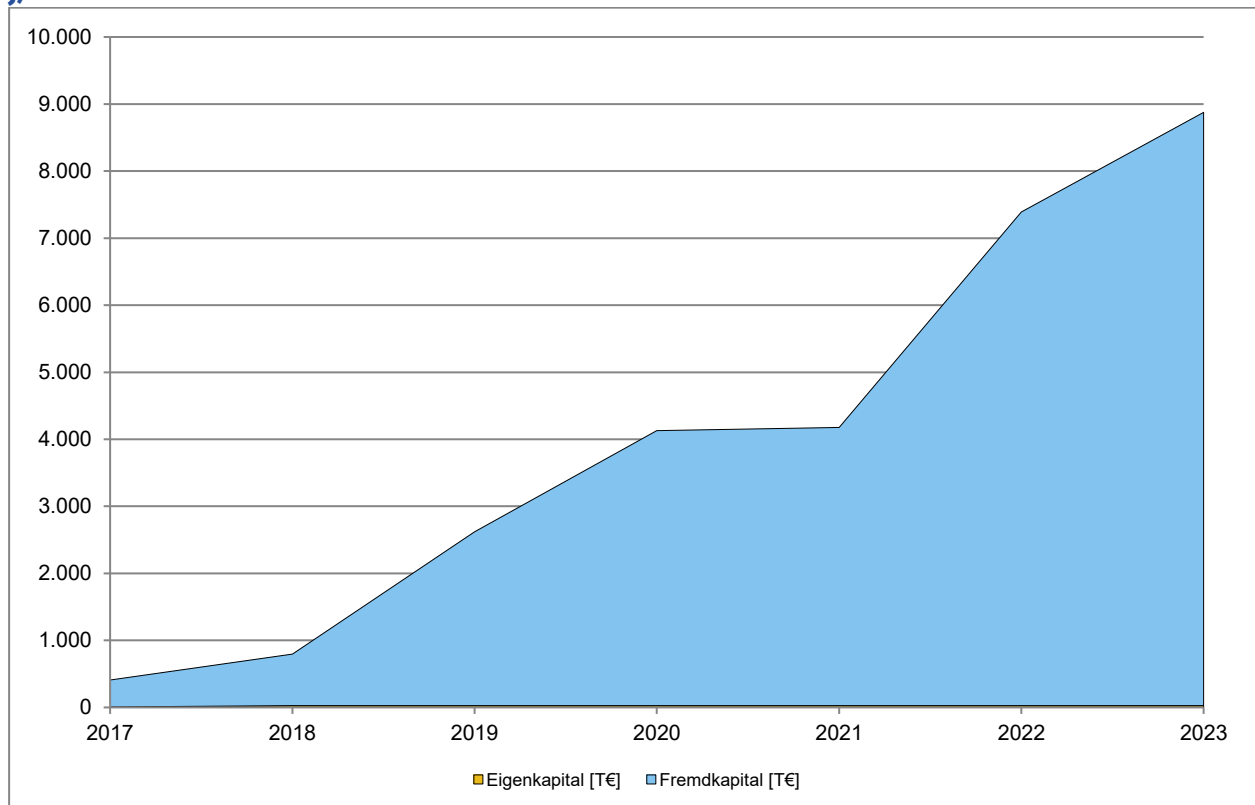
Verwaltungsrat:

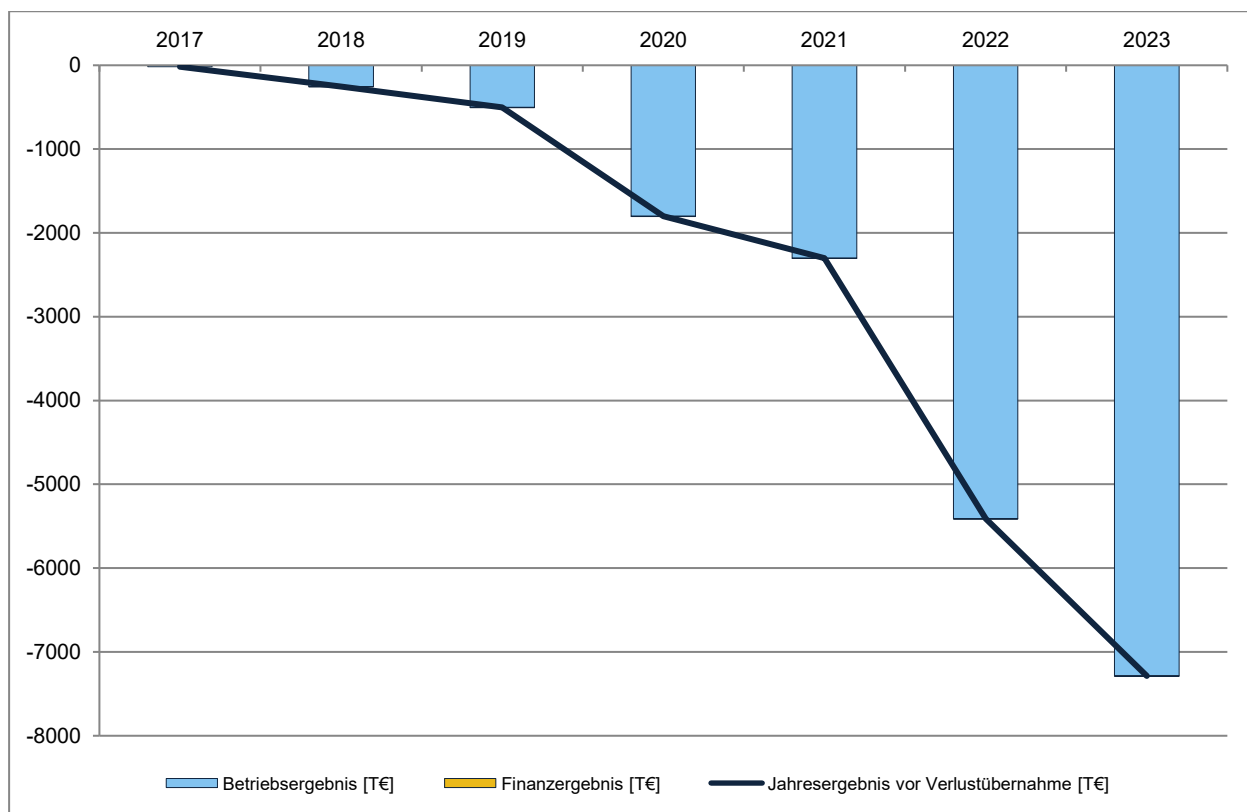
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand (Vorsitzender)	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Balen, Yvonne	Kreistagsmitglied	30.03.2017	
Bär, Britta	Kreistagsmitglied	30.03.2017	
Bozkır, Timur	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Braumüller, Heinz-Peter	Kreistagsmitglied	30.03.2017	
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	30.03.2017	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	30.03.2017	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	30.03.2017	08.11.2024

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 634 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	0,56%	0,33%	0,27%	-0,05%
Eigenkapitalrentabilität	-9209,72%	-21640,14%	-29144,46%	-7504,32%
Anlagendeckungsgrad 2	78,06%	78,08%	68,17%	-9,91%
Verschuldungsgrad	14494,87%	26287,28%	32760,28%	6473,00%
Umsatzrentabilität	-293,11%	-523,51%	-466,67%	56,84%

11 Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH

Bismarckstr. 16
52351 Düren
Telefon: 02421/22 – 1000 100
Telefax: 02421/22 – 2010
E-Mail: p.kaptain@kreis-dueren.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung, Betreuung und Vermarktung des Bestehenden Infrastrukturvermögens der Gesellschaft.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	1.447,6	94
S-Beteiligungsgesellschaft mbH	92,4	6
Stammkapital	1.540,00	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Als Mieter des in Besitz der VVG stehenden Feuerschutztechnischen Zentrums in Kreuzau-Stockheim, des Verwaltungsgebäudes Haus C in Düren und der ARENA zahlt der Kreis Düren Miete, Neben-, Wartungs- und Instandhaltungskosten.

Der Kreis Düren hat die Arena, das FTZ und das Haus C von der VVG angemietet und hat dafür 2.017 T€ Miete gezahlt.

Zusätzlich zahlt der Kreis Düren monatlich eine Kostenpauschale für die Arena, die in Summe 176 T€ ergeben hat.

Zwischen der VVG und der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag, aus dem der VVG ein Aufwand in Höhe von 258 T€ entstanden ist.

e) **Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	19.632.871,34 €	18.877.156,34 €	18.239.242,34 €	-637.914,00 €	-3,38%
II. Finanzanlagen	715.154,17 €	726.495,77 €	681.790,67 €	-44.705,10 €	-6,15%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	598.000,00 €	625.000,00 €	0,00 €	-625.000,00 €	-100,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	85.715,57 €	73.676,52 €	119.794,23 €	46.117,71 €	62,59%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	722.050,74 €	759.707,63 €	1.204.362,80 €	444.655,17 €	58,53%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	5.979,06 €	12.901,96 €	2.144,71 €	-10.757,25 €	-83,38%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbedarf	6.815.887,34 €	6.807.780,69 €	6.820.226,80 €	12.446,11 €	0,18%
Summe Aktiva	28.575.658,22 €	27.882.718,91 €	27.067.561,55 €	-815.157,36 €	-2,92%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.540.000,00 €	1.540.000,00 €	1.540.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	150.000,00 €	150.000,00 €	150.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	-8.465.647,13 €	-8.505.887,34 €	-8.497.780,69 €	8.106,65 €	-0,10%
III. Jahresergebnis	-40.240,21 €	8.106,65 €	-12.446,11 €	-20.552,76 €	-253,53%
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	6.815.887,34 €	6.807.780,69 €	6.820.226,80 €	12.446,11 €	0,18%
B. Rückstellungen	201.452,95 €	159.462,67 €	160.954,39 €	1.491,72 €	0,94%
C. Verbindlichkeiten	277.751,03 €	359.274,65 €	324.291,88 €	-34.982,77 €	-9,74%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	28.096.454,24 €	27.363.981,59 €	26.582.315,28 €	-781.666,31 €	-2,86%
Summe Passiva	28.575.658,22 €	27.882.718,91 €	27.067.561,55 €	-815.157,36 €	-2,92%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	2.478.123,71 €	2.597.227,44 €	3.272.821,47 €	675.594,03 €	26,01%
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,00 €	27.000,00 €	-625.000,00 €	-652.000,00 €	-2414,81%
3. sonstige betriebliche Erträge	110.765,55 €	11.341,60 €	10.916,70 €	-424,90 €	-3,75%
4. Materialaufwand	-343,60 €	-18,70 €	-53,77 €	-35,07 €	187,54%
5. Personalaufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
6. Abschreibungen	806.812,55 €	805.847,10 €	816.170,65 €	10.323,55 €	1,28%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	878.029,26 €	827.548,91 €	896.596,69 €	69.047,78 €	8,34%
Betriebsergebnis	904.391,05 €	1.002.191,73 €	946.024,60 €	-56.167,13 €	-5,60%
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	19.440,07 €	18.472,20 €	17.314,32 €	-1.157,88 €	-6,27%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	17.653,00 €	0,00 €	6.701,80 €	6.701,80 €	
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.045.974,19 €	1.012.557,28 €	982.487,85 €	-30.069,43 €	-2,97%
Finanzergebnis	-1.008.881,12 €	-994.085,08 €	-958.471,73 €	35.613,35 €	-3,58%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-104.490,07 €	8.106,65 €	-12.447,13 €	-20.553,78 €	-253,54%
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1,82 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
12. sonstige Steuern	64.248,04 €	0,00 €	1,02 €	1,02 €	
Jahresergebnis	-40.240,21 €	8.106,65 €	-12.446,11 €	-20.552,76 €	-253,53%

g) Lagebericht

1. Grundlagen der Gesellschaft

A) 1.1 Geschäftsmodell

Mit Gesellschaftsvertrag nach dem Stand vom 1. Januar 2011 wurde die in „Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH“ umbenannte vormalige „Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Düren mbH“ umfirmiert und entsprechend den durch Gremienbeschlüsse beabsichtigten Umstrukturierungen im Rahmen des Gesellschaftsvertrages angepasst. Nach § 2 des Gesellschaftsvertrags ist Gegenstand des Unternehmens die Verwaltung, Betreuung und Vermarktung des bestehenden Infrastrukturvermögens der Gesellschaft. Hierbei wirtschaftet die Gesellschaft nach § 109 GO NRW, die Erreichung des öffentlichen Zwecks hat Vorrang vor der Gewinnerzielung.

Da die Gesellschaft seit dem 1. Januar 2011 nicht mehr über eigenes Personal verfügt, wird die Verwaltung des Gesellschaftsvermögens über einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Gesellschaft für Inf-

rastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) abgewickelt, der auch die Betriebsführung und die Vermarktung der ARENA Kreis Düren beinhaltet.

B) 1.2 Ziele und Strategien

Die Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH konzentriert nach der erfolgten Umstrukturierung ihre Aktivitäten auf die Verwaltung der drei Großimmobilien Haus C, Feuertechnisches Zentrum und ARENA. Die Finanzierung dieser Immobilien ist infolge des in 2011 realisierten Forward-Forfaitierungsgeschäfts mit der Landesbank Baden-Württemberg bis zum Jahr 2041 gesichert. Die Gesellschaft hat danach keine langfristigen Kreditverpflichtungen mehr.

Der weitere Schwerpunkt liegt im Betrieb der ARENA Kreis Düren.

C) 1.3 Steuerungssystem

Grundlage für die Steuerung des Unternehmens stellt die jährlich aufzustellende 5-jährige Wirtschafts- und Finanzplanung dar.

Zu Rechnungswesen und Administration wird auf die Ausführungen unter 1.1 verwiesen.

2. Wirtschaftsbericht

D) 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2023 war geprägt durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs, die sich in der Inflationsrate und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland niederschlugen. Die Finanzierungskosten stiegen und stabilisierten sich erst im IV. Quartal des Jahres.

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahresdurchschnitt 2023 um 5,9%¹ gegenüber 2022 erhöht. Damit ging die Jahresteuersatzrate nur leicht gegenüber der Steigerungsrate von 2022 zurück und liegt weiter deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren.

Das BIP (preis- und kalenderbereinigt) verringerte sich im gesamten Jahr 2023 um -0,1 %². Ursächlich hierfür waren die hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen, hohe Finanzierungskosten und geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland³.

Während diese Rahmenbedingungen keinen Einfluss auf den Bereich Immobilienverwaltung der Gesellschaft haben, der durch die Forward-Forfaitierung bis 2041 einen planmäßigen Geschäftsverlauf nimmt, konnte das Veranstaltungsgeschäft der Arena Kreis Düren mit einem Umsatz von TEUR 272 (VJ: TEUR 269) einen leicht ansteigenden Verlauf nehmen.

Die Prognosen für das Jahr 2024 gehen laut ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2024 nur von einer Steigerung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,2% im Vergleich zum Vorjahr aus⁴. Es herrscht

¹ s. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_020_611.html

² s. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_019_811.html

³ ebenda

eine hohe Unsicherheit. Verstärkt wird diese Entwicklung durch das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts aus November 2023, was dazu führt, dass Unternehmen und Haushalte mehr be- und weniger entlastet werden, und die Staatsausgaben werden gekürzt.

E) 2.2. Geschäftsverlauf

Tätigkeitsschwerpunkte bildeten in 2023 die Immobilienverwaltung und der Betrieb der ARENA Kreis Düren.

Im Frühjahr konnte die Immobilie HTMJ in Jülich verkauft werden.

Die Gesellschaft arbeitet ohne eigenes Personal.

F) 2.3 Lage

2.3.1 Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Umsatzerlöse mit TEUR 3.273 über dem Vorjahresniveau (+676 TEUR). Die Steigerung ist auf den Verkauf der Immobilie HTMJ zurückzuführen.

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres erfolgten i. H. v. TEUR 816 planmäßig.

Insgesamt weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag i. H. v. TEUR -12 (V) TEUR +8) für das Geschäftsjahr aus.

Zum Wirtschaftsplan ergibt sich eine Verbesserung von TEUR 164. Ursächlich hierfür sind hauptsächlich höhere Umsätze der ARENA im Vergleich zum Plan in Höhe von +28 TEUR, insbesondere jedoch geringere sonstige betriebliche Aufwendungen.

2.3.2 Finanzlage

Die liquiden Mittel der Gesellschaft erhöhten sich um TEUR 445 auf nunmehr TEUR 1.204. Der Mittelzufluss ist begründet mit dem Immobilienverkauf.

Die Einnahmen der Gesellschaft werden künftig nur noch aus dem Hallenbetrieb der ARENA Kreis Düren generiert.

2.3.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 815 auf TEUR 27.068 verringert. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem durch die planmäßigen Abschreibungen geminderten Sachanlagevermögen sowie dem Abgang der fertigen Erzeugnisse (Immobilienverkauf).

⁴ s. Ifo Schnelldienst digital 2/2024 vom 6. März 2024

Das bisher langfristige DKB-Darlehen wurde zwar im Mai 2013 aus dem Forfaitierungserlös außerplanmäßig vorzeitig getilgt; hierfür entsteht aber ein langfristig gebundener passiver Rechnungsabgrenzungsposten. Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind daher durch entsprechend langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt.

Die Immobilieninvestitionen wurden laufzeitkongruent durch langfristiges Fremdkapital gedeckt. Im Rahmen des Forfaitierungsgeschäfts wurden die Mietverträge für die drei betroffenen Großimmobilien FTZ, Haus C und ARENA an die Erfordernisse dieses Vertrages angepasst.

Nach der Wirtschafts- und Finanzplanung für die Jahre 2024 – 2028 wird von der Aufrechterhaltung der Zahlungsbereitschaft trotz weiterhin negativer Ertragslage des Unternehmens ausgegangen.

G) 2.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das Risikomanagement des Unternehmens wurde aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der GIS und deren konzernabhängiger Integrierung in das Mutterunternehmen, die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, in deren Controlling- und Überwachungssystem einbezogen.

1. Bilanzzahlen 31.12.2023

Bilanzsumme	TEUR	27.068
Sachanlagevermögen	TEUR	18.239
Eigenkapital	TEUR	-6.820

2. Gewinn- und Verlustrechnung 2023

Umsatzerlöse	TEUR	3.273
Gesamtleistung	TEUR	3.898
Rohergebnis.....	TEUR	2.659
Betriebsergebnis.....	TEUR	946
Finanzergebnis	TEUR	-958
Jahresfehlbetrag	TEUR	-12

Das operative Geschäft der Gesellschaft besteht in der Verwaltung der drei Großimmobilien sowie des Hallenbetriebs der ARENA Kreis Düren.

Als Steuerungselemente dienen die jährlich aufzustellenden Wirtschafts- und Finanzpläne sowie die laufende Liquiditätsüberwachung. Daraus werden Rentabilitätskennziffern und Cashflow-Analysen abgeleitet.

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren (Hauptgesellschafter) von besonderer Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Gesellschaftszweck nachhaltig erreicht wird.

3. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

H) 3.1 Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2024 geht die Gesellschaft von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 694 aus. Ursächlich hierfür sind für dieses Jahr geplante Umbaumaßnahmen im Bereich der Gastronomie.

Für die Geschäftsjahre ab 2025 geht die Wirtschaftsplanung des Unternehmens wegen stetig sinkender Zinsbelastungen von einer Reduzierung der Jahresfehlbeträge aus. Durch die Konzentration der geschäftlichen Aktivitäten auf die Verwaltung der drei Großimmobilien sowie den Hallenbetrieb der ARENA wird die Planung künftiger Wirtschaftsjahre erleichtert.

Der Abschluss der langen und arbeitsintensiven Betriebsprüfung im Jahr 2015 für den außergewöhnlichen Prüfungszeitraum der Jahre 2002 - 2012 mit den daraus folgenden Konsequenzen gibt dem Unternehmen zusätzliche Planungssicherheit für die künftigen Wirtschaftspläne.

Die Konzentration der operativen Geschäftstätigkeit auf den Betrieb der ARENA Kreis Düren bedeutet insbesondere eine kontinuierliche Prüfung auf Investitionen, um die Attraktivität der Sport- und Veranstaltungsstätte zu erhalten und auszubauen.

Der im Februar 2022 ausgebrochene Ukrainekrieg wird voraussichtlich weiterhin keinen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung der VVG nehmen.

I) 3.2 Risikobericht

Unter Berücksichtigung der verfügbaren finanziellen Mittel und der langfristigen Finanzplanung des Unternehmens ist nicht von Liquiditätsengpässen auszugehen. Es wird von fortbestehender Zahlungsfähigkeit des Unternehmens ausgegangen.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass ähnliche nicht voraussehbare Ereignisse aufgrund möglicher Einschränkungen bei Veranstaltungen in der ARENA Kreis Düren einen erheblichen Einfluss auf das Ergebnis der Gesellschaft hätten.

J) 3.3 Chancenbericht

Durch die Restrukturierung der Gesellschaft und die Neuausrichtung durch den Abschluss langfristiger Verträge im Bereich der Miet- und Finanzierungsverträge besteht für den Immobilienbereich langfristige Planungssicherheit.

Im Bereich der ARENA wurden entscheidende Maßnahmen zur positiven Entwicklung des Geschäftsbereichs und zur Vermeidung bzw. Abwendung von Defiziten ergriffen. Hierzu gehören insbesondere die Einführung von neustrukturierten Vergütungssystemen für Werbung, Sponsoring und Hallenmiete.

Aus dem Wirtschaftsplan für die Jahre 2024-2028 ist die Tendenz abnehmender Jahresfehlbeträge ablesbar. Es wird auf die Ausführungen im Prognosebericht verwiesen.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: Kaptain, Peter Kreis Düren Allgemeiner Vertreter des Landrats

Gesellschafterversammlung: 1 Stimme je 100 € Anteil am Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Geschäftsführung:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Kaptain, Peter	Allg. Vertreter des Landrats	01.01.2011	

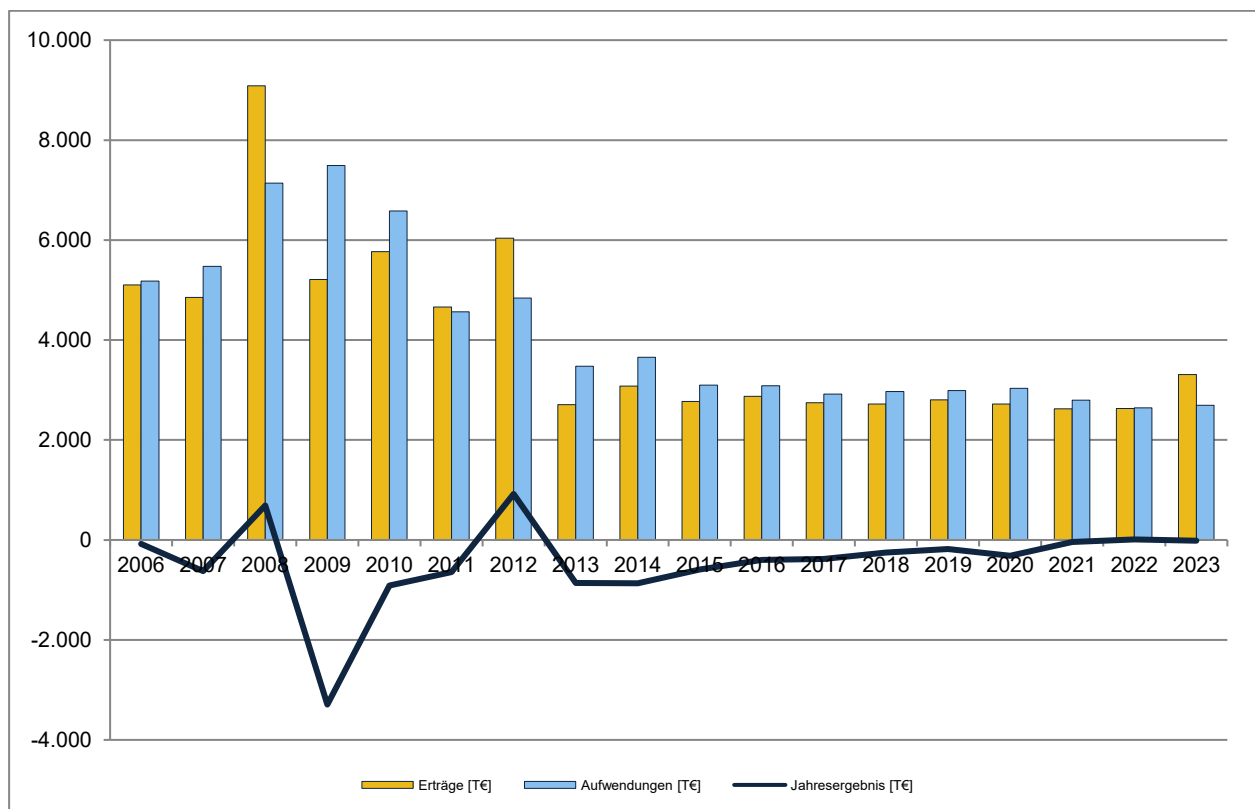
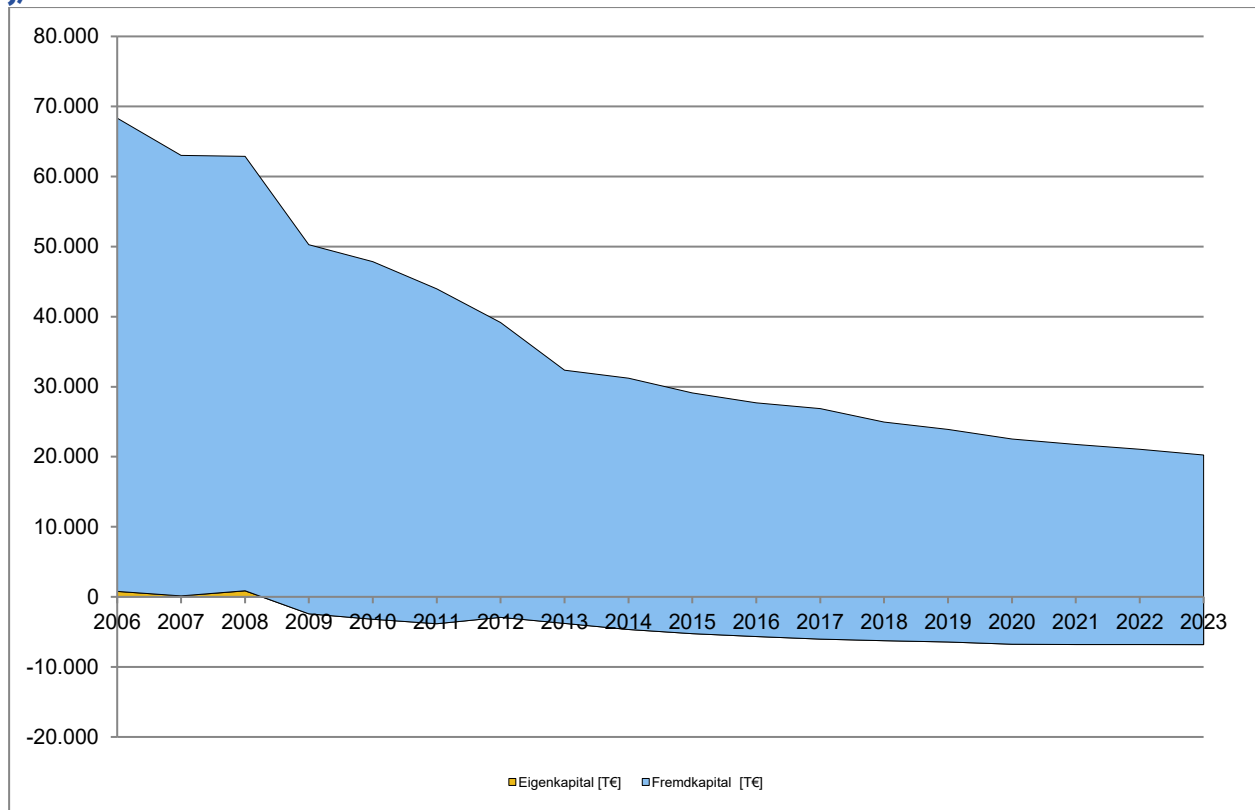
Gesellschaftersammlung:

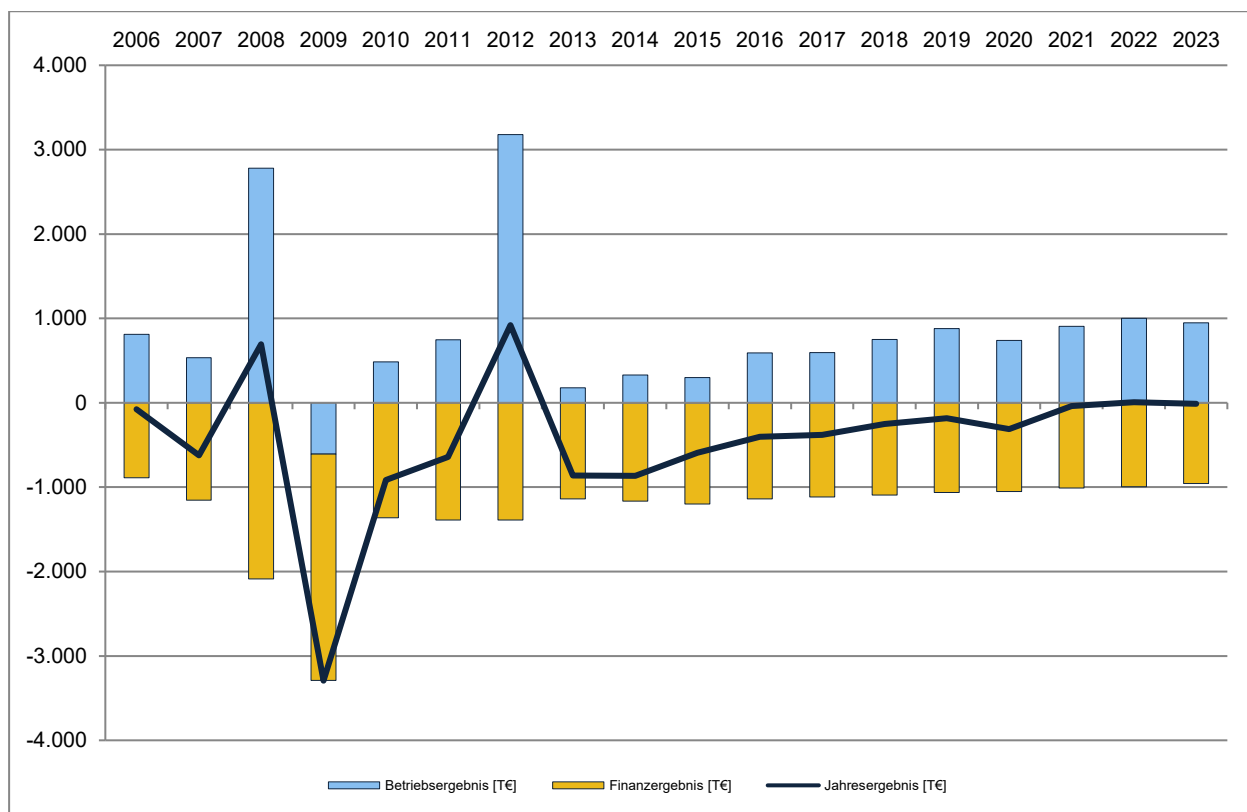
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
	Beauftragter des Landes		
Aßhoff, Ferdinand	NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.05.2013	08.11.2024

i) Personalbestand

Die VVG beschäftigt kein eigenes Personal.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	-23,85%	-24,42%	-25,20%	-0,78%
Eigenkapitalrentabilität	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
Anlagendeckungsrad 2	1,08%	1,07%	1,03%	-0,04%
Verschuldungsgrad	-7,03%	-7,62%	-7,11%	0,50%
Umsatzrentabilität	36,49%	38,59%	28,91%	-9,68%

12 Medizin Campus Düren AöR

Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: 0 24 21.22-10 80 00 1
Telefax: 0 24 21.22-10 80 95 0
E-Mail: d.huertgen@btg-kreis-dueren.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Anstalt

Gegenstand der Anstalt ist die Finanzierung, der Bau und die Bewirtschaftung von Immobilien, die der Krankenhaus Düren gGmbH als gemeinsames Tochterunternehmen von Kreis und Stadt Düren in der Ausübung ihrer Geschäftsfelder dienlich sind.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an der Anstalt

Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann das gemeinsame Kommunalunternehmen

- a. die erforderlichen Grundstücksflächen und Immobilien erwerben
- b. alle hiermit zusammenhängende oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z.B. Finanzierung, Bau, Verpachtung und Vermietung, Bewirtschaftung)

Wenn es dem Unternehmenszweck dient, kann das gemeinsame Kommunalunternehmen andere Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen.

c) Trägerstruktur

Träger	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	25,0	50
Stadt Düren	25,0	50
Stammkapital	50,0	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2023 gab es keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen.

e) **Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	67.265,76 €	67.265,76 €	0,00 €	-67.265,76 €	-100,00%
II. Finanzanlagen	4.982.526,02 €	5.049.352,44 €	5.015.785,67 €	-33.566,77 €	-0,66%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermö- gensgegenstände	101.003,00 €	37.157,15 €	1.813,13 €	-35.344,02 €	-95,12%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	106.074,32 €	11.982,95 €	0,00 €	-11.982,95 €	-100,00%
Summe Aktiva	5.256.869,10 €	5.165.758,30 €	5.017.598,80 €	-148.159,50 €	-2,87%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00 €	50.000,00 €	50.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	200.000,00 €	200.000,00 €	200.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlustvortrag	-20.285,14 €	3.878,49 €	-50.710,05 €	-54.588,54 €	-1407,47%
IV. Jahresfehltrag/Jahresüberschuss	24.163,63 €	-54.588,54 €	-114.306,63 €	-59.718,09 €	109,40%
B. Rückstellungen	6.000,00 €	6.000,00 €	4.980,00 €	-1.020,00 €	-17,00%
C. Verbindlichkeiten	4.996.990,61 €	4.960.468,35 €	4.927.635,48 €	-32.832,87 €	-0,66%
Summe Passiva	5.256.869,10 €	5.165.758,30 €	5.017.598,80 €	-148.159,50 €	-2,87%

f) **Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung**

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	0,00 €	1.023,55 €	1.023,55 €	
2. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	10.833,18 €	10.800,00 €	10.800,00 €	0,00 €	0,00%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstüt- zung	1.625,77 €	1.984,10 €	1.998,98 €	14,88 €	0,75%
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	25.561,78 €	20.374,47 €	81.158,40 €	60.783,93 €	298,33%
Betriebsergebnis	-38.020,73 €	-33.158,57 €	-93.957,38 €	-60.798,81 €	183,36%
4. Erträge aus Beteiligungen	101.003,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
5. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	3.983,57 €	3.759,97 €	-223,60 €	-5,61%
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	22.835,36 €	25.413,54 €	25.132,77 €	-280,77 €	-1,10%
Finanzergebnis	78.167,64 €	-21.429,97 €	-21.372,80 €	57,17 €	-0,27%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	40.146,91 €	-54.588,54 €	-115.330,18 €	-60.741,64 €	111,27%
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15.983,28 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	24.163,63 €	-54.588,54 €	-115.330,18 €	-60.741,64 €	111,27%

g) Lagebericht

I. Grundlagen der Anstalt öffentlichen Rechts

1. Geschäftsmodell der Anstalt öffentlichen Rechts

Die Errichtung der Anstalt zur Bewirtschaftung des medizinischen Infrastrukturvermögens wurde durch die Beschlüsse des Kreistages des Kreises Düren vom 23.06.2020 und des Rates der Stadt Düren vom 17. Juni 2020 mit einer Stammeinlage von insgesamt 50 T€ beschlossen. Träger zu jeweils 50 % sind die Stadt Düren und der Kreis Düren.

Die Veröffentlichung im Amtsblatt der Bezirksregierung Köln erfolgte am 03.08.2020, die Anstalt ist entsprechend Kreistagsbeschluss vom 23.06.2020 und dem Stadtratsbeschluss vom 17.06.2020 damit am 04. August 2020 entstanden.

Die Anstalt wurde am 18.09.2020 in das Handelsregister, Amtsgericht Düren, HRA 3851 eingetragen.

Gegenstand der Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 2 der Satzung ist die Finanzierung, der Bau und die Bewirtschaftung von Immobilien, die der Krankenhaus Düren gGmbH als gemeinsames Tochterunternehmen von Kreis und Stadt Düren in der Ausübung ihrer Geschäftsfelder dienlich sind.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann das gemeinsame Kommunalunternehmen

- die erforderlichen Grundstücksflächen und Immobilien erwerben
- alle hiermit zusammenhängende oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z. B. Finanzierung, Bau, Verpachtung und Vermietung, Bewirtschaftung)

Wenn es dem Unternehmenszweck dient, kann das gemeinsame Kommunalunternehmen andere Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen.

Zum Vorstand sind für die Dauer von fünf Jahren Herr Erhard Vanselow, Pensionär (bis 2022 Stadtverwaltung Düren) und Herr Dirk Hürtgen, Kreisverwaltung Düren, bestellt.

2. Ziele und Strategien

Nach dem Verkauf der Anteile am Krankenhaus Düren an die Artemed-Gruppe hält die Anstalt zu 94% die Anteile an der KHD Träger GmbH.

Die KHD Träger GmbH bewirtschaftet den Parkraum des Krankenhauses, das Schwesternwohnheim, ein Kongresszentrum und das Gebäude der ehemaligen Pathologie.

Der Erwerber der Anteile am Krankenhaus Düren, die Artemed-Gruppe, hat bis zum 31.12.2026 eine Kaufoption auf die Anteile an der KHD-Träger GmbH. Es wird davon ausgegangen, dass diese Option greifen wird. Danach ist über die Zukunft der Gesellschaft neu zu entscheiden.

3. Steuerungssystem

Grundlage für die Steuerung des Unternehmens stellt der jährlich aufzustellende Wirtschaftsplan dar.

Das Rechnungswesen wurde aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages von der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH, einem 100 %igen Tochterunternehmen des Kreises Düren, übernommen und somit in das Controlling- und Überwachungssystem dieses Unternehmens integriert.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Gesundheitswesen in Deutschland bleibt grundsätzlich ein Wachstumsmarkt, unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Diese und auch die spezifische Entwicklung im Krankenhaussektor ist auch im Berichtsjahr deutlich von den Auswirkungen der Corona- Pandemie geprägt.

Neu hinzu kommen erhebliche Einflussfaktoren aus der Krankenhausplanung des Landes NRW.

Ertragsverluste einerseits und Stützungsmaßnahmen (sog. Rettungsschirme) andererseits beeinflussen die gesamte Branche außergewöhnlich stark.

2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Ergebnis von -114 T €.

Aufgrund des Verkaufs der Anteile am Krankenhaus Düren sind die ursprünglich definierten Ziele und Strategien nicht mehr gegeben. Dadurch mussten die bereits getätigten Planungskosten, die im Anlagevermögen als Anlagen im Bau aktiviert waren, ergebniswirksam aufgelöst werden.

3. Lage

3.1 Ertragslage

Im Jahr 2023 wurden bei der Anstalt öffentlichen Rechts keine Umsatzerlöse erwirtschaftet.

Es fielen Personalkosten in Höhe von insgesamt 13 T€ sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 81 T€ an. Diese bestanden vorwiegend aus Beratungs- und Abschlussprüfungskosten (6 T€), aus Verwaltungsratsvergütungen (5 T€) sowie des Anlagenabgangs (67 T€).

Im Ergebnis zeigt sich für das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresverlust in Höhe von 114 T€.

3.2 Finanzlage

Die liquiden Mittel der Anstalt öffentlichen Rechts betragen -15 T€.

Die Finanzierung erfolgt über Eigenmittel in Form von gezeichnetem Kapital (50T€) und der Kapitalrücklage (200 T€) und Fremdmittel über Bankdarlehen (4.911T€).

3.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2023 5.018 T€.

Die Aktivseite ist geprägt durch den Anteil an der Krankenhaus Träger GmbH (4.733 T€), die Passivseite dazu korrespondierend mit Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 4.911 T€.

Das Vermögen der Anstalt ist zum Bilanzstichtag mit 97 % fremdfinanziert.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Aufgrund des fehlenden operativen Geschäfts beschränken sich die Indikatoren auf wenige Kennzahlen wie z. B. die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss / Eigenkapital) sowie die Gesamtkapitalrentabilität (Jahresüberschuss + Fremdkapitalzinsen / Gesamtkapital).

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren von Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Satzungszweck nachhaltig erfüllt und erreicht werden kann.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2024 geht die Wirtschaftsplanung der Anstalt von einem Ergebnis von 692 T€ aus. Das Ergebnis wird geprägt durch die zu erwartende Ausschüttung der Tochtergesellschaft KHD Träger GmbH sowie durch das Finanzergebnis.

2. Risikobericht

Bei der in 2023 geplanten Geschäftstätigkeit der Anstalt sind derzeit keine Risiken erkennbar, die nicht im Wirtschaftsplan abgebildet werden. Mittelbare Risiken bestehen in der Geschäftsentwicklung der

Krankenhaus Träger GmbH, die Mieterträge aus der Bewirtschaftung von Parkraum und Wohnheimzimmern eingeplant hat.

Grundsätzlich bestehen durch die Immobilienbewirtschaftung in der KHD Träger GmbH gewisse Risiken durch unvorhersehbare Instandhaltungsaufwendungen. Gleiches gilt für die sich infolge des Ukrainekrieges ergebende angespannte Situation auf den Energiemärkten sich evtl. ergebenden Belastungen aus der aktuell grds. hohen Inflationsrate. Diese Risiken sind aber im Detail nicht zu beziffern.

Die Anstalt ist mittels Geschäftsbesorgungsvertrag in das Controlling- und Überwachungssystem der BTG mbH und der KHD gGmbH integriert.

3. Chancenbericht

Durch die Immobilienbewirtschaftung in der KHD Träger GmbH besteht die Chance, dass sich Ertragssteigerungen durch Miet- und/oder Parkgebührensteigerungen ergeben, die sich positiv auf das Beteiligungsergebnis auswirken können.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Vorstand:	Hürtgen, Dirk (Vorsitzender) Vanselow, Erhard	Kreiskämmerer
Verwaltungsrat:	Kreis Düren Stadt Düren	5 Sitze 5 Sitze

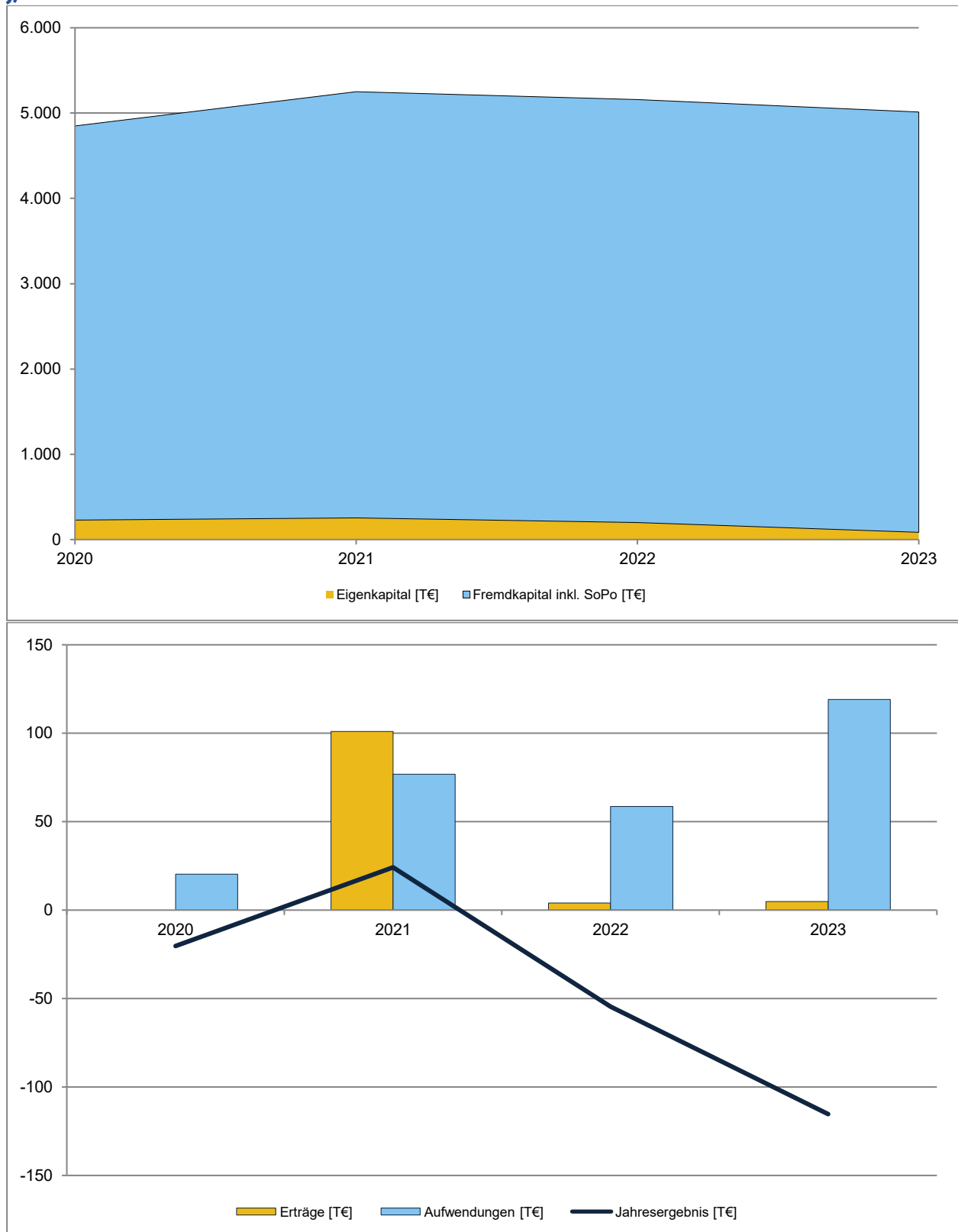
Vertreter des Kreises Düren

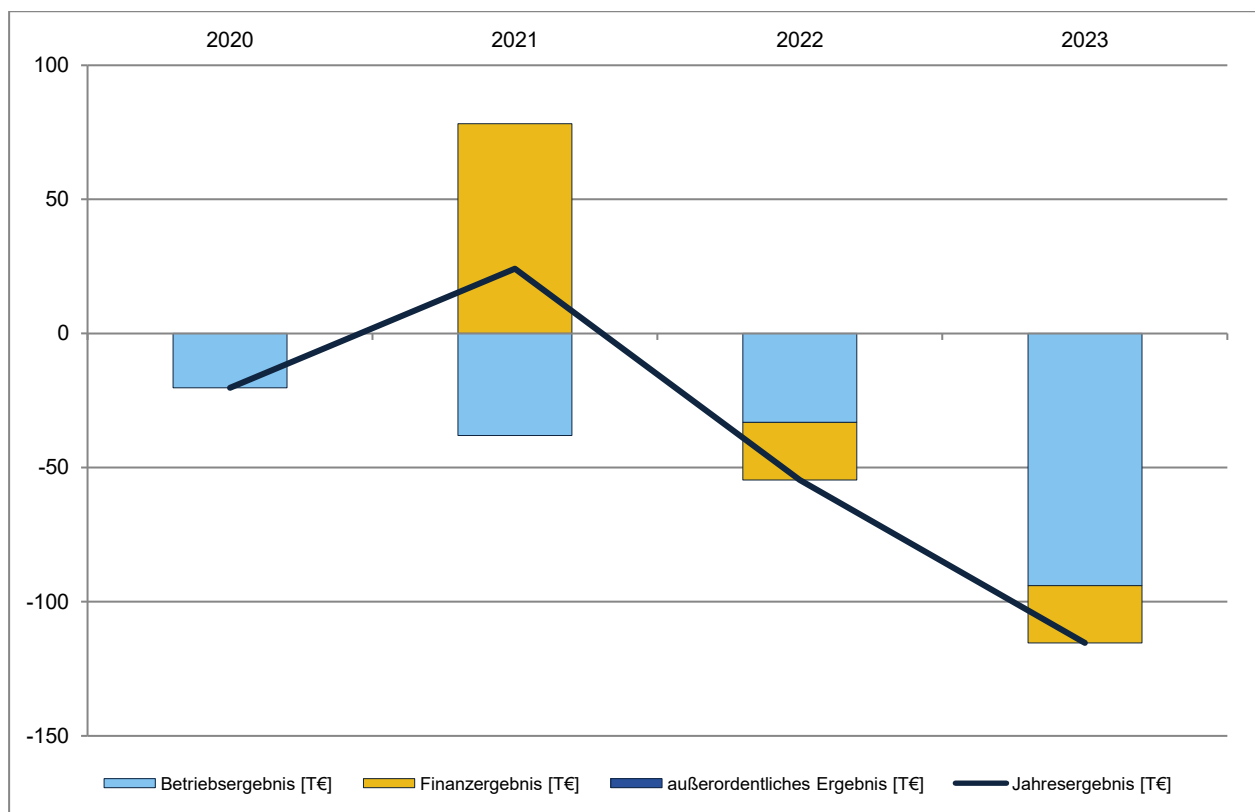
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Marré, Heike	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Dr. Nolten, Ralf (MdL)	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Schoeller, Maria	Kreistagsmitglied	23.06.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	23.06.2020	08.11.2024
Strack, Birgit	Kreistagsmitglied	26.11.2020	31.12.2024

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	4,83%	3,86%	1,69%	-2,16%
Eigenkapitalrentabilität	9,52%	-27,39%	-135,71%	-108,32%
Anlagendeckungsgrad 2	5,03%	99,88%	3,25%	-96,63%
Verschuldungsgrad	1970,62%	2492,08%	5804,22%	3312,13%
Umsatzrentabilität	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.

13 Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD)



Marienstraße 29
52372 Kreuzau-Stockheim
Telefon: 02421-559-0
Telefax: 0241-559-206
E-Mail: rdkd-info@kreis-dueren.de
Homepage: www.rdkd.de

a) Gegenstand der Anstalt

Die Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD) wurde zum 09. Oktober 2014 gegründet. Zunächst wurden der Anstalt dem Kreis obliegende Verpflichtungen nach § 6 Rettungsgesetz NRW (RettG) einschließlich der Trägerschaft übertragen.

Zum 01.01.2019 hat der Kreistag des Kreises Düren die Trägerschaft über den bodengebundenen Rettungsdienst zurückgenommen. Die RDKD wird seitdem im Rahmen der Beauftragung nach § 13 RettG NRW tätig.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an der Anstalt

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Trägerstruktur

Träger	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	326,9	100
Stammkapital	326,9	

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die RDKD hat Räumlichkeiten des Kreises Düren angemietet. Hierfür hat sie Mieten in Höhe von 187 T€ gezahlt.

Außerdem hat der Kreis Düren Dienstleistungen im Bereich der EDV-Betreuung und Personalsachbearbeitung erbracht. Darüber hinaus wurden Mitarbeiter des Kreises unmittelbar für die RDKD tätig. Als Vergütung und Personalkostenerstattung hat der Kreis Düren einen Betrag von 182 T€ für 2023 erhalten, zusätzlich wurden nachträglich für die finale Abrechnung 2022 122 T€ gezahlt.

Zusätzlich wurden an den RDKD auch Personalkosten in Höhe von 453 T€ vom Kreis Düren für Personalentlehnungen gezahlt.

Im Jahr 2020 hat der Kreisausschuss/Kreistag der Kooperationsvereinbarung mit dem Land NRW sowie der damit verbundenen Beauftragung der RDKD mit der Umsetzung des Projektes Süd zugestimmt, somit ist die RDKD zuständig für die Anmietung des temporären Trainingsgeländes sowie den Umbau des bisherigen Schulgebäudes Haus B und die Errichtung weiterer Parkplätze. Hierfür hat der Kreis Düren 2.092 T€ gezahlt.

Die Durchführung des Rettungsdienstes im Kreis Düren wird durch den RDKD koordiniert und organisiert. Hierfür hat der Kreis Düren der RDKD 22.530 T€ gezahlt.

Der RDKD hat auf der Liegenschaft Stockheim, Marienstraße 29, eine neue Fahrzeughalle mit Verwaltungstrakt und Leitstelle errichtet. Neben den Leitstellenräumen stellt die RDKD dem Kreis auch die entsprechende Leitstellentechnik sowie die Büroausstattung für die Verwaltungsräume zur Verfügung. Hierfür hat der Kreis Düren der RDKD 2.092 T€ gezahlt.

Der Kreis Düren hat im Rahmen der Corona Pandemie für die COVID-Impfereinheit (KoCI) für Arbeitnehmerüberlassungen 88 T€ gezahlt.

Im Rahmen des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrags mit der GIS hat die RDKD Beträge in Höhe von 142 T€ geleistet.

Im Rahmen des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) hat die RDKD Beträge in Höhe von 111 T€ geleistet

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	53.522,00 €	39.811,00 €	42.201,00 €	2.390,00 €	6,00%
II. Sachanlagen	27.804.398,60 €	30.895.013,08 €	34.263.678,12 €	3.368.665,04 €	10,90%
III. Finanzanlagen	36.750,00 €	36.750,00 €	36.750,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	913.036,00 €	449.599,08 €	418.909,36 €	-30.689,72 €	-6,83%
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.306.908,06 €	2.012.279,66 €	1.877.952,48 €	-134.327,18 €	-6,68%
III. Kassenbestand	185.839,64 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	21.968,68 €	782.843,46 €	44.610,24 €	-738.233,22 €	-94,30%
Summe Aktiva	31.322.422,98 €	34.216.296,28 €	36.684.101,20 €	2.467.804,92 €	7,21%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	326.850,58 €	326.850,58 €	326.850,58 €	0,00 €	0,00%
II Gewinnrücklagen	3.862.308,52 €	5.488.599,56 €	5.726.717,20 €	238.117,64 €	4,34%
B. Rückstellungen	419.879,03 €	444.459,45 €	577.962,45 €	133.503,00 €	30,04%
C. Verbindlichkeiten	26.468.130,35 €	27.757.118,65 €	30.052.570,97 €	2.295.452,32 €	8,27%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
D. Rechnungsabgrenzungs- posten	245.254,50 €	199.268,04 €	0,00 €	-199.268,04 €	-100,00%
Summe Passiva	31.322.422,98 €	34.216.296,28 €	36.684.101,20 €	2.467.804,92 €	7,21%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	23.916.164,47 €	26.746.460,88 €	27.311.555,72 €	565.094,84 €	2,11%
2. sonstige betriebliche Erträge	83.819,91 €	76.577,02 €	168.034,75 €	91.457,73 €	119,43%
3. Materialaufwand	10.614.873,67 €	12.154.644,20 €	12.453.013,86 €	298.369,66 €	2,45%
4. Personalaufwand	4.621.680,93 €	4.858.149,24 €	5.209.372,85 €	351.223,61 €	7,23%
5. Abschreibungen	2.025.510,17 €	2.175.962,13 €	2.779.214,74 €	603.252,61 €	27,72%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	5.657.003,57 €	5.825.522,25 €	6.490.423,33 €	664.901,08 €	11,41%
Betriebsergebnis	1.080.916,04 €	1.808.760,08 €	547.565,69 €	-1.261.194,39 €	-69,73%
7. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	1.506,28 €	2.267,67 €	761,39 €	50,55%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	150.270,16 €	183.975,32 €	307.006,50 €	123.031,18 €	66,87%
Finanzergebnis	-150.270,16 €	-182.469,04 €	-304.738,83 €	-122.269,79 €	67,01%
9. Erträge aus der Inanspruch- nahme von Rückstellungen für den Gebührenaussgleich	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Aufwendungen aus der Einstellung in Rückstellungen für den Gebührenaussgleich	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	930.645,88 €	1.626.291,04 €	242.826,86 €	-1.383.464,18 €	-85,07%
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	4.709,22 €	4.709,22 €	
Jahresergebnis	930.645,88 €	1.626.291,04 €	238.117,64 €	-1.388.173,40 €	-85,36%
12. Entnahmen aus Gewinnrück- lagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
13. Einstellung in weitere Rück- lagen	930.645,88 €	1.626.291,04 €	238.117,64 €	-1.388.173,40 €	-85,36%
Bilanzgewinn	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

g) Lagebericht

1. Grundlagen der AöR

1.1 Geschäftsmodell der AöR

Der Kreistag des Kreises Düren hat in seiner Sitzung am 30.09.2014 die Errichtung der Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD) als Anstalt des öffentlichen Rechts auf den Tag nach der Bekanntmachung der Anstaltssatzung beschlossen.

Mit Schreiben vom 01.10.2014 teilte die Bezirksregierung Köln dem Kreis Düren mit, dass sie gegen die geplante Gründung der Rettungsdienst Kreis Düren AöR keine kommunalrechtlichen Bedenken erhebt.

Die öffentliche Bekanntmachung der Anstaltssatzung erfolgte am 08.10.2014; die RDKD ist somit mit Datum vom 09.10.2014 offiziell gegründet.

Der Kreis Düren hat der RDKD die Aufgaben des bodengebundenen Rettungsdienstes („Rettungsdienst“ und „Notarzt“) übertragen. Zudem ist das Recht der Gebührenerhebung auf die AöR übertragen worden.

Zum 01.01.2019 wurden die hoheitlichen Aufgaben auf Grund rechtlicher Bedenken von Seiten des Ministeriums des Innern des Landes NRW auf den Kreis Düren rückübertragen. Der RDKD wurde sodann durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag die Durchführung des bodengebundenen Rettungsdienstes im Kreis Düren nach §13 RettG NRW übertragen. Die der RDKD im Rahmen der Durchführung ihrer, gemäß des öffentlich-rechtlichen Vertrages, übertragenen Aufgaben entstehenden Kosten werden durch den Kreis Düren erstattet, so dass eine auskömmliche Finanzierung sichergestellt ist.

Sitz der AöR ist Marienstraße 29 in 52372 Kreuzau-Stockheim.

Zu Vorständen sind bestellt:

- Herr Peter Kaptain, Kreuzau und
- Herr Ralf Butz, Hürtgenwald.

1.2 Ziele und Strategien

Ziel der RDKD ist es, für alle Bürgerinnen und Bürger einen kreisweit qualitativ gleichwertigen Rettungsdienst anzubieten, der jederzeit in der Lage ist, sich auf die verschiedensten Schadenslagen einzustellen und rechtzeitig vor Ort kompetente Hilfe anbieten kann.

Die Fahrzeuge im Rettungsdienst werden einheitlich ausgestattet, so dass ein flexibler Einsatz der Einsatzkräfte ohne evtl. Umgewöhnung möglich ist. Auch die Aus- und Fortbildung des Personals wird, soweit dies möglich ist, auf die Bedürfnisse der RDKD zugeschnitten und zentral in Stockheim umgesetzt.

Die zeitliche Umsetzung der Ziele ist im jeweilig gültigen Rettungsdienstbedarfsplan definiert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsverlauf

Neben der Umsetzung des operativen Rettungsdienstes für den Kreis Düren und der daraus resultierenden Verantwortung für die Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes gehört zum ständigen Tätigkeitsfeld der RDKD aufgrund der relativ kurzen Abschreibungsfristen von 5 Jahren die ständige Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und dem dazugehörigen medizinisch-technischem Gerät.

Des Weiteren standen auch in 2023 verschiedene Baumaßnahmen an.

Die Rettungs- und Notarztwache Linnich ist seit 2023 direkt von der RDKD angemietet. Diese wurde in Folge renoviert.

In 2022 konnte mit dem Neubau eines Boardinghouse mit 49 Einzelzimmern gestartet werden. Dieses dient den Teilnehmern der Lehrgänge des IDF als Übernachtungsmöglichkeit. Dieses wurde im Oktober 2023 fertiggestellt.

In der nachfolgenden Aufstellung sind die einzelnen Rettungsmittel und die jeweiligen Einsatzzahlen aufgeführt. Des Weiteren sind die jeweiligen Fehlfahrten (FF) angegeben, die bereits in den Einsatzzahlen eingerechnet sind.

RTW-Einsätze (ohne Stadt Düren)	21.217 (FF: 3.376)
KTW-Einsätze (ohne Stadt Düren)	4.013 (FF: 148)
NEF-Einsätze (ohne Stadt Düren)	5.227 (FF: 442)

2.2 Lage

2.2.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse der Anstalt betragen 27.313 T€. Dies stellt eine Abweichung zum Wirtschaftsplan in Höhe von -431 T€ dar. Erlöse aus Personalkostenerstattungen für Impfpersonal im Rahmen der Corona Pandemie sind in 2023 aufgrund des Auslaufens der Pandemie nur noch geringfügig enthalten.

Der Posten Materialaufwand enthält die Dienst- und Schutzkleidung sowie Verbrauchsmaterial, das auf den Fahrzeugen mitgeführt wird. Dazu kommen die Personalkostenerstattungen an die beteiligten Hilfsorganisationen (7.685 T€; VJ 6.748 T€) und die Erstattungen an die Krankenhäuser für die Notarztstellung (3.500 T€; VJ 2.900 T€) sowie die Erstattungen an die Leitenden Notärzte. Gegenüber dem Wirtschaftsplan ergibt sich beim Materialaufwand eine Abweichung von +917 T€. Die Begründung hierzu liegt in der Umsetzung des neuen Rettungsdienstbedarfsplans. Die dort damit verbundenen Kosten waren bei Aufstellung des Wirtschaftsplans noch

nicht bekannt. Weiterhin war das hohe Inflationsniveau (laut statistischem Bundesamt 5,9% gegenüber 2022) ein weiterer Kostentreiber.

Der Personalaufwand inklusive sozialer Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung betrug 5.209 T€ (VJ: 4.858 T€) und liegt damit unter dem Ansatz von 5.570 T€ des Wirtschaftsplans.

Die Abschreibungen betragen insgesamt 2.779T€ (VJ 2.176 T€) und liegen damit aufgrund der zwischenzeitlich getätigten Investitionen über dem Vorjahr, und leicht über dem Planansatz von 2.665 T€. Der Anstieg gegenüber dem VJ von rd. 603 T€ beruht auf erhöhter GWG-Abschreibung, der Abschreibung für das Boardinghaus und der erhöhten Afa bei Transportmitteln, da diese im VJ angeschafft wurden und 2023 erstmals für ein volles Jahr angesetzt werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (6.490 T€; VJ 5.826 T€) werden vorwiegend durch Personalkostenerstattungen an den Kreis Düren, Aus- und Fortbildungskosten, Raumkosten, Fahrzeugkosten und allgemeine Verwaltungskosten bestimmt. Der Ansatz im Wirtschaftsplan (6.730 T€) fiel um 240 T€ höher aus. Die Energiekosten fielen deutlich geringer aus als angenommen.

Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von -305 € ergibt sich eine Überdeckung in Höhe von 238 T€. Nach Einstellung dieses Betrags in die Gewinnrücklage verbleibt ein Bilanzergebnis von 0 €.

2.2.2 Finanzlage

Die RDKD ist direktfinanziert durch den Kreis Düren. Dieser erhebt die notwendigen Gebühren und erstattet der RDKD die entstehenden Kosten für ihre gemäß der Vereinbarung durchzuführenden Tätigkeiten. Seit dem Jahr 2020 hat die RDKD auch Tätigkeiten in Bereichen aufgenommen, die nicht der Direktfinanzierung unterliegen. Hierbei ist insbesondere die Vermögensverwaltung sowie die Projekte „Ein Leben retten“ und „Corhelper“ und das Projekt Süd zu nennen.

Der eingeräumte Kontokorrentkredit beträgt 5.000 T€ und wurde zum 31.12.2023 in Höhe von 1.175 T€ in Anspruch genommen. Zusätzlich wurden für getätigte Investitionen Darlehen mit einer Laufzeit entsprechend der Nutzungsdauern der Investitionsgüter aufgenommen (periodengerechter Werteverzehr, Nutzungsdauer ist in der Regel entsprechend der Finanzierungszeit). Die daraus resultierenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betrugen zum Stichtag 28.349 T€.

Das Eigenkapital beläuft sich auf 6.054 T€. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 16,5 %. In Bezug auf die Art und Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten wird auf die Bilanz und den Anhang verwiesen.

2.2.3 Vermögenslage

Zum 31.12.2023 beträgt die Bilanzsumme 36.684 T€.

Die Aktivseite ist stark geprägt durch das Sachanlagevermögen (34.264 T€). Die Anlagenintensität (Anlagevermögen / Bilanzsumme) beträgt 93,6 %.

Das Anlagevermögen zum 31.12.2023 ist im Vergleich zum Vorjahr um 3.371 T€ angestiegen. Die Neuanschaffungen stehen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplans und der notwendigen Neuinvestitionen in allen Bereichen des Sachanlagevermögens. Zudem sind im Jahr 2023 Investitionen für das Projekt Süd in erheblicher Höhe getätigt worden.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Umsatzsteuerforderungen.

Die Rückstellungen betragen 578 T€.

Aus der Inanspruchnahme von 19 Darlehen bestehen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 28.349 T€.

Die Fremdkapitalquote (Fremdkapital / Bilanzsumme) beträgt 83,5 %.

2.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das operative Geschäft der RDKD ist die Durchführung des Rettungsdienstes laut Rettungsdienstbedarfsplan 2023. Die RDKD ist im weitaus größten Teil direktfinanziert durch den Kreis Düren. Dieser erhebt die notwendigen Gebühren und erstattet der RDKD die entstehenden Kosten für ihre gemäß der Vereinbarung durchzuführenden Tätigkeiten. Daher erfolgt keine Betrachtung von Rentabilitätskennzahlen.

Die Aufnahme weiterer Geschäftstätigkeiten, insbesondere das Projekt „IdF Süd“ sowie „Ein Leben retten“ und „Corhelper“ erfordern ein genaues Controlling. Hierbei stehen die Deckungsbeiträge und die Einhaltung der langfristigen Planrechnungen im Vordergrund.

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren von besonderer Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Gesellschaftszweck nachhaltig erfüllt bzw. erreicht werden kann.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht Rettungsdienst

Für das Jahr 2024 ff. ist die weitere Umsetzung der noch offenen Maßnahmen aus dem Rettungsdienstbedarfsplan 2014 und der Ergänzung 2015 und 2019 sowie aus dem aktuellen Rettungsdienstbedarfsplan 2023 vorgesehen. Mit Beginn des Jahres 2024 ist die „Mobile Datenerfassung“ umgesetzt. Mit der kompletten Vernetzung aller Dürener Kliniken und den nahen Nachbarkliniken (UKA Aachen, Krankenhaus Mechernich, KH Erkelenz in Planung) ist damit ein großer Meilenstein abgeschlossen. Für die RDKD besteht jetzt die Möglichkeit einer genauen Auswertung und der Prozessoptimierung im Rettungsdienst. Kontinuierliche Verbesserungspro-

zesse im Rahmen des Risikomanagement können jetzt prozessspezifisch abgeleitet und umgesetzt werden.

Der Telenotarzt wird auch 2024 weiter bis zur flächendeckenden Ausweitung ausgerollt. Dadurch wird dem nichtärztlichen Personal im Rettungsdienst eine unterstützende Absicherung gegeben. Zudem können Notarzteinsätze reduziert werden.

Im Februar 2024 startet der erste Frühlingsjahrgang seine Ausbildung zum Notfallsanitäter. Durch den halbjährigen Start der Ausbildung (Frühjahr und Herbst) verspricht sich die RDKD einen weiteren kontinuierlichen Nachschub an Fachkräften.

Durch die Übernahme weiterer Auszubildender sowie die erfreuliche Entwicklung im Bereich des Personals konnten alle offenen Stellen im Einsatzdienst besetzt werden. Somit wird die Belastung des vorhandenen Personals weiter sinken, die Personalkosten hingegen steigen.

3.1.1 Risikobericht Rettungsdienst

Die wahrzunehmenden Aufgaben der RDKD ergeben sich aus dem Rettungsdienstbedarfsplan, den der Kreis Düren dem Aufgabenverhältnis mit der RDKD zugrunde legt. Dieser Bedarfsplan ist mit den Verbänden der Krankenkassen abgestimmt. Die Krankenkassen haben die Pflicht zur Refinanzierung der Kosten zur Ausführung des Bedarfsplanes über die Gebühren.

Da der Kreis seit dem 01.01.2019 die Trägerschaft des Rettungsdienstes einschließlich der Erhebung der Gebühren übernommen hat, trägt auch er das alleinige Risiko.

Die RDKD erhält für die Umsetzung der vom Kreis übertragenen Aufgaben einen monatlichen Zuschuss, der alle Kosten, welche im Zusammenhang mit der Durchführung des bodengebundenen Rettungsdienstes entstehen, abdeckt. Solange sich die RDKD an den Vorgaben aus dem Rettungsdienstbedarfsplan orientiert, trägt sie auch kein Risiko für den bodengebundenen Rettungsdienst.

3.1.2 Chancenbericht Rettungsdienst

Der bodengebundene Rettungsdienst wird auf Grundlage des Rettungsdienstbedarfsplanes, welcher mit den Verbänden der Krankenkassen einvernehmlich aufgestellt und durch den Kreistag beschlossen wird, durchgeführt. Die RDKD fungiert hier als Partner des Kreises Düren, welcher alle Kosten, die vom Bedarfsplan gedeckt sind, zahlt, da diese wiederum durch die Gebühren über die Krankenkassen finanziert werden. Durch die Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes und die damit verankerten Maßnahmen wird die rettungsdienstliche Versorgung im Kreisgebiet verbessert und kann den damit gestiegenen Anforderungen weiterhin gerecht werden.

3.2 Prognosebericht weiterer Tätigkeiten

Bereits mit dem Neubau der "Mehrzweckhalle mit Leitstelle und Verwaltungstrakt" im Jahre 2018 (Fertigstellung 2019) wurde die RDKD für den Teil der Vermietung der Leitstelle erstmals in weiteren Feldern tätig als dem bodengebundenen Rettungsdienst.

Im Jahre 2019 übernahm die RDKD auf Wunsch des Verwaltungsrates für das Kreisgebiet Düren das Projekt "Region Aachen rettet" und setzt dies im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten als zweites Tätigkeitsfeld um.

Als bisher letztes drittes Projekt wurden die Bau- und Umbaumaßnahmen im Rahmen des Projektes "IdF Süd" im 2. Halbjahr 2023 abgeschlossen.

3.2.1 Risikobericht weiterer Tätigkeiten

Bei allen Projekten bestehen entsprechende Verträge mit dem Kreis Düren, so dass die Finanzierung sichergestellt ist und somit ohne Risiko für die RDKD sind.

Das Projekt "Region Aachen rettet" ist zwar nicht durch einen Vertrag refinanziert, jedoch wird das Risiko dahingehend minimiert, da Maßnahmen nur insoweit umgesetzt werden können, wie Überschüsse aus den anderen Bereichen erzielt werden können.

3.2.2 Chancenbericht weiterer Tätigkeiten

Durch die weiteren Tätigkeitsfelder ist es möglich, Überschüsse zu generieren, die wiederum zweckentsprechend verwendet werden. So finanziert sich das Projekt „Region Aachen rettet“ z.B. durch die Überschüsse aus dem Projekt "IdF-Süd".

Insgesamt kann sich die RDKD mit diesen Überschüssen auch mit Themenfeldern aus dem Bereich der Notfall-/Medizinischen Versorgung befassen, die nicht unmittelbar dem gebührenfinanzierten Rettungsdienst zuzuordnen sind. Damit lassen sich insbesondere Schnittstellen zwischen Rettungsdienst und Krankenhaus sowie Rettungsdienst und Katastrophenschutz intensiver betrachten und mit allen beteiligten Partnern zielorientierte Lösungsfelder gesucht werden, um dann eine evtl. Fort- und Weiterbildung anbieten zu können.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Vorstand:	Kaptain, Peter (Vorsitzender)	Kreis Düren	Allgem. Vertreter des Landrats	
	Butz, Ralf	Kreis Düren	Amtsleiter	Bis 31.12.2024
	Hambach, Dr. Norbert	Hauptamtlich		Seit 01.01.2025

Verwaltungsrat:

Kreis Düren

7 Sitze

100%

Vertretung des Kreises Düren

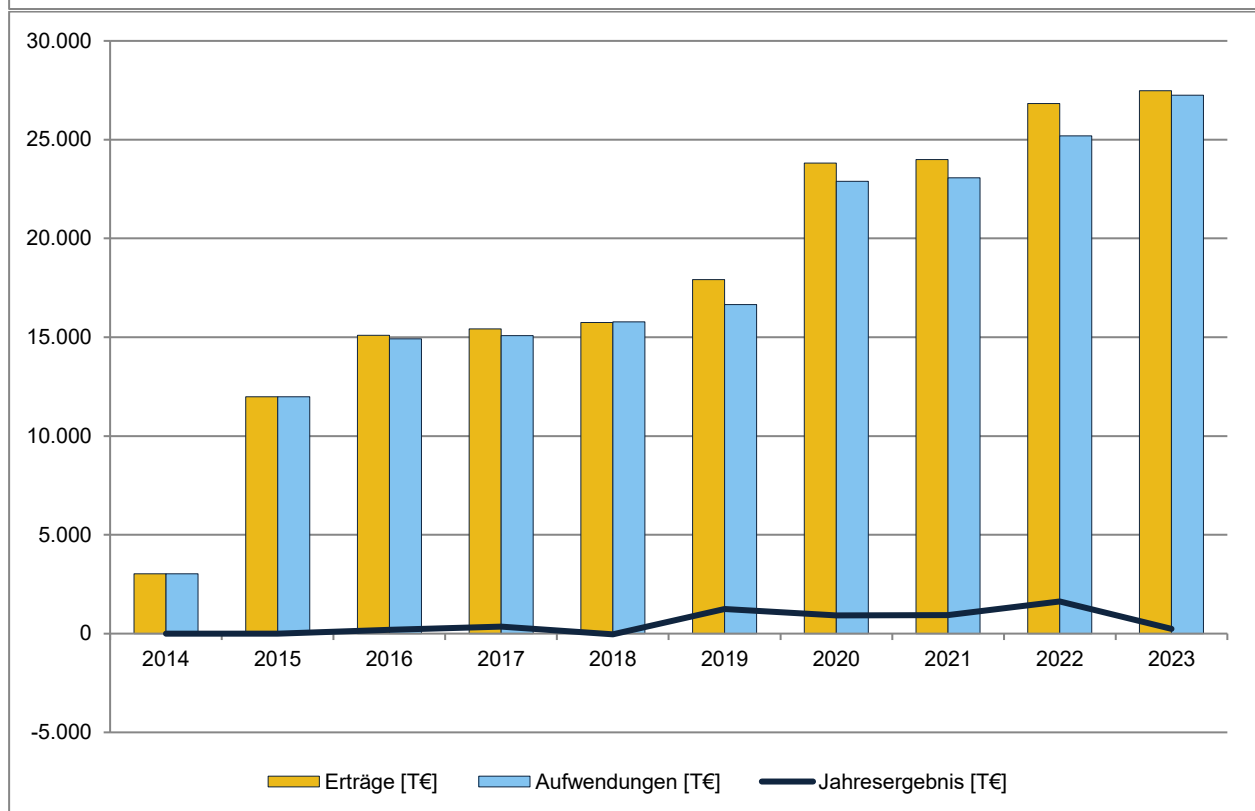
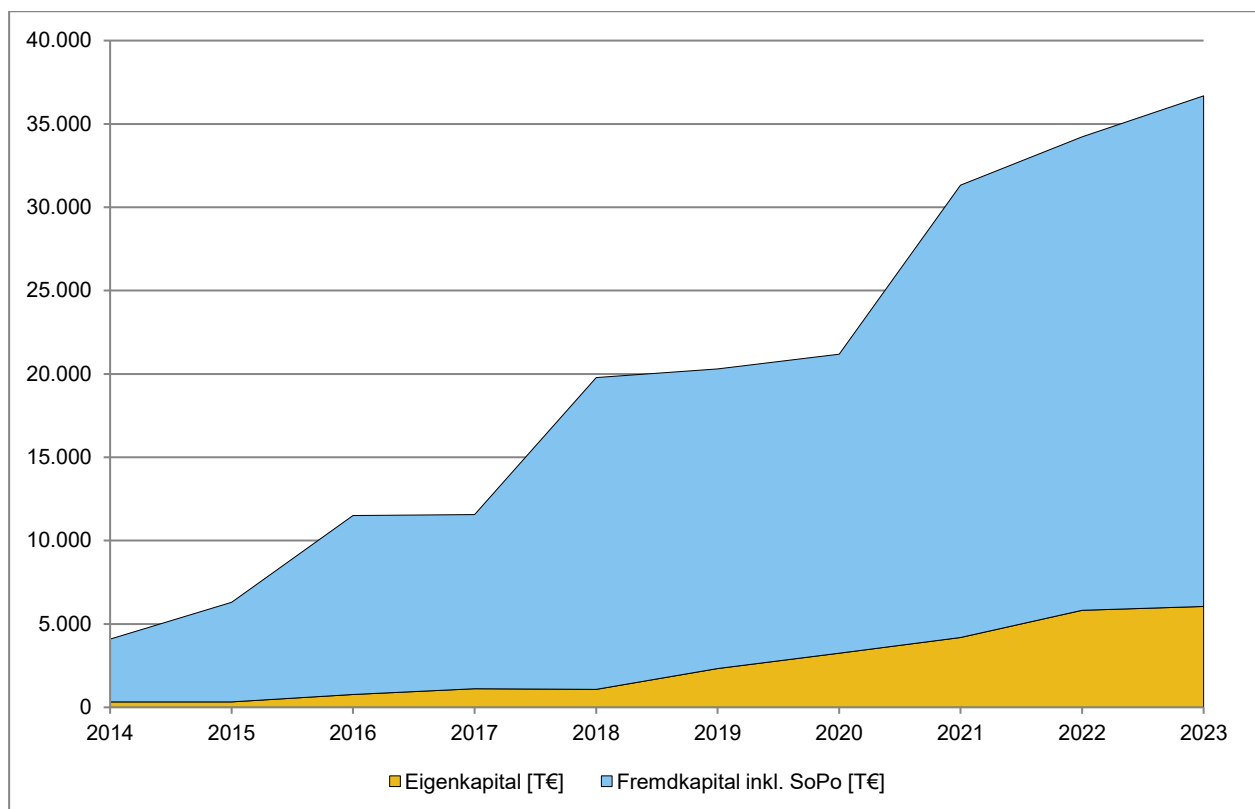
Verwaltungsrat:

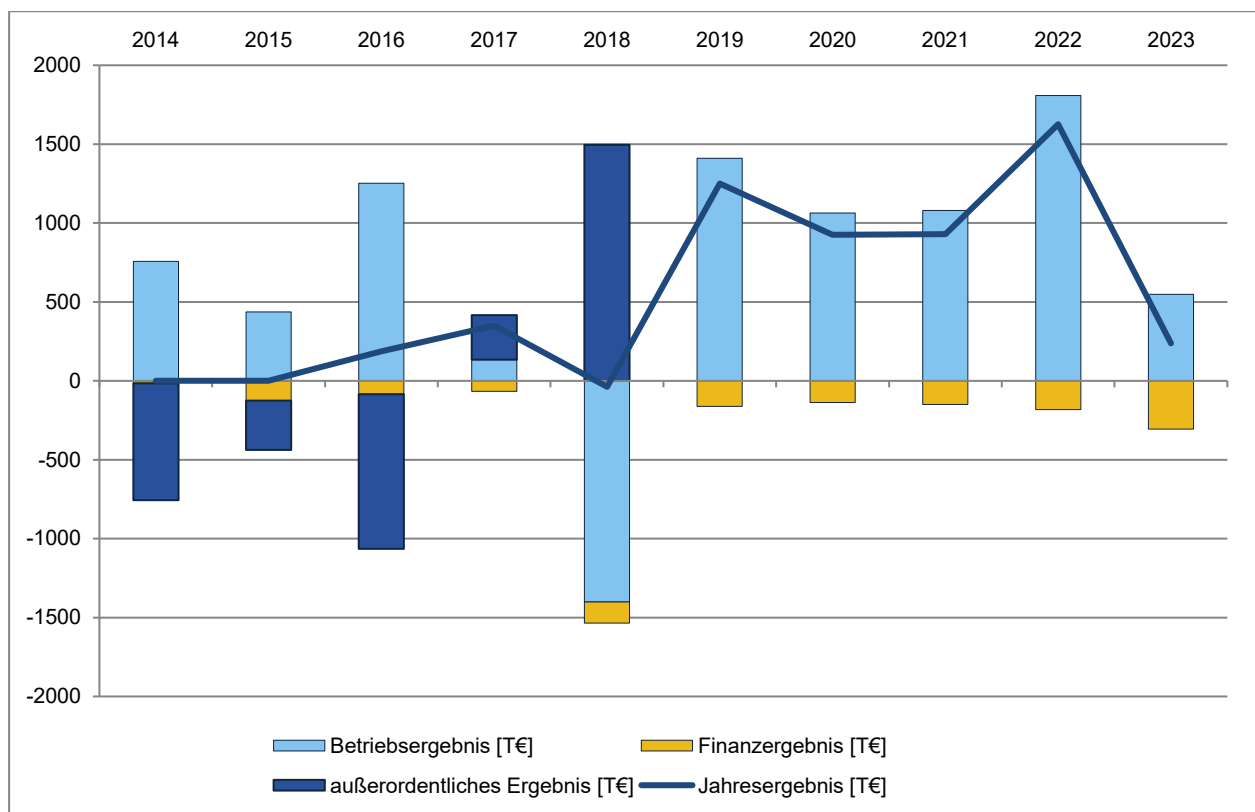
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand (Vorsitzender)	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Becker, Rene	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	
Berres-Förster, Menka	Kreistagsmitglied	20.06.2024	
Filipovic, Sanja	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Göddertz, Klaus-Peter	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Hamacher, Rolf	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Jorde, Frank Christian	Kreistagsmitglied	30.09.2014	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	30.09.2014	08.11.2024
Strack, Birgit	Kreistagsmitglied	26.11.2020	19.06.2024
von Wirth - Oktar, Daniela	Kreistagsmitglied	26.11.2020	09.02.2023

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 105 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Anstalt tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	13,37%	17,00%	16,50%	-0,49%
Eigenkapitalrentabilität	22,22%	27,97%	3,93%	-24,03%
Anlagendeckungsgrad 2	95,40%	90,02%	89,61%	-0,41%
Verschuldungsgrad	641,85%	484,94%	505,99%	21,05%
Umsatzrentabilität	4,52%	6,76%	2,00%	-4,76%

14 Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen



Leonhardstraße 23-27
52064 Aachen
Telefon: 0241 / 99 00 76 - 0
E-Mail: info@studieninstitut-aachen.de
Homepage: www.studieninstitut-aachen.de

a) Gegenstand des Zweckverbands

Das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen ist als kommunaler Zweckverband in den Aufgabengebieten Personalauslese, Ausbildung und Prüfung sowie Fortbildung für die Verbandmitglieder tätig.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Zweckverband

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Verbandsmitglieder

Verbandsmitglied	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	-	25
Stadt Aachen	-	25
StädteRegion Aachen	-	25
Kreis Heinsberg	-	25
Stammkapital	-	100

Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet.

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Düren bezahlt für die unterschiedlichen Lehrgänge und Seminare ein entsprechendes Lehrgangsgeld. Dies betrug in Summe 111 T€.

e) **Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	49.359,22 €	35.254,41 €	17.627,20 €	-17.627,21 €	-50,00%
II. Sachanlagen	2.998,30 €	24.286,46 €	24.087,09 €	-199,37 €	-0,82%
III. Finanzanlagen	564.034,97 €	514.906,57 €	491.046,43 €	-23.860,14 €	-4,63%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.902.723,49 €	1.755.612,07 €	1.834.926,33 €	79.314,26 €	4,52%
II. Liquide Mittel	425.567,08 €	477.993,65 €	555.619,64 €	77.625,99 €	16,24%
C. Aktive Rechnungsabgrenzung	19.454,81 €	17.956,51 €	10.501,05 €	-7.455,46 €	-41,52%
Summe Aktiva	2.964.137,87 €	2.826.009,67 €	2.933.807,74 €	107.798,07 €	3,81%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Allgemeine Rücklage	343.478,22 €	427.308,42 €	505.632,61 €	78.324,19 €	18,33%
II. Ausgleichsrücklage	171.739,11 €	213.660,21 €	252.816,31 €	39.156,10 €	18,33%
III. Jahresergebnis	125.763,30 €	117.480,29 €	89.238,41 €	-28.241,88 €	-24,04%
B. Rückstellungen	2.281.884,75 €	2.021.078,02 €	2.048.744,00 €	27.665,98 €	1,37%
C. Verbindlichkeiten	41.272,49 €	46.482,73 €	37.376,41 €	-9.106,32 €	-19,59%
D. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	2.964.137,87 €	2.826.009,67 €	2.933.807,74 €	107.798,07 €	3,81%

f) **Entwicklung der Ergebnisrechnung**

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	32.205,27 €	0,00 €	500,00 €	500,00 €	
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.341.009,86 €	896.775,68 €	920.138,85 €	23.363,17 €	1,74%
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.434,65 €	400,00 €	258,86 €	-141,14 €	-9,84%
Sonstige ordentliche Erträge	0,00 €	1.803,66 €	38.745,53 €	36.941,87 €	
Ordentliche Erträge	1.374.649,78 €	898.979,34 €	959.643,24 €	60.663,90 €	4,41%
Personalaufwendungen	737.723,93 €	565.071,66 €	637.399,23 €	72.327,57 €	9,80%
Versorgungsaufwendungen	184.416,88 €	99.370,20 €	109.689,07 €	10.318,87 €	5,60%
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	71.151,49 €	28.345,36 €	25.743,56 €	-2.601,80 €	-3,66%
Bilanzielle Abschreibung	17.217,05 €	19.346,41 €	19.849,58 €	503,17 €	2,92%
Transferaufwendungen	168,77 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
Sonstige ordentliche Aufwendungen	237.827,81 €	93.914,22 €	71.671,81 €	-22.242,41 €	-9,35%
Ordentliche Aufwendungen	1.248.505,93 €	806.047,85 €	864.353,25 €	58.305,40 €	4,67%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	126.143,85 €	92.931,49 €	95.289,99 €	2.358,50 €	1,87%
Finanzerträge	0,00 €	0,00 €	1.920,84 €	1.920,84 €	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	380,55 €	1.061,71 €	44,85 €	-1.016,86 €	-267,21%
Finanzergebnis	-380,55 €	-1.061,71 €	1.875,99 €	2.937,70 €	-771,96%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Ordentliches Jahresergebnis	125.763,30 €	91.869,78 €	97.165,98 €	5.296,20 €	4,21%
Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	125.763,30 €	91.869,78 €	97.165,98 €	5.296,20 €	4,21%

g) Lagebericht 2022

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Allgemeines

Das Ergebnis der Jahresrechnung des Zweckverbandes als Träger des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Aachen hat folgende Parameter:

- die Menge der durchgeführten Lehrgänge,
- die Anzahl der organisierten Fortbildungsveranstaltungen sowie
- deren Teilnehmerzahlen im genannten Berichtszeitraum und
- die durchgeführten Testfälle und erteilten Testauskünfte aus den Personalausleseverfahren.

Vor der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes werden die Betriebsabläufe alljährlich einer intensiven Betrachtung unterzogen. Die Plandaten beruhen zum einen auf exakten Ermittlungen, zum anderen auf qualifizierten Schätzungen, selbst wenn diese insbesondere von externen Einflüssen abhängig sind. So ist die Einrichtung und Durchführung von Laufbahnlehrgängen für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (vorher mittlerer allgemeinen Verwaltungsdienst) und von Sonderlehrgängen für die dienstbegleitende Unterweisung für Auszubildende für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten von der Zahl der durch die Körperschaften eingestellten Auszubildenden im Verbandsgebiet abhängig.

Diese richtet sich in der Regel nach dem jeweiligen Stellenbedarf und orientiert sich an den Veränderungsprozessen innerhalb der Behörden, die in den letzten Jahren zunehmend durch die Auswirkungen des demographischen Wandels beeinflusst sind. Zudem kommen trotz der strengen Vorgaben durch das Grundgesetz, der Landesverfassung NRW und der Gemeindeordnung NRW alljährlich zusätzliche Aufgaben und finanzielle Belastungen auf die Kommunen zu. Seit geraumer Zeit sind Aufgabenzuwächse im Bereich der Leistungsverwaltung zu erkennen, die die Kommunen vermutlich auch in den kommenden Jahren zu überproportionalen Einstellungen im Personalbereich zwingen (u.a. Jobcenter). Somit bedingen insbesondere gesellschaftliche Entwicklungen eine Ausdehnung des Personalkörpers.

Unabhängig davon unterliegen die Personaletats bei den Kommunen und vor allem die Budgets für Personalentwicklung (Fortbildung) stets den gesetzlichen Vorgaben der wirtschaftlichen Haushaltsführung, wenn nicht gar den Kriterien bestehender Haushaltssicherungskon-

zepte.

Die Durchführung der Lehrgänge ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der Schulabteilungen. Dabei sind vorrangig die räumlichen und personellen Kapazitäten - unter Berücksichtigung der Ferientermine maximal nutzbare Schultage - zu beachten. Der Bestand der vorhandenen Unterrichtsräume mit ihrer Ausstattung spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Summe der jährlichen Unterrichtsstunden und die Menge der durchzuführenden Zwischen- und Abschlussprüfungen.

Eine weitere, nur begrenzt belastbare Größe ist der Kader der nebenamtlichen Dozenten, die den Unterricht nur im Konsens mit ihrer Dienststelle oder auch in Abstimmung mit dem Dienstbetrieb erteilen können. Die einzelnen Abteilungen haben sich auch 2023 um neue nebenamtlichen Dozentinnen und Dozenten bemüht. Dies hat zu guten Ergebnissen geführt. Die Anzahl von jungen Dozenten mit fachlich hoher Kompetenz hat zugenommen. Darüber hinaus konkurriert das Studieninstitut auch mit der örtlichen Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung um geeignete Lehrende. Der Studienleiter hat es sich zur Aufgabe gemacht, insbesondere die Wartezeiten bei den Verwaltungslehrgängen zu minimieren. Dazu ist eine erhebliche Mehrzahl von Dozierenden notwendig. Neben der Aquse an der Hochschule wurde auch konkret Mitarbeitende angesprochen, damit dieser Mehrbedarf ohne weitere hauptamtliche Kräfte gedeckt werden kann. Weiterhin ist auch zu berücksichtigen, dass alle nebenamtliche Kräfte auch in ihrem originären Tätigkeitsfeld stark beansprucht sind und die Übernahme von gleichzeitigen Kursen nur schwerlich möglich ist.

Der Fortbildungsbedarf der Kommunen richtet sich nach dem Ausbildungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Sachgebieten. Durch neue oder geänderte Rechtsanwendung, neue Rechtsprechung etc. ergibt sich die Notwendigkeit oder das Interesse, sich fortzubilden. Hierauf kann nur bedingt Einfluss genommen werden. Der Seminarkalender wird jährlich neu aufgelegt. Dabei stehen Anfragen der Gebietskörperschaften im Vordergrund. Zudem ist in 2024 ein Hochschulprojekt der HSPV NRW geplant, die konkrete Wünsche der verbandsangehörigen Kommunen eruieren soll.

Umfangreiche Druckstücke werden aus Kostengründen (Druckkosten, Versand etc.) vermieden. Es bleibt jedoch auch weiterhin das Ziel, Seminarangebote passgenau für die Gebietskörperschaften im Sinne einer markt- und kunden-gerechten Orientierung zu erarbeiten und aktiv zu bewerben. Kommunen fragen zunehmend nach Inhouse-Veranstaltungen. Diese werden, wenn möglich, bei entsprechender Preisgestaltung durchgeführt. Darüber hinaus hat auch der Studienleiter erstmals im Rahmen seiner hauptamtlichen Tätigkeit auswärtige In House Schulungen unterstützt, die gleichzeitig einen direkten Zufluss der Gebühren ermöglichen. So wurde beispielsweise eine Führungskräfte-tagung der Stadt Bad Münstereifel über zwei Tage begleitet.

Wie oben bereits beschrieben, unterliegt die betriebene Angebotsplanung der Unsicherheit, den Bedarf der Kommunen nicht in Gänze zu treffen oder aufgrund einer angespannten Finanzsituation ins Leere zu laufen. Gleichwohl wird weiterhin die Strategie verfolgt, ein quantitativ umfangreiches und qualitativ gehobenes Angebot für Behördenmitarbeiterinnen und -

mitarbeiter zu gestalten, was einem ständigen Kontrollprozess unterzogen wird. Zu Beginn des neuen Jahres 2023 wurde der Fortbildungskatalog erheblich erweitert, nachdem 2 Nachwuchskräfte eine best-practice Analyse alle Studieninstitute in NRW durchgeführt haben und mögliche Fortbildungspotentiale für das STI Aachen erkannt haben.

Planung und Kalkulation der angebotenen Seminare erfolgen grundsätzlich durch den Studienleiter. Bei der Umsetzung wird er durch die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle unterstützt. Hierbei wird neben der fachlichen Ausrichtung auch auf die Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen gesetzt.

Personalsituation

Die Geschäftsstelle war neben dem hauptamtlichen Dozenten und dem Studienleiter bis zum 30.11.2018 nur mit 1,5 Verwaltungskräften ausgestattet. Durch die enorme Steigerung der durchgeführten Seminare und auch der zu betreuenden Lehrgangsteilnehmer hat sich auch der Arbeitsanfall erheblich verdichtet, so dass seit 2018 die EG 6 Stelle auf 28 Stunden und die zusätzlich eingerichtete EG 9a Stelle seit 2022 von 18 auf 30 Stunden angehoben wurden. Darüber hinaus wurden seit

01.12.2021 bzw. 01.01.2022 die vier Abteilungen um jeweils eine Sekretariatskraft im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung verstärkt. Zwei Verwaltungskräfte der Stadt Aachen waren bzw. sind befristet an das Studieninstitut abgeordnet. Eine Mitarbeiterin wurde bereits zum 01.01.2022 und die andere Mitarbeiterin ab dem 05.07.2022 in den Dienst des Studieninstitutes übernommen. Aufgrund der gestiegenen Lehrgänge und der neuen Lehrpläne für den VL I und VL II war ursprünglich geplant, ab Sommer 2020 eine zusätzliche halbe hauptamtliche Dozentenstelle einzurichten. Die Besetzung der Stelle wurde 2020 zunächst zurückgestellt. Mit der Verabschiedung des Digitalisierungskonzeptes wurde durch die Verbandsversammlung im September 2021 beschlossen, die Dozentenstelle auf eine Vollzeitstelle aufzustocken und zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen. Dies ist 2022 erfolgt.

Der vorherige Studienleiter hat zum 30.09.2022 das Studieninstitut verlassen. Die Nachbesetzung der Stelle ist Anfang 2023 erfolgt. Das Stellenbesetzungsverfahren wurde im IV. Quartal 2022 abgeschlossen.

Haushaltssatzung; Umlage

Die Haushaltssatzung für den Zweckverband für das Haushaltsjahr 2022 (Doppelhaushalt 2022/2023) konnte fristgerecht im Rahmen der Zweckverbandversammlung am 03.12.2021 beschlossen werden.

Der Beschluss beinhaltete die Beibehaltung der Höhe der Umlage für die Verbandsmitglieder in Höhe von 0,03 €/Einwohner, bezogen auf den in der Satzung festgelegten Stichtag für die fortgeschriebene Bevölkerungszahl je Verbandsmitglied.

Lehrgangsgeld

Als Grundlage für die Festsetzung des Lehrgangsgeldes (ohne Berufsförderungswerk) für das Haushaltsjahr 2023 sind sowohl die Kosten der voraussichtlich durchzuführenden Lehrgänge und Prüfungen sowie die hieraus resultierenden Teilnehmerstunden maßgeblich.

Im Rahmen des Doppelhaushaltes 2022/2023 wurde zunächst entschieden, für das Jahr 2023 ein Lehrgangsgeld in Höhe von 6,45 €/Std./Teilnehmer zu erheben.

Insgesamt wurde 2023 ein Betrag von rd. 920.000 € an Entgelt für Lehrgänge (ohne BfW) in Rechnung gestellt, was Mehreinnahmen von rd. 40.000 € entspricht, was auf u.a. auf die erhöhte Zahl der Teilnehmenden zurückzuführen ist.

Das Lehrgangsgeld für das Berufsförderungswerk Düren wird getrennt über einen eigenen Kostenträger (429502) abgerechnet. Hier erfolgt keine Abrechnung nach Lehrgangsstunden und Teilnehmer, sondern vielmehr nach tatsächlich angefallenen Kosten beim Studieninstitut zuzüglich eines Aufschlags für Overheadkosten.

Aufgrund des besonderen Charakters des Unterrichts für Blinde und Sehbehinderte als Rehabilitationsmaßnahmen der Rentenversicherungsträger bestehen die Klassenverbände im Sinne der besonderen Förderung des betroffenen Personenkreises meistens aus maximal zehn Personen.

Diesen Umschulungslehrgängen werden seit 2016 Vorbereitungskurse mit Eignungsprognosen beim Kreis Düren vorgeschaltet, um hierzu eine Einschätzung hinsichtlich der Aussicht auf Erfolg für die Teilnehmer zu treffen. In der Regel werden jeweils drei parallellaufende Lehrgänge zur Umschulung zu Verwaltungs- fachangestellten beim Berufsförderungswerk durchgeführt.

Fortbildung

Insgesamt wurden 178 Seminare mit 2108 Teilnehmer in 2023 durchgeführt.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden ähnliche Ergebnisse erzielt.

Unterstützung Personalauswahl der Nachwuchskräfte

Als dritten Bereich des Aufgabenspektrums führt das Studieninstitut für die 38 Kommunen im Verbandsgebiet in Zusammenarbeit mit dem geva-Institut München Onlinetests für die Personalgewinnung durch. Die Vorbereitung und Durchführung der Testverfahren bindet die Kapazitäten der Geschäftsstelle verstärkt über einen Zeitraum von etwa zehn Wochen im Spätsommer bzw. Herbst jeden Jahres, aber mit zunehmender Tendenz auch immer mehr unterjährig.

24 von 38 Verbandskommunen und deren Untergliederungen sowie das Bistum Aachen haben im Jahr 2023 insgesamt 2186 Bewerber/innen gemeldet. Nach Rückmeldung der Testergebnisse durch das geva-Institut wurden diese an die anmeldenden Behörden entsprechend aufbe-

reitet weitergegeben.

Das Personalausleseverfahren für den Einstellungsjahrgang 2023 konnte äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Testverfahren bereits Ende August 2023 an die anmeldenden Behörden weitergeleitet werden konnten.

Für die Abrechnung der Kosten für den Einstellungsjahrgang 2023 wurde als Basispreis ein Betrag in Höhe von 27,00 € je Testauskunft ermittelt und den Behörden in Rechnung gestellt. Außerhalb des regulären Termins wurden 29,90 € in Rechnung gestellt, da einiger Kommunen außerhalb der regulär angesetzten Meldezeiträumen Testverfahren in Auftrag gegeben haben.

B. Plan und tatsächliche Entwicklung der Haushaltsdaten

Geplante Entwicklung 2023:

Bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2022/2023 wurde für 2023 ursprünglich ein **ausgeglichener Haushalt** geplant.

Tatsächliche Entwicklung 2023:

Der Jahresabschluss 2023 hat mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe **89238,41 €** abgeschlossen. Dieser Betrag ist auch entsprechend im Gesamtergebnisplan ausgewiesen.

Wo liegen die größten Abweichungen zwischen Plan und Ist 2023?

Die größten Abweichungen werden auf Zeilenebene der Ergebnisrechnung (ER) und der Finanzrechnung (FR) im vorherigen Teil des Jahresabschlusses dargestellt.

Zeile 5 ER/Zeile 5 FR:

Die erfreulichen Mehrerträge. Mehreinzahlungen sind zu einem großen Teil auf Mehreinnahmen bei dem Kostenträger Lehrgänge zurückzuführen.

Zudem sind Rückstellungen, u.a. für die Digitalisierung aufgelöst worden.

Ermächtigungsübertragungen

In 2023 ist keine Ermächtigungsübertragung nach 2023 erfolgt.

C. Darstellung der Lage

Im Sinne der Transparenz der Aufwendungen und Erträge sind für das Finanzwesen des Zweckverbandes fünf Kostenträger (Produkte) gebildet worden, und zwar:

- 429501 Lehrgangsbetrieb

- 429502 Berufsförderungswerk Düren (BFW),
- 429503 Fortbildungsbetrieb und
- 429504 Personalauswahlverfahren
- 160101 Allgemeine Finanzwirtschaft und Umlagen

Im Kostenträger „429500 Verwaltung“ wurden bis 31.12.2017 insbesondere allgemeine Kosten wie Mieten und Bewirtschaftungskosten erfasst. Ab dem Haushaltsjahr 2018 wurde dieser Kostenträger nicht mehr beplant. Die dort ausgewiesenen Aufwendungen bzw. Auszahlungen werden seit 2018 entsprechend dem tatsächlichen Ressourcenverbrauch produktscharf bei den anderen Kostenträgern abgebildet. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Personalaufwendungen für die hauptamtlichen Dienstkräfte entsprechend dem Zeitanteil des Einsatzes auf die einzelnen Kostenträger verteilt werden. Die Verbandsumlage wird erst seit 2018 bei dem Kostenträger „160101 Allgemeine Finanzwirtschaft“ (vorher beim Kostenträger Verwaltung), der für solche Finanzbewegungen vorgesehen ist, abgebildet.

Das Haushaltsjahr **2023** hat insgesamt mit einem **Jahresüberschuss von 89238,41 €** abgeschlossen.

D. Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Bereich Ausbildung, berufliche Weiterbildung

Der Ausbildungsbedarf und der Bedarf an beruflichen Weiterbildungslehrgängen (VL I und VL II) werden sich voraussichtlich mit steigender Tendenz entwickeln. Nach aktueller Einschätzung werden die Gebietskörperschaften im Verbandsgebiet als Antwort auf einen allgemeinen Aufgabenzuwachs und als notwendige Reaktion auf den demografischen Wandel zunehmend Personalverstärkungen vornehmen müssen.

In den letzten Jahren ist eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Auszubildenden zum/zur Verwaltungsfachangestellten zu konstatieren. Nach den aktuellen Anmeldezahlen werden zum 01.08.2024 in den Abteilungen StädteRegion (28) Heinsberg (18) und Düren (27) drei Unterstufen mit insgesamt 73 Auszubildenden an den Start gehen.

Für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt liegen bisher 41 Anmeldungen für den Laufbahnlehrgang I bei der Abteilung Aachen Stadt vor, die 2024 erstmals 2 Laufbahnlehrgänge erfordern.

Die enormen Anmeldezahlen für die Verwaltungslehrgänge I und II erforderten die Erstellung von „Longlists“ mit Wartezeiten bis zu mehreren Jahren. Anfang 2017 standen noch mehr als 200 Personen für die Verwaltungslehrgänge auf der Warteliste. Die vier Abteilungen haben seit Ende 2017 jeweils einen zusätzlichen VL I - bzw. VL II Lehrgang gestartet, um so den Wartestau abzubauen. Durch den Wegfall der gesetzlich verankerten vierjährigen Wartezeit für die Verwaltungsfachangestellten haben sich die Anmeldungen für den VL II proportional erhöht, jedoch

bisher nicht den positiven Effekt einer Verkürzung der Wartezeiten zur Folge gehabt.

Im Herbst 2018 hatte der KAV aufgrund der Nachwuchs- bzw. Einstellungsprobleme großer Kommunen dafür geworben, die Ausbildungs- und Prüfungspflichten für den VL I und VL II zunächst bis 2020 auszusetzen. Dies wurde jedoch von den zuständigen Gremien nicht befürwortet. Vielmehr hat man die Studieninstitute NRW aufgefordert, bis März 2019 ein Konzept vorzulegen, in dem die bisherigen Lehrgangsformen des VL I und VL II modifiziert und gestrafft werden. Ferner sollten insbesondere für den VL II Anerkennungsmöglichkeiten von vorherigen Studiengängen etc. geschaffen werden. Die Studieninstitute NRW haben unter Beteiligung des Städtetages und Landkreistages NRW und unter Einbindung aller Kommunen von NRW entsprechend die Prüfungsordnungen sowie die Lehrpläne für den VL I und VL II überarbeitet. Die neuen Prüfungsordnungen für den VL I und VL II sind für das hiesige Studieninstitut jeweils zum 01.01.2020 in Kraft getreten. Darüber hinaus wurde von den Studieninstituten NRW gemeinsam eine Richtlinie über mögliche Anerkennungen von Vorleistungen für den VL II erarbeitet. Auch die neuen Lehrpläne für den VL I und den künftigen modularen VL II sind am 18.03.2020 in Kraft getreten. Der neue VL I unterteilt sich in einen sogenannten „Basislehrgang mit 150 Unterrichtsstunden“ und einem „Aufbaulehrgang mit 400 Unterrichtsstunden.“ Der Lehrplan des modularen VL II beinhaltet insgesamt 814 Präsenzstunden.

In der letzten Zeit haben sich die Anfragen gehäuft, ob das Studieninstitut den VL II auch am Wochenende für „Selbstzahler“ anbieten könnte. Viele Studieninstitute führen solche Wochenendlehrgänge bereits durch. Seit dem Januar 2022 ist dieser sogenannte „Selbstzahler VL II“ mit 23 Personen gestartet. Dieser Lehrgang wurde pilotweise als I-Pad Lehrgang durchgeführt. Dies hat sich jedoch durch die Struktur der Teilnehmenden nicht bewährt, sodass zukünftig im Laufbahnlehrgang eine I-Pad Klasse eingerichtet werden soll, sobald der Maximilian Verlag die DVP neu aufgelegt hat.

Durch die verstärkte Gewinnung von Nachwuchskräften werden seit geraumer Zeit Plätze für die Teilnahme an Ausbilderlehrgängen angefragt. Beim Studieninstitut sind bis zum Jahr 2025 fortlaufend mindestens zwei Ausbilderlehrgänge je Jahr geplant. Darüber hinaus finden auch dezentrale Lehrgänge in Düren statt.

Ein weiterer Fokus soll in der Ausbildung von Nachwuchskräften gelegt werden. Erstmals werden ab 2023 Nachwuchskräfte des GD von der Stadt Aachen im Studieninstitut ausgebildet in den Modulen Finanzen und Personal. Die Abstimmung sieht vor, dass insgesamt 7 Nachwuchskräfte über das Jahr verteilt eingesetzt werden sollen. Darüber hinaus wird auch weiterhin im Bereich des mittleren Dienstes ausgebildet.

Weiterhin besteht eine zentrale Forderung der Kommunen in der Minimierung von Wartezeiten beim VL 1 und VL 2. Da die Abteilungen des StI allesamt räumlich und personell stark eingespannt sind, werden erstmals zusätzliche Lehrgänge an der Zentralabteilung des STI organisiert, die von den Mitarbeitenden dort durchgeführt werden. Um bestehenden räumlichen Engpässen im Fortbildungsbereich entgegen zu wirken, wurde eine Kooperation mit der bischöflichen Akademie geschlossen, welche die Möglichkeit bietet, dortige Lehrgangsräume zu nutzen.

Bereich Fortbildung, Seminare

Die Erfahrungen der letzten beiden Jahre haben gezeigt, dass es insbesondere wichtig ist, aktuelle Themen aufzugreifen und auch Seminare intensiv zu bewerben. Darüber hinaus hat sich im letzten Jahr ebenfalls als sehr positiv herausgestellt, aktiv auf die Kommunen zuzugehen und deren Bedarf abzufragen sowie konkrete Seminarwünsche entgegenzunehmen. Die Anzahl der durchgeführten Inhouse-Seminare wächst stetig.

Die Nachfrage zu Kompaktkursen für die Qualifizierung von Ausbildern zu Praxisprüfern für die Durchführung der fachpraktischen Module im Bachelor-Studiengang ist konstant hoch. In 2023 wurden mehrere ausgebuchte Schulungen diesbezüglich durchgeführt. Für 2024 ist ein Projekt mit der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung geplant, in dem neue Videobeispiele für diese Fortbildung als Rollenspiele erarbeitet werden sollen. Dies soll als Masterprojekt durchgeführt werden.

Die „Modulare Qualifizierung“ mit jeweils 40 Seminartagen und 4 Leistungsnachweisen ist mittlerweile fester Bestandteil des Fortbildungsangebotes des Studieninstitutes und wird sehr rege in Anspruch genommen. Ab 2024 soll dieses Angebot jährlich erfolgen und damit einem bedeutsamen Wunsch aus den angegliederten Verwaltungen nachgekommen werden.

Bereich Personalauswahl

Seit 2016 werden die Kommunen bei der Personalauswahl der Nachwuchskräfte durch einen Onlinetest der Fa. geva unterstützt.

Das Personalauswahlverfahren für die Einstellungsjahrgänge bis einschl. 2023 konnte nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden und soll auch weiterhin für die Kommunen im Verbandsgebiet angeboten werden. Durch geringere Bewerberzahlen sind die Anmeldungen leicht rückläufig.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Verbandsvorsteher:	Wirtz, Ellen	StädteRegion Aachen	Amtsleitung
Verbandsversammlung:	Stadt Aachen	1 Sitz	25 %
	StädteRegion Aachen	1 Sitz	25 %
	Kreis Düren	1 Sitz	25 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	25 %
Institutsbeirat:	wurde nicht gebildet.		

Vertretung des Kreises Düren

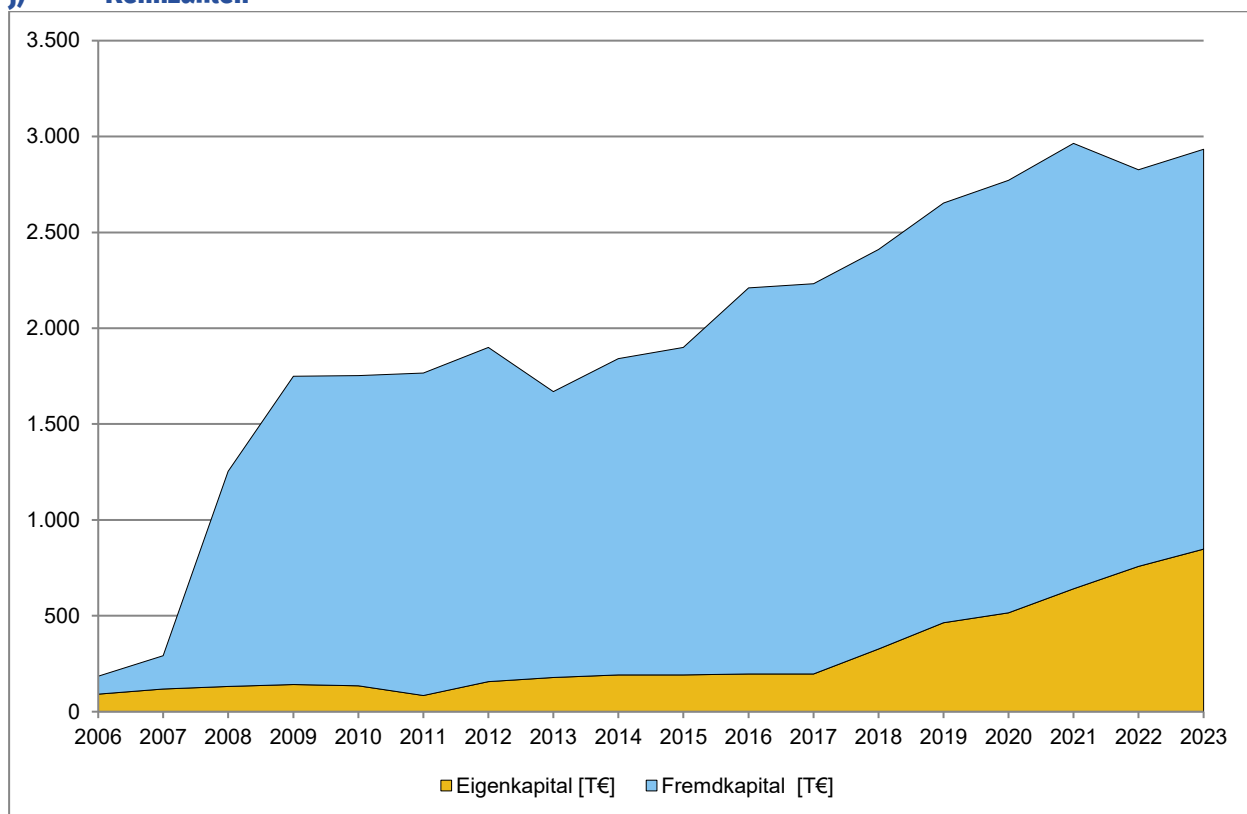
Verbandsversammlung:

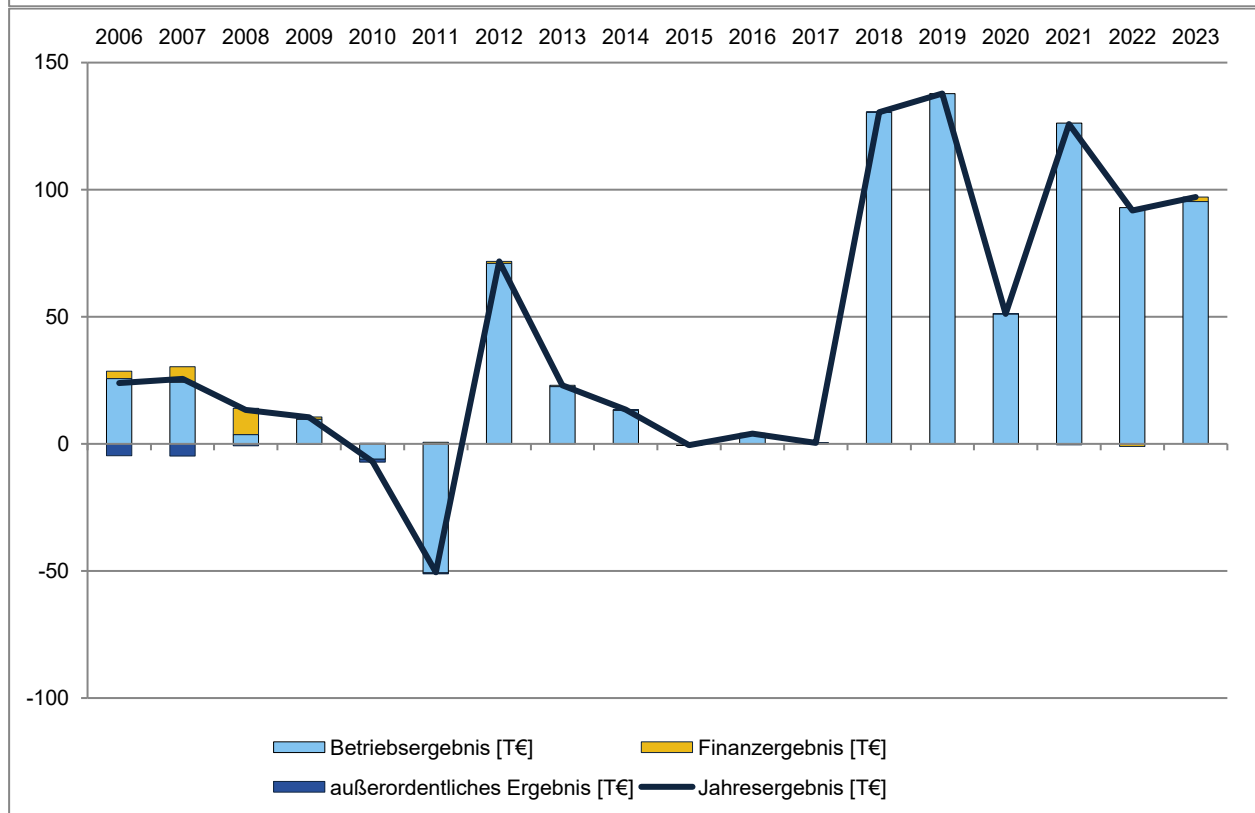
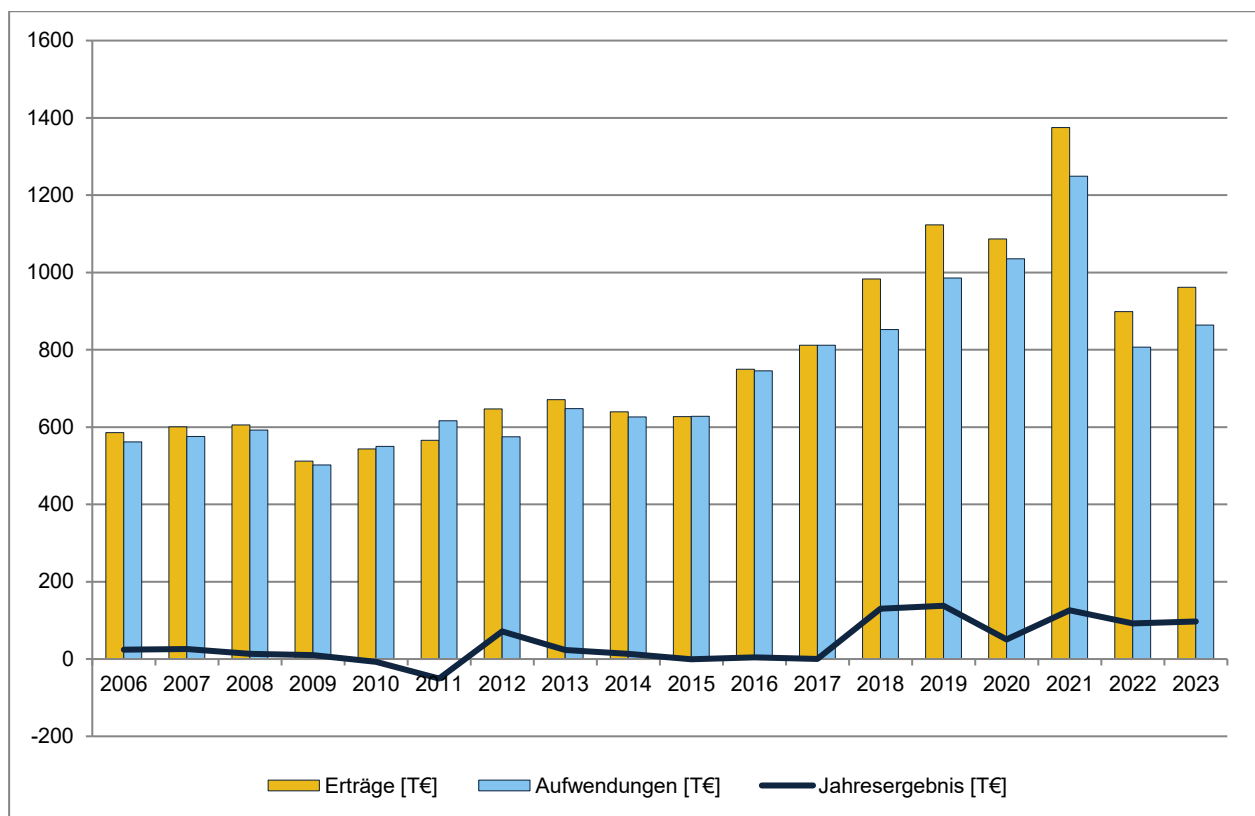
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Kaptain, Peter	Allg. Vertreter des Landrats	15.09.2018	

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Zweckverband tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	21,62%	26,84%	28,89%	2,06%
Eigenkapitalrentabilität	19,62%	12,11%	11,46%	-0,65%
Anlagendeckungsgrad 2	103,99%	132,03%	159,11%	27,08%
Verschuldungsgrad	362,44%	272,60%	246,10%	-26,51%
Umsatzrentabilität	9,41%	10,36%	10,36%	-0,01%

15 Technologiezentrum Jülich GmbH



Karl Heinz Beckurts Straße
52428 Jülich
Telefon: 02461/690-0
Telefax: 02461/690-100
E-Mail: info@tz-juelich.de
Homepage: www.tz-juelich.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines multifunktionalen Technologiezentrums, insbesondere für innovative Unternehmen und Existenzgründer.

Dies umfasst die An- und Vermietung geeigneter Räumlichkeiten, den Betrieb von Gemeinschaftseinrichtungen und -räumen sowie das Angebot von Beratungs-, technischen und sonstigen Dienstleistungen. Ferner ist Gegenstand des Unternehmens die Beteiligungen an Gesellschaften, die unter anderem den Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen an innovativen Unternehmen sowie die Betreuung und die Beratung dieser Unternehmen betreiben.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	15,3	10
Stadt Jülich	42,9	28
AGIT GmbH	19,9	13
Forschungszentrum Jülich	7,7	5
H. Lamers GmbH & Co. KG	7,7	5
RWE Power AG	7,7	5
Enrichment Technology Company Limited	7,7	5
Pfeifer & Langen GmbH & Co. KG	7,7	5
Sparkasse Düren	12,3	8
Aachener Bank e.G.	12,3	8
Deutsche Bank	12,3	8
Stammkapital	153,4	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2023 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen vorhanden.

Der Kreis Düren ist zu 361/1000 Eigentümer am Grundstück des Technologiezentrums. Dieser Anteil ist an das Technologiezentrum verpachtet. Z. zt. ist die Pacht ausgesetzt.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	356.309,42 €	1.696.635,81 €	4.374.346,71 €	2.677.710,90 €	157,82%
II. Finanzanlagen	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	648.502,78 €	712.116,76 €	245.140,22 €	-466.976,54 €	-65,58%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.545.802,62 €	1.095.967,57 €	703.211,10 €	-392.756,47 €	-35,84%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	887,50 €	618,50 €	484,00 €	-134,50 €	-21,75%
Summe Aktiva	3.576.502,32 €	3.530.338,64 €	5.348.182,03 €	1.817.843,39 €	51,49%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	153.387,57 €	153.387,57 €	153.387,57 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnvortrag	1.993.357,62 €	2.078.794,34 €	2.213.810,79 €	135.016,45 €	6,49%
III. Jahresergebnis	85.436,72 €	135.016,45 €	157.890,15 €	22.873,70 €	16,94%
B. Rückstellungen	1.104.909,98 €	996.178,94 €	775.598,67 €	-220.580,27 €	-22,14%
C. Verbindlichkeiten	237.817,61 €	165.266,66 €	2.020.608,58 €	1.855.341,92 €	1122,64%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.592,82 €	1.694,68 €	1.886,27 €	191,59 €	11,31%
Summe Passiva	3.576.502,32 €	3.530.338,64 €	5.323.182,03 €	1.792.843,39 €	50,78%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.318.441,90 €	1.412.419,12 €	1.469.460,87 €	57.041,75 €	4,04%
2. sonstige betriebliche Erträge	17.176,13 €	40.682,22 €	69.472,32 €	28.790,10 €	70,77%
3. Personalaufwand	367.845,04 €	380.575,48 €	448.594,45 €	68.018,97 €	17,87%
4. Abschreibungen	27.265,91 €	65.596,05 €	119.728,94 €	54.132,89 €	82,52%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	771.876,72 €	802.427,14 €	732.947,80 €	-69.479,34 €	-8,66%
Betriebsergebnis	168.630,36 €	204.502,67 €	237.662,00 €	33.159,33 €	16,21%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	9.990,92 €	9.979,65 €	9.862,84 €	-116,81 €	-1,17%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	17,96 €	0,02 €	410,21 €	410,19 €	
Finanzergebnis	9.972,96 €	9.979,63 €	9.452,63 €	-527,00 €	-5,28%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	178.603,32 €	214.482,30 €	247.114,63 €	32.632,33 €	15,21%
8. Steuern vom Einkommen und Ertrag	30.957,59 €	7.671,75 €	17.437,38 €	9.765,63 €	127,29%
9. sonstige Steuern	62.209,01 €	71.794,10 €	71.787,10 €	-7,00 €	-0,01%
Jahresergebnis	85.436,72 €	135.016,45 €	157.890,15 €	22.873,70 €	16,94%

g) Lagebericht

1. DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND DES GESCHÄFTSERGEBNISSES

1.1. GESCHÄFTSVERLAUF

Die wirtschaftliche Lage der Technologiezentrum Jülich GmbH war im Geschäftsjahr 2023 weiterhin von einer konstanten Stabilität geprägt.

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft kann - trotz des konjunkturell schwierigen Umfelds - als erfolgreich bezeichnet werden. Bestätigung finden diese positiven Beurteilungen des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses in den verschiedenen Kennzahlen.

1.2. TÄTIGKEITEN DER GESELLSCHAFT

Die Technologie-, und Gründerzentren sind die Ideenschmieden der Innovationen von morgen. An attraktiven Standorten profitieren Unternehmen der Zukunftsbranchen von gemeinsamen Infrastrukturangeboten, kooperativer Vernetzung von ansässiger Wirtschaft und Wissenschaft.

Technologiezentren sind auf die Ansiedelung junger Unternehmen oder Betriebe ausgerichtet, deren Schwerpunkte vorwiegend in der Entwicklung, Produktion und Vermarktung technologisch innovativer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen liegen. Meist verfügen sie über ein eigenes Standortmanagement, das neben der Raum- und Flächenbewirtschaftung ergänzende Dienstleistungen anbietet. Des Weiteren ermöglichen sie Startups und Kleinunternehmen einen betreuten Einstieg in die Wirtschaftswelt. Junge Unternehmen finden in den Zentren neben Flex Space unterstützende Beratungs- und Coachingmöglichkeiten zur Umsetzung individueller Unternehmensvorstellungen.

1.3. STAND DER VERMIETUNG

Die Belegungsquote im Technologiezentrum Jülich bleibt trotz multipler Krisen, wie Lieferengpässe, Fachkräftemangel, gestiegener Energiekosten und Zinssteigerungen, auf erfreulich hohem Niveau: Seit Februar 2018 besteht nahezu eine Volllauslastung des Hauses.

Die durchschnittliche Verweildauer der Unternehmen im TZJ beträgt ca. 4 - 5 Jahre und liegt damit in den Größenordnungen, die den Zielvorstellungen des Geschäftskonzeptes des TZJ entsprechen. Derzeit befinden sich im Technologiezentrum 26 Firmen, die ca. 380 festangestellte Mitarbeiter, studentische Aushilfskräfte sowie Diplomanden beschäftigen. Das Spektrum reicht von Einzelunternehmen bis zu Unternehmen mit über 120 Mitarbeitern.

Seit dem Beginn der Vermietungstätigkeit vor 31 Jahren haben bis Dezember 2023 insgesamt 198 Unternehmen die komplexen Angebotsstrukturen im TZJ im Rahmen ihrer Mietverhältnisse genutzt. 90 (knapp 46 Prozent) davon fallen in die Kategorie der „klassischen“ Existenzgründer, so dass sich das TZJ mit Fug und Recht auch als ein Existenzgründungszentrum bezeichnen kann.

Bis zum Stichtag 31. Dezember 2023 haben insgesamt 172 Unternehmen das TZJ wieder verlassen: 65 dieser Unternehmen verblieben im Kreis Düren, 41 weitere siedelten sich in der Technologie-Region Aachen an. Damit ist es gelungen, über 61 Prozent dieser Firmen im engeren Sprengel zu halten. 24

Firmen fanden ihren Standort innerhalb von NRW, weitere 17 in anderen Bundesländern. 14 Firmen nahmen ihren neuen Firmensitz im Ausland ein und lediglich 11 der im Hause betreuten und begleiteten Unternehmen mussten einen Insolvenzantrag stellen.

Seit Juni 2023 bietet die TZJ GmbH die Anmietung von Arbeitsplätzen im neu errichteten „Coworking Space“ in der ehemaligen Ausstellungsfläche im Erdgeschoss des TZJ an. Erfreulicherweise liegt bereits nach kurzer Zeit eine durchschnittliche Auslastung von 50% der Plätze vor.

1.4. LIEGENSCHAFTEN UND VERWALTUNGEN

SYNLIGHT® (TECHNOLOGIEZENTRUM JÜLICH PROJEKTGESELLSCHAFT MBH)

Das erste gemeinsame Großprojekt Synlight®, das am 23. März 2017 von NRW-Umweltminister Johannes Remmel feierlich eingeweiht wurde, ist die weltweit größte künstliche Sonne und unterstützt die DLR-Forscher in der Entwicklung eines Verfahrens, Solartreibstoffe zu erzeugen und Materialien für die Luft- und Raumfahrt sowie für große Solarkraftwerke zu erproben.

Das TZJ stärkt mit diesem Projekt nicht nur die langfristige Partnerschaft mit dem DLR, sondern generiert zusätzlich ein weltweites Interesse an der Forschung und dem Know-how made in Jülich.

2. CHANCEN FÜR POSITIVE ENTWICKLUNGEN

Die deutsche Wirtschaft löst sich nur langsam aus den Belastungen infolge des Energiepreisschocks, der geldpolitischen Straffungen und der weltwirtschaftlichen Abschwächung. Dies verzögert die allgemein erwartete wirtschaftliche Erholung. Bis zum vierten Quartal des Jahres 2023 ist mit einem leichten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zu rechnen.

Jüngste Stimmungsindikatoren deuten, wie die ifo-Lagebeurteilungen und die ZEW-Konjunkturerwartungen – wenn auch ausgehend von einem niedrigen Niveau - darauf hin, dass sich das Tempo der konjunkturellen Talfahrt verringert hat und zur Jahreswende 2023/24 eine moderate Erholung einsetzen dürfte.

Mit weiteren Rückgängen ist bei den Bauinvestitionen zu rechnen, denn hier schlagen die durch die Zinswende der EZB stark erhöhten Finanzierungskosten besonders ein. Hinzu kommen persistent hohe Baukosten, trotz deutlich verringerter Lieferengpässe, und die nach einer jahrzehntelangen Aufwärtsbewegung sehr hohen Grundstückspreise.

3. SONSTIGES

Zahlreiche Unternehmen und Institutionen haben in der zweiten Hälfte des Jahres das Technologiezentrum Jülich als Veranstaltungsort gewählt. Die anhaltende Nachfrage an der Belegung zeigt den enormen Bedarf.

Die Gesellschafter Forschungszentrum Jülich (FZJ), Stadt Jülich, Enrichment Technology, die Partnerunternehmen und diverse Berufsverbände führen in unregelmäßigen Abständen Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen im TZJ durch.

4. AUSBLICK

Die aktuell angespannte gesamtwirtschaftliche Lage schlägt sich auch auf die Stimmung im Startup-Ökosystem nieder. Viele der Herausforderungen bleiben bestehen oder haben sich sogar verschärft: schwache Konjunktur, Inflation, Zinswende und zurückhaltende Investitionen. Finanzierungen haben sich zwar stabilisiert, liegen jedoch unter dem Niveau von 2021 und 2022. Zwischen Inflation, Zinswende und Wirtschaftsflaute kühlt sich die Stimmung unter den deutschen Gründenden weiter ab.

Angesichts eines sinkenden Geschäftsklimas und anhaltender Unsicherheit brauchen wir in Deutschland mehr Fokus auf positive Zukunftsthemen, um die Innovationsflaute abzuwenden. Startups sind die Unternehmen der Zukunft und können die konjunkturelle Wende anschieben. Die Bundesregierung muss Startup-Themen mit mehr Priorität vorantreiben. Ein wichtiger Impuls für neues Wachstum bildet die Verabschiedung des Zukunftsfinanzierungsgesetzes Ende 2023, welches vorsieht, dass Start-ups, Wachstumsunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) der Zugang zum Kapital-

markt erleichtert wird und zugleich Investitionen in erneuerbare Energien gefördert werden, zügig verabschiedet werden.

Wenn wir jetzt entschieden Startups fördern, können wir den aktuellen Transformationsprozess der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen meistern und unsere wirtschaftliche Position nachhaltig stärken.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Aretz, Carlo		
Aufsichtsrat:	Stadt Jülich	3 Sitze	28,00 %
	AGIT GmbH	2 Sitze	13,00 %
	Kreis Düren	2 Sitze	10,00 %
	Forschungszentrum Jülich GmbH	1 Sitz	5,00 %
	Enrichment Technology Company Limited	1 Sitz	5,00 %
	Pfeifer & Langen GmbH & Co. KG	1 Sitz	5,00 %
	Sparkasse Düren	1 Sitz	7,69 %
	Aachener Bank e.G.	1 Sitz	7,69 %
	Deutsche Bank AG	1 Sitz	7,69 %
	H. Lamers GmbH & Co. KG	1 Sitz	5,00 %
	RWE Power AG	1 Sitz	5,00 %
Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter ist stimmberechtigt.	1 Stimme	je 250,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
	Beauftragter des Landes		
Aßhoff, Ferdinand	NRW	08.11.2024	
Braumüller, Heinz-Peter	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	26.11.2020	08.11.2024

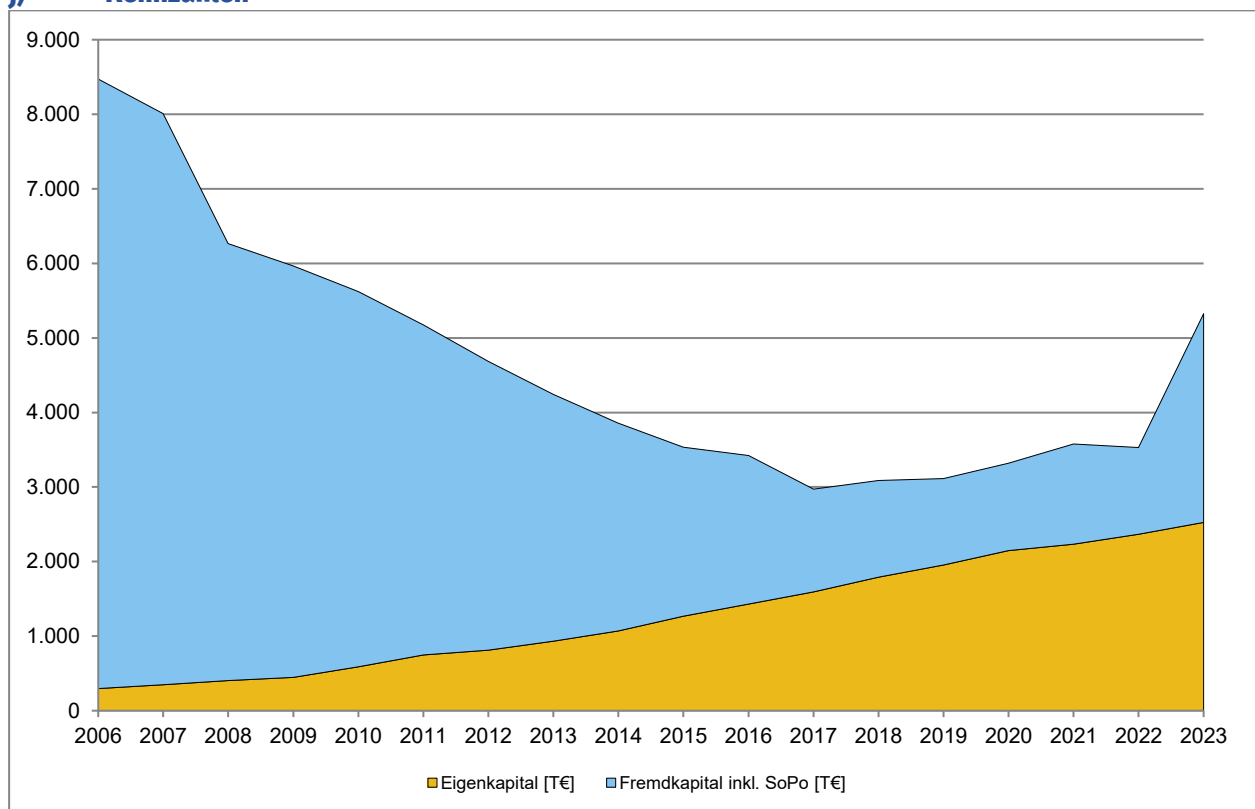
Gesellschafterversammlung:

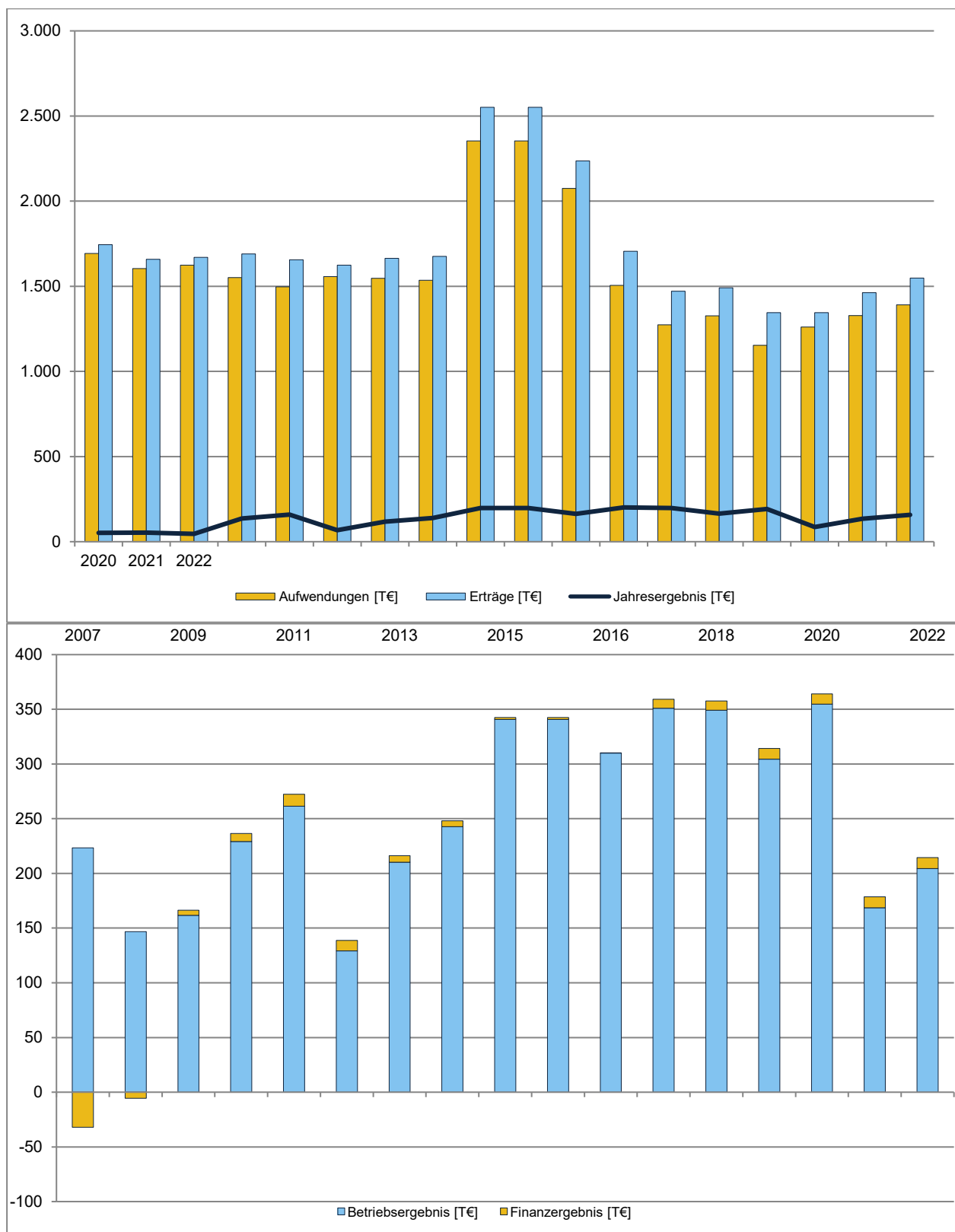
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
	Beauftragter des Landes		
Aßhoff, Ferdinand	NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	26.11.2020	08.11.2024

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	62,41%	67,05%	8,81%	-58,25%
Eigenkapitalrentabilität	3,83%	5,70%	14,49%	8,78%
Anlagendeckungsgrad	62,41%	67,05%	8,69%	-58,37%
Verschuldungsgrad	60,15%	49,06%	1035,38%	986,31%
Umsatzrentabilität	12,79%	14,48%	58,13%	43,65%

16 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)



Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen
Telefon: 0201/22 1377
Telefax: 0201/22 2974
E-Mail: info@vka-rwe.de
Homepage: www.vka-rwe.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlicher und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022/2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	536,86	0,42
Stammkapital	127,822	

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2023 gab es keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen.

e) **Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Bilanz	2020/2021	2021/2022	2022/2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	978,24 €	1.151,68 €	1.442,03 €	290,35 €	25,21%
II. Finanzanlagen	100.596,13 €	76.205,83 €	65.267,15 €	-10.938,68 €	-14,35%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	8.826,83 €	7.120,74 €	9.659,53 €	2.538,79 €	35,65%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	78.174,07 €	290.282,39 €	258.368,58 €	-31.913,81 €	-10,99%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.455,00 €	2.455,00 €	2.455,00 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	191.030,27 €	377.215,64 €	337.192,29 €	-40.023,35 €	-10,61%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97 €	127.822,97 €	127.822,97 €	0,00 €	0,00%
Eigene Anteile	-38.981,03 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	185.808,00 €	255.546,55 €	240.009,00 €	-15.537,55 €	-6,08%
III. Bilanzergebnis	-170.269,45 €	-255.949,99 €	-240.275,52 €	15.674,47 €	-6,12%
B. Rückstellungen	10.400,00 €	10.400,00 €	10.600,00 €	200,00 €	1,92%
C. Verbindlichkeiten	76.249,78 €	239.396,11 €	199.035,84 €	-40.360,27 €	-16,86%
Summe Passiva	191.030,27 €	377.215,64 €	337.192,29 €	-40.023,35 €	-10,61%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020/2021	2021/2022	2022/2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	80.674,00 €	61.469,63 €	22.170,79 €	-39.298,84 €	-63,93%
2. Personalaufwand	222.759,82 €	239.390,50 €	194.391,65 €	-44.998,85 €	-18,80%
3. Abschreibungen	236,31 €	323,98 €	673,88 €	349,90 €	108,00%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	58.381,71 €	91.990,14 €	76.603,14 €	-15.387,00 €	-16,73%
Betriebsergebnis	-200.703,84 €	-270.234,99 €	-249.497,88 €	20.737,11 €	-7,67%
5. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	12.715,00 €	14.285,00 €	9.625,80 €	-4.659,20 €	-32,62%
Finanzergebnis	12.715,00 €	14.285,00 €	9.625,80 €	-4.659,20 €	-32,62%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-187.988,84 €	-255.949,99 €	-239.872,08 €	16.077,91 €	-6,28%
Jahresergebnis	-187.988,84 €	-255.949,99 €	-239.872,08 €	16.077,91 €	-6,28%

g) Lagebericht

1. Gegenstand und Finanzierung der Gesellschaft

Seit dem 1. Juli 2021 (Beginn des Geschäftsjahres) sind die beiden ehemaligen Vka-Verbände Essen (Rheinland) und Dortmund (Westfalen) in der Vka GmbH zusammengeführt. Gegenstand der Gesellschaft ist nach dem Gesellschaftsvertrag vom 24. November 2020 die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr einzelne Gesellschafter in energie-wirtschaftlichen Fragen ihrer Gebiete beraten und insgesamt den Informationsaustausch zur Energiewende, Versorgungssicherheit und Energiepolitik gewährleistet. Verbandspositionen wurden gegenüber staatlichen Stellen, der RWE AG, anderen Verbänden und der Öffentlichkeit vertreten.

Mit der Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft sind laufende Aufwendungen verbunden, die durch Vor- und Nachschüsse der Gesellschafter gedeckt werden. Eigene Umsätze sowie sonstige wesentliche Erträge werden in der Regel nicht erzielt. Dementsprechend führte die Geschäftstätigkeit regelmäßig zu Jahresverlusten, die das Eigenkapital minderten. Die Fehlbeträge wurden zu einem wesentlichen Teil durch Nachschüsse der Gesellschafter, die unmittelbar in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt worden sind, ausgeglichen. Allerdings haben die Nachschüsse in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht, um die Fehlbeträge jeweils vollständig auszugleichen.

In der Vereinbarung zwischen dem Vka Essen (Rheinland) und der Vka Dortmund (Westfalen) vom 24.11.2020 ist als Ziel die paritätische Finanzierung des Vka durch die „Alt- und Neugesellschafter“ formuliert worden. Die Kosten der Geschäftsstelle werden ab dem 01.07.2021 je zur Hälfte getragen, wobei der Kostenanteil für die ehemaligen Gesellschafter der Vka Dortmund auf maximal 120.000 € jährlich gedeckelt ist. Spätestens für das Geschäftsjahr 2024/2025 soll der Fehlbetrag nicht höher als 240.000 € sein. Bis dahin werden nach dem Beschluss der Gesellschafterversammlung des Vka Essen vom 27.04.2021 auftretende Liquiditätslücken durch die „Altgesellschafter“ und über den Verkauf von Allianz-Aktien geschlossen. Nach Verrechnung mit der Kapitalrücklage soll auch für den Ausgleich des Verlustvortrags aus dem Geschäftsjahr 2021/2022 (255.949,99 €), des Fehlbetrages im Geschäftsjahr 2022/2023 (239.872,08 €) und zur weiteren Liquiditätssicherung entsprechend verfahren werden.

Die Geschäftsführung wurde zudem beauftragt, auf der Grundlage einer Kostenanalyse Empfehlungen zur Senkung der Gesamtkosten der Geschäftsstelle bei der personellen und sächlichen Ausstattung zu erarbeiten. In der Gesellschafterversammlung am 02.12.2021 wurden die Ergebnisse der Kostenanalyse vorgestellt. Danach entfielen rd. 88 % der Gesamtkosten auf das Personal und die Miete einschließlich Nebenkosten, so dass signifikante Aufwandsreduzierungen auch nur bei diesen Kostenpositionen zu erzielen waren. Darauf ausgerichtet wurden die Handlungsoptionen im Jahr 2022 erarbeitet.

Seitdem ist es der Geschäftsführung gelungen, einen Restrukturierungsprozess umzusetzen, dessen Ergebnisse zu einer deutlichen Aufwandsreduzierung geführt haben. Und dies nicht erst ab dem Geschäftsjahr 2024/2025, sondern bereits ab 2022/2023, also zwei Jahre früher. Insgesamt ergab sich eine

Aufwandsreduzierung von 31.240 €. Damit einhergehend wurde die IT-Infrastruktur in eine moderne Cloud-Lösung transferiert.

Unter Berücksichtigung der übrigen Erlös- und Aufwandspositionen reduzierte sich der Jahresfehlbetrag in der Ergebnisrechnung 2022/2023 damit auf 239.872 €. Damit ist das Kostensenkungspotenzial bis auf weiteres ausgeschöpft. Mit Blick auf die allgemeine Preis- und Kostenentwicklung, vereinbarte Tarifabschlüsse und speziell die Energiekosten, werden die Wirtschaftspläne 2024/2025 ff. auf dem jetzt erreichten Niveau wieder Aufwandssteigerungen verkraften müssen. Da das Stammkapital der Gesellschaft zu erhalten ist, wird nach dem letztmalig für das Geschäftsjahr 2023/2024 vorgesehenen Verkauf von Allianz-Aktien dann auch kein Weg an einer Erhöhung der Vorschüsse vorbeiführen.

Mit dem Zusammenschluss der beiden Vka-Verbände Essen und Dortmund ist die Anzahl der Geschäftsführer von vier auf zwei reduziert worden. Zumindest bis zum 30.06.2024 wird das nach den Beschlüssen der Gesellschafterversammlung auch so bleiben. Ob es anschließend unter strategischen und finanziellen Gesichtspunkten Veränderungen geben soll, bedarf vorbereiteter Entscheidungen der Gesellschafter. Diese sollen in der Frühjahrssitzung 2024 getroffen werden. Die Geschäftsführung wird in Abstimmung mit den Vorsitzenden des Verwaltungsrates und der Gesellschafterversammlung rechtzeitig Handlungsalternativen erarbeiten.

Zum 01.07.2022 hatte der Vka insgesamt 77 Gesellschafter. Mit Ablauf des 30.06.2023 und wirtschaftlicher Wirkung zum 1.07.2023 ist die Sparkasse Gelsenkirchen aus dem Gesellschafterkreis ausgeschieden. Die Gesellschaftsanteile wurden vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe übernommen, so dass der Vka ab dem 01.07.2023 insgesamt 76 Gesellschafter hat.

2. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahresstichtag betreffen die Finanzanlagen und das Guthaben bei Kreditinstituten. Die Finanzanlagen auf der Aktivseite verringerten sich durch die zur Liquiditätssicherung notwendigen Aktienverkäufe von T€ 76 auf

T€ 65 (Buchwert). Bei den Guthaben bei Kreditinstituten sind in den ausgewiesenen T€ 258 bereits für das Geschäftsjahr 2023/2024 angeforderte Vorschüsse der Gesellschafter von T€ 193 (Vorjahr T€ 226) enthalten. Die frühzeitige Anforderung der Vorschüsse für das neue Geschäftsjahr erfolgte zur Sicherung der Liquidität. Insgesamt führte dieses zu einer Minderung der sonstigen Verbindlichkeiten um T€ 40 auf T€ 199 bei nahezu unverändertem Eigenkapital und sonstigen Rückstellungen auf der Passivseite.

Wesentlicher Vermögensgegenstand sind die von der Gesellschaft gehaltenen 822 Allianz-Aktien sowie 500 E.ON SE Aktien. Letztere wurden ursprünglich erworben, um auch nach der Neustrukturierung von RWE und E.ON die Vka-Interessen vertreten zu können. Der Buchwert dieser im Finanzanlagevermögen erfassten Wertpapiere des Anlagevermögens ist zum 30. Juni 2023 mit T€ 65 in der Bilanz ausgewiesen.

Das Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2023 auf T€ 128 (30. Juni 2022: T€ 127). Es wurde durch Vorschüsse/Nachschüsse der Gesellschafter in Höhe von T€ 240 (Einstellung in die Kapitalrücklage) gestärkt und entspricht 37,8 % (30. Juni 2022: 33,8 %) der Bilanzsumme. Aus der Durchführung der satzungsmäßigen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2022/23 ein Jahresfehlbetrag von T€ 240, der das Eigenkapital entsprechend gemindert hat. Basierend auf dem Beschluss der Gesellschafter vom 23. November 2022 wurde der Bilanzverlust aus dem Geschäftsjahr 2021/22 i.H.v. € 255.949,99 mit der zum 30.06.2022 vorhandenen Kapitalrücklage (€ 255.546,55) verrechnet.

Wie zuvor schon ausgeführt, wurden im Geschäftsjahr 2022/2023 für den Ausgleich des laufenden Verlustes und zur Deckung der restlichen Kosten für das kapitalmarktrechtliche Verfahren in Höhe von T€ 13 (s. auch Seite 5 unten) 148 Allianz-Aktien verkauft. Der in diesem Zusammenhang realisierte Buchgewinn beträgt rd. T€ 21. Die Verbesserung des Geschäftsjahresergebnisses um T€ 16 auf T€ -240 ist trotz der um T€ 39 geringeren sonstigen betrieblichen Erträge insbesondere auf die um T€ 45 auf T€ 194 geminderten Personal-aufwendungen und um T€ 15 auf T€ 77 reduzierten sonstigen betrieblichen Aufwendungen zurückzuführen.

Die Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens betragen T€ 10 (2021/2022: T€ 14) und resultieren aus Dividendenzahlungen der Allianz-Versicherung sowie der E.ON SE.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2022/2023 jederzeit sichergestellt.

3. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement

Das interne Kontrollsystem umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Aufgrund der einfachen und übersichtlichen Strukturen der Gesellschaft werden sämtliche Aufgaben im Rahmen des internen Kontroll- und Überwachungssystems von der Geschäftsführung wahrgenommen. Es gilt durchgängig ein striktes Vier-Augen-Prinzip. Sämtliche Genehmigungen und Freigaben erfolgen entweder durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen.

Im Geschäftsjahr 2022/2023 wurde die Kontoführung auf Online-Banking umgestellt. Zur Wahrung des Vier-Augen-Prinzips bei Online-Transaktionen hat die Geschäftsführung eine Dienstanweisung erlassen. Darüber hinaus trägt die Erneuerung der IT-Infrastruktur zu einer Erhöhung der Datensicherheit bei.

Ein formelles Risikomanagement besteht nicht, aber Chancen und Risiken werden regelmäßig durch die Geschäftsführung identifiziert, analysiert und bewertet. Bei Bedarf greift die Geschäftsführung zudem auf externe Fachleute zurück, die die Gesellschaft bei Entscheidungen unterstützen.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Grundsätzlich wird der Fortbestand der Gesellschaft davon abhängen, dass der Bestand an Gesellschaftern weitgehend erhalten bleibt und die vollständige Finanzierung durch die Gesellschafter auch bei steigenden Kosten für den Geschäftsbetrieb getragen wird. Die Weichen für eine auskömmliche Finanzierung sind durch die zuvor beschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen gestellt.

In 2023 hat die RWE AG eine Dividende für 2022 in Höhe von erneut € 0,90 pro Aktie gezahlt. Für 2023 soll die RWE-Dividende € 1,00 pro Aktie betragen und die Untergrenze für die kommenden Jahre bilden, in denen die Aktionäre an dem weiteren Ergebniswachstum partizipieren sollen.

Obwohl der Gründungsgedanke des Vka unverändert fortbesteht, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch künftig Gesellschafter ihre RWE-Aktien verkaufen und aus dem Vka ausscheiden. Die Geschäftsführung stuft diese Entwicklung als ein latentes Risiko ein. Vier Gesellschafter haben aktuell erklärt, den Verkauf von RWE-Aktien in Erwägung zu ziehen. Zu beachten ist allerdings auch, dass die ehemaligen Gesellschafter der Vka Dortmund erklärt haben, in diesem Fall ihre Gesellschaftsanteile auf bis zu 50 v. H. aufstocken zu wollen. Daneben haben weitere Gesellschafter ihr Interesse an dem Kauf der RWE-Aktien aus dem Gesellschafterkreis erklärt, unabhängig davon, ob eine Andienungsverpflichtung besteht.

In der zum 01.07.2021 erfolgten Zusammenführung der beiden Vka-Verbände wird – neben einer angestrebten auskömmlichen Finanzierung des Vka – aber auch die Chance gesehen, dass für die inzwischen 76 Gesellschafter eine noch stärkere Verwirklichung des Gesellschaftszwecks verbunden werden kann. Die Geschäftsführung möchte dabei auch weiterhin den Weg des offenen Dialogs fortsetzen und ihre Verbandsarbeit gemeinsam mit ihren Netzwerkpartnern profilieren. Über regelmäßige Meetings, Veranstaltungen sowie über Rundschreiben werden die Gesellschafter kontinuierlich über alle wichtigen Diskussionsergebnisse mit Vertretern der Energiewirtschaft und relevante energiewirtschaftliche Entwicklungen informiert.

Die von der Enkraft Impactive GmbH & Co. KG (Enkraft) wenige Tage vor der Hauptversammlung der RWE AG 2022 gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erhobenen Vorhaltungen der Verletzung von kapitalmarktrechtlichen Mitteilungspflichten nach dem Wertpapier-handelsgesetz sind von der BaFin nicht weiter untersucht worden, nachdem die Geschäftsführung des Vka unter Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe mit einer umfassenden Stellungnahme gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der RWE AG als auch gegenüber der BaFin deren Haltlosigkeit dargelegt hatte. Die in diesem Zusammenhang entstandenen Aufwendungen

wurden von den Gesellschaftern auf der Grundlage von Beschlüssen des Verwaltungsrates und der Gesellschafterversammlung vom 27.04.2022 zusätzlich übernommen.

Weitere wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen könnten, werden von der Geschäftsführung gegenwärtig nicht gesehen. Bestandsgefährdende Risiken liegen derzeit nicht vor.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:

Mager, Udo (von 01.07.2021 bis 30.07.2024)
Graul, Birger Ingolf Joachim (von 01.01.2022 bis 04.12.2024)
Raphael, Detlef (von 01.07.2024 bis 30.06.2027)
Schartz, Günther (ab 04.12.2024)

Dipl.-Verwaltungswirt
Kämmerer a.D.

Verwaltungsrat:

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und neun weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt

Gesellschafter- versammlung:

In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Gebietsausschuss:

Dem Gebietsausschuss Nord: Alle Gesellschafter aus dem Land Niedersachsen und dem Regierungsbezirk Münster mit Ausnahme des Gebietes des Regionalverbandes Ruhr und aus den Regierungsbezirk Detmold.

Dem Gebietsausschuss Süd: Alle Gesellschafter aus den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland.

Dem Gebietsausschuss Mitte: Alle Gesellschafter aus dem Regierungsbezirk Köln und Arnsberg sowie den Städten Remscheid und Solingen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf.

Dem Gebietsausschuss West: Alle Gesellschafter aus Nordrhein-Westfalen, die nicht einem der übrigen Gebietsausschüsse angehören.

Auf eine weitere Darstellung wird wegen der hohen Anzahl der Gesellschafter verzichtet.

Vertreter des Kreises Düren

Verwaltungsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	01.01.2015	08.11.2024

Gesellschafterversammlung:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Abhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.11.2004	08.11.2024

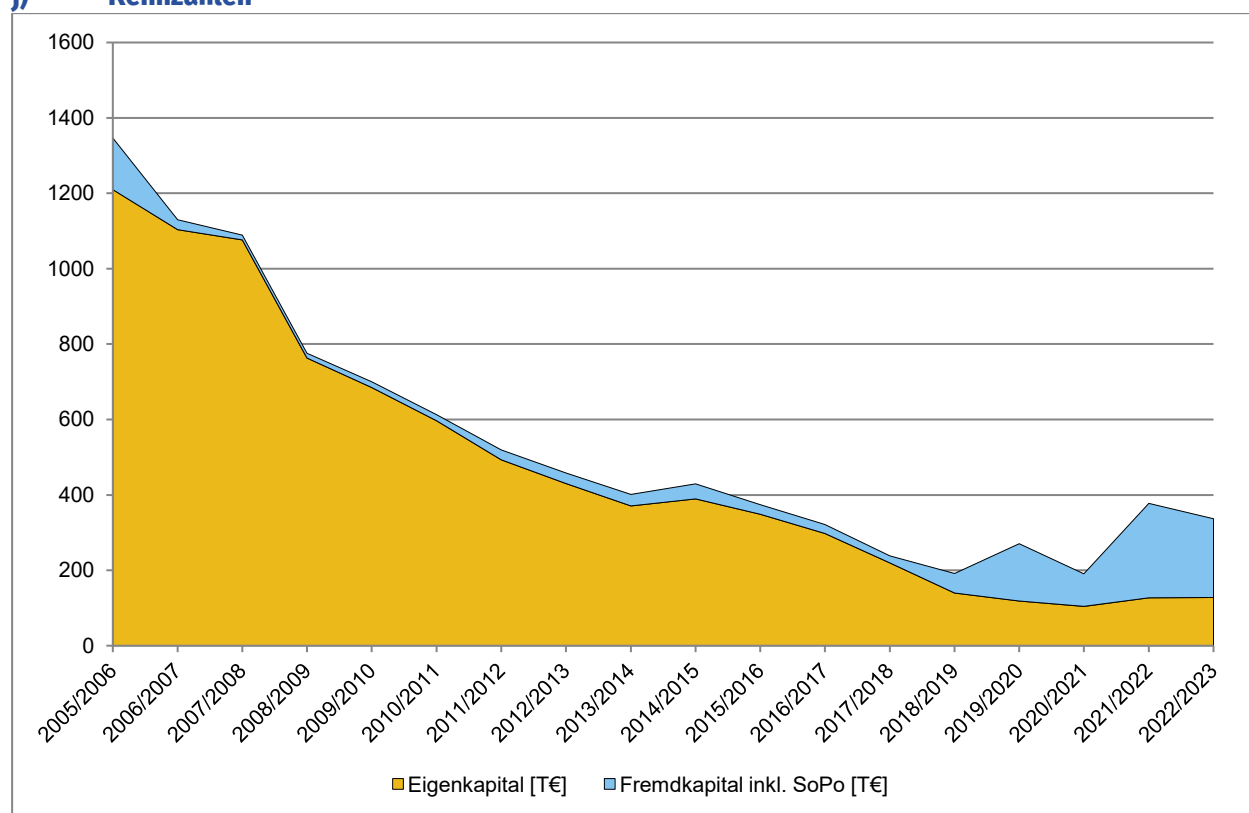
Gebietsausschuss Mitte:

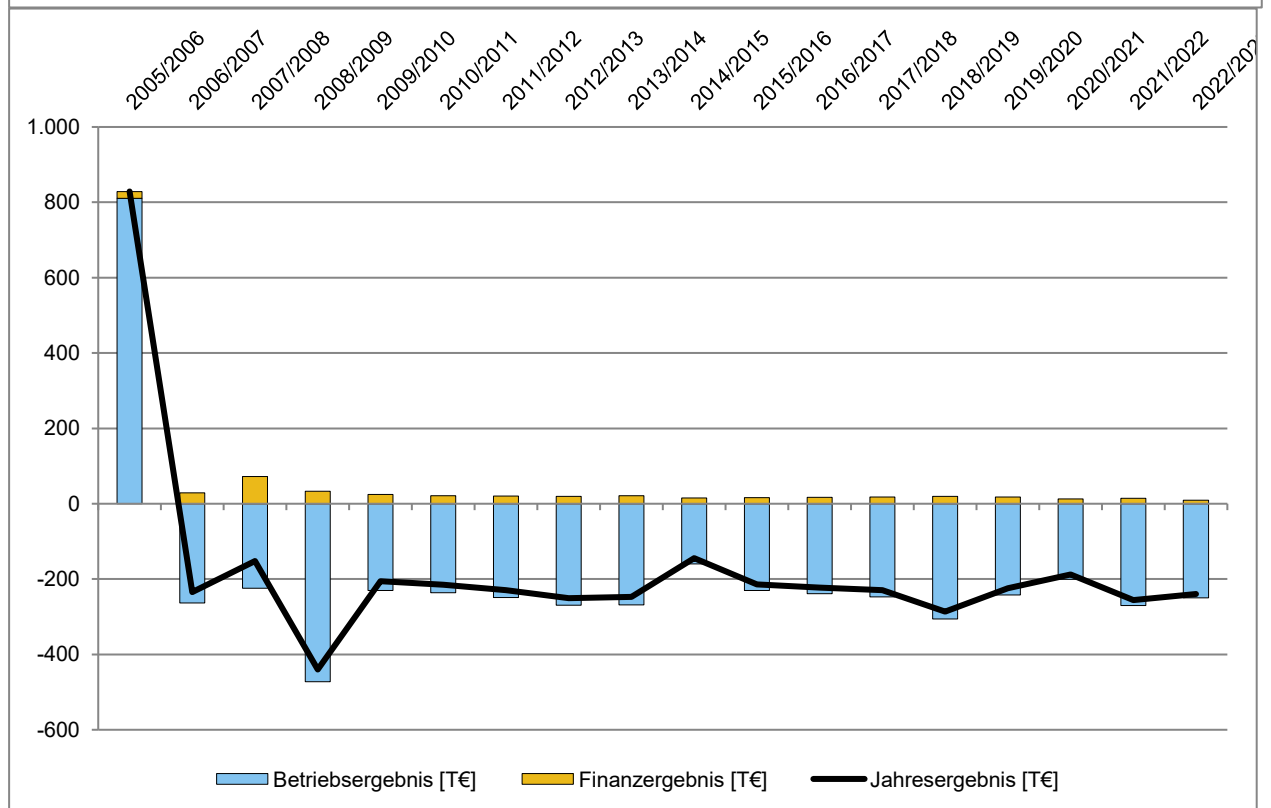
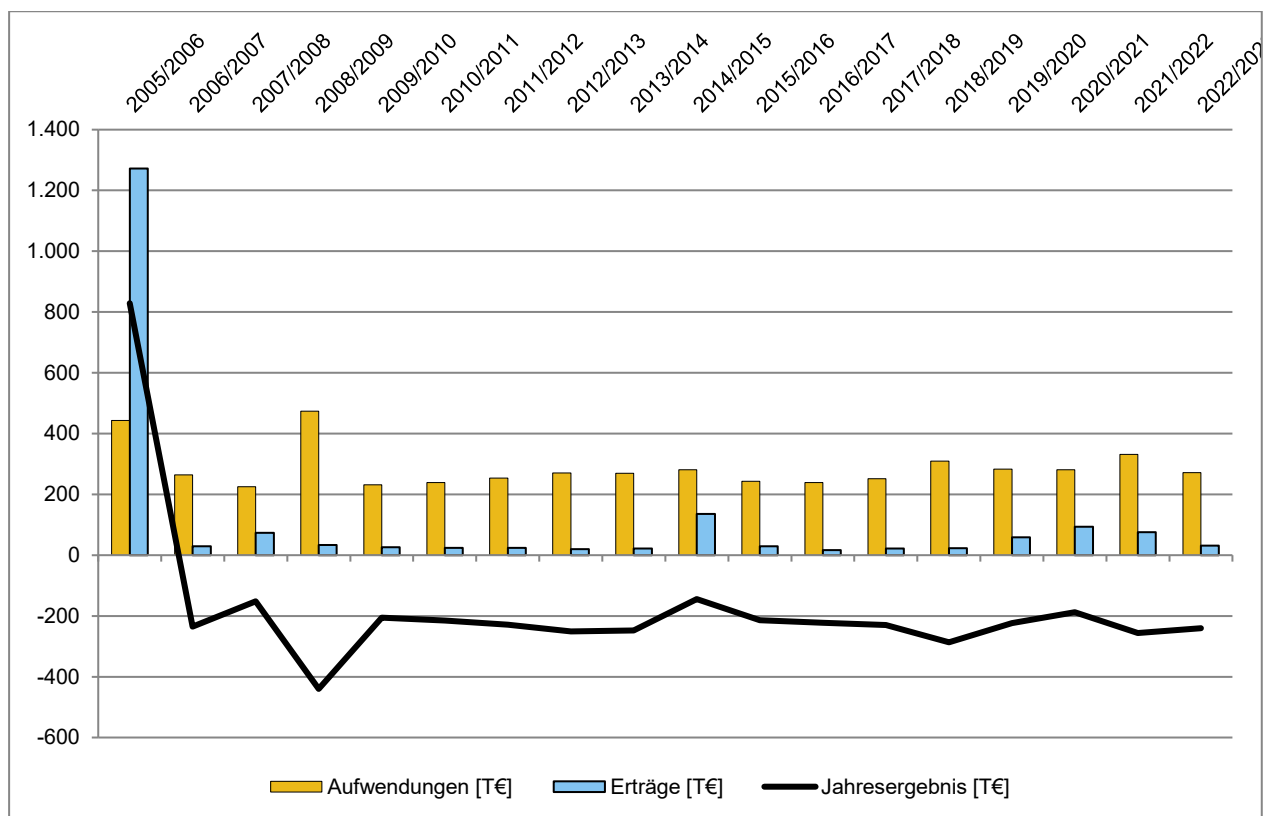
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	24.06.2014	08.11.2024

i) Personalbestand

Zum 31.05.2023 waren 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2020/2021	2021/2022	2022/2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	54,64%	33,78%	37,83%	4,05%
Eigenkapitalrentabilität	183,01%	296,04%	264,35%	-31,69%
Anlagendeckungsgrad 2	102,76%	164,72%	191,21%	26,50%
Verschuldungsgrad	83,01%	196,04%	164,35%	-31,69%
Umsatzrentabilität	n.v.	n.v.	n.v.	

17 Vogelsang IP gemeinnützige GmbH



Vogelsang 71
53937 Schleiden
Telefon: 02444/91579 23
Telefax: 02444/91579 29
E-Mail: info@vogelsang-ip.de
Homepage: www.vogelsang-ip.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von
 - a) Wissenschaft und Forschung
 - b) Bildung und Erziehung,
 - c) Kunst und Kultur
 - d) internationaler Gesinnung
 - e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur
 - f) Völkerverständigung
 - g) Umwelt- und Landschaftsschutz
 - h) Denkmalschutz
 - i) regionaler Identität sowie
 - j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen
3. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich
 - a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
 - b) die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
 - c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
 - d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.
4. Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
5. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	2,857	2,857
LVR Landschaftsverband Rhein-land	70,00	70,00
Kreis Euskirchen	17,142	17,142
StädteRegion Aachen	4,286	4,286
Kreis Heinsberg	1,429	1,429
Stadt Schleiden	2,857	2,857
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1,429	1,429
Stammkapital	100	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2023 gab es keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	42.174,00 €	38.693,06 €	22.645,00 €	-16.048,06 €	-41,48%
II. Sachanlagen	39.853.593,53 €	38.003.385,30 €	36.918.283,86 €	-1.085.101,44 €	-2,86%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	121.733,27 €	143.489,68 €	118.891,64 €	-24.598,04 €	-17,14%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	327.213,28 €	217.797,74 €	455.415,58 €	237.617,84 €	109,10%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.633.365,69 €	2.563.361,37 €	2.348.435,14 €	-214.926,23 €	-8,38%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	52.056,89 €	51.573,09 €	49.298,87 €	-2.274,22 €	-4,41%
Summe Aktiva	42.030.136,66 €	41.018.300,24 €	39.912.970,09 €	-1.105.330,15 €	-2,69%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	86.578,72 €	86.578,72 €	211.578,72 €	125.000,00 €	144,38%
III. Bilanzergebnis	-80.341,65 €	141.149,09 €	383.643,30 €	242.494,21 €	171,80%
B. Ausgleichsposten Gebäude	0,00 €	1.618.487,39 €	1.618.487,39 €	0,00 €	0,00%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
B. Sonderposten	27.583.189,99 €	26.200.304,80 €	24.918.496,10 €	-1.281.808,70 €	-4,89%
C. Rückstellungen	196.049,75 €	128.120,75 €	125.135,03 €	-2.985,72 €	-2,33%
D. Verbindlichkeiten	14.064.276,84 €	12.743.171,99 €	12.555.182,50 €	-187.989,49 €	-1,48%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	80.383,01 €	487,50 €	447,05 €	-40,45 €	-8,30%
Summe Passiva	42.030.136,66 €	41.018.300,24 €	39.912.970,09 €	-1.105.330,15 €	-2,69%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.973.629,50 €	2.515.454,61 €	2.750.247,17 €	234.792,56 €	9,33%
2. andere aktivierte Eigenleistungen	11.293,47 €	5.809,94 €	7.906,14 €	2.096,20 €	36,08%
3. Erträge aus Auflösung von Sonderposten	1.428.192,63 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
4. sonstige betriebliche Erträge	1.838.839,30 €	3.100.124,49 €	2.987.913,22 €	-112.211,27 €	-3,62%
5. Materialaufwand	517.973,65 €	709.881,70 €	829.877,23 €	119.995,53 €	16,90%
6. Personalaufwand	1.747.421,83 €	1.676.836,05 €	1.706.894,81 €	30.058,76 €	1,79%
7. Abschreibungen	2.013.804,83 €	2.054.387,12 €	1.918.217,68 €	-136.169,44 €	-6,63%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	712.209,03 €	709.802,79 €	728.225,00 €	18.422,21 €	2,60%
Betriebsergebnis	260.545,56 €	470.481,38 €	562.851,81 €	92.370,43 €	19,63%
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	0,94 €	45.738,60 €	45.737,66 €	4865708,51%
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	259.773,30 €	249.686,42 €	239.694,64 €	-9.991,78 €	-4,00%
Finanzergebnis	-259.773,30 €	-249.685,48 €	-193.956,04 €	55.729,44 €	-22,32%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	772,26 €	220.795,90 €	368.895,77 €	148.099,87 €	67,08%
11. Sonstige Steuern	772,26 €	1.112,93 €	1.401,56 €	288,63 €	25,93%
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00 €	-1.807,77 €	0,00 €	1.807,77 €	-100,00%
Jahresergebnis	0,00 €	221.490,74 €	367.494,21 €	146.003,47 €	65,92%

g) Lagebericht

1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH wurde am 17.10.2008 gegründet. Der Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

ZWECK UND GEGENSTAND DER GESELLSCHAFT

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von

- a) Wissenschaft und Forschung,

- b) Bildung und Erziehung,
- c) Kunst und Kultur,
- d) internationaler Gesinnung,
- e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur,
- f) Völkerverständigung,
- g) Umwelt- und Landschaftsschutz,
- h) Denkmalschutz,
- i) regionaler Identität sowie
- j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen.

Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Hierzu zählen ausschließlich

- a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
- b) die Durchführung eines regelmäßigen Gäste- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
- c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
- d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Im Jahr 2023 waren die folgenden Gesellschafter beteiligt:

- Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit 70.000 € | (70 %)
- Kreis Euskirchen mit 17.142 € | (17,142%)
- StädteRegion Aachen mit 4.286 € | (4,286%)
- Kreis Düren mit 2.857 € | (2,857%)

- Kreis Heinsberg mit 1.429 € | (1,429%)
- Stadt Schleiden mit 2.857 € | (2,857%)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 1.429 € | (1,429%)

Organe der Gesellschaft im Jahr 2023 waren die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führte gemäß Festlegung im Gesellschaftsvertrag ein Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland, den stellvertretenden Vorsitz ein Vertreter des Kreises Euskirchen.

Die Gesellschaft weist ein Stammkapital von 100.000 € auf, das nach den vorgenannten Anteilen von den Gesellschaftern quotaal eingebracht ist. Bei einzelnen wichtigen Beschlüssen besteht eine Mehrheitserfordernis von 85%. Die Verlustausgleichsverpflichtung der Gesellschafter ist nach der Vorgabe des Gesellschaftsvertrags auf max. 1,4 Mio. € p.a. beschränkt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Seit dem 07.04.2020 ist Thomas Kreyes alleiniger Geschäftsführer der Gesellschaft.

Gemäß notarieller Beurkundung vom 08.02.2022 besitzt Frank Jansen Einzelprokura und ist Leitender Angestellter nach § 5 Abs. 3 BetrVG.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VERMÖGENS- FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und sonstige von der Gesellschaft nicht beeinflussbare Rahmenbedingungen haben unmittelbare Auswirkungen auf deren wirtschaftliche Situation. Hier sind vor allem die Energiekosten, die Inflation, die starke Auslastung von Firmen in einzelnen Bereichen (z.B. Elektro, Heizung/Sanitär), Fachkräftemangel und Personalkostensteigerungen zu nennen.

Weiterhin ergeben sich aus rein wirtschaftlicher Sicht spezifische Nachteile der GmbH wie die langen Anfahrtswege der Gäste, ein hoher Bestand an denkmalgeschützten Gebäuden und Außenanlagen sowie komplexe technische Anlagen.

Auf der anderen Seite beeinflussen auch positive Trends die Geschäftstätigkeit. Hierzu zählen z.B. „Urlaub im eigenen Land“, „Nachhaltigkeit“, „Kultur-/Erlebnistourismus“ und Alleinstellungsmerkmale wie der seit 2022 bestehende Status als „einzigartiges gebautes Dokument mit hoher nationaler Bedeutung“ sowie der Lage inmitten des Nationalparks Eifel. Weiterhin ergeben sich positive Effekte durch weitere Ansiedlungen am Standort.

2.1 GESCHÄFTSVERLAUF

2.1.1 LAUFENDER BETRIEB

Seit dem 01. Januar 2009 führt die Gesellschaft den Betrieb der zentralen Besucherinformation des Standortes Vogelsang IP sowie eine Vielzahl von Bildungsaktivitäten durch. Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Besucherinformationszentrums im Forum Vogelsang IP mit Shop,
- die Bereitstellung der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch | NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“
- die Organisation von offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Führungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie von Begleitprogrammen von Tagungen und Konferenzen
- den Betrieb des Besucherparkplatzes,
- den Betrieb des Geländemanagements.

Darüber hinaus vermietet bzw. verpachtet die Gesellschaft

- die Flächen des Nationalpark-Zentrums Eifel mit der Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“ an Wald und Holz NRW
- die Räumlichkeiten der Gastronomie an einen privaten Pächter.

Mit Wald und Holz NRW besteht des Weiteren ein Geschäftsbesorgungsvertrag zum gemeinsamen Besucherzentrum und Informationssystem.

Im Jahr 2023 waren u.a. folgende Nachfragewerte festzustellen:

	2023	2022	Veränderung	
			Anzahl	%
Besucher Gelände ca. (geschätzt)	250.000	221.940	28.060	12,6%
Besucher Ausstellung NS-Dokumentation	20.170	21.169	- 999	-4,7%
Anzahl Bildungsformate Gesamt	1.894	1.994	- 100	-5,0%
Teilnehmende Gesamt	32.491	29.150	3.341	11,5%
Anzahl Offene Führung (inkl. Specials)	420	534	- 114	-21,3%
Teilnehmende Offene Führung	9.422	9.377	45	0,5%
Anzahl Gebuchte Führung	597	578	19	3,3%
Teilnehmende Gebuchte Führung	10.790	9.394	1.396	14,9%
Anzahl Jugendbildungsformate	478	501	- 23	-4,6%
Teilnehmende Jugendbildung	9.888	8.412	1.476	17,5%
Anzahl sonstige vertiefende Angebote (Workshops)	25	20	5	25,0%
Teilnehmende sonstige vertiefende Angebote	501	267	234	87,6%
Anzahl offene Turmaufstiege	374	361	13	3,6%
Teilnehmer Turmaufstiege	1.890	1.700	190	11,2%

Die Besucherzahlen des Geländes Vogelsang IP im Nationalpark Eifel (Ziffer 1) haben sich im Jahr 2023 wieder erhöht, lagen jedoch weiter hinter 2019. Hier ist aber zu berücksichtigen, dass es sich – im Ge-

gensatz zu den Werten zu den einzelnen Formaten - teilweise um Hochrechnungen anhand der vereinbarten Parkerlöse handelt.

Die Gesellschaft hat die Angebote und Veranstaltungen in der Jugend- und Erwachsenenbildung im Jahr 2023 gegenüber 2022 in Bezug auf die Anzahl der Teilnehmenden noch einmal deutlich steigern können. Dies gilt sowohl für die insbesondere für Schulen, Polizei und Bundeswehr entworfenen Themen- und Projektstage als auch für die Standardangebote für die allgemeinen Gäste am Standort. Dabei bemüht sich die Gesellschaft, fortwährend die Erkenntnisse aus der Nutzung der Angebote und dem Feedback der Gäste in die Weiterentwicklung der Programme einfließen zu lassen. Besonders erfreulich ist der Anstieg der Nachfragewerte bei der Jugendbildung. Weitere Ausführungen s. Ziffer 2.4 Ertragslage.

2.1.2 INVESTITIONSPROJEKTE

Das aus EU-, Bundes- und Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Gesellschafter finanzierte Forum Vogelsang IP wurde im Jahre 2016 eröffnet. Hierzu bestehen noch einzelne Restmaßnahmen. Dies betrifft insbesondere die Sanierung des Daches des Besucherzentrums, die im Jahre 2022 gestartet wurde und im Jahre 2024 abgeschlossen wird.

Zur Restaurierung der sogenannten „Bastion“ und der anliegenden Stützmauern und Treppen mit einem Volumen von rd. 877 T€ wurden Fördermittel des Bundes und der Landes NRW von rd. 583 T€ gesichert, eine weitere Förderung von 80 T€ ist avisiert. Die Maßnahme wird in den Jahren 2024 und 2025 durchgeführt.

Mit Fördermitteln des Landes NRW wurde die Beschaffung von zwei Nutzfahrzeugen mit Elektroantrieb (Hausmeister und Geländemanagement) realisiert.

Einen weiteren Schwerpunkt im Jahr 2023 bildete die Weiterentwicklung des Konzepts zu Van Dooren – Neue Mitte. Im April 2023 fand hierzu ein Studierenden-Workshop statt. Die Zusage zu einer Bundesförderung aus Mitteln der Beauftragten des Bundes für Kultur und Medien (BKM) im Rahmen des Programms „National wertvolle Kulturgüter“ über 11 Mio. € liegt vor. Die Geschäftsführung hofft auf die Unterstützung seitens der Landesregierung hinsichtlich einer weiteren Förderung aus Landesmitteln und zu einer möglichen Unterbringung der Nationalparkverwaltung.

Im November 2023 wurde ein Antrag zur Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen im Rahmen des Aufrufs Erlebnis.NRW“ mit einem Volumen von rd. 1,8 Mio. € mit einer erwarteten Förderung von 80% eingereicht. Das Projekt beinhaltet die Strategie und Konzeption sowie darauf basierende digitale Anwendungen wie die Neugestaltung der Website, mobile Anwendungen, 360° / AR- und KI-Anwendungen sowie ein digitales, interaktives Besucherinformationssystem. Der Bescheid und der Projektstart werden im 2. Quartal 2024 erwartet, die Realisierung ist bis 2026 geplant.

Die Gesellschaft ist bei allen weiteren größeren Investitionen auf öffentliche Förderungen angewiesen und befindet sich hierzu fortlaufend in der Akquise.

2.1.3 GESCHÄFTSERGEBNIS

Unter Einbeziehung der vorab geleisteten Gesellschafterverlustausgleichs-zahlungen von 1.399.000,00 € ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 367.494,21 €. Das Geschäftsergebnis des Jahres 2023 liegt vor dem Gesellschafterverlustausgleich bei einem Minus von 1.031.505,79 € und damit deutlich unter dem Planwert von Minus 1.399.000,00 € und dem maximalen Verlustrahmen lt. Gesellschaftsvertrag von 1.400.000 €.

Die Aufwendungen, Erträge und das Ergebnis stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2023	2022	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
1. Umsatzerlöse, davon	2.750	2.515	+235	+9 %
Erlöse aus Vermietung und Verpachtung	1.106	1.036	+70	+7 %
Erträge aus Förderprojekten	278	338	-61	-18 %
Erlöse NS-Ausstellung und Bildungsprogramme	513	407	+106	+26 %
Erlöse Geschäftsbesorgungsvertrag NPZ	227	219	+8	+4 %
Erlöse Parkplatz	199	152	+47	+31 %
Erlöse Tagungen und Veranstaltungen	145	114	+30	+26 %
Erlöse Shop	111	107	+4	+4 %
Erlöse Geländemanagement	49	47	+1	+3 %
Erlöse NPZ Tickets und Programme	105	78	+27	+34 %
Erlöse Turmaufstiege	12	9	+3	+35 %
Sonstige Erlöse	4	6	-1	-23 %
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	8	6	+2	+36 %
3. Sonstige betriebliche Erträge, davon	2.988	3.100	-112	-4 %
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	1.336	1.423	-87	-6 %
Finanzierungszuschüsse Gesellschafter	1.399	1.383	+16	+1 %
Erträge aus sonstigen Förderungen (keine Umsatzerlöse)	164	110	+54	+49 %
Periodenfremde Erträge	17	101	-84	-83 %
Erträge aus der Herabsetzung EWB	0	28	-28	-99 %
Erträge aus Anlagenabgängen	-	17	-17	-100 %
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	7	16	-8	-54 %
Erhaltene Spenden	26	6	+20	+341 %
Versicherungsentschädigungen	-	1	-1	-100 %
Erstattungen Aufwandsausgleichsgesetz (AAG)	27	-	+27	
Verrechnete sonstige Sachbezüge	5	-	+5	
Sonstige betriebliche Erträge	5	16	-11	-68 %
4. Materialaufwand, davon	831	710	+121	+17 %
Betriebskosten Nationalpark-Zentrum Eifel	233	194	+39	+20 %
Wareneingang Shop, Tagungen, Veranstaltg.	118	135	-18	-13 %
Betriebskosten Gastronomie	121	83	+39	+47 %
NPZ Tickets und Programme	106	78	+28	+36 %
Materialaufwand Förderprojekte	33	52	-18	-36 %
Bestandsveränderungen Vorratsvermögen	24	- 24	+48	-201 %
Materialaufwand Nationalpark-Zentrum Eifel	12	18	-5	-30 %
Materialaufwand Werbemittel	3	7	-3	-50 %
Materialaufwand Geländemanagement	6	7	-0	-1 %
Referententätigkeit	121	110	+12	+11 %
Fremdleistungen Förderprojekte	42	48	-6	-13 %
Fremdleistungen Veranstaltungsmanagement	10	4	+6	+173 %
Sonstiges, u.a. Skonti	1	-	+1	+0 %
5. Personalaufwand	1.707	1.677	+30	+2 %
6. Abschreibungen	1.918	2.054	-136	-7 %
7. Sonstige betr. Aufwendungen, davon:	728	710	+18	+3 %
Raumkosten (Reinigung, Strom, Gas, Wasser)	275	185	+90	+49 %
Instandhaltungskosten	154	96	+58	+60 %
Rechts-/Beratungs-/Buchführungs-/Abschluss- und Prüfungskosten	74	74	+0	+0 %
Versicherungen und Beiträge	31	66	-35	-53 %
Einzelwertberichtigung auf Forderungen	42	57	-15	-27 %
Geländemanagement	14	13	+1	+9 %
Sonstige	139	219	-80	-37 %
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46	0	+46	+0 %
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	240	250	-10	-4 %
10. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	369	221	+148	+67 %
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	2	+2	-100 %
12. Sonstige Steuern	1	1	+0	+26 %
13. Jahresüberschuss	367	221	+146	+66 %

Zu den Erlösen wird auf Ziffer 2.4 Ertragslage verwiesen.

Auf der Aufwandsseite haben die von der Geschäftsführung fortgeführten Konsolidierungsmaßnahmen Erfolg gezeigt. So liegt z.B. die Steigerung beim Personalaufwand mit 2% weit unter der übernommenen Gehaltssteigerung nach TVÖD. Der Grund hierfür ist die verminderte Anzahl von Stellen durch auslaufende Projektförderungen und Konsolidierungsmaßnahmen.

Die Reduzierung der Abschreibungen hängt mit teilweise abgeschriebenen Sachanlagen, vor allem aus den Investitionen zum Forum Vogelsang und Sonderabschreibungen im Jahr 2022 zusammen. Parallel hierzu haben die Erlöse aus der Auflösung der Sonderposten abgenommen.

Der Anstieg der Betriebskosten ist vor allem auf die deutlich gestiegenen Energiekosten zurückzuführen. Der Gaspreis blieb aufgrund des von 2020 bis Ende 2024 geltenden Vertrages auf einem günstigen Niveau. Die drastische Steigerung bei den Stromkosten ab 2023 wurde mit der Deckelung des Strompreises durch die sog. „Energiepreisbremse“ des Bundes wesentlich abgemildert. Weiterhin wurden bis zum 30.09.2023 Hilfen aus dem „Kulturfonds Energie“ des Bundes und der Energie-Kulturhilfe NRW von rd. 29 T€ in Anspruch genommen, die bei Erträgen aus sonstigen Förderungen gebucht wurden.

2.1.4 ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Der öffentliche Zweck wurde auch im Jahr 2023 vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Information, Bildung und kulturelle Angebote verwirklicht. Nach der Pandemie und dem Hochwasser ist es gelungen, die Funktion von Vogelsang IP im Nationalpark Eifel als kultur- und bildungstouristische Destination zu erhalten und zu erweitern, ebenso als außerschulischer Lernort. Zudem bestehen zahlreiche Kooperationen z.B. mit Schulen und anderen Bildungsträgern, um die Aktivitäten in buchbaren und/oder öffentlichen Ausstellungs-, Bildungs- und Veranstaltungsangeboten weiter auszubauen. Mit dem geplanten Projekt „Vogelsang Digital ErLeben“ erfolgt der nächste wichtige Schritt zur Steigerung und Optimierung der Bekanntheit, des öffentlichen Zugangs und der Reichweite der Angebote in der zunehmend digitalen Welt.

2.2. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanz der Gesellschaft zum 31.12.2023 stellt sich im Vergleich zum 31.12.2022 wie folgt dar (Angaben in T€):

AKTIVA	2023	2022	Veränderung	
			T€	%
A. Anlagevermögen	36.941	38.042	-1.101	-3 %
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	23	39	-16	-41 %
II. Sachanlagen	36.918	38.003	-1.085	-3 %
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	35.277	36.876	-1.598	-4 %
2. Technische Anlagen und Maschinen	37	43	-6	-13 %
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	944	1.075	-131	-12 %
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	660	10	+650	
B. Umlaufvermögen	2.923	2.925	-2	-0 %
I. Vorräte	119	143	-25	-17 %
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	11	23	-12	-54 %
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	108	120	-12	-10 %
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	455	218	+238	+109 %
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	300	174	+127	+73 %
2. Forderungen gegen Gesellschafter	30	16	+14	+87 %
3. sonstige Vermögensgegenstände	125	28	+97	+342 %
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	2.348	2.563	-215	-8 %
C. Rechnungsabgrenzungsposten	49	52	-2	-4 %
Summe Aktiva	39.913	41.018	-1.105	-3 %

PASSIVA	2023	2022	Veränderung	
			T€	%
A. Eigenkapital	695	328	+367	+112 %
I. Gezeichnetes Kapital	100	100	+0	+0 %
II. Kapitalrücklage	212	87	+125	+144 %
III. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	384	141	+242	+172 %
B. Ausgleichsposten Gebäude	1.618	1.618	+0	+0 %
C. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	24.918	26.200	-1.282	-5 %
D. Rückstellungen	125	128	-3	-2 %
1. Steuerrückstellungen	0	0	+0	
2. Sonstige Rückstellungen	125	128	-3	-2 %
E. Verbindlichkeiten	12.555	12.743	-188	-1 %
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.647	7.983	-336	-4 %
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	5	-5	-100 %
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	247	169	+78	+46 %
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	4.310	3.867	+444	+11 %
5. Sonstige Verbindlichkeiten	351	719	-368	-51 %
- davon aus Steuern	69	415	-346	-83 %
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	1	1	+0	+0 %
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	-0	-8 %
Summe Passiva	39.913	41.018	-1.105	-3 %

Die wesentlichen Posten stellen wie in den Vorjahren die Gebäude, die technischen und Außenanlagen des Forums Vogelsang dar, das im September 2016 eröffnet wurde. Die Finanzierung erfolgte in einem hohen Maße aus Förderungen der EU, des Bundes, des Landes NRW und der Gesellschafter, zu denen Sonderposten gebildet wurden; weiterhin wurden zur Finanzierung der Mehrkosten Kredite von Kreditinstituten und vom Gesellschafter LVR aufgenommen. Durch die Abschreibung des Anlagevermögens sowie die Auflösung des Sonderposten und Tilgung der Kredite ergibt sich eine jährliche Bilanzverkürzung.

Auf der Aktivseite beinhaltet der Posten „Anlagen im Bau“ die aktivierungs-fähigen Ausgaben zur Sanierung des Dachs im Besucherzentrum, die im Jahre 2024 abgeschlossen wird.

Die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erklärt sich aus einem im Jahre 2023 aufgenommenen, im Februar 2024 zurückgezahlten Cash-Pool-Darlehen des LVR in Höhe von 600 T€. Die Verbindlichkeiten aus Steuern haben sich wegen der Zahlung der festgesetzten Umsatzsteuer für den Erwerb des Gebäudekomplexes „Van Dooren“ wesentlich reduziert.

Die im letzten Jahr beschlossene Aufstockung der Kapitalrücklage um 125 T€ aus dem Ergebnis 2022 und der Bilanzgewinn 2023 haben zu einer wesentlichen Verbesserung der Eigenkapitalsituation geführt.

2.3 FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr 2023 aufgrund

- der seitens der Gesellschafter im Voraus zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- eines seitens des LVR bereitgestellten Liquiditätsdarlehens im Rahmen des Cash-Poolings von bis zu 1 Mio. € (davon Ende 2023 in Anspruch genommen: 600 T€) und
- eingegangener Fördermittel im Bildungsbereich und zu Investitionen

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der Gesellschaft geordnet. Die Liquidität zum Bilanzstichtag beträgt 2.348 T€ (Vorjahr: 2.563 T€).

2.4 ERTRAGSLAGE

Die Erträge sind in der Übersicht zu Ziffer 2.1.3 Geschäftsergebnis dargestellt.

Die Umsätze aus Förderprojekten haben sich wegen des Auslaufens einiger Projekte vermindert, parallel hierzu aber auch der Aufwand.

Eine erfreuliche Entwicklung zeigt sich bei den Erlösen aus den Bildungsprogrammen und bei den Parkerlösen, die aus höheren Nachfragewerten resultieren.

Insgesamt ergibt sich eine positive Entwicklung hinsichtlich der Ertragslage.

3. PROGNOSEBERICHT

Bei der im Oktober 2023 aufgestellten Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 wurde u.a. aufgrund der Erwartung hoher Energiekosten, Personalkostensteigerungen, des Eigenanteils zu den Restaurierungsarbeiten an der sog. Bastion und der naturgemäß noch nicht sicheren Förderungen aus Vorsichtsgründen ein Ergebnis von -1.376 T€ vor Verlustausgleich durch die Gesellschafter geplant.

Für das Geschäftsjahr 2024 ist aufgrund der Saisonalität und der Tatsache, dass die Gesellschaft im ersten Quartal regelmäßig nur rd. 12% der jährlichen Umsätze erwirtschaftet, hinsichtlich der Erträge noch keine verlässliche Prognose möglich.

Positive Effekte werden durch die Ausweitung der Angebote der Standortpartner, z.B. die Erweiterung der Ferienwohnanlage „Neugrad“ und die bevorstehende Eröffnung des Selbstversorgerhauses des DAV und des Opel-Museums erwartet. Aus Sicht der Gesellschaft ist eine noch engere Kooperation und Vernetzung mit den Standortpartnern hinsichtlich der Angebote und des Vertriebs sowie zu wichtigen Zukunftsthemen wie Mobilität, Energieversorgung, Digitalisierung und Besucher- und Geländemanagement erforderlich.

Weiterhin besteht die Hoffnung, dass sich die positive Entwicklung beim Gäste- und Gruppenaufkommen am Standort Vogelsang IP sowie bei der Gesellschaft fortsetzt. Zielsetzung ist es, den Trend „Urlaub im eigenen Land mit dem Fokus auf kultur-, natur- und bildungstouristische Angebote weiter zu nutzen und auszubauen. Wesentlich erscheint die Positionierung von Vogelsang IP im Nationalpark Eifel als weit überregionale Destination mit einer hohen öffentlichen bzw. gesellschaftlichen Bedeutung, um die Gästennutzung weit über die Landesgrenzen auszudehnen.

Die Maßnahmen sowohl im Investitionsbereich als auch zu Bildungsprojekten hängen in hohem Maße von Förderungen ab, die bei teilweise jährlich wechselnden Programmen und Inhalten immer wieder neu akquiriert werden müssen.

Wesentliche operative Schwerpunkte im Jahr 2024 sind:

- Pflege und Steigerung der Reputation als besonderer Ort für qualitativ hochwertige Ausstellungen-, Veranstaltungs- und Bildungsangebote mit überregionaler Bedeutung
- Ausbau bzw. Entwicklung eines proaktiven Vertriebssystems in Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern am Standort und in der Region wie dem Nationalpark Eifel
- Verstärkung der Präsenz in den digitalen Medien in Verbindung mit digitaler Angebotsplanung und Buchungsmöglichkeit durch den Start des Projektes „Vogelsang Digital ErLeben“
- Analyse und Priorisierung der Liegenschaftsthemen am Standort Vogelsang IP
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit der Gastronomie zur Erhöhung der Kunden- und Veranstaltungszahlen
- Etablierung neuer Angebote und Ausbau der (größeren) Veranstaltungen insbesondere im Belgischen Kulturkino
- Fortführung der Konsolidierungsmaßnahmen und des Kostenmanagements in allen relevanten Aufgabenbereichen
- Durchführung der Restaurierung der Bastion, Stützmauern und Treppen als wichtigen Beitrag zum Erhalt der Gesamtanlage
- Weiterentwicklung/Projektierung wichtiger Themen wie Mobilität/Parken und nachhaltige Energieversorgung

Im Falle eines entsprechenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung aufgrund der Empfehlung der Geschäftsführung zur teilweisen Einstellung des Bilanzgewinns von 384 T€ in die Kapitalrücklage

entstehen eine Kapitalrücklage von insgesamt 400 T€ und Ergebnisvortrag von 195 T€. Mit diesen Beträgen sollen eventuelle künftige Defizite ausgeglichen sowie Eigenleistungen zu wichtigen Zukunftsprojekten wie „Vogelsang Digital ErLeben“ und zur Weiterentwicklung von „Van Dooren“ finanziert werden.

5. CHANCEN-/RISIKOBERICHT

Die Gesellschaft verfolgt gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29.10.2020 einen wirtschaftlichen Konsolidierungskurs mit dem Ziel, einerseits den Aufwand, insbesondere Personalaufwand, systematisch zu begrenzen und andererseits die Erlöse vor allem im Bildungsbereich kontinuierlich zu erhöhen. Hierfür werden weiterhin Personal- und Sachaufwand kritisch hinterfragt und der Mitteleinsatz stärker an potenzielle Erlösmöglichkeiten gekoppelt. Die Konsolidierung ist zum überwiegenden Teil abgeschlossen, wird aber weiterverfolgt.

Als Risiko bleiben die Energiekosten. Diese haben sich zwar weitgehend stabilisiert, eine Erhöhung ist aber aufgrund des fortwährenden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der angespannten Situation in Nahost nicht auszuschließen. Die GmbH wird den Markt beobachten und im richtigen Zeitpunkt langfristige Verträge abschließen. Weiterhin wird der Einsatz von Photovoltaik geprüft.

Bei den Personalkosten besteht aufgrund des aktuellen „Arbeitnehmermarktes“ eine Tendenz zu höheren Personalkosten bei bestehenden und neuen Arbeitsverhältnissen.

Durch den hohen Bestand an Gebäuden und Liegenschaften besteht ein hoher Unterhaltungsaufwand und teilweise Kostenrisiken, z.B. beim Ausfall von Anlagen. Hinzu kommen eine teilweise schlechte Auslastung und Leerstände. Zum Status und den Perspektiven der Liegenschaften wurde eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Gesellschafter eingesetzt.

Die Chancen der Gesellschaft richten sich vor allem auf die Steigerung der Gäste im Bildungs- und Veranstaltungsbereich auch durch verstärkte digitale Aktivitäten. Darüber hinaus hängt die Entwicklung der Gesellschaft entscheidend vom professionellen Ausbau des Standorts Vogelsang IP im Nationalpark Eifel sowie dessen öffentlicher und gesellschaftlicher Wahrnehmung inkl. der politischen Unterstützung durch die Gesellschafter und das Land NRW ab. Nur mit solcher Unterstützung ist das aktuelle Projekt „Van Dooren | Neue Mitte“ zu realisieren. Positiv zu sehen ist in diesem Zusammenhang der seitens der Landeskonservatorin im Jahr 2022 testierte Status eines „Denkmals von nationaler Bedeutung“.

Das Hotelprojekt eines niederländischen Investors ist im Hinblick auf den notwendigen Ausbau der Übernachtungskapazitäten ein weiterer, wichtiger Faktor für den Standort und die Gesellschaft. Hierzu wird ab Sommer 2024 mit weiteren Informationen gerechnet.

Weiterhin besteht ein enger Zusammenhang zu den Aktivitäten der weiteren Standortpartner. Hier sind bei einer guten Kooperation bei den Angeboten und beim Vertrieb „Win-Win-Situationen“ zu erwarten.

Insgesamt hat sich die in den Jahren 2019 bis 2023 zu verzeichnende kritische wirtschaftliche Situation wesentlich verbessert. Die Aktivitäten der Gesellschaft werden sich auf weitere Zukunftsthemen wie Mobilität, Energie und Digitalisierung ausrichten, um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Aus Sicht der Geschäftsführung sind hierzu noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft.

Zusätzliche Chancen in wirtschaftlicher Sicht bestehen in Bezug auf zwei laufende Rechtsverfahren, bei denen erhebliche, aus Vorsichtsgründen nicht bilanzierte Schadenersatzforderungen erwartet werden. Es ist ungewiss, wann diese Verfahren abgeschlossen sein werden.

Die Gesellschaft wird wie in den Vorjahren die wirtschaftliche Situation regelmäßig betrachten und gegebenenfalls unter Einbindung der Gesellschafter bei potentiellen Risiken geeignete Gegenmaßnahmen einleiten.

6. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der Gesellschaft wurden im Jahr 2023 keine Finanzinstrumente eingesetzt. Im Jahr 2023 erfolgte eine Anlage in Anlageformen wie Fest- und Tagesgelder.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Kreyes, Thomas (seit November 2019)	Erftstadt	
Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen.	1 Stimme	je 1,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

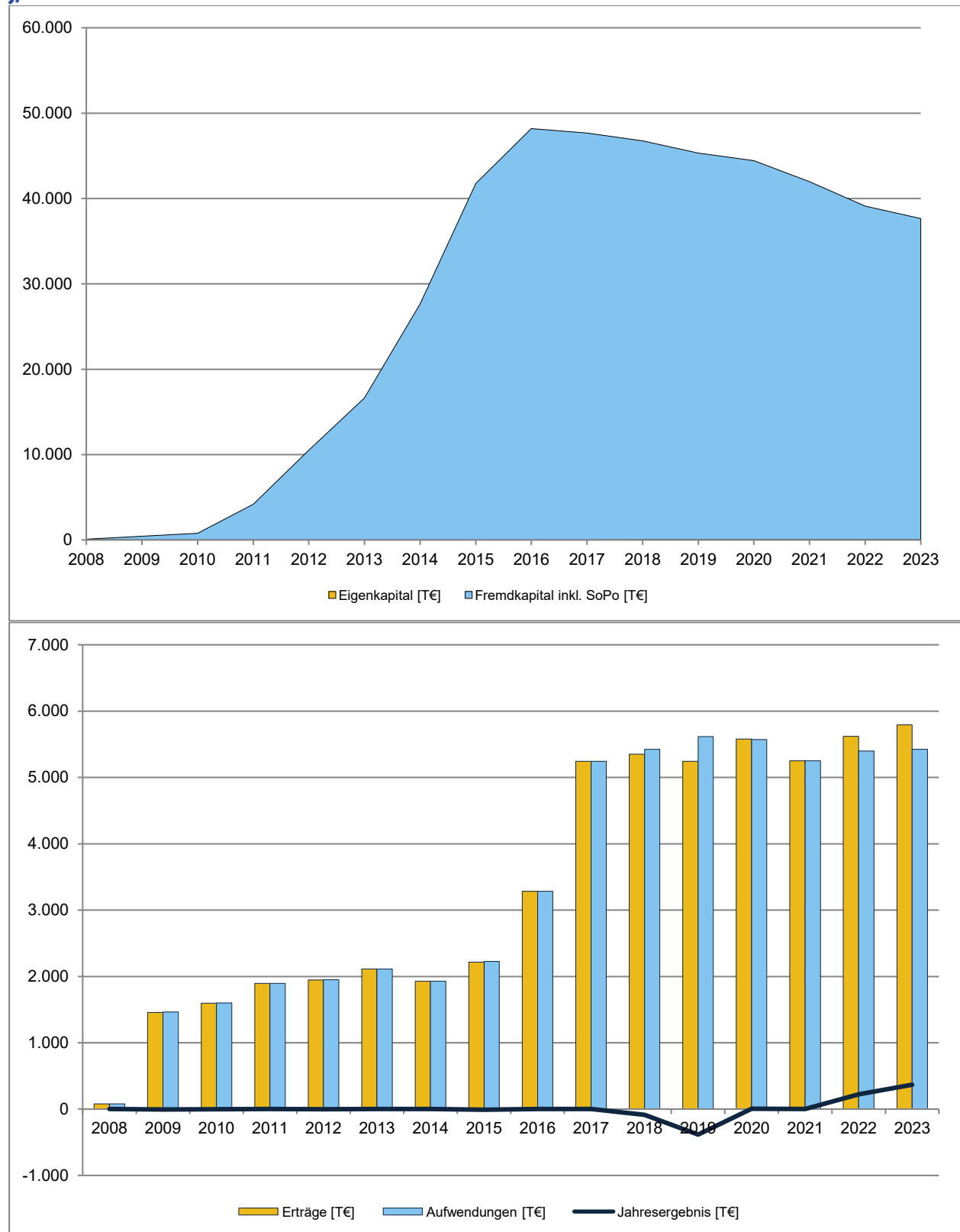
Gesellschafterversammlung:

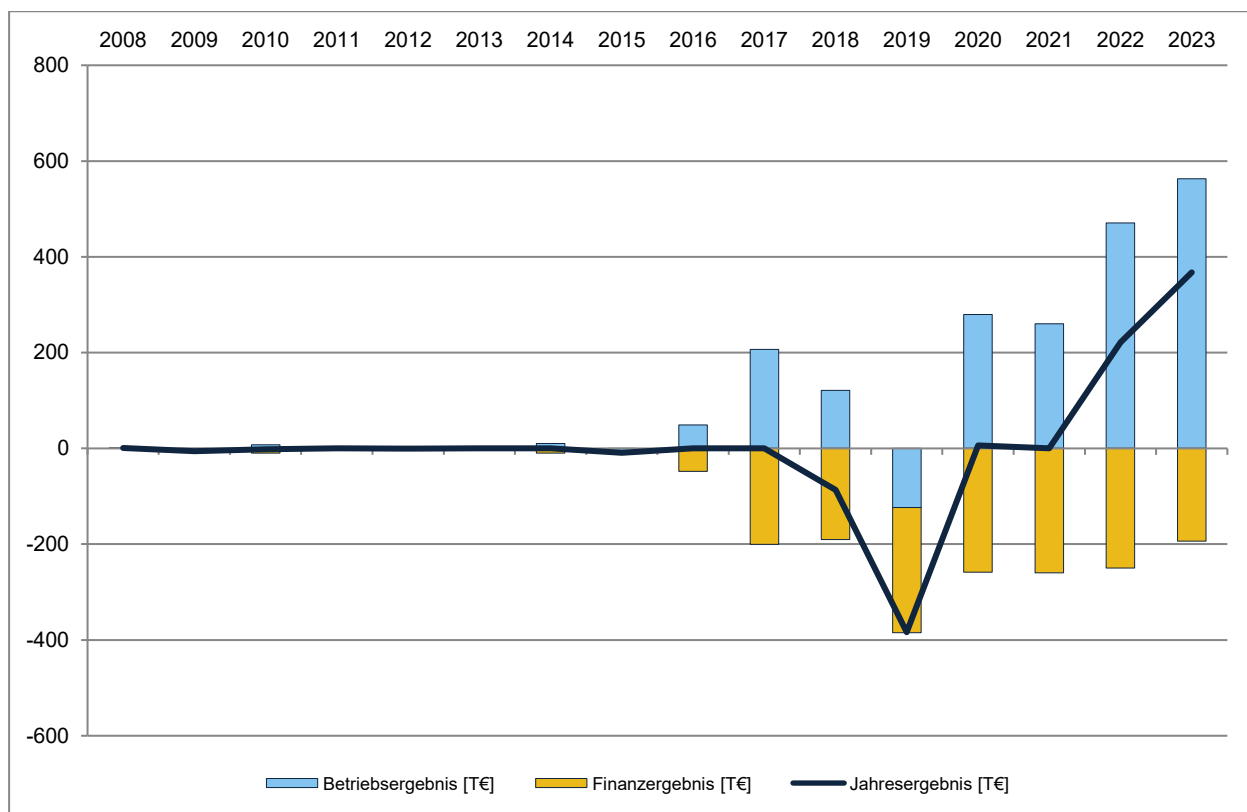
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Dettlaff, Susanne	Dezernentin	01.07.2024	
Bröker, Jens	Verwaltung	14.12.2017	30.06.2024

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	0,25%	0,80%	1,74%	0,94%
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	67,58%	52,86%	-14,72%
Anlagendeckungsgrad 2	99,63%	100,12%	99,24%	-0,88%
Verschuldungsgrad	13423,12%	3927,43%	1823,92%	-2103,51%
Umsatzrentabilität	13,20%	18,70%	20,47%	1,76%

18 Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH



Karl-Heinz-Beckurts-Straße 13
52428 Jülich
Telefon: 02461/690-180
Telefax: 02461/690-189
E-Mail: zukunftsagentur@rheinisches-revier.de
Homepage: www.rheinisches-revier.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung und die Beförderung eines konkreten und unmittelbar handlungsrelevanten Umsetzungskonzepts für den regionalen Transformationsprozess im rheinischen Braunkohlerevier. Dieser Unternehmensgegenstand wird insbesondere verwirklicht durch - die Bündelung aller für den Strukturwandel relevanten Akteure und Initiativen im gesamten Rheinischen Revier (einheitlicher Ansprechpartner), - die Übernahme der Funktion als Schnittstelle zur EU, dem Bund, dem Land sowie zu den Bezirksregierungen, - die Initiierung von Strategie- und Leitbildprozessen zur Entwicklung und Qualifizierung strukturwirksamer Projekte.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	2,0	8
Rhein-Erft-Kreis	2,5	10
Rhein-Kreis Neuss	2,5	10
Kreis Heinsberg	2,0	8
Kreis Euskirchen	2,0	8
StädteRegion Aachen	2,0	8
Zweckverband Region Aachen	2,0	8
Stadt Mönchengladbach	2,5	10
IHK Köln	1,5	6
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie mbH	0,50	2
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH	0,25	1

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Region Köln/Bonn e.V.	0,25	1
IHK Mittlerer Niederrhein	1,25	5
HWK Aachen	0,75	3
HWK Düsseldorf	0,75	3
HWK Köln	0,50	2
IHK Aachen	1,5	6
Standort Niederrhein GmbH	0,25	1
Stammkapital	25,00	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2023 sind keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen vorhanden.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	19.843,00 €	10.441,00 €	2.592,00 €	-7.849,00 €	-75,17%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	1.804.103,38 €	192.260,69 €	31.899,49 €	-160.361,20 €	-83,41%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	926.649,96 €	922.230,10 €	1.398.686,65 €	476.456,55 €	51,66%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.153,00 €	12.036,24 €	577,81 €	-11.458,43 €	-95,20%
Summe Aktiva	2.752.749,34 €	1.136.968,03 €	1.433.755,95 €	296.787,92 €	26,10%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnvortrag	35.019,21 €	37.580,68 €	43.551,33 €	5.970,65 €	15,89%
III. Jahresüberschuss	2.561,47 €	5.970,65 €	9.878,69 €	3.908,04 €	65,45%
B. Sonderposten	1.428,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
C. Rückstellungen	776.574,23 €	932.256,65 €	559.312,39 €	-372.944,26 €	-40,00%
D. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	123.523,81 €	65.258,83 €	127.243,48 €	61.984,65 €	94,98%
2. sonst. Verbindlichkeiten	1.758.642,62 €	40.901,22 €	668.770,06 €	627.868,84 €	1535,09%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	30.000,00 €	30.000,00 €	0,00 €	-30.000,00 €	-100,00%
Summe Passiva	2.752.749,34 €	1.136.968,03 €	1.433.755,95 €	296.787,92 €	26,10%

f) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	120.000,00 €	120.000,00 €	68.162,73 €	-51.837,27 €	-43,20%
2. sonstige betriebl. Erträge	4.211.389,65 €	5.386.695,12 €	4.889.058,89 €	-497.636,23 €	-9,24%
3. Materialaufwand	1.211.358,47 €	1.404.750,26 €	662.978,91 €	-741.771,35 €	-52,80%
4. Personalaufwand	2.576.914,41 €	2.752.362,22 €	3.209.699,45 €	457.337,23 €	16,62%
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	11.822,69 €	288.082,08 €	66.711,67 €	-221.370,41 €	-76,84%
6. sonstige betriebl. Aufwendungen	527.591,65 €	1.047.354,51 €	1.004.597,14 €	-42.757,37 €	-4,08%
Betriebsergebnis	3.702,43 €	14.146,05 €	13.234,45 €	-911,60 €	-6,44%
7. Zinsen und ähnliche Erträge	0,16 €	0,07 €	676,10 €	676,03 €	965757,14%
8. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	0,00 €	5.280,79 €	1.291,43 €	-3.989,36 €	-75,54%
Finanzergebnis	0,16 €	-5.280,72 €	-615,33 €	4.665,39 €	-88,35%
				0,00 €	
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	3.702,59 €	8.865,33 €	12.619,12 €	3.753,79 €	42,34%
9. Steuern vom Einkommen u. Ertrag	874,12 €	2.894,68 €	2.730,43 €	-164,25 €	-5,67%
10. Sonstige Steuern	267,00 €	0,00 €	10,00 €	10,00 €	
Jahresergebnis	2.561,47 €	5.970,65 €	9.878,69 €	3.908,04 €	65,45%

g) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft

Das Unternehmen hat seinen Geschäftsbetrieb am 1.4.2014 als „IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH“ aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Am 21.12.2020 wurde die erste Änderung des Gesellschaftsvertrags unterzeichnet, welche u.a. die Umfirmierung als „Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH“ (im Handelsregister eingetragen seit Juni 2021) sowie die Erweiterung der Gesellschafter sowie Gremienmitglieder umgesetzt hat. Am 5.10.2021 wurde die zweite Änderung des Gesellschaftsvertrags unterzeichnet (im Handelsregister eingetragen seit Februar 2022), welche die Erweiterung der Gremiumsmitglieder und die Konkretisierung der Haftungskonditionen umfasste. Die Verlegung des Unternehmenssitzes vom Technologiezentrum Jülich an den Standort Brainergy Park Jülich erfolgte im März 2022.

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung und die Beförderung eines konkreten und unmittelbar handlungsrelevanten Umsetzungskonzepts für den regionalen Transformationsprozess

im rheinischen Braunkohlerevier. Dieser Unternehmensgegenstand wird insbesondere verwirklicht durch die Bündelung aller für den Strukturwandel relevanten Akteure und Initiativen im gesamten Rheinischen Revier im Sinne eines einheitlichen Ansprechpartners, die Übernahme der Funktion als Schnittstelle zum Land und den Bezirksregierungen sowie durch die Initiierung von Strategie- und Leitbildprozessen zur Entwicklung und Qualifizierung strukturwirksamer Projekte. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2023 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH wird im Wege öffentlich getragener Förderprojekte und Aufträge finanziert. Mit dem im Jahr 2020 beschlossenen Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen haben Bund und Land u.a. mit der Erstellung und Umsetzung eines Wirtschafts- und Strukturprogramms (WSP) zudem langfristige Aufgaben bei der Zukunftsagentur verankert.

Die institutionelle Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde erstmals im Jahr 2020 bewilligt und wird seitdem jährlich fortgeschrieben. Mit dem Auslaufen der WSP-Förderung im August 2022 handelt es sich um die mit Abstand bedeutendste Finanzierungsquelle.

Darüber hinaus erfüllt die Zukunftsagentur nach wie vor weitere Aufgaben:

- Bereits seit Mitte 2018 besteht ein Kooperationsvertrag mit der Bezirksregierung Köln zur Übernahme der Aufgaben des „Regionalpartners des Bundes“ im Modellvorhaben „Unternehmen Revier“, der im Jahr 2021 erneuert wurde.
- Die Zukunftsagentur unterstützt einen europaweiten Forschungsverbund als Praxispartner über ein „Consortium Agreement“ im EU- Horizon 2020-Verbundvorhaben „Carbon Intensive Regions in Transition – Unravelling the Challenges of Structural Change“ (CINTRAN) vom 3. Februar 2020
- Die Zukunftsagentur bringt sich in dem Forschungstransfer-Verbundvorhaben „Dazwischen“ seit 2020 als assoziierter Partner ohne Förderung aktiv mit ein. Verbundpartner sind die TU Dortmund, die RWTH Aachen, infas GmbH, Kreis Euskirchen und die Stadt Düren. Ziel ist die Etablierung eines Online-Rauminformationssystems (RIS) im Rheinischen Revier.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte und Verträge in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt ausgewiesenen Teilbudgets dargestellt.

Im April 2021 wurde das Wirtschafts- und Strukturprogramm in der Fassung 1.1 von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung beschlossen und im Juni von der Landesregierung als inhaltliche Handlungsgrundlage für die Arbeit der Gesellschaft sowie die Ausrichtung der Förderstruktur genehmigt. Zur gleichen Zeit schlossen das Land NRW und die Zukunftsagentur als Vertreterin der Region im Strukturwandel den Reviervertrag, der die gemeinsame Zielsetzung des Strukturwandelprozesses festlegte. Dieser Vertrag wurde im Jahr 2023 infolge der Entscheidung für einen früheren Kohleausstieg im Jahr 2030 erneuert.

Jährlich leisten die Gesellschafter für allgemeine Steuerungsaufgaben des Strukturwandels im Rheinischen Revier, insbesondere im Rahmen der institutionellen Förderung, einen Zuschuss, der durch die Gesellschafterversammlung im jeweiligen Wirtschaftsplan beschlossen wird. Für die Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung können einzelne Gesellschafter selektiv Zuschüsse bereitstellen. Bei den Verträgen war ein Eigenanteil im Jahr 2023 nicht notwendig.

Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter ohne einen expliziten Beschluss im Wirtschaftsplan insgesamt bis zu einer Grenze von 500.000 € für außerplanmäßige und nicht-förderfähige Ausgaben der GmbH haften. Alle Einnahmen, also neben den Gesellschafterbeiträgen auch die bis zum Geschäftsjahr 2022 vereinnahmte Spende der RWE Power AG, müssen nach Maßgabe der Fördergeberin als Eigenanteil auf die Förderung angerechnet werden und können nicht zweckgebunden für die Deckung nicht förderfähiger Ausgaben verwendet werden.

Die 2023 erfolgswirksam verbuchten **Bundes-, Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 4,8 Mio. €** (5,2 Mio. € im Jahr 2022). Insgesamt ergab sich für das Jahr 2023 ein geringer Überschuss in Höhe von 9.878,69 €, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. In Ermange-

lung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. dünn.

2. Prognosebericht

Der Firmensitz wurde im Jahr 2022 in den Brainergy Park als einem der ersten großflächig sichtbaren Transformationsstandorte verlegt. Die im Jahr 2023 abgeschlossene Erweiterung der Aufbauorganisation um eine neue mittlere Führungsebene hat eine Abteilungsstruktur etabliert, die insbesondere den konzeptionellen Anforderungen sowie der Projektinitiierung und -begleitung gerecht wird und den wachsenden Bedarfen im Bereich Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und zentral vorzuhaltenden Dienstleistungen begegnet.

Neue Anforderungen ergeben sich aus einer durch das Wirtschaftsministerium bekannt gegebenen Deckelung der institutionellen Förderung ab dem Jahr 2024. Zwar konnte diese im Jahr 2024 auskömmlich durch die Bereitstellung von Selbstbewirtschaftungsmitteln aus dem MWIKE-Budget erhöht werden, diese stehen jedoch nicht in jedem Jahr gesichert zur Verfügung. Daher müssen Fixkosten auf das Niveau reduziert werden, mit dem ein Basis-Aufgabenportfolio auch ohne Selbstbewirtschaftungsmittel geleistet werden könnte. Die Reduktion der Fixkosten betrifft insbesondere den über die institutionelle Förderung dauerhaft vorgesehenen Personalstamm, der nicht auf den angedachten Umfang anwachsen kann. Infolgedessen wurde mit der Konsolidierung der Aufgaben mit der Definition von Kernaufgaben begonnen.

Neben den dauerhaft angelegten Kernaufgaben sollen Aufbauteams neue Aktivitäten des regionalen Strukturwandels initiieren. Im Erfolgsfall können die Aufgaben im weiteren Verlauf durch eigens gegründete Gesellschaften oder durch Dritte fortgeführt werden. Dazu gehört aktuell die Weiterentwicklung der Initiative eines „Gigawattpakts“ für das Rheinische Revier. Eine Zuwendung aus dem Programm STARK (Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten) wurde für einen Start im Jahr 2024 beantragt: Für eine Kommunale Kompetenz- und Beratungsstelle im Rheinisches Revier (KoKoBe GWP) sollen drei Projektmanager / Projektmanagerinnen im Bereich Erneuerbare Energien bei der Zukunftsagentur Rheini-

sches Revier GmbH eingestellt werden, die im Verbund mit der Landesgesellschaft Energy4Climate die Region beim Ausbau der Erneuerbaren Energien unterstützen.

3. Risikobericht

Das größte Risiko für den Fortbestand der Gesellschaft beruht darin, dass die Förderung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht für alle Ausgaben durch die Zuwendungsgeberin gewährt wird. Dies betrifft insbesondere die vom Finanzvolumen dominierende institutionelle Förderung, die im Sinne einer aktualisierten Fortschreibung jährlich neu zu beantragen ist. Die institutionelle Förderung ist als Fehlbedarfsförderung konzipiert. Zunächst müssen alle gesicherten Einnahmen verwendet werden, sofern sie nicht für andere Zwecke (z.B. Projektförderungen) benötigt werden. Nicht alle Ausgaben sind förderfähig. Geht die Summe der nicht anerkannten Ausgaben und der Rückforderungen aus bereits erfolgten Förderungen über die Summe der nicht anzurechnenden Einnahmen hinaus, werden weitere Gesellschafterzuschüsse notwendig.

Da das Wachstum der Zukunftsagentur nicht mit einer Erhöhung der Gesellschafterbeiträge und Spenden einher geht, steigt das Risiko für Rückforderungen von Förderung sowie der Umfang nicht-förderfähiger Ausgaben. Dementsprechend steigt die Bedeutung der Einhaltung aller mit Fördergeldern verbundenen Abläufe und Regelungen des Zuwendungs- und Vergaberechts. Die Rückstellungen für Zuschussrisiken bilden dies ab.

Das Risikomanagement zielt zunächst auf die Verringerung der Förderschädlichkeit größerer Summen. Das beinhaltet einen stärkeren Detailgrad bei der Offenlegung aller erwartbaren Ausgaben und Einnahmen gegenüber den zuwendungsgebenden Stellen im Rahmen der Antragstellung ex ante. Zudem werden größere Ausgabenveränderungen während des Durchführungszeitraums vorab abgestimmt. Risiken durch föderschädliche Abläufe u.a. im Rahmen größerer europaweiter Auftragsvergaben werden durch die Einbindung einer auf Verwaltungs- und Vergaberecht spezialisierten Kanzlei reduziert. Hinsichtlich einer förderrechtlich zulässigen Lösung zur Einhaltung handelsrechtlicher Vorschriften (z.B. die Bildung von Rückstellungen für Urlaubs- und Überstundenansprüche) konnte bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichts mit der Fördergeberin noch keine Lösung gefunden werden.

Der Personalumfang im Bereich Verwaltung wurde seit dem Jahr 2021 verstärkt ausgebaut, um der gewachsenen Arbeitsquantität infolge des starken Wachstums in allen weiteren Bereichen der Zukunftsagentur gerecht zu werden. Damit einher geht eine Professionalisierung der Ablauforganisation. Mit der Einführung der eigenständigen Abteilung Organisation wurden und werden arbeitsteilige Aufgabengebiete geschaffen, in denen Mitarbeitende eine Expertise z.B. in den Bereichen Controlling, Finanzbuchhaltung, Fördermanagement, Vergabe- und Vertragsmanagement, Personalwesen sowie (IT-)Infrastruktur aufbauen und ausfüllen. Dazu wird auch das Instrumentarium auf den aktuellen Stand gebracht. Anlässlich der Beauftragung eines neuen Steuerberaters im Jahr 2022 beginnt seit dem Jahr 2023 eine Digitalisierungsoffensive, die neben der Automatisierung z.B. in der Zeitwirtschaft und Lohnbuchhaltung mehr Monitoring- und Steuerungsoptionen insbesondere mit der eigenständigen Übernahme der Buchführung bereithält. Die nächsten Schritte sind die Einführung einer digitalen Zeitwirtschaft, die Übernahme der Lohnbuchhaltung sowie die Zusammenarbeit mit einem IT-Systemhaus im Jahr 2024.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Middeldorf, Bodo	Jülich	
Aufsichtsrat:	Rhein-Erft Kreis	1 Sitz	10 %
	Rhein-Kreis Neus	1 Sitz	10 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	8 %
	Kreis Düren	1 Sitz	8 %
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	8 %
	StädteRegion Aachen	1 Sitz	8 %
	Zweckverband Region Aachen	1 Sitz	8 %
	Industrie- und Handelskammer Aachen	1 Sitz	6 %
	Industrie- und Handelskammer Köln	1 Sitz	6 %
	Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein	1 Sitz	5 %
	Handwerkskammer Aachen	1 Sitz	3 %
	Handwerkskammer zu Köln	1 Sitz	2 %
	Handwerkskammer Düsseldorf	1 Sitz	3 %
	Stadt Mönchengladbach	1 Sitz	10 %
	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie	1 Sitz	

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW	1 Sitz
Land Nordrhein-Westfalen	2 Sitze
RWE Power AG	1 Sitz
Bezirksregierung Köln	1 Sitz
Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein- Westfalen	1 Sitz
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein- Westfalen	1 Sitz
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen	1 Sitz
Region Köln/Bonn e.V.	1 Sitz
NABU-Landesverband NRW	1 Sitz
DGB NRW	1 Sitz
Stadt Bedburg	1 Sitz

**Gesellschafter-
versammlung:**

1 Stimme

je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	01.03.2014	08.11.2024

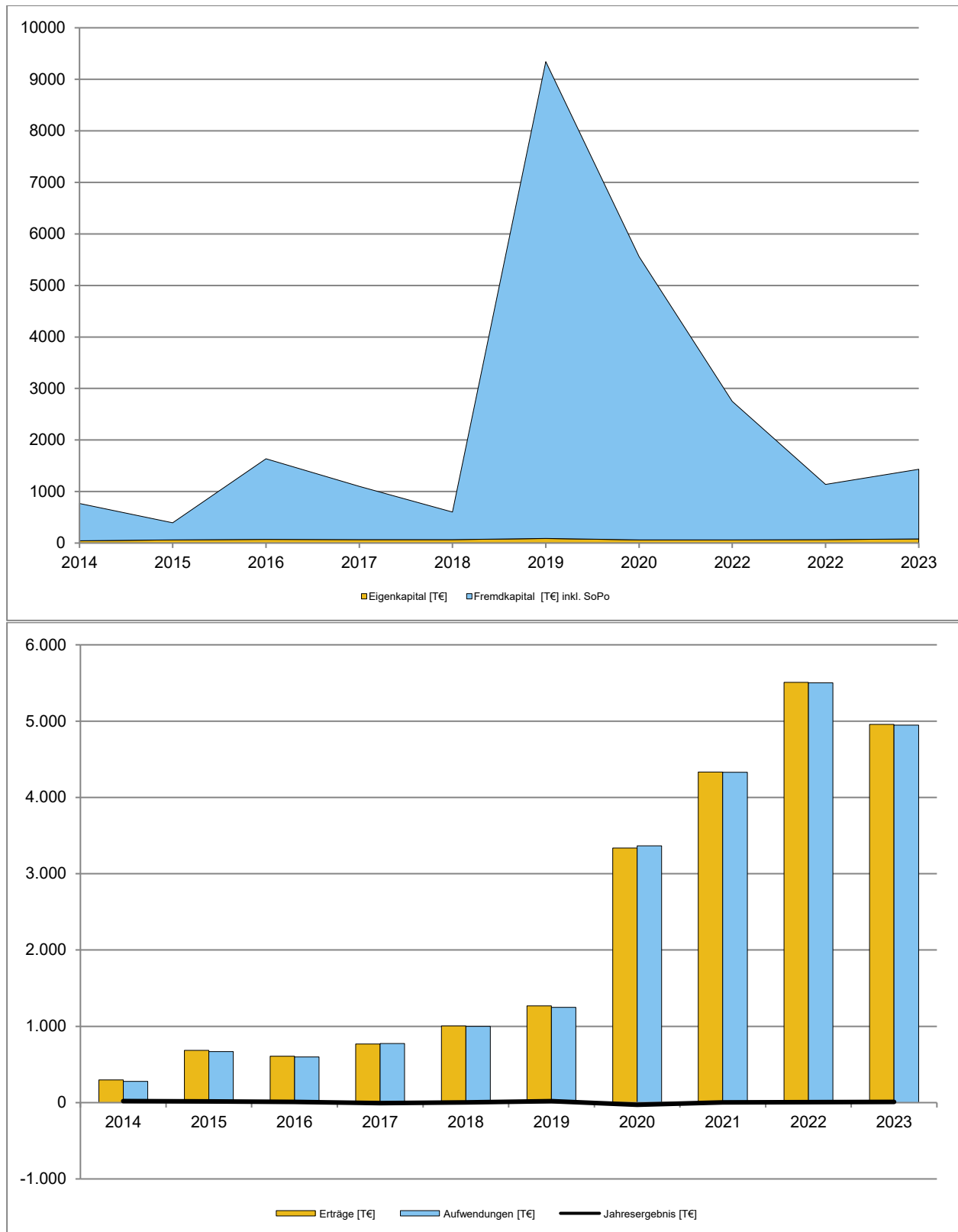
Gesellschafterversammlung:

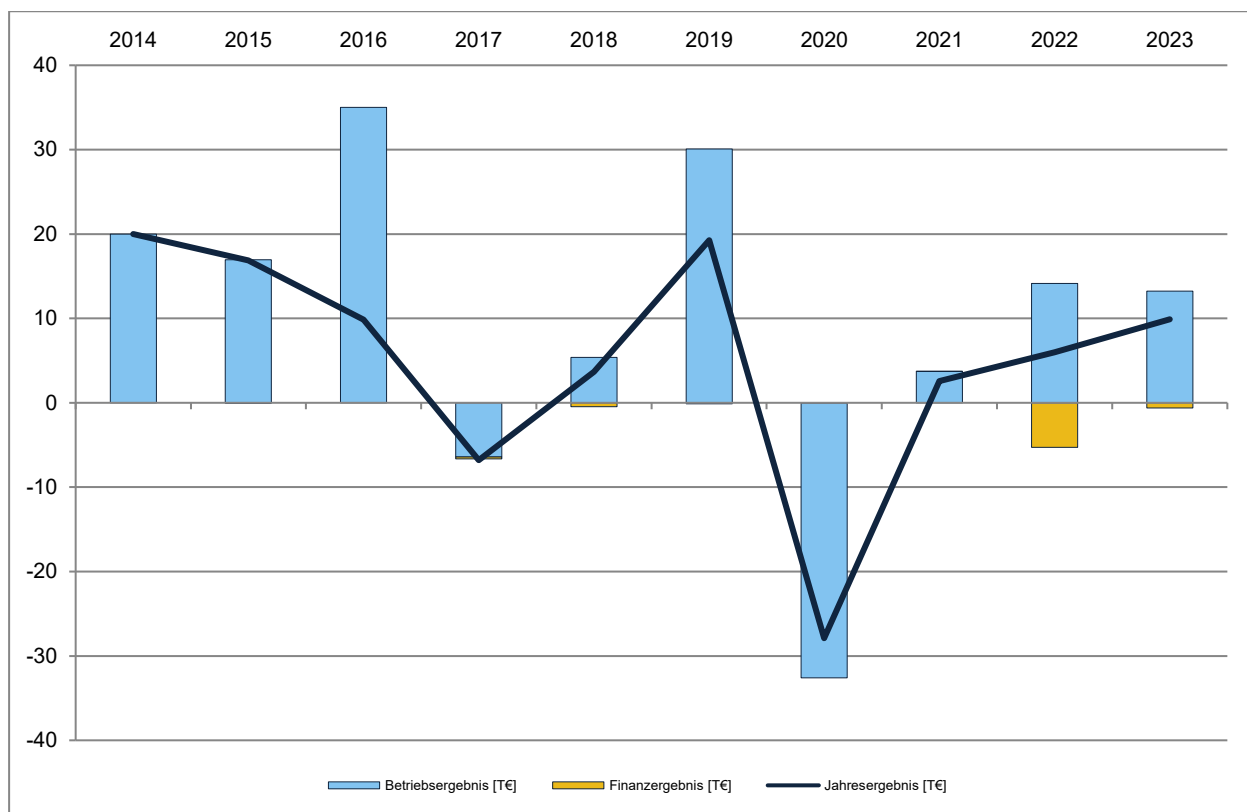
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Hamacher, Rolf	Kreistagsmitglied	23.06.2021	
Dr. Peill, Patricia (MdL)	Kreistagsmitglied	23.06.2021	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	01.03.2014	08.11.2024

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	2,27%	6,03%	5,47%	-0,56%
Eigenkapitalrentabilität	4,09%	8,71%	12,60%	3,89%
Anlagendeckungsgrad 2	322,58%	656,56%	3025,85%	2369,29%
Verschuldungsgrad	4248,50%	1514,80%	1728,07%	213,27%
Umsatzrentabilität	3,09%	11,79%	19,42%	7,63%

19 Zweckverband Aachener Verkehrsverbund



Neuköllner Straße 1
52068 Aachen
Telefon: 0241 / 968 970
Telefax: 0241 / 968 97 20
E-Mail: zweckverband@avv.de
Homepage: www.avv.de

a) Gegenstand des Zweckverbands

Der Zweckverband hat im Verbundraum folgende Aufgaben:

- allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr unter Beachtung der Planungen des "Zweckverband go.Rheinland" zu beschließen,
- darauf hinzuwirken, dass die Verbandsmitglieder die Aachener Verkehrsverbund GmbH (Verbundgesellschaft) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbands in ihrem Einflussbereich umsetzen,
- darauf hinzuwirken, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeptionen und Qualitätsstandards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der Verbundgesellschaft in ihren Planungen beachten und die Verbundgesellschaft als Träger öffentlicher Belange anerkennen,
- Ermittlung und Feststellung der für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen von Verkehrsunternehmen im ÖSPV notwendigen Ausgleichsleistungen unter Beachtung des Rechts der Europäischen Union und des nationalen Rechts,
- Erstellung und Veröffentlichung eines Jahresberichts gemäß Art. 7 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 (VO 1370/2007) für den Zweckverband und seine Verbandsmitglieder,
- Förderung des ÖPNV im Rahmen der vom Land NRW gewährten Mittel gemäß § 11a und § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW sowie zur Förderung des Azubitickets, des Sozialtickets und des NRW-eTarifs als eigene Aufgabe nach näherer Maßgabe von § 13 dieser Satzung.
- Wahrnehmung der Aufgaben eines Trägers öffentlicher Belange (TöB) in seinem Zuständigkeitsbereich
- Funktion einer Behördengruppe im Sinne der VO 1370/2007
- Koordination grenzüberschreitender ÖSPV-Verkehre.
- Umsetzung von Aufgaben des Zweckverband go.Rheinland nach Maßgabe der Satzung des Zweckverband go.Rheinland,
- Koordinierung des SPNV-Nahverkehrsplans des Zweckverband go.Rheinland mit den lokalen Nahverkehrsplänen der Verbandsmitglieder unter deren Mitwirkung und Mitwirkung der nach dem ÖPNVG NRW zu beteiligenden Verkehrsunternehmen,
- Vorschlag von verbundraumbezogenen Investitionsmaßnahmen zum jährlichen Katalog des Zweckverband go.Rheinland gemäß § 12 Abs. 5 ÖPNVG NRW,
- Hinwirkung auf eine integrierte Verkehrsgestaltung im ÖPNV und auf die Bildung von landesweiten Tarif- und landeseinheitlichen Beförderungsbedingungen sowie die Bildung kooperationsraumübergreifender Tarife mit dem Ziel eines landesweiten Tarifs,
- Hinwirkung auf die Anwendung des Verbundtarifs und die dazu gehörenden Beförderungsbedingungen und sonstiger Verbundstandards durch die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehm-

men¹ auf der Grundlage von Kooperationsverträgen unter Beachtung der Vorgaben des Zweckverbands sowie auf die Schaffung von Übergangstarifen bei starken überregionalen Verkehrsverflechtungen bzw. auf die Fortschreibung bestehender Übergangstarife,

- Entscheidung über die Fortschreibung des Verbundtarifs, der Übergangstarife und der dazu gehörenden Beförderungsbedingungen. Gemeinsame Entscheidung mit den übrigen Zuständigen in NRW über die Fortschreibung des landesweiten Tarifs (NRWTarif),
- Wahrnehmung der Aufgabe „Tarif“ unter dem Aspekt „Gemeinschaftstarif“ nach den jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschriften (derzeit als Aufgabenträger gemäß § 8 Abs. 3 PBefG und als zuständige Behörde nach der VO 1370/2007).

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen, unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze aususchöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Sie obliegt den im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen im Rahmen von Kooperationsverträgen.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Zweckverband

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Verbandsmitglieder

Mitglieder	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	-	25
Stadt Aachen	-	25
StädteRegion Aachen	-	25
Kreis Heinsberg	-	25
Stammkapital	-	100

Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet.

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Haushaltssatzung enthält unter anderem die allgemeine Verbandsumlage basierend auf den Daten des Verbundetats. Nach Verrechnung einzelner Umlagebeiträge hat der Kreis Düren einen Umlagebeitrag i.H.v. 30 T€ von der AVV erstattet bekommen.

Der Kreis Düren erhält vom Zweckverband AVV eine Pauschale in Höhe von 170 T€ nach § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW).

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	1,00 €	1,00 €	1,00 €	0,00 €	0,00%
II. Finanzanlagen	386.036,41 €	386.036,41 €	386.036,41 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Liquide Mittel	5.595.790,42 €	7.018.822,47 €	5.563.269,03 €	-1.455.553,44 €	-20,74%
C. Aktive Rechnungs- abgrenzung	18.898.473,06 €	18.560.383,67 €	17.477.038,94 €	-1.083.344,73 €	-5,84%
Summe Aktiva	24.880.300,89 €	25.965.243,55 €	23.426.345,38 €	-2.538.898,17 €	-9,78%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Allgemeine Rücklage	728.830,00 €	728.830,00 €	728.830,00 €	0,00 €	0,00%
II. Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	10.525,03 €	10.525,03 €	
B. Rückstellungen	6.188,00 €	5.236,00 €	5.236,00 €	0,00 €	0,00%
C. Verbindlichkeiten	513.566,31 €	718.889,75 €	634.829,47 €	-84.060,28 €	-11,69%
D. Passive Rechnungs- abgrenzung	23.631.716,58 €	24.512.287,80 €	22.046.924,88 €	-2.465.362,92 €	-10,06%
Summe Passiva	24.880.300,89 €	25.965.243,55 €	23.426.345,38 €	-2.538.898,17 €	-9,78%

f) Entwicklung der Ergebnisrechnung

Gewinn- u. Verlust- rechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.902.418,42 €	18.795.437,96 €	18.795.437,96 €	0,00 €	0,00%
2. Transferaufwendungen	18.860.560,11 €	18.757.285,03 €	18.757.285,03 €	0,00 €	0,00%
3. sonstige ordentliche Aufwendungen	41.858,31 €	38.152,93 €	38.152,93 €	0,00 €	0,00%
Betriebsergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
Finanzergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
				0,00 €	
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%

g) Lagebericht

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2023.

Im Haushaltsjahr 2023 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 5.318.122,53 € als ÖPNV-Pauschale erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 31.763,41 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Zinseinnahmen und Rückforderungen von Verkehrsunternehmen in Höhe von 6.891,00 € sowie Zinsen in Höhe von 24.872,41 €, die aus den Mitteln der ÖPNV-Pauschalen der Förderjahre 2022 und 2023 im Kalenderjahr 2023 erwirtschaftet wurden. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 5.349.885,94 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 780.000,00 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Jahr 2023 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2023 verbliebenen Zuwendungen sind in Höhe von 4.569.885,94 € im ersten Halbjahr des Jahres 2024 zweckentsprechend verwendet worden.

Darüber hinaus hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von 10.873.121,34 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale erhalten. Diese Mittel wurden durch Auflösung entsprechender Verbindlichkeiten aus Transferleistungen in Höhe von 142.103,01 € aufgestockt. Zudem wurden die Mittel um Zinsen in Höhe von 17.819,13 €, die aus den Mitteln der Ausbildungsverkehr-Pauschale für die Förderjahre 2022 und 2023 im Kalenderjahr 2023 erwirtschaftet wurden, aufgestockt. Insgesamt standen somit Mittel in Höhe von 11.033.043,48 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale zur Verfügung. Diese sind im Jahr 2023 zweckentsprechend gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW ausgezahlt worden.

Zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den „Richtlinien Sozialticket 2011“ in Höhe von 2.155.914,19 € erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um Zinsen in Höhe von 3.362,31 € aufgestockt worden, die aus den Mitteln zur Förderung des Mobil-Tickets des Förderjahres 2023 im Kalenderjahr 2023 erwirtschaftet wurden. Somit standen insgesamt 2.159.276,50 € zur Förderung des Mobil-Tickets zur Verfügung. 2.155.914,20 € wurden gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV im Kalenderjahr 2023 ausgezahlt. Die

zum Jahresabschluss 2023 verbliebenen Mittel sind in Höhe von 3.362,30 € im ersten Halbjahr des Jahres 2024 zweckentsprechend verwendet worden.

Des Weiteren hat der ZV AVV zur Förderung von Azubitickets im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Azubitickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen (Richtlinien Azubiticket)“ in Höhe von 316.493,35 € erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um Zinsen in Höhe von 302,39 € aufgestockt worden, die aus den Mitteln zur Förderung des Azubitickets des Förderjahres 2023 im Kalenderjahr 2023 erwirtschaftet wurden. Somit standen insgesamt 316.795,74 € zur Förderung des Azubitickets zur Verfügung. 316.493,35 € sind den Verkehrsunternehmen im Jahr 2023 zweckentsprechend gemäß der Richtlinie des Zweckverbandes Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Azubitickets im AVV ausgezahlt worden. Die zum Jahresabschluss 2023 verbliebenen Mittel sind in Höhe von 302,39 € im ersten Halbjahr des Jahres 2024 zweckentsprechend verwendet worden.

Zum Ausgleich von Schäden der Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen im Zusammenhang mit den durch den russischen Angriffskrieg extrem gestiegenen Energiekosten erhielt der ZV AVV über die Bezirksregierung Köln für das Kalenderjahr 2023 zudem Billigkeitsleistungen in Höhe von 4.322.220,21 €, die auf der Grundlage der hierzu durch das Land NRW erlassenen „Richtlinien Energiekostensteigerungen ÖPNV“ im Berichtsjahr vollständig an die jeweils Anspruchsberechtigten weitergeleitet wurden.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und belaufen sich auf 386.035,41 €. Es handelt sich hierbei um die Beteiligung an der Aachener Verkehrsverbund GmbH (AVV GmbH), deren alleiniger Gesellschafter der ZV AVV ist.

Der ZV AVV finanzierte seinen Eigenaufwand durch die seitens des ZV go.Rheinland (vormals ZV NVR) bereitgestellte ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Insgesamt führte das Haushaltsjahr zu dem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 10.525,03 €.

Die erheblichen Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen beim Gesamtaufwand und dem Gesamtertrag einerseits und der Ergebnisrechnung andererseits basieren in erster Linie auf der Differenz zwischen der prognostizierten Verbandsumlage zur Deckung des ÖPNV-Defizits im Busbereich und dem tatsächlichen Ergebnis. Wie in den Jahren zuvor hat der ZV AVV lediglich einen Spitzenausgleich zwischen den Verbandsmitgliedern durchgeführt. Der Mittelfluss zwischen den Verbandsmitgliedern und deren eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen ist konform mit der Zweckverbandssatzung auf direktem Weg vorgenommen worden. Entsprechend hat sich der über den Zweckverbandshaushalt vollzogene Mittelfluss verringert.

Die Einführung des Deutschlandtickets zum Preis von monatlich 49,- Euro zum 01.05.2023 ist für die Verkehrsunternehmen bzw. die gesamte Nahverkehrslandschaft mit erheblichen Veränderungen verbunden. In wirtschaftlicher Hinsicht haben der Bund und die Länder der Branche grundsätzlich eine auskömmliche Finanzierung zumindest bis zum Jahr 2025 zugesichert, verbindliche Regularien zur Finanzierung über diesen Zeithorizont hinaus liegen bislang jedoch nicht vor. Auch im Hinblick auf die für die Verkehrsunternehmen wichtige sachgerechte Einnahmenaufteilung besteht aktuell noch erheblicher Abstimmungsbedarf.

Zur Absicherung der wirtschaftlichen Stabilität im Nahverkehr sehen die zwischen dem Bund und den Ländern vereinbarten Finanzierungsregelungen für die Jahre 2023 – 2025 einen Ausgleich für die mit dem Deutschlandticket verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen vor, dessen Mechanismus grundsätzlich mit dem der vorangehenden, pandemiebedingten ÖPNV-Rettungsschirme vergleichbar ist.

Aus derzeitiger Sicht ist bislang jedoch allein für das Jahr 2023 eine stabile Einnahmensituation bei den Verkehrsunternehmen garantiert. Hintergrund dafür ist, dass der Bund und das Land NRW sich in Bezug auf das Jahr 2023 zur Gewährung eines nachträglichen Ausgleichs von solchen Schäden verpflichtet haben, welche ggf. über die auf Prognosedaten basierenden Vorauszahlungen für das Jahr 2023 hinausgehen. Eine entsprechende Nachschusspflicht für den Zeitraum ab 2024 besteht bislang formal nicht, so dass – abhängig vom Erfolg des Deutschlandtickets, dessen künftiger Preisentwicklung sowie den aus der bundesweiten Einnahmenaufteilung auf den AVV bzw. seine Verkehrsunternehmen entfallen-

den Einnahmenanteilen – eine gewisse rückläufige Entwicklung ab dem Jahr 2024 nach aktuellem Stand grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden kann.

Auch in Bezug auf die Finanzierung der mit dem Deutschlandticket verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen über das Jahr 2025 hinaus besteht – mangels entsprechend verbindlicher Festlegungen auf Bundes- und Landesebene – für die Verkehrsunternehmen bzw. die für die Finanzierung des ÖSPV gesetzlich zuständigen kommunalen Aufgabenträger derzeit keine Planungssicherheit.

Die Einführung des preislich hochattraktiven Deutschlandtickets führt nicht zuletzt dazu, dass der tarifliche Gestaltungsspielraum im Rahmen der lokalen Verbundtarife deutlich eingeengt wird. Die Umsatzentwicklung der Verkehrsunternehmen und mithin die Wirtschaftlichkeit des Verbundverkehrs ist somit bereits heute in deutlich geringerem Umfang durch eigene tarifpolitische Maßnahmen seitens der Aufgabenträger steuerbar.

In Bezug auf den Haushalt des ZV AVV sind aus den vorgenannten Planungsunsicherheiten grundsätzlich keine unmittelbaren Auswirkungen zu erwarten. Da der Haushalt des ZV AVV entsprechend einer Anpassung der Verbandssatzung ab dem Haushaltsjahr 2024 keine Verbandsumlage mehr ausweist und die Finanzierung der ÖSPV-Fehlbeträge überdies den Verbandsmitgliedern als Aufgabenträger weiterhin selbst obliegt, würden sich entsprechende wirtschaftliche Entwicklungen nicht im Haushalt des ZV AVV niederschlagen.

Wie in den zurückliegenden Jahren wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko im Hinblick auf die diesbezüglich notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann.

Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV go.Rheinland, dessen Verbandsmitglied

der ZV AVV ist, zugewiesen. In der Satzung des ZV go.Rheinland ist festgelegt, dass ein Anteil an der Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW an den ZV AVV und an die AVV GmbH weiterzuleiten ist.

Die vorgenannten Mittel sind in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagenbestand vorhanden. Die Finanzierung des ZV AVV wird vor diesem Hintergrund als gesichert angesehen.

Risiken für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des ZV AVV sind nicht ersichtlich. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024. Durch das inflationsbedingt erhöhte Kostenniveau oder die Fortführung des Deutschlandtickets werden beim ZV AVV selbst aktuell keine direkten Risiken bzw. Beeinträchtigungen in wirtschaftlicher oder operativer Hinsicht erwartet.

Mitglieder des Zweckverband AVV zum 31.12.2023 sind:

Stadt Aachen, StädteRegion Aachen (ohne Stadt Aachen), Kreis Düren und Kreis Heinsberg zu jeweils gleichen Teilen.

Verbandsvorsteher zum 31.12.2023 war Landrat Stephan Pusch, Kreis Heinsberg, Kreishaus, Valkenburger Straße 45, 52525 Heinsberg.

Stellvertretende Verbandsvorsteher zum 31.12.2023 waren:

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen, Stadt Aachen, Rathaus, Markt 1, 52062 Aachen;

Landrat Wolfgang Spelthahn, Kreis Düren, Kreishaus, Bismarckstraße 16, 52351 Düren

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Geulen, Hans-Peter Sedlacek, Heiko Winter, Marcel	Herzogenrath Köln Velbert	
Verbandsvorsteher:	Pusch, Stephan	Kreis Heins- berg	Landrat
Verbandsversammlung:	Kreis Düren	5 Sitze	25 %
	StädteRegion Aachen	5 Sitze	25 %
	Stadt Aachen	5 Sitze	25 %
	Kreis Heinsberg	5 Sitze	25 %

Vertretung des Kreises Düren

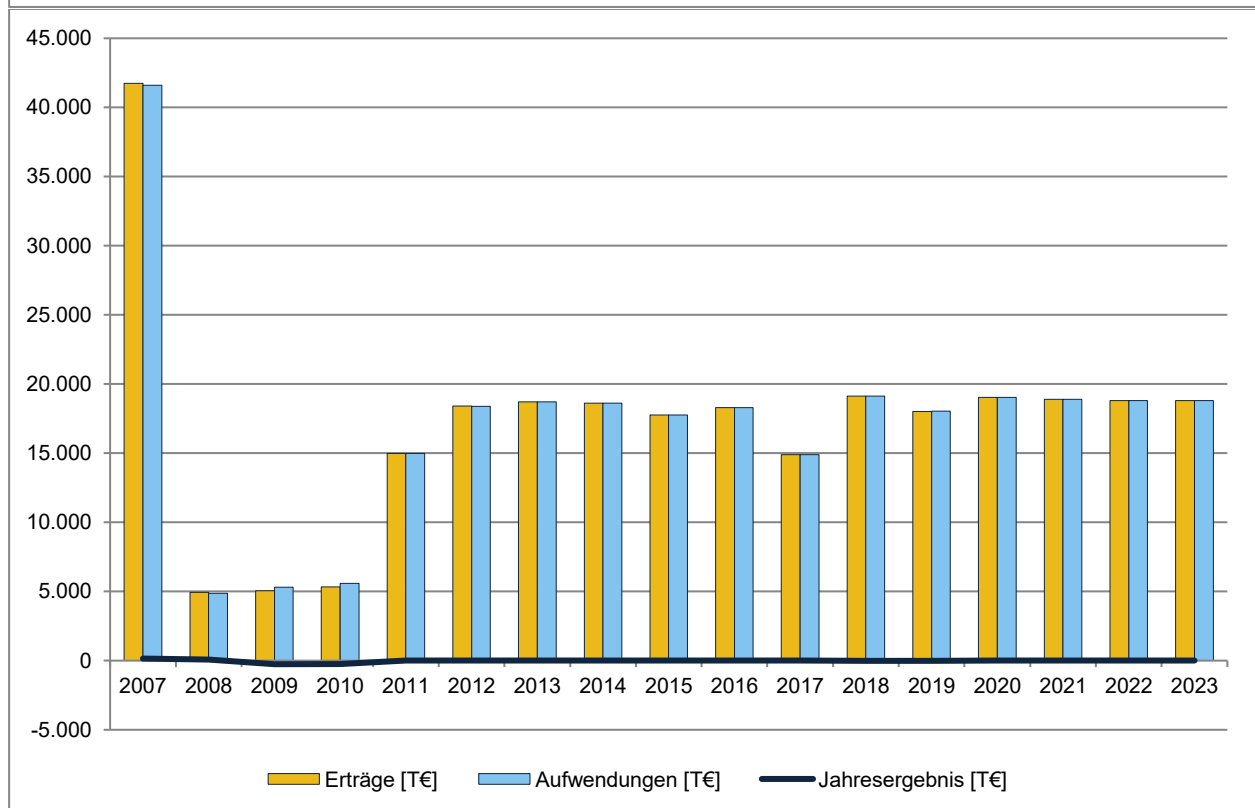
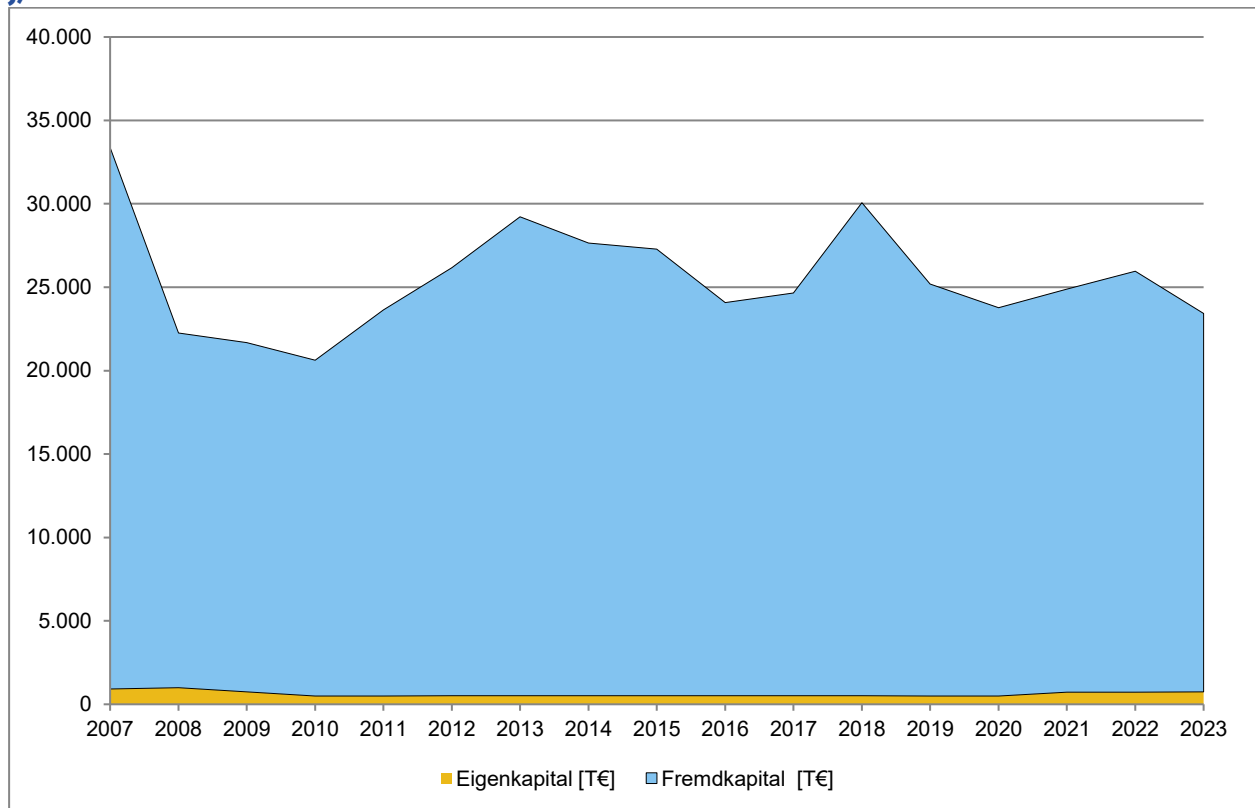
Verbandsversammlung:

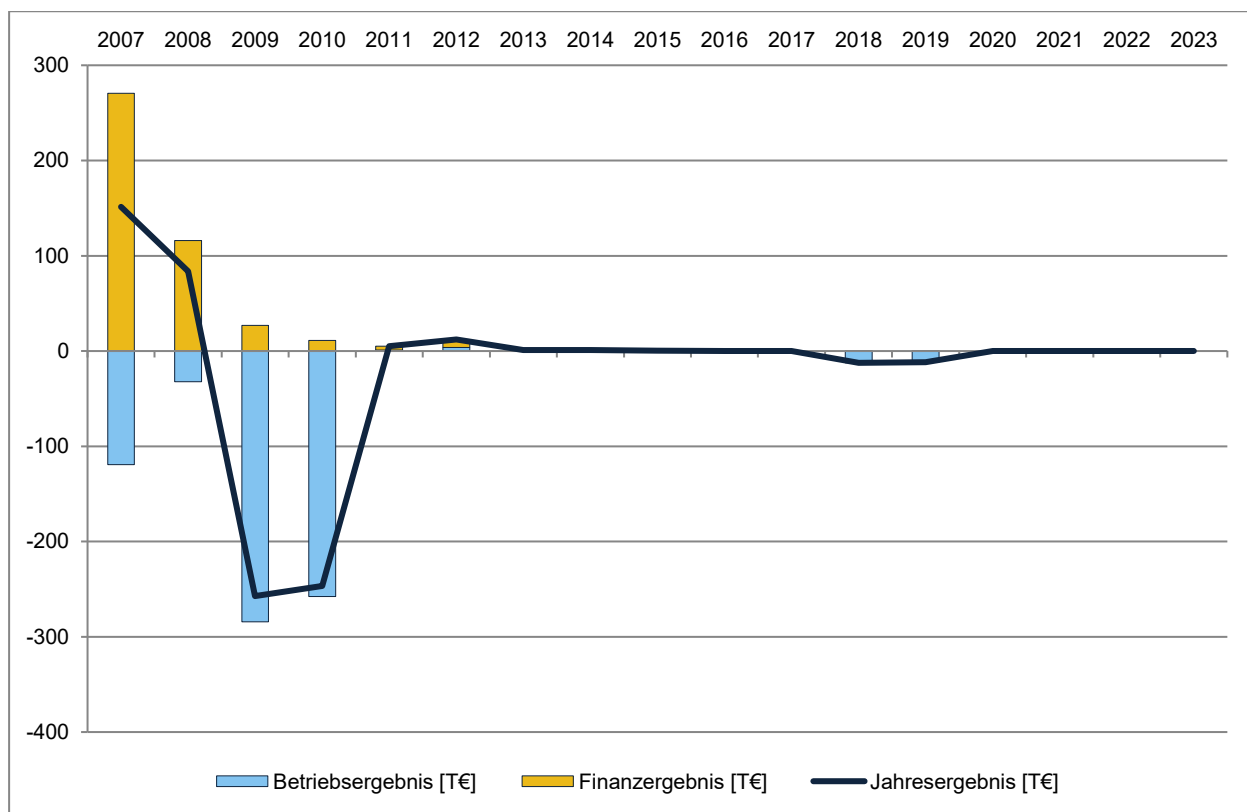
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Hamel, Jörg	Kreistagsmitglied	30.09.2014	
Krischer, Andreas	Kreistagsmitglied	01.12.2020	
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	01.12.2020	
Schiffer, Norbert	Kreistagsmitglied	17.10.2017	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	17.10.2017	08.11.2024

i) Personalbestand

Der Zweckverband beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	2,93%	2,81%	3,16%	-0,12%
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Anlagendeckungsgrad 2	188,80%	188,80%	191,52%	0,00%
Verschuldungsgrad	71,31%	99,35%	86,57%	28,04%
Umsatzrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%

20 Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)



Zum Hagelkreuz 24
52249 Eschweiler
Telefon: 02403 / 8766 530
Telefax: 02403 / 8766 535
E-Mail: info@zew-entsorgung.de
Homepage: www.zew-entsorgung.de

a) Gegenstand des Zweckverbands

Der Zweckverband nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gem. §§ 15 I 1, 13 I 1 KrW-/AbfG, § 5 LAbfG wahr.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Zweckverband

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Verbandsmitglieder

Mitglieder	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	8,5	25
Stadt Aachen	8,5	25
StädteRegion Aachen	8,5	25
Kreis Euskirchen	8,5	25
Stammkapital	34,0	100

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der ZEW erhebt von seinen Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Für die Berechnung der Umlage wird die Einwohnerzahl des einzelnen Verbandsmitglieds zur Zahl der Gesamteinwohner im Verbandsgebiet ins Verhältnis gesetzt. Soweit die Notwendigkeit einer Umlage aus einer Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes resultiert, die dieser lediglich für einzelne Verbandsmitglieder erfüllt, können nur diese hierfür zu einer Umlage herangezogen werden.

Nach den Bestimmungen der Gebührensatzung erhebt der ZEW für die Inanspruchnahme der zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen Benutzungsgebühren. Zur Zahlung der Gebühren sind die überlassungspflichtigen Abfallerzeuger aus dem Verbandsgebiet, die die vom ZV zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen benutzen, verpflichtet. Gebührenmaßstab ist das Gewicht der angelieferten Abfälle.

Für das Geschäftsjahr 2023 hat der ZEW keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen zum Kreis Düren.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Finanzanlagen	49.000,00 €	49.000,00 €	49.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	12.124.581,98 €	2.513.981,53 €	2.885.988,62 €	372.007,09 €	14,80%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstitute	4.558.370,10 €	3.038.492,33 €	2.454.637,62 €	-583.854,71 €	-19,22%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	13.449,38 €	13.449,38 €	0,00 €	-13.449,38 €	-100,00%
Summe Aktiva	16.745.401,46 €	5.614.923,24 €	5.389.626,24 €	-225.297,00 €	-4,01%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.500,00 €	34.000,00 €	34.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Ergebnisvortrag	14.777,00 €	8.559,81 €	4.678,29 €	-3.881,52 €	-45,35%
III. Jahresergebnis	-6.217,19 €	-3.881,52 €	7.532,02 €	11.413,54 €	-294,05%
B. Rückstellungen	2.315.371,75 €	2.342.289,42 €	2.510.932,94 €	168.643,52 €	7,20%
C. Verbindlichkeiten	14.395.969,90 €	3.233.955,53 €	2.832.482,99 €	-401.472,54 €	-12,41%
Summe Passiva	16.745.401,46 €	5.614.923,24 €	5.389.626,24 €	-225.297,00 €	-4,01%

f) Entwicklung der Ergebnisrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	53.304.639,53 €	39.992.616,13 €	36.419.636,39 €	-3.572.979,74 €	-8,93%
2. sonstige betriebliche Erträge	4.727,41 €	2.063,52 €	366.320,13 €	364.256,61 €	17652,20%
3. Materialaufwand	52.722.515,14 €	39.287.291,39 €	35.916.672,04 €	-3.370.619,35 €	-8,58%
4. Personalaufwand	328.897,85 €	342.548,81 €	559.990,17 €	217.441,36 €	63,48%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	206.484,62 €	308.577,97 €	249.869,29 €	-58.708,68 €	-19,03%
Betriebsergebnis	51.469,33 €	56.261,48 €	59.425,02 €	3.163,54 €	5,62%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	9.416,13 €	9.126,00 €	21.131,00 €	12.005,00 €	131,55%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	67.102,65 €	69.269,00 €	73.024,00 €	3.755,00 €	5,42%
Finanzergebnis	-57.686,52 €	-60.143,00 €	-51.893,00 €	8.250,00 €	-13,72%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit Jahresüberschuss	-6.217,19 €	-3.881,52 €	7.532,02 €	11.413,54 €	-294,05%
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	-6.217,19 €	-3.881,52 €	7.532,02 €	11.413,54 €	-294,05%

g) Lagebericht

I. Grundlagen des Zweckverbandes

Die Verbandsmitglieder StädteRegion Aachen, Stadt Aachen sowie die Kreise Düren und Euskirchen bilden den Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW), der in seiner Rechtsform eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Der ZEW trägt die öffentlich-rechtliche Entsorgungsverantwortung in dem von seinen Mitgliedern ganz oder teilweise übertragenen Aufgabenumfang. Der Umfang der ihm übertragenen Aufgaben bestimmt sich nach den Anlagen 1- 4 der Verbandssatzung des ZEW.

Organe des ZEW sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Im Übrigen gibt es die Funktion des Vorsitzenden der Verbandsversammlung sowie die Leitung der Geschäftsstelle (Geschäftsleitung).

Das Verbandsgebiet umfasst die 36 Städte und Gemeinden der dem ZEW angehörigen vier Gebietskörperschaften. In diesem 2.897 km² großen Entsorgungsgebiet in der südwestlichsten Region Nordrhein-Westfalens garantiert der Zweckverband die Entsorgungssicherheit für über 1 Mio. Bürgerinnen und Bürger und steht für leistungsgerechte und stabile Abfallgebühren. Nach Maßgabe seiner Abfallsatzung gewährleistet der ZEW vorrangig Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen, zur Vorbereitung einer Wiederverwendung, zum Recycling sowie zur stofflichen und energetischen Verwertung aber auch letztendlich zur umweltgerechten Beseitigung von Abfällen.

Zur Durchführung seiner Aufgaben hat der ZEW hauptberuflich Bedienstete (Beamte, Angestellte) eingestellt, die die Geschäftsstelle bilden. Des Weiteren kann sich der ZEW ganz oder teilweise Dritter bedienen.

Mit der operativen Erledigung eines großen Teils seiner Entsorgungsaufgaben hat der ZEW seine Tochtergesellschaft AWA Entsorgung GmbH (AWA) über einen Rahmenvertrag und zugehörige Einzelverträge beauftragt. Darüber hinaus besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen ZEW und AWA. Die AWA als eine kommunale Entsorgungsgesellschaft mit den Tätigkeitsschwerpunkten Anlagenbetrieb und Anlagenplanung nimmt u.a. den Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen wie z.B. Biovergärungs- und Kompostierungsanlagen sowie Recyclinghöfen wahr.

Die Materis GmbH, 100 %ige Tochtergesellschaft des ZEW, übernimmt die Auslastung der für den ZEW errichteten und betriebenen Anlagen, soweit die für den ZEW vorgehaltenen Behandlungskapazitäten nicht für die Entsorgung der dem ZEW überlassenen Abfälle benötigt werden.

Für die Erledigung der übernommenen abfallrechtlichen Aufgaben werden entsprechende Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) gegenüber den jeweiligen Verbandsmitgliedern erhoben.

Die Kalkulation der Gebühren erfolgt dabei auf Basis der tatsächlichen Ist-Kosten. Auf der Grundlage des Zahlenwerks aus dem geprüften Jahresabschluss, erfolgt die Nachkalkulation, mit der die tatsächlich angefallenen Kosten für den Kalkulationszeitraum ermittelt werden.

Gem. § 6 Abs. 2 des KAG NRW sind Kostenüberdeckungen am Ende eines Kalkulationszeitraums innerhalb von vier Jahren auszugleichen; Kostenunterdeckungen sollen innerhalb dieses Zeitraums ausgeglichen werden.

In die Gebührenkalkulation des ZEW fließen die von der AWA für deren Leistung berechneten Entgelte ein. Die Preise für diese Leistungen sind gemäß den zugrundeliegenden Verträgen nach der Verordnung PR-Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen zu berechnen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Bereits mit der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wurden die Ziele der Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung, Wiederverwendung und damit die Ressourcenschonung nochmals in stärkerem Maße in den Fokus genommen. Das Inkrafttreten des neuen Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetz NRW (LKrWG NRW) im Februar 2022 schreibt die fünfstufige Abfallhierarchie jetzt auch auf Landesebene fest und unterstreicht die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand. Den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern sowie den Gesellschaften, an denen sie beteiligt sind, werden verschiedene Pflichten auferlegt, die den Wandel von einer linearen Abfallwirtschaft zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft weiter vorantreiben sollen.

Aufgrund der Verwertungsvorgaben des novellierten LKrWG NRW und der Klimaschutzziele des Landes NRW sind die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (öRE) verpflichtet, weitere Abfallfraktionen aus den Siedlungsabfällen, die der thermischen Behandlung zugeführt werden, auszuschleusen und einer stofflichen Verwertung zuzuführen. Der ZEW ist bestrebt, über die bisher getrennt gesammelten Wertstofffraktionen wie z.B. Altmetall, Altglas, Altholz, Alttextilien hinaus weitere Fraktionen für eine stoffliche Verwertung an den Wertstoffhöfen getrennt zu erfassen bzw. die Sammelstrukturen in Richtung getrennte Sammlung/ schonende Sperrmüllsammlung zu beeinflussen. Die separate Sammlung von Hartkunststoffen für die stoffliche Verwertung wurde im Jahr 2022 eingeführt. Im Jahr 2023 konnten aufgrund freiwerdender Kapazitäten auf Seiten der Verwerter 460 t Matratzen aus den angelieferten kommunalen Sperrmüllanlieferungen aussortiert und der stofflichen Verwertung zugeführt werden. Darüber hinaus wurden im Jahr 2023 Kontakte zu niederländischen Matratzenrecyclern geknüpft.

Außerdem wurden weitere Gebührenanreize für eine verstärkte Getrenntsammlung von Altholz der Klasse AI-AIII mit dem Ziel geschaffen, bei der Neuausschreibung des Stoffstroms Anfang 2024, den überwiegenden Teil der stofflichen Verwertung zuführen zu können. Die neuen oder veränderten Entsorgungswege bzw. Maßnahmen sind im Abfallwirtschaftskonzept für das Verbandsgebiet darzustellen.

Das neue LKrWG NRW gibt vor, dass bei der Gebührenbemessung wirksame Anreize zur Vermeidung, zur Getrennthaltung, zum Recycling und zur sonstigen Verwertung geschaffen werden sollen. Deshalb wurde im Jahr 2023 eine Lenkungsgebühr für Bio- und Grünabfälle eingeführt. Die deutliche Senkung der Leistungsgebühren für den Bioabfall um 54,07 €/t auf 36,86 €/t, für kompostierbare Grünabfälle um 32,65 €/t auf 27,34 €/t war geboten, um spürbare Anreize zu schaffen, einerseits die getrennt gesammelte Menge an Bioabfall für die Biovergärung/Kompostierung (und damit auch indirekt die Energiegewinnung) deutlich zu erhöhen. Andererseits sollte dadurch der relative hohe Nativ-Organik-Anteil im

Restmüll, ca. 39 % (Literaturwert), der sich aufgrund seines Feuchtegehaltes merklich negativ auf den Verbrennungsprozess auswirkt, reduziert werden.

Aufgrund der sehr hohen Verschmutzung der Bioabfallanlieferungen im Jahr 2023 und um die Ziele der novellierten BioAbfV einhalten zu können, wurden die Leistungsgebühren zum 1.1.2024 erneut angepasst.

2. Geschäftsverlauf

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan (bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan, dem Stellenplan und dem Finanzplan) sowie eine detaillierte Gebührenkalkulation.

Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet. Die thermische Behandlung der dem ZEW überlassenen Abfälle war zu jeder Zeit gewährleistet. Die im Wirtschaftsplan der MVA geplante Durchsatzmenge von 360.000 t wurde um 35.508 t überschritten, ca. 51 % davon (201.376 t) lieferten ZEW und AWA.

Gestiegene gesetzliche Anforderungen an Kompost und vermehrter Störstoffeintrag in den Bioabfall durch mangelhafte Abfalltrennung in den Haushalten haben bei der Behandlung des Bioabfalls zu erheblichem Mehraufwand geführt. Aussortierte Störstoffe vermischt mit erheblichen Anteilen Bioabfall wurden der MVA zur thermischen Behandlung zugeführt.

Im Hinblick auf die schärferen Qualitätsvorgaben der BioAbfV werden weiterhin im Auftrag des ZEW alle kommunalen Bioabfallanlieferungen kontrolliert und bonitiert. Gemeinsam mit den Sammel-örE sind bis zum Jahr 2025 dringend weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Bioabfallqualität voranzutreiben. Deutlich veränderte Lenkungsgebühren für Bio- und Grünabfälle sollten Anreize für die Kommunen bzw. die Sammel-örE schaffen, noch vor dem Jahr 2025 wirksame Maßnahmen zu treffen, um die Qualität der Biotonne spätestens bei der Einsammlung zu kontrollieren. Bislang haben erst wenige Kommunen Kontrollmechanismen wie z.B. sog. „Waste Watcher“ oder die Ausrüstung von Sammelfahrzeugen mit KI-basierten Detektorsystemen eingeführt.

Die Gebühreneinnahmen stellen sich für das Jahr 2023 wie folgt dar:

Herkunft	Ist	Plan	ΔPL
StädteRegion (o. Stadt Aachen)	12.213.032 €	12.541.492 €	-328.460 €
Stadt Aachen	9.178.564 €	9.251.471 €	-72.907 €
Kreis Düren	10.724.762 €	11.214.500 €	-489.738 €
Kreis Euskirchen	1.524.459 €	1.701.573 €	-177.114 €
Summe	33.640.817 €	34.709.036 €	-1.068.219 €

Im Verbandsgebiet blieben die Haus- und Sperrmüllmengen im Jahr 2023 im Vorjahresvergleich stabil.

Seit dem Beitritt des Kreises Euskirchen zum 01. Januar 2023 sind zusätzliche Haus- und Sperrmüllmengen hinzugekommen.

Herkunft	Ist	Plan	ΔPL
StädteRegion (o. Stadt Aachen)	99.231 t	103.300 t	-4.069 t
Stadt Aachen	66.103 t	68.380 t	-2.277 t
Kreis Düren	90.071 t	96.015 t	-5.944 t
Kreis Euskirchen	10.751 t	12.000 t	-1.249 t
Summe	266.156 t	279.695 t	-13.539 t

Das Wirtschaftsjahr 2023 schließt vor Berücksichtigung von Rückerstattungsverpflichtungen/ Inanspruchnahmen aus Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen mit einem Jahresüberschuss von T€ 363 ab.

3. Personalentwicklung

Im Berichtsjahr 2023 waren vier hauptamtlichen Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren im Jahr 2023 insgesamt 3,50 Arbeitnehmer innen beschäftigt.

Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA Entsorgung GmbH in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des Geschäftsbesorgungsvertrages.

4. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Jahr 2023 lagen mit insgesamt T€ 36.420 um 9 % unter dem Vorjahresniveau (T€ 39.993). Die Umsatzminderung erfolgt im Wesentlichen aus dem Herkunftsbereich der Stadt Aachen (T€ 9.384; Vj. T€ 10.325), der StädteRegion Aachen (T€ 12.469; Vj. T€ 14.389) und dem Kreis Düren (T€ 10.869; Vj. T€ 12.538). Der Kreis Euskirchen (T€ 1.524 T€; Vj. T€ 0) ist ab 01. Januar 2023 neu hinzugekommen.

Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen (s.a. Ausführungen unter I.).

Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i.d.R. beim Rohergebnis (T€ 503; Vj. T€ 706) nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen. Das Rohergebnis deckt die übrigen Verwaltungskosten.

Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem positiven Ergebnis in Höhe von T€ 363 ab (vor Berücksichtigung von Rückerstattungsverpflichtungen/ Inanspruchnahmen aus Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen).

Da der ZEW seine Gebühren auf KAG-Basis kalkuliert, entstehen keine Gewinne aus dem operativen Geschäft. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen.

In der Gebührenkalkulation dürfen Pensionen und Versorgungsleistungen für ehemals beim ZEW beschäftigte Beamte nicht angesetzt werden. Diese Aufwendungen sind durch Umlagen der Verbandsmitglieder an den ZEW zu erstatten. Im Jahr 2023 mussten keine Umlagen festgesetzt werden. Vor Zuführung/ Inanspruchnahme der Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürger/-innen wies der ZEW damit ein Ergebnis in Höhe von T€ 363 aus.

Das außergewöhnlich hohe Jahresergebnis resultiert im Wesentlichen aus geringeren Kosten im Bereich der Beratungskosten (200 T€), da eine geplante Hausmüllanalyse nicht im Wirtschaftsjahr durchgeführt wurde. Grundsätzlich liegen die Personalkosten über den geplanten Personalkosten, was ursächlich auf die erstmalige Rückstellungsbildung für eine Pensionsverpflichtung zurückzuführen ist, der jedoch eine entsprechende Forderung gegenüber den vorherigen Dienstherren gegenübersteht.

Die eigentlichen Personalkosten liegen unter Plan, da einerseits die im Stellenplan hinterlegten Besoldungen derzeit noch nicht den tatsächlichen Besoldungen entsprechen und andererseits Krankengeldanspruch im Jahr 2023 im Angestelltenbereich bestand.

b) Finanzlage

Die Finanzlage des ZEW ist weiterhin geordnet.

Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen. Im Wirtschaftsjahr 2023 wurden keine Investitionen getätigt.

Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Minderung des Finanzmittelfonds um T€ 583 auf nunmehr T€ 2.455.

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2023 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gesichert.

Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG) hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern / -besitzern zu erhebenden Gebühren einzubeziehen.

Der ZEW kann von seinen Mitgliedern eine Umlage erheben, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge gemäß § 3 Abs. 2 dieser Satzung, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen.

c) Vermögenslage

Das Anlagevermögen ist von untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben.

Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 1.452; Vj. T€ 1.616), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW grundsätzlich überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind. Weitere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Gesellschaftern bestehen in Höhe von T€ 1.016 (Vj. 851 T€) sowie gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 86 (Vj. 36 T€).

Den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stehen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen insgesamt in Höhe von T€ 2.819 T€ (Vj. T€ 3.224) gegenüber.

Die Rückstellungen (T€ 2.511; Vj. T€ 2.342) erhöhen sich um insgesamt T€ 169.

5. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

5.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt verwendbar.

Die Liquidität I. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital) weist einen Wert von 74 % auf. Die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen/kurzfristiges Fremdkapital) beträgt 161 %.

Im monatlichen Berichtswesen werden finanzielle Leistungsindikatoren fortlaufend analysiert. Hervorzuheben sind hier die Tonnagen bzgl. der angenommenen und entsorgten Abfallmengen und den daraus resultierenden Umsatzerlösen.

5.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltschutz

Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies. Damit gewährleistet der ZEW eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung.

Hierbei ist der ZEW bestrebt, die 5-stufige Abfallhierarchie, insbesondere die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung das Recycling vorrangig vor einer Beseitigung von Abfällen gemäß den Zielen der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes umzusetzen. Zahlreiche Projekte

der durch den ZEW beauftragten Abfallberatung der AWA Entsorgung GmbH, wie die Kampagne Blumen ohne Plastik, #wirfürBio – kein Plastik in die Tonne sowie die Erarbeitung eines regionalen Reparaturführers sind hier zu nennen.

III. Prognosebericht

Aufgrund der Verwertungsvorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, des LKrWG NRW und der Klimaschutzziele des Landes NRW ist der Zweckverband verpflichtet, stetig weitere Abfallfraktionen aus den Siedlungsabfällen auszuschleusen und einer stofflichen Verwertung zuzuführen. Um einerseits vorgegebene Recyclingquoten erfüllen zu können und andererseits der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand gerecht zu werden, sind nicht unerhebliche Abfallmengen der Verbrennung und damit der MVA Weisweiler zu entziehen.

Durch den Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und die Übertragung der Sperrmüllmengen (ca. 12.000 t/a) zum 01.01.2022 und der Hausmüllmengen (ca. 35.000 t/a) zum 01.01.2025 auf den ZEW entsteht keine Lücke im Verbrennungskontingent von ZEW und AWA. Im Gegenteil, der ZEW kann sich weiterhin vorrangig der Erfassung von Wertstoffen mit zielführenden Maßnahmen und neuen Ideen zur Wiederverwendung/-verwertung dieser Stoffe annehmen. Ziel ist eine verstärkte Förderung der Kreislaufwirtschaft. Beispielsweise sollen auf den Wertstoffhöfen/Entsorgungszentren im Verbandsgebiet zukünftig weitere Abfallfraktionen (z.B. Rigips, Matratzen) getrennt gesammelt werden.

Zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet ist es notwendig, das Auslastungskontingent der AWA gem. § 2 (3) der Zusammenarbeitsvereinbarung vom 07.04.2017 um weitere 17.500 t auf 203.500 t/a zu erhöhen. Entsprechend reduziert sich das Auslastungskontingent der EGN auf 156.500 t.

Durch die Novellierung der Kreislaufwirtschaftsgesetze ist die Überarbeitung der kommunalen Beratungsstrukturen im Allgemeinen und der Inhalte der Abfallberatung nun dringend geboten. Eine zielgruppengerechte Förderung des Wissens über Abfallvermeidung, Wiederverwendung und richtige Abfalltrennung ist wesentlich für eine nachhaltige Abfallwirtschaft. Deshalb soll beispielsweise im Bereich der Abfallpädagogik in den Kindergärten und Grundschulen weiterhin die Bewusstseinsbildung hin zu abfallvermeidenden Maßnahmen im Fokus stehen, mit dem Ziel der Veränderung des Konsumverhaltens. Schließlich bedeutet Abfallvermeidung gleichzeitig Klimaschutz. Jede Tonne Restmüll, der nicht entsteht, entlastet das Klima um ca. eine Tonne CO₂.

Die teils umgesetzten, teils geplanten Maßnahmen zur Intensivierung der Getrenntsammlung von Wertstoffen zur stofflichen Verwertung, die schärferen Qualitätsvorgaben der BioAbfV an die eingesammelten Bioabfälle im Jahr 2025 sowie das Konzept zur Optimierung der Bio- und Grünabfallverwertung im gesamten Verbandsgebiet und auch der Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW sollten im Abfallwirtschaftskonzept (AWK) dokumentiert, das AWK fortgeschrieben werden.

Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden. Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres betrugen T€ 36.420 (Vj. T€ 39.993). Aufgrund der kalkulatorischen Bedingungen (s.a. unter Nr. I) erhält der ZEW seine Selbstkosten erstattet, die somit auch ihren Niederschlag in den Gebühren (Umsatzerlösen) finden. Es besteht dadurch eine Korrelation und korrespon-

dierende Entwicklung zwischen den Entsorgungskosten (T€ 35.917; Vj. T€ 39.287) und den Umsatzerlösen (T€ 36.420; Vj. T€ 39.933).

Der Wirtschaftsplan 2024 weist Entsorgungskosten von T€ 31.326 und Umsatzerlöse von T€ 33.627 aus.

Grundlage der Plankosten sind die Kosten, die die AWA gemäß ihres Wirtschaftsplanes dem ZEW im Jahr 2024 in Rechnung stellen wird. Diese Kosten fallen für die Erbringung von Entsorgungsleistungen an, mit denen der ZEW die AWA beauftragt hat.

Den Kostenplanungen der AWA liegen Mengenplanungen zugrunde, die auf Basis der Erfahrungen aus den Vorjahren und unter Berücksichtigung eventueller gesetzlicher und struktureller (z.B. Änderung von Sammelsystemen) Einflüsse entwickelt worden sind.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Der angelieferte kommunale Bioabfall weist weiterhin zum Teil sehr hohe Störstoffmengen auf. Die Gefahr besteht, dass bei zu hoher Störstoffmenge eine Entfrachtung nicht in ausreichendem Maße durch technische Hilfsmittel in der Kompostierungsanlage erreicht wird. Der hergestellte Kompost darf dann nicht verwertet, sondern muss verbrannt werden.

Der geforderte Kontrollwert von 1% Gesamtkunststoff bei Bioabfällen darf ab 2025 nicht überschritten werden. Die Menge Bioabfall, die aufgrund eines solchen Grenzwertes nicht mehr der Kompostierung zugeführt werden dürfte sondern verbrannt werden müsste, würde deutlich steigen und auch der Biogasproduktion entzogen.

Die Einführung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) stellt einerseits auch ein Risiko für die Verbrennungsentgelte des ZEW dar. Dies liegt in der Tatsache begründet, dass die Siedlungsabfälle einen höheren Anteil an organischem Kohlenstoff im Verhältnis zum fossilen Kohlenstoff haben, dies ist bei den Gewerbeabfällen umgekehrt. Die zu entrichtende Abgabe nach dem BEHG beläuft sich für das Jahr 2024 auf 45 €/t fossiles CO₂, in den Folgejahren ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Ab dem Jahr 2027 unterliegt die Abgabe keinem Höchstpreis im europäischem Zertifikathandel, hier wird aktuell vermutet, dass eine Tonne fossiles CO₂ über 100 € kosten wird.

Die Abgabe ist in die Gebühren mit einzubeziehen und verteuert zum Beispiel den Hausmüll im Jahr 2024 um 18,08 €/t.

2. Chancenbericht

Im Hinblick auf sein strukturelles Umfeld befindet sich der ZEW nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation, so dass er nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann. Daher können Chancen im inhaltlichen Sinne des Deutschen Rechnungslegungsstandards 20 (DRS 20) nur bedingt beschrieben werden.

Mit dem am 29.10.2020 in Kraft getretenen Gesetz zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union wird das Deutsche Kreislaufwirtschaftsgesetz an die neuen EU-Vorgaben aus dem Jahr 2018 angepasst. Die daraus resultierenden weitergehenden Anforderungen an Getrennterfassung von verwertbaren Stoffen, Wiederverwendung und Wiederverwertung werden als Chance betrachtet, die Abfallwirtschaft ökonomisch und ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz werden ökonomische Anreize zur CO₂ Verminderung in den betrieblichen Abläufen geschaffen. Auch diese Entwicklung ist als Chance für den ZEW zu bewerten.

Es ist als Chance im Rahmen der Novellierung der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) zu betrachten, dass die Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie auch dort sehr fokussiert wurde, mit der Folge einer Stärkung des Recyclings und Intensivierung der Verwertung. Die Anforderungen an eine getrennte Erfassung und anschließende Wiederverwertung sind demnach strenger.

Die sog. „Pflichtrestmülltonne“ für überlassungspflichtige Abfälle aus Gewerbebetrieben bleibt weiterhin Tatbestand der GewAbfV. Auch die Betreiber von Sortieranlagen werden stärker zu einer hochwertigen Sortierung und Erhöhung der Verwertungsmengen angehalten.

Sie sind seit 01.01.2019 verpflichtet, gegenüber den Abfallerzeugern/-besitzern Erklärungen abzugeben, dass ihre Anlagen technisch den Anforderungen der GewAbfV entsprechen und die geforderte Sortierquote erreicht wird. Allerdings fehlt aktuell eine konsequente Überwachung durch die unteren Abfallwirtschaftsbehörden.

Durch den Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW und der Übertragung der Aufgabe, Sperrmüll und Restabfälle zu entsorgen, wird das Kontingent von AWA/ZEW in der MVA vollständig ausgelastet werden. Wertstoffe, die den Abfällen mit dem Ziel der Wiederverwendung oder des Recyclings künftig entzogen werden, führen nicht zu Lücken in der Auslastung der vorhandenen Verbrennungskapazität.

3. Gesamtaussage

Das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW bedingt, dass bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten können. Das Kostendeckungsprinzip gewährleistet einerseits, dass dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen ist.

Es ist Interesse und Aufgabe des ZEW, Risiken zu vermeiden, die einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZEW haben.

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Verbandsvorsteher:

Grüttemeier, Dr. Tim
(01.01.2022 bis 31.12.2023)

Thomas, Heiko
(ab 01.01.2024)

StädteRegion
Aachen

Stadt Aachen

Städteregionsrat

Dezernent

Verbandsversammlung:	Kreis Düren	7 Sitze	25%
	StädteRegion Aachen	7 Sitze	25%
	Stadt Aachen	7 Sitze	25%
	Kreis Euskirchen	7 Sitze	25%

Vertretung des Kreises Düren

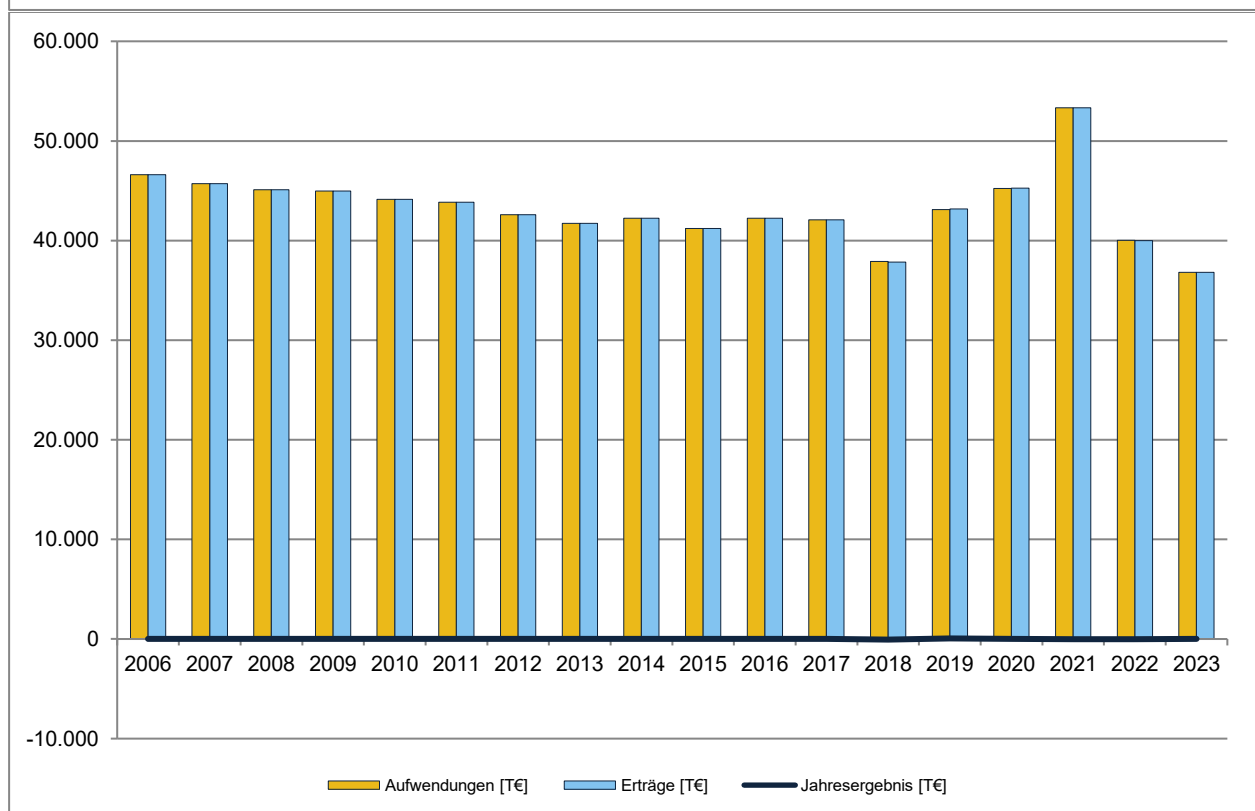
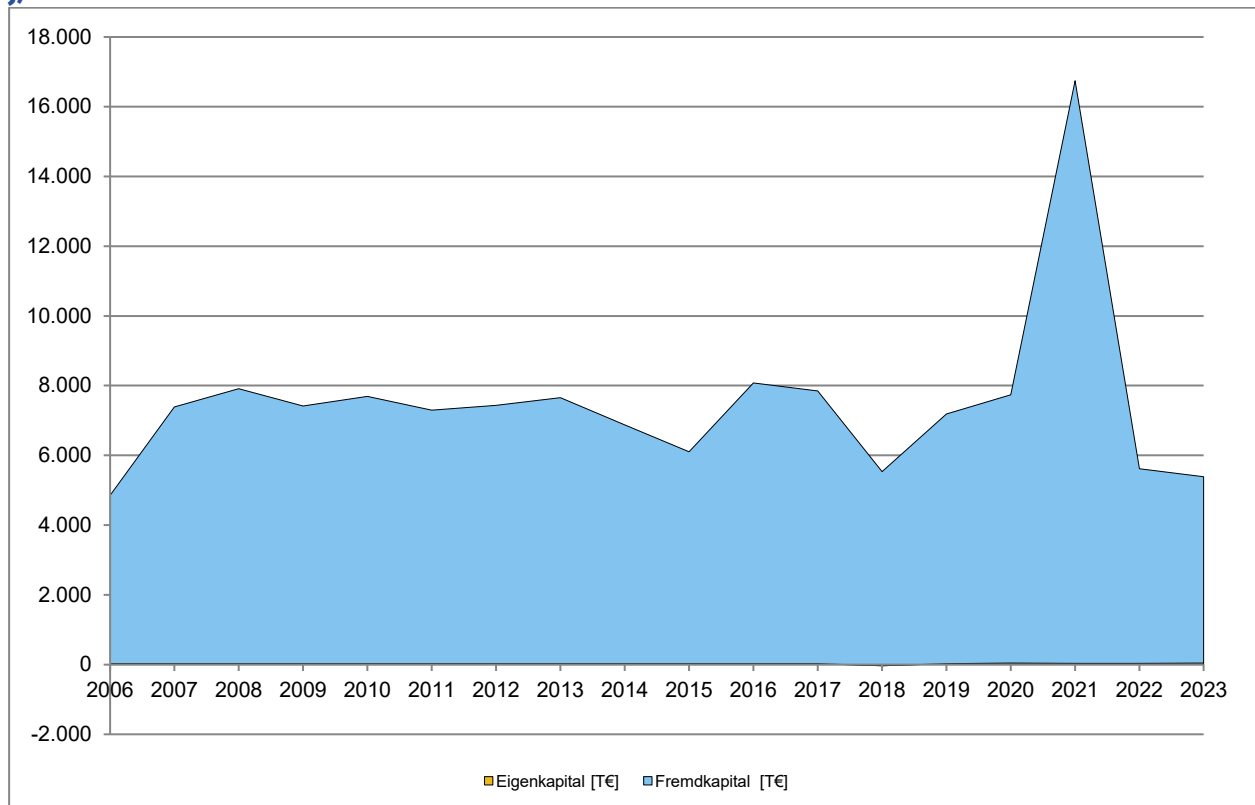
Verbandsversammlung:

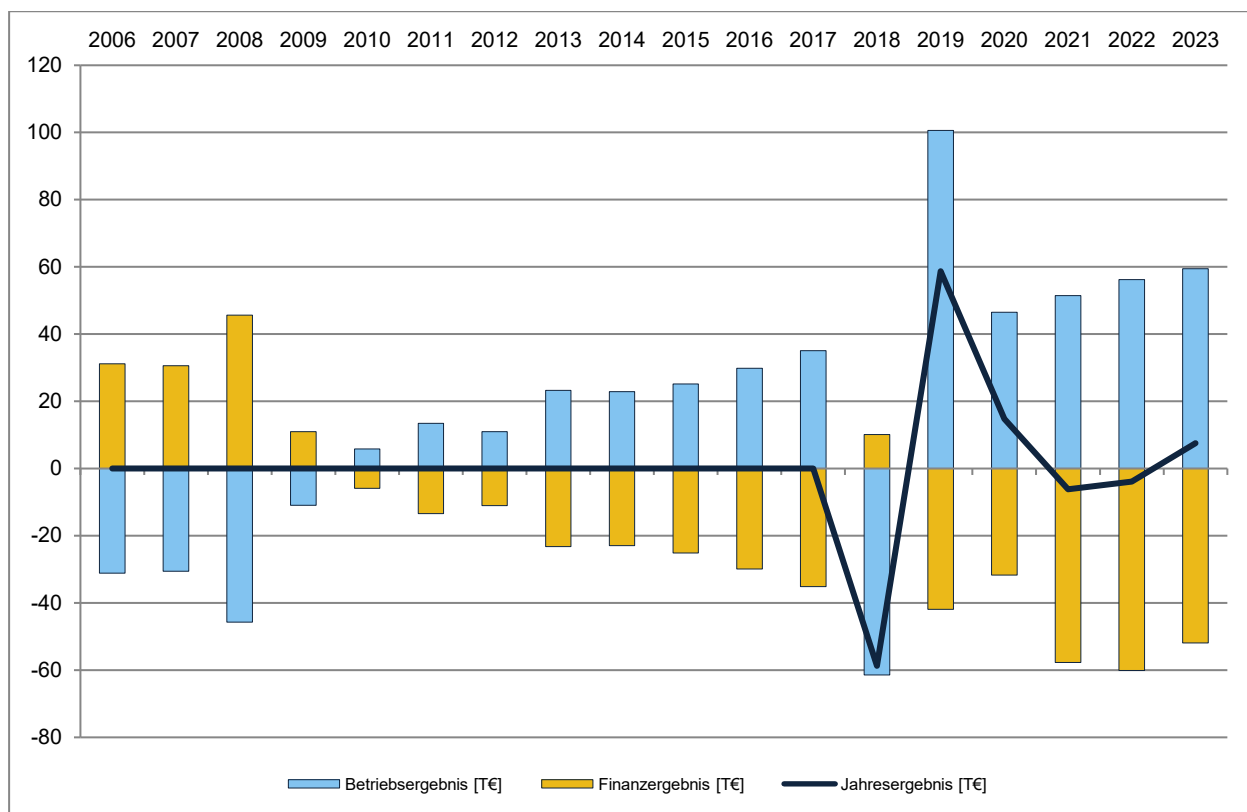
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
	Beauftragter des		
Aßhoff, Ferdinand	Landes NRW	08.11.2024	
Antons, Hubert	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Krischer, Andreas	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Lenzen, Jonas	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Schmitz, Hans-Peter	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Schütz, Jürgen	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender der Verbandsversammlung)	Landrat	03.07.2014	08.11.2024

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Zweckverband tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	0,20%	0,69%	0,86%	0,49%
Eigenkapitalrentabilität	-18,25%	-10,04%	16,30%	8,22%
Anlagendeckungsgrad 2	69,51%	78,94%	94,31%	9,43%
Verschuldungsgrad	49064,69%	14416,99%	11563,25%	-34647,70%
Umsatzrentabilität	0,10%	0,14%	0,16%	0,04%

21 Zweckverband Region Aachen



Rotter Bruch 6
52068 Aachen
Telefon: 0241 / 927 8721-10
Telefax: 0241 / 927 8721-20
E-Mail: info@regionaachen.de
Homepage: www.regionaachen.de

a) Gegenstand des Zweckverbands

Der Zweckverband Region Aachen mit Sitz in Aachen verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts ‚Steuerbegünstigte Zwecke‘ der Abgabenordnung. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die nachfolgend aufgeführten Aufgaben:

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Der Zweckverband ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Zweckverbands dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Zweckverband

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Verbandsmitglieder

Mitglieder	Anteil [T€]	Anteil [%]
Kreis Düren	-	20
StädteRegion Aachen	-	20
Stadt Aachen	-	20
Kreis Euskirchen	-	20
Kreis Heinsberg	-	20
Landschaftsverband Rheinland	-	beratend
Stammkapital	-	0

Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet.

d) Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt von seinen Verbandsmitgliedern eine Umlage. Der Kreis Düren hat für das Haushaltsjahr 2023 eine Verbandsumlage – auf Grundlage der Einwohnerzahl – i.H.v. 318 T€ entrichtet.

e) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
1. Anlagevermögen					
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	2,00 €	2,00 €	2,00 €	0,00 €	0,00%
1.2 Sachanlagen	33.039,00 €	29.689,00 €	54.013,00 €	24.324,00 €	81,93%
1.3 Finanzanlagen	2.000,00 €	2.000,00 €	2.000,00 €	0,00 €	0,00%
2. Umlaufvermögen					
2.1 Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	1.137.099,78 €	903.006,80 €	362.647,08 €	-540.359,72 €	-59,84%
2.2 Liquide Mittel	485.801,21 €	820.580,06 €	584.581,03 €	-235.999,03 €	-28,76%
3. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	7.140,00 €	4.944,06 €	-2.195,94 €	-30,76%
Summe Aktiva	1.657.941,99 €	1.762.417,86 €	1.008.187,17 €	-754.230,69 €	-42,80%
Passiva					
1. Eigenkapital					
1.1 Allgemeine Rücklagen	71.983,25 €	97.652,56 €	144.659,78 €	47.007,22 €	48,14%
1.2 Ausgleichsrücklagen	35.991,63 €	48.826,28 €	72.329,89 €	23.503,61 €	48,14%
1.3 Jahresergebnis	38.503,96 €	70.510,83 €	-93.122,43 €	-163.633,26 €	-232,07%
2. Sonderposten für Zuwendungen	0,00 €	0,00 €	24.313,02 €	24.313,02 €	

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
3. Rückstellungen	22.500,00 €	16.500,00 €	17.000,00 €	500,00 €	3,03%
4. Verbindlichkeiten	1.453.483,15 €	1.493.987,23 €	823.872,54 €	-670.114,69 €	-44,85%
5. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	35.480,00 €	34.940,96 €	19.134,37 €	-15.806,59 €	-45,24%
Summe Passiva	1.657.941,99 €	1.762.417,86 €	1.008.187,17 €	-754.230,69 €	-42,80%

f) Entwicklung der Ergebnisrechnung

Gewinn- u. Verlust- rechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.601.461,90 €	3.679.066,10 €	2.986.372,06 €	-692.694,04 €	-18,83%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	4.222,80 €	4.740,70 €	517,90 €	12,26%
sonstige ordentliche Erträge	322.567,23 €	479.839,65 €	620.916,78 €	141.077,13 €	29,40%
Personalaufwendungen	1.952.576,91 €	1.933.099,48 €	1.955.734,79 €	22.635,31 €	1,17%
Vorsorgeaufwendungen	336.088,99 €	331.688,58 €	331.933,05 €	244,47 €	0,07%
Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	48.119,41 €	26.696,62 €	26.895,24 €	198,62 €	0,74%
Bilanzielle Abschreibungen	12.104,60 €	102.618,51 €	99.098,67 €	-3.519,84 €	-3,43%
Transferaufwendungen	958,11 €	5.952,00 €	0,00 €	-5.952,00 €	-100,00%
sonstige ordentliche Aufwendungen	1.530.607,71 €	1.686.576,64 €	1.267.115,76 €	-419.460,88 €	-24,87%
ordentliches Ergebnis	43.573,40 €	76.496,72 €	-68.747,97 €	-145.244,69 €	-189,87%
Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	5.069,44 €	5.985,89 €	24.374,46 €	18.388,57 €	307,20%
Finanzergebnis	-5.069,44 €	-5.985,89 €	-24.374,46 €	-18.388,57 €	307,20%
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	38.503,96 €	70.510,83 €	-93.122,43 €	-163.633,26 €	-232,07%
Jahresergebnis	38.503,96 €	70.510,83 €	-93.122,43 €	-163.633,26 €	-232,07%

g) Lagebericht

1. Allgemeines

Das Haushaltsjahr 2023 stellt das elfte operative Geschäftsjahr des Region Aachen Zweckverband dar. Mitglieder des Region Aachen Zweckverband sind die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg, die StädteRegion Aachen sowie die Stadt Aachen und mit beratender Stimme der Landschaftsverband Rheinland.

Entsprechend der Satzung organisiert der Region Aachen Zweckverband die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die **Aufgabe**, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Zukunftsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbes. der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW) sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Region Aachen Zweckverband sind die Verbandsversammlung, die Präsidentin/der Präsident des Zweckverbandes und die Verbandsvorhersteherin/der Verbandsvorsteher.

- a) Die **Verbandsversammlung** hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertreterinnen und Vertretern der Verbandsmitglieder - 12 Mitglieder je Gebietskörperschaft zuzüglich einer Vertreterin/eines Vertreters des Landschaftsverbands Rheinland als beratendes Mitglied.
Als Vorsitzenden wählte die Verbandsversammlung am 21.12.2020 Herrn Dr. Hanno Kehren.

Die Verbandsversammlung beschließt grundsätzlich über alle wesentlichen Angelegenheiten des Verbandes. Zur fachlichen Beratung hat der Zweckverband mit Beginn der Kommunalwahlperiode 2020 als beratende Gremien drei Ausschüsse:

Ausschuss für:

(eu)regionale Wirtschaft, Strukturentwicklung und Gesundheit
Vorsitz: Dr. Ralf Nolten, MdL, CDU Fraktion

(eu)regionale Arbeit, Fachkräftesicherung, Bildungs- und Wissensregion
Vorsitz: Manfred Bausch, SPD Fraktion

(eu)regionale Kultur und Tourismus
Vorsitz: Bernd Schwuchow, SPD Fraktion

- b) **Präsident** des Region Aachen Zweckverband ist der Kölner Regierungspräsident Dr. Thomas Wilk. Der Verbandspräsident vertritt vorrangig die Interessen der Aachener Region in den Gremien der EUREGIO Maas-Rhein.

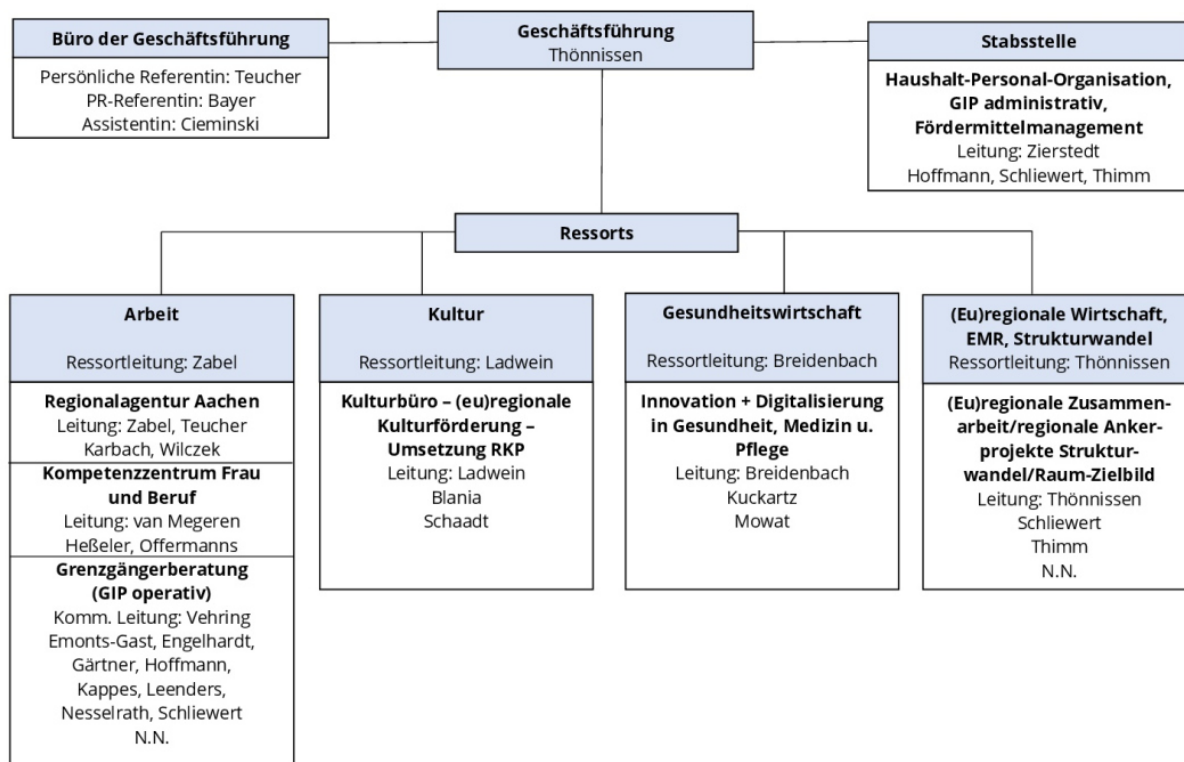
- c) **Verbandsvorsteher** des Region Aachen Zweckverband ist der Landrat des Kreises Heinsberg Herr Stephan Pusch, der am 21. Dezember 2020 von der Verbandsversammlung gewählt wurde. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte des Zweckverbandes und vertritt diesen gerichtlich und außergerichtlich. Er wird hierbei durch eine Geschäftsstelle unterstützt.

Die Geschäftsstelle

Die laufenden Geschäfte werden durch die Geschäftsstelle des Region Aachen Zweckverband umgesetzt. Geschäftsführerin ist Frau Ulla Thönnissen.

Die Gliederung der Geschäftsstelle richtet sich nach dem folgenden Organigramm:

Organigramm Region Aachen Zweckverband – Stand: Dezember 2023



2. Jahresergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2023 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresergebnis in Höhe von -93.923,26 Euro ab.

Der Jahresfehlbetrag ist im Wesentlichen durch zwei Aufwandspositionen zu begründen:

- Die Personalaufwendungen sind durch den Abschluss des Tarifvertrages im öffentlichen Dienst (Laufzeit 01.03.2023 – 31.12.2024) im Jahr 2023 durch die Zahlung des „Inflationsausgleichsgeld“ um rd. 65.000 Euro gestiegen.
- Die Zinsaufwendungen für den Liquiditätskredit sind im Jahr 2023 um rd. 19.000 Euro.

2.1. Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

2.1.1. Ergebnislage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Jahresergebnisses auf:

Ergebnisart	Ist 2022 in €	Plan 2023 in €	Ist 2023 in €	Abweichung Plan/Ist 2023 in €
Ordentliche Erträge	4.163.128,55	3.288.086,00	3.607.288,84	319.202,84
Ordentliche Aufwendungen	4.086.631,83	3.282.586	3.676.837,64	-394.251,64
Ordentliches Ergebnis	76.496,72	5.500,00	-69.548,80	-75.048,80
Finanzergebnis	-5.985,89	-5.500,00	-24.374,46	-18.874,46
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	70.510,83	0,00	-93.923,26	-93.923,26
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	70.510,83	0,00	-93.923,26	-93.923,26

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung neue Schulden entstehen.

Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Ergebnis von -69.548,80 Euro ab.

Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Finanzergebnis in Höhe von -24.374,46 Euro in das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ein, das sich in Höhe von -93.923,26 Euro darstellt. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit veränderte sich somit um -93.923,26 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2023.

Jahresergebnis

Neben dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit fließt das außerordentliche Ergebnis, welches im Jahr 2023 mit 0,00 Euro abschließt, in das Jahresergebnis ein. Das Jahresergebnis beträgt -93.923,26 Euro. Das Ergebnis änderte sich somit um -93.923,26 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2023. Ein negatives Jahresergebnis muss zunächst durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Die Verpflichtung zur vorrangigen Inanspruchnahme zur Abdeckung eines Jahresfehlbetrages besteht auch dann, wenn die Mittel der Ausgleichsrücklage nicht zur Deckung ausreichen und zusätz-

lich die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden muss. Im Anhang zum Jahresabschluss wurde bereits unter „Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Schlussbilanz“ aufgezeigt, dass das Jahresergebnis durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage i.H.v. 72.329,89 Euro und der Allgemeinen Rücklage i.H.v. 21.593,37 Euro gedeckt werden soll.

Dazu wird nachfolgend die Entwicklung der Rücklagen dargestellt.

Rücklagen

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der Allgemeinen Rücklage im Ergebnis, sowie in der Planung für das Berichtsjahr 2023:

Position	Ist-2016 in-€	Ist-2017 in-€	Ist-2018 in-€	Ist-2019 in-€	Ist-2020 in-€	Ist-2021 in-€	Ist-2022 in-€	Plan-2023 in-€	Ist-2023 in-€
Jahresergebnis	-17.576	14.359	-18.467	22.089	40.992	38.504	70.511	0	-93.923,26
Bestand der Ausgleichsrücklage zum 01.01.	13.592	0	14.359	0	22.089	35.992	48.827	72.330	72.330
Inanspruchnahme/Zuführung Ausgleichsrücklage	-13.592	+14.359	-14.359	+22.089	+13.903	+12.835	+23.503	0	-72.330
Endbestand der Ausgleichsrücklage	0	14.359	0	22.089	35.992	48.827	72.330	72.330	0
Bestand der Allgemeinen Rücklage zum 01.01.	52.987	49.003	49.003	44.895	44.895	71.984	97.653	144.660	144.660
Inanspruchnahme/Zuführung Allgemeine Rücklage	-3.984	0	-4.108	0	+27.089	+25.669	+47.007	0	-21.593
Endbestand der Allgemeinen Rücklage	49.003	49.003	44.895	44.895	71.984	97.653	144.660	144.660	123.067
Eigenkapital insgesamt	49.003	63.362	44.895	66.984	107.976	146.480	216.990	216.990	123.067

2.1.2. Ertragslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge sowie die Abweichung zu den Planwerten 2023:

Ertragsart	Ist 2022 in €	Plan 2023 in €	Ist 2023 in €	Abweichung Plan/Ist 2023 in €
Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.679.066,10	3.283.586,00	2.986.372,06	-297.213,94
Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
Privatrechtliche Leistungserträge	4.222,80	0,00	0,00	0,00

Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige ordentliche Erträge	479.839,65	4.500,00	620.916,78	616.416,78
Aktiviertete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Ordentliche Erträge	4.163.128,55	3.288.086,00	3.607.288,84	319.202,84
Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	4.163.128,55	3.288.086,00	3.607.288,84	319.202,84

Gegenüber dem Planansatz 2023 ist eine Abweichung von +319.202,84 Euro festzustellen.

Ordentliche Erträge

Insgesamt beziffern sich die ordentlichen Erträge der Region Aachen im Jahr 2023 auf 3.607.288,84 Euro. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder in Höhe von 1.527.085 Euro (= 42,33%) sowie projektorientierter Fördermittel und sonstiger Zuschüsse bzw. ordentlicher Erträge von 2.080.203,84 Euro (= 57,67%).

2.1.3. Aufwandslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aufwendungen sowie die Abweichung zu den Planwerten 2023:

Aufwandsart	Ist 2022 in €	Plan 2023 in €	Ist 2023 in €	Abweichung Plan/Ist 2023 in €
Personalaufwendungen	1.933.099,48	2.183.196,00	1.950.994,09	232.201,91
Versorgungsaufwendungen	331.688,58	0,00	331.933,05	-331.933,05
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.696,62	30.928,00	26.895,24	4.032,76
Bilanzielle Abschreibungen	102.618,51	2.500,00	99.038,40	-96.538,40
Transferaufwendungen	5.952,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.686.576,64	1.065.962,00	1.267.976,86	-202.014,86
Ordentliche Aufwendungen	4.086.631,83	3.282.586,00	3.676.837,64	-394.251,64
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5.985,89	5.500,00	24.374,46	-18.874,46
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	4.092.617,72	3.288.086,00	3.701.212,10	-413.126,10

Gegenüber dem Planansatz 2023 ist eine Abweichung von -413.126,10 Euro festzustellen.

2.2. Finanzhaushalt und Finanzrechnung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen:

	Ist 2022 in €	Plan 2023 in €	Ist 2023 in €	Abweichung Plan/Ist 2023 in €
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.938.848,25	3.288.086,00	3.338.152,48	50.066,48
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.596.136,98	3.285.586,00	3.133.778,56	151.807,44
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	342.711,27	2.500,00	204.373,92	201.873,92
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.932,42	0,00	40.168,78	-40.168,78
Saldo aus Investitionstätigkeit	-7.932,42	0,00	-40.168,78	-40.168,78
Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	334.778,85	2.500,00	164.205,14	161.705,14
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	400.000,00	-400.000,00
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	-400.000,00	-400.000,00
Änderung Bestand eigener Finanzmittel	334.778,85	2.500,00	-235.794,86	-238.294,86

Die Bilanzposition „Liquide Mittel“ verringert sich im Vergleich zum Vorjahr um 238.294,86 Euro. Der Wert der liquiden Mittel zum 31.12.2023 beträgt 584.785,20 Euro.

3. Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögens- und Schuldensituation zum Stichtag wieder (vgl. Bilanz zum 31.12.2023).

Gegenüber dem Vorjahr verringert sich die Gesamtbilanzsumme um 755.031,52 Euro auf 1.007.386,34 Euro.

4. Kennzahlen

Mit Einführung des NKF wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales ein Kennzahlenset entwickelt.

Die Analyse der Kennzahlen des Region Aachen Zweckverband wird dabei nur solche Kennzahlen näher erläutern, die für die Darstellung der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation von größerer Bedeutung sind. Die Kennzahlen sind in Anlage 1 erläutert und entsprechend dem NKF-Kennzahlenset NRW ermittelt worden.

4.1. Kennzahlen und Analyse der Vermögens- und Schuldenlage

Kennzahl	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %	Wert 2019 in %	Wert 2020 in %	Wert 2021 in %	Wert 2022 in %	Wert 2023 in %
Eigenkapitalquote 1	9,31	8,16	6,93	3,19	4,32	6,95	8,83	12,31	12,22

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz.

4.2. Kennzahlen und Analyse der Finanzlage

Kennzahl	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %	Wert 2019 in %	Wert 2020 in %	Wert 2021 in %	Wert 2022 in %	Wert 2023 in %
Liquidität 1. Grades	36,58	18,11	12,95	36,69	24,17	39,80	42,79	72,35	91,10
Liquidität 2. Grades	110,63	114,38	115,49	107,31	113,93	115,13	137,97	149,23	147,60

Die Liquidität 1. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können. Der Region Aachen Zweckverband war am Bilanzstichtag 2023 nicht in der Lage seinen kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten nachzukommen.

Die Liquidität 2. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Der Region Aachen Zweckverband war am Bilanzstichtag 2023 in der Lage seine kurzfristigen Verbindlichkeiten vollständig zu decken.

4.3. Kennzahlen und Analyse der Ertragslage

Kennzahl	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %	Wert 2019 in %	Wert 2020 in %	Wert 2021 in %	Wert 2022 in %	Wert 2023 in %
Allgemeine Umlagequote	33,32	44,61	36,99	36,42	42,47	41,55	39,68	37,40	42,33
Zuwendungsquote	66,49	54,78	54,91	53,56	44,36	46,74	52,09	50,83	40,45
Personalintensität	67,83	63,10	56,97	55,70	55,31	63,29	58,98	55,42	62,09
Aufwandsdeckungsgrad	99,65	99,41	100,58	99,51	100,75	101,27	101,12	101,87	98,11

Die allgemeine Umlagequote gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat.

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

5. Entwicklung des Region Aachen Zweckverband

Gemäß § 49 KomHVO sind im Lagebericht die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Region Aachen Zweckverband darzustellen.

Die Haushaltsstruktur des Region Aachen Zweckverband basiert auf zwei wesentlichen Einnahmequellen: die Verbandsumlage sowie Projektfinanzierungen. Eine solide Finanzierung des Region Aachen Zweckverband ist leider immer noch nicht gegeben, so dass das mittelfristige Ziel sein muss, die Projektfinanzierungsquote auf höchstens 40 Prozent (z. Zt. circa 60 Prozent) zu senken.

Um mögliche Haushaltsrisiken frühzeitig zu erkennen, wird quartalsweise durch die Geschäftsstelle ein Finanzbericht erstellt und dieser der Verbandsversammlung vorgelegt.

Prozess Neuausrichtung Region Aachen Zweckverband

Der Region Aachen Zweckverband wurde am 03.12.2012 in der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung gegründet. Rund zehn Jahre später, in ihrer Sitzung vom 01.12.2023 (vgl. SV-Nr. 2023/024 und 2023/043), hat die Verbandsversammlung mit der Wahl der neuen Geschäftsführung (Amtsantritt am 01.03.2023) auch den Auftrag verknüpft, den Zweckverband einer Aufgabenkritik und einer Rollenschärfung zu unterziehen. Grundlage hierfür war die Satzung des Zweckverband Region Aachen vom 26.07.2021. Die satzungsmäßigen Aufgaben und die in den letzten Jahren tatsächlich durchgeführten Maßnahmen und Projekte wurden auf ihre Kompatibilität und Wirksamkeit hin überprüft.

Die Region Aachen steht vor einer Vielzahl gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen. Neben den multiplen Krisen der letzten Monate und Jahre sind es schon heute erkennbare Trends, wie vor allem die demografische Entwicklung, der Klimawandel, das vorgezogene Ende der Braunkohleverstromung und die damit einhergehende Wirkung auf den Arbeitsmarkt, die die wirtschaftliche Entwicklung der Region mit ihren mannigfaltigen Facetten beeinflussen werden. Vor dem Hintergrund dieser Struktur verändernden Einflussgrößen nimmt der Wettbewerb der Regionen um Bevölkerung, Arbeitskräfte und Unternehmen spürbar zu. Die Region Aachen weist viele positive Merkmale für zukünftige Entwicklungen auf. Sie befindet sich in einer zentralen geografischen Lage im Dreiländereck zu Belgien und den Niederlanden und ist damit die einzige Region in NRW, die an zwei Länder grenzt. Der europäische Gedanke wird hier in vielen gesellschaftlichen Zusammenhängen gelebt. Mit der naturräumlichen Vielfalt und Qualität kann die Region eine besondere Attraktivität als Lebens- Wohn- und Arbeitsumfeld vorweisen.

Eine extrem starke Hochschul- und Forschungslandschaft sowie viele Bildungseinrichtungen und die enge Kooperation mit der teilweise sehr innovativen Wirtschaft, machen die Region Aachen zu einem attraktiven Bildungs- und Arbeitsstandort.

Als Schwäche bezeichnet werden muss die bisherige Wahrnehmbarkeit der Region. Für den Wirtschaftsstandort gibt es kein regionales Marketing, das über die Hochschullandschaft hinaus aus Sicht von Fach- und Arbeitskräften sowie Unternehmen außerhalb der Region und NRW – geschweige denn deutschland- oder europaweit – wahrnehmbar ist. Darüber hinaus sorgt die demografische Entwicklung auch in der ganzen Region Aachen dafür, dass die Bevölkerung schrumpft und älter wird, was mit nicht unerheblichen Folgewirkungen für die Wirtschaft verbunden ist.

Die genannten Beispiele belegen eine steigende Handlungsnotwendigkeit für eine strukturelle Entwicklung der Region Aachen. Sie besinnt sich daher nicht alleine auf ihre Bestandskraft und die ihrer einzelnen Mitgliedsgebietskörperschaften, sondern richtet ausgehend von der gegenwärtigen Struktur ihren Blick in Richtung Zukunft. Kernaufgabe der Neuausrichtung wird es daher sein, die regionale Zusammenarbeit in den wichtigen Themenfeldern zu entwickeln und den Prozess der Zusammenarbeit zu moderieren. Die Region Aachen hat das Potenzial, eine Vorzeigeregion – die Innovationsregion – in Deutschland und vielleicht auch in Europa zu werden. Die Aufgabe besteht nun darin, gemeinsam und abgestimmt mit Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung die Herausforderungen als Chance zu begreifen, die nötigen Veränderungen möglich zu machen und auf die Zukunft vorbereitet zu sein.

Die aktive und konstruktive Auseinandersetzung mit wichtigen Zukunftsthemen sollte daher unter enger Einbindung und Kooperation der Gebietskörperschaften, den Kommunen, Verbänden und externen Partnern erfolgen.

Am Ende des Prozesses der Neuausrichtung stand der Wunsch aller Beteiligten im Raum, eine integrierte (eu)regionale Entwicklung zu moderieren und voranzutreiben, die als Ziel eine wirtschaftlich gut aufgestellte nachhaltig transformierte Region Aachen in der EMR sieht. Das zentrale Thema, bei dem der Zweckverband als Dienstleister für seine Mitglieder agiert, ist hierbei die Fach- und Arbeitskräftesicherung für die kommenden Jahre. Alle zukünftigen Projekte und Aufgaben des Region Aachen Zweckverband zahlen auf dieses Thema ein.

Durch die Ergebnisse des intensiven dialogisch geführten inhaltlichen Evaluations- und Neuausrichtungsprozesses war auch eine organisatorische Neuausrichtung innerhalb der Geschäftsstelle des Region Aachen Zweckverband notwendig, damit die Strategie operationalisiert und mit dem vorhandenen Personal umgesetzt werden kann. Den hierzu erstellten Masterplan 2030 hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 01.12.2023 einstimmig beschlossen (vgl. SV-Nr.: 2023-045).

h) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Thönissen, Ulla	Aachen	
Verbandspräsident:	Wilk, Dr. Thomas	Köln	Regierungspräsident

Verbandsvorsteher:	Pusch, Stephan	Kreis Heinsberg	Landrat
Verbandsversammlung:	Städteregion Aachen	12 Sitze	20 %
	Stadt Aachen	12 Sitze	20 %
	Kreis Düren	12 Sitze	20 %
	Kreis Euskirchen	12 Sitze	20 %
	Kreis Heinsberg	12 Sitze	20 %
	Landschaftsverband Rheinland	1 Sitz (beratend)	
	Europaabgeordneter Verbandsgebiet	1 Sitz (beratend)	
	Bundestagsabgeordneter Verbandsgebiet	1 Sitz (beratend)	
	Landtagsabgeordneter Verbandsgebiet	1 Sitz (beratend)	

Vertretung des Kreises Düren

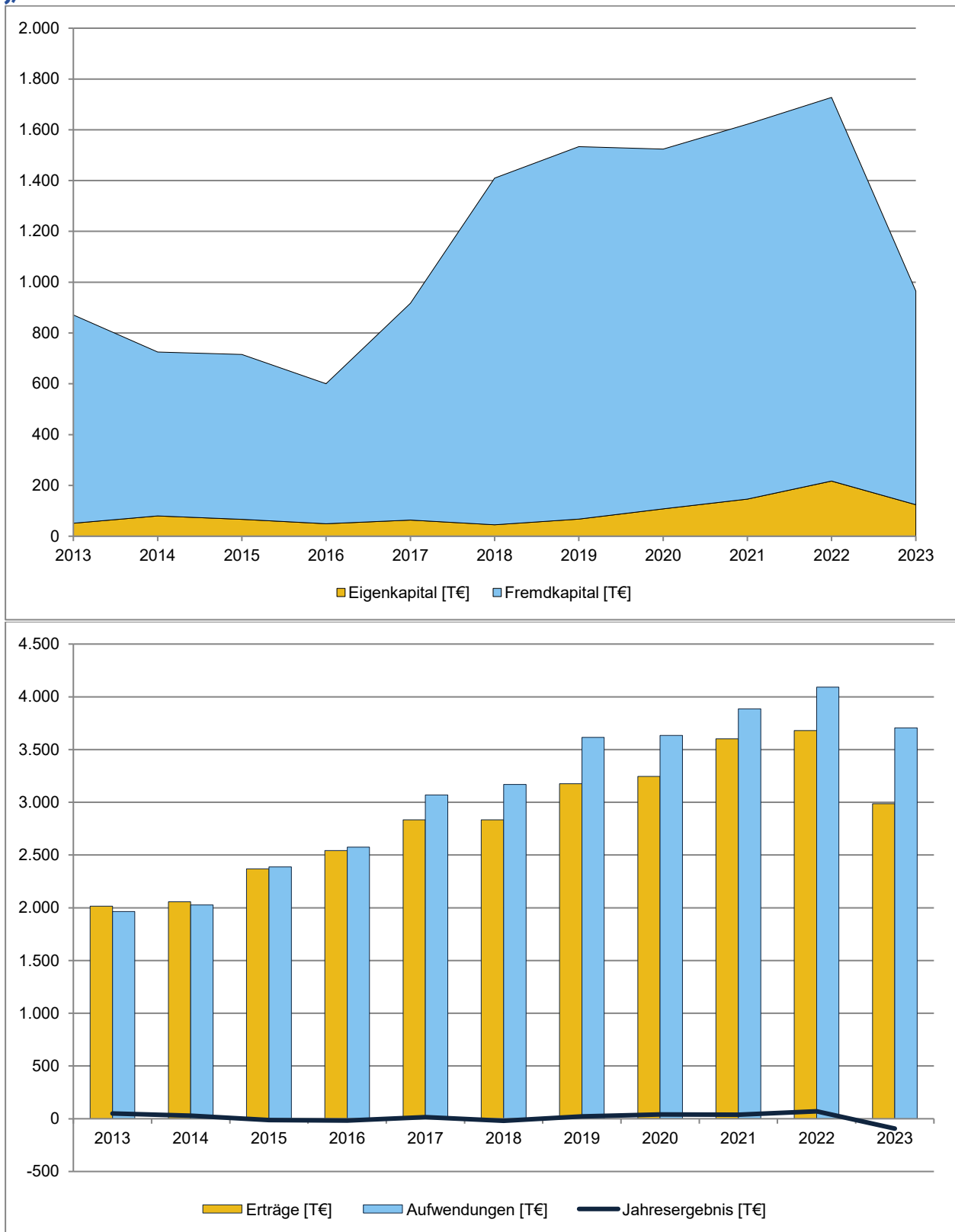
Verbandsversammlung:

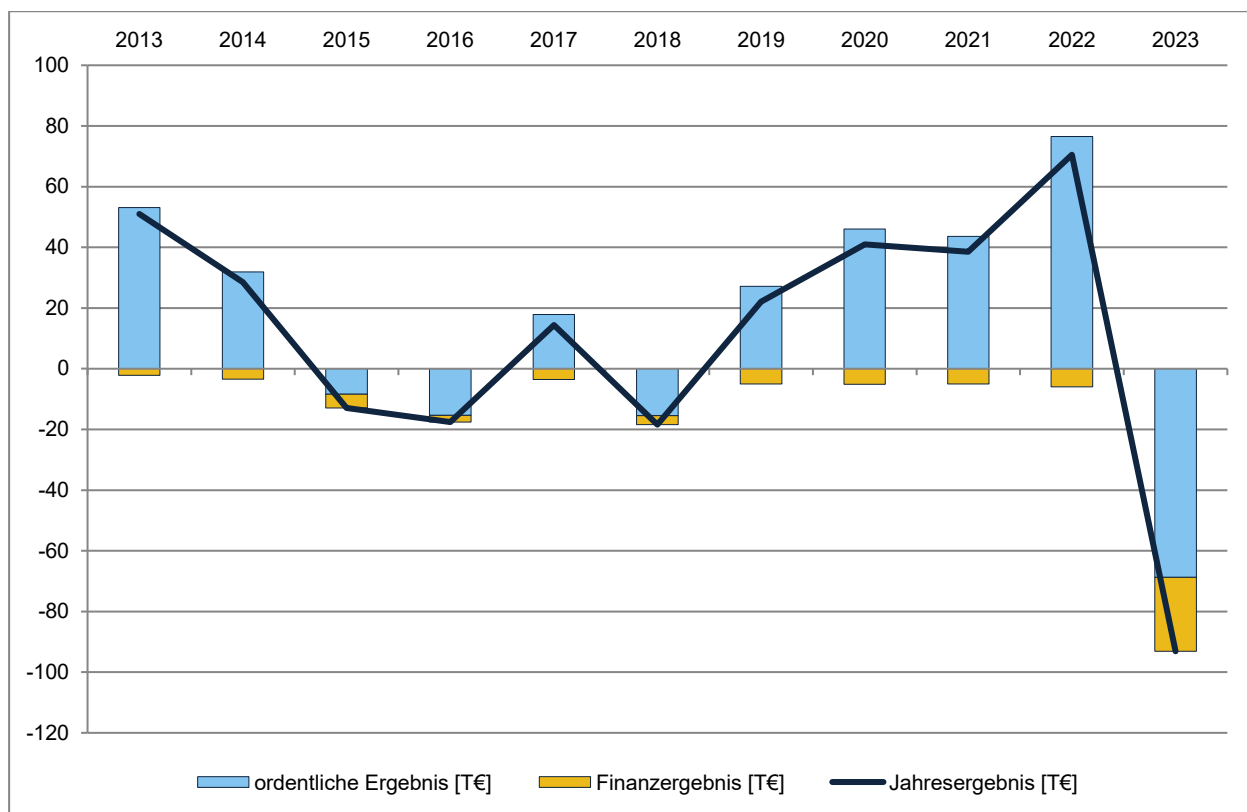
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
	Beauftrater des		
Aßhoff, Ferdinand	Landes NRW	08.11.2024	
Dick, Ralf	Kreistagsmitglied	31.03.2022	
Filipovic, Sanja	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Hilger, Andrea	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Hohn, Astrid	Kreistagsmitglied	26.11.2020	18.09.2023
Kaplakarslan, Ayşe	Kreistagsmitglied	14.06.2022	
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Maris, Achim	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Marré, Heike	Kreistagsmitglied	14.06.2022	
Dr. Nolten, Ralf (MdL)	Kreistagsmitglied	03.12.2012	
Schoeller, Maria	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Schultz-Hock, Reinhard			
Christoph	Kreistagsmitglied	19.09.2023	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.12.2012	08.11.2024
von Wirth - Oktar, Daniela	Kreistagsmitglied	26.11.2020	09.02.2023

i) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Zweckverband tätig.

j) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	8,83%	12,31%	12,29%	-0,03%
Eigenkapitalrentabilität	26,29%	32,50%	-75,18%	-107,67%
Anlagendeckungsgrad 2	418,02%	684,70%	221,13%	-463,57%
Verschuldungsgrad	1007,64%	696,11%	678,85%	-17,26%
Umsatzrentabilität	1,21%	2,08%	-2,30%	-4,38%

E. Mittelbare Beteiligungen des Kreises Düren zum 31. Dezember 2023

Beteiligung ↓	Unternehmensgegenstand	Nennkapital [T€]	Anteils- eigner	Anteil am Nennkapital [%] [T€]	
ATC - Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH	Betrieb eines Innovations- und For- schungszentrums sowie die nachhaltige Förderung der Wirtschaftsregion und die Verbesserung der Wirtschaftssitua- tion	25,0	BTG	51,00%	12,8
Dürener Bauverein AG	sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung von breiten Schichten der Bevölkerung	230,1	BTG	25,02%	57,6
Dürener Gesellschaft für Arbeitsför- derung mbH (DGA)	dauerhafte berufliche Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeits- marktpolitik (z.B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Behinderte) im Kreisgebiet Düren	30,7	BTG	100,00	30,7
EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH	Energieversorgung und Wasserversor- gung in der StädteRegion Aachen und benachbarter Gebieten	18.151,5	BTG	0,58%	105,
Freizeitbad Kreuzau GmbH	Betrieb einer Freizeitanlage	25,0	BTG	100,00%	25,0
Future Mobility Park GmbH	die Förderung der regionalen Zusam- menarbeit zwischen dem Kreis Düren und der RWTH durch Etablierung eines Campus-Areals. Das Campus-Areal soll die Grundlage für die Durchführung von Lehr-, Forschungs-, Entwicklungs- und Transfervorhaben bilden und dient somit der nachhaltigen Förderung der vom Strukturwandel besonders be- troffenen Wirtschaftsregion des Rheini- schen Reviers sowie der Verbesserung der dortigen Wirtschaftssituation.	25,0	BTG	51,00%	12,8
Gesellschaft für Infrastrukturvermö- gen Kreis Düren mbH (GIS)	wirtschaftliche Entwicklung, Optimie- rung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturver- mögen im Kreis Düren	25,0	BTG	100,00%	25,0
GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	Planung, Förderung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafterinnen der Gesellschaft	625,0	EWV	39,16%	244,8
			VWA	15,00%	93,8
			RE	5,00%	31,3
			BTG	3,00%	18,8

Beteiligung ↓	Unternehmensgegenstand	Nennkapital [T€]	Anteils- eigner	Anteil am Nennkapital	
				[%]	[T€]
HyDN GmbH	die Planung, Entwicklung, Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Wasserstoff sowie die Errichtung und der Betrieb einer öffentlichen Wasserstofftankstelle für PKW sowie einer Trailer-Abfüllanlage für den Transport von Wasserstoff in Jülich (Kreis Düren) mit dem Ziel der Herstellung, Reinigung, Speicherung und dem Verkauf von Wasserstoff, Sauerstoff und anderen Gasen, die im Zusammenhang mit der Herstellung von Wasserstoff entstehen, des Verkaufs der Abwärme aus dem Produktionsprozess sowie die Erbringung von Leistungen zur Stabilisierung des Stromnetzes.	25,0	BTG	50,00%	12,5
KHD Träger GmbH	Übernahme von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben für die Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie die Gründung und Verwaltung von Service-Gesellschaften und Beteiligungen	120,0	Med.Campus AöR	94,00%	112,8
			Kreis Düren	3,00%	3,6
Notfallbildungszentrum Eifel-RurgmbH (NOBIZ)	Unterhaltung einer Schule, in der alle Formen von Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie von Seminaren angeboten werden, die der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr dienen	25,0	RDKD	49,00%	12,3
REA GmbH & Co.KG WEA 1	die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windkraftanlage WEA 1 Düren	1.450,0	RE	53,10%	770,0
REA WEA Birk GmbH & Co.KG	die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windkraftanlage WEA Würselen-Birk	750,0	RE	33,33%	250,0
RE Solarpark Erftstadt GmbH & Co. KG	die Entwicklung und der Betrieb des Photovoltaikparks "Erftstadt-Niederberg"	25,0	RE	100,00%	25,0
RE Verwaltungs GmbH	die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an Projektgesellschaften im Bereich der Energieversorgung in der Rechtsform der GmbH & Co. KG, an denen die RURENERGIE GmbH mehrheitlich unmittelbar oder mittelbar als Kommanditistin beteiligt ist, und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.	25,0	RE	100,00%	25,0

Beteiligung ↓	Unternehmensgegenstand	Nennkapital [T€]	Anteils- eigner	Anteil am Nennkapital [%] [T€]	
RE Windenergie Heimbach GmbH & Co. KG	die Errichtung und der Betrieb der Windenergieanlage "WEA 4 Heimbach Vlaten". Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung der nachhaltigen regenerativen Energieversorgung.	25,0	RE	100,00%	25,0
regio iT gesellschaft für informati- onstechnologie mbH	automatisierte Informationsverarbei- tung für alle hierfür geeigneten Aufga- ben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirt- schaftlich selbständigen Organisations- einheiten sowie ihrer juristischen Per- sonen des öffentlichen Rechts	1.500,0	BTG	0,86%	12,9
RURENERGIE GmbH	die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwand- lung regenerativer Energien, bzw. die Vermarktung der in diesen Anlagen er- zeugten Energie, sowie die Erbringung von Versorgungsleistungen in den Bereichen Energie und Wärme und die mit diesen Bereichen unmittelbar ver- bundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen	500,0	BTG	59,90%	299,5
			EWV	5,00%	25,0
Rurtalbahn GmbH	Betrieb von Straßen- und Eisenbahnen zur Personen und Güterbeförderung, sowie die Durchführung von Gelegen- heitsverkehren im Rahmen des öffentli- chen Verkehrs	1.000,0	BTG	25,10%	251,0
Rurtalbus GmbH	gewerbsmäßige Beförderung von Per- sonen mit Kraftfahrzeugen im Linien- verkehr einschließlich dessen Sonder- formen sowie im Gelegenheitsverkehr	25,0	BTG	49,00%	12,3
SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG	die Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb des Windparks Gereonsweiler. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung der nachhaltigen Energiever- sorgung durch Energieversorgungsun- ternehmen mit kom-munaler Beteili- gung.	2,0	RE	50,00%	1,0
			SL	50,00%	1,0
TPG Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH	Vermietung und Verwaltung von Ge- werbeimmobilien im Zusammenhang mit der Förderung des Technologie- standorts Jülich	25,0	TZJ	100,00%	25,0

Beteiligung ↓	Unternehmensgegenstand	Nennkapital [T€]	Anteils- eigner	Anteil am Nennkapital	
				[%]	[T€]
Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH	Wasser- und Wärmeversorgung einschließlich Nah- und Fernwärmeversorgung sowie der Einsatz von modernen Energieerzeugungsanlagen wie Blockheizkraftwerke (BHKW), die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, der Ein- und Verkauf von Wasser und Energie sowie energienaher Dienstleistungen	2.047,3	BTG	1,21%	24,8
VIAS GmbH	Planung, Organisation und Durchführung eines Schienenpersonennahverkehrs	25,0	RtBa	50,00%	12,5
Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH	Wasserversorgung der Einwohner des Versorgungsgebietes sowie der Betrieb aller dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienenden Geschäfte	1.000,0	BTG	49,00%	490,0
Windenergie Jülich GmbH & Co. KG	die Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb des Windparks Jülich-Bourheim. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.	10,0	RE	50,00%	5,0
			REA	50,00%	5,0
Windenergie Körrenzig GmbH	Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windenergieanlagen 1, 3, 4 und 5 Linnich-Körrenzig	25,0	RE	60,00%	15,0
Windenergie Kreuzau GmbH & Co.Kg	Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb des Windparks Kreuzau-Thum	13,5	RE	73,00%	9,9
Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH	Beteiligung als Kommanditistin an der RWE Innogy Windpark Eschweiler GmbH & Co.KG (heute: Innogy indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co.KG)	25,0	EWV	55,18%	13,8
			RE	40,82%	10,2
			GREEN	4,00%	1,0

1 ATC – Aldenhoven Testing Center GmbH¹



Industriepark Emil Mayrisch
52457 Aldenhoven
Telefon: 02 41.80-25 63 9
Telefax: 02 41.80-22 14 7
E-Mail: info@atc-aldenhoven.de
Homepage: www.atc-aldenhoven.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Innovations- und Forschungszentrums sowie die nachhaltige Förderung der Wirtschaftsregion und die Verbesserung der Wirtschaftssituation, insbesondere durch die weitergehende Forschung auf dem Gebiet der Entwicklung innovativer Technologien für alle Branchen, die sich mit Mobilität beschäftigen sowie neuer Fahrzeug- und Verkehrstechnik zu ermöglichen und die wirtschaftliche Entwicklung der Region und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Die Gesellschaft betreibt ein automotive-Testzentrum im Rahmen der strukturellen Entwicklung im interregionalen Industriepark Aldenhoven-Siersdorf. Der öffentliche Zweck wird damit erfüllt.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	12,8	51
RWTH Aachen	12,2	49
Stammkapital	25,0	

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	148.743,00 €	105.425,00 €	61.735,00 €	-43.690,00 €	-41,44%
II. Sachanlagen	10.730.343,14 €	9.873.715,24 €	9.483.886,63 €	-389.828,61 €	-3,95%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	145.172,53 €	174.427,72 €	172.966,97 €	-1.460,75 €	-0,84%

¹ Umfirmierung der ATC in Aldenhoven Testing Center GmbH zum 01.02.2024

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	772.635,05 €	1.924.877,53 €	1.504.517,28 €	-420.360,25 €	-21,84%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	466.848,79 €	411.666,34 €	352.156,03 €	-59.510,31 €	-14,46%
Summe Aktiva	12.263.742,51 €	12.490.111,83 €	11.575.261,91 €	-914.849,92 €	-7,32%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	8.800.000,00 €	8.800.000,00 €	8.800.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust- /Gewinnvortrag	-1.225.309,88 €	-1.783.355,07 €	-958.809,77 €	824.545,30 €	-46,24%
IV. Jahresergebnis	-558.045,19 €	824.545,30 €	-361.547,67 €	-1.186.092,97 €	-143,85%
B. Sonderposten	3.969.854,66 €	3.514.785,66 €	3.059.716,66 €	-455.069,00 €	-12,95%
C. Rückstellungen	1.189.453,79 €	74.616,31 €	45.021,25 €	-29.595,06 €	-39,66%
D. Verbindlichkeiten	62.789,13 €	1.034.519,63 €	965.881,44 €	-68.638,19 €	-6,63%
Summe Passiva	12.263.742,51 €	12.490.111,83 €	11.575.261,91 €	-914.849,92 €	-7,32%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	878.701,26 €	1.198.630,12 €	1.123.874,35 €	-74.755,77 €	-6,24%
2. sonstige betriebliche Erträge	546.190,98 €	1.534.247,08 €	490.334,86 €	-1.043.912,22 €	-68,04%
3. Materialaufwand	17.250,71 €	65.127,52 €	81.518,98 €	16.391,46 €	25,17%
4. Personalaufwand	374.792,72 €	528.104,49 €	544.599,37 €	16.494,88 €	3,12%
5. Abschreibungen	936.534,80 €	938.691,21 €	934.311,95 €	-4.379,26 €	-0,47%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	637.635,53 €	374.775,29 €	371.007,95 €	-3.767,34 €	-1,01%
Betriebsergebnis	-541.321,52 €	826.178,69 €	-317.229,04 €	-1.143.407,73 €	-138,40%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	49,97 €	132,80 €	82,83 €	165,76%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	16.557,66 €	1.375,00 €	44.064,89 €	42.689,89 €	3104,72%
Finanzergebnis	-16.557,66 €	-1.325,03 €	-43.932,09 €	-42.607,06 €	3215,55%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-557.879,18 €	824.853,66 €	-361.161,13 €	-1.186.014,79 €	-143,78%
9. sonstige Steuern	166,01 €	308,36 €	386,54 €	78,18 €	25,35%
Jahresergebnis	-558.045,19 €	824.545,30 €	-361.547,67 €	-1.186.092,97 €	-143,85%

f) Lagebericht

I. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die ATC – Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH (im Folgenden: ATC GmbH) [HRB 6080] wurde Ende 2023 umfirmiert. Der neue Gesellschaftsname lautet Aldenhoven Testing Center GmbH. Die Aldenhoven Testing Center GmbH wurde am 10.12.2010 gegründet und wird von zwei Gesellschaftern gehalten: der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) mit einem Anteil von 51 % und der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH Aachen University) mit 49 % Gesellschaftsanteil.

Zweck der ATC GmbH ist der Bau, der Betrieb und die Instandhaltung eines Testzentrums für mobile Anwendungen. Ziel ist die diskriminierungsfreie Zurverfügungstellung von Erprobungsinfrastrukturkapazitäten für den Automobilbereich, aber auch andere Domänen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die über keine eigenen Testzentren verfügen. Aufgrund der umfassenden Finanzierung aus der öffentlichen Hand durch das Land NRW und die Europäische Union (EU) steht die Erreichung der Förderziele vor der Gewinnerzielung im Vordergrund. Ein weiterer Aspekt ist die nachhaltige Förderung der Wirtschaft, die Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialsituation, der Aufbau neuer Geschäftsfelder und die damit einhergehende Begünstigung des Strukturwandels in der Region.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Das Jahr 2023 war (gesamt-)wirtschaftlich und insbesondere in der für unser Unternehmen relevantesten Automobilbranche durch größere Unsicherheiten geprägt. Dies wird beispielsweise durch Pressemeldungen zur Lage bei den großen deutschen Zulieferunternehmen Bosch, Continental und ZF deutlich. Die unmittelbaren Auswirkungen der Corona-Pandemie waren nicht mehr gegeben. Leider hält jedoch der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine an, woraus sich für Gesellschaft und Unternehmen weiterhin Unsicherheiten ergeben. Dies zeigte sich einerseits in der zwischen 8,7 und 2,9% stark schwankenden, tendenziell aber abnehmenden Inflationsrate [Quelle: Statista, Inflationsrate in Deutschland] und andererseits im ebenfalls zwischen 93,1 und 86,3 Punkten schwankenden Geschäftsklima, das monatlich vom ifo-Institut erhoben und veröffentlicht wird. Noch deutlich ausgeprägter waren die Schwankungen beim Geschäftsklima der Automobilindustrie, das sich im Jahresverlauf um 20,9 Punkte verschlechtert hat [Quelle: Statista, Entwicklung der ifo-Konjunkturindikatoren in der Automobilindustrie in Deutschland]. Als Grund für die Verunsicherung und maßgeblichen Veränderungsbedarfe, denen sich insbesondere die produktions- wie nutzungsseitig stark energieabhängige Mobilitätsbranche konfrontiert sieht, ist im Wesentlichen die notwendige Umstellung der Energieversorgung auf nachhaltige Energieträger zu nennen. Hier tun sich augenscheinlich Unternehmen wie deren Kundinnen und Kunden schwer, zügig zu Veränderungen bereit zu sein oder diese umzusetzen, was zur wiederkehrenden Diskussion über das „Verbrenner-Aus“ führt.

Trotz der allgemeinen Verunsicherung und daraus resultierender Zurückhaltung im Konsum fiel die Zahl der neu zugelassenen Kraftfahrzeuge (Pkw + Nutzfahrzeuge) im Jahr 2023 mit rund 3,5 Mio. Einheiten ca. 7 % größer aus als im Vorjahr. Sie liegt damit aber immer noch rund 18 % unter dem Vor-Corona-Niveau von 2019. [Quelle: Statista, Anzahl der Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Deutschland].

Angesichts der Ende 2023 recht abrupt beendeten staatlichen Förderung von E-Fahrzeugen bleibt abzuwarten, wie sich die Absatzzahlen in den folgenden Jahren entwickeln.

Neben den spezifischen Bedingungen der deutschen und europäischen Fahrzeughersteller und -zulieferer infolge der geopolitischen Lage und Erfordernissen zum Klimaschutz gibt es zwei weitere wesentliche Aspekte bei der Bewertung der für unser Unternehmen relevantesten Branche. Hier ist einerseits eine spürbare Abkühlung der Begeisterung und damit einhergehenden Erwartungen an das automatisierte Fahren zu nennen. Es zeigte sich insbesondere im Verlauf des Jahres 2023 deutlich, dass die zur Markteinführung erforderlichen Entwicklungs- und vor allem Absicherungsschritte erheblich aufwendiger sind, als bis dato erwartet [Quelle: Heise]. Hieraus resultieren teils erhebliche Umstrukturierungen innerhalb der beteiligten Unternehmen, sich verändernde Allianzen zwischen Fahrzeugherstellern (OEM) und Zulieferern. Am prominentesten ist sicherlich die offizielle Einstellung der Fahrzeugentwicklung von Apple, die vor allem auf einem ambitionierten Plan zur Automatisierung basierte und trotz der vermutlich im Milliardenbereich liegenden erfolgten Investitionen nun nicht weiterverfolgt wird.

Als weitere erhebliche Veränderung für die europäischen OEM ist schließlich zu nennen, dass die chinesischen Hersteller wie BYD, Geely oder SAIC mit einer zunehmenden Modellvielfalt den europäischen Markt bedienen. Die (durchweg elektrisch angetriebenen) Fahrzeuge sind technisch auf Augenhöhe mit europäischen, japanischen, koreanischen und nordamerikanischen Fahrzeugen, die schon lange auf dem europäischen Markt vertreten sind. Sie können für die Endkunden jedoch häufig einen Preisvorteil bieten. Aus europäischer Sicht bleibt als Hauptwettbewerber mit dem inzwischen größten nominellen Absatz an Elektrofahrzeugen weiterhin Tesla zu nennen. [Quelle: Statista, Anzahl verkaufter Elektroautos in Europa]

Die Kundinnen und Kunden des Aldenhoven Testing Centers stammen weiterhin überwiegend aus der Branche der Automobilhersteller, -zulieferer sowie für diese tätige Forschungs- und Entwicklungsunternehmen. Die beschriebenen Randbedingungen sowie die individuellen Unternehmenspolitiken führen derzeit zu größeren Umstrukturierungen, Veräußerungen von Unternehmensteilen und aufgrund des Zinsniveaus zu starken finanziellen Belastungen bei vielen, oft namhaften Branchenmitgliedern. Wir spüren diese Veränderungen im Nutzungsverhalten der betroffenen Unternehmen und Dienstleister. Durch den Markteintritt neuer Unternehmen ergeben sich auch Chancen, den Kundenkreis zu erweitern.

II.2 Lage des Unternehmens

a. Ertragslage

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Gesamtleistung	1.123,9	1.198,6
sonstige betriebliche Erträge	490,3	1.534,2
Materialaufwand	-81,5	-65,1
Personalaufwand	-544,6	-528,1
Abschreibungen	-934,3	-938,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-371,0	-374,8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-44,1	-1,4
Ergebnis nach Steuern	-361,1	824,8
sonstige Steuern	-0,4	-0,3
Jahresergebnis	-361,5	824,5

Die Gesamtleistung betrug im Berichtszeitraum TEUR 1.123,9. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr 2022 (TEUR 1.198,6) um 6,2 % verringert, liegt aber weiterhin in der Größenordnung der Geschäftsjahre 2017/2018. Leider konnte der im Wirtschaftsplan prognostizierte Umsatz in Höhe von TEUR 1.200 nicht erreicht werden. Dies liegt im Wesentlichen am Wegfall der Einnahmen der Fahrdynamikfläche, die ab Mitte Oktober 2023 saniert wurde. Die Sanierungsarbeiten haben aufgrund des schlechten Wetters sehr viel länger gedauert als ursprünglich geplant, so dass im Jahr 2023 keine weiteren Umsätze mit der Fahrdynamikfläche erzielt werden konnten. Im Geschäftsjahr 2023 wurde das Aldenhoven Testing Center wieder regelmäßig für Veranstaltungen gebucht, so dass diese wieder einen positiven Einfluss auf die Gesamtleistung hatten. Der Gesamtumsatz mit größeren Veranstaltungen belief sich auf rund TEUR 290 und liegt damit wieder im Bereich des Vorjahres. Der Umsatz mit dem normalen Testgeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr reduziert. Neben dem bereits erwähnten Umsatzausfall der Fahrdynamikfläche zum Jahresende fehlten die Einnahmen aus einer großangelegten Messkampagne (rund TEUR 110), die im Vorjahr einmalig durchgeführt wurde. Zudem sind in den Umsätzen auch Entgelte für die Durchführung von Prüfgeländequalifikationen enthalten, die im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind (siehe auch Erläuterungen zum Materialaufwand). Positiv ist jedoch die Entwicklung, dass alle Top-10-Testkunden ihre Umsätze im Vergleich zum Vorjahr gesteigert haben. Es kann festgestellt werden, dass die in den letzten Jahren gewonnenen Dauerkunden das Aldenhoven Testing Center weiterhin nutzen.

Der für das Jahr 2023 aufgestellte Wirtschaftsplan wies eine Gesamtleistung in Höhe von TEUR 1.200 aus, so dass gegenüber der bereits konservativen Planung eine ca. 6,3 % niedrigere Gesamtleistung erzielt werden konnte. Dies zeigt, dass eine deutliche Umsatzsteigerung in den nächsten Jahren eher unwahrscheinlich ist und sich die Umsätze in der Größenordnung von TEUR 1.000 bis TEUR 1.200 befinden werden.

Die Erhöhung des Materialaufwands lässt sich im Wesentlichen auf die Durchführung von Prüfgeländequalifikationen zurückführen, die im Auftrag der ATC GmbH von einem externen Dienstleister angeboten werden. Seit Anfang 2023 wird zur Nutzung des Aldenhoven Testing Centers ein

Prüfgeländeführerschein benötigt, so dass hierfür entsprechende Fahrertrainings angeboten werden. Die Kosten hierfür werden 1:1 an die Kunden weiterberechnet.

Die leichte Steigerung des Personalaufwands ist auf eine geplante Lohnsteigerung zurückzuführen. Im Wirtschaftsplan 2023 war die Einstellung eines weiteren Platzwirts vorgesehen.

Die Einstellung konnte jedoch aufgrund einer schlechten Bewerbungssituation nicht durchgeführt werden. Die Personalausgaben liegen somit unterhalb der ursprünglich prognostizierten Ausgaben.

Die Abschreibungen 2023 betrugen TEUR 934 und liegen mit TEUR 4 leicht unterhalb des Vorjahresniveaus. Im Jahr 2023 wurden nur für den Betrieb dringliche Investitionen getätigt. Weiterhin konnten die Errichtung der Queranfahrt und die Sanierung der Fahrdynamikfläche aufgrund des schlechten Wetters nicht im Jahr 2023 abgeschlossen werden, so dass die geplanten Abschreibungen erst im Jahr 2024 wirksam werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 2023 betrugen TEUR 371 gegenüber TEUR 375 im Vergleichszeitraum 2022 und befinden sich somit auf gleichem Niveau.

Aufgrund des corona-bedingten Umsatzeinbruchs in den Jahren 2020 und 2021 sowie den sich seinerzeit abzeichnenden negativen wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs mussten die Annahmen für die Umsatzprognose (Reduktion) sowie die Ausgaben (Erhöhung) innerhalb der DCF-Rechnung angepasst werden.

In der Folge ergab sich, dass keine Rückzahlungsverpflichtung zum Ende des Betrachtungszeitraums (bis 2028) zu erwarten ist. Dementsprechend wurde im Jahresabschluss 2022 die bis dato aufgebaute Rückstellung vollständig aufgelöst.

Wie in jedem Jahresabschluss wurde die DCF-Rechnung mit den Ist-Zahlen des Jahres 2023 und dem aktuellen Wirtschaftsplan für 2024 ff. aktualisiert. Die Systematik zur Berechnung der Rückzahlungsverpflichtung bleibt unverändert. Im Ergebnis wird weiterhin keine Rückzahlungsverpflichtung aus der Förderung des 2. Bauabschnitts ausgewiesen, so dass keine Rückstellung für eine mögliche Rückzahlungsverpflichtung erfolgen musste.

Als Ergebnis wurde für das Jahr 2023 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 361,5 erzielt. Im Vorjahr 2022 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 824,5 (inkl. TEUR 1.064 Auflösung der Rückstellung) erwirtschaftet.

Die Entwicklung der vergangenen Geschäftsjahre zeigt, dass das Jahresergebnis überproportional stark von der DCF-Rechnung und der damit verbundenen Rückstellungsthematik beeinflusst wird. Aufgrund der Berechnungsmethodik der DCF-Rechnung können selbst kleine Änderungen im Jahresergebnis aufgrund des langen Betrachtungszeitraums größere Änderungen im erforderlichen Rückstellungsbetrag ergeben, so dass sich das Ergebnis von Jahr zu Jahr stark ändern kann.

Aus diesem Grund wird das durch die Auflösung der Rückstellung freigewordene Vermögen nicht umfangreich für Investitionen etc. verwendet, sondern es wird weiterhin die Entwicklung der nächsten Jahre

abgewartet, ob sich das Ergebnis der DCF-Rechnung weiter stabilisiert.

b. Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

	31.12.2023
	<u>T€</u>
Jahresfehlbetrag	-362
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	934
Abnahme der Rückstellungen	-29
Abnahme Sonderposten	-455
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15
Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	46
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-18
Zunahme der erhaltenen Anzahlungen	2
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>4</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>137</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	<u>-501</u>
Investitionstätigkeit	<u>-501</u>
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	<u>-56</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>-56</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	1.925
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>-420</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>1.505</u>

c. Vermögenslage

Das Vermögen und die Schulden haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 915 von TEUR 12.490 auf TEUR 11.575 verringert. Im Wesentlichen führten der Rückgang der liquiden Mittel (TEUR 420) sowie der Werteverzehr des Anlagevermögens (TEUR 434) zum Rückgang des Vermögens. Korrespondierend war ein Rückgang des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen (TEUR 455) einhergehend mit einer Abnahme des Eigenkapitals durch den Jahresfehlbetrag (TEUR 362) zu verzeichnen.

II.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Anlagevermögen	9.545,6	9.979,1
Gesamtvermögen	11.575,3	12.490,1
Anlagenintensität in %	82,5	79,9

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Eigenkapital	9.646,4	10.326,5
Gesamtkapital	11.575,3	12.490,1
Eigenkapitalanteil in %	83,3	82,7

Kennzahlendefinition:

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- Kapitalrücklage
- Bilanzgewinn
- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen (70 %)

Fremdleistungsquote

Formel: $\text{Fremdleistungen} \times 100 / \text{Gesamtleistung}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Fremdleistungen	81,52	65,1
Gesamtleistung	1.123,9	12.490,1
Fremdleistungsquote in %	7,3	82,7

Die Fremdleistungsquote ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,82 % gestiegen. Dies ist vor allem auf die Einführung des Prüfgeländeführerscheins zurückzuführen. Das für den Erhalt des Prüfgeländeführerscheins notwendige Fahrtraining wird von einem externen Anbieter von der ATC GmbH eingekauft. Die

Kosten werden mit einem geringen Aufschlag an die Teilnehmer weiterbelastet.

Personalaufwandsquote

Formel: Personalaufwand x 100 / Gesamtleistung

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Personalaufwand	544,60	528,10
Gesamtleistung	1.123,9	1.198,6
Personalaufwandsquote in %	48,46	44,06

Die Personalkosten stellen neben der Abschreibung den größten Einzelposten bei den Ausgaben dar. Die Personalaufwandsquote ist um 4,4 % gestiegen. Dies ist durch Lohnsteigerungen und der etwas geringeren Gesamtleistung zu erklären.

AfA Quote

Formel: AfA netto (d.h. AfA ./ . Ertrag Auflösung Sopo) x 100 / Gesamtleistung

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
AfA netto	479,24	483,62
Gesamtleistung	1.123,9	1.198,6
AfA Quote in %	42,64	40,35

Auslastung

Formel: Verkaufte Stunden x 100 / theor. max. Stunden

Definition theor. max. Stunden: Jahresarbeitstage x max. Anzahl Fzg. gemäß Genehmigung (19) x 10 h (Öffnungszeit 8 – 18 Uhr)

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Verkaufte Einzelstunden	5.130,00	5.381,00
Verkaufte Exklusivstunden	2.874,00	3.877,00
Gesamtstunden	8.184,00	9.258,00
Theoretische max. Stunden	47.500,00	47.880,00
Auslastung in %	17,23	19,34

Die verkauften Einzelstunden sind auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr. Im Bereich der verkauften Exklusivstunden gab es eine deutliche Reduzierung. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass das Gesamtgelände des ATC an weniger Tagen exklusiv gebucht wurde.

III. Prognosebericht

Die im Geschäftsjahr 2023 erzielte Gesamtleistung liegt mit ca. 6,3 % unterhalb des prognostizierten Werts. Ein wesentlicher Grund hierfür ist der Umsatzausfall der Fahrdynamikfläche aufgrund der Sanierung ab Mitte Oktober 2023 bis zum Jahresende. Die Sanierung dauerte aufgrund des schlechten Wetters deutlich länger als geplant. Aus dieser Tatsache heraus ergab sich daher kein Anpassungsbedarf auf der Einnahmenseite im Wirtschaftsplan 2024 ff. Es zeigt sich jedoch auch, dass deutliche Umsatzsteigerungen nicht realisierbar sind, so dass die Umsätze nur sehr moderat angepasst wurden. Die Kostenseite hat sich nach den starken Preissteigerungen wieder stabilisiert, so dass auch hier die Annahmen im Wirtschaftsplan 2024 ff. entsprechend angepasst werden konnten.

Insgesamt lässt sich jedoch in den ersten Monaten des Jahres 2024 feststellen, dass die Nutzung des Aldenhoven Testing Centers im Vergleich zum Vorjahreszeitraum geringer ausfällt. Hier ist die insgesamt in der deutschen Wirtschaft und insbesondere in der Automobilwirtschaft eingetrübte Stimmung zu spüren. Auch die Anfragen für größere Veranstaltungen liegen hinter den Erfahrungen aus den Vorjahren zurück. Die weitere Entwicklung bleibt daher aufmerksam zu beobachten.

Aufgrund der Erweiterung der Testmöglichkeiten im Rahmen der Euro-NCAP-Protokolle durch die Errichtung der neuen Queranfahrt und die Sanierung der Fahrdynamikfläche sind derzeit technisch alle Voraussetzungen erfüllt, um den Kunden die Erforschung, Entwicklung und Absicherung ihrer Produkte zu ermöglichen.

Dazu gehören neben den Teststreckenelementen, die sich nun alle wieder in einem guten und gepflegten Zustand befinden, die notwendigen Räumlichkeiten und weitere Infrastruktur, die für das Arbeiten vor Ort erforderlich sind.

Für das erste Quartal 2024 ist die Finalisierung der Sanierung der Fahrdynamikfläche geplant. Zum Berichtszeitpunkt (Mitte März 2024) muss noch ein Teilbereich asphaltiert werden. Die Nutzbarkeit wird dadurch aber nur geringfügig eingeschränkt. Zudem ist im Jahr 2024 die Erneuerung der WLAN-Infrastruktur auf dem Gelände geplant.

Mit der Stadtumgebung sowie der umfassenden Vernetzungstechnologie auf dem Gelände besitzt das Aldenhoven Testing Center eine konkurrenzfähige Ausstattung, insbesondere für die Zukunftsthemen der adressierten Branchen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde eine Abschlussveranstaltung eines großen Forschungskonsortiums unter Federführung der RWTH Aachen University im Themenumfeld des autonomen Fahrens im Aldenhoven Testing Center durchgeführt. Dies zeigt, dass die Stadtumgebung in der Branche wahrgenommen wird und als geeignete Test- und Demonstrationsstrecke gefragt ist.

In den vergangenen Jahren konnte festgestellt werden, dass zwischenzeitlich viele Teststrecken um entsprechende Testmöglichkeiten erweitert wurden, so dass sich das Aldenhoven Testing Center hier vermehrt in einer Konkurrenzsituation befindet. Obwohl die Errichtung der Stadtumgebung im Jahr 2018 schon einige Jahre zurückliegt, zeigt der Vergleich mit aktuell errichteten Einrichtungen auf anderen Testgeländen, dass die ATC GmbH weiterhin alle Anforderungen der Kunden erfüllen kann. Daher hat sich die Position des Aldenhoven Testing Centers im Vergleich zu herstellereigenen Testgeländen nicht

verschlechtert. Als Vorteil ist hier weiterhin die Herstellerneutralität zu nennen, da Forschungskonsortien bestehend aus verschiedenen OEMs ungern auf dem jeweiligen Fremdgelände ihre Fahrzeuge testen möchten. Der freie Zugang für alle interessierten Kundinnen und Kunden ist und bleibt ein wesentliches Merkmal unserer guten Wettbewerbsposition und differenziert uns von vielen Testgeländen in Europa.

Die letzten Jahre haben aber auch gezeigt, dass sich die Testbedarfe in der Automobilindustrie verändert haben. Die Entwicklungsaufwände bei rein verbrennungsmotorischen Antrieben sind deutlich zurückgegangen und damit verbunden auch der Testbedarf. Vor dem Hintergrund eines möglichen Aus des konventionellen Verbrennungsmotors im Jahr 2035 in der EU haben viele OEM angekündigt, nur noch eine weitere neue Motorengeneration oder sogar nur Anpassungen an bestehenden Generationen auf den Markt zu bringen. Verstärkt wird dieser Effekt durch die Diskussionen um die neue Euro-7-Abgasgesetzgebung, die aktuell keine weitere Verschärfung der Schadstoffgrenzwerte vorsieht und somit die Notwendigkeit der Entwicklung und Einführung neuer Motortechnologien hemmen. In der Antriebsentwicklung bleibt daher vor allem beim Pkw ein klarer Schwerpunkt auf batterieelektrischen Fahrzeugen. Der wasserstoffbasierte Antrieb wird im Pkw-Bereich wohl eher eine Nischenanwendung bleiben, während bei größeren Applikationen ein stärkerer Entwicklungstrend wasserstoffbasierte Antriebe erkennbar ist.

Beiden Antriebsvarianten ist jedoch gemein, dass sie aller Voraussicht nach weniger Applikationsarbeit benötigen als die herkömmlichen Verbrennungsmotoren. Um diesen geänderten Anforderungen zu begegnen, werden zukünftige Investitionen in Ladeinfrastruktur bzw. in eine Möglichkeit zur Betankung von Wasserstofffahrzeugen notwendig. Im aktuellen Wirtschaftsplan ist daher weiterhin die Installation einer 150-kW-Schnellladestationen geplant, die im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund der Unsicherheiten in den geplanten Baukosten nicht realisiert werden konnte. Aufgrund der Nähe zu Forschungseinrichtungen ist das Aldenhoven Testing Center in der Lage, Veränderungen frühzeitig zu erkennen und entsprechend zu reagieren.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang auch das Zusammenspiel von Straßen- und Luftfahrzeugen, bspw. Drohnen.

Wie in den vergangenen Geschäftsjahren konnten wiederkehrende Tests nach den Standards des European New Car Assessment Programme (Euro NCAP) auf dem Gelände durchgeführt werden. Der Umfang hat sich im Vergleich zu den Vorjahren wie prognostiziert deutlich gesteigert. Dies ist auch daran zu erkennen, dass der Top-2-Kunde aus diesem Bereich ist und seinen Jahresumsatz im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat. Zur Sicherstellung und Verbesserung dieser Tests erfolgten bereits 2018 und 2019 Anpassungen an bestehenden Strecken, die 2020 fortgeführt wurden. Die den Tests zugrundeliegenden Protokolle werden regelmäßig fortgeschrieben und erweitert. So gelten ab dem Jahr 2023 seitens Euro NCAP deutliche Erweiterungen der Testumfänge. Damit die neuen Testvorschriften auch am Aldenhoven Testing Center durchgeführt werden können, wurde im Jahr 2023 eine Erweiterung der Fahrdynamikfläche in Form einer neuen Queranfahrt realisiert. Um am Standort darüber hinaus auch Tests anbieten zu können, die aufgrund der Größe nicht auf dem Gelände des Aldenhoven Testing Centers durchführbar sind, wurden Gespräche mit dem Betreiber der Filmautobahn geführt. Die Chancen für eine dortige Realisierung werden als sehr gut angesehen.

Die aus wirtschaftlicher Sicht attraktive Nutzung des Geländes für Events unterschiedlicher Formate fand im vergangenen Jahr wieder mit einem deutlichen Anteil am Gesamtumsatz statt. Die Anfragen und

konkreten Buchungen für Veranstaltungen im Jahr 2024 haben jedoch noch nicht das Niveau von 2023 erreicht. Hier sind die eingetrübte wirtschaftliche Stimmung und der damit einhergehende Sparzwang zu spüren. Um dem entgegenzuwirken wurde ein Konzept zur Unterstützung bei der Planung und Durchführung von (teilweise selbst ausgerichteten) Veranstaltungen entworfen. Die Geschäftsführung ist daher zuversichtlich, dass das Aldenhoven Testing Center auch im Jahr 2024 für Events genutzt wird. Die Testauslastung hängt wie erwähnt dem Vorjahresniveau hinterher, dies kann jedoch auch mit dem schlechten Wetter zu Jahresbeginn zusammenhängen. Daher muss die weitere Entwicklung beobachtet werden.

Aufgrund der genannten guten Ausstattung, verbunden mit einer guten Organisation und einem guten Kundenservice, ist die Prognose für den Weiterbetrieb des Testzentrums grundsätzlich sehr positiv. Das Vermarktungskonzept wird stetig so angepasst, dass kurzfristig auf die Möglichkeiten und Kapazitäten zur Nutzung des Testzentrums hingewiesen wird.

Zudem verfolgt die Gesellschaft weiterhin das Ziel, kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) auf die Testmöglichkeiten im Aldenhoven Testing Center aufmerksam zu machen. Dies beinhaltet z.B. die vermehrte Nutzung von Social-Media-Kanälen wie LinkedIn und Facebook sowie neuerdings auch Instagram. Hierdurch wird eine größere Reichweite als bei herkömmlichen Medien erreicht, so dass somit auch vermehrt KMU angesprochen werden.

Als weitere Maßnahme wird im Jahr 2024 zum zweiten Mal seitens des Aldenhoven Testing Centers eine Automobilausstellung mit Autohäusern aus der Region unter dem Titel „AutoFrühling Aldenhoven“ organisiert, um weitere Aufmerksamkeit zu erzielen. In diesem Jahr jährt sich zudem die Eröffnung des Aldenhoven Testing Centers zum 10. Mal. Zu dieser Feier wurden Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft eingeladen. Auch dies trägt zur Erhöhung der Sichtbarkeit bei.

Durch die Zusammenarbeit mit Vodafone im Bereich „Connected Mobility“ unter dem Titel 5G Mobility Lab gelingt dem Aldenhoven Testing Center die Akquise weiterer Kunden, insbesondere, da die Kombination aus Automobil- und Mobilfunktestfeld europaweit führend ist. Im IT- und Kommunikationsumfeld sind zudem viele KMU tätig, so dass auch hier die gute Aussicht besteht, dass diese Firmen auf das Aldenhoven Testing Center aufmerksam werden und es für ihre Entwicklungen nutzen.

Um die Möglichkeiten auf dem Gelände weiter auszubauen, hatte die Firma Vodafone geplant, ein repräsentatives Gebäude auf dem Gelände zu errichten. Aufgrund von finanziellen Sparzielen, musste diese Maßnahme zunächst eingestellt werden. Die regelmäßig seitens Vodafone auf dem Gelände durchgeführten Veranstaltungen zeigen, dass der Bedarf hierfür weiterhin besteht. Die Beteiligten versuchen daher weiterhin, dass Vodafone Management von der Notwendigkeit eigener, repräsentativer Räumlichkeiten zu überzeugen. Wenn Vodafone das Gebäude realisiert, wird eine Signalwirkung für weitere ansiedlungswillige Firmen erwartet. Außerdem unterstreicht es die gute Zusammenarbeit zwischen Vodafone und dem Aldenhoven Testing Center.

Neben den genannten Aspekten ist es weiterhin wichtig, das Aldenhoven Testing Center auf dem aktuellen Stand der Forschung und Technik zu halten. Hierzu gehört es beispielsweise, Testmöglichkeiten im Bereich der Fahrzeugkommunikation und im Themenumfeld des (hoch-)automatisierten Fahrens anbieten zu können. Mit der Stadtumgebung und dem 5G Mobility Lab besitzt das Aldenhoven Testing Center bereits entsprechende, hochmoderne und, wie oben erläutert, wettbewerbsfähige Infrastruktur. Es ist

nun wichtig, hier am Puls der Forschung & Entwicklung zu bleiben und die Testmöglichkeiten in diesem Bereich weiter auszubauen.

IV. Chancen- und Risikobericht

IV.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Chancen und Risiken

Ergänzend zu den Ausführungen im Kapitel II.1 zur gesamt- und branchenspezifischen wirtschaftlichen Lage kann festgehalten werden, dass das Mobilitätsbedürfnis der Menschen sowie der Umfang der Warenströme unverändert bis steigend sind. Der Verkehrsträger Straße, der im Mittelpunkt des Test- und Eventangebots der ATC GmbH steht, behält damit auf absehbare Zeit seine große Bedeutung. Die gesellschaftliche Diskussion über die Priorisierung des Straßenverkehrs sowie seines Flächenverbrauchs hält an und ist im Gesamtkontext des Klimaschutzes zu sehen. Andere Verkehrsträger gewinnen weiterhin an Bedeutung, was sich auch in den öffentlichen Investitionen beispielsweise in den Bahnverkehr zeigt. Forschungsprojekte, insbesondere im europäischen Rahmen, nehmen stärker soziale Aspekte wie Inklusion, die Anbindung ländlicher Räume sowie urbane Veränderung von Verkehr in den Fokus.

Die zunehmende Konkurrenz für etablierte deutschen und europäischen Hersteller durch insbesondere chinesische Unternehmen und Tesla (USA) wurde bereits in Kapitel II.1 dargelegt. Für die ATC GmbH halten sich hier Chance und Risiko die Waage – außereuropäische Hersteller benötigen Testkapazitäten in Europa, europäische Hersteller und Zulieferer konsolidieren sich und reduzieren dadurch vermeintlich ihre Bedarfe. Die Zulieferer, als wichtige Kundengruppe für das Testgelände, agieren grundsätzlich weltweit. Sie sehen sicher ebenfalls stärker werdender Konkurrenz aus Asien ausgesetzt, da die angestrebte Wertschöpfung nicht nur auf die OEM-Ebene begrenzt sein soll.

IV.2 Unternehmensspezifische Chancen und Risiken

Der zuvor beschriebene starke Veränderungsdruck der Mobilitätsbranche kann grundsätzlich als Chance für das Aldenhoven Testing Center gewertet werden. Durch ihn getrieben werden zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Forschung und Entwicklung immer wieder Testbedarfe entstehen. Die Nähe zur universitären und außeruniversitären Forschung hält das Testzentrum auch für Nutzerinnen und Nutzer interessant, die sich in öffentlichen Forschungsvorhaben mit der Mobilität von morgen – straßengebunden und bodennah – beschäftigen. Dem entgegen steht die bereits genannten Abkühlung der Begeisterung für das automatisierte Fahren (klassischer Verlauf des Hype-Zyklus).

Auch wenn Unternehmen wie Apple ihre Automobil-Bestrebungen komplett einstellen ist aber nicht davon auszugehen, dass eine vollständige Abkehr von dieser Entwicklungsrichtung erfolgen wird. Die Markteinführung weiterer Automatisierungsstufen, die im Übrigen im Laufe des Jahres 2023 erfolgt ist, verbleibt auf den Roadmaps der meisten Unternehmen. Für die Absicherung dieser Systeme und Fahrzeuge notwendige Testumfänge können auf dem Aldenhoven Testing Center vielfach erfolgen, so dass sich hier weiterhin Chancen ergeben. Eine deutliche Zunahme von virtuellen Tests, die schon seit vielen Jahren einen festen Bestandteil im Produktentstehungsprozess haben und im Kontext der Digitalisierung weiter zunehmen, konnte im Verlauf des Jahres 2023 nicht festgestellt werden. Für die Erzeugung digitaler Modelle und die Validierung neuer Entwicklung bleiben Realtests ohnehin erforderlich. Für sogenannte hybride Tests steht ein hochgenaues digitales Abbild des Testzentrums weiterhin zur Verfügung.

Der Gesamtumsatz hat sich nach der Corona-Pandemie nun auf einem Niveau von TEUR 1.100 bis 1.200 stabilisiert und auch die Kostensteigerungen sind auf einem deutlich niedrigeren Niveau als noch im Vorjahr.

Insgesamt zeigt die Entwicklung, dass sich eine Steigerung des Gesamtumsatzes auf die vor der Corona-Pandemie prognostizierten Werte (TEUR 1.500 – 1.600) nicht realisieren lässt.

Im aktuellen Wirtschaftsplan wird daher davon ausgegangen, dass sich das Umsatzniveau in einem Bereich von TEUR 1.100 bis 1.300 in absehbarer Zeit einpendeln wird.

Die Entwicklung hängt stark mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Kundinnen und Kunden des Aldenhoven Testing Centers zusammen. Weiterhin muss der Entwicklung des Testrückgangs bei der Entwicklung von Verbrennungsmotoren stärker Rechnung getragen werden. Hier muss die Entwicklung fortlaufend beobachtet werden.

Die vergangenen Geschäftsjahre zeigen deutlich, dass das Testgelände nicht ohne die Fördermittel des zweiten Bauabschnittes rentabel bewirtschaftet werden kann, da die Abschreibungen nicht vollständig erwirtschaftet werden.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2015 wurde die Fördermaßnahme des zweiten Bauabschnittes vom Landesrechnungshof (LRH) geprüft. Die Prüfung galt primär der Bewilligungsbehörde sowie dem NRW-Wirtschaftsministerium, allerdings wird im Laufe einer solchen Prüfung auch die Fördermaßnahme vor Ort geprüft. Bzgl. der Durchführung der Fördermaßnahme sowie des bisherigen Betriebs durch die ATC GmbH gab es keine Beanstandung. Die Prüfer wiesen jedoch darauf hin, dass bei weiterhin guten Betriebsergebnissen eine Rückzahlungsverpflichtung gegenüber den Fördergebern entstehen kann. Ferner wurde im Jahr 2015 angemerkt, dass das Aldenhoven Testing Center nicht überwiegend von KMU angemietet wird.

Mit der Bewilligungsbehörde (BZR Köln) und dem NRW-Wirtschaftsministerium wurde daraufhin besprochen, dass ein Verfahren zur Sicherstellung der eventuellen Rückzahlungsverpflichtung eingesetzt wird. Weiterhin wurde vereinbart, dass die ATC GmbH sich aktiv bemühen muss, KMU mit geeigneten Mitteln auf die Testmöglichkeiten im Aldenhoven Testing Center hinzuweisen. Im Geschäftsjahr 2023 wurden mehrere große Veranstaltungen am Aldenhoven Testing Center durchgeführt, die zur Verbesserung der Sichtbarkeit des Testzentrums national wie international beigetragen haben. Dies waren beispielhaft die Abschlussveranstaltung zum von der RWTH Aachen University koordinierten Forschungsprojekts *UNI-CARagil* sowie der erstmalig von der ATC GmbH initiierte *AutoFrühling Aldenhoven*. Darüber hinaus war die Gesellschaft im Bereich der Social-Media-Kanäle sehr aktiv. Hierdurch verspricht sich das Aldenhoven Testing Center eine größere Sichtbarkeit und Reichweite, um auf diese Weise auch vermehrt KMU zu erreichen.

Insgesamt sind die von den Prüfern des LRH angesprochenen Themen bereits seit Beginn der Fördermaßnahme bekannt und die Geschäftsführung sowie die Gesellschafter der ATC GmbH gehen davon aus, dass gemeinschaftlich mit der Bewilligungsbehörde eine Lösung erarbeitet werden kann. Die Problematik der Rückzahlung hat sich zumindest zum aktuellen Zeitpunkt entspannt, da die zugrundeliegende

Berechnungsmethodik keine Rückzahlungsverpflichtung mehr ergibt. Endgültige Gewissheit wird jedoch erst nach Ende der Zweckbindungsfrist und Prüfung der Ist-Zahlen durch die Prüfinstanzen herrschen.

Die Teststrecke musste bereits aufgrund von Baumängeln aufwändig im Jahr 2018 saniert werden. Da die Schadensursache für die Mängel des Ovals nicht eindeutig ermittelt werden konnte, prüft die ATC GmbH das Oval engmaschig auf Veränderungen. Aktuell zeigen sich Risse in den Wartungswegen zum Übergang in das Oval. Die Ursache wurde gutachterlich untersucht und liegt in der Einbringung eines Verstärkungsfließ während der Sanierung. Die Risse werden zeitnah versiegelt, so dass keine weiteren Schäden durch Frost etc. entstehen können. Es verbleibt jedoch ein Restrisiko, dass das Oval zukünftig erneut weitere Mängel aufzeigt. Dies lässt sich aufgrund des schwierigen Baugrunds leider nicht vollständig ausschließen. So haben sich über einen längeren Zeitraum kleine Wellen in der Nord- und Südkurve gebildet, die aktuell keine Auswirkungen auf die Nutzbarkeit haben. Aufgrund der engmaschigen Überprüfung wird die Entwicklung der Wellen beobachtet.

Im Jahr 2019 wurde gegen die Planungsfirma und den Bodengutachter des zweiten Bauabschnitts Klage auf mangelbedingten Schadensersatz beim Landgericht (LG) Aachen eingereicht. Beide Parteien wurden gesamtschuldnerisch auf TEUR 995 zuzüglich Zinsen in Höhe 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz sowie die anfallenden Rechtsanwaltskosten verklagt. Mit Urteil vom 13.01.2022 bestätigte das OLG Köln zwar die Annahme, dass das Urteil des LG Aachen aufgrund falscher Annahmen erfolgte, lehnte die Berufung allerdings letztlich aus anderen Gründen ab. Da eine Berufung nicht zugelassen wurde und mangels Erfolgsaussichten auf eine Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesgerichtshof verzichtet wurde, ist dieser Rechtsstreit zu Ungunsten der Gesellschaft beendet. Die ATC GmbH musste die Gerichts- und Anwaltskosten beider Instanzen tragen.

Vor dem Hintergrund, dass es sich bei diesem Rechtsstreit um die Verwendung von Fördermittel (öffentliche Co-Finanzierung des zweiten Bauabschnitts) handelt, geht die ATC GmbH davon aus, dass sie die anfallenden Kosten als Ausgaben im Rahmen der DCF-Rechnung verbuchen kann.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden ca. 46 % des Umsatzes mit dem Oval (ca. TEUR 370, Vj: TEUR 343) und der Fahrdynamikfläche (ca. TEUR 146, Vj: TEUR 246) erwirtschaftet. Der Anteil sank im Vergleich zum Vorjahresergebnis um 4 %. Die Reduktion des Anteils lässt sich im Wesentlichen auf den hohen Umsatzrückgang (TEUR 100) der Fahrdynamikfläche zurückführen, der sogar den gestiegenen absoluten Ovalumsatz überkompensiert hat. Auch ohne den Umsatzrückgang aufgrund der Sanierung wurde mit der Fahrdynamikfläche im Jahresverlauf insgesamt weniger Umsatz erzielt.

Neben dem Oval und der Fahrdynamikfläche ist die Stadtumgebung das dritte wichtige Streckenelement. Die Stadtumgebung hat im Geschäftsjahr 2023 einen Umsatz in Höhe von TEUR 144 (Vj: TEUR 182) erwirtschaftet. Dabei ist zu bedenken, dass im letzten Geschäftsjahr rund die Hälfte des Umsatzes auf eine Abschlussveranstaltung zurückzuführen war. Die Einzelnutzung der Stadtumgebung hat sich somit im aktuellen Geschäftsjahr deutlich gesteigert, was eine sehr erfreuliche Entwicklung ist, da hierdurch die Abhängigkeit von einzelnen Streckenelementen reduziert wird. Bei der Beurteilung der absoluten Zahlen ist zudem zu bedenken, dass der Gesamtumsatz um TEUR 75 von TEUR 1.199 auf TEUR 1.124 gesunken ist.

Die im letzten Geschäftsjahr festgestellte Verschiebung des Umsatzes vom geförderten (TEUR 660, Vj: TEUR 655) in den nicht geförderten Bereich (TEUR 464; Vj: TEUR 544) hat sich im aktuellen Geschäftsjahr

nicht bestätigt. Im Gegenteil, in diesem Jahr ist der Umsatzrückgang im nichtgeförderten Bereich deutlich größer als im geförderten Bereich.

Die Gesamtentwicklung zeigt, dass alle errichteten Streckenelemente von den Kunden benötigt werden und daher insgesamt zur Attraktivität des Testzentrums beitragen. Als generelle Chance ist der diskriminierungsfreie Zugang zu den Streckenelementen anzusehen, wodurch sich das Aldenhoven Testing Center von bestehenden Teststrecken unterscheidet.

Bei der Fahrdynamikfläche (Fertigstellung im Jahr 2009) zeigt sich seit Ende 2017 eine leichte Wellenbildung entlang der Asphaltbahnen, die bei stationären Kreisfahrten bemerkbar wird. Sie schränken die Nutzbarkeit zurzeit nicht ein. Die Entwicklung muss jedoch beobachtet werden. Im Laufe der Jahre 2018 bis 2020 hat sich die Wellenbildung nicht weiter verschlechtert. Allerdings sind aufgrund von Alterungseffekten an der Asphaltoberfläche kleine Risse entstanden. Um den Zustand zu stabilisieren, war für das Jahr 2020 eine Asphaltkonservierung angedacht.

Diese Maßnahme konnte corona-bedingt nicht wie geplant durchgeführt werden. Die Konservierung war dafür im Wirtschaftsplan für das Jahr 2021 vorgesehen. Aufgrund der anhaltenden Umsatzeinbußen und der drohenden Prozesskosten für die zweite Instanz im Rechtsstreit der Ovalsanierung konnte die Sanierung wiederum nicht durchgeführt werden. Im Jahr 2021 wurde zusätzlich ein Asphaltgutachten in Auftrag gegeben, welches klären sollte, ob eine Asphaltkonservierung noch die richtige Sanierungsmaßnahme ist. Dieses Gutachten kam zum Schluss, dass aufgrund der fortschreitenden Rissbildung aufgrund von Alterung eine vollständige Sanierung der Deckschicht notwendig ist, um ein nachhaltiges Sanierungsergebnis zu erzielen. Diese Maßnahme ist deutlich teurer als die Asphaltkonservierung, bietet im Gegenzug dafür aber eine deutlich längere Haltbarkeit. Aufgrund der erwarteten hohen Baukosten bestand die Gefahr, dass das vorhandene Budget nicht für eine vollumfängliche Sanierung und einen gleichzeitigen Neubau der Queranfahrt ausreicht.

Erfreulicherweise konnte im Rahmen einer losweisen Ausschreibung ein sehr gutes Submissionsergebnis erzielen, um beide Maßnahmen vollumfänglich durchführen zu können. Die Baumaßnahmen konnten zum Großteil im Verlauf des Jahres 2023 umgesetzt werden. Leider konnte die Fahrdynamikfläche aufgrund des sehr schlechten Wetters nicht vollständig asphaltiert werden. Die Restarbeiten stehen für das 1. Quartal 2024 an, wenn die Wetterbedingungen wieder einen Asphalteinbau zulassen. Die aktuell vorhandene Fläche kann jedoch schon von den Kunden genutzt werden, so dass keine weiteren größeren Umsatzeinbußen zu erwarten sind. Nach der Sanierung steht somit wieder eine vollfunktionsfähige Fahrdynamikfläche zur Verfügung.

Wie bereits im Prognosebericht erläutert, ist davon auszugehen, dass sich die bereits eingetretene Änderung der Testbedarfe fortsetzen wird. Es werden voraussichtlich kaum noch neue Verbrennungsmotoren entwickelt. Gleichzeitig werden vermehrt batteriebetriebene Elektrofahrzeuge entwickelt. Wie sich die wasserstoffangetriebenen Fahrzeuge (sei es mit einer Brennstoffzelle oder als Wasserstoffverbrennungsmotor) entwickeln, ist aktuell nur schwer abzuschätzen.

Gleichzeitig führen Digitalisierung und Automatisierung zu neuen Testformen, denen beispielsweise auch durch Bewertungsprogramme wie Euro NCAP Rechnung getragen wird. Das Aldenhoven Testing Center muss stets auf die sich ändernden Bedarfe einstellen.

Hierzu zählen Anpassungen von Streckenverläufen, aber auch Investitionen in Ladeinfrastruktur sowohl für die batteriebasierten als auch die wasserstoffbasierten Antriebskonzepte. Im laufenden Geschäftsjahr 2024 ist daher die Errichtung einer Schnellladesäule vorgesehen.

Weiterhin sind hochpräzise Karten der Strecken und ihrer Eigenschaften sowie sog. Targets zum Testen von gefährlichen Situationen (Fußgänger läuft vor das Auto etc.) notwendig, die durch unabhängige Anbieter mittlerweile angeboten werden.

Vor kurzem wurde bekannt, dass in direkter Nachbarschaft zum Aldenhoven Testing Centers ein Hotelneubau erfolgen soll. Dies würde die Attraktivität des Standorts vor allem für überregionale Kunden deutlich steigern, da hierdurch eine Übernachtungsmöglichkeit in direkter Nachbarschaft des Testgeländes bestünde. Weiterhin könnte der Hotelneubau auch bei der Akquise von Veranstaltungen hilfreich sein.

V. Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Zu Geschäftsführer*innen sind bestellt: Günther, Marco
 Heßeler, Frank-Josef
 Lesemann, Micha (Vorsitzender)
 Winkler, Annette

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Oetjen, Hans-Friedrich	Kreistagsmitglied	27.09.2016	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	21.12.2010	08.11.2024
Zentis, Gudrun	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

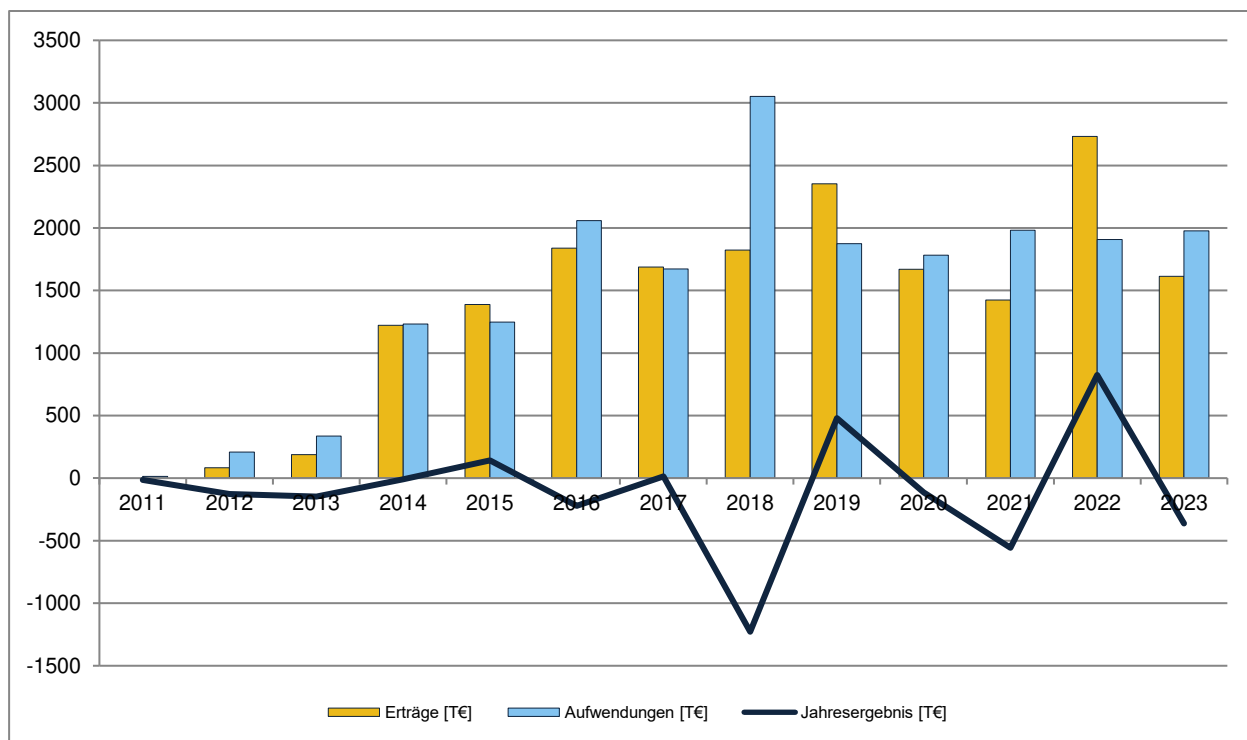
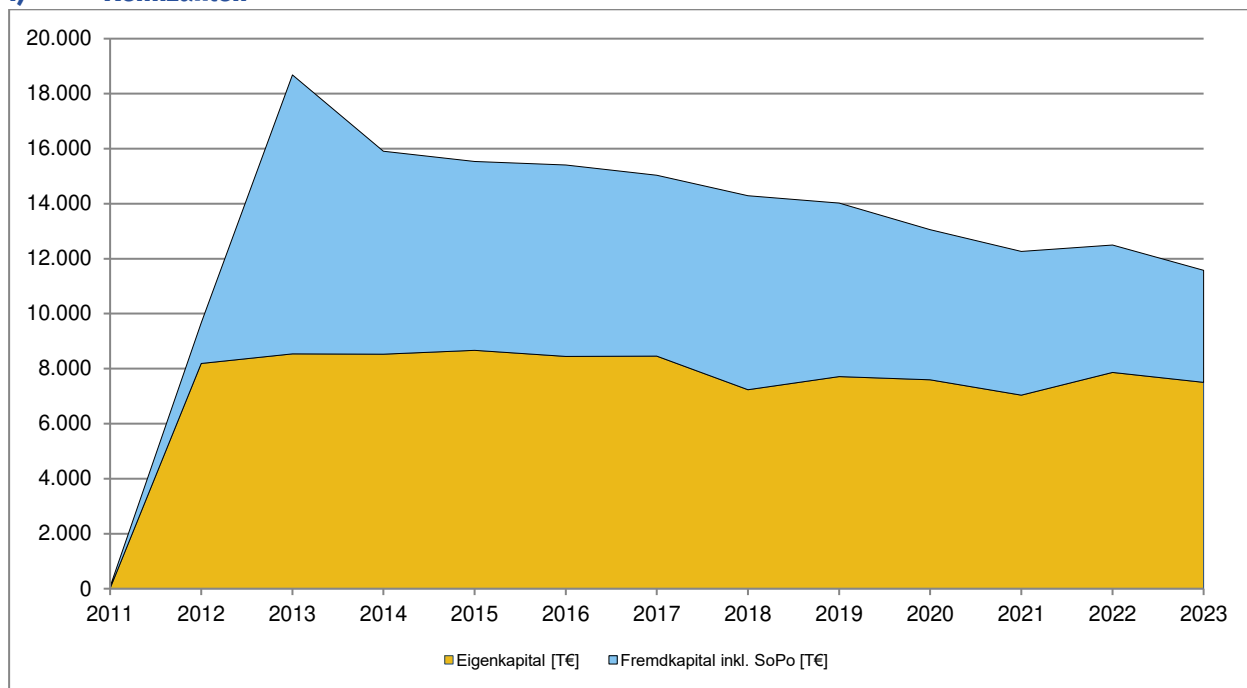
Gesellschafterversammlung:

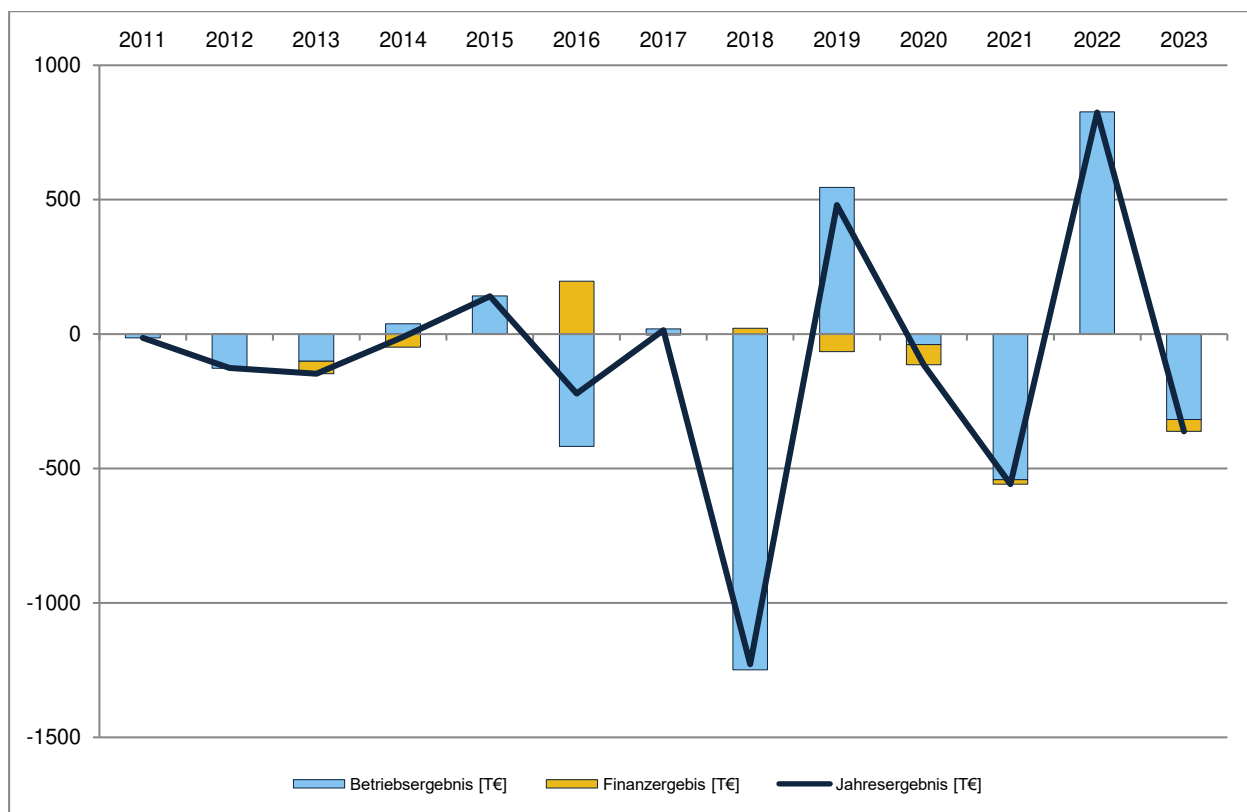
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Geschäftsführer BTG	12.04.2012	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	57,42%	62,98%	64,83%	1,85%
Eigenkapitalrentabilität	-7,92%	10,48%	-4,82%	-15,30%
Anlagendeckungsgrad 2	64,73%	88,29%	87,90%	-0,39%
Verschuldungsgrad	17,78%	14,10%	13,47%	-0,63%
Umsatzrentabilität	-61,60%	68,93%	-28,23%	-97,15%

2 Dürener Bauverein AG



Grüngürtel 31
52351 Düren
Telefon: 02421/3909-0
Telefax: 02421/3909-740
E-Mail: info@bauverein-dn.de
Homepage: www.bauverein-dn.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung von breiten Schichten der Bevölkerung.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	57,571	25,02
Stadt Düren	170,515	74,11
Private Dritte	1,994	0,87
Stammkapital	230,081	

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17.416,37 €	10.613,53 €	4.963,69 €	-5.649,84 €	-53,23%
II. Sachanlagen	50.591.401,25 €	49.603.868,77 €	50.295.613,22 €	691.744,45 €	1,39%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.413.701,13 €	2.401.105,23 €	2.494.048,01 €	92.942,78 €	3,87%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	214.340,63 €	639.985,59 €	380.282,90 €	-259.702,69 €	-40,58%
III. Flüssige Mittel	1.248.702,06 €	882.296,41 €	4.524.517,13 €	3.642.220,72 €	412,81%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	31.127,93 €	25.992,02 €	28.858,35 €	2.866,33 €	11,03%
Summe Aktiva	54.516.689,37 €	53.563.861,55 €	57.728.283,30 €	4.164.421,75 €	7,77%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	230.081,35 €	230.081,35 €	230.081,35 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklagen	17.438.853,80 €	17.968.765,69 €	18.307.715,90 €	338.950,21 €	1,89%
III. Bilanzgewinn	223.115,14 €	316.153,46 €	32.058,34 €	-284.095,12 €	-89,86%
C. Rückstellungen	250.622,26 €	300.010,18 €	267.911,65 €	-32.098,53 €	-10,70%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
D. Verbindlichkeiten	36.374.016,82 €	34.748.850,87 €	38.885.337,94 €	4.136.487,07 €	11,90%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	5.178,12 €	5.178,12 €	
Summe Passiva	54.516.689,37 €	53.563.861,55 €	57.728.283,30 €	4.164.421,75 €	7,77%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	9.032.696,85 €	9.875.254,46 €	9.745.004,55 €	-130.249,91 €	-1,32%
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen	201.564,60 €	-12.595,90 €	89.420,40 €	102.016,30 €	-809,92%
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	81.273,27 €	15.278,01 €	78.039,48 €	62.761,47 €	410,80%
4. Sonstige betriebliche Erträge	204.516,26 €	200.341,97 €	242.687,95 €	42.345,98 €	21,14%
5. Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	4.426.588,56 €	4.509.473,46 €	4.702.403,58 €	192.930,12 €	4,28%
6. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	1.624.710,63 €	1.763.394,42 €	1.839.464,46 €	76.070,04 €	4,31%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	409.180,96 €	447.962,17 €	484.488,44 €	36.526,27 €	8,15%
7. Abschreibungen	1.412.637,90 €	1.481.127,00 €	1.478.500,95 €	-2.626,05 €	-0,18%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	674.595,39 €	699.446,86 €	966.235,21 €	266.788,35 €	38,14%
Betriebsergebnis	972.337,54 €	1.176.874,63 €	684.059,74 €	-492.814,89 €	-41,87%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	140,52 €	140,52 €	
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	524.205,51 €	494.428,25 €	659.603,08 €	165.174,83 €	33,41%
Finanzergebnis	-524.205,51 €	-494.428,25 €	-659.462,56 €	-165.034,31 €	33,38%
				0,00 €	
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	448.132,03 €	682.446,38 €	24.597,18 €	-657.849,20 €	-96,40%
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-213,17 €	48.280,21 €	-42.753,49 €	-91.033,70 €	-188,55%
12. sonstige Steuern	2.130,06 €	2.012,71 €	3.292,33 €	1.279,62 €	63,58%
Jahresergebnis	446.215,14 €	632.153,46 €	64.058,34 €	-568.095,12 €	-89,87%
13. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	223.100,00 €	316.000,00 €	32.000,00 €	-284.000,00 €	-89,87%
Jahresergebnis	223.115,14 €	316.153,46 €	32.058,34 €	-284.095,12 €	-89,86%

f) Lagebericht

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

1. Angaben zum Unternehmen

Das im Jahre 1902 als Aktiengesellschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Düren.

Die angemieteten Geschäftsräume befinden sich im Hause der Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren eG, Grüngürtel 31, 52351 Düren.

Wesentliche Anteilseigner sind die Stadt Düren mit 170.515,84 € (74,11 %) und die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH mit 57.571,47 € (25,02 %) am gezeichneten Gesamtkapital in Höhe von 230.081,35 €. Darüber hinaus sind 6 weitere Aktionäre an der Gesellschaft beteiligt.

Die Dürener Bauverein AG wird durch eine hauptamtliche Vorstandsvorsitzende und zwei nebenamtliche Vorstandsmitglieder geleitet. Daneben sind zum 31.12.2023 12 kaufmännische Angestellte (davon 2 Teilzeitkräfte), 16 technische Angestellte (davon 2 Teilzeitkräfte), 3 Auszubildende und 18 geringfügig Beschäftigte tätig.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2023 war durch folgende wesentliche gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen gekennzeichnet:

2. Wohnungsmarkt in Stadt und Kreis Düren

Der Wohnungsmarkt in Düren ist angespannt. Die Anzahl der stark nachgefragten öffentlich geförderten Wohnungen geht stetig zurück und in den Zeiten der Zinsniedrigphase entstand wenig Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen. Stattdessen wurden vielfach Darlehen der NRW- Bank abgelöst mit der Folge, dass die Zweckbindung ausläuft und die Wohnungen keiner Mietpreisbindung mehr unterliegen, so dass sich das Angebot gegenüber der gestiegenen Nachfrage verringert. Gleichzeitig ging in den vergangenen Jahren die Anzahl von Neubauvorhaben deutlich zurück. Ursache hierfür sind die insgesamt erheblich gestiegenen Preise im Baugewerbe aufgrund der Energiekrise im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg, den gestiegenen Zinsen sowie des Fachkräftemangels in der Baubranche.

Die dargestellten Faktoren bewirkten, dass Menschen ihre einmal angemietete Wohnung behalten haben und die über Jahre stetige Fluktuationsrate in den vergangenen 5 Jahren um 4% sank und den Wohnungssuchenden somit ein deutlich geringeres Angebot an freien Wohnungen gegenüber früheren Zeiträumen zur Verfügung stand.

Um der gewachsenen Nachfrage entsprechen zu können, hat sich das Unternehmen entschieden, dem allgemeinen Trend, in schwierigen Zeiten von Neubauten abzusehen, zuwider zu handeln und dem Erreichen der Ziele der verabschiedeten Strategie 2030 Priorität einzuräumen.

Des Weiteren wird auch der bereits eingeschlagene Pfad der Bestandssanierung nicht vernachlässigt, da dies eine zwingende Voraussetzung für ein attraktives Wohnumfeld darstellt.

3. Geschäftsentwicklung

Der Geschäftsverlauf ist für das Unternehmen im Bereich des Geschäftsfeldes Wohnungsverwaltung als zufriedenstellend zu kennzeichnen. Die Leerstandsquote im Geschäftsjahr 2023 von 6,0 % ist gegenüber dem Vorjahr (6,3 %) gesunken. Die Fluktuationsrate stieg von 7,0 % im Vorjahr auf 8,2 %.

4. Geschäftsergebnis

Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein Jahresüberschuss von 64 T€ (Vorjahr: 632 T€) erwirtschaftet. Nach der Prognose im Wirtschaftsplan wurde mit einem Jahresüberschuss von 116 T€ gerechnet. Wesentlicher Grund der Abweichung sind mehr angefallene Instandhaltungskosten als geplant.

5. Geschäftstätigkeit

5.1 Grundstückserwerb

Mit Kaufvertrag vom 24.10.2023 wurde in Kreuzau das unbebaute Grundstück „Hauptstraße“, Flur 13, Flurstücke 770 mit der Größe von 12 m² erworben. Die Gesamtkosten einschließlich Erwerbsnebenkosten betrugen ca. 15 T€.

5.2 Modernisierung und Instandsetzung

a) Modernisierung

In verschiedenen Wohnungen wurden zur Erhöhung des Standards und zur besseren Vermietbarkeit umfassende Wohnungssanierungen durchgeführt. Grundsätzlich ist die Feststellung zu treffen, dass eine Vermietbarkeit von Wohnungen einfachen Standards kaum noch gewährleistet ist.

b) Instandhaltung

Für die Bestandserhaltung des Hausbesitzes wurden im Jahr 2023 insgesamt 1.701 T€ (Vorjahr: 1.700 T€) aufgewendet. Das sind 18,77 €/m² Wohn-/Nutzfläche (Vorjahr: 18,65 €/m² Wohn-/Nutzfläche) ohne Aufwendungen für die Behebung von Versicherungsschäden.

5.3 Planung und Vorbereitung

5.3.1 Grundstücksankäufe

Es ist geplant, bei einem entsprechenden Angebot, weitere Grundstücke zu erwerben und diese mittelfristig zu bebauen.

5.3.2 Neubau

Am 02.05.2023 wurde auf dem Grundstück Zehnthofstraße 8 - 14 in Niederzier mit dem Bau von 4 Mehrfamilienhäusern begonnen. Der Spatenstich der 15 Einfamilienhäuser in der Brückenstraße 195 – 201 und der zwei Mehrfamilienhäuser Am Wehr 39, 41 ist im Frühjahr 2024 geplant. Derzeit in Planung befindet

sich das Neubauprojekt Hauptstraße 52, 54, 56 in Kreuzau und soll zeitnah bebaut werden. Des Weiteren werden in naher Zukunft auf den Grundstücken Rütger-von-Scheven-Str. 27 – 37 Neubauten errichtet.



Abbildung 1: Bauvorhaben Zehnthofstraße in Huchem-Stammel



Abbildung 2: Einfamilienhäuser Brückenstraße



Abbildung 3: Neubauvorhaben von 19 Wohnungen in Lendersdorf, Am Wehr



Abbildung 4: Entwurfsplanung Neubauvorhaben in Kreuzau

5.3.3 Um- und Ausbauprogramm der folgenden Jahre

Die Objekte Goebenstraße 17 - 19a befinden sich derzeit in der Entwurfsplanung. Alle Gebäude werden umfassend energetisch saniert und die Ausstattung dem heutigen Standard angepasst. Des Weiteren sollen die Bestandsgebäude erweitert werden und die Wohnungen einen zeitgemäßen Zuschnitt erhalten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit soll bei der Bestandspflege und Modernisierung liegen. Es werden Modernisierungskonzepte erstellt mit dem Ziel, eine Verbesserung der Vermietbarkeit durch Änderungen der Wohnungsgrundrisse bzw. Ausstattungsmerkmale zu erreichen.



Abbildung 5: Entwurfsplanung Goebenstraße 17 - 19a

6. Wohnungsbewirtschaftung

Die Entwicklung in den letzten Jahren ergibt sich aus den folgenden Kennzahlen:

Kennzahlenübersicht		2023	2022	2021	2020	2019
1. Bestandszahlen						
Bewirtschafteter Bestand						
Wohneinheiten	Anzahl	1.443	1.453	1.453	1.419	1.403
Gewerbeeinheiten	Anzahl	1	1	1	1	1
Garagen	Anzahl	194	196	196	196	196
Einstellplätze Tiefgarage	Anzahl	36	36	36	36	36
Stellplätze	Anzahl	196	196	196	166	158
Wohnfläche/Nutzfläche	m ²	90.615	91.142	91.148	88.929	87.813
Durchschnittliche Wohnungsgröße	m ²	62,76	62,69	62,70	62,64	62,56
2. Wohnungswirtschaftliche Kennzahlen						
Durchschnittliche Sollmiete pro Monat	€/m ²	5,65	5,44	5,20	5,16	5,10
Durchschnittliche umlagefähige Betriebskosten pro Monat	€/m ²	2,64	2,34	2,34	2,20	2,13
Wohnungswechsel	Anzahl	118	102	94	113	142
Fluktuationsrate	%	8,2	7,0	6,5	8,0	10,1
Neuvermietung angeschriebene Bewerber Davon	Anzahl	3.406	1.346	2.531	3.703	4.507

interessierte Bewerber	Anzahl	394	255	215	257	336
Absagen	Anzahl	119	66	114	99	146
nicht gemeldet	Anzahl	2.893	1.025	2.202	3.347	4.025
Wohnungsleerstände	Anzahl	87	91	70	79	58
Davon						
modernisierungsbedingt	Anzahl	85	88	63	72	51
sonstige	Anzahl	2	3	7	7	7

Grundbesitz, Haus- und Wohnungsbestand

Der Grundbesitz der Gesellschaft beträgt flächenmäßig bei den bebauten Grundstücken mit Wohnbauten am 31.12.2023 insgesamt 146.468 m². Hierin sind Erbbaugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 38.163 m² enthalten.

Der Haus- und Wohnungsbestand der Gesellschaft umfasst am 31.12.2023 207 Mehrfamilienhäuser und 16 Einfamilienhäuser, zusammen 223 Häuser mit insgesamt 1.443 Mietwohnungen, 230 Garagen (davon 36 Einstellplätze in einer Tiefgarage), 196 Stellplätzen und 1 gewerbliche Einheit. Die gesamte Wohn-/Nutzfläche beträgt 90.615 m².

7. Treuhandverwaltung

Die Dürener Bauverein AG verwaltet gemäß Treuhandvertrag vom 01.08.1990 ab 01.01.1991 in eigenem Namen auf Rechnung der Stadt Düren zum 31.12.2023 123 Häuser mit 312 Wohnungen, 8 gewerblichen Einheiten, 16 Garagen und 23 Stellplätzen auf einer Wohn-/Nutzfläche von 20.789 m².

8. Geschäftsbesorgung

Seit dem 01.01.1991 besorgt die Dürener Bauverein AG die Geschäfte der Gemeinnützige Wohnungsbau-genossenschaft für Stadt und Kreis Düren eG. Am 29.10.2015 wurde mit Wirkung zum 01.01.2016 ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren abgeschlossen. Eine Kündigung des zum 31.12.2023 auslaufenden Vertrages wurde nicht ausgesprochen, so dass sich die Laufzeit automatisch bis zum 31.12.2025 verlängert.

Zum 31.12.2023 werden 255 Häuser mit 1.190 Wohnungen, 4 gewerblichen Einheiten, 154 Stellplätzen, 144 Garagen und 2 Tiefgaragen mit 70 Einstellplätzen auf einer Wohn-/Nutzfläche von 79.466 m² verwaltet.

B. Darstellung der Lage (§ 289 Abs. 1 HGB)

1. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4.164 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen hat sich um 686 T€ erhöht. Das Umlaufvermögen und die Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich um 3.478 T€. Das Anlagevermögen beläuft sich auf 87,1 % der Bilanzsumme. Die Anlagendeckung durch Eigenkapital sank von 37,3 % auf 36,9 %.

Auf der Passivseite der Bilanz stieg das Eigenkapital um 55 T€. Die Rückstellungen und die Rechnungsabgrenzungsposten verringerten sich um 27 T€. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich im Saldo um 4.136 T€. Diese umfassen 67,4 % der Bilanzsumme. Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtvermögen hat sich von 34,6 % in 2022 auf 32,2 % in 2023 verringert.

Die Veränderungen des Finanzmittelbestandes (Cashflow) sowie die dafür ursächlichen Mittelbewegungen stellen sich mit Hilfe der nachstehenden Kapitalflussrechnung wie folgt dar:

Finanzlage

Cash Flow

	2023	2022
	T€	T€
Jahresüberschuss	64	632
Abschreibungen Anlagevermögen	1.479	1.481
Zunahme der langfristigen Rückstellungen	1	1
Abschreibungen auf Geldbeschaffungskosten	1	0
Cashflow	1.545	2.114
Ab-/Zunahme der kurzfristigen Rückstellungen	-32	48
Verlust aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des AV	74	0
Ab-/Zunahme sonstiger Aktiva	166	-405
Zunahme sonstiger Passiva	357	286
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	2.110	2.043
Einzahlungen aus Abgängen des Anlagevermögens	0	30
Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-2.240	-860
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-2.240	-830
Valutierung von Darlehen	7.174	0
Planmäßige Tilgung von Darlehen	-1.436	-1.435
Rückzahlung von Darlehen	-1.956	-136
Zahlung von Dividenden	-9	-9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	3.773	-1.580
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	3.643	-367
Finanzmittelbestand am 1. Januar	882	1.249
Finanzmittelbestand am 31. Dezember	4.525	882

Das Netto-Geldvermögen hat sich um 3.131 T€ auf 3.424 T€ erhöht. In dem nachfolgenden Liquiditätsstatus zu Buchwerten werden die Veränderungen des Netto-Geldvermögens während des Geschäftsjahres gezeigt.

Liquidität	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung
	T€	T€	T€
Langfristiger Bereich			
Vermögenswerte	50.329	49.640	689
Finanzierungsmittel	53.753	49.933	3.820
Überdeckung	3.424	293	3.131
Kurzfristiger Bereich			
Finanzmittelstand	4.525	882	3.643
Übrige kurzfristig realisierbare Vermögenswerte	2.874	3.042	-168
	7.399	3.924	3.475
kurzfristige Verpflichtungen	3.975	3.631	344
Netto-Geldvermögen	3.424	293	3.131

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit gegeben.

Die Investitionen für Modernisierung wurden fristgerecht durch Eigenmittel aus dem geldrechnungsmäßigen Überschuss finanziert. Die Zahlungsfähigkeit ist auch bei planmäßigem Verlauf für das Geschäftsjahr 2024 gegeben.

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Aktiva					
Anlagevermögen	50.300	87,1	49.614	92,6	686
Umlaufvermögen	7.399	12,8	3.924	7,3	3.475
Rechnungsabgrenzungsposten	29	0,1	26	0,1	3
Gesamtvermögen	57.728	100,0	53.564	100,0	4.164
Passiva					
Eigenkapital	18.570	32,2	18.515	34,6	55
Rückstellungen	268	0,4	300	0,5	-32
Verbindlichkeiten	38885	67,4	34.749	64,9	4.136
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0,0	0	0,0	5
Gesamtvermögen	57.728	100,0	53.564	100,0	4.164

2. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft war im Berichtsjahr zufriedenstellend. Der Jahresüberschuss im Jahr 2023 beträgt 64 T€ (Vorjahr: 632 T€).

Das Jahresergebnis ist gegenüber dem Vorjahr um 568 T€ gesunken.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung erhöhten sich um 90 T€. Die Sollmieten stiegen im Wesentlichen aufgrund von Mieterhöhungen um 201 T€. Die Erlöse aus der Umlagenabrechnung verringerten sich um 33 T€. Die Erlösschmälerungen aus Sollmieten erhöhten sich um 91 T€.

Die Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen betragen 1.123 T€. Die darin enthaltenen Erträge aus der Geschäftsbesorgung der Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren eG sind von 1.142 T€ im Vorjahr auf 899 T€ gesunken.

Der Personalaufwand erhöhte sich um 113 T€.

Die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhten sich um 22 T€. Die Abschreibungen auf Zugänge durch nachträgliche Herstellungs- und Modernisierungskosten betrugen 7 T€. Die Abschreibung auf Büro- und Geschäftsausstattung erhöhte sich um 16 T€.

3. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist geordnet. Insgesamt schätzt der Vorstand die Lage der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts als gut ein.

C. Leistungsindikatoren

1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Der Vorstand hat aufgrund des **Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)** ein Risikomanagement eingerichtet. In verschiedenen Beobachtungsbereichen und Beobachtungsfeldern werden Risikoindikatoren ermittelt, die Frühwarninformationen liefern können. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig über die Entwicklungen unterrichtet. Eine Kennziffernübersicht wurde erstellt, die auszugsweise nachstehend veröffentlicht wird:

1.1 Jahresabschlusszahlen

		2023	2022	2021	2020	2019
Bilanzsumme	T€	57.728	53.564	54.517	53.892	51.058
Sachanlagevermögen	T€	50.296	49.604	50.591	48.318	43.627
Sachanlagenintensität	%	87,1	92,7	92,8	89,7	85,5
Investitionen in Sachanlagen	T€	2.240	859	3.677	5.986	3.245
Eigenkapital (langfristig)	T€	18.561	18.506	17.883	17.446	16.819
Verbindlichkeiten (langfristig)	T€	33.738	29.880	31.802	31.860	29.521
Fremdkapitalquote	%	67,8	65,4	67,2	67,6	67,0
Umsatzerlöse	T€	9.745	9.875	9.033	8.776	8.612

Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	T€	64	632	446	636	694
---------------------------------------	----	-----------	-----	-----	-----	-----

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	T€	2.110	2.043	1.516	2.508	2.224
--	----	--------------	-------	-------	-------	-------

Tilgung	T€	3.392	1.571	1.518	1.446	1.041
davon planmäßig	T€	1.436	1.434	1.355	1.210	1.041

Ausschüttung	T€	9	9	9	9	9
--------------	----	----------	---	---	---	---

Durchschnittlicher Buchwert Hausbesitz	€/m²	503,65	513,14	527,32	492,79	464,20
---	------	---------------	--------	--------	--------	--------

Durchschnittliche Verschuldung	€/m²	372,32	327,84	348,91	358,58	334,53
-----------------------------------	------	---------------	--------	--------	--------	--------

1.2 Kennzahlen zur Rentabilität

Eigenkapitalrentabilität	%	0,11	3,67	2,51	4,05	4,80
--------------------------	---	-------------	------	------	------	------

		2023	2022	2021	2020	2019
--	--	-------------	------	------	------	------

1.3 Gewinn- und Verlustrechnung

	T€					
Sollmieten	T€	6.148	5.947	5.686	5.516	5.369
Erlösschmälerungen	%	327	236	250	219	208
in Relation zur Sollmiete	T€	5,3	4,0	4,2	3,9	3,9

Instandhaltungskosten*	€/m²	1.701	1.700	1.637	1.460	1.410
Durchschnittliche Instandhaltungskosten	T€	18,77	18,65	17,95	16,42	16,06
* darin enthalten Beiträge nach § 8 Kommunalen Abgabengesetz (KAG)	T€	0	0	141	0	0
Abschreibungen auf Mietforderungen	T€	56	16	10	10	12
Verwaltungskosten (Hausbewirtschaftung)	T€ T€	1.607	1.260	1.258	1.109	1.081
Abschreibungen auf Sachanlagen (davon planmäßig)	T€	1.473 1.473	1.474 1.451	1.404 1.404	1.294 1.294	1.244 1.244
Zinsaufwendungen		659	494	524	546	510

2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung.

D. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft ist Risiken, die sich aus Zahlungsstromschwankungen und Liquiditätsrisiken ergeben, aufgrund regelmäßiger Mieteinzahlungen nicht ausgesetzt. Diese Mieterträge sind durch entsprechende

Mietverträge gesichert, wobei das aktuelle Mietniveau perspektivisch noch Mieterhöhungsmöglichkeiten bietet.

Der Immobilienbestand und die Investitionen in Modernisierungen werden langfristig finanziert. Bei den Fremdmitteln handelt es sich um langfristige Annuitätendarlehen, die dinglich gesichert sind. Ein Zinsänderungsrisiko besteht im Hinblick auf die Realisierbarkeit von Neubaumaßnahmen und Modernisierungen und auf die Prolongation bzw. Umfinanzierung auslaufender Darlehen, wobei sich die Gesellschaft gegen dieses Risiko insofern abgesichert hat, als sie in dem langen Zeitraum der Zinsniedrigphase Darlehen als sogenannte Volltilgerdarlehen abgeschlossen hat.

Dem allgemeinen Trend in der Wohnungswirtschaft zuwider, Neubauvorhaben einzustellen und zunächst sowohl die Baupreise als auch die Zinsentwicklung zu beobachten, hat sich die Gesellschaft dazu entschieden, in Niederzier, Huchem-Stammeln 30 Wohnungen in insgesamt 4 Mehrfamilienhäusern, wovon 6 Wohnungen öffentlich gefördert sind, zu errichten. Ebenfalls wurde die Errichtung von 15 öffentlich geförderten Einfamilienhäusern in der Brückenstraße sowie ein öffentlich gefördertes Mehrfamilienhaus mit insgesamt 19 Wohnungen in Düren-Lendersdorf durch einen Generalunternehmer in die Wege geleitet und bereits im Geschäftsjahr 2023 erhielt die Gesellschaft die Zusage für die Fördermittel durch den Kreis Düren.

Maßgebend waren die zugrundeliegenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Gesellschaft, die einen realisierbaren Mietpreis zugrunde legten. Notwendig ist aber auch die zwingend notwendige Einhaltung der Kostenschätzungen im Rahmen der Realisierung der Bauvorhaben. Dies zeigt aber auch, dass ein Bauen in gewissen Segmenten nach wie vor wirtschaftlich möglich ist und gerade der Bereich der Errichtung öffentlich geförderter Wohnungen Stagnation verhindert und dazu beiträgt, bei der Umsetzung der Ziele der Landesregierung, eine möglichst hohe Anzahl öffentlich geförderter Wohnungen zu errichten, mitzuwirken.

Die Klimaschutzgesetzgebung und die damit einhergehenden Anforderungen und Verpflichtungen für die Wohnungswirtschaft stellen ganz erhebliche Herausforderungen auch für unser Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. Seitens der Bundesregierung wurde im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 eine CO₂-Bepreisung beschlossen, die für das Geschäftsjahr 2024 eine Bepreisung von 45€/t CO₂ festlegt, die nach dem Stufenmodell zwischen Vermieter und Mieter aufgeteilt werden. Insgesamt beläuft sich der CO₂e-Verbrauch des Hausbesitzes auf 2.695 Tonnen. Dies entspricht ca. 32 kg CO₂e je m² Wohnfläche im Jahr.

Das Unternehmen hat die Fa. Ampeers Energy mit einer Bestandsaufnahme der Objekte zur Ermittlung der CO₂-Emissionen beauftragt. Im Anschluss muss, basierend auf den vorliegenden Gebäude- und Energieverbrauchsdaten, eine wirtschaftlich sinnvolle Modernisierungsreihenfolge ermittelt werden, um das

Gebäudeportfolio schrittweise zu dekarbonisieren. Mit dieser Aufgabe einhergehende Kosten- und Vermietungsrisiken sind zu beachten.

2. Chancen der künftigen Entwicklung

Stetige Investitionen in den Bestand, in Form von laufenden Instandhaltungen und durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen, bilden die Grundlage zukünftiger Erfolgspotenziale. Deshalb wird der Wohnungsbestand der Gesellschaft bereits seit vielen Jahren kontinuierlich den gestiegenen Anforderungen entsprechend nachfragegerecht angepasst und verbessert. Relevant sind dabei Investitionen in die energetische Sanierung des Gebäudebestandes, weil der energetische Zustand von Immobilien zukünftig ein bedeutendes Kriterium für die Vermietbarkeit darstellen wird.

Mit Hilfe qualifizierter Mitarbeiter und bewährter Geschäftsstrategie wird die Leistungsfähigkeit gegenüber unseren Kunden stetig verbessert und unsere Position am Wohnungsmarkt in der Stadt Düren gefestigt und im Kreis Düren angekurbelt. Entsprechend ehrgeizige Ziele werden mit den bereits in Bau und in der Planung befindlichen Neubauten auf den Grundstücken Am Wehr 39, 41, Brückenstraße 195 - 201 in Düren, Hauptstraße 52, 54, 56 in Kreuzau und der Zehnthofstraße in Niederzier gesetzt. Auf den Grundstücken Rütger-von-Scheven-Straße 27 – 37 sollen in naher Zukunft Neubauten entstehen.

Sowohl bei den Modernisierungen als auch bei den Neubauten wird der demographische Wandel und die gestiegene Nachfrage nach seniorengerechten Wohnungen angemessen berücksichtigt.

E. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2024 wird gemäß Wirtschaftsplan ein Überschuss von 271 T€ und ein geldrechnungsmäßiger Überschuss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 68 T€ erwartet.

Im Geschäftsjahr 2024 wird eine Umsatzsteigerung der Sollmieten angestrebt. Im Vergleich zum Jahr 2023 sollen diese um ca. 1,5 % auf 8.448 T€ steigen. Dieser Anstieg ist zum einen auf moderate Mieterhöhungen im Rahmen der Anpassung an den Mietspiegel und zum anderen auf höhere Mieteinnahmen infolge der erfolgreich abgeschlossenen Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen zurückzuführen. Demgegenüber stehen branchenüblich steigende Aufwendungen für Abschreibung sowie Aufwendungen für Instandhaltung und Modernisierung.

Auch im Geschäftsjahr 2024 gehen wir von einer weiterhin hohen Nachfrage nach freien Wohnungen aus. So sind derzeit Menschen aller Altersgruppen, aber auch aller Einkommensgruppen auf der Suche nach adäquatem Wohnraum. Für die Gesellschaft bedeutet dies, dass sie ein Angebot erstellen muss, dass dem Nachfragepotential gerecht wird. Angesichts der angespannten Situation in der Baubranche, gilt es hier, das Optimum zu erreichen. Dafür muss zunächst für die einkommensschwachen

Bevölkerungsgruppen Angebote erstellt werden. Sowohl ältere, alleinstehende, kinderreiche als auch geflüchtete Menschen sind häufig berechtigt, in öffentlich gefördertem Wohnraum zu leben. Dieser großen Anzahl an Berechtigten steht ein geringes Angebot an Wohnungen gegenüber, da im vergangenen Jahrzehnt viele Wohnungen aus der öffentlichen Bindung rausgefallen sind und nunmehr nur noch ein geringes Angebot an solchen Wohnungen besteht. Aufgrund der aktuellen Bedingungen bei der Errichtung öffentlich geförderten Wohnraum wird daher zunächst ein Angebot für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen erstellt, dass dann in den Folgejahren um freifinanzierten Wohnungsbau ergänzt wird.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit konzentriert sich die Geschäftstätigkeit aber auch weiterhin auf die Erhaltung und die Modernisierung des Wohnungsbestandes mit dem Ziel der stetigen Verbesserung der Wohnqualität. Ein Wohnungsangebot mit entsprechenden Wohnungsgrößen, ansprechendem Wohnumfeld und gesteigertem Wohnungsausstattungs-standard kann das angestrebte Ziel der langfristigen Vermietbarkeit unter Berücksichtigung der Mieterstrukturen sowie des tatsächlichen Nachfragepotentials gewährleisten. Die Beibehaltung der Modernisierungs- und Instandhaltungskontingente ist daher notwendig.

Durch die Errichtung öffentlich geförderten Wohnraums einerseits und Modernisierung des Wohnungsbestandes andererseits erreichen wir diverse Bevölkerungsgruppen, denen günstiger, aber gut ausgestatteter Wohnraum zu bezahlbaren Preisen angeboten werden kann.

II. Angaben nach § 312 AktG

Über die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde ein separater Bericht erstellt. Dieser Bericht enthält für das Geschäftsjahr 2023 folgende Schlusserklärung:

Schlusserklärung

Abschließend erklären wir, dass nach den Umständen, die zum Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren, unsere Gesellschaft bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat.

Rechtsgeschäfte mit Dritten auf Veranlassung oder im Interesse der Stadt Düren oder der mit ihr verbundenen Unternehmen sind im Berichtsjahr 2023 nicht getätigt worden.

Desgleichen sind berichtspflichtige Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der Stadt Düren oder der mit ihr verbundenen Unternehmen weder getroffen noch unterlassen worden.

Hinsichtlich der öffentlichen Zwecksetzung ist die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren satzungsgemäßen Aufgaben, nämlich eine nach Qualität und Quantität befriedigende und preiswerte Wohnungsverorgung von breiten Schichten der Bevölkerung sicherzustellen, nachgekommen. Zu dieser sozialen Verpflichtung hat die Gesellschaft seit der Gründung ihren Beitrag geleistet und wird diese Zielsetzung auch in Zukunft verfolgen.

Die Geschäfte des Unternehmens werden im Sinne der jeweils gültigen Satzung und nach dem Aktiengesetz geführt.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Vorstand:	Runge, Dagmar (Vorsitzende)	Nideggen	
	Hissel, Thomas (bis 23.07.2024)	Aachen	
	Kaptain, Peter	Kreuzau	
	Wessels, Stefan (seit 23.07.2024)	Düren	
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1 Sitz	
Hauptversammlung:		1 Sitz	25,02%

Vertreter des Kreises Düren

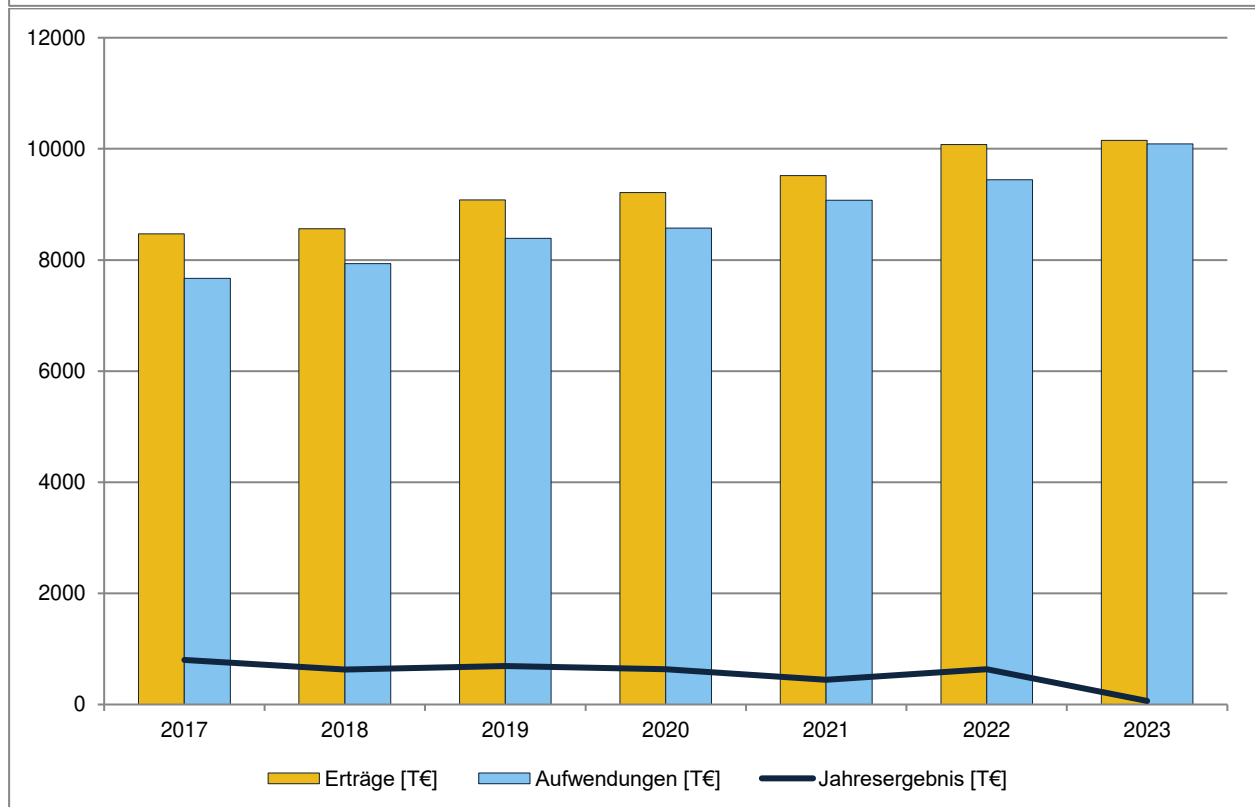
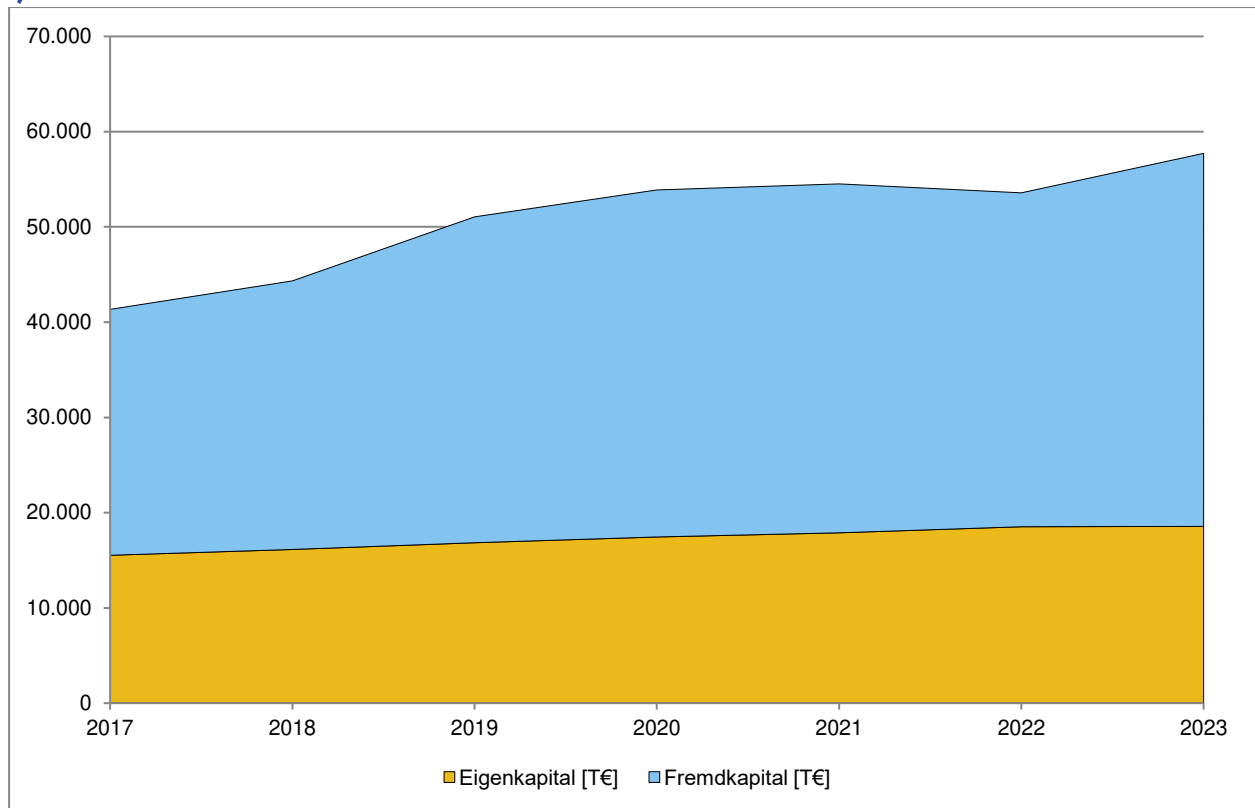
Aufsichtsrat:

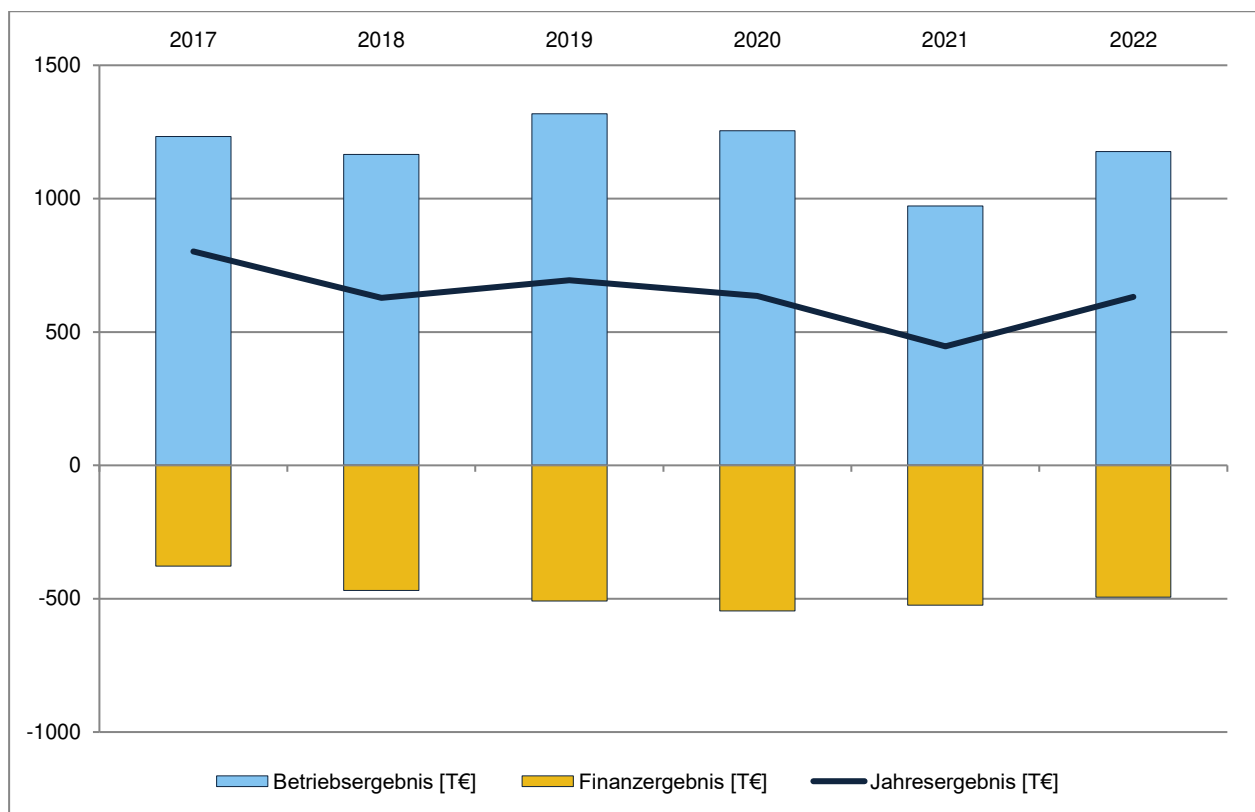
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	23.08.2018	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 44,25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderungen
Eigenkapitalquote	32,82%	34,57%	32,17%	-2,40%
Eigenkapitalrentabilität	2,49%	3,41%	0,34%	-3,07%
Anlagendeckungsgrad 2	98,19%	97,54%	103,99%	6,45%
Verschuldungsgrad	204,70%	189,30%	210,84%	21,54%
Umsatzrentabilität	10,76%	11,92%	7,02%	-4,90%

3 Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA)



Friedrichstr.4
52351 Düren
Telefon: 02421/121988-0
Telefax: 02421/121988-2
E-Mail: info@dga-dueren.de
Homepage: www.dga-dueren.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH soll einen Beitrag zur dauerhaften beruflichen Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z.B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Behinderte) im Kreisgebiet Düren leisten. Diesem Personenkreis soll durch Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung eine Chance zur beruflichen Wiedereingliederung eröffnet werden.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Ziel der Gesellschaft ist die Ausbildung, Qualifizierung, Beschäftigung und soziale Betreuung von Jugendlichen, älteren Arbeitnehmern, Langzeitarbeitslosen, Behinderten und anderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik zu deren dauerhaften Wiedereingliederung in das Erwerbsleben. Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	30,678	100
Stammkapital	30,678	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	958,50 €	292,50 €	172,50 €	-120,00 €	-41,03%
II. Sachanlagen	630.664,65 €	1.464.270,84 €	1.232.015,66 €	-232.255,18 €	-15,86%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	31.414,04 €	30.622,66 €	162.224,27 €	131.601,61 €	429,75%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	632.565,14 €	541.004,61 €	524.539,69 €	-16.464,92 €	-3,04%
III. Kassenbestand	580.257,11 €	1.290.290,65 €	2.092.407,08 €	802.116,43 €	62,17%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.596,11 €	3.183,97 €	4.915,62 €	1.731,65 €	54,39%
Summe Aktiva	1.881.455,55 €	3.329.665,23 €	4.016.274,82 €	686.609,59 €	20,62%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	30.677,51 €	30.677,51 €	30.677,51 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	697.464,82 €	697.464,82 €	697.464,82 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinn-/Verlustvortrag	132.211,40 €	75.277,41 €	98.082,03 €	22.804,62 €	30,29%
IV. Jahresergebnis	-56.933,99 €	22.804,62 €	-73.162,00 €	-95.966,62 €	-420,82%
B. Rückstellungen	277.630,02 €	435.108,05 €	373.272,15 €	-61.835,90 €	-14,21%
C. Verbindlichkeiten	556.625,86 €	1.742.735,67 €	2.593.020,20 €	850.284,53 €	48,79%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	243.779,93 €	325.597,15 €	296.920,11 €	-28.677,04 €	-8,81%
Summe Passiva	1.881.455,55 €	3.329.665,23 €	4.016.274,82 €	686.609,59 €	20,62%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	7.762.457,24 €	9.036.526,67 €	9.541.073,54 €	504.546,87 €	5,58%
2. sonstige betriebliche Erträge	866.923,57 €	589.669,78 €	476.518,22 €	-113.151,56 €	-19,19%
3. Materialaufwand	1.193.441,70 €	1.718.060,94 €	1.732.609,37 €	14.548,43 €	0,85%
4. Personalaufwand	5.773.331,23 €	6.058.178,05 €	6.002.801,44 €	-55.376,61 €	-0,91%
5. Abschreibungen	112.233,92 €	103.751,38 €	117.301,45 €	13.550,07 €	13,06%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.593.013,78 €	1.696.660,93 €	2.202.788,13 €	506.127,20 €	29,83%
Betriebsergebnis	-42.639,82 €	49.545,15 €	-37.908,63 €	-87.453,78 €	-176,51%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	182,09 €	13.309,24 €	35.745,39 €	22.436,15 €	168,58%
Finanzergebnis	-182,09 €	-13.309,24 €	-35.745,39 €	-22.436,15 €	168,58%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-42.821,91 €	36.235,91 €	-73.654,02 €	-109.889,93 €	-303,26%
8. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	6.418,54 €	-4.359,00 €	149,81 €	4.508,81 €	-103,44%
11. sonstige Steuern	7.693,54 €	17.790,29 €	-641,83 €	-18.432,12 €	-103,61%
Jahresergebnis	-56.933,99 €	22.804,62 €	-73.162,00 €	-95.966,62 €	-420,82%

g) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung hat sich zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zur dauerhaften beruflichen Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z. B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Handicap) im Kreisgebiet Düren zu leisten. Diesem Personenkreis soll durch Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung eine Chance zur beruflichen Wiedereingliederung und Teilhabe zu einem selbstbestimmten Leben eröffnet werden.

Der überwiegende Teil der Erlöse wurde im Jahre 2023 durch Aufträge des Kreises Düren (job-com) erzielt. Mit der Agentur für Arbeit wird die seit 2013 laufende REHA-Ausbildung in Kooperation mit anderen Trägern durchgeführt. Dabei erfolgte 2023 die Zuweisung weiterer Teilnehmer.

Zusätzlich werden Umsätze mit der in 2014 geschaffenen Integrationsabteilung „Vielwerker“ generiert. Sie umfasst die Bereiche KFZ-Werkstatt, Elektro, Garten- und Landschaftsbau (Baum&Borke) und Holz.

Das Jahr 2023 endet mit einem Bilanzverlust von -73 T€, das im Wirtschaftsplan prognostizierte Planergebnis von 8 T€ konnte damit nicht erreicht werden.

Das Jahr 2023 war anders als die Vorjahre nicht mehr durch die Corona-Pandemie und den damit verbundenen Folgen gekennzeichnet. Dagegen zeigten sich Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland insbesondere durch die aufgrund des Ukraine-Kriegs massiv gestiegenen Energiekosten und einer u. a. damit verbundenen sehr hohen Inflationsrate insbesondere im Bereich der Lebensmittelpreise. Auch wenn dies in den Planzahlen bereits antizipiert worden war, gingen die Umsätze im Bereich des a-la carte Geschäfts Gastronomie im a la carte Geschäft zurück.

Die Erlöse im Bereich der Qualifizierungsmaßnahmen gingen auf nunmehr 6.255 T€ (VJ 6.303 T€) zurück. Bei den Zweckbetrieben der DGA konnten die Umsätze sowohl gegenüber den Plan- als auch den Vorjahreswerten gesteigert werden.

Die Integrationsbetriebe erzielten Umsätze in Höhe von 1.546 T€ (VJ 1.211) und profitieren von einer konstanten Nachfrage aus dem Gesellschafterkonzernkreis des Kreises Düren.

Im Bereich der Gastronomie konnten die Umsätze im Vorgriff auf die geplante neu zu errichtende Großküche massiv gesteigert werden (+20,24 zum Vorjahr). Die Umsätze im Bereich Zweckbetriebe Gastronomie betrugen in 2023 1.351 T€ (VJ 1.236 T€).

Der wirtschaftliche Geschäftszweig der Gastronomie konnte sich erholen, obwohl die Anzahl der Veranstaltungen von 35 im Vorjahr auf nunmehr 31 zurückging. Der Umsatz konnte zwar auf 143 T€ (VJ 102 T€) gesteigert werden, jedoch wurde eine hohe Preissensibilität der Kunden festgestellt. Der Bereich erwirtschaftete ein Ergebnis von 1 T€ und blieb damit weit hinter den Erwartungen zurück.

Die DGA schließt das Jahr 2023 mit einem Verlust von -73 T€ ab, der verabschiedete Wirtschaftsplan wurde nicht erreicht. Der Gewinnvortrag zum 31.12.2023 beträgt 98 T€.

Bei der Umsetzung der Maßnahmen konnte die Gesellschaft größtenteils auf die vorhandene Infrastruktur ohne große Neuanschaffungen zurückgreifen.

Auch die stark gestiegene Nachfrage im Bereich der Versorgung KiTa-AöR und Förderschulen konnte durch die bereits bestehenden Küchen in der ARENA Kreis Düren sowie der Lehrküche in Nideggen bewältigt werden.

Die Akquirierung von notwendigem neuem Personal gestaltet sich dagegen weiterhin schwierig, so dass in 2023 teilweise die Kompensation durch vorhandenes Personal mit entsprechender Ergebnisauswirkung erfolgen musste.

Die Umsatzerlöse Gesamt sowie die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 4% auf nunmehr 10.018 T€.

Die Personalkosten veränderten sich geringfügig auf 6.003 T€.

Der Umsatz der mit 2022 vergleichbaren Zweckbetriebe stieg um 19,6 % auf nunmehr 3.130 T€. Das Sozialmöbelhaus Nutz und Nippes erzielte ein Plus von 38%, die Integrationsabteilung steigerte den Umsatz um 27,7%. Ursächlich hierfür sind vorwiegend Aufträge aus dem öffentlichen Bereich.

Im Vorgriff auf eine noch zu errichtende Großküche als Integrationsabteilung mit der Aufgabe der Versorgung kreiseigener Betriebe, insbesondere von Kindertagesstätten, erfolgte 2023 eine weitere geplante Erweiterung der Produktion für diese Zielgruppe im Rahmen der Möglichkeiten der bestehenden Infrastruktur. Dies führte dazu, dass der Umsatz im Bereich der Gastronomie Zweckbetrieb um 9,3% auf nunmehr 1.351 T€ gesteigert wurde.

Im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb setzte eine Erholung ein, der Umsatz erreichte mit 143 T€ ein Plus von 39%.

Weiterhin muss an einer dauerhaften Auslastung der vorhandenen Infrastruktur kontinuierlich gearbeitet werden. Die Geschäftsführung weist, wie in den Vorjahren darauf hin, dass eine höhere Abnahme der Auslastung zu einer Verlustsituation führt.

Die Position der DGA in der Branche beurteilen wir durch die Vergabepaxis des Kreises Düren (Optionskommune) nach wie vor als sehr wichtig.

Vom 04. bis 6. April 2023 konnte ein Überwachungsaudit des Unternehmens nach ISO 9001 und AZAV erfolgreich abgeschlossen werden. Die Zertifizierung trägt dazu bei, die Organisationsstruktur des Unternehmens ständig zu überprüfen. Dies greift in alle Unternehmensteile ein und ist Voraussetzung für eine positive Geschäftsentwicklung. Weiterhin ist die Zertifizierung bei Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des ESF (europäische Sozialfonds) Voraussetzung zur Abgabe eines Angebots. Ihr kommt weiterhin aufgrund der Vorgaben der möglichen Auftraggeber eine wichtige Rolle zu.

Weiterhin ist es das Ziel der DGA, wie auch in den Vorjahren eine optimale Nutzung der vorhandenen Infrastruktur auch unabhängig von den Zuschüssen der job-com zu erreichen.

2. Ertragslage

Die Ertragslage unterliegt den Rahmenbedingungen der Unternehmensaufgabe sowie der Gemeinnützigkeit. Sie wird entscheidend beeinflusst durch die Kostenstruktur; dabei spielen weiterhin die Personalkosten die herausragende Rolle.

Die Ertragslage in 2023 hat sich verbessert. Die Gesamtleistung stieg um 4,0% auf 10.018 T€.

Der Materialeinsatz betrug 1.733 T€ (VJ 1.718 T€) und stieg insbesondere aufgrund der Umsatzsteigerung in den gastronomischen Zweckbetrieben.

Der Personalaufwand lag bei 6.003 T€. Die Abschreibungen stiegen um 13,1 % auf 117 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 29,8 % auf 2.203 T€. Ursache hierfür sind die Aufwendungen für den Abgang Sachanlagen: Die Umsetzung des Projekts Großküche erfolgt aufgrund verschiedener Auflagen, die zu einer nicht mehr zu vertretenden Zeitverzögerung bis zur Fertigstellung geführt hätten, nun an dem Standort Vettweiß. Alle ausschließlich sich auf den ursprünglichen Standort beziehenden Rechnungen, die sich in der Position „Anlagen im Bau“ befanden, mussten ergebniswirksam als Aufwand gebucht werden.

In den sonstigen Kostenpositionen kam es zu folgenden Veränderungen:

Raumkosten:	+7,4% (733 T€)
Versicherungen, Beiträge, Gebühren:	+11,1% (112 T€)
Reparaturen und Instandhaltung:	+9,1% (188 T€)
KFZ-Kosten:	-24,6% (64 T€)

Die Belastung mit Zinsen und ähnlichen Aufwendungen erhöhte sich aufgrund der geänderten Zinspolitik der europäischen Zentralbank und der Inanspruchnahme eines für das Projekt Großküche eingeräumten Überbrückungskredits auf 36 T€. Die Ertragslage und die Einrichtung gegenseitiger Kontokorrentkreditlinien mit der Muttergesellschaft Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wirkten sich vorteilhaft aus.

3. Finanzlage

Die Finanzlage stellt sich für 2023 noch entspannt dar. Die eingeräumte Kontokorrentlinie in Höhe von 250 T€ bei der Sparkasse Düren reichte aus, um einerseits die Ausgaben zu bedienen, andererseits die

Zusage des Gesellschafters zur Einbringung einer Einlage in Höhe von 450 T€ zum Ausgleich des Verlustes nicht in Anspruch zu nehmen.

Finanzierungen erfolgen für Dienstfahrzeuge (PKW und Fahrräder) sowie für alle Drucker und Kopierer über Leasingverträge. Die für 2022 zu erwartende Gesamtbelastung beträgt 52 T€ (VJ: 41 T€).

Das Projekt Großküche wird während der Bauphase die Finanzlage maßgeblich beeinflussen. Gespräche über die Finanzierung wurden in 2022 begonnen. In seiner Sitzung vom 30.09.2022 stimmte der Kreistag des Kreises Düren einer Ausfallbürgschaft zur Besicherung von Investitionsdarlehen für die Errichtung der „Großküche“ im Umfang von bis zu 15 Mio. € zugunsten der DGA zu. Die Besicherung durch die Ausfallbürgschaft umfasst 80% des jeweils ausstehenden Darlehensbetrags.

In seiner Sitzung vom 7.12.2022 hat der Kreistag zusätzlich beschlossen, dass diese Ausfallbürgschaft im Fall der Gründung einer Tochtergesellschaft der DGA zum Betrieb der Großküche unter Beibehaltung der beschlossenen Voraussetzungen und Konditionen zu Gunsten dieser Projektgesellschaft ausgereicht wird.

Der aktuelle Projektstand erlaubt noch nicht die Aufnahme eines Darlehens für die gesamte Projektfinanzierung. Der Kreis Düren hat daher eine Überbrückungsfinanzierung im Umfang von bis zu 3 Mio. € gewährt. Zum Bilanzstichtag wurde diese in Höhe von 2,2 Mio. € in Anspruch genommen.

4. Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Höhe des Anlagevermögens auf 1.232 T€ (VJ: 1.465 T€). Die Verminderung ist durch das Projekt „Großküche“ in der Position Anlagen im Bau begründet, die reduziert wurde (s. Ertragslage).

Das Umlaufvermögen stieg um 49,3 % auf 2.784 T€. Während der Bestand an fertigen Erzeugnissen und Waren fast unverändert bei 32 T€ liegt, verringerten sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände zum Vorjahr um 16 T€ auf 525 T€. Der Bankbestand betrug 2.092 T€ und veränderte sich damit zum Vorjahr um +802 T€ (VJ 1.290 T€). Ursächlich hierfür ist das Zahlverhalten der job-com, die auch bereits Zahlungen für Maßnahmen des Jahres 2024 veranlasst hat, sowie der Abruf des Überbrückungsdarlehens Kreis Düren in Höhe von 800 T€.

Die Bilanzsumme erhöhte sich von 3.330 T€ auf nunmehr 4.016 T€. Es wird ein Bilanzverlust von -73 T€ ausgewiesen.

Die Mittelherkunft ergibt sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstigen Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verringerten sich von 652 T€ auf 305 T€, die sonstigen Verbindlichkeiten reduzierten sich von 90 T€ auf nunmehr 88 T€.

Die Rückstellungen betragen 373 T€ und haben sich damit gegenüber 2022 um 61 T€ reduziert.

Der Ansatz der Rückstellungen entspricht handelsrechtlichen Vorschriften sowie dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip.

5. Risikobericht

Die potenzielle Abhängigkeit von der Höhe der Eingliederungsmittel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales hat gezeigt, dass die Auslastung der vorhandenen Infrastruktur auf mehreren Säulen stehen muss. Dies ist der Geschäftsführung der DGA mit der Durchführung der Reha-Ausbildung, der Implementierung der Integrationsabteilung „Vielwerker“, die 2020 um den Bereich Holz erweitert wurde, und der Fortführung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs in 2023 gelungen und trägt entsprechend zum Ergebnis bei.

Die Geschäftsführung führt in dem ihr möglichen Rahmen diese Entwicklung fort, indem sie sich sowohl bei der job-com, bei der Agentur für Arbeit als auch beim Landschaftsverband Rheinland LVR um weitere Maßnahmen und Projekte bemüht und zusätzlich in teilweiser Abstimmung mit den anderen im Kreis Düren tätigen Trägergesellschaften eine Optimierung bzw. Reduzierung der Infrastruktur prüft. Ebenso wird geprüft, ob die vorhandene Infrastruktur zur Realisierung neuer Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik genutzt werden kann.

Sorge bereiten der Geschäftsführung die immer schwächer werdenden Teilnehmer, die zum Teil nicht qualifiziert werden können, da sie a) der deutschen Sprache nicht mächtig sind und b) es immer mehr Analphabeten (nicht nur bei den Menschen mit Migrationshintergrund) gibt. Mit den Zuwanderern kommen in diesem Bereich völlig neue Herausforderungen auf die DGA zu, da die „Bildungsschere“ sehr weit auseinanderklafft. Für die studierten, zugewanderten Menschen ist die Arbeit in den Werkstätten eine Unterforderung (ohne ausreichende Sprachkenntnisse finden sie jedoch noch keine Arbeit in den Betrieben der Region) und für die kaum qualifizierten Menschen ohne Schulabschluss eine Überforderung.

Die Geschäftsführung weist darauf hin, dass eine mangelnde Auslastung der Infrastruktur dazu führt, dass die bestehenden Fixkosten nicht gedeckt werden. Sie sieht dieses Risiko als gleichbleibend hoch an. Personalverträge wurden überwiegend sachgrundbezogen abgeschlossen, so dass im Bereich Personalkosten bedingte Flexibilität besteht. Die Deckung ist jedoch nicht mehr gewährleistet, wenn die definierten und in der Kalkulation berücksichtigten Verteilerschlüssel zwischen Anleitern und Teilnehmern nicht eingehalten werden können.

Eine Reduzierung der Fixkosten ist nur eingeschränkt möglich, da es besonders im Bereich der Mietkosten feste Laufzeiten gibt. Kurzfristige Kürzungen im Bereich der Maßnahmen lassen sich daher nur mittelfristig kompensieren und stellen vorübergehend eine Gefahr für einen kostendeckenden Betrieb der DGA dar.

Der weitere Erfolg ist abhängig von

- einer ausreichenden Anzahl von finanzierten Auszubildenden bzw. Maßnahmeteilnehmern
- einer ausreichenden Auslastung der Werkstätten und der (Lehr-)Restaurants
- einer guten Zusammenarbeit mit Unternehmen und der lokalen Gastronomie
- der stetigen Suche und Recherche nach neuen Maßnahmen, Programmen und Ideen
- der Kreativität und dem Mut des Leitungs- und Lenkungskreises, neue Wege zu beschreiten

Aufgrund der bisher bekannten, weiterhin niedrigen Anzahl von Zuweisungen neuer Auszubildender werden diese Risiken als gleichbleibend hoch eingeschätzt. Die Gastronomieberufe sind bei Jugendlichen insbesondere aufgrund der Arbeitszeiten und der schlechten Bezahlung nicht beliebt. Die job-com wirbt nach wie vor mit Unterstützung unserer Anleiter vermehrt für diese am Arbeitsmarkt gesuchten Ausbildungsberufe. Eine Aufrechterhaltung der sehr guten Infrastruktur im Gastronomiebereich sieht die Geschäftsführung bei mangelnder Zuweisung wie bereits im Jahr 2023 als zunehmend gefährdet an. In 2024 wird ein Schwerpunkt die Akquise von neuen Auszubildenden und Maßnahmeteilnehmern speziell für diesen Bereich sein. Die Anpassung der vorhandenen Infrastruktur mit der Schließung des Friedhofscafes Ende 2022 sowie die für Mitte 2024 geplante Schließung des Lehrrestaurants in Nideggen tragen bereits jetzt dieser Entwicklung Rechnung.

Das Projekt Großküche ist in 2023 fortgeführt worden: In der Aufsichtsratssitzung vom 02.02.2023 wurde der Gesamtkostenrahmen des Projekts aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf 22 Mio € erhöht. In der Sitzung vom 11.09.2023 wurde dem Aufsichtsrat mitgeteilt, dass die Projektdurchführung am bisherigen Standort sowohl kostenseitig als auch im Hinblick auf den gewünschten Fertigstellungstermin nicht durchgeführt werden soll. Um die Produktion zu optimieren und entsprechend der Kundenanfragen auch zu steigern wurde beschlossen, eine fertige Küche in Vettweiß zu erwerben. Ein geeignetes Grundstück konnte schließlich in der Nähe der bereits erworbenen Küche in Vettweiß gefunden werden, in den Sitzungen vom 21.12.2023 und 16.02.2024 wurde der Erwerb durch den Aufsichtsrat beschlossen und am 11.03.2024 beim Notar vollzogen.

Zur Vermeidung einer Überschuldung im Sinne von § 19 InsO hat der Gesellschafter der Gesellschaft die Erbringung einer Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 450.000 € zugesagt. Die Gewährung der Einlage steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass eine Überschuldung im Sinne des § 19 InsO bis höchstens 450.000 € vorliegt. Diese Verpflichtung zur Einlage durch den Gesellschafter entfällt jedoch,

wenn die Gesellschaft eine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO von mehr als 450.000 € aufweist. Die Erbringung der Einlage ist mit Feststellung einer Überschuldung nach § 19 InsO sofort zur Zahlung fällig.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist aufgrund der nicht durch die DGA verursachten Rahmenbedingungen angespannt.

Sämtliche Geschäfte und Maßnahmen müssen weiterhin sorgfältig hinsichtlich ihrer Auswirkungen, insbesondere auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage untersucht werden. Ein Wegfall von Zuschüssen würde den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

6. Prognosebericht

Die Planung der DGA liegt zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses noch nicht vor. Grund ist eine kurzfristig beschlossene Kürzung der Eingliederungsmittel seitens der job-com. Die Auswirkungen für die DGA werden aktuell untersucht.

Die Geschäftsführung arbeitet an einer weiteren Konsolidierung des Unternehmens sowie der Ermittlung von Einsparpotenzialen.

Die Zertifizierung verpflichtet die DGA auch für die Zukunft, die erreichten Qualitätsstandards nicht nur beizubehalten, sondern auch zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Die Arbeitsschwerpunkte 2024 liegen in folgenden Bereichen:

- Durchführung des Projekts „Großküche“ als Integrationsabteilung und in einer noch zu gründenden Betriebsgesellschaft zur Versorgung vorrangig von Kitas, Schulen und Krankenhäusern mit dem Ziel der weiteren Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt
- Beobachtung der arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen und zeitnahes Reagieren
- Abstimmungsgespräche mit der job-com und anderen Trägergesellschaften zur Optimierung der arbeitsmarktpolitischen Infrastruktur im Kreis Düren
- Organisationsentwicklung
- Weiterentwicklung des Qualitäts-Management-Prozesses
- Implementierung einer 2. Leitungsebene (2. Leitungskreis) zur Förderung von Nachwuchsführungskräften
- Durchführung der Maßnahmen, Wiederholung von erfolgreichen und Schaffung neuer Erfolg versprechender Projekte
- Ausbildung in den vorhandenen Gewerken
- Fortführung der REHA-Ausbildung
- Fortbildung der Mitarbeiter/innen

- Kreative und innovative Konzeptentwicklung und Recherche neuer Aufgabenbereiche DGA
- Umsetzung von Maßnahmen für die Integration von Flüchtlingen

Besondere Bedeutung wird einem stetigen innovativen Prozess beigemessen, Konzepte zu entwickeln und Entwicklungen und Entscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik zu unterstützen, um damit den Bedürfnissen sowohl des Arbeitsmarktes als auch der Langzeitarbeitslosen durch neue Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gerecht zu werden.

Die Geschäftsführung sieht nach wie vor einen großen Unterstützungsbedarf für Langzeitarbeitslose und hier besonders im Bereich der arbeitsmarktfernen und Personen mit Handicap. Nur durch lange intensive Begleitung und Zielplanung können Vermittlungshemmnisse reduziert bzw. abgebaut und der Kunde in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dies erfordert Ausdauer und passgenaue Qualifizierung und keine schnelle Vermittlung, die ohne den Abbau der Vermittlungshemmnisse nicht nachhaltig ist.

Die DGA bleibt bei Einstellungen nicht vom Fachkräftemangel verschont und muss innovativ auf Mitarbeitersuche gehen.

Unter Berücksichtigung aller genannten Faktoren sieht die Geschäftsführung den Fortbestand der DGA als notwendig und die Entwicklung als positiv an und stellt sich mit Engagement und Kreativität den neuen Herausforderungen.

f) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Küpper, Astrid	Düren	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

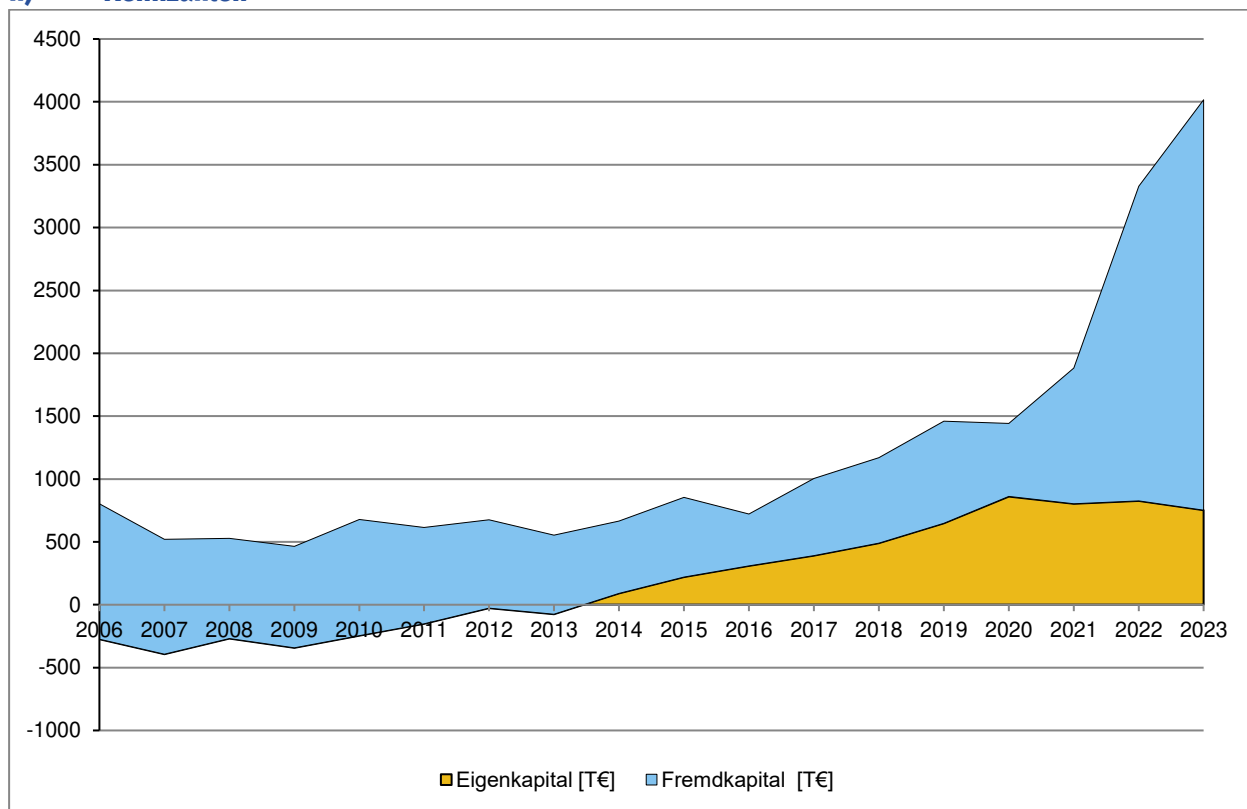
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
	Beauftragter des Landes		
Aßhoff, Ferdinand	NRW	08.11.2024	
Bär, Britta	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Esser, Klaus	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	03.07.2014	

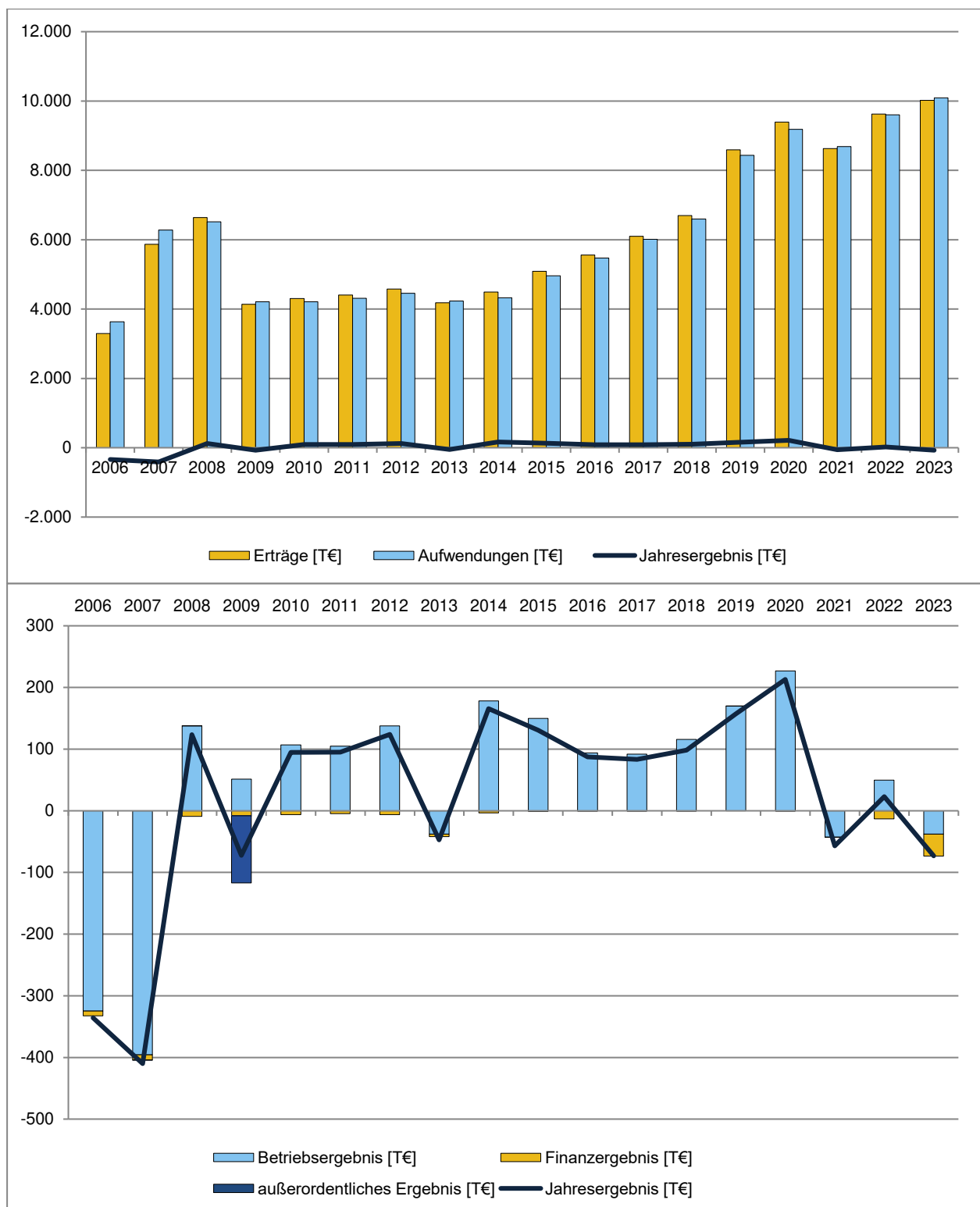
Hilger, Andrea	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Jorde, Frank Christian	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Küpper, Anne	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Landrat	03.11.2009	08.11.2024
Veithen, Gisela	Sachkundige Bürgerin	26.11.2020	

g) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 243 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

h) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	42,70%	24,81%	18,75%	-6,06%
Eigenkapitalrentabilität	-7,09%	2,76%	-9,72%	-12,48%
Anlagendeckungsgrad 2	171,15%	86,12%	91,41%	5,29%
Verschuldungsgrad	103,84%	263,59%	393,90%	130,31%
Umsatzrentabilität	-0,55%	0,55%	-0,40%	-0,95%

4 EWV Energie und Wasserversorgung GmbH



Willy-Brandt-Platz 2
52222 Stolberg
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@ewv.de
Homepage: www.ewv.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung und Wasserversorgung in der StädteRegion Aachen und benachbarter Gebieten, die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und -Versorgungsunternehmen, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligungen an anderen Unternehmen dieser Art sowie die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	105,300	0,58
Westenergie AG	9.750,450	53,72
Stadt Stolberg	2.591,650	14,28
Stadt Eschweiler	2.394,150	13,19
StädteRegion Aachen	1.679,300	9,25
Kreis Heinsberg	687,950	3,79
Stadt Alsdorf	395,750	2,18
Stadt Würselen	358,350	1,97
Stadt Baesweiler	181,550	1,00
Gemeinde Roetgen	1,050	0,01
Gemeinde Simmerath	1,050	0,01
Stadt Monschau	1,050	0,01
Stadt Heinsberg	0,550	0,00
Gemeinde Aldenhoven	0,550	0,00

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Gemeinde Inden	0,550	0,00
Gemeinde Langerwehe	0,550	0,00
Stadt Linnich	0,550	0,00
Gemeinde Niederzier	0,550	0,00
Stadt Geilenkirchen	0,550	0,00
Stammkapital	18.151,450	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.946.138,22 €	2.093.939,32 €	1.512.941,48 €	-580.997,84 €	-27,75%
II. Sachanlagen	13.626.722,08 €	14.619.598,06 €	17.105.970,14 €	2.486.372,08 €	17,01%
III. Finanzanlagen	154.049.157,84 €	138.100.203,97 €	134.343.814,07 €	-3.756.389,90 €	-2,72%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	6.942.044,09 €	6.690.142,86 €	6.684.328,11 €	-5.814,75 €	-0,09%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	54.879.710,80 €	49.515.185,72 €	58.335.878,93 €	8.820.693,21 €	17,81%
III. Kassenbestand	9.281.078,79 €	30.832.963,65 €	35.294.854,14 €	4.461.890,49 €	14,47%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.295.808,13 €	1.389.419,76 €	2.291.303,01 €	901.883,25 €	64,91%
Summe Aktiva	242.020.659,95 €	243.241.453,34 €	255.569.089,88 €	12.327.636,54 €	5,07%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	0,00 €	0,00%
III. Andere Gewinnrücklagen	15.479.000,00 €	16.974.000,00 €	20.494.000,00 €	3.520.000,00 €	20,74%
IV. Gewinnvortrag	17.090,31 €	17.292,24 €	17.989,10 €	696,86 €	4,03%
V. Jahresüberschuss	18.995.201,93 €	24.520.696,86 €	25.302.054,66 €	781.357,80 €	3,19%
B. Rückstellungen	80.978.611,53 €	99.153.834,46 €	120.535.836,43 €	21.382.001,97 €	21,56%
C. Verbindlichkeiten	84.855.721,77 €	76.174.667,03 €	62.334.032,80 €	-13.840.634,23 €	-18,17%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	925.600,17 €	1.204.388,81 €	1.688.602,95 €	484.214,14 €	40,20%
Summe Passiva	226.447.799,65 €	243.241.453,34 €	255.569.089,88 €	12.327.636,54 €	5,07%

e) **Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung**

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	276.935.710,30 €	322.574.562,18 €	376.997.559,35 €	54.422.997,17 €	16,87%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-5.651,68 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
3. sonstige betriebliche Erträge	4.518.472,55 €	2.088.591,89 €	8.087.601,55 €	5.999.009,66 €	287,23%
4. Materialaufwand	219.940.208,59 €	250.356.312,98 €	284.781.231,34 €	34.424.918,36 €	13,75%
5. Personalaufwand	22.757.626,40 €	28.174.698,44 €	32.364.608,85 €	4.189.910,41 €	14,87%
6. Abschreibungen	3.036.897,01 €	2.744.009,40 €	2.987.814,73 €	243.805,33 €	8,89%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	25.829.250,00 €	25.515.816,55 €	34.392.410,74 €	8.876.594,19 €	34,79%
Betriebsergebnis	9.884.549,17 €	17.872.316,70 €	30.559.095,24 €	12.686.778,54 €	70,99%
8. Erträge aus Beteiligungen	15.331.692,28 €	15.382.055,12 €	11.712.956,61 €	-3.669.098,51 €	-23,85%
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	16.721,19 €	41.456,03 €	4.739,46 €	-36.716,57 €	-88,57%
10. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	150.467,15 €	150.923,25 €	610.180,57 €	459.257,32 €	304,30%
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	2.444.378,70 €	2.444.378,70 €	0,00%
12. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	4.573.774,45 €	2.039.990,30 €	1.214.874,89 €	-825.115,41 €	-40,45%
Finanzergebnis	10.925.106,17 €	13.534.444,10 €	8.668.623,05 €	-4.865.821,05 €	-35,95%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	20.809.655,34 €	31.406.760,80 €	39.227.718,29 €	7.820.957,49 €	24,90%
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.510.998,67 €	6.649.872,58 €	13.692.025,49 €	7.042.152,91 €	105,90%
14. sonstige Steuern	303.454,74 €	236.191,36 €	233.638,14 €	-2.553,22 €	-1,08%
Jahresergebnis	18.995.201,93 €	24.520.696,86 €	25.302.054,66 €	781.357,80 €	3,19%

f) Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Unternehmensgegenstand

Die „EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH“ (im Folgenden EWV) ist ein regionaler Energiedienstleister und versorgt rund 155.000 Privathaushalte und Unternehmen in der StädteRegion Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg mit Strom, Erdgas, Fernwärme, Trinkwasser und Energiedienstleistungen.

1.2. Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWV

Die EWV steht u.a. als Grundversorger für eine sichere und zuverlässige Energieversorgung. Als regionaler Energieversorger in der StädteRegion Aachen und in den Kreisen Düren und Heinsberg kennt die EWV die Bedürfnisse ihrer Kunden. Das Versorgungsangebot für Privatkunden, Industrie, Gewerbe, Handel und Kommune geht weit über die Belieferung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme hinaus, denn auch im Dienstleistungsbereich ist die EWV breit aufgestellt.

Den Transport der Energie im Rahmen der modernen und verlässlichen Energieversorgung sichert die Regionetz GmbH mit ihren circa 550 Mitarbeitern. Sie kümmert sich um die Betreuung und den Ausbau der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmenetze und ist der größte Netzbetreiber in der Region. Die EWV ist zu 49,2 Prozent an der Regionetz beteiligt und für die kaufmännische Betriebsführung zuständig. Aus dieser Beteiligung erzielt die EWV Erträge über den Ergebnisabführungsvertrag im Wege einer Ausgleichszahlung sowie über die Erbringung der kaufmännischen Dienstleistungen.

Die EWV ist ein wichtiger Partner für die Versorgung in der Region, sowohl in Form von Beteiligungen als auch Betriebsführungen. Neben den Sparten Strom und Gas ist sie auch im Wasser- und Wärmege-schäft sowie als Partner der Kommunen im Betrieb öffentlicher Beleuchtungsanlagen umfangreich tätig. Daneben baut die EWV konsequent ihr Portfolio entlang der Wertschöpfungsstufen hin zur Strom-erzeugung aus. Dieser Ausbau erfolgt aber ausschließlich in Anlagen bzw. Gesellschaften im Rahmen von Erneuerbaren Energien.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft

Die Zinserhöhungen der Notenbanken belasteten die Weltwirtschaft im Berichtsjahr, was sich in den Prognosen für das Wachstum der Bruttoinlandsprodukte (BIP) widerspiegelt. Gemäß OECD soll das

globale BIP für das Jahr 2023 ein Wachstum von 2,9 Prozent erreicht haben und läge damit hinter dem Wachstum des Jahres 2022 mit 3,3 Prozent zurück.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum kann sich dem Einfluss der Zinserhöhungen sowie der Inflation ebenfalls nicht entziehen, was sich auf das BIP-Wachstum der gesamten EU auswirkt. Gemäß OECD soll das BIP des Euroraums im Jahr 2023 nur um 0,6 Prozent gewachsen sein. Wegen der bereits im Jahr 2022 anhaltend hohen Inflation im gesamten Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) Mitte 2022 eine Kehrtwende in ihrer Geldpolitik vollzogen und erstmals seit 16 Jahren den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte angehoben. Weitere Zinsanhebungen folgten, so dass der Leitzins Ende Dezember 2022 bei 2,5 Prozent lag. Die EZB hat diese Zinspolitik im Jahr 2023 fortgesetzt und den Leitzins in mehreren Schritten (September 2023) auf 4,5 Prozent erhöht. Damit will die EZB Kredite verteuern, die Nachfrage dämpfen und hohen Teuerungsraten entgegenwirken, um die Inflation mittelfristig wieder auf einen Zielwert von 2 Prozent zu senken. Die Erhöhung des Leitzinses zeigte in Bezug auf die Inflation den gewünschten Effekt. Während die Teuerungsrate in der Eurozone im Juli 2023 bei 5,3 Prozent lag, ging sie im Oktober auf 2,9 Prozent zurück.

Die Konjunkturprognose des OECD für Deutschland hatte im Juni 2023 für das Berichtsjahr eine Stagnation für möglich gehalten. Mittlerweile wird mit einem leichten Wachstum des BIP der deutschen Wirtschaft von 0,3 Prozent gerechnet. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die Zinserhöhungen, um der Inflation entgegenzusteuern. Das höhere Zinsniveau hat zur Folge, dass die Wirtschaftsaktivität gebremst wird, was sich unter anderem in der Baubranche zeigt.

Im gesamten Jahresverlauf war für Wirtschaft und Haushalte die Inflation spürbar, die gemäß OECD im Jahr 2023 im Schnitt bei 6,6 Prozent lag.

2.2. Energiepolitisches Umfeld

International

Die Fragen, mit welchen Mitteln und wie schnell der Klimawandel gebremst werden muss, prägten auch im Jahr 2023 weltweit die energiepolitische Debatte. Auf der UN-Klimakonferenz COP28 in Dubai im Dezember 2023 haben sich Staats- und Regierungschefs von fast 200 Ländern auf ein Schlusssdokument geeinigt. In diesem sind folgende Kernaussagen zum Thema Energie getroffen worden: die Verdreifachung der erneuerbaren Energien bis 2030, die Nutzung von Technologien wie der CO₂Abscheidung und -Speicherung und die Abkehr von fossilen Brennstoffen in Energiesystemen. Die Energiebranche begrüßt das Bekenntnis, sich von fossiler Energie abkehren zu wollen, verbunden mit den Ambitionen, die erneuerbaren Energien bis 2030 zu verdreifachen und die Energieeffizienz zu verdoppeln. Doch wie die EU und die deutschen Delegierten der COP28 ist auch die Energiebranche der Meinung, dass auf globaler Ebene ein klarer Plan für den Ausstieg aus der fossilen Energie fehlt. Daher wird die Dekarbonisierung des Energiesystems weiter eine kritische Herausforderung bleiben, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen.

Europa

Die EU-Institutionen haben, angesichts der durch den Russland-Ukraine-Krieg ausgelösten Energiekrise im vergangenen Jahr und der zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels, Maßnahmen zur

Krisenbewältigung auf den Weg gebracht beziehungsweise verstärkt. Mit Blick auf das Aufflammen des Nahost-Konflikts bleibt abzuwarten, ob weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der energiewirtschaftlichen Situation ergriffen werden.

Im März 2022 hat die Europäische Kommission neue befristete Rahmenbedingungen für staatliche Beihilfen zur „Krisenbewältigung und Gestaltung des Wandels“ angenommen, um Investitionen in Schlüsselsektoren für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft und die Bewältigung der Energiekrise weiter zu fördern.

Am 18. Oktober 2023 wurde die Richtlinie (EU) 2023/2413 zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen veröffentlicht. Sie führt einen neuen Mindestanteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am gesamten Bruttoendenergieverbrauch der EU in Höhe von 42,5 Prozent sowie sektorale Teilziele ein. Darüber hinaus müssen die Mitgliedsstaaten neue Vorgaben zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Erneuerbare-Energie-Anlagen und den Netzausbau umsetzen.

Darüber hinaus haben sich der Europäische Rat und das Europäische Parlament auf das sogenannte "Gaspaket" geeinigt. Die neue EU-Gasrichtlinie aktualisiert insbesondere den Verbraucherschutzrahmen für Gaskunden und passt die Rahmenbedingungen für den Netzzugang und die Netzplanung an den aktuellen Kontext an, der durch den verstärkten Einsatz von kohlenstoffarmen Gasen gekennzeichnet ist.

Zudem wurde am 13. September 2023 die neue EU-Richtlinie 2023/1791 zur Energieeffizienz veröffentlicht. Sie enthält ambitioniertere Ziele zur Senkung des EU-Energieverbrauchs um mindestens 11,7 Prozent bis 2030 gegenüber dem EU-Referenzszenario. Die Mitgliedstaaten müssen dementsprechend ihre jeweiligen Beiträge festlegen und neue jährliche Endenergieeinsparungen erreichen, die bis 2030 schrittweise auf 1,9 Prozent ansteigen.

Im Rahmen der EU-Digitalstrategie hat die Europäische Kommission im April 2021 mit dem AI Act ein Gesetz zur Regulierung von künstlicher Intelligenz (KI) vorgeschlagen, das aktuell zwischen dem EU-Parlament, dem Rat und der Kommission im Trilog verhandelt wird. Ziel ist es, eine verantwortungsvolle Nutzung von KI sicherzustellen, die den Nutzen für die Menschen in den Vordergrund stellt, ohne den technischen Fortschritt zu behindern. Der AI Act sieht dazu einen risikobasierten Ansatz zur Regulierung von KI vor.

Deutschland

Mitte 2022 hat der Bundestag das sogenannte Osterpaket zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien verabschiedet. Mit verschiedenen Gesetzesänderungen, beispielsweise im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), hat der Gesetzgeber die Ziele für den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch von 50 Prozent auf 80 Prozent erhöht. Dabei rückt der Ausbau der Solarenergie in den Fokus. Bis 2030 soll die installierte Photovoltaik-Leistung von 100 GW auf über 215 GW mehr als verdoppelt und die Onshore Wind-Leistung von 71 GW auf 115 GW erhöht werden. Das Jahresziel von 9 GW Netto-Zubau an Photovoltaik-Leistung in 2023 wurde dieses Jahr bereits im September erreicht. Der Zubau von Onshore-Windleistung lag Ende des dritten Quartals 2023 bei zirka 50 Prozent des Jahresziels von 3,9 GW.

Um das Ziel der vollständigen Dekarbonisierung der Wärmeversorgung bis 2045 zu erreichen, wurden im Jahr 2023 das Gebäudeenergiegesetz, das auf die Umstellung der Heizungstechnologien abzielt, und das Wärmeplanungsgesetz, das die Wärmenetze adressiert und die Grundlage für die kommunale Wärmeplanung bildet, verabschiedet.

Das Gebäudeenergiegesetz sieht vor, dass Heizungsanlagen künftig nur noch neu installiert werden dürfen, wenn sie mindestens 65 Prozent der bereitgestellten Wärme mit erneuerbaren Energien erzeugen. Für Neubauten gilt dies ab Januar 2024, für den Bestand sind Übergangsfristen bis 2028 vorgesehen. Flankiert werden die Regelungen durch eine unter anderem nach Einkommen gestaffelte Förderung. Das Wärmeplanungsgesetz sieht zunächst einen Anteil von 30 Prozent erneuerbarer Energien in bestehenden Wärmenetzen vor. Gleichzeitig werden die Länder verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass die Kommunen bis spätestens 2028 Wärmepläne erstellen. Diese legen fest, welche Gebiete dezentral oder leitungsgebunden mit Wärme versorgt werden und wie erneuerbare Energien und Abwärme genutzt werden können.

Um die Ausbauziele für Photovoltaik zu erreichen, sind weiterhin erhebliche Anstrengungen in allen rechtlichen und wirtschaftlichen Bereichen erforderlich. Mit Anpassungen vor allem im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sollen die Weichen gestellt werden, um die mit dem EEG 2023 beschlossenen Ausbauziele in systemverträglicher Form zu erreichen. Mit dem Gesetzentwurf will die Bundesregierung die Förderung für besondere Solaranlagen neu regeln, den Zubau von Photovoltaik-Dachanlagen erleichtern, Mieterstrom vereinfachen und die gemeinschaftliche Versorgung von Gebäuden ermöglichen. Darüber hinaus soll die Nutzung von Plug-in Solaranlagen erleichtert und der Netzanschluss beschleunigt werden.

Was die Entlastung der Strom- und Gaskunden betrifft, so wurde 2023 ein ermäßigter Umsatzsteuersatz auf Gas- und Stromlieferungen wirksam. Diese Maßnahme wurde bis zum 29. Februar 2024 verlängert. Das Bundesverfassungsgericht hat am 15. November 2023 entschieden, dass das Gesetz über den zweiten Nachtragshaushalt 2021 verfassungswidrig ist. Das Urteil betrifft unmittelbar den Klima- und Transformationsfonds (KTF). Bei Übertragung der Grundsätze auf die weiteren Sondervermögen ist mittelbar auch der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) betroffen. In der Folge hat die Bundesregierung die staatliche Förderung über die Strom- und Gaspreisbremsen nicht wie geplant bis Ende März 2024 verlängert, sondern diese liefen Ende 2023 aus.

2.3. Branchensituation

Der Energiesektor befindet sich in einer Phase grundlegender und anhaltender Veränderungen. Der Russland-Ukraine Krieg sorgt weiterhin für große volkswirtschaftliche Unsicherheiten und beeinflusst den Energiesektor. Die Folgen des Kriegs haben auch Auswirkungen auf unser Geschäft. Insbesondere die volatilen Commodity-Preise wie auch das Energienachfrageverhalten haben Einfluss auf unsere Aktivitäten und sind in den folgenden Kapiteln näher beschrieben.

2.4. Energiepreisentwicklung

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die damit einhergehenden politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Maßnahmen hatten im Vergleich zu 2022 einen abnehmenden Einfluss auf die europäischen Energiemärkte. Die schnell beschlossenen und umgesetzten Maßnahmen der wichtigsten westlichen Industrieländer haben die reduzierten russischen Öl- und Gaslieferungen gut kompensieren können. Auch hat der im Oktober eskalierte Gaza-Konflikt zwischen Israel und der Hamas-Terrorgruppe bisher keine wesentlichen Auswirkungen auf die internationalen Energiemärkte gehabt. So sind in diesem Jahr die Preise für sämtliche Energie-Commodities (Rohöl, Kohle, Erdgas, Strom und auch CO₂) im Jahresverlauf gesunken.

Strompreise

Die Großhandelspreise für Strom sind im Geschäftsjahr 2023 kontinuierlich gesunken. Lag der Preis für das Frontjahresprodukt Cal24 Base am Terminmarkt in den ersten Januar-Tagen noch über 200 €/MWh, so wurden zum Jahresende hin Preise von unter 90 €/MWh erreicht. Der Jahresmittelwert betrug für dieses Produkt etwa 136 €/MWh und damit ca. 31 % unter der Vorjahreswert. Als wesentliche Gründe für die fallende Preisentwicklung können die entspannte Angebotssituation (Steigerung der Einspeisung Erneuerbarer Energien und hohe Verfügbarkeit der konventionellen Kraftwerke, u.a. auch der Kernenergie in Frankreich) sowie der Preisrückgang der für die Stromerzeugung wichtigen Primärenergieträger Kohle und Gas (Erdgas und LNG) angeführt werden.

Gaspreise

Die Großhandelspreise für Erdgas sind im Geschäftsjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr ebenso deutlich gefallen. Auch hier hat es zwischen Jahresbeginn und Jahresende eine mehr als Halbierung der Preise gegeben: von knapp 80 €/MWh für das Frontjahresprodukt 2024 auf etwa 35 €/MWh. Der Jahresmittelwert lag bei 53 €/MWh und damit auch deutlich unter dem Vorjahreswert (84 €/MWh). Interessanterweise sind die wesentlichen Preisrückgänge in den Wintermonaten Januar und Februar sowie November und Dezember zu verzeichnen. Hier tritt zwar eine erhöhte Heizgasnachfrage auf, insgesamt waren die Gasspeicherentnahmen aber aufgrund der warmen Witterung niedriger als befürchtet. So konnten dann die am Terminmarkt in Bezug auf eine drohende Knappheitssituation eingepreisten Risikoaufschläge sukzessive reduziert werden. Auch angebotsseitig hat es in der Gasversorgung keine wesentlichen Einschränkungen gegeben und an den neu errichteten deutschen LNG-Terminals sind höhere Anlandungen zu verzeichnen gewesen.

2.5. Wichtige Ereignisse des Jahres

Energiekrise

Nachdem die Energiekrise im Jahr 2022 für enorme Höchststände und Volatilitäten an den Energiehandelsmärkten gesorgt hat, hat sich die Situation 2023 sukzessive beruhigt, wenngleich die Energiepreise nach wie vor auf einem Preisniveau deutlich über dem der Vorkrisenzeit liegen. Wesentliche Stabilisatoren waren hierfür der milde Winter und ein deutlicher Ausbau der LNG-Lieferungen nach Europa, wodurch eine Versorgungssicherheit gewährleistet werden konnte. Dies führte dazu, dass der vertriebliche Wettbewerb im Laufe des Jahres wieder deutlich zugenommen hat. Nachdem die Stabilisierung der Energiepreise nachhaltig zu beobachten war, konnten Risikopositionen abgebaut werden. Dies führte dazu, dass alle anpassbaren Vertriebsprodukte im Strom und Gas zum 01.06.2023 in den Arbeitspreisen gesenkt werden konnten. Die Kundenverluste aus dem ersten Halbjahr 2023 konnten dadurch in der Folge deutlich minimiert werden. Im Sondervertragskundengeschäft konnten die im Jahr 2022 eingeführten risikominimierenden Einschränkungen sukzessive abgebaut werden, so dass im Jahresverlauf auch wieder Angebote mit kurzen Bindefristen gelegt werden konnten.

Wechsel in der Geschäftsführung

Zum 01.04.2023 trat Nicolai Bedenbecker sein Amt als neuer Geschäftsführer bei der EWW an. Dies zunächst in Doppelfunktion mit dem bisherigen Geschäftsführer, Manfred Schröder, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Manfred Schröder schied zum 30.06.2023 planmäßig aus seinem Amt aus, so dass Nicolai Bedenbecker seit dem 01.07.2023 als alleiniger Geschäftsführer der EWW fungiert.

Neue Organisation zum 01.01.2023

Mit einer neuen Organisation startete die EWW in das neue Jahr. Durch eine Reorganisation der internen Bereiche und Verantwortlichkeiten hat sich die EWW zukunftsicher aufgestellt, um die großen Herausforderungen der Energiewirtschaft aktiv begleiten und vorantreiben zu können. Hierdurch sollen insbesondere die Entwicklung und der Vertrieb nachhaltiger Energielösungen, die Erschließung neuer Geschäftsfelder, die klare Fokussierung auf die Kundenbedürfnisse sowie die ganzheitliche Entwicklung digitaler Geschäftsprozesse und -lösungen fokussiert angegangen werden, um so die Positionierung der EWW als der regionale Ansprechpartner im Bereich der Energiewende ausbauen zu können.

Wiederaufbau Ketschenburg

Nach umfangreichen Renovierungs- und Instandsetzungsarbeiten wird der Wiedereinzug in das Verwaltungsgebäude der EWW im Laufe des Jahres 2024 erfolgen. Die genaue Terminfestlegung steht noch aus und wird in Kürze erfolgen. Im Rahmen des Wiedereinzugs wird basierend auf der kürzlich geschlossenen Betriebsvereinbarung zum Mobilen Arbeiten eine ausgewogene Mischung zwischen Home-Office und Präsenzarbeit umgesetzt, wodurch die Mitarbeiterbindung gestärkt und die EWW noch stärker als attraktiver Arbeitgeber positioniert wird.

Altersteilzeit

Die EWW hat 2023 eine neue Betriebsvereinbarung zur Altersteilzeit (ATZ) abgeschlossen und verfolgt mit der ATZ gleich mehrere strategische Ziele. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der strategischen Personalplanung, insbesondere im Hinblick auf die rechtzeitige Nachfolgeplanung sowie frühzeitige Karriereplanungen zwecks Mitarbeiterbindung bei zunehmendem Fachkräftemangel.

Der digitale Wandel schreitet voran, so dass beispielsweise durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz (K-I) die Anpassung von Jobprofilen erforderlich wird und die Personalentwicklung vor wesentlichen Herausforderungen steht. Die Verjüngung der Belegschaft durch den vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand stellt eine zeitgemäße Möglichkeit dar, sowohl auf die Bedürfnisse der älteren Arbeitnehmer einzugehen, als auch die betriebsinternen Strukturen auf die Entwicklungen und Herausforderungen einzustellen und die EWW auf diese Weise wettbewerbsfähig zu halten.

2.6. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWW werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen insbesondere die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Investitionen.

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponte je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWW und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss. Das Jahresergebnis beträgt in 2023 25,3 Mio. € gegenüber 24,5 Mio. € im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses entspricht demnach genau der Prognose des Vorjahres.

Investitionen: Die EWW investierte in 2023 5,0 Mio. € (Vorjahr: 4,0 Mio. €, geplant waren 9,8 Mio. €). Die deutliche Unterschreitung gegenüber der Planung resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Investitionsziele vertrieblicher Projekte im Bereich Wärme-Contracting, Fernwärme und Erneuerbare Energien nicht in Gänze erreicht wurden. Hier spielen unter anderem Bauverzögerungen durch Material- und/oder Ressourcenknappheit sowie auch krisenbedingt rückläufige bzw. zeitliche verzögerte Kundenaufträge eine große Rolle. Außerdem wurden geplante neue Unternehmensbeteiligungen nicht eingegangen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWW den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2023 hat die EWW 539 GWh Strom (Vorjahr 702 GWh, geplant 708 GWh) und 1.189 GWh Gas (Vorjahr 1.297 GWh, geplant 1.258 GWh) abgesetzt.

2.7. Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2023 belaufen sich auf 377,0 Mio. € (Vorjahr: 322,6 Mio. €, geplant 507,4 Mio. €, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 163,9 Mio. € (Vorjahr 157,4 Mio. €) und auf den Erdgasverkauf 156,5 Mio. € (Vorjahr: 114,4 Mio. €) sowie 6,5 Mio. € (Vorjahr: 5,2 Mio. €) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Trotz der Mengenrückgänge im Strom und Gas erfolgte durch entsprechende Preiseffekte eine Umsatzerhöhung im Vergleich zum Vorjahr. Die geringeren Umsatzerlöse gegenüber der Planung resultieren aus einem reduzierten Marktpreisniveau an den Energiemärkten und dadurch bedingten geringeren Endkundenpreisen als noch zum Zeitpunkt der Planung unterstellt.

Mit dem assoziierten Verteilnetzbetreiber wurden 26,0 Mio. € (Vorjahr: 25,7 Mio. €) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 24,0 Mio. € (Vorjahr: 19,9 Mio. €). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiterberechneten Betriebsaufwendungen sowie Investitionskosten, aus der Rückvermarktung von Gas-mengen infolge angepasster Absatzprognosen, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Entwicklung im Stromsegment

Im Berichtsjahr konnten alle Produkte (ausgenommen Fixpreisprodukte mit festen Laufzeiten) ab Juni im Preis gesenkt werden. Im Zuge der sich stabilisierenden Beschaffungsmärkte kam es in 2023 zu einer Wiederbelebung des vertrieblichen Wettbewerbs. Dies führte dazu, dass die Kundenanzahl im Strom um ca. 2.500 Kunden gesunken ist.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Um das Risiko im Rahmen der Energiebeschaffung zu minimieren, wurden die Verträge in 2023 im Wesentlichen über Tranchen- oder spotindizierte Verträge geschlossen. Diese Verfahren sind für die EWW weitestgehend risikolos.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2023 bei 539 GWh und damit unter der Abgabemenge des Vorjahres (741 GWh inkl. periodenfremder Effekte). Die Stromabsatzmenge verteilt sich mit 181 GWh auf private Haushalte, 31 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 327 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Gegenüber der Prognose aus 2022 für 2023 wurden 169 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus Mengenrückgängen im Bereich der Sondervertragskunden und aus den vorgenannten Kundenabgängen resultieren. Der Stromabsatz wurde dabei fast ausschließlich über fremde Händler beschafft.

Entwicklung im Erdgassegment

Im Kundensegment Privatkunden und kleinere Gewerbekunden wurde in 2023 eine Preissenkung in allen Produkten (ausgenommen Fixpreisprodukte mit festen Laufzeiten) durchgeführt. Analog zum Strom führte der wiedereinsetzende Wettbewerb insgesamt zu Kundenabgängen von ca. 2.300 Kunden. Die durchgeführten Preissenkungen zur Mitte des Jahres sorgten dafür, dass die Kundenabgänge minimiert werden konnten.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einem intensiven Wettbewerb. Die Akquise von Kunden sowie die Verlängerung von Bestandskunden unterlagen auch im Gas-Segment strengen Risikoauflagen (analog zum Stromgeschäft).

Die Erdgasabsatzmenge 2023 liegt mit rund 1.189 GWh insgesamt 108 GWh unter der des Vorjahres (1.297 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus temperaturbedingten Minderverbräuchen sowie Einspareffekten. Gegenüber der Prognose aus 2022 für 2023 wurden 69 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus Temperatureffekten sowie generellen Einspareffekten in nahezu allen Segmenten resultieren. Der Mengeneffekt im Segment Privat- und Gewerbekunden wurde durch die Kundenabgänge verstärkt. Der Gasabsatz wurde dabei fast ausschließlich über fremde Händler beschafft.

2.8. Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 25,3 Mio. € (Vorjahr: 24,5 Mio. €) ab, womit das Ergebnis exakt das Niveau laut Planung erreicht.

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2023		2022		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	376.998	100,0%	322.575	100,0%	54.423	16,9%
Materialaufwand	-284.781	-75,5%	-250.356	-77,6%	-34.425	-13,8%
Rohergebnis	92.217	24,5%	72.219	22,4%	19.998	27,7%
Andere betriebliche Erträge	8.088	2,1%	2.089	0,6%	5.999	287,2%
Personalaufwand	-32.365	-8,6%	-28.175	-8,7%	-4.190	-14,9%
Andere betriebliche Aufwendungen	-37.614	-10,0%	-28.496	-8,8%	-9.118	-32,0%
Betriebsergebnis	30.326	8,0%	17.637	5,5%	12.689	71,9%
Ergebnis aus Finanzanlagen	9.273	2,5%	15.423	4,8%	-6.150	-39,9%
Zinsergebnis	-605	-0,2%	-1.889	-0,6%	1.284	68,0%
Steuerergebnis	-13.692	-3,6%	-6.650	-2,1%	-7.042	-105,9%
Jahresüberschuss	25.302	6,7%	24.521	7,6%	781	3,2%

Die Umsatzerlöse nahmen um 16,9 % bzw. 54,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 377,0 Mio. € zu. Die große Abweichung zur Planung von 507,4 Mio. € beruht insbesondere darauf, dass die im Vorjahr aufgestellte – und im Kontext des UkraineKriegs mit großen Unsicherheiten behaftete – Planung für 2023

ein weiterhin sehr hohes Energiepreisniveau unterstellte, welches sich im Jahresverlauf jedoch rückläufig entwickelte.

Im Gasgeschäft zeigen sich deutliche, temperaturbedingte Mengeneffekte, sowie die darüberhinausgehenden Einspareffekte der Kunden aufgrund des immer noch hohen Preisniveaus. Dennoch stiegen die Gaserlöse – auch bedingt durch die Rückvermarktung der nicht benötigten Gasmengen – um 42,1 Mio. € von 114,4 Mio. € auf 156,5 Mio. €.

Die Stromerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Mio. € auf 163,9 Mio. € gestiegen, insbesondere bedingt durch die Weitergabe von Preiseffekten infolge gestiegener Beschaffungspreise.

Die Erlöse aus Fernwärme und Contracting sind im Wesentlichen durch gestiegene Absatzpreise sowie durch Anlagen-/Kundengewinne gegenüber dem Vorjahr von 5,2 Mio. € auf 6,5 Mio. € gestiegen.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund gestiegener Großhandelspreise um 34,4 Mio. € auf 284,8 Mio. €. Die Strom- und Gasbezugskosten lagen im Rahmen der tranchenbasierten Beschaffungsstrategie deutlich über dem Vorjahresniveau.

Die Netzentgelte sind im Vergleich zum Vorjahr sowohl im Strom- als auch im Gassegment gestiegen. Daneben waren gestiegene Umlagen im Gas (u.a. Gasspeicherumlage und Bilanzierungsumlage) zu verzeichnen.

Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 92,2 Mio. € (Vorjahr: 72,2 Mio. €) bzw. 24,5 % der Umsatzerlöse, was einen Anstieg i. H. v. 27,7 % bedeutet.

Die anderen betrieblichen Erträge beinhalten unter anderem Ansprüche auf Wiederaufbauhilfen (3,1 Mio. €, Vorjahr: 0,5 Mio. €) sowie Erträge aus den Zuschreibungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (2,7 Mio. €, Vorjahr: 0,2 Mio. €).

Der Personalaufwand beträgt 32,4 Mio. € und erhöhte sich um 14,9 % gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg ist insbesondere auf gestiegene Rückstellungen für gutachterlich bewertete Deputate zurückzuführen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 Mio. € auf 3,0 Mio. €.

Die anderen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 9,1 Mio. € von 28,5 Mio. € auf 37,6 Mio. €, insbesondere bedingt durch die Auflage des neuen ATZ-Programms mit einem Volumen von 5,0 Mio. € sowie durch um 3,3 Mio. € erhöhte Aufwendungen im Zusammenhang mit der Instandsetzung des flutgeschädigten Hauptsitzes in Stolberg.

Das Betriebsergebnis stieg im Wesentlichen aufgrund des höheren Rohergebnisses um 12,7 Mio. € auf 30,3 Mio. € an.

Das negative Zinsergebnis beträgt 0,6 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus dem Saldo der Zinsen für die Bewertung der Pensionsrückstellungen i. H. v. 0,5 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €) sowie dem Zinsergebnis im Zusammenhang mit Kreditverbindlichkeiten/Bankguthaben von -0,1 Mio. € (Vorjahr: -0,4 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen liegt bei 9,3 Mio. € (Vorjahr: 15,4 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus der Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 9,8 Mio. € (Vorjahr 13,6 Mio. €). Neben weiteren Beteiligungserträgen von 1,9 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €) ist hierin auch die Abschreibung auf die Beteiligung an der Windpark Paffendorf GmbH & Co. KG i. H. v. 2,4 Mio. € enthalten, die durch zukünftig erwartete geringere Einspeisevergütungen begründet ist.

Der Ertragsteueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2023 mit einem Betrag i. H. v. 13,7 Mio. € (Vorjahr: 6,6 Mio. €) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragsteuern/Ergebnis vor Ertragsteuern) beträgt im Geschäftsjahr 34,9 % (Vorjahr: 21,3 %). Die Ausgleichszahlung der Regionetz wird dabei zu 95 % steuerfrei behandelt. Die im Vergleich zum Vorjahr hohe Steuerquote resultiert im Wesentlichen auf einer vom Handelsrecht divergierenden steuerlichen Bewertung von Deputats- und ATZ-Verpflichtungen sowie der steuerlichen Nichtanerkennung der im Finanzanlagevermögen durchgeführten Abschreibung.

Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr leicht vermindert bei 6,7 % (Vorjahr: 7,6 %). Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 25,3 Mio. € wurde eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 37,9 % (Vorjahr: 41,1 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 8,1 % (Vorjahr: 4,8 %).

2.9. Investitionen

Im Berichtsjahr 2023 erfolgten Investitionen i. H. v. 5,0 Mio. € in den Bereichen Betriebs- und Geschäftsausstattung, Energiedienstleistungen sowie den immateriellen Vermögensgegenständen. Von den Investitionen in Energiedienstleistungen beziehen sich rd. 3,1 Mio. € auf das Segment Privat- und Geschäftskunden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen im Bereich des Anlagen-Contractings mit Heiz- und KWK-Anlagen sowie Fernwärme und Quartierskonzepte.

Des Weiteren erfolgten Kapitalrückführungen von Beteiligungen im Bereich des Finanzanlagevermögens i. H. v. 1,3 Mio. €.

2.10. Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva						
Anlagevermögen	153,0	59,9%	154,8	63,6%	-1,8	-1,2%
- davon Sachanlagen	17,1	6,7%	14,6	6,0%	2,5	17,0%
- davon Finanzanlagen	134,3	52,5%	138,1	56,8%	-3,8	-2,8%
Umlaufvermögen	100,3	39,2%	87,0	35,8%	13,3	15,2%
- davon Forderungen aus LuL	46,2	18,1%	28,5	11,7%	17,7	62,3%
Rechnungsabgrenzungsp.	2,3	0,9%	1,4	0,6%	0,9	65,5%
	<u>255,6</u>	<u>100,0%</u>	<u>243,2</u>	<u>100,0%</u>	<u>12,4</u>	<u>5,1%</u>
Passiva						
Eigenkapital	71,0	27,8%	66,7	27,4%	4,3	6,4%
Rückstellungen	120,6	47,2%	99,2	40,8%	21,4	21,6%
- davon Pensionsrückstellungen	59,1	23,1%	54,7	22,5%	4,4	8,1%
Verbindlichkeiten	62,3	24,4%	76,2	31,3%	-13,9	-18,2%
- davon ggüber Kreditinstituten	32,0	12,5%	46,2	19,0%	-14,2	-30,7%
Rechnungsabgrenzungsp.	1,7	0,7%	1,2	0,5%	0,5	41,2%
	<u>255,6</u>	<u>100,0%</u>	<u>243,2</u>	<u>100,0%</u>	<u>12,4</u>	<u>5,1%</u>

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 12,4 Mio. € von 243,2 Mio. € auf 255,6 Mio. €. Wesentlicher Grund hierfür ist – neben der Stärkung des Eigenkapitals durch Einstellung von 3,5 Mio. € aus dem Vorjahresergebnis in die Gewinnrücklagen – ein Anstieg der Rückstellungen, insbesondere bedingt durch den Anstieg der Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (+ 6,8 Mio. €), für Steuern (+ 6,4 Mio. €), für das bisherige sowie das neu aufgelegte ATZ-Programm (+ 5,9 Mio. €) und Pensionen (+ 4,4 Mio. €). Gegenläufig wirkte sich insbesondere die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 14,2 Mio. € aus.

Die Anlagenintensität liegt bei 59,9 % (Vorjahr: 63,6 %).

Das Eigenkapital zeigt sich leicht erhöht bei 27,8 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 27,4 %).

Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 59,1 Mio. € (Vorjahr: 54,7 Mio. €) betragen. Diese machen 23,1 % der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich aufgrund der regelmäßigen Tilgungen sowie insbesondere aufgrund der außerordentlichen Tilgung eines Darlehens i. H. v. 6,9 Mio. € um 30,7 % auf 32,0 Mio. €.

2.11. Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält eine Kreditlinie, welche durch temporäre und saisonal stark volatile Zahlungsschwankungen in Anspruch genommen wird.

Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft sowie durch die bestehende Kreditlinie jederzeit das finanzielle Gleichgewicht gewährleistet.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach CashFlow aus operativem Geschäft sowie aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf:

	2023	2022	Veränderung
			in Mio. €
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	25,0	33,0	-8,0
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	11,1	10,2	0,9
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-31,4	-21,3	-10,1
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	4,7	21,9	-17,2
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	30,6	8,7	21,9
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	35,3	30,6	4,7

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr von 33,0 Mio. € auf 25,0 Mio. € vermindert.

Generell wird dieser zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifkunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung (Gas) im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei der EWW.

Die Einzahlungen seitens der Kunden und Auszahlungen an die Strom- und Gaslieferanten sowie Zahlungen an die Verteilnetzbetreiber für Netzentgelte unterliegen starken Zahlungsstromschwankungen. Im Berichtsjahr ist der Rückgang des Cash-Flows aus der laufenden Geschäftstätigkeit insbesondere stichtagsbedingt und dadurch begründet, dass – im Gegensatz zum Vorjahr – die Dezember-Abschläge erst zu Beginn des neuen Jahres eingezogen wurden.

Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt 11,1 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mio. € erhöht. Im Wesentlichen beinhaltet der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit Einzahlungen der Regionetz im Rahmen der Vorweggewinnausschüttung i. H. v. 10,2 Mio. €, aus der Spitzabrechnung der letztjährigen Ausgleichszahlung i. H. v. 2,6 Mio. €, sowie weitere Beteiligungserträge i. H. v. 1,9 Mio. €. Demgegenüber stehen insbesondere Auszahlungen für Investitionen in die immateriellen Vermögensgegenstände i. H. v. 0,2 Mio. € sowie für Investitionen in das Sachanlagevermögen i. H. v. 4,8 Mio. €.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. -31,4 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen die Gewinnausschüttung des Vorjahresergebnisses i. H. v. 21,0 Mio. € (Vorjahr: 17,5 Mio. €) sowie Darlehenstilgungen i. H. v. 9,6 Mio. € (davon eine außerordentliche Tilgung i. H. v. 6,9 Mio. €). Zum Bilanzstichtag werden 24,4 Mio. € (Vorjahr: 34,4 Mio. €) Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen. Die Gesellschaft ist damit fristenkongruent finanziert.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres beträgt 35,3 Mio. € und setzt sich zusammen aus dem Guthaben auf dem Girokonto der Sparkasse Aachen i. H. v. 35,3 Mio. € sowie Cash Pool-Forderungen gegen die Regionetz und deren Beteiligungen i. H. v. 7,5 Mio. €. Er erhöhte sich demnach um 4,7 Mio. €. Die Gesellschaft beansprucht – unter Hinzurechnung der Darlehen – zum Bilanzstichtag 32,0 Mio. € Finanzkreditverbindlichkeiten. Der Anteil der Kurzfristfinanzierung liegt bei 30,2 %.

Die Geschäftsführung der EWW bewertet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als stabil.

2.12. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2023 beschäftigte die EWW durchschnittlich 251 (Vorjahr: 248) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei der EWW elf Mitarbeitende in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- Industriekauffrau/-mann
- Industriekauffrau/-mann in verkürzter Ausbildung (2-jährig/“Switch“)
- Kauffrau/-mann für Büromanagement
- Kauffrau/-mann für Digitalisierungsmanagement

An ehemalige Mitarbeitende und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,25 Mio. € an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden), belief sich auf 375.

Personalentwicklung

Die Neuorganisation zum 01.01.2023 hat die Personalentwicklung intensiv mit vielen flankierenden Maßnahmen begleitet. Durch die wechselseitige Einbindung sowohl der Führungskräfte als auch der Mitarbeitenden in verschiedenste Entwicklungsveranstaltungen, teilweise unter Begleitung externer Experten, sowie durch eine transparente und umfangreiche Kommunikation, ist die Grundlage für die erfolgreiche Implementierung des Change-Prozesses gelegt.

Daneben hat die Personalentwicklung das Angebot an Schulungsangeboten via Einführung einer E-Learning-Plattform ausgeweitet, um so die kontinuierliche Weiterbildung der Mitarbeitenden in dem dynamischen Umfeld der Energiewirtschaft zu fördern.

Zum Ende des Geschäftsjahres wurde durch die Personalentwicklung im Auftrag der Geschäftsführung erstmalig seit 2006 eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt mit dem Schwerpunkt der Messung der Mitarbeiterzufriedenheit. Mit einer überragenden Teilnahmequote von 91 % konnten wertvolle Rückmeldungen für die Weiterentwicklung der EWW gesammelt werden. Die erhobenen Kennzahlen des Mitarbeiterzufriedenheitsindex (ESAT) und der Weiterempfehlungsrate (eNPS) bilden eine wichtige Grundlage der sog. Nullmessung.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Die Verpflichtung zur Einhaltung der Grundsätze von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz obliegt jedem einzelnen Mitarbeiter. Die Führungskräfte haben hierbei eine Vorbildfunktion. Es gilt der Grundsatz: „Jeder Mitarbeitende geht so gesund nach Hause, wie er gekommen ist.“ Dies gilt insbesondere in Zeiten des digitalen und hieraus resultierenden dezentralen Arbeitens. Darüber hinaus wurden durch das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) zahlreiche Maßnahmen zur Gesunderhaltung unserer Mitarbeitenden konzipiert und durchgeführt.

2.13. Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für die EWW Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert die EWW den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser. Das Thema (ökologische) Nachhaltigkeit ist auch fester Bestandteil der EWW-Strategie der Zukunft.

Die EWW berät mit ihrem Netzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm.

2.14. Tätigkeitsabschlüsse

Die EWW erbringt energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG gegenüber der Regionetz GmbH und ist somit verpflichtet, mehrere Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen.

3. Chancen- und Risikobericht

3.1. Risikomanagement

Bei der EWW orientiert sich das Risikomanagementsystem an dem des Hauptgesellschafters E.ON.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWW als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt.

Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

3.1.1. Marktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch EEG-Anlagen wirken ebenfalls absatzmindernd. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmende Kundenzahlen und reduzierter Margengenerierung bedingt durch steigenden Wettbewerb.

3.1.2. Strategische Risiken

Strategische Risiken sind insbesondere potenzielle Bedrohungen der strategischen Erfolgspotenziale eines Unternehmens (wie Kernkompetenzen und Wettbewerbsvorteile). Strategische Entscheidungen können von Investitionen bis hin zur Beschaffungsstrategie von Medien und der Festlegung von Organisationsstrukturen reichen. Beispielsweise birgt auch die sich aktuell vollziehende Energiewende Risikopotenziale, ist aber auch Chance zugleich.

3.1.3. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Hierunter fallen auch jene Risiken, die durch ungeeignete Methoden und Modelle entstehen können. Der Prozess zur Energiebeschaffung ist in diesem Kontext von herausragender Bedeutung. Zum Management eben dieses Risikos wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet.

Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Weitere Beispiele sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im IT- oder administrativen Bereich. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken nie gänzlich ausschließbar.

Generell schützt die EWW sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

3.1.4. Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWW und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWW und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die Refinanzierung über Kreditlinien wird über eine solide Bonität der EWW sichergestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnisrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch die laufende Überwachung der Beteiligungen.

3.1.5. Rechtliche und regulatorische Risiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Unter diese Kategorie fallen auch Risiken aus Compliance, Governance und HSE (Health, Safety, Environment).

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen.

3.1.6. Soziale und Ökologische Risiken

Die Kategorie Soziale und Ökologische Risiken umfasst jene Risiken, die für die Gesundheit von Personen, den Lebensraum oder die Arbeitsumgebung von besonderer Wichtigkeit sind. Ökologische Risiken entstehen meist durch externe Einflüsse. Im Bereich Human Resources gibt es bspw. Risiken für die menschliche Gesundheit und für das Ökosystem oder auch Risiken der persönlichen Haftung von Unternehmen für umweltrelevante Aktivitäten eines Unternehmens.

Eine gewisse Steuerung und Minimierung sozialer und ökologischer Risiken stellt die EWW über die Einbindung in das E.ON-konzernweite Environmental, Social, Governance (ESG)-Reporting sicher.

3.1.7. Risiko-Portfolio

Das Risiko-Portfolio der EWW wird turnusmäßig aktualisiert und dem Risikokomitee der EWW vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:

- 🕒 Niedrig (>1 bis 10 %)
- 🕒 Mittel (>10 bis 20 %)
- 🕒 Hoch (>20 bis 50 %)
- 🕒 Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

- Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
 - Gering (0 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)
 - Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
 - Kritisch (>50 %)
 - Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWW nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Hier die sechs wertwichtigsten Risiken:

1. *Zerstörung der Dienststelle (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)*

Das erfasste (extreme) Szenario unterstellt einen Schadensfall der gleichen Größenordnung wie dem Hochwasser in 2021, allerdings ohne Intervention eines staatlich aufgelegten Hilfsfonds bzw. der Gebäudeversicherung.

2. *Beschaffungskostenanstieg aufgrund eines Lieferantenausfalls (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)*

Liquiditätsprobleme eines Lieferanten könnten zu einem Ausfall von Beschaffungsmengen führen für die Medien Strom und Gas. Dieses Szenario bildet den Ausfall des Lieferanten mit der größten jährlichen Liefermenge dar.

3. *Margenminderung aufgrund geringerer spez. Verbrauchsmengen (Effizienzen/Substitution) (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)*

Mögliche Ursachen sind bspw. das Einsparverhalten der Kunden, Substitution durch andere Energieträger, Wärmedämmung, effizientere Energietechnik etc.

Das Risiko beinhaltet geringere spez. Verbrauchsmengen sowohl im Gas als auch im Strom.

4. *Margenminderung aufgrund höherer Kundenabgänge und Wechsler (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)*

Mögliche Ursachen sind bspw. erfolglose Kündigungsverhinderungs- und Akquisitionsversuche in dem angegebenen Zeitfenster, allgemeine Zunahme der Wechselbereitschaft, äußere Marktstörungen, die Energiewende, Kündigungen aufgrund von Wechseln wegen neuer Preisanpassungsklauseln.

5. *Kostensteigerung bei Ausgleichsenergie (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)*

Damit sind Mehrkosten für Ausgleichsenergie für Strom und Gas im Vergleich zum durchschnittlichen Beschaffungspreis gemeint. Mögliche Ursachen könnten bspw. nicht korrekt prognostizierte Absatzmengen sein.

6. *Kreditrisiken Retail B2B/B2B (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)*

Das Risiko umfasst im Wesentlichen Forderungsausfälle im B2C Segment. Hauptrisikotreiber bilden neben Kaufkraftveränderungen auch Preissteigerungen, konjunkturelle Entwicklungen und Insolvenzen (§133 ff InsO)

3.1.8. Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

3.2. Chancen

Erneuerbare Energien integrieren: Wir erkennen die Bedeutung der Integration erneuerbarer Energien in unser Portfolio. Dies ermöglicht uns, eine führende Rolle in der Energiewende zu spielen, während wir weiterhin konventionelle Produkte anbieten. Dabei bietet sich für die EWW die Chance sowohl im Angebot von Produkten für Privatkunden, wie z.B. Wärmepumpen und Photovoltaik, als auch durch Investitionen in größere regionale Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien neue Märkte zu erschließen und bereits bestehende Produkte und Projekte weiterzuentwickeln. Die Möglichkeiten für Investitionen in Photovoltaik- als auch Windparkprojekte werden maßgeblich von der jeweils geltenden Gesetzgebung beeinflusst.

Wärmeversorgung: Wir sehen auch für 2024 weiterhin ein gesteigertes Interesse an klimafreundlicher Wärmeversorgung. Die Verpflichtungen der Kommunen in NRW zur Durchführung einer kommunalen Wärmeplanung wird für uns als EWW weiterhin die Möglichkeit eröffnen als Partner Angebote zur Konzeptionierung abzugeben. Wir konnten bereits im Jahr 2023 bei drei Kommunen Angebote zur Durchführung der kommunalen Wärmeplanung legen und möchten dieses Angebot auch im Jahr 2024 ausweiten. Neben der kommunalen Wärmeplanung setzen wir auch in den Folgejahren unsere nachhaltigen Nahwärmekonzepte für Neubaugebiete um. Unterstützt wird dies durch den Klimaneutralitätspfad vieler Gemeinden sowie ein angedeutetes Verbot des Einbaus von rein fossilen Heizungen. Kombiniert mit einem verstärkten Umweltbewusstsein der Bürger erkennen wir Chancen in der Umsetzung von kalten Nahwärmeprojekten sowie den Absatz von Wärmepumpen.

Förderung von Energieeffizienz: Wir setzen uns dafür ein, unsere Kunden über Energieeffizienz zu informieren sowie zu fördern. Dies hilft nicht nur, den Gesamtenergieverbrauch zu senken, sondern stärkt auch unsere Beziehung zu den Kunden im Bereich des Energievertriebs.

Dezentralisierte Energieerzeugung ausbauen: Wir nutzen die Chancen der Dezentralisierung, um näher an unseren Kunden zu sein und gleichzeitig die Effizienz unserer konventionellen Energieerzeugung zu steigern.

Digitale Technologien einsetzen: Durch den Einsatz digitaler Technologien in unserem Umfeld verbessern wir die Effizienz und Stabilität unseres konventionellen Strom- und Gasvertriebs und entwickeln nachgefragte Kundendienstleistungen.

Beteiligung an der Elektromobilität: Wir erkennen das Wachstum der Elektromobilität als Chance, unser Geschäft im Bereich der Ladeinfrastruktur deutlich auszubauen. Durch Investitionen in öffentliche Ladeinfrastruktur gelingt es uns nicht nur dauerhafte und wiederkehrende Erlöse in einem

Wachstumsmarkt zu generieren, sondern wir kommen auch unserer regionalen Positionierungen im Versorgungsgebiet nach. Darauf aufbauend steht die Projektierung von komplexeren Abrechnungsmo-
dellen im gewerblichen Kontext in der Startphase. Wir erkennen in allen Segmenten rund um Elektro-
mobilität eine zunehmende Bedeutung für die EHV.

Nutzung regulatorischer Anreize: Wir nutzen staatliche Förderprogramme, um sowohl in konventionelle
als auch in erneuerbare Energieprojekte zu investieren und unsere Marktposition zu stärken.

Strategische Partnerschaften eingehen: Durch Kooperationen mit anderen Unternehmen und Instituti-
onen schaffen wir Synergien, die sowohl unseren konventionellen als auch unseren erneuerbaren
Energiebereich stärken.

Nachhaltigkeitsinitiativen vorantreiben: Wir positionieren uns als nachhaltiger Energieversorger, um
das Vertrauen unserer Kunden zu stärken und gleichzeitig unser Energiegeschäft auszubauen.

4. Prognosebericht

4.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die globale wirtschaftliche Entwicklung wird auch im Jahr 2024 von den Herausforderungen der Infla-
tion und den geringen Wachstumsaussichten geprägt sein. Die OECD prognostiziert ein moderates
Wachstum der Weltwirtschaft von 2,7 Prozent, ausgehend von strengeren Finanzierungsbedingungen,
schwachem Handelswachstum in einem Umfeld von geopolitischen Spannungen und auch den Auswir-
kungen einer strafferen Geldpolitik, die weitere Störungen auf den Märkten verursachen kann. Unter
der Annahme, dass die Inflation weiter nachlässt und die Realeinkommen steigen, wird die Weltwirt-
schaft im Jahr 2025 voraussichtlich um 3 Prozent wachsen. Der weltweite Warenhandel und die Indust-
rieproduktion werden aufgrund des weitgehenden Abbaus von Lagerbeständen in Unternehmen wie-
der an Dynamik gewinnen, während sich die schwache Wirtschaftsentwicklung in China dämpfend aus-
wirken wird.

Für die EU wird für das Jahr 2024 ein Wachstum des BIP von 1,3 Prozent prognostiziert und für das Jahr
2025 voraussichtlich von 1,7 Prozent.

Mit Blick auf Deutschland gehen Wirtschaftsinstitute für das Jahr 2024 von einer beginnenden Erholung
der Wirtschaft und einem Wachstum von 0,9 Prozent aus. Darüber hinaus wird mit einer weiteren Nor-
malisierung der Konjunktur im Jahr 2025 und einem BIP-Wachstum von 1,3 Prozent gerechnet. Die sich
zuletzt abschwächende Inflation, die steigenden Lohneinkommen und die hohe Beschäftigungsrate
lassen auf eine höhere Kaufkraft sowie gesamtwirtschaftliche Nachfrage schließen, die diese Einschät-
zungen/Prognosen stützen.

4.2. Strategische Entwicklung der EWW

Die für EWW bisher bedeutende Rolle des Geschäftsfeldes Erdgasversorgung wird bedingt durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren sukzessive zurückgehen. Die EWW plant eine höchstmögliche Kompensation zurückgehender Liefermengen im Gas durch ansteigende Wärmepumpen- und Fernwärmeaktivitäten. Die EWW-seitige Beteiligung an der kommunalen Wärmeplanung stellt dabei einen wichtigen strategischen Stellhebel für die Wärmetransformation in der Region dar. Hier gilt es, Involvement und Beratung zunächst zu sichern, bevor eine Beteiligung an der eigentlichen Umsetzung über Investitionen erfolgt. Aufgrund der Vielzahl der unterschiedlichen Belange der Kommunen in der Region kommt es im hohen Maße auf einen effizienten Einsatz der Ressourcen (Projektmanager, Investitionen, etc.) an. Dabei sind auch die Transformationspläne für die eigenen FW-Netze und die des Netzbetreibers Regionetz aufeinander abzustimmen. Die EWW hat dazu ein strategisches Projekt aufgesetzt, welches einen langfristigen Charakter haben wird. Zentraler Baustein wird das Wasserstoffkernnetz sein, welches eine Anbindung einzelner Industriebetriebe in der Region wohl vor 2030 ermöglicht. Zudem kann die Verwendung an Wasserstofftankstellen eine Option sein.

Das Strommarktdesign wird sich bis 2030 in Richtung Regenerative Erzeugung, Flexibilitätsdienstleistungen und Wasserstoff entwickeln. Auf der Verbraucherseite kommt es zu einem starken Anstieg der Wärmepumpentechnologien, aber auch die Elektromobilität wird einen weiteren Hochlauf nehmen. Diese Technologien werden künftig auch als Flexibilität und daher als steuerbare Einheiten (vehicle2grid/intelligentes Laden) eingebunden werden können. Hier gilt es weiterhin den Wachstumspfad über attraktive Produktoptionen auf der Commodity- und Dienstleistungsseite zu begleiten und abzuschöpfen. Auf der Erzeugerseite gilt es alle Geschäftsoptionen für Photovoltaik und Windkraft im regionalen Umfeld zu prüfen und umzusetzen. Ein systematischer Angang von potentiellen Flächen und die enge Verzahnung mit den kommunalen Entscheidungsträgern sind essentiell. Dies gilt im Kern auch für den Hochlauf der öffentlichen Ladeinfrastruktur der von EWW nun forciert wird.

Die EWW will ihr Beteiligungsportfolio, insbesondere im Bereich der Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien, weiter ausbauen und optimieren. Hierzu sind verschiedene Projekte in Vorbereitung. Einen wichtigen strategischen Eckpfeiler der EWW stellt die Digitalisierung dar. Die Vorteile der Digitalisierung sollen optimal unter Berücksichtigung der Kundenbedürfnisse genutzt werden. Dabei wird auch zunehmend der Einsatz von künstlicher Intelligenz eine Rolle spielen.

Dem allgemeinen Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt wird die EWW durch eine erhöhte Arbeitgeberattraktivität entgegenwirken. Ein hohe Mitarbeiterzufriedenheit stellt hierzu die Basis dar.

4.3. Ausblick

Klimaschutz und Strukturwandel

Der Klimaschutz bildet das aktuelle zentrale Politikthema. Für ihn wird eigens ein Gesetz erstellt: das Klimaschutzgesetz. Der Klimaschutz wird vor allem durch die Energiewende vorangetrieben.

Wesentliche Impulse ergeben sich hier aus der jüngeren EUGesetzgebung in Form der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie als auch aus dem Strukturwandelprozess im Rahmen des Braunkohleausstiegs.

Nach dem Beschluss der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vom 26. Januar 2019 wird Deutschland zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes bis spätestens zum Jahr 2038 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen.

Die Zukunftsagentur „Rheinisches Revier“ wird den Strukturwandelprozess im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich steuern, um auf lange Zeit Wertschöpfung und Beschäftigung zu sichern und eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Der Raum des Rheinischen Reviers umfasst die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Kreis Neuss, die Städteregion Aachen und die Stadt Mönchengladbach. Gemeinsam mit den 2,4 Millionen Menschen, die im Rheinischen Revier leben, ist es Ziel, eine lebenswerte Zukunft für diese Region zu gestalten.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 wurde mit dem Ziel erstellt, einen konkreten Leitfaden für den bestmöglichen Einsatz der in Aussicht gestellten Fördermittel für das Rheinische Revier zu schaffen. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Rheinische Revier in den nächsten zwei Jahrzehnten mit bis zu 15 Milliarden Euro zu unterstützen, um Beschäftigungs- und Wertschöpfungsverluste in den Teilregionen zu kompensieren und eine erfolgreiche Transformation für die Zeit nach der Braunkohleverstromung zu ermöglichen.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 ist die bislang ambitionierteste Zukunftsvision des Rheinischen Reviers für die Zeit nach der Braunkohle. Das Rheinische Revier will seine herausragenden Kompetenzen in der Energiewirtschaft, in der Ressourcen- und Bioökonomie, in der industriellen Produktion, in Wissenschaft und Forschung sowie die Neuordnung von Raum und Infrastrukturen nutzen, um zeitnah die erforderlichen neue Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale im Wirkungsraum der auslaufenden Braunkohleverstromung zu erschließen. Damit will es Modell und Pilotregion für neue Energie und Mobilität sowie nachhaltige Produktionen werden und ein darauf ausgerichtetes attraktives Lebensumfeld erschaffen.

Bis zum Jahr 2050 will die Region zudem vollständig CO₂-neutral wirtschaften. Die international vereinbarten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) und deren Umsetzungsstrategien können dabei eine wichtige Orientierung liefern.

EWV Schwerpunkte

Trotz der widrigen Umstände rund um das zu sanierende Verwaltungsgebäude in Stolberg hat es die EWV auch in 2023 weiter erfolgreich geschafft, alle Prozesse in hoher Qualität aufrechtzuerhalten. Die Arbeiten wurden seit 2020 zum größten Teil ins HomeOffice verlegt. Dieser Zustand wird auch noch zu Beginn des Jahres 2024 anhalten. Die weiter fortschreitende Sanierung des Verwaltungsgebäudes wird einen vollständigen Einzug in das Verwaltungsgebäude voraussichtlich im Laufe des Jahres 2024 erlauben.

EWV hat das ambitionierte Ziel zu einem der besten Arbeitgeber in der Region zu werden. Die Arbeitszufriedenheit steht im Fokus und wird kontinuierlich gemessen und verbessert. Angesichts der Herausforderung von Fachkräftemangel und demografischem Wandel ist es wichtig, bestehende Kompetenzen zu erweitern und gleichzeitig neue Fähigkeiten zu erlernen. Dies ist entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Unternehmens zu erhalten und sich in einer ständig verändernden Arbeitswelt zu behaupten.

Unter dem Dach der Zukunftsagentur Rheinisches Revier sind entlang der Themenfelder Infrastruktur und Mobilität, Energie und Industrie, Ressourcen und Agrobusiness, Raum, Innovation und Bildung sowie Internationale Bau- und Technologieausstellung (IBTA) sogenannte Revierknoten definiert worden. Die Revierknoten erarbeiten jeweils mit einem Expertenkonsortium die inhaltliche Basis für künftige Förderprogramme. Die EWV wird sich im Rahmen des Zukunftsfeldes „Energie und Industrie“ als Experte aus der Energiewirtschaft gemeinsamen mit anderen Unternehmen der Region engagieren. Unser Schwerpunkt wird auch hier auf der Vernetzung mit unseren kommunalen Partnern liegen, mit denen wir gemeinsam die Potentiale im Strukturwandel nutzen wollen.

Ein zentrales Vorhaben bildet die sogenannte Talachse der Kupferstadt Stolberg (Rhld.). Hierunter wird eine von Südwest nach Nordost verlaufende infrastrukturelle Achse verstanden, welche sich entlang des natürlichen Verlaufs des Vichtbachs entwickelt hat. Die Talachse prägt insbesondere das Bild Stolbergs als Industriestandort. Ziel ist es, Stolbergs energieintensive Traditionsunternehmen entlang der Talachse mit Hilfe erneuerbarer Energiesysteme sowie innovativer Energiespeicher energieautark aufzustellen und mittels Kooperationen im Bereich Technologie- und Innovationstransfer bestehende Standortvorteile auszubauen. Zur Umsetzung des Vorhabens soll unter Beteiligung der Akteure über eine Studie der Antrag zu einem gemeinsamen Förderprojekt erarbeitet werden. Die EWV beteiligt sich als Koordinator und als Mitglied des Akteurskonsortiums an der Studie und den flankierenden Maßnahmen.

In Kommunen bestehen gemeinhin hohe Energie-Einsparpotenziale, vor allem in öffentlichen Gebäuden. Kommunale Energieeffizienz-Netzwerke tragen nennenswert dazu bei, diese Potenziale zu identifizieren und zu heben. Daher wurde als wichtige Sofortmaßnahme des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) die Förderung von Energieeffizienz-Netzwerken von Kommunen eingeführt.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2024 357,1 Mio. € betragen. Einen wesentlichen Beitrag liefern die Commodity-Absatzmengen mit 708 GWh Strom und 1.258 GWh Gas mit korrespondierenden Stromerlösen i. H. v. 164,8 Mio. € und Gaserlösen i. H. v. 160,7 Mio. €. Der Jahresüberschuss der EWV für 2024 wird gemäß Plan bei 24,2 Mio. € liegen. Darin enthalten ist eine Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 16,5 Mio. €. Das Investitionsvolumen 2024 beträgt ca. 13,2 Mio. €.

5. Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWW ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWW Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWW hat sich im Geschäftsjahr 2023 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Schröder, Manfred bis (30.06.2023)	Köln	
	Bedenbecker, Nicolai (seit 01.04.2023)	Mühlheim	
Aufsichtsrat:	Westenergie AG	1 Sitz	
	Stadt Stolberg	1 Sitz	
	Stadt Eschweiler	1 Sitz	
	StädteRegion Aachen	2 Sitze	
	weitere von GV bestellt	9 Sitze	
	Arbeitnehmervertreter	7 Sitze	
Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.	1 Stimme	Je 51,13 Euro eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.
Beirat:	Die Mitglieder des Beirates werden von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen.		

Vertreter des Kreises Düren

Beirat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
	Beauftragter des Landes NRW		
Abhoff, Ferdinand		08.11.2024	
Schiffer, Norbert	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.02.2004	08.11.2024

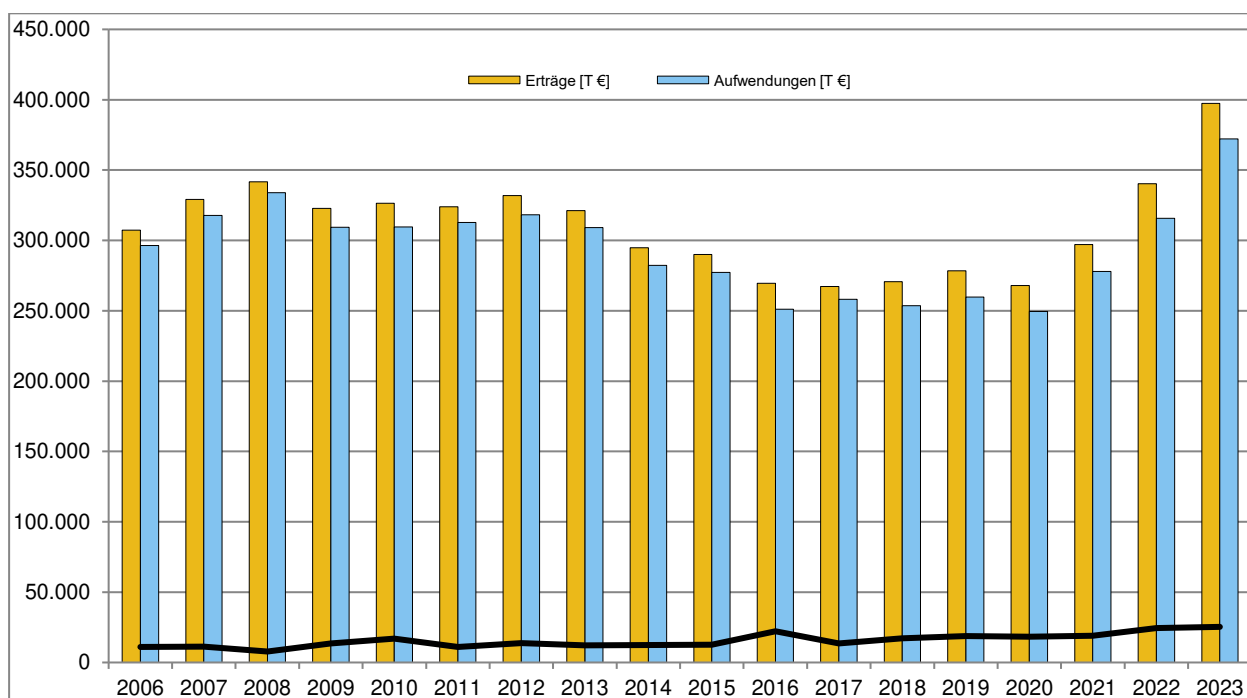
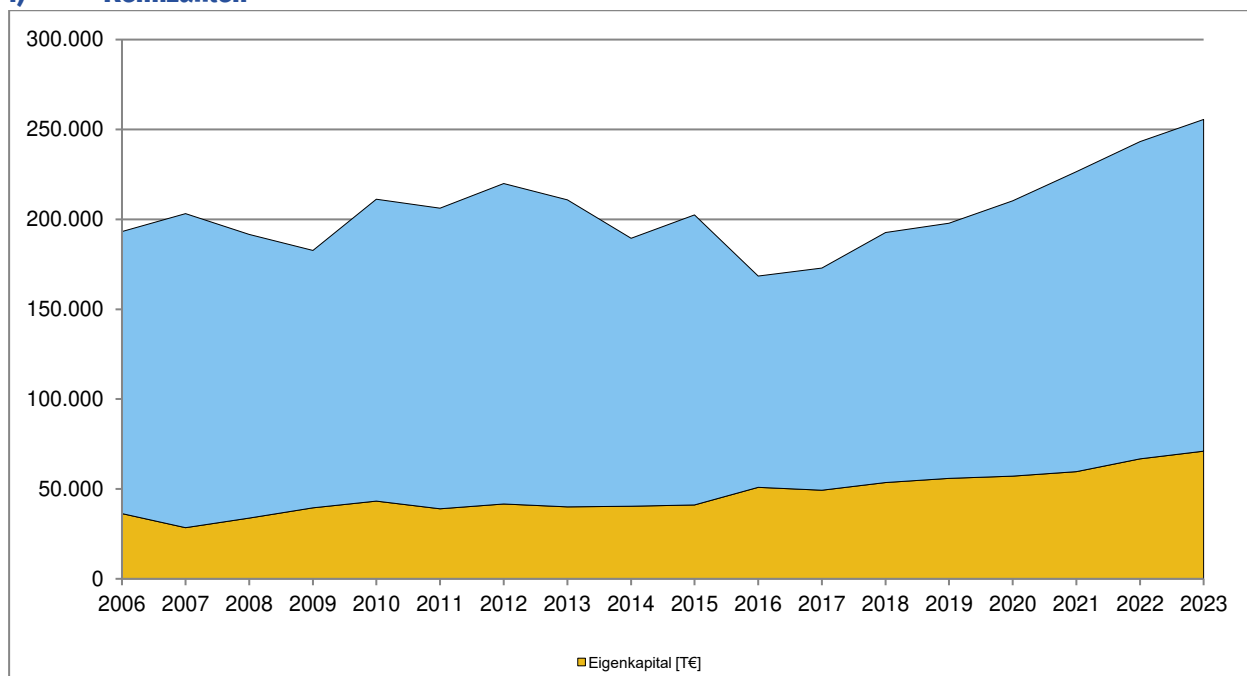
Gesellschafterversammlung:

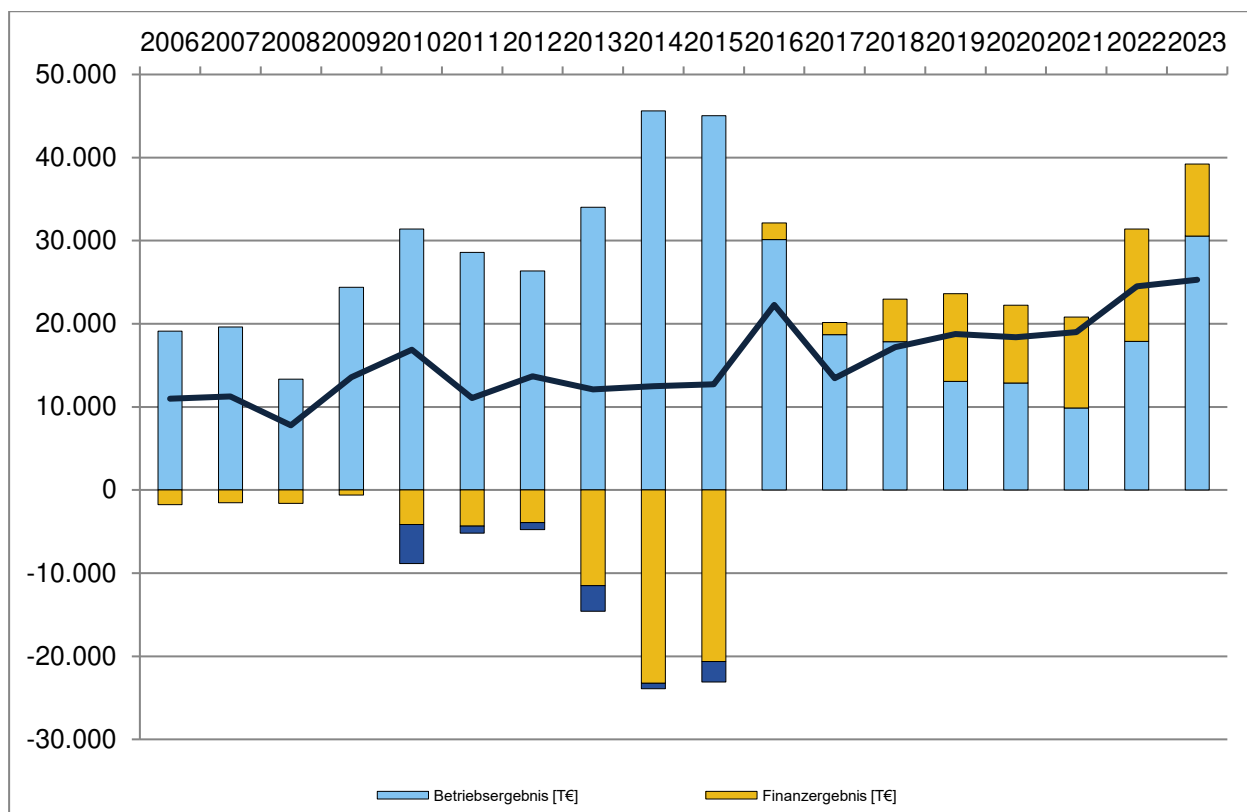
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Schoeller, Maria	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.02.2004	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 260 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	24,66%	27,42%	27,79%	0,36%
Eigenkapitalrentabilität	31,82%	36,76%	35,63%	-1,13%
Anlagendeckungsgrad 2	56,05%	64,02%	62,16%	-1,86%
Verschuldungsgrad	277,84%	262,83%	257,52%	-5,30%
Umsatzrentabilität	3,57%	5,54%	23,31%	17,77%

5 Freizeitbad Kreuzau GmbH



Windener Weg 7
52372 Kreuzau
Telefon 02422/9426-0
Telefax: 02422/9426-40
E-Mail: kreuzau@monte-mare.de
Homepage: www.monte-mare.de

a) **Art der Beteiligung**

Gesellschaft ist der Betrieb einer Freizeitanlage.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25,00	100
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4,00 €	1.692,00 €	1.094,00 €	-598,00 €	-35,34%
II. Sachanlagen	6.645.364,83 €	6.877.127,00 €	6.327.757,00 €	-549.370,00 €	-7,99%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	23.736,92 €	29.223,01 €	31.304,54 €	2.081,53 €	7,12%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	931.175,63 €	917.297,04 €	482.155,11 €	-435.141,93 €	-47,44%
III. Kassenbestand	590.653,89 €	139.483,97 €	130.461,79 €	-9.022,18 €	-6,47%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.880,92 €	11.712,39 €	10.694,19 €	-1.018,20 €	-8,69%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	538.855,15 €	538.855,15 €	538.855,15 €	0,00 €	0,00%
Summe Aktiva	8.737.671,34 €	8.515.390,56 €	7.522.321,78 €	-993.068,78 €	-11,66%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	590.228,09 €	590.228,09 €	590.228,09 €	0,00 €	0,00%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
III. Bilanzverlust	-1.154.083,24 €	-1.154.083,24 €	-1.154.083,24 €	0,00 €	0,00%
IV. nicht durch Eigenkapital ge- deckter Fehlbetrag	538.855,15 €	538.855,15 €	538.855,15 €	0,00 €	0,00%
B. Rückstellungen	57.958,08 €	89.507,74 €	93.388,35 €	3.880,61 €	4,34%
C. Verbindlichkeiten	8.632.552,76 €	8.410.645,90 €	7.428.734,24 €	-981.911,66 €	-11,67%
D. Rechnungsabgrenzungs- posten	47.160,50 €	15.236,92 €	199,19 €	-15.037,73 €	-98,69%
Summe Passiva	8.737.671,34 €	8.515.390,56 €	7.522.321,78 €	-993.068,78 €	-11,66%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.049.360,78 €	2.252.227,39 €	2.695.311,89 €	443.084,50 €	19,67%
2. sonstige betriebliche Erträge	39.611,00 €	35.122,04 €	45.152,23 €	10.030,19 €	28,56%
3. Materialaufwand	406.798,89 €	658.553,00 €	740.659,70 €	82.106,70 €	12,47%
4. Personalaufwand	735.516,28 €	1.246.285,22 €	1.495.705,72 €	249.420,50 €	20,01%
5. Abschreibungen	560.462,08 €	559.802,55 €	583.700,95 €	23.898,40 €	4,27%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	875.924,50 €	938.529,92 €	1.077.059,41 €	138.529,49 €	14,76%
Betriebsergebnis	-1.489.729,97 €	-1.115.821,26 €	-1.156.661,66 €	-40.840,40 €	3,66%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	41,98 €	155,10 €	300,08 €	144,98 €	93,48%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	198.132,34 €	180.429,99 €	165.097,99 €	-15.332,00 €	-8,50%
Finanzergebnis	-198.090,36 €	-180.274,89 €	-164.797,91 €	15.476,98 €	-8,59%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-1.687.820,33 €	-1.296.096,15 €	-1.321.459,57 €	-25.363,42 €	1,96%
9. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. sonstige Steuern	28.585,25 €	31.827,43 €	33.428,53 €	1.601,10 €	5,03%
12. Erträge aus Verlustübernahme	1.716.405,58 €	1.327.923,58 €	1.354.888,10 €	26.964,52 €	2,03%
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%

f) Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Die Freizeitbad Kreuzau GmbH wurde am 21.12.1999 errichtet. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Freizeitanlage (Schwimmbad, Sauna, Gastronomie). Der Sitz der Gesellschaft ist Kreuzau.

Gesellschafter der Freizeitbad Kreuzau GmbH ist die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG). Mit dieser besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Die Betriebsführung wird seit dem 13.02.2009 von der monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH wahrgenommen. Das Geschäftsjahr 2023 ist das fünfzehnte reguläre Betriebsjahr nach der Übernahme der Betriebsführung durch die monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2023 war geprägt durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs sowie einer auch damit zusammenhängenden hohen Inflationsquote.

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahresdurchschnitt 2023 um 5,9% gegenüber 2022 erhöht¹. Damit liegt die Jahresteuersatzrate wie bereits im Vorjahr immer noch deutlich höher als in den Jahren vor 2022.

Das BIP (preis- und kalenderbereinigt) sank im gesamten Jahr 2023 nach ersten Berechnungen um -0,3%². Trotz dieser im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, um 0,7% höherem BIP³ setzte sich damit die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fort.

Die Prognosen für die Konjunktur in Deutschland für das Jahr 2024 sind pessimistisch: Ökonomen rechnen mit weniger als ein Prozent Wachstum, die Bundesregierung erwartet nur noch ein Wachstum von 0,2 Prozent⁴.

Der in den vergangenen Jahren fortschreitende Verlust von Hallenbädern ist problematisch. Sie sind als Ganzjahresbäder Träger der Schwimmbildung, des Schulschwimmens und der sportlichen Freizeitbetätigung der Bevölkerung (auch in der kalten Jahreszeit) und unverzichtbar für die wasser- und hier insbesondere die schwimmsporttreibenden Verbände.

Aspekte wie der Rückgang der körperlichen Leistungsfähigkeit und Fitness von Kindern und Jugendlichen, die steigende Zahl der NichtschwimmerInnen in Deutschland und die Anzahl der tödlichen Schwimmunfälle werden immer stärker öffentlich diskutiert. Laut Zahlen der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) kann mehr als jedes zweite Kind nach Verlassen der Grundschule nicht sicher schwimmen⁵.

1 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_020_611.html

2 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_019_811.html

3 ebenda

4 <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/alle-konjunkturprognosen-fuer-die-konjunktur-in-deutschland-2024-und-2025-tabelle-2-2/>

5 <https://www.dlrg.de/news/news-detail/dlrg-statistik-2023-mindestens-378-menschen-114205-n/>

Die Zahl der Todesfälle durch Ertrinken beläuft sich in 2023 auf mindestens 378 Menschen, dies sind 23 Todesfälle mehr als in 2022. Die DLRG sieht die Ursache neben den Risikogruppen Nicht- bzw. nicht sichere Schwimmer u. a. auch darin, dass wieder mehr Menschen in zumeist unbewachten Seen und Flüssen schwimmen gegangen sind.⁶

Weniger im Fokus der Diskussion steht, dass öffentliche Bäder mehr als nur Sportstätten oder Orte der körperlichen Ertüchtigung sind. Schwimmbäder übernehmen soziale, kommunikative und gesundheitsfördernde Aufgaben und tragen zur Lebensqualität bei. Zu den Aufgaben einer Kommune zählt es, sich sport- und gesundheitspolitisch zu engagieren, d. h. verhältnis- und verhaltenspräventive Maßnahmen zu initiieren und zu fördern und so für gesundheitsfördernde Lebenswelten und Angebote Sorge zu tragen. Schwimmbäder sind Bestandteil eines sozio-kulturellen und sportlichen Angebotes, das die Lebensqualität einer Region mitbestimmt.

Erfreulich ist daher die Tatsache zu bewerten, dass die Besuchszahlen bei Freizeitbädern und Thermen 2023 lt. einer Umfrage der European Waterpark Association e. V. (EWA) bei 89,2% der Befragten im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind, bei 81,1% lag die Steigerung sogar bei über 5%⁷.

Als regionales Freizeitbad mit Sportbecken und Saunabereich leistet das Freizeitbad Kreuzau einen gesellschafts-, gesundheits- und sozialpolitischen Beitrag. Dabei hebt sich das Angebot in Kreuzau ganz bewusst von den deutlich hochpreisigen Mitbewerbern im Umfeld ab.

Geschäftsverlauf

Die Auswirkungen des anhaltenden Ukraine Krieges und des Krieges im Nahen Osten wirken sich im kompletten Betriebsjahr 2023 auf das Ergebnis des Freizeitbad Kreuzau aus. Aufgrund dieser aktuellen Lage, insbesondere auch vor dem Hintergrund der allgemein steigenden Kosten, hier besonders die stark gestiegenen Personalkosten, Kosten für Fremdarbeiten, Energiekosten und Kosten der Werterhaltung, ist positiv hervorzuheben, dass beim operativen Ergebnis die Vorgabe des Wirtschaftsplanes mit 10,69% übertroffen wurde.

Die Gäste haben im Geschäftsjahr 2023 zahlreich das Freizeitbad besucht. Weiterhin ist eine starke Nachfrage nach Kursen zu erkennen. Zur gezielten Ansprache des hohen Kursbedarfs erfolgte neben der Optimierung des Kurskonzeptes sowie der Nutzungszeiten für Kurse, die Möglichkeit zur Buchung per Onlineshop auf der Homepage. Dadurch ist der Kursbereich als Einnahmequelle weiter ausgebaut worden. In der Sauna konnten sich die Besucherzahlen 2023 nach einem besucherschwachen 2. und 3. Quartal 2023 erholen und liegen insgesamt über den Vorgaben des Vorjahres aber knapp unter der Vorgabe des WP 2023. Es hat sich im Laufe des Jahres gezeigt, dass regelmäßige Saunaevents wie bspw. Themenabende mit verlängerten Öffnungszeiten oder besondere gastronomische Angebote in der Sauna die Attraktivität für Tagesgäste und Mitglieder steigern. Für das Jahr 2024 sind ganzjährig Events und Themenabende eingeplant.

⁶ ebenda

⁷ S. Archiv des Badewesens, Ausgabe 02/2024 S. 73

Beim Schul- und Vereinssport haben im Jahr 2023 die Besucherzahlen deutlich die Vorgabe des WP 2023 und des Vorjahres übertroffen.

Bis zum 31.12.2023 konnte am Standort Kreuzau ein Bestand an Mitgliedschaftsverträgen von 436 ausgewiesen werden (Stand Dez 2022 – 496 Mitgliedern). Trotz der gesunkenen Anzahl an Mitgliedern konnte durch die Tarifoptimierung eine Steigerung in den Gesamteinnahmen durch Mitgliedschaften erzielt werden.

Im Jahr 2023 kommen die allgemein gestiegenen Kosten zum Tragen. Durch die hohen Besucherzahlen, die zusätzlich geöffneten Bereiche wie die Turmsauna und die Ruroase mit Biergarten, werden im Vergleich zum Vorjahr mehr Mitarbeiter in allen Bereichen benötigt, um die Gäste optimal zu betreuen und die Anlage in einem tadellosen Zustand zu halten.

Die Personalkosten sind erhöht und liegen über der Vorgabe des Wirtschaftsplanes 2023. Ein Auslöser bildet beispielsweise der erhöhte Krankenstand (bundesweit Rekordhoch), wodurch vermehrt Ersatzstellungen von Mitarbeitern, insbesondere auch ein erhöhter Einsatz von Fremdfirmen zur Sicherstellung des Betriebes von Nöten sind. Zudem wirkt sich der Fachkräftemangel negativ auf die Gehaltsverhandlungen aus (erhöhte Erwartungshaltung der Mitarbeiter und Bewerber) und auch Produktivitätseinbußen bei bestehenden Mitarbeitern führen zu einem höheren Personalstundenbedarf. Folglich resultieren die Kostensteigerungen auch weiterhin aus den Mindestlohnanpassungen, welche sich auf alle Beschäftigungsverhältnisse auswirken.

Die folgenden Angaben zu Besucherzahlen, Einnahmen und Ausgaben stammen aus dem monte mare Jahresbericht 2023 (Erlösplan) für die Freizeitbad Kreuzau GmbH:

Besucherzahlen:

Die Gesamtbesucherzahlen liegen im Geschäftsjahr 2023 mit 244.560 Besuchern über dem Vorjahr mit 217.110 Gästen und über der Prognose des Wirtschaftsplanes 2023 von 229.762 Gästen.

Das bedeutet im Freizeitbadbereich ein Plus von 7,74% (173.192 statt 160.748) und im Saunabereich ein leichtes Minus von - 2,46% (43.289 statt 44.380).

Beim Schul- und Vereinssport ist ein deutliches Plus von 13,98% zu verzeichnen.

Einnahmen:

Auch im Jahr 2023 sind auf der Einnahmenseite die positiven Eintrittserlöse zu erwähnen.

Im Bereich Freizeitbad ist ein Plus von 18,49% im Vergleich zur Vorgabe des Wirtschaftsplanes zu verzeichnen.

Bei den Saunaeintritten konnte die Vorgabe des Wirtschaftsplans 2023 um 33,78% überschritten werden. Dies gelang, trotz des leichten Minus bei den Besucherzahlen durch eine Tarifoptimierung der Saunaeintrittspreise und der Saunamitgliedschaften.

Die Einnahmen aus dem Schul- und Vereinssport sind durch die gestiegenen Besucherzahlen auch mit 21,74% über der Vorgabe.

Durch die guten Besucherzahlen im Freizeitbad ist in der Schwimmbadgastronomie ein Plus der Einnahmen von 31,56 % im Gegensatz zur Vorgabe des Wirtschaftsplanes zu verzeichnen. Dies gelang auch aufgrund einer moderaten Preiserhöhung aller Speisen. Insgesamt ist aber im Laufe des Jahres aufgefallen, dass sich das Konsumverhalten der Gäste ändert, es werden in allen drei Restaurants vermehrt die günstigeren Gerichte bestellt und pro Kopf weniger verzehrt.

Die Umsatzerlöse aus der Einspeisevergütung Strom - BHKW und Photovoltaik – sind leider mit -35,84% unter der Vorgabe des Wirtschaftsplanes. Dies liegt an der veränderten Einspeisevergütung der Höhe nach- und zum anderen daran, dass wir den produzierten Strom selbst genutzt haben.

Insgesamt lagen die Gesamteinnahmen bei 2.708.239 € und damit um 11,79% über der Vorgabe des Wirtschaftsplanes mit 2.422.685 €.

Ausgaben:

Auf der Seite der Ausgaben kommen die allgemein gestiegenen Kosten negativ zum Tragen.

In fast allen Punkten wurde die Vorgabe des Wirtschaftsplanes 2023 überschritten.

Besonders der Punkt der Werterhaltung ist durch unvorhergesehene Reparaturmaßnahmen – Saunagastronomie Terrasse, 2 Heizkessel und die Warmwasseraufbereitung des Altbaus – stark negativ betroffen und liegt 98,06% über der Vorgabe.

In der heutigen Zeit der hohen Energiekosten ist es positiv zu erwähnen, dass die Energiekosten im Jahr 2023 durch einen optimalen Strom-Einkauf auf dem Spot-Markt und die strikte Umsetzung des Maßnahmenkataloges zur Ressourcenoptimierung reduziert werden konnten und unter der Vorgabe mit -12,05% liegen.

Auch die Ausgaben für Leasing/Mieten haben sich im Jahr 2023 positiv entwickelt und liegen mit - 71,69% unter der Vorgabe des Wirtschaftsplanes.

Durch die allgemein gestiegenen Kosten sind die Gesamtausgaben von 3.279.469 € damit über der Planvorgabe des Wirtschaftsplanes 2023 mit 3.062.257 €. Das bedeutet eine negative Veränderung von 7,09%.

Instandhaltung/Sanierung/Attraktivierung:

Neben den üblichen Instandhaltungsmaßnahmen des operativen Betriebes war die Hauptattraktivierung die Fertigstellung der Saunarestaurant-Terrasse und die modernisierte Ruroase mit Biergarten im Frühjahr 2023.

Im Bereich der Reparaturen, Instandhaltungen und Instandsetzungen sind 2023 hauptsächlich die dringend erforderlichen Reparaturen der Heizungsanlage (2 Heizkessel) und Warmwasseraufbereitung und Lüftungsanlage zu nennen.

Die stetig steigenden Kosten in den Bereichen Personal, Energie, Wareneinkauf und besonders Werterhaltung bei gleichzeitig immer schnellerem Instandhaltungsbedarf der alternden Anlage gilt es zu beobachten. Im Bereich der Reparaturen, Instandhaltungen und Instandsetzungen ist daher mit zunehmenden Kosten zu rechnen. Viele Gewerke haben ein kritisches Alter erreicht und sind nach heutigem Standard nicht energieeffizient.

Freizeitbäder sind aufgrund der intensiven Nutzung einem starken Verschleiß ausgesetzt. Die Spuren der Alterung treten in Erscheinung und werden auch von den Badegästen mehr und mehr wahrgenommen. Dies trifft auch auf das monte mare Kreuzau zu. Von daher sind in der Aufsichtsratssitzung vom 08.12.2023 Maßnahmen zur energetischen Verbesserung wie auch zum Erhalt und zur Attraktivierung hinsichtlich der Standortsicherung und Wettbewerbsfähigkeit beschlossen worden. Dabei sind insbesondere neue gesetzliche Rahmenbedingungen zu erfüllen sowie energetische, technische, sicherheitsrelevante und hygienische Anforderungen auf den heutigen Stand der Technik zu bringen.

Lage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse der Freizeitbad Kreuzau GmbH betrugen im Geschäftsjahr 2023 2.695 T€ und stiegen damit um 19,7% (2022: 2.252 T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen 45 T€ und erhöhten sich damit um 10 T€ zum Vorjahr.

Entsprechend zur Entwicklung des Umsatzes erhöhte sich der Materialaufwand von 659 T€ auf nunmehr 741 T€ (+12,4%).

Die Personalkosten erhöhten sich von 1.246 T€ auf 1.496 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen von 939 T€ im Vorjahr auf nunmehr 1.077 T€. Darin enthalten ist eine Erfolgsbeteiligung in Höhe von 35 T€.

Unter Berücksichtigung der Zinsen in Höhe von 165 T€ (2022: 180 T€) beträgt das Ergebnis nach Steuern -1.321 T€ (2022: -1.296 T€).

Die sonstigen Steuern des Berichtsjahres beinhalten fast ausschließlich Grundsteuerzahlungen (33 T€).

Der von der BTG zu übernehmende Verlust beträgt 1.355 T€ (2022 1.328 T€). Im Wirtschaftsplan 2023 wurde von einem durch die BTG zu übernehmenden Verlust in Höhe von 1.367 T€ ausgegangen.

Unter Berücksichtigung der Verlustübernahme durch den Gesellschafter ergibt sich ein Jahresergebnis in Höhe von 0 T€ (2022: Jahresergebnis 0 T€).

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand ist gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 9 T€ auf 130 T€ gesunken. Das buchmäßige Eigenkapital beträgt 0,00 €.

Die Gesellschaft ist von der Fortführung des mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages sowie der unterjährigen Liquiditätsbereitstellung durch die BTG abhängig.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Freizeitbad Kreuzau GmbH beträgt zum 31.12.2023 7.522 T€ und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 993 T€ vermindert.

Die Anlagenintensität (Anlagevermögen/Gesamtvermögen) beträgt 84% (2022: 81%).

Das Umlaufvermögen ist verglichen mit dem Vorjahr um 442 T€ von 1.086 T€ auf 644 T€ gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Forderungen gegen Gesellschafter zurück zu führen.

Es besteht ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 539 T€, der aus Zeiten vor Inkrafttreten des Ergebnisabführungsvertrages stammt und durch die Einzahlung in die Kapitalrücklage verkleinert wurde.

Die Veränderungen auf der Passivseite ergeben sich im Wesentlichen durch den Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 395 T€ und dem Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter um 626 T€. Die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen haben sich um 37 T€ erhöht, die sonstigen Verbindlichkeiten um 3 T€ verringert. Nach Tilgung eines Darlehens bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mehr.

Prognosebericht

Nachdem in den letzten Jahren der Großteil der umfangreichen Sanierungsmaßnahmen beendet wurde, stehen den Gästen ein in vielen Bereichen renoviertes Bad sowie ein zusätzlicher Ruheraum, ein familiengerechtes Spieleland und ein erweiterter gastronomischer Außenbereich zur Verfügung. Die Saunalandschaft bietet mit der Ende 2022 fertiggestellten Turmsauna eine zusätzliche Attraktion.

Im Wirtschaftsplan 2024 wird mit moderat steigenden Besucherzahlen gerechnet, was sich auch in den geplanten höheren Einnahmen widerspiegelt. Auf der Ausgabenseite wird u. a. aufgrund der gesetzlichen

Erhöhung des Mindestlohns von steigenden Personalkosten ausgegangen. Die Energiekosten werden mit einer Erhöhung um 61,33% aufgrund des schwierigen politischen Umfelds geplant. Der Wirtschaftsplan zeigt ein Ergebnis von -1.636 T€.

Für die nächsten Jahre muss aufgrund der technischen Alterung der Anlage mit kürzeren Intervallen notwendiger Reparaturen und Instandhaltungen gerechnet werden.

Am 08.12.2023 wurde im Aufsichtsrat ein Wärme- und Energiekonzept vorgestellt. Dort wird aufgezeigt, wie dem hohen Energiebedarf, der aus einer 20 Jahre alten technischen Gebäudeausrüstung resultiert, durch Sanierung bzw. Modernisierung entgegengewirkt werden kann. Neben dem Einsatz wesentlich effizienterer Anlagentechnik wird dabei auf die Optimierung der Energieverbräuche und die Vermeidung bzw. Reduzierung des CO₂-Ausstoßes Wert gelegt. Die Umsetzung mit einem Gesamtvolumen in Höhe von gut 4 Mio. € wurde in dieser Sitzung beschlossen.

Durch die weitreichenden und zukunftsweisenden Maßnahmen verbunden mit positiven Rahmenbedingungen wie den Bau des Tourismusprojekts Ruruferradweg und höheren Bevölkerungszahlen im Kreis Düren, insbesondere bedingt durch den Zuzug von Familien, rechnet die Freizeitbad Kreuzau GmbH mit kontinuierlich steigenden Besucherzahlen und damit verbunden einem steigenden operativen Ergebnis in den nächsten Jahren. Die zu erwartenden Energieeinsparungen werden in den nächsten Jahren zu geringeren Energiekosten führen und damit einen positiven Beitrag zur Stabilisierung der Ausgabenseite leisten.

Durch einheitliche Angebote (z. B. neue Standard-Speisekarte) innerhalb der monte mare Familie verbunden mit einem überregionalen Marketing erwartet die Gesellschaft die Attraktivität und den Bekanntheitsgrad der Anlage in Kreuzau weiterhin zu steigern.

Risiko- und Chancenbericht

Risikobericht

Zwischen der Freizeitbad Kreuzau GmbH und der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (Beginn 01.01.2003). Der Vertrag kann jeweils zum 31.12. eines Jahres gekündigt werden. Die mögliche jährliche Kündigung des Ergebnisabführungsvertrages beinhaltet das Risiko der Zahlungsunfähigkeit für die Freizeitbad Kreuzau GmbH. Für den weiteren Betrieb der Freizeitanlage in Kreuzau durch die Gesellschaft ist die Fortführung des Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft erforderlich. Von einem Fortbestehen des Ergebnisabführungsvertrages wird ausgegangen.

Die Eröffnung eines neuen Hallenbads in der Stadt Düren im Jahr 2022 hat weiterhin keine negativen Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung in Kreuzau gezeigt. Mit beiden Häusern werden verschiedene Zielgruppen angesprochen, so dass eine direkte Konkurrenzsituation bislang nicht erkennbar ist.

Die Erfahrungen während der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass Risiken aufgrund von pandemischen Ereignissen für die Freizeitbad Kreuzau GmbH bestehen. Schließungen aufgrund von Verordnungen führen zu einem kompletten Wegfall der Umsätze. Einzig die Nutzung von Kurzarbeitergeld und staatlichen

Hilfsprogrammen, soweit sie denn für öffentliche Unternehmen zugänglich sind, können dieses Risiko minimieren.

Die Sicherheit der Energieversorgung ist für das Freizeitbad von höchster Bedeutung. Die nun getroffene Entscheidung, das vorliegende Wärme- und Energiekonzept umzusetzen, verringert zwar die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, kann aber das Risiko von Einschränkungen aufgrund von Energieengpässen nicht vollständig beseitigen. Zukünftig bleibt damit auch das Risiko bestehen, dass steigende Energiekosten das Ergebnis entsprechend belasten werden.

Chancenbericht

Die besonderen Chancen des Unternehmens liegen in der Kooperation mit der Betreibergesellschaft monte-mare, die aufgrund ihrer zahlreichen Standorte auf vielfältige Erfahrung im Bereich des Badwesens zurückgreifen kann. Die Fortführung erfolgreicher Maßnahmen wie z. B. die Saunamitgliedschaften und die in den letzten Jahren erfolgreich umgesetzten Attraktivierungsmaßnahmen führen zur Hebung der Entwicklungspotenziale des Freizeitbades mit dem Ziel der langfristigen Kundenzufriedenheit und -bindung und damit verbunden der Stabilisierung der Einnahmenseite.

Auch für die Zukunft wird die Attraktivierung durch neue geeignete Maßnahmen fortgeführt werden. Bereits in der Aufsichtsratssitzung vom 27.02.2024 wurde die Instandhaltung bzw. Ersatzinvestition in eine neue attraktivere Rutschenanlage sowie der Bau eines neuen Lehrschwimmbeckens und Attraktivierungs im Außenbereich in Höhe von insgesamt 3,85 Mio. € beschlossen.

Die sich dadurch bereits abzeichnende positive Entwicklung dient dazu, die Kapazität des Freizeitbads auszulasten, die Kundenbindung zu steigern und damit zur Zukunftssicherung und Einhaltung der Ergebnisprognose der Gesellschaft entscheidend beizutragen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Deutz, Hans-Joachim		
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Abhoff, Ferdinand (Vorsitzender)	Bauftragter des Landes NRW	08.11.2024	

Balen, Yvonne	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Dick, Ralf	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Hohn, Astrid	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Nix, Christoph	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Schlepütz, Markus	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	
Schröteler, Rolf	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	
Simon, Jörg	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.11.2009	08.11.2024
von Laufenberg, Reiner	Kreistagsmitglied	03.11.2009	31.08.2023

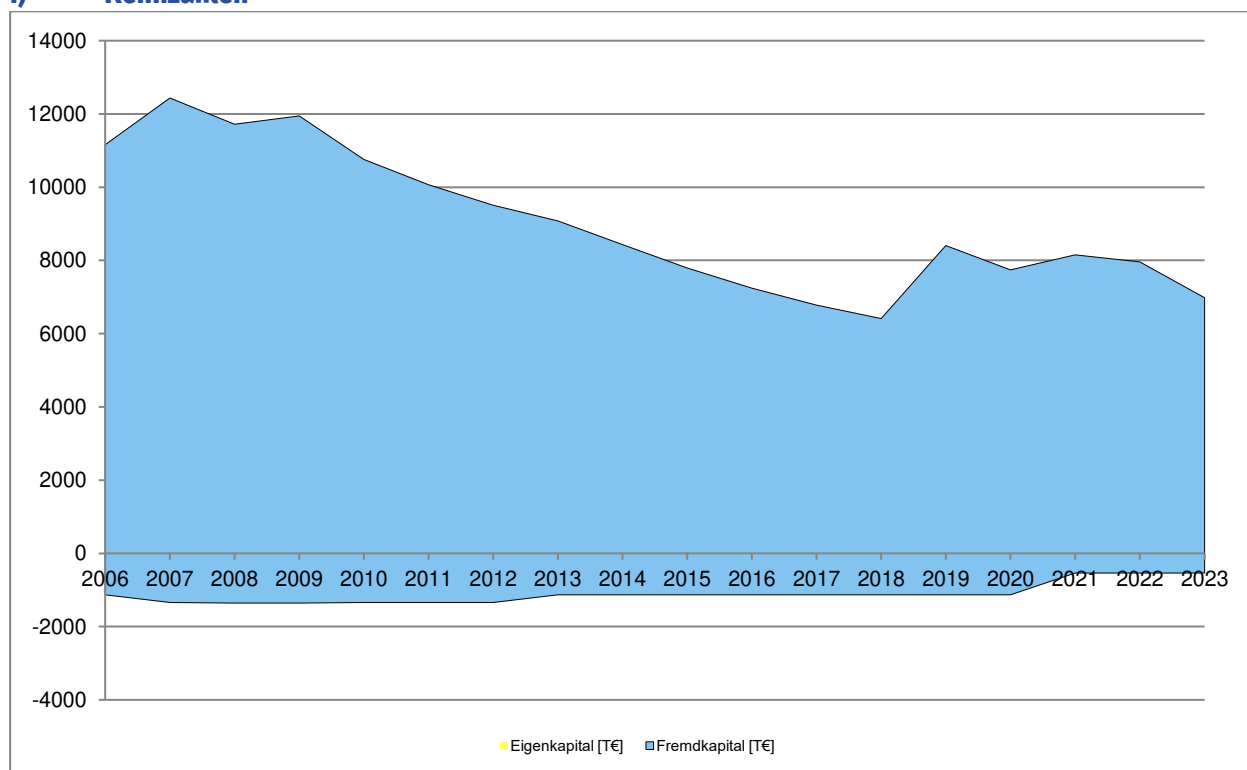
Gesellschafterversammlung:

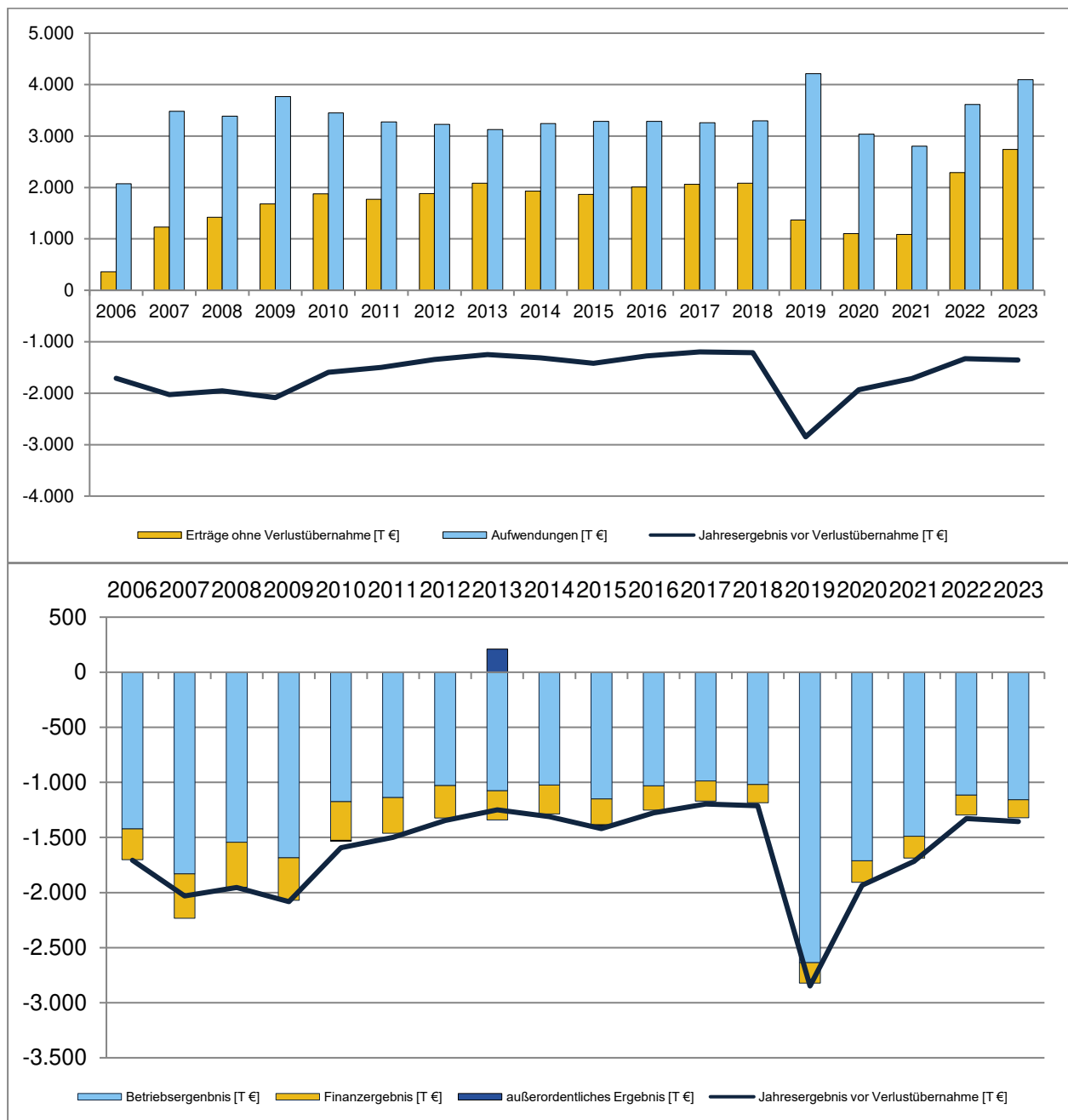
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	01.04.2003	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 63,75 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	-6,17%	-6,33%	-7,16%	-0,16%
Eigenkapitalrentabilität	JÜ ~ 0	JÜ ~ 0	JÜ ~ 0	
Anlagendeckungsgrad 2	24,40%	22,46%	22,40%	-1,94%
Verschuldungsgrad	-1612,77%	-1577,45%	-1395,95%	35,33%
Umsatzrentabilität	-141,97%	-49,54%	-42,91%	92,42%

6 Future Mobilty Park GmbH

Galileo-Allee 13
52457 Aldenhoven
Telefon: 02421 22 1061 200
E-Mail: j. hallstein@kreis-dueren.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der regionalen Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Düren und der RWTH durch Etablierung eines Campus-Areals. Das Campus-Areal soll die Grundlage für die Durchführung von Lehr-, Forschungs-, Entwicklungs- und Transfervorhaben bilden und dient somit der nachhaltigen Förderung der vom Strukturwandel besonders betroffenen Wirtschaftsregion des Rheinischen Reviers sowie der Verbesserung der dortigen Wirtschaftssituation.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Zweck soll verwirklicht werden durch:

- Konzeptionierung und Planung eines Campus-Areals
- den Erwerb, die Entwicklung, die Erschließung und die Vermarktung von Gewerbearealen, Immobilien und weitergehender Infrastruktur
- Initiierung und Koordinierung von Lehr-, Forschungs-, Entwicklungs- und Transfervorhaben.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	12,75	51
RWTH Aachen	12,25	49
Stammkapital	25,0	

Die Gesellschafter BTG und RTWH haben beschlossen, die Gesellschaft zum 31.12.2024 zu liquidieren.

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva						
A. Anlagevermögen						
I. Sachanlagen	0,00 €	10.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte	0,00 €	10.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

Bilanz	2020	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
II. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	638,95 €	2.280,15 €	79,65 €	1.201,60 €	-557,30 €	-46,38%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	192.600,59 €	133.430,03 €	128.016,68 €	108.465,58 €	-7.467,77 €	-6,88%
Summe Aktiva	193.239,54 €	155.710,18 €	128.096,33 €	109.667,18 €	-8.025,07 €	-7,32%
Passiva						
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	200.000,00 €	200.000,00 €	200.000,00 €	200.000,00 €	0,00 €	
III. Verlustvortrag	0,00 €	-37.026,14 €	-72.911,76 €	-107.113,21 €	-11.923,81 €	11,13%
III. Jahresfehlbetrag	-37.026,14 €	-35.885,62 €	-34.201,45 €	-11.923,81 €	2.534,65 €	-21,26%
B. Rückstellungen	2.500,00 €	2.800,00 €	3.090,00 €	2.100,00 €	-300,00 €	-14,29%
C. Verbindlichkeiten	2.765,68 €	821,94 €	7.119,54 €	1.604,20 €	1.664,09 €	103,73%
Summe Passiva	193.239,54 €	155.710,18 €	128.096,33 €	109.667,18 €	-8.025,07 €	-7,32%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	10.000,00 €	14.250,00 €	0,00 €	0,00 €	
2. Verminderung/Vermehrung des Be- stands in Arbeit befindlicher Aufträge	10.000,00 €	-10.000,00 €	0,00 €	0,00 €	
4. sonstige betriebliche Erträge	2.112,00 €	225,10 €	220,70 €	-150,42 €	-68,16%
5. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	26.416,05 €	7.061,00 €	5.508,00 €	-285,60 €	-5,19%
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstüt- zung	4.970,40 €	1.261,32 €	907,07 €	-67,39 €	-7,43%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	16.611,17 €	30.354,23 €	5.729,44 €	-2.332,08 €	-40,70%
Betriebsergebnis	-35.885,62 €	-34.201,45 €	-11.923,81 €	2.534,65 €	-21,26%
Finanzergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-35.885,62 €	-34.201,45 €	-11.923,81 €	2.534,65 €	-21,26%
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	-35.885,62 €	-34.201,45 €	-11.923,81 €	2.534,65 €	-21,26%

f) Lagebericht

Entsprechend § 108 Abs. 1 Satz 2 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW liegt bei der Future Mobility Park GmbH eine Ausnahmegenehmigung vor, sodass aufgrund der Ruhendstellung der Gesellschaft ab dem Jahresabschluss 2022 kein Lagebericht erstellt werden muss.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Allgemein

Geschäftsführung	Winkler, Anette (bis 31.10.2024) Hallstein, Jens (seit 01.11.2024)		
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3 Sitze	51 %
	RWTH Aachen	3 Sitze	49 %
Gesellschafterversammlung:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1 Stimme	51 %
	RWTH Aachen	1 Stimme	49 %

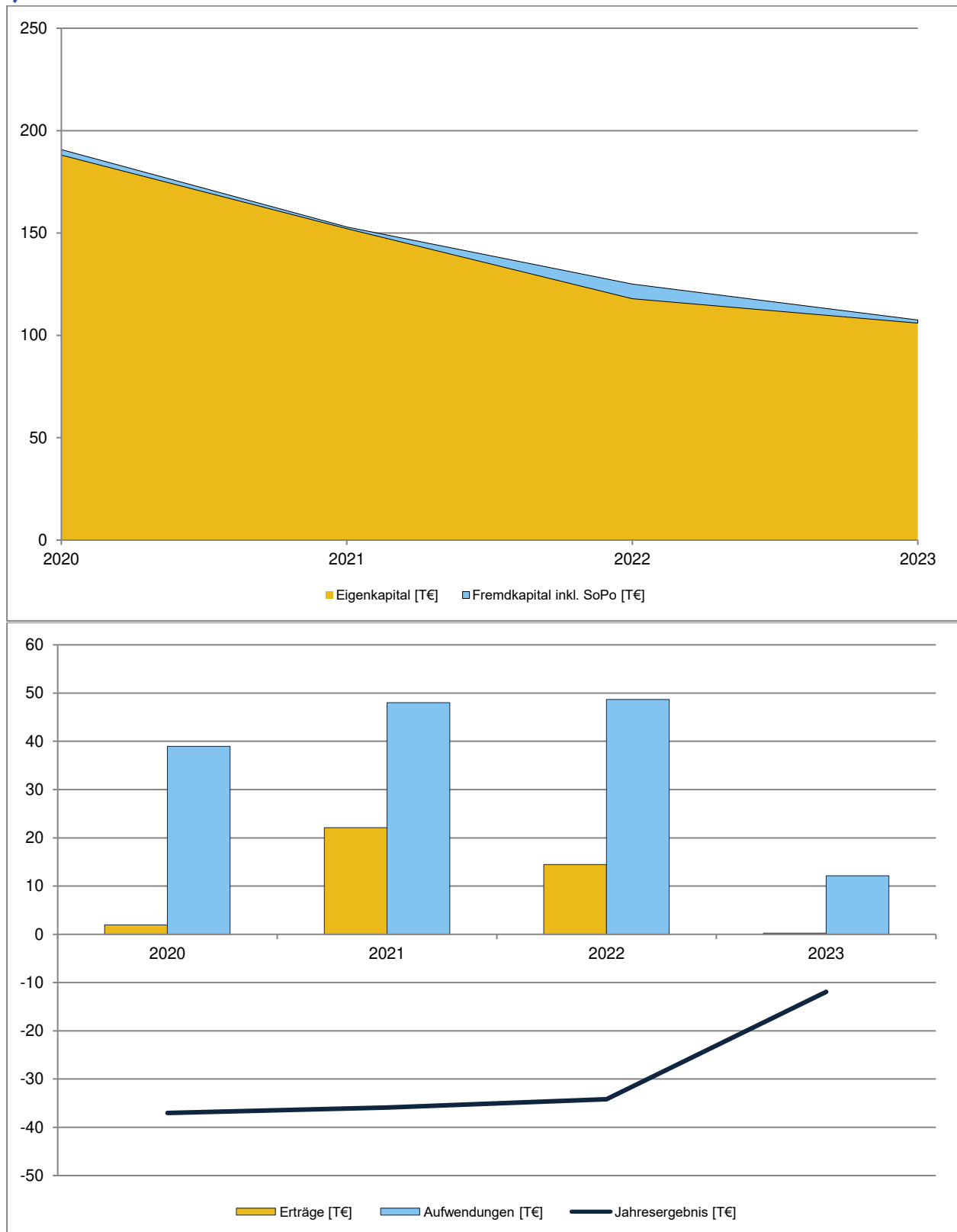
Vertreter des Kreises Düren

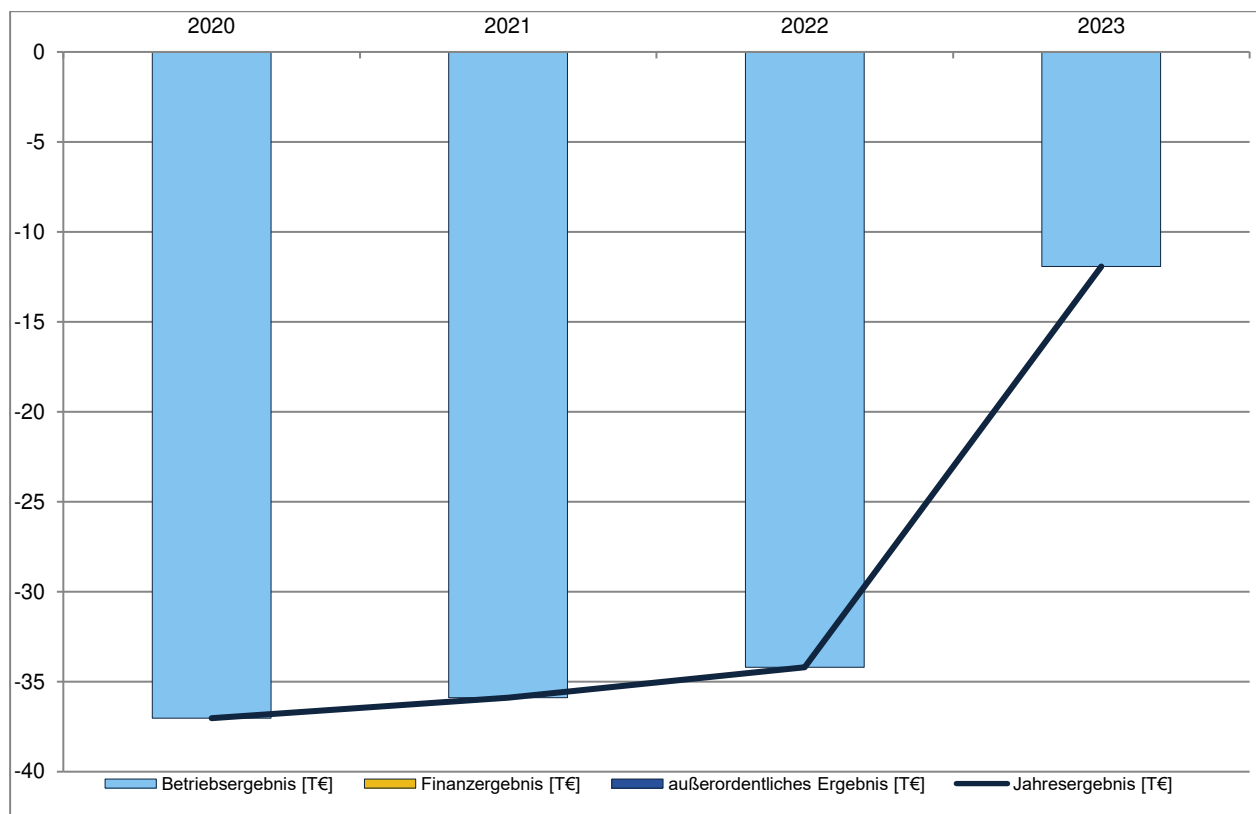
Der Aufsichtsrat wurde mit Beschluss der Gesellschafter vom 22.11.2023 aufgelöst.

h) Personalbestand

Die Future Mobility Park GmbH beschäftigt neben der Geschäftsführung keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	97,67%	92,03%	96,62%	4,59%
Eigenkapitalrentabilität	-23,60%	-29,01%	-11,25%	17,76%
Anlagendeckungsgrad 2	1520,88%	0,00%	0,00%	0,00%
Verschuldungsgrad	2,38%	8,66%	3,50%	-5,16%
Umsatzrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%

7 Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)



Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: 02421/20-1000 100
Telefax: 02421/22-2010
E-Mail: info-gis@kreis-dueren.de
Homepage: www.gis-dueren.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen im Kreis Düren.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierzu zählen sämtliche Auftragsgeberfunktionen bei Planungen und Bau sowie Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung dieses Vermögens.

Die Gesellschaft ist im Rahmen des Gesellschaftszwecks ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot strukturentwickelnd und wirtschaftsfördernd subsidiär tätig.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25,00	100
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	40.129.511,74 €	48.340.574,38 €	54.535.363,97 €	6.194.789,59 €	12,81%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.468.084,50 €	3.050.168,22 €	3.522.425,97 €	472.257,75 €	15,48%
II. Guthaben bei einem Kreditinstitut	2.181.283,24 €	2.823.782,17 €	2.643.218,54 €	-180.563,63 €	-6,39%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	64.525,09 €	59.555,81 €	55.520,12 €	-4.035,69 €	-6,78%
Summe Aktiva	45.843.404,57 €	54.274.080,58 €	60.756.528,60 €	6.482.448,02 €	11,94%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	350.000,00 €	350.000,00 €	350.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnvortrag	177.122,84 €	177.122,84 €	177.122,84 €	0,00 €	0,00%
B. Sonderposten	855.268,00 €	827.461,00 €	799.654,00 €	-27.807,00 €	-3,36%
C. Rückstellungen	627.580,13 €	755.073,54 €	663.296,71 €	-91.776,83 €	-12,15%
D. Verbindlichkeiten	21.940.755,11 €	30.904.454,35 €	37.910.606,63 €	7.006.152,28 €	22,67%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	21.867.678,49 €	21.234.968,85 €	20.830.848,42 €	-404.120,43 €	-1,90%
Summe Passiva	45.843.404,57 €	54.274.080,58 €	60.756.528,60 €	6.482.448,02 €	11,94%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	7.224.134,80 €	7.500.018,21 €	8.306.160,38 €	806.142,17 €	10,75%
2. Sonstige betriebliche Erträge	52.067,74 €	124.243,24 €	157.663,06 €	33.419,82 €	26,90%
3. Materialaufwand	3.688.016,19 €	2.915.820,16 €	3.430.328,62 €	514.508,46 €	17,65%
4. Personalaufwand	998.278,55 €	1.339.158,16 €	1.672.723,36 €	333.565,20 €	24,91%
5. Abschreibungen	1.062.590,30 €	1.250.074,77 €	1.531.155,82 €	281.081,05 €	22,49%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	265.085,58 €	403.059,46 €	305.483,71 €	-97.575,75 €	-24,21%
Betriebsergebnis	1.262.231,92 €	1.716.148,90 €	1.524.131,93 €	-192.016,97 €	-11,19%
7. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	70.422,19 €	66.493,04 €	78.221,50 €	11.728,46 €	17,64%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	723.459,54 €	846.084,27 €	1.137.193,93 €	291.109,66 €	34,41%
Finanzergebnis	-653.037,35 €	-779.591,23 €	-1.058.972,43 €	-279.381,20 €	35,84%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	609.194,57 €	936.557,67 €	465.159,50 €	-471.398,17 €	-50,33%
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00 €	15.852,97 €	1.003,27 €	-14.849,70 €	-93,67%
10. Sonstige Steuern	629,00 €	504,00 €	504,00 €	0,00 €	0,00%
11. Aufwand aus Ergebnisabführung	608.565,57 €	920.200,70 €	463.652,23 €	-456.548,47 €	-49,61%
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Gesellschaft

1.1 Geschäftsmodell der Gesellschaft

Mit notarieller Urkunde Nr. 1098 für 2007 vom 03.09.2007 des Notars Dr. Christian Kessler, Düren, wurde die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) als hundertprozentige Tochter des Kreises Düren mit einer Stammeinlage von 25 T€ gegründet.

Die Gesellschaft wurde am 07.09.2007 in das Handelsregister, Amtsgericht Düren, HRB 5191 eingetragen. Mit Vertrag vom 4. November 2009 des Notars Dr. Hagen Monath wurden die Gesellschaftsanteile zu 100 % vom Kreis Düren auf die "Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH" übertragen.

Nach einem Beschluss der Gesellschafterversammlung der Gesellschafterin Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH vom 20.07.2010 wurde eine Einlage in die Kapitalrücklage von 100 T€ beschlossen und am 29.12.2010 eingezahlt.

Im Zuge von Eigentumsänderungen bei den Immobilien in Nideggen, Im Effels, hat der Kreistag am 25.9.2018 beschlossen, dass der Gesellschafter eine weitere Kapitalrücklage in Höhe von 250 T€ leistet. Diese wurde in 2019 in Form der Einbringung einer Forderung erbracht.

Gegenstand des Unternehmens nach § 2 des Gesellschaftsvertrages ist:

- 1.) Die wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen im Kreis Düren.
- 2.) Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierzu zählen sämtliche Auftraggeberfunktionen bei Planung und Bau sowie Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung dieses Vermögens.
- 3.) Die Gesellschaft ist im Rahmen des Gesellschaftszwecks ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot strukturentwickelnd und wirtschaftsfördernd tätig.

Zum Geschäftsführer ist Herr Peter Kaptain, Kreuzau, bestellt.

1.2 Ziele und Strategien

Die GIS ist als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, deren alleiniger Gesellschafter wiederum der Kreis Düren ist, ausschließlich im kommunalen Umfeld tätig. Die Konzentration der geschäftlichen Aktivitäten auf kommunal genutztes

Infrastrukturvermögen bringt demzufolge auch Synergieeffekte durch die jeweiligen Aktivitätsschwerpunkte der öffentlichen Hand mit sich.

1.3 Steuerungssystem

Grundlage für die Steuerung des Unternehmens stellt der jährlich aufzustellende 5-jährige Wirtschafts- und Finanzplan dar.

Ab 2010 wurden das Rechnungswesen bzw. das gesamte Finanzmanagement aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages von der alleinigen Gesellschafterin übernommen. Die Gesellschaft wurde somit in das Controlling- und Überwachungssystem des Mutterunternehmens integriert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2023 war geprägt durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs, die sich in der Inflationsrate und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland niederschlugen. Die Finanzierungskosten stiegen und stabilisierten sich erst im IV. Quartal des Jahres.

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahresdurchschnitt 2023 um 5,9%¹ gegenüber 2022 erhöht. Damit ging die Jahresteu-erungsrate nur leicht gegenüber der Steigerungsrate von 2022 zurück und liegt weiter deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren.

Das BIP (preis- und kalenderbereinigt) verringerte sich im gesamten Jahr 2023 um -0,1 %². Ur-sächlich hierfür waren die hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen, hohe Finanzierungskosten und geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland³.

Die Prognosen für das Jahr 2024 gehen laut ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2024 nur von einer Steigerung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,2% im Vergleich zum Vorjahr aus⁴. Es herrscht eine hohe Unsicherheit. Verstärkt wird diese Entwicklung durch das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts aus November 2023, was dazu führt, dass Unternehmen und Haushalte mehr be- und weniger entlastet werden, und die Staatsausgaben werden gekürzt.

Die GIS konnte in 2023 anders als in den Vorjahren keine günstigen Finanzierungsbedingungen mehr nutzen und wurde zusätzlich mit preislich höheren Angeboten der verschiedenen Unter-nehmen des Baugewerbes konfrontiert. Obwohl der öffentliche Bereich Auftraggeber der Gesell-schaft ist, sind die Auswirkungen der Zins- und Preisentwicklung sowie der Fachkräftemangel auf den Geschäftsverlauf mittlerweile von Bedeutung.

¹ s. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_020_611.html

² s. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_019_811.html

³ ebenda

⁴ s. Ifo Schnelldienst digital 2/2024 vom 6. März 2024

2.2 Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Ergebnis von 464 T€ (Plan 948 T€) vor Ergebnisabführung.

Der Geschäftsverlauf für das Berichtsjahr war durch folgende Tätigkeitsschwerpunkte geprägt:

Baumaßnahmen für die RDKD sowie für die Feuerwehr (IdF NRW)

Das Bettenhaus (Boardinghouse) für Seminarteilnehmer des Instituts der Feuerwehr NRW am Standort Stockheim wurde im September in Betrieb genommen. Der Kostenrahmen ist eingehalten worden. Allerdings hat sich leider aufgrund eines handwerklichen Fehlers bei der Fertigmontage ein größerer Sanierungsaufwand als Versicherungsfall ergeben.

Neubauten Kindertagesstätten (KiTa)

Die GIS plant und entwickelt als Investor KiTas für die KiTa AöR und andere Träger. Es werden langfristige Mietverträge analog zur Finanzierung geschlossen. Dieser Aufgabenbereich ist dadurch gekennzeichnet, dass die Projekte teilweise sehr schnell aufgrund der Bedarfe angestoßen werden. In diesen Fällen müssen Zwischenlösungen mittels Containeranlagen umgesetzt werden, die den Zeitraum bis zum Bau der endgültigen Kindertagesstätte überbrücken.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde der Neubau in Inden fertiggestellt und in Betrieb genommen.

Aktuell sind weitere Projekte in enger Abstimmung mit den jeweiligen Trägern und dem Kreisjugendamt in Planung; dies gilt sowohl für Neubauten, als auch für provisorische Unterbringungen in Containern.

Schulbauprojekte

Die GIS hat vom Kreis Düren den Projektsteuerungsauftrag zum Umbau, zur Erweiterung bzw. zum Neubau aller vier Berufskollegs im Kreisgebiet erhalten.

Die Einweihung der Erweiterung im Berufskolleg kaufmännische Schulen erfolgte am 22. Februar 2024. Für den Neubau des Nelly-Pütz-Berufskollegs wurde die Planung der Leistungsphase 3 abgeschlossen. Derzeit läuft das Ausschreibungsverfahren für den Generalübernehmer, welcher die Schule mit Planungs- und Bauleistungen errichten soll. Vor den Sommerferien wird eine Vergabeentscheidung erwartet. Zur Finanzierung des Projektes hat der Kreis Düren einen Förderantrag gestellt. Die Entscheidung über die Bewilligung von Zuschüssen wird kurzfristig erwartet.

Darüber hinaus ist die GIS auch bei den übrigen Berufsbildenden Schulen des Kreises als Projektentwickler für die Erweiterungs- bzw. Umbaumaßnahmen beauftragt worden.

Sonstige Projekte

Die Schwestergesellschaft DGA mbH plant den Betrieb einer Großküche im Rahmen einer Integrationsabteilung. Im April 2021 wurde die GIS mit der Projektentwicklung und -steuerung des Neubaus beauftragt. Nach kurzzeitiger Unterbrechung konnten die Planungen hierzu an einem anderen Standort fortgesetzt werden. Die Großküche soll nun nicht mehr in der Glashüttenstraße Düren, sondern im Gewerbegebiet Vettweiß errichtet werden. Hier konnte die DGA ein Grundstück erwerben.

Für die Gemeinde Merzenich hat die Gesellschaft darüber hinaus die Projektsteuerung für den Straßenendausbau eines Wohngebietes durchgeführt.

In Jülich war die Gesellschaft von der Brainergy-Park GmbH mit der Projektsteuerung für den Rückbau der Gebäude der ehemaligen Deutschen Welle beauftragt.

Geschäftsbesorgungsverträge

Ein weiterer wesentlicher Aufgabenschwerpunkt des abgelaufenen Jahres resultierte aus den Geschäftsbesorgungsverträgen für

- die BTG,
- die Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG),
- die Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD),
- die Kindertagesbetreuung Kreismäuse AöR (KiTa AöR),
- die „F&S“ GmbH für das Polizei- und AOK-Gebäude und
- den Kreis Düren.

Es bestehen für die VVG im Bereich der ARENA Kreis Düren und die BTG konstante Auftragslagen. Die Geschäftsbesorgung für die RDKD und den Kreis Düren befinden sich in der Weiterentwicklung. Die Geschäftsbesorgung für die KiTa AöR entwickelt sich weiterhin sehr dynamisch.

2.3 Lage

2.3.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft betrugen im Geschäftsjahr 8.306 T€ (VJ 7.500 T€) und erhöhten sich damit um 806 T€. Die Umsatzerlöse setzen sich aus Dienstleistungsverträgen, Projekterträgen und sonstigen Erlösen in Höhe von 3.295 T€ (VJ 2.394 T€) sowie aus Mietverträgen in Höhe von 5.011 T€ (VJ 5.106 T€) zusammen.

Dem gegenüber steht ein Materialaufwand in Höhe von 3.430 T€ (VJ 2.916 T€). Die Steigerung beruht auf Kosten insbesondere für die Aufstellung von Containeranlagen. Sie korrespondieren mit der Steigerung in der Position sonstige Erlöse.

Im weiter gestiegenen Personalaufwand auf 1.673 T€ (VJ 1.339 T€) spiegelt sich die dynamische Entwicklung der Gesellschaft wider.

Die Abschreibungen stiegen aufgrund der zahlreichen Aktivierungen im Bereich der Geschäftsbauten um 281 T€ auf nunmehr 1.531 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich im Geschäftsjahr von 403 T€ auf 305 T€. Im Vorjahr wurde diese Position durch Einmaleffekte belastet.

Die Zinserträge veränderten sich von 66 T€ auf 72 T€. Die Zinsaufwendungen stiegen um 285 T€ auf nunmehr 1.131 T€ und spiegeln damit das hohe Zinsniveau in 2023 wider.

Im Ergebnis zeigt sich für das Geschäftsjahr 2023 ein Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 464 T€ (VJ 920 T€).

2.3.2 Finanzlage

Die liquiden Mittel der Gesellschaft haben sich auf 2.643 T€ (VJ 2.824 T€) verringert.

Strukturell werden die Auszahlungen für die Personal- und Gemeinkosten im Wesentlichen über die Einnahmen aus den Geschäftsbesorgungsverträgen refinanziert. Die Einnahmen aus den langfristigen Mietverhältnissen berücksichtigen neben der Zins- und Tilgungsleistung auch Rücklagen für die Instandhaltung der Gebäude sowie anteilig Verwaltungskosten. Darüber hinaus werden die Gebäudenebenkosten über Abschlagszahlungen von den Mietern finanziert.

Im Übrigen wird bezüglich der Kapitalstruktur, der Eigen- und Fremdkapitalquote sowie zu projektbezogenen Finanzierungen auf den Punkt 2.3.3 Vermögenslage verwiesen.

2.3.3 Vermögenslage

Zum 31.12.2023 beträgt die Bilanzsumme 60.757 T€ (VJ 54.274 T€). Die Steigerung resultiert primär aus den Investitionen ins Anlagevermögen und auf der Passivseite aus der Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen durch die Aufnahme weiterer Darlehen zur Finanzierung der Sachanlagen.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 552 T€. Der Sonderposten entwickelte sich planmäßig von 827 T€ im Vorjahr auf 800 T€. Die Rückstellungen liegen mit 663 T€ unter Vorjahresniveau (VJ 755 T€).

Die Fremdkapitalquote (Fremdkapital/Gesamtvermögen) beträgt 62,40% (VJ: 56,94%). Neben klassischen Bankdarlehen in Höhe von 31.444 T€ (VJ 26.382 T€) und einem Gesellschafterdarlehen in Höhe von 2.172 T€ (VJ 2.287 T€) wurden in der Vergangenheit Forfaitierungsgeschäfte abgeschlossen, die unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden (20.831 T€; VJ 21.235 T€). Zusätzlich wurde für eine Projektzwischenfinanzierung eine Liquiditätshilfe in Höhe von 2.000 T€ vom Gesellschafter in Anspruch genommen.

2.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das operative Geschäft der Gesellschaft besteht u. a. in der Durchführung neuer Projekte. Die diesen zu Grunde liegenden Rentabilitätsberechnungen spiegeln sich in den wesentlichen Steuerungsgrößen Umsatz und Erträge wider.

Als Steuerungselemente dienen Kennziffern zur Kapital- und Vermögensstruktur.

Berücksichtigt werden die Eigen- und Fremdkapitalquote sowie die Anlagenintensität.

Des Weiteren werden Kennzahlen wie der Anlagendeckungsgrad (Eigenkapital + langfristiges Fremdkapital/Anlagevermögen) sowie die Personalaufwandsquote und Umsatzrendite als Steuerungsgrößen herangezogen.

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren von besonderer Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Gesellschaftszweck nachhaltig erfüllt und erreicht werden kann.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2024 geht die Wirtschaftsplanung des Unternehmens von einem Ergebnis von 439 T€ aus. Aufgrund der sich stetig ändernden Auftragslage und Projektzeitabläufen ist eine Anpassung der Planung im laufenden Jahr möglich.

Die Auftragslage der Gesellschaft für die kommenden Jahre ist positiv zu bewerten: Insbesondere ist hier die Projektentwicklung und der Bau neuer Kindertagesstätten für die KiTa AöR zu erwähnen.

Mit der Beauftragung der größeren Schulprojekte an den BKs durch den Kreis Düren und die DGA mbH wird es zu einer Ausweitung des Geschäftsumfangs kommen, die sowohl eine organisatorische Anpassung der Betriebsabläufe als auch die personelle Aufstockung der GIS erfordern.

3.2 Risikobericht

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Da die Gesellschaft vorwiegend über Kunden aus dem öffentlichen Bereich verfügt, sind Forderungsausfälle nicht zu erwarten. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend aus der laufenden Liquidität.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird regelmäßig ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -einkünfte vermittelt. Darüber hinaus stimmte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 16.06.2014 der Einrichtung gegenseitiger Kontokorrentkreditlinien zwischen dem Mutterunternehmen Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) und dem Tochterunternehmen GIS zur Optimierung des Finanzmittelbedarfs zu.

Die Gesellschaft ist als Tochterunternehmen der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH in das Controlling- und Überwachungssystem des Mutterunternehmens integriert. Durch den in 2017 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wurde das Verlustrisiko eliminiert.

3.3 Chancenbericht

Die besonderen Chancen des Unternehmens liegen in der Verbindung zu den Kommunen und kommunalen Gesellschaften, wodurch sich positive Synergieeffekte ergeben. Für den positiven Fortbestand der GIS sind die im Bericht aufgezeigten neuen Aufträge von wesentlicher Bedeutung.

Hinsichtlich der Solvenz der Mieter sind keine Risiken zu erwarten, da als Auftraggeber Kommunen oder kommunale Gesellschaften auftreten.

Aus den Geschäftsbesorgungsverträgen ergeben sich positive Rahmenbedingungen für das Unternehmen, die zu einer Stabilisierung auf der Einnahmenseite beitragen.

Die sich abzeichnenden neuen Projekte werden die Kapazität der GIS bei einem mittelfristigen Planungszeitraum auslasten und damit zur Zukunftssicherung und Einhaltung der Ergebnisprognose der Gesellschaft entscheidend beitragen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Allgemeiner Vertreter des Landrats
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Abhoff, Ferdinand (Vorsitzender)	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	

Dichant, Maximilian	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Dick, Ralf	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Esser, Klaus	Kreistagsmitglied	31.03.2022	01.01.2024
Frings, Thomas	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Graßmann, Rainer	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Kochs, Wolfgang	Kreistagsmitglied	26.11.2020	30.03.2022
Körffer, Michaela	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Maris, Achim	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Schiffer, Norbert	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	21.08.2007	08.11.2024
Zentis, Gudrun	Kreistagsmitglied	26.11.2020	

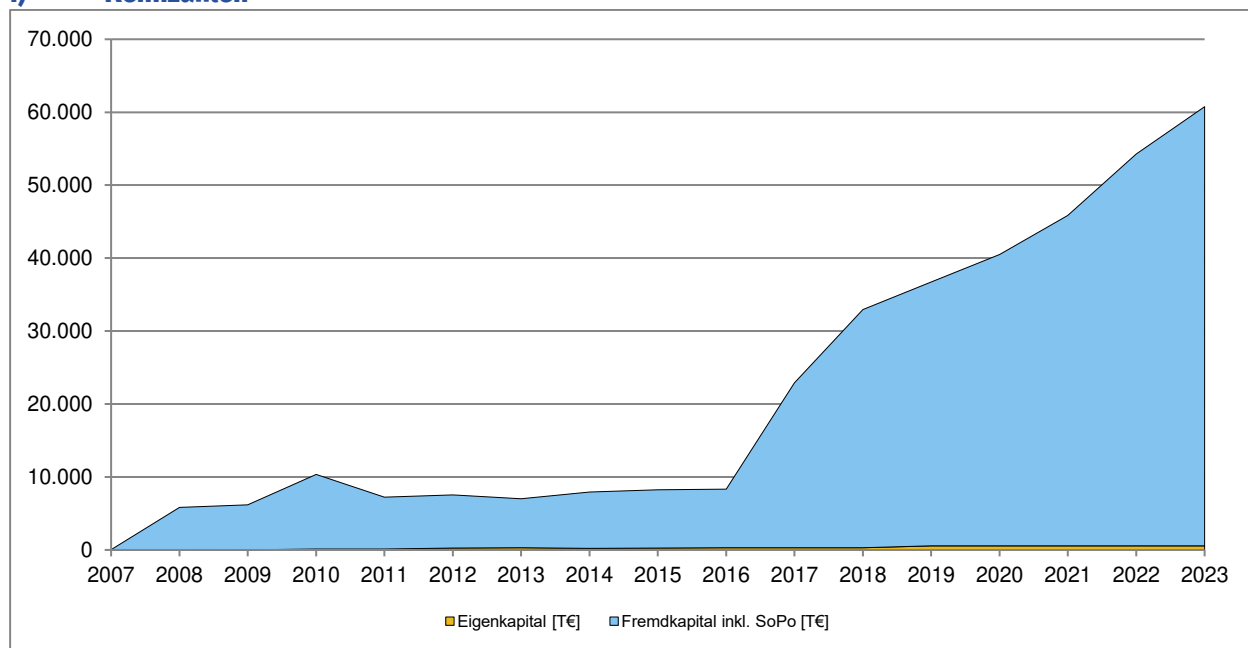
Geschäftsführung:

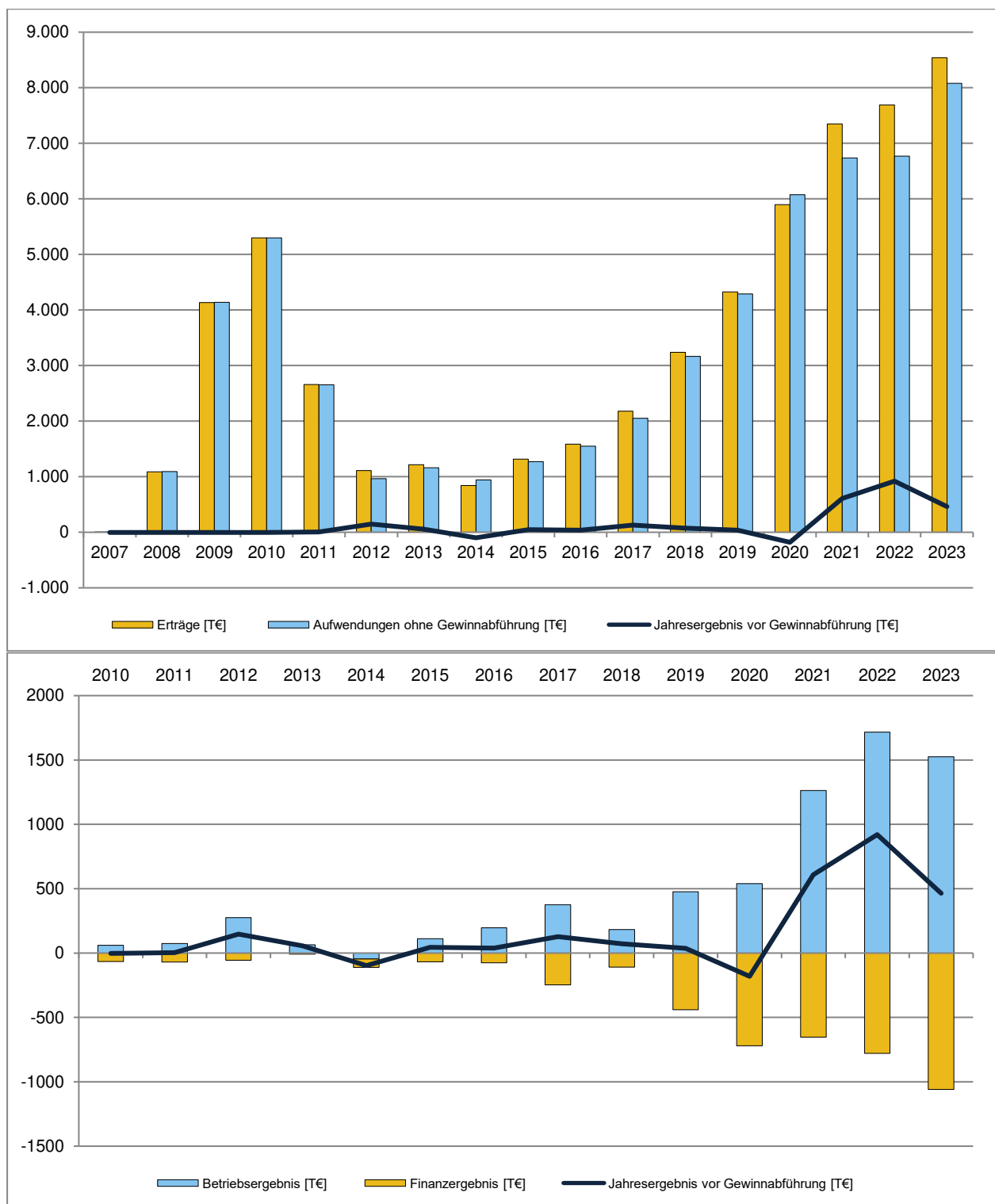
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Kaptain, Peter	Allg. Vertreter des Landrats	21.12.2007	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 86 Beschäftigte für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	1,20%	1,02%	0,91%	-0,11%
Eigenkapitalrentabilität	110,22%	166,67%	83,98%	-82,69%
Anlagendeckungsgrad 2	50,76%	57,03%	59,79%	2,77%
Verschuldungsgrad	4087,56%	5734,15%	6986,47%	1252,33%
Umsatzrentabilität	17,47%	22,88%	18,35%	-4,53%

8 GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH



Gesellschaft für regionale und
erneuerbare Energie mbH

Willy-Brandt-Platz 2
52222 Stolberg
Telefon: 02402/101-1500
Telefax: 02402/101-52 1500
E-Mail: daniel.schürmann@ewv.de
Homepage: <https://www.ewv.de/privatkunden/unternehmen/nachhaltigkeit/erneuerbare-energien>

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Förderung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafterinnen der Gesellschaft.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	18,750	3,00
EWV	244,750	39,16
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	93,750	15,00
Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH	93,750	15,00
Rheinland-Westfalen Energiepartner GmbH	62,50	10,00
RURENERGIE GmbH	31,250	5,00
Stadt Linnich	18,750	3,00
Gemeinde Roetgen	18,750	3,00
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	18,750	3,00
Stadt Stolberg	18,750	3,00
Gemeinde Titz	0,750	0,12
Gemeinde Langerwehe	0,750	0,12
Gemeinde Selfkant	0,750	0,12
Kreis Heinsberg	0,750	0,12
Gemeinde Aldenhoven	0,750	0,12
Gemeinde Inden	0,750	0,12
Gemeinde Niederzier	0,750	0,12
Stammkapital	625,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	715.081,77 €	688.220,94 €	564.638,48 €	-123.582,46 €	-17,96%
II. Finanzanlagen	420.408,16 €	404.081,63 €	318.367,35 €	-85.714,28 €	-21,21%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	7.546,76 €	28.799,66 €	31.414,93 €	2.615,27 €	9,08%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	101.652,49 €	142.520,70 €	209.661,96 €	67.141,26 €	47,11%
Summe Aktiva	1.244.689,18 €	1.263.622,93 €	1.124.082,72 €	-139.540,21 €	-11,04%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	625.000,00 €	625.000,00 €	625.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Ergebnisvortrag	136.985,70 €	147.645,11 €	171.739,04 €	24.093,93 €	16,32%
III. Jahresergebnis	10.659,41 €	24.093,93 €	14.011,65 €	-10.082,28 €	-41,85%
B. Rückstellungen	20.035,55 €	17.357,55 €	31.527,55 €	14.170,00 €	81,64%
C. Verbindlichkeiten	452.008,52 €	449.526,34 €	371.804,48 €	-77.721,86 €	-17,29%
Summe Passiva	1.244.689,18 €	1.263.622,93 €	1.214.082,72 €	-49.540,21 €	-3,92%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	152.737,97 €	172.091,31 €	160.883,97 €	-11.207,34 €	-6,51%
2. sonstige betriebliche Erträge	0,06 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. Materialaufwand	11.605,15 €	21.642,39 €	13.910,02 €	-7.732,37 €	-35,73%
4. Personalaufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
5. Abschreibungen	59.474,36 €	59.610,83 €	61.817,75 €	2.206,92 €	3,70%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	43.962,10 €	46.510,13 €	45.394,08 €	-1.116,05 €	-2,40%
Betriebsergebnis	37.696,42 €	44.327,96 €	39.762,12 €	-4.565,84 €	-10,30%
7. Erträge aus Beteiligungen	14.693,88 €	27.346,94 €	35.102,04 €	7.755,10 €	28,36%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	537,16 €	537,16 €	
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	12.871,45 €	11.665,42 €	11.930,01 €	264,59 €	2,27%
Finanzergebnis	1.822,43 €	15.681,52 €	23.709,19 €	8.027,67 €	51,19%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	39.518,85 €	60.009,48 €	63.471,31 €	3.461,83 €	5,77%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	28.859,44 €	35.915,55 €	49.459,66 €	13.544,11 €	37,71%
Jahresergebnis	10.659,41 €	24.093,93 €	14.011,65 €	-10.082,28 €	-41,85%

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Die GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH (GREEN) wurde am 18. Juli 2011 in den Räumlichkeiten der EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWW), Willy-Brandt-Platz 2 in Stolberg, gegründet. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 24. August 2011. Die Unternehmensgründung erfolgte in Form einer Bargründung mit einem Stammkapital in Höhe von 25.000 Euro.

In der ersten ordentlichen Gesellschafterversammlung am 21. November 2011 wurde die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung verabschiedet und der Prüfungsausschuss der Gesellschafterversammlung benannt. Für den operativen Bereich wurde am 15. August 2011 mit der EWW ein Betriebsführungsvertrag abgeschlossen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Förderung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafter der Gesellschaft.

1.2 Ziele und Strategien

Die GREEN strebt mit den Gesellschaftern und Fachpartnern die Schaffung eines regionalen Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien an, in dem kommunale und regionale Interessen, innovative Ideen, interdisziplinäre Kräfte und fachliches Know-how gebündelt werden. Sie verschafft den Kommunen somit ein Instrument, interessante Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien zu identifizieren, diese zu planen und in ein regionales Energiekonzept strategisch einzubinden, um es anschließend mit regional ansässigen Unternehmen umzusetzen. Schwerpunktmäßig werden die Geschäftsfelder Wind und Photovoltaik bearbeitet.

Weitere Geschäftsfelder der GREEN könnten aus dem Immobilien- und Grundbesitz der Kommunen und deren Vermarktungspotenzial entstehen. So können erneuerbare Energien zur Wärmeversorgung oder zur Stromerzeugung in kommunalen Liegenschaften eingesetzt werden. Dach- und sonstige Flächen der Kommunen kann die Gesellschaft erwerben oder pachten und somit z. B. das Entstehen von Bürgerenergieanlagen unterstützen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2023 ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Energiewende und Klimaneutralität. Es hat zum Ziel, den Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland weiter zu fördern und die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen.

Die wesentlichen übergeordneten Änderungen der Novellierung zum vorherigen EEG liegen vor allem im Bereich der Ausschreibungen. So wird zum Beispiel die Ausschreibungsmenge für Windenergie an Land und Photovoltaik erhöht.

Ein weiterer wichtiger Punkt des EEG 2023 ist die Zielsetzung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045. Hierfür wird ein ambitionierter Zeitplan aufgestellt, der die schrittweise Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Strommix vorsieht. Bis 2030 soll der Anteil auf mindestens 65 Prozent und bis 2040 auf mindestens 80 Prozent erhöht werden.

Insgesamt stellt das EEG 2023 eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft der Energiewende in Deutschland dar. Es trägt dazu bei, die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen und die Wirtschaftlichkeit erneuerbarer Energien weiter zu verbessern.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2023 betrug 51,8 %.

2.2 Geschäftsverlauf

Operative Tätigkeit und Projektentwicklung

Die GREEN wurde durch Mitarbeiter der EWV im Bereich kaufmännische und technische Betriebsführung unterstützt.

Die Windvorhaben „3 Kaiser Eichen“ und „Laufenburger Wald“ wurden im vergangenen Jahr weiterbearbeitet. Für das Vorhaben „Laufenburger Wald“ haben sich die Stadt Stolberg, die GREEN und der Kooperationspartner WSW auf ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen zur Erreichung der Bauleitplanung verständigt.

Der erhoffte und angekündigte Abbau von regulatorischen Hemmnissen zeigt bislang auf operativer Ebene keine spürbare Wirkung innerhalb der Vorhaben im Bereich Windenergie.

In 2023 wurden für das PV-Freiflächen-Vorhaben „Zweifall Sportplatz“, die Bauleitplanung durch die EWV vorangetrieben. In 2023 wurden Gutachten erstellt sowie die Stellungnahmen bearbeitet, die sich aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Träger öffentlicher Belange ergeben haben. Aktuell ist geplant, das von der EWV entwickelte Projektrecht nach positivem Abschluss der Bauleitplanung an die GREEN in 2024 zu veräußern, sodass die GREEN als Vorhabenträger den Bauantrag stellen kann. Möglicher Baubeginn für das Vorhaben wäre nach aktuellem Stand im ersten Halbjahr 2025.

Aufgrund der aktuellen Umfeld-Entwicklungen rechnet die GREEN weiterhin damit, zukünftig Photovoltaik-Freiflächenprojekte außerhalb des EEG gewinnbringend betreiben zu können. Dies erfolgt, indem der Strom unmittelbar an Stromabnehmer veräußert wird (PPA). Hierbei kann als Stromabnehmer auch ein EVU verstanden werden. Das Vorhaben Zweifall Sportplatz ist derzeit als PPA-Anlage konzipiert.

Durch die teilweise Privilegierung von Freiflächen-PV im Außenbereich nach BauGB wurde bereits ein wesentlicher Schritt getan, um Bürokratie zu reduzieren und Genehmigungsverfahren zu

beschleunigen. Ebenso begrüßt die GREEN die Maßnahmen des beschlossenen 1. Solarpakets, indem u.a. die vorbelasteten Flächen in besonderem Maße erschlossen werden sollen. Erkennbar leitet sich der politische Wille ab, die Akzeptanz der Energiewende zu steigern, indem verkehrlich genutzte Infrastrukturachsen sowie vorbelastete Flächen dem meist agrarwirtschaftlich genutztem Freiraum vorzuziehen sind.

Kleinere und mittlere Projekte, z. B. im Bereich PV, können auch weiterhin unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit direkt durch GREEN projektiert werden. Hier wurden im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2023 einige kommunale Liegenschaften bewertet und Anlagen angeboten. Zudem wurde in 2023 eine PV-Anlage auf der Grundschule Baesweiler Beggendorf mit einer installierten Leistung von rd. 19 kWp von der EWW übernommen. Die Anlage ist von der Stadt Baesweiler zur Eigenstromversorgung der Schule gepachtet.

Die durch die sieben PV-Anlagen eingespeisten kWh-Mengen betragen im Geschäftsjahr:

Straße	Einspeisesatz in Euro	Eingespeiste Menge in kWh		Veränderung	
		2023	2022	Absolute	Relative
Bendenweg 19	0,23830	57.379	65.905	-8.526	-12,9%
Bendenweg 21	0,23830	67.779	79.297	-11.518	-14,5%
Bendenweg 23	0,23213	102.443	115.986	-13.543	-11,7%
Ritzefeldstr. 19	0,23830	52.604	60.750	-8.146	-13,4%
Dennewartstr. 25	0,27310	198.479	213.218	-14.739	-6,9%
Bahnhofstr. 8	0,28740	26.532	26.532	0	0,0%
Bardenberger Str. 1	0,28035	82.468	83.822	-1.354	-1,6%
		587.684	645.510	-57.826	-9,0%

Jahresergebnis

Für das Geschäftsjahr 2023 ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 14. Damit konnte das im Herbst 2022 von der Gesellschafterversammlung verabschiedete Budget 2023 (T€ 33) nicht eingehalten werden, was ursächlich auf Steuerzahlungen für die zwar handelsrechtlich erfolgsneutrale – steuerrechtlich jedoch voll steuerpflichtige – Eigenkapitalrückführung der WEB-Beteiligung zurückzuführen ist.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2023 wurde eine neue PV-Anlage von der EWW gekauft, welche an die Stadt Baesweiler verpachtet wird.

Finanzierung

Dem im Anlagevermögen ausgewiesenen Buchwert der fünf fremdkapitalfinanzierten PV-Anlagen i. H. v. T€ 425 stehen langfristige Bankdarlehen i. H. v. T€ 367 gegenüber. Die planmäßigen Tilgungen wurden fristgerecht erbracht. Den eigenkapitalfinanzierten PV- Anlagen steht ein Buchwert i. H. v. T€ 230 gegenüber.

Die EWW hat in 2015 ein Gesellschafterdarlehen i. H. v. T€ 80 gewährt, das im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen wurde. Diese Linie hat weiterhin Bestand und kann von der Gesellschaft jederzeit abgerufen werden.

Die Wahrung des finanziellen Gleichgewichts war im Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

Personalbereich

Die GREEN beschäftigt keine Mitarbeiter mehr. Betriebsführungsvereinbarungen mit EWW sichern den Geschäftsbetrieb der GREEN.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme zeigt sich um T€ 50 verringert und beträgt zum Bilanzstichtag T€ 1.214.

Die Verringerung des Anlagevermögens um T€ 119 ergibt sich aus den Abschreibungen in Höhe von 62 TEUR, dem Anlagenzugang der neuen PV-Anlage in Höhe von T€ 28 im Sachanlagevermögen und durch die Eigenkapitalrückführung der WEB Beteiligung in Höhe von 86 TEUR im Finanzanlagevermögen. Das Eigenkapital zeigt sich ausschließlich durch das positive Jahresergebnis (T€ 14) erhöht. Die Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen durch die Tilgung der Darlehen (T€ 35) und dem Kauf der PV-Anlage (T€ 28) beeinflusst.

Es zeigt sich eine Anlagenintensität von 80,14 %.

2.4 Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in T€	<u>2023</u>	<u>2022</u>
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	9	92
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	94	-16
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-36	-35
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	67	41
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	143	102
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	210	143

Der Bestand an liquiden Mitteln beträgt T€ 210.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit ist durch die Einlagenrückgewähr (T€ 86) und den Beteiligungsertrag der Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH (T€ 35) sowie durch den Kauf der neuen PV-Anlage (T€ 28) geprägt. Das finanzielle Gleichgewicht war durch die vorhandene Liquidität, einem Bankdarlehen und einer bestehenden Kreditlinie des Gesellschafters EWV gewahrt.

2.5 Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich wie folgt dar:

	2023		2022		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Umsatzerlöse	160.883,97	109,5%	172.091,31	114,4%	-11.207,34	-7,0%
Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,0%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Materialaufwand	-13.910,02	-9,5%	-21.642,39	-14,4%	7.732,37	-55,6%
Rohergebnis	146.973,95	100,0%	150.448,92	100,0%	-3.474,97	-2,4%
Abschreibungen	-61.817,75	-42,1%	-59.610,83	-39,6%	-2.206,92	3,6%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-45.394,08	-30,9%	-46.510,13	-30,9%	1.116,05	-2,5%
Betriebsergebnis	39.762,12	27,1%	44.327,96	29,5%	-4.565,84	-11,5%
Finanzergebnis	23.709,19	16,1%	15.681,52	10,4%	8.027,67	33,9%
Steuerergebnis	-49.459,66	-33,7%	-35.915,55	-23,9%	-13.544,11	27,4%
Jahresüberschuss	14.011,65	9,5%	24.093,93	16,0%	-10.082,28	-72,0%

Die sieben Photovoltaikanlagen der GREEN erzielten im Geschäftsjahr Erlöse in Höhe von T€ 150 (Vorjahr: T€ 164). Die eingespeiste MWh-Menge beträgt im aktuellen Geschäftsjahr 588 MWh (Vorjahr 646 MWh).

Die übrigen Umsatzerlöse resultieren aus einem Pachtentgelt i. H. v. T€ 11 von der verpachteten PV-Anlage auf dem Gebäude der Firma Home Care, der verpachteten PV-Anlage Oidtweiler Straße sowie der neu verpachteten Anlage Beggendorf.

Das Rohergebnis verringert sich um T€ 3 bzw. 2,3 % im Vergleich zum Vorjahr.

Im Aufwand befinden sich der Materialaufwand T€ 14 (Vorjahr T€ 22), die Abschreibungen der Photovoltaikanlagen T€ 62 (Vorjahr T€ 60) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 45 (Vorjahr T€ 47). Da im Jahr 2023 keine Mitarbeiter mehr beschäftigt wurden, fielen keine Personalaufwendungen an.

Im Finanzergebnis zeigt sich die Gewinnausschüttung aus der Beteiligung an der WEB. Im Aufwand sind die Zinsen für das Finanzierungsdarlehen der Kreissparkasse Heinsberg und der Sparkasse Aachen für die PV-Anlagen in Höhe von T€ 12 (Vorjahr T€ 12) ausgewiesen.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem positiven Jahresergebnis i. H. v. T€ 14 ab.

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht verändert.

Die Geschäftsführung der GREEN bewertet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als stabil.

2.6 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Der Geschäftszweck der GREEN GmbH sind Investitionen in Projekte zur Erzeugung von erneuerbaren Energien, hieraus ergeben sich positive Umweltauswirkungen durch die regionale Kompensation von CO₂ Emissionen.

Der von Anlagen der GREEN erzeugte Strom versorgt regionale Verteilnetze, d.h. jede eigen erzeugte kWh der GREEN verdrängt nicht nur fossile Energieträger, sondern ebenso global gehandelte und schwer zu kontrollierenden CO₂-Zertifikaten. Die nachweisliche regionale Erzeugung von umweltfreundlichem Strom kann erheblich zum Gelingen und zur Akzeptanz der Energiewende lokal beitragen.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Chancen und Risiken

Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer Betriebsführerin, der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Auf bestehende Risiken wird im Folgenden näher eingegangen.

Betriebsrisiken

Generell schützt die GREEN sich gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung von der EWV abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der GREEN und Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht. Ebenso erfolgt im Rahmen der Betriebsführung durch die EWV eine permanente Liquiditätsüberwachung.

Gesamtrisiko

Insgesamt erfasst das Risikoportfolio den Ausfall der sieben PV-Anlagen aufgrund eines technischen Defekts. Die Schadensklasse hierfür wird als gering eingestuft; die Eintrittswahrscheinlichkeit wird als gering angesehen.

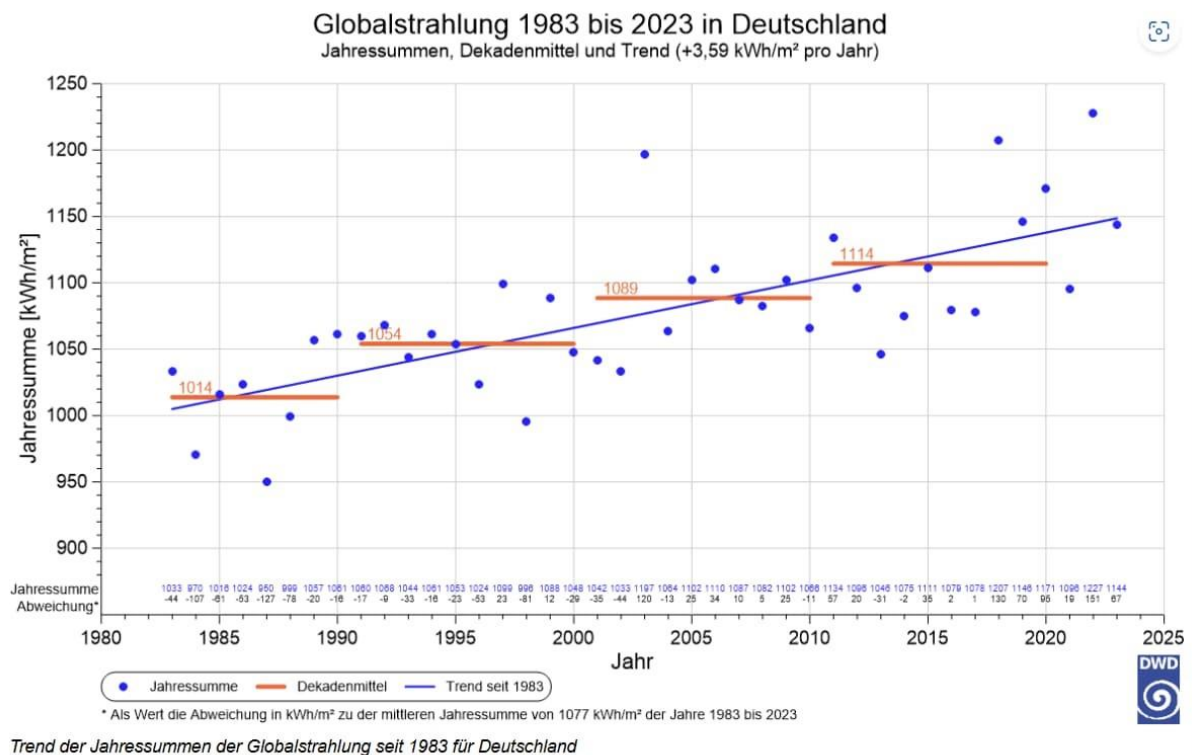
Die Haftung der Gesellschafter ist zudem entsprechend der Rechtsform der GmbH begrenzt. Eine vertraglich vereinbarte Nachschusspflicht für die Gesellschafter besteht nicht.

Stromproduktion

Die Stromproduktion einer Photovoltaikanlage hängt neben dem technischen Zustand der Anlage, die der Betreiber beeinflussen kann, sowie von der individuellen Verschattungssituation vor Ort, maßgeblich von der Globalstrahlung am Anlagenstandort und der Ausrichtung der Anlage ab.

In nachfolgender Abbildung des Deutschen Wetterdienstes ist die Globalstrahlung für Deutschland für den Zeitraum 1983 bis 2023 dargestellt. Aus den Daten ist abzuleiten, dass seit 1983 ein steigender Trend für die Globalstrahlung von rd. 3,59 kWh/m² zu verzeichnen ist.

Als Trenderklärung werden wissenschaftlich mehrere Faktoren herangezogen. Einflussgrößen, wie eine sich verändernde Bewölkung, Verbesserung der Luftqualität sowie klimatische Faktoren werden als Einflussgrößen diskutiert.



Quelle: Deutscher Wetterdienst

3.2 Prognosebericht

Projekte

Wind

Weitere Windprojekte in der Städteregion sind möglich, diese hängen sowohl von den jeweiligen Kommunen als auch von den politischen Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene ab. Die aktuellen Ausschreibungsergebnisse größerer Windparkprojekte lassen erkennen, dass dieses Segment weiterhin preislich von den Anbietern/Projektierern gesteuert wird. Die Kaufpreise schlüsselfertiger Anlagen sind so hoch, dass das Rendite-/ Risikoverhältnis für GREEN nicht mehr ausgewogen ist. Gleichwohl beobachtet die Gesellschaft ständig die Marktentwicklung.

PV

Die GREEN schätzt den Bau von Freiflächenphotovoltaikanlagen oberhalb von 1.000 kWp als wirtschaftlich interessante Möglichkeit ein. Es werden derzeit mehrere potenzielle Standorte konkret entwickelt. Für die Standorte sind nach der Planung und Sicherung noch die genehmigungsrelevanten Verfahren zu durchlaufen, sodass in 2025 mit Baumaßnahmen gerechnet werden kann. Positiv sieht die GREEN die

Bestrebungen der Politik, die Flächenkulisse zu erweitern und die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, u.a. durch das 1. Solarpaket. Vorab zu treffenden Investitionsentscheidungen werden im Rahmen von Beschlüssen rechtzeitig angezeigt.

Die Teilnahme an EEG-Ausschreibungen zur Errichtung größerer Anlagen schließt die GREEN in NRW unter Wirtschaftlichkeits- und Risikogesichtspunkten nicht mehr aus. Jedoch bestehen die Standortbenachteiligungen für große Freiflächenanlagen in NRW weiterhin, sodass sich die wirtschaftliche Ausgangssituation derzeit für an der Ausschreibung teilnehmende Anlagen in NRW nicht grundlegend verändert hat.

Bedingt durch eine veränderte Förderkulisse verschieben sich aktuell die Geschäftsmodelle für PV-Dachanlagen. Das für lange Zeit unwirtschaftliche Modell der volleinspeisenden PV-Dachanlagen wird durch die Erhöhung der Vergütungssätze für volleinspeisende Anlage wieder wahrscheinlicher. Andererseits erschweren Fördermittel zum Ausbau der Dach Photovoltaik auf kommunalen Dächern die Umsetzungswahrscheinlichkeit neuer kommunaler Projekte für die GREEN, da Kommunen nur Zugriff auf die Fördermittel erhalten, insofern sie selber als Investor auftreten.

Die Gesellschaft verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Hinblick auf zukünftiges Geschäftspotenzial genau.

Ferner prüft die Gesellschaft mögliche Optionen bei Beteiligungen an Freiflächenphotovoltaikanlagen, sowohl im regionalen und überregionalen Umfeld als auch deutschlandweit. Sobald hinreichende Konkretisierungen vorliegen, wird die Geschäftsführung der Gesellschafterversammlung ihre Vorschläge vorstellen.

Ergebnisentwicklung

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 zeigt ein im Vergleich zum Geschäftsjahr 2023 deutlich erhöhtes Ergebnis i. H. v. T€ 125. Die Steigung resultiert im Wesentlichen aus dem erwarteten Beteiligungsertrag der WEB.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:

Hesse, Christoph Wolfgang
(vom 01.09.2021 bis 31.01.2023)
Schürmann, Daniel
(seit 01.02.2023)

Leverkusen

Gesellschafterversammlung:

1 Stimme

je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

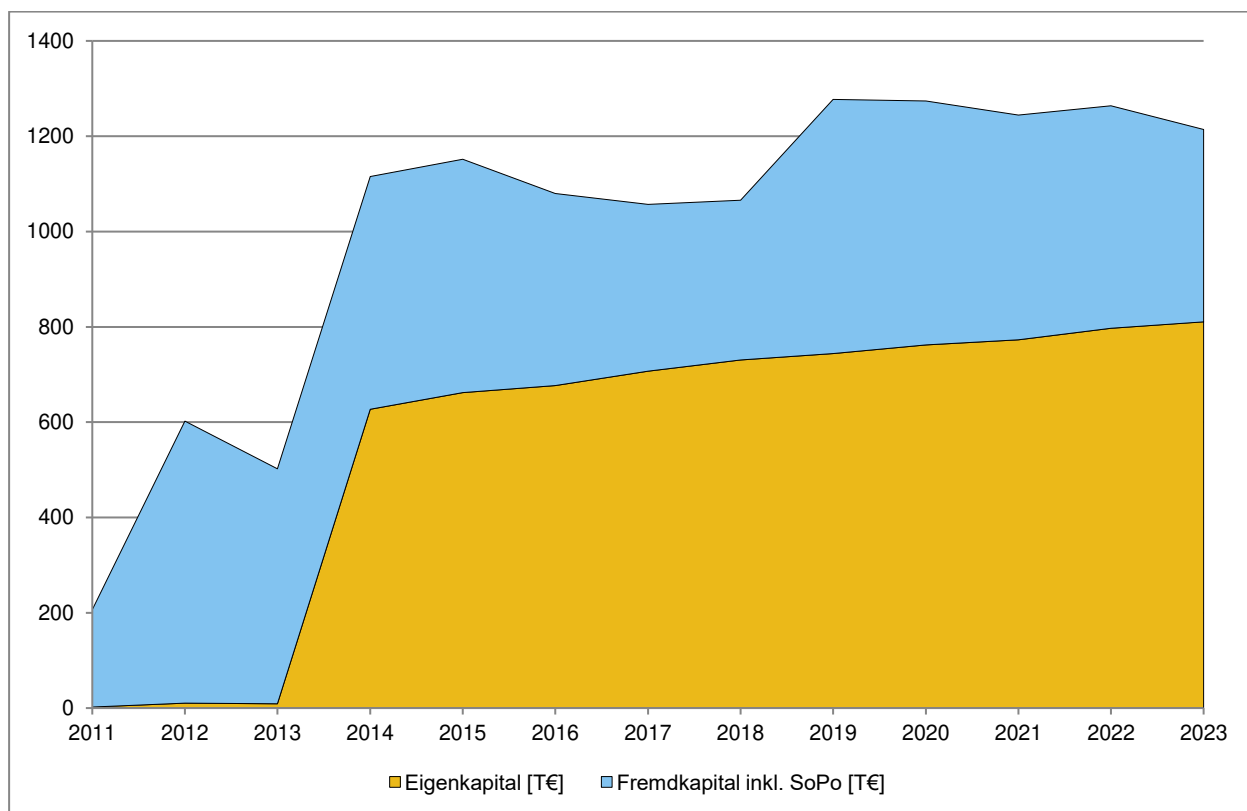
Gesellschafterversammlung:

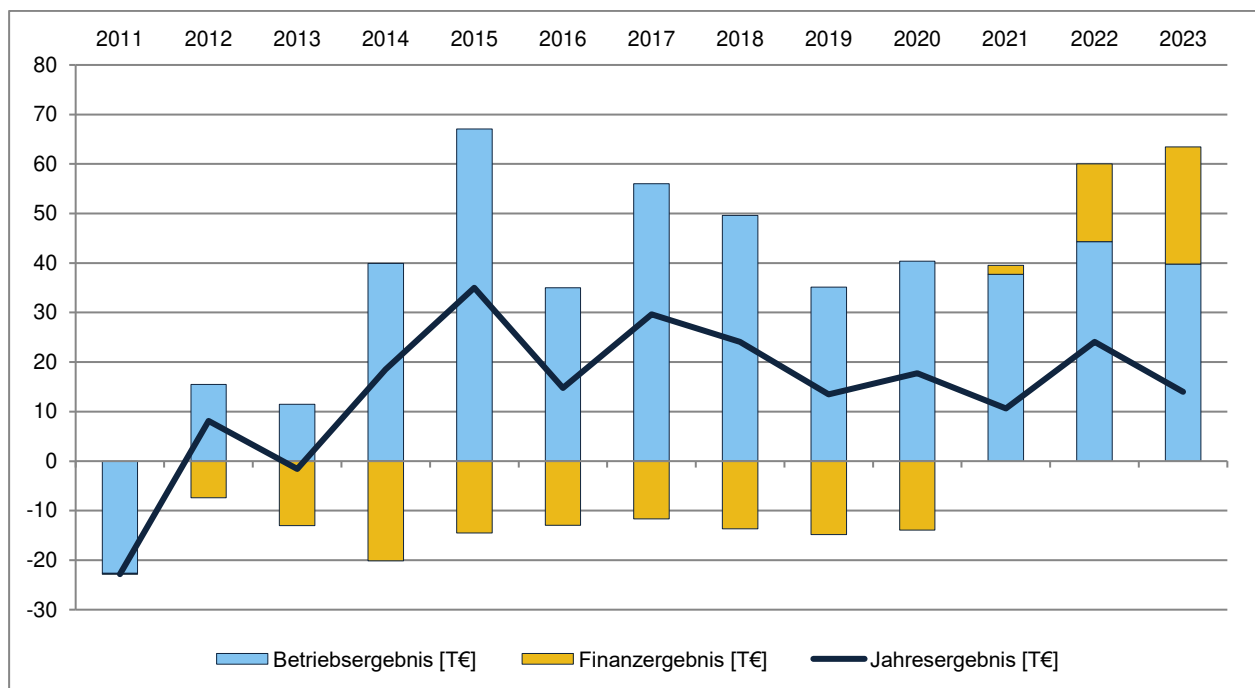
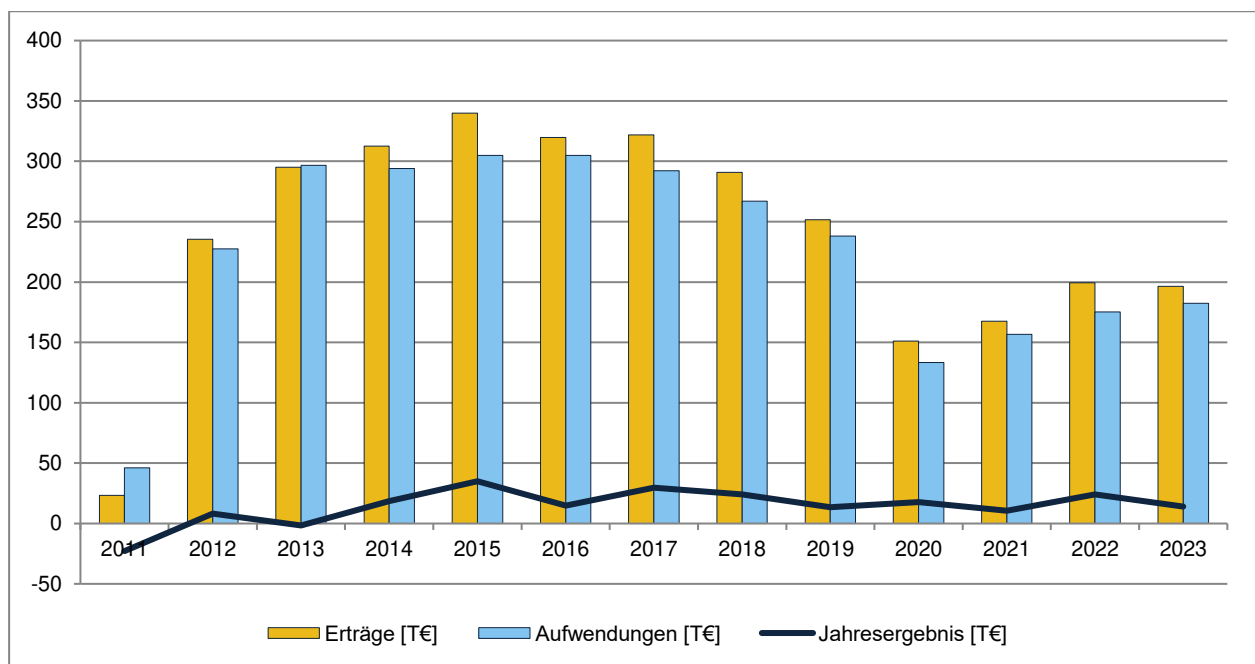
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	03.07.2014	07.04.2023
Zerres, Thomas (als Vertreter der BTG)	RURENERGIE	07.04.2023	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren keine Mitarbeiterinnen und für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	62,08%	63,05%	66,78%	3,73%
Eigenkapitalrentabilität	1,38%	3,02%	1,73%	-1,30%
Anlagendeckungsgrad 2	103,50%	106,57%	129,39%	22,82%
Verschuldungsgrad	61,09%	58,60%	49,75%	-8,85%
Umsatzrentabilität	24,68%	25,76%	24,71%	-1,04%

12 HyDN GmbH

Am Brainergy Park 1
52428 Jülich
Telefon: 02421.2210-61001
Telefax: 02421.22-182558
E-Mail: a.schuessler@kreis-dueren.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Entwicklung, Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Wasserstoff sowie die Errichtung und den Betrieb einer öffentlichen Wasserstofftankstelle für PKW sowie einer Trailer-Abfüllanlage für den Transport von Wasserstoff in Jülich (Kreis Düren) mit dem Ziel der Herstellung, Reinigung, Speicherung und dem Verkauf von Wasserstoff, Sauerstoff und anderen Gasen, die im Zusammenhang mit der Herstellung von Wasserstoff entstehen, des Verkaufs der Abwärme aus dem Produktionsprozess sowie der Erbringung von Leistungen zur Stabilisierung des Stromnetzes.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	12,50	50
Messer Industriegase GmbH	12,50	50
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	0,00 €	0,00 €	7.689.676,20 €	7.689.676,20 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	0,00 €	24.195,42 €	477.805,41 €	453.609,99 €	1874,78%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	24.989,36 €	232.302,68 €	1.552.181,99 €	1.319.879,31 €	568,17%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	2.563,10 €	1.922,34 €	-640,76 €	-25,00%
Summe Aktiva	24.989,36 €	259.061,20 €	9.721.585,94 €	9.462.524,74 €	3652,62%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Stammkapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	435.000,00 €	6.735.000,00 €	6.300.000,00 €	1448,28%
III. Gewinn-/Verlustvortrag	0,00 €	-10,64 €	-370.051,30 €	-370.040,66 €	3477825,75%
IV. Jahresfehlbetrag	-10,64 €	-370.040,66 €	-118.212,04 €	251.828,62 €	-68,05%
B. Rückstellungen	0,00 €	20.362,50 €	58.700,00 €	38.337,50 €	188,28%
C. Verbindlichkeiten	0,00 €	148.750,00 €	3.391.149,28 €	3.242.399,28 €	2179,76%
Summe Passiva	24.989,36 €	259.061,20 €	9.721.585,94 €	9.462.524,74 €	3652,62%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	0,00 €	2.782,00 €	2.782,00 €	
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	10,64 €	370.040,66 €	120.994,04 €	-249.046,62 €	-67,30%
Betriebsergebnis	-10,64 €	-370.040,66 €	-118.212,04 €	251.828,62 €	-68,05%
4. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Finanzergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-10,64 €	-370.040,66 €	-118.212,04 €	251.828,62 €	-68,05%
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
5. Steuern vom Einkommen und vom Er- trag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresergebnis	-10,64 €	-370.040,66 €	-118.212,04 €	251.828,62 €	-68,05%

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Die HyDN GmbH ist im Bereich der Planung, Entwicklung, Errichtung und des Betriebes einer Anlage mit ca. 10 MW Leistung zur Herstellung von grünem Wasserstoff im Brainergy Park in Jülich, Kreis Düren in Nordrhein-Westfalen tätig. Die Anlage befindet sich noch in der Planungsphase und der Bau bzw. Betrieb der Anlage wurde noch nicht aufgenommen. In der Anlage soll Wasser mithilfe

von Strom aus erneuerbaren Energien im Wege der Elektrolyse in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff aufgespalten werden. Das Vorhaben umfasst ferner die Errichtung und den Betrieb einer Wasserstoff-Tankstelle für PKWs (700 bar) sowie einer Trailer-Abfüllanlage für den Transport von Wasserstoff jeweils in unmittelbarer räumlicher Nähe zur Produktionsanlage. Der erzeugte Wasserstoff soll vorwiegend an Kunden aus dem Mobilitätsbereich, einschließlich ÖPNV-Betreiber im Kreis Düren, aber auch mittels der Trailer-Abfüllanlage zur weiteren Verwendung im Mobilitätsbereich verkauft werden. Darüber hinaus soll die im Rahmen der Wasserstofferzeugung angefallene Abwärme vor Ort direkt in das lokale Wärmenetz des Industriegebiets Brainergy Park eingespeist und an Gewerbekunden im Brainergy Park verkauft werden.

Der Baubeginn der Anlage mit einer Leistung von ca. 10 MW soll Mitte 2024 erfolgen und HyDN GmbH wird die operative Produktion frühestens im 3. Quartal 2025 aufnehmen. Eine volle Kapazitätsauslastung von bis zu 1.000 t grünem Wasserstoff pro Jahr wird für 2028 erwartet.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld ist im Jahr 2023 weiterhin von großen geopolitischen Herausforderungen geprägt. Die Energiepreise sind zwar leicht gesunken, jedoch haben sich die Preissteigerungen, die aufgrund von Störungen in den Lieferketten und insbesondere auch bei Investitionsgütern und Anlagenausrüstungen ergeben, laufende Auswirkungen auf den beabsichtigten Geschäftsplan der HyDN GmbH. Nachdem das Bundesverfassungsgericht den zweiten Nachtragshaushalt 2021, mit dem die Bundesregierung Kreditermächtigungen in Höhe von 60 Milliarden Euro in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) übertragen wollte, für verfassungswidrig und nichtig erklärt hat, haben sich die politischen Rahmenbedingungen zur Förderung von grünem Wasserstoff, sowie Dekarbonisierung in der Mobilitätsbranche verschlechtert. Mit der konsequenten Umsetzung des Projektes in Jülich hat nun das Projekt der HyDN ein Pilotprojektstatus erhalten, denn viele andere grüne H2 Projekte werden verschoben oder haben keine Fördermittel erhalten.

2. Geschäftsverlauf

Nach vollzogener Gründung durch die Gesellschafter im Januar 2022 hat die HyDN GmbH die Projektentwicklung vorangetrieben. Dies beinhaltete Planungsleistungen sowie Angebotseinholung für einen oder mehrere noch abzuschließende(n) Vertrag/Verträge zur Anlagenerstellung, Beauftragung von technischer Projektleitung, Bezug weiterer technischer Dienstleistungen, sowie Abstimmungen und Vorplanungen mit dem Verkäufer des Grundstücks Brainergy Park. Im Juni 2023

konnten die EPC Verträge mit zwei Lieferanten abgeschlossen werden; zum einen mit der Neuman & Esser GmbH (NEA), zum anderen mit der Messer SE & CO. KGaA (Messer SE). NEA ist verantwortlich für den Bau des Elektrolyseurs sowie der Verdichtung des Wasserstoffs auf 500bar. Die Messer SE baut eine Trailerabfüllanlage. Beide Parteien haben sich dafür entschieden gemeinsam die Bauplanung umzusetzen. Hierzu wurde das Architekturbüro CM Building, Jülich beauftragt. Die Unterlagen für den Bauantrag werden von CMB zusammengestellt. Diese sollen im April 2024 fertiggestellt werden, sodass ein Antrag auf vorzeitigen Baubeginn nach §8a BImSchG beantragt wird. Im November 2023 wurde der Notarvertrag zum Kauf des Grundstücks am Brainergy Park unterzeichnet. Die Zahlung ist aktuell noch nicht erfolgt.

Die Übertragung des Förderungsbescheides des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr wurde von der Projektträger Jülich („PTJ“) bestätigt. Die Förderung erfolgt im Rahmen des Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP II) und soll bis zu 45% bestimmter Baukosten, mit einem Höchstbetrag von 14,8 Mio. € betragen.

3. Lage der Gesellschaft

Im Jahr 2023 gab es noch keinen operativen Geschäftsbetrieb der HyDN GmbH und dementsprechend keine Umsätze. Die getätigten und budgetierten Ausgaben im Rahmen der Projektentwicklung sind vollumfänglich über Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage gedeckt, bzw. für noch vorzunehmenden Projektentwicklungsleistungen über bestehende Einzahlungsverpflichtungen der Gesellschafter. Neben dem eingezahlten Stammkapital sind Einzahlungen in die Kapitalrücklage derzeit die einzige Finanzierungsquelle der HyDN GmbH, d.h. es gibt keine Bankverbindlichkeiten.

III. Prognosebericht

Basierend auf den bisherigen positiven Projektentwicklungstätigkeiten wird die HyDN GmbH voraussichtlich im April den Bauantrag 2024 einreichen und acht Wochen später durch den Bescheid des vorzeitigen Baubeginns nach §8a BImSchG mit den Bauarbeiten starten. Die anstehenden Bauarbeiten (Tief- und Hochbau) werden durch die HyDN im Vergabeverfahren ausgeschrieben. Mit den beiden EPC-Vertragspartnern wurde vereinbart, dass die HyDN die tatsächlichen Baukosten +10% Aufschlag trägt.

Die Inbetriebnahme der Anlage ist für August 2025 vorgesehen und ab diesem Zeitpunkt würde die HyDN GmbH Wasserstoff produzieren und regelmäßige Umsätze erwirtschaften. Ein positives

Jahresergebnis ist aufgrund der stufenweisen Ramp-up Phase und konstant hohen Abschreibungen erst nach ca. zwei Betriebsjahren zu erwarten. Der Fehlbetrag wird im Rahmen der zu erwartenden Gesamtfinanzierung aus Gesellschaftermitteln gedeckt werden.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancen- und Risikobericht

Chancen

Da die staatliche Förderung des HyDN Projekt gesichert ist kann das Wasserstoffprojekt umgesetzt werden. Als einer der ersten H2-Projekte bietet es auch grünen Wasserstoff für die Region Rhein/Rur. Viele Landkreise rundum des Kreises Düren planen den ÖPNV auf wasserstoff-betriebene Fahrzeuge teilweise umzustellen. Da die Anschaffung staatlich gefördert wurden müssen mittelfristig grüner Wasserstoff eingesetzt werden. Da HyDN der größte Produzent ist bietet dies weitere Absatzmärkte. Die Nachfrage nach grünem Wasserstoff nicht nur aus den ÖPNV sondern auch aus der Industrie steigt stetig, wobei das Angebot an grünem Wasserstoff weiterhin sehr gering ist.

Risiken

Das Genehmigungsverfahren nach Bundes-Immissionsschutzgesetz sowie die Beantragung der Baugenehmigung wurde noch nicht eingereicht. Demzufolge bestehen hier trotz der unterstützenden politischen Rahmenbedingungen ein geringes Restrisiko für die zeitliche Umsetzung des Projektes.

Eine Strukturierung der wesentlichen Projektverträge wie z.B. Stromeinkauf sowie Wasserstoffverkauf muss noch implementiert werden. Die ersten Vertragsentwürfe sind in Arbeit.

Eine Verzögerung der Transformation des regionalen Personennahverkehrs kann zu einer zeitlichen Verschiebung der ansteigenden Nachfragekurve (H2) führen.

Signifikante Umweltrisiken kann lediglich bei der Wasserversorgung gesehen werden. Das Angebot an grünen Stromverträgen (PPA's) sind am Markt vorhanden. Strombezugsverträge sind bislang nicht abgeschlossen, erste Angebote wurden angefragt. Die regulatorischen Rahmenbedingungen, wie die Erhebung von Netznutzungsentgelte oder von anderen Abgaben sind nicht klar definiert. Gespräche mit der Bundesnetzagentur haben bereits stattgefunden.

2. Gesamtaussage

Insgesamt ist die HyDN GmbH zuversichtlich, die Restrisiken im Rahmen der Projektentwicklung aussteuern zu können und dieses Projekt erfolgreich realisieren zu können.

3. Gesamtaussage

Abschließend ist die HyDN GmbH zuversichtlich, die Restrisiken im Rahmen der Projektentwicklung aussteuern zu können und dieses Projekt erfolgreich realisieren zu können.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Schüssler, Anne (seit 06.01.2023)	Kreis Düren	Stabsstellenleitung
	Hopfenbach, Frank Manfred Franziskus	Messer Industriegase	CFO
	Brehm, Jochen (bis 06.01.2023)		
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	50 %

Vertreter des Kreises Düren

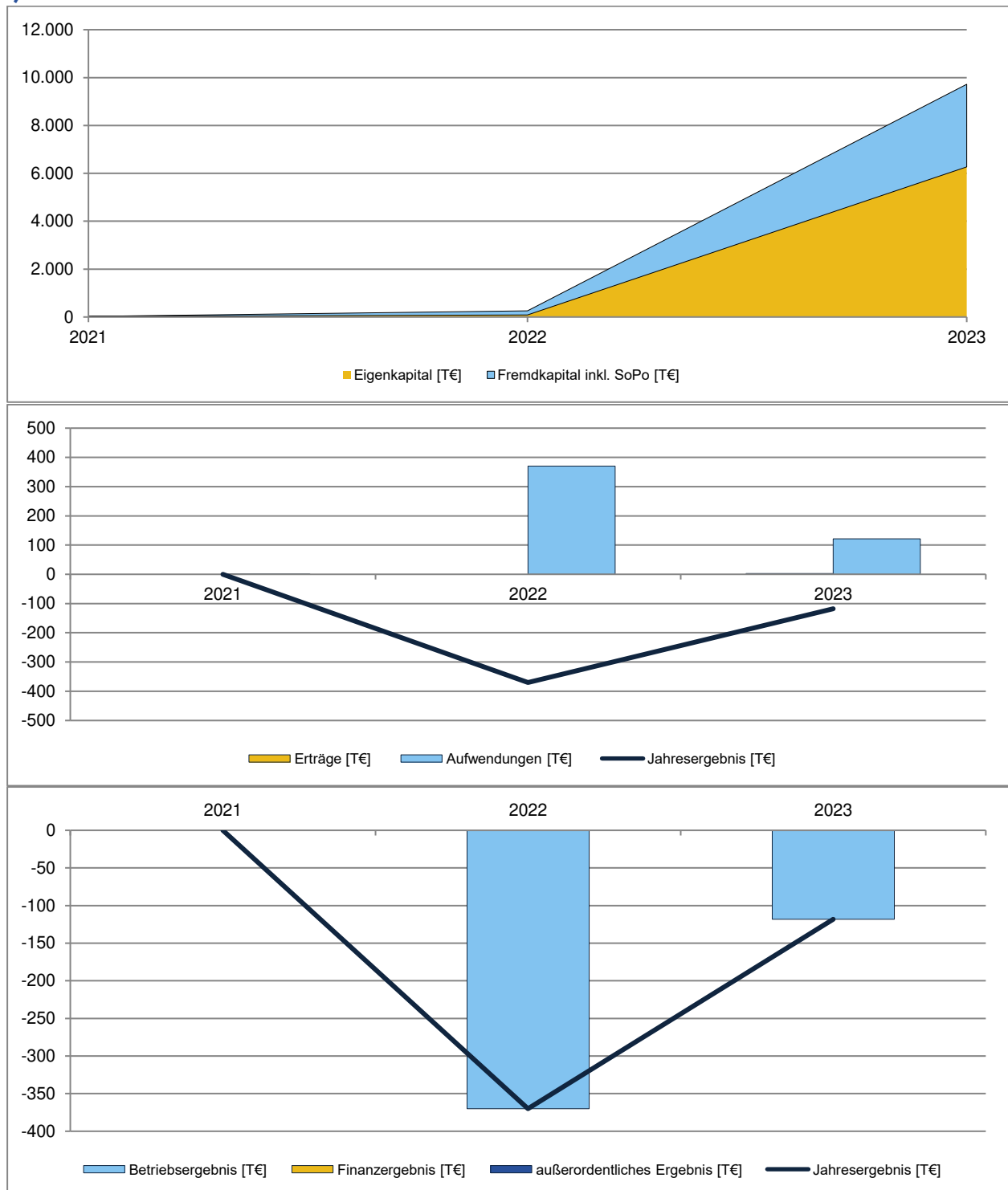
Beirat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
	Beauftragter des Landes		
Aßhoff, Ferdinand	NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	29.11.2021	08.11.2024
Dr. Peill, Patricia (MdL)	Kreistagsmitglied	29.11.2021	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren keine Beschäftigten für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen



Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	100,04%	9,65%	0,26%	-9,39%
Eigenkapitalrentabilität	-0,04%	-1480,16%	-472,85%	1007,31%
Anlagendeckungsgrad 2	0,00%	0,00%	81,56%	81,56%
Verschuldungsgrad	0,00%	188,01%	55,01%	-133,00%
Umsatzrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%

10 KHD Träger GmbH

Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: 02421-22 1000200
Telefax: 02421 -22 18 21 70
E-Mail: d.huertgen@kreis-dueren.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben für die Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie die Gründung und Verwaltung von Service-Gesellschaften und Beteiligungen.
2. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten oder sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder diese gründen.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur seit dem 01.01.2021

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Medizincampus Düren AöR	116,4	94
Kreis Düren	3,6	3
Stadt Düren	3,6	3
Stammkapital	120	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	5.208.658,63 €	5.133.900,15 €	4.863.678,15 €	-270.222,00 €	-5,26%
II. Finanzanlagen	658.900,00 €	658.900,00 €	0,00 €	-658.900,00 €	-100,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	326.017,08 €	427.182,21 €	126.065,58 €	-301.116,63 €	-70,49%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	462.481,15 €	56.722,45 €	1.095.988,54 €	1.039.266,09 €	1832,20%
D. Aktive latente Steuern	1.443,98 €	1.443,98 €	0,00 €	-1.443,98 €	-100,00%
Summe Aktiva	6.657.500,84 €	6.278.148,79 €	6.087.231,67 €	-190.917,12 €	-3,04%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	120.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	900.618,22 €	1.000.618,22 €	1.000.618,22 €	0,00 €	0,00%
III. Ergebnisvortrag	398.902,05 €	452.047,45 €	521.109,44 €	69.061,99 €	15,28%
IV. Jahresergebnis	53.145,40 €	69.061,99 €	98.963,97 €	29.901,98 €	43,30%
B. Rückstellungen	91.568,23 €	48.171,86 €	26.598,50 €	-21.573,36 €	-44,78%
C. Verbindlichkeiten	4.817.331,20 €	4.316.962,63 €	4.053.304,00 €	-263.658,63 €	-6,11%
D. Passive latente Steuern	275.935,74 €	271.286,64 €	266.637,54 €	-4.649,10 €	-1,71%
Summe Passiva	6.657.500,84 €	6.278.148,79 €	6.087.231,67 €	-190.917,12 €	-3,04%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	486.327,47 €	515.117,96 €	549.440,27 €	34.322,31 €	6,66%
2. Sonstige betriebl. Erlöse	312,50 €	5.371,34 €	508.307,44 €	502.936,10 €	9363,33%
3. Personalaufwand	1.203,02 €	7,29 €	1.573,14 €	1.565,85 €	214,79 €
4. Abschreibungen	152.465,50 €	152.889,49 €	153.345,33 €	455,84 €	0,30%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	205.343,56 €	250.200,87 €	624.417,25 €	374.216,38 €	149,57%
Betriebsergebnis	127.627,89 €	117.391,65 €	278.411,99 €	161.020,34 €	137,17%
6. Erträge aus Beteiligungen	48.316,92 €	66.848,44 €	2.100,00 €	-64.748,44 €	-96,86%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	80.270,27 €	75.836,49 €	116.642,95 €	40.806,46 €	53,81%
Finanzergebnis	-31.953,35 €	-8.988,05 €	-114.542,95 €	-105.554,90 €	1174,39%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	95.674,54 €	108.403,60 €	163.869,04 €	55.465,44 €	51,17%
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30.945,04 €	16.521,50 €	44.695,88 €	28.174,38 €	170,53%
9. sonstige Steuern	11.584,10 €	22.820,11 €	20.209,19 €	-2.610,92 €	-11,44%
Jahresergebnis	53.145,40 €	69.061,99 €	98.963,97 €	29.901,98 €	43,30%

f) Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 14. April 2011 in der Rechtsform der GmbH als 100%ige Tochter der Krankenhaus Düren gem. GmbH gegründet. Die Eintragung im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HRB 6074 erfolgte am 20. April 2011.

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben für die Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie die Gründung und Verwaltung von Service-Gesellschaften und Beteiligungen.

Die Gesellschaft gründete ihrerseits am 27. April 2011 die Krankenhaus Düren Service GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft, eingetragen im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HRB 6085 am 06. Mai 2011.

Die Gesellschaft hat nach Maßgabe des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages vom 26. August 2013 sowie der Zustimmungsbeschlüsse ihrer Gesellschafterversammlung vom 26. August 2013 und der Gesellschafterversammlung der Krankenhaus Düren gem. GmbH den Parkraumbewirtschaftungsbetrieb der Krankenhaus Düren gem. GmbH als Gesamtheit im Wege der Umwandlung durch Ausgliederung übernommen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 29. August 2013.

Weiterhin wurde durch Gesellschafterversammlung vom 26. August 2013 zum Zwecke der Durchführung der Ausgliederung die Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft um 10 T€ sowie durch Sacheinlage eine weitere Erhöhung um 10 T€, insgesamt um 20 T€ auf 120 T€ und die entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 4 beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 19. September 2013.

Mit Wirkung zum 31.12.2018 erwarb die Gesellschaft das ehemalige Schwesternwohnheim der Krankenhaus Düren gem. GmbH. Die bestehenden Mietverträge wurden übernommen und die bisher durch die Krankenhaus Düren gem. GmbH genutzten Räumlichkeiten werden ab dem 01.01.2019 an den vorherigen Eigentümer vermietet.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 01. Juli 2020 sowie notarieller Beurkundung vom 18. Dezember 2020 hat die Gesellschafterversammlung die Veräußerung der Anteile an der Krankenhaus Düren Service GmbH an die Krankenhaus Düren gem. GmbH beschlossen.

Mit Wirkung zum 31.12.2020 wurde die Gesellschaft von der Krankenhaus Düren gGmbH an die Medizin Campus Düren AöR veräußert und ist somit nicht mehr Bestandteil des Konzerns Krankenhaus Düren.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2023 war geprägt durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs, die sich in der Inflationsrate und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland niederschlugen.

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahresdurchschnitt 2023 um 5,9%¹ gegenüber 2022 erhöht. Damit ging die Jahresteuerrate nur leicht gegenüber der Steigerungsrate von 2022 zurück und liegt weiter deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren.

Das BIP (preis- und kalenderbereinigt) verringerte sich im gesamten Jahr 2023 um -0,1 %². Ursächlich hierfür waren die hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen, hohe Finanzierungskosten und geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland³.

Die Prognosen für das Jahr 2024 gehen laut ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2024 nur von einer Steigerung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,2% im Vergleich zum Vorjahr aus⁴. Es herrscht eine hohe Unsicherheit. Verstärkt wird diese Entwicklung durch das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts aus November 2023, was dazu führt, dass Unternehmen und Haushalte mehr be- und weniger entlastet werden, und die Staatsausgaben werden gekürzt.

Die Auswirkungen auf die Gesellschaft selbst beschränken sich auf die höheren Kosten und hier insbesondere auf die Bau- und Energiekosten.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr hat sich die Gesellschaft auf die Bewirtschaftung der Liegenschaften und die Vermietungen von Parkflächen beschränkt.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 549 T€ (VJ 515 T€) und einen Jahresüberschuss in Höhe von 99 T€ (VJ 81 T€). Die Umsatzerlöse resultieren in Höhe von 247 T€ aus der Parkraumbewirtschaftung sowie in Höhe von 302 T€ aus der Vermietung von Räumlichkeiten an der Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie an weitere Mieter.

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand ist aufgrund der Verkäufe der Anteile an verbundenen Unternehmen gegenüber dem Vorjahr um 1.039 T€ auf 1.096T€ gestiegen.

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme) beträgt 28,6 % (VJ 26,1 %).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2023 6.087 T€ und hat sich damit zum Vorjahr um 191 T€ verringert.

¹ s. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_020_611.html

² s. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_019_811.html

³ ebenda

⁴ s. Ifo Schnelldienst digital 2/2024 vom 6. März 2024

Die Anlagenintensität (Anlagevermögen/Bilanzsumme) beträgt zum Stichtag 80,0% (VJ 92,0%).

Das Umlaufvermögen ist verglichen mit dem Vorjahr um 738 T€ von 484 T€ auf 1.222 T€ gesunken:-

Auf der Passivseite verminderten sich die Rückstellungen im Bereich der Steuerrückstellungen, so dass sie nun 10 T€ betragen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen 3.652 T€, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen 89 T€, gegenüber Gesellschaftern 304 T€ und sonstige Verbindlichkeiten 8 T€.

Prognosebericht

Die Prognosen der Gesellschaft beruhen auf der Annahme einer dauerhaften Vermietung der Gebäudeflächen insbesondere an die Krankenhaus Düren gGmbH sowie der Parkraumbewirtschaftung bei gleichzeitig stabiler Ertragslage der Unternehmen, an denen die Gesellschaft Beteiligungen hält.

Für das folgende Geschäftsjahr 2024 erwartet die Gesellschaft einen Überschuss in Höhe von 12 TEUR. Dabei sind erhebliche höhere Zinsaufwendungen aufgrund des aktuellen Zinsniveaus berücksichtigt.

Risiko- und Chancenbericht

Die Finanzierung des zum 31.12.2018 erworbenen Schwesternwohnheims erfolgte durch Aufnahme eines Darlehens bei der Sparkasse Düren im Januar 2019. Dieses Darlehen ist endfällig zum 30.07.2025. Die Verzinsung ist flexibel, so dass bei weiter steigenden Zinsen ein Risiko für erhöhten Zinsaufwand besteht. Notwendige jetzt noch nicht bekannte Risiken in der Instandhaltung insbesondere des Schwesternwohnheims mit dem Ziel, der Verkehrssicherungspflicht nachzukommen, können erheblichen Einfluss sowohl auf die Ergebnisentwicklung als auch die Liquidität der Gesellschaft haben.

Weitere nennenswerte Risiken und Risiken, die möglicherweise den Bestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht bekannt.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Büttner-Hoigt, Kathleen (bis 21.08.2023)	Krankenhaus Düren gGmbH Stadt Düren Kämmerer Prokurist (BTG)	
	Vanselow, Erhard (seit 12.07.2021)		
	Hürtgen, Dirk (seit 12.07.2021)		
	Deutz, Hans Joachim (seit 22.09.2023)		
Gesellschafterversammlung:	Die Vertreter des Kreises Düren und der Stadt Düren in der Gesellschafterversammlung der KHD Träger GmbH besitzen nur ein gemeinsames Stimmrecht für den Geschäftsanteil der Medizincampus Düren AöR.	1 Stimme	je 1000 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

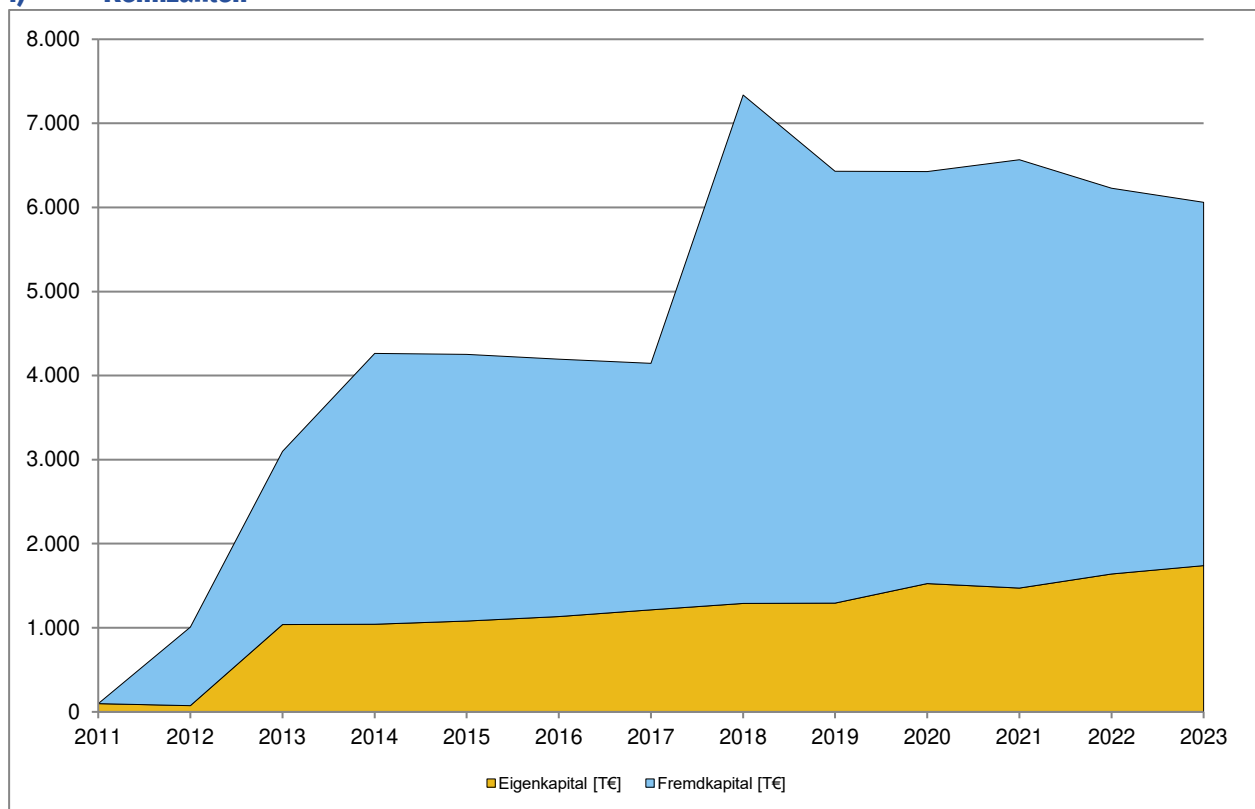
Gesellschafterversammlung:

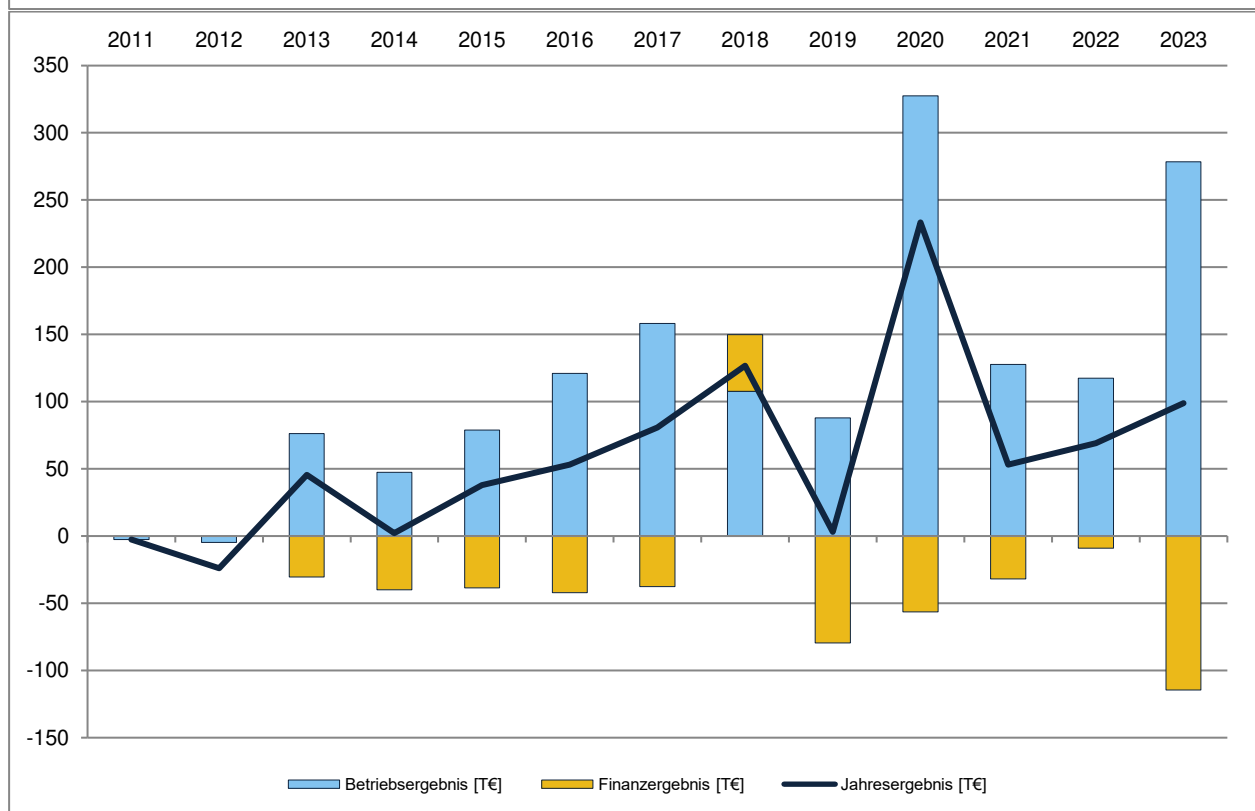
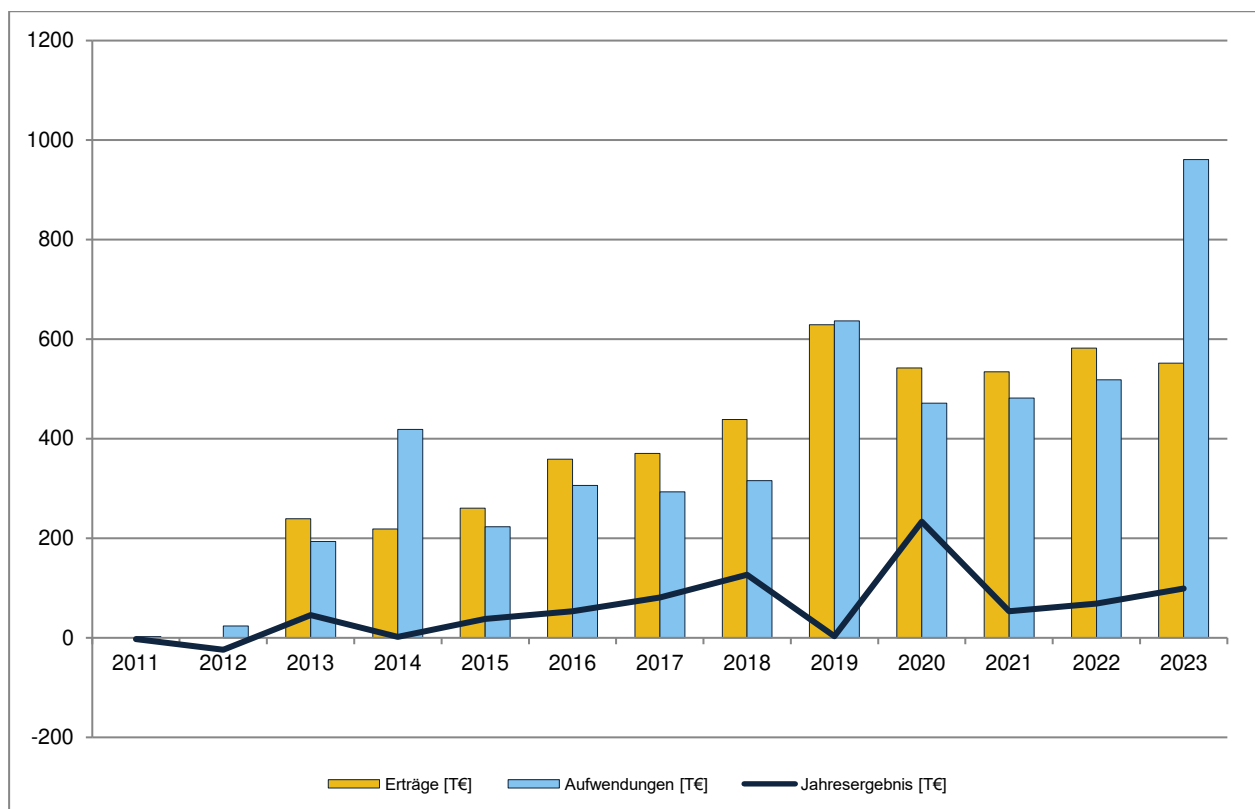
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Abhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	14.04.2011	08.11.2024

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren keine Beschäftigten für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	22,12%	26,15%	28,60%	2,45%
Eigenkapitalrentabilität	3,61%	4,21%	5,69%	1,48%
Anlagendeckungsgrad 2	93,59%	96,28%	114,45%	18,17%
Verschuldungsgrad	333,33%	265,89%	234,38%	-31,50%
Umsatzrentabilität	26,24%	22,79%	50,67%	27,88%

11 Notfallbildungszentrum Eifel-Rur gGmbH (NOBiZ)



Marienstraße 29
52372 Kreuzau-Stockheim
Telefon: 02421/559-450
Telefax: 02421/559-235
E-Mail: info@nobiz-eifel-rur.de
Homepage: www.nobiz-eifel-rur.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung des Rettungsdienstes als öffentliche Aufgabe der Gesundheitsvorsorge und der Gefahrenabwehr in der Region-Eifel-Rur.

Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht durch die Unterhaltung einer Schule, in der alle Formen von Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie von Seminaren angeboten werden, die der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr dienlich sind.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD)	12,250	49
Deutsches Rotes Kreuz Nordrhein gGmbH	12,750	51
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.421,03 €	2.655,87 €	993,93 €	-1.661,94 €	-62,58%
II. Sachanlagen	158.339,13 €	422.330,97 €	810.826,90 €	388.495,93 €	91,99%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	23.250,03 €	20.799,28 €	20.089,43 €	-709,85 €	-3,41%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	188.854,49 €	141.057,82 €	493.111,62 €	352.053,80 €	249,58%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	826.693,05 €	1.058.905,65 €	790.181,80 €	-268.723,85 €	-25,38%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
C. Rechnungsabgrenzungsposten	14.516,15 €	27.021,28 €	46.444,21 €	19.422,93 €	71,88%
Summe Aktiva	1.216.073,88 €	1.672.770,87 €	2.161.647,89 €	488.877,02 €	29,23%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	50.000,00 €	50.000,00 €	50.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnvortrag	600.552,85 €	938.095,75 €	1.220.383,59 €	282.287,84 €	30,09%
IV. Bilanzergebnis	337.542,90 €	282.287,84 €	315.450,36 €	33.162,52 €	11,75%
B. Sonderposten für Zuwendungen	0,00 €	0,00 €	59.101,20 €	59.101,20 €	
C. Rückstellungen	37.098,85 €	72.022,13 €	69.311,30 €	-2.710,83 €	-3,76%
D. Verbindlichkeiten	165.879,28 €	305.365,15 €	411.935,95 €	106.570,80 €	34,90%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	10.465,49 €	10.465,49 €	
Summe Passiva	1.216.073,88 €	1.672.770,87 €	2.161.647,89 €	488.877,02 €	29,23%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	2.479.485,28 €	3.526.262,04 €	4.654.473,95 €	1.128.211,91 €	31,99%
2. sonstige betriebliche Erträge	18.923,81 €	21.807,61 €	66.091,96 €	44.284,35 €	203,07%
3. Materialaufwand	386.299,54 €	719.440,35 €	249.570,58 €	-469.869,77 €	-65,31%
4. Personalaufwand	1.058.320,27 €	1.314.085,85 €	2.129.021,07 €	814.935,22 €	62,02%
5. Abschreibungen	98.437,86 €	114.582,70 €	188.341,06 €	73.758,36 €	64,37%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	617.036,35 €	1.116.685,98 €	1.837.718,12 €	721.032,14 €	64,57%
Betriebsergebnis	338.315,07 €	283.274,77 €	315.915,08 €	32.640,31 €	11,52%
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	2,00 €	0,00 €	-2,00 €	-100%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	423,81 €	214,80 €	25,00 €	-189,80 €	-88,36%
Finanzergebnis	-423,81 €	-212,80 €	-25,00 €	187,80 €	-88,25%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	337.891,26 €	283.061,97 €	315.890,08 €	32.828,11 €	11,60%
9. sonstige Steuern	348,36 €	774,13 €	439,72 €	-334,41 €	-43,20%
Jahresergebnis	337.542,90 €	282.287,84 €	315.450,36 €	33.162,52 €	11,75%

f) Lagebericht

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Vorwort

Am 01.05.1998 ist das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) in Kraft getreten, welches auf den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2023 Anwendung findet. Nach dem Grundsatz der Vollständigkeit muss der Lagebericht alle Angaben enthalten, die für die Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und des Geschäftsverlaufs sowie der Risiken der künftigen Entwicklung erforderlich oder im Rahmen von besonderen Abgabepflichten nach § 289 Abs. 2 HGB zu machen sind.

Die Angaben des vorliegenden Lageberichtes sollen ein zutreffendes Bild von der Gesamtlage des Unternehmens und seiner voraussichtlichen Entwicklung vermitteln.

1.2 Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Deutsche Rote Kreuz Nordrhein gGmbH, Düsseldorf, (DRK) und die Rettungsdienst Kreis Düren AöR, Kreuzau, (RDKD) haben am 21. Januar 2016 die Notfallbildungszentrum Eifel-Rur gGmbH (NOBiZ) Deutsches Rotes Kreuz in Nordrhein Rettungsdienst Kreis Düren, Kreuzau, (NOBiZ) gegründet.

Basierend auf den aktuellen rechtlichen Entwicklungen durch das Rettungsgesetz Nordrhein-Westfalen (RettG NRW), den damit einhergehenden Veränderungen im Rettungsdienst allgemein und den Veränderungen im Bereich der rettungsdienstlichen Ausbildung im Speziellen sollen mit dieser Gesellschaftsgründung wirtschaftliche, logistische und strategische Synergien erzielt werden, die auf beiden Seiten zu einer Win-Win-Situation führen. Das DRK bringt umfangreiche Erfahrung im Bereich Bildung, langjährige Erfahrung sowie erfahrenes Lehr- und Leitungspersonal im Betrieb einer Rettungsdienstschule mit.

Der Mehrwert dieses Unternehmens für das DRK liegt in einer erweiterten Marktpräsenz sowie den möglichen Innovationen in der engen Zusammenarbeit mit einem operativen Rettungsdienstpartner.

Die RDKD ist ein großer operativer Rettungsdienst mit vielen unterschiedlichen Organisationen. Sie verfügt ebenfalls über umfangreiche und langjährige Erfahrung im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr und Daseinsvorsorge in allen Vorhalte- und Versorgungsstufen. Die Verfasser gehen davon aus, dass der mittel- und langfristige Vorteil am Betrieb und an der Beteiligung einer großen Bildungseinrichtung zum einen in der regionalen Innovationskraft einer solchen Einrichtung zu sehen ist und zum anderen in den nachhaltigen Möglichkeiten in der Personalakquise- und Entwicklung.

Mit dem DRK, als am Markt etabliertem Anbieter qualitativ hochwertiger Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote in den Bereichen Breitenausbildung, Betriebssanitäter*innen, Rettungsdienst und

Führungskräftequalifizierung in Nordrhein, und der RDKD als kommunalen Rettungsdienst eines großen Flächenkreises, ergeben sich über die reine schulische Dienstleistung hinaus strategische Entwicklungspotentiale.

Mit dem Notfallsanitätärgesetz hat sich der höchste rettungsdienstliche-nichtärztliche Ausbildungszweig grundlegend gewandelt. Die Ausbildung von Rettungsassistenten wurde komplett eingestellt. Die neuen Ausbildungskontingente für die Ausbildung zu Notfallsanitäter*innen werden durch Träger und Krankenkassen festgelegt. Es existiert im Gegensatz zur früheren Rettungsassistentenausbildung für die Ausbildung von Notfallsanitäter*innen kein freier Markt mehr. Gleichzeitig sind die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Schulen, insbesondere hinsichtlich der Ausbildungsinhalte und der Lehrkräftequalifikation, gestiegen. Angesichts der bisherigen Erfahrungen wird es nach Einschätzung der der Geschäftsführung der NOBiZ nur größeren Rettungsdienstschulen zukünftig gelingen, die qualitativen und rechtlichen Anforderungen an Personal, Ausstattung und räumlichen Verfügbarkeiten so umzusetzen, dass der Schulbetrieb auskömmlich betrieben werden kann.

Die NOBiZ hat mehrere Standbeine. Neben der Vollausbildung zur/m Notfallsanitäter*in sowie der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Praxisanleiter*innen sind dies die Fortbildung des rettungsdienstlichen Personals im gesamten Kreis Düren (inkl. Notärzte) sowie die Durchführung und pädagogische Verantwortlichkeit der Aus- und Fortbildung für die Feuerwehren im Kreis Düren. Zur Etablierung der Gesellschaft waren ein schneller Markteintritt und die Gewinnung einer ausreichenden Anzahl an Rettungsdiensten (Ausbildungsträger) zur wirtschaftlichen Tragfähigkeit notwendig. Dies ist mit der Gründung des Notfallbildungszentrums im Frühjahr 2016 gelungen.

1.3 Ziele und Strategien

Der Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung des Rettungsdienstes als öffentliche Aufgabe der Gesundheitsvorsorge und der Gefahrenabwehr in der Region Eifel-Rur.

Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht durch die Unterhaltung einer Schule zur rettungsdienstlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung der haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden der jeweils am Rettungsdienst im Kreis Düren und in der Region Eifel-Rur beteiligten Kommunen und Organisationen.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Im Wirtschaftsjahr 2023 haben in der NOBiZ 7 Klassen mit insgesamt 153 Schülerinnen und Schülern die Berufsausbildung zum/r Notfallsanitäter*in besucht.

Die Höhe der Gelder, die die NOBiZ von den Ausbildungsträgern erhält, ist durch das zuständige Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) vorgeschrieben (s. 2.2).

2.2 Geschäftsverlauf

Die Erträge der NOBiZ im Wirtschaftsjahr 2023 generieren sich aus den klassischen Feldern Notfallsanitätärvollausbildung, Ergänzungsprüfungen (Ausgelaufen zum 31.12.2023) inkl. Vorbereitungslehrgänge, Praxisanleiteraus- und -fortbildungen sowie Rettungsdienstfortbildungen. Der bestehende Zweig der Aus- und Weiterbildung von Feuerwehren wurde im Jahr 2023 weiter ausgebaut und intensiviert.

Das Geschäftsfeld „Aus- Fort- und Weiterbildung für integrierte Rettungsleitstellen“ hat sich zunehmend und kontinuierlich weiterentwickelt. Hier sind im Jahr 2023 deutliche Steigerung bei den Teilnehmerzahlen zu verzeichnen. Hintergrund für die hohe Frequentierung in diesem Bereich stellt auf Grundlage der erhaltenen Kundenrückmeldungen die angebotene Qualität, das kundenorientierte Key Account Management sowie innovative Ausbildungskonzepte dar.

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss von TEUR 315 ab. Dies bedeutet eine Planabweichung von 5,8 % (Planansatz 2023: TEUR 298).

Die Hintergründe für die positiven wirtschaftlichen Planabweichungen der NOBiZ werden in 3.1. Ertragslage und 3.2. Kosten und Aufwandsentwicklung dargestellt. Die Umsatzrentabilität – das Verhältnis von Jahresüberschuss zu Umsatzerlösen – ist mit 6,8 % nach Meinung der Geschäftsführung als gut zu bewerten.

Nachfolgend wird der Geschäftsverlauf differenziert nach Ertrags-, Kosten- und Aufwandslage dargestellt.

3 Lage

Nach Einschätzung der Geschäftsführung ist die Geschäftsentwicklung im Berichtszeitraum einschließlich Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage insgesamt als gut zu bewerten.

3.1 Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss i.H.v. TEUR 315 erzielt.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.128 auf TEUR 4.654 gestiegen. Dieses Wachstum ist im Wesentlichen auf Neugeschäft durch Anpassung und Erweiterung von Kursangeboten und –formaten zurückzuführen.

Durch Umgliederungen von unter anderem Honoraren in den Personalaufwand und Übernachtungskosten in die sonstigen betrieblichen Aufwendungen wird der Materialaufwand jahresübergreifend vergleichbarer. Aufgrund der neuen Gliederung erhöht sich der Materialaufwand um TEUR 8 auf TEUR 250. Die Materialaufwandsquote beträgt nach der Umgliederung 5,4%. Im Vorjahr lag diese nach Umgliederung bei 6,6%.

Der Anstieg der Personalkosten um TEUR 815 auf TEUR 2.129 (Vorjahr TEUR 1.314 (vor Umgliederung)) resultiert – neben der beschriebenen Umgliederung – aus einem planmäßigen Personalaufwuchs im pädagogischen Bereich und im Fachbereich „Zentrale Dienste“ sowie aus Prämienzahlungen gemäß des im Jahr 2023 neu verhandelten Reformtarifvertrag.

Die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Erträge der Notfallsanitätervollausbildung ist eingeschränkt, da diese durch die Erlasslage des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) des Landes NRW vorgegeben sind.

Das MAGS hat mit Erlass vom 02.06.2021 (Gültigkeit rückwirkend zum 01.01.2021) konkret geregelt, wie die Notfallsanitäterausbildung finanziert werden soll.

Die Träger des Rettungsdienstes (gemäß RettG) zahlen die jeweils durch die Krankenkassen anerkannten Kosten für die Notfallsanitäterqualifizierung direkt an den Ausbildungsträger. Konkret geschieht dies pro verhandeltem Aus- und Weiterbildungsplatz „Notfallsanitäter*in“. Derzeit sind die Finanzierungssätze durch den vorgenannten Erlass festgelegt.

Der Ausbildungsträger leitet den Betrag für die schulische Ausbildung sowie das Klinikpraktikum direkt an die ausbildende Notfallsanitäterschule weiter. Diese leitet den Betrag für das erforderliche Klinikpraktikum vollumfänglich an die jeweiligen Kliniken weiter.

Damit entstehen, mit Stand vom 01.01.2021, folgende Kosten für die komplette Notfallsanitäterausbildung:

Schulgebühr:	EUR 44.811,- € / 3 Jahre
Krankenhaus:	EUR 8.500,- € / 3 Jahre

Die Ertragslage bei der Aufqualifizierung von Rettungsassistent*innen zu Notfallsanitäter*innen (sogenannte EP 1 – 3 Lehrgänge mit staatlichen Prüfungen) wird ebenfalls vollumfänglich durch den vorgenannten Erlass des MAGS wirtschaftlich reguliert und festgelegt. Allerdings ist hier zu beachten, dass diese Aufqualifizierungen durch den Bundesgesetzgeber (NotSanG) nur noch diesjährig bis zum 31.12.2023 (Frist wurde durch den Bundesgesetzgeber verlängert) möglich sind.

3.2 Finanzlage

Die Finanzlage ist stabil, es sind keinerlei Liquiditätsengpässe aufgetreten.

Die Verbindlichkeiten wurden zu jedem Zeitpunkt innerhalb der Zahlungsfristen beglichen. Kreditlinien zur Finanzierung des laufenden Geschäfts werden nicht benötigt.

Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum 31.12.2023 deutlich.

3.3 Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft besteht zu 37,6 % (Vorjahr: 25,4 %) aus Anlagevermögen. Der absolute Wert des Anlagevermögens hat sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt (+91,0 %). Der Zuwachs ist bedingt durch Investitionen in die IT-Infrastruktur, anlagepflichtige Schulungsmaterialien und Ausstattung – insbesondere für das Simulationszentrum.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 493 gestiegen. Diese bestehen im Wesentlichen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten.

Zum Bilanzstichtag waren flüssige Mittel in Höhe von TEUR 790 (Vorjahr: TEUR 1.059) vorhanden.

In 2023 hat sich das Eigenkapital auf TEUR 1.611 erhöht. Durch die höhere Bilanzsumme und die höheren Verbindlichkeiten hat sich die Eigenkapitalquote, trotz des höheren Eigenkapitals, im Berichtsjahr auf 74,5 % (Vorjahr 77,4 %) verringert.

Die Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr um TEUR 106 auf TEUR 412 gestiegen. Im Wesentlichen resultiert der Anstieg aus den Veränderungen der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und der sonstigen Verbindlichkeiten. Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten aus Steuern.

4 Prognosebericht

Das Wirtschaftsjahr 2023 schließt mit einem deutlich positiven Ergebnis ab. Für das Jahr 2024 plant die Gesellschaft weitere Umsatzsteigerungen und prognostiziert trotz steigenden Personalaufwendungen erneut einen positiven und das Vorjahr übertreffenden Jahresüberschuss.

4.1 Risikobericht

Als Risiken werden durch die Geschäftsführung organisatorische, politische und wirtschaftliche Veränderungen im Bereich des Rettungsdienstes und des Gesundheitswesens erkannt.

Wie auch schon im Vorjahr werden bei der Vollausbildung zur/zum Notfallsanitäter*in die Kosten für Kursabbrecher lediglich für ein Schuljahr von den Kostenträgern übernommen. Diese birgt wirtschaftliche Risiken für die NOBiZ.

Auch in Zukunft ist die Gesellschaft von gesetzlichen Entscheidungen abhängig und muss diese in ihren Planungen berücksichtigen.

Das Risikomanagement der Gesellschaft beobachtet vor allem Liquiditäts-, Ausfall- und Preisänderungsrisiken. Diesen Risiken wird durch den Aufbau einer Liquiditätsplanung, sowie einer steten Überwachung der offenen Forderungen entgegengewirkt

4.2 Chancenbericht

Als Chancen werden durch die Geschäftsführung organisatorische, politische und wirtschaftliche Veränderungen im Bereich des Rettungsdienstes und des Gesundheitswesens erkannt.

Besonders das Thema Personal - mit der Personalakquise und der Personalentwicklung - wird bei zukünftigen Planungen eine immer größere Rolle spielen. Das bestehende Personaltabelleau der NOBiZ gilt es in den kommenden Jahren zu halten sowie bedarfsorientiert zu entwickeln.

Auch in Zukunft ist die Gesellschaft von gesetzlichen Entscheidungen abhängig und muss diese in ihren Planungen berücksichtigen.

Es ist für die Rettungsschulen im Land NRW von existentieller Wichtigkeit, auf allen politischen und verwaltungsinternen Ebenen auf das Ministerium Einfluss zu nehmen, stets frühzeitig die per Erlass vorgegebenen finanziellen Ansätze auf ihre Nachvollziehbarkeit der einzelnen Kostenpositionen sowie deren Auskömmlichkeit zu überprüfen und diese auch für die kommenden Jahre neu festzusetzen, um die Finanzierung durch die Kostenträger sicherstellen zu können.

4.3 Gesamtaussage

Insgesamt gibt es auf dem Markt der rettungsdienstlichen Aus- und Fortbildung – insbesondere im Bereich der Notfallsanitäter*innen deutlich mehr Chancen (Wachstum, neue Märkte) als Risiken in der Portfoliobetrachtung der NOBiZ.

Diese Einschätzung gilt allerdings unter dem Vorbehalt eines entsprechend großen Einzugsgebietes und stabiler Markt- und Auftragslage im Rettungsdienst.

Von existenzieller Bedeutung ist der im Jahr 2021 beschlossene Finanzierungserlass für die Notfallsanitäterausbildung. Allerdings wird dieser Finanzierungserlass am Ende zu einem allgemeingültigen Musterabrechnungsbogen („Spitzabrechnung“) führen. Der vorgenannte Musterabrechnungsbogen führt zu einem weitaus genaueren Abrechnungsverfahren, mit deutlich geringeren Optionen auf Überschusserwirtschaftung. Der Qualitätsanspruch an die Ausbildung der NOBiZ drückt sich zum einen durch eine von der Gesellschaft wahrgenommene hohe Kundenzufriedenheit sowie durch eine deutlich unterdurchschnittliche Abbruchquote der Lehrgangsteilnehmenden aus.

Der gewählte Weg einer gemeinsamen Gesellschaft zwischen einem Bildungsträger im Bereich Notfallmedizin (DRK) und einem operativen Rettungsdienst (RDKD) wird weiterhin als der Richtige gesehen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Butz, Ralf	Kreis Düren	Amtsleiter
	Von Hammerstein, Florian	DRK	von 13.05.2022 bis 15.04.2023
	Kulik, Florian		seit 15.04.2023
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 250 € eingezahlten Stammkapitals

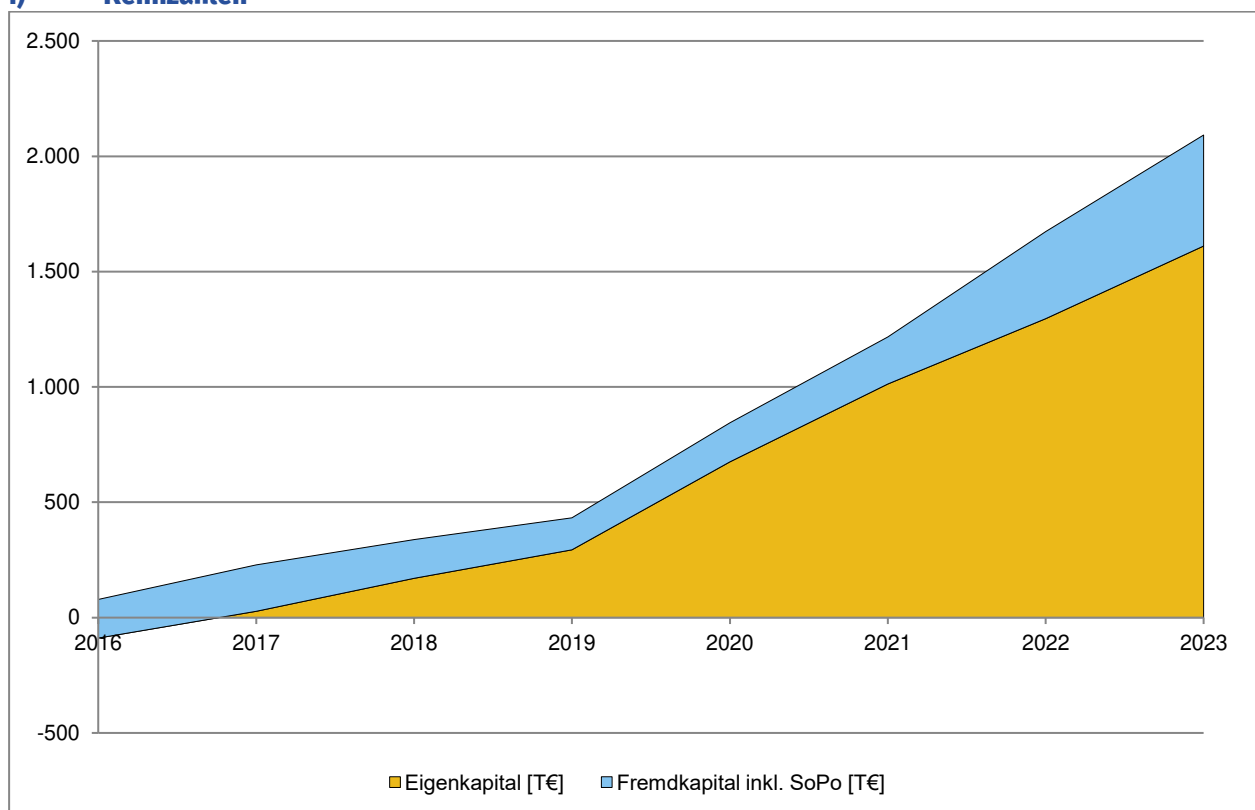
Vertreter des Kreises Düren

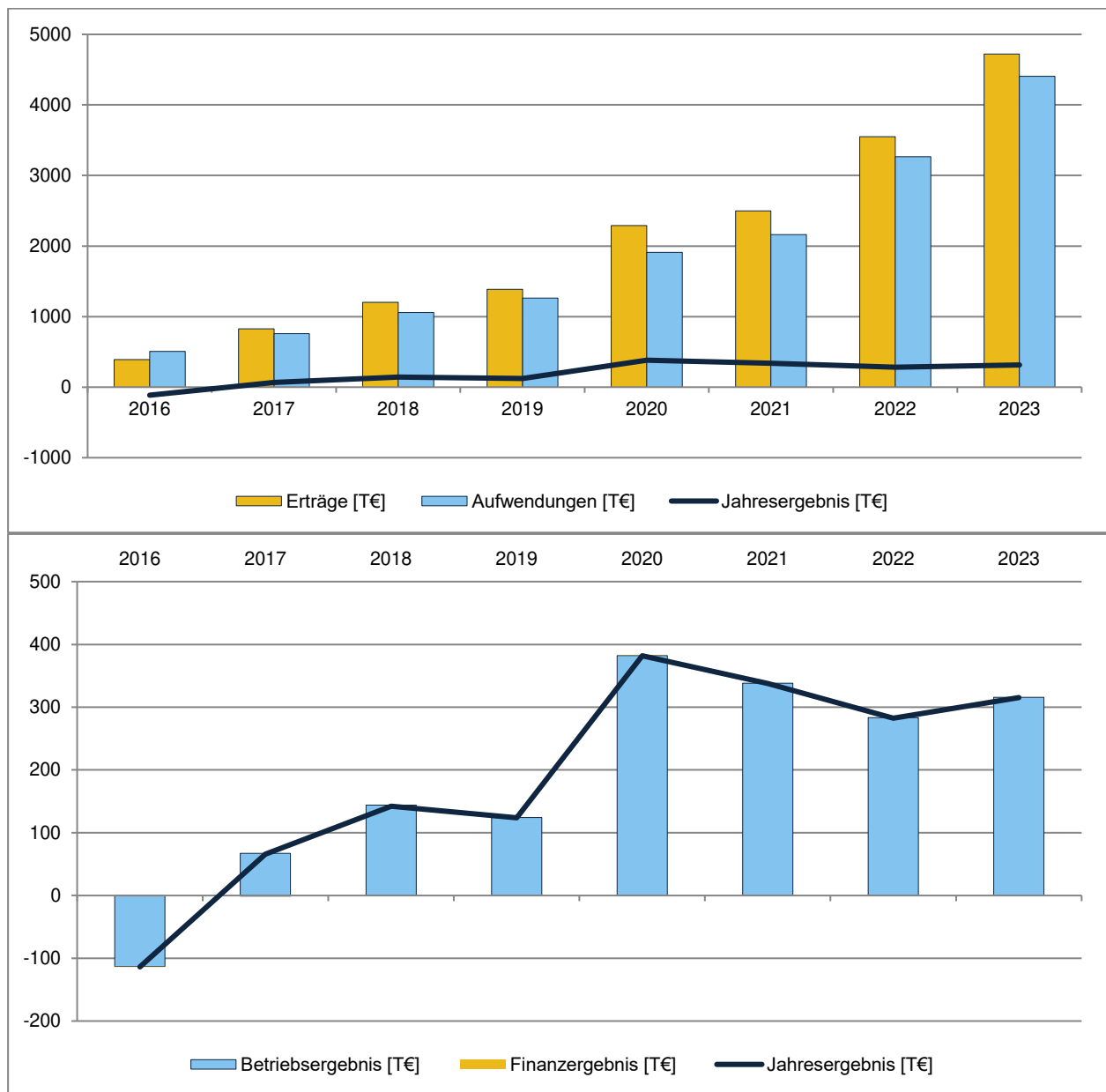
Gesellschafterversammlung:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Allgem. Vertreter des Landrats
-----------------------------------	----------------	-------------	--------------------------------

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	83,31%	77,44%	74,52%	-5,87%
Eigenkapitalrentabilität	33,32%	21,79%	19,58%	-11,53%
Anlagendeckungsgrad 2	622,45%	304,81%	198,42%	-317,64%
Verschuldungsgrad	20,04%	29,13%	29,88%	9,10%
Umsatzrentabilität	13,64%	8,03%	6,79%	-5,61%

12 REA GmbH & Co.KG WEA1

Wernersstraße 23
52351 Düren
Telefon: -
Telefax: -
E-Mail: j.lehmann@rea-dn.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windkraftanlage WEA 1 Düren.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	770,00	53,1
Bürgerenergie Düren eG	50,00	3,4
REA GmbH Regenerative Energie Anlagen Management	50,00	3,4
Weitere Privatpersonen	580,00	40,1
Stammkapital	1.450,00	100,00
Pers. haftende Komplementärin		
REA GmbH Umweltinvest Düren		

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	122.666,00 €	108.666,00 €	94.666,00 €	-14.000,00 €	-12,88%
II. Sachanlagen	2.954.052,00 €	2.613.402,00 €	2.281.918,66 €	-331.483,34 €	-12,68%
III. Finanzanlagen	31.000,00 €	31.000,00 €	31.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	176.325,26 €	144.785,00 €	205.606,34 €	60.821,34 €	42,01%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	554.383,75 €	921.347,17 €	693.100,24 €	-228.246,93 €	-24,77%

C. Rechnungs- abgrenzungsposten	63.836,49 €	53.738,64 €	44.137,20 €	-9.601,44 €	-17,87%
D. Nicht durch Vermögenseinla- gen gedeckter Verlustanteil Kommanditisten	69.222,77 €	69.174,30 €	68.769,95 €	-404,35 €	-0,58%
Summe Aktiva	3.971.486,27 €	3.942.113,11 €	3.419.198,39 €	-522.914,72 €	-13,26%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Kapitalanteile Kommanditisten	1.448.000,00 €	1.448.000,00 €	1.448.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Rücklagen	6.829,64 €	5.720,75 €	8.871,10 €	3.150,35 €	55,07%
III. Jahresergebnis	35.139,58 €	293.154,70 €	143.996,90 €	-149.157,80 €	-50,88%
B. Rückstellungen	97.893,38 €	162.801,10 €	146.895,65 €	-15.905,45 €	-9,77%
C. Verbindlichkeiten	2.383.623,67 €	2.032.436,56 €	1.671.434,74 €	-361.001,82 €	-17,76%
Summe Passiva	3.971.486,27 €	3.942.113,11 €	3.419.198,39 €	-522.914,72 €	-13,26%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	685.838,57 €	1.041.695,79 €	808.486,67 €	-233.209,12 €	-22,39%
2. Sonstige betriebliche Erträge	73,70 €	0,00 €	12.012,24 €	12.012,24 €	
3. Abschreibungen	356.650,00 €	356.650,00 €	356.650,00 €	0,00 €	0,00%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	201.413,56 €	262.435,68 €	237.110,79 €	-25.324,89 €	-9,65%
Betriebsergebnis	127.848,71 €	422.610,11 €	226.738,12 €	-195.871,99 €	-46,35%
5. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	45,39 €	1.442,73 €	27.819,07 €	26.376,34 €	1828,22%
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	85.464,52 €	73.725,64 €	83.029,29 €	9.303,65 €	12,62%
Finanzergebnis	-85.419,13 €	-72.282,91 €	-55.210,22 €	17.072,69 €	-23,62%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	42.429,58 €	350.327,20 €	171.527,90 €	-178.799,30 €	-51,04%
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.290,00 €	57.172,50 €	27.531,00 €	-29.641,50 €	-51,85%
Jahresergebnis	35.139,58 €	293.154,70 €	143.996,90 €	-149.157,80 €	-50,88%
8. Gutschrift auf Kapitalkonten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. Gutschrift auf Verbindlich- keitskonten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Bilanzgewinn	35.139,58 €	293.154,70 €	143.996,90 €	-149.157,80 €	-50,88%

f) Lagebericht

1. BERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF

Die REA GmbH & Co. KG WEA 1 Düren wurde im Jahr 2012 gegründet und ist die Betreibergesellschaft der Windenergieanlage Nr. 1 (nachfolgend Gesellschaft) - eine Windenergieanlage des Typs ENERCON E-101 südlich der A4 im Windpark Düren-Echtz.

An der REA GmbH & Co. KG WEA 1 Düren sind neben der vermögenslosen Beteiligung der Komplementärin REA GmbH Umweltinvest ab dem Geschäftsjahr 2013 dreizehn Kommanditisten beteiligt. Dabei ist die RURENERGIE GmbH, eine kommunale Gesellschaft, mit 53,10% beteiligt. Das Eigenkapital in Höhe von EUR 1.450.000 wurde im Jahr 2013 vollständig eingezahlt.

Mit dem Gesellschaftsvertrag vom 09.12.2013 haben die Kommanditisten dem Investitionsplan und der Ertragsprognose mit einer Gesamtinvestitionssumme von EUR 5.900.000 zugestimmt.

BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2023

Nach dem unterdurchschnittlichen Jahr 2021 (93,9%) und dem durchschnittlichen Jahr 2022 (97,5%) liegt der Ertragsindex für das Jahr 2023 in Nordrhein-Westfalen mit 116,3% wieder über dem Durchschnitt.

Nur der Mai, Juni und September weisen Indexwerte unter 100 % auf. Dem gegenüber stehen sieben Monate, einschließlich der drei Wintermonate, mit Indexwerten teilweise deutlich über 110 %. Vor allem die zweite Jahreshälfte war sehr windstark mit drei Monaten über 140 %. Auch die erste Jahreshälfte präsentierte sich leicht überdurchschnittlich und hatte nur zwei ertragsschwache Monate (Mai & Juni) zu bieten. Damit zeigt sich das Jahr 2023 auch im Ertrag als sehr überdurchschnittlich.

Nach dem Rekordjahr 2022 mit Marktwerten von über 40 Cent/kWh zeigt der Marktwert wieder eine deutlich sinkende Tendenz und lag im Jahr 2023 durchschnittlich bei 7,807 Cent/kWh.

Aufgrund einer normalen Erlöslage (EEG-Vergütung) und einem überdurchschnittlichen Windertrag erlangten die Betreibergesellschaften der REA Firmengruppe erneut gute Erlöse.

*Quelle: Anemos Windreport 2023 (Ertragsindex NRW)

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNGSMAßNAHMEN

Der Bau der WEA 1 ist im Jahr 2014 vollständig abgeschlossen worden. Darüber hinaus hat die Gesellschaft keine Investitionen getätigt.

2. DARSTELLUNG DER LAGE

ERTRAGSLAGE

Die Ertragslage der Gesellschaft kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Die Rahmenbedingungen für die Erlöse ergeben sich aus dem EEG 2014. Die Regelungen wurden im aktuellen EEG 2023 für Bestandsanlagen übernommen.

Das Steuerungs-, Vermarktungs- und Abrechnungsmanagement wird über ein dynamisiertes vom Marktwert abhängiges Dienstleistungsentgelt von der Quadra Energy GmbH im Rahmen des Direktvermarktungsvertrages in Rechnung gestellt.

Aufgrund der Entwicklung des Börsenstrompreises im Jahr 2023 lag die Gesamtvergütung pro kWh im Durchschnitt bei EUR 0,0966. Insgesamt hat die WEA der Gesellschaft im Jahr 2023 8.085.460 kWh (Vorjahr 6.500.241 kWh) produziert, davon wurden 8.074.555 kWh eingespeist und vergütet.

Die wesentlichen Aufwendungen setzen sich aus den Pacht-, Wartungs- und Finanzierungsaufwendungen zusammen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten aus dem Stromabrechnungsvertrag mit der REA GmbH & Co. KG Fonds 4 i. H. v. EUR 14.418,99 (Vorjahr EUR 53.257,59), hier schlug im Vorjahr insbesondere das erhöhte Dienstleistungsentgelt des Direktvermarkters zu Buche. Weiterhin sind aus dem Wartungsvertrag Kosten i. H. v. EUR 84.709,11 (Vorjahr 71.455,99), aus dem Vertrag über Repowering-Projekt mit der REA GmbH Umweltinvest i. H. v. EUR 19.405,09 (Vorjahr EUR 15.626,58), Kosten für die Betriebsführung i. H. v. EUR 27.502,69 (Vorjahr EUR 34.413,20) und Kosten für den Ausgleich der Leistungs-drosselungsverluste i. H. v. EUR 2.711,33 (Vorjahr EUR 9.485,49) enthalten.

Durch die Darlehensgewährung der Sparkasse Düren zum 15.07.2014 sind Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 79.433,97 (Vorjahr EUR 70.130,32) angefallen. Im Gegenzug hat die Gesellschaft durch den zur Sicherung des Darlehens-Zinssatzes bei der Sparkasse Düren abgeschlossenen Zinscap im Jahr 2023 einen Zinsertrag in Höhe von 19.085,68 € erhalten.

In Summe verbleibt im Jahr 2023 ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 143.996,90.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG			
	31.12.2022		31.12.2023
	EUR		
UMSATZERLÖSE	1.041.695,79		808.486,67
REPARATUREN & WARTUNGEN	-74.785,99		-84.074,84
SONSTIGE BETRIEBL. ERTRÄGE	0,00		12.012,24
ROHERTRAG	966.909,80		736.424,07
ABSCHREIBUNGEN	-356.650,00		-356.650,00
PACHTEN	-40.249,42		-43.060,96
VERSICHERUNGEN UND BEITRÄGE	-3.028,60		-2.333,98
SONSTIGE BETRIEBL. AUFWENDUNGEN	-144.371,67		-107.641,01
BETRIEBSERGEBNIS	422.610,11		226.738,12
ZINSERTRÄGE	1.442,73		27.819,07
ZINSAUFWENDUNGEN	-73.725,64		-83.029,29
FINANZERGEBNIS	-72.282,91		-55.210,22
STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	-57.172,50		-27.531,00
JAHRESERGEBNIS	293.154,70		143.996,90

FINANZLAGE

Die Gesellschaft verfügt über EUR 693.100,24 (Vorjahr EUR 921.347,17) an liquiden Mitteln.

Davon wurden EUR 201.806,50 (Vorjahr EUR 206.744,07) auf dem Festgeldkonto der Sparkasse Düren als Schuldendienstreserve und weitere EUR 239.829,38 (Vorjahr EUR 239.820,54) auf einem zweiten Festgeldkonto hinterlegt. Davon beträgt die Rückbaureserve EUR 215.000,00 entsprechend dem Darlehensvertrag und zusätzlich EUR 24.688,48 für die seitens der Sparkasse Düren übernommene Bürgschaft aus dem Verlustübernahmevertrag (Leistungsdrosselungsverluste) mit Windpark Düren-Echtz GmbH & Co. KG.

Diese Festgelder stehen dementsprechend nicht zur freien Verfügung der Gesellschaft.

VERMÖGENSLAGE

Die Entwicklung der Vermögenslage kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Bilanz			
AKTIVA ZUM		31.12.2022	31.12.2023
		EUR	EUR
BILANZSUMME		3.942.113,11	3.419.198,39
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		108.666,00	94.666,00
SACHANLAGEN		2.613.402,00	2.281.918,66
FINANZANLAGEN		31.000,00	31.000,00
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		53.738,64	44.137,20
ZAHLUNGSMITTEL		446.564,61	441.635,88
NICHT DURCH VERMÖGENSEINLAGEN			
GEDECKTER VERLUSTANTEIL		69.174,30	68.769,95
SUMME LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		3.322.545,55	2.962.127,69
FORDERUNGEN + SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		144.450,54	190.187,33
STEUERFORDERUNGEN		334,46	15.419,01
ZAHLUNGSMITTEL		474.782,56	251.464,36
SUMME KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		619.567,56	457.070,70
PASSIVA ZUM		31.12.2022	31.12.2023
		EUR	EUR
BILANZSUMME		3.942.113,11	3.419.198,39
EIGENKAPITAL		1.746.875,45	1.600.868,00
RÜCKSTELLUNGEN		162.801,10	146.895,65
LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		1.941.156,00	1.588.212,00
KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		91.280,56	83.222,74

3. BERICHT ÜBER DIE VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG UND MÖGLICHE CHANCEN UND RISIKEN DES UNTERNEHMENS

Durch die gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen für den erzeugten Strom und die langlebige Technik ergibt sich eine stabile Prognose über die Rentabilität der WEA. Äußere Einflüsse sind so weit wie möglich versichert. Für sämtliche WEA wurde eine Maschinen-, Betriebsunterbrechungs- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Des Weiteren garantiert ein Vollwartungsvertrag nach dem Enercon-Partner-Konzept vom 18.05.2011 über die Finanzierungslaufzeit von 15 Jahren eine Verfügbarkeit seitens des Herstellers von 97 %.

Ziel der Gesellschaft ist, dass eine möglichst hohe Verfügbarkeit erreicht wird. Dies wird durch ein laufendes Monitoring und Prüfung von Warnmeldungen erreicht, um Fehler und Stillstandzeiten der WEA zu verringern und den Ertrag zu erhöhen. Die Verfügbarkeit betrug im Jahr 2023 97,0 %.

Für die 20-jährige Betriebslaufzeit der WEA wird in dem Wirtschaftsplan eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von 7 % prognostiziert.

Im Jahr 2023 ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan eine Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von 9,93%. Die prognostizierte Eigenkapitalrendite nach GewSt beträgt 1,6 %.

Die ersten Monate im Jahr 2024 waren bisher mit Blick auf den Ertrag zufriedenstellend.

Die Börsenstrompreise der ersten Monate 2024 liegen im Vergleich zu den Werten im Vorjahr deutlich niedriger im Bereich 5 bis 6 Ct. Die hohen Winderträge und die EEG-Vergütung führten zu den gewohnten Einnahmen.

Im Dezember 2022 wurde das Strompreisbremsengesetz (StromPBG) erlassen. Dies führte für die Gesellschaft neben der Dämpfung der Energiekosten durch eine Strompreisbremse dazu, dass für den Zeitraum vom 01.12.2022 bis 30.06.2023 bei erhöhten Marktwerten Überschusserlöse abgeschöpft wurden. Die maximale Abschöpfung für den Dezember wurde im Jahresabschluss 2022 zurückgestellt. Die Meldung und Zahlung erfolgte im Juni/August 2023. Aufgrund des erst später bekannten Berechnungsverfahrens wurden geringere Beträge abgeführt als zurückgestellt. Die Differenz wurde in den Jahresabschlüssen als Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen aufgelöst. Die REA GmbH & Co. KG WEA 1 Düren hat im Rahmen der Erlösabschöpfung insgesamt 1.070,90 € im ersten Meldezeitraum abgeführt, für den zweiten Meldezeitraum mussten keine Beträge gezahlt werden.

Zur Schaffung von Akzeptanz und lokaler Wertschöpfung haben die Gesellschafter beschlossen, die Kommunale Teilhabe nach § 6 EEG 2023 ab dem 01.01.2023 umzusetzen. Es wurden Verträge mit den beteiligten Kommunen geschlossen. Hiernach erhalten die Kommunen jährlich 0,2 ct pro eingespeiste kWh. Die Kosten werden vom Netzbetreiber erstattet, sofern die kWh zu einem Marktwert unter dem Anzulegenden Wert produziert wurde.

Liegt der Marktwert über dem Anzulegenden Wert, erhält die Gesellschaft keine Erstattung durch Netzbetreiber und trägt die Kosten.

Trotz aller Sorgfalt können folgende **Risiken** auftreten:

Abweichungen von Prognosen

Die tatsächlichen Windverhältnisse am Standort schwanken saisonal und können deutlich hinter den prognostizierten Werten zurückbleiben.

Windenergieanlage im angrenzenden Gemeindegebiet Langerwehe

Im Jahr 2019 entstand auf dem Gebiet der Gemeinde Langerwehe eine Nordex N131, die im August 2019 fertiggestellt wurde. Es könnte zu Windverschattungen kommen, die jedoch bereits in der Wirtschaftlichkeitsprognose und den gutachterlich errechneten Erträgen mit dem ursprünglich zusätzlich geplanten Bau von drei WEA Enercon E82 berücksichtigt sind. Die 2019 errichtete Windenergieanlage in Langerwehe hat bisher zu keinen nennenswerten Einschränkungen im Betrieb der WEA 1 Düren geführt. Die zu erwartenden Erträge liegen auch mit der Verschattung der WEA in Langerwehe über den Prognosen im Wirtschaftsplan.

Abweichung der Nutzungsdauer

Die tatsächliche Nutzungsdauer der WEA bzw. einzelner Komponenten kann geringer sein als nach den üblichen Annahmen vorhersehbar.

Inflationsrisiko

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert die Höhe der Einspeisevergütung für das Jahr der Inbetriebnahme und die folgenden 20 Betriebsjahre. Eine stark ansteigende Inflation (5,9 % in 2023) hat im Jahr 2023 zu erhöhten Aufwendungen, insbesondere bei den Wartungskosten (gerechnet auf die kWh) des EPK, geführt.

Insolvenzrisiko

Einzelne Vertragspartner können während der Laufzeit aus dem Markt ausscheiden, so dass dadurch höhere Kosten entstehen.

Vertragstreue

Geschlossene Verträge können angefochten werden, so dass gegen die Gesellschaft bis jetzt nicht gekannte Rechtsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Direktvermarktung

Zum Jahreswechsel 2022 haben sich die Konditionen für die Direktvermarktung im Windpark Düren-Echtz geändert, die Dienstleistungsgebühr wurde in Abhängigkeit vom Marktwert angehoben. Ab dem 01.09.2022 wurde das Dienstleistungsentgelt erneut verhandelt, die Erhöhungsstufen wurden dabei gemildert/abgeschwächt.

Aktuelles Risiko

Nachrüstung der WEA und Reparaturen

Der Gesetzgeber hat eine Verpflichtung zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK) für WEA eingeführt, welche sowohl für Neu-, als auch für Bestandsanlagen gilt. Die beauftragten Kosten für die „Transponderlösung“ inkl. Schnittstelle liegen bei ca. EUR 45.500,00 für den Windpark. Für die WEA 1 liegen die anteiligen Kosten bei ca. EUR 15.200,00. Zusätzlich ergeben sich jährliche Kosten i.H.v. ca. 500 Euro für die Wartung des Systems. Diese Nachrüstung ist im Jahr 2023 noch nicht abgeschlossen.

4. SONSTIGE ANGABEN

VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Zur Sicherung des Darlehens-Zinssatzes der Sparkasse Düren ab dem 11. bis zum 15. Jahr der Darlehenslaufzeit hat die Gesellschaft ein Zinsbegrenzungsgeschäft mit der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba) abgeschlossen. Damit beträgt der Zinssatz 2,8% über die gesamte Laufzeit des Darlehens. Seit dem 01.07.2023 erhält die Gesellschaft Zinserträge aus diesem Zinsbegrenzungsgeschäft.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: REA GmbH Umweltinvest

Gesellschafterversammlung: 1 Stimme je 1.000 € Kommanditkapital

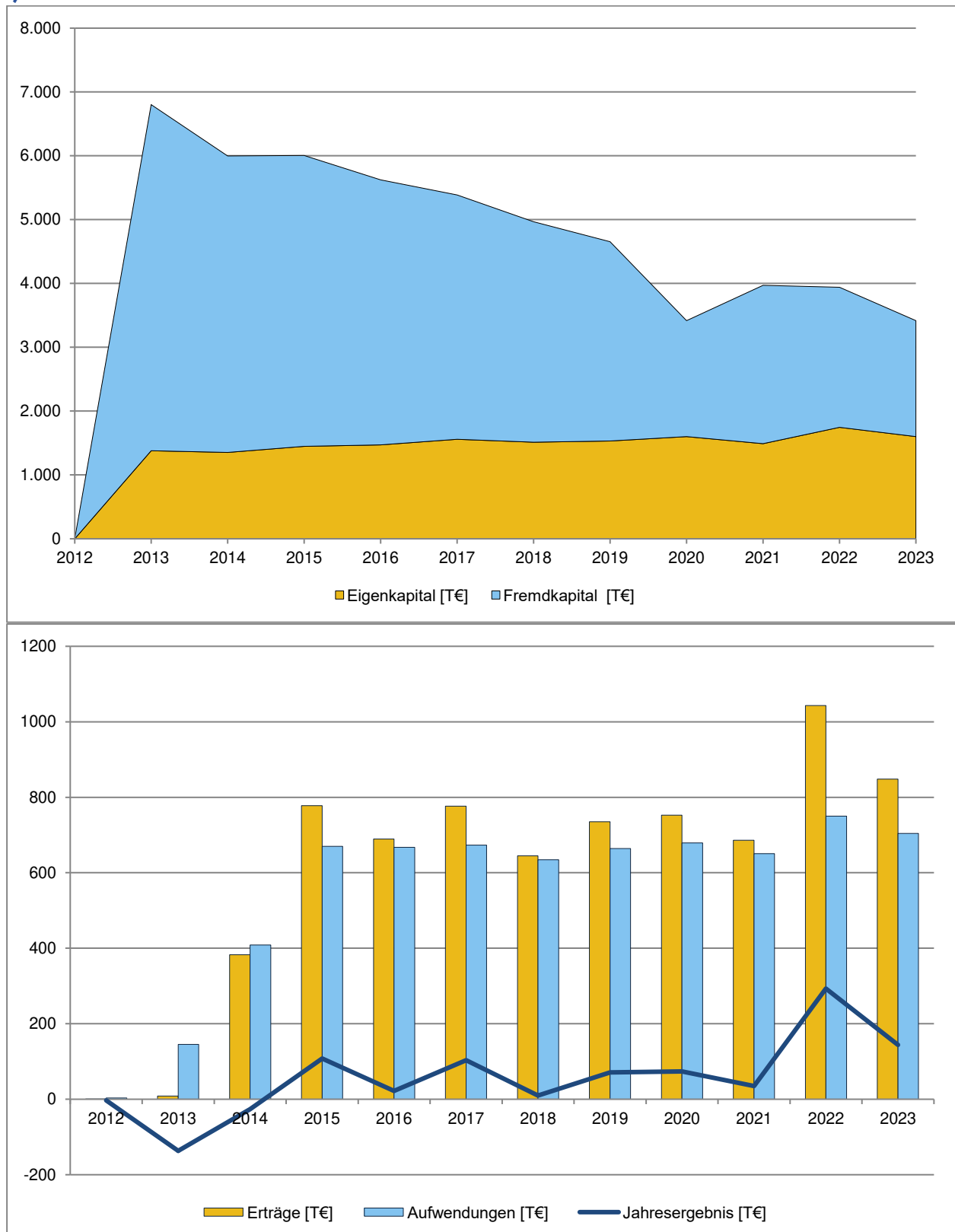
Vertreter des Kreises Düren

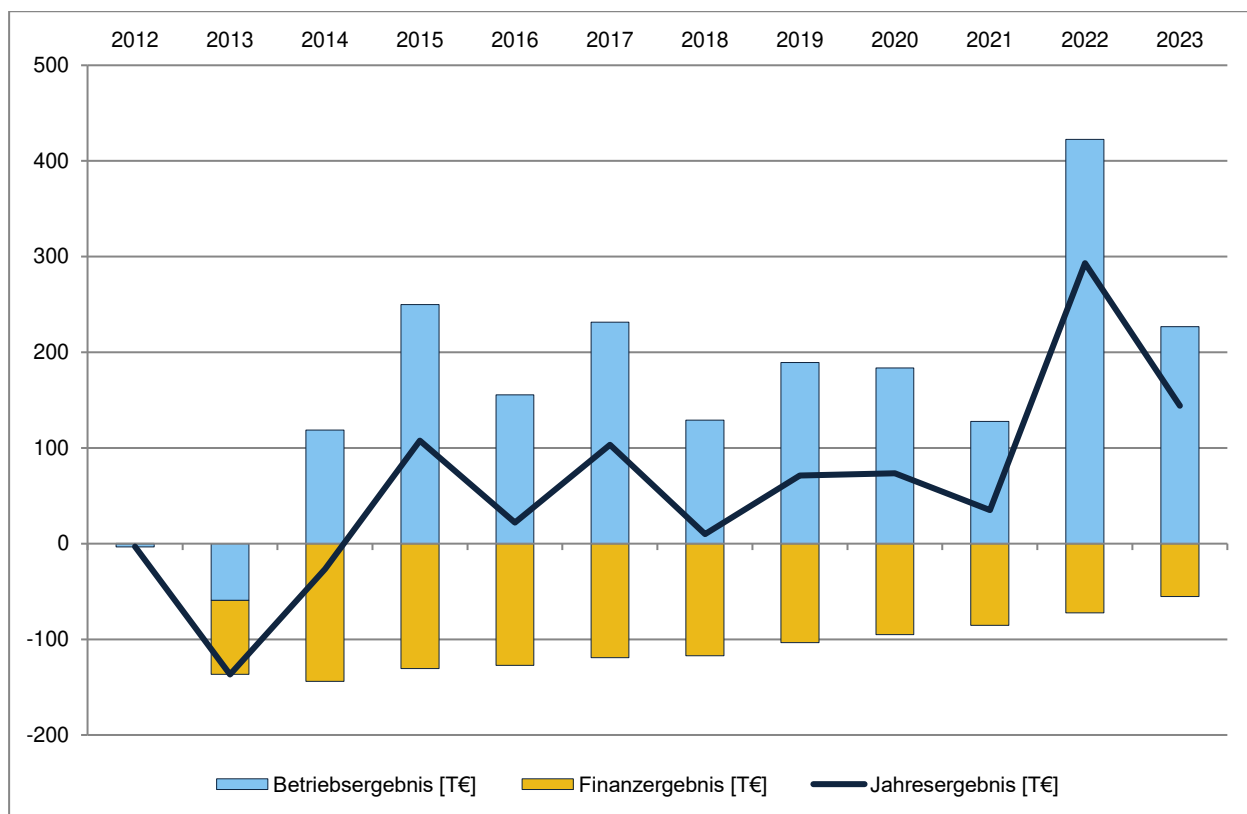
Gesellschafterversammlung: Zerres, Thomas RURENERGIE Geschäftsführer

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	37,52%	44,31%	46,82%	2,51%
Eigenkapitalrentabilität	2,36%	16,78%	8,99%	-7,79%
Anlagendeckungsgrad 2	110,41%	121,14%	117,80%	-3,34%
Verschuldungsgrad	166,55%	125,67%	113,58%	-12,08%
Umsatzrentabilität	18,64%	40,57%	28,04%	-12,52%

13 REA WEA Birk GmbH & Co.KG

Wernersstraße 23
52351 Düren
Telefon: -
Telefax: -
E-Mail: j.lehmann@rea-dn.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windkraftanlage WEA Würselen-Birk.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	250,00	33,33
REA GmbH & Co. KG Fonds 3	170,00	22,67
Weitere Privatpersonen	330,00	44,00
Stammkapital	750,00	100,00
Pers. haftende Komplementärin		
REA Komplementär GmbH (seit 12.10.2023)		

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	2.366.392,00 €	2.214.226,00 €	2.066.360,00 €	-147.866,00 €	-6,68%
II. Finanzanlagen	24.500,00 €	24.500,00 €	24.500,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte		1.500,00 €	0,00 €	-1.500,00 €	-100,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	95.558,02 €	92.106,86 €	97.558,26 €	5.451,40 €	5,92%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	310.277,23 €	575.358,04 €	479.602,13 €	-95.755,91 €	-16,64%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.529,39 €	1.548,10 €	1.602,55 €	54,45 €	3,52%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
D. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil Kommanditisten	2.875,64 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	2.801.132,28 €	2.909.239,00 €	2.669.622,94 €	-239.616,06 €	-8,24%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Kapitalanteile Kommanditisten	770.194,71 €	773.725,38 €	856.137,20 €	82.411,82 €	10,65%
II. Bilanzgewinn	92.330,67 €	266.241,23 €	139.354,73 €	-126.886,50 €	-47,66%
B. Rückstellungen	64.432,79 €	120.128,02 €	87.708,67 €	-32.419,35 €	-26,99%
C. Verbindlichkeiten	1.842.963,11 €	1.711.587,37 €	1.542.231,34 €	-169.356,03 €	-9,89%
D. Passive latente Steuern	31.211,00 €	37.557,00 €	44.191,00 €	6.634,00 €	17,66%
Summe Passiva	2.801.132,28 €	2.909.239,00 €	2.669.622,94 €	-239.616,06 €	-8,24%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	403.157,80 €	644.777,43 €	482.239,19 €	-162.538,24 €	-25,21%
2. sonstige betriebliche Erträge	4.260,09 €	3.915,60 €	14.060,65 €	10.145,05 €	259,09%
3. Abschreibungen	158.566,00 €	158.566,00 €	158.566,00 €	0,00 €	0,00%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	107.868,62 €	139.717,78 €	146.125,33 €	6.407,55 €	4,59%
Betriebsergebnis	140.983,27 €	350.409,25 €	191.608,51 €	-158.800,74 €	-45,32%
5. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	245,00 €	245,00 €	245,00 €	0,00 €	0,00 €
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	1.369,42 €	2.702,48 €	1.333,06 €	97,34%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	30.992,94 €	28.546,24 €	26.220,84 €	-2.325,40 €	-8,15%
Finanzergebnis	-30.747,94 €	-26.931,82 €	-23.273,36 €	3.658,46 €	-13,58%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	110.235,33 €	323.477,43 €	168.335,15 €	-155.142,28 €	-47,96%
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16.656,94 €	54.360,56 €	27.097,24 €	-27.263,32 €	-50,15%
Jahresergebnis	93.578,39 €	269.116,87 €	141.237,91 €	-127.878,96 €	-47,52%
9. Gutschrift auf Kapitalkonten	1.247,72 €	2.875,64 €	1.883,18 €	-992,46 €	-34,51%
Bilanzgewinn	92.330,67 €	266.241,23 €	139.354,73 €	-126.886,50 €	-47,66%

1. BERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF

Die REA WEA Birk GmbH & Co. KG wurde am 18.01.2016 von Herrn Hans-Willi Schruff als Gründungsgesellschafter gegründet. Die REA Windprojekte GmbH, HRB 7036, ist an der REA WEA Birk GmbH & Co. KG vermögenslos als Komplementärin beteiligt. Bis zum 12.09.2016 wurden weitere 12

Kommanditisten aufgenommen. Am 10.08.2017 wurde der RURENERGIE GmbH ein Kommanditanteil von 33,33% im Wege der Sonderrechtsnachfolge übertragen. Die REA Windprojekte GmbH, HRB 7036, ist als Komplementärin ausgeschieden. Seit dem 5. September 2023 ist die REA Komplementär GmbH, HRB 8471, an der REA WEA Birk GmbH & Co. KG vermögenslos als Komplementärin beteiligt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windenergieanlage, kurz WEA, Würselen-Birk II. Hierbei handelt es sich um eine WEA der Firma Enercon, Typ E 82 E2.

Die Gesellschafter haben dem Investitionsplan in Höhe von EUR 3.300.000,00 im Rahmen des Gesellschaftervertrages zugestimmt. Das benötigte Eigenkapital in Höhe von EUR 750.000,00 wurde vollständig eingezahlt.

BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2023

Nach dem unterdurchschnittlichen Jahr 2021 (93,9%) und dem durchschnittlichen Jahr 2022 (97,5%) liegt der Ertragsindex für das Jahr 2023 in Nordrhein-Westfalen mit 116,3% wieder über dem Durchschnitt.

Nur der Mai, Juni und September weisen Indexwerte unter 100 % auf. Demgegenüber stehen sieben Monate, einschließlich der drei Wintermonate, mit Indexwerten teilweise deutlich über 110 %. Vor allem die zweite Jahreshälfte war sehr windstark mit drei Monaten über 140 %. Auch die erste Jahreshälfte präsentierte sich leicht überdurchschnittlich und hatte nur zwei ertragsschwache Monate (Mai & Juni) zu bieten. Damit zeigt sich das Jahr 2023 auch im Ertrag als sehr überdurchschnittlich. Die erhöhten Erträge gegenüber der Prognose sind z.T. durch die Erhöhung nach § 31k des EEG bedingt (siehe auch Bericht Änderungsgenehmigung).

Nach dem Rekordjahr 2022 mit Marktwerten von über 40 Cent/kWh zeigt der Marktwert wieder eine deutlich sinkende Tendenz und lag im Jahr 2023 durchschnittlich bei 7,807 Cent/kWh.

Aufgrund einer normalen Erlöslage (EEG-Vergütung) und einem überdurchschnittlichen Windertrag erlangte die Gesellschaft erneut gute Erlöse.

*Quelle: Anemos Windreport 2023 (Ertragsindex NRW)

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNGSMASSNAHMEN

Die WEA Birk wurde am 23.12.2016 in Betrieb genommen. Maßgeblich für die Einspeisevergütung ist das EEG 2017. Der Bau der WEA Birk ist in 2017 vollständig abgeschlossen worden. Darüber hinaus hat die Gesellschaft keine Investitionen getätigt.

Zur Finanzierung der WEA hat die Gesellschaft ein Darlehen bei der GLS Bank in Bochum in Höhe von EUR 2.425.000,-- mit einer Laufzeit von 15 Jahren aufgenommen. Dieses wurde in 2017 vollständig ausgezahlt. Die WEA speist über eine Übergabestation den Strom in das öffentliche Netz des Versorgers Envor ein. Die beanspruchten Grundstücke für den Betrieb der WEA sind durch Grundbucheintragungen gesichert.

2. DARSTELLUNG DER LAGE

ERTRAGSLAGE

Die Rahmenbedingungen für die Erlöse ergeben sich aus dem EEG 2017.

Die garantierte EEG-Vergütung (Anfangsvergütung) beträgt EUR 0,0848 pro kWh. Das Steuerungs-, Vermarktungs- und Abrechnungsmanagement wurde über die Dienstleistungsgebühr in Höhe von EUR 0,0009 an NaturStrom im Rahmen des Direktvermarktungsvertrages gezahlt. Ab 2024 hat die Quadra Energy GmbH die Direktvermarktung übernommen.

Aufgrund der Entwicklung des Börsenstrompreises im Jahr 2023 lag die Gesamtvergütung pro kWh im Durchschnitt bei EUR 0,089.

Die WEA hat im Jahre 2023 5.482.084 kWh produziert (Vorjahr 4.126.082 kWh) und 5.443.017 kWh (Vorjahr 4.102.868 kWh) vergütet bekommen (die Netzverluste betrugen durchschnittlich 0,72 %).

Die wesentlichen Aufwendungen setzen sich aus den Pacht- und Finanzierungsaufwendungen zusammen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten für die Betriebsführung i.H. v. EUR 24.316,56 enthalten. Durch die Darlehensgewährung der GLS Bank zum 08.09.2016 sind Zinsaufwendungen für 2023 in Höhe von EUR 24.118,48 angefallen. In Summe verbleibt in 2023 ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 141.237,91.

Die zusätzlichen Kosten für die Wirtschaftsprüfung übernimmt die RURENERGIE GmbH. Diese sind im Wirtschaftsplan unter Sonstige Einnahmen abgebildet.

FINANZLAGE

Das Eigenkapital in Höhe von EUR 750.000,- wurde in 2016 vollständig eingezahlt. Die Tilgung des Darlehens begann zum 30.03.2018. Eine Rücklage zur Schuldendienstreserve in Höhe von EUR 100.000,00 ist im August 2018 hinterlegt worden. Der Rückbau ist durch eine Bankbürgschaft gesichert. Die Gesellschaft verfügt über EUR 479.602,13 (Vorjahr EUR 575.358,04) an liquiden Mitteln. Davon wurden EUR 100.000,00 auf dem Festgeldkonto der GLS Bank als Schuldendienstreserve hinterlegt (Stand zum 31.12.2023 EUR 100.366,46) und stehen dementsprechend nicht für die Ausschüttung zur Verfügung. Die Rücklage für den Rückbau wird auf einem weiteren Festgeldkonto der GLS Bank bis zum Ende der Finanzierung sukzessive angespart (Stand zum 31.12.2023 EUR 90.000). Die übrigen EUR 289.235,67 (Vorjahr EUR 394.991,58) befinden sich auf dem Girokonto der GLS Bank.

VERMÖGENSLAGE

Die Entwicklung der Vermögenslage kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Angaben für Lagebericht bei W P (Bilanz)			
Bilanz			
AKTIVA ZUM		31.12 2022	31.12 2023
		EUR	EUR
BILANZSUMME		2.909.239,00	2.669.622,94
SACHANLAGEN		2.214.226,00	2.066.360,00
FINANZANLAGEN		24.500,00	24.500,00
ZAH LUNG SM ITTEL		180.366,46	190.366,46
SUMME LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		2.419.092,46	2.281.226,46
FORDERUNGEN + SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		93.606,86	91.000,07
STEUERFORDERUNGEN		0,00	6.558,19
ZAH LUNG SM ITTEL		394.991,58	289.235,67
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		1.548,10	1.602,55
SUMME KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		490.146,54	388.396,48
PASSIVA ZUM		31.12 2022	31.12 2023
		EUR	EUR
BILANZSUMME		2.909.239,00	2.669.622,94
EIGENKAPITAL		1.039.966,61	995.491,93
RÜCKSTELLUNGEN		120.128,02	87.708,67
LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		1.501.000,00	1.347.000,00
KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		210.587,37	195.231,34
PASSIVE LATENTE STEUER		37.557,00	44.191,00

3. BERICHT ÜBER DIE VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG UND MÖGLICHE CHANCEN UND RISIKEN DES UNTERNEHMENS

Durch die gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen für den erzeugten Strom und die langlebige Technik ergibt sich eine stabile Prognose über die Rentabilität der WEA. Äußere Einflüsse sind so weit wie möglich versichert. Für die WEA wurde eine Maschinen-, Betriebsunterbrechungs- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Des Weiteren garantiert ein Vollwartungsvertrag nach dem Enercon-Partner-Konzept vom 05.09.2016 über die geplante Finanzierungslaufzeit hinaus eine 20-jährige Verfügbarkeit seitens des Herstellers von 97 % bzw. 95 % ab dem Betriebsjahr 16.

Ziel der Gesellschaft ist, dass eine möglichst hohe Verfügbarkeit erreicht wird. Dies wird durch ein laufendes Monitoring und Prüfung von Warnmeldungen erreicht, um Fehler und Stillstandzeiten der WEA zu verringern und den Ertrag zu erhöhen. Die Verfügbarkeit betrug im Jahr 2023 99,7 %.

Für die 20-jährige Betriebslaufzeit der WEA wird im Wirtschaftsplan eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von 5,56 % prognostiziert.

Im Jahr 2023 ergibt sich eine Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von 18,83 %.

Die ersten Monate im Jahr 2024 waren bisher mit Blick auf den Ertrag zufriedenstellend.

Die Börsenstrompreise der ersten Monate 2024 liegen im Vergleich zu den Werten im Vorjahr deutlich niedriger im Bereich 5 bis 6 Ct. Die hohen Winderträge und die EEG-Vergütung führten zu den gewohnten Einnahmen

Im Dezember 2022 wurde das Strompreisbremsengesetz (StromPBG) erlassen. Dies führt für die Gesellschaft neben der Dämpfung der Energiekosten durch eine Strompreisbremse dazu, dass für den Zeitraum vom 01.12.2022 bis 30.06.2023 bei erhöhten Marktwerten Überschusserlöse abgeschöpft wurden. Die maximale Abschöpfung für den Dezember wurde im Jahresabschluss 2022 zurückgestellt. Die Meldung und Zahlung erfolgt im Juni/August 2023. Aufgrund des erst später bekannten Berechnungsverfahrens wurden geringere Beträge abgeführt als zurückgestellt. Die Differenz wurde in den Jahresabschlüssen als Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen aufgelöst. Die REA WEA Birk GmbH & Co. KLG hat im Rahmen der Erlösabschöpfung insgesamt 7.126,31 Euro im ersten Meldezeitraum abgeführt, für den zweiten Meldezeitraum mussten keine Beträge gezahlt werden. Die Gesellschaft hat insgesamt 1.191,92 Euro staatliche Entlastung nach dem StromPBG erhalten.

Zur Schaffung von Akzeptanz und lokaler Wertschöpfung haben die Gesellschafter beschlossen, die Kommunale Teilhabe nach § 6 EEG 2023 ab dem 01.10.2023 umzusetzen. Es wurden Verträge mit den beteiligten Kommunen geschlossen. Hiernach erhalten die Kommunen jährlich 0,2 ct pro eingespeiste kWh. Die Kosten werden vom Netzbetreiber erstattet, sofern die kWh zu einem Marktwert unter dem Anzulegenden Wert produziert wurde.

Liegt der Marktwert über dem Anzulegenden Wert, erhält die Gesellschaft keine Erstattung durch Netzbetreiber und trägt die Kosten.

Trotz aller Sorgfalt können folgende **Risiken** auftreten:

Abweichungen von Prognosen

Die tatsächlichen Windverhältnisse können deutlich hinter den prognostizierten Werten zurückbleiben.

Abweichung der Nutzungsdauer

Die tatsächliche Nutzungsdauer der WEA bzw. einzelner Komponenten können geringer sein als nach den üblichen Annahmen vorhersehbar.

Inflationsrisiko

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert die Höhe der Einspeisevergütung für das Jahr der Inbetriebnahme und die folgenden 20 Betriebsjahre. Eine stark ansteigende Inflation (5,9 % in 2023) hat im Jahr 2023 zu erhöhten Aufwendungen, insbesondere bei den Wartungskosten (gerechnet auf die kWh) des EPK, geführt.

Insolvenzrisiko

Einzelne Vertragspartner können während der Laufzeit aus dem Markt ausscheiden, so dass dadurch höhere Kosten entstehen.

Vertragstreue

Geschlossene Verträge können angefochten werden, so dass gegen die Gesellschaft bis jetzt nicht gekannte Rechtsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Gesetzliche Anpassungen zur Steigerung der Akzeptanz für Windenergieanlagen

Der Gesetzgeber hat ab Ende 2022 eine Verpflichtung zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK) für WEA eingeführt, welche sowohl für Neu-, als auch für Bestandsanlagen gilt. Das angenommene Angebot von Protea Tech und Enercon für die „Transponderlösung“ liegt bei ca. EUR 19.100 zzgl. jährliche laufende Kosten von ca. 500 Euro für die Wartung des Systems. Diese Nachrüstung ist im Jahr 2023 noch nicht abgeschlossen.

Chancen

Betriebszeit

Durch den langfristigen Wartungsvertrag ist eine längere Betriebszeit als 20 Jahre zu erwarten.

Änderungsgenehmigung

Ab Oktober 2022 wurden im Zusammenhang mit der angespannten Energieversorgungslage in Deutschland aufgrund der politischen Krise bei der Energiegewinnung alle Leistungsreduzierungen für die Verminderung von Schall und Schattenwurf auf Grundlage des § 31k BImSchG Abweichungen von Vorgaben bei WEA zum Teil ausgesetzt, sodass die Windenergieanlagen auf Volllast betrieben werden konnten. Dadurch erhöhten sich im Zeitraum von Oktober bis April 2023 die produzierten kWh deutlich. Es wurde ein zweiter Zeitraum für diese Vorgehensweise genehmigt. Von August 2023 bis Anfang April 2024 wurden die Leistungsreduzierungen erneut ausgesetzt.

4. SONSTIGE ANGABEN

VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der Darlehensaufnahme wurde ein fester Zinssatz in Höhe von 1,51 % über die komplette Finanzierungslaufzeit der 15 Jahre vereinbart.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: REA Komplementär GmbH

Gesellschafterversammlung:

1 Stimme

je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung:

Zerres, Thomas

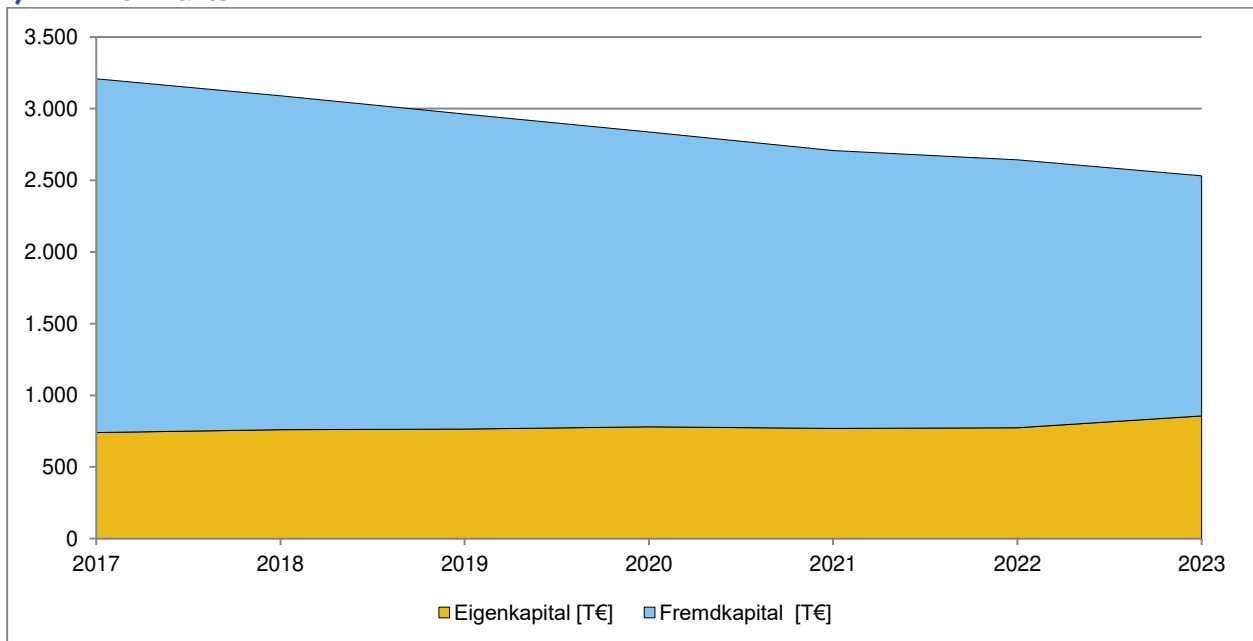
RURENERGIE

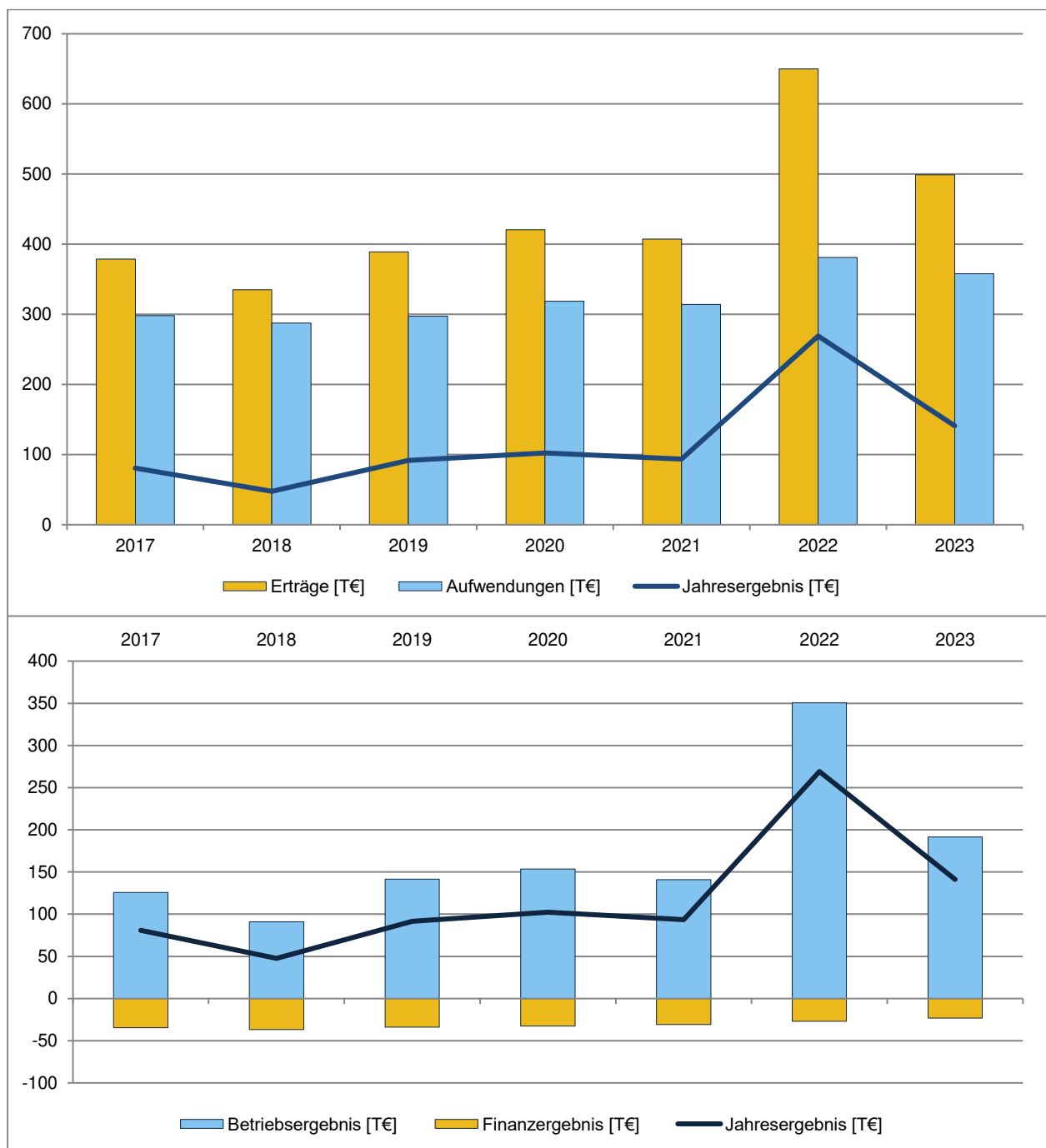
Geschäftsführer

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	30,79%	35,75%	37,29%	1,54%
Eigenkapitalrentabilität	10,85%	25,88%	14,19%	-11,69%
Anlagendeckungsgrad 2	105,30%	113,50%	112,03%	-1,47%
Verschuldungsgrad	221,14%	176,13%	163,73%	-12,40%
Umsatzrentabilität	34,97%	54,35%	39,73%	-14,61%

14 RE Solarpark Erftstadt GmbH & Co. KG

Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: -
Telefax: -
E-Mail: Thomas.Zerres@rurenergie.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und der Betrieb des Photovoltaikparks "Erftstadt-Niederberg".

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Die Gesellschaft RE Solarpark Erftstadt GmbH & Co. KG ist erst am 21. Dezember 2023 beim Notar gegründet und beim Handelsregister angemeldet worden.

Die Mitteilung über die Eintragung kam erst im Jahr 2024. In 2023 hat kein Geschäft stattgefunden.

Aufgrund von fehlenden Prüfungsvoraussetzung wurde für das Geschäftsjahr 2023 kein Jahresabschluss erstellt.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	25,00	100,00
Stammkapital	25,00	100,00
Pers. haftende Komplementärin		
RE Verwaltungs GmbH		

d) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: RE Verwaltungs GmbH

**Gesellschafter-
versammlung:**

1 Stimme

je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

**Gesellschafter-
versammlung:** Zerres, Thomas

RURENERGIE

Geschäftsführer

e) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

14 RE Verwaltungs GmbH

Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: -
Telefax: -
E-Mail: Thomas.Zerres@rurenergie.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an Projektgesellschaften im Bereich der Energieversorgung in der Rechtsform der GmbH & Co. KG, an denen die RURENERGIE GmbH mehrheitlich unmittelbar oder mittelbar als Kommanditistin beteiligt ist, und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Die Gesellschaft RE Verwaltungs GmbH ist erst am 18. Dezember 2023 beim Notar gegründet und beim Handelsregister angemeldet worden.

Die Mitteilung über die Eintragung kam erst im Jahr 2024. In 2023 hat kein Geschäft stattgefunden.

Aufgrund von fehlenden Prüfungsvoraussetzung wurde für das Geschäftsjahr 2023 kein Jahresabschluss erstellt.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	25,00	100,00
Stammkapital	25,00	100,00

Die Gesellschaft RE Solarpark Erftstadt GmbH & Co. KG ist erst am 18. Dezember 2023 beim Notar gegründet und beim Handelsregister angemeldet worden.

Die Mitteilung über die Eintragung kam erst im Jahr 2024. In 2023 hat kein Geschäft stattgefunden.

Aufgrund von fehlenden Prüfungsvoraussetzung wurde für das Geschäftsjahr 2023 kein Jahresabschluss erstellt.

d) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: Zerres, Thomas

Düren

**Gesellschafter-
versammlung:**

1 Stimme

je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

**Gesellschafter-
versammlung:**

Zerres, Thomas

RURENERGIE

Geschäftsführer

Die Beschlüsse bedürfen der Genehmigung durch die Gesellschafterversammlung der RURENERGIE GmbH. Für die Genehmigungsbeschlüsse der Gesellschafterversammlung der RURENERGIE GmbH gelten die im Gesellschaftsvertrag der RURENERGIE GmbH für entsprechende Sachverhalte maßgeblichen erforderlichen Stimmenmehrheiten

e) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

16 RE Windenergie Heimbach GmbH & Co. KG

Bismarckstraße 16
52351 Düren
Telefon: -
Telefax: -
E-Mail: Thomas.Zerres@rurenergie.de
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb der Windenergieanlage "WEA 4 Heimbach Vlaten". Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung der nachhaltigen regenerativen Energieversorgung.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Die Gesellschaft RE Windenergie Heimbach GmbH & Co. KG ist erst am 21. Dezember 2023 beim Notar gegründet und beim Handelsregister angemeldet worden.

Die Mitteilung über die Eintragung kam erst im Jahr 2024. In 2023 hat kein Geschäft stattgefunden.

Aufgrund von fehlenden Prüfungsvoraussetzung wurde für das Geschäftsjahr 2023 kein Jahresabschluss erstellt.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	25,00	100,00
Stammkapital	25,00	100,00
Pers. haftende Komplementärin		
RE Verwaltungs GmbH		

d) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: RE Verwaltungs GmbH

**Gesellschafter-
versammlung:** 1 Stimme je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

**Gesellschafter-
versammlung:** Zerres, Thomas RURENERGIE Geschäftsführer

e) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

17 regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbh



Lombardendstraße 24
52070 Aachen
Telefon: 0241 / 413 59 – 0
Telefax: 0241 / 413 540 – 1698
E-Mail: info@regioit.de
Homepage: www.regioit.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter sowie deren kommunalen Gesellschaften sowie von Einwohnerinnen und Einwohnern der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	12,878	0,859
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (EVA)	564,624	37,642
INFOKOM Gütersloh AöR	193,184	12,879
StädteRegion Aachen	151,340	10,089
Stadt Aachen	151,340	10,089
Regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G.	15,000	1,00
Stadt Alsdorf	12,878	0,859
Stadt Baesweiler	12,878	0,859
Stadt Eschweiler	12,878	0,859
Stadt Herzogenrath	12,878	0,859
Stadt Monschau	12,878	0,859
Gemeinde Roetgen	12,878	0,859
Gemeinde Simmerath	12,878	0,859
Kupferstadt Stolberg	12,878	0,859

Stadt Würselen	12,878	0,859
Stadt Düren	12,878	0,859
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	12,878	0,859
Civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung	269,977	17,998
Stammkapital	1.500,00	100,00

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	9.803.347,27 €	11.353.747,38 €	12.611.597,36 €	1.257.849,98 €	11,08%
II. Sachanlagen	12.972.197,54 €	14.884.838,03 €	17.187.759,42 €	2.302.921,39 €	15,47%
III. Finanzanlagen	3.488.628,12 €	3.203.841,36 €	3.174.606,56 €	-29.234,80 €	-0,91%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	0,00 €	344.776,00 €	344.776,00 €	
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	16.270.414,15 €	17.767.597,67 €	25.297.265,28 €	7.529.667,61 €	42,38%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	7.453.171,07 €	1.073.176,97 €	66.621,96 €	-1.006.555,01 €	-93,79%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.763.399,09 €	5.268.117,84 €	7.919.489,81 €	2.651.371,97 €	50,33%
Summe Aktiva	54.751.157,24 €	53.551.319,25 €	66.602.116,39 €	13.050.797,14 €	24,37%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.500.001,00 €	1.500.001,00 €	1.500.001,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	3.799.900,00 €	3.799.900,00 €	3.799.900,00 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	3.609.225,58 €	6.109.225,58 €	8.210.491,02 €	2.101.265,44 €	34,39%
IV. Jahresergebnis	7.420.154,63 €	10.506.327,22 €	6.147.702,21 €	-4.358.625,01 €	-41,49%
B. Rückstellungen	14.708.215,93 €	17.822.115,76 €	15.003.710,16 €	-2.818.405,60 €	-15,81%
C. Verbindlichkeiten	23.438.980,73 €	13.125.826,30 €	31.567.692,43 €	18.441.866,13 €	140,50%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	274.679,37 €	687.923,39 €	114.025,56 €	-573.897,83 €	-83,42%
E. Passive latente Steuern	0,00 €	0,00 €	258.594,00 €	258.594,00 €	
Summe Passiva	54.751.157,24 €	53.551.319,25 €	66.602.116,38 €	13.050.797,13 €	24,37%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	149.303.572,73 €	153.614.016,77 €	155.332.865,12 €	1.718.848,35 €	1,12%
2. Erhöhung / Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00 €	0,00 €	344.776,00 €	344.776,00 €	
3. Erträge aus aktivierten Eigenleistungen	235.838,88 €	466.656,00 €	537.296,00 €	70.640,00 €	15,14%
4. sonstige betriebliche Erträge	1.063.804,09 €	2.432.651,52 €	2.804.029,95 €	371.378,43 €	15,27%
5. Materialaufwand	69.065.588,79 €	67.475.807,79 €	69.560.376,44 €	2.084.568,65 €	3,09%
6. Personalaufwand	49.472.330,13 €	53.394.439,64 €	56.711.269,43 €	3.316.829,79 €	6,21%
7. Abschreibungen	8.199.824,60 €	9.002.387,48 €	10.076.196,64 €	1.073.809,16 €	11,93%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	12.329.424,76 €	11.735.738,67 €	14.281.245,41 €	2.545.506,74 €	21,69%
Betriebsergebnis	11.536.047,42 €	14.904.950,71 €	8.389.879,15 €	-6.515.071,56 €	-43,71%
9. Erträge aus Beteiligungen	109.988,28 €	114.725,81 €	557.978,30 €	443.252,49 €	386,36%
10. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	13.215,67 €	11.403,58 €	13.098,84 €	1.695,26 €	14,87%
11. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	332.569,62 €	200.152,97 €	469.705,76 €	269.552,79 €	134,67%
Finanzergebnis	-209.365,67 €	-74.023,58 €	101.371,38 €	135.342,09 €	-182,84%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	11.326.681,75 €	14.830.927,13 €	8.491.250,53 €	3.504.245,38 €	23,63%
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.870.365,63 €	4.289.770,09 €	2.339.737,96 €	419.404,46 €	9,78%
13. sonstige Steuern	36.161,49 €	34.829,82 €	3.810,36 €	-1.331,67 €	-3,82%
Jahresergebnis	7.420.154,63 €	10.506.327,22 €	6.147.702,21 €	3.086.172,59 €	29,37%

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Geschäftsmodell

Die regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen.

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Die regio iT investiert zudem in Beteiligungen, die als eigenständige Gesellschaft mit weiteren Partnern gemeinsame Kompetenzen bündeln und auf diese Weise zukunftsorientierte Geschäftsfelder und IT-Technologien erschließen.

Die vote iT GmbH, an der die regio iT mehrheitlich beteiligt ist, versteht sich als Dienstleister und Berater rund um Softwarelösungen für Wahlen.

Im Bereich der digitalen Vernetzung von Mobilitätsangeboten ist die regio iT an der Better Mobility GmbH beteiligt.

Im Bereich der digitalen Bildung ist die regio iT mehrheitlich an der cogniport GmbH beteiligt.

Der Geschäftsbereich „kommunale Serviceportale“ der regio iT wurde im Geschäftsjahr 2023 auf die nextgov iT GmbH übertragen. Die nextgov iT ist eine gemeinsame Tochtergesellschaft der regio iT und der SIT GmbH, die mit Ausgliederungsvertrag zum 01.01.2023 entstanden ist.

1.2. Gesellschafterstruktur

Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen die Wachstumsstrategie der Gesellschaft. Die regio iT ist offen für neue Gesellschafter, die ihrerseits ihr Geschäft in die regio iT einbringen. Sie ist willens, sich auch an Unternehmen, die zum Geschäftsfokus der regio iT passen, zu beteiligen.

Somit ergibt sich zum 31. Dezember 2023 folgende Gesellschafterstruktur:

Gesellschafter	Nennbetrag Geschäftsanteil	Quote in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Aachen (E.V.A.)	564.624 €	37,64%
civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung	269.977 €	18,00%
INFOKOM Gütersloh Zweckverband für kommunale Informations- und Kommunikationstechnik	193.184 €	12,88%
Stadt Aachen	151.340 €	10,09%
StädteRegion Aachen	151.340 €	10,09%
regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G.	15.000 €	1,00%
Stadt Alsdorf	12.878 €	0,86%
Stadt Baesweiler	12.878 €	0,86%
Stadt Eschweiler	12.878 €	0,86%
Stadt Herzogenrath	12.878 €	0,86%
Stadt Monschau	12.878 €	0,86%
Gemeinde Roetgen	12.878 €	0,86%
Gemeinde Simmerath	12.878 €	0,86%
Kupferstadt Stolberg	12.878 €	0,86%
Stadt Würselen	12.878 €	0,86%
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	12.878 €	0,86%
Stadt Düren	12.878 €	0,86%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren	12.878 €	0,86%
	1.500.001 €	100,00%

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging im Jahr 2023 um 0,3% leicht zurück. Die Energiekrise und geopolitische Spannungen verunsicherten Produzenten, Investoren sowie Konsumentinnen und Konsumenten. Die Energiepreise stabilisierten sich auf hohem Niveau. Steigende Zinsen verschlechterten die jahrelang günstigen Finanzierungsbedingungen. Insgesamt dämpften die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen die Konjunktur. Im Zuge dessen rutschte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 ins Minus.

Positiver haben sich die Teilmärkte der Digitalbranche entwickelt. Die Umsätze im Informationstechnik-Gesamtmarkt stiegen 2023 von 210,7 (2022) auf 215,0 Mrd. Euro (+2,0 %).

Der für die regio iT wichtige Teilmärkte Informationstechnik ist um 2,2% gestiegen. Während die Teilmärkte Software (+9,6%) sowie IT-Services (+5,1%) ein Wachstum aufwiesen, ist der Teilmärkte IT-Hardware (-5,4%) stagniert. Auch die Anzahl der Beschäftigten in der Informationstechnik ist erneut um 33.500 Arbeitsplätze gestiegen. Grundlage für die Markteinschätzung sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

2.2. Geschäftsverlauf

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2023 ihren Gesamtumsatz erneut steigern. Mit einem Wert von 155,3 Mio. € konnte trotz Ausgründung des Geschäftsbereiches „kommunale Serviceportale“ eine neue Bestmarke erzielt werden.

Nach wie vor sind die Produktlösungen mit einem Umsatzerlös von 110 Mio. € Wachstumstreiber der regio iT. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dieses Umsatzsegment einem Zuwachs von 4,9 Mio. € bzw. 4,7%. Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Insbesondere die Mitglieder der Beteiligungsgenossenschaft der regio iT sorgen für stark steigende Umsatzerlöse. An dieser Stelle trägt die Strategie der regio iT, Kunden zu Gesellschaftern zu machen, Früchte.

Auch das Projektgeschäft trägt einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der regio iT bei. Mit einem Umsatzvolumen in Höhe von 12,3 Mio. € weisen die Erlöse aus Beratung einen hohen Wert aus. Das Vorjahresniveau von 15,1 Mio. € konnte u.a. aufgrund der Ausgründung der „kommunalen Serviceportale“ in diesem Umsatzsegment nicht erreicht werden.

Deutlich überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (20,2 Mio. €) konnten mit 23,5 Mio. € übertroffen werden

Die sonstigen Erträge liegen mit 2,8 Mio. € über dem Vorjahresniveau (2,4 Mio. €). Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den über Buchwert erzielten Erlösen aus dem Verkauf von Geschäftsanteilen an den Tochtergesellschaften vote iT GmbH und cogniport GmbH.

Korrespondierend mit den gestiegenen Umsätzen weist auch der Materialaufwand höhere Kosten auf. Mit 69,5 Mio. € liegt dieser 2,1 Mio. € über dem Wert des Vorjahres. Ein nennenswerter Punkt für diese Entwicklung ist die Verschiebung der Stromkosten für die

Rechenzentren. Bis 2022 wurden sämtliche Stromkosten im sonstigen Aufwand erfasst. Ab 2023 werden die produktionsnahen Aufwände für Strom im Materialaufwand ausgewiesen. Dieser Effekt beläuft sich auf 1,3 Mio. €. Darüber hinaus wirken sich Preissteigerungen seitens der Vorlieferanten negativ auf die Kostenseite aus.

In der Folge konnte das Rohergebnis von 89,0 Mio. € auf 89,5 Mio. € leicht gesteigert werden.

Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten. Diese belaufen sich auf 56,7 Mio. € (Vorjahr: 53,4 Mio. €) für das Geschäftsjahr 2023. Ausschlaggebend ist der Aufbau von Mitarbeitenden. Zum 31. Dezember 2023 waren bei der regio iT 697 Mitarbeitende (Vorjahr: 669), davon 55 Auszubildende (Vorjahr: 49) beschäftigt. Die Personalkostenintensität (Personalkosten in % vom Umsatz) liegt bei 36,5% (Vorjahr 34,8 %).

Die Abschreibungen liegen aufgrund des sehr hohen Investitionsvolumens bzw. Anlagevermögens mit 10,1 Mio. € über dem Vorjahreswert (9,0 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 14,3 Mio. € über dem Vorjahresniveau (11,7 Mio. €). Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 8,5 Mio. € ist zwar im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Allerdings war das Jahr 2022 hinsichtlich des Ergebnisses einmalig und kann nicht als Maßstab herangezogen werden.

2.3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

2.3.1. Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente.

Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 89,4 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr 89,0 Mio. €). Die Rohertragsquote (Rohertrag im Verhältnis zum Gesamtumsatz) liegt in 2023 stabil bei 57,6% (Vorjahreszeitraum: 58,0%).

Der Anteil der Beratungsumsätze im Verhältnis zum Gesamtumsatz beträgt 7,9%. Dies entspricht einen relativen Rückgang von 1,9%-Punkten zum Vorjahr (9,8%). Aufgrund der Ausgründung des Geschäftsbereiches „kommunale Serviceportale“ ist ein nennenswerter Erfolgsfaktor der regio iT weggebrochen. Dies hat zur Konsequenz, dass sowohl der absolute als auch relative Anteil der Wertschöpfungskette rückläufig ist.

2.3.2. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Das Managementsystem (IMS) der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Servicemanagement) zeitgleich von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits ISO 20000 und ISO 27001 fanden auch im Berichtsjahr 2023 statt.

Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, Informations-, Sicherheits- und Servicemanagement-System für diese Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine wesentlichen Abweichungen zu den zugrundeliegenden Normforderungen festgestellt.

Die Einführung von intelligenten Messsystemen (Smart Metern) ist das Startsignal für die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland. Die Voraussetzung für die Bereitstellung von IT-Services und die Durchführung von Geschäftsprozessen (Smart Meter Gateway Administration) ist eine Bestätigung bzw. Zertifizierung, dass die regio iT die Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gemäß Messstellenbetriebsgesetz § 25 erfüllt. Im Rahmen der IMS Audits wurde bestätigt, dass die regio iT diese Anforderungen umgesetzt hat und anwendet. Diese ergänzende Zertifizierung (nach BSI TR-03109-6, Version 1) ist bis 2026 gültig.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbs-faktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung (berufundfamilie GmbH). Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2023 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2026 zu führen.

2.4. Ertragslage

Der Jahresüberschuss der regio iT liegt im Betrachtungszeitraum bei 6,1 Mio. €. Dies ist zwar im Vergleich zum Vorjahr ein rückläufiges Ergebnis. Allerdings war das Jahr 2022 ein sehr besonderes Geschäftsjahr, welches im Kontext der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung herausragend war. Insgesamt betrachtet kann die Ertragslage der regio iT als stabil bezeichnet werden. Trotz Ausgründung des Geschäftsbereiches „kommunale Serviceportale“ konnte das Geschäftsfeld der regio iT ausgeweitet werden.

2.5. Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme 66,6 Mio. € (Vorjahr 53,5 Mio.€).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen bei 13,8 Mio. € (Vorjahr 12,5 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen im Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrelierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einen hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad¹ sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2023 betrug der Anlagendeckungsgrad¹ 59,6 %, und die Eigenkapitalquote 29,5 % (Eigenkapitalquote Vorjahr 40,9 %). Die Investitionen werden daher neben dem Cashflow mittels langfristiger Kredite finanziert.

¹ (Eigenkapital x 100)/Anlagevermögen

Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 18,8 Mio. € (Vorjahr 9,5 Mio. €).

2.6. Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Hinsichtlich der Berichterstattung zur Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung (§ 108 GO NRW) wird folgendes festgestellt: Die regio iT ist im Berichtsjahr ihren satzungsgemäßen Aufgaben, bestehend aus der Erbringung von IT-Dienstleistungen für alle hierfür geeigneten kommunalen Aufgaben, nachgekommen. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes durchgeführt.

2.7. Zusammenfassung

Der Geschäftsverlauf des Berichtsjahres 2023 kann unter schwierigen Rahmenbedingungen als stabil bewertet werden. Trotz des rückläufigen Ergebnisses kann ein Gewinn nach Steuern in Höhe von 6,1 Mio. € ausgewiesen werden.

3. Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

3.1. Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen.

Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 151,5 Milliarden Euro und einer Wachstumsrate von 6,1 % wird trotz der weltweiten Krisen auch für das Jahr 2024 von einer sehr positiven Entwicklung des ITK-Marktes ausgegangen. Dies bietet auch weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen, ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2023/2024 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2024 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €):

	2023 Ist	2024 Plan	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %.
Gesamtumsatz	155,3	157,5	2,2	1,4%
<u>davon</u>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	110	114	4,0	3,5%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	12,3	13,3	1,0	7,5%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	23,5	21,2	-2,3	-10,8%
Anteil Umsätze aus Projektleistung/Beratung	7,9%	8,4%	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹	89,4	93,3	3,9	4,2%
Personalkosten	56,7	63,2	6,5	10,3%
Personalkostenquote ²	36,5%	40,1%	-	-
Ergebnis vor Steuern	8,5	6,2	-2,3	-37,1%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	5,5%	3,9%	-	-

¹Rohergebnis=(Umsatz+sonst.Ertr.+akt.EL/BV)./.Materialaufwand

²Personalkostenquote=Personalkosten(inkl. Fremdl. Beamte)/Umsatz

Für das Geschäftsjahr 2024 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 114,0 Mio. € eine weitere Steigerung der wesentlichsten Umsatzkategorie mit Wertschöpfung. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 13,3 Mio. € weiterhin von einem hohen Niveau aus. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten wir zwar rückläufige Erlöse, die aber voraussichtlich mit 21,2 Mio. € nach wie vor auf hohem Niveau liegen werden. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Risiken entgegen, da die gesamtwirtschaftliche Lage negativen Einfluss auf finanzielle Spielräume der Kommunen haben könnte.

Nach wie vor verbleibt das Risiko, dass mit deutlich höheren Preissteigerungen seitens der Hersteller zu kalkulieren ist. Trotz rückläufiger Inflationsrate wirken sich die gestiegenen Preise auf die Kostensituation der regio iT aus. Zudem wird für 2024 mit Personalkosten in Höhe von 63,2 Mio. € gerechnet, was einem Anstieg von 6,5 Mio. € gegenüber 2023 entspricht. Zum einen ist die sehr hohe Tarifsteigerung ab 01.03.2024 in Höhe von 200 € zzgl. 5,5 % in der Planung berücksichtigt und zum anderen wird mit einem deutlichen Aufbau des Personalbestandes geplant.

In der Folge erwartet die regio iT für 2024 eine Steigerung des Rohergebnisses von 89,4 Mio. € auf 93,3 Mio. €. Das Ergebnis vor Steuern wird mit 6,2 Mio. € niedriger ausfallen (Vorjahreswert: 8,5 Mio. €). Die regio iT wird die gestiegenen Kosten Großteils nicht an die Kunden weitergeben, weil die Preise für den Produkt-/Applikationsbetrieb auf mehrere Jahre hinweg fest vereinbart sind. Folglich wird die Kostenentwicklung zu Lasten des Ergebnisses gehen.

Zusammenfassend geht die regio iT weiterhin von einer guten Geschäftsentwicklung für das Jahr 2024 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

3.2. Erklärung der Geschäftsführung gemäß § 289f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen

Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Danach müssen unter anderem Gesellschaften, die der unternehmerischen Mitbestimmung (insbesondere nach dem MitbestG oder dem DrittelbG) unterliegen, Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung festlegen. Die Geschäftsführung des Unternehmens besteht zum Bilanzstichtag aus zwei männlichen Geschäftsführern. Für die Laufzeit der Bestellung und der Anstellungsverträge kann diese Quote nicht verändert werden. Der 15-köpfige Aufsichtsrat ist mit 15 Männern besetzt (Frauenquote: 0 %). Da die Aufsichtsräte ihr Mandat bis zur nächsten Kommunalwahl innehaben, ist auch hier in den nächsten 2 Jahren nicht mit einer Änderung zu rechnen. Bei der regio iT besteht die Besonderheit, dass es im technischen Umfeld ausgesprochen schwierig ist, weibliche Führungskräfte zu finden. So weist die 1. Führungsebene unter der Geschäftsführung 1 weibliche Führungskraft und 8 männliche Führungskräfte auf. Die 2. Führungsebene (Center & Stäbe mit Leitungsfunktion) unter der Geschäftsführung besteht zum Bilanzstichtag aus 40 männlichen und 5 weiblichen Führungskräften. Die Frauenquote (1. und 2. Führungsebene) beträgt folglich 12,5 %. Selbstverständlich wird sich die Geschäftsführung dafür einsetzen,

Frauen in Führungspositionen zu bringen und wird weiterhin die Förderung von Frauen besonders unterstützen.

3.3. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Kerngeschäft der regio iT ist die Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Deren finanzielle Mittel sind in hohem Maße von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Der IT-Markt ist zudem äußerst wettbewerbsintensiv und die IT-Branche ist einem rasanten technologischen Wandel unterworfen. Der herrschende Wettbewerb prägt hinsichtlich hohen Preisdrucks bei gleichzeitig steigenden Anforderungen an Produkt- und Servicequalität insbesondere den IT-Dienstleistungsbereich. Neue Technologien können sich zudem disruptiv auf das Geschäftsmodell der regio iT auswirken, z. B. wenn Softwarelieferanten durch Cloud-Technologien zu Wettbewerbern werden. Um diesen Risiken zu begegnen, passt die regio iT alle Prozesse sowie das Produktportfolio laufend den Markt-/Kundenanforderungen an. Die regio iT investiert zudem in Forschung & Entwicklung in Themengebiete, die auf Geschäftsfelder mit überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial ausgerichtet sind (Cloud-Computing, E-Mobilität, Shared-Service-Dienstleistungen, Bildung etc.). In diesem Umfeld beteiligt sich die regio iT regelmäßig an Netzwerken innerhalb von mit Bundes- oder EU-Mitteln geförderten Projekten.

Die Überwachung der Geschäftsentwicklung und der damit einhergehenden Risiken ist wesentlicher Bestandteil des operativen Controllings der regio iT und des Berichtswesens. Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die konstante Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Verbindung mit wesentlichen kurzfristigen Vertragskündigungen wird derzeit als gering eingeschätzt.

Die Kunden der regio iT, Kommunen und kommunale Unternehmen, haben hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit und die Verfügbarkeit. Dies gilt auch für die regio iT selbst. Die Anzahl der Cyberangriffe mit Datendiebstahl durch kriminelle Handlungen, Sabotage und Spionage hat auch im Berichtsjahr weltweit weiter zugenommen. Cyberangriffe können zu erheblichen Beeinträchtigungen und negativen Auswirkungen auf die IT-Infrastruktur der regio iT führen. Wahrscheinlichkeit und Ausmaß von Schäden durch externe Angriffe sind allerdings nur sehr schwer abzuschätzen. Im Extremfall können Attacken auf die IT-Systeme zum vollständigen Erliegen von Arbeitsabläufen und Prozessen der regio iT führen. Risiken bestehen auch bei Ausfall der IT-Systeme aufgrund technischer Probleme oder durch sonstige negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Servicemanagement-

Prozesse. Weiterhin bestehen Haftungsrisiken aus dem Verstoß gegen nationale und internationale Datenschutzbestimmungen. Um diese Risiken zu minimieren, trifft die regio iT zahlreiche Vorkehrungen. Die Sicherheit der Informationsverarbeitung ist ein zentraler Aspekt aller Prozesse der regio iT. So sind die Geschäftsprozesse der regio iT entsprechend den Anforderungen der DIN EN ISO 9001 sowie ISO/IEC 20000 zertifiziert. Zudem verfügt die regio iT über ein nach der strengen internationalen Norm ISO/IEC 27001 zertifiziertes Informationssicherheits-Managementsystem. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die getroffenen (Sicherheits-) Maßnahmen keinen hinreichenden Schutz bieten, da sich insbesondere die Szenarien externer Angriffe ständig verändern. Können Beeinträchtigungen der IT-Infrastruktur nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarten Leistungserbringungen dar. In der Folge können durch Ausfälle der IT-Systeme Umsatzeinbußen, Reputationsschäden sowie Zahlungsverpflichtungen aus vertraglichen und/oder gesetzlichen Ansprüchen von Kunden, Vertragspartnern und Behörden entstehen.

Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu mindern, hat die regio iT eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Projekte der regio iT zeichnen sich oft durch hohe Komplexität bei hohem Zeit- und Kostenaufwand aus. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese aufgrund von negativen Einwirkungen das definierte Projektziel verfehlen. Daher erfolgt vor der Erstellung von Angeboten grundsätzlich eine Vorkalkulation auf Basis definierter kaufmännischer Kennzahlen/Vorgaben (Deckungsbeitrag, Mindestrendite, Kapazität/Mitarbeiteräquivalente) sowie eine Prüfung der technischen und personellen Machbarkeit.

Weiterhin bestehen Risiken aus einer möglichen Verletzung von Schutzrechten Dritter. Dies kann dazu führen, dass Lizenzzahlungen erforderlich sind oder Dritte Ansprüche aus der Verletzung von Schutzrechten gegenüber der regio iT geltend machen.

Eventuellen Vertragsrisiken wird bei der regio iT durch die Verwendung von standardisierten und/oder geprüften Verträgen begegnet. Dies beinhaltet auch den Abgleich der vertraglichen Rahmenbedingungen eines möglichen Vorlieferanten mit den vertraglichen Verpflichtungen, die die regio iT mit ihren Kunden eingeht. Im Rahmen von ASP-Dienstleistungen (Application Service Providing) stellt die regio iT ihren Kunden Softwareprodukte Dritter zur Verfügung. Eine nicht vertragskonforme Erbringung des vertraglich vereinbarten Leistungsniveaus durch den Lieferanten oder dessen Ausfall könnte negative Auswirkungen auf das mit dem Kunden vertraglich vereinbarte Leistungsniveau haben. Zur Minimierung dieses

Risikos setzt die regio iT auf ein stringentes Lieferantenmanagement bei wichtigen IT-Produkten. Ein verbleibendes Risiko besteht jedoch darin, dass der Markt für spezialisierte kommunale Anwendungen/Verfahren sehr klein ist und häufig keine adäquaten Alternativen bestehen.

Der Erfolg der regio iT, die zukünftige positive wirtschaftliche Entwicklung sowie die Minimierung geschäftlicher Risiken hängt entscheidend vom eigenverantwortlichen Handeln aller Mitarbeitenden nach den definierten und beschriebenen Prozessen ab. Hierzu muss die regio iT hinreichend qualifiziertes Personal aufbauen, gewinnen und halten können. Demzufolge ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen.

Bei der regio iT bestehen in geringem Umfang Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken. Eine Verschlechterung der Geschäftsentwicklung bzw. der Liquidität kann für die regio iT wesentliche und möglicherweise bestandsgefährdende Risiken zur Folge haben. Daher erstellt die regio iT neben der mittelfristigen Finanzplanung auch einen monatlichen Liquiditätsplan mit rollierendem Forecast für 12 Monate.

Störungen innerhalb der bzw. zwischen den am Leistungsprozess der regio iT beteiligten Organisationseinheiten und Teilprozessen könnten zu Problemen bzw. zum Erliegen des Leistungsprozesses führen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu mindern, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher (technischer) Integrität, eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden und nicht zuletzt die neu gewonnenen Kunden des civitec Zweckverbands und der Beteiligungsgenossenschaft mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele erreicht werden.

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland ist weiterhin geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine, hohen Energiepreisen bzw. hoher Inflation sowie verschärften Material- und Lieferengpässen. Sollte sich in der Folge die gesamtwirtschaftliche Lage und insbesondere die Entwicklung der Digitalbranche entgegen den Prognosen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Risikoberichts deutlich negativer entwickeln, kann dies die genannten Risiken verschärfen. Die regio iT geht dennoch davon aus, solchen Entwicklungen auf Basis des bestehenden Risikomanagements begegnen zu können. Als Ergebnis der

jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Rehfeld, Dieter (bis 30.06.2023)		
	Ludwigs, Dieter (Vorsitzender)		
	Wolf, Dr. Stefan		
Aufsichtsrat:	Energieversorgungs- und Verkehrs-	6 Sitze	
	gesellschaft mbH Aachen (EVA)		
	Stadt Aachen	3 Sitze	
	StädteRegion Aachen	3 Sitze	
	INFOKOM Gütersloh AÖR	3 Sitze	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

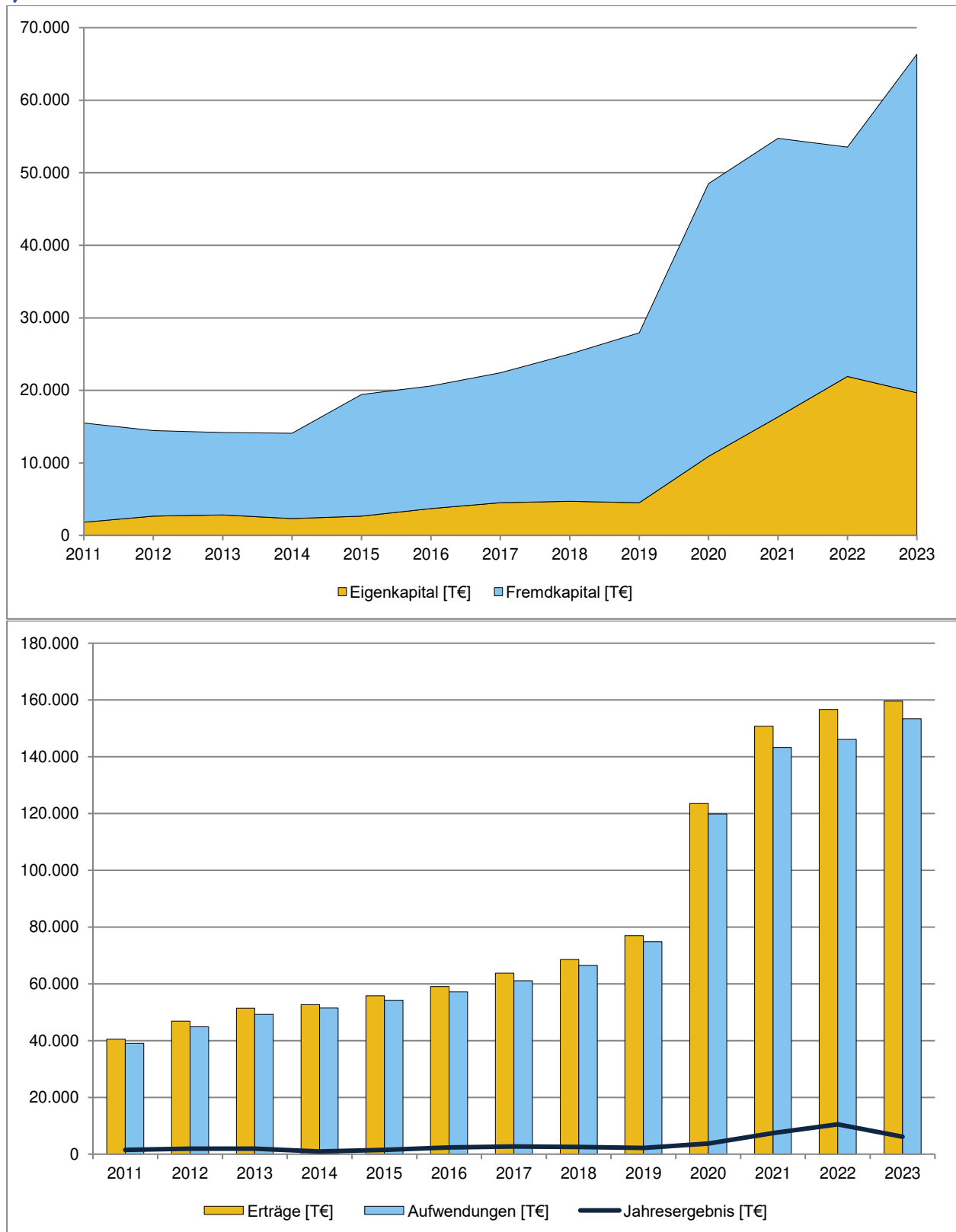
Gesellschafterversammlung:

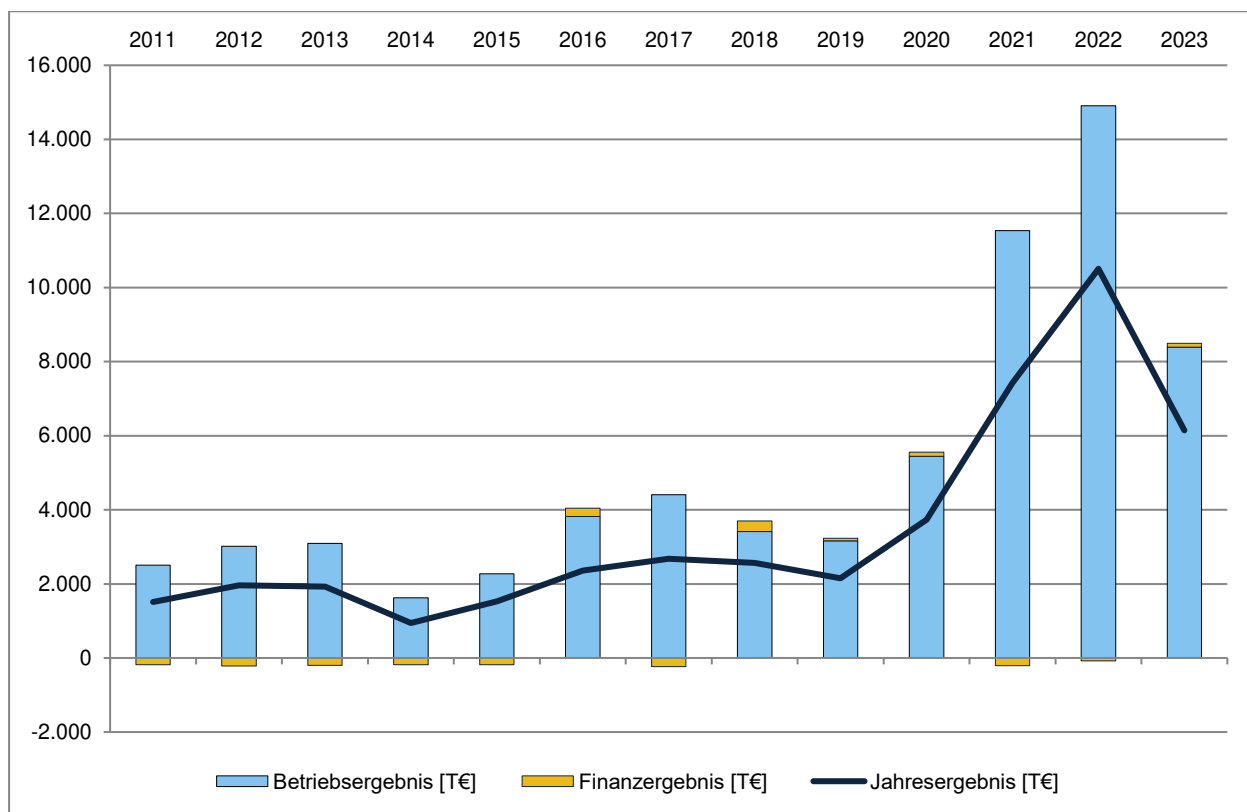
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Kaptain, Peter	Allg. Vertreter des Landrats	13.09.2012	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 615 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	29,82%	40,92%	29,52%	-11,41%
Eigenkapitalrentabilität	45,44%	47,94%	31,27%	-16,67%
Anlagendeckungsgrad 2	98,18%	95,05%	88,09%	-6,96%
Verschuldungsgrad	233,61%	141,22%	236,91%	95,69%
Umsatzrentabilität	7,73%	9,70%	5,40%	-4,30%

18 RURENERGIE GmbH



Moltkestraße 16
52351 Düren
Telefon: 02421/22-1080500
Telefax: -
E-Mail: info@rurenergie.de
Homepage: www.rurenergie.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien, bzw. die Vermarktung der in diesen Anlagen erzeugten Energie, sowie die Erbringung von Versorgungsleistungen in den Bereichen Energie und Wärme und die mit diesen Bereichen unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	250,500	50,1
Stadtwerke Düren GmbH (SWD)	125,500	25,1
Stadtwerke Jülich GmbH	50,00	10,0
S-Beteiligungsgesellschaft mbH	49,00	9,8
EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH	25,00	5,0
Stammkapital	500,00	100

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren hat im Oktober 2024 die Anteile der S-Beteiligungsgesellschaft mbH in Höhe von 9,8 % übernommen.

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10.566,88 €	10.157,88 €	13.548,88 €	3.391,00 €	33,38%
II. Sachanlagen	12.288.903,67 €	15.250.290,13 €	14.785.269,68 €	2.961.386,46 €	24,10%
III. Finanzanlagen	11.244.827,26 €	10.901.561,95 €	13.827.419,09 €	-343.265,31 €	-3,05%
B. Umlaufvermögen					

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
I. Vorräte	7.131,49 €	0,00 €	0,00 €	-7.131,49 €	-100,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	860.381,39 €	560.467,18 €	4.209.684,27 €	-299.914,21 €	-34,86%
III. Kassenbestand	1.027.591,98 €	2.666.548,84 €	325.026,02 €	1.638.956,86 €	159,49%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	11.632,42 €	14.848,46 €	63.424,03 €	3.216,04 €	27,65%
Summe Aktiva	25.451.035,09 €	29.403.874,44 €	33.224.371,97 €	3.952.839,35 €	15,53%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00 €	500.000,00 €	500.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	16.194.470,00 €	16.194.470,00 €	16.194.470,00 €	0,00 €	0,00%
III. Ergebnisvortrag	-288.902,59 €	589.969,94 €	1.665.945,71 €	878.872,53 €	-304,21%
IV. Jahresergebnis	978.872,52 €	1.475.975,77 €	3.005.774,58 €	497.103,25 €	50,78%
B. Sonderposten	33.232,00 €	47.989,00 €	77.450,00 €	14.757,00 €	44,41%
C. Rückstellungen	199.789,71 €	661.114,15 €	1.233.773,93 €	461.324,44 €	230,91%
D. Verbindlichkeiten	7.833.573,45 €	9.934.355,58 €	10.546.957,75 €	2.100.782,13 €	26,82%
Summe Passiva	25.451.035,09 €	29.403.874,44 €	33.224.371,97 €	3.952.839,35 €	15,53%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.889.235,21 €	3.640.570,98 €	3.396.712,65 €	-243.858,33 €	-6,70%
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnis- sen		7.131,49 €	0,00 €	-7.131,49 €	-100,00%
3. sonstige betriebliche Erträge	762.293,81 €	528.889,96 €	1.472.954,90 €	944.064,94 €	178,50%
4. Materialaufwand	507.356,21 €	1.275.932,24 €	775.913,27 €	-500.018,97 €	-39,19%
5. Personalaufwand	182.831,86 €	246.617,80 €	246.411,94 €	-205,86 €	-0,08%
6. Abschreibungen	771.754,17 €	899.981,68 €	1.046.343,97 €	146.362,29 €	16,26%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	394.260,73 €	258.181,70 €	564.520,63 €	306.338,93 €	118,65%
Betriebsergebnis	795.326,05 €	1.481.616,03 €	2.236.477,74 €	754.861,71 €	50,95%
8. Erträge aus Beteiligungen	410.462,25 €	867.719,39 €	1.938.020,41 €	1.070.301,02 €	123,35%
9. sonstige Zinsen und ähnliche Er- träge	5.480,47 €	4.960,22 €	75.913,65 €	70.953,43 €	1430,45%
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	200.990,25 €	174.220,93 €	204.795,97 €	30.575,04 €	17,55%
Finanzergebnis	214.952,47 €	698.458,68 €	1.809.138,09 €	1.110.679,41 €	159,02%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	1.010.278,52 €	2.180.074,71 €	4.045.615,83 €	1.865.541,12 €	85,57%

11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	31.406,00 €	704.098,94 €	1.039.841,25 €	335.742,31 €	47,68%
Jahresergebnis	978.872,52 €	1.475.975,77 €	3.005.774,58 €	1.529.798,81 €	103,65%

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Die im August 2011 gegründete RURENERGIE ist in der Energiewirtschaft im Bereich der erneuerbaren Energien tätig. Primäres Ziel ist die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien und die Erbringung von damit unmittelbar verbundenen Versorgungs- und Dienstleistungen. Die Gesellschafter der RURENERGIE wollen einen spürbaren regionalen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer möglichst umweltschonenden Energieversorgung in der Region Düren leisten.

Hauptfokus der RURENERGIE ist die Projektentwicklung und der Erwerb von Anlagen im Bereich Windenergie und Photovoltaik.

2. Forschung und Entwicklung

Das Unternehmen betreibt derzeit keine wissenschaftliche Forschung und Entwicklung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Ziel der Bundesregierung ist es, dass bis 2030 achtzig Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugt werden soll.¹ Dafür sollen bis 2030 115 Gigawatt Windenergie an Land, 30 Gigawatt Windenergie auf See und 215 Gigawatt Solarenergie installiert werden.

Das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) garantiert weiterhin eine feste Einspeisevergütung für Strom aus Photovoltaikanlagen (PVA) für 20 Jahre. Anlagen über 1.000 kWp müssen an bundesweiten Ausschreibungen teilnehmen, um eine feste Einspeisevergütung im Rahmen des EEG zu erhalten. Ebenso müssen Windenergieprojekte an bundesweiten Ausschreibungen teilnehmen, um eine feste Einspeisevergütung im Rahmen des EEG zu erhalten.

¹ Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien

Der Zubau der Photovoltaikleistung hat sich 2023 mit 14,1 Gigawatt im Vergleich zum Vorjahreszubau fast verdoppelt.² Am Jahresende 2023 betrug die installierte Gesamtleistung in Deutschland 81,7 Gigawatt. Die im Jahr 2023 netto zugebaute Windleistung lag mit 2,9 Gigawatt gut 0,8 Gigawatt über dem Vorjahresniveau. Die installierte Gesamtleistung am Jahresende 2023 beträgt 60,9 Gigawatt. Bis 2030 soll sich die installierte Leistung auf 115 Gigawatt steigern.

2. Geschäftsverlauf der RURENERGIE

Im Verlauf des Jahres 2023 hat die RURENERGIE zwei weitere PVA in Betrieb genommen. Das Anlagenportfolio der RURENERGIE im Bereich Photovoltaik umfasste zum 31.12.2023 rd. 18,9 MW installierte Leistung. Im Jahr 2023 wurden durch die eigenen Photovoltaikanlagen der RURENERGIE rd. 18.500 MWh Strom erzeugt.

Im Jahr 2023 hat sich die RURENERGIE an einem weiteren Windpark in Ertfstadt beteiligt, der Mitte 2024 in Betrieb gehen soll. Rechnerisch liegt die gesamte installierte Leistung aus den Windkraftbeteiligungen zum 31.12.2023 bei 37,1 MW. Durch die Beteiligungen an Windenergieanlagen wurden in diesem Jahr rund 99.160 MWh erzeugt.

3. Lage der Gesellschaft

a. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem positiven Jahresergebnis von 4.046 TEUR vor Ertragssteuern. Der Rohertrag ist im Zuge der Inbetriebnahme von PV-Anlagen im Vergleich zum Vorjahr um 264 TEUR gestiegen und liegt nun bei 2.621 TEUR. Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge um 944 TEUR auf 1.473 TEUR resultiert im Wesentlichen aus einer einmaligen Bonuszahlung im Zusammenhang mit der Projektumsetzung bei einer Windkraftgesellschaft an der die RURENERGIE beteiligt ist. Die Personalkosten befinden sich mit 246 TEUR auf Vorjahresniveau. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind aufgrund des Abschöpfungsmechanismus sowie eines Versicherungsschadens deutlich von 258 TEUR auf 565 TEUR gestiegen. Durch die Erweiterung des Bestandes an PVA erhöhen sich die Abschreibungen auf nun 1.046 TEUR. Die Erträge aus Beteiligungen sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 1.070 TEUR auf 1.938 TEUR gestiegen. Hintergrund sind Einmaleffekte aufgrund der hohen Strompreise aus dem Kalenderjahr 2022, die über die Beteiligungserträge erst mit einem Jahr Versatz bei der Rurenergie ankommen. Aus diesem Grund hat sich auch das Finanzergebnis auf 1.809 TEUR verbessert.

² Zahlen der Bundesnetzagentur

	2023 in T€	2022 in T€
Rohhertrag	2.621	2.357
Sonstige betriebliche Erträge	1.473	529
Personalaufwand	246	247
Abschreibungen	1.046	900
sonstige betriebliche Aufwendungen	565	258
Betriebsergebnis/EBIT	2.237	1.482
Beteiligungs-/Finanzergebnis	1.809	699
Ergebnis vor Steuern	4.046	2.180
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.040	704
Jahresüberschuss	3.006	1.476

b. Finanzlage

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr auf 3.164 TEUR gestiegen (2022: 2.479 TEUR). Ursächlich hierfür ist der deutlich gestiegenen Jahresüberschuss.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit von -1.497 TEUR (2022: -2.646 TEUR) ist gekennzeichnet durch die Investitionen im Bereich der Windbeteiligungen in Höhe von 3.783 TEUR (Finanzanlagevermögen). Dem gegenüber stehen die erhaltenen Beteiligungs- und Zinserträge (2.014 TEUR) sowie Eigenkapitalrückzahlungen aus den Beteiligungsgesellschaften (857 TEUR).

Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (4.009 TEUR) resultiert im Wesentlichen aus der Aufnahme von Darlehen (1.500 TEUR), der Tilgung alter Darlehen (904 TEUR) sowie der Auszahlung von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (4.000 TEUR). Außerdem erfolgten Zinszahlungen (204 TEUR) und Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter (400 TEUR)

Den Zahlungsverpflichtungen wurde im Jahr 2023 jederzeit fristgerecht nachgekommen.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der RURENERGIE erhöhte sich insbesondere im Zuge der Investitionen ins Anlagevermögen um 3.820 TEUR auf 33.224 TEUR. Außerdem erfolgte auf der Aktivseite die kurzfristige Anlage von freien Geldmitteln im Rahmen der Liquiditätssteuerung. Auf der Passivseite erhöhten sich entsprechend der Finanzierungsquote der neuen Projekte das Eigenkapital aus der Thesaurierung von Gewinnen sowie die Darlehnsverbindlichkeiten und Steuerrückstellungen.

Das Vermögen der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag mit 86,1% (2022: 89,0%) im Anlagevermögen gebunden und zu 64,3% (2022: 63,8%) über Eigenkapital finanziert. Die Fremdkapitalquote ist entsprechend auf 35,7% (2022: 36,2%) gesunken und ist das Ergebnis des hohen Jahresüberschusses. Weiterhin gilt, dass das langfristige Vermögen auch langfristig finanziert wurde.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die RURENERGIE trägt im Rahmen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien zum Klima- und Umweltschutz bei.

Aufgrund der kommunalen Prägung genießt das Unternehmen bei Kooperationspartnern und Lieferanten eine hohe Reputation.

Die RURENERGIE ist am Markt gut handlungsfähig, da sich Abstimmungen und Rücksprachen, welche der Zustimmung der Entscheidungsgremien benötigen, zeitnah und bedarfsgerecht einplanen lassen. Es finden regelmäßig Aufsichtsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen statt.

III. Prognosebericht

Gemäß des im letzten Jahr erstellten Wirtschaftsplans geht die Wirtschaftsplanung des Unternehmens von einem positiven Ergebnis für 2024 von 1.550 TEUR vor Ertragssteuern aus.

Für 2024 plant die Gesellschaft hierfür Investitionen von 5,4 Mio. EUR, davon 4,2 Mio. EUR in PVA und 1,1 Mio. EUR in Windenergiebeteiligungen. Darüber hinaus sind Investitionen von 90 TEUR in die Entwicklung von neuen Geschäftsfeldern vorgesehen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancen- und Risikobericht

Die RURENERGIE verfolgt zwei Hauptbeschäftigungsfelder. Zum einen betreibt sie eigene Anlagen bzw. ist an Gesellschaften beteiligt, die Anlagen betreiben. Zum anderen entwickelt die RURENERGIE neue Projekte zumeist in Kooperation mit externen Projektierern und Planern.

Die Risikoanalyse in Form der laufenden Risikoanalyse ist wie der Controllingprozess fester Bestandteil der betrieblichen Abläufe. Im Folgenden werden die hierbei untersuchten Risiken dargestellt.

Chancen und Risiken aus politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen

Der durch die Bundesregierung im EEG garantierte Bestandsschutz für die Einspeisevergütungen für bereits gebaute Anlagen garantiert weiterhin kalkulierbare Renditen für die Bestandsanlagen. Zudem besteht die Chance, fertiggestellte Anlagen profitabel zu veräußern.

Für den Erhalt einer festen Einspeisevergütung bei Windenergieanlagen und bei größeren PVA ist weiterhin eine erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen notwendig. Damit ist die Höhe der Vergütung zu Beginn der Projektplanung nicht sicher kalkulierbar.

Am 1. Februar 2023 ist das „Wind-an-Land-Gesetz“ in Kraft getreten. Das Land NRW muss auf Basis des Gesetzes 1,8 Prozent der Landesfläche bis Ende 2032 als Windenergiebereiche ausweisen. Die Landesregierung hat in 2023 zudem die Abschaffung der 1.000-Meter-Abstandsregel von Windkraftanlagen zu Wohnsiedlungen beschlossen. Damit dürfen Windräder unter bestimmten Voraussetzungen wieder näher an Wohnsiedlungen gebaut werden. Die Flächenkulisse ist dadurch deutlich gestiegen.

Chancen und Risiken im Bereich der Projektentwicklung

Im abgeschlossenen Jahr lag ein Schwerpunkt in der Projektentwicklung im Bereich Windenergie und Photovoltaik. Die RURENERGIE trägt hier Projektentwicklungsrisiken. Trotz der vorhandenen Expertise können externe nicht beeinflussbare Faktoren dazu führen, dass laufende Projekte technisch nicht

realisierbar sind bzw. eine Realisierung unwirtschaftlich sein würde und die Entwicklung daher abgebrochen werden muss.

Risiken bestehen hierbei etwa durch unerwartete behördliche Auflagen im Rahmen des Genehmigungsprozesses, die zu nicht kalkulierten Ertragsverlusten führen. Bei Windenergie- und Photovoltaikfreiflächenprojekten können zudem Verzögerungen im Genehmigungsprozess entstehen, sodass Projekte nicht in dem vorgesehenen Zeitrahmen umgesetzt werden können.

Aufgrund der Ausschreibungsverpflichtung bei größeren Projekten ergeben sich weitere Risiken. Bei Windenergieprojekten ist der Erhalt einer Genehmigung nach BImSchG eine wesentliche Voraussetzung. Für den Erhalt einer Genehmigung nach BImSchG sind allerdings ein kostenintensives Genehmigungsverfahren und meist noch ein vorgeschaltetes Bauleitverfahren notwendig. Diese Kosten belaufen sich für größere Parks schnell auf 500 – 1.000 TEUR. Für Photovoltaikfreiflächenanlagen ist eine Baugenehmigung zu erwirken und oftmals zusätzlich ein Bauleitverfahren anzustoßen. Im Rahmen der Planung fallen Kosten für Gutachten, Gebühren und technische Planungsbüros im Bereich von 100 – 300 TEUR an. Falls ein Projekt in der Ausschreibung keinen Zuschlag erhält, kann es aufgrund der fehlenden garantierten Vergütung in der Regel wirtschaftlich nur schwierig umgesetzt werden. Im Ergebnis besteht somit ein Verlustrisiko in Höhe der bereits getätigten Entwicklungskosten.

Die RURENERGIE analysiert daher laufend die möglichen Risiken im Rahmen des Projektmanagements und entwickelt zumeist gemeinsam mit Kooperationspartnern, die einen Teil des Risikos übernehmen. Aufgrund der aktuell starken Marktnachfrage nach Projektrechten ist eine Veräußerung der Projektrechte zu jedem Zeitpunkt eine Option.

Chancen und Risiken im Bereich des Anlagenbetriebs

Aufgrund der Wittereinflüsse können sich Schwankungen bei den Ertragsmengen ergeben, die zu Mehr- oder Mindererlösen führen. Die Plandaten der Bestandsanlagen wurden zumeist auf Basis konservativer Ertragsannahmen errechnet.

Es besteht die Chance höherer Umsatzerlöse durch die direkte Stromvermarktung. Nach unten sind die Anlagen preislich durch die garantierte Vergütung abgesichert.

Im Rahmen des Anlagenbetriebs können sich Ertragsausfälle aufgrund von Ausfällen der Anlagen oder Teilen der Anlagen ergeben. Für alle Photovoltaikanlagen, die die RURENERGIE betreibt, sind externe Dienstleister mit der technischen Betriebsführung sowie der Wartung und Instandhaltung der Anlagen beauftragt. Im Rahmen der technischen Betriebsführung findet eine laufende Überwachung aller Anlagen statt. Im Bereich der Windenergie bestehen sogenannte Vollwartungsverträge mit dem jeweiligen Anlagenhersteller. Diese Verträge garantieren feste Verfügbarkeiten. Ansonsten wird der Hersteller pönalisiert. Auch hier findet zusätzlich eine laufende Überwachung durch einen externen technischen Betriebsführer statt.

Gemäß Wirtschaftsplan 2024 sind für die kommenden Jahre weiterhin Kapitalzuführungen aus dem Gesellschafterkreis vorgesehen. Ohne die Kapitalzuführungen können die geplanten Projekte nicht im geplanten Umfang umgesetzt werden.

2. Gesamtaussage

Der Ausbau Erneuerbarer Energien ist politisch gewollt. Die Rahmenbedingungen für die Umsetzung neuer Projekte haben sich in 2023 durch das in Kraft getretene EEG und das Wind-an-Land-Gesetz weiter verbessert.

Der Bestandsschutz für die Einspeisevergütungen für bereits gebaute Anlagen garantiert auch zukünftig kalkulierbare Umsatzerlöse für die im Betrieb befindlichen Anlagen.

Bei größeren Projekten sind deutliche Planungsrisiken vorhanden, da die Entwicklung kostenintensiv ist. Die RURENERGIE betreibt ein aktives Risikomanagement. Bereits im Vorfeld einer Investition wird die technische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit neuer Projekte gegebenenfalls unter Einbeziehung externer Sachverständiger kritisch geprüft und den Gremien zunächst zur Entscheidung vorgelegt. Während

der Projektentwicklung findet im Rahmen des Projektmanagements eine laufende wirtschaftliche und technische Bewertung statt.

Bevor sich die RURENERGIE über das Geschäftsfeld der regenerativen Energieerzeugung hinaus engagiert, wird sie separate Risikobetrachtungen anstellen. Sie wird sich nur in weiteren Energiemarktsegmenten betätigen, wenn hieraus unter vorsichtiger Risikobewertung, eine angemessene Rentabilität zu erwarten ist.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: Zerres, Thomas

Aufsichtsrat:

Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	9 Sitze
Stadtwerke Düren mbH (SWD)	4 Sitze
Stadtwerke Jülich	1 Sitz
EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH	1 Sitz

Gesellschafterversammlung: 1 Stimme je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand (Vorsitzender)	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Frings, Thomas	Kreistagsmitglied	31.03.2022	
Krüttgen, Kurt	Kreistagsmitglied	30.09.2014	
Lenzen, Jonas	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Nix, Christoph	Kreistagsmitglied	20.02.2024	
Nolten, Dr. Ralf	Kreistagsmitglied	17.12.2024	
Dr. Peill, Patricia (MdL)	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	25.08.2011	08.11.2024
Szadkowski, Heike	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
von Laufenberg, Reiner	Kreistagsmitglied	25.08.2011	31.08.2023

Zentis, Gudrun Kreistagsmitglied 26.11.2020

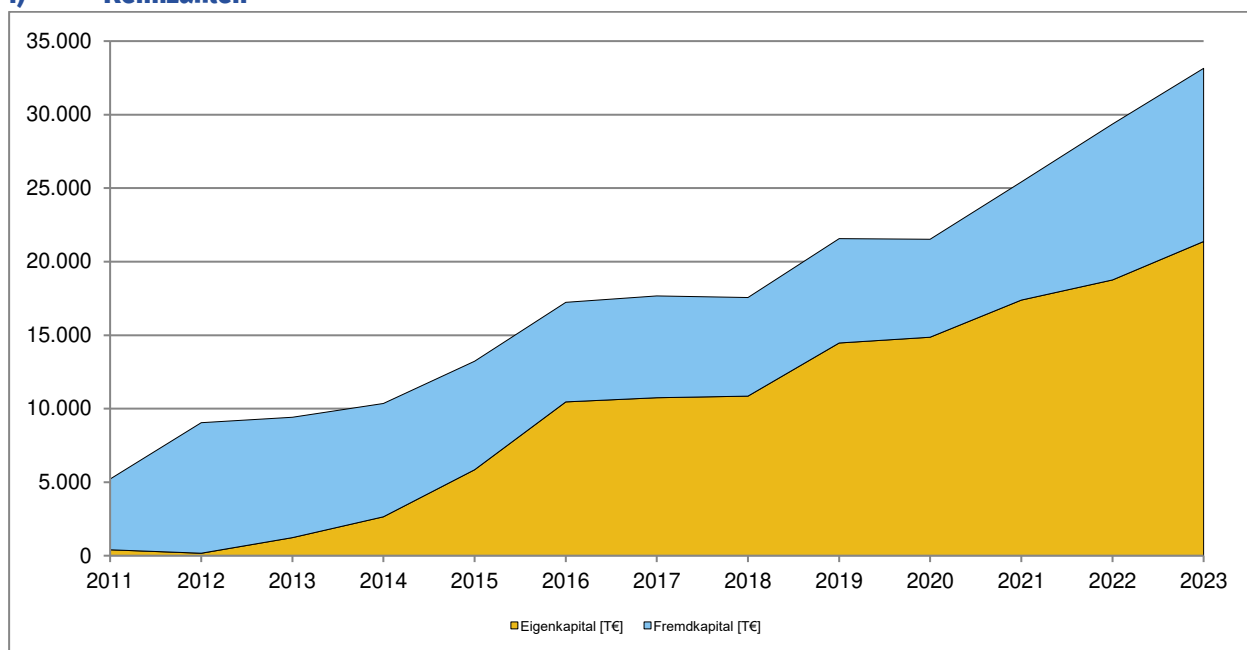
Gesellschafterversammlung:

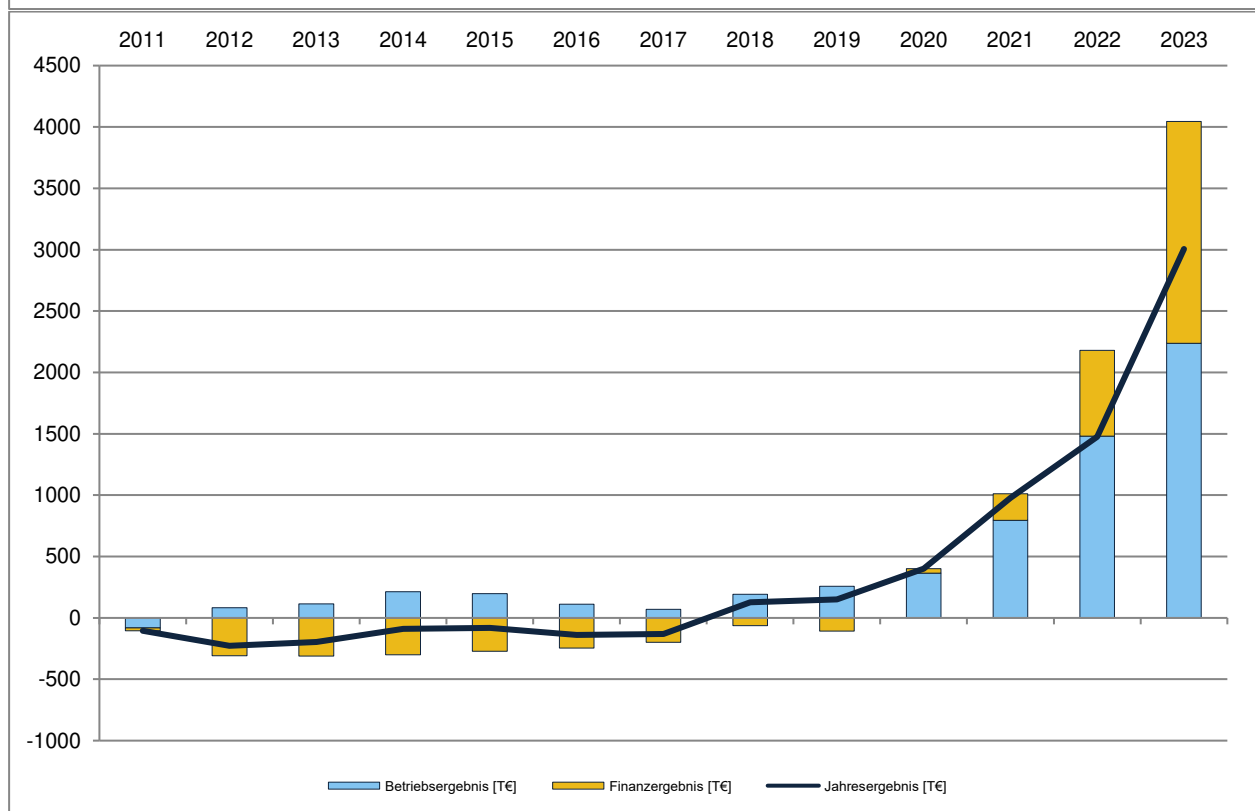
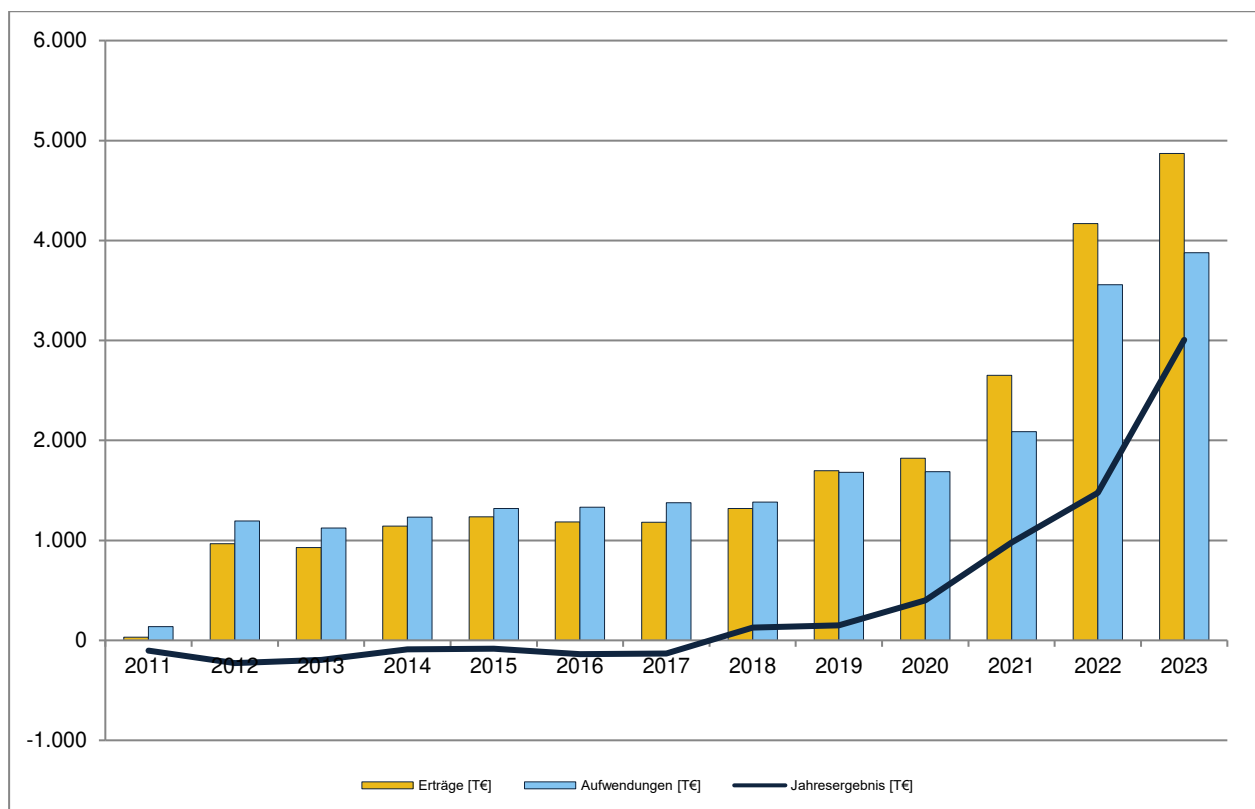
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand (Vorsitzender)	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	19.07.2011	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	19.07.2011	08.11.2024

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	68,31%	63,80%	64,31%	0,51%
Eigenkapitalrentabilität	5,63%	7,87%	14,07%	6,20%
Anlagendeckungsgrad 2	87,91%	105,97%	102,94%	-3,04%
Verschuldungsgrad	46,21%	56,48%	55,14%	-1,34%
Umsatzrentabilität	42,10%	40,70%	65,84%	25,15%

19 Rurtalbahn GmbH



Kölner Landstraße 271
52351 Düren
Telefon: 02421/ 2769-300
Telefax: 02421/ 2769-335
E-Mail: info@rurtalbahn.de
Homepage: www.rurtalbahn.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Straßen- und Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung, sowie die Durchführung von Gelegenheitsverkehren im Rahmen des öffentlichen Verkehrs.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	251,00	25,10
R.A.T.H. GmbH	749,00	74,90
Stammkapital	1.000,00	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	32.438,00 €	92.309,00 €	68.187,00 €	-24.122,00 €	-26,13%
II. Sachanlagen	6.572.805,50 €	5.553.532,95 €	4.250.374,97 €	-1.303.157,98 €	-23,47%
III. Finanzanlagen	2.997.151,70 €	6.849.346,72 €	6.936.617,96 €	87.271,24 €	1,27%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.320.458,61 €	2.738.379,56 €	2.710.946,72 €	-27.432,84 €	-1,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	7.599.516,65 €	5.389.074,26 €	5.290.465,60 €	-98.608,66 €	-1,83%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	5.813.188,52 €	4.987.769,52 €	4.401.149,34 €	-586.620,18 €	-11,76%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	401.389,13 €	105.756,92 €	1.409.172,66 €	1.303.415,74 €	1232,46%
Summe Aktiva	25.736.948,11 €	25.716.168,93 €	25.066.914,25 €	-649.254,68 €	-2,52%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	3.994.302,20 €	3.994.302,20 €	3.994.302,20 €	0,00 €	0,00%
III. Jahresergebnis	2.091.649,84 €	2.157.720,51 €	2.871.592,12 €	713.871,61 €	33,08%
B. Sonderposten	385.928,79 €	259.993,36 €	140.969,70 €	-119.023,66 €	-45,78%
C. Rückstellungen	3.434.526,50 €	4.260.294,74 €	7.032.504,61 €	2.772.209,87 €	65,07%
D. Verbindlichkeiten	14.830.540,78 €	14.039.553,77 €	10.021.695,64 €	-4.017.858,13 €	-28,62%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	4.304,35 €	5.849,98 €	1.545,63 €	35,91%
Summe Passiva	25.736.948,11 €	25.716.168,93 €	25.066.914,25 €	-649.254,68 €	-2,52%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	21.274.606,07 €	26.930.333,14 €	28.051.026,81 €	1.120.693,67 €	4,16%
2. sonstige betriebliche Erträge	5.658.452,53 €	3.249.164,49 €	4.479.932,29 €	1.230.767,80 €	37,88%
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	29.833,62 €	125.935,43 €	119.023,66 €	-6.911,77 €	-5,49%
4. Materialaufwand	6.499.030,18 €	8.411.624,78 €	8.025.116,27 €	-386.508,51 €	-4,59%
5. Aufwand für fremd-bezogenes Personal	2.507.612,59 €	2.490.593,25 €	2.771.294,09 €	280.700,84 €	11,27%
6. Personalaufwand	5.138.850,49 €	5.814.819,35 €	6.417.280,23 €	602.460,88 €	10,36%
7. Abschreibungen	1.401.155,42 €	1.534.100,44 €	1.581.941,72 €	47.841,28 €	3,12%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	8.307.214,12 €	8.856.871,42 €	9.466.865,43 €	609.994,01 €	6,89%
Betriebsergebnis	3.109.029,42 €	3.197.423,82 €	4.387.485,02 €	1.190.061,20 €	37,22%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	317.001,55 €	303.375,23 €	401.282,14 €	97.906,91 €	32,27%
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	181.715,92 €	196.411,05 €	389.500,41 €	193.089,36 €	98,31%
Finanzergebnis	135.285,63 €	106.964,18 €	11.781,73 €	-95.182,45 €	-88,99%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	3.244.315,05 €	3.304.388,00 €	4.399.266,75 €	1.094.878,75 €	33,13%
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.140.156,43 €	1.133.000,00 €	1.513.962,11 €	380.962,11 €	33,62%
13. sonstige Steuern	12.508,78 €	13.667,49 €	13.712,52 €	45,03 €	0,33%
Jahresergebnis	2.091.649,84 €	2.157.720,51 €	2.871.592,12 €	713.871,61 €	33,08%

f) Lagebericht

I. Grundlagen der Gesellschaft

Die Rurtalbahn GmbH ist eine nichtbundeseigene Eisenbahngesellschaft mit Sitz in Düren. Der Name Rurtalbahn wurde zunächst als Marke von der Abteilung Schiene der Dürener Kreisbahn für die auf den von der Deutschen Bahn übernommenen Strecken geführt. Das zum 1. Januar 2003 unter Beteiligung der R.A.T.H. GmbH als eigenständige Gesellschaft ausgegliederte Eisenbahnunternehmen erhielt dann den Namen Rurtalbahn GmbH.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb von Straßen- und Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung, die Durchführung von Gelegenheitsverkehren im Rahmen des öffentlichen Verkehrs sowie die Durchführung von Infrastruktur- und Werkstattleistungen.

Die Hauptgeschäftszweige betreffen die Personenbeförderung, deren Grundlage die Verkehrsverträge über das Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) inklusive Service- und Sicherheitsleistungen auf der SPNV-Linie RB 21 auf den Strecken Düren - Linnich und Düren - Heimbach sowie der SPNV-Linie RB 28 auf der Strecke Düren - Euskirchen des Aufgabenträgers Zweckverband go.Rheinland sind, sowie die Herstellung (Reaktivierung), den Betrieb und die Instandhaltung der Eisenbahninfrastruktur sowie die Instandhaltung von Schienenfahrzeugen und Linienbussen.

Als Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) betreibt die Gesellschaft 98 km Streckennetz und als Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) erbringt die Gesellschaft 1,3 Millionen Zugkilometer.

Die betriebliche Infrastruktur verteilt sich auf die Strecken Düren - Heimbach (30 km), Düren - Linnich (26 km), Düren - Euskirchen (30 km) und Heinsberg - Lindern (12 km). Bei diesen Strecken handelt es sich um Mischstrecken, auf denen Personen- sowie Güterverkehr durchgeführt wird. Insgesamt liegen 30 Bahnhöfe und Haltepunkte für den Personenverkehr an den Strecken Heimbach - Düren - Linnich, 7 Bahnhöfe und Haltepunkte an der Strecke Heinsberg - Lindern sowie 5 Bahnhöfe und Haltepunkte auf der Eifel-Bördebahn zwischen Düren und Zulpich.

Aufbauend auf den umfassenden Erfahrungen im Bereich der Reaktivierung von Eisenbahnstrecken, der bedarfsgerechten Unterhaltung und des Betriebs von Nebenbahnen bietet die Rurtalbahn als Komplett-dienstleister wirtschaftliche Lösungen für das gesamte Eisenbahnwesen mit dem Schwerpunkt „Regionalbahnen“ an.

Dabei werden die im Unternehmen Rurtalbahn GmbH vorhandenen Kernkompetenzen im bedarfsgerechten Gleisbau (Unterhaltung und Neubau), der Planung von Bahnübergängen, der Projektsteuerung und der Baurechtsverfahren im Geschäftsbereich Planung gebündelt und im Bedarfsfall durch externe Fachplaner ergänzt.

Weiterhin unterhält die Gesellschaft eine eigene Werkstatt, die als kombinierte Bus-/Schienenwerkstatt darauf spezialisiert ist, Nutzfahrzeuge für den öffentlichen Personenverkehr und Güterverkehr instand zu halten und zu setzen.

Dem seit der Ausgliederung der Rurtalbahn GmbH aus der damaligen Dürener Kreisbahn GmbH stetig wachsenden Güterverkehrsanteil wurde im Geschäftsjahr 2010 durch die Gründung der RTB CARGO GmbH Rechnung getragen. Die Gesellschaft übernimmt im Rahmen von Dienst- und Kooperationsverträgen die selbstständige Durchführung der ehemaligen Güterverkehrssparte der Rurtalbahn GmbH.

Die Dienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr werden vom Standort Düren aus im gesamten Kreis Düren erbracht.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Grundlage der Schätzung ist die gleitende Mittelfristprognose Winter 2023/2024, die für den Güter- und Personenverkehr von der INTRAPLAN Consult GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) erstellt wurde. Dieser Bericht erstreckt sich auf die Jahre 2024 bis 2027 und gibt auch einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung im Jahr 2023. Hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, eine der zentralen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Güter-, aber auch des Personenverkehrs, bilden der Jahresbericht der Bundesregierung und die darauf aufbauende mittelfristige Projektion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) vom 21. Februar 2024 die Grundlage.

Für die wichtigsten Kenngrößen des Wirtschafts- und Verkehrsgeschehens ist, aufgrund der gesamt- und branchenwirtschaftlichen sowie geopolitischen Lage, eine hohe Volatilität in der Entwicklung der letzten Jahre festzustellen. Auch im Prognosezeitraum ist weiterhin mit Unsicherheiten in den Bereichen Rohölnotierungen, Wechselkurse, geopolitischer Spannungen und zunehmender Verknappungen am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Die Unsicherheiten entstehen jetzt nicht mehr, wie im Jahr 2022, durch die unmittelbaren Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, sondern durch die größtenteils dadurch ausgelöste, anhaltend hohe Inflation und die, damit teilweise im Zusammenhang stehende, wirtschaftliche Abschwächung in der Welt und in Deutschland, sowie durch neuerliche geopolitische Krisen in Nahost (Taiwan/China u. a.).

Zu den Folgen für den Rohölpreis, auf die Lieferkettenproblematik, die Importe von Energierohstoffen und andere Einflussfaktoren auf die Verkehrsentwicklung wurden im Rahmen der Mittelfristprognose Annahmen gesetzt, die zwangsläufig hohen Unsicherheiten unterliegen.

Das deutsche preisbereinigte BIP ist im Jahr 2023, gemäß den derzeitigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamts, um 0,3 % niedriger als im Vorjahr. Für 2024 wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,3 %, für 2025 eine Steigerung in Höhe von 1,0 % gegenüber dem Vorjahr erwartet.

Die Entwicklung im Personenverkehr war zum einen durch einen Aufholeffekt durch das Nachlassen der Auswirkungen der Corona-Pandemie, zum anderen auch durch starke Fahrgastzuwächse zunächst während der Gültigkeit des 9 €-Tickets, später durch die Einführung des Deutschlandtickets, getrieben.

Im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr ist im Gesamtjahr 2023, im Vergleich zum Vorkrisenniveau des Jahres 2019, noch ein Rückgang von 5,5 % (Aufkommen) bzw. 0,5 % (Leistung) zu erwarten. Gegenüber 2022 bedeutet das allerdings einen Anstieg um jeweils 12 %.

Im Fernverkehr lagen im Jahre 2023 noch spürbare Aufholpotentiale vor, weil im Vorjahr die Nachfrage maßnahmenbedingt noch spürbar gedrückt war. Dem entgegen standen die nochmals verschlechterte Zuverlässigkeit des Betriebsablaufs und die Verlagerungen zum SPNV in Folge des Deutschlandtickets.

Im gesamten Jahr lag die Fahrgastzahl nur noch 1 % unter dem Vorkrisenstand, die Leistung sogar um 6,5 % darüber.

Im Jahr 2024 wird der Eisenbahnverkehr – bei Eintreffen der Grundvoraussetzungen dieser Prognose – spürbar wachsen; quantifiziert wird dies mit einem Plus von rund 5 % (Fahrgastzahl) bzw. 6 % p. a. (Leistung) gegenüber 2023.

Jedoch wird der Homeoffice-Effekt den SPNV nach aller Voraussicht stärker als alle anderen Verkehrsarten bremsen, da der Anteil des Berufsverkehrs hier rund ein Drittel beträgt und das Zuhause-Arbeiten bei längerer Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz weit häufiger zum Tragen kommt.

Im darauffolgenden Zeitraum bis zum Jahre 2027 wird sich im SPNV, vor allem infolge der Auswirkungen des Deutschlandtickets, sowohl die Fahrgastzahl um 8 % als auch die Leistung um 15 % gegenüber dem Vorkrisenniveau erhöhen.

Für den Fernverkehr wird sich die konjunkturelle Erholung, die Fahrpreissenkung durch die Weitergabe der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes in 2020 sowie die Verbesserung und Ausweitung des Angebotes auf die Zeit nach der Überwindung der Pandemie positiv auswirken. Dem stehen dauerhaft dämpfende Effekte aus der Pandemie, in erster Linie durch den Ersatz von Geschäftsreisen durch Videocalls etc., entgegen. Auch werden die aufgrund des Deutschlandticket erkennbaren Verlagerungen zum SPNV sowie die bis 2027 anhaltenden Reisezeitverlängerungen durch die geplanten Großbaustellen das Nachfragewachstum reduzieren.

Somit verbleibt im Zeitraum von 2019 bis 2027 im SPNV ein solides Wachstum um 11 % (Fahrgastzahl) bzw. 18 % (Leistung).

Für den gesamten Eisenbahnverkehr errechnet sich daraus für den Zeitraum 2019/2027 ein (gesamtes) Plus in Höhe von 8 % (Aufkommen) bzw. 17 % (Leistung).

Bereits vor der Ausbreitung der Pandemie waren die Abwärtsrisiken größer als die aufwärtsgerichteten, vor allem hinsichtlich des außenwirtschaftlichen Umfelds. Seitdem haben sich Erstere sicherlich erhöht, vor allem hinsichtlich der Folgen des Ukraine-Krieges auf die gesamt- und branchenwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Ein spürbarer Einfluss auf die Verkehrsentwicklung kann vom Rohölpreis ausgehen. Bereits in den ersten sieben Monaten des Jahres 2023 bewegte sich der Rohölpreis in einem engen Spektrum zwischen 75 und 85 USD. Anschließend führte die im Juli begonnene Drosselung der Förderung Saudi-Arabiens, zusammen mit den abnehmenden Befürchtungen einer rezessionsbedingt spürbar schrumpfenden Weltölnachfrage, dazu, dass der Ölpreis bis September auf 94 USD stieg und damit den o. a. Korridor verließ. Nachdem sich die Weltwirtschaft im restlichen Verlauf des Jahres aber wieder abzukühlen begann, sank der Ölpreis bis zum Jahresende wieder auf 78 USD. Daraus errechnet sich ein Jahresdurchschnittspreis in Höhe von gut 82 USD. Das bedeutet eine Verbilligung gegenüber 2022 um 18 %. Trotz der leichten Aufwertung des Euro zum US-Dollar (um 2 % auf 1,08 USD), die die Preissenkung rechnerisch erhöht, ist der deutsche Einfuhrpreis im Jahr 2023 um 15 % gesunken.

Für das Jahr 2024 sind die Unsicherheiten zum gegenwärtigen Zeitpunkt weit geringer als in 2022. Das Weltmarktangebot hat sich stabilisiert, auch weil russisches Rohöl dem Weltmarkt weiterhin zur Verfügung steht und sich nur die Abnehmerländer verändern. Ein gewisser preistreibender Effekt kann aus der erwarteten Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft entstehen. Deshalb rechnen sowohl die US-Energiebehörde EIA als auch die Warenterminbörsen für 2024 mit einem Durchschnittspreis von 82 USD. Die Gründe werden vor allem in einem steigenden Angebot auf dem Weltmarkt gesehen.

Im Jahr 2025 sollte sich einerseits die Weltölnachfrage mit der erwarteten Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft beleben, andererseits aber auch das Weltrohölangebot erhöhen. Deshalb erwarten die EIA, die Konjunkturprognostiker und die Warenterminbörsen übereinstimmend einen weiteren geringen Preisrückgang auf knapp 80 USD (EIA: 79,5 USD), was einer Verbilligung um knapp 4 % entspricht.

Im Vergleich zum drastischen Effekt des Rohölpreisanstiegs auf den Kraftstoffpreis verblasst die sog. 'CO₂-Bepreisung', die de facto einer Anhebung des Mineralölsteuersatzes gleichkommt.

Wie im Vorjahr werden auch weiterhin durch die Aufgabenträger vermehrt Verkehrsleistungen in wettbewerblichen Verfahren vergeben. Steigerungen im Bereich der Fahrgastzahlen können zum Ausgleich der Kostensteigerung, insbesondere im Energiesektor, durch den Aufgabenträger (Bruttovertrag) oder das Eisenbahnverkehrsunternehmen (Nettovertrag) genutzt werden.

Gemäß der Bund-Länder-Einigung vom 2. November 2022 hat die Bundesregierung beschlossen, den Ländern im Jahr 2022 zusätzliche Regionalisierungsmittel in Höhe von 1 Milliarde Euro zur Verfügung zu stellen. Die jährliche Dynamisierungsrate der Regionalisierungsmittel wird ab dem Jahr 2023 von 1,8 % auf 3,0 % erhöht.

Nach Berechnungen des Bundesverkehrsministeriums werden die Länder in den Jahren 2022 bis 2031 zusätzliche Regionalisierungsmittel in Höhe von 17,3 Milliarden Euro erhalten.

Es ist jedoch zweifelhaft, ob diese Finanzierung ausreicht, um die Kosten der angestrebten Verkehrswende sowie der Angebotsoffensive, wie sie in den nächsten Jahren mit dem Deutschlandtakt erreicht werden soll, zu tragen.

Geschäftsverlauf

Schienenpersonennahverkehr

Der Geschäftsbetrieb des Schienenpersonennahverkehrs war im Geschäftsjahr 2023 weiterhin durch Aufholeffekte der Auswirkungen der Corona-Pandemie, zum anderen auch durch die Einführung des Deutschlandtickets geprägt. Die hieraus resultierenden Fahrgaststeigerungen sind im Wesentlichen im Freizeitverkehr (Wochenende) merkbar. Weiterhin bilden Lieferkettenengpässe, steigende Materialpreise und ein knapper Arbeitsmarkt die entsprechenden Herausforderungen.

Mindereinnahmen durch das preisgünstige Deutschlandticket konnten durch entsprechende Rettungsschirme kompensiert werden.

Alle in den Jahren 2011, 2012, 2018 und 2019 angeschafften bzw. angemieteten Triebfahrzeuge der Baureihe Regio Shuttle RS1 (8 einteilige Einheiten) und Lint 54 (3 zweiteilige Einheiten) waren in 2023, gemäß vertraglicher Verpflichtung gegenüber dem go.Rheinland, auf den Strecken der Rurtalbahn Düren - Heimbach, Düren - Linnich sowie Düren - Euskirchen in Betrieb. Weiterhin wurde ein zusätzliches Fahrzeug vom Typ Regio Shuttle RS1 langfristig angemietet.

Die am 7. Juli 2021 im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichte Vorinformation zur Vergabe von Verkehrsleistungen auf dem Netz der Rurtalbahn ab dem Fahrplanwechsel 2025/2026 mit Triebwagen basierend auf Wasserstoffantrieben (HEMU) hat bisher noch kein Vergabeverfahren nach sich gezogen.

Die Verkehrsleistungen im Jahre 2023 auf der eigenen Infrastruktur der Rurtalbahn GmbH im Rahmen des Schienenpersonennahverkehrs betrugen rund 1.304.104 Zugkilometer.

Der Stundentakt auf der Eifel - Bördebahn konnte, aufgrund von verspäteten infrastrukturellen Maßnahmen außerhalb des Einflusses der Rurtalbahn GmbH, am 8. Januar 2023 aufgenommen werden.

Die Verkehrsverträge der RB 21 Nord und der RB 28 sind als sogenannte „Brutto-Verträge“ gestaltet, so dass die Erlösverantwortung auf diesen Linien durch den Aufgabenträger getragen wurde. Lediglich auf dem „Südast“ (RB21 Süd) obliegt die Erlösverantwortung der Rurtalbahn GmbH.

Zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der Marke Rurtalbahn und einer damit einhergehenden positiven Identifikation mit dem Unternehmen wurden auch in 2023 diverse Marketingmaßnahmen durchgeführt.

Eisenbahninfrastruktur und Infrastruktur-Planung

Das Geschäftsjahr 2023 war neben den üblichen Maßnahmen zur Wartung und Instandhaltung der Bahnanlagen geprägt durch die weiteren Planungen zum Streckenvollausbau der Eifel-Bördebahn (RB 28).

Die Schwerpunkte lagen hier bei Planung weiterer Haltepunkte und Bahnübergangssicherungsanlagen.

Die Auswirkungen des Jahrhunderthochwasser im Juli 2021 haben auch im Rurtal ihre Spuren hinterlassen. Obwohl die Talsperren Szenarien wie an Erft und Ahr verhindern konnten, trat die Rur über die Ufer und flutete Teile der Bahnanlagen im südlichen Streckenabschnitt zwischen Düren und Heimbach. Schäden sind insbesondere im Oberbau (Verschlammung) und in der Leit- und Sicherheitstechnik festzustellen. Der Betrieb ist dadurch nicht bzw. nur bedingt eingeschränkt, die Schadensbehebung aber unvermeidlich. Entsprechende Mittel wurden im Jahresabschluss 2021 berücksichtigt. Das Land Nordrhein-Westfalen hat ein Förderprogramm eingerichtet, es ist jedoch nach wie vor unklar, in welcher Höhe Mittel zur Schadensbehebung an den Strecken der Rurtalbahn GmbH zur Verfügung stehen. Die entsprechenden Risiken sind weiterhin im Jahresabschluss 2023 berücksichtigt und deren Auswirkungen sind auch für die Folgejahre noch zu erwarten.

Im Juni 2022 ist in der Nähe von Garmisch-Partenkirchen ein Regionalzug entgleist, mit tödlichen Folgen. Schon sehr schnell kam die Vermutung auf, dass beschädigte Betonschwellen die Ursache für die Entgleisung waren. Diese Vermutung wurde inzwischen durch einen Zwischenbericht der Bundesstelle für Eisenbahnunfalluntersuchung (BEU) bestätigt. Seitens unserer Aufsichtsbehörde wurden wir aufgefordert, alle im Netz der Rurtalbahn verbauten Betonschwellen auf Rissbildung zu untersuchen und ggfs. ein Sanierungskonzept in Abhängigkeit vom Schadensbild aufzustellen und umzusetzen. Das Schadensbild tritt bei bestimmten Betonschwellen auf, die in ganz Deutschland verbaut wurden, unter anderem auch auf den Netzen der Rurtalbahn. Eine betriebliche Gefahr ist aktuell nicht gegeben und der Zustand der Schwellen wird engmaschig überwacht. Dennoch müssen die betroffenen Schwellen ausgetauscht werden. Die schadhaften Betonschwellen der Strecke Lindern - Heinsberg wurden im Jahr 2023 ausgetauscht.

Betriebswerkstatt

Neben der regelmäßigen und wiederkehrenden Instandhaltung der Schienenfahrzeugflotte des Geschäftsbereichs SPNV lag der Schwerpunkt der Tätigkeiten innerhalb der Betriebswerkstatt in der Instandhaltung der Busflotte der Rurtalbus GmbH und der VIAS BUS GmbH.

Verwaltung

Im kaufmännischen Bereich erfolgt die Abwicklung auf Basis von Dienstleistungsverträgen mit der Gesellschafterin R.A.T.H. GmbH. Das Kostenrechnungssystem und die kaufmännische Unternehmensorganisation unterliegen einer permanenten Anpassung an die sich ändernden Rahmenbedingungen.

Geschäftsführung und Bereichsleiter erhalten monatliche Soll-/Ist-Abgleiche auf Basis des Businessplans. Die Ertragsdaten werden monatlich, die Liquiditätsvorschau wöchentlich analysiert. Des Weiteren werden monatlich Kennzahlen zur Steuerung der unternehmerischen und betrieblichen Belange ermittelt und der Geschäftsführung und den Leitern der Geschäftsbereiche zur Verfügung gestellt.

Ein Aufgabenschwerpunkt im Geschäftsjahr lag in der Weiterentwicklung des bestehenden Datenmanagementsystems sowie der Optimierung bestehender Geschäftsbereiche in das Reportingsystem. Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen wurden nicht eingeleitet.

Darstellung der Lage

a. Ertragslage

Einen Überblick über die Entwicklung der Ertragslage gibt der nachfolgende Jahresvergleich.

Ergebnis in TEUR	2023	2022	Veränderung
<i>Umsatzerlöse</i>	28.051	26.930	1.121
<i>Erträge aus der Auflösung des SoPo</i>	119	126	-7
<i>Sonstige betriebliche Erträge</i>	4.480	3.249	1.231
<i>Materialaufwand</i>	-8.025	-8.412	387
<i>Personalaufwand</i>	-9.189	-8.305	-884
<i>Abschreibungen</i>	-1.582	-1.534	-48
<i>Sonstige betriebliche Aufwendungen</i>	-9.467	-8.857	-610
<i>Zinsergebnis</i>	12	107	-95
<i>Steuern</i>	-1.528	-1.147	-381
Jahresergebnis	2.872	2.158	714

Die Ertragslage ist maßgeblich vom Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs geprägt. Der überwiegende Teil des Umsatzes im Bereich Schienenpersonennahverkehr wurde durch Vergütungen aus Verkehrsverträgen, Zuschedungen aus Einnahmeaufteilungen sowie Ausgleichszahlungen von Vertriebsdienstleistern erzielt. Daher ist ein Ausfallrisiko in diesem Segment begrenzt.

Das Rohergebnis (Ergebnis aus Umsatzerlösen zzgl. sonstigen betrieblichen Erträgen inkl. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens abzüglich Materialaufwand und Aufwand für fremdbezogenes Personal) belief sich im Geschäftsjahr auf TEUR 21.854 (i. V. TEUR 19.403). Der Anstieg um TEUR 2.450 resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Umsatzerlösen (TEUR 1.121) sowie sonstigen betrieblichen Erträgen (TEUR 1.231), bei einem leichten Aufwandsrückgang für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren sowie Aufwendungen für bezogene Leistungen (TEUR 387). Die Zunahme der Umsatzerlöse zeigt sich insbesondere in gestiegenen Zuschüssen des Aufgabenträgers sowie einem Anstieg von erhaltenen Übersteigerausgleichszahlungen.

Die Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge resultiert primär aus der Zunahme periodenfremder Erträge, dem Anstieg von Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und Ansprüchen aus dem Allgemeinen Eisenbahngesetz.

Als bedeutsame, finanzielle Leistungsindikatoren und erfolgskritische Schlüsselkennzahlen verwendet die Rurtalbahn GmbH zur internen Steuerung des Unternehmens die Kennzahlen EK-Quote und Umsatzrentabilität.

Die Umsatzrentabilität vor Steuern (Verhältnis vom Jahresergebnis zzgl. Steuern zu Umsatzerlösen zzgl.

Erträgen aus der Auflösung des SoPos) beträgt 15,6 % (i. V. 12,2 %). Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahreswert, und entspricht nicht der qualifiziert-komparativen Prognose aus 2022 einer leicht sinkenden Entwicklung der Umsatzrendite. Die Zunahme resultiert im Wesentlichen aus dem im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von TEUR 4.399 (i. V. TEUR 3.304), bei gleichzeitig gestiegenen Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 28.051 (i. V. TEUR 26.930).

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf TEUR 4.480 (i. V. TEUR 3.249), dies bedeutet eine Zunahme um TEUR 1.231 im Vergleich zum Vorjahr.

Bund und Länder haben auch in 2023 den ÖPNV-Rettungsschirm fortgeführt. Die Rurtalbahn GmbH konnte durch die Mechanismen des Rettungsschirms entsprechende Einnahmehausfälle, bedingt durch das seit dem 1. Mai 2023 eingeführte Deutschlandticket für den ÖPNV, ausgleichen.

Die Vergütungen im Rahmen der Verkehrserträge dienen als Ausgleich der Betriebskosten, die infolge der Verkehrsleistung und der notwendigen Trassenentgelte auf der Rurtalbahn entstehen. Darüber hinaus boten die Rettungsschirme eine Finanzierung der durch die Einführung des Deutschlandtickets entstandenen Fahrgeldmindereinnahmen.

Die Verkehrsleistung auf dem Südast (RB 21 Süd) basiert derzeit auf einem Zuwendungsvertrag zwischen dem Zweckverband go.Rheinland und der Rurtalbahn GmbH vom Dezember 2010. Der Vertrag gilt bis Dezember 2025.

Im Juni 2021 hat die Rurtalbahn vom Zweckverband go.Rheinland den Zuschlag für die Verkehrsleistungen auf den Netzen RB 21 Nord und RB 28 in den laufenden Vergabeverfahren bis Dezember 2025 erhalten.

Die Trassenentgelte stehen der Rurtalbahn GmbH aufgrund des eingangs erwähnten Infrastrukturpachtvertrages langfristig zu.

Auf der Aufwandsseite stellen die bezogenen Fremdpersonalleistungen in Höhe von TEUR 2.771 (i. V. TEUR 2.491) eine maßgebliche Position dar; in dieser Höhe sind die Aufwendungen auch für die Folgejahre zu kalkulieren.

Die Preise und Konditionen auf den Beschaffungsmärkten haben sich steigend entwickelt. Die Entwicklung der Energiekosten ist insbesondere im Bereich der Dieselmotorkraftstoffe stark von der weltweiten Nachfrage sowie des Angebotes auf den angespannten Rohstoffmärkten abhängig. Preissteigerungen am Markt werden insbesondere im Bereich der Treibstoffe durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte durch Indexmechanismen kompensiert.

Der Personalaufwand, laut Posten 5 und 6 der Gewinn- und Verlustrechnung, betrug insgesamt TEUR 9.189 (i. V. TEUR 8.305) und hat sich somit im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 884 erhöht.

Ursachen für den Personalkostenanstieg sind geleistete Sonderzahlungen sowie die Auswirkungen der neu abgeschlossenen Tarifverträge, die in 2023 Tarifierhöhungen vorsahen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 9.467 (i. V. TEUR 8.857) sind um TEUR 610 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Anstieg zeigt sich insbesondere in den Bereichen Mieten und Pachten (TEUR 185), periodenfremden Aufwendungen (TEUR 519), Marketing (TEUR 95) sowie Rechts-/Beratungskosten Konzern (TEUR 78) bei gleichzeitig gesunkenen Kosten für Reparaturen und Instandhaltungen vorwiegend im Infrastrukturbereich (TEUR 384) sowie Weiterbelastungen (TEUR 93).

Die rückläufige Entwicklung des Zinsergebnisses im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von TEUR 95 resultiert aus deutlich gestiegenen Zinsaufwendungen (TEUR 193) bei gleichzeitig nicht in dieser Höhe angefallenen Zinserträgen (TEUR 98).

Das Jahresergebnis vor Steuern beträgt TEUR 4.399 (i. V. TEUR 3.304). Dies bedeutet eine Zunahme um TEUR 1.095, und einen gleichzeitigen Anstieg des Aufwands aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag um TEUR 381 auf TEUR 1.514 (i. V. TEUR 1.133).

Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 2.872 (i. V. TEUR 2.158).

b. Finanzlage

	2023 TEUR	2022 TEUR
Jahresüberschuss	2.872	2.158
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.582	1.534
+/- Zunahme/Abnahme Sonderposten mit Rücklagenanteil	-119	-126
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	2.772	826
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	-14
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.178	2.088
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	156	374
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	6.085	6.840
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	9	22
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-264	-489
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	-93
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	9.723	0
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-9.810	-3.852
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-342	-4.412
- Auszahlungen an Unternehmenseigner	-2.158	-2.092
+ Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten	0	0
- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-4.172	-1.161
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-6.330	-3.253
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-587	-825
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4.988	5.813
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	4.401	4.988

Liquide Mittel werden mit TEUR 4.401 (i. V. TEUR 4.988) ausgewiesen. Dies bedeutet eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr um TEUR 587. Insgesamt ergibt sich für das Geschäftsjahr 2023 ein Cashflow aus

laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 6.085. Dieser zeigt eine hohe Innenfinanzierungskraft und Stabilität der Gesellschaft.

Aufgrund der bestehenden Zuwendungsverträge über das Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr auf den SPNV-Linie RB 21 Strecken Düren - Linnich und Düren - Heimbach sowie der RB 28 des Aufgabenträgers Zweckverband go.Rheinland erhält die Rurtalbahn GmbH festgelegte Vergütungen des Auftraggebers, die einer in den Verkehrsverträgen festgeschriebenen jährlichen Dynamisierung bzw. Indexierung zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten durch den Auftraggeber unterliegen.

Zur maßgeblichen Liquiditätssicherung leistet der Auftraggeber gegenüber der Rurtalbahn GmbH monatliche Abschlagszahlungen auf den Gesamtanspruch. Die hierfür erforderlichen Mittel werden dem go.Rheinland durch das Land NRW nach den einschlägigen Rechtsvorschriften, derzeit gemäß § 11 ÖPNVG NRW, zur Verfügung gestellt.

Die Höhe des Anspruchs bestimmt sich nach den vertraglich vereinbarten SPNV-Leistungen im Gebiet des go.Rheinland im Umfang von rund 1.003 TZugkm/Normjahr. Die endgültige Abrechnung des bestellten Betriebsprogramms erfolgt für die RB 21 Süd und die RB 28 spätestens zum 31. März des jeweiligen Folgejahres auf der Grundlage eines Normjahres, für die RB 28 Nord hingegen bis zum 30. Juni des jeweiligen Folgejahres. Diese eigenen flüssigen Mittel stellen eine ausreichende Liquiditätsreserve dar, die die Rurtalbahn GmbH in die Lage versetzt, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen.

Wöchentliche Liquiditätsübersichten an die Geschäftsführung runden die Liquiditätsplanung ab; die Geschäftsführung ist somit in der Lage, auftretende Engpässe frühzeitig zu erkennen und entsprechende Steuerungsmaßnahmen einzuleiten.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Rurtalbahn GmbH schließt zum 31. Dezember 2023 mit TEUR 25.067 (i. V. TEUR 25.716). Dies bedeutet eine Vermögensabnahme gegenüber dem Vorjahr um TEUR 649.

Das Anlagevermögen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 11.255 (i. V. TEUR 12.495). Der Rückgang in Höhe von TEUR 1.240 resultiert primär aus planmäßigen Abschreibungen sowie Abgängen im Sachanlagevermögen.

Die Anlagendeckung (Verhältnis des Eigenkapitals einschließlich 65 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse sowie des langfristigen Fremdkapitals zum Bestand des Sachanlagevermögens inklusive der immateriellen Vermögensgegenstände) beträgt zum 31. Dezember 2023 rd. 303 %. Dies weist auf eine hohe finanzielle Stabilität der Gesellschaft hin.

Weitere wesentliche Posten der Aktivseite sind die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 5.290 (i. V. TEUR 5.389).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich in Höhe von TEUR 186 auf TEUR 310 (i. V. TEUR 496) reduziert.

Der Bestand der sonstigen Vermögensgegenstände erhöht sich um TEUR 403 auf TEUR 3.536 (i. V. TEUR 3.133). Die Steigerung resultiert größtenteils aus dem Anstieg der Ausgleichforderungen nach § 16 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) sowie Instandhaltungsabrechnungen gegenüber der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Ansprüche aus dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) (TEUR 2.020), Steuererstattungsforderungen (TEUR 682), Ansprüche aus Ausbildungsbeförderungspauschalen (TEUR 151) und die periodengerechte Erfassung von Einnahmen (TEUR 660).

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beläuft sich auf TEUR 1.409 (i. V. TEUR 106). Der Anstieg resultiert primär aus der Vorauszahlung für die Pacht der Infrastruktur im Kreis Düren für die Jahre 2024 bis 2027 in Höhe von TEUR 1.350. Der Posten beinhaltet weiterhin anteilige Sponsoringmaßnahmen für 2024 in Höhe von TEUR 39 sowie eine Einmalzahlung für einen Triebwagen in Höhe von TEUR 15.

Auf der Passivseite stellen die sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 6.625 (i. V. TEUR 3.655), die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 3.259 (i. V. TEUR 3.066) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 5.727 (i. V. TEUR 9.498) die wesentlichen Bilanzposten im Fremdkapital dar.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber der R.A.T.H. GmbH in Höhe von TEUR 1.353 (i. V. TEUR 2.110) aus Darlehensgewährung gemäß Mietkaufvertrag zur Finanzierung der RS 1-Fahrzeuge sowie weitere erhaltene Darlehen von Seiten der R.A.T.H. GmbH in Höhe von TEUR 4.150 (i. V. TEUR 7.150).

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten größtenteils Verbindlichkeiten aus der Weiterleitung einer Versicherungserstattung an die VIAS Rail GmbH in Höhe von TEUR 53 (i. V. TEUR 53), Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer in Höhe von TEUR 55 (i. V. TEUR 40) sowie eine erhaltene Kautions in Höhe von TEUR 50 (i. V. TEUR 50).

Das Eigenkapital beläuft sich auf TEUR 7.866 (i. V. TEUR 7.152), dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 31,4 % (i. V. 27,8 %).

III. Prognosebericht

Wir erwarten für die Gesellschaft eine rückläufige Entwicklung im Hinblick auf das Jahresergebnis.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird in den kommenden Jahren durch Maßnahmen der schweren Instandhaltung an den Schienenfahrzeugen der Rurtalbahn GmbH geprägt sein. Diese Maßnahmen wurden kalkulatorisch berücksichtigt, sind aber ergebnismindernd im Jahr des tatsächlichen Aufwandes zu erfassen.

Der Ausbruch des Ukraine-Krieges sowie die damit zusammenhängende Entwicklung der Energie- und Materialkosten hat weiterhin erhebliche Auswirkungen. Aufgrund der großen Unsicherheit der weiteren Entwicklung ist eine detaillierte abschließende Risikoeinschätzung noch immer nicht möglich. Die Auswirkungen auf die Umsatz- und Ertragslage der Gesellschaft befinden sich in einem noch überschaubaren Rahmen, die Planungen berücksichtigen die derzeit bekannten Risiken in entsprechendem Umfang. Allerdings sind insbesondere im Bereich der Materialbeschaffung und Fremdleistungen deutliche Preissteigerungen aufgrund der weitergereichten Inflationsentwicklung zu verzeichnen.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird mit einem graduell steigenden Umsatz, sowie einem leicht reduzierten Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum Geschäftsjahr 2023 gerechnet.

Weiterhin wird für das Jahr 2024 mit einer leicht sinkenden Umsatzrendite als auch mit einer leicht sinkenden Eigenkapitalquote gerechnet. Die im Vorjahr prognostizierte tendenziell sinkende Eigenkapitalquote hat sich in 2023 nicht realisiert.

Wesentliche Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Folgejahre sind nicht ersichtlich.

Chancen- und Risikobericht

Die Rurtalbahn GmbH befindet sich in einer guten Ausgangsbasis für die zukünftigen Wettbewerbsverschärfungen und Wettbewerbschancen. Maßgeblich ist hier auch, dass sich die Rurtalbahn GmbH erfolgreich in der internationalen Verkehrsausschreibung des Zweckverbandes go.Rheinland um die Verkehrsleistung auf der eigenen Infrastruktur auf dem Streckenabschnitt Düren - Linnich sowie auf der Bördebahn mit Beginn ab dem Fahrplanwechsel 2021/2022 durchsetzen konnte und die Verkehrsleistung bis Dezember 2025 weiterhin erbringen kann.

Zusätzlich konnte neben dem Eigentumserwerb der Strecke Düren - Euskirchen durch die BTG auch der betriebliche Teil des Bahnhofes Düren Nord erworben werden, der ebenfalls im Rahmen des langlaufenden Pachtvertrages der Rurtalbahn zum Betrieb übertragen wird und eine wesentliche Bedeutung für die weitere, selbstbestimmte Entwicklung in den kommenden Jahren darstellt.

Der Bund stellte den Ländern Finanzmittel für den SPNV in Form der Regionalisierungsmittel zur Verfügung. Aufgrund der Steigerungen in den Preiskomponenten Energie und Personal finden intensive Verhandlungen zwischen den Aufgabenträgern und den Bundesländern statt, da die Regionalisierungsmittel in der Konsequenz der Verkehrsausweitungen durch die politisch gewollte Verkehrswende und die Kostensteigerung nicht ausreichend sind. Daher bleibt weiterhin abzuwarten, welche Lösungen in der Politik gefunden werden können.

Die Verteilung der Regionalisierungsmittel auf die Bundesländer erfolgt nach den Festlegungen des Kieker Schlüssels, auf den sich die Länder im Oktober 2014 geeinigt hatten. Dabei handelt es sich um einen Zielschlüssel, der sich je zur Hälfte aus den Einwohnern und den bestellten Zugkilometern zusammensetzt.

Ausgehend von der bis zum Jahr 2015 gültigen, konstanten horizontalen Mittelverteilung, findet im Zeitraum von 2016 bis 2031 Jahr für Jahr eine schrittweise Umverteilung der Länderanteile am Sockelbetrag der Regionalisierungsmittel statt, bis im Jahre 2031 der endgültige Zielschlüssel 'Kieler Schlüssel' erreicht ist. Für den Sockelbetrag ergeben sich im Zeitraum der Umverteilung somit je Bundesland jährlich unterschiedliche prozentuale Mittelanteile.

Zur Absicherung gegenüber möglichen Risiken des Unternehmensfortbestandes bedient sich die Rurtalbahn GmbH eines umfassenden Früherkennungssystems durch die Implementierung von Daten der Finanzbuchhaltung und des Controllings in ein monatliches Reporting-System. Die so generierten Abweichungsberichte werden in Abstimmung mit der Geschäftsführung und den jeweiligen Geschäftsbereichsleitern zeitnah analysiert. Wöchentliche Liquiditätsübersichten werden der Geschäftsführung vorgelegt.

Zur Vermeidung von Zahlungsausfällen wird ein adäquates Forderungsmanagement eingesetzt, das durch eine permanente und zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge Forderungsausfälle nahezu ausschließt. Bei ausbleibendem Forderungsausgleich werden entsprechende Maßnahmen bis hin zum Mahnbescheid erlassen. Im Neukundenbereich sind vor der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen entsprechende Bonitätsauskünfte einzuholen.

Die Gesellschaft besitzt infolge der guten Eigenkapitalbasis eine solide Innenfinanzierungskraft. Investitionen werden aus Eigenmitteln dargestellt. Eine Aufnahme von Fremdverbindlichkeiten ist aus Sicht der Geschäftsführung nicht notwendig.

Preissteigerungen am Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte oder Preisfortschreibungen in den Verkehrsverträgen kompensiert.

Aufgrund der durchgeführten Analysen bestehen aus Sicht der Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Berichterstattung keine Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Häner, Herbert	Nideggen	
	Zimmermann, Björn (seit 19.05.2020)	Cadier en Keer/NL	
	Bröker, Jens (ab 01.01.2024 bis 24.04.2024)	Kreis Düren	Ehem. Referatsleiter
	Weinberger, Walter (bis 31.12.2023)	Kreis Düren	Ehem. Amtsleiter
	Emunds, Guido (seit 28.06.2024)	BTG	Geschäftsführer
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbG (BTG)	3 Sitze	
	R.A.T.H. GmbH	3 Sitze	

Gesellschafterversammlung:

1 Stimme

je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Abhoff, Ferdinand (Vorsitzender)	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	03.07.2014	
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.02.2004	08.11.2024

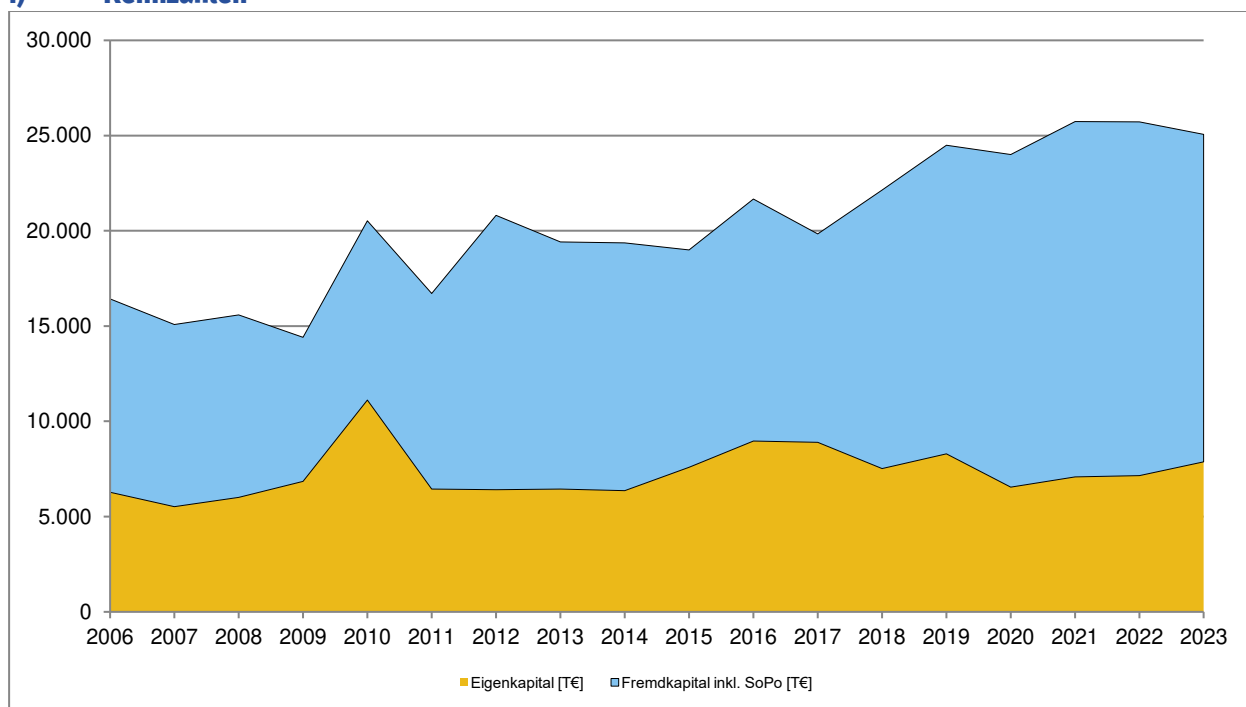
Gesellschafterversammlung:

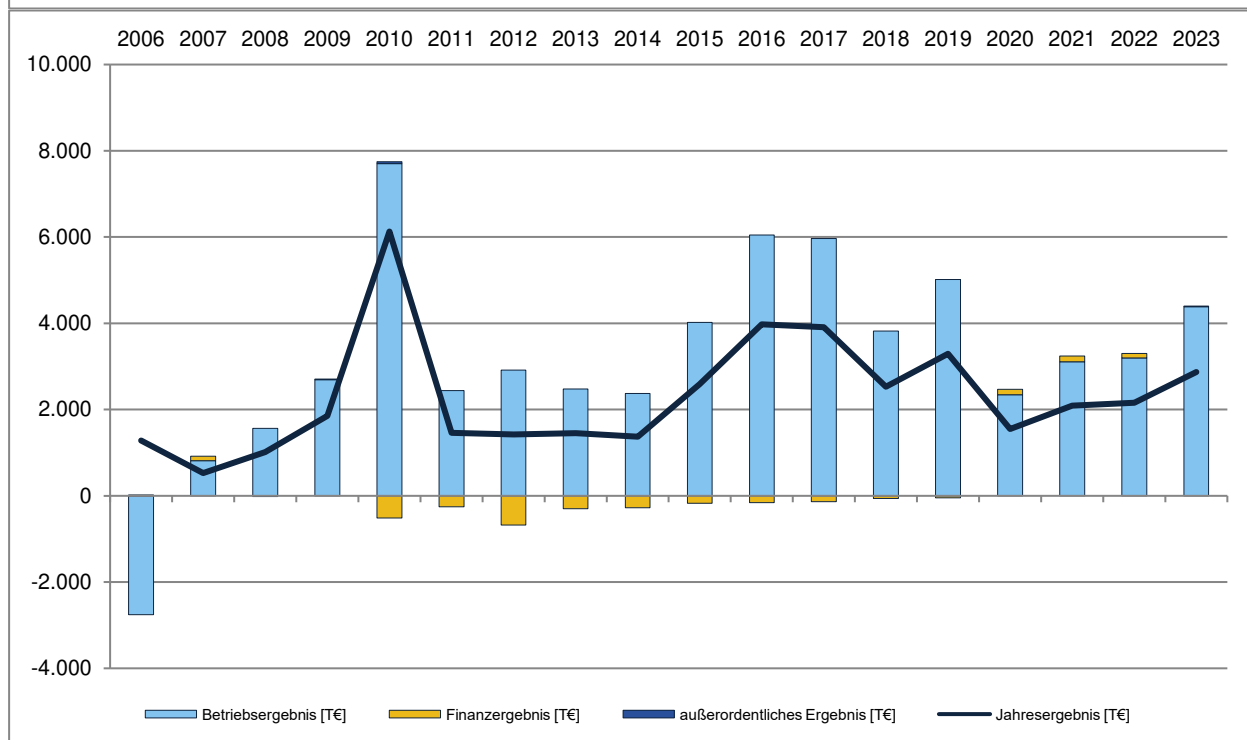
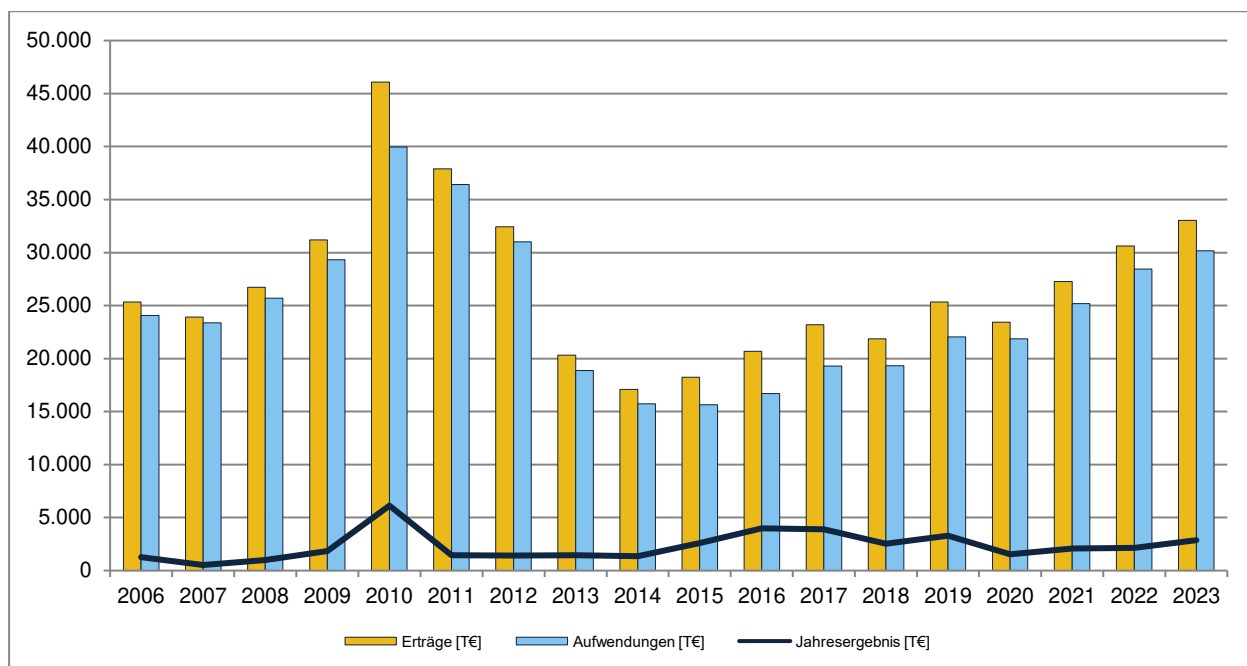
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	03.11.2009	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 131 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	27,53%	27,81%	31,38%	3,57%
Eigenkapitalrentabilität	29,52%	30,17%	36,51%	6,34%
Anlagendeckungsgrad 2	187,21%	134,00%	116,89%	-17,12%
Verschuldungsgrad	257,76%	255,87%	216,81%	-39,06%
Umsatzrentabilität	14,61%	11,87%	15,64%	3,77%

20 Rurtalbus GmbH



Kölner Landstraße 271
52351 Düren
Telefon: 02421 3901-999
Telefax: 02421 3901-88
E-Mail: info@rurtalbus.de
Homepage: www.rurtalbus.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die gewerbsmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen im Linienverkehr einschließlich dessen Sonderformen sowie im Gelegenheitsverkehr. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann sich insbesondere an anderen Unternehmen beteiligen, sie erwerben, die Geschäftsführung für solche Unternehmen übernehmen sowie Zweigniederlassungen errichten.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	12,25	49
R.A.T.H. GmbH	12,75	51
Stammkapital	25,0	

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	21.571,00 €	10.923,00 €	778,00 €	-10.145,00 €	-92,88%
II. Sachanlagen	198.699,00 €	247.693,00 €	260.273,00 €	12.580,00 €	5,08%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	3.886.489,68 €	5.949.609,31 €	6.751.681,45 €	802.072,14 €	13,48%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	1.770.105,57 €	1.145.056,75 €	813.846,16 €	-331.210,59 €	-28,93%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	320.715,75 €	227.491,14 €	230.408,93 €	2.917,79 €	1,28%
Summe Aktiva	6.197.581,00 €	7.580.773,20 €	8.056.987,54 €	476.214,34 €	6,28%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Jahresüberschuss (i. V. Jahres- fehlbetrag)	1.749.921,73 €	1.224.827,11 €	98.448,98 €	-1.126.378,13 €	-91,96%
B. Sonderposten	6.074,91 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
C. Rückstellungen	1.370.709,43 €	1.784.935,70 €	1.126.821,10 €	-658.114,60 €	-36,87%
D. Verbindlichkeiten	3.045.874,93 €	4.546.010,39 €	6.802.874,71 €	2.256.864,32 €	49,64%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	3.843,75 €	3.843,75 €	
Summe Passiva	6.197.581,00 €	7.580.773,20 €	8.056.988,54 €	476.215,34 €	6,28%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	29.141.858,80 €	33.448.593,06 €	37.112.586,61 €	3.663.993,55 €	10,95%
2. sonstige betriebliche Erträge	1.547.201,28 €	981.600,93 €	274.398,06 €	-707.202,87 €	-72,05%
3. Erträge aus der Auflösung des Son- derpostens	8.504,93 €	6.074,91 €	0,00 €	-6.074,91 €	-100,00%
4. Materialaufwand	24.598.363,26 €	27.902.341,56 €	31.326.836,20 €	3.424.494,64 €	12,27%
5. Personalaufwand	136.662,81 €	263.372,97 €	951.993,96 €	688.620,99 €	261,46%
6. Abschreibungen	57.163,48 €	57.472,58 €	80.069,78 €	22.597,20 €	39,32%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.320.973,43 €	4.395.737,98 €	4.802.476,35 €	406.738,37 €	9,25%
Betriebsergebnis	2.584.402,03 €	1.817.343,81 €	225.608,38 €	-1.591.735,43 €	-87,59%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	3,30 €	69,85 €	66,55 €	2016,67%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	128,30 €	0,00 €	44.722,25 €	44.722,25 €	
Finanzergebnis	-128,30 €	3,30 €	-44.652,40 €	-44.655,70 €	-1353203,03%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	2.584.273,73 €	1.817.347,11 €	180.955,98 €	-1.636.391,13 €	-90,04%
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	833.676,00 €	592.354,00 €	81.855,00 €	-510.499,00 €	-86,18%
12. sonstige Steuern	676,00 €	166,00 €	652,00 €	486,00 €	292,77%
Jahresergebnis	1.749.921,73 €	1.224.827,11 €	98.448,98 €	-1.126.378,13 €	-91,96%

f) Lagebericht

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 22.08.2019 von der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB), Düren, einer 100 %-Tochter der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG), Düren, und der privatwirtschaftlichen, in der

Region verwurzelten, R.A.T.H. GmbH, Düren, gegründet. Mehrheitsgesellschafter ist die R.A.T.H. GmbH mit 51 % der Anteile, während die Dürener Kreisbahn GmbH 49 % der Anteile hält. Zum 01.01.2020 wurde die DKB auf den übernehmenden Rechtsträger, die Muttergesellschaft BTG, verschmolzen. Für die Rurtalbus GmbH (Rurtalbus) haben sich hieraus weder Änderungen hinsichtlich der organisatorischen noch der finanziellen Rahmenbedingungen ergeben.

Die Haupttätigkeit der Gesellschaft ist die Erbringung von Verkehrsleistungen im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) – überwiegend im Kreis Düren. Die Gesellschaft hat zum 01.01.2020 den operativen Betrieb im Bereich öffentlicher Straßenpersonennahverkehr aufgenommen. Die Leistungen werden sowohl im Selbsteintritt als auch durch Subunternehmer erbracht.

Maßgebend für das öffentlich bestellte Leistungspaket der Rurtalbus GmbH ist der Nahverkehrsplan des Kreises Düren. Der Kreis Düren als Aufgabenträger für den ÖSPV im Kreis Düren hat in einem wettbewerblichen Verfahren die gesamte ÖSPV-Leistung im Kreis Düren in einem Los für 10 Jahre ausgeschrieben. Am 30.04.2019 hat der Kreis Düren den Zuschlag für diese Leistungen an die Bietergemeinschaft, bestehend aus der BTG und der R.A.T.H. GmbH, für einen Zeitraum von 10 Jahren vergeben. Der geschlossene Verkehrsvertrag läuft ab dem 01.01.2020 und endet zum 31.12.2029. Mit Beginn des Verkehrsvertrages werden alle Maßnahmen und Veränderungen aus dem neuen Nahverkehrsplan des Kreises Düren umgesetzt. Insbesondere enthält der neue Nahverkehrsplan das Ziel, die Ausgestaltung des Nahverkehrs zu stärken und mögliche Problemstellungen bei Schnittstellen zu minimieren und die öffentlichen Verkehrsleistungen zukünftig aus einer Hand zu beziehen. Im Verkehrsvertrag ist zu Beginn eine zweijährige Bruttophase vorgesehen, die zum 01.01.2022 von der Nettophase abgelöst werden soll. Während der Bruttophase liegt die Erlösverantwortung beim Aufgabenträger Kreis Düren. Aufgrund des unvorhersehbaren, pandemiebedingten Fahrgastrückganges und damit einhergehendem Rückgang der Fahrgelderlöse wurde mit dem Kreis Düren als Aufgabenträger zur gegenseitigen Vermeidung erheblicher wirtschaftlicher Risiken vereinbart, die Bruttophase zunächst bis zum 31.12.2023 zu verlängern.

Einem Verkehrsvertragswechsel muss eine Verkehrserhebung vorangestellt werden. Diese Erhebung dient somit als Grundlage zur wirtschaftlichen Einigung zwischen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen während der Nettophase. Da die Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund geschieht, kann eine

solche Verkehrserhebung nur verbundweit durchgeführt werden. Trotz intensiver Bemühungen der Rurtalbus und des Kreises Düren konnte beim Verkehrsverbund keine Stimmenmehrheit für eine Verkehrserhebung gefunden werden. Daher konnte auch kein Wechsel in einen Netto-verkehrsvertrag bislang erfolgen.

Auf Grund des im April 2019 gewonnenen wettbewerblichen Verfahrens über die gesamten ÖSPV-Leistungen im Kreis Düren und den damit einhergehenden Rahmenbedingungen des geschlossenen Verkehrsvertrages bedient sich die Gesellschaft im Rahmen von Personalgestellungsverträgen mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) des beigestellten Fahr- und Betriebspersonales. Weiterhin nutzt die Gesellschaft die von Seiten der BTG vorgehaltene technische Infrastruktur und deren Fuhrpark an Kraftomnibussen sowie die Servicedienstleistungen bei Werkstatt- und Betankungsdienstleistungen durch die Rurtalbahn GmbH, Düren, für die eigenen Busse sowie den beigestellten Fuhrpark. Im kaufmännischen Bereich erfolgt die Abwicklung im Wesentlichen auf Basis von Dienstleistungsverträgen mit der Gesellschafterin R.A.T.H. GmbH, Düren.

Lediglich untergeordnet ist die Gesellschaft in diesen Bereichen unabhängig von den Beistellungen aktiv, z. B. bei der Erbringung von Schülerspezialverkehr außerhalb der verkehrsvertraglichen Leistung. Nachbesetzungen bei Personal sowie Neuanschaffungen von Betriebsausstattung (insbesondere Fahrzeuge) werden ebenfalls im Rahmen der Beistellung vorgenommen.

Die eingesetzte Fahrzeugflotte soll sukzessiv auf alternative Antriebsmodelle umgestellt werden. So wurden im September 2020 die ersten 5 elektrisch betriebenen Omnibusse für den reinen Stadtverkehr erfolgreich in Betrieb genommen. Im Frühjahr 2022 wurden die ersten 5 Wasserstoffbusse geliefert. Die Inbetriebnahme der Fahrzeuge ist erfolgt und die Sicherstellung einer geeigneten Betankungsmöglichkeit im Bedienungsgebiet ist in der Umsetzung. Mittelfristig soll der gesamte für den Aufgabenträger eingesetzte Fuhrpark auf alternative Antriebe – vorzugsweise Wasserstoff – umgestellt werden. Unter gutachterlicher Begleitung ist der Beschaffungsprozess für weitere 10 Wasserstoffbusse eingeleitet. Ziel ist die Inbetriebnahme dieser Fahrzeuge im letzten Quartal des Jahres 2024.

Weiterhin bestehen ein Einnahmearbeitungsvertrag und ein Kooperationsvertrag mit dem Aachener Verkehrsverbund (AVV). Die Interessen der Rurtalbus im Verkehrsverbund Rhein – Sieg (VRS) werden, aufgrund der lediglich geringen wirtschaftlichen Bedeutung für die Rurtalbus, vom AVV gebündelt mit anderen Nahverkehrsunternehmen mit Geschäftssitz im Gebiet des AVV vertreten. Die Gesellschaft wirkt im AVV im Aufsichtsrat und im Unternehmensbeirat sowie in untergeordneten Gremien mit. Abschließende Entscheidungen fallen in der politisch besetzten Zweckverbands-versammlung. Während der Bruttophase des Verkehrsvertrages liegt die Beschlussbefugnis im Unternehmensbeirat des AVV beim Kreis Düren; die Rurtalbus nimmt in dieser Phase nur beratend teil.

II. Wirtschaftsbericht

Grundlage der Schätzung ist die gleitende Mittelfristprognose Winter 2023/24 von März 2024, die für den Güter- und Personenverkehr von der INTRAPLAN Consult GmbH im Auftrag des Bundes-ministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV), vertreten durch das Bundesamt für Logistik und Mobilität (BALM), erstellt wurde. Dieser Bericht erstreckt sich auf die Jahre 2024 bis 2027 und gibt somit auch einen Überblick über die Entwicklung im Jahr 2023. Hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, eine der zentralen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Güter-, aber auch des Personenverkehrs, bildet der Jahres-wirtschaftsbericht der Bundesregierung und die darauf aufbauende mittelfristige Prognose des Bundes-ministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) vom 21. Februar 2024 die Grundlage.

Die gegenwärtige Entwicklung im Personenverkehr muss immer noch vor dem Hintergrund der drastischen Rückgänge und Verlagerungen im Jahr 2020 betrachtet werden, die aufgrund der Corona-Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung entstanden. Alle fundamentalen Einflussfaktoren auf die Entwicklung des ÖSPNV wurden in 2020 in einem noch nie zu beobachtenden Ausmaß von der Corona-Pandemie überlagert. Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand ging der Personenverkehr gesamtmodal um 18 % (Aufkommen) bzw. 21 % (Leistung) zurück.

Im Jahr 2021 hat der gesamtmodale Personenverkehr annähernd auf dem gedrückten Vorjahresstand stagniert. Erst im Jahre 2022 wurden bei allen Verkehrsarten nennenswerte Teile der Einbrüche von 2020 ausgeglichen. Der Abstand zum Vorkrisenjahr hat sich in dem Jahr annähernd halbiert.

Im Jahr 2023 hat sich dieser Aufholprozess grundsätzlich fortgesetzt. Durch inflationsbedingte Kaufkraftverluste werden die privaten Konsumausgaben gebremst. Die Kraftstoffpreise sind im Jahr 2023 – nach zwei Jahren mit einer kräftigen Erhöhung um zusammen 54 % – etwas gesunken. Für den Individualverkehr ist vor allem bei der Leistung mit einem etwas schwächeren Wachstum gegenüber 2022 zu rechnen. Im öffentlichen Straßenpersonenverkehr entstand eine spürbare Wirkung in Höhe von 5 % (Aufkommen und Leistung) aus dem Deutschlandticket. Allerdings sind die Effekte im gesamten Jahr 2023 aufgrund der Einführung im Mai (prozentual) schwächer. Sowohl für den Linienverkehr als auch im Gelegenheitsverkehr hat sich die Nachfrage gegenüber dem Vorjahr kräftig erholt. Im gesamten ÖSPV veränderte sich das Aufkommen wie immer im Ausmaß des Nahverkehrs (ggü. 2019: -8,9 %, ggü. 2022: +6,6 %).

Die Prognose für die Jahre 2024 bis 2027 erfolgt grundsätzlich gegenüber dem Vorkrisenjahr 2019. Dies ist schon deshalb erforderlich, weil eine Betrachtung ohne das Vorkrisenniveau äußerst fehlerträchtig wäre. Innerhalb der gesamtwirtschaftlichen Leitdaten wird für die privaten Konsumausgaben vom BMWK ein Anstieg um 1,1 % erwartet. Bei den Erwerbstätigen kommt der seit 2006 zu beobachtende kontinuierliche Aufschwung im Jahr 2024 nahezu vollständig zum Stillstand. Positive Effekte im ÖSPV sind durch die Einführung des Deutschlandtickets zu erwarten. Im gesamten ÖSPV liegt das Aufkommen wie im Nahverkehr um gut 5 % unter dem Niveau von 2019 und nimmt gegenüber 2023 um knapp 4 % zu. Bei der Leistung schlägt der in beiden Segmenten stark rückläufige Fernverkehr durch, so dass sie noch um gut 11 % unter dem Vorkrisenstand, aber um gut 5 % über dem Vorjahr liegt.

III. Darstellung der Lage

a. Ertragslage

Einen Überblick über die Entwicklung der Ertragslage gibt der nachfolgende Jahresvergleich:

Ergebnis in TEUR	2023	2022	Veränderung
Rohergebnis	6.060	6.533	-473
Personalaufwand	-952	-263	-689
Abschreibungen	-80	-57	-23
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.803	-4.396	-407
Zinsergebnis	-45	0	-45
Steuern	-82	-592	510
Jahresergebnis	98	1.225	-1.127

Die Ertragslage im ÖSPV ist maßgeblich von der Erbringung der Verkehrsleistungen, überwiegend im Kreis Düren, geprägt. Lediglich untergeordnet ist die Gesellschaft bei der Erbringung von Schüler-spezialverkehren, außerhalb der verkehrsvertraglichen Leistung, aktiv. Im Geschäftsjahr 2023 wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 37.113 erzielt (i. V. TEUR 33.449). Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 3.664.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen TEUR 274 in 2023 (i. V. TEUR 982). Der Rückgang in Höhe von TEUR 708 resultiert primär aus gesunkenen periodenfremden Erträgen (-TEUR 679) sowie reduzierten Aufwandszuschüssen (-TEUR 86), bei gestiegenen Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (+TEUR 27). Der Rückgang der periodenfremden Erträge ist auf einen Sonder-effekt im Vorjahr zurückzuführen. In 2022 erhielt die Rurtalbus GmbH aus dem Spitzausgleich Übersteiger-/Fremdverkauf 2021 Erträge, die in 2023, durch entsprechende Anpassung der Abschläge in 2022 nicht mehr anfielen.

Der überwiegende Teil der Gesamtleistung wurde durch die erzielten Fahrgeldeinnahmen sowie die Abschlagszahlungen gemäß Verkehrs-Service-Vertrag mit dem Kreis Düren generiert.

Im Materialaufwand mit TEUR 31.327 (i. V. TEUR 27.902) stellen die Fremdleistungen für die beauftragten Subunternehmer zur Erbringung der öffentlichen Verkehrsleistungen gemäß Verkehrsvertrag mit dem

Kreis Düren, die Aufwendungen für das beigestellte Personal, die vorgehaltene technische Infrastruktur zzgl. Fuhrpark an die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH sowie die Servicedienstleistungen bei Werkstatt und Betankungsdienstleistungen durch die Rurtalbahn GmbH für die eigenen Busse sowie den beigestellten Fuhrpark, die wesentlichen Aufwendungen dar. Der Anstieg des Materialaufwands, trotz Rückgang des beigestellten Personals von Seiten der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren, resultiert aus gestiegenen Fremdleistungskosten der Subunternehmer, höheren Fahrzeuganmietungskosten sowie gestiegenen Mietleasingkosten der beigestellten, sukzessiv erneuerten Fahrzeugflotte.

Die Preise und Konditionen auf den Beschaffungsmärkten werden sich voraussichtlich leicht steigend weiterentwickeln. Die weitere Entwicklung der Energiekosten hängt entscheidend von den geo-politischen Umständen ab, die sich jederzeit ändern können und damit erheblichen Einfluss auf die konjunkturelle Entwicklung der deutschen Wirtschaft haben. Es ist derzeit mit weiteren leichten Verteuerungen im Energiesektor zu rechnen. Preissteigerungen im Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte teilweise kompensiert.

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr TEUR 952 (i. V. TEUR 263), das bedeutet einen Anstieg von TEUR 689. Ursächlich hierfür war eine deutliche Erhöhung des Mitarbeiterstammes, analog zum Rückgang der Anzahl des beigestellten Fahr- und Betriebspersonals im Rahmen der Personalgestellungsverträge mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren. Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren hat für ausgeschiedene Mitarbeiter des beigestellten Fahr- und Betriebspersonals keine neuen Mitarbeiter mehr eingestellt.

Die Abschreibungen beliefen sich im Geschäftsjahr 2023 auf TEUR 80 (i. V. TEUR 57) und resultieren aus den planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich in 2023 auf TEUR 4.803 (i. V. TEUR 4.396), das bedeutet eine Steigerung in Höhe von TEUR 407. Der Anstieg basiert im Wesentlichen aus höheren VVDE-Haftpflichtumlagekosten (+ TEUR 411), gestiegenen EDV-Wartungskosten (+ TEUR 69) sowie AVV-Verbundkosten (TEUR 105), bei gleichzeitig gesunkenen Fahrzeug-Reparaturkosten (TEUR 153). Weitere wesentliche Posten sind Mieten und Pachten in Höhe von TEUR 425 (i. V. TEUR 438), Rechts- und Beratungskosten

in Höhe von TEUR 267 (i. V. TEUR 279) sowie Werbe- und Sponsoringkosten in Höhe von TEUR 216 (i. V. TEUR 226).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag haben das Ergebnis mit TEUR 82 (i. V. TEUR 592) belastet.

In 2023 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 98 (i. V. TEUR 1.225) realisiert.

b. Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt die folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

	2023 TEUR	2022 TEUR
Jahresüberschuss	98	1.225
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	80	57
+/- Zunahme/Abnahme Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	-6
+/- Zunahme/Abnahme der mittel- und kurzfristigen Rückstellungen	-658	414
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-805	-1.970
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.261	1.500
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-24	1.221
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1	1
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-83	-97
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-82	-96
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	1.000	0
- Auszahlungen an Unternehmenseigner	-1.225	-1.750
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-225	-1.750

Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-331	-625
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.145	1.770
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	814	1.145

Liquide Mittel werden zum 31. Dezember 2023 mit TEUR 814 (i. V. TEUR 1.145) ausgewiesen.

Zur maßgeblichen Liquiditätssicherung leistet der Auftraggeber aus dem Verkehrsvertrag gegenüber der Rurtalbus GmbH monatliche Abschlagszahlungen auf den Grundanspruch. Die Höhe der Abschlagszahlungen bemisst sich nach dem fortgeschriebenen Grundanspruch unter Anrechnung der auf Basis des Erlösgutachtens vom IVV aus 2017 ermittelten durchschnittlichen, kassen-technischen Einnahmen sowie unter Beachtung pauschaler Zuwendungen nach § 145 SGB IX , § 11a ÖPNVG NRW sowie erhaltener MobilTickets Zuwendungen.

Die endgültige Abrechnung des vertraglich vereinbarten Betriebsprogramms im ÖSPV erfolgt zum 30. Juni des nachfolgenden Kalenderjahres durch den Auftraggeber. Zum Ende des Geschäftsjahres erfolgt eine vorläufige Abgrenzung.

Diese eigenen flüssigen Mittel stellen eine ausreichende Liquiditätsreserve dar, die die Rurtalbus GmbH in die Lage versetzt, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen.

Wöchentliche Liquiditätsübersichten an die Geschäftsführung runden die Liquiditätsplanung ab; die Geschäftsführung ist somit in der Lage, sich anbahnende Engpässe frühzeitig zu erkennen und entsprechende Steuerungsmaßnahmen einzuleiten.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Rurtalbus GmbH beträgt zum 31. Dezember 2023 TEUR 8.057 (i. V. TEUR 7.581).

Das Anlagevermögen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 261 (i. V. TEUR 259). Der marginale Anstieg basiert primär auf Neuanschaffungen in den Bereichen Betriebs- und Geschäftsausstattung bei planmäßig getätigten Abschreibungen in Höhe von TEUR 80.

Die Anlagendeckung (Verhältnis des Eigenkapitals zzgl. des langfr. Fremdkapitals zum Bestand des Anlagevermögens) beträgt zum 31. Dezember 2023 rd. 430 %. Dies weist auf eine hohe finanzielle Stabilität hin.

Weitere wesentliche Posten der Aktivseite sind die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 6.752 (i. V. TEUR 5.950). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen TEUR 3.035 (i. V. TEUR 1.312), die sonstigen Vermögensgegenstände belaufen sich auf TEUR 3.649 (i. V. TEUR 4.540).

Der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultiert aus der Abrechnung des ersten Abschlags auf die Spitzabrechnung 2023 an den Kreis Düren in Höhe von TEUR 1.188 sowie offenen Forderungen gegen die ASEAG in Höhe von TEUR 1.363.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche aus Umsatzsteuer in Höhe von TEUR 962 (i. V. TEUR 999), aus Ertragsteuern in Höhe von TEUR 997 (i. V. TEUR 0) sowie Ansprüche aus ausstehenden Abrechnungen in Höhe von TEUR 1.089 (i. V. TEUR 3.018).

Der Rückgang der ausstehenden Abrechnungen resultiert aus der, im Gegensatz zum Vorjahr, bereits in 2023 erstellten Abrechnung des ersten Abschlags auf die Spitzabrechnung an den Kreis Düren in Höhe von TEUR 1.188.

Der Bestand an liquiden Mitteln beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 814 (i. V. TEUR 1.145).

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 230 (i. V. TEUR 227) enthält im Wesentlichen die Kosten für die erteilten Konzessionen des Linienverkehrs gem. § 42 PBefG für die Jahre 2021 bis 2029 in Höhe von TEUR 14 (i. V. TEUR 16), die Aufwendungen für die gemieteten Fahrzeugdrucker für die Jahre

2021-2029 in Höhe von TEUR 178 (i. V. TEUR 207) sowie Kosten für Sponsoringmaßnahmen für 2024 in Höhe von TEUR 35 (i. V. TEUR 0).

Das Eigenkapital beträgt zum 31. Dezember 2023 TEUR 123 (i. V. TEUR 1.250); dies entspricht einer Reduzierung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.126 und resultiert aus der in 2023 getätigten Ausschüttung an die Unternehmenseigner sowie dem gesunkenen Jahresergebnis 2023 im Vergleich zum Vorjahr.

Die Eigenkapitalquote 2023 (Eigenkapital/Bilanzsumme) beträgt 1,53 % (i. V. 16,49 %).

Zum 31. Dezember 2023 stellen auf der Passivseite die sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 1.127 (i. V. TEUR 830), die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 1.676 (i. V. TEUR 1.572), die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 2.338 (i. V. TEUR 1.971) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von TEUR 2.711 (i. V. TEUR 937) die wesentlichen Posten dar.

Der Anstieg der sonstigen Rückstellungen resultiert vorwiegend aus einer Steigerung der VVDE-Haftpflichtumlage zum 31. Dezember 2023 sowie fehlenden Abrechnungen von Subunternehmern.

Die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von TEUR 1.774 auf TEUR 2.711 (i. V. TEUR 937) ergibt sich im Wesentlichen aus Abrechnungen der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren für Fahrzeug- und Personalgestellungsleistungen, sowie einem von der R.A.T.H GmbH gewährten Darlehen.

IV. Prognosebericht

Nach erfolgter Aufnahme des operativen Betriebs mit einer erheblichen Ausweitung der Busverkehrsleistungen von 6,9 auf ca. 8,5 Mio. Buskilometer im Jahr 2020 hat sich die zu erbringende Verkehrsleistung im Jahr 2021 bei 8,5 Mio. Buskilometern stabilisiert. Aufgrund einer erneuten Leistungsausweitung um rund 500 Tkm im Jahre 2022 wurden auch in 2023 Leistungen knapp unter 9 Mio. Buskilometern erbracht. Die entsprechende Leistungserbringung wird zu einem erheblichen Anteil durch die zusätzliche Bestellung von Subunternehmerleistungen sichergestellt. Insbesondere der Fachkräftemangel bei den Omnibusfahrern zieht in vielen Bereichen Qualitätsprobleme bei den Subunternehmern nach sich. Ziel

ist die vollumfängliche Erfüllung der Qualitätsstandards des Verkehrsvertrages. Bei Nichterfüllung der Leistungen aus dem Verkehrsvertrag durch Subunternehmer werden die negativen wirtschaftlichen Folgen an die Subunternehmer durchgereicht.

Das im Vorjahr geplante Jahresergebnis in Höhe von TEUR 707 konnte mit einem Jahresüberschuss von TEUR 98 nicht erzielt werden. Gründe hierfür war ein abgeschwächtes Rohergebnis um TEUR 473, durch einen deutlichen Anstieg der bezogenen Leistungen, bei gleichzeitig gestiegenen Personal-kosten und Versicherungsaufwendungen.

Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die Gesellschaft, aufgrund des aktuell bestehenden Wirtschaftsplans, einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 718. Es wird unterstellt, dass alle Subunternehmer in der Lage sind, die im Jahr 2019 geschlossenen Verträge zur Erbringung der Verkehrsleistung zu erfüllen.

Als bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren und erfolgskritische Schlüsselkennzahlen verwendet die Rurtalbus GmbH zur internen Steuerung des Unternehmens die Kennzahlen EK-Quote und Umsatzrentabilität.

Die Umsatzrentabilität vor Steuern (Verhältnis vom Jahresergebnis zzgl. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zu den Umsatzerlösen) beträgt in 2023 0,49 % (i. V. 5,43 %). Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert und entspricht nicht der qualifiziert-komparativen Prognose aus 2022 einer konstanten Umsatzrendite. Grund hierfür war eine hohe Steigerung der Gesamtleistung bei gleichzeitig, im Verhältnis zum Anstieg der Gesamtleistung, stärker gestiegenen betrieblichen, operativen Aufwendungen sowie Personalaufwendungen, die zu einem, im Vergleich zum Vorjahr, geringeren Jahresüberschuss vor Steuern führten.

Die Eigenkapitalquote beträgt in 2023 1,53 % (i. V. 16,49 %) und ist im Vergleich zum Vorjahr um 14,95 Prozentpunkte gesunken; die im Vorjahr prognostizierte konstante Eigenkapitalquote hat sich in 2023 aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme und des niedrigeren Jahresergebnisses nicht realisiert.

Für das Jahr 2024 wird mit einer leicht steigenden Umsatzrendite und Eigenkapitalquote im Vergleich zu 2023 gerechnet.

Durch die für die Jahre 2020 bis 2023 getroffene Bruttovereinbarung trifft das Risiko schwankender Beförderungserlöse den Kreis Düren als Auftraggeber. Der Aufgabenträger hat bereits angedeutet, dass der Bruttovertrag bis zum Ende des Verkehrsvertrages angewendet werden könnte. Die abschließenden Beratungen dazu, sollen 2024 geführt werden. Die Rurtalbus begrüßt aufgrund der unkalkulierbaren Situationen (Pandemie, Kriegsgeschehen, dauerhafte Finanzierung Deutschland-ticket) die angestoßene Diskussion.

Obwohl die Corona-Pandemie Anfang April 2023 von der Bundesregierung für beendet erklärt wurde, müssen dennoch die damit verbundenen Rückgänge und Verlagerungen, die aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie entstanden, aufgeholt werden. Neben den damit einhergehenden Bemühungen, Fahrgäste wieder in den ÖPSV zu motivieren, spielen andere Einflussfaktoren eine zunehmende Rolle, insbesondere der deutliche Anstieg der Reallohnentwicklungen. Da die Löhne aber branchenübergreifend erheblich steigen, haben die Veränderungen keinen nennenswerten positiven Effekt auf die Beschäftigung. Auch weitere Kosten für Ersatzteile, Instandhaltungen und sonstigen Dienstleistungen sind inflationsbedingt signifikant gestiegen, so dass bei gleichbleibendem Angebot die Produktionskosten deutlich steigen. Dies wird im Jahr 2024 zu einem Handlungsbedarf mit den eingesetzten Subunternehmern führen. Erschwerend kommt hinzu, dass ab diesem Jahr die Subunternehmer nun jährlich den Vertrag kündigen können. Eine Ausschreibung der dann zurückgegebenen Leistung kann wirtschaftliche Risiken mit sich bringen.

Die Gesellschaft wird in 2024 daher in vorzeitige Vertragsverhandlungen mit den Subunternehmern einsteigen, um die Verträge langfristig zu verlängern. Hierzu muss vorab mit dem Aufgabenträger abgestimmt werden, ob es hier ebenfalls bilaterale Anpassungsmöglichkeiten gibt.

Die Bundesregierung hat das sogenannte „Deutschlandticket“ im Mai 2023 eingeführt. Es handelt sich dabei um ein deutschlandweites Ticket, mit dem die Nutzenden den regionalen Bus- und Zugverkehr im gesamten Bundesgebiet nutzen können. Das Ticket wird zu einem attraktiven Preis von 49 € angeboten.

Es hat sich gezeigt, dass überwiegend Bestandskunden vom bisherigen Abo zum neuen Angebot gewechselt sind. Einige neue Abonnenten konnten gewonnen werden. Insbesondere die Umstellung von Schulfahrkarten hin zum Deutschlandticket hat für enorme Absatzzahlen gesorgt. Eine langfristige Finanzierung durch Bund und Länder zu dem Ticketangebot steht allerdings aus, so dass nur für 2024 der positive anhaltende Trend prognostiziert werden kann.

Besonders belastend im ÖPSV ist der branchenweite Fachkräftemangel, insbesondere im Fahrdienst. Im Kreis Düren fehlen rund 40 Fahrpersonale. Mit dem Mangel an Fachkräften sind Fahrtausfälle verbunden. Im Jahr 2024 gilt es diese Lücke zu schließen. Es müssen gemeinsam mit dem Aufgabenträger Fahrplanoptimierungen erarbeitet werden, um den Bedarf an Fahrpersonalen systemseitig zu verringern. Auf der anderen Seite müssen vor allem die Maßnahmen verstärkt werden, Fahrpersonale aus überregionalen Gebieten zu akquirieren. Mit dem Einsatz der verstärkten Akquise von Fahrpersonalen und gleichzeitig der Reduzierung des Gesamtbedarfs können im ersten Schritt die Fahrplanlage stabilisiert und die Fahrtausfälle reduziert werden.

Aufgrund der durchgeführten Analysen bestehen darüber hinaus aus Sicht der Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Berichterstattung keine weiteren Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

V. Chancen- und Risikobericht

Infolge des Ukraine-Konflikts und weiterer geopolitischen Krisen mit den aktuellen weltweiten, wirtschaftlichen Entwicklungen, bestehen weiterhin wirtschaftliche Risiken hinsichtlich der Dieselpreisentwicklung und der Vertragserfüllung der Subunternehmer.

Mit Beginn des Ukraine-Krieges hatte sich der Dieselpreis sprunghaft erhöht. Nach einem deutlichen Anstieg in 2022 haben sich die Kraftstoffpreise in Deutschland im ersten Halbjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich beruhigt. Für das Jahr 2024 kann aber, aufgrund weiterer Konflikte, mit eher steigenden Dieselpreisentwicklungen gerechnet werden.

Der erhebliche Anstieg der Lohnkosten ist für die Subunternehmer aber ein noch wesentlicherer wirtschaftlicher Faktor. Die gestiegenen Lohnkosten werden durch die in den Verträgen vereinbarten Indizes nicht abgebildet. Im Jahre 2024 muss die Rurtalbus daher prüfen, ob sie zur Vermeidung von wirtschaftlichen Folgen durch die Indizierung der Verträge andere Möglichkeiten findet, die Liquidität der Subunternehmer zu stabilisieren. Dadurch besteht die Chance die Vertragserfüllung der Subunternehmer zu gewährleisten, die Subunternehmer langfristig bis zum Ende des Verkehrsvertrages an die Rurtalbus zu binden und somit Planungssicherheit zu erlangen.

Sollten dennoch ein oder mehrere Subunternehmer kurzfristig Insolvenz anmelden, so würde eine kurzfristige Neuvergabe dieser Leistungen von Nöten sein, um das Leistungsangebot aufrecht zu erhalten. Eine kurzfristige Vergabe führt in der Regel zu höheren Preisen, was je nach Menge der neu zu vergebenen Verkehrsleistung ein erhebliches Risiko darstellt.

Es besteht aber auch die Chance, dass bei Neuvergabe dieser Fahrbetriebsleistungen an Dritte diese Leistungen zu reduzierten Kosten bei der Verkehrsleistungserstellung führen können.

Weiterhin besteht das Risiko, aber auch wiederum die Chance, dass aufgrund veränderter Rahmenbedingungen der Aufgabenträger während der Bruttophase bis zu 5 % und insgesamt über die gesamte Laufzeit des Verkehrsvertrages bis zu einem Drittel der Verkehrsleistungen zu dem von der Rurtalbus GmbH mit der Angebotsabgabe festgelegten Konditionen zu- oder abbestellen kann, was zu einer Änderung des Ausgleichsanspruchs führen würde.

Die Rurtalbus GmbH hat die Möglichkeit der Abbestellung von jährlich bis zu 7 % der Verkehrsleistung in die Subunternehmerverträge aufgenommen, um sich die Möglichkeit offen zu halten, einen Großteil der Abbestellung ggfs. durch Reduzierung der Subunternehmerleistung vornehmen zu können.

Im Bereich des operativen Geschäfts ist die Gesellschaft über den Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen – einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit – versichert. Risiko besteht hier für den Fall eines durch ein Mitglied verschuldeten Großschadenereignisses, das die Höchsthaftungsgrenzen des Versicherungsverbandes (100 Mio. Euro je Schadenereignis) übersteigt. Weiterhin haben die

Mitgliedsunternehmen und ehemaligen nachhaftenden Mitgliedsunternehmen für die künftigen Umlagezahlungspflichten, die sogenannten `Gesamt-Umlageverpflichtungen` entsprechende Rückstellung, gemäß VVDE-Satzung, zu bilden. Die Höhe der Gesamt-Umlageverpflichtung bestimmt sich hauptsächlich durch die Anteile des Unternehmens an den noch nicht abgewickelten Versicherungsfällen. Diese Anteile betreffen diejenigen Schadenjahre, in denen die VVDE-Mitgliedschaft bestanden hat und aus denen noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle vorhanden sind. Der Gesamt-Entschädigungsaufwand wird vom VVDE ermittelt und gemäß VVDE-Verteilungsschlüssel auf die Mitglieder verteilt.

Zu berücksichtigen ist, dass die vorstehenden Verpflichtungen sukzessive durch jährliche Umlage-zuschläge bis zum Ende des Jahres 2028 abgebaut werden sollen.

Insbesondere die Kalenderjahre 2022 und 2023 haben hier hohe Rückstellungen in der Versicherungsgemeinschaft gefordert. Auf die Liquidität haben diese Rückstellungen bei der Bildung keinen unmittelbaren Einfluss.

Die Liquidität der Gesellschaft ist im Wesentlichen abhängig von der Absatzlage bei den Fahrscheinen und den monatlichen Abschlagszahlungen des Aufgabenträgers für die Leistungserbringung gemäß dem Verkehrsvertrag. Sollten dennoch temporäre Liquiditätsengpässe entstehen, besteht die grundsätzliche Bereitschaft der Gesellschafter, kurzfristige Darlehen zu gewähren.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Christian Hoverath (seit 01.01.2023)		
	Nikolas Asbach (bis 31.05.2023)		
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbG (BTG)	3 Sitze	
	R.A.T.H. GmbH	3 Sitze	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

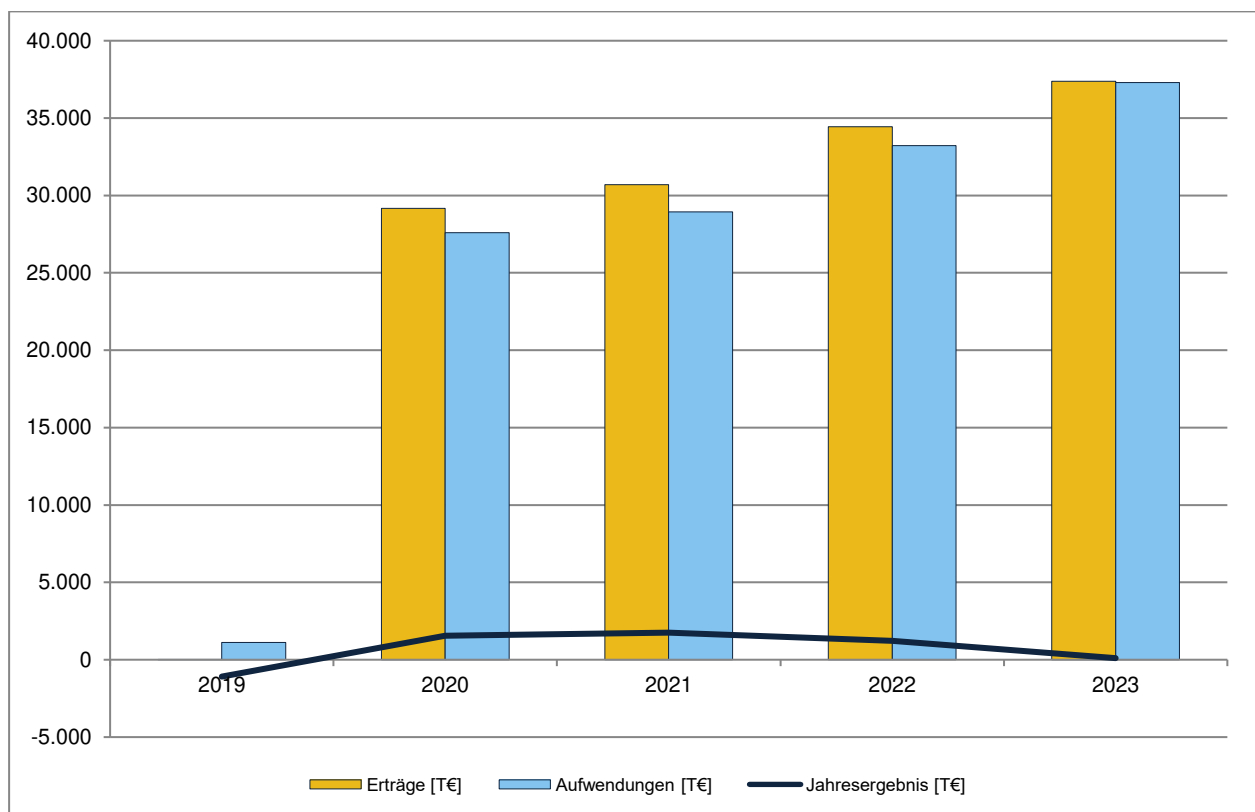
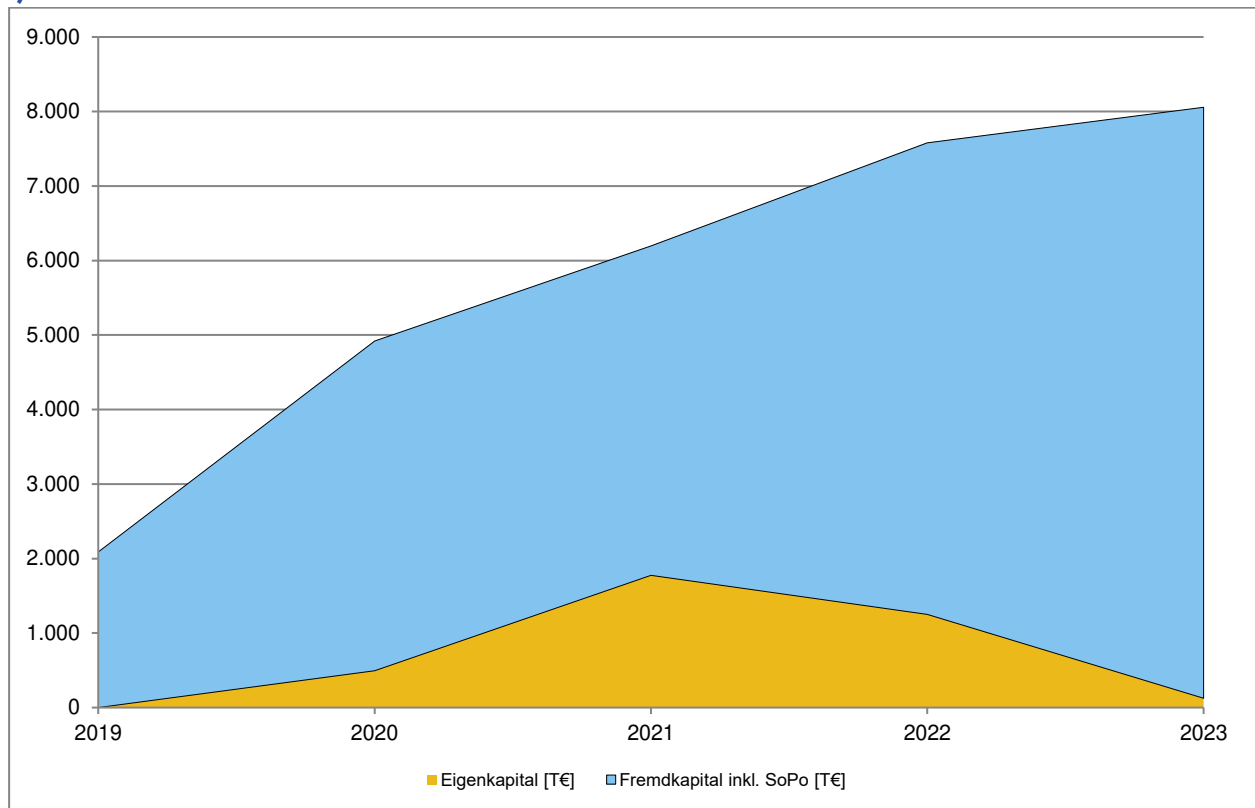
Aufsichtsrat:

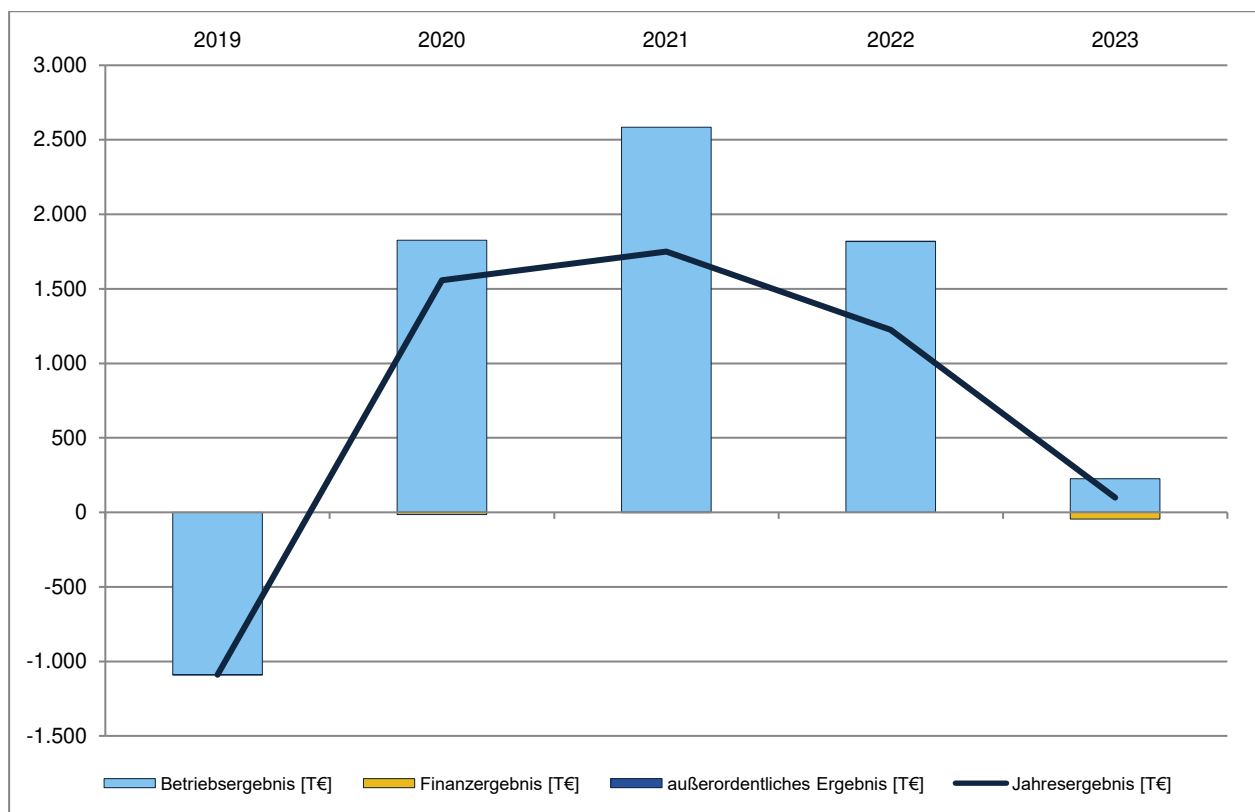
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Conzen, Helga	Kreistagsmitglied	22.08.2019	
Dick, Ralf	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Frey, Heinz	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	
Grün, Achim	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Klingen, Giacomo	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Küpper, Anne	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Leonards, Ludwig	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Maris, Achim	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Meißner, Jan	Sachkundiger Bürger	30.09.2021	
Dr. Peill, Patricia (MdL)	Kreistagsmitglied	22.08.2019	
Pracht, Niclas	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	
Schruff, Hansbert	Sachkundiger Bürger	26.11.2020	22.09.2021
Simon, Jörg	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	22.08.2019	08.11.2024
Titz, Paul-Ulrich	Kreistagsmitglied	22.08.2019	
Zorn, Ralf	Kreistagsmitglied	22.08.2019	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	0,40%	0,33%	0,31%	-0,02%
Eigenkapitalrentabilität	98,59%	98,00%	79,75%	-18,25%
Anlagendeckungsgrad 2	14,11%	9,67%	392,64%	382,98%
Verschuldungsgrad	17666,34%	25323,78%	31718,78%	6395,00%
Umsatzrentabilität	8,87%	5,43%	0,61%	-4,83%

21 SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG

Vorbrinkstraße 67
45966 Gladbeck
Telefon: 02421/972 575-0
Telefax: -
E-Mail: -
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb des Windparks Gereonsweiler. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Die **RURENERGIE** GmbH hat sich in 2021 an der Projektgesellschaft beteiligt.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Mit der Errichtung und dem Betrieb der Windenergie-Anlagen erfüllt die Gesellschaft den öffentlichen Zweck.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
SL NaturEnergie GmbH	1,0	50,00%
RURENERGIE GmbH	1,0	50,00%
Stammkapital	2,0	100,00

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	10.162.895,72 €	10.171.812,00 €	9.641.108,00 €	-530.704,00 €	-5,22%
I. Finanzanlagen	1.940,00 €	1.940,00 €	1.940,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	335.699,42 €	989.245,45 €	874.959,78 €	-114.285,67 €	-11,55%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	718.181,42 €	1.421.670,93 €	1.652.456,78 €	230.785,85 €	16,23%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.439,72 €	77.784,03 €	81.348,10 €	3.564,07 €	4,58%
Summe Aktiva	11.223.156,28 €	12.662.452,41 €	12.251.812,66 €	-410.639,75 €	-0,03 €

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Kapitalanteile Kommanditisten	1.234.428,00 €	1.234.428,00 €	1.234.428,00 €	0,00 €	0,00%
II. Bilanzgewinn	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Rückstellungen	35.752,00 €	197.967,00 €	255.026,48 €	57.059,48 €	28,82%
C. Verbindlichkeiten	9.952.976,28 €	11.230.057,41 €	10.762.358,18 €	-467.699,23 €	-4,16%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	11.223.156,28 €	12.662.452,41 €	12.251.812,66 €	-410.639,75 €	-0,03 €

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	314.257,04 €	2.101.357,82 €	1.542.358,78 €	-558.999,04 €	-26,60%
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	20,00 €	0,00 €	-20,00 €	-100,00%
3. Materialaufwand	79,50 €	10.342,12 €	6.388,22 €	-3.953,90 €	-38,23%
4. Abschreibungen	0,00 €	442.254,72 €	530.704,00 €	88.449,28 €	20,00%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	59.589,21 €	438.095,83 €	374.560,93 €	-63.534,90 €	-14,50%
Betriebsergebnis	254.588,33 €	1.210.685,15 €	630.705,63 €	-579.979,52 €	-47,91%
6. Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	4.981,51 €	4.981,51 €	
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	913,89 €	35.352,13 €	34.438,24 €	3768,31%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	59.508,59 €	106.484,23 €	104.123,90 €	-2.360,33 €	-2,22%
Finanzergebnis	-59.508,59 €	-105.570,34 €	-63.790,26 €	41.780,08 €	-39,58%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	195.079,74 €	1.105.114,81 €	566.915,37 €	-538.199,44 €	-48,70%
9. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30.717,00 €	203.660,72 €	99.764,00 €	-103.896,72 €	-51,01%
Jahresergebnis	164.362,74 €	901.454,09 €	467.151,37 €	-434.302,72 €	-48,18%
11. Gutschrift auf Kapitalkonten	164.362,74 €	901.454,09 €	467.151,37 €	-434.302,72 €	-48,18%
Bilanzgewinn	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

f) Lagebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1. Unternehmensstruktur, Geschäftstätigkeit

Die SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG wurde am 25.05.2020 gegründet und hat ihren Sitz in Gladbeck.

Im Geschäftsjahr 2021 ist die RURENERGIE GmbH mit Wirkung zum 12.04.2021 als Kommanditistin der SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG beigetreten.

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG liegt in der Erzeugung von Strom durch regenerative Energien in Form von Windenergie. Sonstige Geschäftsbereiche wie Herstellung, Fertigung etc. sind nicht berührt.

Die SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG verfolgt als Betreibergesellschaft von Windenergieanlagen keine besonderen Marktstrategien oder Vergleichbares.

2. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf steht regelmäßig in Abhängigkeit zum Windjahr. Anders als im Vorjahr waren in 2023 die Winderträge bundesweit rund deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Dagegen sind die Strompreise gegenüber dem Vorjahr wieder auf Werte gesunken, die denen von Mitte 2021 entsprachen. Überdurchschnittliche Erlöse pro kWh konnten nur noch ganz zu Anfang des Berichtsjahres erzielt werden.

Insgesamt bleibt das Ergebnis des Berichtsjahres gegenüber dem Vorjahr zurück. Für das nachfolgende Geschäftsjahr rechnen wir wieder mit einem durchschnittlich positiven Geschäftsverlauf.

B. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG hat sich im Geschäftsjahr 2023 wie folgt entwickelt:

1. Ertragslage

Der Umsatz betrug EUR 1.542.358,78.

Die Umsatzerlöse sind trotz einer durch das gute Windjahr hohen Stromausbeute gegenüber dem Vorjahr gesunken, nachdem die Strompreise sich wieder ansatzweise normalisiert haben und die Marktwerte in den meisten Monaten wieder unterhalb der durch das EEG gesicherten Vergütung lagen.

Die Gesellschaft hat ein Jahresergebnis von EUR 566.915,37 vor Ertragsteuern erzielt.

2. Finanzlage

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug im Berichtszeitraum TEUR 860 (Vorjahr: TEUR 1.318).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrug im Berichtszeitraum TEUR -629 (Vorjahr: TEUR -106).

Die Liquiditätslage der Gesellschaft war im Berichtsjahr durchgängig stabil.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur zeigen die solide Struktur unserer Unternehmensfinanzierung. Mit einer geordneten Vermögens- und Finanzlage sehen wir eine wesentliche Voraussetzung erfüllt, um auch zukünftig erfolgreich arbeiten zu können.

Die Finanzierung der Windenergieanlagen setzt sich aus langfristigen Fremdmitteln in Form von Bankdarlehen, Gesellschafterdarlehen sowie Eigenmitteln zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten konnten im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgeführt werden.

3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG belief sich zum Bilanzstichtag auf EUR 12.251.812,66. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr (EUR 12.662.452,41) um 3,24 % verringert.

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 410.639,75 verringert.

Die Vermögensstruktur ist durch einen Anteil vom Anlagevermögen an der Bilanzsumme von 78,71 % gekennzeichnet.

Das Sachanlagevermögen verringerte sich um EUR 530.704,00. Das Umlaufvermögen und aktive Rechnungsabgrenzungsposten erhöhte sich um EUR 120.064,25.

Das Unternehmen wird auch künftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können.

Die Kapitalstruktur ist durch einen Anteil vom Eigenkapital an der Bilanzsumme von 10,08 % gekennzeichnet.

Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital decken mit EUR 9.711.588,00 das Anlagevermögen zu 100,71 %.

4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft wird im Einzelnen ausgeführt:

Wir erwarten für das laufende Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr ein durchschnittlich positives Ergebnis. Abhängig ist die Entwicklung unter anderem vom aktuellen Windjahr sowie den Abschaltzeiten des Netzbetreibers und Direktvermarkters und den damit verbundenen Entschädigungszahlungen. Außerordentliche Erlöse durch hohe Strompreise werden nicht erwartet und würden zudem voraussichtlich durch politische Strompreisminderungsinstrumente abgeschöpft.

Neue Investitionsmaßnahmen für das laufende Geschäftsjahr sind nicht geplant.

C. Prognosebericht

Eine Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung ist schwierig, da die Umsatzerlöse direkt vom Windertrag des jeweiligen Jahres abhängig sind. Aufgrund einer soliden Planung und Finanzstruktur rechnen wir jedoch nicht mit ernsthaften Schwierigkeiten für die Gesellschaft - selbst im Falle eines unterdurchschnittlichen Windjahres.

D. Risikobericht

Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsleitung der Gesellschaft. Aufgrund der umfassenden Erfahrungen im Bereich der Erneuerbaren Energien ist die Geschäftsleitung stets über aktuelle Entwicklungen und Risiken informiert und könnte im Zweifel kurzfristig notwendige Maßnahmen oder Entscheidungen treffen.

Mögliche Ausfallrisiken der Windenergieanlagen sind durch das Vorliegen eines Vollwartungsvertrages abgesichert. Dieses garantiert eine durchschnittliche Verfügbarkeit der Windenergieanlagen von mindestens 98 % und verhindert somit langfristige Ausfälle oder Stillstände. Sollte es dennoch zu einem solchen Vorfall kommen, erhält die Gesellschaft gemäß Wartungsvertrag einen finanziellen Ausgleich für entgangene Erträge.

E. Bestehende Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

F. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die SL Gereonsweiler Wind GmbH & Co. KG verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Die Geschäftsführung und damit einhergehende Personalkosten werden über Betriebsführungsverträge mit der Komplementärin nahestehenden Unternehmen der abgerechnet.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: SL Verwaltungs GmbH

**Gesellschafterver-
sammlung:**

1 Stimme

je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

**Gesellschafter-
versammlung:**

Zerres, Thomas

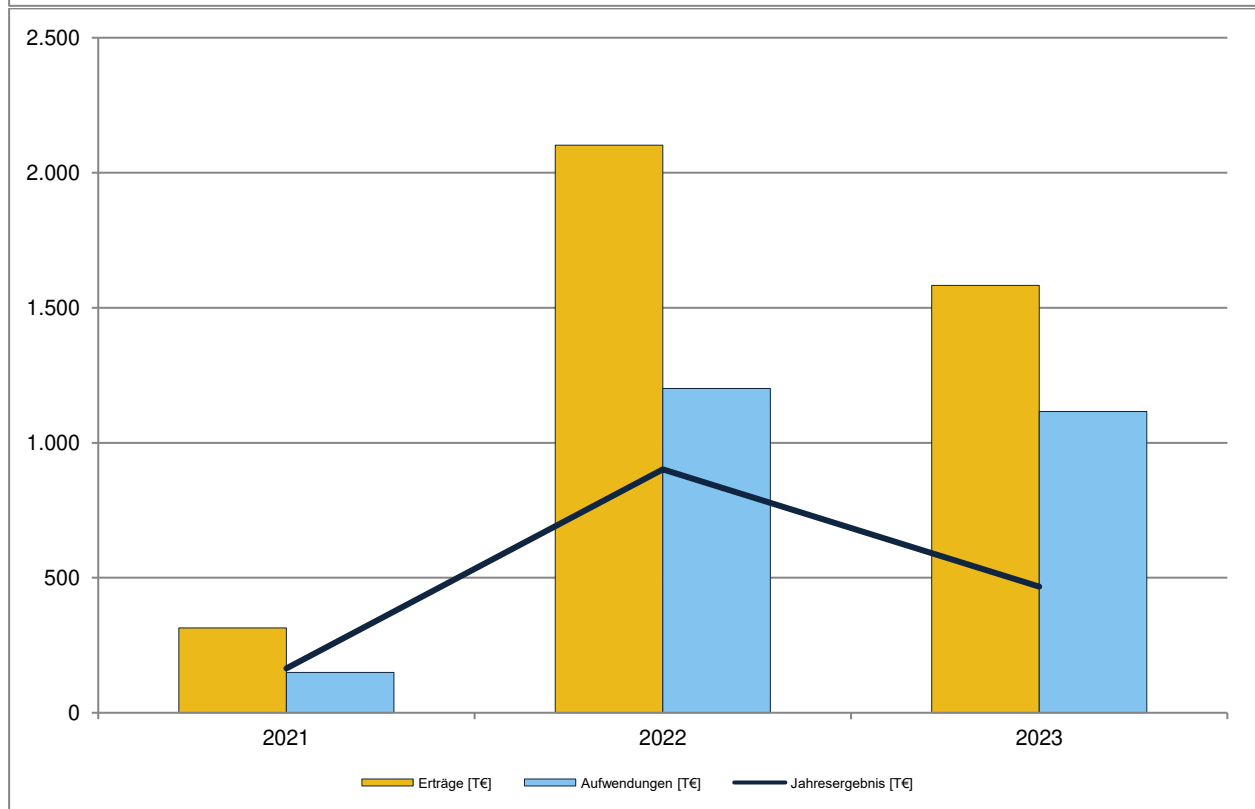
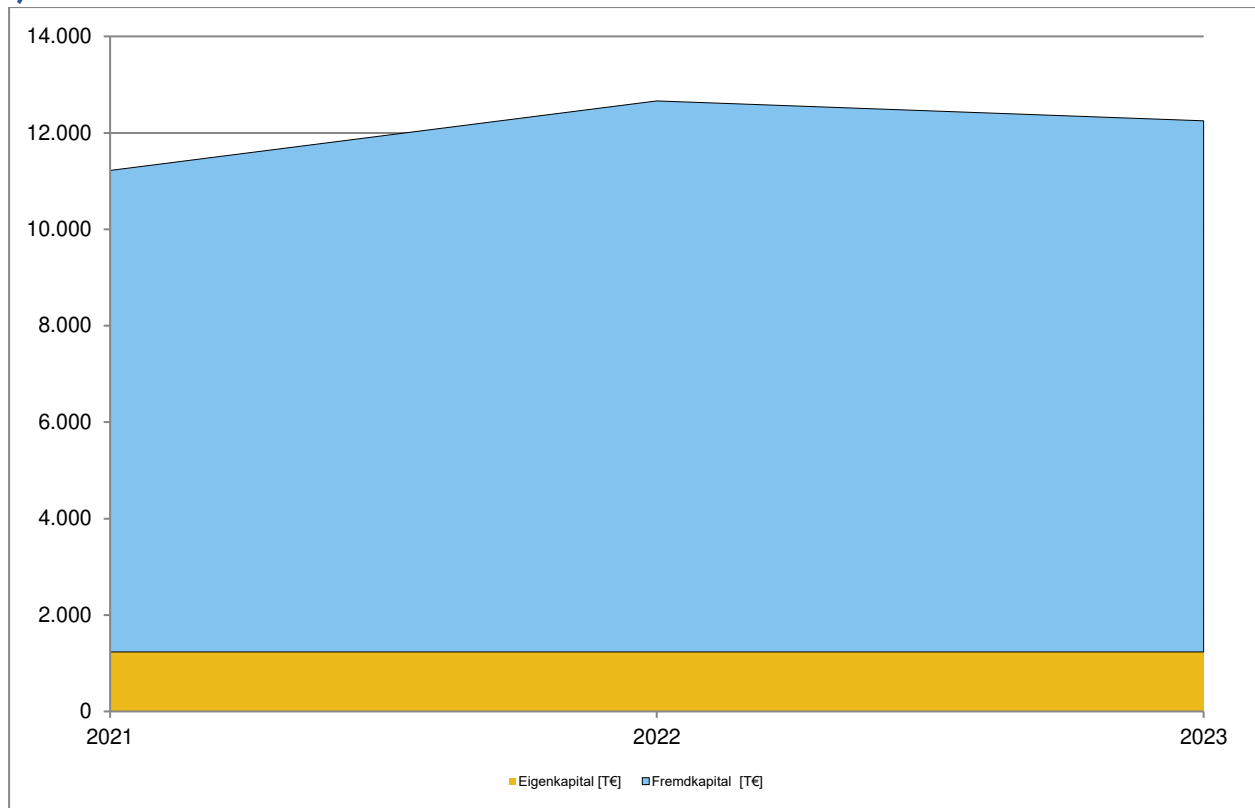
RURENERGIE

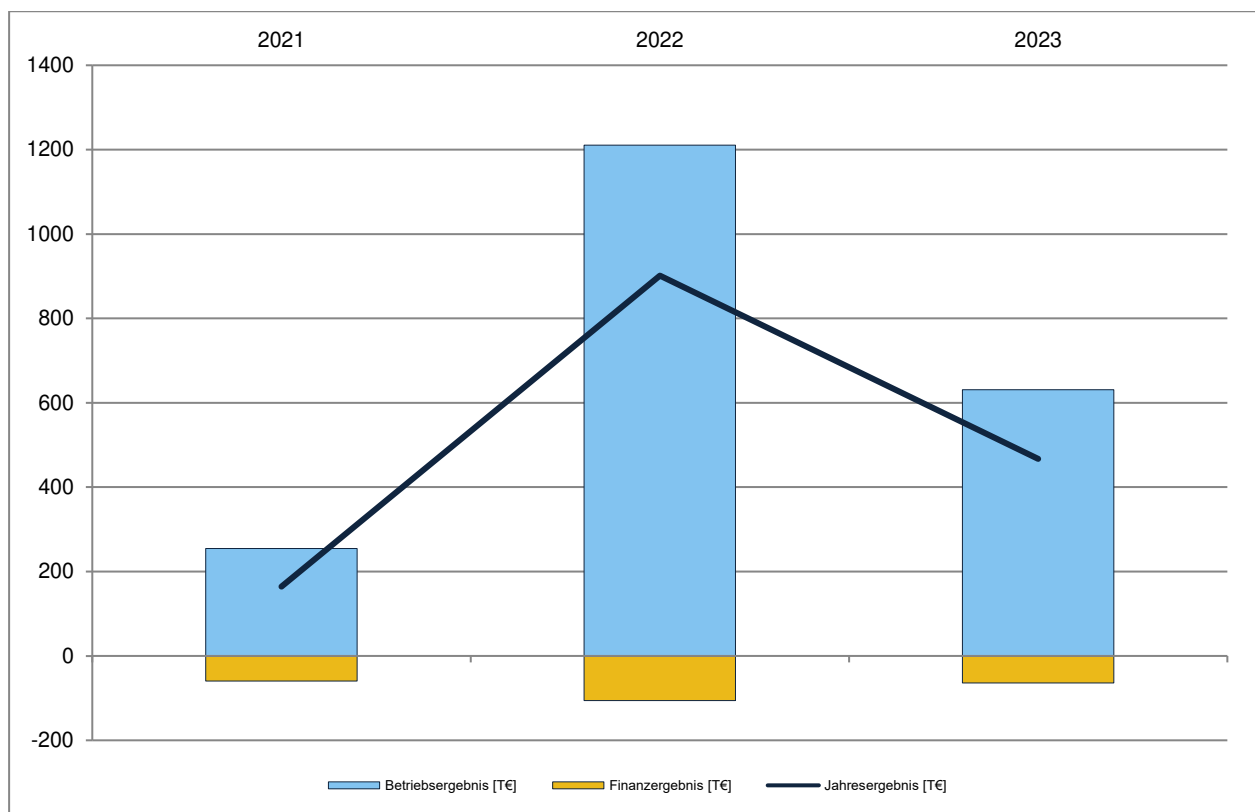
Geschäftsführer

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	11,00%	9,75%	10,08%	-0,33%
Eigenkapitalrentabilität	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Anlagendeckungsrad 2	106,48%	106,39%	112,24%	-5,85%
Verschuldungsgrad	809,18%	925,77%	892,51%	33,27%
Umsatzrentabilität	81,01%	57,61%	40,89%	16,72%

22 TPG Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH

Karl-Heinz-Beckurts-Str. 13
 52428 Jülich
 Telefon: 02461/6900
 Telefax: 02461/690115
 E-Mail: -
 Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Vermietung und Verwaltung von Gewerbeimmobilien im Zusammenhang mit der Förderung des Technologiestandorts Jülich, einschließlich Planung, Errichtung, Erwerb und Anmieten etwaiger hierzu erforderlichen Immobilien und Anlagen, sowie die Durchführung sonstiger Maßnahmen im Zusammenhang mit der Förderung der technologischen Entwicklung der Region Jülich.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Technologiezentrum Jülich	25,0	100
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	3.617.109,92 €	3.489.350,92 €	3.361.591,92 €	-127.759,00 €	-3,66%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen	77.950,17 €	90.743,58 €	35.220,45 €	-55.523,13 €	-61,19%
II. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	8.176,18 €	8.176,18 €	
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	421.856,27 €	464.046,92 €	154.209,56 €	-309.837,36 €	-66,77%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6.914,51 €	7.873,59 €	0,00 €	-7.873,59 €	-100,00%
Summe Aktiva	4.123.830,87 €	4.052.015,01 €	3.559.198,11 €	-492.816,90 €	-12,16%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
II. Ergebnisvortrag	107.738,10 €	131.876,34 €	165.804,42 €	33.928,08 €	25,73%
III. Jahresergebnis	24.138,24 €	33.928,08 €	13.002,34 €	-20.925,74 €	-61,68%
B. Rückstellungen	16.809,75 €	16.418,41 €	15.911,41 €	-507,00 €	-3,09%
C. Verbindlichkeiten	3.918.074,28 €	3.812.721,68 €	3.307.409,44 €	-505.312,24 €	-13,25%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	32.070,50 €	32.070,50 €	32.070,50 €	0,00 €	0,00%
Summe Passiva	4.123.830,87 €	4.052.015,01 €	3.559.198,11 €	-492.816,90 €	-12,16%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	373.385,21 €	385.553,26 €	366.516,97 €	-19.036,29 €	-4,94%
2. sonstige betriebliche Erträge	189,43 €	74,47 €	1.077,65 €	1.003,18 €	1347,09%
3. Personalaufwand	9.216,38 €	9.368,18 €	12.820,25 €	3.452,07 €	36,85%
4. Abschreibungen	127.759,00 €	127.759,00 €	127.759,00 €	0,00 €	0,00%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	109.471,97 €	108.578,69 €	121.384,07 €	12.805,38 €	11,79%
Betriebsergebnis	127.127,29 €	139.921,86 €	105.631,30 €	-34.290,56 €	-24,51%
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	90.012,23 €	87.993,14 €	85.461,70 €	-2.531,44 €	-2,88%
Finanzergebnis	-90.012,23 €	-87.993,14 €	-85.461,70 €	2.531,44 €	-2,88%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	37.115,06 €	51.928,72 €	20.169,60 €	-31.759,12 €	-61,16%
7. Steuern vom Einkommen und Ertrag	12.382,94 €	17.329,30 €	6.495,92 €	-10.833,38 €	-62,51%
8. sonstige Steuern	593,88 €	671,34 €	671,34 €	0,00 €	0,00%
Jahresergebnis	24.138,24 €	33.928,08 €	13.002,34 €	-20.925,74 €	-61,68%

f) Lagebericht

1. DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND DES GESCHÄFTSERGEBNISSES

1.1. TÄTIGKEITEN DER GESELLSCHAFT

Seit September 2010 ist das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) Mieter im Technologiezentrum Jülich und betreibt seit Juli 2011 mit seinem „Institut für Solarforschung“ im angrenzenden Gewerbegebiet Königskamp den „Solarturm“ zu Forschungs- und Entwicklungszwecken. Die Leistungen und Arbeitsergebnisse des Instituts für Solarforschung tragen dazu bei, eine rationelle und umweltfreundliche Energieversorgung technisch und wirtschaftlich zu ermöglichen. Im Verbund mit der TPG mbH und

weiteren Partnern aus Industrie und Forschung soll das Solarversuchskraftwerk durch ergänzende Anlagen und Testfelder zu einem Solarforschungszentrum weiterentwickelt und der Standort Jülich ausgebaut werden.

Die von der TPG mbH bauseits errichtete Hochleistungsstrahler-Anlage „Synlight®“ unterstützt die DLR-Forscher in der Entwicklung eines Verfahrens zur effizienten Herstellung von Wasserstoff, der als besonders umweltfreundlicher Treibstoff der Zukunft gilt. Da Wasserstoff nur als chemische Verbindung vorkommt, wird er durch die Energie der künstlichen Sonne (*synthetic light*) in einem direkten chemischen Prozess abgespaltet.

Der Schwerpunkt liegt seitens des DLR in den nächsten Jahren auch auf der Entwicklung von Herstellverfahren für weitere solare Treibstoffe. Aber auch Forscher und Industrieunternehmen der solarthermischen Kraftwerksbranche oder aus der Luft- und Raumfahrt finden in „Synlight®“ ideale Bedingungen für Tests an Komponenten realer Größe vor.

Mit der Anlage können immer wieder gleiche Strahlungsverhältnisse erzeugt werden, was auch für externe Unternehmen oder Forschungseinrichtungen, die die Möglichkeit haben eine der drei Versuchskammern des Hochleistungsstrahlers anzumieten, reproduzierbare Ergebnisse ihrer Tests bedeutet.

1.2. SYNLIGHT®

Seit Juli 2016 hat die TPG mbH das gesamte Gebäude langfristig an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. vermietet. Nach gut 1,5 Jahren Bauphase wurde die Anlage am **23.03.2017** vom damaligen NRW-Umweltminister Johannes Remmel feierlich eingeweiht und in Betrieb genommen.

Zudem konnte – nach einer qualifizierten Ausschreibung – erfreulicherweise knapp **90 %** des Auftragsvolumens des Gebäudes an Firmen in der Technologieregion Aachen vergeben werden.

Nennenswerte Zwischenfälle oder Ausfälle der Anlage waren bislang nicht zu verzeichnen.

1.3. FUTURE FUEL

Mit dem DLR-Institut für Future Fuels I und II im nordrhein-westfälischen Jülich, ergänzt und verstärkt das DLR seine Forschung zur solaren Erzeugung und Speicherung von Wasserstoff und weiteren

Grundstoffen für die Produktion erneuerbarer Brennstoffe. Dabei können die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf eine breite Basis vorhandener Erfahrungen des DLR in der solaren Thermochemie – der Erzeugung von Kraftstoffen mittels konzentrierter Sonnenenergie – zurückgreifen und diese Kompetenzen weiter ausbauen.

Die Vision für das DLR-Institut „Future Fuels“ ist die Entwicklung technologischer Lösungen, mit denen sich solare Brennstoffe künftig im Sonnengürtel der Erde produzieren lassen. Es werden Technologien benötigt, die effizient und vor allem hochskalierbar sind. Denn für eine auf erneuerbaren Energien basierende Weltwirtschaft sind enorme Mengen an CO₂-armen Kraftstoffen notwendig. Welche Verfahren erlauben es, die Ausgangsstoffe kostengünstig und im großen Maßstab zur Verfügung zu stellen? Welche flüssigen Brennstoffe können am besten aus solar erzeugtem Wasserstoff oder Kohlenstoffmonoxid hergestellt werden? Und wie lassen sich die Herstellungsverfahren optimieren? Hier besteht erheblicher Forschungsbedarf.

Das DLR-Institut für „Future Fuels“ soll die Industrie bei der Umsetzung der Technologien unterstützen und auch sozioökonomische Aspekte sowie Logistikkonzepte bewerten.

SOLAR FUEL

Synthetische Kraftstoffe aus Sonnenlicht

Die solare Reformierung von Biogas oder Erdgas – mit Methan (CH₄) als Hauptbestandteil – bietet die Möglichkeit, Synthesegas unter Einsatz von Wasser (H₂O) und Kohlendioxid (CO₂) klimafreundlich herzustellen und dabei fluktuierende Solarenergie chemisch zu speichern. Das Synthesegas besteht aus Wasserstoff (H₂) und Kohlenmonoxid (CO) und kann in einer Fischer-Tropsch-Anlage zu synthetischem Rohöl umgesetzt werden, welches wiederum in industriell etablierten Verfahren zu flüssigen Treibstoffen wie Kerosin verarbeitet werden kann.

Diese solaren, synthetischen Kraftstoffe sind eine umweltfreundliche Alternative zu konventionellen, fossilen Kraftstoffen und können insbesondere im Flug- und Schwerlastverkehr einen wichtigen Beitrag zur Reduktion klimawirksamer Emissionen leisten.

2. AUSBLICK

Der TPG mbH ist es in enger Kooperation mit der TZJ GmbH gelungen, das DLR an den Standort Jülich zu binden und als Partner zur Gestaltung des Strukturwandels in der Region zu gewinnen.

Das Institut für „Future Fuels“ des DLR wird die gesamte Entwicklungskette zur Bereitstellung von solaren Brennstoffen in vier Bereiche gegliedert abdecken:

1. Die Grundlagenforschung zur Synthese und Modellierung von reaktiven Materialien sowie zur Trennung von Gasgemischen.
2. Die Entwicklung von Verfahren, Komponenten und Reaktoren für die Integration von Wärme- und Stoffströmen.
3. Die Hochskalierung von Verfahren sowie die Analyse der Anlagen z.B. über digitale Zwillinge sowie die Unterstützung der Industrie bei der Umsetzung von Verfahren in die Anwendung.
4. Die techno- und sozioökonomische Bewertung von Verfahren und logistischen Konzepten zur optimalen Einbindung solarer Brennstoffproduktion in einen globalen Markt.

Das in Jülich ansässige Solarinstitut des DLRs befindet sich in einer kontinuierlichen Ausbauphase, da die DLR-Strategieprojekte „Future Fuels“ sowie der Einbau eines neuen Strahlungsempfängers am Solarturm, auf internationales Interesse im Bereich der Forschung in der Thematik solarerzeugter Brennstoffe trifft.

g) Organe und deren Zusammensetzung

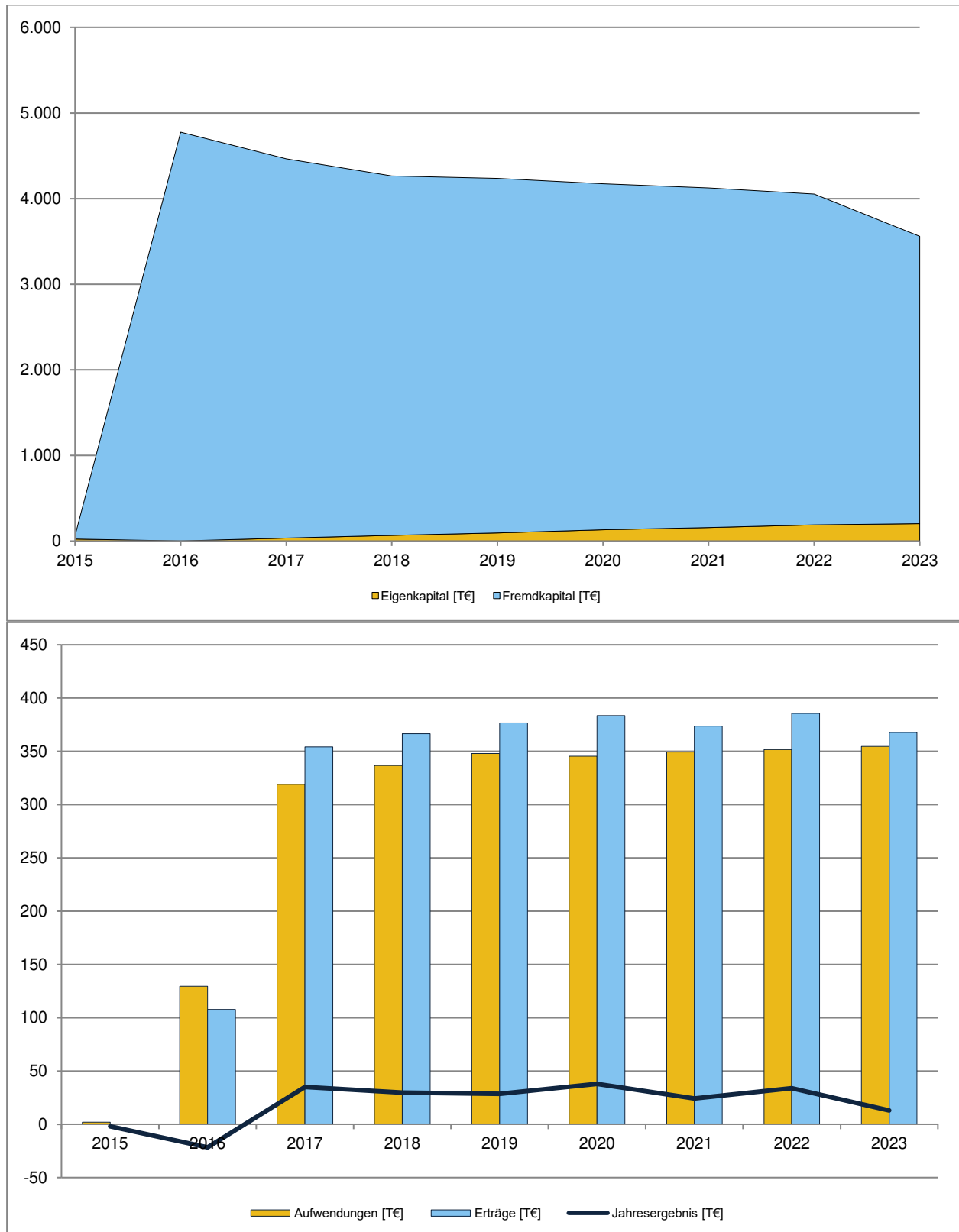
Zusammensetzung:

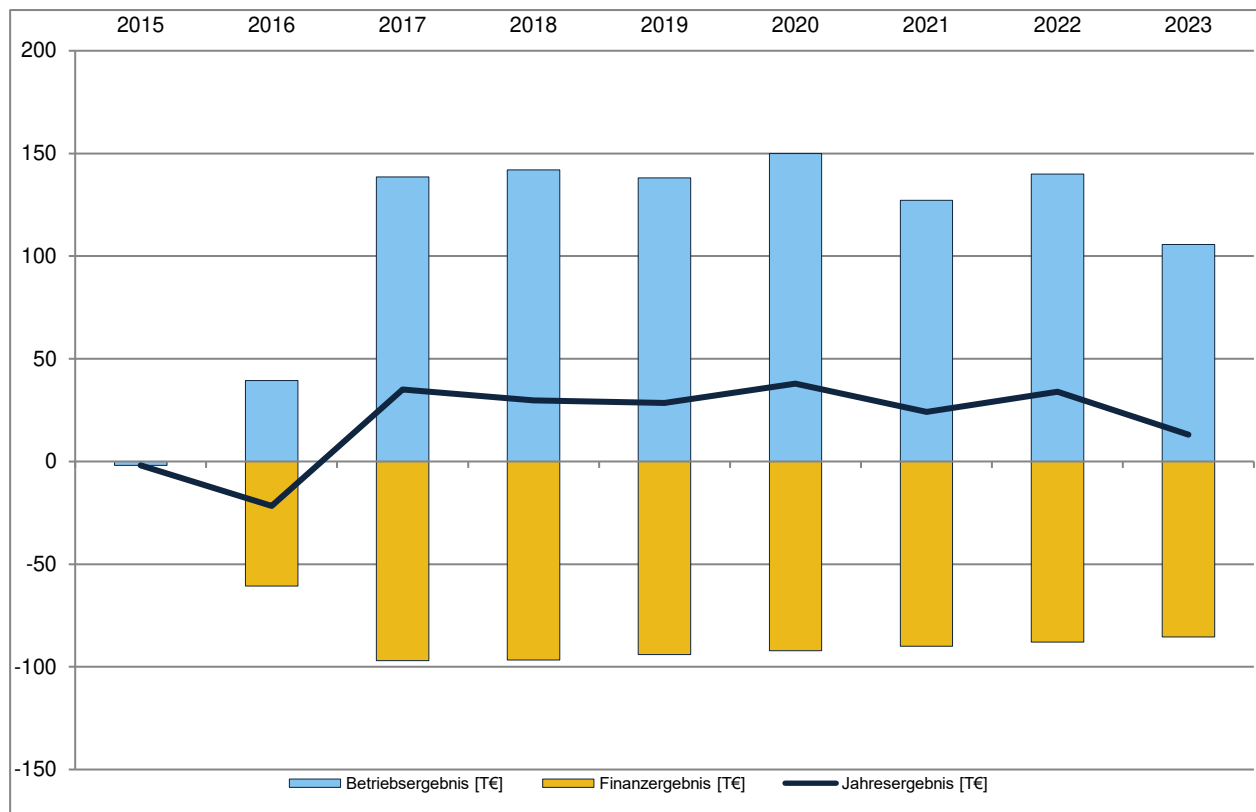
Geschäftsführung:	Aretz, Carlo		
Gesellschafterversammlung:	Die Technologiezentrum Jülich GmbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung und bis zu zwei weitere durch sie benannte Personen vertreten.	1 Stimme	100 %

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	3,80%	4,71%	5,73%	0,90%
Eigenkapitalrentabilität	15,39%	17,78%	6,38%	2,39%
Anlagendeckungsgrad 2	97,01%	98,55%	99,52%	1,54%
Verschuldungsgrad	2508,27%	2006,84%	1630,62%	-501,43%
Umsatzrentabilität	34,05%	36,29%	28,82%	2,24%

23 Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH



Auf der Komm 12
52457 Aldenhoven
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@verbandswasserwerk-aldenhoven.de
Homepage: www.verbandswasserwerk-aldenhoven.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Wasser- und Wärmeversorgung einschließlich Nah- und Fernwärmeversorgung sowie der Einsatz von modernen Energieerzeugungsanlagen wie Block-heizkraftwerke (BHKW), die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, der Ein- und Verkauf von Wasser und Energie sowie energienaher Dienstleistungen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	24,80	1,21
Gemeinde Aldenhoven	621,70	30,37
Städtisches Wasserwerk E- schweiler GmbH	494,2	24,14
Gemeinde Inden	392,050	19,15
Gemeinde Niederzier	514,550	25,13
Stammkapital	2.047,300	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	35.544,55 €	29.428,93 €	23.313,29 €	-6.115,64 €	-20,78%
II. Sachanlagen	14.821.282,52 €	16.310.138,70 €	17.245.726,98 €	935.588,28 €	5,74%
III. Finanzanlagen	93.942,00 €	93.942,00 €	93.942,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	10.884,73 €	10.884,73 €	10.884,73 €	0,00 €	0,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.126.378,09 €	1.089.641,79 €	1.275.922,33 €	186.280,54 €	17,10%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	431.814,65 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	16.519.846,54 €	17.534.036,15 €	18.649.789,33 €	1.115.753,18 €	6,36%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	2.047.300,00 €	2.047.300,00 €	2.047.300,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	538.139,53 €	538.139,53 €	538.139,53 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	1.298.795,46 €	1.298.795,46 €	1.298.795,46 €	0,00 €	0,00%
IV. Ergebnisvortrag	1.591.286,34 €	1.700.584,62 €	1.924.808,71 €	224.224,09 €	13,19%
V. Jahresergebnis	314.028,28 €	428.954,09 €	378.702,90 €	-50.251,19 €	-11,71%
B. Sonderposten	2.867.830,87 €	2.945.160,56 €	2.962.714,48 €	17.553,92 €	0,60%
C. Rückstellungen	1.347.759,59 €	1.340.076,00 €	1.360.517,00 €	20.441,00 €	1,53%
D. Verbindlichkeiten	6.514.706,47 €	7.235.025,89 €	8.138.811,25 €	903.785,36 €	12,49%
Summe Passiva	16.519.846,54 €	17.534.036,15 €	18.649.789,33 €	1.115.753,18 €	6,36%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	4.727.468,40 €	5.857.135,49 €	5.939.730,95 €	82.595,46 €	1,41%
2. sonstige betriebliche Erträge	247.528,62 €	189.933,72 €	131.475,93 €	-58.457,79 €	-30,78%
3. Materialaufwand	1.518.599,99 €	2.187.475,41 €	2.125.819,71 €	-61.655,70 €	-2,82%
4. Personalaufwand	370,97 €	28.696,18 €	121.804,58 €	93.108,40 €	324,46%
5. Abschreibungen	806.996,20 €	885.097,05 €	908.090,81 €	22.993,76 €	2,60%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.995.869,13 €	2.142.158,44 €	2.128.708,35 €	-13.450,09 €	-0,63%
Betriebsergebnis	653.160,73 €	803.642,13 €	786.783,43 €	-16.858,70 €	-2,10%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	155.117,81 €	119.866,98 €	168.924,53 €	49.057,55 €	40,93%
Finanzergebnis	-155.117,81 €	-119.866,98 €	-168.924,53 €	-49.057,55 €	40,93%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	498.042,92 €	683.775,15 €	617.858,90 €	-65.916,25 €	-9,64%
8. außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	172.549,23 €	243.350,75 €	227.685,69 €	-15.665,06 €	-6,44%
11. sonstige Steuern	11.465,41 €	11.470,31 €	11.470,31 €	0,00 €	0,00%
Jahresergebnis	314.028,28 €	428.954,09 €	378.702,90 €	-50.251,19 €	-11,71%

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (nachfolgend VWA) versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und öffentlichen Einrichtungen, vorwiegend im Kreis Düren, mit Trinkwasser. Zum Versorgungsgebiet gehören die Gemeinden Aldenhoven, Inden und Niederzier sowie Teile der Stadt Eschweiler und der Stadt Alsdorf.

Seit August 2005 versorgt das VWA das Schulzentrum Schwanenstraße in Aldenhoven mit Wärme.

Mit den Gesellschaftergemeinden Aldenhoven, Inden und Niederzier wurden am 1. Juli 2005 rückwirkend zum 1. Januar 2005 Konzessionsverträge über eine Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen. Der Konzessionsvertrag mit der Stadt Eschweiler trat am 3. Mai 1999 in Kraft und endet nach 30 Jahren am 3. Mai 2029. Mit der Stadt Alsdorf wurde am 1. Juli 2002 ein Konzessionsvertrag über 25 Jahre abgeschlossen. Durch die langfristige Ausrichtung der Verträge ist die Versorgungstätigkeit gesichert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Bundesweit ist sowohl im Kundenbereich Haushalte und Kleingewerbe als auch bei den Industriekunden eine historisch niedrigere Abgabeentwicklung zu verzeichnen. Laut Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft zur Entwicklung des Wasserverbrauchs verbrauchte 2022 jeder Deutsche pro Tag 125 Liter Wasser. Der Verbrauch ist damit weiterhin historisch auf einem niedrigen Niveau. (Quelle: statista) Demografische Änderungen, technische Entwicklungen zum Wassersparen, Konjunkturschwankungen, Strukturwandel und Umweltschutz sind nur einige Aspekte, aufgrund derer sich der Nachfragerückgang fortsetzen könnte.

2.2 Geschäftsverlauf

Umsatz und Absatz

Die Umsatzerlöse sind im Geschäftsjahr insbesondere aufgrund der Weitergabe der gestiegenen Beschaffungskosten in der Wärme auf 5.940 TEUR (Vorjahr: 5.857 TEUR) angestiegen.

Die Kundenwasserabgabe nahm im Geschäftsjahr bereinigt durch die periodenfremden Aspekte gegenüber dem Vorjahr um 15.538 m³ bzw. 0,85 % ab und beträgt 1,809 Mio. m³ (Vorjahr: 1,825 Mio. m³).

Im Geschäftsjahr 2023 belaufen sich die rechnerischen Trinkwasserverluste in Relation zur Beschaffungsmenge unter Berücksichtigung der periodenfremden Aspekte auf 10,2 % (Vorjahr: 12,2 %).

Die Wärmesparte konnte im Berichtsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 305 TEUR (Vorjahr: 266 TEUR) verzeichnen. Korrespondierend dazu liegt die abgesetzte Menge mit 1.043 MWh über dem Vorjahresniveau von 1.003 MWh. Diese wurden in voller Höhe an die beiden Abnahmestellen (Gemeinschaftsgrundschule Aldenhoven und katholische Grundschule Aldenhoven) abgegeben.

Die übrigen Umsatzerlöse resultierten aus den aufgelösten Ertragszuschüssen von 172 TEUR (Vorjahr: 170 TEUR), aus dem Installationsgeschäft in Höhe von 11 TEUR (Vorjahr: 7 TEUR) und aus den Mieterlösen in Höhe von 157 TEUR (Vorjahr 143 TEUR).

Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 378 TEUR (Vorjahr: 429 TEUR) erwirtschaftet. Dieser entspricht einer Verzinsung des gezeichneten Kapitals in Höhe von 18,5 % (Vorjahr: 21,0 %).

Investitionen

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betragen im Geschäftsjahr 1.838 TEUR (Vorjahr: 2.367 TEUR) und betreffen Investitionen für Erneuerungen und Erweiterung der Leitungsnetze und der Hausanschlüsse. Die Entwicklung der steigenden Investitionen im laufenden Betrieb ist einerseits geprägt durch Mitverlegungsprojekte (Erneuerungen über mehrere Sparten), den Neubau von Transportwasserleitungen sowie der Schadensentwicklung im Netzbetrieb.

Finanzierung

Die oben genannten Investitionen wurden durch Abschreibungen und die Inanspruchnahme einer Kreditlinie finanziert.

Personalbereich

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.

Das Personal ist mit Wirkung vom 1. Juni 1996 und 1. April 1998 auf die EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, übergegangen.

Die bilanzierten Pensionsverpflichtungen stehen in kausalem Zusammenhang mit dem damaligen Personal, das auf die Betriebsführerin übergegangen ist.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanz zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 92,5 % (Vorjahr 93,7 %). Zugängen in Höhe von 1.838 TEUR stehen Abschreibungen in Höhe von 908 TEUR gegenüber. Der Deckungsgrad des Sachanlagevermögens durch Eigenkapital – unter Einbeziehung weiterer Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter fällt um 1,8 % Punkte von 46,1 % im Vorjahr auf nun 44,3 %. Unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 70 % ergibt sich zum Bilanzstichtag eine angemessene Eigenkapitalquote - bezogen auf das Gesamtkapital - in Höhe von 44,3 % (Vorjahr 46,1 %). Die Fremdkapitalquote zeigt sich folglich erhöht um 1,8 %-Punkte auf 55,7 % (Vorjahr: 53,9 %). Im Geschäftsjahr wurden die langfristigen Darlehen planmäßig in Höhe von 372 TEUR getilgt.

2.4. Finanzlage

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

	<u>2023</u> TEUR	<u>2022</u> TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	969	1.325
+ Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.838	-2.367
+ Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-388	-327
= Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	-1.257	-1.369
+ Finanzmittelfonds zu Beginn der Periode	-937	432
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-2.194	-937

Der Finanzmittelfonds beinhaltet die Inanspruchnahme der Kontokorrentlinie in Höhe von 2.194 TEUR (Vorjahr: 937 TEUR).

Demnach führen insbesondere die Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 1.838 TEUR, die Gewinnausschüttung in Höhe von 205 TEUR sowie die Auszahlungen für Darlehenstilgungen in Höhe von 372 TEUR, unter Berücksichtigung des operativen Cashflows in Höhe von 969 TEUR sowie den erhaltenen Zuschüssen für Hausanschlüsse, zu einer Verminderung des Finanzmittelfonds in Höhe von 1.257 TEUR.

2.5 Ertragslage

Die wesentlichsten Aufwandspositionen der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind zum einen das Betriebsführungsentgelt (1.132 TEUR) für den kaufmännischen bzw. technischen Betriebsführer und zum anderen die Konzessionsabgabe (522 TEUR). Zudem beliefen sich die Aufwendungen für Versicherungen im Geschäftsjahr auf 246 TEUR (234 TEUR im Vorjahr).

Das Finanzergebnis liegt mit -169 TEUR über dem Vorjahresniveau (-120 TEUR im Vorjahr). Insbesondere die Zuführung des Zinsanteils zur Pensionsrückstellung reduzierte sich deutlich von 31 TEUR im Vorjahr auf 11 TEUR.

Unter Abzug der Ertragsteuern in Höhe von 228 TEUR zeigt sich im Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss in Höhe von 379 TEUR (Vorjahr: 429 TEUR). Im Verhältnis zum im November 2022 verabschiedeten Budget für 2023 liegt das Jahresergebnis mit 160 TEUR unter Plan.

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht verändert.

2.6 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzieller Leistungsindikator steht die Kundenzufriedenheit bezüglich der Qualität des zu liefernden Trinkwassers und der hiermit verbundenen Umweltbelange an oberster Stelle. Qualitativ bekommt die Geschäftsführung positive Rückmeldungen aus den Reihen der Gesellschafter. Quantitativ kann aus fehlenden Beschwerden im Beschwerdemanagement der technischen Betriebsführerin Regio-netz auf eine hohe Kundenzufriedenheit rückgeschlossen werden. Im Rahmen des Beschwerdemanagements werden unter anderem Themen wie „Abrechnung“, „Bearbeitungsdauer“, „Erreichbarkeit“, „Termin-treue“ und „fehlende Information“ abgefragt bzw. aufgenommen. Hier finden sich keine Beschwerden über die VWA; in Einzelfällen gibt es Rückfragen zur Jahresabrechnung in Richtung des kaufmännischen Bereichs der Betriebsführerin.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist es, der Öffentlichkeit die Bedeutung einer sicheren Wasserversorgung sowie der Maßnahmen zur Trinkwasserhygiene transparent darzustellen. Dies gelingt zum einen durch einen qualitativ sehr guten Web-Auftritt des Unternehmens sowie die Zurverfügungstellung von entsprechenden Drucksachen und Lehrmaterialien für Schulen im Versorgungsgebiet.

3. Prognose, Chancen- und Risikobericht

3.1 Chancen und Risiken

Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer kaufmännischen Betriebsführerin, der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können.

Beschaffungsmarktrisiken

Durch die Bezirksregierung Köln wurde am 8. Februar 2006 das Recht, Grundwasser in einer Menge von bis zu insgesamt 2,3 Mio. m³ pro Jahr zur Verwendung als Trink- und Brauchwasser in der Trinkwasseraufbereitungsanlage Aldenhoven zu Tage zu fördern, bewilligt. Die Bewilligung der Bezirksregierung läuft über 20 Jahre und mindert das Beschaffungsrisiko der Gesellschaft. Der Wasserrechtsantrag Niederzier wurde ebenfalls von der Bezirksregierung Köln genehmigt. Die VWA hat das Recht, bis zum 31. Dezember 2031 0,9 Mio. m³ Wasser pro Jahr zu fördern.

Die VWA bezieht am Standort Aldenhoven aufgrund der Sulfatbelastung des Tagebaus Inden Ersatzwasser von der RWE Power AG (RWE Power). Die RWE Power forderte, wie in Vorjahren, weiterhin eine Anpassung der ersparten Selbstkosten für die ihrerseits erbrachten Ersatzlieferungen. Die Forderung bezieht sich auf die Kosten, die aufgrund der Wassergewinnung und -aufbereitung mittels einer Filterhalle entstehen. RWE Power trägt pauschal vor, dass sie die Grundannahmen des Vertrages „Bereitstellung von Wasser als Ersatzwasser“ überprüft habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die Berechnung der Höhe der von VWA ersparten Selbstkosten nicht mehr den aktuellen wasserwirtschaftlichen, rechtlichen und wettbewerblichen Rahmenbedingungen entspreche. Die Ersatzleistungen der RWE Power stellen nicht den vertraglich geschuldeten Ausgleich der für VWA entstandenen Nachteile dar.

Die Geschäftsführung befindet sich auch weiterhin in Gesprächen mit der RWE Power über geäußerte Ansprüche, wobei die RWE Power die Beweis- und Darlegungslast innehat. RWE Power hat ein Angebot unterbreitet, welches die Geschäftsführung mit einem Gegenvorschlag erwiderte. Die Gespräche wurden sodann beidseitig abgebrochen. Bis dato wartet die Geschäftsführung auf eine Reaktion. Damit ist es folglich auch im aktuellen Geschäftsjahr zu keiner Einigung gekommen.

Die Geschäftsführung rechnet derzeit mit keiner Inanspruchnahme für das Geschäftsjahr 2024, kann diese aber nicht vollumfänglich ausschließen. Insofern könnte in den kommenden Geschäftsjahren aus diesem Sachverhalt eine jährliche Belastung für das Jahresergebnis der VWA resultieren.

Betriebsrisiken

Generell schützt sich die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt. Durch u. a. laufende Instandhaltungen und Ersatzinvestitionen werden die Risiken im Hinblick auf potentielle Wasserverluste und einem potentiellen Versorgungsausfall minimiert.

Ein Risiko ist Verschlechterung der Trinkwasserqualität aufgrund von Störungen der Rohwasserqualität, Verunreinigungen und Störung im Aufbereitungsprozesse sowie Wasserverluste aufgrund von Rohrbrüchen. Diese Risikofelder mitigiert das Verbandswasserwerk Aldenhoven durch unterschiedliche Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen. So wird beispielsweise das Rohwasser kontinuierlich auf Verunreinigungen untersucht und Beratungen mit Landwirten (Stichwort „Landwirtschaftliche Kooperation“) und Industrieunternehmen zum präventiven Schutz des Rohwassers durchgeführt. Weiterhin werden zur Sicherung der Trinkwasserqualität und des zügigen Auffindens von Rohrbrüchen geeignete

Mess-, Steuer- und Regelungstechnik unterhalten und bei Bedarf Maßnahmen zur Aufbereitung und Desinfektion des Trinkwassers eingesetzt. Durch die zunehmende Anzahl dieser fernauslesbaren Mess-, Steuer- und Regelungstechnik ist ein kontinuierlicher Online-Überwachungsprozess möglich. Abgerundet wird die Risikovorsorge durch den Austausch veralteter und ungeeigneter Rohrleitungsmaterialien.

Die Geschäftsführung sieht auch weiterhin eine erhebliche Gefährdung für das Langfristkonzept der Gesellschaft aufgrund einer geplanten Errichtung einer Abfalldeponie in Aldenhoven. Das Risiko des Verlustes der Eigenständigkeit ab 2060 ist somit immer noch gegeben und wird durch die Geschäftsführung mit Sorge gesehen. Gemäß Beschluss des Aufsichtsrates hat die Geschäftsführung beim Verwaltungsgericht Aachen gegen den entsprechenden Planfeststellungsbeschluss vom 15.03.2019 Klage eingereicht. Nach dem Prozess am 14.12.2020 vor dem Verwaltungsgericht Aachen ging mit Datum vom 10.01.2021 der Prozessbevollmächtigte der VWA GmbH die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Aachen im Klageverfahren „VWA ./ . Kreis Düren“ zu. Die Klage wurde abgewiesen; VWA trägt als Klägerin die Kosten des Verfahrens einschließlich der außergerichtlichen Kosten der Beigeladenen (Davids GmbH).

Der Aufsichtsrat der VWA GmbH hat in seiner Sitzung vom 19.02.2021 beschlossen, den Rechtsstreit nicht weiterbetreiben zu wollen. Die Geschäftsführung wird das Thema also nicht weiter juristisch verfolgen.

Eine Klage auf Schadenersatz gegen die Thyssengas GmbH im Zusammenhang mit einem Schadenereignis aus dem Jahre 2019, bei dem eine Wasserleitung der Gesellschaft sowie eine Gastransportleitung der Thyssengas GmbH beschädigt wurde, wurde zwischenzeitlich abgewiesen. Geltend gemachte Schadenersatzansprüche der Gegenseite, wonach die Wasserleitung und deren Zustand als Schadensursache für den aufgetretenen Schaden an der Gasleitung ursächlich waren, scheiden nach unserem Ermessen sowie nach Feststellungen eines Sachverständigen aus. Derzeit wird auf Betreiben der Gegenseite eine außergerichtliche Einigung angestrebt. Die Geschäftsführung geht derzeit nicht davon aus, dass die Gesellschaft in Anspruch genommen werden könnte, kann dies aber nicht in Gänze ausschließen.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit des VWA und Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Insbesondere die abrupten Zinsanstiege durch die Europäische Zentralbank schlagen sich teilweise auf die Finanzierungskosten der Gesellschaft nieder. Größtenteils sind die Zinssätze der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auch langfristig gesichert. Lediglich die Zinsen für die Kontokorrentkreditlinie unterliegen einem Anstieg, welche die Rentabilität der Gesellschaft belasten könnten.

Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWW und deren interne Sicherungssysteme laufend überwacht. Das finanzielle Gleichgewicht war im Geschäftsjahr jederzeit gewahrt.

Preisrisiken

Risiken aus Preissteigerungen in den Bereichen Tiefbau und Material sowie die teilweise verschlechterte Verfügbarkeit von Dienstleistungsunternehmen und Material führen derzeit zu Überschreitungen des Investitionsplans. Diese Risiken entziehen sich der Gestaltung durch die Geschäftsführung des Verbandswasserwerks; gleichwohl sind sie bei der Planung von Budgets und konkreten Projekten entsprechend zu würdigen.

Lieferkettenrisiko für Erdgas

Der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die souveräne Ukraine im Februar 2022 stellt ein einschneidendes Ereignis dar, das Spuren in der globalen Wirtschaft hinterlassen hat.

Das VWA betreibt Wärmeerzeugungsanlagen, die Erdgas als Brennstoff benötigen. Sollte es zu einem Mangel an Erdgas auf dem deutschen Markt kommen, könnten davon auch die Anlagen des VWA betroffen sein. Somit könnten sich Risiken hinsichtlich der mengenmäßigen Verfügbarkeit von Erdgas ergeben. Derzeit gibt es keine Hinweise auf konkrete Engpässe.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

3.2 Prognosebericht

Ergebnisentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2024 wird ein Jahresergebnis in Höhe von rund 502 TEUR erwartet. Für die Jahre 2025 und 2026 erhöht sich der Jahresüberschuss planerisch von 462 TEUR auf 526 TEUR.

Die tatsächlichen Ergebnisse können wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen, wenn sich die der Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen.

Die Geschäftsführung des VWA ist kontinuierlich bestrebt, neben der Realisierung von Kosteneinsparpotentialen auch die Umsatzseite zu stärken. Insofern bemüht sich die Geschäftsführung um eine Ausweitung der Absatzmenge, im Idealfall an Wasserversorgungsunternehmen, zu denen bereits eine netzseitige Verbindung besteht. Bei mehreren Unternehmen besteht grundsätzliches Interesse an einem ergänzenden Wasserbezug durch das VWA. Technisch und von der Wasserdarbietung her kann zumindest ein solcher Vertrag realisiert werden. Die aktuelle Höhe des seitens der Bezirksregierung genehmigten Wasserrechts ließe eine zusätzliche Versorgung grundsätzlich zu. Eine Umsetzung aller potentiellen Absatzmängenerweiterungen steht unter dem Vorbehalt erfolgreicher Gespräche mit den

Interessenten, einer Genehmigung durch die Bezirksregierung sowie der entsprechenden erweiterten Ersatzwasserlieferungen durch RWE Power.

Investitionen

Im Bauplan für das Geschäftsjahr 2024 ist eine Investitionssumme in Höhe von 1.000 TEUR vorgesehen, wovon 25 TEUR für die Gewinnung und Aufbereitung und 900 TEUR für das Leitungsnetz, Anschlusserneuerungen und Neuanschlüsse sowie 75 TEUR für Wasserzähler bestimmt sind.

Preispolitik

Eine Anhebung des Systempreises und des Mengenpreises wurde zum 01.01.2022 umgesetzt. Die Geschäftsführung plant derzeit weitere Preisanpassungen für die kommenden Geschäftsjahre, um den künftigen Investitionspfad finanziell sicherzustellen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Dr.-Ing. Herzog, Christoph		
Aufsichtsrat:	Gemeinde Aldenhoven	4 Sitze	30,37 %
	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1 Sitz	beratendes Mitglied
	Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	3 Sitze	24,14 %
	Gemeinde Inden	3 Sitze	19,15 %
	Gemeinde Niederzier	3 Sitze	25,13 %
Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Das Stimmrecht eines jeden Gesellschafters kann nur einheitlich ausgeübt werden.		
		1 Stimme	je 50 € eines Geschäftsanteils

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Aßhoff, Ferdinand	Beauftragter des Landes NRW	08.11.2024	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	03.02.2004	08.11.2024

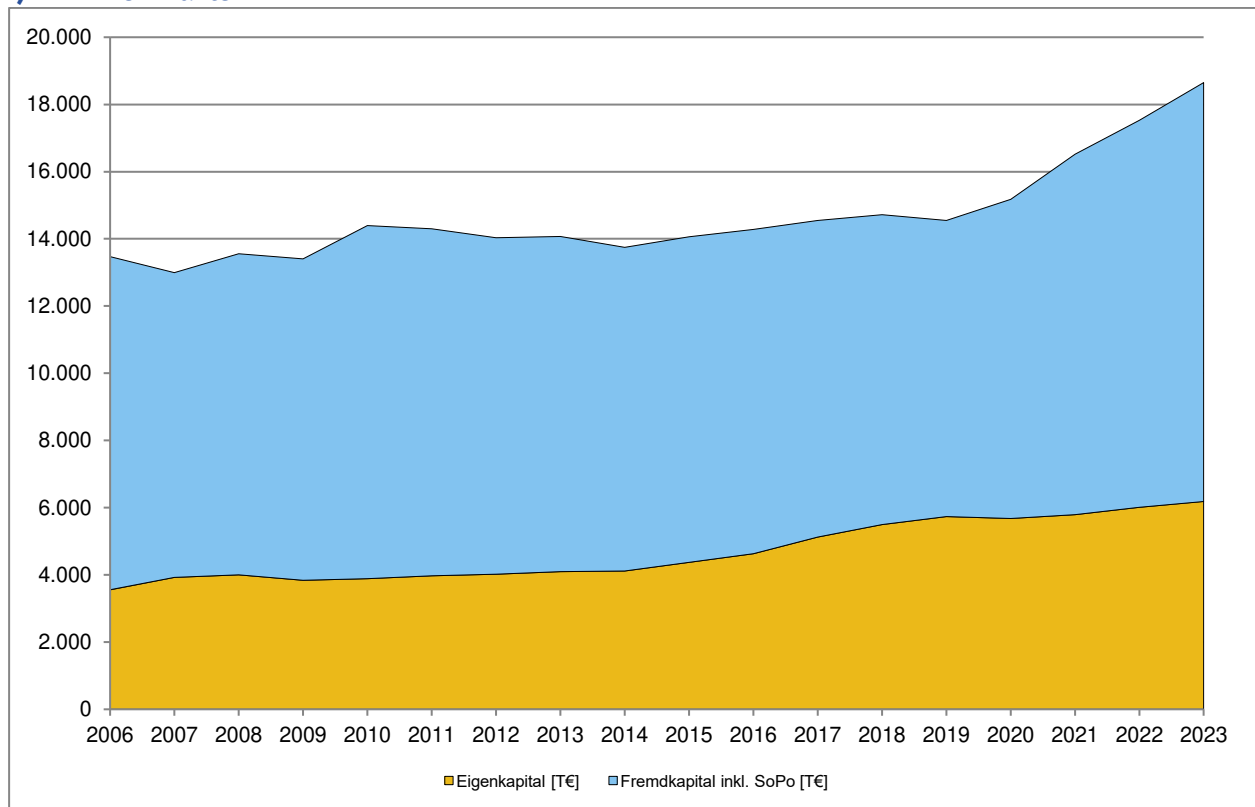
Gesellschafterversammlung:

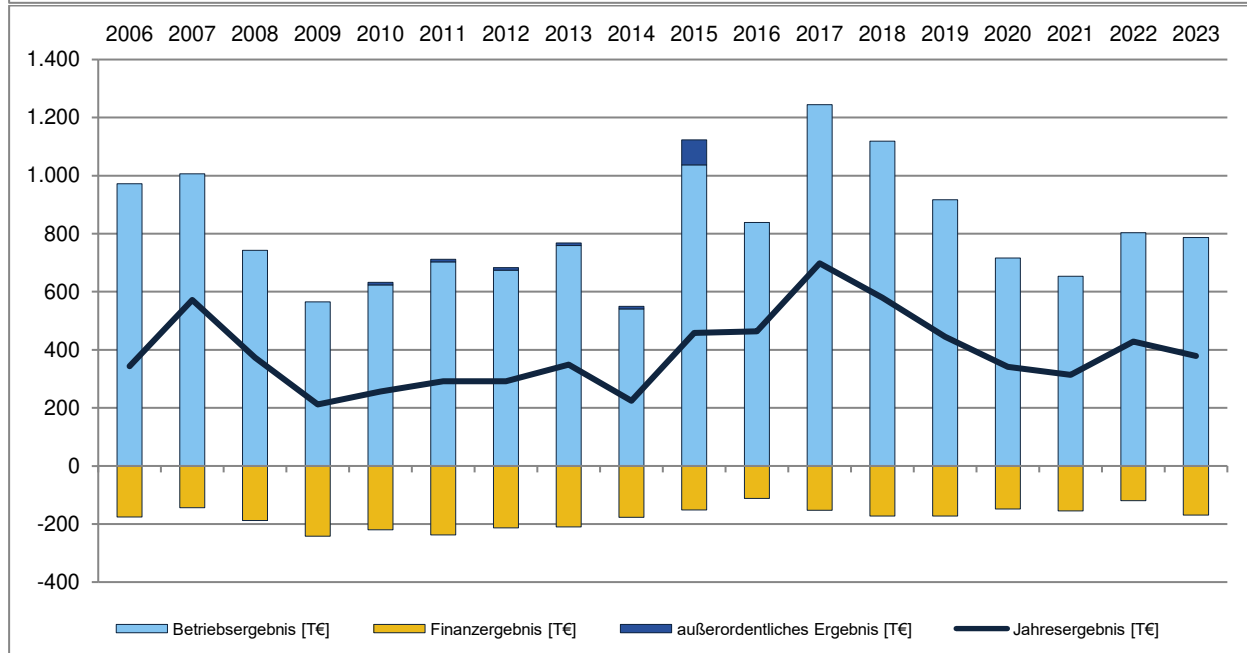
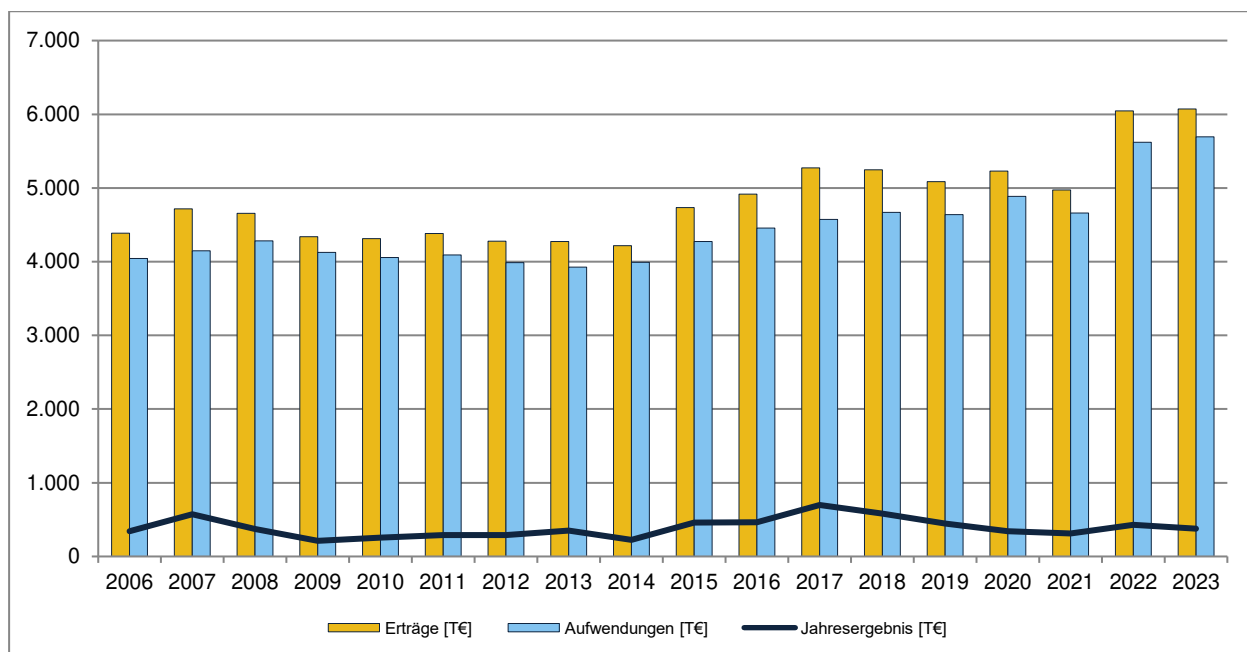
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	03.02.2004	
Kaplakarlan, Ayşe	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Kleiker, Wilhelm	Kreistagsmitglied	20.06.2024	
Königstein, Hans Josef	Kreistagsmitglied	24.06.2015	22.05.2024

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	35,05%	34,30%	33,18%	-1,12%
Eigenkapitalrentabilität	5,42%	7,13%	6,12%	-1,01%
Anlagendeckungsgrad 2	94,85%	85,49%	82,02%	-3,47%
Verschuldungsgrad	135,80%	142,59%	153,52%	10,93%
Umsatzrentabilität	13,82%	13,72%	13,25%	-0,47%

24 VIAS GmbH



Kurt – Schumacher - Str. 10
60311 Frankfurt am Main
Telefonnummer: 069/ 213 – 22 314
Telefax: 069/ 213 – 25 233
E-Mail: kundenservice@vias-online.de
Homepage: www.vias-online.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Unternehmensgegenstand der VIAS GmbH ist die Planung, Organisation und Durchführung eines Schienenpersonennahverkehrs.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Rurtalbahn GmbH	12,5	50
R.A.T.H. GmbH	12,5	50
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	55.194,00 €	41.458,00 €	28.041,00 €	-13.417,00 €	-32,36%
II. Sachanlagen	47.585.528,00 €	42.845.901,01 €	38.459.890,46 €	-4.386.010,55 €	-10,24%
III. Finanzanlagen	2.801.769,23 €	2.899.473,78 €	8.068,15 €	-2.891.405,63 €	-99,72%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.462.879,27 €	5.030.666,67 €	6.654.861,54 €	1.624.194,87 €	32,29%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	8.461.947,12 €	21.970.818,51 €	18.842.248,39 €	-3.128.570,12 €	-14,24%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	16.823.188,85 €	3.911.269,95 €	1.159.680,70 €	-2.751.589,25 €	-70,35%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	25.016,84 €	21.749,07 €	9.989,73 €	-11.759,34 €	-54,07%
Summe Aktiva	78.215.523,31 €	76.721.336,99 €	65.162.779,97 €	-11.558.557,02 €	-15,07%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	975.000,00 €	975.000,00 €	975.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Ergebnisvortrag	9.974.264,21 €	14.280.042,08 €	15.220.433,61 €	940.391,53 €	6,59%
IV. Jahresergebnis	4.305.777,87 €	940.391,53 €	-15.647,59 €	-956.039,12 €	-101,66%
B. Rückstellungen	10.525.756,82 €	8.905.119,91 €	10.839.480,81 €	1.934.360,90 €	21,72%
C. Verbindlichkeiten	52.402.407,01 €	51.590.474,70 €	38.115.578,18 €	-13.474.896,52 €	-26,12%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	7.317,40 €	5.308,77 €	2.934,96 €	-2.373,81 €	-44,71%
Summe Passiva	78.215.523,31 €	76.721.336,99 €	65.162.779,97 €	-11.558.557,02 €	-15,07%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	47.145.012,92 €	84.392.994,17 €	77.584.471,95 €	-6.808.522,22 €	-8,07%
2. sonstige betriebliche Erträge	8.782.314,16 €	3.718.686,02 €	3.688.571,71 €	-30.114,31 €	-0,81%
3. Materialaufwand	37.900.540,17 €	73.354.990,92 €	66.003.647,04 €	-7.351.343,88 €	-10,02%
4. Personalaufwand	1.355.163,91 €	1.392.983,57 €	1.503.770,06 €	110.786,49 €	7,95%
5. Abschreibungen	5.268.271,07 €	5.302.497,98 €	5.297.866,59 €	-4.631,39 €	-0,09%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.003.894,94 €	3.777.586,56 €	5.674.205,38 €	1.896.618,82 €	50,21%
Betriebsergebnis	9.399.456,99 €	4.283.621,16 €	2.793.554,59 €	-1.490.066,57 €	-34,79%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	124.452,52 €	115.197,66 €	106.303,26 €	-8.894,40 €	-7,72%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	3.013.252,58 €	2.842.651,41 €	2.753.697,02 €	-88.954,39 €	-3,13%
Finanzergebnis	-2.888.800,06 €	-2.727.453,75 €	-2.647.393,76 €	80.059,99 €	-2,94%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	6.510.656,93 €	1.556.167,41 €	146.160,83 €	-1.410.006,58 €	-90,61%
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	2.200.859,06 €	612.440,88 €	158.565,42 €	-453.875,46 €	-74,11%
10. sonstige Steuern	4.020,00 €	3.335,00 €	3.243,00 €	-92,00 €	-2,76%
Jahresergebnis	4.305.777,87 €	940.391,53 €	-15.647,59 €	-956.039,12 €	-101,66%

f) Lagebericht

I. Grundlage der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines öffentlichen Eisenbahnverkehrsunternehmens nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG), das bedeutet die Planung, Organisation und Durchführung von Verkehren, die mit schienengebundenen Verkehrsmitteln nach Fahrplan erbracht werden.

Grundlage der Gesellschaft im Geschäftsfeld Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist der Verkehrsvertrag über die Erbringung von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr des Teilnetzes „Rheingau-Linie“ der Aufgabenträger Rhein-Main-Verkehrsverbund- und Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord. Die Gesellschaft unterhält eine Werkstatt und Lagerhalle für die Erbringung der Dienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr in Frankfurt am Main. Grundlage der Gesellschaft im Geschäftsfeld Güterverkehr ist der Transportvertrag zwischen der Gesellschaft und der RTB CARGO GmbH über die eigenständige und umfassende Durchführung des Schienentransports von Gütern.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Grundlage der Schätzung ist die gleitende Mittelfristprognose Winter 2023/24, die für den Güter- und Personenverkehr von der INTRAPLAN Consult GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) erstellt wurde. Dieser Bericht erstreckt sich auf die Jahre 2024 bis 2027 und gibt auch einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung im Jahr 2023. Hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, eine der zentralen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Güter-, aber auch des Personenverkehrs, bilden der Jahresbericht der Bundesregierung und die darauf aufbauende mittelfristige Projektion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) vom 21. Februar 2024 die Grundlage.

Für die wichtigsten Kenngrößen des Wirtschafts- und Verkehrsgeschehens ist, aufgrund der gesamt- und branchenwirtschaftlichen sowie geopolitischen Lage, eine hohe Volatilität in der Entwicklung der letzten Jahre festzustellen. Auch im Prognosezeitraum ist nach wie vor mit gravierenden Unsicherheiten in den Bereichen Rohölnotierungen, Wechselkurse, geopolitischer Spannungen und zunehmender Verknappungen am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Die Unsicherheiten entstehen jetzt nicht mehr, wie im Jahr 2022, durch die unmittelbaren Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, sondern durch die größtenteils dadurch ausgelöste, anhaltend hohe Inflation und die, damit teilweise im Zusammenhang stehende, wirtschaftliche Abschwächung in der Welt und in Deutschland, sowie durch neuerliche geopolitische Krisen in Nahost (Taiwan/China u. a.). Zu den Folgen für den Rohölpreis, auf die Lieferkettenproblematik, die Importe von Energierohstoffen und andere Einflussfaktoren auf die Verkehrsentwicklung wurden im Rahmen der Mittelfristprognose Annahmen gesetzt, die zwangsläufig hohen Unsicherheiten unterliegen.

Das deutsche preisbereinigte BIP ist im Jahr 2023, gemäß den derzeitigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamts, um 0,3 % niedriger als im Vorjahr. Für 2024 wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,3 %, für 2025 eine Steigerung in Höhe von 1,0 % gegenüber dem Vorjahr erwartet.

Die Entwicklung im Personenverkehr war zum einen durch einen Aufholeffekt durch das Nachlassen der Auswirkungen der Corona-Pandemie, zum anderen auch durch starke Fahrgastzuwächse zunächst während der Gültigkeit des 9-Euro-Tickets, später allerdings abgeschwächt durch die Einführung des Deutschlandtickets, getrieben.

Bereits vor der Ausbreitung der Pandemie waren die Abwärtsrisiken größer als die aufwärtsgerichteten Chancen, vor allem hinsichtlich des außenwirtschaftlichen Umfelds. Seitdem haben sich Erstere sicherlich erhöht, vor allem hinsichtlich der Folgen des Ukraine-Krieges sowie die Auswirkungen der klimaneutralen Transformation auf die gesamt- und branchenwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Geschäftsfeld Personenverkehr

Im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr ist im Gesamtjahr 2023, im Vergleich zum Vorkrisenniveau des Jahres 2019, noch ein Rückgang von 5,5 % (Aufkommen) bzw. 0,5 % (Leistung) zu erwarten. Gegenüber 2022 bedeutet das allerdings einen Anstieg um jeweils 12 %.

Im Fernverkehr lagen im Jahre 2023 noch spürbare Aufholpotentiale vor, weil im Vorjahr die Nachfrage maßnahmenbedingt noch spürbar gedrückt war. Dementgegen standen die nochmals verschlechterte Zuverlässigkeit des Betriebsablaufs und die Verlagerungen zum SPNV in Folge des Deutschlandtickets.

Im gesamten Jahr lag die Fahrgastzahl nur noch 1 % unter dem Vorkrisenstand, die Leistung sogar um 6,5 % darüber.

Im Jahr 2024 wird der Eisenbahnverkehr – bei Eintreffen der Grundvoraussetzungen dieser Prognose – spürbar wachsen; quantifiziert wird dies mit einem Plus von rund 5 % (Fahrgastzahl) bzw. 6 % p. a. (Leistung) gegenüber 2023.

Jedoch wird der Homeoffice-Effekt den SPNV nach aller Voraussicht stärker als alle anderen Verkehrsarten bremsen, da der Anteil des Berufsverkehrs hier rund ein Drittel beträgt und das Zuhause-Arbeiten bei längerer Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz weit häufiger zum Tragen kommt.

Im darauffolgenden Zeitraum bis zum Jahre 2027 könnten sich im SPNV, vor allem infolge der Auswirkungen des Deutschlandtickets, sowohl die Fahrgastzahl um 8 % als auch die Leistung um 15 % gegenüber dem Vorkrisenniveau erhöhen; dies hängt jedoch auch von den u. g. Risiken in der Finanzierung des SPNV ab.

Für den Fernverkehr wird sich die konjunkturelle Erholung, die Fahrpreissenkung durch die Weitergabe der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes in 2020 sowie die Verbesserung und Ausweitung des Angebotes auf die Zeit nach der Überwindung der Pandemie positiv auswirken. Dem stehen dauerhaft dämpfende Effekte aus der Pandemie, in erster Linie durch den Ersatz von Geschäftsreisen durch Videocalls

etc., entgegen. Auch werden die aufgrund des Deutschlandtickets erkennbaren Verlagerungen zum SPNV sowie die bis 2027 anhaltenden Reisezeitverlängerungen durch die geplanten Großbaustellen das Nachfragewachstum reduzieren.

Somit verbleibt im Zeitraum von 2019 bis 2027 im SPNV ein erwartetes solides Wachstum um 11 % (Fahrgastzahl) bzw. 18 % (Leistung).

Für den gesamten Eisenbahnverkehr errechnet sich daraus für den Zeitraum 2019 bis 2027 ein (gesamtes) Plus in Höhe von 8 % (Aufkommen) bzw. 17 % (Leistung).

Wie im Vorjahr werden auch weiterhin durch die Aufgabenträger vermehrt Verkehrsleistungen in wettbewerblichen Verfahren vergeben. Steigerungen im Bereich der Fahrgastzahlen können zum Ausgleich der Kostensteigerung, insbesondere im Energiesektor, durch den Aufgabenträger (Bruttovertrag) oder das Eisenbahnverkehrsunternehmen (Nettovertrag) genutzt werden.

Gemäß der Bund-Länder-Einigung vom 2. November 2022 hat die Bundesregierung beschlossen, den Ländern im Jahr 2022 zusätzliche Regionalisierungsmittel in Höhe von 1 Milliarde Euro zur Verfügung zu stellen. Die jährliche Dynamisierungsrate der Regionalisierungsmittel wird ab dem Jahr 2023 von 1,8 % auf 3,0 % erhöht.

Nach Berechnungen des Bundesverkehrsministeriums werden die Länder in den Jahren 2022 bis 2031 zusätzliche Regionalisierungsmittel in Höhe von 17,3 Milliarden Euro erhalten.

Angesichts der strukturell gegenüber der Zeit vor der Pandemie erheblich gestiegenen Kosten im SPNV insbesondere für Personal und Energie ist es jedoch zweifelhaft, ob diese Finanzierung ausreicht, um die Kosten der angestrebten Verkehrswende sowie auch das derzeit bestehende Angebot abzusichern. Die geplante Angebotsoffensive, wie sie in den nächsten Jahren mit dem Deutschlandtakt erreicht werden soll, ist aus derzeitiger Sicht nicht mit ausreichender Finanzierung hinterlegt.

Geschäftsfeld Güterverkehr

Das Geschäftsfeld Güterverkehr wurde im Jahr 2023 deutlich von der spürbaren Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Perspektiven gebremst. Das BIP nahm leicht ab, der Außenhandel schrumpfte sogar noch wesentlich stärker, was vor allem den grenzüberschreitenden Güterverkehr tangierte. Von den branchenwirtschaftlichen Einflussfaktoren sind die Bau- und Industrieproduktion etwas, die Stahlerzeugung spürbar sowie der Steinkohleabsatz massiv geschrumpft.

Vor diesem Hintergrund verbuchte der gesamtmale Güterverkehr im Jahr 2023 ein kräftiges Minus von 6,3 % (Aufkommen) bzw. 5,0 % (Leistung).

Für den Schienengüterverkehr wird erwartet, dass das Transportaufkommen insgesamt nach rd. 391 Mio. Tonnen im Jahr 2019, auch in den Jahren 2024 (Rückgang auf rd. 363 Mio. Tonnen) und 2027 (Rückgang auf rd. 368 Mio. Tonnen) das Vorkrisenniveau nicht erreichen können.

Die Transportleistung wird voraussichtlich im Jahr 2024 mit rd. 127 Mrd. Tonnenkilometern das Vorkrisenniveau noch nicht erreichen, während im Jahr 2027 mit rd. 133 Mrd. Tonnenkilometern das Vorkrisenniveau leicht übertroffen wird. Der Anteil des kombinierten Verkehrs wird dabei im gleichen Zeitraum von rd. 57 Mrd. Tonnenkilometer auf rd. 63 Mrd. Tonnenkilometer anwachsen, wodurch die Bedeutung dieses Segments deutlich wird. Es ist daher weiterhin ein Zuwachs der durchschnittlichen Transportentfernung innerhalb des deutschen Verkehrsnetzes zu erwarten. Die nationalen Gütertransporte dürften dabei bis zum Jahr 2024 geringere Zuwächse aufweisen als Versand, Empfang und Durchgangsverkehre von Gütern. Damit nimmt die Bedeutung der grenzüberschreitenden Verkehre weiter zu.

Für 2024 wird eine Stagnation des Aufkommens (+ 0,0 %) und ein leichter Leistungszuwachs von 0,5 % erwartet gegenüber 2023, basierend auf Verlagerungseffekten von der Straße auf die Schiene als auch infolge von Nachholeffekten in der Weltwirtschaft. Für den Kombinierten Verkehr wird eine ähnliche Entwicklung prognostiziert.

2. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsbetrieb des Schienenpersonennahverkehrs war im Geschäftsjahr 2023 weiterhin durch Aufholeffekte der Auswirkungen der Corona-Pandemie, zum anderen auch durch die Einführung des Deutschlandtickets geprägt. Mindereinnahmen durch das preisgünstige Deutschlandticket konnten durch entsprechende Rettungsschirme kompensiert werden.

Ebenfalls starken Einfluss übte die Knappheit von operativem Fahrpersonal sowie der schlechte Zustand der Eisenbahninfrastruktur der DB Netz aus. Die Zahl der zu befördernden Fahrgäste erholte sich wieder. Durch die hohe Anzahl fehlender Triebfahrzeugführer in Verbindung mit der Angebotsausweitung ab 12/2023 kam es seitdem zu erheblich ausgeweiteten Zugausfällen.

Das Geschäftsfeld Güterverkehr war in 2023 grundsätzlich geprägt durch eine zunächst verhaltene Nachfrage im Intermodal- und Mineralölbereich. Bei den PKW-Verkehren war weiterhin eine große Schwankungsbreite zu verzeichnen. Im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres konnten aber Bestandsverkehre weiter ausgebaut werden sowie wesentliche Leistungen verlängert werden, die Nachfrage stabilisierte sich im zweiten Halbjahr etwas.

Das Geschäftsergebnis 2023 war geprägt durch eine weiterhin hohe Inflation sowie enorme Probleme mit der Betriebsqualität auf der Infrastruktur der DBInfraGO. Diese Kosten konnten im Geschäftsjahr nur zu einem Teil an die Kunden weitergegeben werden.

Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen wurden nicht eingeleitet.

Gegenüber den Prognosen des Lageberichtes der Vorperiode hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Geschäftsjahr 2023 nicht so positiv wie erwartet entwickelt. Wir verweisen auf die entsprechenden Ausführungen im Prognosebericht. Dennoch ist die Geschäftsentwicklung unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen und im Branchenumfeld insgesamt gut verlaufen.

Die kaufmännische Betreuung der Gesellschaft erfolgt auf der Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit der Gesellschafterin Rurtalbahn GmbH, Düren, bzw. der R.A.T.H. GmbH, Düren. Das Buchhaltungs-

system mit integrierter Kostenrechnung ist an die unternehmensspezifischen Rahmenbedingungen der VIAS GmbH angepasst.

Das Kostenrechnungssystem und die kaufmännische Unternehmensorganisation unterstehen einer kontinuierlichen Weiterentwicklung.

Geschäftsführung und Geschäftsbereichsleiter erhalten monatliche Soll-/Ist-Vergleiche auf Basis des Businessplans. Die Ertragsdaten für die VIAS GmbH werden monatlich, die Liquiditätsvorschau wöchentlich, analysiert. Des Weiteren werden monatlich Kennzahlen zur Steuerung der unternehmerischen und betrieblichen Belange ermittelt und der Geschäftsführung und den Leitern der Geschäftsbereiche zur Verfügung gestellt.

III. Darstellung der Lage

a) Ertragslage

Einen Überblick über die Entwicklung der Ertragslage gibt der nachfolgende Jahresvergleich:

Ergebnis in TEUR	2023	2022	Veränderung
Umsatzerlöse	77.584	84.393	-6.809
Sonstige betriebliche Erträge	3.689	3.719	-30
Materialaufwand	-66.004	-73.355	7.351
Personalaufwand	-1.504	-1.393	-111
Abschreibungen	-5.298	-5.302	5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.674	-3.778	-1.896
Zinsergebnis	-2.647	-2.727	80
Steuern	-162	-616	454
Jahresfehlbetrag	-16	940	-956

Die **Ertragslage** im Geschäftsfeld Personenverkehr ist maßgeblich von dem Betrieb der Rheingau-Linie geprägt. Ein Großteil der Gesamtleistung wurde durch die Einnahmen aus dem Verkehrs-Service-Vertrag mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH und dem Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (SPNV Nord) erzielt. Daher ist das Ausfallrisiko von Forderungen begrenzt. Im Geschäftsjahr erfolgte zudem eine Anpassung der Einnahmen auf Basis vertraglich vereinbarter Preisgleitklauseln zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten.

Seit 2019 beauftragt die RTB CARGO GmbH die VIAS GmbH im Rahmen eines neuen Transportvertrages mit der eigenständigen und umfassenden Durchführung des Schienentransports von Gütern der Kunden der RTB CARGO GmbH. Nach Maßgabe dieses geänderten Transportvertrages sind die an die VIAS gezahlten Schienentransportentgelte unter den Umsatzerlösen, die entsprechenden Kosten im Materialaufwand, ausgewiesen.

Die Ertragslage im Geschäftsfeld Güterverkehr ist aufgrund der deutlich kürzeren Laufzeiten von Transportaufträgen insgesamt volatiler, wobei durch eine Streuung auf unterschiedlichste Transportaufträge eine Diversifikation erfolgt.

Die Umsatzerlöse sind von TEUR 84.393 auf TEUR 77.584 gesunken, im Wesentlichen durch einen deutlichen Rückgang des Grundanspruchs gegenüber den Aufgabenträgern in Höhe von TEUR 4.262, geringeren Güterverkehrserlösen in Höhe von TEUR 1.434 sowie reduzierten Leistungen im Rahmen des Kooperationsvertrages mit der VIAS Rail GmbH in Höhe von TEUR 1.463.

Der Rückgang des Grundanspruchs gegenüber den Aufgabenträgern basiert auf der mit Abstimmung der Verkehrsvertragsabrechnung 2020 in 2023 geänderten Abrechnungssystematik durch Wegfall der Trassenkostenerstattung bei Zugausfällen sowie die Reduktion des Grundanspruchs durch Nicht/ Schlechtleistungen in Form der o. g. personalbedingten Zugausfälle sowie infrastrukturbedingten Qualitätsstörungen.

Da die vorläufige Abgrenzung der simulierten Verkehrsvertragsabrechnung auch für das Geschäftsjahr 2022 entsprechend der neuen Abrechnungssystematik in 2023 angepasst wurde, reduziert sich der Rückgang des Grundanspruchs 2023 im Vergleich zu 2022.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um TEUR 30 auf TEUR 3.689 gesunken; der marginale Rückgang resultiert im Wesentlichen aus gesunkenen periodenfremden Erträgen sowie Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen in Gesamthöhe von TEUR 388, bei einem gleichzeitigen Anstieg von erhaltenen Aufwandszuschüssen in Höhe von TEUR 301.

Im Materialaufwand mit TEUR 66.004 (i. V. TEUR 73.355) stellen die Aufwendungen aufgrund der Verträge mit den Stadtwerken Tübingen GmbH, der DB Netz AG, der DB Station & Service AG sowie der VIAS Logistik GmbH die maßgeblichen Aufwendungen dar. Der Rückgang in Höhe von TEUR 7.351 resultiert im Wesentlichen aus deutlich gesunkenen Energiekosten bei einem gleichzeitigen Anstieg der Kosten für Ersatzteile sowie der Fremdleistungen durch die VIAS Logistik GmbH gemäß bestehendem Geschäftsbesorgungsvertrag.

Die Preise und Konditionen auf den Beschaffungsmärkten werden sich voraussichtlich steigend entwickeln. Jedoch sind die Preise für Trassen- und Stationsnutzung sowie der Materialbeschaffung vertraglich für das Geschäftsjahr fixiert. Die Entwicklung der Energiekosten ist stark von der weltweiten Nachfrage und des Angebots sowie der EEG-Umlage abhängig. Hier ist derzeit mit Steigerungen der Preise zu rechnen. Preissteigerungen im Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte teilweise kompensiert.

Der Posten Personalaufwand in Höhe von TEUR 1.504 (i. V. TEUR 1.393) verzeichnet einen Anstieg in Höhe von TEUR 111. Ursächlich sind insbesondere in 2023 erfolgte deutliche strukturelle Tarifierungen sowie Leistungs-/Sonderzahlungen.

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr betragen TEUR 5.298 (i. V. 5.302) und resultierten aus den ganzjährigen planmäßigen Abschreibungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind von TEUR 3.778 auf TEUR 5.674 gestiegen. Der Anstieg in Höhe von TEUR 1.896 resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Forderungsverlusten, Provisionsaufwand, insbesondere für den zum 1. Januar 2022 eingeführten Deutschlandtarif (der seit dem 1. Januar 2022 im Schienenpersonennahverkehr in Deutschland zur Anwendung kommt und den Nahverkehrstarif der Deutschen Bahn ablöst), erhöhten Rechts- und Beratungskosten bei gleichzeitig verminderten periodenfremden Aufwendungen. Die höheren Forderungsverluste (+TEUR 2.503) resultieren insbesondere aus der oben genannten geänderten Abrechnungssystematik mit dem Aufgabenträger für Vorjahre.

Während die Zinserträge nur auf TEUR 106 (i. V. TEUR 115) gesunken sind, haben sich die Zinsaufwendungen um TEUR 89 auf TEUR 2.754 (i. V. TEUR 2.843) reduziert. Ursächlich hierfür sind die niedrigeren Zinsaufwendungen aus den im Zusammenhang mit dem getätigten Erwerb der Schienenfahrzeuge aufgenommenen Darlehen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag belasten das Ergebnis in Höhe von TEUR 159 (i. V. TEUR 612) im Geschäftsjahr 2023.

In 2023 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 16 erzielt. Dies bedeutet einen deutlichen Rückgang von TEUR 956 gegenüber dem Vorjahresultat in Höhe von TEUR 940. Die Veränderung basiert im Wesentlichen auf einem deutlichen Rückgang des Grundanspruchs gegenüber den Aufgabenträgern aufgrund einer mit der Verkehrsvertragsabrechnung 2020 in 2023 geänderten Abrechnungssystematik, die rückwirkend für die Jahre ab 2021 ergebniswirksam in 2023 erfasst wurde sowie der Erhöhung der Aufwendungen aufgrund von Nicht-/Schlechtleistungen.

b) Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt die folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

		2023		2022
		TEUR		TEUR
	Periodenergebnis	-16		940
+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	5.298		5.302
+/-	Zunahme/Abnahme der mittel- und kurzfristigen Rückstellungen	1.934		-1.621
-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.515		-16.074
+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-46.284		-812
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		-37.551		-12.264
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-898		-549
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0		0

		2023	2022
		TEUR	TEUR
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	2.894	0
-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3	-98
	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	1.993	-647
+	Aufnahme von (Finanz)-Krediten	32.807	0
-	Auszahlungen für die Tilgung von (Finanz-)Krediten	0	0
	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	32.807	0
	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-2.751	-12.912
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.911	16.823
	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.160	3.911

Liquide Mittel werden zum 31. Dezember 2023 mit TEUR 1.160 (i. V. TEUR 3.911) ausgewiesen. Aufgrund des bestehenden Verkehrs-Service-Vertrags für die Rheingau-Linie erhält die VIAS GmbH festgelegte Vergütungen der Auftraggeber, die einer jährlichen Fortschreibung auf Basis vertraglich vereinbarter Preisgleitklauseln zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten durch den Auftraggeber unterliegen. Im Geschäftsfeld Güterverkehr sind gemäß Transportvertrag relationsspezifische Entgelte für die verschiedenen Transportaufträge vereinbart, die jährlich überprüft und ggf. angepasst werden.

Mit der Ablösung der Mietkaufverbindlichkeiten für die in der Vergangenheit erworbenen Fahrzeuge wurden externe Darlehen sowie Darlehen vom Gesellschafter aufgenommen und Eigenmittel verwendet. Dies führt zu den deutlichen Veränderungen in der Kapitalflussrechnung in den Posten Veränderungen der Verbindlichkeiten sowie der Aufnahme von Krediten.

Zur maßgeblichen Liquiditätssicherung leisten die Auftraggeber im Geschäftsfeld Personenverkehr gegenüber der VIAS GmbH monats- und quartalsweise Abschlagszahlungen auf den Grundanspruch. Die Höhe der Abschlagszahlungen bemisst sich nach dem fortgeschriebenen Grundanspruch unter Anrechnung der auf Basis des Vorjahres ermittelten durchschnittlichen, kassentechnischen Einnahmen des Eisenbahnverkehrsunternehmens sowie unter Beachtung seiner pauschalen Zuwendungen nach § 145 SGB IX und erfolgt rechnerisch auf Basis der Preissteigerung gemäß den zum Fahrplanwechsel Mitte Dezember vorliegenden relevanten Indizes des Vorjahres. Die Abrechnung der Transportaufträge im Geschäftsfeld Güterverkehr erfolgt wöchentlich, so dass hier eine große zeitliche Kongruenz des Anfalls von Kosten und Erlösen besteht.

Die endgültige Abrechnung des vertraglich vereinbarten Betriebsprogramms im Geschäftsfeld Personenverkehr erfolgt regulär zum 31. Mai des nachfolgenden Kalenderjahres durch den Auftraggeber. Zum Ende des Geschäftsjahres erfolgt eine vorläufige Abgrenzung.

Diese eigenen flüssigen Mittel sowie der geplante positive Cashflow und die monatlichen Abschlagszahlungen der Aufgabenträger stellen eine ausreichende Liquiditätsreserve dar, die die VIAS GmbH in die Lage versetzt, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen.

Wöchentliche Liquiditätsübersichten an die Geschäftsführung runden die Liquiditätsplanung ab; die Geschäftsführung ist somit in der Lage, sich anbahnende Engpässe frühzeitig zu erkennen und entsprechende Steuerungsmaßnahmen einzuleiten.

c) Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** der VIAS GmbH beträgt zum 31. Dezember 2023 TEUR 65.163 (i. V. TEUR 76.721).

Das **Anlagevermögen** beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 38.496 (i. V. TEUR 45.787). Der Rückgang in Höhe von TEUR 7.291 resultiert primär aus planmäßig getätigten Abschreibungen in 2023 sowie der Inanspruchnahme des Schuldscheindarlehens (welches an die Helaba im Rahmen der Mietkauffinanzierung verpfändet war) zur Ablösung des Mietkaufvertrages.

Weitere wesentliche Posten der Aktivseite sind die **Vorräte** in Höhe von TEUR 6.655 (i. V. TEUR 5.031) sowie die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** in Höhe von TEUR 18.842 (i. V. TEUR 21.971). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus gesunkenen Forderungen gegen verbundene Unternehmen (TEUR 8.883, i. V. TEUR 11.237) sowie einem Rückgang der sonstigen Vermögensgegenständen auf TEUR 8.211 (i. V. TEUR 9.593).

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen ausstehende Versicherungserstattungen (TEUR 822, i. V. TEUR 827), Steuererstattungsansprüche (TEUR 2.331, i. V. TEUR 1.982) sowie ausstehende Abrechnungen mit dem Aufgabenträger RMV (TEUR 2.287, i. V. TEUR 3.117).

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** in Höhe von TEUR 10 (i. V. TEUR 22) enthält im Wesentlichen eine Abgrenzung für einen Investitionszuschuss an das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen des Anschlusses einer Weiche im Bahnhof Kaub.

Das **Eigenkapital** beträgt zum 31. Dezember 2023 TEUR 16.205 (i. V. TEUR 16.220); dies entspricht einer Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme) von 24,9 % (i. V. 21,1 %). Der Anstieg der Eigenkapitalquote resultiert im Wesentlichen aus dem Jahresfehlbetrag von TEUR 16 bei einer um TEUR 11.559 gesunkenen Bilanzsumme.

Für das Jahr 2024 wird mit einer leicht sinkenden Eigenkapitalquote gerechnet. Die im Vorjahr prognostizierte tendenziell sinkende Eigenkapitalquote hat sich in 2023 aufgrund der deutlich gesunkenen Bilanzsumme nicht realisiert.

Zum 31. Dezember 2023 stellen auf der Passivseite die **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von TEUR 10.723 (i. V. TEUR 7.415), die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 25.807 (i. V. TEUR 0) sowie die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von TEUR 3.705 (i. V. TEUR 50.537) die wesentlichen Posten dar.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen aus gewährten Bankendarlehen, die zur Ablösung des Mietkaufvertrages von insgesamt 19 elektrischen Triebfahrzeugen vom Typ Flirt gegenüber der Deutschen Mobilien Leasing GmbH („DML“) am 29. Dezember 2023 verwendet worden sind.

Mit Zahlung des Ablösebetrages aus dem Mietkaufvertrag gegenüber der DML Deutsche Mobilen Leasing GmbH aus dem Erwerb der Triebfahrzeuge in 2019 betragen die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** zum 31. Dezember 2023 TEUR 3.705 (i. V. TEUR 50.537). Das Vorjahr beinhalten Verbindlichkeiten gegenüber der DML in Höhe von TEUR 45.719.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten für die Gesellschaft eine rückläufige Entwicklung im Hinblick auf das Jahresergebnis. Diese Einschätzung basiert im Geschäftsfeld Personenverkehr auf dem zukünftig steigenden Aufwand für die Instandhaltung der FLIRT Fahrzeuge der Rheingau-Linie sowie der personalbedingten Aufwendungen für Nicht-/Schlechtleistungen. Grundsätzlich stabilisierend wirkt sich der Geschäftsbereich Güterverkehr aufgrund des in 2019 neu gefassten Transportvertrages mit einer konstant hohen und beständigen Nachfrage aus.

Der Ausbruch des Ukraine-Krieges sowie die damit zusammenhängende Entwicklung der Energie- und Materialkosten hatte weltweit erhebliche Auswirkungen. Aufgrund der großen Unsicherheit der weiteren Entwicklung ist eine detaillierte abschließende Risikoeinschätzung derzeit nicht möglich. Die Auswirkungen auf die Umsatz- und Ertragslage der Gesellschaft befinden sich in einem noch überschaubaren Rahmen, die Planungen berücksichtigen die derzeit bekannten Risiken in entsprechendem Umfang. Allerdings sind insbesondere im Bereich der Materialbeschaffung und Fremdleistungen deutliche Preissteigerungen aufgrund der weitergereichten Inflationsentwicklung zu verzeichnen.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die operative Ergebnisentwicklung in allen Geschäftsfeldern, vor allem im Geschäftsfeld Güterverkehr, rückläufig sein wird.

Mit zunehmendem Alter der Fahrzeuge des Typs FLIRT der Firma Stadler ist mit steigendem Aufwand in der Instandhaltung der Fahrzeuge zu rechnen, der sich negativ auf die Entwicklung der Ertragslage auswirken wird. Hierunter fallen in 2024 insbesondere die weiteren Arbeiten im Rahmen der nächsten Stufe der schweren Instandhaltung sowie das Redesign der Fahrzeuge.

Als bedeutsame, finanzielle Leistungsindikatoren und erfolgskritische Schlüsselkennzahlen verwendet die VIAS GmbH zur internen Steuerung des Unternehmens die Kennzahlen EK-Quote und Umsatzrentabilität.

Die Umsatzrentabilität vor Steuern (Verhältnis vom Jahresergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zu den Umsatzerlösen) beträgt rund 0,19 % (i. V. 1,84 %). Dies bedeutet einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr und entspricht nicht der qualifiziert-komparativen Prognose aus 2022 zur Entwicklung der Umsatzrendite mit einer leicht sinkenden Umsatzrendite.

Gründe hierfür waren ein deutlich reduzierter Jahresüberschuss vor Ertragsteuern bei gleichzeitig gesunkenen Umsatzerlösen. Die Ursachen der reduzierten Umsatzerlöse sowie des deutlich reduzierten Jahresüberschusses vor Ertragsteuern im Vergleich zum Vorjahr sind in den Darstellungen zur Ertragslage enthalten.

Für das Jahr 2024 wird mit einer leicht sinkenden Umsatzrendite gerechnet.

Darüber hinausgehende wesentliche Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Folgejahre sind nicht ersichtlich.

V. Chancen- und Risikobericht

Die VIAS GmbH befindet sich in einer guten Ausgangsbasis für die zukünftigen Wettbewerbsverschärfungen und Wettbewerbschancen. Maßgeblich ist hier, dass sich die VIAS GmbH erfolgreich in der internationalen Verkehrsausschreibung der Aufgabenträger Rhein-Main-Verkehrsverbund und Zweckverband SPNV Nord für den Betrieb der Linie RB 10 durchsetzen konnte und ab dem Fahrplanwechsel 2023/2024 die Verkehrsleistung auf der `Rheingau-Linie` weiterhin erbringen kann.

Im Geschäftsfeld Güterverkehr werden verschiedene Produktgruppen (z. B. Intermodal, Liquid, Bulk, Automotive) bedient. Vor allem im Bereich Automotive sind die Veränderungen im Markt erkennbar, die genauen Auswirkungen können in der jetzigen Situation weder hinsichtlich Dauer noch Ausmaß abschließend beziffert werden.

Im Geschäftsfeld Personenverkehr sind die Auswirkungen insgesamt geringer, so dass dieses Geschäftsfeld eine stabilisierende Wirkung auf die Liquiditätssituation des Gesamtunternehmens hat. Daher führen sinkende Umsätze nur zu einem geringen Liquiditätsrisiko.

Die VIAS GmbH wird die Rheingaulinie RB 10 zwischen Frankfurt, Wiesbaden sowie Koblenz und Neuwied weiter bedienen. Dies haben in 2021 die Aufgabenträger RMV (Rhein-Main Verkehrsverbund) und der SPNV Nord aus Rheinland-Pfalz beschlossen. Der neue Vertrag wird von Dezember 2023 bis Ende 2038 laufen.

Die 19 Flirt-Fahrzeuge der VIAS sollen schrittweise modernisiert werden. Bei dem Verkehrsvertrag gelten die Tariftreuegesetze beider Länder.

Unser Schwesterunternehmen, die VIAS Rail GmbH wird nach Ausschreibung des Rhein-Main-Verkehrsverbunds (RMV) und des Zweckverbands Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (SPNV-Nord) die neue RegionalExpress-Linie RE19 betreiben. Ab Dezember 2025 wird die neue zusätzliche RE-Verbindung alle zwei Stunden rechtsrheinisch zwischen Koblenz und Frankfurt unterwegs sein und die bestehende Regionalbahn-Linie RB10 ergänzen, die an allen Bahnhöfen hält und bereits seit 2010 von der VIAS GmbH betrieben wird. Damit stärkt die RATH-Gruppe nachhaltig die Position ihres SPNV in der Region Rhein-Main, da dieser Verkehrs-Service-Vertrag synchronisiert mit der wieder betrauten Rheingau-Linie RB 10 bis Ende 2038 läuft.

Das Netz der RegionalExpress-Linie RE19 umfasst knapp 875.000 Zug-km pro Jahr und verstärkt insbesondere in den Hauptverkehrszeiten die Verbindungen zwischen Neuwied/Koblenz und Frankfurt, mit Ausläufern nach Koblenz-Gondorf an der Moselstrecke.

Aufgrund der Einigung zwischen Bund und Ländern über die Höhe der Regionalisierungsmittel in den Jahren 2015 bis 2030 besteht nun für die Aufgabenträger im Schienenpersonennahverkehr eine große

Finanzierungssicherheit. Ebenso ist der Aufteilungsschlüssel auf die Bundesländer dahingehend geändert worden, dass Ballungsräume stärker berücksichtigt werden, was tendenziell den Aufgabenträgern der Gesellschaft zu Gute kommt.

Im Rahmen des Klimapaketes hat die Bundesregierung beschlossen, die Regionalisierungsmittel in den Jahren 2020 bis 2023 zu erhöhen und im Sinne der Planungssicherheit für die Länder zu dynamisieren. Durch die zusätzlich vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel haben die Länder die Möglichkeit, die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs attraktiver zu gestalten und die Fahrgastzahlen zu erhöhen.

Gleichwohl besteht das Risiko, aber auch die Chance, dass aufgrund veränderter Rahmenbedingungen die Aufgabenträger Rhein-Main-Verkehrsverbund und Zweckverband SPNV Nord Leistungsänderungen, wie z. B. Änderungen der Betriebs- und Taktzeiten oder Änderungen im Fahrplanangebot verlangen, die zu einer Änderung des Grundanspruchs führen.

In 2023 wurden Taktfrequenzen und Kapazitäten durch die Aufgabenträger nicht wesentlich erweitert. Für 2024 erwartet die Geschäftsleitung eine Leistungsausweitung im Rahmen des neuen Verkehrs-Service-Vertrages.

Ein weiteres Risiko besteht bei nicht planbaren Betriebsstörungen, wie beispielsweise bei Fahrzeugausfällen, Unfällen oder durch die zuständigen Behörden oder Eisenbahninfrastrukturunternehmen kurzfristig bekannt gemachten Einschränkungen des Schienenverkehrs, die auch zu Zugausfällen und daher auch Umsatzausfällen führen können.

Diesem Wagnis beugt die VIAS GmbH durch das Vorhalten einer adäquaten Betriebsleitstelle sowie eines Notfall- und Störungsmanagements vor, das im Bedarfsfall ein kurzfristiges Handeln ermöglicht.

Im Geschäftsfeld Personenverkehr wurde im Verkehrs-Service-Vertrag ein Anreizsystem zur Bewertung und Gewichtung von Leistungs- und Qualitätskriterien inkl. eines Bonus/Malus-Systems vereinbart, das als Bestandteil des Verkehrs-Service-Vertrags zur grundsätzlichen Anhebung der Qualität der Leistungserstellung in Richtung einer noch stärkeren Ausrichtung auf kundenorientierte Produkte und Dienstleistungen und damit der Zuverlässigkeit des Gesamtsystems SPNV beitragen soll. Das Bonus/ Malus-System basiert auf definierten Qualitätsstandards (Akzeptanzwerten) zu angegebenen objektiven und subjektiven Qualitätskriterien. Während für die objektiv messbaren Qualitätskriterien über regelmäßige Erfassung und Auswertung von Daten die Zielerreichungsgrade ermittelt werden, werden für die subjektiven Kriterien über regelmäßige Kundenbefragungen und deren Auswertung die Bewertungsziffern ermittelt. Die ermittelten Zielerreichungsgrade (objektive Qualitätskriterien) bzw. Bewertungsziffern werden jährlich mit den vorgegebenen Akzeptanzwerten verglichen.

Im Geschäftsfeld Güterverkehr erfolgt das Leistungsmonitoring zug- und relationsbezogen zur Sicherstellung der frühzeitigen Wahrnehmung von Problemschwerpunkten, die zu systematischen Störungen und Leistungsausfällen führen können.

Der Ausbruch des Ukraine-Krieges sowie die damit zusammenhängende Entwicklung der Energiekosten hatte weltweit erhebliche Auswirkungen. Aufgrund der großen Unsicherheit der weiteren Entwicklung ist

eine detaillierte abschließende Risikoeinschätzung derzeit nicht möglich. Die Auswirkungen auf die Umsatz- und Ertragslage der Gesellschaft befinden sich in einem noch überschaubaren Rahmen, die Planungen berücksichtigen die derzeit bekannten Risiken in entsprechendem Umfang. Zu den weiteren Ausführungen wird auf den Prognosebericht verwiesen.

Zur Absicherung gegenüber möglichen Risiken des Unternehmensfortbestandes bedient sich die VIAS GmbH eines umfassenden Früherkennungssystems durch die Implementierung von Daten der Finanzbuchhaltung und des Controllings in ein monatliches Reporting-System. Die so generierten Abweichungsberichte werden in Abstimmung mit der Geschäftsführung und den jeweiligen Geschäftsbereichsleitern zeitnah analysiert. Wöchentliche Liquiditätsübersichten werden der Geschäftsführung vorgelegt.

Zur Vermeidung von Zahlungsausfällen wird ein adäquates Forderungsmanagement eingesetzt, das durch eine permanente und zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge Forderungsausfälle nahezu ausschließt. Bei ausbleibendem Forderungsausgleich werden entsprechende Maßnahmen bis hin zum Mahnbescheid erlassen.

Die Gesellschaft besitzt infolge einer guten Eigenkapitalbasis eine solide Innenfinanzierungskraft. Investitionen werden weitgehend aus Eigenmitteln finanziert. Eine Aufnahme kurzfristiger Finanzierungsmittel ist aus Sicht der Geschäftsführung nur temporär notwendig.

Aufgrund der durchgeführten Analysen bestehen aus Sicht der Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Berichterstattung keine Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

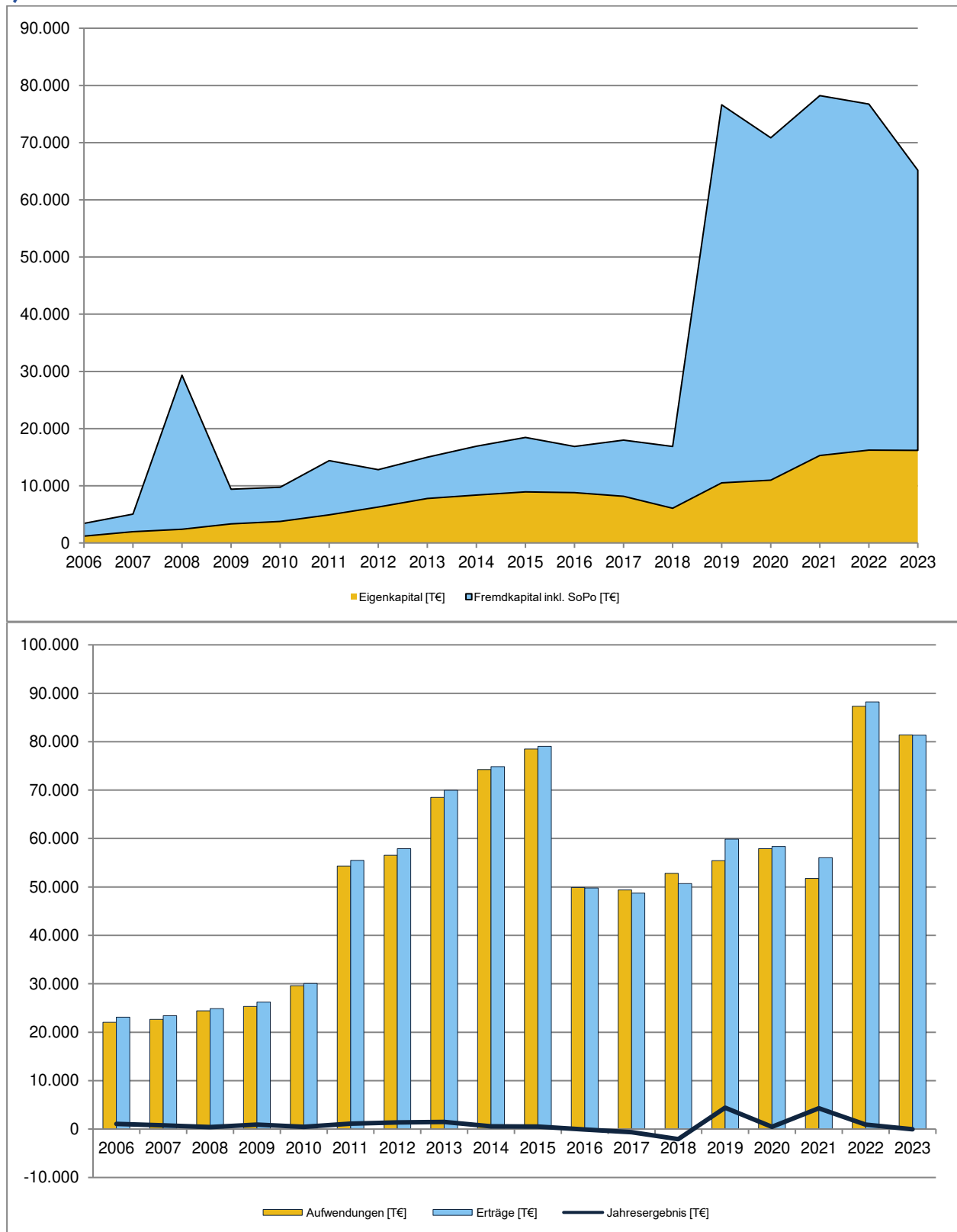
Geschäftsführung:	Reh, Franz	Frankfurt am Main
	Auler, Jochen	Frankfurt am Main
	Hermanns, Marcel	Düren
	Eßer, Thomas	Düren
	Von Wietersheim, Sven	Liedenburg-Neuenkirchen

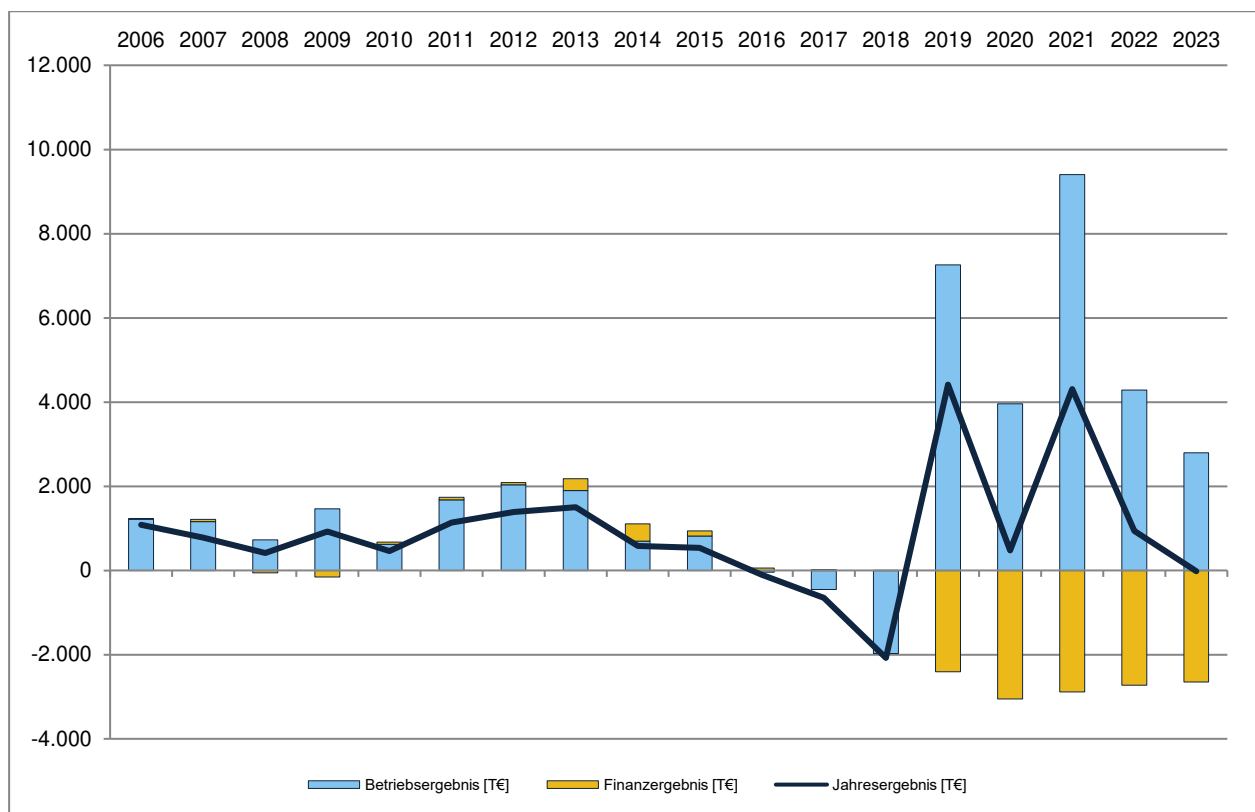
Gesellschafterversammlung:	Beschlüsse der Gesellschaft werden in der Gesellschafterversammlung gefasst.
-----------------------------------	--

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	19,54%	21,14%	24,87%	3,73%
Eigenkapitalrentabilität	28,18%	5,80%	-0,10%	-5,89%
Anlagendeckungsgrad 2	120,93%	35,43%	78,88%	43,46%
Verschuldungsgrad	411,83%	372,96%	302,10%	-70,86%
Umsatzrentabilität	19,94%	5,08%	3,60%	-1,48%

25 Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH



Urbanusstraße 1
52372 Kreuzau
Telefon: 02422/ 94 76 200
Telefax: 02422/ 94 76 250
E-Mail: info@wasserwerk-concordia.de
Homepage: www.wasserwerk-concordia.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Aufgaben des Unternehmens sind die Wasserversorgung der Einwohner des Versorgungsgebietes sowie der Betrieb aller dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienenden Geschäfte.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	490,00	49
Gemeinde Kreuzau	510,00	51
Stammkapital	1.000,00	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	39.187,00 €	35.631,50 €	60.846,50 €	25.215,00 €	70,77%
II. Sachanlagen	10.982.423,88 €	11.492.410,89 €	11.723.790,76 €	231.379,87 €	2,01%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	127.537,78 €	127.537,78 €	127.537,78 €	0,00 €	0,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	309.796,72 €	283.384,81 €	177.668,30 €	-105.716,51 €	-37,30%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	273.683,18 €	950.867,97 €	989.295,83 €	38.427,86 €	4,04%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	5.317,55 €	468,72 €	409,82 €	-58,90 €	-12,57%
Summe Aktiva	11.737.946,11 €	12.890.301,67 €	13.079.548,99 €	189.247,32 €	1,47%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	1.238,53 €	1.238,53 €	1.238,53 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnvortrag	164.513,80 €	164.514,18 €	169.124,36 €	4.610,18 €	2,80%
IV. Jahresüberschuss	50.303,42 €	104.610,18 €	140.215,92 €	35.605,74 €	34,04%
B. Empfangene Ertragszuschüsse	729.255,26 €	898.064,75 €	957.433,14 €	59.368,39 €	6,61%
C. Rückstellungen	179.449,64 €	153.286,11 €	150.629,12 €	-2.656,99 €	-1,73%
D. Verbindlichkeiten	9.613.185,46 €	10.568.587,92 €	10.660.907,92 €	92.320,00 €	0,87%
Summe Passiva	11.737.946,11 €	12.890.301,67 €	13.079.548,99 €	189.247,32 €	1,47%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	2.522.281,66 €	2.656.038,54 €	2.802.094,76 €	146.056,22 €	5,50%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	75.325,02 €	52.360,98 €	37.429,33 €	-14.931,65 €	-28,52%
3. sonstige betriebliche Erträge	20.677,35 €	28.448,65 €	43.530,21 €	15.081,56 €	53,01%
4. Materialaufwand	464.997,55 €	444.773,17 €	458.976,85 €	14.203,68 €	3,19%
5. Personalaufwand	902.895,02 €	897.849,64 €	917.487,38 €	19.637,74 €	2,19%
6. Abschreibungen	525.548,60 €	547.635,27 €	558.609,30 €	10.974,03 €	2,00%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	455.395,56 €	481.331,05 €	521.022,06 €	39.691,01 €	8,25%
Betriebsergebnis	269.447,30 €	365.259,04 €	426.958,71 €	61.699,67 €	16,89%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	329,91 €	5,99 €	16,87 €	10,88 €	181,64%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	189.848,32 €	196.953,04 €	200.371,71 €	3.418,67 €	1,74%
Finanzergebnis	-189.518,41 €	-196.947,05 €	-200.354,84 €	-3.407,79 €	1,73%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	79.928,89 €	168.311,99 €	226.603,87 €	58.291,88 €	34,63%
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	24.156,26 €	57.462,00 €	79.793,00 €	22.331,00 €	38,86%
12. sonstige Steuern	5.469,21 €	6.239,81 €	6.594,95 €	355,14 €	5,69%
Jahresergebnis	50.303,42	104.610,18	140.215,92	35.605,74 €	34,04%

f) Lagebericht

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beinhaltet die Versorgung der Einwohner des Versorgungsgebietes der Gemeinde Kreuzau mit Trink- und Brauchwasser.

Forschung und Entwicklung betreibt die Gesellschaft nicht.

I. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

a) Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2023 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um -0,3% geringer als im Vorjahr. „Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur. Hinzu kamen ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland. Damit setzte sich die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fort“, sagte Dr. Ruth Brand, Präsidentin des Statistischen Bundesamtes.

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigte sich weiterhin robust. Die Arbeitslosenquote blieb auf einem niedrigen Niveau von etwa 3,5%, was auf eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften hinwies. Gleichzeitig stiegen die Löhne moderat, was teilweise durch die anhaltende Inflation kompensiert wurde. Der Fachkräftemangel blieb jedoch eine erhebliche Herausforderung für viele Branchen, insbesondere im IT- und Ingenieurwesen.

b) Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2023 stand die Trinkwasserversorgung in Deutschland vor einer Vielzahl von Herausforderungen und Entwicklungen, die sowohl technologische Innovationen als auch regulatorische Anpassungen und Umweltfaktoren umfassten. Die Branche, die von hoher Relevanz für die öffentliche Gesundheit und das allgemeine Wohlstandsniveau ist, musste sich an veränderte Rahmenbedingungen anpassen.

Regulatorische Rahmenbedingungen

Die gesetzlichen Vorgaben und Regelungen im Bereich der Trinkwasserversorgung wurden 2023 weiter verschärft. Neue EU-Richtlinien und nationale Gesetze zielten darauf ab, die Wasserqualität zu verbessern und die Nachhaltigkeit der Wasserversorgung zu gewährleisten. Insbesondere die Richtlinie zur Wasserrahmenrichtlinie und die Trinkwasserrichtlinie setzten hohe Standards für die Wasserqualität, die Einhaltung hygienischer Normen und den Schutz der Wasserressourcen vor Verschmutzung.

Umwelt- und Klimafaktoren

Der Klimawandel hatte auch 2023 erhebliche Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung in Deutschland. Extreme Wetterereignisse wie Dürren und Starkregenereignisse beeinflussten die Wasserverfügbarkeit und -qualität. In vielen Regionen mussten Wasserversorger Maßnahmen zur Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen ergreifen, einschließlich der Entwicklung neuer Speicher- und Aufbereitungstechnologien sowie der Förderung eines nachhaltigen Wasserverbrauchs.

Technologische Fortschritte und Digitalisierung

Die Digitalisierung spielte auch 2023 eine immer wichtigere Rolle in der Trinkwasserversorgung. Unternehmen investierten verstärkt in intelligente Netzwerke und Sensorik, um den Zustand der Infrastruktur in Echtzeit zu überwachen und effizienter auf Störungen reagieren zu können. Diese Technologien ermöglichten eine präzisere Überwachung der Wasserqualität und -menge sowie eine optimierte Ressourcennutzung. Smart Metering und IoT-Anwendungen halfen dabei, den Wasserverbrauch besser zu steuern und Leckagen frühzeitig zu erkennen.

Investitionen in Infrastruktur

Die Modernisierung und Instandhaltung der Wasserinfrastruktur war 2023 eine Priorität für viele Wasserversorger. Investitionen in die Erneuerung alter Rohrleitungen, den Ausbau von Wasseraufbereitungsanlagen und die Implementierung moderner Technologien waren notwendig, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Öffentliche und private Investitionen wurden mobilisiert, um die notwendige Infrastruktur zu schaffen und bestehende Systeme zu verbessern.

Herausforderungen durch Mikroverunreinigungen

Ein wachsendes Problem stellte die Belastung des Trinkwassers durch Mikroverunreinigungen dar, wie z.B. Arzneimittelrückstände, Pestizide und Mikroplastik. Diese Stoffe konnten die Wasserqualität beeinträchtigen und stellten neue Herausforderungen für die Wasseraufbereitung dar. Forschung und Entwicklung im Bereich der Filtration und Reinigungstechnologien waren daher essenziell, um diese Risiken zu minimieren und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen.

Fazit

Die Rahmenbedingungen für die Trinkwasserversorgung in Deutschland im Jahr 2023 waren geprägt von technologischen Innovationen, strengeren regulatorischen Anforderungen, klimatischen Herausforderungen und einem verstärkten Fokus auf Nachhaltigkeit. Wasserversorger mussten sich an diese veränderten Bedingungen anpassen und innovative Lösungen entwickeln, um die Versorgungssicherheit und Wasserqualität langfristig zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Institutionen, privaten Unternehmen und der Wissenschaft war entscheidend, um die vielfältigen Herausforderungen der Branche erfolgreich zu meistern.

2. Geschäftsverlauf

Gegenüber dem Vorjahr sind im Berichtsjahr 2023 – trotz der insbesondere durch den Ukrainekrieg hervorgerufenen Lieferkettenunterbrechungen und Energiekostensteigerungen – keine unerwarteten Veränderungen im Geschäftsverlauf eingetreten, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgewirkt haben. Es war erkennbar, dass allgemeine Preissteigerungen im Bereich des Tiefbaus sowie in der Materialbeschaffung zu Herausforderungen in den betriebsinternen Kalkulationen führen würden.

Für die Gewinnungsanlage Lohberg besteht für die Zeit vom 01. Oktober 2006 bis 30. September 2026 ein Wassergewinnungsrecht für jährlich 1.100.000 m³ Grundwasser aus den vorhandenen Tiefbrunnen. Die Ingenieurleistungen zur Erstellung des Antrages zur Beantragung des neuen Wassergewinnungsrechtes sind bereits beauftragt, sodass eventuell zum Ende des Wirtschaftsjahres 2024 der Antrag bei der Bez.-Reg. Köln eingereicht werden kann. Die Erkenntnisse aus der Erkundungsbohrung „Brunnen 5“ werden aktiv in das neue Antragsverfahren zum Wassergewinnungsrechtes einfließen.

In 2023 betrug die über Hauswasserzähler abgegebene Wassermenge inkl. der Fördermenge an die Stadtwerke Düren 968.5818 m³ (Vorjahr: 992.118 m³). Die Wasserabgabe an Endverbraucher hat sich im Vergleich zum Vorjahr verringert (-2,37%).

Die Wasserverluste blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant. So stellt sich die Verlustrate für das Jahr 2023 mit 11,2 % dar gegenüber 11,5 % im Vorjahr. Während einige Ortsteile nur noch Wasserverluste von deutlich unter 10 % aufweisen, fallen andere Ortsteile mit teils deutlichen Wasserverlusten auf. Diese Wasserverluste sind überwiegend damit begründet, dass defekte Hausanschlussleitungen nur sehr erschwert in vorhandener Ortsbebauung lokalisiert werden können, während Leitungsschäden an Versorgungsleitungen überwiegend schnell geortet und repariert werden können. Auch unterschiedliche Druckzonen machen es schwierig, leichte Leitungsverluste an Hausanschlussleitungen schnell zu orten.

Die Anzahl der versorgten Einwohner stieg im Geschäftsjahr von 16.778 (Stichtag 31.12.2022) auf 16.880 (Stichtag 31.12.2023).

Laut Wirtschaftsplan wurden für das Wirtschaftsjahr 2023 Umsatzerlöse aus der Wasserabgabe an Endverbraucher und SWD mit T€ 2.666 geplant. Tatsächlich betrugen die Erlöse einschließlich der Wasserabgabe an die SWD für das Geschäftsjahr 2023 T€ 2.650 – der Planwert wurde somit um 16T€ unterschritten.

Der Personalaufwand für das Wirtschaftsjahr 2023 wurde im Plan mit T€ 1.003 angesetzt, tatsächlich betrug der Personalaufwand im Jahr 2023 rd. T€ 917. Hintergrund für den Rückgang sind vor allem mehrere Langzeiterkrankungen, deren vakante Stellen nicht sofort durch Aushilfskräfte besetzt wurden.

In 2023 war weiterhin ein Fall im förmlichen wasserrechtlichen Entschädigungsfeststellungsverfahren offen. Nach einem Erörterungstermin bei der Bezirksregierung Köln im September 2020 wurde dem Antragsteller bereits mitgeteilt, dass bei Entscheidung eine Forderung vermutlich dem Grunde nach abzulehnen sei, worauf anschließend eine Ablehnung der Bezirksregierung folgte. Gegen diese Entscheidung hat der Antragsteller geklagt. Anfang März 2024 konnte vor dem Verwaltungsgericht Aachen ein abschließender Vergleich geschlossen werden, mit dem Ergebnis, dass das Wasserwerk Concordia nur seine eigenen Anwaltskosten zu tragen hat, so dass von der in Vorjahren gebildeten Rückstellung rund T€ 28 abschließend aufgelöst werden konnten.

Investitionen wurden – wie bereits im Vorjahr – im Wesentlichen in Erneuerungen des Rohrnetzes und von Hausanschlussleitungen getätigt.

Insgesamt hat sich die Geschäftsentwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH in 2023 bezüglich der Erträge erwartungsgemäß entwickelt; die Summe der erzielten Gesamterträge liegt mit T€ 2.883 leicht über Planniveau (T€ 2.865). Gegenüber dem Planansatz geringeren Personalaufwendungen standen leicht gestiegene Material- und sonstige Aufwendungen gegenüber. Insgesamt übersteigt das Jahresergebnis mit T€ 140 deutlich den Planansatz von T€ 102 und ist auch im Vergleich zum Vorjahr (T€ 104) gestiegen.

3. Lage

a) Ertragslage

Die **Umsatzerlöse** aus der Wasserabgabe sowie die sonstigen Umsatzkomponenten stellen sich wie folgt dar:

in T€	2024 Wirtschafts- plan	2023	2022
Entgelte aus der Wasserabgabe an Endverbraucher + SWD	2.687	2.650	2.530
Hydrantengebühr	9	9	9
Auflösung des Passivpostens für empfangene Ertragszuschüsse	60	51	51
Mieterlöse und übrige Erlöse	45	92	66
Umsatzerlöse	2.801	2.802	2.656

Der Grundpreis für Hauswassermesser wurde zum 01.01.2023 von bisher 15,50 € um 2,00 € auf 17,50 €/Monat erhöht. Der Verbrauchspreis wurde beibehalten (1,65 €/m³). Die Steigerung der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr ist ganz überwiegend auf die Anpassung des Grundpreises zurückzuführen.

Der **Aufwand für Material und bezogene Leistungen** ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 14 auf T€ 459 gestiegen.

Die **Wasserbezugspreise** für die Wasserlieferung durch die Stadtwerke Düren zur Versorgung des Ortsteils Obermaubach betrugen im Wirtschaftsjahr 2023 durchschnittlich 0,65 €/m³ (Vorjahr: 0,65 €/m³) und des Wohnplatzes Welk durchschnittlich 0,68 €/m³ (Vorjahr: 0,63 €/m³).

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung des Wasserleitungszweckverbandes der Neffeltalgemeinden zur Versorgung des Ortsteils Leversbach betrug im Wirtschaftsjahr 2023 durchschnittlich 1,31 €/m³ (Vorjahr: 1,09 €/m³).

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung des Wasserversorgungszweckverbandes Perlenbach zur Versorgung der Ortsteile Bogheim, Bergheim und Schlagstein betrug im Wirtschaftsjahr 2023 durchschnittlich 1,10 €/m³ (Vorjahr: 0,85 €/m³).

Der **Personal**bestand betrug im Berichtsjahr 2023 im Innendienst drei Ganztagskräfte und eine Teilzeitkraft. Im Außendienst waren im Geschäftsjahr 2023 neun Vollzeitarbeitskräfte, ein Azubi für den Beruf des Rohrleitungsbauers und ein geringfügig Beschäftigter tätig. Die Verringerung der Personalkosten ist vor allem darin begründet, dass vakante Stellen bei Langzeiterkrankungen nicht durch Aushilfskräfte besetzt wurden.

Die **Abschreibungen** betrugen im Geschäftsjahr 2023 rd. T€ 559 (Vorjahr T€ 548).

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betrugen im Jahr 2023 rd. T€ 521 (Vorjahr T€ 481). Hierin enthalten sind unter anderem die sonstigen Abgaben (hier: Konzessionsabgabe) mit rd. T€ 250 (Vorjahr: T€ 238) und der Verwaltungskostenbeitrag mit unverändert T€ 11. Neben der Konzessionsabgabe beruht der Anstieg gegenüber dem Vorjahr vor allem auf gestiegenen Instandhaltungs- sowie Rechts- und Beratungskosten.

Die **Zinsaufwendungen** betrugen im Geschäftsjahr 2023 T€ 200 (Vorjahr T€ 197). In den Zinsaufwendungen enthalten sind Aufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten (Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten), für langfristige Verbindlichkeiten (Zinsaufwand für Darlehen) und zinsähnliche Aufwendungen.

b) Finanzlage

Unsere Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Die Liquiditätsslage war in 2023 weiterhin durch Investitionen in das Sachanlagevermögen sowie korrespondierend hierzu aufgenommene neue Kreditmittel geprägt. Zum Ende des Geschäftsjahres 2023 bestanden Darlehensverbindlichkeiten einschließlich Kontokorrentkrediten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von T€ 10.170 (Vorjahr: T€ 9.915). Neu aufgenommenen Darlehen in Höhe von T€ 750 standen dabei Darlehenstilgungen in Höhe T€ 495 gegenüber. Der Kreditrahmen zur Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten beträgt weiterhin T€ 250.

Die Liquidität betrug zum 31.12.2023 insgesamt T€ 989.

Die bisherigen und noch anstehenden Investitionsmaßnahmen in die Brunnenanlagen sowie die Verteilnetze und -anlagen werden in den kommenden Jahren einen stärkeren Fokus der Betrachtung auch auf den Cashflow aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierung notwendig machen, um sicherzustellen, dass die Gesellschaft bei positiven Ergebnissen auch liquiditätsseitig das finanzielle

Gleichgewicht einhält. Mit einem operativen Cashflow von T€ 789 zuzüglich Einzahlungen aus Ertragszuschüssen von T€ 111 konnte die Gesellschaft in 2023 den Kapitaldienst (Zins und Tilgung) von T€ 695 stemmen und darüber hinaus einen Teil der Investitionen in Höhe von T€ 816 selbst finanzieren. Die Finanzierung des restlichen Teils der Investitionen erfolgte durch Darlehensneuaufnahme. Das finanzielle Gleichgewicht war gesichert.

c) Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2023 wurden – wie bereits in den Vorjahren – Investitionen in Rohrnetzerneuerungen und -erweiterungen durchgeführt. Von insgesamt in 2023 investierten T€ 816 betrafen T€ 638 die Verteilnetze und Hausanschlüsse. Schwerpunkt in 2023 waren dabei die Erneuerung der Versorgungsleitung und Hausanschlüsse in Obermaubach, Steinacker. Es wurden aber auch laufend Hausanschlüsse erneuert, bei denen eine Reparatur aufgrund des Alters nicht mehr möglich war. Der Anteil des Sachanlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt nunmehr 90% gegenüber 89% zum Vorjahresstichtag.

Hinsichtlich der Vermögens- und Kapitalstruktur hatten die Investitionen keinen nennenswerten Einfluss. Zwar erfolgte die Finanzierung der Investitionen durch Darlehensaufnahme bei der Sparkasse Düren. Durch das gestiegene Jahresergebnis (T€ 140 gegenüber T€ 105 im Vorjahr) ist die bilanzielle Eigenkapitalquote zum Stichtag trotz Ausschüttung eines Großteils des Ergebnisses 2022 weiterhin bei 10 % der Bilanzsumme.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen für unsere Unternehmenssteuerung die Kennzahlen abgegebene Wassermenge, durchschnittlicher Wasserpreis sowie EBT heran.

Die abgegebene Wassermenge nach Wasserverlust beträgt im Geschäftsjahr 968.581 cbm (Vorjahr 992.118 cbm). Der um den Eigenverbrauch bereinigte Wasserverlust beträgt im Geschäftsjahr ca. 11,2 % (Vorjahr 11,5 %) und hat sich nur marginal verringert.

Der durchschnittliche Wasserpreis pro Kubikmeter beträgt im Geschäftsjahr € 3,75 brutto (Vorjahr € 3,44 brutto). Der durchschnittliche Wasserpreis ist um die Förderung an die Stadtwerke Düren bereinigt.

Das EBT ist von T€ 162 im Vorjahr auf T€ 220 gestiegen, wobei sich der Anstieg sowohl aus einer Erhöhung der Umsatzerlöse als auch aus einer Vielzahl sich teils kompensierender, teils verstärkender Effekte in den Aufwendungen ergibt wie oben erläutert.

II. Prognosebericht

Der Ukraine Konflikt birgt in vielen Bereichen erhebliche volkswirtschaftliche Risiken, wie etwa durch gestörte Lieferketten, stark steigende Energie- und Allgemeinkosten sowie hieraus resultierend eine kontinuierliche Steigerung der Inflationsrate. Vieles weist jedoch darauf hin, dass sich die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland derzeit wieder normalisiert. Allerdings ist anzunehmen, dass der Ukraine-Konflikt dazu führt, dass langfristige Planungen aufgrund der Unsicherheit der Preisentwicklungen insbesondere im Baubereich weiterhin nur erschwert möglich sein werden.

Zwar sind für 2024 weitere Investitionen in Netzerneuerungen geplant, der Schwerpunkt wird in 2024 jedoch in der Abteufung der Erkundungsbohrung des neu zu errichtenden Brunnen 5 sein. Die wasserrechtliche Genehmigung der Bezirksregierung Köln liegt zwischenzeitlich vor, die Auftragsvergabe wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates vom 20.06.2024 erteilt.

Für das Wirtschaftsjahr 2024 sind im Wirtschaftsplan insgesamt Investitionen im Umfang von rd. T€ 826 geplant. Die in den kommenden Jahren durchzuführenden Investitionsmaßnahmen sind dabei überwiegend mit Fremdmitteln zu finanzieren.

Es besteht seit dem 11.04.2023 ein neuer Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Kreuzau mit wirtschaftlicher Wirkung ab dem 01.07.2023. Der Konzessionsvertrag hat zunächst eine Laufzeit von 20 Jahren und läuft bis zum 30.06.2043. Durch die Vertragslaufzeit ist die Gesellschaft einerseits mit entsprechenden Aufwendungen für Konzessionsabgaben gebunden, was andererseits aber die Planungssicherheit erhöht.

Eine Erhöhung der Grundpreise für Haus- und Verbundwassermesser sowie des Verbrauchspreises erfolgte in 2024 nicht. Hierdurch ergeben sich im aktuellen Wirtschaftsplan für 2024 geplante Umsatzerlöse in Höhe von T€ 2.801 und Gesamtplanerträge von T€ 2.894 (Ist 2023: T€ 2.883). Es wird für 2024 mit einem Ergebnis vor Steuern von T€ 140 gerechnet.

III. Chancen- und Risikobericht

Der aktuelle Ukraine-Konflikt beeinflusst zwar nicht die eigentliche Geschäftstätigkeit der Gesellschaft, es besteht jedoch aus den damit einhergehenden Lieferengpässen und Kostensteigerungen insb. auch im Bausektor das Risiko, dass geplante Investitionen im Zusammenhang mit der Rohrnetz- und Anlagenunterhaltung nicht vollständig oder nur unter höheren Investitionskosten umgesetzt werden können.

Dies hätte – durch gestiegenen Zins- und Abschreibungsaufwand – mittelfristig Einfluss auf die Ertragslage der Gesellschaft.

Die Chancen- und Risikoeinschätzung hat sich im Übrigen gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterliegt einer Vielzahl von Risiken, die untrennbar mit der unternehmerischen Tätigkeit verbunden sind.

Das europäische Parlament hat im Frühjahr 2013 darüber beraten, den Vorschlag der Kommission zur Vergabe von Konzessionsrichtlinien anzuwenden. Dies hätte zu einer Öffnung des Wassemarktes und zu einer Ausschreibungspflicht von Konzessionsverträgen geführt. Nach heftigem Protest der Fachverbände BDEW, VKU und des Städte- und Gemeindebundes wurde insbesondere die Bundesregierung davon überzeugt, auf eine Herausnahme des Wassemarktes aus der Konzessionsvergaberichtlinie zu drängen. Aufgrund dieser Proteste ist es gelungen, eine überarbeitete Fassung der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie zu erwirken. Teil dieser Einigung ist die Herausnahme des Wassers aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie. Somit ist eine „Privatisierung“ des Wassemarktes nicht mehr zu befürchten.

Eine Beibehaltung der Wasserversorgung durch die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH ist aufgrund der Zwecksetzung gemäß § 7 Abs. 1 b des Gesellschaftsvertrages gegeben. Gemäß § 8 Abs. 2 a des Gesellschaftsvertrages der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH obliegt dem Wasserwerk Concordia die Versorgung mit Trink- und Gebrauchswasser im Gemeindegebiet Kreuzau, mit Ausnahme des Ortsteils Untermaubach sowie der Wohnplätze Bilstein und Langenbroich. Von daher ist eine Abwanderung des Kundenstamms auszuschließen.

Aufgrund der in den letzten Jahren vorgenommenen Brunnenregenerierungs- bzw.-sanierungsmaßnahmen und der laufenden Rohrnetz- und Anlagenunterhaltung sind versorgungstechnische langfristige Störungen nicht zu erwarten.

IV. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Gesellschaft verfügt aufgrund ihres Versorgungsgebietes über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle sind bis zum heutigen Tag nur im geringen Umfang zu verzeichnen.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfrist gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über die vorhandenen liquiden Mittel sowie über eingeräumte Kreditlinien.

Ziel des Kontroll- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Diese Kontroll- und Risikomanagementsysteme sind installiert, werden laufend optimiert und den geänderten Marktverhältnissen angepasst.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Dreyling, Peter	Kreuzau	
Aufsichtsrat:	Gemeinde Kreuzau	4 Sitze	51,00 %
	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3 Sitze	49,00 %
Gesellschafterversammlung:	Soweit eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts Gesellschafter ist, entsendet diese einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Jeder Vertreter hat entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters Stimmrecht.	1 Stimme	entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Balen, Yvonne	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Heinrichs, Stefanie	Kreistagsmitglied	26.11.2020	
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	03.02.2004	

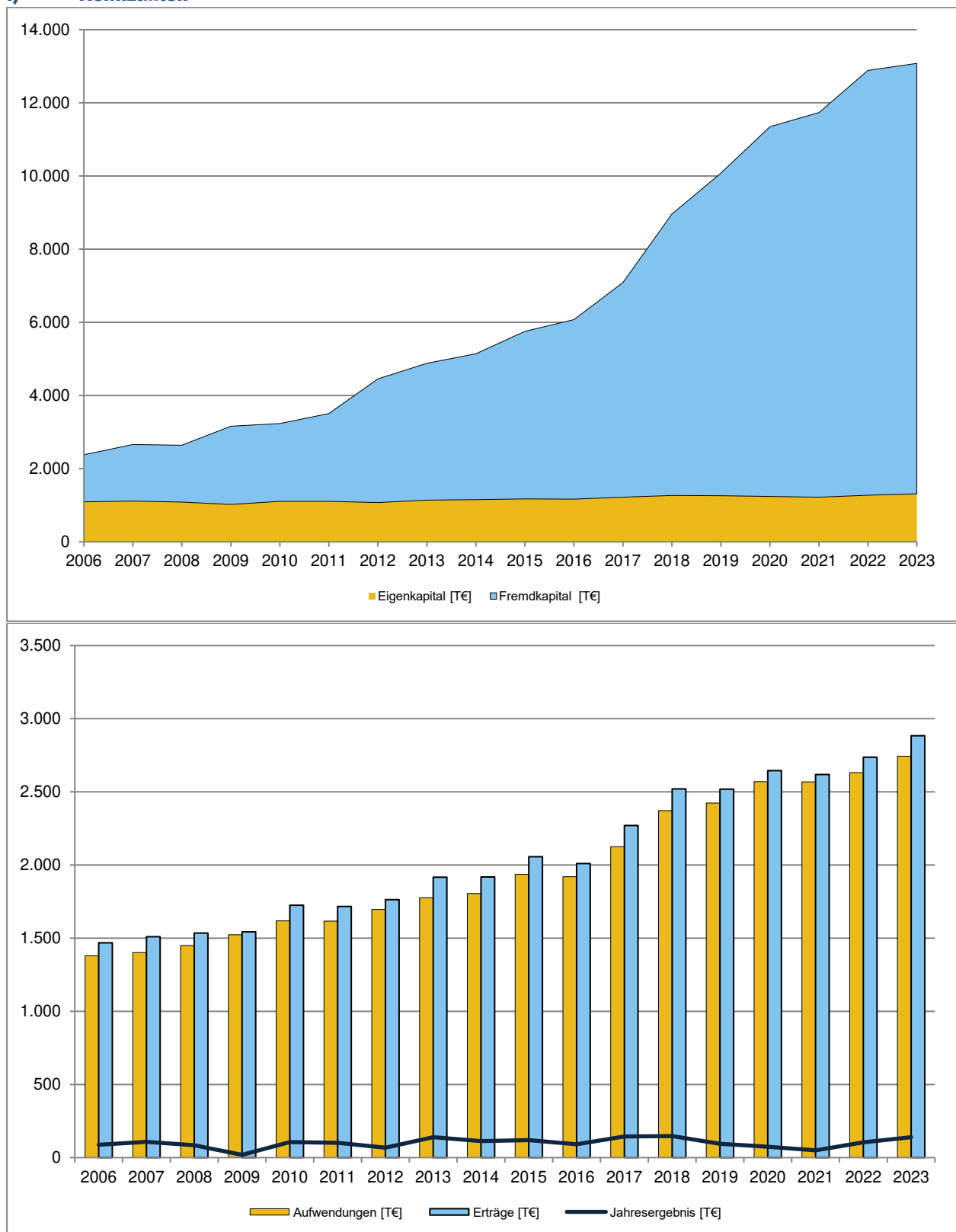
Gesellschafterversammlung:

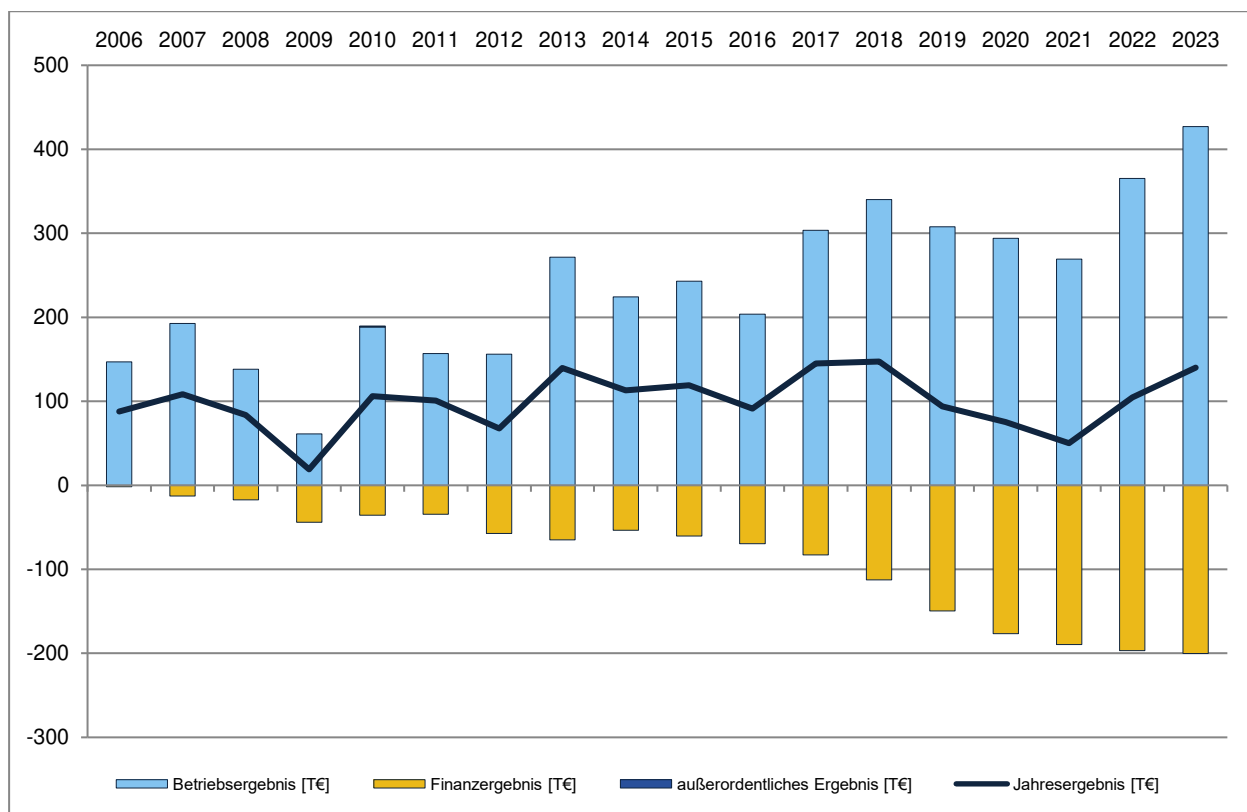
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Hürtgen, Dirk	Kämmerer	03.02.2004	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2023 waren 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	10,36%	9,86%	10,02%	0,16%
Eigenkapitalrentabilität	4,14%	8,23%	10,70%	2,46%
Anlagendeckungsgrad 2	89,34%	85,89%	92,99%	7,11%
Verschuldungsgrad	805,28%	844,00%	824,94%	-19,06%
Umsatzrentabilität	10,68%	13,75%	15,24%	1,49%

26 Windenergie Jülich GmbH & Co. KG

Wernersstraße 23
 52351 Düren
 Telefon: 02421/972 575-0
 Telefax:
 E-Mail: info@rea-dn.de
 Homepage: www.rea-dn.de/windenergie/unsere-anlagen/jue-
 lich-ost/

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb des Windparks Jülich-Bourheim. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	5,0	50,0
REA GmbH & Co. KG Fonds 3	5,0	50,0
Stammkapital	10,0	100
Pers. haftende Komplementärin		
Windenergie Jülich Komplementär GmbH		

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	6.438.737,25 €	13.123.366,01 €	15.246.132,00 €	2.122.765,99 €	16,18%
II. Finanzanlagen	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	316.542,30 €	213.239,94 €	355.486,50 €	142.246,56 €	66,71%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	4.812.925,72 €	3.494.899,73 €	1.286.428,81 €	-2.208.470,92 €	-63,19%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	37.222,39 €	35.846,93 €	48.271,90 €	12.424,97 €	34,66%
Summe Aktiva	11.630.427,66 €	16.892.352,61 €	16.961.319,21 €	68.966,60 €	0,41%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Kapitalanteile Kommanditis- ten	1.916.744,83 €	2.344.063,64 €	2.981.277,20 €	637.213,56 €	27,18%
B. Rückstellungen	7.768,75 €	87.434,29 €	141.738,42 €	54.304,13 €	62,11%
C. Verbindlichkeiten	9.705.914,08 €	14.460.854,68 €	13.811.888,59 €	-648.966,09 €	-4,49%
D. Passive latente Steuern	0,00 €	0,00 €	26.415,00 €	26.415,00 €	
Summe Passiva	11.630.427,66 €	16.892.352,61 €	16.961.319,21 €	68.966,60 €	0,41%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	751.012,57 €	2.134.024,32 €	1.383.011,75 €	184,15%
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	116.800,00 €	201.045,82 €	84.245,82 €	72,13%
3. Abschreibungen	0,00 €	0,00 €	662.400,87 €	662.400,87 €	
4. sonstige betriebliche Aufwendun- gen	36.093,20 €	198.073,51 €	478.014,96 €	279.941,45 €	141,33%
Betriebsergebnis	-36.093,20 €	669.739,06 €	1.194.654,31 €	524.915,25 €	78,38%
5. sonstige Zinsen und ähnliche Er- träge	0,00 €	0,00 €	12.636,67 €	12.636,67 €	
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	42.907,74 €	181.079,25 €	193.323,70 €	12.244,45 €	6,76%
Finanzergebnis	-42.907,74 €	-181.079,25 €	-180.687,03 €	392,22 €	-0,22%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-79.000,94 €	488.659,81 €	1.013.967,28 €	525.307,47 €	107,50%
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	61.341,00 €	175.045,11 €	113.704,11 €	185,36%
Jahresergebnis	-79.000,94 €	427.318,81 €	838.922,17 €	411.603,36 €	96,32%
8. Belastung auf Kapitalkonten	79.000,94 €	0,00 €	0,00 €	0,00	
9. Gutschriften auf Kapitalkonten	79.000,94 €	427.318,81 €	838.922,17 €	411.603,36	96,32%
Bilanzgewinn	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

f) Lagebericht

GRUNDLAGE

1. GRUNDLAGE DES UNTERNEHMENS

Die Windenergie Jülich GmbH & Co. KG, HRA 3577, wurde am 29.06.2017 von Herrn Hans-Willi Schruff, Geschäftsführer der REA Windprojekte GmbH, HRB 7036, gegründet. Seit 08.09.2020 übernimmt die Windenergie Jülich Komplementär-GmbH, HRB 8461, die alleinige Komplementärs-Funktion der Gesellschaft. Am 01.09.2020 hat die alleinige Kommanditistin REA GmbH Management mit einer Einlage in Höhe von EUR 2.000,00 ihre Beteiligung an die REA GmbH & Co. KG Fonds 3 übertragen. Gleichzeitig hat die REA GmbH & Co. KG Fonds 3 die Einlage auf insgesamt EUR 5.000,00 erhöht. Als weitere Kommanditistin mit einer Einlage in Höhe von EUR 5.000,00 ist ebenfalls zum 01.09.2020 die Rurenergie GmbH beigetreten. Das im Handelsregister eingetragene Haftkapital der Windenergie Jülich GmbH & Co. KG beträgt somit insgesamt EUR 10.000,00 und wurde im Jahr 2020 vollständig eingezahlt. Die Kommanditisten REA GmbH & Co. KG Fonds 3 und Rurenergie GmbH haben im Jahr 2020 jeweils eine variable Einlage in Höhe von EUR 180.000,00 geleistet. Im Jahr 2021 erfolgte von beiden Kommanditisten zusätzlich eine weitere variable Einlage in Höhe von jeweils EUR 820.000,00. Insgesamt betrug das eingezahlte Kapital EUR 2.010.000,00.

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windenergieanlagen, kurz WEA, Jülich-Bourheim.

BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2023

Nach dem unterdurchschnittlichen Jahr 2021 (93,9%) und dem durchschnittlichen Jahr 2022 (97,5%) liegt der Ertragsindex für das Jahr 2023 in Nordrhein-Westfalen mit 116,3% wieder über dem Durchschnitt.

Nur der Mai, Juni und September weisen Indexwerte unter 100 % auf. Dem gegenüber stehen sieben Monate, einschließlich der drei Wintermonate, mit Indexwerten teilweise deutlich über 110 %. Vor allem die zweite Jahreshälfte war sehr windstark mit drei Monaten über 140 %. Auch die erste Jahreshälfte präsentierte sich leicht überdurchschnittlich und hatte nur zwei ertragsschwache Monate (Mai & Juni) zu bieten. Damit zeigt sich das Jahr 2023 als sehr überdurchschnittlich. Die erhöhten Erträge gegenüber der Prognose sind z.T. durch die Erhöhung nach §31k des EEG bedingt (siehe auch Bericht Änderungsge-nehmigungen).

Nach dem Rekordjahr 2022 mit Marktwerten von über 40 Cent/kWh zeigt der Marktwert wieder eine deutlich sinkende Tendenz und lag im Jahr 2023 durchschnittlich bei 7,807 Cent/kWh.

Aufgrund einer normalen Vergütungslage (EEG-Vergütung) und einem überdurchschnittlichen Windertrag erlangte die Betreibergesellschaft erneut gute Erlöse.

*Quelle: Anemos Windreport 2023 (Ertragsindex NRW)

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNGSMAßNAHMEN

Errichtet wurden zwei Windenergieanlagen der Firma GE Wind Energy GmbH vom Typ GE 5.5-158.

Die erste Windenergieanlage Jülich-Bourheim ist bereits seit dem 07.07.2022 in Betrieb, die Inbetriebnahme der zweiten Windenergieanlage erfolgte erst am 30.08.2022. Für die vom Hersteller verschuldete verspätete Inbetriebnahme hat die Windenergie Jülich GmbH & Co. KG einen Schadenersatz in Höhe von EUR 116.800 erhalten. Die Abnahme erfolgte aufgrund verspäteter Lieferung und technischer Probleme erst im März 2023. Von der Versicherung wurde am 04.08.2023 eine Zahlung in Höhe von EUR 180.000,- geleistet.

Im Jahr 2021 wurde zur Finanzierung der Windenergieanlagen ein Darlehen über die DZ Bank bei der NRW.Bank in Höhe von EUR 14.000.000,00 mit einer Laufzeit von 20 Jahren (19 Jahre ab Inbetriebnahme) aufgenommen. Der Darlehensbetrag wurde bis ins Jahr 2022 vollständig an die Gesellschaft ausgezahlt. Die Windenergieanlagen speisen nach Inbetriebnahme über eine Übergabestation den Strom in das öffentliche Netz des Netzbetreibers Westnetz ein. Die beanspruchten Grundstücke für den Betrieb der Windenergieanlagen sind privatrechtlich (Gestattungsverträge) und dinglich (Grundbucheintragungen) gesichert. Weitere Investitionen hat die Gesellschaft nicht getätigt.

2. DARSTELLUNG DER LAGE

ERTRAGSLAGE

Die Rahmenbedingungen für die Erlöse ergeben sich aus dem EEG 2023. Aufgrund der zwingend notwendigen Direktvermarktung des Stromes an der Strombörse wurde mit der Fa. Quadra Energy GmbH aus Düsseldorf ein Direktvermarktungsvertrag geschlossen, der das Vermarktungsmanagement regelt.

Die anzulegenden Werte gemäß EEG betragen für die beiden WEA EUR 0,0775 pro kWh bzw. EUR 0,0738 pro kWh. Die Werte ergeben sich aus dem Zuschlagswert in der Ausschreibung von EUR 0,062 pro kWh und dem standortspezifischen Korrekturfaktor gemäß Standortgütegutachten. Die anzulegenden Werte gelten zunächst für die ersten 5 Betriebsjahre und werden dann im Rahmen der Standortgüteüberprüfung ggf. auf Grundlage der tatsächlichen Erträge überprüft und ggf. angepasst.

Das Steuerungs-, Vermarktungs- und Abrechnungsmanagement wird über ein dynamisiertes vom Marktwert abhängiges Dienstleistungsentgelt von der Quadra Energy GmbH im Rahmen des Direktvermarktungsvertrages in Rechnung gestellt.

Zusammen haben die beiden WEA im Jahr 2023 insgesamt 26.027.665,68 kWh produziert. Dies führte aufgrund der Entwicklungen am Strommarkt zu einem durchschnittlichen Vergütungswert in Höhe von EUR 0,08 EUR pro kWh und zu einem Umsatzerlös in Höhe von EUR 2.134.024,32. Die Netzverluste betrugen durchschnittlich 0,82 %.

Die wesentlichen Aufwendungen setzen sich aus Pachten, Wartungskosten, Fremdleistungen sowie Finanzierungsaufwendungen zusammen.

Für das Jahr 2023 betrugen die Pachtkosten EUR 180.020,20. Die Wartungskosten von GE betrugen in 2023 EUR 72.175,33. In den Fremdleistungen ist die Betriebsführung in Höhe von EUR 65.559,06 enthalten. Durch das Darlehen über die DZ-Bank sind Finanzierungsaufwendungen in Höhe von EUR 189.738,87 angefallen. In Summe entstand im Jahr 2023 ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR **838.922,17**.

GEWINN-UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12 2022	31.12 2023
	EUR	EUR
UMSATZERLÖSE	751.012,57	2.134.024,32
SONSTIGE BETRIEBL.ERTRÄGE	116.800,00	201.045,82
ROHERTRAG	867.812,57	2.335.070,14
ABSCHREIBUNGEN	0,00	-662.400,87
PACHTEN	-83.027,59	-193.473,32
VERSICHERUNGEN UND BEITRÄGE	-16.323,29	-15.156,63
SONSTIGE BETRIEBL.AUFWENDUNGEN	-98.722,63	-269.385,01
BETRIEBSERGEBNIS	669.739,06	1.194.654,31
ZINSERTRÄGE	0,00	12.636,67
ZINSAUFWENDUNGEN	-181.079,25	-193.323,70
FINANZERGEBNIS	-181.079,25	-180.687,03
STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	-61.341,00	-175.045,11
JAHERSERGEBNIS	427.318,81	838.922,17

FINANZLAGE

Im Jahr 2020 erfolgten erste Kapitaleinlagen der Gesellschafter in Höhe von EUR 370.000,00. Im Jahr 2021 wurde das Eigenkapital auf insgesamt EUR 2.010.000,00 aufgestockt und ist somit vollständig eingezahlt, wobei EUR 10.000,00 das Haftkapital im Handelsregister darstellen. Die Tilgung des Darlehens begann zum 30.09.2023. Die vom Darlehensgeber geforderte Rücklage zur Schuldendienstreserve in Höhe von EUR 383.500,00 wurde zum 30.06.2023 angespart. Der Rückbau der Windenergieanlagen ist durch eine Bankbürgschaft gesichert. Die Rücklage für den Rückbau ist in Höhe von EUR 685.198,80,00 bis zum 18.06.2041 zu hinterlegen. Zusätzlich ist ggf. eine Rücklage für den Korrekturfaktor (evtl. Rückzahlung der Vergütung) zu hinterlegen. Die erste Überprüfung erfolgt nach 5 Betriebsjahren.

Die Konten der Gesellschaft wiesen zum 31.12.2023 einen Kontostand in Höhe von EUR 1.286.428,81 aus.

VERMÖGENSLAGE

Die Entwicklung der Vermögenslage kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

BILANZ		
AKTIVA ZUM	31.12 2022	31.12 2023
	EUR	EUR
BILANZSUMME	16 892 352,61	16 961 319,21
SACHANLAGEN	13 123 366,01	15 246 132,00
FINANZANLAGEN	25 000,00	25 000,00
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	35 846,93	48 271,90
SUMME LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	13 184 212,94	15 319 403,90
FO RDERUNGEN + SONSTIGE VERM Ö GENSGEGENSTÄNDE	213 239,94	355 486,50
STEUERFO RDERUNGEN	0,00	0,00
ZAH LUNG SM ITTEL	3 494 899,73	1 286 428,81
SUMME KURZFRISTIGE VERM Ö GENSWERTE	3 708 139,67	1 641 915,31
PASSIVA ZUM	31.12 2022	31.12 2023
	EUR	EUR
BILANZSUMME	16 892 352,61	16 961 319,21
EIGENKAPITAL	2 344 063,64	2 981 277,20
RÜCKSTELLUNGEN	87 434,29	141 738,42
LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN	14 000 000,00	13 611 100,00
KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN	460 854,68	227 203,59

3. BERICHT ÜBER DIE VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG UND MÖGLICHE CHANCEN UND RISIKEN DES UNTERNEHMENS

Durch die gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen für den erzeugten Strom und die heutige Technik ergibt sich eine stabile Prognose über die Rentabilität der WEA. Äußere Einflüsse sind weitgehend versichert. Für die WEAs wurde eine Maschinen-, Betriebsunterbrechungs- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Des Weiteren garantiert der Vollwartungsvertrag mit der GE Wind Energy GmbH über die geplante Finanzierungslaufzeit hinaus eine 20-jährige zeitbasierte Verfügbarkeit von 98 % (ab dem zweiten Jahr nach Abnahme; zuvor 95 % bzw. 97 % für das erste bzw. zweite Halbjahr).

Für das Jahr 2023 ergibt sich eine Eigenkapitalrendite nach Gewerbesteuer in Höhe von 41,70 % vom ursprünglich eingesetzten Eigenkapital in Höhe von EUR 2.010.000 für die Finanzierung. Die erste Jahreshälfte 2024 war bisher mit Blick auf den Ertrag sehr positiv.

Die Börsenstrompreise der ersten Monate 2024 liegen im Vergleich zu den Werten im Vorjahr deutlich niedriger im Bereich 5 bis 6 Ct/kWh. Die hohen Winderträge und die EEG-Vergütung führten zu den gewohnten Einnahmen.

Im Dezember 2022 wurde das Strompreisbremsengesetz (StromPBG) erlassen. Dies führte für die Gesellschaft neben der Dämpfung der Energiekosten durch eine Strompreisbremse dazu, dass für den Zeitraum vom 01.12.2022 bis 30.06.2023 bei erhöhten Marktwerten Überschusserlöse abgeschöpft wurden. Die maximale Abschöpfung für den Dezember wurde im Jahresabschluss 2022 zurückgestellt. Die Meldung und Zahlung erfolgte im Juni/August 2023. Aufgrund des erst später bekannten Berechnungsverfahrens wurden höhere Beträge abgeführt als zurückgestellt. Die Differenz wurde in den Jahresabschlüssen als periodenfremder Aufwand gebucht. Die Windenergie Jülich GmbH & Co. KG hat im Rahmen der Erlösabschöpfung insgesamt EUR 7.975,61 im ersten Meldezeitraum abgeführt, für den zweiten Meldezeitraum mussten keine Beträge gezahlt werden.

Zur Schaffung von Akzeptanz und lokaler Wertschöpfung haben die Gesellschafter beschlossen, die Kommunale Teilhabe nach § 6 EEG 2023 ab dem 01.10.2023 umzusetzen. Es wurden Verträge mit den beteiligten Kommunen geschlossen. Hiernach erhalten die Kommunen jährlich 0,2 ct pro eingespeiste kWh. Die Kosten werden vom Netzbetreiber erstattet, sofern die kWh zu einem Marktwert unter dem Anzulegenden Wert produziert wurde.

Liegt der Marktwert über dem Anzulegenden Wert, erhält die Gesellschaft keine Erstattung durch den Netzbetreiber und trägt die Kosten entsprechend selbst.

Trotz aller Sorgfalt können folgende **Risiken** auftreten:

Abweichungen von Prognosen

Die tatsächlichen Windverhältnisse können deutlich hinter den prognostizierten Werten zurückbleiben.

Abweichung der Nutzungsdauer

Die tatsächliche Nutzungsdauer der WEA bzw. einzelner Komponenten können geringer sein, als nach den üblichen Annahmen vorhersehbar.

Inflationsrisiko

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert die Höhe der Einspeisevergütung für 20 Betriebsjahre. Eine stark ansteigende Inflation kann zu höheren Aufwendungen (z. B. bei den Wartungskosten) und somit zu einer Verschlechterung des Geschäftsergebnisses führen.

Insolvenzrisiko

Einzelne Vertragspartner können während der Laufzeit aus dem Markt ausscheiden, so dass dadurch höhere Kosten entstehen.

Vertragstreue

Geschlossene Verträge können angefochten werden, so dass gegen die Gesellschaft bis jetzt nicht gekannte Rechtsansprüche geltend gemacht werden könnten.

§ 51 EEG

Der § 51 EEG regelt, dass bei sechs aufeinanderfolgenden Stunden mit negativen Preisen an der deutschen Strombörse der Anspruch auf die Marktprämie für diesen Zeitraum entfällt. Der Windpark erhält dann den Monatsmarktwert Wind, welcher monatlich schwankt. Zeiten mit § 51 EEG ergeben sich insbesondere bei viel Erzeugung im Netz (Sturm, Sonne) und geringer Last (nachts, Wochenende, Feiertag). Aufgrund des aktuell hohen Strompreisniveaus hat der §51 EEG derzeit kaum Auswirkungen, auch wenn weiterhin negative Strompreise im Markt zu sehen sind. In Zukunft wird die wirtschaftliche und energiepolitische Entwicklung Einfluss auf die Zahl negativer Stunden haben.

Gesetzliche Anpassungen zur Steigerung der Akzeptanz für Windenergieanlagen

Der Gesetzgeber hat eine Verpflichtung zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK) für WEA eingeführt, welche sowohl für Neu-, als auch für Bestandsanlagen gilt. Das angenommene Angebot von Protea Tech für die „Transponderlösung“ liegt bei ca. EUR 11.000 zzgl. jährliche laufende Kosten von ca. 1.200 Euro für die Wartung des Systems. Diese Nachrüstung ist im Jahr 2023 noch nicht abgeschlossen.

Chancen

Betriebszeit

Durch den langfristigen Wartungsvertrag ist eine längere Betriebszeit als 20 Jahre zu erwarten. Hierdurch entstehen höhere Einnahmen.

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Sollte der Marktwert den anzulegenden Wert übersteigen, entfallen höhere Erlöse auf die Erträge der Anlagen.

Gesetzesänderungen

Bei möglichen Änderungen zugunsten des Betreibers oder einem Wegfall von vorgeschriebenen Leistungsreduzierungen erhöhen sich die produzierten kWh und somit auch die Erlöse.

Änderungsgenehmigung

Ab Oktober 2022 wurden im Zusammenhang mit der angespannten Energieversorgungslage in Deutschland aufgrund der politischen Krise bei der Energiegewinnung alle Leistungsreduzierungen für die Verminderung von Schall und Schattenwurf auf Grundlage des **§ 31k BImSchG Abweichungen von Vorgaben bei WEA** zum Teil ausgesetzt, sodass die Windenergieanlagen auf Volllast betrieben werden konnten. Dadurch erhöhten sich die produzierten kWh auch in 2023.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: Windenergie Jülich Komplementär-GmbH

Gesellschafterversammlung: 1 Stimme je 1.000 € Kommanditkapital

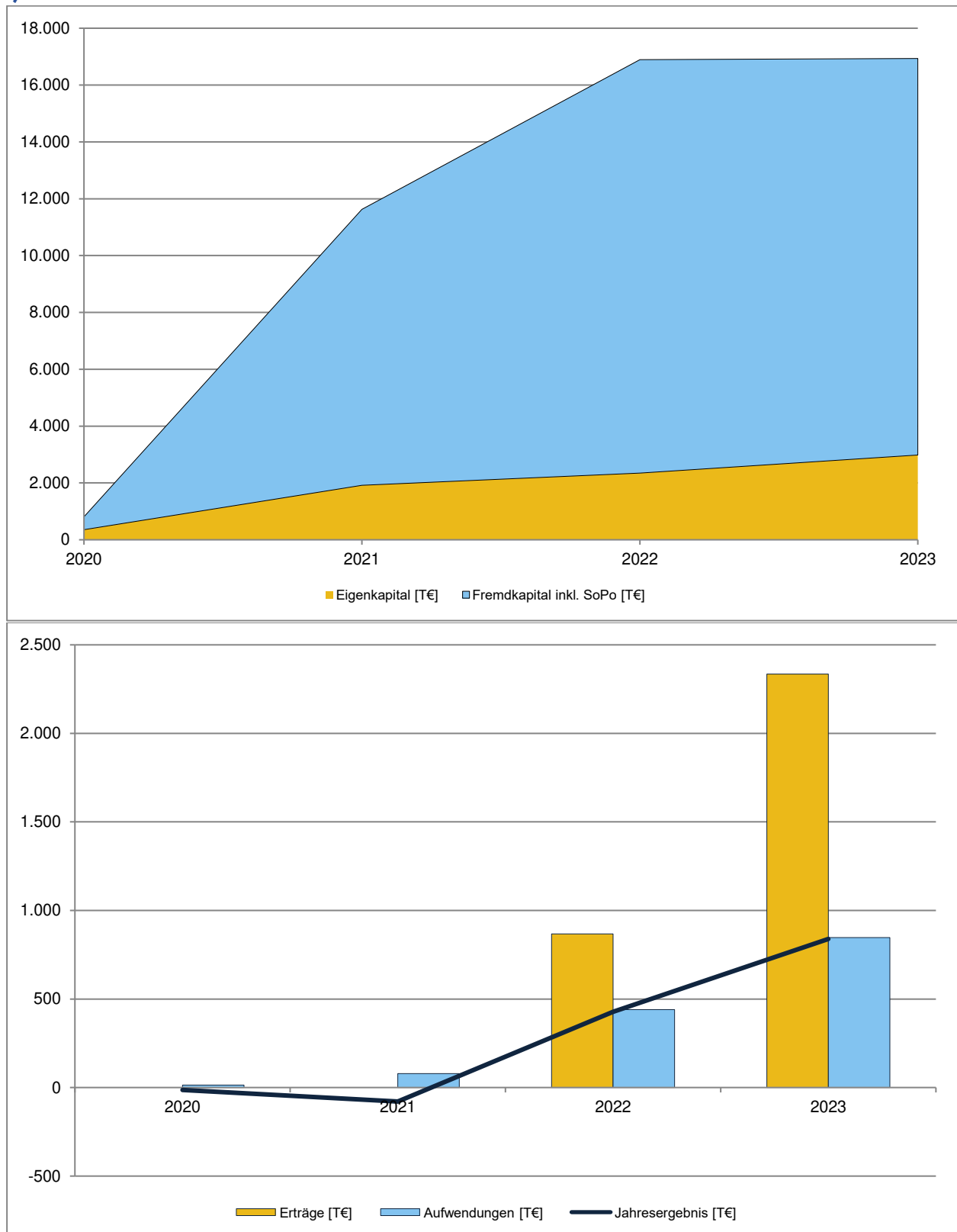
Vertreter des Kreises Düren

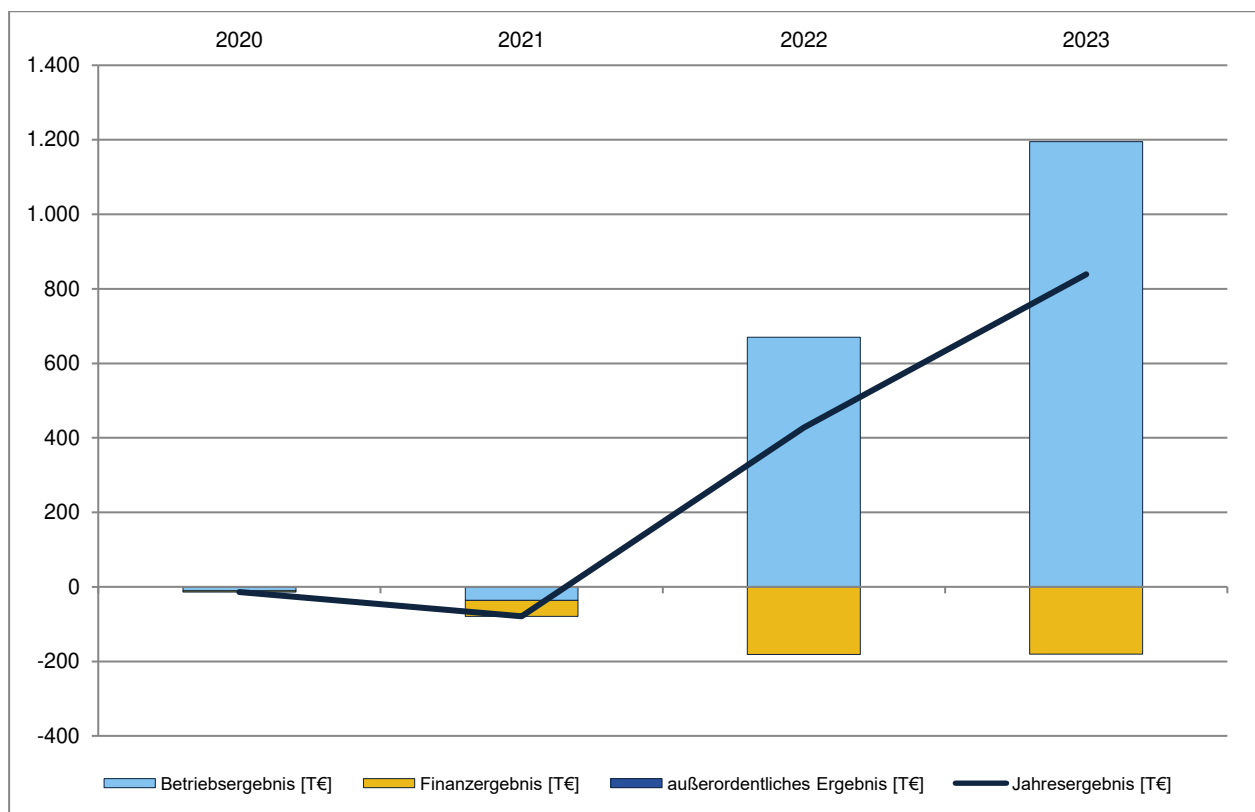
Gesellschafterversammlung: Zerres, Thomas **RURENERGIE** Geschäftsführer

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	16,48%	13,88%	17,58%	3,70%
Eigenkapitalrentabilität	-4,12%	18,23%	28,14%	9,91%
Anlagendeckungsgrad 2	175,39%	121,35%	108,65%	-12,70%
Verschuldungsgrad	506,78%	620,64%	468,04%	-152,60%
Umsatzrentabilität	0,00%	89,18%	55,98%	-33,20%

27 Windenergie Körrenzig GmbH

Friedhofstraße 31
 52441 Linnich-Körrenzig
 Telefon: 02421/972 575-0
 Telefax: -
 E-Mail: info@rea-dn.de
 Homepage: www.rea-dn.de/windenergie/unsere-anlagen/lin-
 nich-koerrenzig/

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windenergieanlagen 1, 3, 4 und 5 Linnich-Körrenzig.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	15,00	60,00
REA GmbH Management	2,50	10,00
REA GmbH Umweltinvest	1,50	6,00
Weitere Privatpersonen	6,00	24,00
Stammkapital	25,0	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	9.190.452,00 €	8.290.198,00 €	7.385.043,00 €	-905.155,00 €	-10,92%
II. Finanzanlagen	754.205,50 €	756.841,31 €	759.798,16 €	2.956,85 €	0,39%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	6.600,00 €	0,00 €	-6.600,00 €	-100,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	382.138,29 €	389.892,79 €	413.612,99 €	23.720,20 €	6,08%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	886.188,20 €	1.800.903,13 €	1.072.960,94 €	-727.942,19 €	-40,42%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	29.263,35 €	26.122,76 €	24.381,98 €	-1.740,78 €	-6,66%
Summe Aktiva	11.242.247,34 €	11.270.557,99 €	9.655.797,07 €	-1.614.760,92 €	-14,33%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	2.100.000,00 €	1.700.000,00 €	1.700.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Ergebnisvortrag	275.344,64 €	180.134,42 €	320.904,72 €	140.770,30 €	78,15%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
IV. Jahresergebnis	204.789,78 €	1.040.770,30 €	536.553,76 €	-504.216,54 €	-48,45%
C. Rückstellungen	243.593,41 €	750.367,79 €	493.923,30 €	-256.444,49 €	-34,18%
D. Verbindlichkeiten	8.493.519,51 €	7.574.285,48 €	6.579.415,29 €	-994.870,19 €	-13,13%
Summe Passiva	11.342.247,34 €	11.270.557,99 €	9.655.797,07 €	-1.614.760,92 €	-14,33%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.861.430,48 €	3.273.802,72 €	2.352.466,84 €	-921.335,88 €	-28,14%
2. sonstige betriebliche Erträge	11.120,28 €	11.127,60 €	41.484,04 €	30.356,44 €	272,80%
3. Abschreibungen	929.454,00 €	929.454,00 €	929.655,00 €	201,00 €	0,02%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	414.196,16 €	581.705,85 €	501.671,51 €	-80.034,34 €	-13,76%
Betriebsergebnis	528.900,60 €	1.773.770,47 €	962.624,37 €	-811.146,10 €	-45,73%
5. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	4.219,67 €	17.052,30 €	12.832,63 €	304,11%
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	200.339,89 €	175.994,61 €	156.377,69 €	-19.616,92 €	-11,15%
Finanzergebnis	-200.339,89 €	-171.774,94 €	-139.325,39 €	32.449,55 €	-18,89%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	328.560,71 €	1.601.995,53 €	823.298,98 €	-778.696,55 €	-48,61%
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	123.770,93 €	561.225,23 €	286.745,22 €	-274.480,01 €	-48,91%
Jahresergebnis	204.789,78	1.040.770,30	536.553,76	-504.216,54 €	-48,45%

f) Lagebericht

1. BERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF

Die Windenergie Körrenzig GmbH wurde im Jahr 2011 als LE Wind GmbH von Herrn Lambert Evertz gegründet und im Jahr 2015 umfirmiert. Durch einen Geschäftsveräußerungsvertrag sind drei weitere Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. Seit dem Jahr 2016 sind folgende Gesellschafter in der Firma: Lambert Evertz, RURENERGIE GmbH, REA GmbH Management, REA GmbH Umweltinvest. Die Gesellschaft betreibt vier Windenergieanlagen ENERCON E 92 in Linnich-Körrenzig. Seit Dezember 2015 sind die Windenergieanlagen in Betrieb und speisen die elektrische Energie in das Netz des Netzbetreibers NEW ein. Die Stammeinlage der Windenergie Körrenzig GmbH beträgt EUR 25.000,00; zusätzlich wurde eine Kapitalrücklage in Höhe von EUR 2.550.000,00 eingezahlt; die als zusätzliches Eigenkapital gebunden ist. Die Kapitalrücklage wurde reduziert und beträgt zum Ende des Jahres 2023 EUR 1.700.000,00. Die Gesellschafter haben am 30.04.2015 dem Investitionsplan in Höhe von EUR 14.990.000,00 zugestimmt.

BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2023

Nach dem unterdurchschnittlichen Jahr 2021 (93,9%) und dem durchschnittlichen Jahr 2022 (97,5%) liegt der Ertragsindex für das Jahr 2023 in Nordrhein-Westfalen mit 116,3% wieder über dem Durchschnitt.

Nur der Mai, Juni und September weisen Indexwerte unter 100 % auf. Dem gegenüber stehen sieben Monate, einschließlich der drei Wintermonate, mit Indexwerten teilweise deutlich über 110 %. Vor allem die zweite Jahreshälfte war sehr windstark mit drei Monaten über 140 %. Auch die erste Jahreshälfte präsentierte sich leicht überdurchschnittlich und hatte nur zwei ertragsschwache Monate (Mai & Juni) zu bieten. Damit zeigt sich das Jahr 2023 auch im Ertrag als sehr überdurchschnittlich. Die erhöhten Erträge gegenüber der Prognose sind z.T. auch durch Anhebung der Nachreduzierung von WEA 4 und 5 und durch die Erhöhung nach §31k des EEG bedingt (siehe auch Bericht Änderungsgenehmigungen).

Nach dem Rekordjahr 2022 mit Marktwerten von über 40 Cent/kWh zeigt der Marktwert wieder eine deutlich sinkende Tendenz und lag im Jahr 2023 durchschnittlich bei 7,807 Cent/kWh.

Aufgrund einer normalen Erlöslage (EEG-Vergütung) und einem überdurchschnittlichen Windertrag erlangten die Betreibergesellschaften der REA Firmengruppe erneut gute Erlöse.

*Quelle: Anemos Windreport 2023 (Ertragsindex NRW)

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNGSMAßNAHMEN

Der Bau der vier Windenergieanlagen wurde im Jahr 2016 abgeschlossen.

Zur Finanzierung der Windenergieanlagen hat die Gesellschaft ein Darlehen bei der Sparkasse Düren in Höhe von EUR 12.440.000,00 mit einer Laufzeit von 15 Jahren aufgenommen. Dieses wurde im Jahr 2015 vollständig ausgezahlt. Die vier Windenergieanlagen speisen über eine eigene Übergabestation in ca. 10 km Entfernung in das Umspannwerk der NEW ein.

Sämtliche Windenergieanlagenstandorte sind durch Grundbucheintragungen auf den Standortgrundstücken gesichert und das Mittelspannungskabel ist in seinem gesamten Verlauf durch Dienstbarkeiten gesichert, mit Ausnahme der kommunalen Wege.

2. DARSTELLUNG DER LAGE

ERTRAGSLAGE

Die Ertragslage der Gesellschaft kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Die Rahmenbedingungen für die Erlöse ergeben sich aus dem EEG 2023. Das Steuerungs-, Vermarktungs- und Abrechnungsmanagement wird über ein Dienstleistungsentgelt von der Quadra Energy GmbH im Rahmen des Direktvermarktungsvertrages in Rechnung gestellt.

Die garantierte EEG-Vergütung beträgt EUR 0,089 pro kWh in der Anfangsvergütung.

Aufgrund der Entwicklung des Börsenstrompreises im Jahr 2023 lag die Gesamtvergütung pro kWh im Durchschnitt bei EUR 0,091.

Insgesamt haben die vier Windenergieanlagen in 2023 26.175.675 kWh produziert (134,2 % der Prognose), davon wurden 25.819.475 kWh eingespeist und vergütet, die Netzverluste betrugen damit

durchschnittlich 1,36%. Zudem wurden 152.078,40 kWh durch Leistungsreduzierungen nicht produziert, jedoch mit EEG-Vergütung bezahlt.

Die wesentlichen Aufwendungen setzen sich aus den Pacht-, Wartungs- und Finanzierungsaufwendungen sowie Abschreibungen zusammen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten für die Betriebsführung i. H. v. EUR 77.282,46 enthalten. Durch die Darlehensgewährung der Sparkasse Düren zum 15.07.2014 sind Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 144.674,81 angefallen. Die Abschreibungen betragen im Geschäftsjahr EUR 929.655,00. In Summe verbleibt in 2023 ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 536.553,76.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM	01.01.2022	01.01.2023
BIS	31.12.2022	31.12.2023
	EUR	EUR
UMSATZERLÖSE	3.273.802,72	2.352.466,84
ROHERTRAG	3.273.802,72	2.352.466,84
ABSCHREIBUNGEN	-929.454,00	-929.655,00
PACHTEN	-134.499,31	-134.499,31
PACHTAUSGLEICH	8.491,79	8.491,79
SONSTIGE BETRIEBL. ERTRÄGE	2.635,81	32.992,25
VERSICHERUNGEN UND BEITRÄGE	-9.295,04	-7.947,29
SONSTIGE BETRIEBL. AUFWENDUNGEN	-437.911,50	-359.224,91
BETRIEBSERGEBNIS	1.773.770,47	962.624,37
ZINSAUFWENDUNGEN	-164.291,73	-144.674,81
ZINSAUFWENDUNGEN Aval	-11.702,88	-11.702,88
ZINSERTRAG	4.219,67	17.052,30
WERTMINDERUNG SCHATZBRIEF	0,00	0,00
FINANZERGEBNIS	-171.774,94	-139.325,39
STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	-561.225,23	-286.745,22
JAHRESERGEBNIS	1.040.770,30	536.553,76

FINANZLAGE

Das Eigenkapital in Höhe von EUR 2.575.000,00 wurde im Jahr 2015 vollständig eingezahlt. In den vergangenen Jahren wurden bisher EUR 850.000,00 aus der Kapitalrücklage an die Gesellschafter zurückgezahlt, diese beträgt zum Ende des Jahres 2023 EUR 1.700.000,00. Die vom Darlehensgeber geforderte Rücklage zur Schuldendienstreserve in Höhe von EUR 550.815,36 (Vorjahr EUR 560.607,41) ist vollständig hinterlegt.

Die Rücklage zur Rückbauverpflichtung in Höhe von EUR 780.000,00 wurde auf dem Konto zur Bürgschaftssicherung hinterlegt und im Jahr 2019 in einen Allianz Schatzbrief in Höhe EUR 780.000,00 umgewandelt.

VERMÖGENSLAGE

Die Entwicklung der Vermögenslage kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

AKTIVA ZUM	31.12.2022	31.12.2023
	EUR	EUR
BILANZSUMME	11.270.557,99	9.655.797,07
SACHANLAGEN	8.290.198,00	7.385.043,00
FINANZANLAGEN	756.841,31	759.798,16
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	26.122,76	24.381,98
SUMME LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	9.073.162,07	8.169.223,14
FORDERUNGEN	396.262,01	377.711,56
STEUERFORDERUNGEN	230,78	35.901,43
ZAHLUNGSMITTEL	1.800.903,13	1.072.960,94
SUMME KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	2.197.395,92	1.486.573,93
PASSIVA ZUM	31.12.2022	31.12.2023
	EUR	EUR
BILANZSUMME	11.270.557,99	9.655.797,07
EIGENKAPITAL	2.945.904,72	2.582.458,48

RÜCKSTELLUNGEN	750.367,79	493.923,30
LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN	7.416.153,83	6.459.230,75
KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN	158.131,65	120.184,54

BERICHT ÜBER DIE VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG UND MÖGLICHE CHANCEN UND RISIKEN DES UNTERNEHMENS

Durch die gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen für den erzeugten Strom und die heutige Technik ergibt sich eine stabile Prognose über die Rentabilität der WEA. Äußere Einflüsse sind so weit wie möglich versichert. Für sämtliche WEA wurde eine Maschinen-, Betriebsunterbrechungs- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Des Weiteren garantiert ein Vollwartungsvertrag gemäß Enercon-Partner-Konzept vom 30.04.2015 über die geplante Finanzierungslaufzeit hinaus eine 20-jährige Verfügbarkeit seitens des Herstellers von 97 % bzw. 95 % ab dem 16. Betriebsjahr.

Ziel der Gesellschaft ist es Fehler und Stillstandzeiten der WEA zu verringern, um eine möglichst hohe Verfügbarkeit zu erreichen und somit den Ertrag zu erhöhen. Dies wird durch ein laufendes Monitoring und die Prüfung von Warnmeldungen erreicht. Die Verfügbarkeit betrug im Jahr 2023 durchschnittlich 99,5 %.

Für die 20-jährige Betriebslaufzeit der WEA wird in der Wirtschaftlichkeits-berechnung eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von 10,31 % prognostiziert. Im Jahr 2023 ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan eine Eigenkapitalrendite nach GewSt in Höhe von 21,00 %.

Die ersten Monate im Jahr 2024 waren bisher mit Blick auf den Ertrag sehr zufriedenstellend.

Die Börsenstrompreise der ersten Monate 2024 liegen im Vergleich zu den Werten im Vorjahr deutlich niedriger im Bereich 5 bis 6 Ct. Die hohen Winderträge und die EEG-Vergütung führten zu den gewohnten Einnahmen.

Im Dezember 2022 wurde das Strompreisbremsengesetz (StromPBG) erlassen. Dies führt für die Gesellschaft neben der Dämpfung der Energiekosten durch eine Strompreisbremse dazu, dass für den Zeitraum vom 01.12.2022 bis 30.06.2023 bei erhöhten Marktwerten Überschusserlöse abgeschöpft werden. Die maximale Abschöpfung für den Dezember wurde im Jahresabschluss 2022 zurückgestellt. Die Meldung und Zahlung erfolgte im Juni/August 2023. Aufgrund des erst später bekannten Berechnungsverfahrens wurden geringere Beträge abgeführt als zurückgestellt. Die Differenz wurde in den Jahresabschlüssen als Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen aufgelöst. Die Windenergie Körrenzog GmbH hat im Rahmen der Erlösabschöpfung insgesamt 21.813,34 Euro im ersten Meldezeitraum abgeführt, für den zweiten Meldezeitraum mussten keine Beträge gezahlt werden. Die Gesellschaft hat insgesamt 3.188,59 Euro staatliche Entlastung nach dem StromPBG erhalten.

Zur Schaffung von Akzeptanz und lokaler Wertschöpfung haben die Gesellschafter beschlossen, die Kommunale Teilhabe nach § 6 EEG 2023 ab dem 01.10.2023 umzusetzen. Es wurden Verträge mit den

beteiligten Kommunen geschlossen. Hiernach erhalten die Kommunen jährlich 0,2 ct pro eingespeiste kWh. Die Kosten werden vom Netzbetreiber erstattet, sofern die kWh zu einem Marktwert unter dem Anzulegenden Wert produziert wurde.

Liegt der Marktwert über dem Anzulegenden Wert, erhält die Gesellschaft keine Erstattung durch Netzbetreiber und trägt die Kosten.

Trotz aller Sorgfalt können folgende **Risiken** auftreten:

Abweichungen von Prognosen

Die tatsächlichen Windverhältnisse am Standort schwanken saisonal und können deutlich hinter den prognostizierten Werten zurückbleiben.

Abweichung der Nutzungsdauer

Die tatsächliche Nutzungsdauer der WEA bzw. einzelner Komponenten können geringer sein als nach den üblichen Annahmen vorhersehbar.

Inflationsrisiko

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert die Höhe der Einspeisevergütung für 20 Betriebsjahre. Eine stark ansteigende Inflation kann zu höheren Aufwendungen und somit zu einer Verschlechterung des Geschäftsergebnisses führen.

Insolvenzrisiko

Einzelne Vertragspartner können während der Laufzeit aus dem Markt ausscheiden, so dass dadurch höhere Kosten entstehen.

Vertragstreue

Geschlossene Verträge können angefochten werden, so dass gegen die Gesellschaft bis jetzt nicht gekannte Rechtsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Direktvermarktung

Zum Jahreswechsel 2022 haben sich die Konditionen für die Direktvermarktung im Windpark Körrenzig geändert, die Dienstleistungsgebühr wurde von Januar bis September in Abhängigkeit vom Marktwert angehoben. Ab dem 01.09.2022 wurde das Dienstleistungsentgelt erneut verhandelt, die Erhöhungsstufen entfielen dabei, wodurch seitdem wieder das ursprüngliche Dienstleistungsentgelt i. H. v. EUR 0,001 berechnet wird.

Gesetzliche Anpassungen zur Steigerung der Akzeptanz für Windenergieanlagen

Der Gesetzgeber hat eine Verpflichtung zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK) für WEA eingeführt, welche sowohl für Neu-, als auch für Bestandsanlagen gilt. Die Investitionskosten für die „Transponderlösung“ inkl. Schnittstelle liegen bei EUR 53.700,00 für den Windpark. Zusätzlich ergeben sich jährliche Kosten, ca. EUR 2.400,00 für die Wartung des Systems. Diese Nachrüstung ist am 21.12.2023 abgeschlossen worden.

Chancen

Betriebszeit:

Durch den langfristigen Wartungsvertrag ist eine längere Betriebszeit als 20 Jahre zu erwarten.

EEG-Direktvermarktung

Durch den Stromliefervertrag zur EEG-Direktvermarktung mit Quadra GmbH hat die Gesellschaft die Chancen auf höhere Umsatzerlöse.

Änderungsgenehmigung

Im Herbst 2018 wurde, aufgrund der Vorlage einer neuen Vermessung der WEA, aus der sich geringere Schallwerte ergaben, eine Nachtragsgenehmigung beim Kreis Düren beantragt und genehmigt. Danach können die WEA 4 und WEA 5 nachts mit einer geringeren Drosselung von 1,4 MW anstelle 1,2 MW gefahren werden. Der Mehrertrag durch die Anhebung der Leistungsgrenze beträgt schätzungsweise 2-3 %.

Ab Oktober 2022 wurden im Zusammenhang mit der angespannten Energieversorgungslage in Deutschland aufgrund der politischen Krise bei der Energiegewinnung alle Leistungsreduzierungen für die Verminderung von Schall und Schattenwurf auf Grundlage des § 31k BImSchG Abweichungen von Vorgaben bei WEA zum Teil ausgesetzt, sodass die Windenergieanlagen auf Volllast betrieben werden konnten. Dadurch erhöhten sich im Zeitraum von Oktober bis April 2023 die produzierten kWh deutlich. Es wurde ein zweiter Zeitraum für diese Vorgehensweise genehmigt. Von August 2023 bis Anfang April 2024 wurden die Leistungsreduzierungen erneut ausgesetzt.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Schruff, Hans-Willi	Düren	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 1 € eines Geschäftsanteils

Vertreter des Kreises Düren

**Gesellschafter-
versammlung:**

Zerres, Thomas

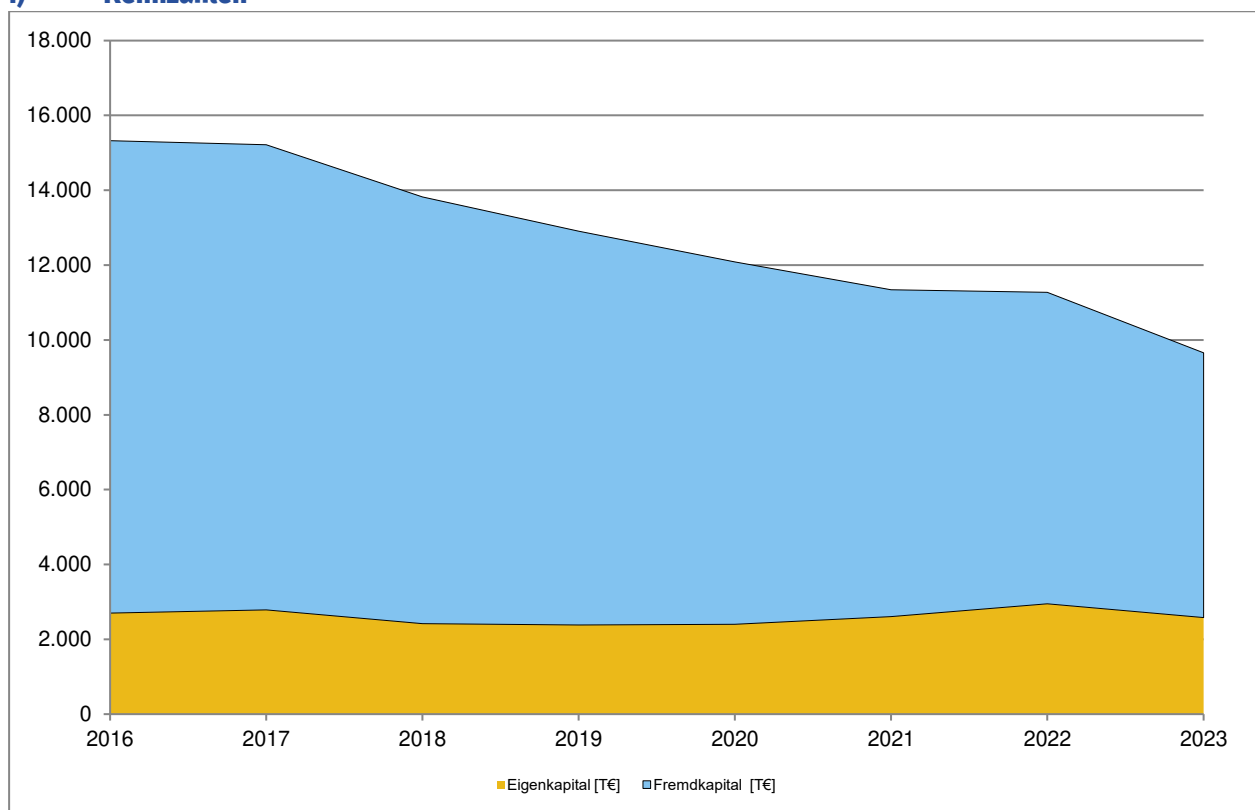
RURENERGIE

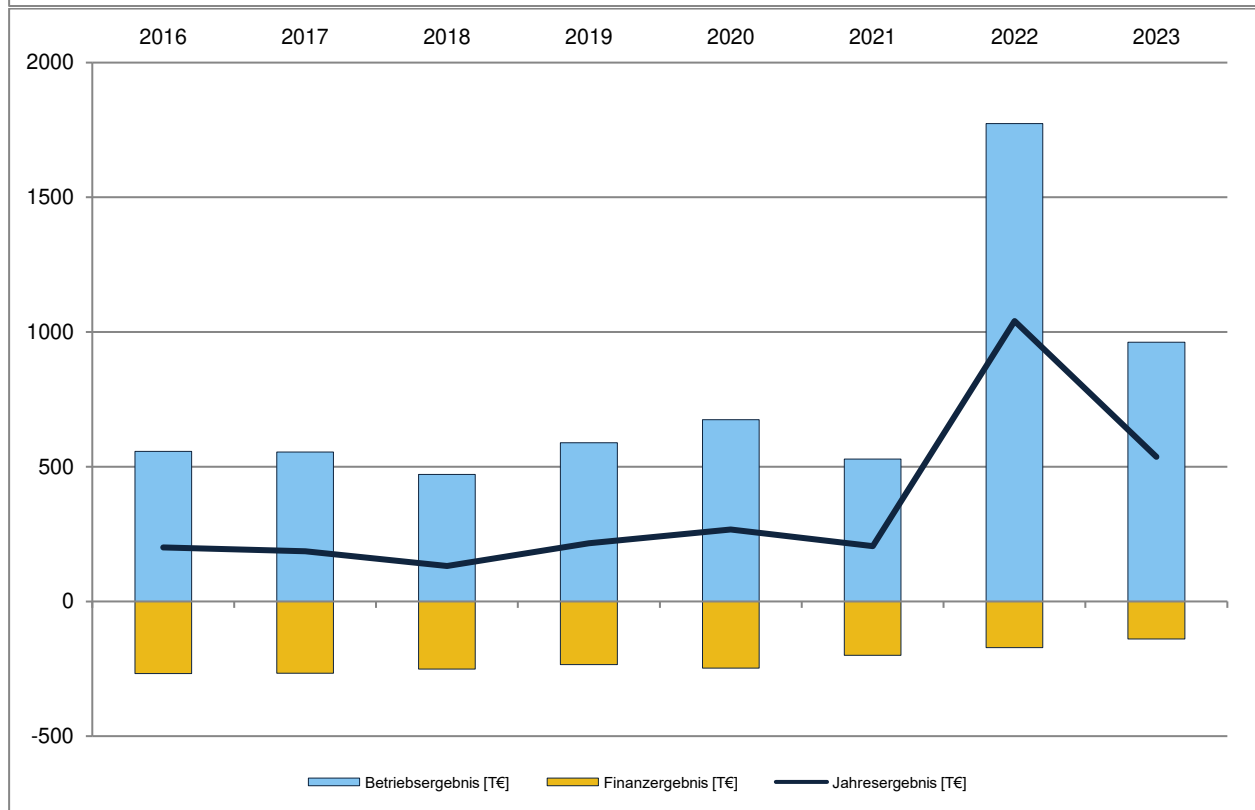
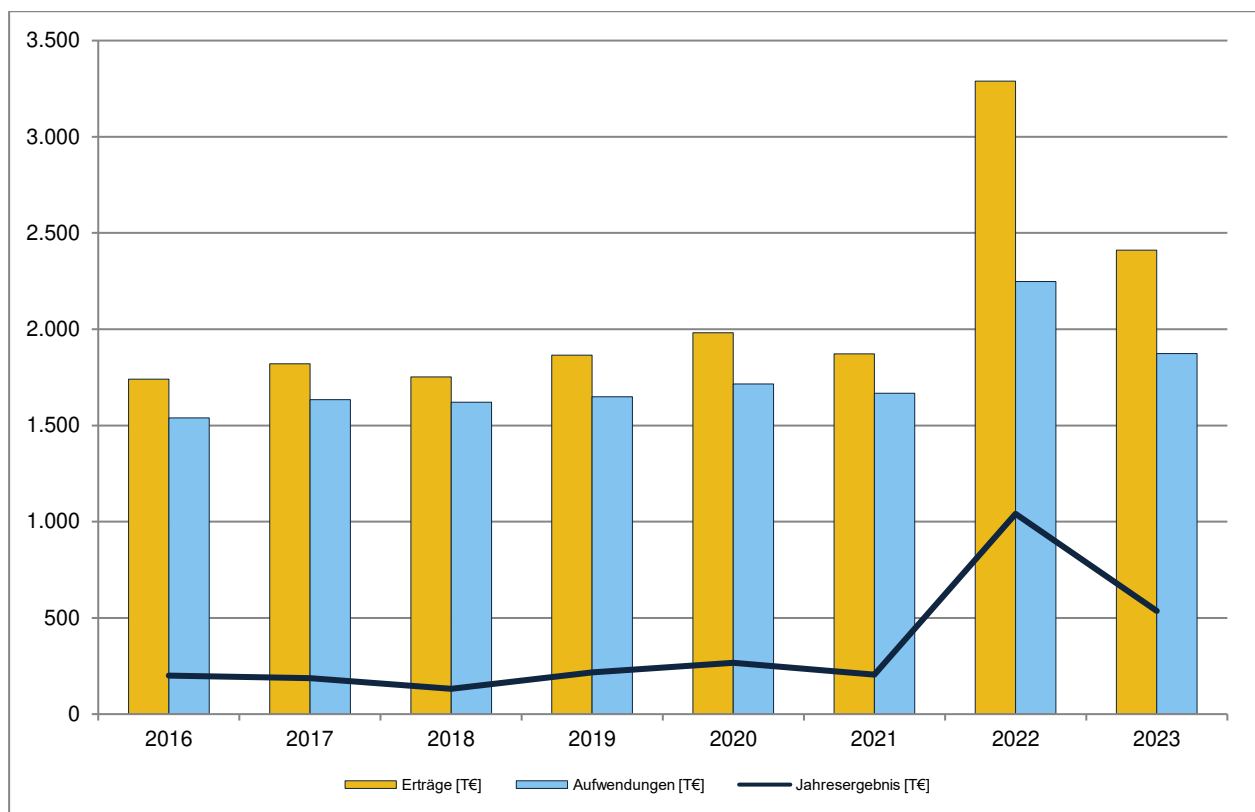
Geschäftsführer

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	22,97%	26,14%	26,75%	0,61%
Eigenkapitalrentabilität	7,86%	35,33%	20,78%	-14,55%
Anlagendeckungsgrad 2	100,77%	103,96%	31,71%	-72,25%
Verschuldungsgrad	335,38%	282,58%	273,90%	-8,68%
Umsatzrentabilität	28,41%	54,18%	40,92%	-13,26%

28 Windenergie Kreuzau GmbH & Co. KG

Wernersstraße 23
 52351 Düren
 Telefon: 02421/972 575-0
 Telefax
 E-Mail: info@rea-dn.de
 Homepage: www.rea-dn.de/windenergie/unsere-anlagen/kreuzau/

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind die Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb des Windparks Kreuzau-Thum. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand das Ziel der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
RURENERGIE GmbH	9,855	73,0
REA GmbH Umweltinvest	3,645	27,0
Stammkapital	13,5	100,0
Pers. haftende Komplementärin		
Windenergie Kreuzau Komplementär GmbH		

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	21.356.848,00 €	20.236.847,79 €	19.070.709,00 €	-1.166.138,79 €	-5,76%
II. Finanzanlagen	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	12.540,74 €	0,00 €	-12.540,74 €	-100,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	540.295,40 €	647.376,23 €	533.338,68 €	-114.037,55 €	-17,62%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	1.601.312,62 €	2.425.338,64 €	2.333.258,67 €	-92.079,97 €	-3,80%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	462.146,92 €	428.330,43 €	406.799,37 €	-21.531,06 €	-5,03%
Summe Aktiva	23.985.602,94 €	23.775.433,83 €	22.369.105,72 €	-1.406.328,11 €	-5,92%

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Kapitalanteile Kommanditisten	4.311.829,91 €	5.003.873,41 €	4.994.132,01 €	-9.741,40 €	-0,19%
B. Rückstellungen	106.108,28 €	367.357,23 €	241.757,42 €	-125.599,81 €	-34,19%
C. Verbindlichkeiten	19.470.023,75 €	18.255.416,19 €	16.932.215,29 €	-1.323.200,90 €	-7,25%
D. Passive latente Steuern	97.641,00 €	148.787,00 €	201.001,00 €	52.214,00 €	35,09%
Summe Passiva	23.985.602,94 €	23.775.433,83 €	22.369.105,72 €	-1.406.328,11 €	-5,92%

e) Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	3.063.884,19 €	3.998.642,43 €	3.828.394,96 €	-170.247,47 €	-4,26%
2. sonstige betriebliche Erträge	13.451,46 €	100.965,03 €	36.595,68 €	-64.369,35 €	-63,75%
3. Abschreibungen	1.185.419,00 €	1.185.419,00 €	1.186.554,14 €	1.135,14 €	0,10%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	791.756,34 €	1.062.461,70 €	1.120.772,85 €	58.311,15 €	5,49%
Betriebsergebnis	1.100.160,31 €	1.851.726,76 €	1.557.663,65 €	-294.063,11 €	-15,88%
5. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	7.468,98 €	9.263,72 €	28.163,86 €	18.900,14 €	204,02%
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	415.335,96 €	388.783,32 €	362.230,68 €	-26.552,64 €	-6,83%
Finanzergebnis	-407.866,98 €	-379.519,60 €	-334.066,82 €	45.452,78 €	-11,98%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	692.293,33 €	1.472.207,16 €	1.223.596,83 €	-248.610,33 €	-16,89%
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	118.798,00 €	280.163,66 €	233.338,23 €	-46.825,43 €	-16,71%
Jahresergebnis	573.495,33 €	1.192.043,50 €	990.258,60 €	-201.784,90 €	-16,93%
8. Gutschrift auf Kapitalkonten	573.495,33 €	1.192.043,50 €	990.258,60 €	-201.784,90 €	-16,93%
Bilanzgewinn	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

f) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windenergieanlagen, kurz WEA, Kreuzau-Thum. Hierbei handelt es sich um Windenergieanlagen der Firma GE Wind Energy GmbH vom Typ GE 3.2 – 130.

Die Windenergie Kreuzau GmbH & Co. KG wurde als REA WEA 1 Kreuzau GmbH & Co. KG HRA 3397 am 25.09.2014 von Herrn Hans-Willi Schruff, damals Geschäftsführer der REA GmbH Umweltinvest, HRB 6368, gegründet und am 12.07.2017 in Windenergie Kreuzau GmbH & Co. KG umfirmiert. Seit dem 13.12.2017 übernimmt die Windenergie Kreuzau Komplementär-GmbH, HRB 7671, die alleinige Komplementärs-Funktion der Gesellschaft. Die REA GmbH Umweltinvest ist Kommanditistin mit einer Einlage in Höhe von EUR 2.000,00. Am 13.02.2019 ist die Firma RURENERGIE GmbH als weitere Kommanditistin mit einer Einlage in Höhe von EUR 9.855,00 beigetreten. Gleichzeitig hat die Kommanditistin REA GmbH Umweltinvest die Einlage auf insgesamt EUR 3.645,00 aufgestockt. Das Haftkapital der Windenergie

Kreuzau GmbH & Co. KG beträgt somit EUR 13.500,00. Es wurde zusätzlich eine variable Einlage in Höhe von insgesamt EUR 4.000.000,00 durch die Gesellschafter eingezahlt. Hiervon hat die RURENERGIE GmbH einen Betrag in Höhe von EUR 3.450.000,00 und die REA GmbH Umweltinvest einen Betrag in Höhe von EUR 550.000,00 eingezahlt.

BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2023

Nach dem unterdurchschnittlichen Jahr 2021 (93,9%) und dem durchschnittlichen Jahr 2022 (97,5%) liegt der Ertragsindex für das Jahr 2023 in Nordrhein-Westfalen mit 116,3% wieder über dem Durchschnitt.

Nur der Mai, Juni und September weisen Indexwerte unter 100 % auf. Dem gegenüber stehen sieben Monate, einschließlich der drei Wintermonate, mit Indexwerten teilweise deutlich über 110 %. Vor allem die zweite Jahreshälfte war sehr windstark mit drei Monaten über 140 %. Auch die erste Jahreshälfte präsentierte sich leicht überdurchschnittlich und hatte nur zwei ertragsschwache Monate (Mai & Juni) zu bieten. Damit zeigt sich das Jahr 2023 auch im Ertrag als sehr überdurchschnittlich. Die erhöhten Erträge gegenüber der Prognose sind z.T. durch die Erhöhung nach §31k des EEG bedingt (siehe auch Bericht Änderungsgenehmigungen).

Nach dem Rekordjahr 2022 mit Marktwerten von über 40 Cent/kWh zeigt der Marktwert wieder eine deutlich sinkende Tendenz und lag im Jahr 2023 durchschnittlich bei 7,807 Cent/kWh.

Aufgrund einer normalen Erlöslage (EEG-Vergütung) und einem überdurchschnittlichen Windertrag erlangte die Betreibergesellschaft erneut gute Erlöse.

*Quelle: Anemos Windreport 2023 (Ertragsindex NRW)

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNGSMÄßNAHMEN

Der Bau des Windparks Kreuzau Thum erfolgte in den Jahren 2019 und 2020. Zwei der fünf Windenergieanlagen im Windpark Kreuzau Thum wurden im Jahr 2019 errichtet und fertiggestellt, sodass die Inbetriebnahme der WEA 2 am 20.12.2019 und der WEA 6 am 12.12.2019 erfolgte. Die vollständige Errichtung der WEA 3, 4 und 5 fand im Jahr 2020 statt, sodass eine Inbetriebnahme bis zum 17.02.2020 erfolgte und der Bau der Windenergieanlagen erfolgreich abgeschlossen wurde. Maßgeblich für die Einspeisevergütung ist das EEG 2017. Die Abnahme der Windenergieanlagen mit dem Hersteller erfolgte am 31.03.2020. Weitere Investitionen hat die Gesellschaft nicht getätigt.

Zur Finanzierung der Windenergieanlagen hat die Gesellschaft ein Darlehen bei der Sparkasse Düren in Höhe von EUR 20.500.000,00 mit einer Laufzeit von 17 Jahren aufgenommen. Dieses wurde im Jahr 2020 vollständig ausgezahlt. Die Windenergieanlagen speisen über eine Übergabestation in direkter Nähe den Strom in das öffentliche Netz des Netzbetreibers Westnetz ein. Die beanspruchten Grundstücke für den Betrieb der Windenergieanlagen sind privatrechtlich (Gestattungsverträge) und dinglich (Grundbucheintragen) gesichert.

2. Darstellung der Lage

ERTRAGSLAGE

Die Rahmenbedingungen für die Erlöse ergeben sich aus dem EEG 2017. Aufgrund der zwingend notwendigen Direktvermarktung des Stromes an der Strombörse wurde mit der Firma Quadra Energy GmbH ein Direktvermarktungsvertrag geschlossen, der das Vermarktungsmanagement regelt.

Der anzulegende Wert gemäß EEG beträgt für die WEA 2 EUR 0,0733 pro kWh, für die WEA 3 EUR 0,0719 pro kWh, für die WEA 4 EUR 0,0754 pro kWh, für die WEA 5 EUR 0,0703 pro kWh, für die WEA 6 EUR 0,0683 pro kWh. Diese Werte gelten zunächst für die ersten 5 Betriebsjahre und werden dann im Rahmen der Standortgüteüberprüfung auf Grundlage der tatsächlichen Erträge ggf. angepasst.

Aufgrund der Entwicklung des Börsenstrompreises im Jahr 2023 lag die Gesamtvergütung pro kWh im Durchschnitt bei EUR 0,08 im Windpark.

Zusammen haben die fünf WEA im Jahr 2023 insgesamt 46.834.890,56 kWh (Vorjahr 36.122.710,07 kWh) produziert. Die Netzverluste betrugen durchschnittlich 0,66 %. Zudem wurden 521.194,08 kWh durch Leistungsreduzierungen nicht produziert, jedoch mit EEG-Vergütung bezahlt.

Die wesentlichen Aufwendungen setzen sich aus Abschreibungen, Pachten, Wartungskosten, Fremdleistungen sowie Finanzierungsaufwendungen zusammen.

Die Abschreibungen betrugen für das Jahr 2023 insgesamt EUR 1.186.554,14. Für das Jahr 2023 betrugen die Pachtkosten EUR 447.246,61. Die Wartungskosten von GE betrugen in 2023 EUR 296.727,73. In den Fremdleistungen ist die Betriebsführung in Höhe von EUR 183.541,35 enthalten. Durch die Darlehensgewährung der Sparkasse Düren sind Zinsaufwendungen zur Finanzierung der Windenergieanlagen für das Jahr 2023 in Höhe von EUR 355.137,48 angefallen. In Summe entstand im Jahr 2023 ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 990.258,60.

Angaben für Lagebericht bei WP (GUV)			
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG			
		31.12.2022	31.12.2023
		EUR	EUR
UMSATZERLÖSE		3.998.642,43	3.828.394,96
ÜBRIGE SONSTIGE BETRIEBL. ERTRÄGE		100.965,03	36.595,69
WARTUNGSKOSTEN		-232.064,37	-301.252,83
ROHERTRAG		3.867.543,09	3.563.737,82
ABSCHREIBUNGEN		-1.185.419,00	-1.186.554,14
PACHTEN		-459.077,19	-447.246,61
GAS, STROM, WASSER		-21.131,39	-41.717,32
VERSICHERUNGEN UND BEITRÄGE		-17.772,77	-15.109,17
SONSTIGE BETRIEBL. AUFWENDUNGEN		-332.415,98	-315.446,93
BETRIEBSERGEBNIS		1.851.726,76	1.557.663,65
ZINSERTRÄGE		9.263,72	28.163,86
ZINSAUFWENDUNGEN		-388.783,32	-362.230,68
FINANZERGEBNIS		-379.519,60	-334.066,82
STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG		-280.163,66	-233.338,23
JAHRESERGEBNIS		1.192.043,50	990.258,60

Die Darstellung der Wartungskosten im Lagebericht und in der GuV weichen voneinander ab.

FINANZLAGE

Das Eigenkapital in Höhe von EUR 4.013.500,00 wurde im Jahr 2019 vollständig eingezahlt. Die Höhe der Eigenkapitalquote liegt bei 22,31 %. Die Fremdkapitalquote beträgt 77,69 %. Die Tilgung des Darlehens hat zum 30.03.2021 begonnen und beträgt EUR 325.400,00 im Quartal (EUR 1.301.600,00 im Jahr). Die vom Darlehensgeber geforderte Rücklage zur Schuldendienstreserve in Höhe von EUR 859.900,00 wurde zum 31.12.2022 vollständig hinterlegt.

Der Rückbau der Windenergieanlagen ist durch eine Bankbürgschaft gesichert. Die Rücklage für den Rückbau ist in Höhe von EUR 784.960,00 bis zum 31.12.2025 zu hinterlegen. Folgende zusätzliche Rücklagen sind noch zu hinterlegen:

- 1) AGM Rücklage in Höhe von EUR 160.800,00 bis zum 31.12.2025. Reduzierung der Summe um EUR 80.400,00 nach 5 Jahren. Weitere Reduzierung der Summe um EUR 80.400,00 nach 10 Jahren
- 2) Korrekturfaktor (evtl. Rückzahlung der Vergütung)

Auf dem Girokonto der Sparkasse Düren befinden sich zum 31.12.2023 EUR 696.065,83 (Vorjahr: EUR 1.207.234,64).

VERMÖGENSLAGE

Die Entwicklung der Vermögenslage kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Angaben für Lagebericht bei WP (Bilanz)			
Bilanz			
AKTIVA ZUM		31.12.2022	31.12.2023
		EUR	EUR
BILANZSUMME		23.775.433,83	22.365.324,63
SACHANLAGEN		20.236.847,79	19.070.709,00
FINANZANLAGEN		25.000,00	25.000,00
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		428.330,43	406.799,37
SUMME LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		20.690.178,22	19.502.508,37
VORRÄTE		12.540,74	0,00
FORDERUNGEN + SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		647.376,23	529.557,59
ZAHLUNGSMITTEL		2.425.338,64	2.333.258,67
SUMME KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE		3.085.255,61	2.862.816,26
PASSIVA ZUM		31.12.2022	31.12.2023
		EUR	EUR
BILANZSUMME		23.775.433,83	22.365.324,63
EIGENKAPITAL		5.003.873,41	4.990.350,92
RÜCKSTELLUNGEN		367.357,23	241.757,42
LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		17.896.800,00	16.595.200,00
KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		358.616,19	337.015,29
PASSIVE LATENTE STEUERN		148.787,00	201.001,00

Die Darstellung der Fristigkeiten im Lagebericht und Anhang der Gesellschaft können abweichen.

3. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und mögliche Chancen und Risiken des Unternehmens

Durch die gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen für den erzeugten Strom und die langlebige Technik ergibt sich eine stabile Prognose über die Rentabilität der WEA. Äußere Einflüsse sind weitgehend versichert. Für die WEA wurde eine Maschinen-, Betriebsunterbrechungs- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Des Weiteren garantiert ein Vollwartungsvertrag mit GE Wind Energy GmbH

vom 28.12.2017 über die geplante Finanzierungslaufzeit hinaus eine 20-jährige produktionsbasierte Verfügbarkeit von 97,5 %.

Ziel der Gesellschaft ist es, Fehler und Stillstandzeiten der WEA zu verringern, um eine möglichst hohe Verfügbarkeit zu erreichen und somit den Ertrag zu erhöhen. Dies wird durch ein laufendes Monitoring und die Prüfung von Warnmeldungen erreicht. Die Verfügbarkeit im Betriebsjahr April 2023 bis März 2024 betrug 97,70 %. Die garantierte Verfügbarkeit wurde somit erreicht, es erfolgt keine Maluszahlung durch GE. Ab einer Verfügbarkeit von über 98 % erfolgt eine Bonuszahlung an GE.

Für die 20-jährige Betriebslaufzeit der WEA wird in dem Wirtschaftsplan eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite nach Gewerbesteuer in Höhe von 10,18 % prognostiziert. Diese Eigenkapitalrendite bemisst sich nach dem von der finanzierenden Bank geforderten Eigenkapitalanteil in Höhe von EUR 4.000.000.

Für das Jahr 2023 ergibt sich eine Eigenkapitalrendite nach Gewerbesteuer in Höhe von 24,80 % vom ursprünglich eingesetzten Eigenkapital in Höhe von EUR 4.000.000 für die Finanzierung.

Die erste Jahreshälfte 2024 war bisher mit Blick auf den Ertrag sehr positiv.

Die Börsenstrompreise der ersten Monate 2024 liegen im Vergleich zu den Werten im Vorjahr deutlich niedriger im Bereich 5 bis 6 Ct. Die hohen Winderträge und die EEG-Vergütung führten zu den gewohnten Einnahmen.

Im Dezember 2022 wurde das Strompreisbremsengesetz (StromPBG) erlassen. Dies führte für die Gesellschaft neben der Dämpfung der Energiekosten durch eine Strompreisbremse dazu, dass für den Zeitraum vom 01.12.2022 bis 30.06.2023 bei erhöhten Marktwerten Überschusserlöse abgeschöpft wurden. Die maximale Abschöpfung für den Dezember wurde im Jahresabschluss 2022 zurückgestellt. Die Meldung und Zahlung erfolgte im Juni/August 2023. Aufgrund des erst später bekannten Berechnungsverfahrens wurden geringere Beträge abgeführt als zurückgestellt. Die Differenz wurde in den Jahresabschlüssen als Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen aufgelöst. Die Windenergie Kreuzau GmbH & Co. KG hat im Rahmen der Erlösabschöpfung insgesamt EUR 28.524,28 im ersten Meldezeitraum abgeführt, für den zweiten Meldezeitraum mussten keine Beträge gezahlt werden. Die Gesellschaft hat insgesamt EUR 18.506,40 staatliche Entlastung nach dem StromPBG erhalten.

Die Gesellschafter haben beschlossen, die Entscheidung über die Kommunale Teilhabe nach § 6 EEG 2023 (die finanzielle Teilhabe von Kommunen) ins nächste Jahr zu vertagen. Die Gesellschaft hat der Gemeinde Kreuzau EUR 22.722,65 gespendet.

Trotz aller Sorgfalt können folgende **Risiken** auftreten:

Abweichungen von Prognosen

Die tatsächlichen Windverhältnisse können deutlich hinter den prognostizierten Werten zurückbleiben.

Abweichung der Nutzungsdauer

Die tatsächliche Nutzungsdauer der Anlagen bzw. einzelner Komponenten kann geringer sein als nach den üblichen Annahmen vorhersehbar.

Inflationsrisiko

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert die Höhe der Einspeisevergütung für 20 Jahre ab Inbetriebnahme. Eine stark ansteigende Inflation kann zu höheren Aufwendungen (z. B. bei den Wartungskosten) und somit zu einer Verschlechterung des Geschäftsergebnisses führen.

Insolvenzrisiko

Einzelne Vertragspartner können während der Laufzeit aus dem Markt ausscheiden, so dass dadurch höhere Kosten entstehen.

Vertragstreue

Geschlossene Verträge können angefochten werden, so dass gegen die Gesellschaft bis jetzt nicht gekannte Rechtsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Klageverfahren

Am 23.10.2023 wurde von einer Privatperson (Anwohner aus Kreuzau-Thum) Klage wegen Gesundheitsbeeinträchtigungen durch die Windenergieanlagen erhoben. Die Klage wurde beim Landgericht Aachen eingereicht. Wir haben die Klage zum 13.05.2024 bestritten. Ein Anhörungstermin des Gerichtes ist noch nicht bekannt.

§ 51 EEG

Der § 51 EEG regelt, dass bei sechs aufeinanderfolgenden Stunden mit negativen Preisen an der deutschen Strombörse der Anspruch auf die Marktprämie für diesen Zeitraum entfällt. Der Windpark erhält dann den Monatsmarktwert Wind, welcher monatlich schwankt. Zeiten mit § 51 EEG ergeben sich insbesondere bei viel Erzeugung im Netz (Sturm, Sonne) und geringer Last (nachts, Wochenende, Feiertag). Aufgrund des aktuell hohen Strompreisniveaus hat der §51 EEG derzeit keine Auswirkungen, auch wenn weiterhin negative Strompreise im Markt zu sehen sind. In Zukunft wird die wirtschaftliche und energiepolitische Entwicklung Einfluss auf die Zahl negativer Stunden haben.

Gesetzliche Anpassungen zur Steigerung der Akzeptanz für Windenergieanlagen

Der Gesetzgeber hat eine Verpflichtung zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK) für WEA eingeführt, welche sowohl für Neu-, als auch für Bestandsanlagen gilt. Die Investitionskosten für die „Transponderlösung“ inkl. Schnittstelle liegen bei EUR 82.000,00 für den Windpark. Zusätzlich ergeben sich jährliche Kosten, ca. EUR 1.800,00 für die Wartung des Systems. Diese Nachrüstung ist am 21.12.2023 abgeschlossen worden.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung: Windenergie Kreuzau Komplementär GmbH

Gesellschafterversammlung:

1 Stimme

je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung

Zerres, Thomas

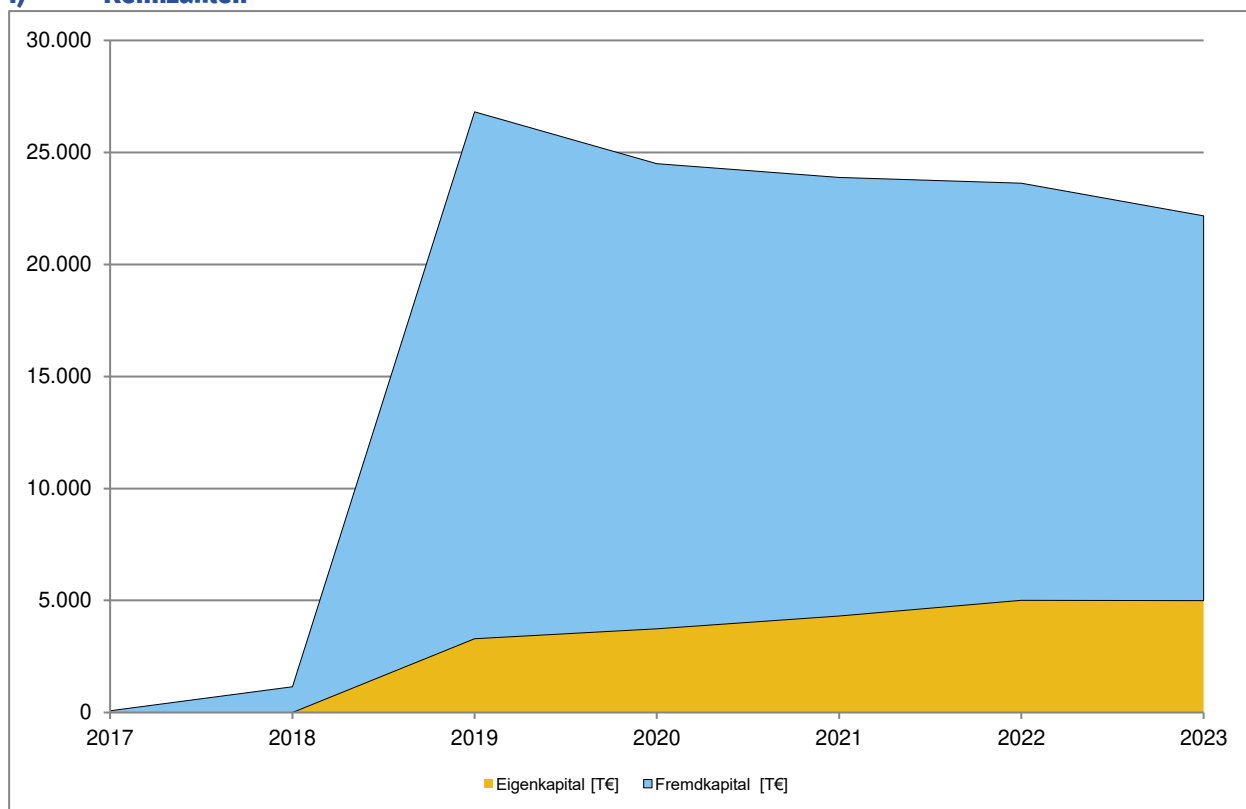
RURENERGIE

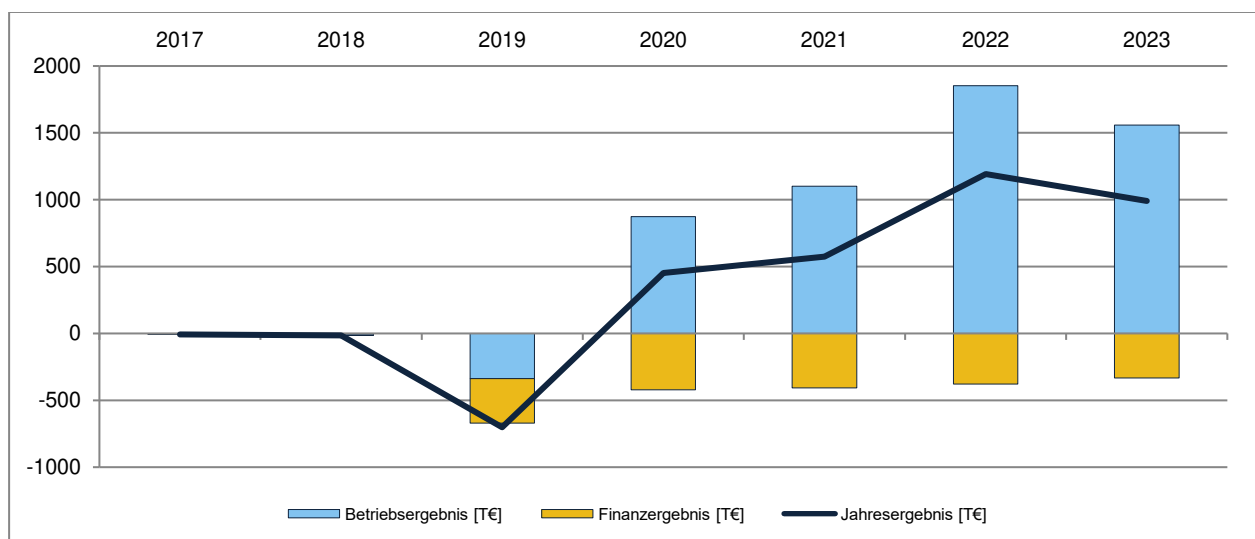
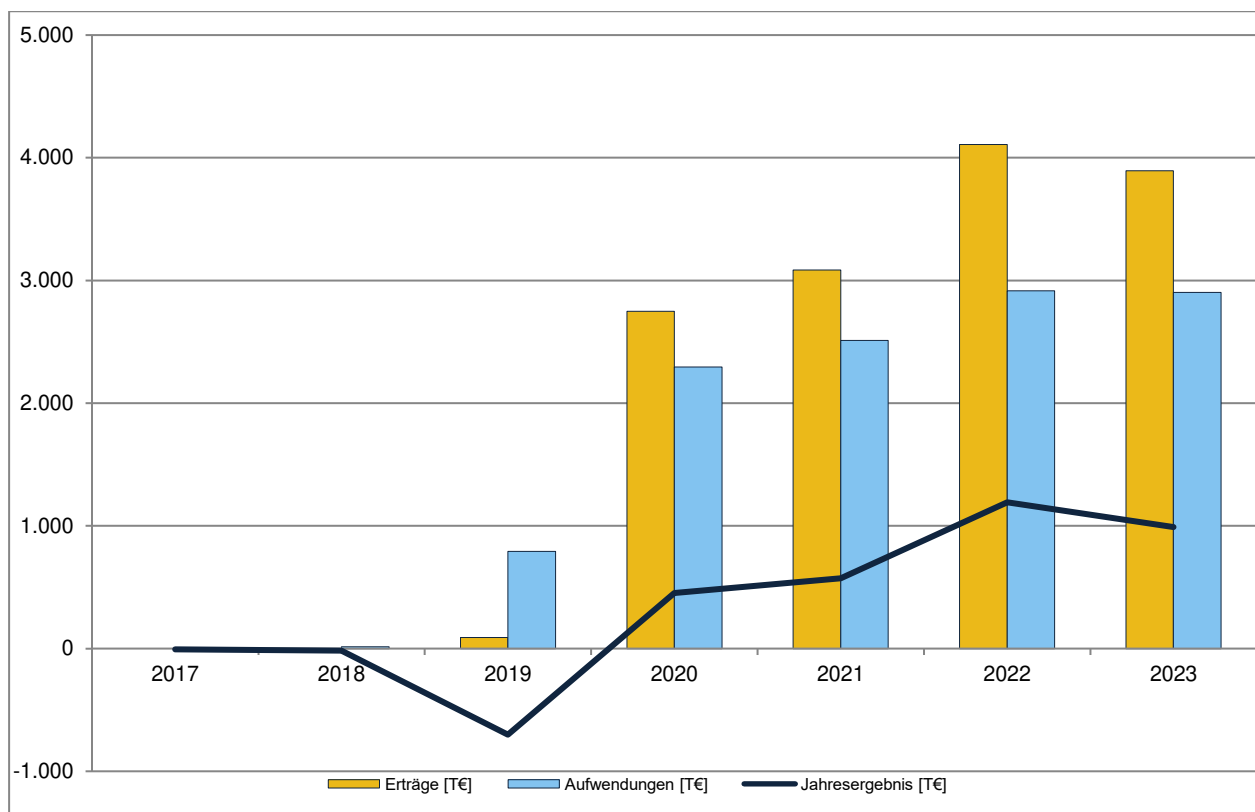
Geschäftsführer

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung in %
Eigenkapitalquote	22,03%	26,87%	29,08%	2,21%
Eigenkapitalrentabilität	13,30%	23,82%	19,83%	-3,99%
Anlagendeckungsgrad 2	103,87%	106,60%	106,24%	-0,36%
Verschuldungsgrad	454,01%	372,17%	343,88%	-28,28%
Umsatzrentabilität	4,59%	7,79%	6,96%	-0,82%

29 Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH

Willy-Brandt-Platz 2
52222 Stolberg
Telefon: -
Telefax: -
E-Mail: -
Homepage: -

a) Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als Kommanditistin an der Innogy indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co.KG.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2023 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
EWV Energie- und Wasserversorgung- GmbH	13,797	55,18
RURENERGIE GmbH	10,220	40,82
Green GmbH	1,022	4,00
Stammkapital	25,039	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Finanzanlagen	22.477.780,00 €	19.145.780,00 €	19.145.780,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.088,16 €	8.088,16 €	344.221,26 €	336.133,10 €	4155,87%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	1.735.753,78 €	3.743.475,86 €	1.428.269,65 €	-2.315.206,21 €	-61,85%
Summe Aktiva	24.221.621,94 €	22.897.344,02 €	20.918.270,91 €	-1.979.073,11 €	-8,64%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.039,00 €	25.039,00 €	25.039,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	4.434.426,12 €	4.034.426,12 €	1.934.426,12 €	-2.100.000,00 €	-52,05%
III. Ergebnisvortrag	837,03 €	3.082,32 €	646,40 €	-2.435,92 €	-79,03%
IV. Jahresergebnis	672.245,29 €	857.564,08 €	3.119.467,39 €	2.261.903,31 €	263,76%
C. Rückstellungen	105.850,50 €	575.944,50 €	7.440,00 €	-568.504,50 €	-98,71%
D. Verbindlichkeiten	18.983.224,00 €	17.401.288,00 €	15.831.252,00 €	-1.570.036,00 €	-9,02%
Summe Passiva	24.221.621,94 €	22.897.344,02 €	20.918.270,91 €	-1.979.073,11 €	-8,64%

e) **Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung**

Gewinn- u. Verlustrechnung	2021	2022	2023	Veränderung in €	Veränderung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	8.087,72 €	8.510,90 €	8.510,90 €	0,00 €	0,00%
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	51.693,04 €	60.655,31 €	56.110,88 €	-4.544,43 €	-7,49%
Betriebsergebnis	-43.605,32 €	-52.144,41 €	-47.599,98 €	4.544,43 €	-8,72%
3. Erträge aus Beteiligungen	1.406.449,38 €	1.939.076,35 €	3.839.009,38 €	1.899.933,03 €	97,98%
4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	397.963,62 €	367.115,86 €	336.268,11 €	-30.847,75 €	-8,40%
Finanzergebnis	1.008.485,76 €	1.571.960,49 €	3.502.741,27 €	1.930.780,78 €	122,83%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	964.880,44 €	1.519.816,08 €	3.455.141,29 €	1.935.325,21 €	127,34%
5. Steuern vom Einkommen und Ertrag	292.635,15 €	662.252,00 €	335.673,90 €	-326.578,10 €	-49,31%
Jahresergebnis	672.245,29	857.564,08	3.119.467,39	2.261.903,31	263,76%

f) **Lagebericht**

1. **Geschäft und Rahmenbedingungen**

1.1 **Gründung und Unternehmensgegenstand der Gesellschaft**

Die Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH (im Folgenden WEB genannt) mit Sitz in Stolberg und Geschäftsanschrift „Willy-Brandt-Platz 2 in 52222 Stolberg“ wurde mit notariell beurkundetem Gesellschaftsvertrag vom 01.02.2016 errichtet. Unternehmensgegenstand ist „die Beteiligung als Kommanditistin an der RWE indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG (operational company, nachfolgend OpCo genannt, vormals: innogy indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG). Das Unternehmen gewährleistet die Beteiligung an der OpCo durch Eigen- und Fremdkapital in Höhe der benötigten anteiligen Investitionsmittel.“ Das Stammkapital beträgt 25.039,00 Euro und wird gehalten von:

Gesellschafter	Nominalwert der Geschäftsanteile	Anteilsquote
EWV Energie- und Wasser Versorgung GmbH, Stolberg	13.797,00 Euro	55,10 %
RURENERGIE GmbH, Düren	10.220,00 Euro	40,82 %
Green GmbH	1.022,00 Euro	4,08 %

Die WEB entstand als juristische Person mit Handelsregistereintragung am 24.02.2016. Sie ist registriert im Amtsgericht Aachen unter der HRB 20263.

1.2 Historie der Beteiligungsabsicht

Innogy SE entwickelte auf dem Gebiet der Stadt Eschweiler einen Windpark mit insgesamt 13 Windenergieanlagen. Zur Umsetzung des Windparks Eschweiler („Projekt“) bestehend aus den Teilprojekten Eschweiler Nord und Eschweiler Fronhoven („Teilprojekte“) sind RWE und WEB an der OpCo beteiligt. Die RWE Windpark Eschweiler Verwaltungs GmbH, Gildehofstr. 1, 45127 Essen, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Essen unter HRB 26292 ist die alleinige persönlich haftende Gesellschafterin der Gesellschaft und an deren Gesellschaftsvermögen nicht beteiligt. RWE und WEB sind die einzigen Kommanditisten der Gesellschaft. An dem gesamten Kommanditkapital der Gesellschaft sind RWE mit 51 % und WEB mit 49 % beteiligt. Am 01.07.2020 ging die innogy SE auf die RWE Renewables GmbH über.

Die GREEN Gesellschaft für erneuerbare Energien mbH hat rückwirkend zum 1. Januar 2019 Anteile in Höhe von 4% von der EWW GmbH erworben und wurde damit zur dritten Gesellschafterin der Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH. Die notarielle Beurkundung fand am 9. Oktober 2019 statt. Die Handelsregistereintragung ist ebenfalls erfolgt. Somit halten EWW GmbH 55,10 %, RURENERGIE GmbH 40,82 % und GREEN GmbH 4,08 % der Anteile an der Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH.

Im Geschäftsjahr 2023 haben alle 13 WEA ganzjährig ihre erzeugte Elektrizität ins örtliche Verteilnetz eingespeist.

Das Projekt unterstützt die Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern, hier insbesondere mit der Stadt Eschweiler, der RWE indeland Windpark Eschweiler & Co. KG und RWE, Essen.

2. Geschäftsverlauf

2.1 Operative Tätigkeit

Die Gesellschaft beschränkt sich in der operativen Tätigkeit auf die Kommanditstellung an der OpCo, die Unternehmensplanung sowie die Einforderung und Vereinnahmung der im Rahmen des Gesellschaftsvertrags und der weiteren Gesellschafterbeschlüsse vereinbarten finanziellen Mittel.

Aufgrund dieser Tätigkeit ist die WEB weitgehend unabhängig von gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen. Ihre Entwicklung ist vielmehr an die Entwicklung der OpCo und hier vor allem an den Windertrag und den im Rahmen der Direktvermarktung erzielbaren Erlösen gekoppelt.

Die kaufmännische Betriebsführung wird durch die EWW Energie- und Wasser Versorgung GmbH (EWW) geleistet. Der Vertrag umfasst die kaufmännische Verwaltung, dazu gehört insbesondere die Vorlage des Wirtschaftsplans (Finanz-, Investitions- und Ergebnisplanung), des Jahresabschlusses sowie des Reportings an den Kreditgeber Commerzbank AG. Steuer- und Gremientätigkeiten runden diesen Tätigkeitsumfang ab.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde in beiden Windparks in Summe 110.545 MWh Strom erzeugt. Die erzeugte Menge des Teils Fronhoven wurde vollständig über das Netz der RWE Power AG in das vorgelagerte

Netz der Westnetz GmbH eingespeist. Die erzeugte Menge des Teils Nord wurde in das Verteilnetz der Regionetz GmbH eingespeist.

2.2 Beteiligung am Windpark

RWE hält 51% der Anteile an der OpCo; WEB die übrigen Anteile i.H.v. 49%. Die EWV, die RURENERGIE und die Green GmbH sind damit indirekt mit 27 % (EWV) bzw. 20 % (RURENERGIE) und 2 % (Green GmbH) an der OpCo beteiligt. Auf der Ebene der OpCo wurden die Finanzmittel für die Investition i.H.v. rd. 61,3 Mio. zu 100% als Eigenkapital zur Verfügung gestellt. Die OpCo selbst hat kein Fremdkapital aufgenommen.

Die Einlage der WEB in die OpCo i.H.v. 19,1 Mio. € setzt sich zusammen aus 15,8 Mio. € Fremdkapital und 3,3 Mio. € Eigenkapital.

2.3 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2023 wurden keine weiteren Investitionen vorgenommen.

2.4 Finanzierung

Am 13.07.2017 erfolgte die Unterzeichnung eines Darlehensvertrags über 24,52 Mio. €. Die Darlehenslaufzeit beträgt 17 Jahre mit einer Zinsbindungsfrist von 10 Jahren und einem damit verbundenen Zinssatz i.H.v. 1,95% p.a. Die Darlehensmittel werden über die Commerzbank AG durch ein Fördermitteldarlehen der KfW (Programm für Investitionskredite) mit quartalsweiser Zins- und Tilgungsleistung bereitgestellt.

Seit dem Jahr 2017 besteht ein Zinsswap zur Absicherung des Zinsniveaus der geplanten Anschlussfinanzierung nach dem Ablauf der aktuellen Zinsbindung am 30. September 2027. Dem Zinsswap liegt ein Grundgeschäft mit vergleichbaren, gegenläufigen Risiken (Mikro Hedge) zugrunde.

2.5 Personalbereich

Die WEB beschäftigt keine Arbeitnehmer. Eine Geschäftsführerin wurde bestellt; sie ist gleichzeitig Prokuristin der Gesellschafterin EWV.

2.6 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 3.119 T€ ab. Dieser Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen aus der Gewinnausschüttung der OpCo i.H.v. 3.839 T€. Demgegenüber haben

sich insbesondere Zinsaufwendungen i.H.v. 336 T€, sowie Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 336 T€ negativ auf den Jahresüberschuss ausgewirkt.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Durch die mittelbaren Investitionen in erneuerbare Energien werden durch den Windpark 83.192 Tonnen CO2 pro Jahr eingespart.

3. Vermögenslage

	31.12.2023		31.12.2022	
	EURO	%	EURO	%
Aktiva				
Finanzanlagen	19.145.780,00 €	91,53%	19.145.780,00 €	83,61%
Forderungen gg. Gesellschafter	1.047,20 €	0,01%	0,00 €	0,00%
Forderungen gg. Bet.	16.599,06 €	0,08%	8.088,16 €	0,04%
sonst. Vermögensgegenstände	326.575,00 €	1,56%	0,00 €	0,00%
Liquide Mittel	1.428.269,65 €	6,83%	3.743.475,86 €	16,35%
	<u>20.918.270,91 €</u>	<u>100,00%</u>	<u>22.897.344,02 €</u>	<u>100,00%</u>
Passiva				
gezeichnetes Kapital	25.039,00 €	0,12%	25.039,00 €	0,11%
Kapitalrücklage	1.934.426,12 €	9,25%	4.034.426,12 €	17,62%
Gewinn-/Verlustvortrag	646,40 €	0,00%	3.082,32 €	0,01%
Jahresüberschuss	3.119.467,39 €	14,91%	857.564,08 €	3,75%
Verbindlichkeiten KI	15.819.352,00 €	75,62%	17.401.288,00 €	76,00%
sonst. Verbindlichkeiten	11.900,00 €	0,06%	0,00 €	0,00%
Rückstellungen	7.440,00 €	0,04%	575.944,50 €	2,52%
	<u>20.918.270,91 €</u>	<u>100,00%</u>	<u>22.897.344,02 €</u>	<u>100,00%</u>

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

Im Finanzanlagevermögen i.H.v. 19,1 Mio. € zeigt sich die 49,0%ige Beteiligung an der RWE indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co.KG.

In den Forderungen gegen das Beteiligungsunternehmen sind Kostenumlagen erfasst.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Rückzahlungen aus Körperschaftssteuer und Solidaritätszuschlag.

Die liquiden Mittel i.H.v. 1,42 Mio. € beinhalten Guthaben bei Kreditinstituten, welche aufgrund der Sicherheitenverträge des Kreditvertrags mit der Commerzbank AG in Höhe von 569 TEUR verpfändet sind.

4. Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in T€	2023	2022
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.285	-1.018
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	3.839	5.271
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-4.870</u>	<u>-2.244</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	-2.316	2.009
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>3.744</u>	<u>1.735</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.428	3.744

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet u.a. den erwirtschafteten Jahresüberschuss i.H.v. T€ 3.119.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beinhaltet die Gewinnausschüttung der OpCo i.H.v. T€ 3.839.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet die Zins- und Tilgungsleistungen i.H.v. T€ 1.910 sowie die Gewinnausschüttung i.H.v. T€ 860 und Eigenkapitalrückführung an die Gesellschafter i.H.v. T€ 2.100.

5. Ertragslage

Im Geschäftsjahr konnten Erträge i.H.v. T€ 3.839 erzielt werden, die aus der Gewinnausschüttung der OpCo resultieren. Außerdem sind ertragswirksam Kostenweiterbelastungen in Höhe von T€ 8 erfolgt. Demgegenüber stehen Darlehenszinsen i.H.v. T€ 328, Zuführungen zu den Rückstellungen über T€ 7 sowie Avalzinsen i.H.v. T€ 8. Ferner wurden Aufwendungen für die kaufmännische Betriebsführung i.H.v. T€ 47 und die Jahresabschlussprüfung i.H.v. T€ 7 erfasst.

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht geändert.

Durch den regelmäßigen Liquiditätszufluss aus der OpCo wird sich die gesamtwirtschaftliche Lage auch weiterhin gut für die Gesellschaft darstellen.

6. Risikobericht

6.1 Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer kaufmännischen Betriebsführerin, der EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Auf bestehende Risiken wird im Folgenden näher eingegangen.

6.2 Vermögensrisiken

Es besteht das Risiko, dass die in der Beteiligung an der OpCo gebundenen Mittel zum 31.12.2023 i.H.v. 19,1 Mio. € einer Wertminderung in der Zukunft unterliegen. Insbesondere könnten künftig geplante Renditen nicht realisiert werden, sodass die Beteiligung an Wert verliert. Gegenwärtig sind hierfür keine Anzeichen zu erkennen.

6.3 Finanzrisiken

Weitere nach dem Bilanzstichtag durch die OpCo angeforderte finanzielle Mittel liegen nicht vor. Die Gesellschaft ist ausreichend kapitalisiert. Die notwendige Liquidität wird im Rahmen der kaufmännischen Betriebsführung durch die EWW laufend überwacht. Die Liquidität und Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Laufe des Geschäftsjahres 2023 gewahrt.

6.4 Gesamtrisiko

Aktuell liegen keine bestandsgefährdeten Risiken vor.

6.5 Chancenbericht

Die Chancen der WEB sind abhängig von den Ergebnissen der RWE indeland Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG und diese Ergebnisse wiederum sind maßgeblich geprägt vom Windaufkommen und den hier erwarteten Vergütungen.

7. Ausblick

7.1 Ergebnisentwicklung

Der Wirtschaftsplan 2024 geht von einer positiven Entwicklung aus. Es wird mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 1,1 Mio. € gerechnet. Mittelfristig weist die Wirtschaftsplanung Jahresüberschüsse von rund 0,5 Mio. € p.a. aus. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichtes lässt die Vermögens-, Ertrags- und

Finanzlage der Gesellschaft keine besonderen Risiken erkennen. Es ist weiterhin mit einem stabilen Geschäftsverlauf zu rechnen.

7.2 Investitionen

Erweiterungsinvestitionen sind für den Windpark Eschweiler nicht vorgesehen. Gleichwohl kann es vorkommen, dass zur Gefahrenabwehr kleinere Investitionen oder Instandhaltungen notwendig sind. Diese werden, soweit sie nicht bereits im aktuellen Wirtschaftsplan der Gesellschaft genehmigt sind, auf Basis von besonderen Beschlüssen der Gesellschafter umgesetzt.

8 Öffentliche Zweckerfüllung

Öffentliche Aufgabe der WEB ist die Förderung der Ökologie und Nachhaltigkeit in der Region, welche durch die Beteiligung an der OpCo mittelbar auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien (Windkraftanlagen) erbracht wird.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Patelczyk, Claudia (bis 30.06.24) Rausch, Dirk (seit 01.07.24)	Erftstadt Düren
--------------------------	---	--------------------

Gesellschafterversammlung:	1 Stimme	je 5111 € eines Geschäftsanteils
-----------------------------------	----------	----------------------------------

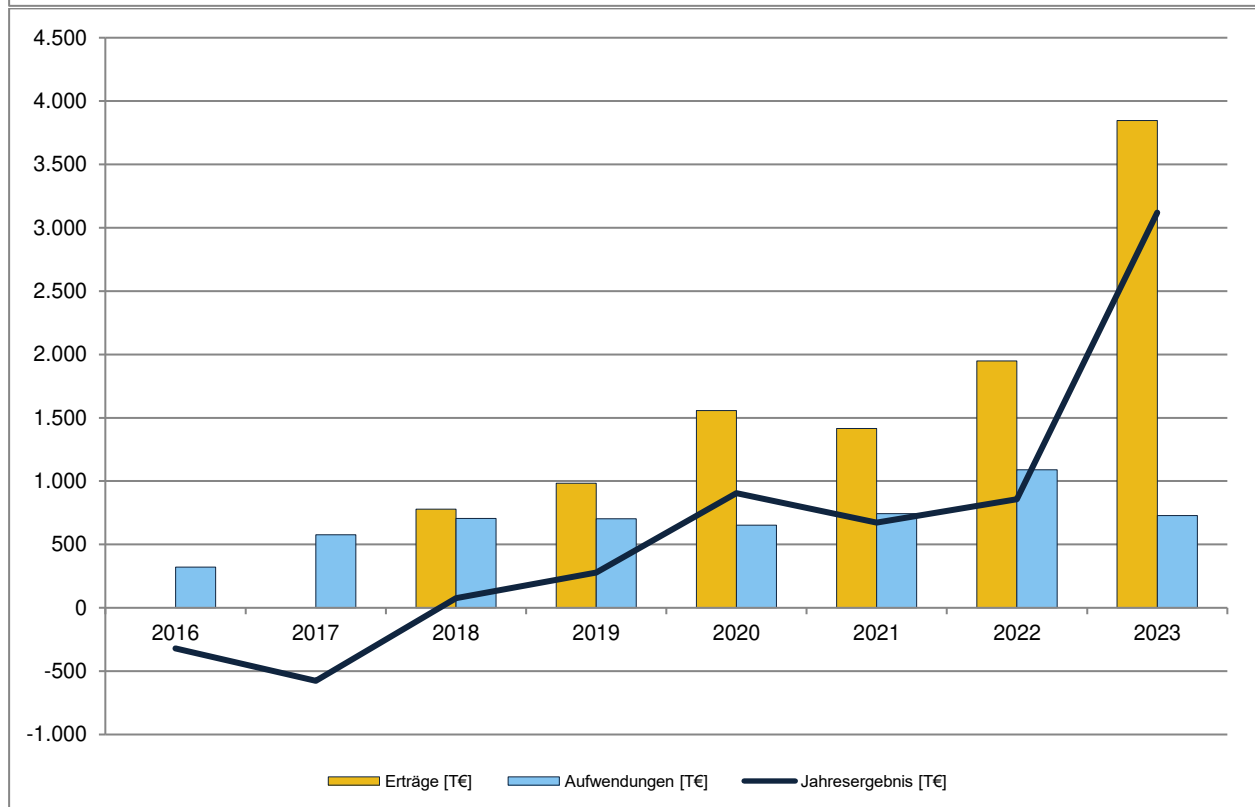
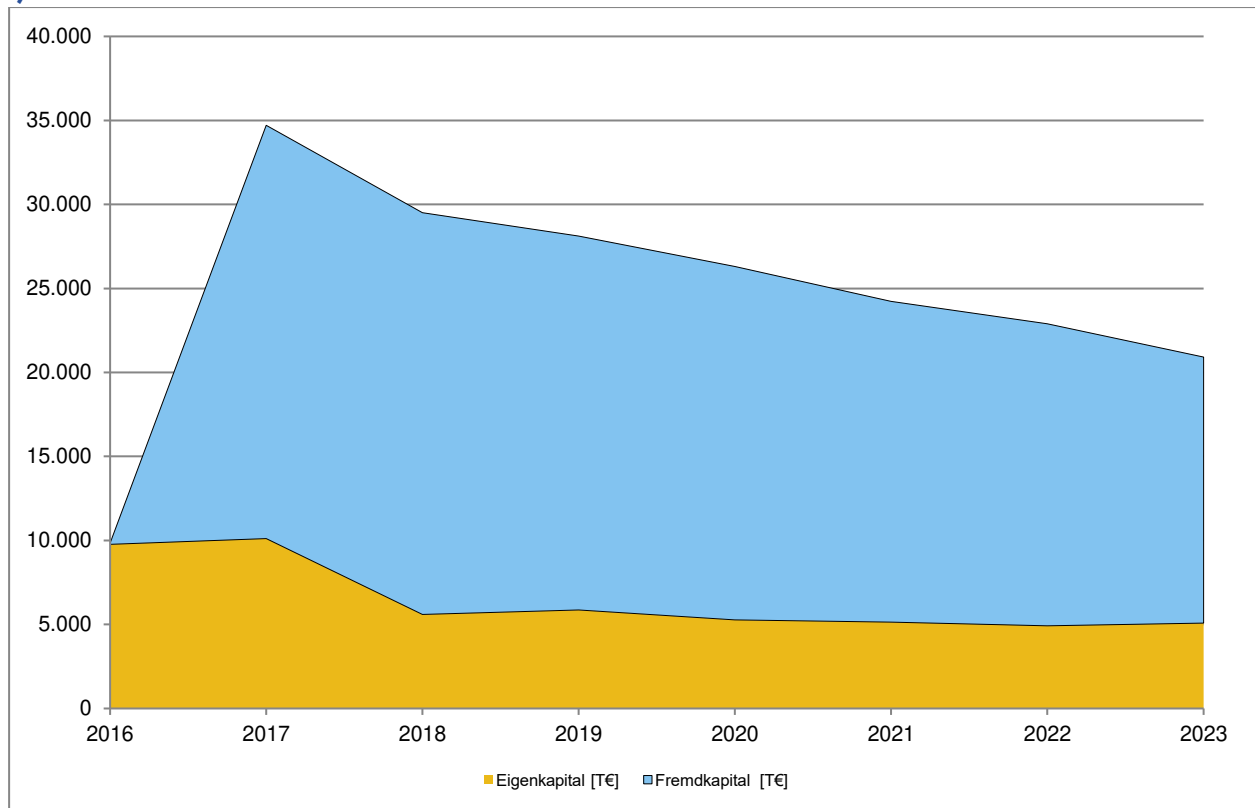
Vertreter des Kreises Düren

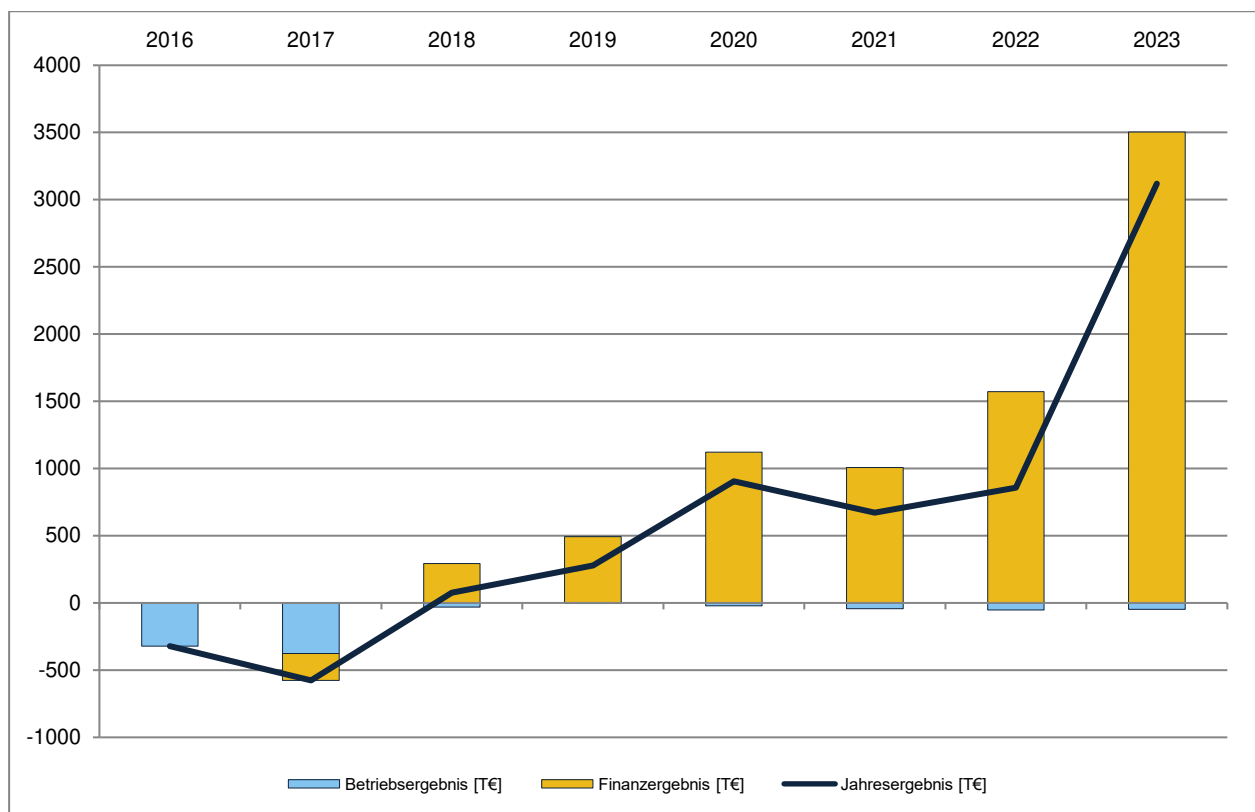
Gesellschafterversammlung:	Zerres, Thomas	RURENERGIE	Geschäftsführer
-----------------------------------	----------------	------------	-----------------

h) Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine eigenen Mitarbeitenden.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2021	2022	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	21,19%	21,49%	24,28%	2,80%
Eigenkapitalrentabilität	13,10%	17,43%	61,41%	43,98%
Anlagendeckungsrad 2	100,25%	108,32%	100,89%	-7,43%
Verschuldungsgrad	371,92%	365,38%	311,81%	-53,57%
Umsatzrentabilität	keine Umsatzerlöse			

Kreis Düren

Konzernübersicht Kreis Düren

Stand: 31.12.2023

